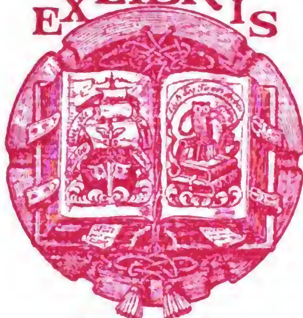
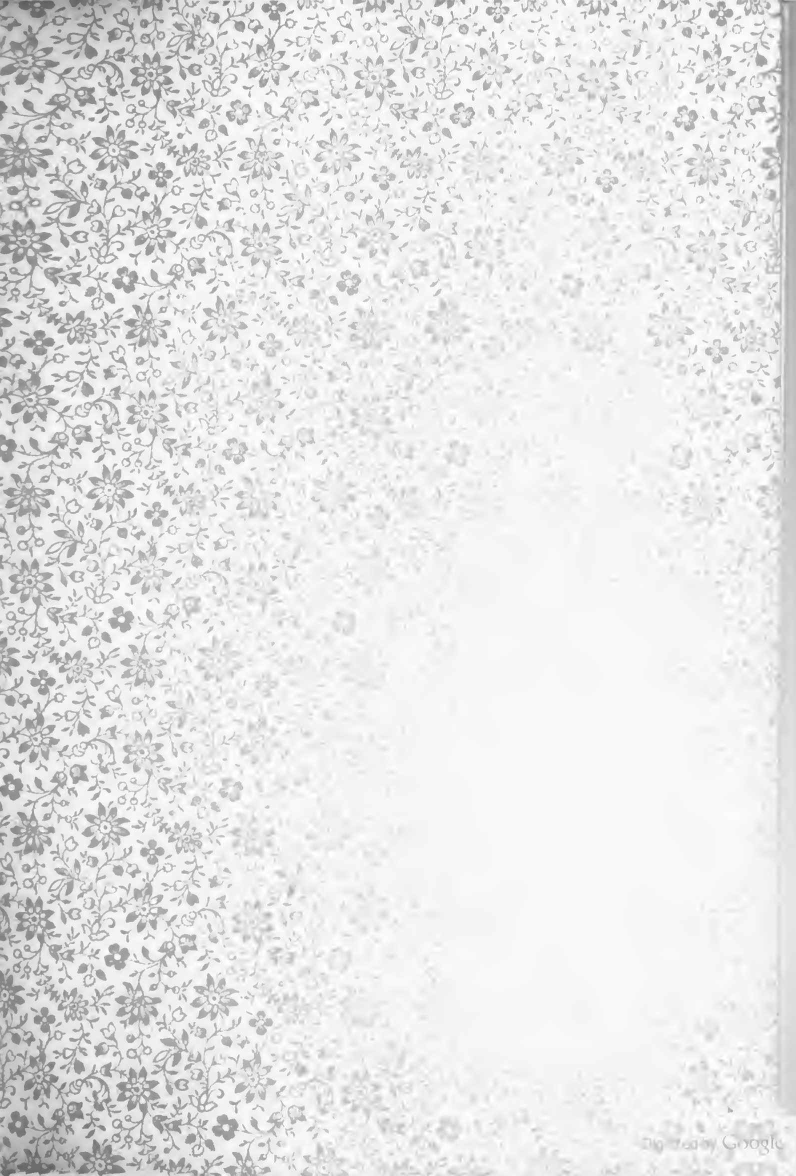
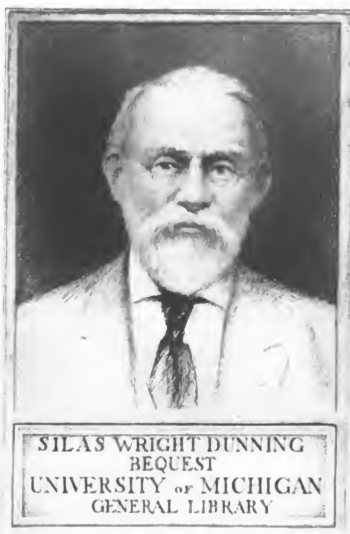


Sozialistische monatshefte



MARTIN
KLOPSTOCK




SILAS WRIGHT DUNNING
BEQUEST
UNIVERSITY OF MICHIGAN
GENERAL LIBRARY

SOZIALISTISCHE MONATSHEFTE

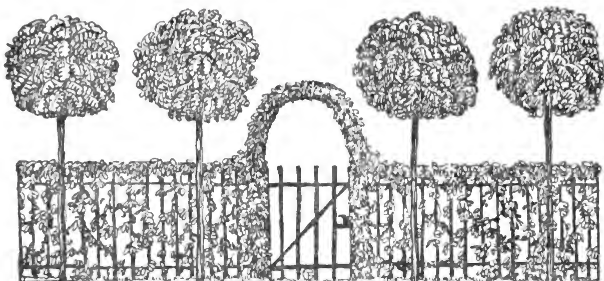
HERAUSGEGEBEN VON J. BLOCH

1906 · I BAND · JANUAR BIS JUNI



VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G·M·B·H· IN BERLIN W. 35

DIE *Sozialistischen Monatshefte* sind, ihrem Programm entsprechend, ein freies Diskussionsorgan für alle Anschauungen auf dem gemeinsamen Boden des Sozialismus. Die Redaktion kann sich mithin nicht mit dem Inhalt aller Ausführungen einverstanden erklären, denen sie Raum gewährt; sie verzichtet darauf, ihre gegenteilige Stellungnahme in einem besondern Falle durch Anmerkung zu dokumentieren.



X JAHRGANG / DES SOZIALISTISCHEN AKADEMIKERS XII JAHRGANG / I BAND

INHALTSVERZEICHNIS

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Politik

Sozialpolitik

Soziale Kommunalpolitik

Sozialistische Bewegung

Gewerkschaftsbewegung

Genossenschaftsbewegung

Sozialpädagogische Bewegung

Frauenbewegung

WISSENSCHAFT

Philosophie

Sozialwissenschaften

KUNST

Bildende Kunst

Dichtkunst

Musik

DIVERSA

Bücher

× × ×

PORTRÄTS

××××××××××××××××××××××××××××××××××××

VERZEICHNIS DER IN DER RUNDSCHAU GEBRAUCHTEN ABKÜRZUNGEN

A. C. V.	bedeutet	den *Allgemeinen Konsumverein* in Basel
A. E. G.	„	die *Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft* (Sitz Berlin)
B. G. B.	„	das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch
C. W. S.	„	*Cooperative Wholesale Society* (die englische respektive schottische Grosseinkaufsgesellschaft)
F. S.	„	die englische *Fabian Society*
G. E. G.	„	die *Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine*
I. L. P.	„	*Independent Labour Party* (die englische *Unabhängige Arbeiterpartei*, Richtung Keir Hardie-MacDonald)
L. P.	„	*Labour Party* (die neue englische Arbeiterpartei)
L. R. C.	„	*Labour Representation Committee* (den *Arbeitervertretungsbund*, aus dem die neue englische Arbeiterpartei hervorgegangen ist)
P. P. S.	„	*Polska Partya Socyalistyczna* (die *Polnische sozialistische Partei*)
S. D. F.	„	*Social Democratic Federation* (die englische *Sozialdemokratische Föderation*, Richtung Hyndman)
S. P.	„	die *Socialist Party* in den Vereinigten Staaten von Amerika

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

VERZEICHNIS SINNENTSTELLENDER DRUCKFEHLER

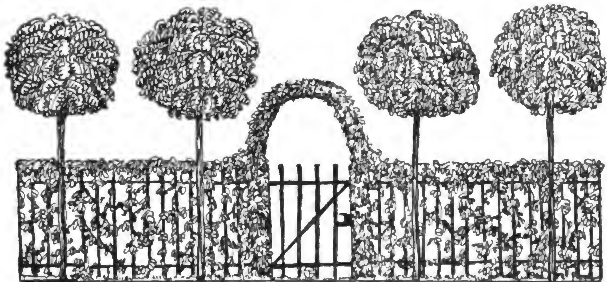
BEI den Druckfehlern der Rundschau ist die Spalte durch eine der Seitenzahl angefügte römische Zahl bezeichnet.

Seite	33	Zeile	13 v. o.	statt: *ultimo*	lies: *ultima*
„	186I	„	6 v. u.	„ Michel Hitch	„ Mihailo Ilic
„	226	„	7 v. o.	„ Hess	„ Heiss
„	346I	„	29 v. u.	„ Wilhelm Schwaner	„ H. Morsch
„	346I	„	25-24 v. u.	„ *in schlichtem*	„ *im schlichtesten*
„	364	„	12 v. u.	„ Zulassung der	„ Zulassung zur
„	421II	„	26 v. u.	„ 101,20	„ 100,10
„	421II	„	25 v. u.	„ 101,10	„ 100
„	465	„	9 v. o.	„ glaubt	„ glaubte
„	466	„	13 v. o.	„ Hegenomie	„ Hegemonie
„	468	„	7 v. u.	„ von der	„ von den
„	468	„	6 v. u.	„ vorbereiteten	„ unvorbereiteten
„	494	„	17 v. o.	„ Gemeinschaft	„ Gemeinsamkeit
„	494	„	26 v. o.	„ mexhodischer	„ methodischer
„	496	„	9 v. o.	„ wird von den	„ wird den

DRUCK VON *GUTENBERG* DRUCKEREI UND VERLAG A. G. IN BERLIN



PROUDHON, DAS PRIVATEIGENTUM DEMOLIEREND · NACH EINER ZEITGENÖSSISCHEN KARIKATUR VON HONORÉ DAUMIER



1. HEFT / JANUAR 1906

LEO ARONS · DIE VOLKSSCHULVORLAGE IM PREUSSISCHEN LANDTAG

DAS Schreiben, mit dem der preussische Kultusminister Studt den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen, dem Abgeordnetenhause zugehen liess, ist vom 2. Dezember 1905 datiert; am 11. Dezember begann die erste Beratung; am 12. Dezember wurde ihr durch Annahme eines Antrages auf Schluss der Besprechung ein Ende bereitet, während die Rednerliste noch 21 Namen aufwies; die Vorlage wurde einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen. Von einer Kampfesstimmung, wie gelegentlich des Volksschulgesetzentwurfes im Jahre 1892, war nichts zu spüren; der Führer der Konservativen, Herr von Heydebrand, erklärte, nur mit Resignation für den Entwurf eintreten zu können, und Herr Porsch vom Zentrum versicherte, dass seine Partei vom christlich-katholischen Standpunkte aus gegenüber der Schulvorlage »durch die unabänderliche Macht der Verhältnisse in der resignierten Stellung und Stimmung, der von seinem evangelisch-christlichen Standpunkt aus Herr von Heydebrand Ausdruck gegeben,« stehe. Die Freikonservativen und Nationalliberalen, die 1892 die Hauptrufer im Streit gestellt hatten, bilden diesmal die Kerntruppe für den Regierungsentwurf: die Freikonservativen als Schöpfer des Kompromisses, dem der Entwurf seine Entstehung verdankt; die Nationalliberalen, weil sie dem Kompromiss beigetreten sind, um an Stelle des Zentrums wieder einmal Regierungspartei zu spielen; ein kleines Zugeständnis an die Jungliberalen lag wohl in der Bestimmung des Abgeordneten Schiffer zum Fraktionsredner an Stelle der Herren Hackenberg oder Friedberg, doch war die Nummer des von ihm gesponnenen Fadens nicht wesentlich anders. Den Gegner hatte das kleine Häuflein der beiden freisinnigen Parteien (25 + 8) zu markieren, das sich denn auch unter ängstlicher Betonung seiner frommen Gesinnung in höchst bescheidener Defensive hielt.

Für den Kenner preussischer Verhältnisse bietet der Vorgang nichts Überraschendes; ich habe in zwei früheren Aufsätzen versucht, die Verhältnisse

darzulegen, aus denen der neue gesetzgeberische Versuch auf dem Gebiet des preussischen Volksschulwesens erwachsen ist.[1]) Unter anderen wichtigen Gegenständen, deren endgültige Regelung durch besondere Gesetze die preussische Verfassung verhiess, und die heute, nach 55 Jahren, noch der Erledigung harren, befindet sich auch das Unterrichtswesen. Der letzte Versuch, im Jahre 1892, wenigstens ein Volksschulgesetz zu stande zu bringen, scheiterte daran, dass die Regierung gegenüber dem Protest weiter Volkskreise nicht wagte, die Forderung der Verfassung durchzusetzen, die da besagt: »Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften«, obgleich ihr für ihren Entwurf eine sichere Majorität, bestehend aus Konservativen und Zentrum, zur Verfügung stand und noch steht. Denn dass der Entwurf von 1892 durchaus auf dem Boden der — freilich ultrareaktionären, oktroyierten — Verfassung von 1850 stand, dürften selbst seine ausgesprochensten Gegner nicht leugnen. Schon dieser eine Umstand ist geeignet, auf die auch nach bürgerlichen und gouvernementalen Begriffen unhaltbaren preussischen Zustände ein helles Licht zu werfen. Jeder denkende Mensch muss sich fragen, was denn unter solchen Umständen eine Verfassung bedeutet, und ebenso muss er aus dem Verhalten der Regierung herauslesen, dass sie selbst trotz aller hochtönenden Phrasen davon überzeugt ist, dass die Majorität der *Volksvertretung* die weit überwiegende Majorität der Bevölkerung gegen sich hat. Trotzdem ist die Idee einer gründlichen Verfassungsänderung noch gar nicht aufgetaucht, und die Abschaffung des *elendesten aller Wahlsysteme* wird mit Hohnlachen verweigert. Unter dem gesetzlosen Zustand ist nun die preussische Volksschule in einem relativen, teilweise in absolutem Rückgang begriffen, sprach doch der Minister selbst am 11. Dezember von der »Gefahr einer Beeinträchtigung ihrer Fortentwickelung«. Weit empfindlicher für die herrschenden Klassen aber ist die Rechtsunsicherheit auf dem Gebiet der Schulunterhaltungskosten; ihre Regelung wurde deshalb von allen Seiten als unbedingt nötig anerkannt. Die Konservativen und das Zentrum aber fürchteten, mit der Regelung der Geldfrage ihr bestes Pressionsmittel für die Auslieferung der Schule an die Kirche zu verlieren; sie weigerten sich also, ein blosses Volksschulunterhaltungsgesetz auch nur in Betracht zu ziehen, und der Kompromiss von 1904 bestand darin, dass man den reaktionärsten Mächten nachgab und im Unterhaltungsgesetz die konfessionelle Volksschule als gesetzliche Grundlage hinzustellen versprach.

Der Entwurf hat das Versprechen eingelöst.

In seinen drei ersten Abschnitten (§§ 1 bis 17) behandelt der Entwurf die Frage der Volksschulunterhaltung; ihnen reiht sich der sechste Absatz (§§ 41 bis 49) an: Schulhaushaltsetat, Schulkasse, Baufonds, staatliche Ergänzungszuschüsse. Höchst auffällig ist, dass die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts nicht ausdrücklich ausgesprochen ist. Die Unentgeltlichkeit ist durch die Gesetze von 1888 und 1889, betreffend die Erleichterung der Volksschullasten, fast durchgeführt; immerhin lässt das Gesetz von 1888 in seinem § 4 die Erhebung von Schulgeld auch für im Schulbezirk einheimische Kinder

[1]) Vergl. meine Artikel *Materialien zur Beurteilung der preussischen Volksschule* und *Die preussische Volksschule, die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1904, II. Bd., pag. 726 ff. und 791 ff. (zusammen auch als besondere Schrift erschienen unter dem Titel *Die preussische Volksschule und die Sozialdemokratie*, mit einer Einleitung von Max Quarck /Berlin 1905/).

unter gewissen Bedingungen noch zu; ebenso das Gesetz von 1889 im Artikel 2. Auf dem preussischen Parteitag 1904 wurde denn auch festgestellt, dass eine so bedeutende Gemeinde, wie die Stadt Schkeuditz mit 6- bis 7000 Einwohnern noch Volksschulgeld erhebt! Das Fehlen der Bestimmung ist um so härter zu verurteilen, als sie der Entwurf von 1892 im § 36 ausdrücklich enthielt und es im Artikel 25 der Verfassung heisst: »In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich erteilt«.

Selbstverständlich verzichten wir hier, wie bei den anderen Abschnitten, auf die Darlegung aller Mängel der Vorlage, um nur die charakteristischen Punkte hervorzuheben. Zu diesen gehört in den ersten Abschnitten die Behandlung der Gutsbezirke; der Minister bezeichnete in seiner Einführungsrede die Frage der Heranziehung der Gutsbezirke als eine der wichtigsten und schwierigsten Materien des Entwurfes. Die Gutsbezirke sind eine preussische Eigentümlichkeit, und zwar eine ostelbische; westlich der Elbe finden sie sich selbst in Preussen nur vereinzelt. Um so beträchtlicher ist ihre Zahl in den 7 alten Provinzen. Hier zählte man im Jahre 1900 noch 14 971 Gutsbezirke mit 1 895 409 Einwohnern gegenüber einer Gesamteinwohnerschaft von 17 690 254, das heisst mehr als 10 % der Bevölkerung dieser 7 Provinzen lebte in Gutsbezirken; der Prozentsatz steigt in Pommern auf 21,4, in den Regierungsbezirken Cöslin und Stralsund auf 29 und 29,6 %! Die Sonderstellung der Gutsbezirke bezeichnet Graf Hue de Grais im *Handbuch der Verfassung und Verwaltung* mit dem Satz: »Für die Gutsbezirke stehen mit den aus der Natur der Sache folgenden Massgaben dem Gutsbesitzer alle Rechte und Pflichten der Gemeinden zu. Insbesondere tritt er in Person oder durch einen als Stellvertreter zu bestellenden Gutsvorsteher an die Stelle des Gemeindevorstehers. Die Gemeindevertretung fällt hier fort.« Diese Gebilde ohne jede Spur einer Selbstverwaltung durch die Eingesessenen sind das Dorado der Junker und bereiten der Gesetzgebung überall Schwierigkeiten. Die *Rechtsverhältnisse* der Gutsbezirke sind auch durch die Landgemeindeordnung von 1891, die für Preussen »das grosse Werk der Selbstverwaltungsorganisation krönt«, erhalten geblieben. Immerhin durfte man erwarten, dass nach ihrer Einführung die Zahl der Gutsbezirke sich erheblich verringern würde. Hatte doch die Regierung in den Motiven zur Landgemeindeordnung erklärt, dass eine grosse Zahl von Gutsbezirken im öffentlichen Interesse als solche verschwinden müssten. Von 3430 wurde seitens der Regierung festgestellt, dass sie wegen zu geringen Umfanges oder nach ihrem zu geringen Steuerwert verwaltungstechnisch ungeeignet seien. Von 4945 Gutsbezirken hiess es, dass sie mit Gemeindebezirken derart im Gemenge liegen, dass eine Sonderung der kommunalen Interessen der Landgemeinden und Gutsbezirke überhaupt nicht mehr tunlich sei. Über je 300 Einwohner besassen in den östlichen Provinzen 1038 Gutsbezirke, darunter 216 mit 501 bis 1000, 43 mit mehr als 1000 Einwohnern! Die Landgemeindeordnung sieht deshalb die Verschmelzung von Gutsbezirken mit anderen Gutsbezirken oder mit Landgemeinden vor, ebenso die Umwandlung von Gutsbezirken in Landgemeinden. Wo die Zustimmung der Gutsherren nicht zu erlangen ist, ist deren Ergänzung durch die Behörden vorgesehen. Trotz alledem war die Zahl der Gutsbezirke in den 7 östlichen Provinzen Preussens von 15 612 im Jahre 1887 nur auf 14 971 im Jahre 1900 gesunken; die Zählung von 1905 wird schwerlich eine viel erheblichere Verringerung zeigen. Gegen den Willen der Junker geschieht

nichts in Preussen, mag es als noch so sehr im öffentlichen Interesse liegend auch von der Regierung anerkannt sein, mag die Regierung auch über noch so viel gesetzgeberische Handhaben verfügen; hier kann nur das entschlossenste Eingreifen der grossen Volksmasse helfen.

Auf dem Gebiete der Schulunterhaltung bestehen nun in den Gutsbezirken die mannigfachsten Verhältnisse.[2]) In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle hatten sich die Gutsherren von allen Leistungen für die Volksschule freizumachen gewusst. Der neue Entwurf bestimmt — und darin besteht der Fortschritt —: »In den Gutsbezirken werden die Schullasten vom Gutsbesitzer getragen« (§ 9). Nach der oben angeführten Definition der Gutsbezirke ist diese Bestimmung einfach selbstverständlich, jede Abweichung eine schreiende Ungerechtigkeit. Nichsdestoweniger trifft der Entwurf Massregeln, den Gutsherren diese Last zu erleichtern, und die Konservativen wünschen hierin noch weiter zu gehen. Erfolgt die Zusammenlegung von Gutsbezirken mit anderen Gemeinden zu einem Schulverband, so erfolgt die Verteilung der Lasten nach dem Steuersoll. Dabei soll aber »die Grundsteuer nur zur Hälfte ihrer umlagefähigen Höhe zur Anrechnung kommen« (§ 10). Der Entwurf von 1892, der die gleiche allgemeine Bestimmung traf, kannte diese Bevorzugung der Gutsherren nicht. Die Entwickelung in Preussen ist eben rückläufig. Der Führer der Konservativen im Abgeordnetenhause aber führte unter Zustimmung seiner Freunde aus, es sei ihm zweifelhaft, ob die Grundsteuer überhaupt mit herangezogen werden solle: »Überhaupt . . . kann das Prinzip der Leistungsfähigkeit bei den Kosten einer Institution nicht so absolut massgebend sein, bei der man doch fragen muss: wem kommt diese Einrichtung zu gute? . . . ., was sich ausdrücken würde in der Zahl der Haushaltungen, die zu einer solchen Schule gewiesen sind, in der Seelenzahl der Kinder, die dabei in Betracht kommen, all das ist ein Moment, das unbedingt, sei es in der Überverteilung, sei es neben der Tragung der Lasten wird berücksichtigt werden müssen.« Man übertrage diesen Gedankengang auf eine grosse Gemeinde, oder man wende ihn auf die Flottenvermehrung an — und man wird die ganze Unbefangenheit der Argumentation ermessen können.

Die Regierung aber bot noch ein weiteres Hilfsmittel für die Gutsherren. Zu Beihilfen an leistungsschwache kleine Schulverbände sind nach den Motiven ausser früheren Beträgen vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes ab n e u bereit zu stellen 1. etwa 1 300 000 Mark zu bestimmten Zwecken, 2. »3 Millionen Mark jährlich mit der Bestimmung, dass bei Verwendung dieser Mittel in erster Linie die Verschiebungen zu berücksichtigen sind, welche sich als Folge der durch das Gesetz eintretenden anderweitigen Regelung der Schulunterhaltungslasten ergeben«. Es liegt auf der Hand, und die Motive lassen darüber keinen Zweifel, dass, abgesehen von anderen Summen, diese 3 Millionen ausschliesslich den neubelasteten Gutsbezirken zufallen sollen und zufallen werden. Die Landgemeindeordnung bestimmt in § 2: »Gutsbezirke, welche ihre öffentlich rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen ausser stande sind, können durch königliche Anordnung aufgelöst werden.« Statt von dieser Befugnis im öffentlichen Interesse ausgiebigsten Gebrauch zu machen, befreit man die Gutsherren, wenn nicht anders möglich, durch Geschenke aus der Tasche der Steuerzahler von ihren Verpflichtungen.

[2]) Vergl. ibid., pag. 732.

Sollen die ersten drei und der sechste Abschnitt des Entwurfes die eigentliche Aufgabe des Gesetzes, die Regelung der Schulunterhaltungslast, lösen, so trägt der vierte (§§ 18 bis 25) entsprechend der Vorschrift des Kompromisses die Überschrift *Konfessionelle Verhältnisse*. Die Vorschriften sind im wesentlichen die selben, die der Entwurf von 1892 in seinem ersten Abschnitt über die Konfessionalität enthielt, abgesehen von dessen § 18, der den schon oben erwähnten Satz der Verfassung ausführte: »Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften«. Der Abschnitt erfüllt vollkommen die Forderungen des Kompromisses unter a bis c[3]). § 18 bestimmt: »Die öffentlichen Volksschulen sind in der Regel so einzurichten, dass der Unterricht evangelischen Kindern durch evangelische Lehrkräfte, katholischen Kindern durch katholische Lehrkräfte erteilt wird.« Die gleiche Bestimmung enthielt § 14 der Vorlage von 1892 mit den Worten: »Der Regel nach soll ein Kind den Unterricht durch einen Lehrer seines Bekenntnisses empfangen.« Der gleiche Paragraph enthielt die Sicherung der Fortentwickelung der Simultanschulen: »Soweit nicht an einem Ort bereits eine anderweite Schulverfassung besteht, sollen neue Volksschulen nur auf konfessioneller Grundlage eingerichtet werden.« Der neue Entwurf bringt die Frage der ausnahmsweisen Zulässigkeit in viel verwickelterer Form. Von den Fällen der »historischen Entwickelung« kann er absehen, da der vierte Abschnitt des Gesetzes auf das ehemalige Herzogtum Nassau keine Anwendung finden soll (§ 25); ebenso von den Fällen »nationaler Rücksicht« — da, wie wir noch sehen werden, das g a n z e Gesetz auf die Provinzen Posen und Westpreussen nicht angewendet werden soll (§ 56). In Orten, wo bisher l e d i g l i c h Volksschulen bestanden haben, die nach der Definition des Ministers als wirklich simultane zu betrachten sind, k ö n n e n auch in Zukunft solche Schulen errichtet werden; bestehen solche Schulen an Orten, an denen auch konfessionelle Schulen existieren, »so soll darauf geachtet werden, dass das bisherige Verhältnis der Beschulung . . . . nicht wesentlich geändert wird«. Solcher Orte gibt es nach den Motiven insgesamt nur etwa 30 im vorgesehenen Geltungsbereich des Gesetzes. Der Entwurf spricht darüber hinaus von »besonderen Gründen«, aus denen die Schulaufsichtsbehörde die Errichtung simultaner Schulen zulassen darf; ob solche vorliegen, entscheidet auf Anrufen von Beteiligten der Kreis- respektive Bezirksausschuss, in letzter Instanz der Provinzialrat. Dass die Bestimmungen der Simultanschule günstiger sind, als in dem so heftig bekämpften Enwurf von 1892, wird niemand behaupten können. Das im Kompromiss geforderte R e c h t der Minorität auf eine besondere Schule ihrer Konfession beginnt nach dem Entwurf bei der Schülerzahl 60, wie im Entwurf von 1892, doch ist für Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern die Zahl auf 120 erhöht. Der Entwurf von 1892 liess die freiwillige Errichtung der gesonderten Schule erst bei 30 Kindern zu, der neue Entwurf zieht keine untere Grenze; hat die Minorität also auch erst bei 60 Kindern einen Rechtsanspruch auf Errichtung einer eigenen Schule, so k a n n ihr eine solche schon bei jeder niedrigeren Zahl bewilligt werden. Mit diesen Bestimmungen ist der bedauerlichen Zersplitterung, die zu Schulen mit geringer Klassenzahl führt, Tür und Tor geöffnet.[4]) Der nationalliberale Redner

[3]) Den Wortlaut siehe ibid., pag. 798.

[4]) Vergl. ibid., pag. 794.

meinte zwar, davor schützten die Zahlen 60 und 120; abgesehen davon, dass sie nach unseren Ausführungen nicht zwingend sind, würde bei 60 Kindern voraussichtlich eine einklassige, bei 120 Kindern bestenfalls eine dreiklassige Schule errichtet werden. Dazu bestimmt der letzte Absatz des § 20 ausdrücklich, dass gegenüber dem Anspruch der Minorität das Bedürfnis der Schule nicht angeführt werden dürfe — unter Aufhebung des Gesetzes, betreffend die Feststellung der Anforderungen für die Volksschulen, von 1887 für diesen Fall! Der Sieg des Konfessionalitätsprinzips und seine bitteren Folgen machen sich auch im fünften Abschnitt des Entwurfes *Verwaltung der Volksschulangelegenheiten* (§§ 26 bis 40) geltend. Den Schuldeputationen der Städte sollen in Zukunft der dem Dienstalter nach älteste Ortspfarrer der evangelischen Landeskirche und der katholischen Kirche angehören. Bisher gab es trotz aller Bemühungen des Kultusministeriums[5]) unter den 660 Schuldeputatitionen immer noch 31, in denen kein Geistlicher sass. Noch schlimmer macht sich die scharfe konfessionelle Scheidung in der Einrichtung der Schulkommissionen bemerkbar; sie können in den Städten als Organe der Schuldeputation für eine oder mehrere Schulen der gleichen Konfession errichtet werden; sie müssen dort errichtet werden, wo »bisher konfessionelle Schulsozietäten bestehen, wenn diese es vor ihrer Auflösung durch dieses Gesetz bei der Schulbehörde beantragen«. Dass auch den Schulkommissionen der Geistliche der betreffenden Konfession angehören muss, ist bei dem Geist des Gesetzentwurfes selbstverständlich. In den ländlichen Schulbezirken sind Schulvorstände für jede einzelne Schule zu bilden; mehrere Schulen innerhalb des selben Bezirkes dürfen einem Vorstand unterstellt werden, nur wenn sie gleicher Konfession sind; auch hier ist der dienstälteste Geistliche ständiges Mitglied; meist wird er sogar als Ortsschulinspektor den Vorsitz führen.

War die Vertretung der Kirche in den Schuldeputationen und Schulvorständen durch den Kompromiss vorgeschrieben, so geht der Entwurf in der weiteren Ausgestaltung dieser Behörden selbständig vor, und hierbei zeigt sich ein erheblicher Fortschritt der staatlich-bureaukratischen Willkür gegenüber dem Gesetzentwurf von 1892. Über die Befugnisse der Schuldeputationen und Vorstände äusserte selbst der konservative Redner: »Ich bin sogar der Überzeugung, nur ein roter Faden zieht sich da hindurch: dass sie zu sagen alle nichts haben.« Besonders verschlechtert ist die Stellung der städtischen Schuldeputationen. Was bisher ministerielle Willkür[6]) aus ihnen zu machen versuchte, soll jetzt gesetzlich festgelegt werden: sie soll ein Organ der Schulaufsichtsbehörde und verpflichtet sein, deren Anweisungen Folge zu leisten. Dass unter der Zahl der »des Erziehungs- und Volksschulwesens kundigen Männer« — Frauen kennt der preussische Gesetzgeber nur bei Verboten — mindestens ein Rektor und ein Lehrer an einer Volksschule sein sollen, ist zu begrüssen. Freilich sollen diese Bürgerdeputierten nicht mehr von der Stadtverordnetenversammlung gewählt werden; ihre Wahl ist den Magistratsmitgliedern und den in die Schuldeputation gewählten Stadtverordneten übertragen. Letztere selbst bedürfen, wie die Bürgerdeputierten, der Bestätigung durch die Schulaufsichtsbehörde, eine Bestimmung, die der Entwurf von 1892 nicht kannte. Der Bestätigung bedürfen auch die gewählten Mitglieder der ländlichen Schul-

[5]) Vergl. ibid., pag. 733.
[6]) Vergl. ibid., pag. 733 ff.

vorstände; der Entwurf von 1892 stellte diese Forderung nicht. Als Kuriosum sei erwähnt, dass in den Fällen, wo auch ein israelitischer Geistlicher der Schuldeputation angehören darf, dieser ebenfalls der Bestätigung bedarf; seine evangelischen und katholischen Kollegen bedürfen der Bestätigung nicht.

Ganz unerhört sind die Bestimmungen über die Anstellung der Lehrer. Der Entwurf von 1892, der gewiss nicht weitherzig war, machte folgende Vorschläge: Der Gemeindevorsteher sollte nach Anhörung des Schulvorstandes und unter Beifügung von dessen gutachtlicher Äusserung dem Regierungspräsidenten einen oder mehrere Vorschläge für die Besetzung einer erledigten Lehrerstelle machen; glaubte der Regierungspräsident, dem Vorschlag nicht stattgeben zu können, so hätte er die Gründe der Ablehnung mitzuteilen; darauf sollte die Gemeinde das Recht haben, weitere Vorschläge zu machen. Nach der zweiten Ablehnung, wahlweise auch schon nach der ersten, sollte die Gemeinde beim Unterrichtsminister Beschwerde führen dürfen. Würde dieser Beschwerde nicht stattgegeben, so sollte die Besetzung durch den Regierungspräsidenten erfolgen. Ausdrücklich wurden im zweiten Absatz des damaligen § 118 bestimmt, dass »als Grund der Ablehnung die Notwendigkeit der Besetzung der Stelle zum Zweck der Ausführung eines auf Versetzung lautenden Disziplinarerkenntnisses nur ausnahmsweise und nur bei denjenigen Schulstellen geltend gemacht werden [dürfe], für welche bisher der Bezirksregierung das freie Besetzungsrecht ohne die tatsächliche oder rechtliche Mitwirkung der Nächstbeteiligten zustand«. An diesem gewiss bescheidenen Massstab messe man die Bestimmungen des neuen Entwurfes: In Schulverbänden mit mehr als 25 Schulstellen können die Gemeindebehörden bei der Schulaufsichtsbehörde eine oder mehrere Personen für eine erledigte Lehrerstelle in Vorschlag bringen; lehnt die Schulaufsichtsbehörde den Vorschlag ab — Gründe anzugeben, ist sie nicht gehalten —, so darf die Gemeinde einen zweiten Vorschlag machen; wird auch dieser — wieder ohne Angabe von Gründen — abgelehnt, so ist das Vorschlagsrecht erloschen. Gemeinden mit 25 oder weniger Schulstellen haben überhaupt kein Vorschlagsrecht, sie werden nur *angehört*. Ausdrücklich hervorgehoben wird im Abschnitt 6 des § 40, dass die Ausübung des Vorschlagsrechtes und die Anhörung nicht stattfindet, wenn die Besetzung durch Versetzung im Interesse des Dienstes geschieht! Eine weitere tiefeinschneidende Massregel ist fast nebenbei (§ 40, Absatz 5) aufgestellt. Bei der Anstellung von Rektoren (Hauptlehrern) hatten die Gemeindebehörden bisher freie Hand; sie konnten unter ihren Lehrern den tüchtigsten, mit den Verhältnissen am besten vertrauten an die verantwortungsreichere Stelle setzen. Jetzt verlangt der Entwurf die Besetzung solcher Stellen durch die Schulaufsichtsbehörden, und zwar sollen auch in den grössten Schulverbänden die Gemeindebehörden hierbei nicht einmal ein Vorschlagsrecht haben, sondern nur angehört werden. Ausdrücklich betonen die Motive, dass man die Möglichkeit haben wolle, auch solche Lehrer, welche sich in Stellen auf dem Lande besonders verdient gemacht haben, zu Rektoren in Städten etc. zu befördern. Der Regierung stünden für die Beförderung solcher Lehrer wahrlich andere Mittel zur Verfügung, als völlig unsachliche Eingriffe in die grossen Schulsysteme; wir erinnern daran, dass im Jahre 1903 von den 1231 Kreisschulinspektoren nur 93 seminaristisch gebildete Lehrer waren.[7]) Zutreffend ist

[7]) Vergl. ibid., pag. 727.

bemerkt worden, dass die Betätigung der Selbstverwaltungsbehörden auf dem Schulgebiet mit allen diesen Bestimmungen auf das Niveau ihrer Beteiligung an der Polizeiverwaltung herabgedrückt wird; sie beschränkt sich auf die Tragung der Kosten und einige Handlangerdienste für die staalichen Behörden.

Aus den Schluss- und Übergangsbestimmungen (§§ 50 bis 57) sei der Kürze halber nur der § 56 hervorgehoben, der da lautet: »Auf die Provinzen Westpreussen und Posen findet dieses Gesetz keine Anwendung.« Ist es an sich schon ein beschämender Zustand, wenn von einem Gesetz 2 unter 12 Provinzen ausgenommen werden, so besonders in diesem Fall. Der viel umfassendere Gesetzentwurf von 1892 kannte diese Einschränkung nicht. Also dreizehn weitere Jahre ruhmrediger Germanisierungspolitik in den Gebieten mit zum Teil polnischer Bevölkerung haben es glücklich dahin gebracht, dass man »bei der herrschenden nationalen Spannung in jenen Landesteilen eine weitergehende Beunruhigung vermeiden muss, wie sie mit der Neuregelung dieser wichtigen Verhältnisse des öffentlichen Lebens . . . untrennbar verbunden sein würde« — eine Befürchtung, die man 1892 offenbar noch nicht hegen musste. Ist der ganze Gesetzentwurf — dem der konservative Führer die Zensur ausstellt, dass er in hohem Masse den Charakter des Stückwerks und des Unvollkommenen trägt, — ein charakteristisches Zeichen des Tiefstandes preussischer Gesetzgebung, so ist die Ausnahmestellung, die für Posen und Westpreussen gefordert wird, die schärfste Verurteilung der preussischen Verwaltung.

× × ×

Die einzigen Gegner des Entwurfs im preussischen Landtag sind die Freisinnigen — wenigstens in dem Sinne, dass sie erklärten, gegen ihn stimmen zu wollen. Aber ihr Kampf beschränkt sich auf eine lahme Defensive. Und doch wäre die einzige Möglichkeit einer ernsthaften Bekämpfung der gesamten Schulreaktion nur möglich unter dem Kampfruf *Fort mit der Religion aus der Schule!* Und dieser Ruf würde nur einer Forderung des echten Liberalismus entsprechen. Wir haben daran erinnert, dass sie noch in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von gemässigten Liberalen erhoben wurde.[8]) Jetzt aber fehlt sie sogar in dem sonst durchaus lobenswerten Schulprogramm Naumanns.[9]) Was hilft die Forderung der »organischen Verbindung« der Volksschule »mit den mittleren und höheren Bildungsanstalten«, wenn man zusieht, wie durch die Handhabung des Religionsunterrichts eine immer grössere Kluft zwischen der Volksschule und den übrigen Bildungsanstalten gerissen wird! Dabei könnten sich die liberalen Abgeordneten für die Forderung *Fort mit der Religion aus der Schule!* selbst auf anerkannte Theologen berufen. So schreibt Schleiermacher: »Was nun den Religionsunterricht, der in öffentlichen Schulen erteilt wird, betrifft, so bin ich der Meinung, dass dieser ganz erspart werden kann. Es ist dieser Unterricht nur ein Rest aus früherer Zeit, in der diese Anstalten kirchlichen Ursprungs der Kirche untergeordnet waren. Jetzt sind sie nicht mehr kirchliche Anstalten.« Im Jahre 1900 erhob Pastor Bonus den Ruf *Hinaus mit der Religion aus der Schule um der Religion willen!*, und Pastor Rahde erklärte in der *Christlichen Welt*, er sei erschrocken, wie viel Zustimmung diese Losung gefunden habe. Aber furchtsam den liberalen Standpunkt preisgebend, erklärt Herr Ernst von der freisinnigen Vereinigung:

[8]) Vergl. ibid., pag. 796.
[9]) Vergl. das Protokoll des Parteitags der Sozialdemokratie Preussens /1904/, pag. 42.

»Wir wollen keine [religionslosen Schulen] haben und werden hoffentlich keine bekommen.« Und Herr Cassel von der freisinnigen Volkspartei stellt fest: »Der Herr Vorredner irrt sich, wenn er meint . . ., dass wir für die Entfernung der Religion aus der Schule eintreten. Das ist in keiner Weise unsere Absicht.« Ja, selbst Herr Funck, der erste liberale Redner, der wenigstens andeutungsweise zu sagen gewagt hatte, dass »man — und diese Meinung wird von vielen meiner Freunde geteilt — auch noch eine viel weitergehende Agitation mit diesem Gesetz zeitigen wird: die Agitation für die religionslose Schule« — selbst Herr Funck nahm die Gelegenheit wahr, während der Rede des Grafen von der Groeben wenigstens pantomimisch seine gute Gesinnung zu bekunden, so dass der Herr Graf zu seiner Freude feststellen konnte, dass auch Herr Funck »nicht die Absicht [habe], die religionslose Volksschule zu erstreben«. Mit keiner Silbe wagte auch nur einer der freisinnigen Herren auf die mutige Tat der bremischen Lehrerschaft hinzuweisen, die in einer Denkschrift[10]) an den Bremer Senat aus Gründen des Gewissens, wie aus pädagogischen Gründen forderten, »dass der Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen abgeschafft werde«.

Gegenüber der Frage, wie sich die Sozialdemokratie, die ja im preussischen Landtag nicht vertreten ist, in der durch den Gesetzentwurf geschaffenen Lage zu verhalten habe, dürfen wir uns auf die Verhandlungen und Beschlüsse des Parteitags der preussischen Sozialdemokratie von 1904 berufen. Inzwischen hat die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins in einer grösseren Stadt einstimmig eine Resolution angenommen, nach der der sozialdemokratische Parteivorstand als Antwort auf den Gesetzentwurf eine Agitation zwecks Massenaustritts aus der Landeskirche in die Wege leiten solle. Wir glauben kaum, dass der Parteivorstand sich diesem Plan geneigt zeigen wird. Tatsächlich ist hier ein ausserordentlich günstiges Feld für die agitatorische Kleinarbeit gegeben; wir haben selbst schon darauf hingewiesen, in welchen Gewissenskonflikt ein Sozialdemokrat geraten muss, der unter heutigen Verhältnissen einer der Landeskirchen angehört.[11]) Massenagitationen pflegen auf diesem Gebiet ein schnell erlöschendes Strohfeuer zu entzünden; die Arbeit geht am besten von den einzelnen Vereinen gegenüber ihren Mitgliedern aus und bedarf eines ausserordentlich taktvollen Auftretens. Mag der Vorstand des oben erwähnten Vereins einmal eine Umfrage auch nur bei den Mitgliedern veranstalten, die jener Resolution zugestimmt haben; wir fürchten, es wird lange dauern, bis er verkünden kann, dass auch der letzte von ihnen der Landeskirche in offizieller Absage den Rücken gekehrt hat.

Nachdem jetzt die Organisation der sozialdemokratischen Partei für das Reich in Kraft getreten, ist die Organisation, die auf dem preussischen Parteitag für Preussen ins Auge gefasst wurde, in ihrer Grundlage fertig gestellt; die letzten Schritte werden von den damit beauftragten Genossen von Gross-Berlin bald getan sein — dann kann auch in Preussen mit vollen Kräften der Kampf aufgenommen werden. Der Schlachtruf kann nur lauten *Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht zum Landtag!*

[10]) Erschienen unter dem Titel *Religionsunterricht oder nicht? Denkschrift der bremischen Lehrerschaft* /Bremen 1905/.

[11]) Vergl. meine oben zitierten Artikel, pag. 800 ff.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDUARD BERNSTEIN · POLITISCHER MASSENSTREIK UND REVOLUTIONSROMANTIK

VERNUNFTWIDRIGES Hinwegsetzen über örtliche und zeitliche Verhältnisse, das ist wohl die kürzeste Zusammenfassung der Vorstellungen, die sich an den Begriff des *Romantischen* knüpfen, wo er im kritischen Sinne gebraucht wird. In der Politik bedeutete die Romantik ursprünglich die rückwärts gekehrte Utopie, das Streben, Einrichtungen vergangener Epochen unter Verhältnissen wieder zu beleben, die ihnen von Grund aus widersprechen, die phantastische Verklärung des Überlebten, die Schwärmerei für den schönen Schein, der das Vergangene umgibt. Aber das romantische Denken ist nicht an den Kultus des Gewesenen gebunden. Aller Kultus des Unrealen, das heisst desjenigen, wofür die bedingenden Voraussetzungen fehlen, alle kritiklose, die Vorbedingungen ignorierende Übertragung von Massnahmen und Bestrebungen von Land zu Land oder auch selbst von Ort zu Ort ist zuletzt Romantik. Wenn es von Friedrich Wilhelm IV. Romantik war, im Zeitalter des entwickelten Verkehrs und der aufstrebenden Grossindustrie Sitten und Einrichtungen der Feudalzeit wiederherstellen zu wollen, so war es nicht minder Romantik, wenn französische Revolutionäre 1848 und 1871 die Pariser revolutionäre Commune von 1792 wiedererstehen und die selbe Rolle spielen machen wollten, welche sie in den Jahren des Höhepunktes der grossen französischen Revolution gespielt hatte. Und Romantik war es auch, was einen grossen Teil der Dynamitattentate verursachte, die in den achtziger Jahren des abgelaufenen Jahrhunderts in Frankreich, Spanien, Österreich etc. ins Werk gesetzt wurden, nachdem am 13. März 1881 das Dynamitattentat auf Alexander II. von Russland geglückt war. Wohl hatte dieses letztere Attentat keinen Sieg einer revolutionären Bewegung zur Folge gehabt, es hatte im Gegenteil an die Stelle eines westeuropäischen Ideen zugänglichen, einen starr orthodox-konservativen Zaren ans Ruder gebracht, der mit rücksichtsloser Brutalität alles niedertreten liess, was auch nur entfernt nach modernem politischen Leben aussah. Aber es hatte doch den gewaltsamen Tod des absolutistischen Herrschers eines Riesenreiches herbeigeführt, und der Gedanke, durch das Mittel einer einfachen Bombe eine so bedeutsame Wirkung erzielen zu können, übte auf naiv-sentimentale oder herostratisch veranlagte Gemüter eine geradezu faszinierende Wirkung aus. Es entstand ein Dynamitkultus, dessen Literatur man nur nachzulesen braucht, um in ihr alle Züge romantischen Aberglaubens wiederzufinden. Das Dynamit sollte nun alles können, das ganze soziale Leben der Gegenwart sollte durch dieses Sprengmittel von Grund aus umgestürzt werden können. Der von seinem Urheber erheblich anders gemeinte Vers *Erlösungsmedizin ist Nitroglzycerin* gab *in nuce* den Glaubenssatz wieder, der in vielen Köpfen spukte und der Erfahrung vieler Jahre bedurfte, bis sein Kredit völlig erschüttert war. Heute sind Dynamit und die ihm ähnlichen Sprengstoffe in die Reihe der Zerstörungs- oder Vernichtungsmittel eingereiht, die unter bestimmten Verhältnissen so gut für einen Revolutionskampf von Bedeutung sein können, wie sie im Krieg der Staaten unter einander anerkannten Gebrauch gefunden haben; aber der Glaube, mittels ihrer die ganzen Formen der politischen und wirtschaftlichen Kämpfe der

Gegenwart auf eine andere Basis stellen zu können, so dass die Entwickelungshöhe der Wirtschaft, die politische und gewerkschaftliche Schulung der Arbeiter ihnen gegenüber zu gleichgültigen Faktoren werden, diese in ihrem Wesen so durch und durch romantische Vorstellung ist in der bezeichneten Gestalt heute aus der Welt verschwunden.

Ist aber darum das romantische Denken oder die Tendenz zu jener Abart romantischen Denkens aus dem politischen Leben beziehungsweise aus der sozialistischen Bewegung schon völlig verschwunden? Es sieht nicht danach aus. Unter anderen Formen stellt es sich gelegentlich doch immer wieder ein. Die gewaltigen politischen Streiks, deren Schauplatz Russland seit Ende Januar 1905 ist, haben unter anderem die Wirkung gehabt, der Idee des politischen Streiks in Deutschland zu einer Popularität zu verhelfen, an die noch vor einem Jahr nicht zu denken war. Das ist so weit eine sehr begrüssenswerte Tatsache, denn, wie der wirtschaftliche Streik, ist auch der politische Streik eine Waffe, zu deren Gebrauch die Arbeiterklasse durch Umstände verschiedener Art genötigt werden kann, und mit der sie sich daher auch gedanklich vertraut zu machen hat. Es soll mich auch wenig kümmern, dass nunmehr, wo die Sache populär geworden ist, Leute sozusagen ein Patent auf sie in Anspruch nehmen, die noch vor gar nicht langer Zeit entweder sie rundweg bekämpften oder sie nur in ganz impossibilistischer Gestalt gelten liessen, die praktisch ihre Vertagung *ad calendas graecas* bedeutete. Man darf sich die Freude über bekehrte Ungläubige nicht dadurch beeinträchtigen lassen, dass einige der Neubekehrten sich nun als die Auserwählten unter den Berufenen geberden. An dergleichen Erscheinungen hat es noch nie in der Geschichte gefehlt. In Zürich erzählte man mir seinerzeit unter Nennung des Namens von einem braven Sohn der Mutter Germania, der sich das Schweizer Bürgerrecht erwarb. Noch in der selben Gemeindeversammlung, die ihn ins Bürgerrecht aufnahm, sei, als ein weiteres Aufnahmegesuch verhandelt wurde, der soeben gebackene Neuschweizer aufgetreten, habe das Wort verlangt und erklärt, es wären nun gerade genug Fremde eingebürgert worden, man möge jetzt doch für eine Weile damit Halt machen. Ich bin in der letzten Zeit wiederholt an diesen Guten erinnert worden.

Im Einzelfalle mag es natürlich am Platze sein, solch einen gar zu anmassend auftretenden *Frischgestrichenen* daran zu erinnern, dass die Farbe bei ihm noch nicht recht trocken ist, im allgemeinen aber darf man sich über solche Nebenerscheinungen den Humor nicht verderben lassen, solange nicht in der Sache selbst in gleicher Weise über die Schnur gehauen, die neue Wissenschaft in einer Gestalt propagiert wird, die auf die Pflege eines neuen Aberglaubens, auf ihre Romantisierung, hinausläuft. Dann allerdings hört der Spass auf, und es muss ein ernstes Wort gesprochen werden.

In diesem Sinne ist meines Erachtens die Erklärung zu verstehen, welche die Genossen von Elm, Frohme und Lesche unterm 23. November 1905 im *Hamburger Echo* veröffentlicht haben. Sie lautet, wie folgt:

›Die Unterzeichneten glauben es der Partei und speziell ihrer Wählerschaft schuldig zu sein, folgende Erklärung abzugeben:
In den letzten Wochen ist sowohl in einem Teile unserer Parteipresse, wie auch in Parteiversammlungen eine Richtung hervorgetreten, die vorgeblich im Sinne der *Parteimehrheit* Anschauungen propagiert, von denen nach unserer Überzeugung zu sagen ist, dass sie in scharfem Gegensatz zu Wortlaut und Tendenz wichtiger

Parteitagsbeschlüsse stehen. Wir meinen in erster Linie die in Jena beschlossene Resolution, betreffend den politischen Massenstreik.
Genosse Bebel hat in seinem Schlusswort zur Begründung dieser Resolution, um alle aufgekommenen Zweifel über die Tendenz der selben zu zerstreuen, scharf betont, sie besage nicht, »dass in einem bestimmten Falle der Massenstreik unter allen Umständen, koste es, was es wolle, proklamiert werden soll«. Diese Befürchtungen seien gegenstandslos; der Parteitag solle sich nur im Prinzip dafür aussprechen, »dass gegebenenfalls unter bestimmten Voraussetzungen«, die Parteiführer mit den Führern der Gewerkschaften über die Verwirklichung der Idee des politischen Massenstreiks — dessen Möglichkeit vorausgesetzt — zu beraten haben. Diese Deklarationen haben allgemeine Zustimmung, wenigstens nicht den geringsten Widerspruch erfahren.
Nichtsdestoweniger ist jetzt eine neue Richtung in der Partei mit geradezu fanatischem Eifer bemüht, jene Resolution — unter Hervorkehrung einer höchst bedenklichen, ja für die Partei geradezu verderblichen Revolutionsromantik, die jedes realistische Denken vermissen lässt und in direktem Gegensatz zu der durch Karl Marx wissenschaftlich begründeten materialistischen Geschichtsauffassung steht — dahin zu deuten, als sei die Partei auf den politischen Massenstreik bereits derart festgelegt, dass man sich auf ihn [illegible] Ernstes heute oder morgen schon einzurichten habe, und jeden, der ihre Revolutionsromantik nicht mitmacht, als *Flaumacher,* als *Revisionist,* als *Verhöhner des revolutionären Geistes* in der Partei, als *Auchsozialist* verdächtigt und ihn dadurch in der Wirksamkeit seiner Tätigkeit in der Arbeiterbewegung lahmzulegen sucht. Die Art und Weise dieser Propaganda unterscheidet sich von der sogenannten *anarchosozialistischen* durchaus nicht; sie hat nichts gemein mit den Voraussetzungen, die zur Annahme der Bebelschen Resolution auf dem Jenaer Parteitage geführt haben; sie wirkt zum grössten Schaden der Partei verwirend und hat zur Folge eine verhängnisvolle Unterschätzung derjenigen agitatorischen und organisatorischen Leistungen, von denen allein ein gesunder Fortschritt der Arbeiterbewegung zu erwarten ist.
Jeder unserer Parteitage hat die Notwendigkeit und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation als wesentlichen Faktor des Emanzipationskampfes der Arbeiterklasse anerkannt, und insbesondere der Jenaer Parteitag hat es jedem Parteigenossen zur Pflicht gemacht, die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen. Trotzdem gilt den Vertretern der neuen Richtung alle gewerkschaftliche Arbeit nur als »Sisyphusarbeit«; sie behaupten, die Gewerkschaften seien »ohnmächtig« und was dergleichen direkt gegen die Interessen der gewerkschaftlichen Organisation und Bewegung gehende Redensarten mehr sind.
Auch in der Bewertung der parlamentarischen Tätigkeit dokumentiert diese Richtung die selbe gegensätzliche Stellung gegen die Beschlüsse der Parteitage der Gesamtpartei, Provinzial- und Landeskonferenzen. Man schreibt und spricht von der »öden Tretmühle des Parlamentarismus«; von den »kleinen Gesichtspunkten des täglichen Ringens, des parlamentarischen Sumpfes«, erklärt, »dass alle unsere auf Parlamentarismus gestützten Berechnungen auf Sand gebaut sind« u. s. w.
Gegen diese Richtung, die zu unserem besonderen Bedauern auch in der Provinz Schleswig-Holstein propagiert wird, nehmen wir hiermit, in unserer Eigenschaft als Parteigenossen und als Vertreter schleswig-holsteinischer Wahlkreise im Reichstage, Stellung, indem wir erklären, dass die von ihr ausgehende, oben skizzierte Propaganda nach unserer Überzeugung unvereinbar mit den Interessen der Partei und der Arbeiterbewegung ist.«

In einem Schreiben an den *Vorwärts,* der ihre Erklärung mit spöttischen Bemerkungen begleitet hatte, haben die vorbezeichneten Genossen bemerkt, dass sie zu ihr unter anderem namentlich durch einen Vortrag über den politischen Massenstreik veranlasst worden seien, den Rosa Luxemburg einige Tage vorher in Hamburg gehalten hatte, und in dem die in der Erklärung wiedergegebenen wegwerfenden Äusserungen über den Wert des parlamentarischen Kampfes, die Kraft des Gewerkschaftskampfes etc. gefallen seien. Man muss nun Rosa Luxemburg so viel zugestehen, dass sie sich so, wie in Hamburg, schon seit Jahr und Tag über diese Dinge geäussert hat. Bisher konnte jedoch die abso-

lute Wirkungslosigkeit ihrer Auslassungen auf die Praxis der deutschen Sozialdemokratie als ein genügender Grund angesehen werden, ihnen keine besondere Bedeutung beizulegen. Die Partei hat sich, wo ihr dies möglich war, trotz ihrer immer intensiver mit der parlamentarischen Tätigkeit in Reich, Staat und Gemeinden beschäftigt, und die Gewerkschaften haben sich erlaubt, trotz Rosa Luxemburg gewaltig an Mitgliederzahl zu wachsen, grosse Kämpfe siegreich zu bestehen, bedeutsame Tarifverträge abzuschliessen, kurz, in ihrer Entwickelung zum weitbestimmenden Faktor in der Industrie sehr erhebliche Fortschritte zu machen. Nachdem aber Rosa Luxemburg bevorrechtete Mitredakteurin des Zentralorgans der Partei geworden ist, und dieses ihre in Berlin und ausserhalb gehaltenen Reden stets mit besonderer Ausführlichkeit wiedergibt, ist die Situation allerdings eine andere geworden. Jetzt muss es in weiten Kreisen den Anschein gewinnen, als spräche die genannte Genossin nicht lediglich als Privatperson, sondern als besonders autorisierte Vertreterin der Partei, und da ist es denn auch am Platze, gewisse ihrer Auslassungen, die geeignet sind, statt Aufklärung Verwirrung in die Reihen der Genossen zu tragen, nicht unwidersprochen zu lassen. Dies um so mehr, wenn sie durch gewisse Vorgänge des Tages den Schein der Plausibilität erhalten.

Im nachfolgenden werde ich mich indes nicht mit ihnen im besonderen befassen — wen könnte es gelüsten, mit Rosa Luxemburg irgendwie zu diskutieren? —, sondern im allgemeinen die in der Partei vielfach erörterte Frage zu beantworten versuchen, inwieweit die Vorgänge in Russland eine Nutzanwendung auf Deutschland erlauben.

Man kann in dieser Hinsicht ebenso leicht des Guten zu wenig, wie zu viel tun. Das Gegenstück des Romantikers ist der Philister, den schon Altmeister Goethe im *Faust* so trefflich gekennzeichnet hat, und der sich einbildet, es könne, wenn's draussen drüber und drunter geht, trotzdem zu Hause alles hübsch beim alten bleiben. Ihn hat schon die vor Goethes Augen sich vollziehende Fernwirkung der französischen Revolution eines anderen belehrt, die in Deutschland durchaus nicht alles beim alten liess. So wird auch die russische Revolution ihre Rückwirkung auf unsere heimische Politik haben, darüber kann gar kein Zweifel sein, auch wenn diese Rückwirkung sich nicht von heute auf morgen gleich einstellen sollte. Ebenso können die jetzigen Kämpfe der russischen Arbeiterschaft, obwohl sie sich unter ganz anormalen Verhältnissen vollziehen, uns manches lehren. Sie haben, wie dies im Wesen elementarisch hereinbrechender Vorgänge liegt, in verschiedener Hinsicht die bisherige Tradition durchbrochen, und es bleibt eben zu untersuchen, wieviel davon ausschliesslich auf Rechnung dieser ungewöhnlichen Verhältnisse zu setzen ist und auch nur unter ihnen oder ähnlichen Bedingungen zweckmässig oder möglich ist, und wieviel dieser Voraussetzungen nicht bedarf.

Ein Moment ist schon von anderer Seite hervorgehoben worden: Die russischen politischen Streiks sind von vornherein ganz ausserordentlicher Sympathie in den bürgerlichen Klassen begegnet. Ob diese Sympathie vorhalten wird, ist eine andere Frage. Es hat den Anschein, als ob sie hier und da in einer Abnahme begriffen sei. Aber nun kommt ein anderes, noch wichtigeres Moment hinzu: Die russische Arbeiterschaft sieht sich einer völlig diskreditierten, in hohem Grade innerlich gelähmten Staatsgewalt und einer jeder leistungsfähigen Organisation und Führung ermangelnden Bürgerklasse gegenüber. Der gegen-

wärtige Zustand Russlands ist der fast völliger Anarchie, eines geradezu ziellosen Treibens. Alle wissen, dass der alte Absolutismus unhaltbar geworden ist, aber keiner weiss genau, was werden soll, was werden wird. Keiner glaubt an das Bestehende, aber keiner hat ein klares Bild von dem zunächst an seine Stelle Tretenden. Dass bei der wirtschaftlichen Struktur und kulturellen Entwickelung Russlands es noch nicht die sozialistische Gesellschaft sein kann, gibt die grosse Masse der russischen Sozialisten ohne weiteres zu und gesteht denn auch Rosa Luxemburg ein. Wenn aber nicht der Sozialismus, was dann? Welche Partei wird zunächst ans Ruder kommen? Keiner kann es vorher sagen. Alles ist möglich, nichts ist sicher.

Wie in solcher Situation der alte Verwaltungsapparat des Staates arbeiten wird, kann man sich unschwer ausmalen. Zumal, wo er aus einem Beamtentum besteht, das sich zu keiner Zeit durch ein besonderes hohes Pflichtgefühl ausgezeichnet hat, das sich nach oben hin nur deshalb bedientenhaft geriert hat, weil es da die Macht, die eiserne Faust, sah. Sieht es die eiserne Faust nicht mehr, so fehlt ihm der Kompass seines Verhaltens. Daher die sich häufenden Beispiele der Kapitulierung der Polizeibehörden vor der Masse. Wie sollen sie der Masse Widerstand leisten, wo sie doch nicht wissen, ob morgen noch die Regierung hinter ihnen fest steht und sie der Masse gegenüber beschützt, sie schützen k a n n! Fehlt es doch nicht an Fällen, wo sie jetzt schon geradezu von dem guten Willen der Masse abhängen, sehen sie doch immer neue Beispiele, wo die Bajonette versagen. In vielen Städten Russlands herrscht heute faktisch eine Art Faustrecht; jeder tut, was er will, das soziale Leben erhält sich, soweit es überhaupt in alter Weise funktioniert, durch die blosse Macht der Gewohnheit. Im übrigen aber ist von *Erhaltung der Ordnung* nicht die Rede. Es fehlt aller nennenswerte politische Druck. Je stärker aber der Druck früher war, um so leichter kommt es zum Überlaufen, wenn die Druckkraft fortgenommen wird.

Auf diese Weise ist der politische Streik in Russland heute etwas fast Alltägliches geworden, auf diese Weise droht er aber immer mehr an Wirkungskraft einzubüssen. Alles nutzt sich ab in der Politik, selbst die schärfsten Waffen werden auf die Dauer stumpf. Als in der grossen französischen Revolution der Schrecken seinen Höhepunkt erreicht hatte, fing er an, keinen Schrecken mehr einzuflössen. Seine eigenen Verfechter bekamen ihn satt. Die Guillotine wurde, wenn man so sagen darf, langweilig. Die Nerven waren abgestumpft, die Gemüter hatten sich einem Fatalismus ergeben. Erst der Umschwung, den der Thermidor brachte, hatte neue Erregung zur Folge. Aber dieser Umschwung hiess Abstieg der Revolution.

Gegen wen richtet sich der politische Streik? Gegen die Regierung. Wen trifft er? Zum Teil die Regierung, zum nicht geringen Teil aber die bürgerliche Geschäftswelt und durch sie mittelbar die Arbeiter selbst. Damit ist schon angezeigt, dass es immer nur ganz bestimmte Fälle sind, wo der politische Streik Erfolge erzielen kann. Man kann sie summarisch in zwei Gruppen einteilen: wenn der Streik m i t der Gesellschaft respektive deren ausschlaggebenden Teil gegen die Regierung geführt wird, oder wenn er die Kraft hat, Gesellschaft u n d Regierung zur Kapitulation zu zwingen. In dieser Alternative liegt zurzeit das Schicksal der russischen Revolution, soweit es vom Eingreifen der Arbeiter abhängt. Die zarische Regierung hat sich auf die Rolle des Ab-

wartens verlegt. Sie will gewissermassen dasjenige sich schon vor Einberufung der *Reichsduma* abspielen lassen, was sich in Frankreich erst nach Zusammentritt der Nationalversammlung abspielte. Der politische Streik soll seinen Reiz einbüssen, der Glaube an seine schöpferische Kraft verloren gehen, das Interesse an ihm abstumpfen. Inwieweit diese Taktik auf Erfolg rechnen kann, lässt sich aus der Ferne nicht gut beurteilen. Dem Anschein nach aber bedeutet das Hinausschieben des Zustandekommens einer Nationalvertretung einen erheblichen Kraftverlust für die Revolution. Es wird ein ungeheurer Betrag von Energie ins Unbestimmte ausgegeben. In Frankreich setzte nach den ersten Monaten der Tätigkeit der Nationalversammlung ein grosser materieller Aufschwung ein; die befreienden Massnahmen der Versammlung befruchteten Handel und Gewerbe, Unternehmungslust und Kredit hoben sich. Russland zeigt uns das gegenteilige Bild: Handel und Gewerbe kommen immer mehr zum Stillstand, Kredit und Unternehmungslust immer mehr ins Sinken. Wer unter diesen Umständen länger aushalten wird, der Zarismus oder das breite, bisher oppositionelle Bürgertum, wird für den nächsten Ausgang des Kampfes entscheidend sein.

Man sieht aus alledem, wie leicht es möglich ist, die Bedeutung der politischen Streiks im gegenwärtigen Russland falsch einzuschätzen. Sie kann von Tag zu Tag wechseln. Dass diese Streiks mit einer gewissen Leichtigkeit ins Werk gesetzt werden können, oft geradezu spontan ausbrechen, kennzeichnet nur die allgemeine Situation, ist nicht ein Gradmesser eigener Macht der Arbeiterklasse, sondern ein Zeichen zeitweiliger Machtlosigkeit oder Energielosigkeit der anderen Klassen und der öffentlichen Gewalt.

Will man aus den russischen Vorgängen hinsichtlich des politischen Streiks Lehren ziehen, so kann man zunächst nur sagen, dass unter gleichen oder wenigstens annähernd gleichen Verhältnissen, wie sie in Russland zurzeit obwalten, auch anderwärts politische Streiks so leicht zu inszenieren sein und so starken Nachhall finden werden, wie dort. Hinsichtlich der endgültigen Wirkung können wir dagegen auch hier noch nichts sagen, weil wir noch nicht übersehen können, wo die Grenzen der derzeitigen Streiks in Russland liegen. Wir ersehen nur aus der Tatsache, dass verschiedene der russischen politischen Streiks nach verhältnismässig kurzer Zeit aufgegeben werden mussten, dass es hier Grenzen gibt. Wie sollte es auch anders sein? Wir wissen, welche enormen Mittel ein verlängerter Streik erfordert, wenn die Streikenden nur einigermassen vor dem Hunger geschützt werden sollen. Nun fehlt es der Masse der schlecht organisierten und schlecht bezahlten russischen Arbeiter durchaus an eigenen Hilfsquellen. Gegebenenfalls blieben ihnen bei einem ausgedehnten und sich länger hinziehenden Streik nur zwei Auskunftsmittel: freiwillige Unterstützungen in grossem Umfange aus den Reihen der anderen Gesellschaftsklassen oder — Plünderung der Läden etc. Das letztere würde höchstens einmal versucht werden können und auch dann nur temporäre Abhilfe schaffen, das andere macht den Streik vom guten Willen anderer Gesellschaftsklassen abhängig, das heisst, er ist nur so lange aufrecht zu erhalten, als er auch ihren Zwecken dient.

Indes ist an ähnliche oder annähernd ähnliche politische Verhältnisse, wie sie zurzeit in Russland herrschen, bei uns in Deutschland ganz und gar nicht zu denken. Ein Krieg, der des Deutschen Reiches Kräfte in gleichem Masse

in Anspruch nehmen würde, wie der russisch-japanische die Russlands, und dabei dem Volke so gleichgültig wäre, wie dieser, gehört trotz der Vorliebe in oberen Regionen für das Plötzliche zu den grössten Unwahrscheinlichkeiten. Sonst aber ist schon unser entwickeltes Parteiwesen und Parteileben ein sehr bedeutsames Hemmnis des Eintretens ähnlicher Zustände, wie wir sie heute in Russland haben. Hätte Russland von lange her ausgebildete Parteien und einen Parteikampf, wie er in Deutschland stehende Einrichtung ist, es wäre kaum zu jener Anarchie gekommen, die wir in Russland vor uns sehen. Das ist eben die notwendige Wirkung des Absolutismus, dass hinter ihm stets das Chaos steht. Die künstliche Ordnung, die er schafft, bricht mit ihm zusammen. Organische Bildungen, die sich selbständig forterhalten sollen, bedürfen der Freiheit, die man insofern nicht mit Unrecht als einen konservativen Faktor bezeichnet hat. Je grössere politische Freiheit ein Land hat, um so freier ist es von grossen politischen Zusammenstössen.[1]) Nun ist Preussen-Deutschland freilich noch sehr weit davon entfernt, ein politischfreies Land zu sein. Es hat nur gerade so viel Freiheit, wie politische Parteien zu ihrer Ausbildung brauchen. Und wenn man auch mit Fug und Recht behaupten kann, dass, wenn Deutschland ein wahrhaft freies Land wäre, seine politischen Parteien in verschiedener Hinsicht anders aussehen würden, als jetzt, so hat doch die Tatsache, dass im Reich das allgemeine Wahlrecht besteht, die Wirkung gehabt, die Parteibildung den übergreifenden sozialen Kämpfen der Zeit stärker anzupassen, als es zum Beispiel das Dreiklassenwahlsystem im Polizeistaat Preussen vermocht hätte. Verschwommenheit ist ein Fehler, den man den deutschen Parteien am wenigsten nachsagen kann. Jedenfalls ist unser Parteiwesen mit dem Parteichaos, das zurzeit in Russland herrscht, gar nicht zu vergleichen. Und ebenso trägt der Staat bei uns ein ganz anderes Gepräge, als der russische Staat. Unser Beamtentum verdient in mancher Hinsicht nicht die Verhimmelung, die ihm zuweilen zu teil wird, aber aus ganz anderem Kaliber, als das russische, ist es darum doch. Es hat vor allem ganz andere Traditionen, wie jenes, hat von manchen Eigenschaften, die bei jenem mangelhaft entwickelt sind, in gleichem Grade zu viel. Der Deutsche ist der geborene Beamte, und wie es auch sonst mit seinem Glauben steht, er glaubt an den Staat. Wir haben mit einem festgefügten Staatswesen zu tun, das der Masse seiner Beamten noch sicher ist.

Ein Staatswesen dieser Art, ausgebildete politische Parteien, die, wenn sie nicht immer im klaren darüber sind, was sie wollen, doch ziemlich genau wissen, was sie nicht wollen, ein verhältnismässig stark, in einzelnen Industrieen sogar sehr stark organisiertes Unternehmertum: dass sich angesichts dieser Faktoren das Problem des politischen Massenstreiks bei uns ganz anders stellen muss, als im innerlich tief zerrütteten und erschütterten Russland — es gehört die Naivetät von Kindern oder die Leichtfertigkeit von Spielern dazu, das nicht zu sehen.

Allerdings haben wir eine viel, viel stärkere, unvergleichlich besser organisierte und geistig höher stehende Arbeiterschaft, als Russland, eine Arbeiter-

[1]) An diese geschichtliche Erfahrung habe ich seinerzeit in meiner Zuschrift an den Stuttgarter Parteitag erinnert. Unfähigkeit der einen, zu lesen, und absichtliche Verdrehung der anderen hat daraus die Berechtigung gezogen, mir die Albernheit anzudichten, ich hätte erklärt, es werde überhaupt keine politische Katastrophen mehr geben. So erst vor kurzem wieder die *Leipziger Volkszeitung*, bei der die Virtuosität, falsch zu lesen, Redaktionstugend zu sein scheint.

schaft, von der es kaum übertrieben ist, zu sagen, dass sie in einer revolutionären Situation wahrscheinlich unwiderstehlich sein würde. Aber die revolutionäre Situation ist nicht da, und sie lässt sich auch nicht auf Kommando herbeiführen. Auch nicht durch den Massenstreik. Wohl kann ein Massenstreik eine revolutionäre Situation im Gefolge haben, aber das lässt sich nicht vorherbestimmen, es müsste denn schon die ganze Atmosphäre so merkbar mit revolutionärem Zündstoff geladen sein, wie dies zu Anfang dieses Jahres in Petersburg der Fall war. Davon ist aber bei uns nicht die Rede. Wohl regt es sich auch in anderen Gesellschaftsschichten, als in der organisierten Arbeiterschaft, wohl dringt der Geist dieser in Kreise ein, wo man ihn früher nie gesucht hätte, wohl ist im kleinen Beamtentum, auf dessen Treue schliesslich der ganze Staatsbau fundiert ist, die Sympathie mit der Sozialdemokratie im steten Wachsen, aber zwischen dieser Sympathie und aktivem Übertritt, wie wir ihn in Russland gesehen haben, ist noch ein grosser Zwischenraum. Für einen Massenstreik hat die Arbeiterschaft Deutschlands nur auf die eigene Kraft zu rechnen.

Und doch predigst du den politischen Streik? So wird man mir hier einwerfen. Gewiss tue ich das, aber für ganz bestimmte Fälle und unter ganz bestimmten Voraussetzungen. Als starke Willenskundgebung der Arbeiterschaft, wenn man ihr wichtige Rechte rauben will, oder wenn sie ein ihr vorenthaltenes Recht nicht länger entbehren will. Aber nicht als Revolutionsspielerei. Als notwendiges Zufluchtsmittel der Arbeiterklasse, wo die ihr heut zur Verfügung stehenden Kampfmittel versagen, aber nicht aus Revolutionsromantik. Das ist der grosse Unterschied, der mich, wie von Elm und andere, von einem Teil derer trennt, die jetzt in der Agitation für den politischen Streik das grosse Wort führen. An den politischen Streik, dessen Befürwortung mit revolutionären Kriegserklärungen wider die ganze bürgerliche Gesellschaft, mit Herabsetzung des parlamentarischen Kampfes und der Gewerkschaftsaktion eingeleitet wird, glaube ich nicht, halte ihn vielmehr für verderblich und verwerflich. Ist seine Propaganda ehrlich gemeint, so läuft sie darauf hinaus, die Arbeiter in ein Unternehmen hineinzujagen, das beim derzeitigen Stand der Dinge die Wahrscheinlichkeit einer grossen, in ihren Rückwirkungen demoralisierend und desorganisierend wirkenden Niederlage darbietet. Denn sie würde die ganze bürgerliche Gesellschaft zum Widerstand provozieren, und die ist mit dem hinter ihr stehenden Apparat des Staates und dem grossen Tross der Gleichgültigen und Gedankenlosen noch die stärkere Macht. Meinen es aber diejenigen, die den Massenstreik, wie geschildert, predigen, nicht mit seiner baldigen Verwirklichung ernst, dann treiben sie, bewusst oder unbewusst, Falschspiel im schlimmsten Sinne des Wortes. Dann kompromittieren sie mit ihrer Revolutionsverbrämung diejenige Form des politischen Streiks, die heute bei uns möglich ist und notwendig werden kann, zu gunsten einer Chimäre. Dann sind sie viel schlimmere Feinde des politischen Streiks, als diejenigen, die vor Jena ehrlich als seine Gegner auftraten.

Der politische Streik ist, wenn er nicht Revolution heisst, nur als ein starker Appell an die Gewissen zu praktizieren, als eine Aufrüttelung der schlafenden Rechtsempfindungen. Denn der Gedanke, durch ihn die Gesellschaft auszuhungern, ist in seiner Unhaltbarkeit nachgerade allgemein erkannt. Er ist eine ökonomische Waffe zu ethischen Zwecken. Ich weiss, dass, indem ich

dieses ausspreche, ich den Widerspruch — und noch anderes — einer ganzen Kohorte riskiere, die sich für klassenkampfwaschecht hält oder ausgibt. Denn so weit haben wir es nachgerade gebracht, dass die Lehre vom Klassenkampf aus einem Mittel der Aufklärung zu einem solchen der Verdunkelung zu werden beginnt. Wie kann der Klassenkämpfer ethische Empfindungen anrufen? Ja, wie kann er es? Zwar hat es Marx getan, hat es Lassalle getan, tun wir es im Wahlkampf, im Parlament, bei allen möglichen Gelegenheiten, nur sagen soll man es nicht. Dann wird's ein Verstoss gegen die neue gereinigte Lehre.

Doch wollen wir nicht mit einem Missklang schliessen. Obwohl der politische Streik zunächst als Gewissensschärfer in Betracht kommt, ist er darum doch nicht als Bittgang zu verstehen. Er ist, richtig und zur rechten Zeit ins Werk gesetzt, das heisst, wenn wirklich eine tiefe Erregung durch die Arbeiterklasse geht, wenn die Arbeiter von jenem Gefühl eines Kampfes ums Recht erfüllt sind, das den Menschen über all die kleinen Rücksichten des Alltagslebens erhebt, vielmehr immer auch ein eindrucksvolles *Mene Tekel*. Und welcher Kampf ums Recht hätte heute für den Arbeiter eine höhere Bedeutung, als der Kampf um sein Wahlrecht? Ist das Wahlrecht nicht faktisch die soziale Revolution, die Befreiung der Arbeit von der Ausbeutung?

Romantiker diejenigen, die es nicht sehen wollen. Weil es nicht von heute auf morgen wirkt, weil keine Gesetze dabei durchbrochen werden, keine Rechte mit Gewalt genommen werden, missachten sie das Wahlrecht und die parlamentarische Aktion gegenüber der politischen Revolution. In Wirklichkeit aber ist der Parlamentarismus, der sich auf das allgemeine Wahlrecht stützt, in wirtschaftlich fortschreitenden Gesellschaften, wie wir sie heute haben, das wirksamste Mittel, umwälzende Reformen in stetiger, organischer Entwickelung von Etappe zu Etappe ohne Blutvergiessen und mit Schonung der Existenzen durchzusetzen, die in früheren Zeitaltern ganzen Generationen die blutigsten, zerstörerischsten Kämpfe gekostet hätten. Das Wahlrecht und der auf ihm beruhende Kampf für das Parlament und im Parlament ist, die in gesetzliche Formen gebrachte, unseren Kulturauffassungen entsprechende, ununterbrochen wirkende organische Revolution, wie es die höchste, zusammenfassende Form des Klassenkampfes ist. Und darum ist der politische Streik, der der Sicherung des Wahlrechts gilt, eine Aktion, in der die Arbeiter nicht nur an das Klassenbewusstsein ihrer Kameraden, sondern auch an die Einsicht und das Rechtsempfinden der Angehörigen anderer Klassen mit Recht und mit Aussicht auf Erfolg appellieren dürfen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

JAMES RAMSAY MACDONALD · SOZIALISTISCHE PRAXIS


ENN die sozialistische Tätigkeit Erfolg haben will, muss sie sich natürlich den bestehenden Verhältnissen anpassen; und die wichtigsten Faktoren, die für unsere Taktik in Betracht kommen, sind die politischen Organisationsformen des Landes, dem die betreffende sozialistische Partei angehört. Tatsachen, wie die, dass in Deutschland der Reichstag nur unvollkommen mit den Rechten eines

Parlaments ausgestattet ist, und dass in Amerika die Macht des Präsidenten vom Kongress unabhängig dasteht, oder dass in Frankreich die Kammer der Deputierten sich aus Gruppen zusammensetzt, und dort, wenn ein altes Ministerium unterliegt, ein neues gebildet werden kann, ohne dass es notwendig ist, an das Land zu appellieren, müssen dazu führen, dass die sozialistische Taktik in Grossbritannien, wo alles das nicht der Fall ist, einen anderen Charakter hat, als die Bewegung in jenen anderen Ländern. Mehr noch: Die Bedeutung der Taktik ist verschieden zu beurteilen, wo nationale Verbände verschiedene Grade des Widerstandes gegen organische Veränderung aufweisen. Denn offenbar ist es in Ländern, wo die politische Macht der Demokratie sehr begrenzt ist, das Allerwichtigste, eine sozialistische Partei von hochrevolutionärer Spannkraft zu bilden, während es in Ländern, wo die Demokratie an der Macht und auch willens ist, ihre Macht auszuüben, gar nicht möglich ist, eine solche revolutionäre Spannung zu schaffen, weil der nötige Widerstand fehlt. Dort muss man darauf sehen, wie die sozialistische Bewegung am besten die Fühlung mit der allgemeinen Meinung bewahren kann. Die Voraussetzungen, von denen die Menschen gewöhnlich bei ihrem Denken ausgehen, wenn sie ihre Probleme stellen und beantworten, sowie die Verschiedenheit der Taktik zwischen verschiedenen sozialistischen Gruppen sind sogar von grösserer Wichtigkeit, als die diesen Vereinigungen gemeinsamen sozialistischen Prinzipien. In jenen Ländern, wo der zur Schaffung einer hochrevolutionären Spannkraft nötige Widerstand fehlt, wie in Grossbritannien, ist ein Sozialismus, der nichts anderes kennt, als den Kampf gegen das Bestehende, unangebracht und vor allem ungenügend, weil dort Sozialismus eine aufbauende und schöpferische Idee ist, immer am Werke, Institutionen, Gesetze und soziale Zusammenhänge zu verbessern. Studiert man den Sozialismus von seiner aufbauenden Seite, fasst man ihn auf als Waffe in der Hand einer zur wirklichen Macht gelangten politischen Partei, so zeigt es sich, dass die Solidarität der Gesellschaft, das Zusammenwirken ihrer ökonomischen Funktionen das ist, was in erster Linie berücksichtigt werden muss. Der Gedanke des Widerstreits ist doch schliesslich kein Führer für die aufbauende Tat. In der Politik, wie in der Industrie führt er nirgends hin. Gilt es, eine revolutionäre Partei zu schaffen, dann ist er natürlich von höchstem Werte, aber bei der Kompliziertheit der Vorgänge, durch die in demokratisch regierten Ländern Minoritäten allmählich zu Majoritäten werden, ist er nicht so von Bedeutung. In diesen Ländern wächst sich eine Minorität nicht einfach und einzig durch direkte methodische Gewinnung von Anhängern für einen festen Bestand von Überzeugungen zur Majorität aus, sondern durch die Beeinflussung der allgemeinen Anschauungsweise. So basierte vor fünfzig Jahren das politische Denken in Grossbritannien auf individualistischen Auffassungen des Verhältnisses von Staat und Individuum, während diese Grundlage heute entschieden sozialistisch ist. Dieses gilt von den liberalen und konservativen Parteien so gut, wie von der Arbeiterpartei mit ihrer ausgeprägten sozialistischen Perspektive. Deshalb darf in demokratisch regierten Ländern der Fortschritt des Sozialismus nicht allein an den Stimmen, die für sozialistische Parlamentskandidaten abgegeben werden, noch an der Mitgliederzahl der sozialistischen Parteien bemessen werden, sondern auch an dem Höhegrad der öffentlichen Meinung und der Prinzipien, welche den Bestrebungen auf politische und soziale Reform zu Grunde liegen.

Deshalb ist auch in diesen Ländern eine numerisch starke und entschieden sozialistische Partei mit einer unbefangenen, theoretischen Fassung ihrer letzten Ziele und mit einer unverrückbaren, lückenlosen ökonomischen Doktrin als Richtschnur eine Unmöglichkeit. Das theoretische Programm der Parteien ist in solchen Ländern nicht scharf umrissen. Ihre Politik ist nur in einem geringen Grade doktrinär. Ist irgend eine Propaganda einigermassen erfolgreich, so führt sie unvermeidlich zu einer Veränderung der Haltung der älteren Parteien, und infolgedessen wird der Anhang dieser älteren Parteien, der sich zu der neuen Propaganda sympathisch stellt, davor behütet, die Zugehörigkeit zu eben diesen alten Parteien zu lösen, weil sie ja ein wenig fortschreiten, um der neuen Gedanken entgegenzukommen, und der Hoffnung, noch weiter zu gehen, Raum lassen. Man darf ohne das geringste Besinnen erklären: Wenn die deutschen und französischen Sozialisten unter den britischen Verhältnissen kämpften, so ginge die Hälfte der Stimmen, die sie jetzt erhalten, zur liberalen Partei, aber diese, sobald sie diese Stimmen erhielte, wäre nicht mehr das unnütze, akademische und abstrakte Ding, welches in Deutschland und in Frankdiesen — oder einen ähnlichen — Namen trägt. Ist das politische Leben eines Gesellschaftskörpers so gestaltet, dass politische Organisationen und Parteien gehalten sind, auf den Druck der öffentlichen Meinung zu reagieren, dann wird ein neues System des politischen Geistes durch seine Propaganda die Marschroute, die Sympathieen und die Programme aller Parteien beeinflussen, gerade so, wie es eine neue Partei hervorrufen wird, um für seine Sprache einen eigenen Mund zu haben.

Diese Wechselwirkung sieht man am auffallendsten in der Gemeindepolitik, wo der ein Dutzend Jahre zurückliegende Individualismus völlig tot ist. Dieser Fortschritt ist dem Erfolge kleiner und vereinzelter Versuche zu danken, die die grosse Idee veranschaulichten und ihr entgegengesetzte Vorurteile beseitigten. Heute hat das ganze Feld der kommunalen Verwaltungsarbeit, die Kontrolle des öffentlichen Dienstes, das Verfahren der Steuererhebung, die Arbeitspolizei der Städte und anderer Bezirke, ein sozialistisches Gepräge erhalten, die sozialistischen Funktionäre werden mit jedem Jahre zahlreicher, und eine ansehnliche Zahl von ihnen wird ohne Opposition wiedergewählt; und das verhält sich so in konservativen Plätzen, wie London oder Manchester, und in liberalen Zentren, wie Leicester oder Bradford.

Wir erleben daher in Grossbritannien einen relativen Rückgang des revolutionären Sozialismus und ein enormes Anwachsen von Gebilden wie die *Unabhängige Arbeiterpartei,* welche den Sozialismus als eine aufbauende Theorie begreifen. Auch darf man sagen: Sowie die sozialistische Bewegung in irgend einem Lande sich eingesteht, dass die revolutionäre Taktik abgenützt ist, und der Sozialismus nur durch den politisch ausgesprochenen Willen der Majorität kommen kann, wird der Sozialismus mehr und mehr ein positiver Gedanke der sozialen Wiederherstellung werden, der allen politischen und sozialen Veränderungen als fruchtbringende Führung dient. So wird er sich den Menschen durch seine positiven Leistungen empfehlen. Heute ist das wirtschaftliche Leben der Gesellschaft auf Konkurrenz eingestellt, statt auf Gegenseitigkeit. Der Boden gehört Leuten, die sich gegen die Interessen sowohl des industriellen Kapitals, wie der Arbeit verschwören; Kapital und Arbeit sind wieder unter einander verfeindet; Industrieen, die vereint und so geleitet sein sollten,

dass sie sich gegenseitig fördern, sind getrennt und durch ungleiche, um nicht zu sagen: einander entgegenarbeitende, Interessen beherrscht. So dienen zum Beispiel in Ländern, wie England, die Bahnen, da sie dem privaten Kapital unterstehen, dem alleinigen Zwecke, die Aktionäre zu bereichern, was oft eine schwere Schädigung des Handels bedeutet. Verrichtungen, die unter dem Gesichtspunkte, dass sie in einem Gesellschaftsleben Teile eines Ganzen sind, überwacht werden müssten, gehen ohne Beachtung des sozialen Wohles vor sich; und weil das Interesse des einzelnen zur höchsten Vernunft des wirtschaftlichen Lebens erhoben wurde, weil die Preisgabe des sozialen Wohles gewissen Interessen zum Vorteil gereicht, ist diese Preisgabe heute erlaubt. Wir hören hierzulande jetzt so viel über den physischen Niedergang der Rasse, aber jedes Eindringen in die Ursachen dieses Niederganges enthüllt unfehlbar die bedeutsame Tatsache, dass die Quelle des Übels in der Betätigung gewisser Interessen liegt, die aus diesen Ursachen des nationalen Niederganges ihren Nutzen gezogen haben. Die Eigentümer schmutziger Spelunken und Wohnungshöhlen und die Besitzer des städtischen Grund und Bodens finden, dass Überfüllung Profit bringt, die Alkoholinteressenten finden, dass es ihnen Profit bringt, Zuchthäuser und Irrenanstalten zu bevölkern u. s. w. Die Gesellschaft hat sich aber gegen räuberische und schmarotzende Interessen zu schützen, die Reichtum aus ihrem Niedergang saugen. Und das kann sie nur tun, indem sie die Kontrolle dieser Vorgänge, wie Landerwerb, Häuserbau u. s. w., den einzelnen abnimmt und selbst ausübt. Die Teile einer Gesellschaft in ein Gegenseitigkeitsverhältnis einzuordnen und sie für das Wohl des Gesellschaftsganzen arbeiten zu lassen, das ist die Aufgabe, das wäre der Triumph des Sozialismus.

Unter diesem Gesichtspunkt ist die Eroberung der munizipalen Macht durch Sozialisten von der grössten Wichtigkeit, und in England hat man sie schon in frühen Tagen unserer Propaganda als den ersten Schritt zur Eroberung der politischen Macht erkannt. In einer Gemeinde ist das Versuchsfeld sozialistischer Wirksamkeit ein enges, aber die auftretenden Probleme sind greifbarer Natur und werden meistens als dringlich anerkannt, ein Misserfolg ist nicht sehr verhängnisvoll. Das, was man verächtlich *Gas- und Wassersozialismus* genannt hat, ist in einem Lande, wie Grossbritannien, das erste Stadium in der vollständigen Umwandlung der Gesellschaft. In diesen grossen der Öffentlichkeit dienenden Betrieben ist die Ausraubung des Publikums zu gunsten einiger privaten Kapitalisten so unverkennbar, dass deren Kommunalisierung kaum bei irgend jemand einen Verdacht hervorruft, mit ihr beginne eine neue Ära des Besitzrechtes, während zugleich der öffentliche Nutzen des Schrittes sich direkt zeigt, sofort empfunden wird und kaum zu bestreiten ist. Städtische Strassenbahn, städtische Wohnungen, städtische Milchversorgung sind natürlich das Nächstfolgende. Eine energische Minorität im Stadtparlament, welche weiss, was sie will, und die einzelnen Fragen von kollektivistischem Gesichtspunkt aus betrachtet, kann durch den Erfolg ihrer Versuche das Vertrauen der Gemeinde gewinnen und sie daran gewöhnen, sozialistisch zu denken und zu handeln.

Die beste Illustration dafür ist London. In seiner Reichspolitik ist London konservativ. Da es ein grosser Mittelpunkt der Güterdistribution ist, besteht ein beträchtlicher Teil seiner Bevölkerung aus Leuten, die dem wohlsituierten

Mittelstande angehören, und die am allerwenigsten von revolutionären Ideen berührt werden. Auch die Londoner Arbeiterbevölkerung hat nicht vermocht, Fühlung mit der Arbeiterbewegung und dem Sozialismus zu bewahren, die seit fast einem Vierteljahrhundert, besonders aber während der letzten zwölf Jahre, seit die *Unabhängige Arbeiterpartei* gegründet wurde, in der Provinz immer grössere Fortschritte machte. Sofern sie überhaupt liberalen Ansichten huldigen, nehmen die Londoner Arbeiter noch die Stellung der alten politisch Radikalen ein, oder sie gehören zu dem wenig bedeutenden, sich *sozialdemokratisch* nennenden Flügel der sozialistischen Bewegung. Man sollte meinen, unter solchen Umständen sei eine Kommune reaktionär und ohne politische Intelligenz. Aber die Arbeit des Londoner Grafschaftsrates hat dem munizipalen London zu einer freiheitlichen Geistesverfassung verholfen. Eine Anwendung des sozialistischen Gedankens der öffentlichen Kontrolle und des öffentlichen Eigentums hat unsere *individualistische* Hauptstadt dahin gebracht, an die Stadtpolitik von der einen und an die Reichspolitik — wo keine sozialistische Direktive gegeben ist — von der anderen Anschauungsweise heranzutreten.

Die gleiche Erfahrung erwartet eine jede sozialistische Partei, sobald ihre politische Macht zur Wirklichkeit wird. Dann zeigt es sich, dass die Basis des Sozialismus nicht von einer Doktrin, weder von der materialistischen Geschichtsauffassung, noch von einer Theorie über den Mehrwert abhängig ist. Sie wird nur in der Tatsache beruhen, dass die soziale und ökonomische Evolution auf die gegenseitige Einordnung und lebendige Ausgestaltung aller gesellschaftlichen Verrichtungen abzielt, so, wie alle Verrichtungen des menschlichen Körpers zu einer organischen Einheit geordnet und ausgestaltet sind. Die Verschwendung des heutigen Systems und seine Unfähigkeit, unserer Auffassung der ökonomischen Gerechtigkeit zu genügen, sind dazu angetan, diesem System ein Ende zu bereiten, und sorgen dafür, dass bei diesem seinem Ende ein neues System sich entfaltet hat, um die Stelle des alten einzunehmen. Wenn der Privatbesitz an Grund und Boden dahin zielte, die Bodenkultur zu erhalten, und wenn er in irgendwie wesentlicher Art zum Wohle der Gesamtheit beitrüge, dann würde weiter bis zum jüngsten Tage Rente an das private Kapital bezahlt werden. Aber das Privateigentum an Grund und Boden ist verschwenderisch, entzieht der Bodenkultur das Land, hindert die Entwickelung des Handels, legt der Industrie Lasten auf, und jeder Morgen Landes, den die Behörden für öffentliche Zwecke erwerben, ist eine Demonstration für die Wirksamkeit des sozialistischen Gedankens. Das selbe gilt vom Kapitalismus überhaupt. Man hat kürzlich abgeschätzt, dass allein in Grossbritannien innerhalb vierzig Jahre das kapitalistische System für eine Verschwendung von 120 Milliarden Mark Nationalkapital verantwortlich ist. Unnötige Geschäftsbetriebe, jeder mit ihrem eigenen Kapital, fahren fort, sich die Existenzmöglichkeit unter den Konsumenten streitig zu machen, und eine fast ganz unnütze Organisation der Reklame, des Kundenfanges, des Reisens und Wettlaufens wird mit einem ungeheuren nationalen Verluste aufrecht erhalten. In der Welt des Kapitalismus wird die Beseitigung der Unrentabilität und Verschwendung der Konkurrenzwirtschaft durch Trustbildung erreicht und durch Verschmelzung verschiedener in einander übergehender oder von einander abhängiger Industrieen zu einem Betriebe. So sehen wir, wie in den Vereinigten Staaten der Stahltrust nicht nur sein Stahlwerk besitzt, son-

dern dazu die Minen, in welchen das Erz gegraben wird, die Dampfer, die es über die grossen Seen tragen, die Docks und Werfte zur Unterkunft dieser Dampfer und ihrer Ladungen, die Eisenbahnen mit zugehörigem Material, die das Erz nach den Schmelzöfen ziehen. Dieser Trust hat auch seine eigenen Kohlengruben, verarbeitet seine Kohlen zu Koks, und fabriziert nicht nur Stahl, sondern Nägel, Draht und andere Stahlprodukte, welche immer das Werk gesonderter Firmen waren. Der Industrietrust organisiert jedoch die Industrie nur, um die Allgemeinheit nach anderer Richtung hin zu bedrohen — nur, um den Vorteil, den er aus seiner industriellen Tätigkeit zieht, zur völligen Unterwerfung des gesamten konsumierenden Publikums zu benützen. Wenn deshalb der Sozialismus vorschlägt, die Trusts zu verstaatlichen, so ist sein wissenschaftlicher Grundsatz wiederum der, dass in dem Gesellschaftskörper nicht zwei Seelen, zwei Willen, zwei oberste Interessen sein können, und dass die Tendenz der Vorgänge innerhalb der gesellschaftlichen Organisation zur Aufrichtung einer Einheit führt, welche demokratisch in dem Sinne sein wird, dass alle Teile und Zellen des Gesellschaftskörpers die Lebensfülle des organischen Ganzen geniessen.

Angesichts dieser Entwickelung zum Gemeineigentum und zur völligen Wiederbelebung der Gesellschaft dadurch ist es die Aufgabe der entschieden sozialistischen Bewegung, zu verhindern, dass die kollektivistische Praxis nicht schon in einem Stadium aufhört, wo sie erst zu einem Stadt- und Staatskapitalismus geführt hat. In England ist man an die meisten sozialistischen Experimente einfach herangetreten, um den Steuerzahlern Geld zu ersparen. Wie wichtig ich nun aber auch die Tätigkeit des Londoner Grafschaftsrates einschätze, so soll man doch nicht glauben, ich sei damit zufrieden. Sie bedeutet eine Stufe in der Entwickelung zum sozialistischen Staat. Die Verstaatlichung von Monopolen und industriellem Kapital wird im allgemeinen durch eine Anzahl deutlich markierter Abstufungen hindurchgehen, die lang oder kurz sein werden, je nachdem die sozialistische Bewegung schwach oder stark ist. Wir werden den Zustand der begrenzten Staatskontrolle durchmachen, die sich immer ausbreitet, so wie es mit der Fabrikgesetzgebung der Fall ist; dann werden wir den Zustand des öffentlichen Eigentums haben mit einer sich in kapitalistischen Umrissen bewegenden Geschäftsleitung, wobei die Betriebe auf Profit arbeiten; dann werden wir den Zustand haben, wo die Betriebe nicht mehr auf Profit arbeiten, sondern die in ihnen beschäftigten Arbeiter im Interesse des Steuerzahlers ausgenutzt werden, und schliesslich werden wir den Zustand eines industriellen *Commonwealth* haben.

Dieses Hineinwachsen in den Sozialismus möchte ich durch die Entwickelung der Kontrolle über die Strassenbahnen illustrieren. Diese befanden sich zuerst alle in den Händen von privaten Gesellschaften, waren teuer und undienlich und arbeiteten auf das Maximum des Profits hinaus. Die städtischen Behörden fingen dann an, die Strassenbahnen zu übernehmen und selbst zu verwalten, zum Teil zur besseren allgemeinen Bequemlichkeit und zum Teil, um der Gemeinde — worunter in diesem Falle nur die Steuerzahler gemeint sind — in dem von ihr geschaffenen Gebrauchswert der Bahnen ein Eigentum zu sichern. Der Fahrgast hat für die Benutzung noch jedesmal zu bezahlen; diese Zahlungen übersteigen in ihrer Gesamtheit die Betriebskosten, und der Überschuss dient dazu, die Lasten der Steuerzahler zu erleichtern. Der ökono-

mische Sinn hiervon ist der, dass die Fahrgäste eine indirekte Abgabe entrichten, die mit den Steuern zusammenfliesst, genau so, wie sie an die Reichskasse ihren Tribut zahlen, wenn sie besteuerten Tee, Kaffee oder Tabak kaufen. Aber aus den Bedingungen dieser zweiten Stufe geht bereits die Möglichkeit einer dritten hervor. Der Gedanke der Wirksamkeit des öffentlichen Dienstes wird einleuchtender. Der Dienst der Strassenbahnen gilt als unentbehrlicher Bestandteil der städtischen Verwaltung, gerade wie Landstrassenbau längst für unentbehrlich in der Staatsverwaltung angesehen wird, und so, wie man von denen, die die Landstrasse benutzen, kein Wegegeld als Beitrag zu den Unterhaltungskosten mehr erhebt, so werden ohne Zweifel auch die Strassenbahnen ohne Fahrgeld laufen, und ihr Unterhalt wird aus den öffentlichen Geldern bestritten werden, gerade wie schon heute der Unterhalt der Landstrassen. Die Strassenbahnangestellten werden trotzdem noch Lohnarbeiter und den ökonomischen Mängeln der kapitalistischen Gesellschaft unterworfen sein. Die letzte Stufe wird dann erreicht sein, wenn durch die Vergesellschaftung aller Dienste das Stadium der Lohnarbeit endet und die Strassenbahnangestellten die Vorteile des Sozialismus geniessen.

Revolutionen mögen den Evolutionsprozess verkürzen, aber sie können ihn nicht beseitigen. Am Tage nach einer Revolution wird das Regierungssystem der Majorität und der Volkseinwilligung aufgenommen und so mit dem Ausgleich der individuellen und der allgemeinen Interessen begonnen werden müssen. Dann wird man den Widerstand des sozialen Körpers gegen grundlegende Änderungen erproben. Dann wird man entdecken, dass die einzige dauernde Basis, worauf das sozialistische System sich aufbauen kann, die ist, welche die Bedingungen der Praxis selber notwendig machen. Die auf Gegenseitigkeit beruhende Ordnung der ökonomischen Funktionen, welche das sozialistische System herstellen will, stimmt mit dem Prinzip der biologischen Wissenschaft überein, demzufolge eine Teilung der Funktionen, verbunden mit einer Einordnung dieser Teilfunktionen in einander, die Erklärung für das Entstehen höherer Lebensformen abgibt.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ADOLPH VON ELM · DER *VORWÄRTS*KONFLIKT UND DIE PARTEI



DIE *Sozialistischen Monatshefte* haben sich in ihrer letzten Nummer darauf beschränkt, über den *Vorwärts*konflikt lediglich eine kurze Darstellung des Sachverhalts zu bringen; diese Beschränkung erfolgte, weil sie nicht noch Öl ins Feuer giessen wollten, und weil inmitten der heftigen Auseinandersetzungen ein ruhiges, leidenschaftloses Wort an die Parteigenossen wirkungslos verhallt wäre. Geschehene Dinge lassen sich nicht ungeschehen machen; und so ist es erklärlich, dass bei vielen Genossen heute der Wunsch besteht, es möge jetzt über den ganzen Fall geschwiegen werden. Wir wollen Ruhe haben, heisst es, die fortgesetzten Erörterungen schädigen die Partei.

Insofern eine Polemik einen persönlichen, gehässigen Charakter trägt, können auch wir nur erklären, dass dadurch die Parteiinteressen nicht gewahrt werden.

Völlig falsch aber wäre es, lediglich geleitet von dem Bedürfnis nach Ruhe jeder sachlichen Erörterung der Ursachen und der Wirkungen eines Ereignisses, welches die ganze Partei aufgeregt hat, aus dem Wege gehen zu wollen. Handelte es sich nur um die persönlichen Interessen der ausgeschiedenen sechs *Vorwärts*redakteure, so würden auch wir erklären: darüber, ob ihnen recht oder unrecht geschehen ist, mag die dazu berufene Instanz, der Parteitag in Mannheim, entscheiden, bis dahin sind weitere Erörterungen der Sache zwecklos. Aber nach unserer Meinung sind die persönlichen Interessen dieser Redakteure in dem entbrannten Streit das minder Wichtige; für uns ist der *Vorwärts*konflikt vielmehr das Symptom einer inneren Krankheit in der Partei, und deshalb halten wir uns geradezu für verpflichtet, mit unserer Meinung über die Sache nicht hinter dem Berge zu halten. Die Partei kann nur gesunden, wenn sie erkennt, dass in ihrem Innern ein Gift wühlt, wenn sie den Mut findet, den ihren ganzen Organismus mit der Zeit zerrüttenden Giftstoff ohne Rücksicht auf jegliche *Autorität* aus dem Parteikörper auszuscheiden.

Wer vermag die Tatsache zu bestreiten, dass der *Vorwärts*konflikt die ganze Partei wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf? Kein Parteitag hat in einem solch' hohen Masse die geschlossene Einheit der Partei gegen die Umtriebe der Reaktion in Deutschland gezeigt, wie der Jenaer. Die ganze Partei war von einer freudigen Begeisterung für die Wahrung der Rechte des deutschen Volkes gegen die verderblichen Pläne der reaktionären Umstürzler ergriffen. Mit Ausnahme einer Handvoll Leute, zu denen die sechs ausgeschiedenen Redakteure aber nicht gehörten, ahnte kein Mensch, dass wenige Wochen nach Jena die Partei durch einen bisher noch nicht erlebten Skandal in ihrem Innersten aufgewühlt werden würde.

Einige Genossen sind jetzt eifrigst bemüht, den Parteigenossen klarzumachen, der entstandene Konflikt sei auf sachliche Differenzen, sei auf den Gegensatz zwischen *Revisionismus* und *Radikalismus* zurückzuführen, die bisherigen *Vorwärts*redakteure werden beschuldigt, den *revisionistischen* Bestrebungen in der Partei Vorschub geleistet zu haben. Wenn irgend eine Anklage falsch ist, dann diese: das Gegenteil ist wahr. Kurt Eisner, einer der leitenden politischen Redakteure, ist der *Radikalsten* einer, und wenn die *Revisionisten* schadenfroh sein wollten, so könnten sie sich nur darüber freuen, dass die fähigste schriftstellerische Kraft des *Radikalismus* jetzt, wer weiss, auf wie lange Zeit, kaltgestellt ist. Hat der *Vorwärts* unter seiner Leitung nicht stets den *Revisionismus* bekämpft? Nicht etwa nur den *Revisionismus*, der in Dresden als eine »Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge« charakterisiert wurde, und den es in Wirklichkeit in der Partei überhaupt nicht gibt, sondern die tatsächlich vorhandenen Bestrebungen, unser Parteigrogramm in einzelnen Punkten, unsere Begriffe über eine Reihe wichtiger Fragen einer Revision zu unterziehen. Das Recht, diesen *Revisionismus* zu vertreten, kann und darf keinem Parteigenossen genommen werden; es wäre das denkbar grösste Armutszeugnis für die Partei, wenn sie den Dogmenglauben zum Prinzip erhöbe, wenn sie das *Anzweifeln* von bisher als richtig angenommenen Programmsätzen oder von Beschlüssen über unsere Taktik verbieten oder auch nur verpönen wollte. Wir verstehen es, dass einfache Gemüter, denen das Denken zu viel Kopfzerbrechen macht, sich am liebsten an einmal festgestellte Glaubenssätze halten — aber dass das Zentralorgan der

Partei, wie es in seiner Nummer vom 11. Dezember geschehen, ein so fades Gefasel über die Frage *Was ist Revisionismus?* ohne Kommentar abdrucken würde, das haben wir doch für unmöglich gehalten. Das Scherzwort, welches auf dem Parteitag in Dresden geprägt wurde, *Revisionist ist, den ich nicht leiden kann,* hat wieder Geltung in der Partei erlangt. In d i e s e r albernen Weise hat die frühere *Vorwärts*redaktion den *Revisionismus* freilich nicht bekämpft. Wenn wir aber eine Blumenlese aus *Vorwärts*artikeln geben wollten, die vor und nach Dresden erschienen, wir könnten beweisen, dass die Bekämpfung des *Revisionismus* dort in überaus scharfer, einige behaupten sogar: in ungerechter Weise erfolgte.

Gerade Genosse Bebel hat in Dresden Eisner das glänzendste Zeugnis über seine Befähigung und über seine Leistungen ausgestellt. Er erklärte, dass er mit der Redaktion des *Vorwärts* sehr zufrieden sei, und dass er namentlich den politischen Teil meist für ausgezeichnet halte; Eisner, sagte Bebel, halte er »für den politischen Teil des *Vorwärts* geradezu für unersetzlich«. Dass auch der Parteivorstand und die Presskommission bis auf die jüngste Zeit durch die Leistungen Eisners befriedigt waren, ist im übrigen dadurch erwiesen, dass kein Mensch daran dachte, ihm seine Stellung zu kündigen. Noch am 11. Januar 1905 gaben der Parteivorstand und die Berliner Presskommission gegenüber den Angriffen Mehrings in der *Leipziger Volkszeitung* im *Vorwärts* die Erklärung ab: wenn auch i n e i n i g e n F r a g e n der Parteitaktik Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen und der Redaktion des *Vorwärts* vorhanden seien, so habe diese doch niemals zu der ehrenkränkenden, beleidigenden Beurteilung Mehrings Veranlassung gegeben, dass der *Vorwärts* in jeder prinzipiellen Frage hin- und herschwanke und für die politische und wissenschaftliche Entwickelung der Partei längst zum rudimentären Organ geworden sei. Weder auf dem Parteitag in Bremen, noch auf dem letzten Parteitag in Jena ist von irgend einer Seite — auch nicht vom Parteivorstand oder von der Berliner Presskommission — eine substantiierte Beschwerde über die politische Haltung des *Vorwärts* vorgetragen worden. Genosse Bebel sprach in Jena allerdings von dem »gegenwärtigen unhaltbaren Zustand«, betonte aber gleichzeitig, dass die Partei nicht verfahren dürfe, wie bürgerliche Verleger, Leute, die eine andere Meinung vertreten, einfach herauszuwerfen. Genosse Wels, Mitglied der Berliner Presskommission, sprach sich etwas deutlicher aus. Er vertrat den Antrag von sechs Berliner Wahlkreisen — zwei Kreise, Berlin IV und Teltow-Beeskow, hatten ihm nicht zugestimmt —, den *Vorwärts* seines Charakters als Zentralorgan zu entkleiden, und begründete ihn damit, dass er anführte, der Doppelcharakter des *Vorwärts* als Zentral- und Lokalorgan führe zu »unleidlichen Zuständen«, er erinnerte an die Frage der preussischen Landtagswahlen, wo der *Vorwärts* in Übereinstimmung mit dem Parteivorstand und den Beschlüssen der Partei f ü r Wahlbeteiligung eintrat, während die Berliner Genossen dagegen waren. Der einzige offen und klar in Jena ausgesprochene Vorwurf gegen die bisherige *Vorwärts*redaktion bestand also darin, dass diese das Blatt im Sinne der Parteimehrheit redigiert hätte. Charakteristisch für die Anschauungen, die zur Stellung des Antrages führten, den *Vorwärts* zum Lokalblatt zu machen, waren noch die folgenden Ausführungen des Genossen Wels: »Genossin Zetkin, von der ich vermute, dass sie eine Gegnerin unseres Antrages ist, sagte in Stuttgart: »Als Zentralorgan hat er die

Pflicht, unparteiisch zu sein und zu allen Äusserungen des Parteilebens ohne Voreingenommenheit Stellung zu nehmen.« Das wollen wir gerade nicht. Wir selber ergreifen Partei und wollen, dass der *Vorwärts* zu allen Parteifragen klar und unzweideutig Stellung nimmt. Das scheint auch die Meinung des Vorstandes zu sein. Es ist in verschiedenen Sitzungen dem *Vorwärts* aufgegeben worden, mehr Salz zu verwenden.« Bebel versprach, alles aufzubieten, »um die berechtigten Klagen der Berliner zu beseitigen«, ersuchte jedoch den Parteitag, den Berliner Antrag, den *Vorwärts* zum Lokalblatt zu machen, abzulehnen. Mit anderen Worten: um den *Vorwärts* als Zentralorgan zu retten, hätte man ihn in Wirklichkeit seines Charakters als Zentralorgan entkleiden müssen; denn nur dadurch waren ja nach den Ausführungen des Genossen Wels diese Klagen der Berliner zu beseitigen. Gleich nach Jena wurde dem Parteivorstand in Berlin der von Bebel auf dem Parteitag ausgestellte Wechsel präsentiert; wie sollte er nun das Unmögliche möglich machen, das heisst, ohne Leute herauszuwerfen, was Bebel doch in Jena als für die Partei ganz ausgeschlossen bezeichnet hatte, jene Klagen der Berliner beseitigen? Die geheimen Beratungen des Parteivorstandes mit der Presskommission, seine Vorschläge lassen die Ratlosigkeit erkennen, in der er sich befand. Das nun beginnende Drama war von dem Parteivorstand nicht gewollt, Schritt für Schritt wurde er weiter gedrängt; er selbst erklärte in seiner Denkschrift, dass er der von den Berlinern Geschobene ist. Was sollte geschehen? Klarheit war darüber weder auf seiten des Parteivorstandes, noch auf seiten der Presskommission vorhanden. Angeblich waren die Berliner mit der politischen Haltung des *Vorwärts* unzufrieden; anstatt nun den politischen Redakteuren zu kündigen, schlug der Parteivorstand vor, trotz der bündigen Erklärung Bebels in Jena vor dem Plenum des Parteitages und Singers privater Versicherung Eisner gegenüber, dass keine Kündigung einzelner Redakteure beabsichtigt sei, zwei für die politische Haltung des Blattes gar nicht verantwortlichen Redakteuren, Büttner und Kaliski, also zwei völlig Unschuldigen, zu kündigen. Die Presskommission schlug vor, Büttner, Gradnauer und Wetzker zu kündigen; schliesslich einigte man sich dahin, der gesamten Redaktion zu kündigen, da, wie Parteivorstand und Presskommission am 10. November im *Vorwärts* sagten, anzunehmen sei, dass die bisherige Redaktionsmehrheit sich solidarisch erklären und gleichzeitig kündigen werde; diese Solidaritätserklärung werde bei Kündigung aller Redakteure ihre Bedeutung verlieren. Die Absicht war, die bisherige Redaktionsmehrheit in eine Minderheit zu verwandeln, einige Redakteure auszuschalten und deren Stellen durch den Berlinern genehme Genossen zu ersetzen.

Wenn man erwägt, dass die angegriffenen Redakteure auf dem Parteitag in Jena durch die hinter die Kulissen verlegte Kommissionsberatung über die Auseinandersetzungen zwischen dem *Vorwärts* auf der einen, der *Leipziger Volkszeitung* und der *Neuen Zeit* auf der anderen Seite verhindert wurden, ihre Sache vor der Partei in aller Öffentlichkeit zu vertreten, und dadurch es auch zugleich den Parteigenossen allüberall unmöglich gemacht wurde, an der Hand des Parteitagsprotokolls sich selbst ein unparteiisches Urteil über die Sache zu bilden, so muss man sagen: es wäre selbstverständliche Pflicht gewesen, wenn nach dem Parteitag in Berlin nun alle möglichen unkontrollierbaren Beschwerden gegen die Redakteure vorgetragen werden sollten, diesen dort zum

mindesten das Recht, sich gegen Angriffe zu wehren, nicht zu beschränken. Leider geschah das Gegenteil: man beriet in geheimen Konferenzen, ohne die Redakteure hinzuzuziehen. Ja, als diese selber ihr Recht energisch geltend zu machen suchten, wurde es ihnen direkt verweigert. Diesem Umstand und der Geheimverhandlung auf dem Parteitag in Jena ist ganz allein die ungeheure Verwirrung geschuldet, welche in der Urteilsfähigkeit der Genossen angerichtet ist, und es gehört zu den traurigsten Erscheinungen in unserm gesamten Parteileben, dass diese Unkenntnis der wahren Verhältnisse in den breiten Massen zu einer unerhörten Hetze nicht nur gegen diese Genossen, sondern zugleich gegen alle jene, welche in diesen Tagen zu ihnen standen, geführt hat.

Für jeden denkfähigen Genossen, sollte man meinen, müsste es feststehen, dass in den oben genannten Tatsachen die Ursache des ganzen späteren Skandals lag. Statt dessen kehrte man den Spiess um und versuchte, die Wirkung mit der Ursache zu vertauschen. Parteivorstand und Presskommission wollten der gesamten Redaktion kündigen. Die sechs Redakteure, die von dieser Absicht Kenntnis erlangten, kamen diesen Instanzen zuvor, indem sie selbst ihre Kündigung einreichten und im *Vorwärts* veröffentlichten. Aus diesem Vorgehen hat man ihnen einen Strick gedreht, indem man es zu einem ungeheuerlichen Disziplinbruch stempelte und die Redakteure der Schädigung der Parteiinteressen bezichtigte. Von dem generellen Kündigungsbeschluss des Parteivorstandes und der Presskomission, der alles weitere verursacht hat, redete man nicht! Selbt angenommen, die sechs Redakteure hätten mit der sofortigen Veröffentlichung ihrer Kündigung einen Fehler begangen, so würde doch durch diese in gerechter Empörung begangene Handlung das ihnen zugefügte Unrecht nicht aus der Welt geschafft sein. Was jeder gewerkschaftlich organisierte Parteigenosse bürgerlichen Unternehmern gegenüber aufs schärfste verurteilt, die selbstherrliche Entlassung von Arbeitern, ohne ihnen Gelegenheit zu geben, sich gegen Beschwerden verteidigen zu können, dürfen wir nie und nimmer in sozialdemokratischen Betrieben als Recht proklamieren. Wenn mit wenigen Ausnahmen die gesamte Gewerkschaftspresse dieses Geheimverfahren verurteilt hat, so bedeutet das keineswegs, wie fälschlich behauptet wird, eine unberufene Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Partei. Oder glauben wirklich alle jene, die über die Stellungnahme des *Korrespondenzblattes der Generalkommission* und der Gewerkschaftspresse sich furchtbar entrüstet haben, die Gewerkschaften hätten bei Propagierung ihrer Grundsätze vor sozialdemokratischen Betrieben Halt zu machen? Wer das verlangt, hat weder die gewerkschaftlichen, noch die sozialdemokratischen Grundsätze begriffen; die Gewerkschaftspresse war geradezu verpflichtet, nachdem die gesamten Organe der Arbeitgeber die Affäre für sich gegen die Gewerkschaften auszuschlachten bemüht waren, mit der selben Energie sich der sechs Redakteure anzunehmen, mit der sie ins Zeug gegangen wäre, wenn der gleiche Vorfall sich in einem kapitalistischen Privatbetrieb ereignet hätte. Es ist unsinnig, die Stellungnahme der Gewerkschaftspressn mit der Neutralitätsfrage zu verquicken. Soll die Gewerkschaft deshalb, weil sie politisch neutral ist, für ihre Mitglieder in sozialdemokratischen Betrieben keine Gerechtigkeit fordern dürfen? Auf nichts anderes läuft es in der Tat hinaus, wenn den Gewerkschaften zugemutet wird, da zu schweigen, wo gegenüber sozialdemokratischen Redakteuren gewerkschaftliche Grundsätze offenkundig verletzt werden.

Die Stellungnahme der Gewerkschaftspresse in diesem Fall hat wieder einmal Veranlassung gegeben, gegen die Gewerkschaftsführer und die Gewerkschaftsredakteure eine unglaubliche Hetze zu inszenieren. Man beschuldigt sie, nur darauf gewartet zu haben, die Gewerkschaften gegen die Partei ausspielen zu können, ja, weil man weiss, dass bei den Massen, die sich um theoretische Auseinandersetzungen herzlich wenig kümmern, das Wort *Revisionist* durch die ständig wiederholte unsinnige Behauptung, die *Revisionisten* wollten den Klassenkampf aufgeben, einen sehr schlechten Klang hat, der Begriff *Revisionismus* für sie ungefähr gleichbedeutend mit *Verrat an der Partei* oder der Arbeiterklasse ist, so werden zur Abwechselung einmal auch die Gewerkschaftsführer in den *Revisionisten*kessel geworfen, und man sucht diesen *Gewerkschaftsrevisionismus* den Arbeitern noch besonders dadurch zu verekeln, dass man ihn durch die *gehobene Lebensstellung* der Gewerkschaftsbeamten zu erklären sucht. Dadurch können nur die niedrigsten Instinkte der Masse wachgerufen werden, Neid und Missgunst; das Verfahren wird wahrlich dadurch nicht erfreulicher, dass es *wissenschaftlich* aufdrapiert wird. Für den *Vorwärts*konflikt wählte man die schöne Bezeichnung *Literatenrevolte,* für die Gewerkschaftsführer den *Gewerkschaftsrevisionismus* und die *Gewerkschaftsbureaukratie.* Und wer sind nun jene, die durch diese Kampfesmethode alle Genossen, die mit ihrer Meinung nicht übereinstimmen, in den Augen der Arbeiter persönlich zu diskreditieren suchen? Literaten sind es, die die *Literaten* herabsetzen, Genossen in sehr gehobener Lebensstellung, die die *gehobenen Existenzen* psychologisch-materialistisch zu verwerten suchen.

Wenn wir am Anfange dieses Artikels von einer inneren Krankheit, von einem die Partei zerrüttenden Giftstoff sprachen, so haben wir damit gerade diese nicht erst seit dem *Vorwärts*konflikt, sondern seit Jahren betriebene persönlich gehässige Kampfesart gemeint. Man glaube nicht, wir Sozialdemokraten hätten nicht die Fähigkeit, sachlich debattieren und polemisieren zu können! O nein, wir haben der Welt wiederholt den Beweis geliefert, wie ruhig und sachlich wir die schwierigsten theoretischen Fragen auf unseren Parteitagen zu behandeln verstehen. Hannover und Jena sind Zeugen rein sachlicher Auseinandersetzungen. In Lübeck aber gerieten wir auf die abschüssige Bahn durch das Tadelsvotum gegen Bernstein. Schreiber dieses hat sich stets gegen Tadelsvoten ausgesprochen, selbst dann, wenn sie sich gegen Genossen richteten, mit deren persönlichen Ansichten er nicht übereinstimmt, wie in dem Fall des Genossen Schippel. Ist in unserer grossen sozialdemokratischen Partei nicht Raum genug auch für abweichende Meinungen, solange diese nicht im Gegensatz zu unseren Grundsätzen stehen? Tadelsvoten, die sich gegen abweichende Meinungsäusserungen richten, bilden eine grosse Gefahr für die geistige Entwickelung der Partei, für die freie Forschung in unseren Reihen. Die Tadelsvoten selbst mögen in der mildesten Form beschlossen werden, in der Sprache einzelner Parteiredakteure, die den Kampf mit geistigen Waffen durch eine möglichst *ruppige* Tonart zu ersetzen suchen, lauten sie ganz anders; der *Geprügelte* — so bezeichnet die neue *Vorwärts*redaktion alle Genossen, die innerhalb der Partei sich den Luxus einer eigenen Überzeugung gestatten — wird beschimpft, verdächtigt und bei den Genossen derart in Misskredit gebracht, dass schliesslich, wie ein Sprichwort sagt, kein Hund mehr ein Stück Brot von ihm nimmt. Wir sind objektiv genug, bei vielen Genossen, die diese

Kampfesmethode anwenden, anzunehmen, sie handeln in gutem Glauben, seien der Überzeugung, dass, indem sie die Personen bekämpften, die gute Sache gefördert werde.

Seit die sozialdemokratische Partei nach der Sprengung des eisernen Reifens, dem Fall des Ausnahmegesetzes, nominell gesetzlich gleichberechtigt den bürgerlichen Parteien in der politischen Arena gegenüber treten darf mit der Propagierung der sozialistischen Ideen, seit andererseits zugleich mit der steigenden Konzentration des Kapitals auch die Gewerkschaftsbewegung, die Organisationen der proletarischen Massen einen ungeahnten Aufschwung genommen, ist scheinbar ein gewisses Zurückebben der unter dem Druck des Schandgesetzes aufgestauten revolutionären Hochflut eingetreten. Während unter dem Ausnahmegesetz in dem Guerillakrieg gegen Spitzel und Gensdarmen jeder politische Nerv gespannt war, galt es jetzt, die proletarischen Massen zu sammeln, ihnen an der Hand der Tatsachen im wirtschaftlichen Kampfe die Köpfe zu erhellen über das wahre Wesen des kapitalistischen Wirtschaftssystems und in dieser zwar anscheinend ruhigeren, in Wahrheit aber doch erst eigentlich revolutionierenden Tagesarbeit zugleich der bürgerlichen Umwelt und den in ihr aufstrebenden, wissenschaftlich nach Erkenntnis ringenden Elementen die unwiderstehliche Werbekraft der Lehre vom internationalen Sozialismus zu demonstrieren. Und mit jauchzender Begeisterung, aus innerster Überzeugung sangen wir Alte und Junge: »Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren, mit Schwert und Speer nicht kämpfen wir; es führt zum Sieg der Freiheit Scharen, des Geistes Schwert, das Rechtspanier!« Und wer, der die Parteigeschichte der letzten fünfzehn Jahre überblickt, wollte bestreiten, dass dieses der modernen Arbeiterbewegung mit so unerschütterlich stolzer Zuversicht vorangetragene *Rechtspanier* der ganzen bürgerlichen Gesellschaft den festen Boden des Glaubens an die *von Gott gewollte* unbeschränkte Ausbeutung der Massen durch die Besitzenden in seinen Grundfesten erschüttert hat? Dass, bei erschüttertem Rechtsbewusstsein der kapitalistische Instinkt, das gesamte Ausbeutertum, um so wütender seine materielle Macht ausnutzend, sich im wirtschaftlichen Kampf gegen die sich ihm entgegenstellenden proletarischen Massen auszutoben begann, ist nur zu natürlich. Ein Sieg der Besitzlosen auf politischem Gebiet lag in so weiter Ferne, dass daran kaum gedacht wurde.

In striktem Widerspruch mit der von Marx vertretenen materialistischen Geschichtsauffassung, nach der politische Freiheit ohne ein grösseres Mass wirtschaftlicher Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Proletariats ein Luftgebilde ohne sicheres Fundament ist, hat in der sozialistischen Partei vor und auch noch längere Zeit nach dem Sozialistengesetz diejenige Richtung dominiert, welche alles Heil von einer plötzlichen politischen Katastrophe erwartete und deshalb den politischen Kampf als den allein berechtigten betrachtete, dagegen alles, was auf gewerkschaftlichem Gebiet von den organisierten Massen zu erreichen sei, als *Palliativmittelchen,* ja geradezu als nutzlose Kraftvergeudung ablehnte und bekämpfte. Das Verkehrte dieser Auffassung braucht hier nicht demonstriert zu werden. So natürlich es ist, dass die breiten Massen der Arbeiter, trotz dieser hemmenden Gegenströmung in der Partei sich von Jahr zu Jahr, durch die ungeheure Entwickelung auf industriellem Gebiete gedrängt, in immer grösseren Massen den schützenden gewerk-

schaftlichen Kampfesorganisationen anschlossen, so erklärlich ist es andererseits, dass diejengen Elemente, die auf eine baldige Erringung der politischen Macht hofften, die Hochflut der Gewerkschaftsbewegung mit wachsendem Misstrauen betrachteten, da sie dadurch ihren Einfluss immer mehr schwinden fühlten. Soweit sie aus bürgerlichen Kreisen stammten, waren sie von der Tätigkeit in Gewerkschaften und Genossenschaften ausgeschlossen; falls ihnen solche aber möglich war, verschmähten sie sie. So bemächtigte sich ihrer immer mehr ein Unbefriedigtsein; sie sahen überall *Stagnation* — weil in i h r e m Innern nichts kreist, vermissen sie das pulsierende Leben. Je mächtiger die Arbeiterbewegung wird, desto unzufriedener werden diese Genossen sein. In vermeintlicher Wahrung des revolutionären Prinzips kommen sie zu den grössten Widersprüchen. Genossen, die noch vor Jahresfrist den Generalstreik als Generalunsinn verhöhnten, halten diese *ultimo ratio* des Klassenkampfes jetzt für ein Kampfmittel von der wunderbarsten Wirkung. Sich fälschlich stützend auf den Jenaer Beschluss über den politischen Massenstreik sind sie zurzeit augenscheinlich erfolgreich bemüht, den Massen den *parlamentarischen Kretinismus* ebenso zu verekeln, wie die durch *hohe Beiträge* viel zu *kostspielige* und *gänzlich nutzlose Gewerkschaftsspielerei*, und ihnen dafür die neue Taktik der *direkten Aktion* der Massen zu verkünden, durch die man nicht nur, wie in Jena beschlossen, Wahl- und Koalitionsrecht schützen will, sondern auch die *Diktatur des Proletariats* heute oder morgen zu erringen für möglich hält. Ist das etwa nicht utopistische Revolutionsromantik? Eine Erklärung dieser Erscheinung kann man vielleicht finden in dem Milieu und dem ganzen Charakter der Berliner Bevölkerung, in der die Macht der Phrase allen, von den Spitzen bis zum kleinsten Schusterjungen, Gemeineigentum ist. Wenn auch jeder sich über die gepanzerte Faust des anderen lustig macht, berauschend klingt's doch, wenn man in Wort und Schrift der herrschenden Gesellschaft den *Donner der Revolution* um die Ohren sausen lässt. Wer da nicht mitschreit, ist — *Revionist* oder verhöhnt, wie die neueste Phrase lautet, die *Majestät des Proletariats.*

Ohne Zweifel wäre auch diese künstlich aufgepuffte Revoluzzerei dem Fluche der Lächerlichkeit verfallen und schon wieder im Sande verlaufen, wenn ihr nicht das blutige Drama in Russland zu Hilfe gekommen wäre. Es mutet einen an, wie eine Blasphemie, wenn man da jetzt im *Vorwärts* von der *schönen Röte* liest. Dort auf dem furchtbaren Schlachtfelde der wirklichen Revolution opfern die Freiheitskämpfer ihr Leben den Mörderbanden des Zarentums f ü r d i e E r r i n g u n g d e r V e r f a s s u n g u n d d e s f r e i e n W a h l r e c h t s, während wir uns gefallen lassen müssen, dass uns ein *radikaler* Literat vor sozialdemokratischen Arbeitern in einem Vortrag über *internationalen Syndikalismus* höhnend zuzurufen wagt: »Da schreien sie: »das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen«!« Ja, wenn alle diese Phraseure wenigstens leidenschaftliche Fanatiker wären — aber da liegt's! Zwischen Wort und Tat gähnt eine gewaltige Kluft; die Geschichte aller Revolutionen — auch der gegenwärtigen russischen — zeigt, dass diejenigen, die, weit vom Schuss, die blutigsten Reden geführt, versagt haben, wenn es die Tat galt.

Sollen die Geschicke der Partei in Wirklichkeit entschieden werden von einer kleinen Gruppe von Leuten, die ständig im Namen der Partei das grosse Wort

führen, dazu aber keinerlei Autorisation besitzen, und die ihre Stellung in Wahrheit nur dadurch behaupten, dass sie jeden, der es der Mühe für wert erachtet, ihren Tiraden entgegenzutreten, mit persönlichen Schmähungen, oft mit Verdächtigungen überschütten?

Selbst die Parteiinstanzen haben dieser Gruppe gegenüber nicht immer die nötige Widerstandskraft bewiesen. Das trifft auch für den *Vorwärts*konflikt zu. So entwickelte sich das Trauerspiel des Geheimverfahrens gegen Genossen, die jahrelang ein Vertrauensamt in der Partei bekleidet haben. Der Parteivorstand und die Berliner Parteifunktionäre sind zu einer völlig falschen und ihren eigenen Intentionen widersprechenden Vorgehen gedrängt worden. Die subjektiv guten Absichten dieser Parteiinstanzen bezweifeln auch die ausgeschiedenen Redakteure nicht, und selbstverständlich wir um so weniger.

Wenn je die Anklage berechtigt war, dass der *Vorwärts* nicht im Sinne der Beschlüsse der Parteimehrheit redigiert werde, dann heute. Die Propagierung der *direkten Aktion,* wie sie der *Vorwärts* betreibt, ist ein direkter Verstoss gegen die Beschlüsse des Jenaer Parteitages; der Jenaer Parteitag resolvierte ferner: »Mit aller Entschiedenheit erhebt der Parteitag Einspruch gegen eine gehässige, die persönliche und die Parteiehre von Genossen verletzende Art der Diskussion, durch welche auch der Agitation im Lande die grössten Schwierigkeiten bereitet werden.« Eine so gehässige, persönliche Kampfesweise, wie sie dagegen die neue *Vorwärts*redaktion betreibt, ist in der Partei noch nicht dagewesen. Jahre werden vergehen, ehe der Schaden ausgemerzt sein wird.

So, wie es jetzt ist, kann es natürlich auf die Dauer nicht bleiben. Der Mannheimer Parteitag hat die grosse Aufgabe, die Ausscheidung des Krankheitsstoffes aus der Partei zu bewirken. Auf eine Erledigung in der *Dunkelkammer* wird der Parteitag, die oberste Instanz der Partei, sich nicht zum zweiten Male einlassen.

Wie sehr man es auch beklagen mag, dass der Parteivorstand sich zu einer Handlungsweise hat drängen lassen, die er vor der Parteigeschichte kaum verantworten kann, so soll hier doch der Umstand festgestellt sein, dass die bürgerliche Gesellschaft wahrhaftig keine Ursache hat, um dieser Vorgänge willen auf die Sozialdemokratie herabzusehen. Wenn der Parteivorstand es im Interesse der Gesamtpartei für eine Schädigung hielt, dem *Vorwärts* seinen Charakter als Zentralorgan nehmen zu lassen, und andererseits, als Vertreter einer demokratischen Organisation, sich dem Verlangen der Berliner Parteigenossenschaft fügen zu müssen glaubte, indem er durch Beseitigung der verfemten Majorität denjenigen Personen die Stühle frei machte, die sich die Berliner als die echten und rechten *Revolutionäre* erkoren hatten, dann kann man das als eine Verirrung der Berliner Genossen und als eine unangebrachte, fehlerhafte Nachgiebigkeit des Parteivorstandes tief beklagen; aber fällt davon ein noch so kleines Fleckchen auf die persönliche Ehre der Männer im Parteivorstand und in der Presskommission oder gar auf die Partei?

Wenn jedoch jemals eine Mahnung an die verantwortlichen Personen am Platze war, dann heute die, der parteischädigenden Verhetzung der Genossen unter einander in der Partei endlich einmal energisch Einhalt zu gebieten.

Mit banger Sorge muss man sonst der Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung

entgegensehen. Lasse man sich durch die in vielen Orten beschlossenen Vertrauensvoten für den Parteivorstand nicht täuschen! Ein allzu grosser Wert ist solchen Beschlüssen schon deshalb nicht beizumessen, weil man doch das Gegenteil nicht gut beschliessen kann, und weil die Mehrheit der beschliessenden Genossen zu einer objektiven Prüfung des Materials gar keine Gelegenheit hatte. Einige Parteiorgane haben die Berichterstattung in dieser Sache in der tendenziösesten Weise betrieben, Gegenerklärungen und Berichtigungen der angegriffenen Genossen entweder ganz unterdrückt oder entstellt wiedergegeben, abweichende Meinungsäusserungen zum grösseren Teil den Genossen direkt verheimlicht. Eine wahre Verwirrung in den Begriffen ist entstanden; auch wir sind der Meinung, dass das Recht auf Kündigung von Redakteuren den dazu berufenen Instanzen gewahrt bleiben muss; aber wenn einzelne Presskommissionen sich heute für berechtigt halten, von den Redakteuren zu verlangen, dass sie nicht ihre eigene, sondern die Meinung der jeweiligen Kommissionsmitglieder zum Ausdruck bringen sollen, so kann ein solches Verfahren die schlimmsten Folgen zeitigen. Die Liebedienerei gegenüber *Seiner Majestät dem Proletariat* ist ebenso zu verurteilen, wie die Kriecherei vor anderen Majestäten. Aufrechte, fähige Genossen werden da nicht mittun; die Sozialdemokratie aber hat wirklich keine Veranlassung, gerade den schriftstellerisch befähigten Genossen die Mitarbeit zu verleiden und minder Begabten den Kampf mit geistigen Waffen gegen die Gegner anzuvertrauen.

Aber nicht allein diese Gefahr besteht. In den letzten Wochen hat Schreiber dieses schon von manchem alten Genossen ähnliche Gefühle äussern gehört, wie solche von amerikanischen Arbeitern manchmal in dem einen bezeichnenden Ausspruch *I am disgusted with all politics!* zum Ausdruck kommen. Sachliche, prinzipielle Auseinandersetzungen fördern die Erkenntnis der Arbeiter und werden nie zu einem Zerwürfnis innerhalb der Partei führen können; anders die Wirkung persönlich gehässiger Streitereien. Mit der Zeit könnte mancher Genosse, von ihnen angeekelt, der aktiven Tätigkeit in der Partei den Rücken kehren. Durch die Bekämpfung von Personen, die nicht ihrer Meinung sind, glauben manche Genossen die Parteiinteressen zu fördern. Aber das Gegenteil wird bewirkt. Wer da nicht will, dass den in der wirtschaftlichen Bewegung praktisch tätigen Genossen die Mitarbeit in der politischen Bewegung geradezu verleidet werde, der darf nicht, wie dies jetzt geschieht, sie in ihrer persönlichen und in ihrer Parteiehre aufs tiefste kränken.

Auf der Personalunion zwischen den gewerkschaftlich und den politisch tätigen Genossen basierte bisher nicht zum geringsten das Zusammenwirken beider gleichberechtigten Faktoren der Arbeiterbewegung; wer hier hemmend und störend eingreift, pflanzt, wenn auch unbeabsichtigt, die Keime der Entfremdung zwischen der wirtschaftlichen und politischen Bewegung und kann dadurch herbeiführen helfen, dass auch bei uns sich die bedauerlichen Zustände entwickeln, wie sie in anderen Ländern zum Schaden der gesamten Arbeiterbewegung — teilweise mit veranlasst durch die taktischen Fehler einiger politischer Führer — mit der Zeit geworden sind.

Lernt — ihr seid gewarnt!

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RICHARD CALWER · DISZIPLIN UND MEINUNGSFREIHEIT



N der Pressdebatte über die *Vorwärts*affäre ist die Frage, unter welchen Voraussetzungen die Presskommissionen respektive die anderen Parteiinstanzen, denen die Entscheidung über Personalverhältnisse obliegt, die Redakteure an den Parteizeitungen zu entlassen haben, recht gründlich, aber auch zum Teil recht merkwürdig erörtert worden. Alle, oder wenigstens die meisten, waren sich zwar darin einig, dass die Presskommissionen das Recht der Entlassung haben, nur gingen die Ansichten darüber auseinander, ob die Redakteure vor der Entlassung zu hören seien oder nicht. Gewiss ist es nicht gleichgültig, in welchen Formen die Kündigung zu erfolgen hat, aber materiell ist meines Erachtens der Unterschied nicht so gross, wie es vielfach dargestellt worden ist. Ob eine Presskommission einem Redakteur brieflich kündigt, wenn sie die feste Absicht hat, den Mann zu entlassen, oder ob sie ihn vorher zu einer Sitzung einlädt und ihm hier ihren Entschluss kundgibt, das ändert an dem Recht der Kündigung sehr wenig.[1]) Die Form der Kündigung mag noch so demokratisch gestaltet sein, der Wille der Presskommission setzt sich durch. Dass dabei manchem Redakteur Unrecht geschieht, soll zugegeben werden; aber glaubt man denn, dass in einer demokratischen Partei wirklich nur Recht und Gerechtigkeit herrsche, dass in ihr die Menschen anders geartet sind, als sonst? Die Mehrheit einer Presskommission mag noch so sehr bei einer Kündigung im Unrecht sein; innerhalb ihrer Kompetenz ist sie zweifellos im Recht, ihren Willen durchzusetzen. Denn dazu ist sie doch schliesslich eingesetzt, dass sie ihren Einfluss betätigt. Die Mehrzahl der Presskommissionen hat meines Wissens denn auch bisher wenig Federlesens gemacht, wenn sie einen Redakteur los sein wollten. Entweder haben sie durch ihre Verhandlungen dem Redakteur einen so deutlichen Wink gegeben, dass er beizeiten selbst kündigte, oder, wenn das nicht half, haben sie ihm in mehr oder weniger höflicher Form den Stuhl vor die Türe gesetzt. Sentimental sind darin die Presskommissionen selten gewesen, und sie sind meines Wissens, soweit sie Stellung zum *Vorwärts*konflikt genommen haben, alle auf die Seite der Berliner Presskommission getreten.

Arbeiter sind als Arbeitgeber nicht die angenehmsten Vorgesetzten. Das ist psychologisch begreiflich, wenn auch im allgemeinen bedauerlich. Der Arbeiter, mit dem in seinem Arbeitsverhältnis nicht gerade glimpflich umgegangen wird, kennt kein anderes Vorgehen Angestellten gegenüber und ist geneigt, als Arbeitgeber gegen Angestellte genau so zu verfahren, wie gegen ihn vorgegangen wird. Eine gewisse Rücksichts- und Formlosigkeit macht sich also im Verkehr mit den Redakteuren ganz von selbst geltend, die man vorerst noch mit in Kauf nehmen muss. Es ist auch zweifellos die Achtung vor den Literaten und Parteijournalisten im Laufe der letzten fünfzehn Jahre zurückgegangen.

Unmittelbar nach dem Sozialistengesetz war ein empfindlicher Mangel an Re-

[1]) Damit soll freilich nicht die Haltung der Parteiinstanzen im *Vorwärts*konflikt gerechtfertigt werden. Denn in jenem speziellen Falle handelte es sich gerade darum, dass den Redakteuren durch die Nichthinzuziehung die Möglichkeit genommen wurde, die Übereinstimmung ihrer (gut *radikalen*) Anschauungen mit denen der Berliner Genossen darzutun.

dakteuren, namentlich an akademisch gebildeten, vorhanden. Hatte man einen, so war man, wenn er halbwegs etwas leistete, recht froh, und vermied alles, was ihm seine Position bald verleiden konnte. Aber diese Zeit war nur kurz. Seit Mitte der neunziger Jahre stieg der Zufluss unerwartet. Mit offenen Armen nahm man sie erst auf — und es kamen der Berufenen und Unberufenen gar viel. Ohne lange Prüfung des Charakters, der politischen Überzeugung und der Kenntnisse wurden sie angestellt. Wie oft stellte sich dann bald heraus, dass man einen Fehlgriff getan hatte! Man war aber über solche Fehlgriffe um so mehr enttäuscht, je mehr man mit seinem Mann Parade vor den Gegnern gemacht hatte. Denn alle, alle kamen doch nur aus Begeisterung zu uns herüber und zeigten den Gegnern, dass auch der gebildete Mann nur noch in der Sozialdemokratie die Hüterin der Ideale erblicke. Wenn dann schon nach wenigen Jahren der neue Parteigenosse plötzlich abschwenkte, dann war die Ernüchterung viel grösser und weitreichender, als die anfängliche Freude über den Überläufer. Waren doch die Parteigenossen selbst schuld, wenn derartige ganz natürliche Vorgänge stärker nach aussen wirkten, als es nötig war. Man hatte eben zuvor zu sehr *Hosianna* geschrieen.

Der Umschwung kam: Aus dem viel begehrten Literaten wurde der von den Presskommissionen abhängige Parteiangestellte. Der Einfluss der Presskommissionen nahm zu, je mehr die Parteipresse in das Eigentum der Genossen überging; das Angebot der Redakteure wurde immer grösser; jeder war mehr oder weniger ersetzbar — was Wunder, dass sich ein Stand der Parteiangestellten herausbildete, die im Dienste der Parteigenossen eines Ortes das Parteiblatt so zu redigieren hatten, wie es die Parteigenossen respektive deren Vertretung, die Presskommission, für richtig erachteten. Diese Abscheidung eines besonderen Standes der Parteiangestellten ist auch äusserlich durch die Gründung des Vereins *Arbeiterpresse* deutlich zum Ausdruck gekommen. Ein tatsächlich vorhandener Interessengegensatz führte die Angestellten zu einer besonderen Organisation innerhalb der Partei zusammen. Ganz mit Recht: Das veränderte Verhältnis zwischen Presskommissionen und Parteiangestellten machte den Zusammenschluss notwendig, sollte nicht die soziale Position der Redakteure ganz und gar in das Belieben der einzelnen, überdies vielfach von Jahr zu Jahr in ihrem Mitgliederbestande wechselnden Presskommissionen gestellt sein. Nach wie vor wird der Verein *Arbeiterpresse* die Aufgabe haben, die wirtschaftliche Lage der Parteiangestellten zu bessern, freilich immer mit Mitteln, die jeden schärferen Gegensatz zwischen Partei und Angestellten vermeiden.

Ob die Entwickelung, wie sie sich vollzogen hat, als erfreulich oder unerfreulich zu bezeichnen ist, das ist Nebensache, wir müssen sie nehmen, wie sie nun einmal ist. Ich könnte mir sehr wohl andere Möglichkeiten in einer demokratischen Partei denken. Aber diese waren einmal; sie kommen heute nicht mehr in Frage. Wenn so nun die an der Parteipresse tätigen Genossen zu Angestellten geworden sind, so ist es ganz klar, dass sie die Interessen derer, in deren Dienst sie stehen, nach jeder Richtung hin wahrzunehmen haben. Dabei kann es nicht ausbleiben, dass Gewissenskonflikte entstehen, die die Frage der Meinungsfreiheit sehr ernsthaft tangieren. Da möchte ich nun gleich von vornherein bemerken, dass ich gar nichts Ehrenrühriges darin finde, wenn jemand die Interessen irgend einer wirtschaftlichen oder sozialen Schicht literarisch vertritt. Es

war daher immer falsch, die bürgerlichen Schriftsteller samt und sonders zu *Söldnern* zu degradieren, weil sie in ihrem Berufe die Interessen Fremder vertreten und sich dafür bezahlen liessen. Man tat vielfach so, als ob in der Regel diese Verfechtung fremder Interessen die Verleugnung der eigenen Überzeugung zur Voraussetzung habe. Der heutige Kampf im öffentlichen Leben erfordert solche literarischen Vertreter in grosser Anzahl, und die Sozialdemokratie hat sie auch nötig.

Nur halte ich daran fest, dass die Überzeugung eines Schriftstellers, der die wirtschaftlichen, rechtlichen oder politischen Interessen einer Person, einer Organisation oder einer Partei vertritt, so beschaffen sein muss, dass er als ehrlicher Mensch die fremden Interessen vertreten kann. Will er in einer politischen Partei tätig sein, so muss er die Grundanschauungen dieser Partei teilen. Aber mit dieser Übereinstimmung, die ich als erstes Erfordernis voraussetzte, ist die Möglichkeit von Konflikten noch keineswegs erschöpft. Es ergeben sich Hunderte von Fragen, wo der Redakteur mit seiner Auffassung in Widerspruch zu seinen Auftraggebern kommt. Je selbständiger ein solcher Schriftsteller denkt, desto häufiger wird dieser Fall eintreten. Wie sollen solche Konflikte beseitigt werden? Kann man dem Redakteur das Recht zugestehen, in seinem Blatt seine Meinung aufrechtzuerhalten und zu vertreten im Gegensatz zu den Beschlüssen und dem Willen der Auftraggeber? Nein, denn dann wäre das Blatt eben das Organ einer einzelnen Person, und nicht das einer bestimmten Partei. Man kann aber auf der anderen Seite auch nicht verlangen, dass der Redakteur wegen solcher Meinungsverschiedenheiten immer gleich die Konsequenz zieht und seine Kündigung einreicht. Die Lösung des Konfliktes wird also meist in d e r Weise erfolgen, dass der Redakteur seine persönliche Überzeugung der Auffassung der Parteigenossen unterordnet. Ob diese nun richtig ist oder nicht, das ist für den einzelnen Fall nicht zu entscheiden: recht hat in diesem Falle, wer die Macht hat. Ohne diese Unterordnung der eigenen Überzeugung ist es heute nicht mehr möglich, in der Parteipresse tätig zu sein.[2]) Wie weit der einzelne darin gehen kann und darf, das ist schwer generell zu entscheiden. Es kommt ganz auf die Persönlichkeit an, auf den Grad und die Häufigkeit der Meinungsverschiedenheiten und namentlich, wie gesagt, darauf, ob die Grundanschauung der beiden Partner, der Auftraggeber und des Beauftragten, sich in der Hauptsache noch decken.

Wenn nun so ohne weiteres zuzugeben ist, dass die persönliche Meinung der an den Parteizeitungen tätigen Genossen sich unter die Beschlüsse und Normen sowohl der Gesamtpartei, wie der örtlichen Parteiorganisationen unterzuordnen

[2]) Natürlich kann von einer solchen Unterordnung nicht die Rede sein, wenn es sich um grosse Fragen von allgemeiner Bedeutung handelt, die mit der Anschauungsweise des einzelnen eng zusammenhängen, und in denen auch innerhalb einer Partei verschiedene Richtungen, oder wie man sich sonst ausdrücken will, einander gegenüberstehen. In solchen Fällen kann man einer Mehrheit sich nicht fügen, ohne ein *sacrificium intellectus* zu bringen, und da gibt es in der Tat keine andere Lösung, als dass der Betreffende sein Amt niederlegt. Dagegen kann er sich wohl fügen in Angelegenheiten der Praxis, in denen der Mehrheit die Kompetenz der Entscheidung zusteht. Nur ein Beispiel für viele: Die Arbeiter beschliessen an einem Ort einen grösseren Boykott. Der Redakteur hält dieses Vorgehen für eine grosse Dummheit — als was es sich später auch herausstellt —, was so'l er nun tun? Kann und darf er den Arbeitern in ihrem Blatt in den Rücken fallen? Muss er nicht vielmehr, nachdem die Dummheit gemacht ist, eine solche Haltung einnehmen, dass die Arbeiter möglichst wenig Nackenschläge erhalten? Hier liegen die Dinge ähnlich, wie im Rechtsanwaltsberuf.

hat, so entsteht ganz mit Recht die Frage, wo denn da die Meinungsfreiheit in der Partei bleibt. Ich schätze diese nicht gering ein, denn sie ist für die Entwickelung der Partei so notwendig, wie am rechten Orte die Disziplin, die Unterordnung bedingt. In der Tagespresse ist kein Platz, abweichende Ansichten zu vertreten, sie zu begründen und zu propagieren. Dafür halte ich das Vorhandensein von Zeitschriften und Revuen für unumgänglich notwendig. Je straffer die Disziplin in der Tagespresse, desto wichtiger ist als Korrelat das Vorhandensein von Pressorganen, in denen der Fortentwickelung der Partei Rechnung getragen wird. Gewiss, nicht jede neue Richtung bedeutet einen Fortschritt, manche von ihnen sind bloss vorübergehende Moden. Aber jeder wirkliche Fortschritt kann zuerst nur durch eine neue Richtung geltend gemacht werden, ehe es gelingt, die Masse für ihn zu gewinnen. Da es nun nicht möglich ist, im voraus zu wissen, ob eine neue Anregung, abweichende Meinungen den Keim eines neuen Fortschrittes in sich tragen; da es ferner ganz selbstverständlich ist, dass auch in einer Partei, wie der sozialdemokratischen, sich ein ziemlich starker Misoneismus geltend machen muss, so liegt es im Interesse der Partei selbst, möglichste Meinungsfreiheit dort walten zu lassen, wo Fragen des unmittelbaren Tageskampfes nicht ausgefochten werden. Durch Gewährung solcher Meinungsfreiheit in Zeitschriften nützt die Partei sich selbst am meisten, vorausgesetzt, dass sie auf dem Standpunkte steht, dass auch sie der Entwickelung unterworfen ist. Sollte dies freilich bestritten werden, dann allerdings wäre es nur konsequent, jede Meinungsfreiheit zu verfemen. Denn unbequem ist die Meinungsfreiheit noch immer für die gewesen, die gerade die Richtung vertraten, hinter der die Macht stand. Diese Unbequemlichkeiten verleiten immer und überall zu einem Missbrauch der Macht, ohne dass indes auf die Dauer ein Maulkorbzwang einen Fortschritt aufgehalten hätte.

Diese Unbequemlichkeiten müssen eben von einer demokratischen Partei mit in den Kauf genommen werden. Worin bestehen sie denn in den allermeisten Fällen? Darin, dass ihr in Versammlungen, im Parlament und in der Presse vom Gegner abweichende Ansichten von Parteigenossen vorgehalten werden. Ja, sind wir denn in der Agitation schon so zimperlich geworden, dass wir solchen Einwänden gegenüber in Verlegenheit kommen sollten? Wozu haben wir Parteitagsbeschlüsse, die die jeweilige Taktik bestimmen, wenn wir sie nicht dazu benutzen, einer abweichenden Ansicht gegenüber auf sie mit dem Bemerken hinzuweisen, dass die Partei als solche in einer bestimmten Frage auf dem oder jenem Standpunkt stehe, während der Genosse X. in der betreffenden Frage nur seinen persönlichen Standpunkt vertrete, der von der Partei nicht geteilt werde. Genügt eine solche Antwort nicht vollauf, um die Bedeutung abweichender Ansichten von Parteigenossen ins richtige Licht zu setzen? Und wenn diese abweichenden Ansichten an Boden in der Partei gewinnen, so wird und muss ein Kampf zwischen den einzelnen Richtungen geführt werden: denn weder ist zu verlangen, dass die Alten widerstandslos sich verdrängen lassen, noch dass die Neuen es aufgeben, die Parteianhänger von der Richtigkeit ihrer abweichenden Meinungen zu überzeugen.

Die Möglichkeit freier Betätigung abweichender Ansichten muss also innerhalb der Partei im Interesse der Partei gegeben sein. Dass in der Praxis mancherlei Komplikationen eintreten, die im Kampfe der Meinungen dazu führen, dass die Alten ihre Macht zur Unterdrückung der Neuen mit Leiden-

schaft spielen lassen, das ergibt sich aus der Natur der Sache: um sich im Besitze seiner Macht, seiner Autorität, an deren Berechtigung man voll und ehrlich glaubt, zu halten, strengt man eben alle Kräfte an, um den Gegner seines Einflusses zu berauben. Alle noch so schönen Kautelen zu gunsten der Meinungsfreiheit nützen in Zeiten leidenschaftlichen Ringens um eine neue Taktik oder um eine Erneuerung der Anschauungen nichts. Solche Kämpfe sind aber Ausnahmen, und für sie richtet man sich in einer Partei während ruhiger Zeiten nicht ein. Die Sorge, dass eine zu weit gehende Meinungsfreiheit parteischädigend wirken würde, hat vielfach dazu geführt, dass man abweichenden Meinungen viel zu viel Bedeutung beilegte. Entweder liegen die Dinge so, dass für eine Veränderung der Taktik und der Grundsätze die ökonomischen und politischen Voraussetzungen innerhalb der Arbeiterklasse gegeben sind, dann ringen sich die neuen Anschauungen durch, mag man deren erste Vertreter noch so grimmig befehden; die Interessen der Arbeiterklasse erfordern diese Änderung. Und nach den Interessen der Arbeiterklasse hat sich die Partei zu richten, nicht umgekehrt. Oder aber die wirtschaftlichen und politischen Interessen stehen im Widerspruch mit den neu auftauchenden Anschauungen, dann mögen die Neuerer mit Himmelszungen reden oder mit exakter Wissenschaftlichkeit ihre neuen Grundsätze entwickeln, sie werden nicht im stande sein, der Praxis der Partei eine neue Richtung zu geben.

Hält man sich dies vor Augen, dann ist die Nervosität abweichenden Meinungen gegenüber recht kleinmütig. Noch standen sich in unserer Partei keine zwei Richtungen gegenüber, bei deren Kampf es sich um Sein oder Nichtsein der einen oder der anderen handelte. Solange das aber nicht der Fall ist, sollte man in einer demokratischen Partei allen Anschein vermeiden, als ob die vollste Meinungsfreiheit innerhalb der Partei parteischädigend wirke. Man sollte es vielmehr gerne sehen, wenn ihr Stätten bereitet werden. Das Gegenteil würde eine innere Schwäche in der Position derer verraten, die gerade die augenblicklich geltenden Grundsätze vertreten, und die im Bewusstsein dieser Schwäche die in ausserordentlichen Situationen begreiflichen Mittel ständig anwenden und daher missbrauchen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

MAX SCHIPPEL · NEUE EINWANDERUNGSBESCHRÄNKUNGEN IN DEN VEREINIGTEN STAATEN



DIE Rooseveltsche Botschaft vom 5. Dezember kündigt eine abermalige gesetzgeberische Behandlung des Einwanderungsproblems an. Ausserdem wird eine internationale Konferenz empfohlen, um in den Abwanderungsländern selber, oder doch wenigstens in den Abfahrtshäfen, vorbeugend eingreifen zu können: »Es gilt in erster Linie, alle solche Elemente fernzuhalten, aus denen niemals gute amerikanische Bürger werden können.«

Nun gehen allerdings, je nach den verschiedenen vorherrschenden ökonomischen Interessen, die Ansprüche an einen *guten* amerikanischen Bürger himmelweit auseinander. Die inneren und westlichen Staaten und Territorien, viele Eisen-

bahngesellschaften und Landspekulanten brauchen bäuerliche Ansiedler, und selbst der des Lesens und Schreibens unkundige Russisch Pole oder Slawonier ist ihnen willkommen, wenn er nur notdürftig den Boden zu bestellen und die Ernte einzubringen weiss. Die Fabrikanten und Bergwerksbesitzer des Nordens sehnen sich nach Preisdrückern auf dem Lohnarbeitsmarkt; unter Umständen fördern sie die kulturell niedrigst stehende *slawische Invasion,* um sie, wie in den hervorragendsten Minendistrikten, zur Niederhaltung des Lohnniveaus und der Selbständigkeit der älteren Arbeiterschichten mit gehobener Lebensweise zu verwenden. Im Süden mit seinen aufkeimenden Grossindustrieen mangelt es dem Kapital vielfach überhaupt an qualifizierten Arbeitskräften, und aus allgemeineren politischen und sozialen Erwägungen scheint hier selbst eine minderwertige europäische Zuwanderung mitunter vorteilhafter, als die städtisch-gewerbliche Mehrbeschäftigung von Negern. Umgekehrt ist der typische amerikanische Arbeiter, wie er vor allem den grossen überseeischen Gewerkschaften sein geistiges Gepräge aufdrückt, naturgemäss ein Feind des Lohndruckes, wie ihn ein niedriger Lebens*standard* und eine abnorme Überfüllung des Arbeitsmarktes im Gefolge haben. Grosse städtische Gemeinwesen an der Küste und im Osten, aber auch im Innern, fürchten die Pauperplage und die Vermehrung der unzuverlässigsten, am leichtesten zu korrumpierenden Wählermassen. Je mehr sich ein eigenes amerikanisches Staatsbewusstsein und Nationalgefühl herausbildet, desto empfindlicher wird die öffentliche Meinung gegen die Fremdelemente, die sich in Sprache, Bildung, Geschäftsgebaren, im politischen Denken und Streben schwer der neuen Umgebung anpassen. Mit der ursprünglichen Einwanderung kam die höhere Kultur in das Land. Der heutige Menschenzustrom gefährdet zum Teil die Ergebnisse und Errungenschaften des bisherigen amerikanischen Entwickelungsganges.

Dieser Zustand erscheint um so unbefriedigender, als die Union mit ihren über 80 Millionen Einwohnern, mit ihrem fast erschöpften besiedelungsfähigen Freilandsareal heute den früheren Bevölkerungshunger nicht entfernt mehr hat, während die Immigrationsziffern alle vorher gekannten Höhepunkte weit überholen und fortgesetzt weiter wachsen. Die statistischen Aufnahmen in den Häfen beginnen mit dem Jahre 1820, anfangs sind sogar alle Überfahrtspassagiere mitgezählt. Die erste Jahresziffer geht dennoch nicht über 8385 hinaus, die Steigerung vollzieht sich dann langsam: 1825 auf 10 199, 1830 auf 23 332, dann in rascherer Zunahme 1840 bereits auf 84 066. 1842 ist zum erstenmal die Ziffer 100 000 überflügelt, obwohl nur um 4565. Dann führen die unruhevollen Vor- und Folgejahre der europäischen Revolutionen von 1848 aussergewöhnlich zahlreiche Scharen von wirtschaftlich Deklassierten und politisch Verfolgten und Unzufriedenen dem jungen Kolonialreich zu; bis 1854, dem ersten grossen Immigrationshöchstjahr, schwillt diese Flut fast stetig an (1846 154 416 Einwanderer, 1847 234 968, 1850 310 004, 1854 427 833). Mit der politischen Beruhigung und dem wirtschaftlichen Fortschritt und Gedeihen Europas erfolgt der Rückschlag um so stärker, als gleichzeitig in den Vereinigten Staaten das Goldfieber erlischt und die grosse innere Krisis sich vorbereitet, die dann im Bürgerkrieg zum Ausbruch gelangt. 1855 sinkt die Gesamtziffer bereits auf 200 877, 1859 auf 121 282. In den Jahren 1861 und 1862, also beim Beginn der Kämpfe, wurde die Ziffer 100 000 nicht mehr erreicht, zum erstenmal wieder seit anderthalb Jahrzehnten (1861 91 918, 1862 91 985). Im

Fortgange des Krieges hob sich alsdann die Zuwanderung von neuem, bis 1865 248 120 Ankömmlinge an den Gestaden des Ostens, zum Teil auch des Westens, landen. Bis 1873 erstreckt sich dann die Aufschwungsperiode; mit 459 803 Einwanderern stellt sich hier der erste grosse Gipfel der Bewegung dar. Man weiss, dass der universelle Krach alsdann die neue Welt fast schlimmer traf, als die alte; entsprechend verringert sich die Einwanderung bis 1879 (1878 138 469, 1879 177 826). Während jedoch in Europa die Depression fast chronisch wird, erholt sich die Union industriell sehr rasch, und vor allem setzt die Farmerkolonisation im fernen Westen mit vollster Kraft ein; das Rekordjahr 1882 mit 788 992 Immigranten bleibt selbst später auf lange Zeit unübertroffen. Nur 1892 mit 623 084 Immigranten kommt ihm noch am nächsten; 1898 war sogar ein Sinken bis auf 229 299 zu bemerken. Seit dieser Ebbe herrscht wieder Flut, zeitweilig eine wahre Sturmflut. Die Einwanderungsziffer stellte sich im Jahre 1897 (endend am 30. Juni) auf 230 832, 1898 auf 229 299, 1899 auf 311 715, 1900 auf 448 572, 1901 auf 487 918, 1902 auf 648 743, 1903 auf 857 046, 1904 auf 812 870, 1905 auf 1 027 421. Selbst die letzte Wirtschaftskrisis hat also den Zustrom in keiner Weise aufgehalten. Im Gegenteil, der frühere Anfang der Krisis in Europa und der mildere Verlauf in Amerika hat in Zusammenhang mit der Bevölkerungsflucht aus Russland, mit den rumänischen Judenvertreibungen, mit den niedrigen Überfahrtpreisen infolge des Schiffahrtskrieges die Anziehungskraft der neuen Welt sogar in ungeahnter Weise vermehrt.

Kann die Union diesen Zuwachs von aussen noch immer so leicht ertragen, bildet er noch weiter einen derart überwiegenden Gewinn, wie etwa in den vierziger und den ersten weiter folgenden Jahren, oder wie an der Wende der siebziger und achtziger Jahre?

Bekanntlich gleiten die grossen abendländischen Abwanderungszentren immer mehr vom nördlichen und nordwestlichen Europa hinüber nach den zurückgebliebeneren Gebieten des europäischen Südens und Ostens. Im Jahrzehnt 1821 bis 1830 waren unter 143 439 Fremdankömmlingen (*alien passengers*) 50 724 Irländer, 22 167 Engländer, 8497 Franzosen, 6761 Deutsche und 3226 Schweizer. Im nächsten Jahrzehnt werden vor allem die Deutschen beweglicher, auch die Franzosen, während die landlosen und pachtausgebeuteten Iren nach wie vor an der Spitze bleiben. In den vierziger Jahren folgen sich der Zahl nach: die Iren, die Deutschen, die Engländer (und Schotten), die Franzosen. In den fünfziger Jahren rückten die Deutschen an die Spitze; sie blieben es auch im nächsten und übernächsten Jahrzehnt, wo weiter England die zweite Stelle gewann, während das langsam sich verblutende Irland die dritte Stelle einnahm, während Norweger und Schweden seit den sechziger Jahren eine immer stärkere Auswanderung entfalten. Die achtziger Jahre bereiten den Umschwung vor. Deutschland bleibt zwar, mit höherer Ziffer (1881 bis 1890 1 452 970) als je, an der Spitze der Menschenzufuhr; es folgen alsdann England (mit Schottland), Irland, Schweden-Norwegen. Mit beträchtlichen Ziffern erscheinen jedoch nunmehr nach Österreich-Ungarn (mit 353 719), Italien (mit 307 309) und Russland einschliesslich Polens (mit 265 088). Die letztgenannten drei Länder spielten früher kaum eine Rolle. So stand die Zahl der Einwanderer aus Italien unter 2000 während des mit 1850 abschliessenden Jahrzehnts, unter 10 000 während des mit 1860 endenden Jahrzehnts, im nächsten Jahrzehnt

(1861 bis 1870) unter 12000, selbst 1871 bis 1880 noch unter 60000, während 1881 bis 1890, wie erwähnt, nicht weniger als 307309 Zuwanderer aus Italien verzeichnet wurden — die nächste Dekade trieb diese Ziffer alsdann auf 665668 empor, so dass Italien dadurch der führende Staat bei der Einwanderung wurde. Unter Österreich-Ungarn finden wir vor allem Tschechen, Galizier und Slawonier, Ungarn. Hier ist folgende Steigerung zu beobachten: im Jahrzehnt 1861 bis 1870 7800, 1871 bis 1880 72969, 1881 bis 1890 353719, 1891 bis 1900 597047 Einwanderer. Der dritte grosse Lieferant von bäuerlich-kleinbürgerlicher und lohnproletarischer Menschenware ist im gleichen Zeitraum Russland geworden, das hauptsächlich Juden und Polen abstösst, während die übrige Bevölkerung noch wenig international beweglich ist oder im asiatischen Russland genügend Ellbogenraum zu seiner Ausbreitung vorfand. Die amerikanische Statistik zählt unter Russland (und Polen) Einwanderer: 1861 bis 1870 4536, 1871 bis 1880 52254, 1881 bis 1890 265088, 1891 bis 1900 588866. Umgekehrt wird im letzten Jahrzehnt der Zufluss aus allen alten mittel- und nordwesteuropäischen Abwanderungsgebieten schwächer, so dass alle einst tonangebenden Staaten mehr und mehr in den Hintergrund treten. Es führten Einwanderer zu:

	im Jahrzehnt 1881 bis 1890	im Jahrzehnt 1891 bis 1900
Deutschland	1452970	543922
England und Schottland	807357	342357
Irland	655482	403496
Schweden-Norwegen	568362	325943
Frankreich	50464	36006

Der Einwandererstrom ist also nicht nur im Wachsen, sondern er setzt sich immer mehr aus ganz anderen Elementen zusammen. Mit dem Fortschritte und der Verbilligung des Land- und Seetransportes, mit der zunehmenden Unterrichtung der Massen, mit der Ausbreitung und Werbetätigkeit eines skrupellosen Agententums, das zum Teil nur Zutreiberdienste für grosse Schifffahrtsgesellschaften verrichtet, sind ganz andere Kulturschichten in Fluss geraten, die zu einem guten Teil eine recht zweifelhafte Errungenschaft für die Union bedeuten. Nach dem *Immigration Report* für 1903 waren von den Süditalienern 48 % *Illiteraten*, von den Litauern 47 %, von Kroaten und Slawoniern 35 %, von den Polen 30 % — dagegen von den Deutschen nur 4 %, ebenso von den Iren, von Engländern nur 2 % und von den Skandinaviern gar nur 0,3 %. Ferner konzentrieren sich diese Neulinge in immer stärkerem Masse um die schon vorhandenen gleichnationalen städtischen Krystallisationspunkte, in erster Linie in Stadtvierteln New Yorks und Chicagos, in denen die landsmannschaftlichen *Clans* sich zu wahren Staaten im Staate herausbilden. Die natürliche Anziehungskraft der Grossstädte wirkt hierbei mit, ähnlich, wie bei uns. Aber je mehr die unqualifizierte Arbeit überwiegt, je ärmer die Zuwanderer sind, je weniger sie die neue Landessprache verstehen und beherrschen, desto mehr suchen sie beim ersten Eintritt in die neue Welt Angliederung an ihresgleichen, und am leichtesten erfüllt sich ihr Wunsch in bestimmten Grossstädten. Je mehr jedoch dieser Prozess fortschreitet, desto leichter wird es, mitten im fremden Gemeinwesen eine aktive nationale Sonderexistenz fortzuführen, sehr zum Schaden einer normalen Entwickelung der kommunalen und staatlichen Politik — die früheren, mehr agrarischen Lands-

mannschaften auf dem platten Lande machten sich in wesentlich anderer, harmloserer Weise geltend. Wirtschaftlich abnorm ist es auch, dass ein wachsender Bruchteil, vor allem der Italiener, Amerika nur zum zeitweiligen, obwohl mehrjährigen, Aufenthalt wählt. Das internationale *Sachsengängertum* macht sich in der Union immer mehr bemerkbar. Sicherlich nicht selten wird diese Wanderarbeit den Arbeitsmarkt durch Lohndruck stören und verwirren. Für den Warenabsatz ist sie gleichfalls eine Abnormität: selbst wenn sie den amerikanischen Lohn*standard* erreicht, so verzichtet sie auf den Konsum*standard* des amerikanischen Arbeiters; der *Sachsengänger* will möglichst viel erübrigen, um mit dem Ersparten wieder möglichst bald in die alte Heimat zurückzukehren — die alte historische Figur des *absentee landlord* findet hier ein seltsames, modernes, proletarisches Gegenstück. Dass die Etats der Armenverwaltungen, der Kranken- und Invalidenanstalten, der Gefängnisse und Zuchthäuser von alledem nicht unbeeinflusst bleiben, scheint fast selbstverständlich, obwohl alle hierüber zusammengestellten Statistiken sehr anfechtbar sein mögen.

Seit den achtziger Jahren sind daher die einschränkenden Bestimmungen gegen das Einströmen unliebsamer Elemente, gegen entlassene Sträflinge, Irrsinnige, Idioten, Krüppel, gegen Paupers, gegen Kontraktarbeiter, zuletzt gegen die staatlich subventionierte Einwanderung jeder Art immer umfassender zur Annahme und zur Anwendung gelangt. Trotzdem erklärte der Einwanderungskommissar von New York in seinem Bericht für 1903 alle Hemmnisse für völlig ungenügend:

»Ich glaube, dass wenigstens 200000, wahrscheinlich mehr, Fremde hierher kamen, für die . . . kein Bedarf ist, und die deshalb für das Land nicht von Nutzen, im Gegenteil, von Schaden sein müssen, weil sie zur Herabdrückung unserer Lebensweise führen. Hätte man diese 200000 Menschen dazu bringen können, zu Hause zu bleiben, so würden sie von niemandem vermisst worden sein, nicht einmal von denjenigen, die immer nach mehr Arbeitskräften verlangen. Ihr Kommen nützt hauptsächlich, wenn nicht ausschliesslich, den Dampfergesellschaften, die sie hierher brachten.«

Welche Richtung das nunmehr offiziell angekündigte nächste Vorgehen nehmen wird, ist im Augenblick nicht zu übersehen. Der frühere amerikanische Konsul in Bern, A. L. Frankenthal, geht so weit, die Ausstellung eines umständlichen Führungsattestes seitens der Heimatsbehörden als Vorbedingung der Landungszulassung zu verlangen:

»Es wandern hier Tausende von Personen ein, die von ihren Gemeinden hierher geschickt werden, weil man sie los sein möchte. Diese Leute sind nicht gerade Verbrecher, aber es sind Taugenichtse, Bummler, Streithähne und dergleichen. Diese unerwünschten Elemente fernzuhalten, liegt uns jetzt ob. Und die Methode, um dies zu tun, ist sehr einfach. Man braucht nur für einen Augenblick in Erwägung zu ziehen, was bezüglich der Einfuhr von Waren vorgeschrieben ist. Jeder Artikel muss verzeichnet werden, mit voller Beschreibung hinsichtlich Qualität, Herstellungsort, Preis und dergleichen, und dies muss vom Konsul des Distrikts, aus dem die Waren kommen, bescheinigt werden. Ohne ein solches Schriftstück kann nichts importiert werden. Das selbe System kann auch für lebende Fracht, für Einwanderer, in Anwendung gebracht werden. Wir können verlangen, dass jeder Einwanderer von seinem Geburtsort ein Führungsattest beibringt, das von dem Konsul des Distrikts und dem Konsul oder einem besonderen Inspektor der Vereinigten Staaten am Ausfahrtshafen visiert wird, und das ganze Problem ist gelöst.«

Nun kündigt aber die Rooseveltsche Botschaft zugleich eine L i n d e r u n g älterer Absperrungsmassnahmen an, und hierin prägt sich gleichfalls eine kul-

turgeschichtliche, weltpolitische Wandlung aus: die Chinesen sollen versöhnlicher behandelt werden.

China hat bekanntlich von jeher gegen die Zulässigkeit der amerikanischen Kulieinwanderungsverbote protestiert. Der Burlingame-Vertrag von 1868 anerkannte feierlich gegenseitig »das dem Menschen angeborene und unveräusserliche Recht, den Wohnsitz und die Staatsangehörigkeit zu ändern, und ebenso die wechselseitigen Vorteile der freien Auswanderung ihrer Untertanen von einem Lande ins andere zum Zwecke der Wissbegier, der Handelsinteressen oder der festen Ansiedelung«. Nur widerstrebend willigte China 1880 in das Pekinger Abkommen, »dass die Regierung der Vereinigten Staaten die Einwanderung und den Aufenthalt chinesischer Arbeiter regulieren, beschränken oder suspendieren, jedoch nicht gänzlich verbieten dürfe« — also unter Nichteinbeziehung der Kaufleute, der selbständigen Gewerbetreibenden, der Reisenden aller Art. Dennoch läuft die amerikanische Gesetzgebung auf ein fast vollständiges Verbot einer Neuzuwanderung aus dem Reiche der Mitte hinaus. Der Begriff *Arbeiter* wurde ständig durch Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung erweitert. Verstösse werden nicht nur mit Ausweisung, sondern mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre geahndet. Selbst die blosse Rückkehr der seit langem in Amerika aufenthaltsberechtigten Arbeiter nach vorübergehender Reise in ihre alte Heimat, der Kaufleute und ähnlicher Berufstätiger, ist immer mehr abgeschnitten und von lästigen, oft gar nicht zu erfüllenden Formalitäten abhängig gemacht worden.

Das wachsende Selbstbewusstsein der gelben Rasse ist nicht nur in sich stetig häufenden papiernen Beschwerden und Protesten zum Ausdruck gekommen, sondern letzthin sogar in einem sehr fühlbaren Boykott amerikanischer Waren jenseits des Stillen Ozeans. Ein gewisses Einlenken schien deshalb in Washington ratsam. Ob es richtig ist, wie es in Roosevelts Botschaft heisst: dass die Pekinger Regierung selber keine Erleichterungen für die eigentliche Kuliauswanderung wünsche, wissen wir nicht. Dagegen sollen Studierende, Geschäftsleute, Reisende und ähnliche Schichten nicht schlechter gestellt werden, als die Angehörigen anderer, meistbegünstigter Nationen.

Den Bodensatz des Abendlandes wünscht und braucht man nicht, aber die Elite der asiatischen Kultur muss man wohl oder übel respektieren.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ROBERT SCHMIDT · SOZIALPOLITIK FÜR DIE LANDARBEITER!



ZU keiner Zeit hat die Forderung der Landarbeiter nach sozialer Fürsorge wohl so viel Berechtigung gehabt, wie gegenwärtig. Die Agrarier sind eben daran, die Früchte ihrer Politik einzuheimsen, eine Preissteigerung aller landwirtschaftlichen Produkte ist eingetreten, wie sie bisher einzig dasteht. Noch bevor die neuen Handelsverträge in Kraft treten, sind die Getreidepreise in die Höhe geschnellt, und es besteht alle Aussicht, dass die neuen Zollsätze diese Preislage halten, wenn nicht abermals steigern. Die ausserordentliche Preisbildung auf dem Viehmarkt führt den Agrariern Millionengewinne zu, die auch für die

Folgezeit kaum in ernste Gefahr geraten, da Zoll und Erschwerung der Einfuhr eine günstige Marktlage für die Produzenten sichern. Wiederholt ist von den Wortführern der Agrarier im Reichstag auf Vorhaltungen von sozialdemokratischer Seite erklärt worden, sie können ihren Arbeitern keine höheren Löhne gewähren, weil der Gewinn aus landwirtschaftlichen Unternehmungen zu gering wäre. Jetzt aber hat die Landwirtschaft eine Epoche des Aufschwungs zu verzeichnen, die es ihr möglich machen muss, ihre Versprechungen, die Lage ihrer Arbeiter zu bessern, zu erfüllen. Indes, freiwillig wird den Arbeitern wohl nichts gegeben, auch für die Landarbeiter tritt über kurz oder lang die Frage der Organisierung zur Erkämpfung wirtschaftlicher Vorteile heran. Die Schwierigkeiten sind riesengross, aber mit dem Erstarken der Industriearbeiterschaft, dem Wachstum der Gewerkschaften in den Städten, wird von dort aus die Möglichkeit gegeben sein, die Landarbeiter aus ihrem dumpfen Dasein aufzurütteln, um sie der modernen Arbeiterbewegung zuzuführen. Die sozialdemokratische Fraktion hält gerade den gegenwärtigen Zeitpunkt für äusserst günstig, um mit zwei wichtigen Forderungen an die Gesetzgebung heranzutreten. Die eine betrifft die Errichtung von Schiedsgerichten für die Landarbeiter nach Art der Gewerbegerichte, die andere die Einführung von Arbeiterschutzbestimmungen.

Die Sozialpolitik hat den Landarbeiter immer als Stiefkind behandelt. Alle Änderungen, die die Gewerbeordnung seit 1869 für die Industriearbeiter brachten, die Gewährung des Koalitionsrechtes, die Bestimmungen über die Sonntagsruhe, das Verbot der Nachtarbeit für Frauen, die Beschränkung der Arbeitszeit für Frauen in Fabriken auf 11 Stunden, der Schutz der jugendlichen Arbeiter, die Einschränkung der Kinderarbeit, der Erlass von Arbeitsordnungen, die Einführung der Fortbildungsschulen, die Verordnungen, betreffend sanitäre Vorschriften für besonders gesundheitsschädliche Betriebe, die Kontrolle der Betriebe durch Inspektoren: all das ist von dem Landarbeiter ferngehalten. Die Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis muss der Landarbeiter auf dem umständlichen, kostspieligen Weg bei dem ordentlichen Gericht geltend machen; die einfachere Form des Rechtsstreits, wie sie dem grössten Teil der Industriearbeiter im Gewerbegericht gegeben ist, ist ihm verschlossen. Er ist aber nicht nur in seiner Rechtstellung gegenüber dem Industriearbeiter bei allen Reformen stark zurückgesetzt, er ist in rücksichtsloser Weise noch weiter herabgedrückt worden. Die Flucht des Landarbeiters aus den zum Teil mittelalterlichen patriarchalischen Rechtsverhältnissen wurde erschwert. Zu diesem Zweck propagierten die Agrarier die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs, die zwangsweise Zurückhaltung des Kontraktbrüchigen an der Arbeitsstätte, denn mit Geldstrafen war den armen Landarbeitern nicht recht beizukommen. In einigen Bundesstaaten ist diesem Begehren in grosser Eile stattgegeben, und wenn in Preussen bisher die Sache nicht geglückt ist, so ist daran weniger der preussische Landtag schuld, als vielmehr der Widerspruch des Reichstages, der bei der Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation erfolgte.

Das Bürgerliche Gesetzbuch, die so gepriesene Reform des bürgerlichen Rechts, liess die Gesindeordnung unberührt und schuf damit ein neues Unrecht zu ungunsten der Landarbeiter. Zwar weist man mit Nachdruck darauf hin, dass nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch die Herrschaft das Gesinde nicht mehr

prügeln darf; aber jedermann weiss, dass es dennoch geschieht und dem Geprügelten nicht einmal das Recht zusteht, deswegen den Dienst zu verlassen, weil nach der preussischen Gesindeordnung eine körperliche Züchtigung des Gesindes kein Grund für die sofortige Lösung des Dienstverhältnisses ist.

Die Versicherungsgesetze schalten gleichfalls die Landarbeiter bei wichtigen Vergünstigungen aus. So ist die Krankenversicherungspflicht auf die Landarbeiter nicht ausgedehnt, die Unfallversicherung berechnet den Jahresarbeitsverdienst, der der Rentenberechnung zu Grunde gelegt wird, nicht nach dem Individuallohn, wie bei den gewerblichen Arbeitern, sondern nach Durchschnittssätzen, die von den Verwaltungsbehörden festgesetzt werden. Diese Berechnungen fallen dann ausserordentlich niedrig aus. Die Invalidenversicherung umfasst zwar alle ländlichen Arbeiter, aber das Markenkleben begegnet bei den Grundbesitzern einer so starken Abneigung, dass es in zahlreichen Fällen unterlassen wird und damit der Arbeiter nicht nur bei der Berechnung der Rente geschädigt wird, sondern oft auch seines Anspruchs auf die Rente verlustig geht. In der Industrie ist die Markenkontrolle leichter durchführbar, auch haben sich dort die gesetzlichen Vorschriften besser eingebürgert. Der Industriearbeiter wechselt öfter seine Arbeitsstätte, so dass Verfehlungen der Unternehmer leichter bemerkt werden; der ländliche Arbeiter ist sesshafter, und in dem Gefühl der Abhängigkeit wagt er es nicht einmal, seinen Arbeitgeber wegen der Benachteiligung zur Rechenschaft zu ziehen, ganz abgesehen davon, dass er zu unbeholfen zur Vertretung seiner Ansprüche ist. Die Rechtssprechung ist dem Arbeiter auch nicht günstig; das Unterlassen des Markenklebens hat seitens des Arbeiters einen Anspruch auf Schadenersatz nicht zur Folge.

Diese überall bemerkbare Zurücksetzung der Landarbeiter findet in dem starken Einfluss des Grossgrundbesitzers auf die Regierung und Gesetzgebung seine Erklärung. Besonders aber ist Preussen der Hemmschuh jedes Fortschritts, und der preussische Landtag der Rückhalt einer arbeiterfeindlichen Politik.

Eine sozialpolitische Reform muss zunächst die Unterschiede zwischen Industrie- und Landarbeitern aufheben, mindestens auf dem Gebiete des Versicherungswesens müssen dem Landarbeiter die gleichen Rechte eingeräumt werden, wie dem Industriearbeiter. Der Arbeiterschutz wird in der Landwirtschaft freilich schwieriger durchzuführen sein, als in der Industrie. Man wird die Arbeitszeit nicht schematisch gleich bemessen können. Während der Ernte, wenn es gilt, Feldfrüchte vor dem Verderben zu bewahren, werden Arbeitszeit und Sonntagsarbeit keine enge Begrenzung dulden; die Viehhaltung und die häuslichen Arbeiten lassen eine absolute Sonntagsruhe überhaupt nicht zu. Wohl aber wird man diese Arbeiten auf das Notwendigste beschränken können und abwechselnd dem Arbeiter eine freie Zeit gewähren müssen. Die sozialdemokratische Partei hat bisher in ihrem Initiativantrag die achtstündige Arbeitszeit nur für die in Handel, Gewerbe und Industrie tätigen Angestellten gefordert. Einmal, weil hier die Durchführung am leichtesten erscheint, dann aber in der Erkenntnis, dass für die Landwirtschaft besonders schwierige Verhältnisse zu überwinden sind. So enthält auch der Antrag, der für die Landarbeiter die Regelung des Arbeitsvertrages und der Arbeitsverhältnisse fordert, nur die allgemeine Angabe, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der

Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung fordern. Damit soll nicht gesagt sein, dass der achtstündige Arbeitstag nicht auch in der Landwirtschaft Regel werden soll. Schwieriger wird die Festsetzung der Arbeitszeit für die Hausarbeit sein, weil hier eine Kontrolle nahezu unmöglich ist. Es dürfte sich deshalb empfehlen, Beginn und Ende der Arbeitszeit festzulegen, so dass für die effektiv geleistete Arbeit ein Spielraum bleibt. Die Begrenzung der Arbeitszeit im Haushalt würde die Dienstboten von der Plage befreien, bis in die halbe Nacht hinein angespannt tätig zu sein. Eine Gewähr dafür, dass die Arbeitszeit über einen gewissen Zeitpunkt nicht ausgedehnt werden darf, wäre dadurch herbeizuführen, dass beim Zuwiderhandeln gegen diese Bestimmung seitens der Herrschaft der Dienstbote den Vertrag lösen kann. Die Sonntagsruhe wird, wenn auch in beschränktem Umfange, möglich sein, zum mindesten muss bei Aufgabe eines freien Sonntags ein halber freier Tag in der Woche eingefügt werden. Durch freie Vereinbarung wird bei der geringen Widerstandskraft der Landarbeiter nichts erreicht; der gesetzliche Zwang ist für Dienstboten und Landarbeiter das einzige Mittel, um aus dieser Willkür herauszukommen. Mit Ausschluss der Ernte- und Bestellzeit, der häuslichen Arbeiten, der Arbeiten für die Viehhaltung wird im übrigen die Landwirtschaft am Sonntag die Arbeit ruhen lassen können.

Bei der unsicheren Rechtsstellung der Wanderarbeiter werden gewisse Normativbestimmungen für den Vertragsabschluss, sowie eine schärfere Kontrolle der Wohnräume nötig sein. Wenn bei Benutzung von Pachtland vor Einbringung des Ertrages der Vertrag gelöst wird, muss der Arbeiter eine angemessene Entschädigung erhalten. Heute kommt es nicht selten vor, dass der abziehende Arbeiter nicht einmal die Aussaat für das Pachtland ersetzt bekommt, mithin die Arbeit und der Nutzen, den der Ertrag versprach, für ihn verloren geht. Der vielfach übliche Brauch, den Landarbeiter aus seiner Wohnung bei Vertragslösung sofort herauszuwerfen, lässt erkennen, in wie rücksichtsloser Weise die Gutsherren von ihrer Machtbefugnis Gebrauch machen; solche drakonische Mittel, die Familie der Arbeiter obdachlos zu machen, dürfen nicht in das Belieben eines rücksichtslosen Gutsherrn gestellt werden.

Die Errichtung von Arbeiterkammern wird notwendig in Verbindung mit der Landwirtschaft erfolgen müssen. Und wenn irgendwo die Forderung berechtigt ist, dass die Arbeitervertretung losgelöst wird von dem Einfluss der Unternehmer, so hier; unter der Herrschaft der Junker wäre eine paritätische Vertretung nutzlos für die Arbeiter, weil die Abhängigkeit der Arbeiter bis zur vollen Entsagung seiner Rechte getrieben wird. Hand in Hand mit der Arbeiterkammer muss eine Inspektion der landwirtschaftlichen Betriebe gehen mit ebenso weitgehenden Befugnissen, wie sie die Fabrikinspektion hat. Die unteren Verwaltungsbehörden, die vielfach in den Händen von Interessenten sind, können nicht zugleich Aufsichts- und Kontrollbehörde über Arbeiterschutzvorschriften sein, es bedarf einer unabhängigen Instanz und eines Beamten, dem die engen wirtschaftlichen Beziehungen zu diesem Interessentenkreis fehlen.

Der deutsche Landarbeiter steht, was die Entfaltung einer Energie zur Vertretung seiner Interessen anlangt, weit hinter dem italienischen und ungari-

schen zurück, die grossen Kämpfe seiner Berufskollegen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen sind ihm fremd, und die politische Regsamkeit fehlt ihm. Um dem Joch des Gesindefrondienstes zu entgehen, entflieht er dessen Bannkreis und sucht in der Industrie oder als Wanderarbeiter eine besser gelohnte Arbeit auf; seine freien Plätze nehmen vom Auslande hereinkommende, noch bedürfnislosere Proletarier ein. Diese recht- und schutzlose Stellung des ländlichen Arbeiters fordert zum energischen Kampf für die Gleichberechtigung des ländlichen Proletariats auf. Vor allem gilt es, den übermächtigen Einfluss des Junkertums in Preussen zu bannen, das zu allen Zeiten die deutschen Landarbeiter unterdrückt und ausgenutzt hat. Der feste Hort seiner Machtstellung ist der preussische Landtag; gegen dieses Privilegienparlament muss der Kampf mit allen Mitteln geführt werden, hier droht ja nicht nur dem preussischen Landarbeiter eine Gefahr weiterer Unterdrückung, sondern der gesamten deutschen Arbeiterschaft.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

THEODOR LEIPART · DIE STREIKSTATISTIK DER GEWERKSCHAFTEN

DIE von den Gewerkschaften alljährlich veröffentlichten Nachweisungen über die Zahl der Streiks, ihren Umfang und ihre Resultate finden in den weitesten Kreisen von Jahr zu Jahr steigende Beachtung. Es entspricht dies einmal der allgemeinen Bedeutung, welche den Arbeitskonflikten im Wirtschaftsleben der Nation beizumessen ist. Zum andern hat die gewerkschaftliche Streikstatistik in den letzten Jahren eine solche Vervollkommnung erfahren, dass ihre Ergebnisse ohne Zweifel als die beste Übersicht über das Wesen, die Ursachen und die Erfolge der Streiks in Deutschland angesehen werden dürfen. Selbst die amtliche Streikstatistik des kaiserlichen Statistischen Amts kann nach dieser Richtung einen Vergleich mit der Statistik der Gewerkschaften nicht bestehen.

Es ist erst 13 Jahre her, dass die *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* den ersten Versuch einer Streikstatistik veranstaltete. Zu Beginn des Jahres 1892 versandte sie Fragebogen an die bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen, zum Zwecke einer Berichterstattung über die Streiks in den beiden Jahren 1890 und 1891. Von 65 Organisationen lieferten jedoch nur 35 die Fragebogen zurück. Dies lag daran, dass bis dahin nur die wenigsten Verbandsvorstände Aufzeichnungen über die Streiks besassen. Die heutigen, meist sehr präzisen reglementarischen Vorschriften über die Streikgenehmigung und Streikleitung durch die Zentralvorstände existierten damals entweder noch gar nicht oder standen doch nur auf dem Papier. Auch die Unterstützung der Streiks erfolgte nicht hauptsächlich aus Verbandsmitteln, sondern aus freiwilligen Sammlungen u. s. w. So erklärt es sich, dass die Zentralvorstände oft selbst nicht genau über die einzelnen Streiks informiert und deshalb auch nicht in der Lage waren, der *Generalkommission* auf ihr erstmaliges Ersuchen richtige und vollständige Angaben zu machen. Diese erste, im August 1892 veröffentlichte Statistik über die Streiks in den Jahren 1890 und 1891 konnte also nicht vollkommen sein. Trotzdem berichtet sie über

226 Streiks mit 38 536 Beteiligten und einer Kostensumme von 2 094 922 Mark. Von diesen Zahlen entfallen aber 10 000 Beteiligte und 1 250 000 Mark allein auf den grossen Buchdruckerstreik. Dafür fehlen wieder andere grosse Kämpfe, wie die Hamburger Tabakarbeiteraussperrung, welche 3000 Personen betroffen und eine Ausgabe von 500 000 Mark erfordert hat, sowie auch die damaligen schweren Kämpfe der Glasarbeiter, Schuhmacher und Textilarbeiter in der Statistik ganz. Die *Generalkommission* durfte also mit Recht in ihrem Kommentar sagen: »Vor allen Dingen soll dieser erste Versuch dazu dienen, die Leiter der Organisationen anzuregen, von jetzt ab über alle im Gewerbe vorkommenden Kämpfe statistische Aufzeichnungen zu machen. Bis jetzt ist nur von wenigen Organisationen Wert hierauf gelegt.« Diese Mahnung ist nicht erfolglos geblieben, und wenn es auch noch eine ganze Reihe von Jahren gedauert hat, bis die Streikstatistik einigermassen den berechtigten Ansprüchen genügte, so ist es doch der *Generalkommission* als ein Verdienst anzurechnen, dass sie hierzu die Anregung gegeben und auch weiterhin die Triebfeder dazu gebildet hat.

Seit dem Jahre 1892 hat die *Generalkommission* regelmässig jedes Jahr die Statistik wiederholt und die Resultate in ihrem *Korrespondenzblatt* veröffentlicht. Die nachstehende Tabelle gibt die Hauptzahlen über die Anzahl der Streiks, der beteiligten Personen, der Kosten und den Verlauf der Streiks der einzelnen Jahre wieder:

Jahr	Verbände, welche über Streiks berichteten	Anzahl der Streiks	Hiervon waren		Gesamtzahl der beteiligten Personen	Gesamtkosten der Streiks (in Mark)	Verlauf der Streiks				Prozentsatz der ganz oder teilweise erfolgreichen Streiks
			Angriffstreiks	Abwehrstreiks			Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Verloren	Unbekannt	
1890-91	27	226	147	79	38 536	2 094 922	67	89	55	15	69,1
1892	21	73	20	53	3 022	84 638	25	15	32	1	54,7
1893	26	116	37	79	9 356	172 001	51	25	38	2	65,6
1894	27	131	38	91	7 328	354 297	36	37	51	5	56,5
1895	29	204	100	94	14 032	424 231	87	30	75	2	60,4
1896	40	483	332	151	128 808	3 042 950	232	122	106	23	73.3
1897	37	578	330	248	63 119	1 257 298	272	146	154	6	72,4
1898	44	985	477	505	60 162	1 345 302	413	165	169	16	73,8
1899	40	976	542	430	100 779	2 627 119	524	205	213	34	74,7
1900	45	852	514	338	115 711	2 936 030	375	215	217	21	69,4
1901	49	727	291	436	48 522	2 515 888	267	171	237	30	60,4
1902	46	861	289	572	55 713	2 237 504	350	156	296	29	63,1
1903	53	1 282	603	679	121 593	5 080 984	623	239	359	26	68,4
1904	50	1 625	886	739	135 957	5 551 314	878	317	349	32	75.8
	—	9 119	4 606	4 494	902 638	29 724 478	4 199	1 932	2 351	242	70,0

Auch wenn wir die erwähnten anfänglichen Mängel und Lücken in der Statistik in Betracht ziehen, zeigt ein Vergleich der Zahlen in dieser Tabelle doch mit aller Deutlichkeit, wie sehr die Streikbewegung der deutschen Gewerkschaften in diesem Zeitraum an Ausdehnung gewonnen hat. Von 73 im Jahre 1892 ist die Zahl der Streiks auf 1625 im Jahre 1904 angewachsen, die Zahl der Streikenden von 3022 auf 135 957 und die Gesamtkosten der Streiks

von 84 638 auf 5 551 314 Mark. Allerdings hatten wir 1892 das grösste Krisenjahr, was schon die geringe Zahl von nur 20 Angriffstreiks dokumentiert. Nur zehn Verbände konnten in diesem Jahre überhaupt über stattgefundene Angriffstreiks berichten. Heute ist es nicht selten, dass in einem einzigen der grossen Verbände in einer Woche so viel Angriffstreiks begonnen werden, als damals alle Verbände zusammen in einem ganzen Jahr zu verzeichnen hatten.

Nach der grossen Krisis im Anfang der neunziger Jahre begann im Jahre 1896 der Aufstieg der Konjunktur, welcher ein riesiges Anschwellen der Streikbewegung zur Folge hatte. Jetzt galt es für die deutsche Gewerkschaftsbewegung, eine erste bedeutende Probe ihres Könnens abzulegen. Die Zahl der Angriffstreiks stieg auf 332, von denen mehr als 73 % gegen 60 % im Jahre 1895 und nur 56 % im Jahre 1894 erfolgreich beendet werden konnten. Diese grossen Erfolge von 1896 und den nächstfolgenden Jahren, welche die Gewerkschaften auf dem wirtschaftlichen Kampfgebiet zu erzielen vermochten, sind in erster Linie als die Ursachen anzusprechen für das riesige Wachstum der Organisationen, welches zu der heutigen Mitgliederstärke und finanziellen Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften geführt hat. Die gute Konjunktur dauerte ungefähr bis zur Mitte des Jahres 1900. Die höchste Ziffer der Angriffstreiks, nämlich 542, weist das Jahr 1899 auf, und auch die Prozentzahl der ganz oder teilweise erfolgreichen Streiks stieg in diesem Jahre auf beinahe 75, um schon im Jahre 1900 wieder auf 69 % zu fallen. Dann folgten die beiden Krisenjahre 1901 und 1902, in denen die Zahl der Angriffsstreiks nur 291 respektive 289 betrug, gegen 436 respektive 572 Abwehrstreiks. Ebenso deutlich sprechen auch die Zahlen in den Spalten für die Gesamtzahl der beteiligten Personen und der Kosten der Streiks in unserer Tabelle. Im Jahre 1889 waren es 100 779 Streikende, und die Kostensumme betrug 2 627 119 Mark, dagegen waren an den Streiks 1901 nur 48 522 Personen, also weniger als die Hälfte, beteiligt, während trotzdem die Kostensumme fast die gleiche Höhe, nämlich 2 515 888 Mark, erreichte. Das zeigt, um wieviel langwieriger die Kämpfe des Krisenjahres 1901 gegenüber denen des Jahres 1899 waren. Aber trotz der unverhältnismässig hohen finanziellen Aufwendungen verzeichnet die Statistik von 1901 nur 60 % erfolgreicher Streiks, alle übrigen mussten mit einer völligen Niederlage der Arbeiter beendet werden.

Betrachten wir demgegenüber nun die gewaltige Zahl der Streiks im Jahre 1904, die zu annähernd 76 % ganz oder teilweise erfolgreich verlaufen sind, so verlohnt es sich insbesondere, darauf hinzuweisen, wie wenig die so lange und so hartnäckig vertretenen Befürchtungen berechtigt waren, dass die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften ihren Kampfcharakter beeinträchtigen, sie zur *Versumpfung* führen würden. Der Ausbau der Unterstützungseinrichtungen hat bekanntlich gerade in den letzten Jahren grosse Fortschritte gemacht. So gewährten im Jahre 1900 erst 21 Verbände Arbeitslosenunterstützung und nur 10 Verbände Krankenunterstützung, im Jahre 1904 aber hatten bereits 38 Verbände die Arbeitslosen- und 31 Verbände die Krankenunterstützung eingeführt. Die Erfahrungen haben also in vollem Umfange den Befürwortern der Unterstützungseinrichtungen recht gegeben, welche von allem Anfang die einzelnen Unterstützungszweige, besonders aber die Arbeitslosenunterstützung, hauptsächlich als Kampfmittel hingestellt und empfohlen haben, bestimmt, die Widerstandskraft der Arbeiter gegenüber dem Unter-

nehmertum zu stärken und die Gewerkschaften kampfbereiter und leistungsfähiger zu machen. Mit Recht hebt deshalb auch die *Generalkommission* in der Einleitung ihres Berichtes über die Streiks im Jahre 1904 hervor, dass die 1625 Streiks dieses Jahres von einem *Ruhebedürfnis* der Gewerkschaften, von dem nach dem Cölner Gewerkschaftskongress so viel gesprochen worden ist, absolut nichts verspüren lassen. Und man kann diesem grundlosen Gerede um so entschiedener entgegentreten, als sicher zu erwarten ist, dass auch die Statistik für das Jahr 1905 eine gleich umfangreiche Streikbewegung ausweisen wird. Die jetzige hohe Streikziffer muss aber noch um so grösser erscheinen, wenn man berücksichtigt, dass die Zahl der in den letzten Jahren abgeschlossenen Tarifverträge mit einer mehrjährigen Fristdauer immerhin schon eine ziemlich beträchtliche ist, wodurch naturgemäss das Gebiet der Streikfälle eingeschränkt wird. Daneben kommt weiter in Betracht, dass neben den Streiks die friedlichen Lohnbewegungen, welche ohne Arbeitseinstellung zu einer Vereinbarung führen, eine noch grössere Steigerung erfahren haben. Das muss berücksichtigt werden, wenn man den ganzen Umfang der Lohnbewegung begreifen und sich ein Urteil über die in Wirklichkeit gar sehr *ruhelose* Tätigkeit der Gewerkschaften auf diesem ihrem hauptsächlichsten Aufgabengebiet bilden will.

Auffallend dürfte dem Aussenstehenden die Tatsache erscheinen, dass trotz der verhältnismässig günstigen Konjunktur der letzten beiden Jahre doch auch die Zahl der Abwehrstreiks eine Zunahme aufweist. Gegenüber 1902 ist die Zahl der Angriffstreiks von 289 auf 886, der Abwehrstreiks von 572 auf 739 gestiegen. Es waren also die Abwehrkämpfe im letzten Jahre fast ebenso zahlreich als die Angriffstreiks. Diese Tatsache erklärt sich zu einem guten Teil aus der vermehrten Zahl der Aussperrungen, die bei den Abwehrstreiks mitgezählt sind. Erst seit dem Jahre 1900 führt die *Generalkommission* in ihrer Streikstatistik die Aussperrungen gesondert auf. Bis dahin beschränkte die Statistik sich überhaupt auf wenige der wichtigeren Daten, die in den ersten Jahren in einer einzigen Tabelle zusammengefasst waren, während die letztjährige Statistik bereits zwölf grosse und noch eine ganze Anzahl kleinerer in den Text eingefügter Tabellen erforderte. Über die Zahl der von den Unternehmern verhängten Aussperrungen seit 1900 berichtet die folgende Übersicht:

Jahr	Anzahl der Aussperrungen	Beteiligte Personen	Gesamtkosten (in Mark)	Erfolgreich in %	Teilweise erfolgreich	Verloren
1900	46	14 630	600 493	34,8	24,0	26,0
1901	35	8 460	283 576	26,0	26,0	37,1
1902	56	6 791	308 023	14,3	14,3	44,4
1903	82	45 763	1 798 801	39,0	15,8	29,3
1904	112	31 402	1 870 647	37,2	25,5	37,2

Die Zahl der Aussperrungen hat sich also seit 1902 gerade verdoppelt, die Zahl der davon betroffenen Arbeiter dagegen beinahe verfünffacht und die zur Unterstützung erforderliche Kostensumme sogar versechsfacht, obgleich das Jahr 1902 ein Krisenjahr und somit für ein Vorgehen der Unternehmer wesentlich günstiger war als 1904. Letzteres beweist auch der Verlauf der Aussperrungen, welcher 1902 nur in 28 %, 1904 dagegen in 62 % der Fälle für die Arbeiter

ganz oder teilweise erfolgreich war. Welchen Anteil die Aussperrungen an der gesamten Lohnbewegung haben, zeigt die Tatsache, dass im Jahre 1904 zwar nur der vierzehnte Teil aller Streikfälle, aber der vierte Teil der beteiligten Personen und der dritte Teil der ganzen Kostensumme auf sie entfallen. Immerhin verbleiben nach Abzug der Aussperrungen für 1904 noch 627 Abwehrstreiks gegenüber den 886 Angriffstreiks. Als hauptsächlichste Ursachen der selben sind in der Statistik angegeben in 266 Fällen Lohnreduzierung, in 160 Fällen Massregelung, in 67 Fällen Nichtinnehaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, in 29 Fällen Verlängerung der Arbeitszeit, in 21 Fällen schlechte Behandlung der Arbeiter, in 19 Fällen das Verlangen, aus der Organisation auszutreten u. s. w. Die zahlreichsten Anlässe zu den Abwehrstreiks bildeten demnach, wie in den früheren Jahren, die von den Unternehmern versuchten Lohnkürzungen und Massregelungen. Dass die im allgemeinen günstige Geschäftslage im Jahre 1904 diese grosse Zahl von Fällen nicht verhindert hat, dürfte darin eine Erklärung finden, dass einmal die Konjunktur nicht in allen Gewerben und auch nicht in allen Bezirken gleich günstig war, sowie zum andern darin, dass auf der einen Seite durch den Einfluss der Unternehmerorganisationen bei manchem Arbeitgeber die Kampfeslust herausgelockt worden, auf der anderen Seite aber auch die Arbeiter, gestützt auf ihre erstarkte Organisation, weniger zaghaft und nicht so leicht geneigt waren, eine Verschlechterung ihrer Lage ohne Gegenwehr hinzunehmen.

Ohne Zweifel wäre aber die Zahl der Abwehr- wie Angriffstreiks noch eine weit höhere, wenn nicht die Funktionäre, insbesondere die stark vermehrte Beamtenschar der Gewerkschaften, durch die gesammelten, praktischen Erfahrungen sich in erfreulichem Masse Geschick und Routine in den Verhandlungen mit den Arbeitgebern angeeignet, sowie auch die Disziplin und Aufklärung der Mitglieder über das Verhalten in Konfliktsfällen grosse Fortschritte gemacht hätten. Es kommt heute nur selten mehr vor, dass nicht vor der Arbeitseinstellung von seiten der Gewerkschaftsleitung Unterhandlungen mit dem einzelnen Arbeitgeber oder mit der Unternehmerorganisation versucht werden. In den grossen Gewerkschaftsverbänden, die über zahlreiche besoldete Gauvorsteher in allen Bezirken des Reiches verfügen, erfolgt die Genehmigung eines Streikes und dessen Unterstützung seitens des Zentralvorstandes nur, wenn der angestellte Beamte des fraglichen Bezirkes alle Voraussetzungen für die Notwendigkeit und das Gelingen einer Arbeitseinstellung gründlich an Ort und Stelle geprüft und auf Grund seiner Untersuchung die Streikgenehmigung befürwortet hat. Dass ein solcher Gewerkschaftsbeamter in Erfüllung dieser gewiss nicht leichten Aufgabe reiche Erfahrungen sammeln und sich einen scharfen Blick für die Beurteilung aller in Betracht zu ziehenden Momente aneignen kann, liegt auf der Hand. Er wird also einen Streik nicht befürworten, der nicht wenigstens einige Aussicht auf Erfolg bietet. Vor allem aber wird er, namentlich in zweifelhaften Fällen, durch sein Eingreifen in die Verhandlungen unter Ausnützung seiner Erfahrungen die Anwendung des Streiks als letztes Mittel möglichst zu vermeiden trachten, wozu sich oft genug die Möglichkeit bietet, ohne dass die Interessen der von ihm vertretenen Arbeiter etwa benachteiligt werden brauchen. Die Richtigkeit des Satzes, dass der Streik ein zweischneidiges Schwert, und dass ein magerer

Vergleich vielfach besser ist, als ein fetter Prozess, hat sich schon oft genug bewahrheitet und wird zum Glück sowohl von den Arbeitern, als auch von einem grossen Teil der Unternehmer immer mehr anerkannt.

Hieraus ergibt sich naturgemäss, dass ein grosser Prozentsatz der Streitigkeiten, namentlich der sogenannten Werkstattdifferenzen, im Verhandlungswege *ohne Blutvergiessen* erledigt werden kann. Sind doch die Fälle schon ziemlich zahlreich, dass die Unternehmer bei drohenden Differenzen ihrerseits die Intervention der Gewerkschaftsbeamten anrufen, um sich vor den Schäden eines eventuellen Streiks zu schützen. Zwar hat diese Tatsache bei den Arbeitern hier und dort ein gewisses Vorurteil gegen die eigenen Führer wachgerufen, dass sie immer nur *bremsen* wollen und häufiger, als nötig, geneigt seien, den Unternehmern Konzessionen zu machen. Aber dieses Vorurteil ist natürlich völlig unberechtigt, und es schwindet auch in der Regel sehr bald, wenn an Stelle der aufgeregten Stimmung beim Austrag der Differenzen wieder nüchterne Überlegung Platz gegriffen hat. Im übrigen wird mit mir jedes Mitglied irgend eines Zentralvorstandes bezeugen können, dass häufig genug die Sache der Arbeiter gerade dadurch Schaden erlitten hat, wenn versäumt wurde, dem Gauvorsteher oder sonstigen berufenen Verbandsbeamten vor der Arbeitsniederlegung Gelegenheit zum Eingreifen zu geben.

Über die ohne Arbeitseinstellung verlaufenen, sogenannten *friedlichen* Lohnbewegungen hat die *Generalkommission* für das Jahr 1904 erstmals von den Einzelverbänden Berichte eingefordert und in einer Statistik veröffentlicht. Leider ist diese insofern mangelhaft, als sie nicht Aufschluss darüber gibt, wie gross die Zahl der Bewegungen ist, da nur nach der Anzahl der Orte gefragt wurde. Beteiligt waren an diesen Bewegungen insgesamt 184 206 Personen, gegen nur 135 957 an den Streiks und Aussperrungen Beteiligte. Der Vergleich dieser beiden Zahlen lässt einen Schluss darauf zu, wieviel grösser der tatsächliche Umfang der Lohnbewegung auch in den früheren Jahren war, als die Zahlen der Streikstatistik erkennen lassen. Für das Jahr 1904 beträgt hiernach die Gesamtzahl der an der Lohnbewegung beteiligten Personen 320 163, von denen weit über die Hälfte ihre Forderungen ohne Streik durchsetzen konnten.

Von den tatsächlichen Erfolgen der Lohnbewegung geben die Nachweisungen über den erfolgreichen oder erfolglosen Verlauf der einzelnen Streiks natürlich nur ein ganz unvollkommenes Bild. Auf Beschluss einer Vorstandskonferenz ist die *Generalkommission* deshalb dazu übergegangen, ihre Erhebungen auf die tatsächlichen Errungenschaften in Bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung auszudehnen. Für die ohne Arbeitseinstellung verlaufenen Bewegungen liegen diese Nachweisungen schon für das Jahr 1904 vor, während sie für die Streiks erstmals am Schluss des Jahres 1905 erhoben werden sollen. Soweit es sich bei den friedlichen Lohnbewegungen um Angriffbewegungen, das heisst solche zur Durchführung von Forderungen der Arbeiter handelte, erzielten 47 346 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 4 Wochenstunden, und 121 380 eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 1,98 Mark pro Woche. Hinzu kommen noch die ohne Arbeitseinstellung verlaufenen Bewegungen zur Abwehr einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, durch welche 2583 Personen eine Verlängerung der Arbeitszeit und 3379 eine Lohnkürzung zurückweisen konnten.

Diese Beispiele aus dem vorliegenden Material mögen genügen, um zu zeigen, wie wichtig und wertvoll die Vervollkommnung der Statistik nach dieser Richtung für die Agitation der Gewerkschaften und die Beurteilung ihres Wirkens zur Verbesserung der Lage der Arbeiter ist.

Von Interesse dürfte es sein, an der Hand der Statistik eines einzelnen Verbandes, dessen Methode in gewissem Umfange für die allgemeine Streikstatistik der Gewerkschaften mustergültig geworden ist, das Verhältnis der friedlichen Lohnbewegungen zu den Streiks noch etwas eingehender zu erörtern. Der deutsche Holzarbeiterverband veröffentlicht seit einer langen Reihe von Jahren eine sehr spezialisierte Jahresstatistik nicht bloss über seine Streiks, sondern auch über die ohne Streik verlaufenen Lohnbewegungen. In der nachstehenden Übersicht lassen wir die Hauptzahlen seit dem Jahre 1900 folgen:

Jahr	Anzahl der Streiks	Hiervon waren				Gesamtzahl der beteiligten Personen	Bewegungen ohne Streik	Beteiligte Personen	Prozentsatz der mit vollem oder teilweisem Erfolg beendeten	
		Angriffstreiks	Beteiligte Personen	Abwehrstreiks	Beteiligte Personen				Angriffstreiks	Abwehrstreiks
1900	111	57	15600	54	1835	17435	58	4552	84	46
1901	84	15	442	69	1948	2390	58	2581	72	58
1902	124	16	1629	108	2115	3744	33	1549	56	58
1903	207	111	4036	96	4159	8195	252	10252	78	60
1904	361	241	12650	120	7660	20310	468	20354	84	76

Der Niedergang der Konjunktur in den Jahren 1901 und 1902 zeigt sich in diesen Zahlen ebenso deutlich, wie in der Gesamtstatistik der *Generalkommission*. Desgleichen das Emporschnellen der Streikziffern, besonders im letzten Jahre. Viel stärker, als die Zahl der Streiks, vermehrte sich aber die Zahl der Bewegungen ohne Streik. Im Jahre 1904 wurde über 468 solcher Lohnbewegungen an den Verbandsvorstand berichtet, darunter 415 Angriffs- und 53 Abwehrbewegungen. Demgegenüber verzeichnet die Statistik nur 241 Angriff- und 120 Abwehrstreiks (worunter 15 Aussperrungen), so dass von den insgesamt 829 Einzelfällen der Lohnbewegung des Holzarbeiterverbandes weit über die Hälfte, nämlich mehr als 56 %, ohne Anwendung des Streiks beigelegt worden sind. Trotzdem hatte der Verband in diesem einen Jahre die Kleinigkeit von 1 145 554 Mark an Kosten der Streiks aufzubringen, wovon allerdings beinahe die Hälfte auf die 15 Aussperrungen entfällt. Nicht weniger als 205 Städte, das ist fast der dritte Teil der vorhandenen Zahlstellen des Verbandes, waren an der Lohnbewegung beteiligt. Daran, sowie an der hohen Personenziffer von zusammen 40 664, kann man den gewaltigen Umfang der Bewegung dieses Jahres ermessen.

Bei vielen Streiks findet sich bekanntlich ein Teil der Unternehmer bereit, die eingereichten Forderungen zu bewilligen, auch wenn es in den übrigen Betrieben zur Arbeitseinstellung kommt. Wie zahlreich diese Fälle sind, ist aus der allgemeinen Statistik der *Generalkommission* nicht ersichtlich, wohl aber aus der des Holzarbeiterverbandes. Greifen wir nur die Angriffstreiks heraus, so ergibt sich, dass im Jahre 1904 von den insgesamt in Betracht kommenden 2380 Betrieben nicht weniger als 1099 die Forderungen vor der Arbeitsein-

stellung bewilligten, so dass bei diesen Unternehmern während des Streiks weitergearbeitet werden konnte. Es betrifft dies 45 von den insgesamt 241 Angriffstreiks, aber da sich von letzteren 169 nur auf je einen Betrieb erstreckten, so bilden jene 45 von den noch verbleibenden 72 Streiks immerhin einen ganz beträchtlichen Prozentsatz. Und dass die Zahl der Arbeiter, welche durch die vorherige Bewilligung von der Teilnahme am Streik entbunden wurden, sogar noch grösser war, als die der Streikenden selbst, ergibt sich aus folgender Übersicht über die Errungenschaften des Holzarbeiterverbandes in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung, sowohl durch die Streiks, als auch durch die ohne Streik verlaufenen Bewegungen:

Jahr	Verkürzung der Arbeitszeit						Lohnerhöhung					
	Infolge des Streiks	Durch vorherige Bewilligung	Zusammen Personen	Stunden pro Woche	Durch Bewegungen ohne Streik	Stunden pro Woche	Infolge des Streiks	Durch vorherige Bewilligung	Zusammen Personen	% respektive Mark	Durch Bewegungen ohne Streik	% respektive Mark
1900	3705	536	4241	3,5	3844	4,0	12079	2136	14215	12,7 %	3856	9,0 %
1901	126	25	151	4,6	886	3,5	333	77	410	9,0 %	638	9,0 %
1902	282	124	426	3,8	61	3,6	793	148	941	10,0 %	491	10,0 %
1903	1026	558	1584	5,0	1947	2,7	2385	3081	5466	8,0 %	5362	7,5 %
1904	3239	5142	8381	2,7	7707	3,1	7332	6345	13677	2,08 Mark	14577	1,56 Mark

Zählen wir hiernach die Personen, welche bei den Streiks durch vorherige Bewilligung eine Arbeitszeitverkürzung oder Lohnerhöhung erzielten, denen der überhaupt ohne Streik verlaufenen Bewegungen hinzu, so haben im Jahre 1904 ereicht

	Arbeitsverkürzung	Lohnerhöhung
durch Streik	3 239 Personen	7 332 Personen
ohne Arbeitseinstellung	12 849 „	20 922 „

Diese Tatsache, die manchen vielleicht überraschen mag, wie ferner auch die, dass die durch die friedlichen Lohnbewegungen erzielten Errungenschaften den durch Anwendung des Streiks erreichten in der durchschnittlichen Höhe fast nicht nachstehen, ist sicherlich ein erfreulicher Beweis — für das steigende Verständnis und Entgegenkommen der Unternehmer? Vielleicht auch dafür, aber eingetrichtert hat dieses Verständnis und Entgegenkommen den Unternehmern doch allein die Macht und Stärke unserer Gewerkschaften. Man möge in der letzten Tabelle einmal die Zahlen von 1900 mit denen von 1904 vergleichen. Im Jahre 1900 erreichten nur 5992 Personen eine Lohnerhöhung ohne Arbeitseinstellung, während 12 079 darum streiken mussten. Erstere Zahl entspricht einem Prozentsatz von 33, während im Jahre 1904 bereits 74 % eine Lohnerhöhung ohne Arbeitseinstellung erzielten. Wie erklärt sich das? Im Jahre 1900 hatte der Holzarbeiterverband 70 630 Mitglieder und einen Kassenbestand von nur 130 526 Mark, 1904 dagegen war die Mitgliederzahl auf 105 386 und der Bestand der Hauptkasse auf 1 007 411 Mark angewachsen. Einem dermassen erstarkten Gegner werden die Unternehmer auch in Zukunft grössere Konzessionen von vornherein machen müssen, als sie es einem unkräftigen, schwachen gegenüber zu tun nötig haben.

So stellt sich die Streikstatistik der Gewerkschaften dar als eine wahre Fundgrube des wertvollsten Aufklärungs- und Agitationsmaterials, das im Rahmen dieses einen Artikels leider nur in wenigen Einzelheiten zu behandeln möglich

war. Sehr bedauerlich finde ich es, dass diese Fundgrube im allgemeinen viel zu wenig ausgebeutet wird. Statt sich zu erfreuen an diesem immerwährenden, erfolgreichen Klassenkampf der Gewerkschaften, malt man oft in düsteren Farben Gespenster an die Wand, und statt die Arbeiter begeisterungsvoll zum Mitkämpfern anzufeuern, schreckt und entmutigt man sie mit diesen Gespenstern: Verflachung der Arbeiterbewegung, Versumpfung, Verlorengehen des grossen Zieles, Mangel an sozialistischem Geist etc. etc. Daneben trägt jetzt auch noch das Wiederaufkommen der *radikalen* Phrase mit dazu bei, den Gewerkschaften die Situation zu erschweren, was die *Metallarbeiterzeitung* kürzlich an dem Beispiel des grossen Elektrizitätsstreiks in Berlin bereits nachzuweisen genötigt war. Diese Verwirrung trübt in etwas den Blick in die Zukunft. Aber es steht doch wohl zu hoffen, dass es sich hiermit mehr um eine *vorübergehende Erscheinung* handelt, und dass somit die mühsame und opferreiche Erziehungsarbeit der vergangenen Jahrzehnte nicht auf einmal sich als vergebens herausstellt. Es wäre schlimm, wenn diese Hoffnung eine Täuschung sein sollte. Die Entwickelung der wirtschaftlichen Kämpfe in den letzten Jahren zeigt uns mit grosser Klarheit die schweren Aufgaben, welche den Gewerkschaften noch in Aussicht stehen. Dass es den grossen Unternehmerorganisationen nicht gelingen wird, die Gewerkschaftsbewegung etwa zu erdrücken, haben diese selbst bereits erkennen und eingestehen müssen. Auch haben die seither gelieferten Machtproben diese Unmöglichkeit schon bewiesen. Wohl ist die Macht der Unternehmerverbände noch weiterer Steigerung fähig, auch können sie die Kampfmethoden noch mehr verschärfen, so dass mit aller Sicherheit darauf zu rechnen ist, dass die zukünftigen grossen Machtkämpfe noch ein weit grösseres Aufgebot der Arbeiter an Zahl und finanzieller Kraft erfordern werden, als seither. Diese Ansicht kann uns jedoch nicht kleinmütig machen. Denn auch die Organisationen der Arbeiter sind noch sehr entwickelungsfähig, und ihr riesiges, ununterrochenes Wachstum in den letzten Jahren, sowohl nach innen, wie nach aussen, bietet die sichere Gewähr dafür, dass die Arbeiter auch in Zukunft vor den Unternehmern nicht sich zu fürchten nötig haben. Wenn die Einigkeit und die im Kampfe notwendige Disziplin der Arbeiter sie nicht im Stiche lassen, werden die Gewerkschaften stets in der Lage sein, im Klassenkampfe der Arbeiter ihre grossen Aufgaben zu erfüllen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

OTTO HUE · BEMERKUNGEN ZUR KARTELL-ENQUETE



AM 3. März 1905 hat der Reichstag in einer Resolution den Reichskanzler um eine Denkschrift über die Kartelle, Syndikate und Interessengemeinschaften ersucht. Von dieser Denkschrift ist jetzt der erste Teil dem Reichstag zugegangen. Er beschränkt sich auf die Registrierung der bestehenden Kartelle, gibt ihre kurze Vorgeschichte nebst Auszügen aus den Gesellschaftsverträgen, erörtert ausserdem noch die Vorarbeiten für die Denkschrift (kontradiktorische Verhandlungen über die Kartelle, Reichstagsdebatten) und ist begleitet von 15 Anlagen, die den grösstenteils wörtlichen Abdruck der Kartellstatuten, Verkaufsverträge etc.

enthalten. Der Denkschrift zweiter Teil soll die prinzipielle Erörterung über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kartelle und ihre geschäftliche Praxis bringen. Hoffentlich ist der Verfasser dabei nicht engherzig, sondern bedenkt, dass es für die wiederholt angeregte Kartellgesetzgebung weniger auf den Wortlaut der Satzungen, als vielmehr auf die interne Geschäftsführung der Produktions- und Verkaufsvereinigungen ankommt, denn nur sie hat die Klagen der Weiterverarbeiter von Rohstoffen und Halbfabrikaten, sowie der Konsumenten der Fertigprodukte hervorgerufen. Um auch die Mittel kennen zu lernen, die angewendet werden, um die *Outsider* zur Organisation zu zwingen, ist unter anderm der ganze in Sachen *Phönix*-Ruhrort kontra Stahlwerksverband geführte Briefwechsel zu veröffentlichen. Damit werden keine Enthüllungen gemacht, die unserer Industrie ihre Stellung auf dem Weltmarkte erschweren würden — solche technischen Fabrikationsinterna wünschen auch wir nicht publiziert —, sondern es kann sich nur um einen zeitgemässen Beitrag zu dem jetzt so viel erörterten Thema *Schutz der Arbeitswilligen* respektive *Schutz der freien Entschliessung* handeln. Sicherlich soll doch die in Aussicht gestellte Syndikatsgesetzgebung auch Vorkehrungen treffen gegen den kapitalistischen Terrorismus, sonst hätte sie selbst vom bürgerlichen Standpunkt aus keinen Wert. Die Konzentrationsbewegung in unserer Industrie ist erst recht nicht durch gesetzgeberisches Eingreifen zu hemmen oder gar zu verhindern. In Erwartung des versprochenen wichtigsten Teiles der Denkschrift wollen wir uns jetzt auf einige Bemerkungen über die vorliegende Materialsammlung beschränken.

Die Unternehmerkartellierung befindet sich in fortwährendem Fluss. Abgeschlossen ist die regierungsseitige Zählung der betreffenden Vereinigungen am 30. September. In die Statistik sind aufgenommen 385, die sich auf die einzelnen Gruppen wie folgt verteilen: Kohlenindustrie 19, Eisenindustrie 62, Metallindustrie ausser Eisen 11, chemische Industrie 46, Textilindustrie 31, Leder- und Kautschukwarenindustrie 6, Holzindustrie 5, Papierindustrie 6, Glasindustrie 10, Ziegelindustrie 132, Industrie der Steine und Erden 27, Tonwarenindustrie 4, Nahrungs- und Genussmittelindustrie 17, Elektroindustrie 2, sonstige 7. Nach Abschluss der Statistik sind schon wieder eine ganze Reihe neuer Kartelle entstanden, ältere haben sich anders formiert, die Zahl der kartellierten Werke hat sich vergrössert, was auch eine Änderung der Beteiligungsquote bedingte; ferner sind neue Interessengemeinschaften zwischen den Kartellen der selben Branche abgeschlossen oder eingeleitet. Um nur einiges anzuführen: Neugebildet haben sich ein Kartell für Holzschraubenfabrikation (Cöln), ein Kartell für Beleuchtungsglas (Görlitz), die Türschlösserfabrikanten haben eine Preiskonvention gebildet (Velbert), in der Zementindustrie sind neue Verträge zwischen den provinzialen Gruppen zu stande gekommen, andere gekündigt; in der Gummiindustrie ist eine zentrale Preiskonvention angebahnt; desgleichen in der Mühlenindustrie; ebenso in der Elbschiffahrt. Durch eine Verständigung des Roheisensyndikats mit dem Hüttenwerk *Kraft* bei Stettin, dem einzigen gefährlichen *Outsider*, ist für das Syndikat ein lästiger Konkurrent beseitigt, es wird dementsprechend an wirtschaftlicher Macht bedeutend gewinnen. Der Stahlwerksverband hat mit Aussicht auf Erfolg die Reorganisation der Trägereisenvereinigung in die Hand genommen.

Fast allwöchentlich vollzieht sich eine Änderung auf dem Kartellgebiete. Die alten Formen verschwimmen, nur eins ist unverkennbar: das Drängen nach Zentralisation aller Verbände einer Branche, das Streben nach vollständiger Herrschaft über den Markt auf Kosten vieler bisher selbständiger Existenzen im Zwischenhandel. Die älteren Definitionen des Begriffs *Kartell* treffen längst nicht mehr zu. Als Kleinwächter 1882 den Kartellbegriff dahin definierte: Kartelle seien Übereinkommen der Unternehmer der selben Branche zwecks Regelung der Produktion zur Beseitigung der schrankenlosen Konkurrenz der Unternehmer unter einander, da handelte es sich um die ersten Vorstufen der modernen Syndikate. Aber auch Liefmann trifft in seiner Schrift *Kartell und Trust* /1905/ meines Erachtens nicht ganz das Richtige, wenn er in lapidarer Weise sagt: »Unter Kartellen verstehen wir freie Vereinbarungen zwischen selbständig bleibenden Unternehmern der selben Art zum Zwecke monopolistischer Beherrschung des Marktes.« Hier ist der Kartellzweck klipp und klar gekennzeichnet, aber ob man faktisch bei unseren fortgeschrittensten Syndikatsbildungen noch von *selbständig* gebliebenen Unternehmern sprechen kann, bezweifle ich sehr stark. Darüber weiter unten. Alle bisherigen Kartelldefinitionen treffen auch nicht die Eigenschaft der modernsten Syndikate als Selbstwirtschafter. Sie treten auf als Käufer von Bergwerksfeldern, Inhaber von Produktionsstätten, Aufkäufer von Produkten, um dem ganzen Handel bis ins Detail die Preis- und sonstigen Verkaufsbedingungen vorzuschreiben. Das Syndikat schreibt dem Handel vor: 1. wer verkaufen darf, 2. was verkauft werden darf, 3. wem verkauft werden darf. Die in der Kartelldenkschrift angeführten zahlreichen Händlerkartelle darf man ruhig als mehr oder weniger abhängige Unterabteilungen der grossen Produzentensyndikate ansprechen.

Hinsichtlich der formalen Rubrizierung ihrer Statistik sagt die Denkschrift:

»Bei der Aufstellung der Statistik ist davon abgesehen worden, eine einheitliche begriffliche Definition des *Kartells* zu formulieren und an der Hand der selben über die Aufnahme der einzelnen Verbände Entscheidung zu treffen. Der Begriff des *Kartells* ist noch zu flüssig, und die Ansichten über seine Abgrenzung gehen in Wissenschaft und Praxis noch so weit auseinander, dass die konsequente Durchführung eines auf Grund theoretischer Erwägungen gewonnenen Massstabes zu Ergebnissen geführt hätte, die sich in der Praxis als unbefriedigend erwiesen haben würde. Man würde auf der einen Seite zur Ausscheidung von Verbänden gekommen sein, deren Aufnahme zur Beleuchtung der ganzen Bewegung unerlässlich erschien, während anderen Vereinigungen, die für die Kartellbewegung von geringerer Bedeutung sind, ein breiter Raum hätte gewährt werden müssen.«

In der Tat ist denn auch das gebotene Kartellbild so vielgestaltig, dass man die weitherzige Auffassung des Denkschriftverfassers nur gutheissen kann. Die ziemlich vollständige Registrierung aller kapitalistischen Produktions- und Verkaufsvereinigungen zeigt uns auch am besten, welchen Weg die Unternehmerkartellierung zurückgelegt, und welchen sie höchst wahrscheinlich zukünftig nehmen wird. Als Schulbeispiel möchten wir das Kalisyndikat herausgreifen. Zuerst bestand, 1878 abgeschlossen, zwischen 3 Kalisalzwerken eine lose Konvention, die sich nur auf Preisvereinbarungen über den Verkauf von Chlorkalium bezog. 1879 erfolgte eine Konvention, betreffend Abgabe von Carnallit an die chemischen Fabriken; diese Vereinigung setzte sich schon die Einschränkung der Produktion zum Ziel. 1884 kamen die Chlorkaliumproduzenten zum Abschlusse eines *Verkaufssyndikats der Chlorkaliumfabriken,*

mit der eine im selben Jahre gegründete *Kainitkonvention* der Kalibergwerke korrespondierte (Personalunion). Jetzt war man schon zu einer Kontingentierung eines der wichtigsten Rohprodukte gelangt, und für die Chlorkaliumfabrikate war eine feste Syndizierung erreicht. 1888 wurde für zehn Jahre ein *Verkaufssyndikat der Kaliwerke* gegründet, welchem die Fabriken untergeordnet wurden; dieser Vereinigung übertrugen die Kartellgenossen den alleinigen Verkauf von Carnallit, Kainit, Chlorkalium, schwefelsauren Kalierzeugnissen und Kieserit. Ein zentrales Syndikatsbureau (Sitz Stassfurt-Leopoldshall) leitete die ganze Organisation der Produktion und des Absatzes. Den beteiligten Werken wurden bestimmte *Beteiligungsziffern* (Tausendstel) am Absatz vertraglich zugestanden, wogegen sie sich verpflichteten, nur durch das Syndikatsbureau die Kaliverbraucher bedienen zu lassen; die Preise wurden einheitlich festgesetzt durch die Versammlung der Syndikatsmitglieder. Was das Verkaufsbureau erzielte, floss nach Abzug der Geschäftsunkosten den Werken je nach Höhe ihrer Anteilquote zu. 1898, 1901 und am 1. Juli 1904 wurde der Syndikatsvertrag unter Einschliessung der inzwischen neu in Förderung getretenen Werke und entsprechenden Änderungen erneuert.

Überblickt man diesen Entwickelungsgang, so sieht man, dass aus der losen Preisvereinbarung (Konvention) über zuerst nur ein Fabrikat nach und nach ein straff geschlossenes Syndikat entstand, welches nunmehr Rohprodukt, Halbfabrikat und zum erheblichen Teil auch Fertigfabrikat kontrolliert, und zwar derart umfassend und auch ins Detail gehend, dass man eigentlich nur noch nominell von *selbständigen* Werken sprechen kann. Oder was bleibt von der *Selbständigkeit* der einzelnen Werke noch übrig, wenn ihnen syndikatsseitig die Höhe und die Art der Produktion vorgeschrieben, Übertretungen dieser Vorschrift mit schwerer Konventionalstrafe bedroht sind, ausserdem die Preisnormierung und das Absatzgebiet nicht mehr individuell, sondern korporativ geregelt wird? Auf dieser Höhe unterscheidet sich das Kartell nur noch graduell von einem Trust. Nach den namhaftesten Nationalökonomen ist das Charakteristikum der Trusts die vollständige, auch die technische, Dirigierung der betreffenden Produktionsstätten von einer technisch-kaufmännischen Zentrale aus; die Persönlichkeit des Einzelunternehmers, Aktionärs oder Kuxenbesitzers geht vollständig auf in der Trustzentrale. Notwendig ist dabei nicht die Vertrustung aller Werke der betreffenden Branche, um dem Gebilde den Charakter eines Trusts zu geben. Nun ist ja zwar jedes dem Kalisyndikat angeschlossene Werk für sich betrieblich selbständig, das heisst, es unterliegt hinsichtlich seiner inneren Betriebsverhältnisse keinem Syndikatsbeschluss, wenigstens nicht unmittelbar. Aber tatsächlich stehen die Syndikatswerke hart an der Grenze der Vertrustung. Indirekt zwingen die Syndikatsbeschlüsse über die Förderquote, die Preisnormierung und die Verkaufstätigkeit den einzelnen Werken *nolens volens* auch Entschliessungen über innere Betriebsverhältnisse auf. Das wird einleuchtend, wenn man bedenkt, dass die eventuell angeordneten Fördereieinschränkungen direkt den Beschäftigungsgrad der Werke berühren, und die Preisvereinbarung mit Rücksicht auf die Selbstkosten erfolgen soll. Den erheblichsten Teil der Selbstkosten, zumal in der Rohstoffindustrie, bilden aber die Arbeiterlöhne. Eine intime Beziehung zwischen Unternehmerkartell und Arbeiterverhältnisse ist gar nicht abzustreiten, so sehr die Interessenten auch beteuern, die Kartellwirtschaft beein-

flusse die Arbeiterverhältnisse nicht.[1]) Über diese Frage verspricht der zweite Teil der Denkschrift sich näher zu verbreiten, darum beschränken wir uns jetzt lediglich auf die Konstatierung, dass man den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht, wenn Kartellpolitik und Arbeiterverhältnisse nicht im engsten Zusammenhang erörtert werden. Man braucht nur die kontradiktorischen Verhandlungen über das Weissblechkontor zu lesen, um diesen Zusammenhang sehr deutlich zu erkennen.

Im allgemeinen ging die Kartellentwickelung folgendermassen vor sich: Zuerst ganz lose Vereinbarungen über Preise, meist territorial begrenzten Charakters; dann Erweiterung der Vereinigung auf die Produkte einer ganzen Branche zwecks Sicherung eines guten Preises durch das Mittel der Erzeugungsbeschränkung und des zentralisierten Absatzes, schliesslich ein Industriekartell, welches in straffster Weise die Produktion, die Preise, den Absatz und auch den Zwischenhandel zentralistisch regelt, der Einzelunternehmung ihre Selbständigkeit nur noch nominell belässt, die Kartellgenossen nur nach der Höhe ihrer *Beteiligungsziffer* bewertet. Diese Stufenleiter wurde am vollständigsten erklommen in den für ein Monopol am geeignetsten Industrieen der Rohstoffe und Halbfabrikate, also im Bergbau; nachher in der Hüttenindustrie, der Textilindustrie und in der chemischen Grossindustrie. Hier haben wir denn auch die volkswirtschaftlich bedeutendsten Syndikate. Dagegen ist die Kartellbildung am schwierigsten in den Hilfsindustrieen und der Fertigfabrikation. Die Kleineisenindustrie mit ihren zahlreichen kleinen und mittleren Unternehmern und ihren vielseitigen Spezialartikeln ist sehr schlecht kartelliert. Die Nahrungsmittelindustrie befindet sich noch im Stadium der Unorganisation oder der losen Interessengemeinschaft, abgesehen von der Spirituszentrale, der Stärkeverkaufsvereinigung und der Syndikate der Zuckerfabrikanten, die schon eine höhere Stufenleiter der Kartellbildung erreichten. Die ausgebildetsten Syndikate gehen sogar so weit, ihren Mitgliedern jede Veränderung ihrer Betriebsanlagen, Neuerwerbungen, Werkverkäufe nur auf ausdrücklichen Beschluss der Generalversammlung der Gesellschaftsmitglieder zu gestatten. Wie man da noch von einer *Selbständigkeit* der Einzelwerke reden kann, ist unerfindlich. Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat ist hierin als Muster vorbildlich.

Neben den Hauptkartellen bestehen mit ihnen eng liierte Neben- oder Hilfskartelle, die die Verwertung von aus den Rohstoffen gewonnenen Nebenprodukten, Halbfabrikaten oder veredelten Produkten bezwecken. Diese Hilfskartelle sind meistens absolut abhängig von den Hauptkartellen, fast immer sind in beiden die selben Werke richtunggebend. Diese Organisationen sind besonders beachtenswert, weil sie häufig den Hauptkartellen eine mässige Preispolitik ermöglichen, indem auf dem Umwege über die Hilfskartelle den Werken ungeheure Gewinne aus den Nebenprodukten zufliessen, ohne dass sich die öffentliche Kritik mit dieser Art Geschäftsverteilung gross befasst. So bestehen neben dem Kalisyndikat, von den selben Interessenten gebildet, das Syndikat der Sodafabriken, die Konventionen für Chlormagnesium, für Pottasche, für Brom. In der Kohlenindustrie bringen die Vereinigungen für die Verwertung von Benzol, Teer, Ammoniak, Braunkohlenbriketts, Paraffinöl, Salaröl, Kerzen,

[1]) Vergl. meinen Artikel *Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat und die Bergarbeiter* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1903, II. Bd., pag. 581 ff.

Farbstoffe u. s. w. den Zechenherren grosse, von der Öffentlichkeit aber wenig kontrollierte Gewinne. Diesen Nebenkartellen wird der Rohstoff sehr billig überwiesen: es bleibt ja in der Familie; und dadurch erscheint später in der amtlichen Durchschnittsrechnung beispielsweise der Preis für Rohkohle oft so niedrig, dass die Konsumenten verwundert fragen, wo denn eigentlich so billig verkauft worden sei.[2])

Desgleichen ist die in den letzten Jahren von den grossen Syndikaten systematisch betriebene Ausschaltung des selbständigen Zwischenhändlers ein Charakteristikum der modernen Kartellbewegung. Im Verlauf der kontradiktorischen Verhandlungen über die Kartelle in der Bergwerks-, Hütten-, Eisen- und Stahlindustrie fanden sich noch einige Vertreter von Händlervereinigungen, die den Mut hatten, sich bitter über ihre wirtschaftlichen Depossedierung seitens der Syndikatsherren zu beklagen. Aus den früher selbständigen Händlern sind Agenten der Syndikate geworden, die kleinsten wurden ganz ausgeschaltet. Der Zwischenhändlerprofit fliesst nun in die Kassen der Syndikatsbureaus. Durch sein *Kohlenkontor* (Mülheim an der Ruhr) hat das Ruhrzechensyndikat auch die Kohlenschleppfahrt auf dem Rhein und Main, den Kohlen-, Koks- und Briketthandel im Rhein-Main-Gebiet monopolisiert. In den anderen deutschen Landesteilen sind Verkaufszentralen unter Leitung von Syndikatsagenten eingerichtet; mit den übrigen Grubenkartellen sind Verträge über die Aufteilung der Absatzgebiete abgeschlossen.

Im zweiten Teil der Denkschrift werden wir hoffentlich auch Genaues erfahren über die Mittel, deren sich die Kartelle bedienen, um die *Outsider* in die Organisation zu zwingen. Das Kapitel muss sehr lehrreich werden. Ob zum Beispiel die von der *Ausfuhrvergütungsstelle* (Düsseldorf) angewandte Praxis nicht schon nach den geltenden Gesetzen gegen die guten Sitten verstösst, ist einer Untersuchung wert. Dr. Karl Hirsch scheint es in seiner Schrift *Zur Kartellfrage* zu bejahen unter Bezugname auf ein Reichsgerichtsurteil. Jene *Ausfuhrvergütungsstelle* zahlt nämlich für die ausgeführten Eisen- und Stahlmengen nur dann eine Ausfuhrvergütung, wenn die ausführenden Werke syndiziert sind. Nun ist aber für gewisse Branchen der Eisen- und Stahlindustrie die Syndizierung schlechterdings noch nicht möglich gewesen. Und gerade solche Werke sind es, die wegen ihrer Abhängigkeit von den Rohstoff- und Halbzeugverbänden am ehesten eine Ausfuhrvergütung benötigen. Man zwingt also die freiwilligen oder unfreiwilligen *Outsider* durch wirtschaftliche Schädigung zur Betriebseinstellung oder zur Organisation. Solchen Terrorismus sollten nur die Arbeitergewerkschaften ausüben!

Um die Kartellpraxis zu illustrieren, werden ein paar Beispiele genügen, die wir nach der *Kartellrundschau* mitteilen: Der am 12. September 1905 in Görlitz gegründete *Verband deutscher Beleuchtungsglashütten*, dem von den 62 deutschen Öfen sofort 42 beitraten, führte sich in patriotischer Weise ein,

[2]) In wie vielfältiger Weise die Unternehmer kartelliert sind, ist aus der amtlichen Enquete über die Eisenindustrie ersichtlich. So gehörten von den 35 Mitgliedern des Roheisensyndikats Düsseldorf 14 noch 3 anderen Eisenkartellen an, 2 Mitglieder waren noch in 9, ein Mitglied sogar an 18 anderen Verbänden beteiligt! Von den 24 Mitgliedern des Stahlformgussverbandes gehörten 12 noch einer anderen Branchenorganisation an, 2 waren noch 6mal anderweitig organisiert. Von den 45 Feinblechwalzwerken gehörten 3 noch 13 bis 15 anderen Kartellen von Eisen- und Stahlindustriellen an. Seit der Stahlwerksverband konstituiert ist, sind schon einige Spezialkartelle zu seinen Gunsten aufgelöst worden. Diese Konzentration der Kartellierung wird ihren Fortgang nehmen.

indem er »für das deutsche Geschäft vorläufig einen Preisaufschlag von 10 % eintreten« liess! Also das *geliebte Vaterland* muss bluten, das Auslandsgeschäft wird zu den alten Preisen abgewickelt. Die Vereinigung der Ultramarinfabriken traf mit der Ultramarinfabrik der Waizischen Erben in Cassel ein Abkommen, »wonach diese gegen eine entsprechende Entschädigung die Herstellung von Ultramarin . . für immer einstellte«. Auf diese Weise schränken die Kartelle die Produktion ein, um dann die Verkaufspreise ohne Konkurrenz hinauf schrauben zu können. Ähnliche Manipulationen nahmen die Weissblechfabrikanten vor, indem sie die Weissblechfabrik in Gelsenkirchen-Schalke zur Betriebseinstellung veranlassten, natürlich auch gegen Entschädigung, obgleich nachweislich und zugestandenermassen die heimische Weissblechfabrikation den inländischen Bedarf nicht decken kann. Der im Jahre 1904 gegründete internationale Verband der Spiegelglasfabriken hat den auf ihn gesetzten Erwartungen entsprochen: »Die Preise konnten erhöht werden, ohne dass hierbei Auswüchse entstanden. Die Herstellung der beteiligten Fabriken ist um etwa 10 % herabgesetzt worden!« Also internationale Produktionseinschränkung zwecks Preisschraubung! In seinem Buche *Ca canny* hat der Scharfmacherantreiber Herr von Reiswitz ein Lamento angestimmt über die angebliche Methode englischer Trades-Unionisten, durch absichtlich langsames Arbeiten die Löhne respektive Akkordsätze zu verbessern. Herr von Reiswitz kann in den Kartellsatzungen alle Augenblicke auf das *Ca canny* stossen; noch mehr aber bietet die Kartellpraxis Anlass, eine systematische Produktionseinschränkung lediglich zum Zwecke der Erhöhung der Unternehmerprofitrate zu konstatieren. Dies ist für Herrn von Reiswitz um so leichter möglich, als ihm die Kartellisten doch sicherlich ihre Geheimakten anvertrauen. Oder steht nur den kapitalsten Profitmachern das Recht auf *Ca canny* zu?

Der internationale Verband der Spiegelglasfabrikanten hat auch noch einen anderen feinen Trick ausgeführt, indem er die sogenannten *Forcaultschen Patente*, die eine billigere Massenherstellung von Spiegelglas ermöglichten, aufkaufte und dadurch die Anwendung dieses technischen Fortschrittes verhinderte. Eine neue Seite der Unternehmerkartelle: sie konservieren lieber technische Unvollkommenheiten zum Nutzen des Unternehmerprofits, als dass der menschliche Geist Triumphe feiert. Der Massenkonsum wird also künstlich eingeschränkt, das nennt man in der Kartellsprache *Regelung der Produktion im Allgemeininteresse.*

Es verdient überhaupt hervorgehoben zu werden, dass etwa 50 Kartelle auf Anfrage der Regierung den Einblick in die Gesellschaftsverträge stillschweigend oder ausdrücklich abgelehnt haben. 20 haben trotz wiederholter Mahnung gar nicht geantwortet.[3]) Eine Reihe von Kartellen verbietet ihren Mitgliedern strengstens, über alle den Verein betreffende Angelegenheiten nach aussen hin Mitteilungen zu machen, einige verpflichten sogar die ausgetretenen Mitglieder zur Geheimhaltung ihrer Erfahrungen innerhalb des Kartells. Wer dagegen verstösst, wird mit schwerer Geldbusse belegt.

Die Kartelle haben demnach Geheimakten, deren Kenntnis sie aus sehr begreif-

[3]) Zum Teil geschah dies unter Hinweis auf die Internationalität des Kartellabkommens, welches Mitteilungen über Interna nur unter Zustimmung der ausländischen Mitglieder gestattet. Die in der Regierungsdenkschrift gegebene Kartellstatistik beschränkt sich nur auf im deutschen Inlande domizilierende Kartelle, von denen aber viele auch internationalen Charakter tragen.

lichen Gründen der Öffentlichkeit vorzuenthalten wünschen. Mit der *Tätigkeit im vollen Lichte der Öffentlichkeit* ist es also nichts, ein Grund mehr für die Konsumenten, das heisst für das Volk, jenen kapitalistischen Geheimbünden rege Aufmerksamkeit zu schenken. Indessen erfuhren wir schon aus den von der Reichsregierung veranstalteten unverbindlichen Erörterungen über die Kartelle, dass ihre Wortführer, sonst sehr redebereit, jedesmal dann ein Papagenoschloss am Munde hatten, wenn sie auf Fragen über die für die Konsumenten wichtigsten Kartellmanipulationen antworten sollten. Gleich hiess es *Geschäftsgeheimnisse!* Nun, was die Unternehmerkartelle sind, und was sie wollen, das spürt die Volksmasse schon recht gut, wenn sich auch die einzelnen Konsumenten noch nicht klar sind über die Tragweite dieser Organisatonen. Es wird unsere Aufgabe sein, wenn der zweite Teil der Kartelldenkschrift vorliegt, die ausserordentlich wichtige Materie eingehend zu behandeln.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

OLAV KRINGEN · MONARCHIE ODER REPUBLIK?



UNTER den freiheitlich gesinnten Politikern Europas hat es begreiflicherweise Verwunderung und Erstaunen hervorgerufen, dass das norwegische Volk, vor die Möglichkeit gestellt, zwischen einer modernen Republik und einer konstitutionell-parlamentarischen Monarchie zu wählen, der letztern den Vorzug gegeben hat. Indes, es gab eben zahlreiche Gründe, die für die monarchische Staatsform sprachen, und bei näherer Betrachtung dürfte man finden, dass sie unsere Haltung durchaus rechtfertigen. Wenn der Berliner *Vorwärts* unsere sogenannte *Revolution* von 1905 mit der russischen revolutionären Bewegung in Parallele setzt, so trifft er doch sehr daneben. Was heute in Russland sich vollzieht, könnte wohl eher mit der erfolgreichen Revolution verglichen werden, die bei uns am 13. März 1177 ihren Anfang nahm und in der Begründung der Herrschaft Sverres und seiner grossen Nachfolger endete. Das russische Volk ist noch nicht genügend erzogen, um die Last einer halb so freien Regierung, wie die der freien Nationen des westlichen Europas, auf sich zu nehmen. Und dennoch, glaube ich, gibt es niemand, der für die allgemeine Zivilisation grössere Hoffnung und tieferes Vertrauen in die russische Bewegung setzt, als ich es tue. Denn das russische Volk wird ebenso rasch, wie sich sonst alles in unserer Zeit entwickelt, auch alle Etappen der politischen Erziehung bis zu einer freien völligen Eigenregierung durchmachen. Es wird alles kommen — aber zu seiner Zeit.

Der norwegische Staat, der mit all seinen Einrichtungen natürlich noch auf der kapitalistischen Gesellschaftsauffassung fusst, ist, meiner Ansicht nach, trotzdem in jeder Beziehung der am meisten demokratische Staat Europas. Ich möchte nun in erster Linie darauf aufmerksam machen, dass, abgesehen von den inneren Streitfragen unseres Landes, alle anderen Bestrebungen seit fast 100 Jahren auf eine Trennung von Schweden hinzielten. In all diesen Jahren ist die Demokratisierung unseres sozialen Lebens und unserer Einrichtungen immer weiter fortgeschritten. Als Beweis, wie fern uns die jetzige Regierungsform lag, mag gelten, dass selbst Herr Lövland, unser jetziger Minister des Äussern, kurz vor dem 7. Juni in Christiania eine streng republikanische Rede

hielt. Die Aufmerksamkeit des Volkes war so sehr von unserm Verhältnis zum Nachbarlande in Anspruch genommen, dass man sich mit der Form der Regierung überhaupt nicht beschäftigt hatte. Soweit man sich mit republikanischen Ideen trug, geschah dies fast rein platonisch; immerhin glaube ich, dass die Sympathie unseres Storthings und unserer Regierung im verflossenen Frühjahr sich einer Republik zuwandte. Da kam König Oscars Veto gegen das Konsulatsgesetz, das die Bildung eines jeden Kabinetts in Norwegen unmöglich machte, da kein Norweger sich dazu hergab. Plötzlich lag die Auflösung der Union als Tatsache vor uns. So allgemein beschäftigte man sich nun mit diesem Ereignis, dass alle anderen politischen Empfindungen dagegen in den Hintergrund traten. Als man sich nun in den Korridoren und im Foyer des Storthings zuraunte, es wäre der Wunsch der grossen auswärtigen Mächte, die monarchische Staatsform erhalten zu sehen, wurden alle republikanischen Empfindungen dadurch zum Schweigen gebracht. Und als die Presse, das Telephon und das allgemeine Gespräch diese Erwägungen im ganzen Lande verbreiteten, war diese Frage damit schon erledigt. Die grosse Frage war vielmehr: wie werden wir die Krisis durchmachen? Jedermann ausserhalb der Armee liess sich, wie in alten Zeiten, als Freiwilliger zur Verteidigung des Landes eintragen, zugleich aber waren wir bereit, Schweden gegenüber jede Konzession zu machen, die sich mit unserer Ehre vertrug. Es wird sich zeigen, dass währenddessen und später alle für die Monarchie sprechenden Argumente in Erwägung gezogen wurden und diese immer mehr überwogen. Von diesen Rücksichten und Erwägungen waren eine Anzahl berechtigt, andere unberechtigt. Aber alles war in einer solchen Verfassung, dass, als die Abstimmung auf den 12. und 13. November angesetzt wurde, wir das Resultat schon im voraus wussten.

Die Sozialisten und der radikale Flügel der Linken schritten natürlich sofort zur Agitation für die Republik. Jeder von uns tat, was in seinen Kräften stand. Bei der Stellung der Sozialisten zu dieser Frage ist noch das Folgende zu beachten: Unser erster sozialistischer Agitator und Organisator, Marcus Thrane, der in den Jahren 1849 bis 1852 unsere Arbeiter organisierte und ihr Programm auf eine revolutionäre Basis stellte, wofür er jahrelange Gefängnishaft erdulden musste — dieser revolutionäre Marcus Thrane war damals absolut Anhänger einer Monarchie, weil er sich von einer solchen Vorteil versprach. Einige Vorläufer des Sozialismus haben die selbe Idee genährt. Thranes Ideen haben natürlich mit unserer augenblicklichen Lage nichts zu tun. Die norwegischen Sozialisten haben in diesem Jahre an dem kurzen Kampf für die Gestaltung der Regierungsform als überzeugte und begeisterte Republikaner teilgenommen. Die Abstimmung über diese Frage im Storthing wies unter 117 Stimmen 32 Republikaner auf. Unter den 32 waren natürlich auch die 4 Sozialdemokraten. Als die Berichte über die Urabstimmung einliefen, zeigte sich genau das selbe Stimmenverhältnis im Volke selbst. Als die Frage der Zivilliste verhandelt wurde, waren die Sozialisten die einzigen, die gegen sie stimmten. Dann wurde die Monarchie proklamiert. Aber noch stand die formelle Abstimmung des Storthings über die Person dessen aus, der König sein sollte. Und da es nur den einen Kandidaten gab, den Prinzen Carl von Dänemark, stimmten unsere Vertreter für ihn. So machten es auch alle die anderen Republikaner. Ich verstehe nicht, wie sie hätten mit *Nein* stimmen können,

ohne gleichzeitig eine unausgesetzte republikanische Agitation ins Werk zu setzen. Das wünschte niemand von uns. Aber weil wir diese Absicht nicht hatten, wäre ein *Nein* nichts anderes, als eine hohle Demonstration gewesen.

Selbstverständlich liegt aller sozialdemokratischen Tätigkeit, wie jeder fortschrittlichen Politik, die Tendenz zur Republik zu Grunde. Aber die macht sich auch geltend, wenn sie ihre Institutionen in der Monarchie durchsetzt. Und wenn die Gelegenheit zum Wechsel der Regierungsform gegeben ist, entspricht es natürlich den wahrhaft sozialistischen Grundsätzen, auf seiten der Republik zu stehen. Aber erst, wenn die Arbeit der Demokratisierung aller Gebiete des gesellschaftlichen Lebens einen Wechsel nötig gemacht hat, wird es nützlich sein, den Wechsel vorzunehmen, — und dann wird er sozusagen von selbst eintreten. Die wahre Republik kommt in dem Masse, wie die Monarchie sich den sozialen Verhältnissen anpasst, die ihr entsprechen. Das trifft nicht für den Absolutismus zu, aber von dem Moment an, wo der absolute Despotismus aufgegeben ist und das Volk nur erst einen kleinen Finger erhalten hat, rückt die Republik ein und wird ihre Entfaltung beginnen.

Die norwegische Monarchie wird in vieler Beziehung dem Absolutismus ferner stehen und demokratischer sein, als die amerikanische Präsidentschaft, sogar noch demokratischer, als der Gouverneurposten in einem der Unionsstaaten. Das liegt ganz offen zu Tage. *Alle Macht liegt beim Storthing* war der Refrain einer der ersten Predigten, die der König von einer norwegischen Kanzel herab zu hören bekam. Und das Storthing besteht nur aus einem Haus. Im französischen Senat ist hundertmal mehr Reaktion, mehr Absolutismus, als in der norwegischen Monarchie. Die parlamentarische Monarchie, wie ich die norwegische Monarchie nennen möchte, ist eine modernere Institution, als die konservative Republik. Ich bin zehn Jahre lang Bürger der Vereinigten Staaten gewesen, und wenn ich zwischen jener Regierungsform und der gegenwärtigen norwegischen zu wählen hätte, würde ich nicht lange zögern, die amerikanische zu verwerfen. Unsere Staatsform enthält ein stark republikanisch-demokratisches Element. Ideell genommen, ist die monarchische Idee noch in keiner der heutigen sogenannten *Republiken* ausgerottet. Gleichwohl sollte, wenn man beide Staatsformen in unserer gegenwärtigen Gesellschaft gegen einander abwägt, meiner Meinung nach die Republik den Vorzug bekommen. Es wäre daher, als das norwegische Volk die Entscheidung in Händen hatte, ein unverzeihliches Vergehen gewesen, wenn wir nicht für die Republik gewirkt hätten. Wenn in Frankreich nach verschiedenen Revolutionen und traurigen Erfahrungen mit dem monarchischen System dieses als den Bedürfnissen des Volkes nicht entsprechend verworfen und deshalb eine Republik eingerichtet worden ist, ist es verständlich, dass die Sozialisten dort sich einer gewissen Opposition enthalten, wenn diese Zurückhaltung dazu dienen kann. die Republik zu retten. Ich sehe aber keine Notwendigkeit, republikanische Theorieen aufzustellen, und noch weniger, eine republikanische Propaganda in ein Land zu bringen, in dem die Monarchie mit der Demokratisierung der Institutionen Schritt halten muss — denn das ist eine Folge der Demokratisierung des Volkes —, also auch die Grundlage zu einem sozialdemokratischen Staat abgeben kann. Die Wurzel der Reaktion liegt nicht bei den Regierenden, sondern bei den Regierten.

Unter Verhältnissen, wie den unseren, gibt es keine müssigere und fruchtlosere

Frage, als die der Regierungsform. Dass die norwegischen Sozialisten tatkräftige Arbeit für die Republik entfalteten — für eine bürgerliche Republik gegen eine bürgerliche Monarchie —, geschah nur, weil die Frage damals auf der Tagesordnung stand. Als die Frage aber entschieden war und in der wiederhergestellten Monarchie der König ernannt werden sollte, hätten sie, wenn sie bei der Wahl ein *Nein* abgegeben hätten, sofort daran gehen müssen, für eine totale politische Umwälzung der kapitalistischen Regierung zu arbeiten: das wäre dann unsere Hauptparole gewesen, eine zurzeit hoffnungslose Parole. Die Gesellschaft kann nicht von der Spitze weg revolutioniert oder auch nur reformiert werden. Das ist eine antisozialistische Idee. Das Volk wünscht heute die sozialen und ökonomischen Fragen des sozialistischen Programms zu erörtern. Wenn aber unsere Partei, anstatt dem zu entsprechen, darauf beharren würde, die Frage der Republik zu erörtern, eine Frage, die augenblicklich hoffnungslos verloren ist, würden wir in diesem Lande für lange Zeit hinaus kein Arbeitsfeld finden.

Ich will diese Bemerkungen im folgenden zusammenfassen: Wir Sozialisten können bei einer Agitation für einen Wechsel der augenblicklichen Regierungsform nichts gewinnen und nur häufig das erzielen, was wir nicht wünschen. Wissen wir doch noch nicht einmal genau, welche Form die höchsten Ämter in unserm Idealstaat annehmen werden. Aber die Regierungsformen werden sich den Bedürfnissen entsprechend ändern, die wir damit schaffen, dass wir die sozialen und ökonomischen Bedingungen in der Richtung unseres Ideals abändern.

Die sozialistische Verfassung der Gesellschaft wird vielleicht eine Staatsform erheischen, die sich von der heutigen Republik genau so weit entfernt, wie von der heutigen konstitutionellen Monarchie. So viel weiss man: Die soziale und ökonomische Entwickelung der Gesellschaft vollzieht sich in der Richtung zum Sozialismus. Und die Sozialisten allerorts fördern teils bewusst, teils unbewusst diesen Fortschritt. Das ist die grosse Umwälzung, die von Karl Marx entdeckt und klargelegt worden sind, und von Jaurès, Bernstein, Webb, David, Schippel, Bebel, Vollmar, Guesde, Ferri, Branting, Kautsky, Borgbjerg, Hyndman, Hardie, Adler, Vandervelde und tausend anderen Zeitgenossen weiter ausgearbeitet und verfolgt wird. Wenn eine Partei oder ein Individuum im Sinne des Fortschrittes zu wirken wünscht, so gibt es keinen andern Weg, als den des Sozialismus. Alles, was dieser Umwälzung in den Weg kommt: Kirche, Monarchie, republikanische Institutionen, monarchische Ideen etc., muss sich dem revolutionären Fortschritt anpassen oder untergehen; aber diese Dinge gehen nicht deshalb unter, weil wir sie angreifen, sondern weil unsere positive Arbeit sie unhaltbar macht. Hat uns nicht alle Geschichte diese grosse Wahrheit gelehrt? Für unsere sozialistische Arbeit ist es von grossem Wert und in der Revolution ausserordentlich wichtig, dass wir die Ereignisse begreifen und ihren geschichtlichen Wert ruhig abschätzen.[1])

Man kann aus unserm Konflikt eine ganze Masse lernen, namentlich, was die Friedensbewegung und den Anteil der Sozialisten an ihr betrifft. Aber es darf nicht vergessen werden, dass kein fundamentaler Grundsatz des Sozialis-

[1]) Ich glaube, das schwerwiegendste Argument gegen die Republik in Norwegen war die Tatsache, dass die reaktionär-monarchische Presse Schwedens ein so lebhaftes Interesse für sie zeigte und uns gleich, nachdem sie uns mit dem Krieg bei der Trennung der Union gedroht hatte, den Rat gab, sie zu wählen. Jeder kleinste Zweifel kam der Monarchie zu gute.

mus in dieser Sache in Frage kam. Selbst Sozialisten können viel aus ihr lernen. Doch, da hier alles auch von der schwedischen Seite angesehen werden muss, und die schwedischen Kameraden eine viel wichtigere Rolle gespielt und sie viel besser gespielt haben, als wir, weil ihre Führerschaft besser war, will ich jetzt nicht ohne Mithilfe der schwedischen Führer von diesem Standpunkt an sie herangehen.

Republikanisches Empfinden schafft republikanische Institutionen, und diese können von der sogenannten *monarchischen* Regierungsform Norwegens nicht gehemmt werden. Sollte einmal die Monarchie gegen die Rechte des Volkes ins Feld geführt werden, so wird sie von den norwegischen Sozialdemokraten bekämpft werden, ebenso wie die kapitalistische Republik bekämpft worden wäre.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HUBERT BOURGIN · PROUDHON

ES ist kein Zweifel, dass der Sozialismus vor immer zahlreichere, feinere und kompliziertere Probleme gestellt wird. Da dürfte es vielleicht von Interesse und allgemeinem Vorteil sein, bei deren Erörterung auch zuweilen die grossen Sozialisten der Vergangenheit zu befragen und sich bei ihnen Rats zu erholen. Auch bei Proudhon. Aus dem Studium eines so tätigen und bewegten Lebens, aus einem so kraftvollen und reichen Schaffen darf man einige Anregung und Belehrung erhoffen.

In einer armen Familie in einer Vorstadt Besançons wurde Pierre Joseph Proudhon am 15. Januar 1809 geboren. Aus eigener Kraft brachte er es später zu einer gründlichen Bildung. Er wurde anfangs Schriftsetzer und erst später, seinem innersten Beruf folgend, Nationalökonom und Schriftsteller. 1840 veröffentlichte er seine erste Abhandlung *Qu'est-ce que la propriété?*, eine temperamentvolle Arbeit, die im Publikum mächtigen Anklang fand und ihn mit einem Schlage bekannt machte: von diesem Augenblick an wuchs sein Ruf und sein Einfluss beständig. Mit eiserner Ausdauer widmete er sich dem Studium der ökonomischen und sozialen Doktrinen, die zu seiner Zeit bestanden oder neu auftauchten, und liess von 1841 bis 1846 drei weitere Werke erscheinen: den *Second mémoire sur la propriété*, die *Création de l'ordre dans l'humanité* und das *Système des contradictions économiques.* 1848 griff er mit seinen kühnen Schriften in den politischen Kampf ein; er leitete auch eine Reihe von Zeitungen, *Le Représentant du Peuple*, *Le Peuple* /1848-1849/, *La Voix du Peuple* /1849-1850/, *Le Peuple de 1850*, deren eine eine Auflage von 70 000 Exemplaren erreichte. Am 4. Juni 1848 wurde er zum Abgeordneten gewählt; er nahm seinen Sitz auf der äussersten Linken, stand aber fast allein und hatte auf das Parlament keinen weiteren Einfluss, als dass er es in Verwirrung brachte. 1849 wurde er wegen Pressvergehens mit drei Jahren Gefängnis bestraft; aus seiner Zelle schickte er die *Idées révolutionnaires*, die *Confessions d'un révolutionnaire* und die *Idée générale de la révolution au XIX. siècle* in die Welt hinaus. *La justice dans la révolution et dans l'église* /1858/ war die Ursache neuer Verfolgungen. Er wurde verurteilt, entkam jedoch nach Brüssel, wo er 1861 *La guerre et la paix* und *Théorie de l'impôt* publizierte.

1862 kehrte er nach Paris zurück; und dort ist er drei Jahre später gestorben, bald nach Erscheinen seiner *Capacité politique des classes ouvrières.*. Er hinterliess zahlreiche, mehr oder weniger druckfertige Arbeiten, von denen die *Théorie de la propriété* und die *Théorie du mouvement constitutionnel au XIX. siècle* erwähnt seien.

Das Leben dieses Mannes ist bewundernswert in seiner beständigen Tätigkeit, in seiner feurigen und machtvollen Entwickelung, seine Arbeit ist staunenswert durch ihre zwingende Kritik, durch die genaue Analyse, durch die schöpferische Phantasie, die aus ihr sprechen. Die erste Abhandlung über das Eigentum ist ein Buch, welches in der Geschichte des französischen Sozialismus Epoche machte. Es bezeichnet das Ende der humanitären Phrasen und den Anfang positiven Kampfes; es bestreitet das Recht jedes Eigentums, das sich nicht durch Beschäftigung oder Arbeit legitimiert, es bestreitet die Berechtigung der Pachtgelder, der Zinsen, der Renten, das heisst jedes Einkommens, das sich aus dem Monopol des ausschliesslichen privaten Gebrauchs oder Besitzes irgend welcher Dinge herleitet. Die Gesellschaft muss alle diese Privilegien vernichten und an deren Stelle die Gleichheit setzen, indem sie die Freiheit durch die Herrschaftslosigkeit verwirklicht. In der *Création de l'ordre* stellt er die Frage nach den Mitteln und Wegen, um jenes Ziel zu erreichen. Er entwickelt dort sein *System der ökonomischen Widersprüche*: Alle ökonomischen Phänomene weisen zwei Seiten auf, die These und die Antithese, die eine zu findende Synthese erheischen. Die Lösung findet er in der *Theorie des Austausches und der Gegenseitigkeit*, die alle Elemente des sozialen Lebens in sich einbegreift und sie zu einer Synthese der Gerechtigkeit zusammenfasst. Doch womit beginnen? Mit der Gewährung von Kredit, der das wesentlichste Element des heutigen sozialen Lebens ist. Proudhon proklamiert das *Recht auf Kredit*. Er verlangt einen allgemeinen und kostenlosen Kredit, und zwar erst durch Vermittelung einer *Austauschbank*, später einer *Volksbank*, welche Produzenten und Konsumenten zusammenführt und unter ihnen einen direkten Austausch durch blosse Ausgabe einfacher Bons einrichtet; diese Bons sollen durch Hergabe von Arbeitsprodukten oder Arbeitsleistung erworben und überall an Zahlungsstatt angenommen werden. Eine derartige wirtschaftliche Reform setzt eine politische Reform voraus, die Aufhebung des Staates, der nur ein Instrument des blinden Konservatismus oder der brutalen Reaktion ist: die *Anarchie* wird eine vollkommene Freiheit und die höchste individuelle Entwickelung gewährleisten, sie wird die wahre Republik errichten ohne Zentralgewalt: ein wirkliches Bild des sozialen Körpers und das freie Produkt des Willens der Gesamtheit.

In den Jahren 1848 bis 1851 vertieft sich Proudhon immer mehr in seine Idee, und in seiner *Philosophie du progrès* führt er aus, dass die Bewegung das Grundgesetz des Lebens überhaupt sei. Nichts wird zerstört, alles ist der Wandlung unterworfen, eine Kette von Ursachen verbindet alle Erscheinungen, und es ist das Ziel des philosophischen Denkens, diese Kette herauszufinden; die Widersprüche und Unzuträglichkeiten des sozialen Lebens lösen sich schliesslich in eine Art von *Ausgleichung* oder *Gleichgewicht* auf. Dies ist die Synthese. Auf dem Gebiete der sozialen Moral ist sie gleichbedeutend mit Gerechtigkeit. Die Fundamentalsätze dieser Anschauung sind in dem Hauptwerk Proudhons *La justice dans la révolution et dans l'église* nieder-

gelegt: Die Einführung der Gerechtigkeit unter den Menschen gibt der menschlichen Gesellschaft ihre Existenzberechtigung und ist das Endziel der Revolution; aber bei der Erfüllung dieser Aufgabe steht der Revolution eine unerbittliche Feindin gegenüber, die Kirche, deren Zweck es ist, das Autoritätsprinzip zu verteidigen. Die Revolution kann nur auf die Wissenschaft zählen, mit deren Hilfe wird sie aber siegen. Sie wird die Gerechtigkeit begründen, und die Gerechtigkeit wird das leitende Prinzip für die Beziehungen der Menschen zu einander und zu den Dingen werden, wird die Arbeit, das Eigentum, die Ehe, die Erziehung, regeln. *La guerre et la paix, Théorie de l'impôt, Théorie de la propriété* sind nichts weiter, als Zusätze zu dieser Theorie der Gerechtigkeit. Proudhon betont dabei die friedlichen Rechte der Arbeit und der Arbeitermajoritäten, sowie die Notwendigkeit einer Reform der Einrichtung der Abgaben und des Eigentums durch ein System von Garantieen, das unter den Menschen ein gewisses Gleichgewicht herstellen werde. So konnte Proudhon von sich sagen, dass er aus einem Revolutionär ein Konservativer geworden sei: tatsächlich sprach er von der Revolution ohne Rücksicht auf irgend eine bestimmte Zeit, während er vorher geglaubt hatte, sie mit einem Schlage herbeiführen zu können. Er begnügte sich damit, die *Bewegung* nach dieser Richtung hin zu konstatieren, diese Bewegung, die sich zwar nur partiell vollzieht, die aber dennoch einen erkennbaren und sicheren Fortschritt bedeutet. Er hielt in politischen Fragen sein Ideal der Anarchie aufrecht, gab aber zu, dass für den Augenblick eine Föderation, die auf einem freien, jederzeit löslichen Vertrag zwischen autonomen Gruppen basiert, der beste Weg zur Einführung einer allgemeinen Gerechtigkeit sei; neben der politischen Föderation werde sich eine wirtschaftliche Föderation bilden, auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit, dessen unmittelbarer Anwendung auf den Handel, die Arbeit und den Kredit nichts im Wege stehe.

Dies der Gedankengang des Werkes, als dessen Verfasser Proudhon einen hervorragenden Platz in der Geschichte des französischen Gedankenlebens und des französischen Sozialismus einnimmt. In diesem Werk hat Proudhon alle sozialen und wirtschaftlichen Theorieen einer Kritik unterzogen, die seit Ende des XVIII. Jahrhunderts in Frankreich aufgetaucht waren. Er zeigte die Schwäche, die Inkonsequenz und Ohnmacht der Sozialökonomen, die mehr darauf bedacht waren, eine Orthodoxie und einen sozialen Konservatismus zu vertreten, als der Vernunft zu ihrem Recht zu verhelfen. Ihren von unklaren, sich widersprechenden Vorschlägen strotzenden Kommentaren setzte er die Ergebnisse einer wissenschaftlichen politischen Ökonomie entgegen, deren Wesen und Bedingungen er erklärte, und deren Verwirklichung seine Arbeit galt. Er studierte und untersuchte den zeitgenössischen, sowie den früheren französischen Sozialismus und versuchte, ihn mit der wissenschaftlichen Ökonomie in Einklang zu bringen, die er begründen wollte. Von den Theoretikern des Jahres 1848 schätzte Proudhon Louis Blanc weitaus am meisten. Er achtete dessen Überzeugungstreue und Hingebung an die Sache der Arbeiterklasse, sein Bestreben, klare und praktisch ausführbare Vorschläge zu machen; aber er widersprach seiner Doktrin, er sah in dem Blancschen Sozialismus einen autoritären Sozialismus, der die Macht und den Despotismus des Staates nur verstärken würde, und deshalb glaubte er ihn im Namen der Freiheit bekämpfen zu müssen.

Natürlich hat Proudhon in dieser grossen Bewegung sozialer Ideen, in der er so kraftvoll für seine eigenen eintrat, doch auch verschiedene Vorschläge, Methoden und Schlussfolgerungen anderer übernommen. Er verwendete ihre Daten, Zahlenangaben, Gesetze, die sich bewahrheitet hatten. Namentlich Smith, Malthus und Blanqui entnahm er viel. Von Saint-Simon und den Saint- Simonisten übernahm er den Satz, dass die Politik der Wirtschaft untergeordnet sei; er machte sich ihre Einteilung der Menschheitsgeschichte zu eigen, sowie auch ihre Vorschläge zur Organisierung des Bankwesens, die sie als die Grundbedingung der wirtschaftlichen Reorganisation ansahen. Auch Fourier verdankt er viel; von ihm entlehnte er auch die Idee und die Methode der Gruppierung in Kategorieen, die er dann durch die Hegelsche Theorie von dem Umschlag ins Gegenteil erweiterte. Dann benutzte er auch die von einigen Schülern Fouriers, namentlich von Coignet, ausgearbeiteten Pläne zur Reorganisation des Kreditwesens, und seine Organisation des kostenlosen Austausches nähert sich der unter Ausschluss jeglichen Handels gedachten Organisation des Austausches im *Phalanstère*. Sicherlich ist also der Einfluss, den andere auf Proudhons Geistesleben hatten, nicht gering; weit bedeutender ist aber, was er aus Eigenem hinzugetan. Er hat den Gedanken einer demokratischen Organisation des Kredits und des Austausches gefasst und ausgearbeitet, er hat die sozialistischen Theorieen, die Werttheorie, die Rententheorie, die Theorie von dem Anrecht des Arbeiters an sein Produkt, wenn auch nicht erdacht, so doch genau ausgeführt und festgelegt; er hat eine Kritik und eine Theorie des Eigentums, der Abgaben, des Kriegsrechts geschaffen, er hat die soziale Doktrin von der Gerechtigkeit ins Leben gerufen. Fasst man all dieses zusammen, so kann man wohl seinen Einfluss auf die Entwickelung und die Richtung des zeitgenössischen Geisteslebens ermessen.

Proudhon hat nicht Schule gemacht. Seine äusserst eigenartige Persönlichkeit und die beständige Entwickelung, in der er sich selber befand, machten es fast unmöglich, dass ein Kreis von Schülern sich um ihn hätte gruppieren können. Er hatte zwar eine Anzahl mittelmässiger Intelligenzen um sich, die die fasslichsten, einfachsten und packendsten seiner Ideen verbreiteten; sie brachten die praktischen Folgerungen in Umlauf, ohne auch nur stets deren Prämissen zu verstehen, und sie entstellten sie noch oft. Dagegen ist sein Einfluss auf die Haupttheoretiker des Sozialismus bedeutend gewesen. Es gibt nur wenige unter ihnen, die aus seiner Kritik der kapitalistischen Gesellschaft nicht den grössten Nutzen gezogen hätten. Dem französischen Sozialismus hat er jedenfalls seine erste Doktrin gegeben: zu Anfang war die französische sozialistische Partei rein proudhonistisch.

In der *Internationalen* kam es zu dem Konflikt zwischen den Marxisten und der proudhonistischen französischen Partei; ein Beweis für die Stärke dieser Partei ist die ungeheure Anstrengung, die es die Marxisten kostete, die Oberhand zu gewinnen. Auf dem Brüsseler Kongress trug die kollektivistische Doktrin den Sieg davon, aber die Proklamation des Rechts des Arbeiters auf sein Produkt war das Betonen des Grundgedankens, den Proudhon als erster formuliert hatte. Auch die Pariser Commune war überall da, wo sie sozialistisch war, zugleich proudhonistisch. Von den sozialistischen Mitgliedern der Commune waren viele direkte Schüler und Freunde von Proudhon. Charles Beslay war Proudhons intimster Freund, er teilte alle seine politischen und wirtschaftlichen Ideen;

er träumte davon, dass die Commune die friedliche Überleitung zu der sozialen Regeneration bilden werde, und als Mitglied der Finanzkommission reichte er ein Bankprojekt ein, das ganz auf Proudhons Ideen fusst. Courbet war ein Freund, Gambon ein Schüler Proudhons. Charles Longuet dankt sein Programm ebenfalls Proudhon, er hatte dessen Lehren in den öffentlichen Versammlungen zu Ende des Kaiserreiches oft verteidigt. Diese Männer, und neben ihnen andere, unbekanntere, waren in der Commune die direkten Repräsentanten des proudhonistischen Sozialismus. Das Manifest der Commune vom 19. April ist ein rein proudhonistisches Dokument. Auch auf den ersten Sozialistenkongressen Frankreichs unter der dritten Republik findet man, wenn auch nicht zusammenhängend, beständig wieder Äusserungen Proudhonscher Denkweise. Als 1886 in Lyon der erste nationale Gewerkschaftskongress abgehalten wurde, war der Geist, der dabei vorherrschte, nicht allzuweit von demjenigen entfernt, zu dem sich die Arbeiter in den letzten Jahren des Kaiserreiches bekannt, nämlich den Theorieen Proudhons, und noch heute bewahrt ein grosser Teil der Gewerkschaften, sowohl solcher, die sich von der politischen Tätigkeit fernhalten, wie auch solcher, die in der Politik die kollektivistischen Theorieen anerkennen, die Hauptideen des Proudhonschen Programmes: Föderalismus, Gegenseitigkeit, kommunale Autonomie, Dezentralisation, Assoziation der vereinigten und föderierten Arbeiter.

Einem Manne, der solch einen nachhaltigen Einfluss ausgeübt, kann auch der, der seine Theorieen ablehnt, die Bedeutung nicht absprechen. Proudhon hat aus den Tiefen seines Wissens sehr viele Schätze hervorgeholt, er hat für sie viel gekämpft und viel gearbeitet. Aus seinem Lebenswerk lassen sich mancherlei Lehren ziehen, die auch die Sozialisten unserer Tage kennen und prüfen sollten. Und das eine kann man heute noch von ihm lernen: dass der Sozialismus praktisch, kritisch und rationalistisch sein muss, wenn er eine Existenzberechtigung haben will. Der Sozialismus muss praktisch sein, das heisst, er muss bei der Ausarbeitung der Theorieen nie die Anwendung dieser Sätze auf das praktische Leben vergessen, auf die menschliche und lebende Wirklichkeit, für die sie bestimmt sind. Der Sozialismus muss kritisch sein, das heisst, er muss seine Vorschläge auf das gewissenhafte, genaue Beobachten der sozialen Tatsachen gründen und seinen Fortschritt durch eine stete Nachprüfung seiner Prinzipien stützen. Der Sozialismus endlich muss rationalistisch sein, das heisst, er muss alle Dogmen irgend welcher Art verwerfen und nur eine Autorität anerkennen: die schöpferische Vernunft der Wissenschaft.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUNDSCHAU

OFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Börse und Russland

Die Börse, vor allem in Frankreich und Deutschland, ist mehr und mehr von den russischen Ereignissen abhängig geworden. In Frankreich haben die Abstossungen von Russenwerten seitens des grossen Publikums zeitweilig rapid zugenommen — trotz des fortgesetzten Eingreifens der grossfinanziellen Vertrauensmänner Wittes — in so starkem Masse, dass Rouvier eine Erklärung für nötig hielt: die russischen Zinszahlungen seien auf lange Zeit vollständig und unantastbar gesichert. In Deutschland ist der Russenbesitz weniger zersplittert, und

die grossen festen Hände, in denen er sich befindet, brauchen nicht bei jeder für sie ungünstigen Nachricht ihren gefährlichen Besitz sofort abzuwerfen. Dennoch kehrten die Stunden und Tage der Panik immer wieder, allerdings unter nicht minder häufigem, wenn auch im Durchschnitt schwächerem Wellenschlag nach oben. Wie viel im Laufe der Zeit die russischen Papiere am Kurse eingebüsst haben, zeigt folgende Übersicht:

		Russische Rente von		
		1902	1905	1880
2. Januar	1904	98,90	—	97,70
20. Februar	1904	91,—	—	91,10
23. Januar	1905	87,60	94,90	87,—
29. August	1905	88,10	94,25	87,90
30. August	1905	90,90	95,80	92,50
27. Oktober	1905	87,—	94,90	87,50
30. Oktober	1905	86,60	94,90	88,—
31. Oktober	1905	90,25	97,—	89,70
13. November	1905	86,50	94,40	87,30
1. Dezember	1905	83,—	90,20	81,75
2. Dezember	1905	83,40	90,40	81,50
4. Dezember	1905	80,60	87,40	78,30
14. Dezember	1905	80,10	87,50	79,60
20. Dezember	1905	79,25	88,40	78,25

Fast stets zog der Kursfall der Russen weitere Kreise, so dass die meisten Bank-, Industrie-, Montanwerte an den deutschen Börsen stark abgeflaut sind im Vergleich zu der bis etwa Ende Oktober erfolgreichen Haussetreiberei.

× ×

Diskont Auch die abermalige Diskonterhöhung seitens der Reichsbank, die man für die ausserordentlichen Ansprüche der Jahreswende zu umgehen hoffte, ist Tatsache geworden; am 11. Dezember beschloss der Zentralausschuss die Steigerung von 5½ auf 6 %, allerdings nicht einstimmig, wie sonst in den meisten Fällen. Präsident Dr. Koch nannte die Lage der Reichsbank ungünstiger, als seit 7 Jahren; bei einer ungewöhnlichen Höhe des Wechselbestandes habe sich der Metallschatz stark herabgemindert, das Deckungsverhältnis der angeschwollenen Notenmenge sei überaus ungünstig; die Ansprüche des Jahresendes ständen vor der Türe, und man müsse sich auf eine beträchtliche Weiteranspannung gefasst machen. Der Satz von 6 % ist eine Seltenheit, seit dem Bestehen der Reichsbank ist er nur viermal zu verzeichnen gewesen, und nur einmal ist er alsdann noch überschritten worden. Empfindlich ist die *Warnung* im Augenblick vor allem für die Abwickelung der anfangs überspannten und nunmehr noch mühsam aufrechterhaltenen Börsengeschäfte kapitalschwacher Spekulantenkreise.

× ×

Eisenindustrie Für den noch immer vorwiegend günstigen Grundton des internationalen Produktionsgetriebes sprechen vor allem die Verhältnisse der Kohlen- und Eisenerzeugung. Auf die deutschen Erfahrungen kamen wir bereits mehrfach zurück. Die Eisenerzeugung der Vereinigten Staaten kämpft bereits mit einer ungenügenden Rohmaterialienzufuhr. In den Anstrengungen zum Beispiel der erzebefördernden Eisenbahnlinien macht sich dies greifbar geltend. So beförderte die *Bessemer and Lake Erie Railroad* in den ersten zehn Monaten des Jahres 1905 4,4 Mill. t Eisenerze und überholte damit den Rekord für alle bisherigen Jahresvollleistungen (im ganzen Jahre 1904 4,087 Mill. t). Umgekehrt wirken die enormen Bestellungen der Eisenbahnen an Frachtwagen, Schienen, Lokomotiven belebend auf die Eisengewerbe zurück. So schreibt man der *Vossischen Zeitung* aus Pittsburg (Pennsylvanien): ›Natürlich sind die Schienenwalzwerke in ununterbrochener und heisser Tätigkeit, und aus Mann und Maschine wird herausgeholt, was herauszuholen ist. Man weiss, dass jedes Stück Schiene, das aus der Walzmaschine herauskommt, ein Stück sicheren Gewinnes darstellt, und noch nie sind so viel Rekorde in Schienenproduktion gebrochen worden, wie jetzt. Bis zum Frühling dieses Jahres hielten die *Edgar Thomson Works* in Braddock den Monatsrekord mit 70 000 t, dann fiel dieser Monatsrekord an die *Illinois Steel Co.*, die es auf 71 724 t brachten. Darauf begannen die *Edgar Thompson Works* (sie gehören zur *Carnegie Steel Co.*) ihre Oktoberfabrikation mit dem Auftrage, diesen Rekord zu brechen. Der Erfolg war grösser, als erwartet: Die Produktion des genannten Werkes für Oktober beträgt 83 117 t an Schienen und stellt die grösste Quantität an Schienen dar, die je von irgend einem Hüttenwerk in einem Monat erzeugt worden ist. Sie wird nicht lange mehr die grösste Quantität bleiben, denn eine jetzt vollendete Vergrösserung der *Edgar Thompson Works* wird sie in den Stand setzen, monatlich bequem mehr als 100 000 t Schienen produzieren zu können!‹

× ×

Schiffsbau In England sind besonders die Stahlwerke reichlich mit Aufträgen versehen, ferner die Werften. Am Clyde

wurden im November 55 358 t Schiffsraum gegen 25 118 t im Vorjahr vom Stapel gelassen; in den ersten 11 Monaten 472 911 t (gegen 357 944 t); an neuen Aufträgen gingen nicht weniger als 75 000 t ein, hauptsächlich für Liniendampfer, während vorher meist Trampdampfer in Frage kamen. Der Stahl erfuhr auch eine ansehnliche Preissteigerung; ähnlich, obwohl geringer, die Fertigeisensorten, während in Roheisenwarrants ein Rückschlag gegen rein spekulative Übertreibungen erfolgte. Für die Aussichten der Chamberlainschen Zollagitation sind diese Aufschwungssymptome ebensoviele schlimme Anzeichen, so dass die Liberalen dem Wahlkampfe doppelt hoffnungsvoll entgegensehen können.

× ×

Baumwolle Die Haupttextilindustrie dürfte nunmehr über die diesjährige Rohstoffzufuhr einigermassen im klaren sein. Freilich war Anfang Dezember der Bericht des amerikanischen Ackerbaubureaus für viele Beteiligte noch immer eine Überraschung, er rief infolgedessen in New York sofort eine stürmische Hausse hervor, während die um ihre Verpflichtungen besorgten Blankoverkäufer ein panikartiger Schrecken befiel. Die Regierung schätzte nunmehr die diesjährige Ernte auf 10 167 000 Ballen (von je 500 Pfund), gegen 12 162 700 Ballen im Vorjahre, das allerdings eine ausserordentliche Höhe erreichte und die während der Vorjahre erschöpften Vorräte überall zu ergänzen gestattete. Wir stellen nunmehr die amerikanischen Ernteergebnisse für die letzten 10 Jahre zusammen (in Ballen):

1895	7 157 000	1901	10 681 000
1896	8 758 000	1902	10 728 000
1897	11 200 000	1903	10 011 000
1898	11 275 000	1904	12 162 700
1899	9 436 000	1905	10 167 000
1900	10 383 000		

Lehrreich ist übrigens die kürzlich bekannt gewordene Statistik der internationalen Vereinigung der Baumwollspinner und -fabrikanten. Danach hatten die Spinner Grossbritanniens und des europäischen Kontinents am 31. August 1904 (beim Abschluss des Erntejahres) überall wenig Baumwolle auf Lager gehabt, während im Jahre 1905 am 31. August diese Vorräte etwa 1,65 Mill. Ballen betrugen, also den industriellen Bedarf Europas auf ungefähr zwei Monate deckten.

× ×

Kurze Chronik Noch vor der offiziellen Preiserhöhung des Kohlensyndikats (ab 1. April 1906) wurden unter der Hand die Preise für Ruhrkohlen hinaufgesetzt. × Die Annäherungsversuche zwischen Hamburg und Bremen laufen weiter und lassen ein friedliches Vertragen der grossen Reedereien erwarten. × Die Lebensmittelpreistabelle der *Statistischen Korrespondenz* zeigt für November weiteres Steigen: Weizen von 165 M. (im Oktober) auf 170 M., Roggen 151 : 160 M., Gerste 147 : 153 M., Hafer 145 : 153 M., Esskartoffeln 44,7 : 47,2 M. Die Fleischpreise haben sich im allgemeinen auf der abnormen Oktoberhöhe gehalten, so dass damit wohl der Gipfelpunkt erreicht sein wird. × Die Erneuerung des chilenischen Salpetergrubenverbandes gilt als gescheitert.

× ×

Literatur Gerade zur rechten Zeit vor den englischen Wahlen erscheint über *Chamberlains Handelspolitik* die überaus fleissige und umsichtige deutsche Darstellung von Marie Schwab /Jena, Gustav Fischer/. Die neuartigen imperialistischen, kolonialpolitischen Strebeziele Jungenglands, die unbefriedigende Entwickelung der englischen Fabrikatausfuhr, das Heranwachsen der ehemaligen ausländischen Absatzgebiete zu Konkurrenten, die im Protektionismus nicht nur Schutz, sondern sogar eine Angriffswaffe gegen England finden, die Entfaltung und die Argumentation der Chamberlainschen Agitation, aber ebenso die entgegenstehenden Hemmnisse in den Kolonieen selber werden sachkundig vorgeführt, unter Beigabe wertvoller, gedrängter statistischer Übersichten. Die Verfasserin neigt zu der Anschauung, »dass die Verwirklichung von Chamberlains Handelspolitik für England überwiegend nützlich, für die Konkurrenzländer, vornehmlich Amerika und Deutschland, schädlich sein wird, Deutschland aber Expansivkraft genug besitzen dürfte, um sich mit dem Schaden abzufinden und auf der bewohnten Erde Ersatz dafür zu gewinnen. Führt die Entwickelung der Verhältnisse des Welthandels dazu, dass dieser sich in immer grösseren Gruppierungen organisiert, so dass deren eine den amerikanischen Kontinent, eine andere das britische Weltreich umfasst, dann dürfte auch der gesunde Gedanke eines europäischen, zum

mindesten eines mitteleuropäischen Zollvereins seine Verwirklichung finden, in welchem Deutschland zu führender Stellung berufen wäre. Diese Möglichkeit mehr als anzudeuten, hiesse aber, einstweilen noch, den Boden der Realpolitik verlassen.« Sehr lesenswert ist auch das einleitende Vorwort Adolph Wagners, das zum Beispiel mit Recht hervorhebt, wieviel manche englische Tarifreformer aus der deutschen handelspolitischen Praxis und Literatur gelernt haben. ✕ Zum besseren Verständnis der englischen Verhältnisse und Bestrebungen gibt Dr. Lenschau eine Serie von selbständigen Heften (*England in deutscher Beleuchtung* /Halle, Gebauer-Schwetschke/) heraus. Im ersten behandelt der bekannte ehemalige Gesandte M. von Brandt die englische Kolonialpolitik und Kolonialverwaltung, im zweiten C. Schrödter, der Herausgeber der nautischen Zeitschrift *Hansa,* die englische Handelsschiffahrt (Reederei, Schiffbau, Seeverkehr). ✕ Mit nicht gewöhnlichem politischem Weitblick und geschichtlichem Sinn, dabei in anziehendster Form, behandelt Paul Samassa das *neue Südafrika* /Berlin, Schwetschke/. Zur Orientierung fügen wir die Inhaltsübersicht bei: *Südafrikanische Probleme, Das Afrikandertum der Kapkolonie, Englands Herrschaft, Randmagnaten und Goldindustrie, Burenrenaissance, Allerlei Rassenfragen, Wirtschaftliche Zukunftsaussichten, Vereinigte Staaten von Südafrika, Deutsch Südwestafrika.* ✕ Eine bessere Verbindung von Leihkapital, Produktionssyndikaten und Handelsunternehmungen zum Zwecke der Exportsteigerung befürwortet der weitgereiste Dr. W. Kundt in der Schrift *Die Zukunft unseres Überseehandels* /Berlin, Siemenroth/. Etwa ähnlich, wie unsere Elektrizitätsunternehmungen sich an Strassenbahngründungen beteiligten, um den elektrischen Betrieb zu fördern, so sollen zum Beispiel unsere Eisensyndikate am südamerikanischen Eisenbahnbau teilnehmen und sich hier Lieferungsverträge sichern; Banken müssten hinzutreten, um die eigentliche Gründung und gewisse Risiken zu übernehmen; Exportsyndikate sollen im Ausland grosse Warenhäuser errichten. Die Wirklichkeit bietet wohl grössere Schwierigkeiten, als der Verfasser glaubt; aber Anregungen enthält seine Schrift in Hülle und Fülle. ✕ Auf die eingehende Studie von Dr. Otto Jeidels (in den Schmoller-Seringschen *Forschungen* /Leipzig, Duncker & Humblot/) *Das Verhältnis der deutschen Grossbanken zur Industrie, mit besonderer Berücksichtigung der Eisenindustrie,* gedenken wir ausführlicher zurückzukommen.

MAX SCHIPPEL

Politik

Reichstag: Etatsdebatte

Auswärtige Politik, interne Reichstagsangelegenheiten, Reichsfinanzreform und Steuervorlagen, Etat und Flottenvorlage: das waren die Themata, die im Mittelpunkte der diesjährigen Generaldebatte über den Reichshaushaltsetat standen. Alle sachlichen Debatten verschwanden aber hinter dem Gegensatz zwischen Sozialdemokratie einerseits, Regierung und bürgerlichen Parteien andererseits. Da war der preussische Finanzminister, der den Reigen gegen die Sozialdemokratie begann und die politische Rolle des Arbeiters in Preussen als befriedigend bezeichnete. Auch später wurde dieser Anschauung noch Ausdruck gegeben. Derartige Behauptungen müssen doch geradezu erbitternd auf die Arbeiterschaft wirken, die von der parlamentarischen Vertretung in Preussen ausgeschlossen ist. Sind diese Behauptungen ernst gemeint, dann erblicken die Arbeiter darin nur den Beweis, dass die Regierenden ihre Ansprüche auf politische Gleichberechtigung nicht anerkennen, dass die Regierung wohl für die politischen Rechte der Besitzenden, nicht aber für die der Arbeitenden sorgt. Sind sie aber eine Art Verlegenheitsphrase, dann empfinden die Arbeiter daraus nur den Spott, den man ihnen zum Schaden noch obendrein hinzufügt. In beiden Fällen diskreditiert sich die Regierung durch solche, der Wirklichkeit ins Gesicht schlagende Behauptungen. Auch Fürst Bülow hat in seiner Polemik gegen Bebel durch Übertreibungen Augenblickserfolge zu haschen gesucht. Wenn er die Schuld für die bestehende Verstimmung zwischen Deutschland und England auf die Haltung der sozialdemokratischen Presse abzuwälzen suchte, so blieb er damit ganz an der Oberfläche haften. Zweifellos hat heute die Presse einer grossen Oppositionspartei grossen Einfluss im Auslande, aber doch nur dann, wenn dort die Resonanz für Presserzeugnisse vorhanden ist, die die Politik der deutschen Regierung angreifen. Ohne sie bleiben Angriffe auf die Regierung einfach unbeachtet. Diese Resonanz ist nun aber in England vorhanden: sie ist eine Folgeerscheinung der wirtschaft-

lichen Rivalität, die eben auch in der Politik zu Spannungen führt. Die Rede des Reichskanzlers war ganz auf den Ton derer gestimmt, die in der Sozialdemokratie nichts anderes, als das künstliche Produkt einzelner Führer, erblicken. Nun soll nicht bestritten werden, dass die Führer für die politische Taktik in hohem Masse verantwortlich sind und kraft ihrer Autorität die politische Haltung der gesamten Sozialdemokratie stark zu beeinflussen vermögen, aber darüber vergesse man doch nicht, dass diese Führer von dem Vertrauen der grossen Masse getragen sind, und dass darum die Unterscheidung von bösen Führern und guten Arbeitern, wie sie der Reichskanzler beliebte, recht deplaciert war. Da war es immerhin erfreulich, dass auch Graf Posadowsky sprach und in deutlichem Gegensatz zum Reichskanzler die Sozialdemokratie als eine notwendige Begleiterscheinung der modernen industriellen Entwickelung bezeichnete. Dass Graf Posadowsky wegen dieser Feststellung in der Presse der bürgerlichen Parteien scharfen Angriffen ausgesetzt ist, beweist nur, in wie rückständiger Art der politische Kampf in Deutschland noch geführt wird. Immer stehen auf der einen Seite die Böcke, auf der anderen die Schafe. Da mag noch so viel von der materialistischen Geschichtsauffassung geschrieben und gesprochen werden, immer wieder erhält das moralische Prinzip die Oberhand, wobei es dann nicht anders kommen kann, als dass die Reden der Politiker an die Predigten des Busspredigers gemahnen.

Über das Schicksal der Vorlagen selbst, um die sich die Generaldebatte drehte, hat man aus den Verhandlungen wenig erfahren. Die Flottenvorlage dürfte wohl glatt bewilligt werden, dagegen stehen die Aussichten für die Finanzreform in der Form, wie sie die Regierung plant, ungünstig. Ausschlaggebend dabei ist die Stellungnahme des Zentrums, das weder die Quittungs- noch die Tabaksteuer goutiert. Allem Anschein nach soll der Versuch unternommen werden, die Erbschaftssteuer in einer Weise auszubauen, dass sie dem Reiche erheblichere Summen einbringt, als es nach der Regierungsvorlage geschehen würde. Sollten die Kommissionsverhandlungen einen derartigen Verlauf nehmen, so steht die Regierung vor einer nicht ganz leichten Entscheidung. Da namentlich Preussen sich mit Händen und Füssen gegen eine schärfere Heranziehung der Erbschaften zur Reichssteuer wehrt, so hätte die Reichsregierung nur die Wahl, entweder den Widerstand der preussischen Regierung zu brechen oder es auf einen Konflikt mit dem Reichstag ankommen zu lassen. Einen solchen aber um einer Steuer willen zu beginnen, für die der Reichstag die Masse der Bevölkerung hinter sich hat, wäre so gefährlich für die Regierung, dass ihre Niederlage vorauszusehen wäre. Das Zentrum hat hier wirklich einmal die Gelegenheit, zu zeigen, ob es seine parlamentarische Macht im Reichstag so weit in Anwendung bringen will, um der preussischen Finanzpolitik eine empfindliche und dauernde Niederlage zu bereiten.

× ×

Volksschulgesetz für Preussen Zur nämlichen Zeit, da in Frankreich das Gesetz, das die Trennung von Staat und Kirche ausspricht, alle parlamentarischen Stadien glücklich durchlaufen hat, wurde dem preussischen Landtag die reaktionäre Schulvorlage unterbreitet, die die Schule der Kirche und Bureaukratie unterstellt; in der konfessionellen Schule wird das Heil Preussen-Deutschlands erblickt, die Simultanschule soll eine bedauerliche Ausnahmestellung erhalten, Lehrer und Schüler bleiben im Bann der Kirche (über die Einzelheiten des Entwurfs vergl. den Artikel von Leo Arons *Die Volksschulvorlage im preussischen Landtag*, pag. 3 ff.). So muss es kommen, solange in Preussen ein Parlament Gesetze macht, in dem Konservative und Zentrum die Majorität bilden. Der Liberalismus ist zu schwach, um diesen Vorstoss aufhalten zu können, ja er ist so schwach, dass er es nicht einmal mehr zu einer Protestbewegung bringt, wie sie seinerzeit noch unter Bennigsen möglich war. Ist doch die nationalliberale Partei in dieser für sie einst grundsätzlichen Frage auch nicht mehr einig, und der grossen Masse des liberalen Publikums in den Kreisen der Industrie und des Handels liegt die Bedeutung solch' idealer Fragen heute viel zu fern. Sie haben Wichtigeres zu tun, als sich wegen der Gestaltung der Volksschule in einen grundsätzlichen Kampf mit Zentrum und Konservativen einzulassen. Für die höheren Schulen aber, in denen die eigenen Kinder erzogen werden, ist die Frage wirklich nicht so wichtig; hier ist der tatsächliche Einfluss der Kirche auf Schüler und Lehrer schon so weit zurückgedrängt, dass kaum eine Gefahr vorliegt, die moderne Weltanschauung

könnte durch kirchlichen Einfluss wieder zurückgedrängt werden. Für die Volksschule allein hat die Frage grundsätzliche Bedeutung, aber deren Lebensinteressen können ja in einem Parlamente nicht richtig erkannt werden, in dem die Bevölkerungsschichten unvertreten sind, deren Kinder die Volksschule besuchen.

× ×

Kurze Chronik Der preussische Justizminister Dr. Schönstedt wird durch den Oberlandesgerichtspräsidenten Beseler in Breslau ersetzt. × Die bayerische Landtagswahlreform ist von der Kammer der Abgeordneten in der letzten Lesung einstimmig angenommen worden. × Die Wahlreformbewegung in Sachsen führt zu Demonstrationen der Arbeiter. × Das englische Ministerium Balfour hat demissioniert. An seine Stelle ist ein liberales Kabinett Campbell-Bannerman getreten.

× ×

Literatur Für eine starke Seerüstung Deutschlands sucht Ludwig Flatau (*Weltpolitik und Flottenpläne* /Berlin, Simion/) in Unabhängigkeit von Fraktionsprogramm und Parteiparolen zu begeistern. Die Ausführungen der Schrift richten sich unausgesprochen, aber doch deutlich genug gegen die Haltung der freisinnigen Volkspartei in Flottenfragen. × Landgerichtsrat W. Kulemann lässt zu seiner Broschüre *Der Zusammenschluss der Liberalen* ein Nachwort *Die Lage des Liberalismus* erscheinen /Dresden, Böhmert/, in dem er sich mit einer gegen ihn gerichteten Polemik des Generaldirektors Eichhorn in Bonn auseinandersetzt. × *Bilder aus Lübecks Vergangenheit* /Lübeck, F. Meyer & Co./ bietet Theodor Schwartz in der Absicht, die Arbeiter für die Geschichte des Lübecker Gemeinwesens zu interessieren. Die volkstümliche, anspruchslose Schreibweise macht das Buch auch recht geeignet für diesen Zweck.

Das Jahrbuch der *Hilfe*, die *Patria*, für das Jahr 1906 enthält wieder eine Reihe lesenswerter Artikel; hervorzuheben wäre vor allem Brentanos Aufsatz, der den Streit über die Grundlage der deutschen Wehrkraft behandelt. RICHARD CALWER

Sozialpolitik

Kost- und Logiszwang Die *Zentralkommission für Beseitigung des Kost- und Logiszwanges* ist soeben mit einem zweiten Schriftchen: *Gegen den Kost- und Logiszwang* /Berlin, Blum/ vor die Öffentlichkeit getreten. Weshalb legen sich heute noch die ehrsamen Handwerksmeister mit einer so grossen Lungenkraft für den Kost- und Logiszwang der Arbeiter ein, so fragt man sich mit Recht, da in der Tat doch die Häuslichkeit der Meister durch das Zusammenwohnen und Zusammenleben mit fremden, ständig zu- und abfliessenden Elementen nicht gemütlicher und heimischer wird? Nun, das Kost- und Logiswesen ermöglicht die Ausbeutung des Arbeiters als Konsumenten, die Verlängerung der Arbeitszeit, die Isolierung des Arbeiters von seinen kämpfenden Genossen in den Gewerkschaften. Wie die Gehilfen in den Betrieben ihrer Meister und Unternehmer wohnen, nein, vegetieren, das zeigen die Abbildungen über die Gehilfenwohnungen, die dem Schriftchen beigegeben sind. Immer vernehmen wir das bekannte traurige Lied: die Schlafräume sind viel zu klein, die Schlafräume befinden sich in der nächsten Nähe der Aborte, die Schlafräume sind von stockiger, dumpfer Luft erfüllt.

Mit der Befreiung des Arbeiters von der Häuslichkeit und dem Betriebe des Meisters und Unternehmers schwindet ein Stück Hörigkeit des Arbeiters. Also fort mit dem Kost- und Logiszwang!

× ×

Staatsbetriebe Die Staatsbetriebe sind bisher alles gewesen, nur nicht Bahnbrecher auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes. Der Geist sozialpolitischer Rückständigkeit herrscht vielfach noch ungebrochen in diesen Betrieben. Und daher hat gerade die Reformtätigkeit der Sozialdemokratie die Staatsbetriebe zu erfassen.

Am 23. November unterbreitete der Abgeordnete Segitz der bayerischen Kammer eine ganze Reihe sozialpolitischer Anträge, die eine Umgestaltung der Staatsbetriebe zu sozialen Musterbetrieben bezweckten. Er forderte für die staatlichen Betriebe in erster Linie die Einführung des Neunstundentages vom 1. April 1906 und des Achtstundentages vom 1. April 1907. Segitz sah in seinen Anträgen die Gewährung einer 1½stündigen Mittagszeit und von Frühstücks- und Vesperpausen von mindestens einer halben Stunde vor. Er verlangte die Errichtung von Unterstandshütten für die im Freien schaffenden Arbeiter und für die Arbeiter der Forstwirtschaftsbetriebe. Er suchte einen Mindestlohn von 3 M. für die

staatlichen Arbeiter festzulegen und sprach sich ganz allgemein für die Gewährung von auskömmlichen, den Unterhalt der Arbeiterfamilien sichernden Löhnen aus. Der Antrag Segitz betonte scharf die prinzipielle Durchführung der Sonntagsruhe. Zum mindesten wollte er eine 36stündige Arbeitsruhe in der Woche für alle Arbeiter einführen. Für die Bezahlung der Überstunden legte er einen Zuschlag von 25% fest, für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit einen von 50%. Scharf hob der Antrag Segitz den Grundsatz hervor, dass in den Arbeitszweigen, in denen Gewerkschaften beständen, die Löhne mit den Gewerkschaften vereinbart werden müssten. Segitz bestand auf die Begründung von Arbeiterausschüssen in den Staatsbetrieben mit mehr als 20 Arbeitern, und zwar müssten diese Ausschüsse auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechts aufgebaut werden. Der Antrag Segitz untersagte die Verwendung gesundheitsschädlichen Materials, namentlich von Bleifarben in den Staatsbetrieben. Die für die staatlichen Betriebe eingeführten Arbeitsbedingungen sollten nach Segitz auch auf die Privatbetriebe erstreckt werden, die Aufträge vom Staate erhielten.

× ×

Telephon und Arbeiterschutz Ein reichhaltiges und sehr bedenkliches Sündenregister auf dem Gebiet der Unfall- und Krankheitsgeschichte weist bereits das an Jahren noch so junge Telephon auf. Dem Hygieniker und Sozialpolitiker bietet daher das Schriftchen *Elektrische Gesundheitsschädigungen am Telephon* von Dr. Hans Kurella /Leipzig, Barth/ neue Anregungen zur Ausgestaltung der Unfallverhütungsmassregeln und des Arbeiterschutzes. »Gegenüber der selten auftretenden und nach dem heutigen Standpunkt der Technik freilich unabwendbaren Gefährdungen des telephonierenden Publikums und der Beamten der Fernsprechämter durch atmosphärische Entladungen steht die Möglichkeit, durch relativ einfache und billige Vorrichtungen die Luftleitungen der Strassenbahnen vor dem Kontakt mit Telephondrähten zu sichern.« Den bisherigen sozialpolitischen Massnahmen gegen die Gesundheitsschädigungen am Telephon haftet nun ein ausgesprochener sozialreformerischer Bettelsuppengeruch an. Die Verfügungen und Erlasse der höheren Verwaltungsbehörden auf diesem Gebiete sind vielfach widerspruchsvoll und zeugen von grosser Zurückhaltung. Und »man hat«, so bemerkt Dr. Kurella, »wenigstens in Preussen, den Eindruck, als wäre auch die Polizei recht zurückhaltend in prophylaktischen und repressiven Massnahmen.« Dr. Kurella fordert als Vorbeugungsmittel gegen Gesundheitsschädigungen, dass die Telephonleitungen nicht mehr oberirdisch und blank, sondern in unterirdischen Kabeln geführt werden. An jedem Apparat müsste ferner ein Blitzschutz angebracht werden, wozu sich die auf manchen Ämtern üblichen Kohlenblitzableiter durchaus eignen. Als Schutz gegen relativ geringe Überspannungen empfiehlt Dr. Kurella einen von Steidle konstruierten Apparat.

× ×

Reform der Versicherung Der in der zweiten Hälfte des September in Wien abgehaltene 7. internationale Arbeiterversicherungskongress war der Schauplatz eines sehr regen Meinungsaustausches über das Problem der Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. Die Führer der deutschen Krankenkassenbewegung, Ed. Graef, Simanowski, Alb. Kohn, H. Sydow u. s. w., waren diesmal in stattlicher Anzahl erschienen, um jeden Einbruchsversuch in das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Versicherungsinstituten mit ganzer Energie zu begegnen. Herr Dr. Freund, Direktor der Landesversicherungsanstalt Berlin, tritt bekanntlich schon seit Jahren unermüdlich für eine Verschmelzung der Arbeiterversicherungsinstitute ein, aber er tastet zugleich mit rauher Hand die Form der Selbstverwaltung, die sich bei der Arbeiterschaft grosser Sympathieen erfreut, an: die Selbstverwaltung in den Ortskrankenkassen. Dr. Freund legt sich in seinem Schriftchen *Die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung* für eine paritätische Organisation von neu zu gestaltenden lokalen Arbeiterversicherungsämtern unter dem Vorsitz eines unparteiischen Beamten ein. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung würden die Arbeiter nach dem Freundschen Projekt eine Vertretung ihrer Interessen erhalten, deren sie bisher ermangelten, aber diese Vertretung tröstet sie durchaus nicht über den Verlust an Selbstverwaltung, der ihnen in den die Funktionen der Ortskrankenkassen erfüllenden lokalen Versicherungsinstituten zugefügt würde. Für eine paritätische Vertretung der Arbeitgeber und der Versicherten in den

Arbeiterversicherungsinstituten bricht ebenfalls Herr Paul Lohmar, Geschäftsführer einer Berufsgenossenschaft, eine Lanze in seiner Schrift *Über Reform und Vereinheitlichung unserer Arbeiterversicherung* /Selbstverlag/. Herr Paul Lohmar bekennt sich grundsätzlich zu einem Aufbau der Arbeiterversicherung auf territorialer Grundlage. Dass selbst der Geschäftsführer einer Berufsgenossenschaft das heutige berufsgenossenschaftliche Fundament der Unfallversicherung in seinem Reformplane verwirft, das verdient in der Tat die ernsteste Beachtung aller Sozialpolitiker. Herr Lohmar empfiehlt, gerade wie Herr Dr. Freund, die gleiche Bemessung der Invaliden- und der Unfallrente. Gegen diese gleiche Bemessung ist im Prinzip nichts zu erwidern. Doch müssen wir dem Versuche Lohmars, die Unfallrente für Schäden bis zu 30 % der Erwerbsfähigkeit der Verletzten zu beseitigen, mit allem Nachdruck entgegentreten.

× ×

Unfallversicherung Recht plump und schwerfällig trottet die Unfallverhütung in Deutschland einher, und deshalb schwellen noch immer von Jahr zu Jahr in einigen Industriezweigen die Unfälle bedenklich an.
Aus dem uns vorliegenden Berichte über die Verwaltung der schlesischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft für das Jahr 1904 müssen wir ein recht bedauerliches Steigen der Unfallverletzungen konstatieren. Auf 1000 versicherte Personen kamen im Jahre 1903 14,78 Verletzte, 1904 dagegen 16,73. Die Berufsgenossenschaft zeigt sich wenig regsam auf dem Gebiete der Unfallverhütung. Für die Überwachung der Betriebe spendete sie im Jahre 1904 ganze 284,40 M., im Jahre 1903 gar nur 30,50 M.

× ×

Invalidenversicherung Nach ihrem Verwaltungsbericht über das Jahr 1904 liess die Landesversicherungsanstalt Westfalen in dem erwähnten Jahre 3014 Personen, gegen 2731 im Vorjahre, eine Heilbehandlung zu teil werden. Ein Eintreten in den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten schien dieser Landesversicherungsanstalt nicht geboten. In der Tat treten ja auch in den Industriebezirken Westfalens bei einer ausgesprochen proletarischen Bevölkerung die venerischen Leiden relativ selten auf. Im Interesse einer Eindämmung des Alkoholismus verbreitete die Versicherungsanstalt das treffliche Schriftchen Dr. Grotjahns *Soll man bei der Arbeit Alkohol geniessen?* in grossen Mengen durch Kontrollbeamte der Anstalt, durch Heilstätten, Gemeindepflegestellen etc. Mit diesen Massnahmen gegen den Alkoholismus begnügte sich die Anstalt nicht, sie setzte noch ihre Mittel für die Heilbehandlung trunksüchtiger Kranken ein. Eine Ausgestaltung der Rekonvaleszentenpflege fasste die Anstalt ins Auge. Sie förderte weiter die Krankenpflege auf dem platten Lande und stellte in ihr Budget 4950 M. für die Errichtung und Fortbildung von Pflegestellen ein.

× ×

Arbeitersekretariate Der Geschäftsbericht des Arbeitersekretariats Hannover-Linden für die Jahre 1902 bis 1904 bringt ein recht lehrreiches Material über die Handhabung des Unfallversicherungsgesetzes durch die Berufsgenossenschaften und durch deren Organe, durch die Vertrauensärzte herbei. Über die Wahlen für die Vertreter zu den unteren Verwaltungsbehörden teilt der Bericht interessante Details mit. So stellte es sich im Kreise Melle heraus, dass nicht allen Kassenvorständen Mitteilung über die Wahl zugegangen war. Folgende Tatsache verdient noch aus dem Berichte gebucht zu werden: der Landrat des Kreises Burgsdorf bedachte das Sekretariat mit einem Strafmandat in der Höhe von 1 M. wegen vermeintlichen Verstosses gegen die Gewerbeordnung. Das Sekretariat erhob Einspruch, und der Landrat zog den Strafbefehl zurück.

× ×

Kurze Chronik Anfang Dezember veröffentlichte der *Vorwärts* zahlreiche sozialpolitische Anträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Sie betrafen: das Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht, die Einführung des Achtstundentags, die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den Bergwerksbesitzern und Bergleuten, das Knappschaftswesen, das Reichsberggesetz, den Schutz der baugewerblichen Arbeiter, die Ausdehnung der Gewerbegerichte auf die ländliche Bevölkerung und das Gesinde, die Beseitigung der Ausnahmegesetze gegen die ländlichen Arbeiter und das Gesinde und die Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Arbeiterversicherung auf diese Kategorieen der Arbeiterschaft, die Reichswohnungsgesetzgebung, die Begründung von Reichstagskommissionen zur Untersuchung von Tatsachen.

das Haftpflichtgesetz für Eigentümer von Privatbahnen und Automobilen.

× ×

Literatur Im 8. Heft der *Arbeitergesundheitsbibliothek* behandelt Dr. B. Chajes sehr volkstümlich die *Nahrung und Ernährung* /Berlin, Buchhandlung *Vorwärts*/. Die sozialpolitische Seite der Ernährungsfrage wird ebenfalls im Schriftchen gestreift. × *Wie es in der Welt zugeht* betitelt sich ein *Zeittagebuch* Leopold Katschers /Leipzig, Dietrich/, in dem sich in einer Fülle bunter Zeitungsausschnitte das widerspruchsvolle moderne soziale und politische Leben widerspiegelt.

Mit dem 1. Januar übernimmt die Buchhandlung Baessler & Drexler in Zürich die 1879 vom Freiherrn von Vogelsang begründete *Monatsschrift für christliche Sozialreform*. Der bekannte katholische Sozialpolitiker Dr. C. Decurtius wird hauptsächlich dieser Zeitschrift seine Kraft widmen. PAUL KAMPFFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Städtetag Am 27 .November fand in Berlin der 1. deutsche Städtetag statt, auf dem neben der Konstituierung die Fleischteuerungsfrage den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete. Die von den drei Referenten vorgelegten Leitsätze konstatieren, dass eine Fleischteuerung besteht, und dass deren Ursache in dem Zurückbleiben der inländischen Viehproduktion hinter dem inländischen Bedarf an Fleisch zu suchen sei. Sie verlangen als Gegenmassregel die ungehinderte Einfuhr lebenden Viehs aus dem Auslande, die Einfuhr ausgeschlachteten Fleisches aus dem Auslande, die Einfuhr ausländischen Büchsenfleisches und sonstiger Fleischdauerwaren, sowie die Ermässigung der Zölle und Eisenbahntarife für Futtermittel in Zeiten bestehender Futternot. Sie lehnen dagegen die unmittelbare Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch durch die städtischen Verwaltungen als ungeeignet ab. Die Ausführungen der Referenten hielten sich im wesentlichen innerhalb des Rahmens der Leitsätze. Insbesondere bemühten sie sich um den Nachweis, dass die Händler und Metzger an der Fleischteuerung keine Schuld trügen. Nur einer von ihnen gab eine gewisse Schuld auch der Gewerbetreibenden zu. Es sei nicht in Abrede zu stellen, dass die Gewerbetreibenden zuzeiten mehr Gewinn aus der Fleischversorgung gezogen hätten, als im Interesse der konsumierenden Bevölkerung gelegen habe. Ebenso charakteristisch für die Verhandlungen war die Ablehnung der städtischen Fleischversorgung. Davon wollte die grosse Mehrheit der Vertreter nichts wissen. Das alte Evangelium Sankt Manchesters wurde in allen Tonarten gepredigt, und die Unfähigkeit der Stadtverwaltungen zur städtischen Fleischversorgung mit einer gewissen Inbrunst konstatiert. Ebenso scheute man auch vor einer eindringenden und scharfen Kritik der gesamten agrarischen Politik der Regierungen und Mehrheitsparteien zurück. Hier hatten es die Leitsätze nur zu der Erklärung gebracht, dass die Behandlung der Fleischteuerungsfrage durch die massgebenden Instanzen des Reiches und einzelner Bundesstaaten die berechtigten Interessen der städtischen Bevölkerung schwer schädige. Als die sozialdemokratischen Redner die Finger in diese Wunde legten und in kräftigen Worten die agrarische Politik des Reiches verurteilten, als sie ferner die Schwächlichkeit des Misstrauensvotums in berechtigter Weise geisselten, wurden sie durch fortgesetzte Ausbrüche des Unwillens der Versammlung und Schlussrufe ständig unterbrochen. Landtagsabgeordneter Ulrich-Offenbach hatte durchaus recht, wenn er der mit *wenn* und *aber*, mit *möglichst* und *tunlichst* reichlich gespickten Resolution jede Wirkung auf die Regierung absprach. Die staatsmännische Mässigung der Herren Oberbürgermeister und Bürgermeister, die man richtiger als Schwächlichkeit bezeichnet, ist gegenüber einer so rücksichtslosen Bewegung, wie es die agrarische ist, gänzlich unangebracht. Wenn sich der deutsche Städtetag, der übrigens seinem Wesen nach eine Vertretung der leitenden kommunalen Bureaukratie ist, in Zukunft nicht zu energischerem Vorgehen entschliesst, als bei der Fleischverteuerung, so werden die städtischen Interessen von den Regierungen ebenso vernachlässigt werden, wie bisher. Um dies vorauszusagen, braucht man kein Prophet zu sein.

× ×

Hamburger Stadt- und Vorortbahn Der Hamburger Senat hat der Bürgerschaft, 1½ Jahre, nachdem seine frühere Vorlage von der Bürgerschaft abgelehnt war, ein neues Projekt einer Stadt- und Vorortbahn vorgelegt. Es

bringt gegenüber dem alten eine ganze Reihe von Verbesserungen. Der Bau der Bahn soll durch ein Konsortium, bestehend aus Siemens & Halske und der *A. E. G.,* für Rechnung des Staates ausgeführt werden. Sie bleibt Eigentum des Staates, ihr Betrieb soll in öffentlicher Submission auf höchstens 40 Jahre verpachtet werden. Eine grosse Rolle spielen dabei selbstverständlich der Fahrplan und die Fahrpreise. Während nach dem alten Projekte die Hamburger Strassenbahngesellschaft den Betrieb der Vorortbahn übernahm und zugleich eine Verlängerung der Konzession für ihre alten Linien erhielt, also in geradezu unglaublicher Weise bevorzugt wurde, ist sie diesmal, wenigstens bis jetzt, vollständig ausgeschaltet worden. Es ist allerdings sehr gut möglich, sogar sehr wahrscheinlich, dass sie bei Vergebung des Betriebes doch den Zuschlag erhält und damit zugleich das Monopol für den gesamten Strassenbahnbetrieb auf zirka 40 Jahre hinaus. Weder Senat, noch Bürgerschaft haben sich bisher dazu entschliessen können, den staatlichen Betrieb der Bahn zu übernehmen, trotz der ungünstigen Erfahrungen, die Berlin mit dem privaten Strassenbahnbetriebe gemacht hat, und obgleich der preussische Staat die Berliner Stadtbahn in eigener Regie betreibt. Das Profitinteresse der *Grossen Hamburger Strasseneisenbahngesellschaft* ist für die Hamburger Plutokratie wichtiger, als das Interesse der Allgemeinheit. Ein wichtiges Stück des neuen, wie auch schon des früheren Projektes ist ein grosser Strassendurchbruch vom Rathausmarkt nach dem neuen Hauptbahnhof, der im alten Projekte von der Strasseneisenbahngesellschaft ausgeführt werden sollte. Da es sich dabei um die Niederlegung ganzer Häuserquartiere und die Einrichtung von neuen Strassen handelt, so war es selbstverständlich, dass sich die Spekulation sofort dieses Objektes bemächtigen würde. Es hat sich nun vor kurzem herausgestellt, dass die Spekulantengesellschaft, die eine planmässige Preissteigerung der Grundstücke betreibt, über die Beschlüsse des Senats ebensogut unterrichtet ist, wie über die Pläne der Staatstechniker und die Projekte dieser oder jener Behörde. Sie hat die allergeheimsten Pläne oder Projekte sofort im Besitz, noch ehe sie zur Kenntnis der massgebenden Personen gekommen sind, und richtet danach ihre Spekulationen ein. Wie das *Hamburger Echo* berichtet, gehören zu den Spekulationskäufern ein Mitglied der Bürgerschaft und der Finanzdeputation, sowie Leute, die in nahen, teils verwandtschaftlichen Beziehungen zu Mitgliedern der Bürgerschaft und der Behörden stehen.

× ×

Städtische Arbeiter Die Verhältnisse der städtischen Arbeiter in Frankfurt sind vor kurzem von einem Sonderausschusse einer eingehenden Prüfung unterzogen worden. Dieser hat eine Reihe von Grundsätzen aufgestellt, von denen wir die wichtigeren hier erwähnen. In erster Linie wird der Magistrat ersucht, die Einweisung der Arbeiter in die Stufen der Lohntafel künftig so vorzunehmen, dass die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter nicht unter denjenigen der entsprechenden Arbeiter der hiesigen Privatindustrieen bleiben. Das war bisher nicht der Fall. Die Löhne der städtischen Arbeiter blieben zum Teil sehr beträchtlich hinter denen der Privatindustrie zurück. Sehr zur Zeit machte daher die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat darauf aufmerksam, dass die Privatindustrie stets geneigt sei, sich auf die städtischen Löhne zu berufen, und dass daher die städtische Verwaltung »leicht preisdrückend oder doch wenigstens Lohnerhöhungen hemmend nach dem Gebiet der Privatindustrie hinüber wirken kann«. Der Magistrat wird ferner ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass diejenigen Arbeiter, die nach längerer Beschäftigung aus einem nicht in ihrer Person liegenden Grunde aussetzen müssen, nicht vom Aufrücken in das ständige Arbeitsverhältnis ausgeschlossen werden. Damit soll ein grosser Übelstand bekämpft werden, der sich nicht nur in Frankfurt bemerkbar gemacht hat. Es ist geradezu in manchen Verwaltungen Usus geworden, gewisse Arbeiterkategorieen, die man den grössten Teil des Jahres hindurch beschäftigt, auf kürzere Zeit aus dem städtischen Dienst zu entlassen, um dadurch ihre Ständigwerdung und die Belastung der Pensionskasse zu verhüten. Weiter verlangt der Sonderausschuss, dass die staatlichen Renten fortan nicht mehr auf die städtischen Arbeiterpensionen angerechnet werden. Es wird dabei auf einen besonders ungerechten Fall hingewiesen. Einem städtischen Arbeiter, der eine städtische Pension von 224 M. und gleichzeitig eine staatliche Invaliden-

rente von 208,80 M. bezog, wurde der gesamte Betrag der letzteren gekürzt, so dass er aus der städtischen Pensionskasse tatsächlich nur 15,20 M. jährlich erhielt. Der Sonderausschuss will die Erteilung von Sommerurlaub nicht mehr, wie bisher, von dem Belieben des Amtsvorstandes abhängig machen, und den Arbeitern einen Rechtsanspruch auf diesen Urlaub gewähren. Schliesslich soll auch die Wohltat des § 616 B. G. B. den Arbeitern in Zukunft zu teil werden. Bei glaubhaftem Nachweis einer unverschuldeten Arbeitsversäumnis infolge dringender persönlicher Angelegenheiten soll die Fortzahlung des Lohnes auf Grund dieses Paragraphen geschehen, nicht mehr aber, wie bisher, in das Ermessen des Amtsvorstandes gestellt sein. Die Vorschläge des Sonderausschusses bringen also den städtischen Arbeitern eine ganze Reihe von Verbesserungen. Sie sind trotz des entschiedenen Widerspruchs des Magistrats von der Stadtverordnetenversammlung angenommen worden.

× ×

Kurze Chronik Die Stadt M a i n z beabsichtigt die Errichtung einer Müllverbrennungsanstalt. × Der Magistrat F ü r t h hat beschlossen, für die Gewerbegerichtswahlen das Proportionalwahlsystem mit freien Listen einzuführen. × Zwischen dem Fiskus und den w e s t f ä l i s c h e n Gemeinden einerseits und den rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerken andrerseits schweben Unterhandlungen über die Versorgung aller Gemeinden Westfalens mit elektrischem Licht- und Kraftstrom. Es soll hier also ein gigantisches Monopol aufgebaut werden, auf dessen Leitung Fiskus und Gemeinden wohl nur geringen Einfluss erhalten würden. × Der H a m b u r g e r Wahlrechtsausschuss schlägt vor, 80 von 160 Sitzen der Bürgerschaft durch allgemeine Wahlen besetzen zu lassen. Die Wähler sollen in zwei Klassen eingeteilt werden, und deren Scheidung bei einem Einkommen von 3000 M. erfolgen. Das Proportionalwahlsystem des Senats ist vom Ausschusse aufgegeben worden. × Die Stadtverordneten von U e r d i n g e n beschlossen die Errichtung einer Vorschule mit abgestuften Schulgeldsätzen. Die selben sollen betragen bei einem Steuersatz von 16 bis 52 M. 40 M. Schulgeld, 60 bis 80 M. Steuersatz 60 M. Schulgeld, 92 bis 132 M. Steuersatz 80 M. Schulgeld, darüber hinaus 100 M. × Die Stadtverordnetenversammlung zu W o r m s gewährte den städtischen Arbeitern und Bediensteten mit mehr als 5jähriger Dienstzeit einen Urlaub von 6 Tagen.

× ×

Literatur Wie wir bereits in einer früheren Rundschau berichtet haben, veranstaltet der *V e r e i n f ü r S o z i a l p o l i t i k* eine umfassende Enquete über die *Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte.* Wir haben seinerzeit Gelegenheit genommen, an dem Plane dieses Unternehmens Kritik zu üben. Vor kurzem sind nun in den *Schriften des Vereins für Sozialpolitik* /Leipzig, Duncker & Humblot/ zwei Hefte aus dem Bereich dieser Enquete erschienen, von denen sich die eine (Verfasser Regierungsassessor Dr. Springer) mit Württemberg, die andere mit Sachsen beschäftigt. Die zweite Schrift gibt zunächst über das Königreich Sachsen einen allgemeinen Überblick, woran sich drei kleinere Spezialstudien über die drei exemten Städte Dresden, Leipzig und Chemnitz, anschliessen. Man braucht nur die beiden Schriften hintereinander zu lesen, um den ungeheuren Gegensatz zwischen Norddeutschland, wozu auch Sachsen zu rechnen ist, und Süddeutschland in politischer Hinsicht zu begreifen. Wirtschaftlich ist ja der Norden und Sachsen den süddeutschen Landesteilen zweifellos überlegen. Die Industrialisierung ist dort bei weitem fortgeschrittener, so energisch sie auch den Süden im letzten Jahrzehnt erfasst hat. Die politische Reife des Südens ist aber entschieden grösser, als die des Nordens, was seinen Grund zum guten Teile in der stärkeren Beeinflussung durch die kulturell entwickelteren Nachbarländer, insbesondere Frankreich, haben mag. Während in der Schrift der Enquete, die sich mit Sachsen beschäftigt, der ganze reaktionäre Geist der sächsischen Staats- und Gemeindepolitik zum Ausdruck kommt, zeigt die Schrift über Württemberg ein im Vergleich geradezu überwältigendes Verständnis für die Bedeutung der demokratischen Entwickelung überhaupt und der Arbeiterbewegung im besonderen. Dabei haben wir es hier mit einem Staatsbeamten, dort mit einem Professor und zwei Stadträten zu tun. Am klarsten tritt dieser Gegensatz in der Frage des Wahlrechtes hervor. Wir werden diese Materie in einem besonderen Abschnitt der nächsten Rundschau behandeln. Auf andere in den beiden Schriften behandelte Gegenstände, wie die Frage der Autonomie, der kommunalen

Polizeiverwaltung etc., werden wir zurückkommen, wenn auch die Berichte über die anderen deutschen Bundesstaaten vorliegen.

HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Schippels Mandatsniederlegung Am 20. November hat Genosse Max Schippel den Vorständen der Gesamtpartei und des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises die Mitteilung gemacht, dass er sein Reichstagsmandat für den Chemnitzer Kreis niederlege. Er begründete seinen Schritt mit der notwendigen Rücksichtnahme auf seinen geschwächten Gesundheitszustand, betonte aber gleichzeitig, dass eben dieser Schritt ihm »von anderer Seite und aus anderen Gründen bereits vor einem Jahre nahegelgt wurde«. Wer Schippels Ansichten über den heutigen Parlamentarismus kennt, weiss, dass er an dem Mandat nicht sonderlich gehangen und es nur aus Liebe zu seinem Wahlkreis so lange behalten hat. Für die sozialdemokratische Fraktion bedeutet freilich das Ausscheiden Schippels einen unersetzlichen Verlust. Es ist sehr bedauerlich, dass die grosse Begabung und das gründliche Wissen dieses Genossen, der unter den Jüngeren sicherlich einer der Bedeutendsten ist, für die politische Aktion unserer Partei im Reichstage fürs erste nicht ausgenutzt werden kann. Nun, dafür dürfte Schippel die Partei durch seine wissenschaftliche Tätigkeit entschädigen, die, mag sie in ihren Resultaten einstweilen mit den herrschenden Anschauungen in vielen Punkten noch im Widerspruch stehen, doch auf jeden Fall den Ideenkreis der Partei bereichert und so der Gesamtbewegung schliesslich zu gute kommt.

Der Chemnitzer Wahlkreis, der zu den sichersten der Partei gehört, wurde im Jahre 1890 von Schippel erobert und seitdem von ihm ununterbrochen im Reichstage vertreten. Als Kandidat für die Nachwahl ist Genosse Noske, Redakteur der Chemnitzer *Volksstimme*, aufgestellt.

× ×

Wahlrechtsbewegung in Sachsen Das sozialdemokratische Zentralkomitee und die vier Agitationskomitees Sachsens erliessen Mitte Oktober einen Aufruf an die Parteigenossen des Landes, überall Wahlrechtsdemonstrationen zu veranstalten. Am 11. Oktober war der Aufruf erschienen, und für den 19., 20. und 21. Oktober waren bereits in ganz Sachsen etwa 130 Wahlrechtsversammlungen angezeigt. Bis in den entferntesten Winkel der Lausitz, des Voigtlandes und des Erzgebirges war mobil gemacht. In allen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig liess, und in der im Namen aller entrechteten Dreiklassenwähler die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts unter Anwendung des Proportionalsystems für den sächsischen Landtag gefordert wurde. »Trägt man nicht endlich dem Verlangen nach Gerechtigkeit Rechnung, dann wird sich das Volk Gehör zu verschaffen wissen.« Nachdem in Dresden und den nächsten Vororten schon am 18. November 15 Wahlrechtsversammlungen getagt hatten, die insgesamt von mindestens 2000 Personen besucht waren, wurden für den 3. Dezember wiederum solche einberufen. An diese Sonntagsversammlungen schloss sich eine mächtige Kundgebung der Dresdener Arbeiterschaft an. Dem nach Schluss der Versammlung ertönenden Rufe *In die Stadt, nach dem Altmarkt!* folgten nicht bloss die Versammlungsbesucher, sondern Tausende, die keinen Einlass gefunden hatten. Gegen 1 Uhr dürften schätzungsweise 60- bis 70000 Personen in der Altstadt auf den Beinen gewesen sein. Auch aus der näheren Umgebung von Dresden waren Scharen von Arbeitern nach der Stadt gekommen. Beim königlichen Schloss kam es infolge des rücksichtslosen Vorgehens der Polizei zu blutigen Szenen. In die Militärmusik der Wachtparade hinein tönten begeisterte Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht. Wiederholt wurden von den Massen die Schutzmannsposten durchbrochen, und vor dem Ministerpalais wurde der Sozialistenmarsch gesungen. In Leipzig hatte eine solche Demonstration schon am 19. November stattgefunden. Dort zogen gegen Mittag die Arbeiter, die den Versammlungen beigewohnt hatten, nach dem Augustusplatz, von wo aus sie in der Zahl von zirka 40000 über den Ring sich ergossen. Hier war die Polizei vernünftigerweise ganz zurückhaltend. Schutzleute waren nur wenig zu sehen, und so verlief die Demonstration hier vollkommen ruhig. Auch in Chemnitz kam es am 3. Dezember zu gewaltigen Demonstrationen auf den Strassen. Als gegen 12 Uhr die Versammlungen in den fünf grossen Sälen geschlossen waren, strömte die Masse der inneren Stadt zu.

An vielen Stellen stockte der Verkehr gänzlich, die engen Strassen konnten die Menschenflut kaum fassen. Auf dem Markt gingen die Massen nach einem letzten Hoch auf das gleiche Wahlrecht und unter dem Gesang der *Arbeitermarseillaise* auseinander. Und wie hier, so in Zwickau, so in fast allen Orten Sachsens; die Nachrichten lassen erkennen, dass der Gedanke der Wahlrechtsbewegung auch die entferntesten Winkel erfasst hat, und dass nicht bloss die Arbeiter, sondern auch andere Bevölkerungskreise davon fortgerissen werden. Am 16. Dezember haben die Demonstrationen sich wiederholt. Es wird darauf noch ausführlicher zurückzukommen sein.

× ×

Gemeindewahlen Im Monat November finden alljährlich an vielen Orten Deutschlands Ergänzungswahlen zu den städtischen Parlamenten statt. Unsere Partei bekundet für diese Wahlen ein wachsendes Interesse; die Zeiten, wo man sich um die Opportunität der Beteiligung an den Kommunalwahlen stritt, sind längst vorbei. Auch in diesem Jahre haben unsere Genossen an vielen Orten bei den Stadtverordnetenwahlen grosse Erfolge erzielt. In Berlin fanden die Wahlen für die III. Wählerklasse am 8. November statt. Sie endeten mit einem glänzenden Siege der Sozialdemokratie. Von den 16 Bezirken, in denen Neuwahlen vorzunehmen waren, wurden 11 im ersten Ansturm geholt, und zwar 8 alte und 3 neue Bezirke. In 4 Bezirken kamen die Kandidaten unserer Partei in die Stichwahl, und nur in einem siegte der Liberale schon bei der Hauptwahl. Bei den Stichwahlen vom 29. November unterlagen allerdings unsere Kandidaten den gemeinsamen Gegnern. Der ausserordentliche Stimmenzuwachs aber, den alle unsere Kandidaten zu verzeichnen hatten, lässt bestimmt darauf hoffen, dass wir dem Zeitpunkt immer näher kommen, wo die III. Abteilung im Berliner Stadtparlament lediglich von den Erwählten des Proletariats vertreten wird. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Luckenwalde wurden die 6 Kandidaten des sozialdemokratischen Wahlvereins mit 153 bis 159 Stimmen gewählt; das bedeutet gegen die vor 2 Jahren erfolgte Wahl einen Stimmenzuwachs von rund 200. In Rathenow eroberten unsere Genossen am 21. November alle 4 zur Wahl stehenden Mandate mit 840 gegen 740 Stimmen der Gegner, in Linden bei Hannover das Mandat der III. Abteilung. In Wiesbaden erhielten unsere Gegner 1718, unsere Kandidaten 1619 Stimmen. Ein glänzender Sieg wurde in Dresden erfochten, wo das neue Berufsklassenwahlrecht zum erstenmal in Anwendung kam. In der Abteilung der selbständigen Gewerbetreibenden wurden unsere 2 Kandidaten mit 1078 gegen 936 Stimmen der bürgerlichen Koalition gewählt; in der Abteilung der Arbeiter und Gehilfen brachten es die Kandidaten des evangelischen Arbeitervereins auf ganze 288 Stimmen, während unsere Kandidaten mit 7963 und 7957 Stimmen aus der Wahl hervorgingen; auch in der I. Klasse (Wähler mit über 10jährigem Bürgerrecht) wurden 2 unserer Kandidaten gewählt, so dass also am 1. Januar 6 Sozialdemokraten in das Dresdener Kollegium einziehen. Das Bezeichnendste dieser Wahl ist, dass selbst unter dem im Interesse der Clique geschaffenen Klassen- und Berufswahlrecht sämtliche Antisemiten, soweit sie ausscheiden und wieder aufgestellt waren, durchgefallen sind. Die Wahlbeteiligung war eine ausserordentlich grosse: von 9336 Wählern in der II. Klasse sind 8251 an die Wahlurne gegangen. In Löbtau kamen sämtliche 764 eingeschriebene Arbeiterwähler zur Wahl, und bis auf ein Dutzend wählten sie sozialdemokratisch. Insgesamt entfielen dort auf die Sozialdemokraten zirka 11 742 Stimmen, auf die Gegner zusammen nur zirka 11 140 Stimmen; die Sozialdemokratie hat also in der sächsischen Residenzstadt Dresden die absolute Mehrheit der abgegebenenen Stimmen. Bei der Stadtverordnetenwahl in Chemnitz siegte in der III. Klasse die sozialdemokratische Liste, die 8968 Stimmen auf sich vereinigte, während die bürgerliche es nur auf 341 Stimmen brachte; gewählt wurden 7 unserer Genossen. In Groitzsch haben unsere Genossen nicht bloss in der III. Abteilung glänzend gesiegt, sondern sie brachten auch ihren Kandidaten der II. Abteilung mit 76 gegen 67 Stimmen durch. In Leisnig wurde neben 6 Ordnungsleuten 1 Sozialdemokrat gewählt. In München gelang es bei den Gemeindewahlen vom 4. Dezember der Sozialdemokratie, 5 Sitze im Gemeinderat zu erobern; auch 5 Ersatzmänner brachten unsere Genossen durch. Die Würzburger Stadtvertretung, die bisher von einer Zentrums-

mehrheit beherrscht wurde, hat nun auch 2 Sozialdemokraten aufzuweisen. In Schwabach bei Nürnberg wurden ebenfalls 2 Sozialdemokraten gewählt. Ein erbitterter Kampf spielte sich in Fürth ab, wo Ersatzmännerwahlen für das Gemeindekollegium stattfanden; den vereinigten Gegnern gelang es nur in einem Bezirk, eine Mehrheit von wenigen Stimmen zu erlangen, während 5 Sozialdemokraten glatt gewählt wurden.

× ×

Parteitage und Konferenzen Am 26. November tagte in Stuttgart ein ausserordentlicher Landesparteitag der württembergischen Sozialdemokratie, der von 143 örtlichen Mitgliedschaften durch 256 Delegierte beschickt war. Diese Tagung war besonders durch die Beschlüsse des Jenaer Parteitages erforderlich geworden. Das neue Organisationsstatut sieht einen festeren Zusammenschluss der Sozialdemokratie Württembergs vor. Für jeden Reichstagswahlkreis wird ein sozialdemokratischer Kreisverein gebildet, der sich aus den einzelnen örtlichen Mitgliedschaften des Kreises zusammensetzt. Von den Monatsbeiträgen muss ein bestimmter Satz, 30 %, an den Landesvorstand, 20 % an den Kreisverein und 20 % an die Berliner Zentralkasse abgeführt werden, während die restlichen 30 % dem Ortsverein verbleiben. Eine Anzahl Bestimmungen beziehen sich auf die Aufstellung der Kandidaten für Landtag und Reichstag. Aus dem Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes ist ersichtlich, dass jetzt in Württemberg insgesamt 388 örtliche Vereine bestehen, denen 12 154 Mitglieder angehören. Über die württembergischen Parteiorgane ist zu berichten, dass die finanziellen Verhältnisse des *Schwäbischen Volksfreundes* sich etwas gebessert haben, die Lage der *Tagwacht* aber keine sehr günstige ist. Die Einnahmen betrugen in der Zeit vom 1. Januar bis 15. November 1905 20 299,25 M., die Ausgaben 8837,28 M. Dem Parteitag vorangegangen war eine Gemeindevertreterkonferenz, in der Genosse Dr. Lindemann über die Aufgaben in den Gemeinden vom Standpunkte der Sozialdemokratie referiert hatte. Ferner hatten Genosse Keil über die Gemeindesteuerreform und Genosse Sperka über das Zwangserziehungsverfahren gesprochen.

Für das westliche Westfalen fand am 11. und 12. November ein Parteitag in Witten statt, an dem 68 Delegierte, 5 Kreisvertrauensleute, sowie die Reichstagsabgeordneten Bömelburg, Hué und Sachse teilnahmen. Zu diesem Agitationsbezirk gehören die Wahlkreise Dortmund, Bochum, Hamm-Soest, Recklinghausen-Borken und Arnsberg. In diesen Kreisen sind 34 Vereine mit 4052 Mitgliedern vorhanden, ferner 2833 Genossen, welche nur Parteimarken kleben. Auch hier wurde ein neues Organisationsstatut, das sich den Beschlüssen von Jena anpasst, angenommen. Die Einbeziehung der Wahlkreise Essen-Mülheim und Duisburg-Ruhrort soll in die Wege geleitet werden.

× ×

Österreich: Wahlrechtsbewegung Der Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1905, II. Bd., pag. 1062) hatte beschlossen, am Tage der Parlamentseröffnung eine grosse Demonstration für das allgemeine Wahlrecht zu veranstalten. Diesem Beschluss ist die Partei im ganzen Reiche in glänzender Weise nachgekommen. In Wien nahm an dem Aufzug wohl eine Viertelmillion teil. Fast alle Fabriken, die meisten Geschäfte und Verkehrsinstitute waren geschlossen. Eine Abordnung der Demonstranten unterbreitete dem Ministerpräsidenten die Forderungen des Volkes. Auch in allen grösseren Städten und Industrieorten Österreichs hat am gleichen Tage das Volk in machtvollen Demonstrationen seinen Willen kundgegeben. Gewaltig war die Demonstration in Prag. Auch hier ruhte alle Arbeit, die Geschäfte, Cafés und Restaurants waren geschlossen. Die Strassenbahn verkehrte nicht, es gab keine Droschke, alle städtischen und die meisten Privatenbureaus waren geschlossen. Der Umzug dauerte 1½ Stunden; man schätzte etwa 150 000 Personen. Ähnlich lauteten die Nachrichten aus fast allen Orten des industriereichen Böhmens. Und in gleich grossartiger Weise verliefen auch die Demonstrationen in Mähren, Schlesien, Steiermark, Salzburg, Tirol, Kärnten, Galizien, selbst in der Bukowina. Überall das gleiche Bild: Tausende von feiernden Arbeitern, denen sich die Massen aus bürgerlichen Kreisen anschliessen, überall das gleich energische Verlangen nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht. Die sozialdemokratische Fraktion des österreichischen Reichsrats fühlte sich angesichts dieser ungeheuren Kundgebung veranlasst, der Masse der

Parteigenossen des Reiches öffentlich ihren Dank auszusprechen für den erhebenden und erhabenen Ausdruck, den die Arbeiterklasse den Kampfgedanken gegeben hat.

× ×

Schweiz Die Nationalratswahlen vom 29. Oktober haben mit einer Niederlage der Sozialdemokratie geendet. In Zürich hatten sich sämtliche bürgerlichen Parteien vereinigt, um der sozialdemokratischen Partei eine Lektion zu erteilen, und der Kampf war mit einer beispiellosen Erbitterung geführt worden. Noch bei den letzten Wahlen befand sich Greulich und einige andere Genossen mit auf der gemeinsamen Liste der Liberalen und Demokraten. In den letzten Jahren ist die Kluft zwischen dem Bürgertum und der Sozialdemokratie eine immer grössere geworden. Nur über 2 Vertreter verfügt jetzt unsere Partei im Nationalrat: Scherrer und Brüstlein. Es ist aber überall ein so grosser Stimmenzuwachs zu verzeichnen, dass die nächsten Wahlen sicherlich anders ausfallen dürften.

Ist die Partei bei den Nationalratswahlen den vereinigten Gegnern unterlegen, so konnten doch Erfolge anderer Art erzielt werden. So wurde in Delsberg (Kanton Bern) ein Genosse mit rund 800 Stimmen in den Berner Kantonsrat (Landtag) gewählt; in Biel Genosse Fähndrich in den Grossen Stadtrat. Bei den Gemeindewahlen im Kanton Waadt wurden ebenfalls erhebliche Erfolge erzielt. In Lausanne wurden im zweiten Wahlgang 16 Sozialdemokraten gewählt; in Vevey brachte uns der *freiwillige Proporz* von 100 Sitzen 24, in Lueens siegte die sozialdemokratische Partei, und in Yverdon wurden unserer Partei für den zweiten Wahlgang 17 Sitze überlassen.

× ×

Kurze Chronik In den Erneuerungswahlen für die zweite hessische Kammer eroberte unsere Partei 3 Sitze, so dass sie im Landtag nunmehr 7 Vertreter hat. × Genosse Gabriel Löwenstein in Nürnberg feierte am 7. November seinen 80. Geburtstag. × Die italienische Partei beabsichtigt, demnächst ebenfalls in eine Wahlrechtsbewegung einzutreten. × In Belgrad veranstalteten die sozialdemokratischen Arbeiter einen Demonstrationszug und verlangten durch eine Deputation vom Ministerpräsidenten die Zurückziehung des neuen Gewerbegesetzes. Ähnliche, Demonstrationen wurden aus der Provinz gemeldet.

× ×

Literatur Der Vortrag August Bebels *Akademiker und Sozialismus*, den er vor 6 Jahren in einer öffentlichen Studentenversammlung gehalten, ist im *Verlag der Sozialistischen Monatshefte* in 2., verbesserter Auflage erschienen. Im Vorwort bemerkt der Verfasser, dass die Entwickelung auf ökonomischem und kulturellem Gebiete, die er in jener Rede geschildert, sich bis heute in der gleichen Richtung weiter bewegt habe, und dass er demzufolge keinen Grund habe, irgend eine seiner Schlussfolgerungen zurückzunehmen. »Insbesondere haben sich die Aussichten der studierenden Jugend — diese Bezeichnung im weitesten Sinne des Wortes genommen — auf eine *standesmässige Existenz* seit 1898 nicht verbessert.« In dem Vortrage wird dem jungen Akademiker und Künstler eindringlich vor Augen geführt, dass auch für ihn der Sozialismus die Erlösung aus materieller und geistiger Knechtschaft bringen werde. × Unter dem Sammeltitel *Sozialdemokratische Gemeindepolitik* erscheint in der Buchhandlung *Vorwärts* eine Sammlung kommunalsozialistischer Abhandlungen in zwanglosen Heften, von der noch an anderer Stelle die Rede sein wird. Der Preis für die einzelne Broschüre beträgt 50 bis 60 Pf. (Agitationsausgabe 30 bis 40 Pf.).

Wie alle Jahre, so ist auch jetzt wieder in der Buchhandlung *Vorwärts* der *Arbeiternotizkalender* für das neue Jahr erschienen; der Preis ist, wie immer, auf 60 Pf. festgesetzt. × Der Verlag der *Wiener Volksbuchhandlung* hat zum 11. Male den *Arbeitertaschenkalender* herausgegeben; Preis 72 h. HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Partei und Gewerkschaft Das Thema *Partei und Gewerkschaft* hat in den letzten Monaten wieder in der Partei- und Gewerkschaftspresse, wie in den beiderseitigen Organisationen eine vielseitige Erörterung erfahren. Zunächst gab dazu der Parteitag in Jena reichlichen Anlass. Trotz der oft genug unberechtigten Angriffe, die in Jena gegen die Gewerkschaften laut wurden, hat die Gewerkschaftspresse den Parteitag doch einer sachlichen und in der Hauptsache anerkennenden Würdigung unterzogen. Sie war sich dabei

der Tatsache bewusst, dass die Parteiexekutive der Hetze, die nach Cöln von einigen Parteiblättern gegen die Gewerkschaften beliebt wurde, durchaus ferne steht und sie missbilligt; dass der Parteivorstand mit den Gewerkschaften und der *Generalkommission* in den wichtigsten grundsätzlichen Fragen durchaus einig ist. Wenn man nun annehmen konnte, dass diese durchaus sachliche Wertung der Arbeiten des Parteitages durch die Gewerkschaftspresse in der Parteipresse einen Widerhall finden werde, insofern, als man bei irgend welchen Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften sich ebenso strenger Sachlichkeit befleissigen werde, so hatte man sich schwer getäuscht. Einige Parteiorgane sind nun einmal nicht in der Lage, die Gewerkschaften und ihre Handlungen sachlich beurteilen zu können. Das hat meines Erachtens die Auseinandersetzung über den *Vorwärts*-konflikt (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1905, II. Bd., pag. 1061) bewiesen. Die Gewerkschaftspresse hat sich nahezu einmütig gegen das Vorgehen der Berliner Instanzen in der Affäre gewandt — nur 6 Gewerkschaftsblätter haben eine andere Stellung eingenommen. Aber auch diejenigen Gewerkschaftsorgane, welche die Vorgänge in Berlin verurteilten, taten dies in streng sachlicher Form. Nichtsdestoweniger ist ihnen die Stellungnahme von einigen Parteiblättern sehr verübelt worden. Sofort wurden die Gewerkschaften und besonders die *Generalkommission* von dieser Seite der *Fronde* gegen die Partei beschuldigt. Die Gewerkschaftspresse ist diesen Versuchen, die Integrität der Gewerkschaften anzutasten, scharf entgegengetreten.

Der oberflächliche Beurteiler der Arbeiterbewegung muss aus diesen Erörterungen zu der Annahme kommen, als ob zwischen Partei und Gewerkschaften ein Gegensatz bestehe. Der Kenner der Verhältnisse weiss aber, dass beide Bewegungen sich in den grundsätzlichen Fragen durchaus einig sind, und dass auch das Misstrauen einiger Parteigenossen gegen die angeblich frondierenden Gewerkschaften jeder Berechtigung entbehrt.

× ×

Unternehmertum Die anhaltende Steigerung der Macht der Gewerkschaften verursacht den Unternehmern rechte Kopfschmerzen. Von den Scharfmacherführern sind schon alle möglichen Kampfmethoden zur Abwehr der Gewerkschaftskämpfe ausgeheckt worden, aber die grosse Zahl der Vorschläge steht wohl im umgekehrten Verhältnis zu ihren Erfolgen, was am besten bewiesen wird durch das sich in der Unternehmerpresse geltend machende Bedürfnis nach einer neuen, besseren Kampftaktik. Die hat nun wieder einmal der freikonservative Politiker und Fabrikant Menck in Altona, der Schöpfer der von uns schon gewürdigten *A. B. C.*-Aussperrung (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1905, I. Bd., pag. 470) entdeckt. Er bringt neuerdings eine Aussperrung nach Altersklassen in Vorschlag, wobei die Quittungskarten der Alters- und Invaliditätsversicherung als das bequeme und zuverlässige Mittel zur Kenntlichmachung dienen sollen. In einer Zuschrift eines Unternehmers an die *Arbeitgeberzeitung* wird das neue System sehr gelobt. Es wird ausgeführt, dass bei einer partiellen Aussperrung im Bereiche zum Beispiel des *Verbandes deutscher Metallindustrieller* beschlossen werden könne, »dass etwa 10 % aller Arbeiter aus dem Geburtsjahr 1875 bis 1880 ausgesperrt werden; gleichzeitig müsste natürlich die Einstellung von Arbeitern aus diesen Geburtsjahren bis zur Beendigung der Streiks, auf die das Vorgehen des Gesamtverbandes zurückzuführen ist, ausgesetzt werden. Notwendig würde es natürlich sein, die Spannung der zu sperrenden Geburtsjahre derart zu gestalten, dass der beabsichtigte prozentliche Durchschnittssatz der Ausgesperrten auch in allen Betrieben erreicht wird. Die Befolgung dieses Systems würde bewirken, dass die älteren Leute, die zumeist nur gezwungenermassen an der Bekämpfung der Unternehmer durch die Gewerkschaften teilnehmen, von der Aussperrung verschont bleiben können, was ein Vorzug dieses Systems im Vergleich zum *A. B. C.*-System bedeutet.«

Das die wesentlichen Bestimmungen des neuen Aussperrungssystems, das den vollen Beifall der *Arbeitgeberzeitung* findet. Seien nun doch zwei Systeme für Teilaussperrungen entdeckt, und es würden noch andere Systeme entdeckt werden, um die Gewerkschaften erfolgreich bekämpfen zu können.

Wir haben keinen Anlass, die *Arbeitgeberzeitung* auf ihren Entdeckungsfahrten zu stören, wissen wir doch, dass alle diese schon entdeckten und noch zu entdeckenden Aussperrungssysteme nichts

weiter sind, als müssige Spielereien. Den Arbeitern und ihren Organisationen werden alle diese Systeme nur wenig Schaden zufügen können. Solange kapitalistische Unternehmer nun einmal auf die Arbeitskräfte des Arbeiters angewiesen sind, werden sie sich am meisten selbst schädigen, wenn sie sich grössere Massen von Arbeitskräften durch ihre Aussperrungen entziehen. Dann aber sind die Gewerkschaften auf dem besten Wege, die ganze Aussperrungstaktik wirkungslos zu machen, und das gelingt ihnen desto mehr, je grösser ihre Kassen und die Zahl ihrer Mitglieder.

× ×

Holzhäusser † Am 27. November ist in Berlin der langjährige Leiter des deutschen Schneiderverbandes, Friedrich Holzhäusser, gestorben. Schon in den siebziger Jahren nahm er an der deutschen Gewerkschaftsbewegung hervorragenden Anteil. Als im Jahre 1885 die Fachvereine der Schneider in Halle ihren ersten Verbandstag abhielten, stand er schon wieder mit im Vordertreffen der Schneiderbewegung. Von 1890 bis 1902 hat er dann die Stelle eines ersten Vorsitzenden des Schneiderverbandes, von da an die des stellvertretenden Vorsitzenden bekleidet. Bescheiden und eifrig hat er stets im Dienste der Gewerkschaften gewirkt, den jüngeren Gewerkschaftern zum Vorbild.

× ×

Österreich Die gewerkschaftlich organisierten Eisenbahner Österreichs haben in diesem Herbst eine Bewegung glänzend durchgeführt, die ebenso sehr für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, wie als Demonstration für das gleiche Wahlrecht gewirkt hat. Schon im Vorjahr hatten die Eisenbahner im nordwestböhmischen Kohlenrevier eine Teuerungszulage gefordert, diese wurde ihnen auch zugesagt, dabei blieb es aber. Als die Eisenbahner einsahen, dass sie mit den Versprechungen der Eisenbahnverwaltung genasführt waren, riss ihnen der Geduldsfaden, und sie beschlossen die Durchführung der *passiven Resistenz*, das heisst, gleich ihren italienischen Berufskollegen beschlossen sie die genaueste Beachtung aller bestehenden Dienstvorschriften, und zwar wurde, um sich die Sympathieen des Publikums nicht zu verscherzen, diese Obstruktion nur auf den Güterverkehr ausgedehnt. Die Bewegung, an der sich sowohl die tschechisch-nationale, wie die sozialdemokratische, wie die deutsch-nationale Eisenbahnerorganisationen beteiligten, breitete sich sehr schnell über ganz Österreich aus. Nach achttägiger Dauer, am 13. November, endete sie bereits erfolgreich, indem den Eisenbahnern vom Minister eine Lohnerhöhung imGesamtbetrage von 5 bis 6 Mill. K. zugebilligt und die Einführung des gleichen Wahlrechts von der Regierung öffentlich zugesichert wurde.

× ×

Kurze Chronik Der Vergolderverband hat sich durch Urabstimmung, mit 1019 gegen 277 Stimmen, für Anschluss an den Holzarbeiterverband ausgesprochen. Ob und wann der Anschluss endgültig erfolgt, entscheidet die demnächst einzuberufende Generalversammlung der Vergoldergewerkschaft. × Im Bureauangestelltenverband hat eine Urabstimmung über die Beschlüsse der 2. Generalversammlung dieser Organisation stattgefunden, die eine grosse Mehrheit für die zur Abstimmung stehenden Fragen ergab. × Der Buchdruckerverband hat im Jahre 1904 allein in seinen Lokalkassen, neben den regulären Beiträgen, 1 070 511,27 M. vereinnahmt, und 809 049,29 M., zumeist für lokale Unterstützungen verausgabt. × Der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverband beabsichtigt, nach dem Beispiel anderer Organisationen eine Verbandsgeschichte herauszugeben. × Der Bauhilfsarbeiterverband will künftig vierteljährlich eine Statistik aufnehmen zwecks Feststellung der Arbeitslosigkeit im Berufe. × Der *Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker* hat eine Auflage von 30 000, die *Metallarbeiterzeitung* eine Auflage von 250 000 Exemplaren überschritten. × Ein Handelsarbeiterkongress soll zu Ostern in Berlin stattfinden, zu dessen Vorbereitung seitens des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter unter dieser Arbeiterkategorie eine Berufsstatistik aufgenommen wird. × Die deutsche Heimarbeitsausstellung soll von Mitte Januar bis Ende Februar in der alten Kunstakademie in Berlin stattfinden. × Nach dem Buchdrucker-*Korrespondenten* gab es Mitte Oktober 5308 tariftreue Druckereien mit rund 47 000 Gehilfen, gegen 4559 Druckereien mit 41 483 Gehilfen am 30. April 1904. In Nichttarifdruckereien sind demnach

nur noch wenig über 7000 Gehilfen tätig. ╳ Die Gewerkschaftskartelle in Rheinland und Westfalen hielten am 22. November in Düsseldorf eine Konferenz ab, auf der in der Hauptsache der verunglückte Bierboykott in Westdeutschland beprochen wurde. ╳ Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine wollen ab 1. Januar ein dreimal wöchentlich erscheinendes *Korrespondenzblatt* herausgeben, das im Stile des *Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* gehalten sein soll. ╳ Am 18. November tagte in Essen eine Revierkonferenz der Ruhrbergleute, die gegen die Arbeitsordnung, gegen die Arbeitersperre Stellung nahm und sich mit den Wahlen zu den Arbeiterausschüssen beschäftigte. ╳ Die Aussperrung in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie endete nach 14-tägiger Dauer mit einer Niederlage der Arbeiter. Die Arbeit wurde am 29. November wieder aufgenommen.

╳ ╳

Literatur In den letzten Jahren sind eine ganze Reihe von Monographieen über die deutsche Gewerkschaftsbewegung veröffentlicht worden, die ein nahezu vollständiges geschichtliches Bild der Gesamtbewegung, wie einzelner Gewerkschaftsorganisationen bieten. So hat besonders die auf 3 Bände berechnete Bringmannsche *Geschichte der deutschen Zimmererbewegung*, von der 2 Bände erschienen sind, verdiente Beachtung gefunden. Ferner sind, teilweise recht gute Verbandsgeschichten veröffentlicht worden von den Organisationen der Bäcker, Bergarbeiter, Buchdrucker, Maurer, Steinarbeiter, Glasarbeiter, Schuhmacher und Tapezierer; die Organisationen der Schneider und der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter haben ebenfalls die Vorarbeiten zur Herausgabe einer offiziellen Verbandsgeschichte getroffen. Aber auch bürgerliche Gelehrte haben sich, dem Beispiel Schmöles folgend, in der letzten Zeit häufiger mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung beschäftigt, so Meyer mit der Glacéhandschuhmacherbewegung, Frisch mit der Hutmacherbewegung; ferner verzeichnen wir die Ankündigung des Privatdozenten Dr. B. Harms über das demnächstige Erscheinen einer von ihm verfassten Geschichte der Buchbinderbewegung. Die letzten Monate haben uns nun wiederum zwei solcher Monographieen gebracht, und zwar über ein und den selben Gegenstand: die Tabakarbeiterbewegung; beides sind Dissertationen und fleissige objektive Arbeiten. Die eine, Dr. Franz Klühs *Die älteste deutsche Gewerkschaft: die Organisation der Tabak- und Zigarrenarbeiter bis zum Erlasse des Sozialistengesetzes* /Karlsruhe, G. Braun/, reicht allerdings bloss, wie schon der Titel besagt, bis zum Jahre 1878, während die zweite, Dr. Walter Frisch *Die Organisationsbestrebungen der Arbeiter in der deutschen Tabakindustrie* /Leipzig, Duncker & Humblot/, die gewerkschaftliche Bewegung der Tabakarbeiterschaft bis zur Gegenwart behandelt, aber beide Arbeiten sind gleich wertvolle Beiträge zur Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Da beide Verfasser ihrer Schilderung ein teilweise verschiedenes Tatsachenmaterial zu Grunde gelegt haben, so wird man beide Werkchen zur Hand nehmen müssen, will man sich ein einigermassen erschöpfendes Bild der deutschen Tabakarbeiterbewegung ermöglichen. Einige Widersprüche sind wohl auf die Verschiedenartigkeit des Quellenmaterials zurückzuführen. ╳ Eine fleissige Arbeit ist auch Dr. Paul Marx *Die Unternehmerorganisation in der deutschen Buchbinderei* /Tübingen, Mohr/. Mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und dem Eifer eines jungen Gelehrten hat der Verfasser alles irgendwie erhältliche Material über die Unternehmerorganisationen in der Buchbinderei, vor allen Dingen der Buchbinderinnungen, zusammengetragen und verarbeitet. Wir können seine Auffassung nicht immer teilen, am wenigsten stimmen wir den Marxschen Ansichten über die Bedeutung des Innungswesens wie über die Handwerkerfrage im ganzen genommen bei. Und doch möchten wir das Studium der Arbeit allen denen empfehlen, welche sich für die Unternehmerorganisationen besonders interessieren. Zu dem Werk hat Dr. Bernhard Harms eine Vorrede geschrieben. ╳ Empfehlenswert ist ferner Fritz Schmelzers *Tarifgemeinschaften, ihre wirtschaftliche, sozialpolitische und juristische Bedeutung mit besonderer Berücksichtigung des Arbeitgeberstandpunktes* /Leipzig, Deichert/. Der Verfasser, der fünf Jahre im Dienste einer Berliner Bauunternehmerorganisation gestanden hat, will die Leser vor allen Dingen »in die Geheimnisse der inneren Diplomatie« des Tarifwesens einführen, das heisst die

Tarifgemeinschaften kritisch beleuchten. Er bringt die Gesichtspunkte, die für das deutsche Wirtschaftsleben, insbesondere auch für den Arbeitgeber bei der Beurteilung der Tarifgemeinschaften von Bedeutung sind, sachlich zur Darstellung. Ihm handelt es sich um die Klärung eines Prinzips, »das zweifellos bei deutschen Arbeitgebern wie in der gesamten Öffentlichkeit immer mehr an Boden gewinnt«. Die Schrift bringt manches zur Beurteilung der Tarifgemeinschaften interessante Tatsachenmaterial bei. × Im Verlage des Maurerverbands ist vor kurzem ein Werk des Genossen Karl Frohme, *Arbeit und Kultur*, erschienen, das dem Ziele gewidmet ist, den Mitgliedern eine tiefere Erkenntnis der grundsätzlichen Prinzipien der Arbeiterbewegung zu ermöglichen. In der Hauptsache enthält das gut ausgestattete Buch eine ausgewählte Sammlung Frohmescher Artikel, wie sie im *Grundstein* und in dessen Vorgänger, dem *Neuen Bauhandwerker*, erschienen sind (vergl. auch die Rubrik *Sozialwissenschaften*, pag. 105). Das Buch ist 384 Seiten stark. Der Preis von 1,50 M. ist daher ein mässiger zu nennen. Wir können die Anschaffung und die Lektüre nur warm empfehlen.

Von interessanten Berufsstatistiken erwähnen wir eine des *Allgemeinen deutschen Gärtnervereins* über die Lage der Gärtner, ferner eine des Metallarbeiterverbandes in Stuttgart über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gold- und Silberarbeiter und eine des Bäckerverbandes über die Lohnbewegungen im Bäckergewerbe 1904 bis 1905. × Hinzuweisen ist ferner auf die umfangreiche Kalenderliteratur der Gewerkschaften. So haben in diesem Jahre die Fabrikarbeiter, Gärtner, Holzarbeiter, Maler, Maurer, Metallarbeiter und Seeleute Verbandskalender herausgegeben, die sowohl inhaltlich, wie in der Ausstattung recht Gediegenes bieten. × Weiter erwähnen wir aus der Fülle der sonstigen gewerkschaftlichen Publikationen eine Broschüre des Bergarbeiterverbandes, die den Vortrag Hues über *Unsere Taktik beim Generalstreik* auf dem letzten Bergarbeiterverbandstag bringt, ferner eine Broschüre des Holzarbeiterverbandes *Mahnruf an alle in der Bürsten- und Pinselindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen* und eine Broschüre der Düsseldorfer Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, *Die Gewerkvereine und die Politik* von A. Erkelenz. ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Umsatzsteuer Die ungerechteste aller Steuern ist am 19. Oktober in Dresden durch die Stadtverordneten endgültig beschlossen worden und tritt am 1. Januar in Kraft. Durch diese Steuer werden Grossgeschäfte, Filialgeschäfte und Warenhäuser getroffen. Bei der 2. Gruppe, unter die die Konsumvereine fallen, setzt die Steuer bei über 100 000 M. Umsatz und 3 Filialen mit 100 M. = 1 ‰ des Umsatzes ein und steigt bei 2 Mill. M. Umsatz und mehr als 10 Filialen auf 2 % des Umsatzes. Dieser Höchstsatz trifft den Dresdener Konsumverein *Vorwärts*, während die 3 Vereine aus der nächsten Umgegend: Pieschen, Striesen und Löbtau, mit je 1 % darankommen. Die Belastung aller 4 Dresdener Konsumvereine, denen 40 000 Familien angeschlossen sind, durch diese Steuer wird, berechnet nach ihren diesjährigen Umsätzen, 192 400 M. betragen. Das bedeutet also eine Wegeskamotierung der Ersparnisse der ärmsten Bevölkerungsklassen in Höhe von 18 %. Dazu kommt noch die gewaltige Summe von 90 947 M. für Staats- und andere Steuern. Angesichts solcher Produkte staatsmännischer Klugheit der regierenden Kreise haben die Sozialdemokraten es wahrhaftig nicht mehr nötig, die *Unzufriedenheit* des Volkes zu schüren.

× ×

Holland Ein für die weitere Entwickelung des niederländischen Genossenschaftswesens ausserordentlich bedeutsamer Schritt hat sich jüngst vollzogen: die Trennung des *Bonds* von dem Konsumverein *Eugen Hulp*. Die Beziehungen zwischen beiden Organisationen waren ziemlich eigenartige. *Eugen Hulp*, die ältere der beiden Körperschaften, ist kein gewöhnlicher Konsumverein, sondern ein im Jahre 1877 von Offizieren und Beamten im Haag gegründetes Genossenschaftszentrum, das in einer Reihe von Städten neben anderen Einrichtungen auch Konsumvereine ins Leben rief, denen eine teilweise finanzielle und organisatorische Selbständigkeit gewährt wurde. Auch der im Jahre 1890 zugleich als Grosseinkaufsgesellschaft gegründete *Nederlandsche Cooperativen Bond*, in dem sich von Anbeginn an die fortschrittlich gesinnte Richtung der holländischen Genossenschaftsbewegung verkörperte, war eine solche halbautonome Abteilung von

Eugen Hulp und stiess bei seiner Entwickelung auf die Schranken, die ihm die etwas modrige Gesinnung der Verwaltung des genannten Vereins und die statutarische Bestimmung zogen, dass nur Mitglieder von *Eugen Hulp* ihm beitreten durften. Zu Beginn dieses Jahres umfasste der *Bond* daher erst 42 unter 244 holländischen Konsumvereinen und 73 von 1639 holländischen Genossenschaften überhaupt.
Es hat eines seit 10 Jahren mit grosser Hartnäckigkeit geführten Kampfes bedurft, um den *Bond* aus dieser Umklammerung zu lösen. Nachdem auf dem vorigen Verbandstage die Machtverhältnisse noch gleich waren, wurde auf dem letzten, im September 1905 abgehaltenen mit 178 gegen 29 Stimmen die Trennung von *Eugen Hulp* beschlossen. Damit ist die Entwickelungsbahn für den *Bond* frei. Seine neugeschaffene Organisation reserviert in weitschauender Weise die durch die Handelsabteilung zu erwartenden Überschüsse für die Propaganda und die möglichst schnelle Entwickelung der Eigenproduktion, in der durch Schaffung einer gutgehenden Seifenfabrik bereits früher ein Anfang gemacht wurde.

× ×

Basel: *Allgemeiner Konsumverein* In einer Krise ganz merkwürdiger Art befindet sich augenblicklich die Perle aller schweizerischen Konsumvereine, der 26000 Mitglieder zählende Baseler *A. C. V.* Es handelt sich dabei wahrscheinlich um nichts weniger als einen Versuch der Gegner der Genossenschaft, diese von innen heraus zu sprengen, welche Annahme durch die im Vergleich zur Bevölkerung der Stadt (120000 Seelen) *unheimlich* hohe Mitgliederzahl des Vereins noch plausibler gemacht wird.
Die Opposition knüpfte diesen Sommer recht geschickt an einen taktischen Fehler der damaligen Verwaltung des Vereins an, die entsprechend ihrer dem *Arbeiterbund* angehörigen Majorität eine Unterstützung für ausgesperrte Bauarbeiter bewilligt hatte. Auf die niedrigsten Dividendeninstinkte der Mitglieder spekulierend, veröffentlichten die bürgerlichen Gruppen bei der kurz darauf stattfindenden Ersatzwahl zum Genossenschaftsrat (der weiteren Verwaltungsbehörde) einen Aufruf, in dem die Bevölkerung aufgefordert wurde, zu verhindern, dass der *A. C. V.* zu einer »Streikkasse des demagogischen *Arbeiterbundes*« werde. Der Erfolg dieser Agitation war, dass unter den neugewählten Räten 26 Kandidaten der bürgerlichen und nur 10 der Arbeiterpartei waren. Das Stimmenverhältnis im Genossenschaftsrat zwischen beiden Parteien verschob sich dadurch zu ungunsten der Arbeiter auf 54 zu 46, und diese bürgerliche Majorität war nun in der Lage, bei der Ersatzwahl zur leitenden Behörde, dem Verwaltungsrat, sämtliche Sitze zu besetzen und dadurch eine Mehrheit von 12 gegen 7 zu erlangen.
Die erste Tat dieser neuen Behörde bestand darin, im Genossenschaftsrat einen Antrag auf Kündigung des *Genossenschaftlichen Volksblattes* zu stellen, das vom Verein für seine Mitglieder abonniert ist. Bei der Verteidigung dieses Antrages, der scheinbar nur aus Sparsamkeitsrücksichten und Loyalität gegen die Statuten gestellt worden war, vergassen sich der Präsident des Verwaltungs- und ein Mitglied des Genossenschaftsrats so weit, dass sie das Blatt wegen seiner treu genossenschaftlichen Haltung angriffen und ihm zum Vorwurf machten, dass es nicht auch über die Nachteile der Genossenschaften aufkläre und nicht auch die Ansichten von solchen doch auch im *A. C. V.* befindlichen Leuten zum Ausdruck bringe, die »gegenteiliger Ansicht« wären. Diese vorzeitige Enthüllung ihres wahren Gesichtes kostete der vereinsfeindlichen Clique den Sieg. Der Antrag wurde mit 41 gegen 40 Stimmen abgelehnt, wobei also mehrere bürgerliche Vertreter gegen ihn oder gar nicht abstimmten.
Wird die grosse Majorität des *A. C. V.*, die kein Interesse an der Versumpfung und dem Eingehen ihres Vereins hat, sich zur rechten Zeit aufrütteln und verhindern, dass ihr kostbarstes Besitztum, das Produkt einer vierzigjährigen mühevollen Arbeit zertrümmert wird?

× ×

Kurze Chronik Eine Erhebung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Konsumvereinsangestellten und -arbeiter wird gegenwärtig vom Sekretariat des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* veranstaltet. Von 834 an die Verbandsvereine ausgeschickten Fragebogen waren bis zum 2. Dezember 777 beantwortet eingegangen. × Eine Gartenvorstadt nach den Prinzipien der Gartenstadtgesellschaften ist in unmittelbarer Nähe Londons

(Hamstead Heath) in der Bildung begriffen. Auf dem für einen ausserordentlich billigen Preis gekauften Terrain sollen Häuser mit Gärten für die Angehörigen aller Volksschichten gebaut werden. × Der Bericht der *Deutschen Gartenstadtgesellschaft* über ihr 3. Geschäftsjahr weist eine eifrige Propagandatätigkeit der Gesellschaft auf, die auch durch die Gewinnung einer grösseren Mitgliederzahl gekrönt wurde. Die Gesellschaft hat wieder 3 Werbeschriften herausgegeben und für die kommende Saison eine Anzahl Lichtbildervorträge in verschiedenen Städten vereinbart. Ein *Aufruf zur Ansiedlungsfrage* vereinigte 200 Unterschriften von Schriftstellern und Sozialpolitikern aller Richtungen auf sich.

× ×

Literatur Das vom Verbandssekretär Heinrich Kaufmann herausgegebene *Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für 1905* repräsentiert ein sehr wertvolles genossenschaftliches Nachschlagewerk. Es enthält neben dem Bericht über die Entwickelung des Verbandes selbst, dessen Zahlen unsere Leser kennen, die detaillierten Statistiken über die dem *Zentralverband* angeschlossenen Unterverbände und Einzelvereine, ferner die Protokolle der Zentral- und Unterverbandstage und der Generalversammlung der *G. E. G.*, den Geschäftsbericht der letzteren und die Vorlage zur Angestelltenversicherung. Durch dieses ungeheure Material ist das Jahrbuch auf einen Umfang von 977 Seiten angeschwollen, ein Format, das kaum noch als ein handliches bezeichnet werden kann. Eine Kürzung hätte vielleicht stattfinden können durch Weglassung der weniger interessierenden Unterverbandstagsprotokolle und des Vorstands- und Sekretariatsberichts, der schon früher als selbständiger Band erschienen ist. Den Gewerkschafts- und Parteibibliotheken kann die Anschaffung des auch agitatorisch wirksamen Werkes empfohlen werden. × Im Verlag des *Zentralverbandes* ist ferner von der Schreiberin dieses eine für die Massenverbreitung durch die Konsumvereine bestimmte illustrierte Agitationsbroschüre, betitelt *Was bietet der Konsumverein der Arbeiterfrau?*, erschienen.

Ein neues halbmonatliches Genossenschaftsorgan erscheint seit dem 1. Oktober in Mailand unter dem Titel *La Cooperazione*. Es vertritt eine sozialistisch-politische Auffassung des Genossenschaftswesens nach belgischem Muster und regt eine Organisation aller sozialistischen Genossenschaften Italiens an.

GERTRUD DAVID

Sozialpädagogische Bewegung

Alkoholbekämpfung Im Kampfe gegen den Alkoholismus sind es die Anhänger der Totalenthaltsamkeit, die der objektiv Urteilende als die bedeutendste Gruppe nehmen muss. Wir haben es deshalb begrüsst, dass der 10. internationale Kongress gegen den Alkoholismus wieder eine Erstarkung der Abstinenzbewegung erwies, und dass dort ihre Arbeitsmethode fast uneingeschränkte Anerkennung fand. Zahlreiche Sozialisten waren an den Debatten beteiligt, und über *Arbeiter und Alkohol* hatte unser belgischer Genosse Vandervelde zu referieren. Sein Referat kam, weil er selbst am Erscheinen verhindert war, zur Verlesung. Vielleicht können wir später darauf zurückkommen.

Zu dem gleichen Thema liegen uns heute zwei andere Reden vor, beide von Totalabstinenten. Die Rede Simon Katzensteins *Wofür kämpfen wir?* /Berlin, Michaelis/ wurde der Ortsgruppe Berlin des *Deutschen Arbeiterabstinentenbundes* gehalten, die des Oberstabsarztes a. D. Dr. Matthaei *Die Förderung der Enthaltsamkeitsbewegung durch die Arbeiter* /Jena, Haft/ dem *Verein enthaltsamer Arbeiter* zu Jena. Katzensteins Worte sind ein flammender Aufruf an jeden klassenbewussten Arbeiter, den Alkohol als das zu erkennen, was er ist: ›Bundesgenosse unserer Gegner, Bundesgenosse der Knechtschaft und Verdummung, Bundesgenosse des Elends und der Not in jeder Gestalt‹; er weist darauf hin, wie überall dort, wo der Alkohol die Gemüter beherrscht und die Blicke verfinstert, die Organisationstätigkeit der Arbeiterbewegung unendlich erschwert, ja vielfach lahmgelegt ist. Schritt für Schritt habe nun aber innerhalb der Arbeiterbewegung die vielverspottete und vielangefeindete Abstinenz ›Bresche gelegt in die Mauer des Vorurteils. . . . es geht vorwärts, langsam nur, aber doch vorwärts‹, der Beschluss des Bremer Parteitages habe den Weg zum Weiterbauen in der Arbeiterbewegung geebnet. Dieser Optimismus und diese Zufriedenheit mit dem Tempo des Fortschritts erfordern nach Jena Widerspruch. Nicht nur hatte der Parteivorstand die

Alkoholfrage nicht auf die Tagesordnung für Jena gesetzt, was ihm der Bremer Parteitag anheimgestellt hatte, sondern abermals wurde der Antrag, diese mit dem Aufstieg des Proletariats zu Kraft und Menschenwürde so eng verknüpfte Frage auf dem nächsten Parteitag wenigstens zu diskutieren, dem Parteivorstande zur Entscheidung überwiesen. Dass das eine *zweite Beerdigung* des bereits einmal vom Parteivorsand *eingescharrten* Antrages bedeutet, ist wohl zuzugeben. Der *Abstinentenbund* aber zählt nur etwa 2000 Mitglieder, was kein Wunder ist bei solcher Verleugnung von seiten der Partei. Sie könnte den Alkoholismus kaum mit peinlicherer Genauigkeit als *Privatsache* behandeln, wenn sie ihn gleich für Religion hielte.

Sind nun die sozialistischen Abstinenten nicht so naiv, die Alkoholfrage zu einer *Parteifrage* zu machen, wären sie vielmehr schon sehr glücklich, sie mit den Vertretern der Gesamtpartei öffentlich nur diskutieren zu dürfen, so begreift man doch, dass ein bürgerlicher Abstinent, der vermutlich die Schule des politischen Lebens nicht genoss, sich zu einem derartigen Verlangen getrieben sieht. Wir müssen die Unerfahrenheit vielleicht belächeln, mit der Dr. Matthaei wie von etwas Möglichem davon redet, dass »die Arbeiterpartei die völlige Enthaltsamkeit in ihr Programm aufnimmt«, aber wir wollen doch nicht übersehen, dass dies eine ehrliche, tiefe Verbeugung vor der Arbeiterpartei und ihrer kulturellen Berufung bedeutet, und dass die sittliche Forderung sich zudem auf ein uns geltendes historisches Gesetz stützt, darauf nämlich, dass geistiger und kultureller Fortschritt vom Kapital und der herrschenden Klasse nicht mehr kommen kann: »Die Arbeiterpartei«, sagt Dr. Matthaei, »kann diesen Kampf auch zuerst aufnehmen, da in ihren Reihen doch keine Vertreter des Alkoholkapitals hinderlich sind. In anderen Parteien spielen sie aber noch eine grosse Rolle. Da wird man mit dem Schutze eines steuerkräftigen Gewerbes gleich bei der Hand sein«. Auch Matthaei ist übrigens voller Zuversicht in Bezug auf die sozialistische Aktion gegen den Feind aller Klassen, stützt sich dabei aber hauptsächlich auf das Vorgehen der ausserdeutschen Parteien.

Die Frage danach, in welcher Beziehung Steigen und Fallen des Arbeitslohnes zu Zu- und Abnahme der Trunksucht steht, ist bekanntlich eine der umstrittensten und schwierigst zu beantwortenden. Zu ihr liegen von zwei Seiten Erhebungen vor, die wir verzeichnen wollen. In Stockholm erschien eine zweibändige Untersuchung über die Arbeiter in den mechanischen Werkstätten Schwedens, herausgegeben von Hennig Elmquist im Auftrage des königlichen Kammerkollegiums. Aus diesen Erhebungen, die sich auf 138 Betriebe mit 23 207 Arbeitern erstrecken, heben wir nach dem Bericht des Dr. med. Holischer im *Abstinenten Arbeiter* folgendes hervor: Es stellte sich heraus, dass unter den höchstgelohnten Blech- und Kupferschmieden (93,3 % haben mehr als 896 M., 78,6 % mehr als 1344 M. Jahreseinkommen) 6,8 % Abstinenten sich befanden, dass hingegen die schlecht gelohnten Handlanger (21 % haben mehr als 896 M., 6 % mehr als 1344) 14 bis 24 % Abstinenten enthielten, ja, dass gerade die an allerniedrigst gelohnten unter ihnen, die Maschinenwerkstatthandlanger (45,4 % verdienen weniger als 560 M. jährlich, 48,3 % weniger als 11,25 M. in der Woche) 34,6 % Abstinenten aufwiesen, womit sie an der Spitze stehen. Diese Zahlen sprechen gegen die Behauptung, Trunksucht schwinde mit der sozialen und materiellen Aufbesserung. Weniger präzise Antwort auf obige Frage ergab die Erhebung, über die Isidor von Máday in seiner Schrift *Die Alkoholfrage in Ungarn* /Budapest, Kilians/ berichtet. Er gibt uns nicht Zahlen, sondern die Meinungen seiner 114 Berichterstatter, staatlicher Verwaltungsorgane. Ein Teil der selben hält einen Einfluss des Steigens und Fallens der Löhne nicht für vorhanden, 22 meinen, mit dem Steigen der Löhne nehme der Branntweinkonsum zu, nur 5 äussern sich dahin, dass das Sinken des Verdienstes dem Branntweinkonsum Vorschub leistet. Zu dem Thema *Arbeiter und Alkohol* finden wir in dieser Arbeit noch einiges. Wir erfahren zum Beispiel, dass in 26 Komitaten Ungarns die Landarbeiter neben Geldentlohnung auch Branntwein erhalten, dass in 22 anderen Komitaten ausser den Arbeitern auch das ständige Hausgesinde damit bedacht wird. Die Rationen gehen bis zu ½ l per Tag. Neben Armut und mangelnder Ernährung fand Máday als Ursachen der Trunksucht Fehlen der Arbeitsgelegenheit, Unwissenheit und »Verlassenheit der Arbeiter und der kleinen Leute«. Er empfiehlt, weil die Errichtung von Fabriken in Ungarn nur langsam vorwärts schreitet, die Or-

ganisierung der Hausindustrie und die Hebung der Volksbildung: »Einer der bedeutendsten und natürlichsten Faktoren des Kampfes der Gesellschaft gegen den Alkoholismus wären die durch den Alkoholismus an Leib und Seele bedrohten Arbeiter, ihre wohlorganisierten Verbindungen und ihre Führer.« Auch Máday, der die selbstgeschaffene Organisation des Proletariats zu Hilfe ruft, ist ein bürgerlicher Schriftsteller.

× ×

Volkstümliche Kurse Der Geschäftsbericht der Berliner *Arbeiterbildungsschule* über das Quartal April bis Juni erweist einen Besuch der Kurse von 43 Damen und 399 Herren. Davon waren organisiert: 12 nur politisch, 183 nur gewerkschaftlich, ebenfalls 183 politisch und gewerkschaftlich. Der Kassenbericht erwies ein Defizit von 525 M. Für das Quartal Oktober bis Dezember wurden wieder Kurse abgehalten über Nationalökonomie, Naturerkenntnis, Geschichte, Gesetzeskunde und Redeübung, sowie ein neuer Kursus über Geschichte und Theorie der Gewerkschaften und Fortschrittskurse in Redeübung und Nationalökonomie. Der 10. Lehrgang der *Freien Fortbildungskurse für Arbeiter*, veranstaltet von der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Wildenschaft der technischen Hochschule zu Charlottenburg, umfasst Deutsch, Schreiben, moderne Literatur, Rechnen, Algebra, Geometrie, Mechanik, Zeichnen, praktische Einführung in die Strafprozessordnung, Gesundheitslehre. Daneben werden veranstaltet Exkursionen nach gewerblichen etc. Anlagen mit Vorträgen und dergleichen. Das Programm der *Freien Hochschule* in Berlin für das Herbstquartal Oktober bis Dezember enthielt folgende Kurse: *Biblische Wunder und Mythen als Urgedanken der Weltanschauung, Deutsche Dichter der Gegenwart, Hauptprobleme der Malerei, Vom Germanenstamm zum Stadtbürgertum, Die Kunst des Vortrags, Geschichte der Entdeckung der Naturgesetze, Die Lebenswunder, Moderne kulturgeschichtliche Zeit- und Streitfragen, Das Strafrecht und seine Reform, Geschichte des deutschen Volksliedes.* Volkstümliche Vorträge finden ferner statt im *Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern* und in der ständigen *Arbeiterwohlfahrtsausstellung* in Charlottenburg, sowie in der *Humboldt-Akademie* in Berlin.

× ×

Kurze Chronik Die Arbeitervereine im Westen Leipzigs (Leipzig-Lindenau, Leutzsch, Gross- und Kleinzschocher) haben einen gemeinsamen Katalog ihrer Bibliotheken erscheinen lassen. Dieses recht ansehnliche Verzeichnis ist der Schlussstein in dem Bestreben der vier Vereine, Verwaltung und Betrieb ihrer Bibliotheken einheitlich zu gestalten, also ein Dokument erfreulicher Solidarität. Das Hauptkontingent des Bücherbesitzes stellt Lindenau, welches auch ein mit politischen, gewerkschaftlichen etc. Zeitungen und Zeitschriften gut ausgestattetes Lesezimmer besitzt.

× ×

Literatur Eine Übersicht der in Betracht kommenden Institutionen sucht Margarete N. Zepler in ihrer Schrift *Volkshochschulen* /Leipzig, Dietrich/ zu geben. In Deutschland hat sie nur die allerdings zahlreichen öffentlichen Kurse zu verzeichnen, die zuerst für akademisch Gebildete, zuletzt für Arbeiter eingerichtet wurden, während es zum Beispiel in England umgekehrt war, indem dort die anfangs am stärksten beteiligten Arbeiter sich nach und nach von *University Extension* und *Summermeetings* fast ganz fernhielten und den Mittelständen den Platz überliessen. Echte Volkshochschulen besitzen hingegen Dänemark in seinen bekannten *Bauernuniversitäten*, welche man auch in Schweden, Norwegen und Finnland nachbildete, und England in seiner *Ruskin-Hall* (neuerdings *Ruskin College* genannt) zu Oxford. Die Art dieser vortrefflichen Organisationen wird skizziert, der jetzt in Nordschleswig entstehenden Nachbildung des dänischen Musters kein grosses Vertrauen entgegengebracht. — Mit *Ruskin College* befasst sich auch ein Artikel von E. Altschul im *Zentralblatt für Volksbildungswesen.* × In seiner Festrede *Das Bildungsbedürfnis und seine Befriedigung durch deutsche Universitäten* /Jena, Gustav Fischer/ kommt der Rektor der Berliner Universität, Professor Oscar Hertwig, auf Frauenstudium und Universitätsausdehnung zu sprechen. Er nennt die Eröffnung der Universitäten für die Frauen eine »notwendige Folge der ganzen neuzeitlichen Entwickelung«, einen »Akt sozialer Gerechtigkeit« und betrachtet es als eine soziale Pflicht der Universitäten, »dem Bildungsbedürfnis weiterer Volkskreise, wo es nach Befriedigung verlangt, entgegenzukommen«.

Bekanntlich sind nicht wenige in Universitätskreisen keineswegs dieser fortgeschrittenen Ansicht. × Im *Verlag der Sozialistischen Monatshefte* erschien August Bebels Rede *Akademiker und Sozialismus* in 2., verbesserter Auflage, mit neuem Vorwort. Auch heute liegt in der Tat kein Grund für Bebel vor, irgend eine Schlussfolgerung seiner 1897 gehaltenen Rede zurückzunehmen, denn die zersetzende Entwickelung der Gesellschaft, die er schildert, besteht fort, und das *gelehrte Proletariat* nimmt mehr und mehr überhand. Eine Folge dieses Zustandes sieht Bebel darin, »dass das Strebertum auf der einen, der Nepotismus auf der anderen Seite immer stärker wachsen«, vor allem die Gesinnung werde zum Massstab der Bevorzugung gemacht. »Die Korruption wächst riesengross«. Das ist leider nur zu wahr. FRANZ LINDHEIMER

Frauenbewegung

Eheproblem Die freie Ehe, die grundsätzliche Forderung des *Bundes für Mutterschutz*, die in Deutschland so viel Anfeindung und Verleumdung erfährt, ist im freieren Schweden in Form der sogenannten *Gewissensehe* zu einer begrüssenswerten Tatsache geworden, über die in der trefflich redigierten österreichischen Zeitschrift *Neues Frauenleben* berichtet wird. Von den Baptisten bereits vor mehreren Dezennien geübt, ist sie seit ungefähr 15 Jahren wieder mehr in Aufnahme gekommen und wird vom Gesetz unter dem Begriff der *unvollkommenen Ehe* toleriert und — geordnet. Sie kann 1. durch gesetzlichen Verspruch, das ist ein vor Zeugen abgelegtes Ehegelübde vollzogen werden, 2. durch gerichtliche Erklärung des einen Teils, 3. wenn das Zusammenleben eines Mannes mit einer Frau notarisch festgestellt wird und endlich nach dem Formular einer Kirchensatzung, die beim Zusammenleben mit dem Kindesvater auch für Ungetraute zur Anwendung kommen kann. Die Rechtswirkungen einer solchen Ehe sind die gleichen, wie bei der gesetzlichen Ehe, und zwar einschliesslich der ausserordentlich erschwerten Scheidung. Daneben gibt es noch wirklich freie, das heisst ohne jede Formalität eingegangene Bündnisse, die durch einfachen gerichtsseitig angezeigten Beschluss der Teilnehmer getrennt werden können, den Kindern aber trotzdem den Anspruch ehelicher sichern und auch der Frau gewisse Rechte des Mitbesitzes der ehemännlichen Wohnung etc. zusprechen. Man hat noch nichts davon gehört, dass dadurch die schwedische Sittlichkeit Schaden gelitten hätte.

× ×

Wahlrecht In jüngster Zeit macht sich eine kräftig und von den verschiedensten Seiten her einsetzende Bewegung zu gunsten des Frauenwahlrechtes in Staat, Gemeinde und Kirche bemerkbar. Dem kirchlichen Frauenstimmrecht Stoeckerscher Prägung, das den selbständigen, Kirchensteuer zahlenden Frauen von mehr als 24 Jahren dann verliehen werden soll, wenn sie als getreue Schäflein ihrer geistigen Hirten das Gelübde eines religiösen und kirchlichen Lebens ablegen, gesellt sich der beachtenswerte Vorstoss des bayrischen Zentrums, das seine frühere Stellung zur Frauenfrage gründlich revidiert hat und aus einem Saulus zu einem Paulus der Stimmrechtsfrage geworden ist. Herr Heim erklärte, dass er mit einer Anzahl seiner Freunde für das Frauenstimmrecht eintreten werde. Die wohlüberlegte, auf die konservative und strengkirchliche Richtung der katholischen Frauenmassen rechnende Schwenkung der Zentrumstruppen sollte den Genossen eine Mahnung sein, mit allem Eifer für die Gewinnung und Organisierung der Proletarierinnen einzutreten. In Österreich haben sich die Frauen voll Hingabe und Energie an der imposanten Wahlrechtsdemonstration beteiligt und in besonderen Frauenversammlungen haben die Genossinnen Popp, Schlesinger und andere die leidenschaftliche Begeisterung der in Scharen herbeigeströmten Hörer entfacht. Am Parteitag, Anfang November, nahmen 12 weibliche Delegierte teil.

Im Kanton Zürich hat man den Frauen das passive Kirchenwahlrecht gegeben. Ebenso das der Wahl in die Schul- und Armenbehörden. Das aktive wird wohl in Bälde nachfolgen. Einen grossen Einfluss haben sie auch auf die Bewegung zu gunsten des Abolitionismus, auf die Ausgestaltung des Arbeiterinnenschutzgesetzes ausgeübt, wie denn überhaupt in der Schweiz die Beteiligung der Frauen an Handel und Gewerbe, an liberalen Berufen etc., wie ihre Verwendung in den Bureaus der Verwaltung eine allgemein übliche und unbestrittene ist.

In der vorigen Rundschau haben wir über die Stellung des *linken Flügels* der bürgerlichen Frauenbewegung zur Stimmrechtsfrage referiert (*Sozialistische*

Monatshefte, 1905, II. Bd., pag. 1072). Daraufhin haben wir von Fräulein Else Lüders die folgende Zuschrift erhalten: »In der Rubrik *Frauenbewegung* der *Sozialistischen Monatshefte* vom Dezember spricht Henriette Fürth von der »schwächlichen Haltung des *linken Flügels* in der Stimmrechtsfrage« und verweist dabei auf Dr. Käthe Schirmachers Äusserungen hinsichtlich des Wahlrechts. Nun ist aber bereits mehrfach persönlich und offiziell berichtigt worden, dass die Bedenken Dr. Schirmachers gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht ihre private Auffassung sind, für die sie allein die Verantwortung trägt. Der *linke Flügel* als solcher fordert das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht für beide Geschlechter. Des weiteren spricht Henriette Fürth von der diesmaligen Generalversammlung des *Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht* und teilt mit, Frau Cauer hätte *gebremst* und in gewisser Weise die Referentin L. G. Heymann desavouiert. In keiner Weise ist dies geschehen; Frau Fürth, die nicht selbst anwesend war, muss sich aus unzuverlässigen Zeitungsberichten ein ganz schiefes Bild gemacht haben. L. G. Heymann hofft auf eine Regeneration des Liberalismus und hält es für das natürlichste, dass die bürgerlichen Frauen bei den liberalen Parteien mitarbeiten. Frau Cauer sprach in der Diskussion über die historische Entwickelung des Liberalismus; ferner vertrat sie den Standpunkt, den in der Politik Männer wie Barth und Naumann einnehmen, das heisst, keine *Zweifrontenpolitik* zu treiben, sondern gemeinsam mit der Sozialdemokratie gegen die Reaktion zu kämpfen. In ihrem Schlusswort wiederum sprach L. G. Heymann vollkommen zustimmend zu den Ausführungen von Frau Cauer, so dass also kein *Bremsen* stattgefunden hat, sondern nur eine Erweiterung. Für diejenigen, die sich über das Referat von L. G. Heymann selbst ein Urteil bilden wollen, sei darauf hingewiesen, dass ein ausführlicher Auszug des selben in der parlamentarischen Beilage der Zeitschrift *Die Frauenbewegung* vom 15. November und 1. Dezember erschienen ist.«

Die Loyalität des Herausgebers, der ich nicht entgegen sein möchte, veranlasst die Wiedergabe obiger Zuschrift, nötigt mich aber zugleich zu einem kurzen Wort sachlicher Abwehr. Zum ersten Punkt habe ich zu bemerken, dass es wirklich nicht angängig ist, die Verantwortung für das Referat eines vorher bestellten Referenten nach Belieben auf die Vereinsleitung zu übernehmen oder aber von ihr abzuwälzen, es sei denn, dass, wie das in Frankfurt bei Gelegenheit des Wohnungskongresses geschehen ist, unmittelbar und von autoritativer Seite ein unzweideutiger Protest eingelegt wird. Und was das Referat von L. G. Heymann anlangt, so konnte ich auch nach Einsichtnahme in den Auszug der *Frauenbewegung* zu einer anderen Auffassung nicht kommen. Wenn nun die Zuschrift im übrigen doch recht haben sollte, so geht aus ihr nur hervor, dass Fräulein Heymann gegen die Sozialdemokratie und Frau Cauer für sie plaidierte, und dass im Schlusswort Fräulein Heymann ihr zustimmte, also zugleich gegen und für die Sozialdemokratie eintrat. Darin liegt ein Widerspruch, der mir nach wie vor unerklärlich ist.

× ×

Kurze Chronik Der *Bund deutscher Frauenvereine* hat an alle deutschen Regierungen eine Petition um Zulassung von Mädchen zu den mittleren und höheren Knabenschulen gerichtet. × Professor Adolf Wagner hat den erstmalig zur Verteilung gelangenden, bei Gelegenheit seines 70. Geburtstages gestifteten Preis einer Frau, Marie Schwab, für ihre Arbeit über Chamberlains Handelspolitik (vergl. über diese die Rubrik *Wirtschaft*, pag. 74 ff.) zuerkannt. × Die Frauen des Staates Victoria haben das volle aktive und passive Stimmrecht errungen, das nunmehr allen Frauen Australiens sowohl für die Landesvertretungen, als auch für das Bundesparlament zusteht. × Aus dem Jahresbericht der *Weiblichen Fürsorge* in Frankfurt a. M. geht hervor, dass es, neben der Entfaltung einer weitverzweigten lokalen Erziehungs- und Fürsorgetätigkeit, gelungen ist, in Galizien zwei Mittelpunkte der Krankenpflege und Kinderfürsorge zu schaffen.

× ×

Literatur *Die Frauenfrage, eine ökonomisch-soziologische Untersuchung, unter spezieller Berücksichtigung des schwedischen Bürgertums*, nennt sich eine Schrift von Elon Wikmark /Halle, Marhold/. Die statistischen Unterlagen sind mit Fleiss und Können zusammengestellt. Die für Schweden über Geburtenfrequenz

der beiden Geschlechter, Sterblichkeit etc. mitgeteilten Ziffern stimmen in der Hauptsache mit den Erfahrungen im übrigen Europa überein. Die Besonderheiten des Landes, das hohe Heiratsalter, die geringe Zahl der Eheschliessungen werden überzeugend aus der längeren Lebensdauer, der Armut des Landes, den hohen Lebens- respektive Kulturansprüchen der Mädchen etc. erklärt. Ebenso lässt der Verfasser der ausgebreiteten und allseitigen Betätigung der Frau in allen Berufszweigen Gerechtigkeit widerfahren. Das hindert ihn aber nicht an einer augenscheinlich vorgefassten, höchst ungerechten und einseitigen Beurteilung des Könnens und Strebens der Frau, der er mancherlei Fehler andichtet und Rückständigkeiten aufbürdet, die nicht in ihr, sondern in der Ungunst und Ungerechtigkeit der Verhältnisse begründet sind. Im ganzen ist es trotzdem eine sehr unterrichtende und fleissige Arbeit, der, von der abschätzigen Allgemeinbeurteilung des Weibes abgesehen, sachliche und vorurteilsfreie Würdigung der Dinge nicht abzusprechen ist.

Im Oktoberheft des *Neuen Frauenlebens* gibt Genossin Schlesinger-Eckstein einen Bericht über Entwickelung und Stand der proletarischen Frauenbewegung in Österreich, der ein Bild von hartem Ringen, aber auch von hoffnungsvollem Vorwärtsschreiten entrollt. HENRIETTE FÜRTH

WISSENSCHAFT

Philosophie

Weltanschauung In drei in den Jahren 1903 bis 1905 erschienenen Bändchen, denen ein viertes folgen soll, hat Adolf Bastian (*Die Lehre vom Denken* /Berlin, Dümmler/), der berühmte Ethnologe, einer der grössten Gelehrten von immensem Wissen, seine Lebensanschauung uns verkündigt. Nicht in systematischer Form; es sind vielmehr einzelne Aufsätze, wie es scheint, gelegentliche Blätter, wie man sie aufschreibt, wenn einem unter der Hand solche Gedanken kommen, die man sich für später fixieren möchte. In den beiden ersten Bändchen sind sie gruppenweise unter einzelne Überschriften gebracht, im letzten bezeichnen nur drei Sterne, dass ein neues Aufsätzchen kommt. Und über das Denken allein handeln sie vollends nicht, sondern ergeben die Weltanschauung des kürzlich geschiedenen Forschers, seine philosophischen und sozialen Anschauungen. Merkwürdige Gedanken in seltsamem, von Gelehrsamkeit durchtränktem, ja überladenem Stil, ungeheuren Bandwürmern von Sätzen, die man auf das erstemal kaum überblicken, geschweige verstehen kann, in denen es von offenbar frei dem Gedächtnis entsprungenen Anführungen von all den Philosophen wimmelt, die in Griechenland und Rom, in Indien und Neueuropa je gelebt, Bruchstücke, in denen, wie in vielen Musikstücken, immer wieder die selbe Grundmelodie variiert wird: das ist der äussere Typus des Werkes. Nicht sehr anlockend, nicht wahr? Und in der Tat, als Referent einige Bogen gelesen, war er nahe daran, die Sache wegen der Bandwürmer und gelehrten Fliegen bei seite zu legen und sich als nicht im stande zu erklären, den Wust weiter zu durchackern. Aber es zog ihn etwas Gewisses wieder und wieder heran, ganz wie es ihm einst bei Kant gegangen war. Und auf einmal brauste etwas wie Orgelton durch die ungefügen Sätze, etwas Grosses, Mächtiges stieg daraus hervor, eine Schönheit, wie sie der Geübte selbst auch in Kants Stil zu finden vermag; und vor allem ein Mensch, ein herrlicher Mensch unter der gelehrten Schildkrötenschale.

Und der Inhalt? Man muss ihn übersetzen, um ihn verständlich zu machen, und man weiss doch, dass man dann gerade das Originale abstreift. Folgendes etwa sind die Leitfäden: Erkenntnislehre: Was in den chemischen Stoffumsetzungen animalisches Sinnesleben wird, ist beim Menschen als Gesellschaftswesen (ζῶον πολιτικόν) sprachlich geworden, dem Individuum damit als Bewusstsein übermittelt worden und wird dann in den Individuen zum abstrakten Denken, das sich selber betrachten und erforschen lernt und dereinst einmal, wenn von religiöser und metaphysischer Verkleidung frei, seine eigenen Gesetze erkennen lernen und Übereinstimmungen mit kosmischen Harmonieen finden wird, die ihn befriedigen — immer nach dem Stande der jeweiligen Kenntnisunterlagen, von denen Bastian die ethnischen obenan stehen. Die Ethik ist ihm Ausdruck für die sozialen Funktionen, die in den primitven Gesellschaften instinktiv wirken, dann nach sozialen Verschiebungen in diesen zum Bewusstsein kommen und kodifiziert werden müssen, um den Bestand der Gesellschaft erhalten zu helfen. Sie treten in den *Klassenkämpfen* immer wieder in Widerspruch mit dem Bestehenden, und nun ist ihm an der

Weltwende, vor der wir stehen, die Aufgabe gestellt unter selbstgeregelten *sozialistischen* Normen alles neu zu ordnen, »um wieder mit gleichgestimmten Harmonieen das Dasein zu umtönen«. Freilich, er glaubt, zu sozialen Theorieen sei es noch zu früh. Er preist den heutigen Staat, den er zwar sozialistisch gestalten will, woran er sich aber »als Laie« nicht mit Vorschlägen wagt. Über den Anarchismus hat er scharfe Worte der Verwerfung. R e l i g i o n ist ihm der Ausdruck geheimer, aus den Tiefen hervorquellender Bedürfnisse, die zur Aufhellung drängen. Bei den Wilden, denen das Unbekannte vor der Nase liegt, ist das Leben ganz religiondurchtränkt, und sie ist hier aus Furchtgefühlen hervorgegangen; mit der beginnenden metaphysischen Spekulation stammt sie aus Bewunderung, und mit höherer Entwickelung wird sie Bewusstsein eines noch nicht Erhellten, dem wir uns nach Massgabe unserer Erkenntnis nähern, um endlich »richtig« und »gerecht« zu vereinen. Über die Buchreligionen mit ihrem Bestreben, ehemals lebendige Religion verdorrt zu konservieren, und gegen das Bestreben, sich dieser Religion zu Herrschaftszwecken zu bedienen, hat er immer in anderen Variationen erscheinende, oft köstliche Ausdrücke der Verwerfung bereit, warnt aber, man solle, da Religion Privatsache sei, ihre modernen Verwachsungen nicht mit dem Messer, sondern mit Naturheilung behandeln. Der G e d a n k e ist Bastian die erhöhende, die menschheitbildende Macht. Er ist es, in dem er auch noch im Alter schwelgt, und darin er dessen Gebrechen vergisst. Und so schliesst er: »Wie in den praktischen Angelegenheiten des Tageslebens ein vernunftgerechtes Denken die ausschlaggebende Entscheidung abgibt, so hat eine solche dem in der Denktätigkeit seine Wesenheit erfüllenden Denkwesen zu gute zu kommen, wenn aus universell durchwaltenden Gesetzlichkeiten die übereinstimmenden kongenial sich assimilieren zum identifizierenden Einklang.«

Wenn bei Bastian die metaphysische Neigung in strenger Selbstzucht gehalten wird durch den Gedanken, dass wir nur auf dem Wege wissenschaftlicher Weiterentwickelung das noch nicht Erkannte erkennen und, wo wir nicht wissenschaftlich weiter können, ein vorläufiges *Non liquet* aussprechen müssen, so ist im Gegensatz hierzu der metaphysische Zug bei J. A. F r o e h l i c h (*Der Wille zur höheren Einheit*, /Heidelberg, Winter/) noch so stark, dass es ihm nicht genügt, die *Gesetze der Harmonieen* zu suchen, wo sie sich wissenschaftlich finden lassen, sondern dass er auch vom *Bedürfnis* aus ohne weiteres seinen transzendenten Gott und seine transzendente Freiheit — konstruiert. Und dabei wie? Mit Worten, die ja freilich nach Bastian das erste allgemeine Gedankenfutter geben. Gott ist *Persönlichkeit*. Das ist so ein — Wort. Wenn nur die guten Wortdenker sich einmal ihre Begriffe zerlegen und sehen wollten, welch greuliche Sinnlosigkeit der Begriff *Person* neben *Unendlichkeit* gibt, und wie die Einheit, numerisch aufgefasst, nichts als die *Eins* ist, aus der man nichts folgern kann — was auch Bastian scharf betont. Froehlich hat viel gelesen. Aber sein Buch sieht sich doch als eine nicht ganz ausgereifte Schulübung an.

× ×

Ethik Die *Neue Sittenlehre* A n t o n M e n g e r s /Jena, Gustav Fischer/ ist eine Fortsetzung der *Neuen Staatslehre*, in der Menger von juristischem Standpunkte den Sozialismus entwickelt. Was auch der *Staatslehre* zum Vorwurf gemacht werden kann: dass sie zu einseitig den Gewaltfaktor herauskehrt, ist auch hier zu beanstanden. Der Faktor der Gewalt selbst, sobald er ökonomische Gewalt wird, ist gar nicht ohne den Faktor des Zusammenwirkens zu verstehen. Und aus dem letzteren gehen letztgültig die sich je nach den wirtschaftlichen Verschiebungen im einzelnen ändernden, sittlichen Anschauungen hervor, oder sie liegen vielmehr trotz allem mit zu Grunde. Dagegen gibt Mengers Buch ein ganz vortreffliches Bild von den durch die wechselnden Herrschaftsfaktoren bedingten Veränderungen der moralischen Beurteilungen und der moralischen Missstände, die darauf folgen. In diesem Sinne — aber nicht als Sittenlehre, die es nicht ist — ist das Buch zu begrüssen (vergl. auch meine Besprechung des Buches im *Freien Wort*).

E. V. Z e n k e r hat in seiner *Sozialen Ethik* /Leipzig, Wiegand/ es sich zur Aufgabe gestellt, die Beziehungen der Menschen vom empiristischen Standpunkte, den er für den allein möglichen auf diesem Gebiete hält, systematisch zu behandeln. Wenn er getan hätte, was er sich da vorsetzt, so würden wir nur den Einwand zu erheben gehabt haben, dass man von einem Standpunkt aus eben doch nicht alles sehen kann, was zur

Sache gehört, und dass das Wort *empiristisch* selbst sehr verschiedener Auslegung fähig ist. Aber leider merkt man überhaupt von systematisch empiristischer Arbeit nichts. Von zum Teil ganz richtigen Vordersätzen wird meist sehr unkritisch auf heterogene Dinge abgesprungen. So stellt er im Anfang ganz vortrefflich zusammen, dass die höheren Klassen sowie die Arbeiterklasse einer verhältnismässig festen Denkrichtung folgen, der Mittelstand aber desorientiert sei. Man fange an, das zu begreifen, meint er. Da sollte man erwarten, er werde dies nun begreiflich machen. Aber die gute Bemerkung bleibt ein erratischer Block. Weiter sagt er ganz richtig und wiederholt es später nochmals nachdrücklich, dass der einzelne nur im Zusammenhange mit der Gemeinschaft zu begreifen sei. Aber statt nun die sozialen Gemeinschaftsformen zu analysieren, springt er unvermittelt auf die sozialen Triebe über, die doch nach seiner Voraussetzung erst durch die empirische Untersuchung der Gesellschaftsformen hätten ermittelt werden müssen. Sodann: Er will nur empirisch sein, aber einen breiten Raum nehmen bei ihm ganz metaphysische Auseinandersetzungen, wie die über die Willensfreiheit, ein. Ferner: Die Lehre, dass der Zweck die Mittel heilige, weist er, weil sie ihm weh tut, ab, ohne auch nur zu ahnen, dass zu deren gründlicher Behandlung die meinethalb empirische Erörterung des Verhältnisses von Mitteln zu Zwecken und Zweckverbänden notwendig gewesen wäre. So könnten wir noch eine ganze Anzahl von Beispielen bringen. Das Gesagte aber genügt wohl, um zu zeigen, dass die 279 Seiten füllende *Soziale Ethik* weder sozial, noch Ethik ist. Es ist eine oft ganz anmutige, aber wissenschaftlich durchaus unzureichende Plauderei eines jener Leute, deren Desorientierung der Verfasser selbst beklagt. Wissenschaftlich viel konziser und durchgearbeiteter ist die Tübinger Antrittsvorlesung des auf den Lehrstuhl Sigwarts berufenen Erich Adickes *Charakter und Weltanschauung* /Tübingen, Mohr/. Von der richtigen Grundanschauung ausgehend, dass Charakter und Weltanschauung einen Zusammenhang haben, will er doch gar einseitig die Weltanschauung auf den Charakter gründen, er fragt nicht, ob nicht vielleicht ein dritter Faktor vorhanden ist, welcher beide, Charakter und Weltanschauung, im weitesten Masse bestimmt: der konkrete Zusammenhang, in dem der Mensch seine eigenen Zwecke aufbauen muss und die Anschauungen empfängt. Da Adickes diesen realen Untergrund vernachlässigt, so mischt sich ihm der moralgesetzliche Gegensatz zwischen Autonomie und Heteronomie mit einem bloss psychologischen Unterschied zwischen solchen, die sich in ihren Ansichten von aussen her bestimmen lassen, und solchen die aus sich selbst das ihrem Geiste Gemässe entwickeln. Wir wissen aber meist selbst nicht, wie weit eine Ansicht uns suggeriert ist oder aus Kombinationen des vorhandenen eignen geistigen Gefüges hervorgeht. Das ist meines Erachtens, wie wenn man in der Mathematik die Gesetzmässigkeit $2 \times 5 = 10$ mit der Frage, ob das Kind das selbst findet oder gezeigt bekommt, vermengen wollte. Die Grundlagen der Anschauungen sind uns vermöge unserer Erziehung ja immer suggeriert und wirken auch bei geänderter Ansicht noch weiter. Danach gibt es doch wohl keine autonomen und heteronomen Menschen, sondern nur Menschen, die, etwas mehr und solche, die etwas weniger original sind. *Originalität,* nicht *Autonomie,* ist das richtige Wort, für die Unterscheidung von Adickes. *Autonomie* und *Heteronomie* sind Namen, die man für objektive Gesetzlichkeiten beibehalten sollte. Aber Adickes verwischt diese Gesetzmässigkeiten ins Psychologische. Und so sind es auch nachher, wesentlich psychologische Verschiedenheiten, nach denen der Unterschied von Monist und Dualist sowie Agnostiker bestimmt wird. Das ist ganz interessant dargestellt, aber für richtig halten können wir es nicht.

× ×

Religion *Josef Dietzgens sozialdemokratische Religionsphilosophie* betitelt sich ein Büchlein von Professor Dr. L. Weis in Darmstadt /Kiel, Lipsius & Tischer/. Es ist aber eine Polemik mit der gesamten Philosophie Dietzgens, nicht bloss der Religionsphilosophie, und zwar von einer Auffassung der Kantischen Philosophie aus, wie sie früher üblich war; einer solchen nämlich, die vor allem auf die metaphysische Seite bei Kant Wert legt. Dass von dieser Auffassung aus keine Brücke zum Verständnis Dietzgens und der materialistischen Geschichtsauffassung (hierüber siehe weiteres unter *Kurze Chronik*) zu schlagen ist, ist selbstverständlich. Darum müht sich Weis vergeblich an Einzelheiten und oft an Ausdrücken ab, zum Beispiel am Wort *materialistisch.* Dies bedeutet hier doch

etwas anderes, als im alten Materialismus; es handelt sich methodisch nur darum, die sogenannten ***materiellen*** und die sogenannten ***geistigen*** Erscheinungen im Zusammenhang des gesellschaftlichen Lebens zu begreifen, nicht, sie zu trennen und dann über die Getrennten isoliert zu spekulieren (vergl. auch den nächsten Absatz). Auch der geschickteste Wagenbauer, der nur Strassenwagen und deren Betrieb kennt, könnte unmöglich Eisenbahnwagen richtig beurteilen. So ist es hier. So warmherzig und wohlmeinend Weis als Mensch erscheint, die sozialistische Bewegung und deren Grundideen sind ihm eben dem Wesen nach fremd.

Zugleich dem ethischen und dem religiösen Gebiete gehört die im *Vorwärts*verlage erschienene Broschüre F. Stampfers *Religion ist Privatsache!* an. Sie will *Erläuterungen zu Punkt 6 des Erfurter Programms* geben und behandelt das Verhältnis des Sozialismus zu den ideellen Hauptfragen der Zeit in sehr ruhiger und gründlicher Weise. Wesentlich ist die Arbeit hervorgerufen durch die Angriffe, welche der sozialdemokratischen Partei daraus erwachsen, dass sie Religion für Privatsache erklärt, und dass doch die Sozialdemokraten es wagen, gegen den Kirchenglauben aufzutreten. Über Religion als solche, sowie über den metaphysischen Inhalt der Religionsvorstellungen ist in diesem Schriftchen gar nichts, dagegen ist um so mehr von den Gegensätzen in der Begründungsart solcher Vorstellungen die Rede. Betreffs des historischen Materialismus sagt F. Stampfer, es handle sich keineswegs darum, »das Wesen des menschlichen Denkens metaphysisch aus der Materie zu erklären«, sondern nur »um die unleugbare Tatsache, dass der Inhalt des menschlichen Denkens durch sinnlich wahrnehmbare Erscheinungen bestimmt wird«. Gerade diese Klarheit über die Begrenzung des Untersuchungsfeldes muss Stampfer schon von vornherein wissenschaftliches Interesse sichern. Er hat sich zwei Aufgaben gesteckt, erstens die genannten wissenschaftlichen Grundlagen gegenüber den prinzipiellen Forderungen des dogmatischen Christentums auf den Gebieten der Weltanschauung und der Ethik festzustellen, zweitens die sich daraus ergebenden Folgerungen für das praktische Verhalten, insbesondere für das der sozialdemokratischen Partei darzulegen. Was das erste betrifft, so stellt Stampfer nicht etwa einen sozialdemokratischen Glauben einem christlichen gegenüber: das erklärt er schon deshalb für unmöglich, weil die einzelnen Glaubens- und Moralauffassungen auf beiden Seiten sehr mannigfaltig sind und grundsätzlich der freien Prüfung jedes einzelnen, aber damit auch der freien Kritik jedes anderen überlassen werden müssen. Daraus aber ergibt sich dann, nicht bloss für die Sozialdemokratie, die Forderung, »kein bestimmtes religiöses oder antireligiöses Bekenntnis« zu verlangen, wohl aber »jeden Versuch, das menschliche Denken unter geheimnisvollen Versprechungen und Drohungen in bestimmte Formen gewaltsam hineinzupressen, mit aller Entschiedenheit« zu bekämpfen. Auf sittlichem Gebiete wendet sich dem ganz entsprechend Verfasser gegen jede Lohn- und Strafethik. Vor allem aber stellt er der starren, ein für allemal gültigen Ethik die im Fluss der Entwickelung begriffene gegenüber. Dass diese nun ganz ***neu*** sei, dürfte freilich übertrieben sein. Die Grundzüge dieser Moral sind schon überall hervorgetaucht, wo Gemeinschaft war oder erstrebt ward, Moral bleibt in ihren Grundzügen Moral, wie Eisen Eisen bleibt, nur die chemischen Verbindungen und Mischungen ändern sich in der Geschichte (vergl. das oben über Bastian Gesagte). Aus seinen Aufstellungen folgert Stampfer, dass die Frage, ob ein Christ Sozialdemokrat sein könne, vom Standpunkt dogmatischer Auffassung zu verneinen sei, dass aber vom Standpunkte ethischer Betrachtung gesagt werden müsse, der Dogmenchrist könne ebensowenig Sozialdemokrat, wie Christ im Sinne der evangelischen Sittlichkeit sein. Ganz richtig fügt Stampfer am Schlusse der ersten Abteilung hinzu, ein Dogmengläubiger könne konsequenterweise noch nicht einmal Bürger des modernen Staates, sondern nur Untertan sein. Denn wenn er den Gedanken sittlicher Selbstbestimmung verleugnet, wie kann er da autonom an der Schaffung von Gesetzen teilnehmen? Auf diesem, unseres Erachtens nicht nur vom sozialistischen Standpunkt aus, unanfechtbaren Boden stellt Stampfer den Unterschied fest, der zwischen Forderung der religiösen Gleichberechtigung im Staate — der auch den Dogmatiker dulden muss — und in einer Partei besteht, die nach bestimmten Zielen strebt, und er betont wiederholt, dass seine Partei nicht den Glauben, wohl aber den Zwang verurteile. Die Stellung zur Schulfrage, die nebst anderem die dritte Abteilung

ausfüllt, ist damit ganz konsequent gegeben.

Die Religion der Modernen betitelt sich eine bei Diederichs jüngst erschienene schöne Aufsatzsammlung des freidenkenden Bremer Predigers Albert Kalthoff. Lessing, Goethe, Schiller, Novalis sind von den Älteren, Sallet, Hebbel, Heyse von den Jüngeren, Zola, Tolstoj, Ibsen, Maeterlinck, Nietzsche von den ganz Neuen besprochen. Davor, danach und dazwischen erscheinen Aufsätze über die Modernen im allgemeinen, die Beziehungen der Modernen zu Christentum und Sozialismus und anderes mehr. Es sind feine Aufsätze, voll interessanter Gesichtspunkte, und wie Kalthoff die Religion bestimmt, als lebendiges Innenleben, dem der Gottmensch des alten Christentums bei alledem innerlich näher steht, als der Zimmermannssohn der liberalen Theologie, unterschreibe ich durchaus. Denn »jener ist eine ewige Idee«, dieser aber »ein Histörchen«. In dieser Idee ist auch »ein neues Gemeinschaftssehnen, ein neues Gemeinschaftssuchen«, das darin zum Ausdruck kommt. Freilich nicht mit allem, was Kalthoff sagt, kann man einverstanden sein. Ibsens Brand machte auf den Referenten zum Beispiel nicht den Eindruck des ganzen Menschen, der alles Halbe hasst und darüber in der Welt der Halben zusammenbricht, sondern den eines Halbmenschen, eines grauenhaften Fanatikers, der seiner Zielidee all das zum Opfer bringt, um dessentwillen er doch allein die Idee verfolgen sollte. Sodann hat Kalthoff bei den Romantikern zwar den individualistischen Zug, aber nicht genug den damit historisch eng zusammenhängenden reaktionären Zug betont. Vielleicht hängt das mit einer Neigung zusammen, die er am Schlusse des Buches ausspricht: »Der moderne Mensch merkt überall, auch beim Sozialismus, dass es da *menschlich* zugeht, dass da nicht bloss *Freiheit*, sondern *Disziplin* gefordert wird.« Und »da flüchtet er sich endlich in das letzte, einzige Asyl, das ihm noch geblieben ist: in sich selbst, um endlich parteifrei, um Persönlichkeit werden zu können. Er ist ein Sozialist höherer Ordnung, . . . zufrieden, wenn er unbekümmert um den Parteinamen wieder jemand gefunden, dem es genügt, ein Mensch zu heissen.« Nun ist es ja freilich heute so, dass die sozialdemokratische Partei manche Forderungen stellt, die der von anderen Pflichten Gebundene vielleicht nicht erfüllen kann, und dass er deshalb in diesem Konflikte der Pflichten seitabstehen muss. Aber das ist denn doch etwas anders, als wenn man einer Partei zum Vorwurf macht, dass sie überhaupt straffe Disziplin und Unterordnung, die einzigen Hebel zu erfolgreichem praktischem Wirken, hochhalte.

Und ebenso ist es etwas anderes, ob man dem Sozialismus bloss darum zustimmt, weil man ihn der Idee nach für recht und gut, für Bringer von Freiheit hält, oder weil man zugleich einsieht, dass er — mit all dem relativen Zwang, den er, besonders während seiner Werdezeit, mit sich führen muss — die einzig mögliche Lösung realer heutiger Widersprüche ist. Jener Vorwurf, sowie das Freiheitssehnen des isolierten Menschen haben einen kleinen Anarchistengeruch. »Durch einsiedlerisches Loslösen vom sozialen Leben [und der dazu notwendigen Disziplin] ist der Gang orientalischer Kulturgeschichte zu Verirrungen abgelenkt«, sagt Bastian. Und so muss auch das geistige Loslösen von dem Entwickelungsstrome, heute, wo wir nicht mehr eine freie Verkehrsgesellschaft, sondern eine durch Riesenmonopole mit eisernen Klammern verbundene Kapitalherrschaft haben, zur Unfruchtbarkeit führen. Hier heisst es: Arbeite mit, soweit du kannst, wenn dir auch manches nicht schön scheint!

× ×

Kurze Chronik Über den historischen Materialismus besteht bekanntlich noch grosse Unklarheit. So greift Robert Drill in einem Aufsatz *Marx und Kant* des Jahrbuches *Patria* /Berlin, Buchverlag der *Hilfe*/ Vorländer und mich an, weil wir Marx in Beziehung zu Kant setzen. Er beschäftigt sich mit dem metaphysischen Freiheitsbegriff Kants, den wir nicht verständen, und mit dem der strenge Determinismus von Marx unvereinbar sei. Er operiert dann mit dem bekannten Fehlschluss, dass, wenn es keinen freien Menschenwillen gäbe, das Ganze einen vom Menschenwillen unabhängigen Gang nähme. Darüber sollte man doch nachgerade im klaren sein, dass schon die Worte *Wirtschaft, Technik,* den Menschengedanken und den Menschenwillen einschliessen. Otto Ehrlich hat in der *Neuen Zeit* dieses falsche, aber nachgerade zum Schlagwort gewordene Missverständnis derb, aber sachlich richtig gekennzeichnet. Dazu aber fügt Drill noch ein zweites, nicht minder schweres Missverständnis; er hält die vorgenannte

Frage für identisch mit einer ganz anderen Frage, der nach der Notwendigkeit und der Freiheit in der Geschichte. Hier aber handelt es sich nur darum, einzusehen, dass die geschichtlichen Bewegungen bis jetzt die blinden und unvorhergesehenen Resultanten des Durcheinanderwirkens vieler, wenn auch oft im einzelnen bewusster Faktoren gewesen sind. Diese zweifellose Tatsache wird erst wesentlich anders werden, wenn wir über die geschichtlichen Zusammenhänge die selbe Einsicht und gemeinsame Macht gewinnen, wie wir sie heute vielfach auf dem Gebiete der Natur haben. Dann kommen wir auch hier aus dem *Reiche der Notwendigkeit* in das der *Freiheit* — freilich der menschlich begreiflichen, nicht der metaphysischen. Mit der metaphysischen Freiheit gestatten wir uns, als mit einer sehr unfruchtbaren Materie, uns gar nicht zu befassen.

× ×

Literatur Mit Goethe als Philosophen beschäftigt sich Max Heynacher; sein Buch *Goethes Philosophie aus seinen Werken* ist als CIX. Band der *Philosophischen Bibliothek* /Leipzig, Dürr/ erschienen. Wir kommen in einer der nächsten Rundschauen noch vielleicht darauf zurück. × In 3. Auflage ist soeben das bekannte Buch Dr. M. Kronenbergs *Kant, sein Leben und seine Werke* /München, Beck/ erschienen.

FRANZ STAUDINGER

Sozialwissenschaften

Natur und Gesellschaft Die Gesellschaftswissenschaft ist in der neueren an Windelband und Rickert anknüpfenden Geschichtsphilosophie in einen diametralen Gegensatz zur Naturwissenschaft gebracht worden. Mit grossem Nachdruck betonte diese Philosophie, die Naturwissenschaften hätten sich wohl mit der Aufdeckung und Formulierung allgemeingültiger Gesetze zu befassen, nicht aber die Gesellschaftswissenschaft und die Geschichte. Diese wären auf die Erfassung des Einmaligen, des Individuellen gerichtet.

Im Gegensatz zu Rickert, Windelband und ihren Anhängern reklamiert Professor Franz Eulenburg in seiner akademischen Antrittsrede *Gesellschaft und Natur,,* abgedruckt im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik,* das Recht der Sozialwissenschaft auf Entdeckung von Gesetzen in der Gesellschaft. Unter *Gesetz* versteht er nur den Ausdruck für gleichbleibende Beziehungen zwischen Erscheinungen, die sich äussern in der regelmäsigen Wiederkehr der Ereignisse. Diese Gesetze bestreben sich, nur das Typische der Erscheinungen festzulegen. Die gesellschaftlichen Verhältnisse entfalten sich im Raume. Mit dem Raume ist aber seine Gestaltung, die Verteilung von Land und Wasser etc. gegeben. Die Gesellschaft wurzelt tief in der Natur. Es gibt *Gesetze der Siedlung.* Die denkbar innigsten Beziehungen knüpft sodann die Technik zwischen Natur und Gesellschaft. »Das, was man das Tempo des Lebens nennen könnte, ist beispielsweise zum guten Teile bedingt durch die Art unserer Verkehrsmittel und unserer Fortbewegung, durch die zeitlich-räumliche Aneinanderrückung der Entfernungen.« Zahlreiche Verbindungsfäden verknüpfen den Menschen als soziales Wesen mit der Biologie und Physiologie. »Die Bevölkerungsvermehrung, die Grundlage aller gesellschaftlichen Beziehungen, ist auch eine physiologische Tatsache, wenn auch nicht gesagt werden soll, dass sie nur eine physiologische ist.« In das Bevölkerungsproblem ragt schon das soziale Moment hinein. Malthus ging sehr in die Irre mit seiner Annahme eines gleichbleibenden, mit der Unwiderstehlichkeit einer Naturkraft wirkenden Fortpflanzungstriebes. Das Degenerationsproblem wird vor allem als ein biologisches von Fahlbeck, Steinmetz und Woltmann charakterisiert. Über die natürliche Degeneration der gebildeten Klassen, über die Einwirkung der städtischen Kultur und Intelligenz auf die Lebensenergie und Fortpflanzungsfähigkeit ist bisher noch kein die Degenerationsfrage befriedigend lösendes Material zusammengetragen worden. Die Frage der Vererbung psychischer Eigenschaften, der Begabungen etc. hat einen ganzen Kreis von gelehrten und scharfsinnigen Forschern beschäftigt. Die bisherigen Ergebnisse gestatten nach Eulenburg allerdings ebenfalls nur ein *Non liquet* und sind weit von der Verallgemeinerung entfernt, die manchmal in unwissenschaftlicher Weise angewandt worden ist. Wenn man nun all' der engen Verknüpfungen der Gesellschaft mit der Natur gedenkt, so darf man vor allem auch nicht die reine physiologische Seite der wirtschaftlichen Arbeit vergessen. Scharf wendet sich Eulenburg gegen eine mechanische Einordnung der gesellschaftlichen Phänomene in die Zusammenhänge der Natur.

»Am allerwenigsten«, so schreibt er, »kann es sich aber darum handeln, bestimmte Formeln und Erklärungsversuche der Biologie ohne weiteres auf die Sozialphänomene zu übertragen. Als könnte also mit den Formeln des Darwinismus (Variation und Anpassung, Vererbung und Entwickelung, Inzucht und Kreuzung, Vervollkommnung und Entartung, Kampf ums Dasein und Selektion) bereits eine Erklärung des sozialen Lebens gegeben werden.«

× ×

Nationalökonomie Der Ruf *Zurück zur klassichen Nationalökonomie!* hat ein erfreuliches Echo in den akademischen Kreisen gefunden. Der Buchhandel sah sich gedrängt, den Malthus, Smith und Ricardo von neuem herausgegeben. Prof. K. Diehl trat mit seinen *Sozialwissenschaftlichen Erläuterungen* zu David Ricardos *Grundgesetzen der Volkswirtschaft und Besteuerung* /Leipzig, Engelmann/ hervor. Kräftig regten sich in der Sozialdemokratie die Bestrebungen, die aufstrebenden Arbeiter in die Theorieen der klassischen Nationalökonomie und des *wissenschaftlichen Sozialismus* einzuführen. Franz Mehring liess die Gesamtausgabe des literarischen Nachlasses von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle erscheinen. Und jüngst arbeitete sich K. Kautsky durch die nachgelassenen Manuskripte von K a r l M a r x hindurch. Die Frucht dieser Arbeit liegt in den *Theorieen über den Mehrwert* /Stuttgart, Dietz/ jetzt vor uns. Die einzelnen Marxschen Beiträge zu den *Theorieen über den Mehrwert* sind nicht gleichwertig. Das liegt in der Natur der Sache. Marx hatte über die älteren Theoretiker des Werts und Mehrwerts mitunter nur kurze Notizen zusammengetragen. Die *Theorieen über den Mehrwert* enthalten ein umfangreiches Kapitel *Produktive und unproduktive Arbeit*. Gerade aus diesem Kapitel schöpft man wertvolle Anregungen und eine reiche Belehrung. Jetzt, wo endlich auch die Universitäten wieder das Studium der klassischen Nationalökonomie aufgenommen haben, ist eine Versenkung in die *Theorieen über den Mehrwert* dringend am Platz. Wer den Ricardo studiert, muss die grosszügige Marxsche Darstellung über die Theorieen dieses scharfsinnigen Nationalökonomen zur Hand nehmen. Wir werden bei der Besprechung der Lehren der Marxschen Nationalökonomie an geeigneter Stelle stets auf die Marxsche Darstellung hinweisen.

× ×

Anarchismus An den deutschen Universitäten werden jetzt des öfteren öffentliche Vorlesungen für Studierende aller Fakultäten über den Sozialismus und Anarchismus gehalten. So sprach zum Beispiel Professor K a r l D i e h l über diesen Gegenstand in den Hörsälen der Universitäten Halle, Rostock und Königsberg. Merkwürdig berührt in den Vorlesungen Diehls die Verkennung des grossen revolutionären Zuges in dem Wesen und in der sozialistischen Propaganda Ferdinand Lassalles. Das allgemeine Wahlrecht war für Lassalle das neue revolutionäre Prinzip der arbeitenden Klasse. Mit Hilfe dieses Prinzips wollte er eine grundstürzende Änderung des bürgerlichen Klassenstaates und der kapitalistischen, den Arbeiter zu einer Ware entmenschenden Wirtschaft herbeiführen. Gewiss, er wollte dem Arbeiter die Leuchte der Wissenschaft vor allem in die Hand geben, aber er wusste, dass diese Leuchte auch als eine revolutionäre Brandfackel wirken konnte. Die Wissenschaft verkündete nach Lassalle die revolutionäre Idee des Arbeiterstandes. Das schöpferische Wissen und die schöpferische Tat sah Lassalle in der Allianz der Wissenschaft und der Arbeiter verschmolzen. In den Vorlesungen Diehls *Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus* /Jena, Gustav Fischer/ taucht in dem *Zukunftsstaat* wieder das grosse Arbeitsamt auf, das die gesamte Produktion von oben zu leiten und zu verwalten hat. Dass heute schon in den grossen Genossenschaften Englands eine innige Verbindung zwischen der Produktion und der Konsumtion geschaffen ist, und dass sich dort schon die Keime einer planmässig organisierten und geregelten genossenschaftlichen Produktion zeigen, verkennt heute kaum ein Sozialdemokrat mehr. Zu der Einschaltung derartiger, von der Phantasie ersonnenen, alles reglementierenden Arbeitsorgane flüchtet sich nur noch der Utopist. Das greifbare Stück Zukunftsorganisation der Produzenten, das sich heute schon in den Gewerkschaften regt, findet bei der Sozialdemokratie das vollste Verständnis.

In den Volkshochschulvorträgen Dr. W. Ed. B i e r m a n n s *Anarchismus und Sozialismus* /Leipzig, Deichert/ wird die Geschichte und Theorie des Anarchis-

mus bis auf ihre jüngsten Phasen verfolgt. Biermann entwirft ein recht sympathisches Bild von der Persönlichkeit Peter Kropotkins. Er streift auch an einigen Stellen die soziale Entwickelungstheorie Kropotkins. Dieser sieht in dem Anarchismus eine sich schon in den Anfängen der Menschheitsgeschichte regende organisatorische Strömung, die die Gens, die Gilde, die Zunft, und dann endlich die Gewerkschaft und Genossenschaft schuf. Das sich in der Geschichte betätigende Prinzip der gegenseitigen Hilfe ist nach Kropotkin ein anarchistisches, auf den freien Zusammenschluss gleichberechtigter Genossen basierendes Prinzip.

× ×

Neuausgaben In der *Bibliothek der Volkswirtschaftslehre und Gesellschaftswissenschaft,* die von F. Stöpel begründet und von Robert Prager fortgeführt wurde, ist jetzt das grundlegende Werk Adam Smith' *Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes* in einer 2., durchgesehenen und verbesserten Auflage erschienen /Berlin, Prager/.

× ×

Kurze Chronik Vom 20. Juli bis 14. August erschien in der *Cölnischen Zeitung* die aufsehenerregende Artikelserie *Die heutige Sozialdemokratie.* Nicht gerade etwas Funkelnagelneues stand in diesen Artikeln, das Neue an ihnen war, dass sie gerade in der *Cölnischen Zeitung* standen. Ernstlich gedachte einmal die Zeitung, die sonst nur scharfmacherisch die Sozialdemokratie körperlich niederzuknüppeln suchte, mit geistigen Waffen die sozialistischen Ideen zu vernichten. Einige Gedanken, die der Verfasser vor allem unter sein kritisches Messer nahm, waren von *revisionistischer* Seite schon heftig gerüttelt und geschüttelt worden und hatten bereits ein gutes Stück Lebensodem verloren. Wir erinnern nur an die *revisionistische* Kritik der marxistischen Konzentrationstheorie, der Verelendungstheorie, der materialistischen Geschichtsauffassung. Der Verfasser der Artikelserie schwang sich — das war sehr bemerkenswert — zur Anerkennung des konstitutionellen Fabriksystems auf. Zum Schluss erklang in der Artikelserie die für die *Cölnische Zeitung* so merkwürdige Parole *Sozialreform, keine Scharfmacherpolitik!* Vor allem leuchtete in dem Artikel *Ausblick* folgender Gedanke auf: »So mündet schliesslich die Organisation der Konsumtion, wenn alle Kreise darin eingeschlossen sind, in einer Organisation der Produktion. Eine Durchsetzung des gesamten Wirtschaftsorganismus mit den Gedanken, die grösstenteils im Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen zur Verwirklichung aufgestellt sind, ist — möglichst in einer organischen Verbindung — das grosse Ziel der Zukunft unseres sozialen Wirtschaftslebens.« Mit den theoretischen Ausführungen des Verfassers werden wir uns später noch einmal in dieser Zeitschrift beschäftigen.

× ×

Literatur Als ein gewaltiges Gemälde der sozialen bürgerlichen Unkultur und der erwachenden proletarischen Kultur stellt sich die von der belgischen Arbeiterpartei herausgegebene Schrift *75 années de domination bourgeoise* dar. Im ersten Kapitel schildert Camille Huysmans die Revolution von 1830 und die politische Bewegung. Ergreifend beschreibt sodann Louis de Brouckère im zweiten Kapitel das geistige Elend in Belgien von 1830 bis 1905. Im dritten Kapitel charakterisiert Louis Bertrand das ökonomische und soziale Belgien. × Dr. J. Unold ist in seiner Schrift *Die höchsten Kulturaufgaben des modernen Staates* /München, Lehmann/ trotz seiner Schwärmerei für eine grosse Kulturmission des Staates nicht im geringsten in die kulturelle Seite der modernen Arbeiterdemokratie eingedrungen. Ein leidenschaftlicher Anwalt des Liberalismus, Gladstone, begriff selbst die Notwendigkeit, bei grossen sozialpolitischen Reformen die Massen gegen die Klassen aufzubieten. Unter den Händen Dr. Unolds verkrüppelt der Kulturstaat zu einem Berufsgruppenstaat. Er fordert vor allem allgemeines, gleiches, direktes Wahlrecht, aber ausgeübt zunächst von Berufsgruppen und für Berufsinteressen. × In der *Bibliothek der Volkswirtschaftslehre und Gesellschaftswissenschaft* zeichnet Maxim Kowalewski *Die ökonomische Entwickelung Europas bis zum Regime der kapitalistischen Wirtschaftsform* /Berlin, Prager/. Vor uns liegt erst der III. Band, der die englische, deutsche, italienische und spanische Wirtschaftsverfassung in der zweiten Hälfte des Mittelalters umfasst.

× Ganz durchdrungen von der hohen Auffassung der Gewerkschaftsbewegung als einer grossen Kulturbewegung, veröffentlicht soeben der Zentralverband der Maurer im eigenen Verlage die trefflichen Aufsätze Karl Frohmes *Arbeit und Kultur.* Mit Händen greift man in dem Frohmeschen Buche die grosse Kulturtatsache: der Mensch hat sich, wörtlich genommen, aus der Tierheit emporgearbeitet — emporgearbeitet mit Hilfe des Werkzeugs. Frohme versenkt sich gründlich in die geistvollen Schriften Noirés, Kapps, Karl Büchers, Leopold Jacobys. Vom Standpunkt der sozialistischen Weltanschauung eröffnet er den Kampf gegen die klerikale Weltanschauung. Frohme schreibt in anschaulicher, echt volkstümlicher Sprache auf wenigen Seiten die Entwickelungsgeschichte des Arbeiters vom Zunftgesellen zum modernen Proletarier nieder. Mit den Augen eines Kulturhistorikers, nicht nur eines Sozialpolitikers erfasst er die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung. Die Geschichte des Rechts auf Arbeit rollt sich in allen ihren Phasen in dem Frohmeschen Buche ab. Mit einem Ausblick in die werdende Welt des Sozialismus schliesst Frohme seine schöne, begeisterungsvolle Schrift *Arbeit und Kultur.* PAUL KAMPFFMEYER

KUNST

Bildende Kunst

Niederdeutsche Künstler Der Schultesche Kunstsalon, der zum Teil stets einen Jahrmarktscharakter trug, scheint diesen überwinden zu wollen. Er strebt nach einheitlichen Veranstaltungen. So wirkt aus diesem Grunde auch die *Ausstellung niederdeutscher Künstler* sympathisch, deren einzelne Leistungen den Durchschnitt schwerlich überragen. Man ersieht aus einer derartigen Zusammenstellung, wie ein Bild das andere zu heben vermag. Neben Schwachem findet sich Besseres, ein Geruch wie von friesischer Novellistik, Raabe und Frenssen, umweht einen. In einer anderen Ausstellung würden die einzelnen Leistungen kaum auffallen, hier sieht man sie nicht ungern. Hier sieht man, was die *Heimatkunst* vermag. Die auffallendste Erscheinung unter diesen Künstlern ist jedenfalls der verstorbene Chr. Magnussen, der zugleich am wenigsten *Heimatkünstler* ist. Er stellt ein Porträt eines Postmeisters aus, das wie ein Goya wirkt in seinen klaren, honiggoldenen Lichtpartieen und der Weichheit des zerfliessenden Strichs, der dennoch gut modelliert und dem Helldunkel die Transparenz gibt. Sehr eigentümlich wirkt ferner sein *Begräbnis,* das in den malerischen Qualitäten nicht auf die gleiche Hand schliessen lässt; freilich ist es nur Entwurf, in Sepia auf eine ungrundierte Holztafel skizziert, deren brauner Grund fast unbedeckt ist, und aus dem als einzige Farbe die weissen Schürzen der Mädchen des Trauergefolges leuchten: man ahnt seelische Qualitäten in dieser unfertigen Komposition und sähe gern ähnliche, vollendete vom gleichen Künstler.

Den breitesten Raum nimmt der verstorbene Bockelmann ein, der für seine Zeit, vor allem in seinen Studien, den Pinsel kräftig führte. Aber er, wie so mancher seiner Mitstrebenden, kam über einen ziemlich unbeholfenen Naturalismus nicht hinaus, an dem das ehrliche Wollen und die gerade Faust schliesslich das Beste war. Zu malerischen Feinheiten gelangten diese nicht. Daher wirkt die Beleuchtung in diesen Bildern absichtlich und eintönig und bedingt die Härten des in nicht aussetzender Gleichmässigkeit sich wiederholenden spröden Kolorits. Die übrigen der hier versammelten Niederdeutschen reden noch weniger zu uns durch malerische Qualitäten, als durch den liebenswürdigen Wirklichkeitssinn, der, unbehindert von Anekdotenkram, uns den Reiz der friesischen Bauernstuben schildert, wie ein akzeptabler Novellist, so dass wir uns an den metallenen Kesseln, dem bunten Porzellan, dem farbigen Meublement erfreuen; zu diesen gehört Jessen, Krogh, Hagn, und nur Alberts macht eine Ausnahme, indem er doch etwas mehr auf *Ton* geht.

Ganz zur Anekdote, wenn auch nicht im üblen Sinne, neigt hingegen Philippi, der jedoch kein Niederdeutscher ist, sondern aus Trier stammt. Er ist ein scharfer und humorvoller Beobachter der Spiessbürgerwelt, etwa wie Spitzweg einer war; nur das Philippi nicht annähernd so gut malt, wie dieser. Seine Kenntnis alter Stuben und Strassen ist zu amüsant, man sehe das Schaufenster des Bäckerladens der Kleinstadt und die *Tante,* die im Begriff ist, dort ihre Bretzel zu kaufen. Er besitzt eine grosse Kenntnis altmodischer Kleiderstoffe, alter Tapeten und Möbelstücke und, zuletzt, der altmodischen Kleinstadttypen selbst. Aber alle diese Dinge sind in einer etwas

schmutzigen Farbe, die durch Lasuren unklar und im Vortrag gequält erscheint, auf die Leinwand gesetzt — man erkennt hieran recht den Schüler Gebhardts —, so dass ein anspruchsvolleres Auge nicht zu seinem Genuss kommt. Der Mangel an malerischen Kräften beeinträchtigt in dieser gut vom Künstler beobachteten, wenn auch engen, Welt, nicht selten die Freude am Gegenstand, indem er die Atmosphäre allzu ungelüftet erscheinen lässt.

× ×

Hamershoi Kommt man von diesen *Niederdeutschen* zu den 57 Bildern des Dänen Hamershoi, so erlebt man eine angenehme Steigerung der Eindrücke. Der Reiz, den dort nur die Gegenstände vermittelten, geht hier von malerischen Qualitäten aus, und zwar von solchen nicht geringer Art. In der Wahl der Gegenstände ist der Däne den Niederdeutschen verwandt, auch er liebt das Interieur, dessen Inhalt er jedoch im Gegensatz zu jenen auf das Dürftigste beschränkt: kaum ein Tisch, ein Stuhl, graue Wände (das zarte Grau der Perle), weisse Türen sind die Dinge, die er unter der Einwirkung des Sonnenstrahls zu einer Einheit bindet, die wie ein sehr feiner, sehr heller Ton eines Instrumentes wirkt, das mit silbernen Saiten bespannt ist. Man denkt an Vermeer und an die Interieurs des modernen *Synthetisten* Vallotton — freilich ist dieser im Kolorit grundverschieden —, doch ebensowenig Impressionist im Sinne der *Farbenzerleger,* wie er, ist auch Hamershoi. Er sucht nach ein bis zwei Grundnoten und stimmt diese auf das feinste ab, und aus dieser Feinheit und Einfachheit entsteht uns zugleich eine Welt: die dänische Kultur, die einzige neben der Hollands, die einen geschlossenen und traditionellen Charakter bewahrt hat. Man denkt an ganz stille Menschen, an junge Frauen, solche, wie wir sie aus der Dichtung des Jacobsen kennen, die in diesen Räumen ihr stilles Leben in *Sehnsucht* leben. Aber diese feine Interieurkunst zeigt uns zugleich die Grenzen der Begabung Hamershois: ein Landschafter ist er nicht, was im Interieur Zartheit war, wird hier zur leblosen Schwäche; Bäume und Gebäude stehen kraftlosen Schemen gleich wie wesenlose Nebelgebilde da. Freilich sind auch diese Bilder nicht ohne gewisse Vorzüge, die nur das Auge und die Hand eines ganzen Künstlers vermitteln. Im Porträt ist er hin und wieder von feiner Beobachtung, und — wie in dem des Cellisten — auch von ausreichender Kraft der Farbe. In diesem Bilde ist die Lichtverteilung sehr gelungen, so dass eine lebendige Wirkung des Dargestellten entsteht, aus den Gegensätzen des Braun des Instruments, des Graugrün im Hintergrund und dem lichten Weiss der Wäsche im schwarzen Rock, während das Gesicht, da das Licht von oben fällt, beinahe im Schatten gehalten ist. So gibt das von oben kommende Licht den im Spiel begriffenen Händen viel Leben und konzentriert die Aufmerksamkeit auf sie, wie der Vorgang es verlangt. Eine recht gelungene Malerei nach einem verwitterten griechischen Relief, dessen weiche Morbidezza des Künstlers Pinsel mehr entgegenkam, als irgend eines, bestärkt in uns die Empfindung, dass im allgemeinen seine Farbe für die Figurenmalerei nicht ausreicht — auch die Interieurs mit Figuren waren nicht die glücklichsten —, indem die meisten der grösseren Figurenbilder matt und wesenlos wirken, gleich Bildern nach schwach kolorierten Skulpturen: eine Eigentümlichkeit, die ihnen zugleich einen seltsam geisterhaften Zug verleiht.

× ×

Liebermann Selten sahen wir eine so interessante Liebermann-Ausstellung, wie die, die Paul Cassirer im November in seinem Salon uns vorführte. Als erstes gilt zu konstatieren, dass der Künstler an Einfachheit und Sicherheit des Vortrags, wie an Kraft der Farbe ständig zunimmt und dadurch auch an inneren Gehalt; diese Bilder wirken lebendiger, als irgend welche früheren Werke Liebermanns, und gehören zum Besten, das auf diesem Gebiet geleistet werden kann und im Augenblick geleistet wird. Es seien vor anderen betont die Bilder des letzten Sommers, zwei Amsterdamer Strassenbilder und ein neuer *Biergarten*; nie noch zeigte er in diesem oft behandelten Thema so leuchtende Lichtpartieen, wie die hier im Hintergrund und jene der hellen und farbig gekleideten Gestalten. Ein intensives Leben webt in diesen Farben und wir sind selten vor einem Bilde von Liebermann so warm geworden. Es ist wie eine zitternde Erregung in diesem Bilde, und man meint, der bald Sechzigjährige habe es mit klopfendem Herzen und jagendem Puls gemalt. Es ist ganz seltsam, wie jugendlich dieses Bild wirkt, ich nehme diesen Ausdruck jetzt

nicht nur in Bezug auf die Person des Künstlers, als vielmehr auf die darin zum Ausdruck gebrachte Naturanschauung überhaupt. Hier ist ein Mann, der von der Natur — nicht einem Vorbild — ausging und nach mühsamem Ringen nun bei der Meisterschaft der Wiedergabe endete. Darin soll er uns ein Beispiel sein. War in jenem *Biergarten* der Hintergrund eine siedende, farbige Lichtglut, so zeigen die Amsterdamer Bilder einen ruhigen Grundton, durch die breiten Partieen der braunen Häusermassen, in denen die farbigen Flecke der bunten Lappen wie starke Akzente wirken, die mit grosser Sicherheit hineingesetzt sind. Sehr pikant ist auf einem andern, einem Gartenbild, in dem ein zartes Grün vorherrscht, das durch dieses leuchtende Rot des Ziegeldaches und die Verbindung von beiden Farben. Hierneben zeigen die drei Fassungen der *Reiter am Strande* den Maler in der Beherrschung feiner grauen Töne, die der bedeckte Himmel im Verein mit dem Wasser der Nordsee bedingt. Die Qualitäten dieser Bilder sehen wir aber in einem erhöhten Grade in dem Bilde *Tennisspieler,* in dem der Reiz des grauen Tones mit den überaus glücklich erfassten Bewegungen der Spieler die Situation besonders wirkungsvoll zum Ausdruck bringt. Eine eigene Gruppe bilden eine Reihe kleiner Landschaftsskizzen, zumeist von der See, die auf ein paar Grundtöne gestimmt, den Ausschnitt knapp wiedergeben. So ein Dünenwinkel, in dem das Braun der Dächer fein zum gelben Sand steht, oder das Grün einer Holzbude einen zarten Ton abgibt. Hieran reihen sich eine Fülle von Zeichnungen, die neben wenigen Landschaften, die Bewegung und Gruppenbildung festhalten, mit scharf charakterisierendem Strich. Doch sind, für meinen Geschmack, die Blätter ein wenig zu gleichmässig; man vermisst — es wird in der Zeichnung durch das Wegfallen der Farbe bedingt — den geistigen Anlass und die Notwendigkeit des Einzelnen, den Mangel an Typensinn: diese Figuren haben alle keine Köpfe. Das wirkt auf die Dauer ermüdend. Ein schwaches Kinderporträt zeigt uns zum Schluss — und das ist eine Erscheinung, die uns schon häufiger bei Liebermann auffiel —, wie seine koloristischen Fähigkeiten nachlassen, sobald er nicht vor der Landschaft sitzt und sich mit der Wiedergabe einer Individualität befassen muss.

× ×

Schuch und andere Dann zeigte uns Schulte den talentvollen, verstorbenen Charles Schuch, den man unlängst wiederentdeckte. Wir sehen ihn diesmal in der Farbe weniger abhängig von seinem Lehrer Leibl. Es sind weniger die bekannten, schwarzbraunen, samtweichen Leibltöne, die wir diesmal sehen, in diesen Sachen ist ein sichtliches Streben nach hellen Farben; aber dem damals entdeckten eckigen Querstrich zuliebe geht manches verloren. Die Technik wirkt ermüdend, weil absichtlich, und nimmt den Gegenständen den Materialcharakter. Es ist nicht die Farbe allein, die hier sprechen soll, auch die Form; diese aber wird beeinträchtigt: Äpfel, Metallgeschirr, Stoffe, alles wirkt gleich schmalzig, ein Zug, der dadurch noch gesteigert wird, dass das Ganze ein wenig auf Münchener *Tonschönheit* abgestimmt ist. Charles Schuch hatte gewiss viel Talent, aber war, nicht frei, in Schulkonvention befangen.

Daneben sehen wir, zu unserem nicht geringen Missbehagen, den anglisierten Bayern Herkomer. Ein deutscher Akademiker, der sich mit englischer Kultur recht geschmacklos und laut drapiert. In den grossen Repräsentationsstücken ist er ein englischer Anton von Werner, krautig in der Farbe, marklos in der Zeichnung. Dort aber, wo er farbig sein will, wirken seine Farben durchaus *materiell,* stechend, wie ein chemisches Salz. Direkt beleidigend für das Auge. Ein solcher Mann musste Erfolg haben, er konnte nicht ausbleiben, und so wurde der Künstler der Liebling aller Bankiers. Den Gipfel der Geschmacklosigkeit bildet sein Selbstporträt, auf dem er, ordenübersät, wie ein Hofschauspieler beim Aktschluss, eine schmachtende Donna im Arm hält.

Fautin-Latour, den wir auch bei Gurlitt sahen, gehört zwar zur Gruppe der Impressionisten, dem Alter und Verkehr nach, doch blieb er zeitlebens ein Romantiker. Er ist unter den französischen Figurenmalern etwa, was Corot unter den Landschaftern war. Er ist durchaus Maler — was den verschwindenden, im Licht aufgelösten Kontur betrifft — aber subjektiv im Kolorit; meist dunkel und von rokokoartigem Schwung in der figuralen Komposition. In diesem Sinne schuf er auch Lithographieen, und über einer, auf der Genien die Goethe-Büste kränzen, steht geschrieben: »Dem unsterblichen Dichter des *Wilhelm Tell*«!! Er schuf auch Porträts.

Karl Heider aus Schliersee gehört zu den älteren deutschen Malern, die zwar einseitig arbeiten, nicht aber konventionell im Sinne der Marktware. Er zeigt eine ausgeprägte Eigenart, doch ist sie derart, dass wir sie nur in geringen Dosen geniessen können. Er ermüdet leicht in seiner durch das Gebirge bedingten spröden Zeichnung und seinen Lackfarben.

× ×

Ideenkunst Es ist eine bekannte Sache, dass nichts schwieriger ist, als Märchen dichten; dass das Kindliche nicht kindisch, das Einfache nicht albern wirkt und einen tiefen Sinn verrät, darin steckt der geheime Zauber und seine grosse Wahrheit, und so ist es ungemein interessant, zum Beispiel an den Andersenschen Märchen zu verfolgen, wie ein Meister dieser Kunst langsam den Grad der vollkommenen Einfachheit erreichte. Ganz ähnlich nun steht es um die Ideenmalerei und vor allem, wenn es sich um dem Märchen verwandte Stoffe handelt. Da kommt der Durchschnitt aus der Stümperei nicht heraus. Im Grunde ist diese Durchschnittsware ja nicht schlechter, als die Durchschnittsware auf dem Gebiet des Impressionismus, wenn ihre Schwächen auch augenscheinlicher sind und deshalb von den Anhängern des Impressionismus gern als Waffe gegen jede Ideenkunst gebraucht werden. Das Gute ist auf beiden Gebieten gleich selten und für den Ungeübten gleich schwer zu erkennen.

Wie wir nun in Liebermann vorhin einen Meister des Impressionismus sahen, so sehen wir in Oberländer, von dem uns Gurlitt sechs Bilder vorführte, einen Grossen der Ideenkunst. Seiner Phantasie, die die zartesten und stärksten Dinge beherrscht, ist ein an Shakespeare gemahnender Zug eigen; es ist etwas wie ein Spiel mit Naturgewalten und von einem, der ihr Meister ist. Der deutsche *Erdgeist* spricht aus diesen Tafeln, und so vorsichtig wir mit dem Prädikat *deutsch* in der Kunst sein müssen; hier ist es am Platze, wie gegenüber jüngern Künstlern allein bei Böhle. Das wesentlichste an diesen Bildern ist Oberländers typenbildende Kraft; man schaue diese Riesen, die Zauberer und den Teufel, der vor allen durchaus neu und originell wirkt. Technisch sind die hier ausgestellten Werke ungleich und manchmal schwach, dennoch aber hat man die Empfindung, dass sie aus jenen Gründen stammen, da die Werke werden, die über die Jahrhunderte währen, Werke der Einsamkeit und des Tiefsinns. Oberländer ist kein Kolorist im modernen Sinne, trotzdem ist die Farbe nicht nebensächlich bei ihm, und er vermag geschickt durch seine stumpfen Temperatöne zu wirken, die er mannigfaltig dem Gegenstande anpasst.

× ×

Kurze Chronik Thomas Way, ein langjähriger Freund Whistlers, schenkte dem *Britischen Museum* 120 Zeichnungen Whistlers. × Die Lipperheidesche Kostümbibliothek ist nunmehr im Erweiterungsbau des Berliner Kunstgewerbemuseums zur Aufstellung gelangt. × Der Bildhauer Theodor von Gosen wurde Professor in Breslau. × In Holland rüstet man sich zur Feier des 300. Geburtstags Rembrandts am 15. Juli 1906. × Die 3. Ausstellung des *Künstlerbundes* findet 1906 in Weimar statt. × In München wurde die berühmte Sammlung Pannwitz versteigert, sie erzielte 1 100 000 M. Kleine Porzellanfigürchen stiegen bis auf 28 000 M. × Der *Kunstwart* veranstaltete im Dürer-Haus eine Ausstellung seiner sämtlichen bisherigen Publikationen, bei welcher Gelegenheit Herr Jessen, Direktor des Kunstgewerbemuseums, mitteilte, dass der *Kunstwart* bisher nicht weniger als 3 Millionen der billigen Kunstblätter nach berühmten Meistern à 25 Pf. verbreitet hat. × Der Architekt August Endell eröffnete in Berlin, Fasanen St. 43, eine Schule für Formkunst.

× ×

Literatur Im Verlage von F. Bruckmann in München erschien, als eine der wertvollsten Publikationen auf dem Gebiet der Kunstliteratur der letzten Zeit, und zu dem billigen Preise von 4 M. mit vielen guten Illustrationen der *Velasquez* des englischen Malers R. A. M. Stevenson. Im Gegensatz zu Justi, dem ausgezeichneten aber schwerfälligen Historiker, beschränkt sich Stevenson auf eine Analyse des malerischen Phänomens Velasquez. Und das volle Begreifen dieser Seite der Kunst ist eine der wesentlichen Aufgaben unserer Tage.

Emil Heilbut äusserte im *Tag* in einem Aufsatze über die *Villa Romana*, die neue *Künstlerbund*stiftung, sehr vernünftige Ansichten, denen jeder Einsichtige beipflichten muss. Wie die Akademieen Romstipendien verteilen, so der *Künstlerbund* neuerdings Florenzpreise. Ein

löblicher Fortschritt gegen die Akademieen, deren Auszeichnung gewöhnlich nur den talentlosen Streber traf, war des *Künstlerbunds* Bestimmung, seine Vergünstigung auch gereiften Begabungen und selbst Wohlhabenden zukommen zu lassen. Nun sagt Heilbut mit Recht, dass dieser letzte Passus nur einen Sinn hat, wenn der Wohlhabende verkannt ist und der seelischen Aufmunterung bedarf. Sonst ist er ein Unsinn. Derart findet er aber diesmal durchaus keine Erfüllung, indem man zwei mit ideellem und finanziellem Erfolg reich gesegnete Künstler ausgewählt hat. Andere wieder eignen sich ihrer Anlage nach — zum Beispiel van de Velde — durchaus nicht für Florenz. In summa: diese ganze *Villa Romana*-Stiftung ist zwecklos und aus einem veralteten Prinzip entsprungen. Es kann heute nur Sinn und Aufgabe einer Künstlervereinigung sein, sich in den Besitz möglichst grosser Barmittel zu bringen und Künstler durch den Ankauf von Bildern aufzumuntern oder in die Lage zu setzen, an einem ihnen geeigneten Ort ungestört zu schaffen. × Das Novemberheft von *Kunst und Künstler* veröffentlichte eine Reihe von Zeichnungen, mit denen Robert Walser das Landhaus des Verlegers S. Fischer geschmückt hat. So lieblich und reizvoll eine derartige Kunst in gewissem Sinne nun auch ist, wir können uns doch nicht mit ihr einverstanden erklären. Man könnte sich wohl denken, dass ein vornehmer Dilettant um das Jahr 1830 derartige Dinge — und vielleicht noch mit mehr Talent — auf den Kopf seiner Briefe zeichnete, die er seiner Geliebten schrieb. Wenn nun aber heute einer sich mit derartigem begnügt, der von Beruf ein Maler sein will, so verstimmt das. Es ist gewiss eine hübsche Empfindung in diesen Dingen, doch der sie macht, hat nicht das Recht, sie als Kunstwerke an die Öffentlichkeit zu bringen. Wäre er in einem anderen Berufe tätig und fertigte solche Dinge an, man würde sagen: ein entzückender Mensch! So aber legt man ein strengeres Wertmass an, und da kann er nicht bestehen. Nur ein Mensch, der die Linie genial handhabte, wie Beardsley, hatte die Fähigkeit, solche Dinge zu jenen Kunstwerken zu steigern, welche diese sein möchten. × In der *Zukunft* publizierte Ernst Reinhart (bekanntlich ein Pseudonym für Walter Rathenau) einen Aufsatz *Von neuzeitlicher Malkunst*. Die Aufsätze dieses Mannes fielen schon vor Jahren auf; man sagte sich: dies schrieb einer, der nicht berufsmässig sich mit Kunst befasst, ihr aber umso näher steht, ein Mensch von innerer Kultur. Sein oben erwähntes Essay enthält Stellen, die den Leser bereichern, er sei daher zur Lektüre empfohlen. RUDOLF KLEIN

Dichtkunst

Romane

Als vor Jahresfrist bei Cassirer eine deutsche Übertragung von Gustave Flauberts *Education sentimentale*, die jetzt 36 Jahre alt geworden ist, erschien, da wirkte dieses Buch wie ein moderner, in unseren Tagen geschriebener Roman. Und wenn man dem Geheimnis nachgeht, das diesem Werke seine Unvergänglichkeit sichert, dann ist es die ins Einzelnste hineinflutende Künstlergewissenhaftigkeit, die, über Mode und Zeitströmung hinaus, ein objektives Lebensbild formte, das zwar eine persönliche Dichterkonfession darstellt, diese jedoch zur absoluten Bedeutung erhöhen konnte. Im Technischen stehen die heutigen Belletristen französischer Zunge noch ganz in Flauberts Schule. Das zeigt sich vorzüglich an Camille Lemonnier, dem Belgier, der in seiner *Hysterischen*, deutsch bei Jaques Hegner in Berlin, in der gleichen Art die religiösen Ekstasen einer Nonne zu buchen sich müht, wie es Flaubert für den heiligen Antonius getan hat. In den mächtigen Foliopergamenten des *Acta sanctorum* und in der zierlicheren *Legenda aurea* stehen in naiv bombastischer und mit aller Dogmengläubigkeit genährter Rede die Versuchungen, die Begnadigungen, die Martyrschicksale der Heiligen und Frömmsten aufgezeichnet. Lemonnier will an einer Beghinennonne den absonderlichen Gang ihrer körperlichen und seelischen Entartung erzählen. Er bringt medizinische Kenntnisse des weiblichen Organismus vor, und die periodischen somatischen und psychischen Störungen des zu spät in die Mannbarkeit reifenden Klostermädchens dienen ihm als Rahmen für eine sehr düstere Geschichte. Ein stolzer, in Asketismus sich zerfleischender Priester wird zu sinnlicher Raserei entzündet. Als er sich keinen Rat mehr weiss in der unnatürlichen Pein, unterwirft er seinem brennenden Gelüst das armseligste, schwächlichste Geschöpf, die blutleere, stigmatisierte und von Selbstgeisselung misshandelte Nonne. Die gerät in den Wahn, durch Hingabe an den

Priester ein Heilandsopfer zu werden. Der Priester schwängert das hilflose Geschöpf, und als er in Gefahr ist, entdeckt zu werden, da hat er sich schon ganz zur Bestie umgemodelt. Er treibt der Willenlosen die Frucht ab, die dasteht als ein schrecklicher Auswurf der gehässigen Natur. Es ist ein grausiges und doch ernst zu nehmendes Buch. Es ist besonders interessant dem, der für all solche finsteren Zusammenhänge des Körperlichen mit dem Seelischen die Teilnahme des psychologischen Forschers hat, und nicht bloss das Anathema des praktischen Politikers. In der Art solcher Analysen liegt es, dass sie leicht in wissenschaftliches Räsonnieren verfallen. Auch Lemonnier vermeidet das nicht. Beinah scheint es, als wenn ein Künstler für modernen Geschmack derartige Themata nicht mehr mit scharfem Ernst behandeln dürfe, sondern ihm hierfür eine witzige Ironie oder gar spöttelnde Karikatur besser anstünde. Die Renaissance hat so etwas schon empfunden, wie das Masuccio lustiges Zötlein von der Empfängnis des fünften Evangelisten erweist.

Die *Académie Goncourt,* die unabhängig von dem staatlichen Institut Literatur fördern will und sich als eine freiere und dem modernsten Geist verwandte Gesellschaft fühlt, hat Léon Frapiés Roman *Maternelle* mit einem Preise gekrönt. Das Werk hat ihn verdient. Das benedeite Urwesen, die herrliche Kraft der Mütterlichkeit, wird an einer Frau geschildert, deren Schoss verschlossen bleiben musste, und die deswegen gerade all ihre Mutterinstinkte auf Hunderte der Kleinen überlenkt, die in einer Kinderschule in Paris untergebracht sind. Kommunale Spielschulen, darinnen die Proletarierkinder von zwei Jahren bis zum sechsten gesäubert, genährt, gewärmt und unterhalten werden, existieren in Paris. Für einen Menschen, der mit dem Herzen beobachtet, lassen sich unendlich viele Tragödien und auch hellere Geschicke aus solcher Welt herauslesen. Die *Maternelle* besitzt hierfür die richtigen Organe. Man könnte das französische Wort etwa übersetzen als *Quell aller Mütterlichkeit.* Der Verdeutscher fand keinen guten Titel und benannte das Buch *Die Kinderschule* /Berlin, Fleischel/.

Keime zu Lebenstrauerspielen wurden in der *Kinderschule* ausgesät. Einen einzigen Untergang schildert Hermann Hesses jüngster Roman *Unterm Rad* /Berlin, S. Fischer/. An einem hoffnungsvollen Jüngling vergehen sich durch törichte Erziehung erst das Vaterhaus, dann die Lehrer, dann die falschen Freunde und Berater. Unterm Rad des nicht Verstandenwerdens muss das junge Blut sich zermahlen lassen, bis es vor seiner Blüte schon kalt wird. Hesse wollte ein liebes, alle Stimmungen der Barmherzigkeit aufreissendes Buch. Ihm gelang ein nicht besonders spannender Roman, der an künstlerischer Reife dem *Peter Camenzind* bedenklich nachsteht. Entweder ist das Werk älter und nur hervorgeholt. Dann wär das nicht schlimm. Denn es hat noch allerhand Gutes und besonders ein famoses Einleitungskapitel. Ward es wirklich jetzt erst geschrieben, dann schad um den Poeten, der noch nicht wieder zu Kräften kam oder schon so früh zu welken beginnt.

Gegenüber lauten und doch beim genaueren Urteilen beispiellos unberechtigten Romanerfolgen hat der Erzähler Georg Hirschfeld noch immer kein genügendes Publikum gefunden. Und weil seine letzten Dramen an theatralischer Schwäche litten, ist er stark in den Hintergrund gedrängt. Der Erzähler Georg Hirschfeld ist aber alles Lobes wert, wie sein letzter Roman *Das grüne Band* /ebenda/ wieder zeigt. Er will das Rätsel der Kunstbegabung lösen im Plastiker, im Musikanten, im Dichter. Und die verschiedensten Typen der Schaffenden stellt er dar: die Starken, Arbeitsfesten, die ihr Ziel mit eisernem Wollen und Können erreichen, und die ewigen Phantasten, die über das Entwerfen und Planen nicht zum Gestalten kommen; die geschickten, gewissenlosen Brotkünstler ohne Seelenfeuer und die von der Kunst nur in einem Jugendtraum Angerührten. Diese Menschen, Männlein und Weiblein mischt er, sehr nach der Wirklichkeit, die weinen macht und gerührt, sehr nach dem Ideal, das hochstimmt und begeistert. Er dichtete Szenen in das Buch, die sich tief ins Gedächtnis pressen, so jenes Kapitel, darinnen ein Bräutigam kommt, einem Mädchen die Grabrede zu halten, das um seiner enttäuschten bräutlichen Sehnsucht willen ihr Leben fortschleuderte.

× ×

Neuausgaben Von Arno Holz' *Buch der Zeit* ist eine neue Ausgabe erschienen /München, Piper/. Es ist erfreuend, sich

hierdurch wieder an den jungen Draufgänger zu erinnern, der inzwischen glücklicherweise seinen Kampfesmut noch nicht verlor, obwohl er in seinem verdammt konventionellen *Traumulus* ins neblige Philisterland abschwenkte. Auch Frank Wedekind bringt seine älteren verschollenen Gedichte und Erzählungen von frischem vors Publikum (*Die vier Jahreszeiten* und *Feuerwerk* /München, Langen/). Es war hier schon die Rede von Wilhelm Schwaners Unternehmen, im Verlage des *Volkserziehers* eine *Germanenbibel* herauszugeben. Was an deutschen Büchern gewissermassen sakralen Wert bekommen hat, das soll unter dieser Firma dem deutschen Volke in billiger und schöner Auswahl beschert werden. Es ist das eine schwere und nicht sehr dankbare Arbeit, weil zu leicht persönliche Vorliebe des Auswählenden mitspricht. Dem scheint aber Schwaner mit Vorsicht aus dem Weg zu gehen. Wenn er Rückert bringt, Hölderlin und Möricke, dann ist hier die Auswahl gewiss am Platze. Man muss nur tadeln, dass die bibliographischen Anmerkungen für Leser, die mehr haben wollen, nicht ausreichen und auch nicht die philologisch besten und dem Preis nach wohlfeilsten Ausgaben erwähnen. Eine engere, aber ähnliche Aufgabe stellten sich die Verleger Eugen Diederichs in Jena und Greiner & Pfeiffer in Stuttgart. Der erste lässt Auslesen veranstalten in den *Erziehern zur deutschen Bildung* von Herder, Winkelmann, Friedrich Schlegel, Fichte etc., also bloss von den Denkern. Über den Kreis der Deutschen schweifen die im zweiten Verlag vom Freiherrn Jeannot von Grotthuss redigierten *Bücher der Weisheit und Schönheit*. Dort wird einträchtig dargeboten die Heilige Schrift mit Montesquieu, Gorkij mit dem kurländischen Lyriker von Fircks, der wenig bis jetzt gelesen wurde. Wilhelm von Humboldt soll der Sammlung einverleibt werden.

× ×

Kurze Chronik Arthur Schurig übersetzt bei Diederichs in Jena Stendhals Tagebücher und Briefe unter dem Titel *Bekenntnisse eines Egotisten* und bei Eichenberg in Siena den IV. Band von Rétif de la Brétonnes autobiographischem Roman *Das enthüllte Menschenherz*. Er leitet beide Bücher gründlich und zuverlässig ein. × Bei Diederichs in Jena wird die beste deutsche Tolstoj-Ausgabe, die Raphael Löwenfeld besorgt, fortgesetzt. × Amerikanische Kulturbilder sind Heinrich Pfitzners *Prüfungen der Baptisten zu Littleville* und *Waiward City* /Minden i. W., Bruns/. × Im gleichen Verlag werden des englischen Jules Verne, H. G. Wells Romane *Die ersten Menschen im Mond* und andere, deutsch herausgegeben.

× ×

Literatur Voltaire, den alle Kritiker witzig und kurzweilig hiessen, und den Henry Beyle als langweilig verschrie, hat in *Lynkeus*, dem Naturforscher Josef Popper, einen neuen Apologeten gefunden /Dresden, Reisner/. Popper ist ein eigenwilliger, zu spitz oft übertreibender Denker, dem in Voltaire das »naivste, beste, mitunter recht unartige, gescheiteste, gelehrteste und gewaltigste Weltkind, das jemals existierte,« erscheint. × Was Moeller van den Bruck (*Die Zeitgenossen, die Geister, die Menschen* /Minden i. W., Bruns/) über verfallende und aufsteigende Völker und über deren Geistesvertreter in der Gegenwart zu sagen hat, entwuchs einer Weltanschauung, die übersättigt geworden zu sein scheint an der immer zum Artistischen steuernden Gegenwartskultur, und die ausspäht nach einem neuen, wieder belebende Daseinsenergien schaffenden Kulturgenie. × Samuel Kublinski spielt um das Thema *Schiller* in einem Essay der Sammlung bei Bard & Marqardt in Berlin. × Ebendort redet Georg Brandes über Anatole France. MAX HOCHDORF

Musik

Reger Wenig Neues ist in der letzten Zeit hervorgebracht worden, das über das Tagesinteresse hinaus Beachtung verdient. Umso grösser musste die Erregung in der musikalischen Welt werden, als Max Reger gleich mit einer ganzen Anzahl neuer Werke hervortrat. Es gibt so viele Massstäbe, mit denen man einen Künstler messen kann, und so verschieden diese sind, so verschieden lauten auch die Urteile über Reger. Lässt man den gelten, dass ein Künstler desto bedeutender ist, je mehr seine Werke bei wiederholtem Hören wachsen, dann darf man Reger zu den ganz Grossen zählen. Deshalb auch ist mir der letzte Beethoven der allergrösste, Schumann grösser, als Mendelssohn, Reger grösser, als seine Zeitgenossen. Es besteht eine innere

Verwandtschaft zwischen jenen dreien. Wenigstens die Vorzüge sind die gleichen, vor allem die Vertiefung in das rein Musikalische. Mit der selben Rücksichtslosigkeit, wie Beethoven in seiner *Missa solemnis*, schafft Reger selbst in seinen *schlichten* Weisen und Sonatinen. Er scheint nur für sich zu schreiben, ohne die Möglichkeit der Ausführung zu beachten. Er denkt nicht daran, dass es kaum Musiker gibt, die seine Werke technisch bewältigen, oder dass die kontrapunktische Verarbeitung der Themen oder die Kühnheit der Modulation zu den grössten Härten und Missklängen führt. Und doch billigen wir bei ihm das, was wir bei anderen tadeln, weil eben diese Art des Schaffens ihm erst die vollste Freiheit gibt, das auszudrücken, was er ausdrücken will und kann. Eine ähnliche Intensität des Denkens und Empfindens, wie beim späten Beethoven: sind seine Werke freudig, so ist es eine stärkere Freude, überschäumender, als bei anderen (so die vierhändigen Stücke op. 34), sind sie innig und zart, dann mehr, als bei anderen (Lieder op. 31, 76, 88). Nur eins können sie nicht sein: dünn, schwach, oberflächlich. Man hat zwar Reger vorgeworfen, seiner Erfindung fehle die Stärke. Ich glaube, wer ein Fugenthema ersinnt, wie er am Schlusse seiner Violinsonate op. 84, dem darf man einen solchen Mangel nicht vorhalten. Es liegt in seiner Persönlichkeit, dass er zu gunsten der Vielseitigkeit in der Stimmung auf jene grossen, langatmigen Themen verzichtet, die ein in der Stimmung einheitliches Verarbeiten verlangen. Er weicht hier ganz bewusst von der älteren Sonatenform ab. Wohl zerbröckeln zuweilen seine grösseren Sätze, dafür sind aber die einzelnen Stücke oft von hervorragendem Wert (Sonaten für Klavier und Violine, oder Klarinette, Violine solo). Am stärksten vielleicht ist Reger dort, wo ein eigenes formelles Gestalten weniger möglich ist, in den strengsten Formen, zum Beispiel der Fuge. In seinen Orgelkompositionen und den sich an die Klassiker anschliessenden Stücken kann sich Reger am freisten geben, da er seine ganze eigenartige Individualität in das Ausfüllen der vorhandenen Formen hineinlegen kann (Choralkantate *O Haupt voll Blut und Wunden*).

Ob nun Reger der ist, der unserer Musik den entscheidenden Stoss in die *neue Richtung* hinein zu geben vermag, ist eine müssige Frage, da sie nur die Zeit entscheidet. Nach einer Seite hin wird er aber hoffentlich von wesentlicher Bedeutung werden. Er zeigt, dass wenigstens für ein nordisches Empfinden der blosse Schönheitskultus nicht der Gipfel der Kunst ist. Nach Regers bisherigen Erfolgen sieht es fast so aus, als ob der Verinnerlichung der Musik auch der Geschmack folgt. Hierzu scheint Reger nicht als letzter beizutragen.

× ×

Programmmusik

Diejenige Musik, die man oft fast ausschliesslich unter dem Begriff *Programmmusik* verstand, kann wohl als überwunden gelten. *Odysseus' Heimkehr* von Ernst Boehe wird sich schwerlich lange halten. Anderes in dieser Art ist von geringerer Bedeutung, wie zum Beispiel das Melodram *Graf Walter und die Waldfrau* von A. Ritter, oder die Ballade *Des Fährmanns Bräute* von Sibelius, in der die Musik fast nur in der naturalistischen Nachahmung eines Sturmes besteht. Das Programm ist hier meist erzählender Art. Und wenn man den Komponisten auch bestätigen kann, dass sie ihr Ziel erreicht haben, so ist das noch kein Lob, denn gerade dann spricht das Gemüt meist nicht mit. Deshalb lässt Boehe trotz der guten Gedanken, in denen sich ein recht starkes Talent zeigt, doch kalt.

Anders bei den Werken, die mehr einen Gedanken, ein Problem, eine Stimmung als Programm wählen. Hier kommt es vor, dass diese Musik sich mit der absoluten eng berührt, ja, wo liegt die Grenze? Soll man Beethovens *Eroica* und *Pastorale* nicht auch dazu zählen, passt die Bezeichnung *Faustsymphonie* nicht auch auf den ersten Satz von Beethovens *Neunter?* Fr. Kloses symphonische Dichtung *Das Leben ein Traum* behandelt ein Problem, den Gedanken des hoffnungslosen Kämpfens. Es ist aber die selbe Tragik, wie wenn ein Sterbender leben, ein Blinder sehen will. Trotz des grossen Aufwandes wirkt das Werk kleinlich, kein grosser Gedanke darf sich entwickeln. Das Problem des unterliegenden Kämpfers, das Prometheusproblem, das könnte zu einer wahren Symphonie führen, das Gegenstück aber kann nichts als eine grosse Leere ergeben. Einen Schritt weiter nach dieser Richtung macht Ludwig Hess. Durch Memlings Bild *Himmelskönig mit musizierenden Engeln* angeregt, gibt er die Stimmung wieder

in einem Werk, das zu seinen glücklichsten zählt.
Eine symphonische Dichtung von C. Franck scheint mir eins seiner schwächsten Produktionen zu sein. Aus unbedeutenden Themen, die eine künstlerische Verarbeitung kaum zulassen, wird ein Stück von beträchtlicher Länge gemacht, in dem an wenigen Punkten nur die Langeweile unterbrochen wird. Sein älteres, hinlänglich bekanntes und gewürdigtes *Präludium, Choral und Fuge* ist von Pierne geschickt für Orchester übertragen worden.

× ×

Kurze Chronik München hat eine Musikalienleihbibliothek in ganz der selben Weise, wie unsere Volksbibliotheken, errichtet. Das ist besonders deshalb nachahmenswert, weil das sonst für Noten ausgegebene Geld fast ausschliesslich den Verlegern zufliesst, die sich den Künstlern gegenüber nur in seltenen Fällen durch Kulanz auszeichnen. × Berlin hat in der neu erbauten *Komischen Oper* ein Institut, das für das Musikleben, nach den ersten Aufführungen zu urteilen, von Bedeutung werden möchte. × Ein Oratorium *Von den Tageszeiten* von F. E. Koch wurde in Cöln aufgeführt. × Ebenso Kauns Klavierkonzert es-moll in Leipzig, mit gutem Erfolge. × Am 20. November 1805 wurde Beethovens *Fidelio* (*Leonore*) zum erstenmal gegeben. Zur Zentenarfeier dieses Tages hatte das Berliner Opernhaus mit grossem Glück das Werk nach der ersten Fassung neu einstudiert. × Zu Wildenbruchs Drama *Die Lieder des Euripides* hat Voglich eine Musik geschrieben. × Desgleichen Humperdinck zum *Kaufmann von Venedig*. × Die Opern *Manuel Menendez* von L. Filiasi, und *Zierpuppen* von A. Götzl fanden in Prag vielen Beifall. Letztere ist nach den *Précieuses ridicules* gearbeitet und soll den Molièreschen Geist in recht feiner Weise wiedergeben.

× ×

Literatur Die Schrift W. Wimmershofs *Oper oder Drama?* /Rostock, Volckmann/ will die ›Notwendigkeit des Niedergangs der Oper‹ beweisen. Sie überzeugt nicht, zumal sie Tatsachen, die dagegen sprechen, ignoriert, und bringt so nur Ansichten. Die aber sind — Ansichtssache. Der warme Ton macht die Lektüre angenehm. × Zwei Musikgeschichten verdienen grössere Beachtung: H. Riemanns *Handbuch der Musikgeschichte* /Leipzig, Breitkopf & Härtel/ behandelt in dem bisher erschienenen I. Band das Altertum. Das Bild, das der gelehrte Verfasser gibt, zeichnet sich durch Klarheit und Wissenschaftlichkeit aus. Man darf auf die Darstellung der neueren, die Allgemeinheit mehr interessierenden Musik gespannt sein. × H. Leichtentritts *Geschichte der Musik* /Berlin, Hillger/ bietet mehr, als das unscheinbare Äussere erwarten lässt. Das Werk wird weniger seiner eigentlichen Bestimmung für die breiteren Volksschichten dienen können — schon wegen der zahlreichen Fremdwörter nicht —, als vielmehr den Gebildeten. Die übersichtliche Einteilung und die ganz vorzüglichen kurzen Charakteristiken, in denen der Verfasser das Subjektive nicht aufgibt, machen das billige Buch zu einer recht brauchbaren Einführung. × Bremers *Handlexikon der Musik*, von Schrader neu herausgegeben /Leipzig, Reclam/ beschränkt sich in seinen Angaben auf den äusseren Lebensgang und Aufzählung der Werke der Künstler und verzichtet auf ästhetischen Komentar; es bringt weniger aber Ausreichendes über Instrumente, Theorie u. s. w. Sonst ist es übersichtlich und umfassend. × Als Nachschlagewerk ist wohl auch Kretzschmars *Führer durch den Konzertsaal* gedacht, dessen 2. Abteilung *Kirchliche Werke* bei Breitkopf & Härtel in 3. Auflage erschienen ist. Als gediegener Musikkenner behandelt Kretzschmar vieles und hebt überall das Wertvolle hervor, damit der Leser weiss, worauf beim Hören besonders zu achten ist. Oft laufen diese Erläuterungen aber auf eine blosse Erzählung der Teile eines Werkes hinaus. Das nimmt ihm das Lebendige, macht es weit umfangreicher, als nötig, und auch teuer. × Fritz Hoyer betritt in seinen *Tabellen* /Selbstverlag/ einen originellen Weg, die musikalische Theorie zu vereinfachen. Er stellt auf Grund seiner *Geometrie des Dreiklangs* ein System aller denkbaren Tonleitern auf. In diesen 10 Tonleitern sind sämtliche denkbaren Akkorde enthalten, und wir bedürfen jetzt nicht mehr jener wenig einleuchtenden *alterierten Akkorde, Wechselnoten, Trugfortschreitungen* u. s. w., um das Wesen der Harmonie zu erklären. Die Tabellen 6 und 7 (Tonarten und Kadenzen) dürften vielleicht den theoretischen Unterricht wesentlich umgestalten. × Die in unserer Rundschau bereits erwähnte, von Richard

Strauss herausgegebene Sammlung *Die Musik* /Berlin, Bard, Marquardt & Co./ wird in ziemlich rascher Folge fortgesetzt. Von den neuen Bändchen sei Romain Rolland *Paris als Musikstadt* erwähnt. × Ganz besonders wertvolle Publikationen sind die Gesamtausgaben der literarischen Werke von Hector Berlioz und Peter Cornelius, die der Verlag von Breitkopf & Härtel in Leipzig ediert. Wir kommen darauf noch ausführlicher zurück.
Eine kürzlich in München gegründete Zeitschrift *Musikalische Rundschau* wird einen schweren Stand haben, um sich neben den schon bestehenden durchzusetzen. Die Artikel über Mahler und Reger im 6. Heft lassen das aber hoffen. Abgesehen von den grösseren Aufsätzen berücksichtigt das Blatt vorzugsweise München.

ERNST AARMANN

DIVERSA

Bücher

Sterne: *Werden und Vergehen*

Nun ist die von Wilhelm Bölsche geleitete, bei Borntraeger in Berlin erschienene Neuausgabe des einst so berühmten Werkes zu Ende geführt (über den I. Band siehe *Sozialistische Monatshefte*, 1905, I. Bd., pag. 108), und in zwei stattlichen Bänden haben wir das Glaubensbekenntnis eines ehrlichen Denkers vor uns. Dass es aber mehr, als eine individuelle Gesinnungsäusserung, ist, liegt vor allem daran, dass die Erkenntnis, zu der Carus Sterne gelangt, gleichzeitig die eines ganzen Zeitalters ist. Der Carus Sterne, der die Resultate der einzelnen Forscher, die dem weiteren Kreise der Gebildeten als Fachwissenschaft naturgemäss fremd geblieben wären, als einheitliche neue Naturauffassung im edelsten Sinne popularisierte, hat einen so grossen indirekten Einfluss auf die Kultur der Gegenwart ausgeübt, dass kaum ein ernsterer Mensch aus der Generation, die aus den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts stammt, ihm nicht etwas Wesentliches zu danken hätte. Natürlich ist die Wissenschaft in vielen Dingen nicht auf dem Standpunkt Sternes stehen geblieben; es sind wesentliche neue Tatsachen aufgedeckt worden, so dass das Buch nicht ohne weiteres neu aufgelegt werden konnte, und es entstand daher für Bölsche die schwierige Aufgabe, den alten Inhalt getreu und doch modernsten Forschungen entsprechend wieder zu geben. Er hat sich denn auch mit grösster Pietät an das gehalten, was Carus Sterne vertritt, nur in Randbemerkungen hier und da die eigene Stellung markiert und die Ergebnisse neuer Forschungen in durchaus organischer Weise dem Buche mitgegeben. So besitzen wir also wieder ein bedeutendes Werk mehr, das den Durst unserer Zeit nach naturwissenschaftlicher Bildung zu stillen vermag; nur scheint es, als ob einem jüngeren Geschlecht alle die in *Werden und Vergehen* angeregten Gedanken in verschiedenen Formen und Präparaten heute so leicht eingeflösst würden, dass es sich nicht mehr die Mühe nimmt, derartige Werke im stillen Kämmerlein wirklich durchzuarbeiten. Schade wäre es drum: denn alle Einzelkenntnisse zusammengenommen sind immerhin nicht das, was die grosse Einheitlichkeit gibt, die für Carus Sterne das Resultat aus jenen Einzelkenntnissen geworden, und sie geben nicht die Wärme und das poetische Empfinden, das Sterne als unverwüstliche Existenzberechtigung in das Buch goss.

× ×

Grottewitz: *Sonntage eines grossstädtischen Arbeiters in der Natur*

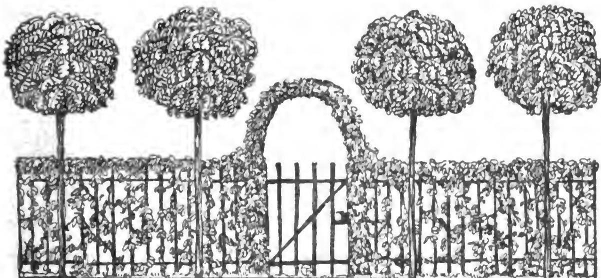
Einen wahren Freundesdienst hat Bölsche dem so früh und so plötzlich dahingeschiedenen Curt Grottewitz getan, indem er einen, vorderhand freilich nur geringen, Teil der Aufsätze des Verstorbenen, die sich leicht unter einen gegebenen Gesichtspunkt vereinigen liessen, sammelte, mit einem warmen Vorwort versah und im Verlag der Buchhandlung *Vorwärts* herausgab. Merkwürdigerweise ist Grottewitz, dem der *Vorwärts* so viele köstliche naturwissenschaftliche Plaudereien verdankt, kaum in weiteren Kreisen beachtet worden; und doch hat er eine ganz eigene Note: er ist ein grosszügiger Dichter und stiller Naturschwärmer; er hat einen feinen, leisen Humor, ein inniges Verstehen der spröden märkischen Natur und ein scharfes, klares Auge, das nicht nur geniesst, sondern auch erkennt. Was er sah, was er erforschte, das gab er mit einer Anspruchslosigkeit in die Welt hinaus, dass ihm kaum einer dafür dankte. Und doch hat er eine grosse Mission erfüllt, indem er es verstand, zum *einfachen Manne* zu sprechen und dessen unbeholfener Liebe zur Natur ein Führer zu sein.

IDA HÄNY-LUX

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLÄNDER · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. · DRUCK VON *GUTENBERG* DRUCKEREI UND VERLAG A. G. · SÄMTLICH IN BERLIN



VINCENT VAN GOGH · SELBSTPORTRÄT



2. HEFT / FEBRUAR 1906

EUGÈNE FOURNIÈRE · DIE FRANZÖSISCHE SOZIALDEMOKRATIE UND DIE KOMMENDEN WAHLEN

DIE auf den Kongressen von Rouen und Paris vollzogene Einigung der bis dahin getrennten beiden Gruppen des französischen Sozialismus war nicht das Ergebnis eines Kompromisses, das heisst einer Reihe gegenseitiger Konzessionen, sondern bedeutete vielmehr für die eine der beiden Gruppen die völlige Aufgabe alles dessen, was sie in Programm und Taktik bisher von der anderen getrennt hatte. Was ist die Ursache dieser Erscheinung? Wie konnten unsere Freunde, die unter der Führung von Guesde, Vaillant und Lafargue den *Parti socialiste de France* gebildet hatten, um sich herum diese Einheit schaffen und die Gruppe, die unter Jaurès, Briand, Viviani und Rouanet den *Parti socialiste français* darstellte, dazu bringen, sich im eigentlichsten Sinne des Wortes aufzulösen und in einer Einheit aufzugehen, deren Programm und Taktik sich mit Programm und Taktik des alten *Parti socialiste de France* vollkommen deckt?

Haben wir hierin einen Akt der Nachgiebigkeit gegen die Wünsche des internationalen Kongresses von Amsterdam zu erblicken? Gewiss waren diese durch eine Abstimmung ausgedrückten Wünsche für das Verhalten der französischen Sozialisten durchaus nicht gleichgültig, aber ihr eigener heisser Wunsch war die Einheit. Der Beschluss des Amsterdamer Kongresses war nicht entscheidend für ihr Verhalten, aber er gab ihnen die Mittel an die Hand, zu einer Verständigung über die Einigkeit zu gelangen. Der eifrigste aller ihrer Anhänger war unstreitig Jaurès, der in dem Verständigungsausschuss, worin von 1895 bis 1900 alle Fraktionen des französischen Sozialismus vereint waren, es an keiner Anstrengung hatte fehlen lassen, um diese Einigung in eine Einheit zu verwandeln, und der mit wahrem Schmerze im Jahre 1900 die Gruppe um Guesde, 1901 die um Vaillant und schliesslich vor dem Kongress von 1902 die um Allemane nach einander aus dem Verständigungsausschuss ausscheiden sah. Die ersten beiden hatten sich bald darauf vereint, um den *Parti socialiste de France* zu bilden; sie folgten darin dem Beispiel der *Unabhängigen Sozialisten* und der *Föderation der sozialistischen Arbeiter,* die unter

dem Namen *Parti socialiste français* zu einer Partei zusammengetreten waren. Die ersteren vertraten die überlieferte *radikale* und *revolutionäre* Taktik, die letzteren wählten zur Richtschnur ein Verhalten, das ihnen die nötige Bewegungsfreiheit gab, um über die politischen Ereignisse nicht von aussen zu urteilen, sondern an ihnen teilzunehmen und sie zum Besten der Interessen der Sozialdemokratie auszunutzen. Die sogenannte *Sozialistische revolutionäre Arbeiterpartei*, die Gruppe Allemanes, die übrigens in Wirklichkeit sehr schwach war und nur in Paris Anhänger und Sitze im Stadtrat besass, war wieder in die Isolierung zurückgekehrt.

Die tatsächlichen Machtverhältnisse der beiden Hauptgruppen waren nun wie folgt beschaffen: Der *Parti socialiste français* zählte in der Kammer drei Viertel aller sozialistischen Abgeordneten. Er besass die beiden einzigen Pariser Tageblätter der Partei. Seine Lokalorganisationen waren ebenso zahlreich, wie die des *Parti socialiste de France*. Dank der Beredsamkeit Jaurès' und der Taktik Briands hatte er eine Zeitlang in der Kammer überragenden parlamentarischen Einfluss: Die Bildung der republikanischen Blocks ermöglichte die Verabschiedung des Gesetzes über die Kongregationen, die Festlegung der zweijährigen Militärdienstzeit, die Schaffung der Alters- und Invalidenversicherungsgesetzgebung nach dem Vorbilde der dänischen und neuseeländischen und schliesslich die Trennung von Kirche und Staat. Kurz, jeder Schritt dieser Partei stellte einen demokratischen und sozialen Fortschritt dar, jede ihrer parlamentarischen Aktionen zwang die republikanische Partei, bis an die Grenze ihres politischen Programms zu gehen und sich zu sozialen und arbeiterfreundlichen Reformen zu entschliessen; alle ihre Unternehmungen waren mit einem Worte ein Sieg. Haben sich diese Männer nun an Händen und Füssen gebunden denen ausgeliefert, deren Vertreter in der Kammer sich darauf beschränkt sahen, stillschweigend und unter der Führung der Jaurèsisten die Abstimmungen zur Unterstützung und Ausbreitung des republikanischen Gedankens zu sanktionieren?

Es gab dafür viele Gründe, deren wichtigster nach meiner Auffassung der folgende war: der Zwiespalt, der in dem *Parti socialiste français* von Anbeginn an existierte, und der mit wachsendem parlamentarischen Einfluss gleichermassen zunahm. Unmerklich entstand eine Scheidung in der Gedanken- und Gefühlswelt zwischen den Gewählten und ihren Wahlkomitees: die ersten waren zu sehr geneigt, die sozialistische Tätigkeit in die engen Grenzen des Parlamentarismus zu bannen, die anderen waren zu empfindlich für die Vorwürfe, mit denen die Genossen von der anderen Fraktion sie überschütteten, nämlich aus der sozialistischen Partei lediglich einen Anhängsel des republikanischen Blocks zu machen. Da ausserdem diejenigen lokalen Komitees, die keinen Abgeordneten besassen, zahlreicher waren, als die anderen, da sie ferner in weniger enger Fühlung mit den Mitgliedern der Parlamentsfraktion standen, weniger gut über die Bedeutung der befolgten Taktik unterrichtet waren und ungeduldig danach strebten, scharfe Opposition gegen alle bürgerlichen Gruppen (demokratische und radikale sowohl, wie konservative) zu machen, so entstand eine starke Bewegung, die auf eine Änderung der Taktik abzielte. Diese Bewegung wäre im *Parti socialiste français* nicht aufgekommen, wenn erstens die Abgeordneten engere Fühlung mit ihren Komitees gewahrt hätten, und wenn sie zweitens neben dem notwendigen Eifer für die Trennung von Kirche und

Staat — zu welchem Werke sie sich mit allen aktiven Kräften der französischen Demokratie verbunden hatten — auch den Arbeiter- und sozialen Problemen, die jeder Tag aufwarf, nachhaltigere Aufmerksamkeit und regere Tätigkeit zugewendet hätten. Eine solche Bedeutung gewann die Bewegung in kurzer Frist, dass die Abgeordneten sich vor der Gefahr sahen, den Zusammenhang mit ihren Truppen vollkommen zu verlieren. Freilich, für ihre Mandate brauchten sie nicht zu zittern. Die Masse ihrer Wähler besteht aus Demokraten, die ein aufrichtiges Interesse an den Reformen zu gunsten der Arbeiter nehmen, aber eifriger noch den Kampf gegen die Pfaffenherrschaft und gegen die Wiederkehr einer offensiven reaktionären Politik betreiben. Ihr Sozialismus geht nicht eben weit, und mit der Theorie pflegen sie ihren Kopf nicht zu belasten. Ihrer Wähler wären sie also sicher gewesen. Durften es aber die Abgeordneten, selbst unter diesen Umständen, auf einen Konflikt mit ihren Komitees, mit jenen Gruppen der sozialistischen Genossen ankommen lassen, die das Prinzip des Klassenkampfes lauter betonten, und mit deren Unterstützung sie doch gewählt worden waren?

Eine Änderung in der Taktik des *Parti socialiste français* war also notwendig und musste eine Annäherung der beiden Gruppen begünstigen, die auf dem Kongress zu Amsterdam das Bild einer so weitgehenden Uneinigkeit gegeben hatten. Nach meiner Ansicht war aber der Wechsel zu schroff, zu weitgehend; er trug nicht das Gepräge des Bedauerns über etwas, was schlimmstenfalls eine Unterlassungssünde war, sondern das der Reue und der Abkehr von der Politik der Verteidigung der republikanischen Freiheiten, von der Mitarbeit, die man dem Ministerium Combes bei der Ausführung des Programms der Trennung von Staat und Kirche geliehen hatte. Auf dem Parteitag des *Parti socialiste français* zu Rouen hatte man beschlossen, die Parlamentsfraktion solle aus der Delegation der Linken ausscheiden, das heisst dem republikanischen Block den Rücken kehren. Mit diesem Beschlusse gab man dem *Parti socialiste de France* ein wichtiges Unterpfand; man räumte damit jeden ernsthaften Grund der Trennung und Absonderung aus dem Wege. Es war ein der Einheit der Partei dargebrachtes Opfer, das andere nach sich ziehen musste. Auf dem darauf folgenden Pariser Kongress, auf dem sich die drei getrennten Fraktionen und die unabhängig gebliebenen regionalen Föderationen zusammenfanden, wurde die Einheit auf dem Boden der Intransigenz und der Opposition gegen jede Regierung begründet, einem Boden, von dem sich der *Parti socialiste de France* nicht entfernen wollte, und auf dem wir dann alle mit ihm zusammengekommen sind.

Wir werden also geeint in die nächste Wahlschlacht ziehen und wollen ihr nach dem Beschluss des Parteitages in Chalon-sur-Saône die grösstmögliche Ausdehnung geben. Aber auf diesem Parteitage fehlte eine Anzahl von Abgeordneten und regionalen Föderationen, die an den beiden anderen teilgenommen hatten, ohne gegen die Beschlüsse Protest einzulegen, aber sich geweigert hatten, in die geeinte Partei unter den vom Pariser Kongress aufgestellten Bedingungen einzutreten. Seither sind der Partei noch einige Abgeordnete und mit ihnen ihre Organisationen beigetreten; so besonders Briand und die Föderation der Loire und Breton mit der des Cher. Auch die Föderationen des Rhône und der Bouches du Rhône, die die beiden grossen Städte Lyon und Marseille umfassen und eine ziemlich grosse Zahl von Abgeordne-

ten zählen, sind gespalten. Jeder dieser Landstriche hat seine *geeinte* und seine autonome Organisation, seine der geeinten Partei zugehörigen und seine autonomen oder vielmehr der autonomen Föderation zugesellten Abgeordneten. Es ist dabei interessant, festzustellen, dass die unter den oben mitgeteilten Bedingungen begründete Einheit — mit Ausnahme von Paris — ihre glühendsten Anhänger in den Gruppen findet, die keinen Abgeordneten im Parlament haben und auch so bald keinen haben werden, während hingegen gerade in den Departements und Landstrichen mit einer starken sozialistischen Wählerschaft — mit Ausnahme der Departements Seine und Gard — die Einigung auf die grösste Abneigung und den heftigsten Widerstand gestossen ist.

Unter welchen Bedingungen die geeinte sozialistische Partei den Wahlkampf im kommenden Mai bestehen soll, lassen die Beschlüsse des Parteitags nicht sehr genau erkennen. Einige Mitglieder der Partei, die das Andenken an die sozialistischen Erfolge aus der Zusammenarbeit mit den republikanischen Fraktionen der Linken (ministerielle Zusammenarbeit von 1899 bis 1902 und parlamentarische von 1902 bis 1905) nicht verloren hatten, schlugen ein Wahlabkommen mit diesen Fraktionen vor; nicht für den ersten Wahlgang, wo die Parteien ihr Programm entwickeln und ihre Anhänger zählen müssten, wohl aber für den zweiten Gang, und zwar dergestalt, dass die an zweite Stelle gelangenden Kandidaten zu gunsten ihrer Konkurrenten von der Linken verzichten sollten. Der Parteitag erklärte, wie man weiss, dass das Interesse der Republik unlöslich mit dem Interesse des Sozialismus verknüpft sei, wies aber ein so weit gehendes Engagement ab; er liess jeder Föderation für ihre Haltung bei der Stichwahl freie Hand und fasste nur bindende Beschlüsse gegen die der geeinten Partei fernbleibenden Sozialisten, zu deren Gunsten zurückzutreten den offiziellen Parteikandidaten verboten wurde. Dieser letzte Beschluss kann sich mit Gründen der Disziplin motivieren lassen, ist aber deshalb doch in keiner Weise zu billigen. Wie soll es auch angängig sein, dass man zu gunsten eines Radikalen zurücktritt, um die Wahl eines Konservativen zu verhindern, während man im Wahlkreis nebenan die Wahl eines Konservativen der eines dissentierenden Sozialisten vorzieht! Das widerspricht ja vollständig jener einmütigen Erklärung des Parteitags, die das republikanische und das sozialistische Interesse als identisch hinstellt. Wenn die Parteitage widerspruchsvolle Resolutionen annehmen, dann setzen sie sich der Gefahr aus, dass in der Praxis keine von ihnen beachtet wird.

Die Einigung ist geschaffen worden, und ich erkenne gern den erheblichen Vorteil an, den die sozialistische Partei für den Augenblick daraus zieht. Die heftigen Anklagen, die verbitternden Polemiken haben aufgehört. Die Nähe der Wahlen bringt selbst eine Abschwächung der widerstreitenden Gefühle mit sich, die wir überall dort finden, wo sich Gruppen zu einer Einheit zusammengeschlossen haben, die sich gestern noch befehdeten. Aber die Einheit des Gefühles und der Lehre fehlt: Auf der einen Seite stehen diejenigen, die alles von der revolutionären Katastrophe erwarten, zu der nach Marx der Gegensatz hinführt, den er in der Struktur des Kapitalismus und seiner Entwickelung sah; und auf der anderen diejenigen, die die Sozialisierung des Eigentums besonders von der demokratischen Entwickelung erwarten, wie ja auch schon, theoretisch, die öffentliche Gewalt sozialisiert worden ist. Die einen treiben ihre doktrinäre Rechtgläubigkeit so weit, dass sie die Wirksam-

keit von Einzelreformen leugnen und erklären, sie legten den verschiedenen politischen Formen, in denen sich die Herrschaft der Bourgeoisie manifestieren kann (Republik, Monarchie oder Zäsarismus), keine Bedeutung bei. Die anderen erblicken im Gegenteil das für den Fortschritt und die Verwirklichung sozialistischer Ideen notwendige politische Werkzeug in der Demokratie. Diese hatten die Mehrheit der Wähler, vielleicht sogar der Komitees, auf ihrer Seite. In der geeinten Partei befinden sie sich jetzt in der Minderheit, da sie bei ihrem Eintritt selbst eine auf die Methoden der Intransigenz eingeschworene Minorität mitbrachten. Man muss allerdings bedenken, dass diese intransigenten Methoden, dank der Macht der Tatsachen, lediglich die Bedeutung niemals angewendeter Theorieen haben. Man betont sie feierlich, steckt sie aber vor den Notwendigkeiten des Tages und der Stunde schnell in die Tasche. Als Millerand versuchte, das lediglich antiklerikale Ministerium Combes zu stürzen und dabei auf die Unterstützung der intransigenten Sozialisten rechnete, weil er seinen Angriff gegen dies Ministerium mit der Klage über Vernachlässigung der Arbeiterreformen und Sozialpolitik begründete, da waren es nicht allein die Freunde von Jaurès, die dieses Ministerium retteten, sondern auch die von Guesde und von Vaillant; Vaillant, der all sein Lebtag dem Republikanismus treu geblieben war, stieg sogar auf die Tribüne und erklärte, dass er der Opposition bei ihrem Angriff auf ein republikanisches und antiklerikales Kabinett die Gefolgschaft verweigere!

Die grundsätzlichen Auffassungen in Sache der Methode werden, abgesehen von persönlichen und vereinzelten Entgleisungen, im bevorstehenden Wahlkampf ebensowenig eine Rolle spielen, wie die Formeln, in die sie sich kleiden. Denn allgemein besteht der Wunsch: der Partei so viele Stimmen und Mandate, wie möglich, zu gewinnen. Es fragt sich nun aber, ob die geeinigte Partei unter den Umständen, wie sie ihre Vereinigung zuwege gebracht hat, einen günstigen Boden zur Erringung der Erfolge, die sie sich verspricht, vorfindet. Fortgerissen durch die intransigente Strömung hat sie auf dem Pariser Kongress den Anarchisten, die unter dem Namen *revolutionärer Gewerkschaften* die *Confédération générale du travail* beherrschen, Avancen gemacht, die übrigens von jenen hochmütig zurückgewiesen worden sind. Nun sind zwar die *revolutionären,* anarchistischen, parlamentsfeindlichen Gewerkschaften — die unter dem Vorgeben der Ablehnung politischer Betätigung eine besondere Politik derjenigen aller anderen Parteien, auch der sozialistischen, entgegensetzen — in der *Confédération générale* in der Mehrheit; aber erstens repräsentieren sie nur die Minderheit der in ihren verschiedenen Branchen Organisierten, da sie mehr Wert darauf legen, *revolutionäre* Kämpfer zu werben, als die Masse der Arbeiter zu organisieren; und zweitens ist auch in der *Confédération générale* ihre Personenzahl sehr viel geringer, als die der Reformer. Den Beweis dafür liefert ihr verzweifelter Widerstand gegen die Einführung der proportionalen Vertretung auf dem Kongress und im Vorstand der *Confédération.* In Parenthese sei angemerkt: Für diese sonderbaren Anarchisten, die den Lehren ihrer Meister Proudhon und Bakunin gründlich untreu geworden sind, bedeutet also die Gruppe alles und das Individuum nichts. Stirner, bei dem die Gruppe nur ein Mittel für das Individuum war, muss noch im Grabe mit den Zähnen darüber knirschen; aber die lange Reihe der Jakobiner, der Theoretiker und Praktiker der Staatslehre, von Robespierre bis Blanqui.

muss vor Freude zittern. Die Avancen, die der geeinte Sozialismus dem *revolutionären* Anarchismus machte, werden seine Wahlaussichten selbstverständlich nicht gerade verbessern; und es mutet etwas sehr sonderbar an, dass man sich nach dreijähriger fast völliger Vernachlässigung der speziellen Arbeiterfragen jetzt in die, zum Glück verachtungsvoll geschlossenen, Arme derjenigen wirft, die den Eintritt der Arbeitermassen in die Gewerkschaften mehr hindern, als fördern.

Noch einen andern Fehler hat die geeinte Partei gemacht und der Parteitag von Chalon gutgeheissen. Ich meine die Rede Hervés über den Patriotismus, die er auf dem Fest zur Feier des Abschlusses des Pariser Kongresses und der Durchführung der Einigung hielt. Hervé hatte als Parteigenosse, wie jeder andere, das Recht, seine Meinung auf jeder ihm beliebigen Tribüne zu äussern. Nur eine durfte er dazu nicht benutzen: diejenige nämlich, die ihm die Partei zu dem genau umschriebenen Zweck zur Verfügung stellte, die sozialistische Einigung zu kräftigen. Ich setze einmal den Fall, ich, oder irgend ein anderer, wäre, wie Hervé, vom Kongress beauftragt worden, im Namen der ganzen Partei das Wort zu nehmen, und ich hätte mir dabei erlaubt, mein Bedauern darüber auszusprechen, dass in der Prinzipienerklärung, mit der unsere Fraktion der geeinten Partei beigetreten ist, nicht einmal das Wort *Republik* vorkommt, oder darüber, dass die sozialistischen Abgeordneten aus dem Block ausgeschieden sind: ich wäre auf das entschiedenste getadelt worden, bei dieser Gelegenheit eine solche abweichende Meinung geäussert zu haben. Und man hätte recht gehabt, mich zu tadeln. Aber die Männer der heftigen, der unklugen Phrasen laufen niemals Gefahr, getadelt zu werden! Schliesslich und nach einem recht langen und recht peinlichen Schweigen, während dessen die Presse aller Farben die französischen Sozialisten als Anhänger der Theorie Hervés hinstellte und behauptete, sie seien gleich Hervé bereit, den Reservisten im Kriegsfalle die Desertion anzuraten, entschloss sich die Parteileitung, in einer sehr konfusen und keinerlei Tadel für Hervé enthaltenden Erklärung daran zu erinnern, dass die internationalen Kongresse den Sozialisten aller Länder die Pflicht auferlegt hätten, den Ausbruch von Kriegen zwischen den Völkern zu verhindern. Schon vor dieser Erklärung hatte allerdings Jaurès öffentlich darauf hingewiesen, dass die Ansicht Hervés seine private Angelegenheit sei, und dass kein überzeugter Sozialist sie teilen könne. Aber es war eben nicht die Partei, die so gesprochen hatte, und das Publikum sah, selbst nachdem die Erklärung der Parteileitung in ihrer unbestimmten Fassung erschienen war, nur die eine Tatsache, nämlich, dass Hervé Mitglied des *Nationalrats* der sozialistischen Partei ist.

Die harte, ungerechte und unsinnige Strafe, die über Hervé vor wenigen Wochen verhängt wurde, kann mich nicht von der bitteren Pflicht entbinden, frank und frei meine Meinung über derartige Handlungen und Haltungen auszusprechen, die der Entwickelung des französischen Sozialismus so grausam schädlich sind. Ich nehme, und mit vollem Rechte, Akt von dieser Verurteilung, durch die sich die sozialistische Partei zur Solidarität mit Männern, die durch die Verfolgung geheiligt wurden, gezwungen sehen wird, obschon sie ihre Theorieen ablehnt. Wer aber hat unsere Partei in diese schwere Gefahr gebracht? Diejenigen, die uns auf dem Wege der Entsagung und Lossagung von unseren Ansichten den Weg zur Einigung geführt haben, wie ich es oben

darstellte. Erste Entsagung: Sie haben den republikanischen Block verlassen, dessen Zement oder vielmehr Ferment sie waren. Während die Reaktionäre und die Moderierten erklärten, im Block seien die Radikalen die Gefangenen der Sozialisten, behaupteten unsere dissentierenden Parteigenossen und die widerstrebende Minderheit im *Parti socialiste français*, dass Jaurès, Rouanet, Briand und ihre Freunde die Gefangenen der Radikalen seien. Diese hielten sich im Block, trotz der Provokationen der Rechten, wacker. Als ihm aber die Sozialisten den Rücken gekehrt hatten, da verfielen die Radikalen wieder in ihre organische Disziplinlosigkeit, in ihre Couloirverschwörungen und in ihre ministeriellen Strebereien. Ergebnis: Das Ministerium Rouvier gravitiert mit seiner Politik mehr zur Mitte des Parlaments und unternimmt ungestraft eine Reihe von reaktionären Schritten, ordnet die Verfolgung von Gewerkschaften an und schliesslich auch die Strafverfolgung gegen die Unterzeichner des antimilitaristischen Plakats, die am 30. Dezember von den Geschworenen der Seine verurteilt worden sind. Ich wiederhole: Derartiges hätte sich nicht zugetragen, wenn die Parteien der Linken, vereint, zusammengehalten und angeregt durch die Vertreter der Sozialisten, in einem festen Block geblieben wären, der den Ministern seine Weisungen gab und, je nach Bedarf, sie auch abschob, um Männer an ihre Stelle zu setzen, die sich den Wünschen der Demokratie und der Arbeiterklasse besser anzupassen entschlossen waren.

Ich spreche keine vermessene Ansicht aus, wenn ich behaupte, dass, falls sich die Sozialisten schon vor der Votierung des Gesetzes über die Trennung von Kirche und Staat vom Block zurückgezogen hätten, dieses Gesetz in dieser Legislaturperiode überhaupt nicht verabschiedet worden wäre. Was man auf dem Boden demokratischer Fortschritte eingebüsst hat, beweist das klärlich. Der Block, in dem die Sozialisten, dank dem Talent und dem Charakter von Jaurès, Briand und ihren Freunden, eine führende Rolle spielten, hätte die Strafverfolgung gegen die Unterzeichner des antimilitaristischen Plakates nicht zugegeben; das republikanische Prinzip wäre ihm vorgehalten und auch der Regierung aufgezwungen worden, dass, mag eine Ansicht auch noch so töricht und abscheulich sein, man kein Verbrechen begeht, wenn man sie ausspricht. In diesem Gefängnis, in das man jetzt Hervé, Urbain Gohier, Bousquet und ihre Freunde einsperrt, erblicke ich die vom Ministerium Rouvier am Vorabend der Wahlen ausgestellte viel gefährlichere Falle, in die die ganze sozialistische Partei geraten wird.

Was nun den republikanischen und demokratischen Fortschritt anlangt, den Mangel einer soliden Organisation der Demokratie im Augenblicke der Anwendung des Gesetzes über Trennung von Staat und Kirche, ein Gesetz, das in unserem Lande einen Religionskrieg entfesseln kann, die letzte Hoffnung der Reaktion, die gezwungen ist, die Maske des Liberalismus vorzubinden, sind das nicht alles Fragen, die durch den Zustand der Isolierung und Ohnmacht aufgeworfen werden, in den sich die sozialistische Partei selbst versetzt hat? Hoffen wir, dass nicht die sozialistische Einigung — selbstverständlich ohne es zu wollen — den republikanischen Fortschritt und sogar die Sicherheit Frankreichs als Opfer heischt!

Wird nun wenigstens um den Preis dieser peinlichen Möglichkeiten, deren Eintritt schliesslich dem Sozialismus in unserem Lande einen furchtbaren Schlag versetzen würde, nach dem energischen Ausspruch von Rouanet, die geeinte

sozialistische Partei die radikale Partei an die Wand drücken? Drei Wahlen haben nach dem Kongress von Chalon stattgefunden; drei Kandidaten der geeinigten Partei, alles drei Männer von Bedeutung, waren in volkreichen Wahlkreisen aufgestellt worden: in Lyon, um einen dissentierenden Sozialisten, in Reims und in Toulouse, um Radikale zu ersetzen. In Lyon ist wieder ein dissentierender Sozialist gewählt worden; in Reims und in Toulouse haben die Radikalen die Mandate behauptet, nachdem die vereinigten Sozialisten bei der Stichwahl zu ihren Gunsten zurückgetreten waren. Ich will nicht prophezeien — das ist das Dümmste, was man tun kann, und ein Sozialist soll sich noch sorgfältiger davor hüten, als sonstwer —, aber ich muss doch feststellen, dass insgesamt sich die vereinigten Sozialisten bei den nächsten Wahlen in einer schlechteren Situation, als früher, befinden werden. Das ist auch der Grund, warum einige der Abgeordneten sich vor dem Beitritt zur geeinigten Partei gehütet, andere ihn nur so zögernd vollzogen haben. Sie haben übrigens unrecht gehabt: es wäre besser gewesen, alle diese Kräfte hätten sich vereinigt, um der Partei eine andere Richtung zu geben und ihr Fehler zu ersparen, die sie begangen hat, und die ich nicht aufgezählt hätte, wenn sie in dem Bilde hätten fehlen dürfen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RICHARD CALWER · DIE MAROKKOKONFERENZ

VON der Notwendigkeit der Marokkokonferenz ist ein Teil der Öffentlichkeit noch immer nicht überzeugt. Alle Welt wird man auch von dieser Notwendigkeit nicht überzeugen können, aber doch wenigstens die Kreise, die Deutschland für berechtigt halten, gegen die französisch-englischen Abmachungen Einspruch zu erheben. In diesen Kreisen kann man sehr häufig die Meinung hören, dass eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland zur Beilegung der Differenzen vollständig hingereicht hätte; es hätte sich dann die Konferenz in Algeciras, die doch wieder neue Gefahren heraufbeschwören könne, erübrigt. Diese Meinung ist falsch. Wenn Deutschland auf eine internationale Konferenz hingewirkt hat, so ist seine Diplomatie im Gegensatz zu Frankreich durchaus richtig vorgegangen, mögen auch einzelne Schritte der deutschen Regierung bei der ganzen Aktion missbilligt werden.

In dem englisch-französischen Übereinkommen vom 8. April 1904 räumt England Frankreich das Recht ein, über die Ruhe Marokkos zu wachen und der marokkanischen Regierung den etwa erforderlichen Beistand zur Umgestaltung der Staatsverwaltung, Finanzen und Armee zu leisten. Wie Frankreich dieses ihm von England eingeräumte Recht auszunutzen anfing, das erfuhren wir aus dem Gelb- und dem Weissbuch. Am 15. Dezember 1904, also verhältnismässig kurze Zeit, nachdem Frankreich sich mit Spanien über die Marokkofragen auseinandergesetzt hatte, richtete Delcassé an Taillandier, welcher im Begriff stand, als französischer Gesandter nach Fez abzureisen, einen Erlass, der das französische Programm der militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Reformen in Marokko enthielt. In diesem Erlass wird ausgeführt, die Ruhe müsse überall gesichert werden, wo die einheimischen Elemente mit den europäischen in unmittelbarer Berührung ständen, um Zwischenfälle hintanzuhalten,

welche internationale Verwickelungen herbeiführen könnten. Frankreich müsse insbesondere in der Peripherie unter Leitung und Aufsicht seiner Offiziere die marokkanischen Polizeikräfte organisieren. Sodann werden die Vorschläge, betreffend Errichtung von Polizeiposten, die Gründung einer marokkanischen Reichsbank, die Herstellung von Telegraphenlinien, die Verbesserung der Häfen, dargelegt, und es wird erklärt, dass dieses Reformwerk, welches Frankreich unter Mitwirkung des Maghzen vollbringen wolle, Marokko, sowie dem allgemeinen Interesse zu gute kommen würde.

Das Weissbuch macht nun über die Details dieses Reformprogramms und über die Art und Weise, wie Frankreich dieses Programm durchführen wollte, recht bezeichnende Angaben, die unwiderleglich beweisen, dass die Erfüllung der französischen Forderungen zu einem tatsächlichen Protektorate Frankreichs über Marokko geführt hätte. Die Heeresreformvorschläge zum Beispiel gipfelten darin, dass sämtliche Bataillonschefs Franzosen, sämtliche Kompagniechefs und Unteroffiziere Algerier sein sollten. An der Spitze der Polizeitruppen sollten gleichfalls überall je ein Franzose und Algerier stehen. In ähnlicher Weise liefen die finanziellen und wirtschaftlichen Reformvorschläge auf die Sicherung einer Monopolstellung Frankreichs hinaus. Um den Maghzen zu einer raschen Annahme dieser Vorschläge zu veranlassen, fehlte es nicht an nachdrücklichen Mahnungen, die ruhig als Drohungen gedeutet werden dürfen. Dass der französische Gesandte sich dabei auf ein angebliches europäisches Mandat berufen hat, lässt sich nicht feststellen: die marokkanische Regierung behauptet es, Taillandier bestreitet es, allerdings in einer etwas verklausulierten Weise. In einer Depesche vom 9. April 1905 berichtet nämlich Taillandier an Delcassé, dass er sich niemals auf ein solches Mandat berufen habe. Die Depesche sagt dann aber unmittelbar weiter:

›Wenn ich den Maghzen auf die Gefahr aufmerksam gemacht habe, die darin liegt, den gesamten Handel durch schlechte Verwaltung der Häfen unzufrieden zu stimmen, so habe ich unser Recht, dem Maghzen Ratschläge zu erteilen, nur mit unserer eigenen Situation begründet, welche kürzlich durch die Übereinkommen mit denjenigen Mächten gesichert wurde, welche die nächsten Nachbarn Marokkos und am meisten an den Angelegenheiten dieses Landes interessiert sind.‹

Dieser Zusatz schwächt die kategorische Erklärung, die wegen des europäischen Mandats vorangeht, ganz beträchtlich ab. Doch kann dieser Punkt ganz ausser Betracht bleiben. Bezeichnend für die französische Auffassung ist aber eine Wendung in einem Telegramm vom gleichen Tage, in dem Delcassé meint, der Vorschlag einer internationalen Konferenz sei gleichbedeutend mit dem Verlangen, der Sultan solle sich selbst unter Vormundschaft stellen. Wenn Frankreich dem Sultan seine Reformvorschläge aufdrängt, deren Verwirklichung das Protektorat Frankreichs über Marokko bedeutet, so schliesst das nach Delcassé keine Bedrohung der Souveränität des Sultans in sich, wohl aber ist dies der Fall, wenn der Sultan ausser mit Frankreich auch noch mit anderen Mächten verhandeln will.

Man hat der deutschen Regierung wiederholt den Vorwurf gemacht, dass sie nicht gleich nach dem Bekanntwerden des französisch-englischen Abkommens eingegriffen habe, sondern erst in einem späteren Stadium. Die Tatsache stimmt, aber sie ist darin begründet, dass der Inhalt des englisch-französischen Abkommens bis auf einen Punkt, nämlich die Festlegung der Meistbegünstigung

auf nur 30 Jahre, nicht ohne weiteres gegen die Interessen und die Rechte anderer Mächte verstiess. Erst aus der Art und Weise, wie Frankreich nach diesem Abkommen in Marokko vorging, konnte man seinen wirklichen, Deutschlands Interessen und Rechte bedrohenden Charakter entnehmen. Wirtschaftliche Interessen Deutschlands wurden verletzt, indem Frankreich sich anschickte, sich eine Monopolstellung zu sichern. Das geschah, obgleich zwischen dem Deutschen Reich und Marokko ein Meistbegünstigungsvertrag, der vom 1. Juni 1890, bestand. Der Sultan durfte und konnte daher auf die wirtschaftlichen Forderungen Frankreichs gar nicht eingehen. Frankreich durfte aber in seinem Abkommen mit England die Handelsfreiheit in Marokko nicht auf 30 Jahre begrenzen. Rechtliche Interessen Deutschlands und des Sultans wurden dadurch verletzt, dass Frankreich nach Rücksprache mit den meistinteressierten Staaten sich für befugt erachtete, die völkerrechtlich anerkannte Souveränität von Marokko zu durchlöchern. Die Verhältnisse Marokkos anderen Staaten gegenüber sind durch die Marokkokonvention vom Jahre 1880 geregelt worden. Diese Konvention besteht noch heute zu Recht; das Vorgehen Frankreichs kollidierte mit deren Inhalt, wenn auch behauptet wurde, dass dies nicht der Fall wäre. Damit, dass Frankreich und England übereinkommen, der Inhalt dieser Konvention werde durch ihre Abmachung vom April 1904 nicht berührt, ist die Frage keineswegs entschieden. Dass Frankreich sich nicht für berechtigt hielt, auf eigene Faust vorzugehen, das geht hinlänglich daraus hervor, dass es sich mit England verständigte.

Der einzig richtige Weg, den veränderten Verhältnissen entsprechende Reformen in Marokko vorzunehmen, konnte nur durch Einberufung einer neuen internationalen Konferenz beschritten werden, zu der die Mächte, die 1880 mit Marokko das Madrider Abkommen getroffen hatten, einzuladen waren. Eine Auseinandersetzung mit Deutschland konnte diese Konferenz nicht im mindesten ersetzen, so wichtig es auch war, dass sich Deutschland und Frankreich vor dem Beginn der Konferenz über gewisse Programmpunkte einigten. Das Abkommen für die Konferenz von Algeciras, das am 28. September 1905 zu stande kam, hat folgenden Wortlaut:

»Die beiden Regierungen sind übereingekommen, dem Sultan folgenden Programmentwurf vorzuschlagen, der gemäss den in dem Briefaustausch vom 8. Juli angenommenen Prinzipien ausgearbeitet worden ist:

I. Polizei: 1. Organisierung der Polizei ausserhalb der Grenzbezirke auf dem Wege eines internationalen Abkommens; 2. Reglement für die Organisierung der Überwachung und der Bestrafung des Waffenschmuggels. In den Grenzbezirken bleibt die Durchführung dieses Reglements eine ausschliesslich französische Angelegenheit in Marokko.

II. Finanzreform: Finanzieller Beistand, der dem Maghzen durch die Schaffung einer Staatsbank mit Emissionsrecht gewährt wird, die sich mit Schatzamtsoperationen zu befassen und für die Münzprägung zu sorgen hat; die Gewinne der letzteren sollen dem Maghzen zufallen. Die Staatsbank soll zur Sanierung der Geldverhältnisse schreiten. Die dem Maghzen eröffneten Kredite würden für die Ausrüstung und Besoldung der Polizeitruppen und für gewisse dringende öffentliche Bauten, besonders für die Verbesserung der Häfen und ihres Materials, verwendet werden.

III. Untersuchung, wie ein besseres Steuerergebnis herbeizuführen und neue Einkünfte zu schaffen sind.

IV. Verpflichtung seitens des Maghzen, keinen öffentlichen Dienst zu gunsten von Privatinteressen zu veräussern. Submissionsprinzip ohne Berücksichtigung der Nationalität für die öffentlichen Bauten.«

Diese Verständigung mit Deutschland erleichterte Frankreichs Einverständnis

mit einer internationalen Konferenz. Denn nachdem Frankreich einmal seinen Fehler gemacht hatte, war es nicht leicht, diesen Fehler rückgängig zu machen, ohne nicht seine Autorität der marokkanischen Regierung gegenüber zu diskreditieren. Durch das vorläufige Verständnis mit Deutschland wurde zwar zum Ausdruck gebracht, dass nur durch eine neue internationale Konferenz die marokkanischen Verhältnisse geändert werden dürften, gleichzeitig aber auch Frankreich zugestanden, dass solche Änderungen materiell berechtigt, dass die Zustände in Marokko unhaltbar geworden sind.

So ergibt sich also als eine Konsequenz der Madrider Konvention vom Jahre 1880 und unter Anerkennung der französischen Beschwerde gegenüber dem Maghzen die Notwendigkeit der neuen internationalen Konferenz, die am 16. Januar in Algeciras eröffnet worden ist.

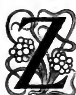
Dass die Konferenz sich auf ein durchführbares Reformprogramm für Marokko einigen möge, das ist dringend zu wünschen. Denn geht die Konferenz resultatlos auseinander, so befände sich Frankreich in einer schwierigen Lage. Auf der einen Seite steht fest, dass Frankreich an Reformen in Marokko ein dringendes Interesse hat, auf der anderen Seite können aber diese ohne Zustimmung der Madrider Signatarmächte nicht durchgeführt werden. Staaten wie England würden es vielleicht gerne sehen, wenn die Konferenz zu keinen oder doch für Frankreich unannehmbaren Ergebnissen führen würde. Es kommt nun in der Hauptsache darauf an, ob Deutschland und Frankreich in der Tat gesonnen sind, ihre vorläufige Verständigung durch Beschlüsse der Konferenz besiegeln zu lassen, oder ob zwischen der Diplomatie der beiden Länder noch eine Spannung herrscht, die von anderen Staaten zu einer neuen Bedrohung des Friedens ausgebeutet werden kann. Ist der Wunsch der Verständigung aufrichtig, so wird man eine Lösung des Reformprogramms finden, so schwierig auch die Durchführung einzelner Punkte ist. Namentlich sind diese Schwierigkeiten bei der Organisierung der Polizei ausserhalb der Grenzbezirke vorhanden. Hier können Verwickelungen sehr leicht entstehen. Bis jetzt haben Frankreich und Deutschland gezeigt, dass sie den Frieden erhalten wissen wollen; war dieses Bestreben ernsthaft und nicht durch politische und diplomatische Rücksichten bedingt, so werden beide in Algeciras erst recht zusammenhalten müssen, um das Spiel solcher Mächte zu vereiteln, die einen Misserfolg der Konferenz nicht ungern sehen würden.

Bei aller Wichtigkeit der Interessen und Rechte, die es Frankreich gegenüber zu verteidigen galt, muss doch immer wieder darauf hingewiesen werden, dass Deustchland eine kurzsichtige Politik treiben würde, wenn es um Marokkos willen die Anbahnung eines besseren Verhältnisses mit Frankreich auf lange Zeit hinaus verscherzen würde. Es ist ganz eigentümlich, dass im eben verflossenen Januar in einer Reihe von Städten die Handels- und Industriekreise grosse Kundgebungen für ein friedliches Einvernehmen mit England veranstalteten, dass aber nirgends dem noch viel wichigeren und aktuelleren Bedürfnis eines guten Einvernehmens mit Frankreich Ausdruck verliehen wurde. Gerade jetzt wäre es an der Zeit, die Regierungen beider Länder auf dieses Bedürfnis hinzuweisen. Man sollte der Diplomatie keinen Zweifel über diese Auffassung lassen. Alle Kreise der Bevölkerung haben ein politisches und wirtschaftspolitisches Interesse, dieses Friedensbedürfnis laut zu bekunden.

So wichtig die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen Deutschland und England ist, noch wichtiger ist für die mitteleuropäischen Länder, ihre politische und wirtschaftliche Zukunft, nicht nur eine gänzliche Beseitigung der Spannung zwischen uns und Frankreich, sondern auch ein allmähliches Zusammengehen beider Länder auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDUARD BERNSTEIN · EINIGE RANDBEMERKUNGEN



ZUNÄCHST eine kleine Abrechnung mit dem *Vorwärts*. Man wird es mir gestatten, an sie noch einige sonstige polemische Bemerkungen zu knüpfen. Im Laufe eines Monats passiert gar mancherlei, was zur Kritik reizt.

Mein Artikel *Politischer Massenstreik und Revolutionsromantik* im vorigen Heft der *Sozialistischen Monatshefte* hat dem *Vorwärts* sehr missfallen. Er erklärt sie für tief unter seinem geistigen Niveau stehend — was ich sehr begreiflich finde — und würdigt die »langatmigen, platteste Selbstverständlichkeiten breittretenden Ausführungen« nur deshalb der Kenntnisnahme, um der in ihnen enthaltenen »Legendenbildung« entgegenzutreten. Besagte Legendenbildung soll darin bestehen, dass ich der Genossin Luxemburg und der *Vorwärts*redaktion die »Kateridee« imputiert hätte, »mechanisch die russischen Zustände und Kämpfe auf die deutschen Verhältnisse zu übertragen und nichts Geringeres zu beabsichtigen, als solch revolutionäre Massenstreiks, wie sie in Russland geführt werden, einfach auf das heutige Deutschland zu übertragen«. Wogegen die Redaktion des *Vorwärts* sich und die Genossin Luxemburg feierlichst verwahrt.

Sie hätte sich das sparen können, denn von einer Imputation so plumper Ansichten steht kein Wort in meinem Artikel, der vielmehr nur generell die Frage behandelt, ob und inwieweit es zulässig ist, Erfahrungen aus den jetzigen russischen Kämpfen auf in Deutschland zu führende Kämpfe zu übertragen. Nehmen wir aber einmal an, ich hätte das wirklich geschrieben, was der *Vorwärts* mir vorwirft, wem hätte ich damit unrecht getan? Der *Vorwärts* erklärt in seinem besagten Artikel, dass die parteipolitischen Auffassungen von Rosa Luxemburg erfreulicherweise »sich durchaus mit denen der Gesamtredaktion decken«. Wohlan, so möge die *Gesamtredaktion* des *Vorwärts* die Güte haben und im Protokoll des Jenaer Parteitages auf Seite 320 und 321 die Rede Rosa Luxemburgs über den politischen Massenstreik nachlesen. Diese Rede ist von A bis Z eine verhöhnende Zurückweisung aller gegen die Durchführbarkeit des politischen Massenstreiks in Deutschland vorgebrachten Bedenken, und zwar unter Exemplifikation auf — Russland. Da heisst es gleich am Anfang:

»Wenn man die bisherigen Reden . . . hier gehört hat, muss man sich wirklich an den Kopf fassen und fragen: Leben wir denn tatsächlich im Jahre der glorreichen russischen Revolution, oder stehen wir in der Zeit zehn Jahre vor ihr? . . . Ja, sieht denn Robert Schmidt nicht, dass die Zeit gekommen ist, die unsere Grossmeister Marx und Engels vorausgesehen haben, wo die Evolution in die Revolution umschlägt? Wir sehen die russische Revolution, und wir wären Esel, wenn wir daraus nichts lernten.«

Wie das gemeint ist, zeigen folgende weitere Sätze:

»Nein, nicht die Organisation vor allem, sondern vor allem der revolutionäre Geist der Aufklärung! Das ist noch viel wichtiger! . . . . Lernen Sie einmal aus der russischen Revolution! Die Massen sind in die Revolution getrieben, fast keine Spur von gewerkschaftlicher Organisation, und sie festigen jetzt Schritt für Schritt ihre Organisation durch den Kampf.«

So Rosa Luxemburg auf dem Parteitag in Jena, und genau in diesem Sinne hat sie nachher in Berlin und Hamburg gesprochen. Man wird zugeben, dass es unter diesen Umständen ein starkes Stück ist, es als *Legende* zu bezeichnen, dass jemand kurzerhand von den russischen Vorgängen auf Wiederholung in Deutschland gefolgert habe. Ich achte jede Überzeugung, auch wenn sie der meinen noch so schroff entgegensteht, ich sie noch so entschieden als schädlich bekämpfen muss. Aber welches Gefühl soll einen überkommen, wenn in dieser Weise heute bestritten wird, was gestern mit blutigem Hohn gegen Andersdenkende verkündet wurde? Hier eine Probe von dem klaffenden Widerspruch zwischen den Reden von Rosa Luxemburg und der Darstellung des *Vorwärts*:

Rosa Luxemburg in Jena:	*Vorwärts* vom 30. Dezember 1905:
»Da verlangt man, dass wir sagen: Wie werden wir den Generalstreik machen, mit welchen Mitteln, zu welcher Stunde wird der Generalstreik erklärt, habt ihr schon die Magazine für die Lebensmittel? Die Massen werden verhungern. Könnt ihr es auf euer Gewissen nehmen, dass Blut fliesst? Ja, alle, die solche Fragen stellen, haben nicht die geringste Fühlung mit der Masse, sonst würden sie sich nicht so weit den Kopf um das Blut der Massen zerbrechen . . .«	»Diese Richtung [es ist der *radikale* Flügel in der Partei gemeint, den der *Vorwärts* zu vertreten glaubt] verlangte ja gerade deshalb ein gründliches Studium des politischen Massenstreiks, weil sie nicht an die Anwendbarkeit »aller Mittel« glaubte, sondern den Massenstreik nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen für möglich hielt.«

Also, in Jena werden von Rosa Luxemburg diejenigen, die Fragen über die Ausführbarkeit des politischen Massenstreiks aufwerfen, als Leute gebrandmarkt, die »nicht die geringste Fühlung mit der Masse« haben — etwas weiter in der Rede wird dann »bürgerliche Auffassung« daraus, die »eine Schande für einen Sozialdemokraten« sei — und drei Monate später erklärt der *Vorwärts*, unter Hinweis auf Jena und ausdrücklicher Hervorhebung seiner vollen Gesinnungseinheit mit Rosa Luxemburg, dass gerade diese Richtung in Jena »ein gründliches Studium des politischen Massenstreiks« verlangt habe. Merkwürdige Art von Gründlichkeit, die in der vorbezeichneten Rede gepredigt ward! Wir werden alle Begriffe vollständig umzulernen haben, wenn in dieser Weise mit ihnen operiert wird. Im Ernst gesprochen: Ist bei solcher Abstreitung der Tatsachen eine sachliche parteigenössische Diskussion noch möglich?

Und komme mir der *Vorwärts* nicht mit dem Einwand, Rosa Luxemburg habe ja selbst in Jena gesagt, es handle sich in Deutschland augenblicklich gar nicht darum, den Massenstreik zu proklamieren. Gewiss, an ein *sofort* hat kein Mensch in Jena gedacht. Aber ebenso wenig handelte es sich um spekulative Erörterung der Frage einer fernliegenden Zukunft, sondern um Erwägung der Frage, ob der Massenstreik eine bei gewissen Eventualitäten heut oder morgen schon anzuwendende politische Waffe sei. Und diese Gegenwartsfrage sollte nach Rosa Luxemburg schon der blosse Blick nach Russland erledigen. Dies und die Vorstellung, dass, weil es in Russland gekracht hat,

auch bei uns die Zeit gekommen sei, wo »die Evolution in die Revolution umschlägt«, das ist die Revolutionsromantik, gegen die sich mein Artikel gewendet hat, so wenig ich sonst mit denjenigen übereinstimme, die den politischen Streik für eine unbrauchbare Waffe halten. Diese Revolutionsromantik ist, wie ich weiter erklärte und heute wiederhole, gerade im Interesse des politischen Massenstreikes zu bekämpfen. Denn sie ist die Mutter jener Revolutionsphraseologie, die den Regierenden den bequemen Vorwand liefert, dem Volk die legitimen Kundgebungen seines Protestes von vornherein unmöglich zu machen oder zu verkürzen. Für Rosa Luxemburg war das Aufwerfen der Frage, ob man bei einem politischen Massenstreik die unorganisierten Arbeiter auch werde im Zügel halten können, in Jena ein Beweis bürgerlicher Denkart, die einem Sozialdemokraten zur »Schande« gereiche. Drei Monate später haben die organisierten Berliner Sozialdemokraten für ihre Wahlrechtsdemonstrationen zu dem spezifischen Zweck Ordner ernannt, die aus den Versammlungen strömenden Massen zu grösster Ruhe zu ermahnen. Gewiss folgten sie damit nur der Stimme der Vernunft. Was beweist es aber anderes, als dass der »revolutionäre Geist«, der nach Rosa Luxemburg über alles zu regieren hat, im gegebenen Moment doch der Stimme der sorgfältig abwägenden Vernunft Folge zu geben hat, auch wenn diese zu der Ermahnung führt: macht die Faust in der Tasche! Es gewährt mir keine Freude, diesen Satz niederschreiben zu müssen, aber wir schulden uns vor allen Dingen Wahrheit. Was soll das Prahlen mit dem *revolutionären Geist*? Genügt es nicht, sozialdemokratisches Denken, sozialdemokratisches Empfinden, sozialdemokratisches Wollen, mit einem Wort: sozialdemokratischen Geist zu hegen und zu verbreiten? Durch das Jonglieren mit dem Begriff *revolutionär* machen wir uns schliesslich nur selbst zu Narren. Entweder berauschen wir uns dabei in Vorstellungen, denen der reelle Untergrund fehlt, und die daher eines Tages uns in die schönste Sackgasse hineinführen können, oder wir zerren einen sehr hohen Begriff auf ein sehr banales Niveau, wo er am Ende nicht mehr besagt, als etwa ein Aufschlagen mit der Faust auf den Schanktisch, was bekanntlich jeder Philister zur Not zuwege bringt.

Der *Vorwärts* hat es abgelehnt, meinen von ihm angegriffenen Artikel, wenn nicht ganz, so wenigstens in seinem entscheidenden zweiten Teil seinen Lesern zur selbständigen Beurteilung vorzulegen, mir aber Aufnahme einer etwaigen Widerlegung eines Gegenartikels angeboten. Hier ist die Widerlegung, und wir wollen nun sehen, ob der *Vorwärts* sie wirklich abdrucken wird oder nicht.



DAMIT bin ich indes mit dem *Vorwärts* noch nicht fertig. Es gibt noch mancherlei mit ihm abzurechnen. Da ist zum Beispiel das Thema der Berichterstattung über die auswärtige Partei- und Arbeiterbewegung, eine Angelegenheit, die immer wichtiger wird, je enger die internationalen Beziehungen der Arbeiterklasse sich gestalten. Im Prinzip sind wir darüber alle einig, aber wie steht es mit der Ausführung? Die ist oft so tendenziös, wie nur möglich. Es liegt mir durchaus fern, dem *Vorwärts* das Recht schmälern zu wollen, Vorgänge in der Arbeiterbewegung des Auslandes so zu beurteilen, wie dies seiner Überzeugung entspricht. Aber ausser dem Urteil, das auch als redaktionelle Äusserung immer nur persönliche Ansichten wiedergibt, kommt noch die sach-

gemässe Darstellung der Tatsachen in Betracht. Die Leser des *Vorwärts* sollen nicht nur wissen, wie die Redaktion über bestimmte Vorkommnisse denkt, sondern, und sogar vor allem, wie sich die Vorkommnisse tatsächlich verhalten. Die Leser haben ein Recht zu verlangen, dass die Tatsachen selbst stets wahrheitsgetreu mitgeteilt werden.

Dagegen wird nun manchesmal gefehlt, sei es von der Redaktion oder von ihren Korrespondenten. So zum Beispiel, um eine Sache herauszugreifen, über die sich in aller Ruhe sprechen lässt, letzthin bei Gelegenheit des Eintritts von John Burns in das Ministerium Campbell-Bannerman. Man kann über diesen Schritt des vielgenannten englischen Arbeiterabgeordneten selbstverständlich verschiedener Ansicht sein. Er liegt zunächst dadurch etwas anders, als seinerzeit in Frankreich der Fall Millerand, dass Burns keiner der beiden sozialistischen Parteien Englands angehört, man ihm also nicht vorwerfen kann, was Millerand — ob mit Recht oder Unrecht, bleibe dahingestellt — vorgeworfen wurde, dass er hinter dem Rücken seiner eigenen Partei den Ministerposten angenommen habe. Burns' Schritt hat in England niemand überrascht. Seit Jahr und Tag wusste man es, dass bei der nächsten liberalen Kabinettsbildung John Burns einen Posten werde angeboten erhalten, und dass er ihn diesmal nicht, wie 1894, ausschlagen werde. Auch in der sozialistischen Presse ist schon lange vorher wiederholt davon gesprochen worden. Die Organisationen, denen Burns angehört, der Arbeiterbund Battersea und der britische Maschinenbauerverband, haben denn auch Burns zur Annahme des Ministerpostens nicht etwa ihr Misstrauen, sondern ihren Glückwunsch ausgesprochen. Formell war der Vorgang unanfechtbar.

Natürlich ist er damit noch nicht erledigt. Für den deutschen Sozialdemokraten war es namentlich von Interesse, die Meinung der Sozialisten Englands über ihn kennen zu lernen. Etwas hat der *Vorwärts* denn auch darüber gebracht. Aber was, oder vielmehr, wie? In der Nummer vom 19. Dezember 1905 finden wir unter *England* eine Notiz *Die sozialistische Presse über John Burns*, in der die Urteile der *Justice* und des *Labour Leader* über den Burnsschen Schritt angeblich wiedergegeben werden. Ich sage *angeblich*, denn was den *Labour Leader*, das Organ der grösseren der beiden englischen sozialistischen Parteien, betrifft, so sind aus dessen Notiz, die der *Vorwärts* gibt, gerade die Sätze ausgelassen, die das vom *Vorwärts* Mitgeteilte erheblich qualifizieren. Hier das betreffende Stück:

»John Burns ist in einer gefährlichen Position, in einer Position, um die ihn kein richtiger Sozialist beneiden wird. Wir im *Labour Leader* werden ihn denn auch weder brandmarken, noch beschimpfen. Die, welche am schnellsten bei der Hand sind, mit Beschuldigungen, wie *Verräter* und *Abtrünniger*, um sich zu werfen, sind gewöhnlich auch die, welche sich das Recht auf sie am leichtesten erwerben. John Burns war ehedem selbst im Gebrauch solcher Titel recht verschwenderisch. Er hat jetzt eine schwere Aufgabe vor sich. Verrichtet er sie gut — kämpft er tapfer für die Armen und schlägt er die räuberische Hand der Monopolisten, die sich auf die Rechte unserer Kommunen legt, zurück —, tut er nur diese Dinge mit leidlichem Mut, so werden wir das gebührend anerkennen. Die Tugend besteht nicht darin, hart über Entgleisungen anderer zu urteilen, sondern sich selbst vor Entgleisungen zu hüten. John Burns ist bös entgleist, aber er ist darin weder der erste, noch der letzte. Die sozialistische Bewegung geht ihren Weg weiter.«

So der *Labour Leader*. Von diesem Satzstück nun bringt der *Vorwärts* nur

die hier gesperrten Stellen, wobei ausserdem die Worte *backslided badly*, statt etwa mit *bös entgleist* oder *arg zurückgegangen*, viel zu scharf mit *schmählich abgefallen* übersetzt sind und der Ausdruck *Abtrünniger* gebraucht wird, den, wie aus dem Obigen ersichtlich, der *Labour Leader* ausdrücklich perhorresziert. So empfängt der Leser einen durchaus falschen Eindruck von dem, was das Organ der *Unabhängigen Arbeiterpartei* wirklich über Burns geschrieben hat. Damit werden aber eine ganze Reihe von Vorgängen im spätern Wahlkampf, das Verhalten vieler Kandidaten des *Arbeitervertretungsbundes*, die Burns zu seinem neuen Posten beglückwünscht haben, völlig unverständlich oder erscheinen als Symptome einer starken Gesinnungsanarchie, während nur eine gewisse Objektivität im Urteil vorliegt, die sich aus dem Charakter der in Frage kommenden Persönlichkeit und dem Wesen des englischen Parteilebens erklärt.

Burns ist kein fleckenloser Charakter. Er rechtfertigt durchaus das Sprichwort *Wo viel Licht ist, ist starker Schatten*. Seinen bedeutenden Eigenschaften stehen ebenso grosse Fehler gegenüber, die ihm viele Feinde gemacht, vielen berechtigten Tadel zugezogen haben. Aber es ist lächerlich, ihn, wie es die *Justice* in der vom *Vorwärts* zitierten Notiz tut, als »Verräter« hinzustellen und davon zu reden, dass »die Arbeiterbewegung seiner endgültig losgeworden« sei. Die *Sozialdemokratische Föderation*, deren Organ die *Justice* ist, vertritt, trotz des über alles Lob erhabenen Parteieifers ihrer Mitglieder, nur erst einen kleinen Bruchteil der englischen Arbeiterbewegung — selbst die Masse der englischen Sozialisten steht ausserhalb ihrer Reihen. Ausser William Thorne, der zugleich Kandidat des *Arbeitervertretungsbundes* war, ist nicht einer ihrer Kandidaten bei dieser Wahl, die einen so grossen Aufschwung der sozialistischen Arbeiterstimmen gebracht hat, durchgedrungen. Neben anderen Ursachen findet dieser Misserfolg der ältesten sozialistischen Fraktion des heutigen England seine Erklärung auch gerade darin, dass ihre Leiter gar zu gern eine Sprache führen, die auf das famose Diktum des Sonnenkönigs *L'Etat c'est moi* hinausläuft, das heisst eine Sprache, als ob sie die Arbeiterbewegung seien. Wie die Masse der vorgeschrittenen englischen Arbeiter über Burns denkt, hat im Gegensatz zur *Justice*, in deren Schule Burns das vom *Labour Leader* mit Recht gerügte Herumwerfen mit Worten wie *Verräter* gelernt hatte, der unentwegte Sozialist Cunninghame Graham in einer Zuschrift an den *Glasgow Herald* vom 18. Dezember 1905, wie folgt, zusammengefasst:

›Was Herrn Burns betrifft, so blicken die meisten Anhänger der Arbeitersache, das heisst der Sozialisten, auf ihn als einen ehrenhaften, ehrlichen und ernsten Mann und missgönnen ihm seine Beförderung nicht, geschweige denn sein Gehalt von 2000 Pfund jährlich. Aber sie bedauern, dass Herr Burns es für passend gehalten hat, ein Amt in einer Regierung anzunehmen, die so gewiss für die Interessen des *Schwitzsystems* einsteht, wie die vorige Regierung für die Interessen des *Rand* und der Grossgrundbesitzer eingestanden ist. Herr Burns hat ein schönes Arbeitsfeld vor — und hinter — sich, und wenn er seine grosse Erfahrung in Kommunalangelegenheiten in dem Wirken seines Amtes zur Geltung bringt, so kann er viel Gutes ausrichten. Findet er auf der andern Seite, dass das Gewicht der Kapitalisten zu gross für seine Gegenkraft ist, so wird er ohne Zweifel sein Amt niederlegen und zu seiner Arbeit im Grafschaftsrat zurückkehren.«

Ohne Vorbehalt hat die Gewerkschaftspresse — auch die der vorgeschrittenen Richtung — den Eintritt von Burns ins Kabinett als einen Erfolg der Arbeiterbewegung begrüsst, so die *Cotton Factory Times*, so das Monatsorgan des

Maschinenbauerverbandes und andere mehr. Und der Verlauf der Wahlen hat diese Einzelurteile durchaus bestätigt.

Man kann Burns mit Recht einen Vorwurf daraus machen, dass er als Sozialist ausserhalb der sozialistischen Parteien seines Landes geblieben ist. Im übrigen aber kann man ihn nur nach seinen Taten als Minister beurteilen. Wie seine Vorgänger Broadhurst und Burt, nachdem sie eine Zeitlang als Unterstaatssekretäre in liberalen Ministerien gedient, von ihren Organisationen mit Stolz wieder als Führer aufgenommen wurden, so wird es auch ihm voraussichtlich gehen. Das liegt im Geist der englischen Arbeiterbewegung, die wir als Produkt der besonderen geschichtlichen Entwickelung der Parteien Englands zu verstehen uns bestreben müssen, ehe wir Urteile über das Verhalten von Personen und Parteien abgeben.

Nicht weniger irreleitend, als jene Notiz über Burns, ist eine unter der Rubrik *Frankreich* zu findende Notiz des *Vorwärts* vom 11. Januar über die Senatswahl im Departement Hérault. Dort wird festgestellt, dass die sozialistische Föderation des bezeichneten Departements, während sie auf dem jüngsten Parteitag in Chalon nicht nur für den Antrag, der für den ersten Wahlgang die Aufstellung von Klassenkandidaturen vorschreibt, gestimmt, sondern sogar gefordert hatte, dass die Klassenkandidaturen auch für die weiteren Wahlgänge aufrecht erhalten werden sollten, bei der Wahl zum Senat schon für den ersten Wahlgang einen Kompromiss mit den Radikalen abgeschlossen habe. Dazu heisst es:

›In der *Humanité* legt Jaurès entschieden Verwahrung gegen die opportunistische Kompromisslerei ein, die auf Parteitagen einen dekorativen Radikalismus zur Schau trägt.‹

Das ist aber keineswegs eine richtige Wiedergabe des Sinnes des Jaurèsschen Artikels. Jaurès richtet sich gegen ganz etwas anderes. Hier seine betreffenden Ausführungen:

›Wird es mir erlaubt sein, mit Bezug auf die Wahl im Hérault eine Bemerkung zu machen? Die Kongresse unserer Partei bestimmen ihre Marschroute und ihre Taktik. Wir werden aber nur Unordnung, Willkür, Widersprüche haben, wenn der Kongress nicht der genaue Ausdruck der Denkweise der Organisationen ist. Die erste Pflicht dieser ist es, nur ernsthafte, aufrichtig gemeinte, wohlerwogene Anträge an den Kongress zu bringen, die der Denkweise und der Praxis der kämpfenden Genossen wirklich entsprechen. Es besteht aber ein absoluter Widerspruch zwischen dem Mandat, welches die sozialistische Föderation Hérault ihren Delegierten zum Parteitag zu Chalon auf den Weg gegeben hatte, und der Wahlpraxis, welche diese selbe Föderation soeben unterstützt oder zugelassen hat. [Folgt die Erzählung des oben erwähnten Tatbestandes. Dann heisst es weiter:] Unter diesen Umständen ist Genosse Delhon gewählt worden. Ich habe diese Taktik nicht zu diskutieren, und ich weiss, dass Delhon ein sehr aufrichtiger Genosse ist, der im Senat seine Partei loyal vertreten wird. Aber ich muss doch bitten, dass die Föderationen sich daran gewöhnen mögen, nicht zwei Taktiken zu haben: eine intransigente und Paradetaktik für die Parteitage und eine Kompromisstaktik [tactique de transaction] für ihre eigenen Kämpfe. Wenn sie intransigent sind, so mögen sie es ebenso für sich, wie für andere sein; wenn sie aber Kompromisse machen, so mögen sie anderen die Kompromisse erlauben, die sie selbst im Interesse der Partei praktizieren zu sollen glauben.‹

Man sieht, Jaurès tadelt nicht den Kompromiss, sondern den Gegensatz zwischen dem Verhalten auf dem Parteitag und dem Verhalten in der Praxis. Das ist ein grosser Unterschied. Dies ist um so mehr festzuhalten, als die eigentliche Frage, zu der der Widerspruch zwischen Praxis und Theorie der Sozialisten

des Hérault respektive ihrer Mehrheit drängt, die nach der Zweckmässigkeit solcher die Taktik generell festlegen sollender Resolutionen ist. Die Geschichte der Sozialdemokratie aller Länder ist die Geschichte immer wiederkehrender Durchbrechungen solcher Resolutionen, wobei es sich keineswegs stets nur um Erhaschung von Mandaten gehandelt hat, sondern wiederholt wichtige Wendungen in der ganzen politischen Situation des betreffenden Landes in Frage kamen. Die Ansichten von Jaurès mögen den einzelnen Genossen so gewichtig oder so unwesentlich erscheinen, wie sie wollen. Aber unzulässig ist es, Jaurès etwas anderes sagen zu lassen, als er wirklich gesagt hat.



O viel zur Behandlung der Auslandsfrage im *Vorwärts*. Ich will mich auf diese zwei Fälle beschränken, die ich deshalb herausgegriffen habe, weil es sich dabei um Verstösse handelt, die nicht notwendig auf tendenziöse Absicht schliessen lassen, und gehe nun zu einer anderen Frage über, bei der ich der Notwendigkeit enthoben bin, gegen Parteigenossen zu polemisieren. Ich meine die Behandlung der Demonstrationen der Sozialdemokratie in Preussen gegen das Dreiklassenwahlsystem in Preussen von seiten der freisinnig-liberalen Presse.

Wenn es eine politische Frage in Deutschland gibt, an der diejenigen, deren Liberalismus nicht Freiheit des Kapitals, sondern freie Entwickelung der Volkskräfte heisst, genau so interessiert sind, wie die Sozialdemokratie, so ist es die der Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems in Preussen. Wie dieses System die Sozialdemokratie jeder Vertretung im preussischen Landtage beraubt hat, so hat es zugleich den freisinnigen Liberalismus dort auf eine verschwindende, ganz und gar einflusslose Minderheit heruntergebracht. Beweis dafür unter anderm gerade das Schicksal der von den Freisinnigen im Laufe der Jahre eingebrachten Anträge auf Milderung dieser oder jener Härten des bestehenden Wahlsystems. Sie sind von der konservativ-klerikalen Mehrheit jedesmal kaltblütig abgewiesen worden. Von dem Parlament selber war nicht einmal eine Milderung, geschweige denn die Beseitigung dieses Wahlsystems zu erwarten. Der Anstoss musste von aussen, durch den Druck einer scharfen Volksbewegung erfolgen. Das war so klar, dass es nachgerade selbst dem politischen ABC-Schützen einleuchten musste.

In jedem anderen Lande hätte man auf bürgerlich radikaler Seite das auch eingesehen. Und wenn man nicht den Mut oder die Kraft hatte, selbst eine solche Volksbewegung zu veranstalten, so hätte man sich wenigstens ihr, wenn sie von anderer Seite ins Werk gesetzt wurde, möglichst fördernd zur Seite gestellt. Was aber geschah bei uns? Kaum, dass die Absicht der Sozialdemokraten bekannt wird, an einem bestimmten Tage in ganz Preussen grosse Demonstrationen gegen das Dreiklassenwahlsystem abzuhalten, und hier und da die Meinung verlautbart, die Demonstrationen nicht auf Versammlungen in geschlossenen Räumen zu beschränken, sondern auch Strassenumzüge stattfinden zu lassen, so zieht mit sehr wenigen Ausnahmen unsere ganze freisinnige Presse in fast denunziatorischer Weise gegen solches unerhörte Unterfangen der Sozialdemokratie aufs heftigste los und konstatiert mit Genugtuung, dass die Regierung die erforderlichen Massregeln getroffen habe, Strassendemonstrationen der Sozialdemokratie zu verhindern.

Das ganze Elend unseres politischen Lebens prägt sich in diesem Vorkommnis

aus. In jedem Lande mit freiheitlichen Einrichtungen gehört das Recht, im gegebenen Fall die Strassen zu politischen Demonstrationen in Anspruch zu nehmen, zu den anerkannten notwendigen Rechten des politischen Kampfes. Volksversammlungen in geschlossenen Räumen wirken auf ihre Besucher, aber nicht auf die grosse Masse der Neutralen und der Indifferenten. Diese zum Nachdenken zu bringen, ihnen und den jeweilig Regierenden zu zeigen, wie grosse Massen eine Reform oder sonst eine Änderung der Politik verlangen, ist die Aufgabe der Strassendemonstration. Diese Form der Willenskundgebung ist dort um so unentbehrlicher, wo die vorhandenen Versammlungslokalitäten nicht ausreichen, um die Masse der zur Demonstration Entschlossenen zu fassen, oder durch Beeinflussung der Wirte u. s. w. ihnen unzugänglich gemacht sind.

Statt die Behörden zu ermutigen, gegen die Strassendemonstrationen Massnahmen zu treffen, hätten wirklich freisinnige Politiker und Schriftsteller darauf dringen müssen, dass die Behörden diesen Demonstrationen möglichst wenig Schwierigkeiten in den Weg legten und nur dafür sorgten, dass eine gewisse Ordnung dabei beobachtet werde. Wie leicht dies möglich ist, haben die Riesendemonstrationen in der Weltstadt London gezeigt, wo jedesmal Polizei und die demonstrierenden Parteien selbst die Ordnung aufrechtzuerhalten wussten und wissen. Eine vorher angekündigte Strassendemonstration organisierter Parteien hat noch nie und nirgends zur Revolution geführt, wo nicht, wie am 22. Januar vorigen Jahres in Petersburg, die Militärgewalt in frevelhafter Weise selbst mit dem Blutvergiessen anfing. Anstatt dies der Regierung vorzuhalten, hat unsere freisinnige Presse durch ihre hysterischen Ausbrüche über die blosse Absicht, das Recht der Strasse in Anspruch zu nehmen, wieder einmal nur die Geschäfte des Scharfmachertums besorgt, das sich daraufhin um so unterdrückungswütiger gebärdete und noch gebärdet. Der ganze Jammer des Parteiwesens in Preussen überkommt einen, wenn man all die Geschmacklosigkeiten und Taktlosigkeiten Revue passieren lässt, welche die massgebende Presse derjenigen Partei über die Wahlrechtsdemonstrationen ausgeschüttet hat, die alles hätte aufbieten müssen, um mit dabei sein zu können. Denn wozu ist eine Partei, die sich *freisinnig-demokratisch* nennt, überhaupt da, wenn sie immer und immer wieder grade da versagt, wo um elementare Volksrechte gekämpft wird? Hätte die englische liberale Partei sich bei gleichen Anlässen ebenso jammervoll aufgeführt, wie in diesen Tagen die grosse Freisinnspresse, sie wäre sicherlich nicht zu der Machtstellung gelangt, die sie heute einnimmt. Aber unser Freisinn steht in diesen Dingen nicht nur tief unter seinem englischen Namensvetter, er wird, was den Sinn für politische Freiheit anlangt, selbst von einem grossen Teil der englischen Konservativen übertroffen. Er ist wirklich hoffnungslos verphilistert.

Die Demonstrationen sind vorüber. Polizei und Militär waren aufgeboten, Manifestationen auf der Strasse zu verhindern — gewaltsam, aber mit einem gewissen taktvollen Entgegenkommen gegen die Sozialdemokratie in der Vermeidung zweckloser Zusammenstösse. Es ist das letztere um so eher anzuerkennen, als das Massenpolizeiaufgebot und die Bereitstellung von Militär in den grossen Zentren vollen Ersatz für das geboten hat, was Strassendemonstrationen leisten sollen: Aufrüttelung der Geister, Einwirkung auf die Masse der Gleichgültigen und Gedankenlosen. Unzählige, die sich sonst

durch ihre *parteilose* Presse einschläfern lassen, sind am 21. Januar durch die Polizeimassnahmen darauf aufmerksam gemacht worden, dass in der breiten Masse der Bevölkerung der feste Entschluss vorherrscht, die Entrechtung durch das Dreiklassenwahlsystem nicht länger stillschweigend zu ertragen. Das ist schon ein wertvoller erster Erfolg. Was will es ihm gegenüber verschlagen, wenn freisinnige Blätter die Albernheit so weit treiben, hinterher nachzurechnen, wieviel Leute weniger in den Versammlungen waren, als die Sozialdemokratie an den einzelnen Orten Wähler zählt! Als ob nicht gerade die beschränkte Fassungskraft der der Arbeiterschaft zur Verfügung stehenden Lokale für das Recht spräche, gegebenenfalls die Strasse zur Demonstration benutzen zu dürfen — ein Recht, von dem das Volk überall, wo es ihm zusteht, nur verständigen Gebrauch zu machen beflissen ist. Die Arbeiter Preussens haben es nicht, aber die Polizei hat sie entschädigt, indem sie selbst für sie demonstriert hat. Der Stein ist ins Rollen gebracht worden, er wird nicht mehr zum Stillstand kommen, bis das Dreiklassenwahlsystem gefallen ist.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EMILE VANDERVELDE · FRAUENSTIMMRECHT IN BELGIEN?

IN Deutschland hat sich das Gerücht verbreitet, die belgische Regierung sei entschlossen, das Frauenstimmrecht zu oktroyieren. An dieser Behauptung ist kein wahres Wort. Unsere belgischen Klerikalen denken ebensowenig an die Einführung des Frauenstimmrechts, wie an die des gleichen Stimmrechts für die Männer. Solange sie die Macht noch in den Händen haben — was übrigens, wenn nicht alles täuscht, nicht gar so lange mehr sein wird —, werden sie sich mit allen Mitteln um die Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts bemühen, das, unter Ausschluss der Frauen, den Reichen das zweifache oder dreifache Stimmrecht gibt. Der einzige Umstand, der zur entgegengesetzten Annahme geführt hat, ist dieser: Als unlängst ein katholischer Abgeordneter, Verhaegen, über oder vielmehr gegen den von uns der Kammer unterbreiteten Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu den Kommunal- und Provinzialkörperschaften berichtete, erklärte er, dass manche Katholiken der Ansicht seien, an dem Tage, wo sich eine Mehrheit für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zusammenfinde, werde das Frauenstimmrecht eine »konservative Garantie« abgeben. Mit dieser Erklärung hat Abgeordneter Verhaegen nur eine Taktik fortgesetzt, zu der die Konservativen schon früher ihre Zuflucht genommen hatten, nämlich zur Zeit der Kampagne für das allgemeine Wahlrecht, die schliesslich zu dem Generalstreik des Jahres 1902 führte.

Am 27. November 1900 legten die sozialistischen Abgeordneten der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf über die Aufstellung von Listen für die Wähler zu den kommunalen und provinzialen Körperschaften vor. Gemäss dem Programm der belgischen Arbeiterpartei, das »das allgemeine Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes« fordert, schlugen sie die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Staatsbürger, Männer und Frauen, vom 21. Lebensjahre ab vor.

Dieser Gesetzentwurf wurde von der in ihrer grossen Mehrheit aus Katholiken bestehenden Zentralsektion der Kammer[1]) abgelehnt. Was das Frauenstimmrecht anlangt, so begründete damals der Berichterstatter, ebenfalls der Abgeordnete Verhaegen, den ablehnenden Standpunkt seiner Parteifreunde mit den folgenden Worten:

»Zur Begründung der Gewährung des Frauenstimmrechts beruft man sich auf Motive ganz verschiedener Natur. Einmal auf praktische Gründe: die Interessen, die die Frau zu verteidigen hätte; die Art und Weise, wie sie ihre politische Rolle spielen werde etc. Zum andern auf den Grundsatz vollständiger Gleichberechtigung der Geschlechter, den die sozialistische Partei auf Grund ihres Programms zu verwirklichen sucht. Das von der sozialistischen Partei formulierte Prinzip — bestimmt zur Einfügung in die Grundrechte der neuen Zivilisation, mit der jene Partei die Menschheit beglücken will, — ist das Widerspiel jenes Prinzips, dem die christliche Zivilisation in der Welt zum Siege verholfen hat. Die völlige Gleichberechtigung der Geschlechter, mit ihren notwendigen moralischen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Folgen, würde die Herrschaft des Christentums stürzen, das die organisierte Familie zur Grundlage der menschlichen Gesellschaft gemacht hat, und das bei dieser Organisation der Familie den Tatsachen und den Gesetzen der Natur gefolgt ist. Heute ist der Mann das Oberhaupt der Familie. Als solches hat er Rechte, aber auch Pflichten. Wenn er die Frau an den Wahlurnen und in den gesetzgebenden Körperschaften vertritt, so verteidigt er doch auch den vom Eroberer bedrohten häuslichen Herd; wenn er in wirtschaftlichen Dingen der Vormund seiner Lebensgefährtin und seiner Kinder ist, so ist er es doch auch auf der anderen Seite, dessen Arbeit, in einer wohlgeordneten Gesellschaft die Existenz der Frau und der kleinen Kinder sichert. Wenn er das Oberhaupt der Gemeinschaft ist, so schuldet er dafür doch auch dem Weibe Hilfe und Schutz. Der schonungsbedürftige Organismus der Frau, der damit verknüpfte Charakter ihrer geistigen Fähigkeiten, die Funktionen der Mutterschaft, das alles erheischt gebieterisch den Schutz, den der Mann gewähren muss, und eine ganz besondere Rücksichtnahme, die mit der Proklamierung der vollkommenen Gleichheit der Geschlechter auf immer unvereinbar sind. Die Mehrheit der Zentralsektion hat daher dem vorgeschlagenen Grundsatz die Billigung verweigert und die Gesetzesbestimmungen abgelehnt, die den Frauen das Stimmrecht verleiht. Mehrere Mitglieder wollten indessen durch diese Abstimmung nicht den Wert gewisser praktischer Motive verkannt wissen, die einer der Urheber des Vorschlages entwickelte, und die oben angemerkt worden sind. In dem Augenblick, wo das allgemeine Wahlrecht in seiner einfachsten Form eingeführt und die dem Familienvater durch das Pluralwahlsystem zugebilligte doppelte Stimme ihm genommen würde, würden die Interessen der Frau schlechter vertreten sein, als heute. Wenn also das falsche Prinzip der volkommenen Gleichheit des Wahlrechts in Belgien einmal den überwiegenden Einfluss der blossen Zahl ausschlaggebend machen sollte, dann dürfte man nicht die Hälfte der majorennen Bevölkerung, nämlich die Frauen, von der Wahlurne fernhalten, zumal diese, von verschiedenen Gesichtspunkten aus, den Ordnungsparteien wertvolle Garantieen und eine sichere Entschädigung für drohende Verluste garantierten.«

Wie sich daraus ergibt, gaben die Katholiken oder, richtiger gesagt, einige Katholiken, die prinzipiell Gegner des Frauenstimmrechts sind, zu verstehen, dass sie gegebenenfalls dafür stimmen würden, weil die Abstimmung der Frauen ihnen zur Aufrechterhaltung der klerikalen Herrschaft geeignet erschien. Das genügte natürlich, um die Liberalen und Radikalen zum einmütigen Widerspruch gegen den sozialistischen Vorschlag zu treiben. Mehrere von ihnen, die sich früher mit uns für das Frauenstimmrecht ausgesprochen hatten, kehrten unserer Forderung den Rücken, als sie, übrigens zu Unrecht, glaubten, sie habe Aussicht auf Verwirklichung. Ich würde nicht vollständig sein, wenn ich nicht anfügte, dass sich sogar in den Reihen der Sozialisten abweichende

[1]) *Zentralsektion* nennt man in Belgien die von der in Sektionen eingeteilten Kammer gewählte Kommission zur Vorprüfung von Gesetzesvorschlägen.

Meinungen bemerkbar machten, die lediglich aus Achtung vor dem Programm in der Öffentlichkeit nicht hervortraten. Viele von unseren Genossen teilten mit den Liberalen und Radikalen die Meinung, dass die Zulassung der Frauen zum Wahlrecht in Belgien die Verewigung der klerikalen Herrschaft zur Folge haben werde.

Was mich angeht, so kann ich dieser Meinung nicht beitreten. Ich denke natürlich gar nicht daran, zu bestreiten, dass bei einer plötzlichen Einführung des Frauenstimmrechts in einem Lande wie Belgien das Verhältnis der abgegebenen reaktionären Stimmen bei den Frauen grösser, als bei den männlichen Wählern, sein würde. Immerhin übertreibt man die Bedeutung, die von diesem Gesichtspunkt aus der Einführung des Frauenstimmrechts beiwohnt, ganz bedeutend.

Es ist gewiss wahr, dass die Frauen dem direkten Einfluss des Priesters und Beichtvaters stärker unterliegen, als die Männer. Um sich aber die wahrscheinlichen Ergebnisse ihres Eingreifens bei den Wahlen klar zu machen, darf man zweierlei nicht übersehen: einmal, dass heute viele Männer unter dem Einfluss der Frauen stimmen, und dann, dass nach der Einführung des Frauenstimmrechts auch viele Frauen unter dem Einfluss der Männer stimmen würden. Da Mann und Frau der selben Klasse angehören und die gleichen wirtschaftlichen Interessen zu vertreten haben, so würden sie in Wirklichkeit zumeist den selben Stimmzettel abgeben. Dass natürlich auch Ausnahmen von dieser Regel vorkommen würden, weiss ich wohl. Ich gebe sogar zu, dass diese Ausnahmen zahlreich sein würden. Aber, wenn es nicht zweifelhaft sein kann, dass die ersten Abstimmungen nach Einführung des Frauenwahlrechts in einem katholischen Lande den Konservativen und reaktionären Parteien günstig sein werden, wer will auf der anderen Seite die unschätzbaren Vorteile der politischen Emanzipation der Frauen für die zukünftige völlige Befreiung des Proletariats abmessen? Heute lastet die weibliche Hälfte der Arbeiterklasse wie ein totes Gewicht auf der anderen Hälfte. Die zumeist zu ebenso harter Arbeit, wie die Männer, gezwungenen Frauen nehmen am sozialen Leben sozusagen überhaupt nicht teil. Ohne Gegengewicht sind sie dem Einfluss der Kirche ausgeliefert. Abgesehen von bewundernswerten Ausnahmen greifen sie in die von ihren Männern geführten Kämpfe nur ein, um sie zu hindern und zurückzuhalten. Nun nehme man dagegen an, dass sie das Stimmrecht besässen. Dann würde sich das Bild sehr schnell ändern. Abgesehen von anderen und höheren Erwägungen hätten alle Parteien schon im Hinblick auf die Wahlen ein Interesse daran, ihre sozialpolitische Erziehung zu fördern. Eine Menge von Männern, die heute nicht das Geringste dafür tun, ihre Frauen dem Klerikalismus zu entreissen, wären dann schon durch die Macht der Tatsachen gezwungen, sich mit ihnen über ihre gemeinsamen Interessen zu besprechen.

Das erkennen die meisten Katholiken ganz gut. Sie wissen ganz genau, dass die Reaktion mit dem Frauenwahlrecht ihre letzten Reserven einsetzen würde, und dass nach kaum zwanzig Jahren die proletarischen Frauen den Kampf gegen den Kapitalismus und seine beiden Auswüchse, den Militarismus und den Klerikalismus, mit der selben grossen Leidenschaft führen würden, wie ihre Männer. Daher bin ich der festen Überzeugung, dass die klerikale Partei in Belgien niemals ernstlich an die Einführung des Frauenstimmrechts gedacht

hat. Die Erklärungen einiger ihrer Mitglieder hatten gar keinen anderen Zweck, als den, die Freunde des allgemeinen Männer- und Frauenwahlrechts zu trennen und dem liberalen Bürgertum einen Vorwand zur Bekämpfung der sozialistischen Vorschläge zu geben, ohne dass sie dabei das Prinzip der politischen Gleichberechtigung ausdrücklich zu bekämpfen brauchte. Tatsächlich sprachen sich im Augenblicke der entscheidenden Abstimmung alle bürgerlichen Abgeordneten (liberale, wie katholische) mit Ausnahme eines einzigen, der sich der Stimme enthielt, gegen das Frauenwahlrecht aus, und einzig und allein die Mitglieder der sozialistischen Fraktion stimmten dafür.

Dürfen wir unter diesen Umständen in der Agitation für die gleichzeitige Gewährung des Wahlrechts an Männer und Frauen fortfahren, auf die Gefahr hin, die erste dieser Reformen zum Scheitern zu bringen, ohne die Aussichten auf Erfolg für die zweite zu verbessern? Der *Verband der sozialistischen Frauen* musste sich darüber klar werden. Trotz des Widerspruchs einer energischen Minderheit sprach er sich für eine Vertagung der Frage des Frauenstimmrechts bis nach Lösung der Frage des allgemeinen Stimmrechts für die Männer aus. Inzwischen wollten die Sozialisten — diese Verpflichtung wurde ihnen auferlegt — eine lebhafte Propaganda für den Anschluss der Arbeiter an die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der belgischen Arbeiterpartei entfalten. Diesen bald darauf vom Parteitag gebilligten Beschluss hat man im allgemeinen als eine den Liberalen gemachte indirekte Konzession angesehen, um ihnen jeden Vorwand zur Ablehnung des allgemeinen Wahlrechts der Männer zu nehmen. Daran ist etwas Wahres. Viele Parteigenossen, die überzeugte Anhänger des Frauenstimmrechts sind, haben sich gesagt, dass man nicht gleichzeitig zwei Hasen nachjagen kann, ohne Gefahr zu laufen, keinen zu erwischen. Die hypothetische Zustimmung der Klerikalen zum Frauenstimmrecht war nur ein taktisches Manöver. Das allgemeine Wahlrecht der Männer steht heute aber auf dem Programm aller Oppositionsparteien.

Immerhin hiesse es die Lage in einem falschen Lichte zeigen, wenn man behaupten wollte, das seien die einzigen Gründe für die Vertagung der Frage des Frauenstimmrechtes gewesen. Die Wahrheit — mag es auch peinlich sein, sie auszusprechen — ist, dass das Frauenstimmrecht nicht nur in der liberalen Bourgeoisie, sondern auch in der sozialistischen Arbeiterklasse auf Widerstand stösst. Man bekämpft es freilich nicht offen, da es doch nun mal im Parteiprogramm steht. Man stimmt ihm prinzipiell zu, weil man sich sonst ausserhalb der Reihen des Sozialismus stellen würde. Wenn man aber manche Arbeiter auf die Gleichberechtigung und Gleichheit der Geschlechter anredet, und zwar nicht in der Öffentlichkeit des Parteitages, sondern in der Intimität der persönlichen Unterhaltung, dann sieht man sofort, dass die Frauen, die das Wahlrecht erstreben, zunächst erst einmal eines besorgen müssen: nämlich die Sozialisten selbst von der Notwendigkeit der Verwirklichung dieses Programmpunktes zu überzeugen. Ich glaube übrigens nicht, dass derartige Anschauungen nur in Belgien existieren. Man findet sie ganz allgemein, und namentlich überall dort, wo die Mehrheit der Bevölkerung katholisch ist. Aber das ist für die Anhänger des Frauenwahlrechts nur ein Grund mehr, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um Vorurteile und Besorgnisse zu zerstreuen, die der klerikale Einfluss wohl erklärt, aber nicht rechtfertigt.

In einem Lande wie Belgien, in dem die Frauen den vierten Teil (25%) der

industriellen, fast die Hälfte (42%) der ländlichen Arbeiterschaft stellen, ohne die Lehrerinnen, die Verkäuferinnen, die Dienstmädchen zu rechnen, ist es geradezu unglaublich, dass sie keinerlei Mittel haben, um ihre eigenen Interessen zu vertreten, ja, dass sie nicht einmal das Recht haben, bei den Wahlen der Schiedsgerichte und der Industrie- und Arbeitsräte mitzustimmen. Wenn man meint, dass man schrittweise vorgehen müsse, so ist dagegen nichts einzuwenden. Mag man zunächst erst einmal mit den Wahlen zu den Gewerbeschiedsgerichten beginnen, dann zu den der Verwaltungskörperschaften und zuletzt zum allgemeinen Wahlrecht übergehen. Aber es hiesse, einer blossen Mandatspolitik zuliebe die Interessen des beladensten Teiles des Volkes ganz zu Unrecht aufopfern, wenn man den Frauen das Wahlrecht unter dem Vorwande vorenthalten wollte, ihr Platz sei am häuslichen Herd — den selben Frauen, die der Kapitalismus zu den schwersten Arbeiten in Werkstatt und Fabrik gezwungen hat. Vom sozialistischen Standpunkt aus wäre das auch die allerbeklagenswerteste Taktik, weil man damit die Hälfte der Menschheit den konservativen Einflüssen widerstandslos preisgeben würde, die sie von allen Seiten umgeben.

Man hat hundertmal gesagt und hundertmal damit recht gehabt: Der Sozialismus wird, wie alle früheren grossen Umwälzungen, erst an dem Tage siegen, wo die Frauen nicht mehr gegen, sondern für ihn sein werden.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

TOM MANN · ARBEITERVERHÄLTNISSE UND SOZIALISMUS IN AUSTRALIEN

SEIT ich vor zwei Jahren in dieser Zeitschrift die Lage der australischen Arbeiter dargestellt habe[1]), war das Wachstum der Arbeiterpartei in diesem Erdteil ein beträchtliches und dürfte den deutschen Genossen viel Interesse bieten. Deshalb möchte ich kurz die Entwickelung schildern, die sich hier vollzogen hat, und sie nach ihrem wahren Wert abzuschätzen suchen.

Die Leser müssen sich freundlichst erinnern, dass der australische *Commonwealth* sechs Einzelstaaten umfasst, fünf auf dem Kontinent und die Insel Tasmania. Jeder dieser sechs Staaten hat seine besondere Regierung, die aus einem von der britischen Regierung bestätigten Gouverneur und zwei Parlamentshäusern besteht: einer gesetzgebenden Versammlung (Unterhaus) und einem gesetzgebenden Rat (Oberhaus). Über dem Ganzen steht das Bundesparlament, das gleichfalls aus zwei Häusern besteht: dem Hause der Repräsentanten (Unterhaus) und dem Senat (Oberhaus). Dieses Bundesparlament wurde im Jahre 1900 begründet. Die Wahlen finden alle drei Jahre statt. Die zweite Wahl fiel in den Dezember 1903, und die Arbeiterpartei gewann eine Anzahl Sitze. Das Repräsentantenhaus zählt 75 Mitglieder. Die Zahl der Vertreter jedes Einzelstaates wird nach der Einwohnerzahl bestimmt. Die Gesamtzahl der Senatsmitglieder beträgt 36, und zwar 6 für jeden Staat, gleichviel mit welcher Einwohnerzahl. Das Wahlrecht für beide Häuser

[1]) Vergl. meinen Artikel *Einiges über die Lage der Arbeiterklasse in Australien* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1903, II. Bd., pag. 917 ff.

lautet für alle Erwachsenen, das heisst es haben es alle Männer und Frauen, die ein Jahr lang in Australien ansässig sind und das Alter von 21 Jahren erreicht haben.

Die nachfolgende Tabelle gibt die Abgeordneten für jeden Einzelstaat und das Verhältnis der Arbeitervertreter zu den Gesamtvertretern. Die Mitglieder des Repräsentantenhauses verteilen sich, wie folgt:

Staat	Arbeitervertreter	Gesamtvertreter
Neusüdwales	7	27
Victoria	3	22
Südaustralien	3	7
Queensland	7	9
Westaustralien	4	5
Tasmania	1	5
insgesamt	25	75

Danach hat die Arbeiterpartei 25 von 75 Sitzen, also genau ein Drittel. Im Senat entfallen auf sie 14 Mitglieder von im ganzen 36; davon entsandten Queensland 5 Arbeiterabgeordnete, Westaustralien 4, Südaustralien 3, Victoria und Tasmania je 1 und Neusüdwales keinen.

Das Programm oder die Grundforderungen der Arbeiterpartei, mit denen sie den letzten Wahlkampf ausfocht, waren folgende:

1. Aufrechterhaltung eines *weissen Australiens*[2]);
2. Obligatorische Schiedsgerichte[3]);
3. Altersversicherung;
4. Verstaatlichung der Monopole;
5. Eine nationale Volkswehr und eine eigene australische Flotte;
6. Einschränkung der Auflegung von Staatsanleihen;
7. Schiffahrtsgesetze zum Schutz der australischen Schiffahrt;
8. Eine Bundesbank; bundesstaatliche Lebens- und Feuerversicherung;
9. Ein Bundespatentgesetz;
10. Einheitliche Gewerbegesetzgebung für alle Staaten.

Der gemässigte Charakter dieses Programms liegt auf der Hand: die schärfsten Forderungen sind unter 2 und 4 enthalten. Gegenüber dem Schiedsgerichtsgesetzentwurf verhielten sich die Kapitalisten äusserst feindselig; aber er drang dennoch durch und ist jetzt Gesetz. Allerdings ist es noch nicht in Kraft getreten, da der Gerichtshof noch nicht ernannt ist. Die Forderung der Verstaatlichung der Monopole wurde von den verschiedenen Kandidaten verschieden ausgelegt, je nach ihrer Auffassung des Sozialismus und ihrem Glauben an den Sozialismus. Etwa von der Hälfte der Kandidaten lässt sich behaupten, dass sie die sozialistischen Prinzipien gut begriffen haben, die andere Hälfte entspricht dem Typus der bisherigen englischen liberalen Arbeitervertreter, die jetzt von der selbständigen Arbeiterpartei abgelöst werden. Bei den Debatten über die Schiedsgerichtsvorlage im April 1904 — zur Zeit, als Alfred Deaken Ministerpräsident war — wurde das damalige Ministerium durch die vereinten Kräfte der Arbeiterpartei und der Konservativen gestürzt.

[2]) Das bedeutet den Ausschluss der Asiaten und Afrikaner aus Australien.

[3]) Das heisst ein Bundesgesetz, betreffend obligatorische Schiedsgerichte zur Schlichtung gewerblicher Streitigkeiten und Entscheidung bei Streiks und Aussperrungen.

Ans Ruder kam das (Arbeiter-)Ministerium Watson. Es hielt sich bis zum August 1904 und brachte das Schiedsgerichtsgesetz um verschiedene Etappen vorwärts, fiel aber schliesslich gerade bei den Verhandlungen über eben diese Vorlage. Vom Standpunkt des Sozialismus ist der Tatsache keine grosse Bedeutung beizumessen, dass vier Monate lang die Sitze des Ministeriums von Arbeitervertretern eingenommen waren, wenn nicht aus dem Grunde, dass sich unter diesen Arbeitervertretern Männer von angesehener Stellung, von Kenntnissen und reifer Lebenserfahrung fanden. Von den acht Männern, die unter dem Ministerium Watson Ministersitze inne hatten, wurde nicht ein einziger als ein Vertreter aller Forderungen der Sozialdemokratie betrachtet; die Vorgeschrittensten unter ihnen gingen kaum über eine milde Art des Staatssozialismus hinaus, und während der letzten paar Monate hat Watson bei verschiedenen Gelegenheiten erklärt, er sei nicht Sozialdemokrat, sondern Staatssozialist. Indes darf man nicht vergessen, dass bis vor ganz kurzer Zeit in Australien sehr wenig sozialistische Agitation betrieben wurde, so dass selbst noch vor vier Jahren fast sämtlichen jetzigen Arbeitervertretern die sozialistischen Lehren tatsächlich völlig fremd waren. In den beiden am dichtesten bevölkerten Staaten, in Neusüdwales und in Victoria, drehte der Wahlkampf sich hauptsächlich um handelspolitische Fragen; Neusüdwales hatte sich mit grosser Mehrheit für den Freihandel erklärt, Victoria mit ähnlicher Mehrheit für eine Schutzzollpolitik. Die Gewerkschafter waren einfach Sozialreformer sehr milden Charakters; kaum einer unter ihnen hatte irgend einen Begriff davon, was die kapitalistische Gesellschaft eigentlich war oder ist; vielmehr glaubten sie, dass eine Verbesserung dieser Gesellschaft alles sei, was sich sowohl durch gewerkschaftliche, wie durch politische Aktion etwa erreichen lasse.

Während der drei Jahre meines hiesigen Aufenthalts habe ich jeden der sechs Staaten besucht; ich habe in allen Hauptstädten und den meisten anderen Hauptplätzen Vorträge für die Sozialdemokratie gehalten, und überall bin ich von hervorragenden Vertretern der australischen Presse als ein *europäischer Agitator* verschrieen worden, der keinerlei Kenntnis der Bedürfnisse Australiens habe und eine Politik predige, die zu absolut nichts nutz sei, also genau die selben Albernheiten, die uns aus der bürgerlichen Presse aller Länder so gut bekannt sind. Das bestätigt indessen nur unsere Behauptung, dass die Australier noch vor vier Jahren die Bestrebungen des Sozialismus weder kannten, noch mit ihnen sympathisierten; aber obwohl noch vieles wird geschehen müssen, ehe sich dort ein allgemeines Verständnis der Klassengegensätze Bahn brechen wird, kann man doch mit Sicherheit und ohne Übertreibung behaupten, dass die gegenwärtige Richtung der Dinge in den Reihen der Arbeiterschaft deutlich zum Sozialismus hinweist.

In Europa mag es für den kosmopolitisch Denkenden schwer sein, zu begreifen, weshalb seitens der australischen Arbeiterschaft so streng an der Aufrechterhaltung eines *weissen Australiens* festgehalten wird. Aber es ist weniger schwer, das zu verstehen, wenn man dort ist und Gelegenheit hat, die Wirkungen der Beschäftigung von Farbigen zu beobachten. Es gibt in Australien Chinesen, Hindu, Assyrier, Kanaken und Japaner, und in einigen städtischen Industrieen sind die Farbigen der überwiegende Faktor. Dies ist auch der Fall in der Bananenzucht Queenslands, die ausschliesslich

in den Händen von Chinesen ist. Die Arbeit in den Zuckerrohrpflanzungen befand sich hauptsächlich in den Händen von Kanaken, die von ihren Heimatsinseln unter Bedingungen herübergebracht wurden, die ihnen zwar nominelle Freiheit liessen, sie aber tatsächlich versklavten. Die Kanaken müssen sich verpflichten, für ihren Arbeitgeber (in Wahrheit Sklavenhalter) drei Jahre lang zu arbeiten. Als Lohn erhalten sie Nahrung, Wohnung und 2 Mark 50 Pfennig wöchentlich in bar, ferner zwei Garnituren Kleider — eine Garnitur besteht aus einem Paar sehr grober Beinkleider, einem rauhen Hemd und einem Hut — pro Jahr. Weisse könnten diese Arbeit in jeder Einzelheit genau so gut verrichten, aber sie würden sechsmal so viel Lohn dafür fordern. Ich habe persönlich die Bedingungen untersucht, unter denen diese Kanaken arbeiten, und beobachtet, wie sie behandelt werden, und ich erkläre, dass es sich positiv um eine Sklaverei handelt. Ich habe gesehen, was als Frühstück für achtzig Mann herbeigebracht wurde, bevor sie an eine fünfstündige, ununterbrochene Arbeit gingen. Die Nahrung bestand aus ¾ Pfund trockenen, weissen Brotes; weder Fleisch, noch Butter, noch Sirup, noch sonst etwas ausser Brot, bis auf eine Tasse Tee als Getränk. Zu Mittag und zum Abend werden etwa ¼ Pfund Fleisch gegeben, aber unter empörenden Umständen. Die dunkelhäutigen Menschen hocken sich nieder; weder Teller, noch Messer, noch Gabel, noch Löffel werden ihnen gebracht und sehr selten ein Tisch oder Sitze. Diese von ihren Frauen getrennten Männer arbeiten und essen wochenlang gemeinsam; gelegentlich am Schluss der Woche gehen sie in die Städte. Den Wirtshausbesitzern ist es untersagt, ihnen spirituöse Getränke zu verkaufen; aber andere Farbige, wie Chinesen und Japaner, können Spirituosen erhalten und versorgen sie freigebig damit; die Folgen sind dann häufig Roheiten schlimmster Art. Die Kanaken dürfen nicht in jeder Art Arbeit beschäftigt werden; so ist es gegenwärtig verboten, sie in den Zuckermühlen arbeiten zu lassen; dennoch benutzen die Arbeitgeber sie stets zu jeder nur denkbaren Beschäftigung, oft genug den Gesetzen zum Trotz. Dadurch suchen sie den weissen Arbeiter in Abhängigkeit zu erhalten, um fortgesetzt den Herrenstandpunkt hervorkehren zu können, was denn auch in der schonungslosesten Weise geschieht. So hat sich für mich als Resultat einer sehr genauen persönlichen Untersuchung ergeben, dass die Wirkungen der farbigen Arbeit in Queensland in den Bananen- und Zuckerpflanzungen in jeder Beziehung unheilvolle sind und in der verderblichsten Weise die Lebenshaltung der weissen Arbeiter beeinflussen.

In den Zuckerfabriken, wo das Zuckerrohr zerstampft wird, arbeiten Europäer; aber sie haben sämtlich zwölfstündige Arbeitsschicht. Die Fabriken sind Tag und Nacht in Betrieb mit nur einmaligem Schichtwechsel. Der Lohn für diese lange Arbeit ist nicht entsprechend hoch, da er durchschnittlich nur etwa 25 Mark wöchentlich beträgt neben Beköstigung und Wohnung in Baracken. Das Schlimmste aber ist, dass die Arbeit nur etwa sechs Monate im Jahre dauert. Dann werden 90% der Arbeiter entlassen, um wieder die mühselige Wanderschaft aufzunehmen und durch das Land zu trotten, ohne doch vor der nächsten Arbeitssaison etwas anderes zu finden, als gelegentliche grobe Arbeit. Die Leute sind gewerkschaftlich gar nicht und politisch nur mangelhaft organisiert; aber ein grosser Teil davon stimmt bei den Wahlen für den Arbeiterkandidaten. Warum sie sich eigentlich

nicht gewerkschaftlich organisiert haben, ist schwer zu sagen; aber einer der Gründe ist sicher dieser wechselnde Charakter ihrer Beschäftigung. Natürlich ist das keine Entschuldigung; aber gewöhnlich pflegt überall, wo nur periodische Arbeit herrscht, die Organisation schwach zu bleiben.

Ebensowenig sind die Bergarbeiter in Queensland organisiert, obgleich sie den Achtstundentag haben und die Löhne für gut gehalten werden: 50 Mark wöchentlich. Trotzdem ist die Gewerkschaftsbewegung sehr schwach, viel schwächer, als vor 1890, dem Jahre des Beginns der politischen Arbeiterbewegung. Gerade jetzt machen sich die schädlichen Folgen der Vernachlässigung der wirtschaftlichen Organisation besonders bemerkbar. Gegenwärtig ist Charters Towers in Nordqueensland die hervorragendste Bergarbeiterstadt Queenslands und nächst der Hauptstadt des Staates, Brisbane, überhaupt die grösste Stadt. Die Einwohnerzahl von Charters Towers beträgt 21 000. Davon sind etwa 5500 Männer in der Goldbergwerksindustrie beschäftigt. Von diesen waren weniger als 200 gewerkschaftlich organisiert, als ich vor sechs Monaten dort war, und eine nicht grössere Zahl gehörte dem *Politischen Arbeiterbund* an. Trotz alledem gehörten beide Mitglieder des Staatsparlament der Arbeiterpartei an. Kürzlich starb einer der beiden, und bei der Nachwahl erlitt die Arbeiterpartei eine Niederlage; die Plutokraten siegten mit einer Mehrheit von 450. Die Hauptursache dieser Niederlage war der Mangel an Interesse für wirtschaftliche Organisation.

Es kann sehr wohl sein, dass die Macht des Kapitalismus in der allernächsten Zukunft auch an verschiedenen anderen Punkten über die Arbeit den Sieg davontragen wird; aber das wird durchaus nicht zu einer Demoralisierung der Arbeiterschaft führen, sondern sehr viel eher zu ernsteren und ausgedehnteren Bemühungen anregen, um die Partei zu erziehen und zu festigen. In Westaustralien zeigte sich gerade in den Vorgängen der letzten Zeit der etwas oberflächliche Charakter der Bewegung. Ein Jahr lang besass die Arbeiterpartei die Macht im Staatsparlament. Der Premierminister Daglish hatte oft erklärt, er sei Sozialist; er hatte wenige Wochen, bevor er Premierminister wurde, den Vorsitz in einer sozialistischen Versammlung geführt, in der ich sprach. Trotzdem war er ein Verteidiger des herrschenden Gesellschaftssystems, der nur eine Hebung der Lebenslage der Arbeiterschaft anstrebte. Nachdem er ein Jahr lang im Amte war, trat die Arbeiterpartei zurück, und es wurde ohne vorhergehende Neuwahlen ein anderes Ministerium berufen. In Südaustralien haben wir gegenwärtig einen Arbeitervertreter namens Tom Price als Premierminister, und das Ministerium arbeitet dort in Verwaltungsangelegenheiten mit viel Takt und Urteil; dagegen werden in der Gesetzgebung höchstwahrscheinlich keine aufregenden Dinge geschehen. Diese Versuche, die gesetzgeberische Verantwortung zu übernehmen, sind eben vorläufig nur als kleine Vorpostengefechte zu betrachten und nicht schon als ein wirklich ernstes Ringen der Arbeiter gegen die Übermacht der plutokratischen Gesellschaftsordnung.

Ein überaus heftiger Kampf entbrannte in dem Bundesparlament infolge des Antrags der Arbeitervertreter, dass die Kontrollmarken der Gewerkschaften als Handelsmarken gemäss dem Gesetz über Handelsmarken amtlich registriert werden sollen. Zu heftigen Erörterungen gibt auch in ganz Australien die Opposition der australischen Arbeiter gegen den Vorschlag des *Generals* Booth von

der *Heilsarmee* Anlass, einige Tausend Personen von England nach Australien zu schicken. Die hiesigen Arbeiter werfen ein, dass durch ganz Australien in jeder Stadt verhältnismässig etwa ebensoviel Arbeitslose sind, wie in den europäischen und amerikanischen Städten. Wollte man also noch mehr Menschen hier hinaussenden, ohne gleichzeitig auch nur einen Versuch zur Umgestaltung des Systems zu machen, in dem die Ursachen der Arbeitslosigkeit liegen, so müssten dadurch die Kämpfe für die hier Ansässigen noch schwerer werden. Nach der Schätzung kompetenter und sorgfältiger Beobachter gibt es in Melbourne allein volle 4000 Arbeitslose, ebensoviele, vielleicht sogar mehr, in Sydney und verhältnismässig entsprechend viele durch ganz Australien.

Was die wirtschaftlichen Aussichten betrifft, so weisen die Zeichen auf einen erheblichen Aufschwung hin. Seitdem die grosse Dürre ihr Ende genommen, hatten wir hier zwei gute Ernten, und die Aussichten für das kommende Jahr sind sehr günstige. In Victoria gewinnen die Produkte der Milchwirtschaft einen immer ausgedehnteren Markt in London, wo die Butter die Konkurrenz mit der dänischen Butter aufnimmt und bereitwilligen Absatz findet, wenn auch zu etwas geringerem Preise, als die dänische.

Australien bedarf nur weiterer fünf Jahre der Ausbreitung sozialistischer Propaganda und der Entwickelung der Organisation; dann wird es aller Voraussicht nach im Kampf für den Sozialismus hinter keinem Lande Europas oder Amerikas zurückstehen. Die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* mögen nur die Tatsache im Auge behalten, dass die systematische Propaganda wirklich sozialdemokratischer Ideen hier erst ganz kürzlich Wurzel gefasst hat. Es ist sehr wahrscheinlich, dass auf dem nächsten internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart im Jahre 1907 bereits mehrere australische Delegierte anwesend sein werden.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

JULIUS MEIER-GRAEFE · ÜBER VINCENT VAN GOGH

SCHNELLER, als in Frankreich, wo seine Bilder zehn Jahre brauchten, um aus den kleinsten Boutiquen in die mittelgrossen zu gelangen, schneller auch, als in seiner Heimat, wo erst die letzten Auktionen und Ausstellungen, namentlich die Vorführung von fast 500 Werken letzten Sommer im Amsterdamer *Stedelijkmuseum* für eine gewisse Popularität gesorgt haben, hat sich van Gogh Deutschland erobert. Ich meine den kleinen Kreis, der überhaupt künstlerischen Dingen zugänglich ist, und unterlasse es, nach seiner Aufrichtigkeit zu fragen. Wohin kämen wir, wollte man all den hurtigen Amateuren auf den Zahn fühlen und die Konsequenz ihrer Zuneigung untersuchen! Seien wir auch dem Snob dankbar, der sich mit guten Dingen, statt mit gemeinen, brüstet und schliesslich, ohne es zu ahnen, doch zum Heile beiträgt.

Dem Ernstgesinnten erleichtern gewisse Eigentümlichkeiten des Neulings die Aufnahme. Er erscheint auf den ersten Blick einfacher, als die erlauchte Schar um Manet, beansprucht nicht — wenigstens nicht für eine oberflächliche

Berührung — den langgeübten Kult schöner Dinge, das tiefe Eindringen in die alten Meister, ohne das Leute wie Renoir und Cézanne unverständlich bleiben. Er erspart selbst dem rohen Auge die Langeweile, die jenen Grossen unfehlbar nachgähnt. Das Bruchstück von Verständnis, einem geistigen Niveau entsprechend, das aus Manet nicht das Atom von Gefallen gewinnt, erringt noch ein Stückchen von der Eigenart van Goghs, die so merkwürdig ist, dass feine Seelen Zeit brauchen, um den gewöhnlichen Argwohn gegen alles krass Absonderliche zu besiegen. Eine bewegte Lebensgeschichte mit grausigen Details und tragischem Ausgang fügt das ihre hinzu. Für Deutschlands Jugend, die zwischen Kunst und Kunstgewerbe schwankt, kommt van Gogh im rechten Moment. Wenn sie das andere nicht sieht, begreift sie wenigstens seinen Hang zum Ornament und identifiziert ein wenig voreilig mit seinem Ideal das ihre. Doch könnte uns van Gogh von bleibendem Nutzen werden. Sein Werk zeigt absonderliche Tiefen, und hinter dem Absonderlichen seines Schicksals verbirgt sich mehr, als des Einzelfalls spannendes Ereignis. Er ist, wie jeder grosse Künstler, eine wohlorganisierte Welt, in die sich unsere Gedanken und Empfindungen ausdehnen können, und die dem Reichsten unerwarteten Zuwachs verspricht.

In Holland, auf dem Lande, kam van Gogh 1853 als Sohn eines Pastors auf die Welt und wurde wie sein Freund Gauguin, mit dem ihn später manche Bande verknüpften, erst als reifer Mensch Künstler. Vorher trieb er alles Mögliche, nichts, was nicht mittelbar oder unmittelbar Beziehung zu der endgültigen Laufbahn gehabt hätte, wechselte viermal zum Schrecken der Eltern den Beruf, der ihm bis an sein frühes Ende, so glänzend er daraus hervorging, mehr als ein Kleid, nicht als die alle Seiten seines Wesens erschöpfende Lösung erschien. Doch betrieb er ihn ernster, als mancher Oberflächliche glauben mag. Der Anfang war unsäglich mühsam. Hatte er Talent? Die Frage scheint dem Kenner seiner reifsten Epoche, die ganz allein in Frankreich und Deutschland bekannt ist, närrisch, doch weiss ich nicht, ob man sie ohne weiteres bejahen würde, wenn heute einer, dreissig Jahre alt, so anfing, wie Vincent begann. Von der leichten formalen Ausdrucksfähigkeit, die als Kriterium zu dienen pflegt, war keine Rede.

Vincent war höchst ungeschickt und trotz groben Gebarens schwächlich. Aber hatte Willen und Intellekt, eine Seele, die sich zu stärken wusste, die heldenhafte Spannkraft, die allein — mehr, als alle angeborene Fertigkeit — das Genie verbürgt. Mauve, ein entfernter Verwandter, bei dem er Anfang der achtziger Jahre in die Lehre ging, ein Mensch aus einer anderen Welt, weit mehr Künstler, als Mensch, mehr Artist, als Künstler, mag oft kopfschüttelnd vor den Bildern des Schülers gestanden haben und sich nicht mit Unrecht als grosser Geist neben diesen Banalitäten erschienen sein. Banalität sagt kaum genug. Ich kenne Nichtigkeiten aus dieser Zeit, die auf die Laufbahn des schlimmsten *Kitsch*malers schliessen liessen. Der Einfluss des Lehrers beschränkte sich auf Aeusserlichkeiten. Bestimmter, als Mauve, treten Mesdag und Maris hervor und neben ihnen immer in unübersehbarem, fast lächerlichem Abstande, der grosse Anreger der holländischen Landschafter, Constable. Die Marine bei Ribbius Peletier in Utrecht scheint in ihrer sehr dicken, unbeholfenen Malerei wie eine Karikatur des Engländers. In der Marine bei van Kempen in Amsterdam, ebenfalls aus 1881 oder 1882, geht

die ganze Anlage des Bildes, auch die typische Verwendung der kleinen Figuren, auf die selbe Quelle zurück. Diese ganze Anfangsperiode, die übrigens nicht lange dauerte, blieb unerspriesslich; van Gogh brauchte eine breitere Basis, die ihm aus der Anlehnung an zeitgenössische Meister, selbst wenn sie alle von der Potenz Constable gewesen wären, nie erwachsen konnte. Er erhielt von dem Bruder Theodor, seinem besten Freunde, die Mittel, sich in Haag ein winziges Atelier zu halten. Hier lernte er, und seine Meister wurden die grossen Holländer des XVII. Jahrhunderts, die im *Mauritshuis* schweigend ihre unsterbliche Lehre verrichten.

Man sagt leichthin, van Gogh verdanke alles seinem Temperament, sei aus Zufall auf eine bestimmte Art gekommen und habe sich ihr willenlos hingegeben. Seine Entwickelung beweist das Gegenteil. So rapide sie vor sich geht, sie bestätigt den Werdegang der ganzen modernen Kunst, die aus der alten Malerei entspringt. So glücklich sie war, lässt sie doch jedes Mitspielen des Zufalls als ausgeschlossen erscheinen. Der Fortschritt ist van Gogh sehr sauer geworden. Er setzt bei gut gemeinten, aber ganz dilettantischen Versuchen ein, um seinen aktuellen Enthusiasmus zu betätigen, kommt dann zu den alten Meistern, wo er sich vertieft, gelangt von ihnen zu entscheidenden modernen Vorbildern und dann erst zu der endgültigen Form. Das gibt drei Vorbereitungsphasen, die sich deutlich, so geringen Raum sie in den zehn Jahren der Künstlerlaufbahn einnehmen, abheben. Das Studium der alten Meister bringt die zweite Phase und macht einen vollkommen neuen Menschen aus van Gogh. Der Einfluss der zeitgenössischen Landsleute ist wie weggeblasen, mit ihm jeder Hauch von roher Tölpelei. Vincent versuchte, die Tonwerte der alten Stillebenmaler mit ganz reduzierter Palette anzudeuten. Es gelang ihm wider Erwarten so gut, dass ich nicht erstaunt wäre, wenn einmal diese heute gar nicht geschätzte Periode von distinguierten Amateuren gesucht werden würde. Die besten Bilder sind Stilleben in einem dumpfigen, erdigen Graubraun ohne alle Kontraste. Nur durch die Hebungen und Senkungen der selben Farbe und die sehr ruhige, meisterhafte Führung des Pinsels entsteht die Bewegung. Der vornehme Geschmack, der auch in den späteren Kühnheiten van Goghs die Kraft adelt, scheint hier allein die Kunst zu tragen. Ein Geschmack höchst differenzierter Art ohne jeden merkbaren Eklektizismus. Man denkt an keinen besonderen Meister der Alten. Dafür ist der Effekt zu einfach. Kartoffeln vertreten die Rolle der pompösen Früchte. Sie liegen so schlicht, wie möglich, in einem flachen Korb oder, zu einem Haufen geschichtet, auf der Tischplatte neben einem bescheidenen Messinggefäss, dessen stilles Leuchten den graubraunen Gesamtton erhellt. Man fühlt die Absicht, jeden szenarischen Aufwand zu vermeiden. Keiner der Alten hätte so selbstlos gemalt und auf jede Lokalfarbe und Lokalform verzichtet. Trotzdem schwebt über den Bildern der Geist der Ostade, Aert van der Neer und der anderen Meister der Materie, und man ahnt, wie konzentriert der Maler die Altvorderen studierte, dass die Abhängigkeit so geistiger Art werden konnte.

Dieser van Gogh, mit dem der eigentliche Künstler begann, war ein Maler der alten Sorte, auch wenn er nicht die Alten nachahmte, ein beschaulicher Lyriker, in die Schönheit des Stoffes versunken. Der moderne war der Dramatiker. Er erscheint im Anfang als Feind des anderen. Man kann annehmen, dass

Vincent während des Aufbaus einer im besten Sinne traditionellen Form von blitzartigen Eingebungen beunruhigt wurde, denen der Künstler nicht zu folgen vermochte. Schon in der ersten Zeit taucht das Motiv mit der feurigen Sonnenscheibe auf, mit dem er seine Sehnsucht zu verkörpern trachtete, das wie der Dämon seines Dramas erscheint. Auf einem langgestreckten Panneau mit Wanderern im Schnee (bei Ribbius Peletier in Utrecht) zerstört die knallrote Sonne vollkommen die künstlerische Wirkung. Ähnliche Missgriffe ganz dilettantischer Art wiederholen sich, während die besten grauen Stilleben entstehen. Der Dualismus ist deutlich. Wie er besiegt wurde, wie es van Gogh gelang, das Temperament und seinen sehr stark entwickelten Hang zum Pathos nur zum Dienste des Schönen zu bändigen und aus dem Chaos eine ganz einheitliche Form zu schaffen, das bildet ein kurzes, aber erhebendes Kapitel der modernen Kunst. Nicht der Zufall bestimmt es, auch nicht, wie mancher Laie glauben mag, die Brutalität eines rücksichtslosen Barbaren oder gar, nach der Meinung der Toren, der Wahnsinn eines Genies, sondern die Selbstzucht eines bedeutenden Menschen.

In einzelnen Gemälden aus dem Bauernleben, die, wie die Stilleben 1884 und 1885, in dem Brabanter Dorfe Nuenen entstanden, versuchte van Gogh seine erworbene Fertigkeit einem seiner Gedankenwelt entsprechenden Gegenstand anzupassen. Es gelang ihm bis zu einem gewissen Grade in den *Aardappeleters*. Das Werk ist das bekannteste und merkwürdigste dieser Zeit, nicht das beste. Es hat nicht die abgeglichene Schönheit der Stilleben, aber verliert sich auch nicht in den formlosen Symbolismus mancher Landschaften. Es bildet einen Kompromiss zwischen den beiden kontrastierenden Seiten. Die Ehrlichkeit der Empfindung sorgte dafür, dass der Ausgleich nicht den Menschen herabsetzte. Man fühlt, dass der Maler mit seinen Leuten eins war und mit der Schilderung ihres schweigsamen Mahles in dem elenden Raum mehr, als eine flüchtige Episode, geben wollte. Die Schöpfungsfreude war stark genug, um zur Typenbildung zu treiben und aus dem Vorgang ein allgemeines Symbol zu gewinnen. Die Symbolik entfernt sich so weit, wie möglich, von allen früheren Auffassungen des Bauernlebens, denen wir in der Malerei begegnen. Dem Träger bestialischer Instinkte, den das XVII. Jahrhundert, von Rubens bis zu den holländischen Genremalern, gesehen hatte, der Theaterfigur des XVIII. Jahrhunderts hatte Millet, nach dem Worte van de Veldes, ein *être sacré de pure vérité* gegenübergestellt, den Sämann, der die saure Arbeit kennt, aber fest auf die Früchte vertraut. Den Bauern van Goghs fehlt dieser Nimbus. Sie sind die Proletarier der Natur, essen die Erde, die sie bearbeiten; erdige Wesen, die mehr den unter dem Boden arbeitenden Tagelöhnern gleichen. Die Erinnerung an die Bergleute des Borinage, zwischen denen er vorher kurze Zeit gelebt hatte, färbte offenbar die Gestalten. Die schmutzigen dunkelblau und braunen Töne erhöhen noch das Schreckhafte der Erscheinung.

Aber das Schreckhafte trübt die Lösung und lässt die Tatsache im Bereich des Materiellen. Zweifellos hat das Gemälde Stil. Man empfindet wohltuend das Gleichgerichtete starker Linien. Aber dem Stil fehlt die Fruchtbarkeit, die den Gegenstand mit reicher Vegetation bekränzt, der Reichtum einer Form, die durch die Mannigfaltigkeit ihrer Variationen der Empfindung Flügel verleiht. Das Auszeichnende beschränkt sich fast ausschliesslich auf negative Momente, auf eine Verarmung der überlieferten Formen, ohne Ersatz. Der Geist in

dem Bilde ist dem des Bauernmahles der Brüder Le Nain verwandt, das im *Louvre* hängt. Auch ein Proletarierinterieur von denkbar trübster Färbung. Aber hier erweitert der Stil den Vorgang, stattet ihn mit all dem Imponderablen, Unübersehbaren aus, das uns in der Natur begegnet, und lässt seine Wirksamkeit aus einem undurchdringlichen Netz von Vielheiten hervorgehen. Vincents Stil in jenen Bildern dagegen war relativ äusserlich, in gewissem Sinne tendenziös und rhetorisch. Er begnügte sich mit der Überraschung.

Zweifellos wäre der Maler solcher Bilder berühmt geworden. Die Popularität eines Laermans, dessen Szenen eine ähnliche Beschränkung zeigen, war ihm sicher. Doch van Gogh begnügte sich nicht damit, er gab ohne Zögern das Erreichte auf, um noch einmal von vorn anzufangen. Ein kurzer Aufenthalt auf der Antwerpener Akademie vermochte ihn nicht zu fördern. Was ihm fehlte, war der Anschluss an Vorbilder, die in ähnlicher Lage, wie er, zwischen Vergangenheit und Gegenwart eine Vermittlung gefunden hatten, die Möglichkeit, sich einer Tradition zugehörig zu fühlen, die in spezifischer Weise fortgebildet werden konnte. Die Zugehörigkeit zu Millet war zu isoliert, um ihn nicht zum Epigonen zu machen. Sie trieb ihn immer wieder zu der Zeichnung und gab dem Zeichner, der sich noch nicht als Maler gefunden hatte, keine Ausdehnbarkeit. Die meisten Zeichnungen aus der ersten Hälfte der achtziger Jahre gehen nicht über das Niveau eines begabten Dilettanten hinaus. In allen merkt man den Versuch, eine Form zu gewinnen. Der Akt wird mit ein paar Linien konstruiert, aber die Linien wirken nicht, weil sie stilisieren, bevor sie das Notwendige erschöpft haben. Ein Blatt aus der ersten Haager Zeit, *Sorrow* betitelt, das auch als Lithographie existiert, eine sitzende nackte Frauenfigur, zeigt die ganze Dürre einer Zeichnung, die den Mangel an Form durch die ausdrucksvolle Geste zu ersetzen sucht, und wirkt wie eine schlechte moderne Buchillustration. Der Vers aus Michelet, darunter *Comment se fait-il qu'il y ait sur la terre une femme seule — delaissée?* vervollständigt die Nuance. Man muss sich immer wieder den Tiefstand solcher Anfänge vergegenwärtigen, um den ganzen Umfang der Laufbahn des Künstlers zu würdigen. Die Bauernzeichnungen aus der Zeit in Nuenen verlieren das Dilettantische. Der Künstler sah, was er machte, studierte die Bewegungen der Bauern bei ihrer gewohnten Beschäftigung und merkte sich die Hauptlinien. Nicht genug, um mit dem reinen Strich allein die Erscheinung zu erschöpfen. Der Schatten musste helfen. Mit grossen Flächen Weiss und Schwarz füllen sich die Interieurs, in denen die Frau ihr Gemüse herrichtet oder das Feuer unter dem Kessel schürt oder der Mann den Webstuhl tritt. Es ist das Verfahren, über das der Zeichner Constantin Meunier nie hinauskam, die Reduktion des Sichtbaren auf einen primitiven Gegensatz von Licht und Schatten, der sich mit der Wahrscheinlichkeit begnügt und trotz der Armut viel zu viel Überflüssiges enthält. Daraus und aus einem billigen Bewegungsschema entsteht der Typus der *Aardappeleters,* ein Schattenriss, zu dem Millet den Körper machte. Es ist Vergröberung, nicht Vereinfachung des Vorbildes. Erst der grosse Maler van Gogh ist Millet nahe gekommen und hat ihn weitergebildet. Nicht in Nuenen, sondern in Arles, und nicht mit Kohle, sondern mit feurigen Farben.

Farben brauchte van Gogh. Nicht das materielle Färbemittel, sondern eine aufs letzte gehende systematische Ausbildung dessen, was seiner Eigenart das Formbildende gab. Er drängte auf starke Linien und auf grosse Flächen. Es

blieb ihm übrig, beides zu unbedingten Notwendigkeiten zu machen. 1886 erhielt er endlich die rechte Schule. Er kam nach Paris.

Von dem ungestümen Drang, der scheinbar einzig und allein die Kunst van Goghs bestimmte, bleibt bei der näheren Betrachtung wenig übrig. Wir sahen einen Menschen, der spontan zur Kunst griff, aber nur mit unendlicher Mühe zu einer Form gelangte. Ein nur auf das einmal Empfangene angewiesener Naturbursche wäre in dem Getriebe, das ihn nun umfing, verloren gewesen. In der Tat war die Gefahr gross. Was er in Nuenen gelernt hatte, ging mit dem ersten Schritt auf dem Boulevard in die Brüche. Man hat den Eindruck, dass er alles aufgab, was er besessen hatte, und als sei seine Eigenart zu nichts verflüchtigt. Die Entwickelung jedes bedeutenden Menschen ist ein fortgesetztes Teilen und Zusammenfassen. Immer wieder wird das, was sich in der einen Phase zum Organismus fügte, in der nächsten auseinandergesprengt und schliesst sich zu einem neuen Bilde, so lange, bis Bild und Mensch eins werden, bis eine Form entsteht, die der Teile grössten Nutzwert zu Tage fördert. Die Teilung, der sich van Gogh in Paris ausgesetzt sah, war Schmerz und Wollust zugleich. Er litt unter der Grossstadt. Geboren und erzogen auf dem Lande, von keineswegs einnehmendem Äussern und aus Schüchternheit plump, mag er sich in Paris vorgekommen sein, wie ein Bauer in Holzpantinen unter tänzelnden Kavalieren. Wäre er's gewesen, so hätte er sich nichts daraus gemacht. Viele Künstler, die Paris in der vorhergehenden Generation hervorgebracht hatte, waren mehr Bauern, als er. Vielleicht hätte er es sein wollen. Nach der ganz einfachen Weltanschauung, die durch ihre Einseitigkeit siegt, sehnte er sich. Keiner der damaligen Jungen war weniger primitiv. Sein ganzes Dasein war bis dahin nur zu sehr auf das Spirituelle gerichtet gewesen, hatte Bücher und Bilder verschlungen und mehr der Empfindung, als der Form, gelebt. Leclerq, der ihn wenige Jahre später kennen lernte, schildert ihn als nervösen, fröstelnden Menschen, der an Spinoza denken liess. Das Materielle war vielmehr Paris; und als solches für ihn das sehnsüchtig Verlangte und inbrünstig Gehasste zugleich. Brutal bis in das Getriebe des Kunstlebens, das er im Dasein des Bruders vor sich sah, der bei Boussod Valadon (Goupil) mit nörgelnden Vorgesetzten und dem dummen Publikum für die Impressionisten kämpfte; berückend schön in unzähligen Werken der Vergangenheit bis zu den letzten Bildern der Lebenden.

Die Kunst, die er fand, wirkte auf ihn, wie die Säure, die sich mit einer Basis verbindet. Er hatte in Holland und auf seinen Reisen schon mancherlei davon gesehen, aber als Amateur. Seine Seele hatte den Alten seiner Heimat gehört. Rembrandt, Vermeer, Potter und die Landschafter besass er bis in die Fingerspitzen: es sind nicht viel bessere Dinge über die Holländer gesagt worden, als in seinen Briefen stehen, und es hatte ihn, trotz seiner bäuerischen Allüren, die Gefahr bedroht, ein feinerer Kenner, als Maler, zu werden. Jetzt kam Delacroix zu ihm. In Arles bedauerte van Gogh einmal, Delacroix und die Folgenden nicht mit fünfundzwanzig Jahren gefunden zu haben. Ich wage, zu behaupten, dass der Erfolg nicht der selbe gewesen wäre. Es gehörte die relative Reife des an holländischer Malerei Gesättigten dazu, um die Franzosen zu erobern. Zur glücklichen Mischung bedarf es starken und vertieften Rassenbewusstseins. Man muss besitzen, um aufnehmen zu können.

Delacroix offenbarte sich van Gogh im rechten Moment. Er wies dem Sehnsüchtigen eine Leidenschaft, von der er sich selbst tief durchdrungen fühlte, liess ihn die Unmittelbarkeit eines Gefühlsausdruckes sehen, der ihn bis dahin stets betrogen hatte, und zeigte ihm, wie sich mit der Inbrunst eines lodernden Temperamentes die Weisheit sicheren Bewusstseins paaren konnte. Das Medium des Malers der Medea war die Farbe. Sie enthielt alles Impulsive des Genies. Wie feurige Bäche rieselten das Rot und Grün und Blau über die Leinwand Delacroix', scheinbar nur von elementaren Gewalten erzeugt, Ausflüsse des Schreckens und des Entzückens, vom Moment geboren. Und gleichzeitig sicher gebaute Kanäle, geeignet, die Leinwand nach einem nicht besser zu erfindenden System zu bewässern. Diese Art Farbe lernte van Gogh von dem Meister, den er neben Millet am meisten verehrte, nicht das technische Problem. In der nüchternen Malersprache ausgedrückt: van Gogh tat nichts anderes, als den Ton durch die Koloristik zu ersetzen. Man braucht nur eins der Kartoffelstilleben aus Nuenen mit den Pariser Bildern zu vergleichen. Der Unterschied liegt auf der Hand. Die gelungenen Frühwerke wirken ausschliesslich mit dem Mittel, das der ganzen holländischen Schule angeboren scheint, und sind um so besser, je weniger Farbe sie verwenden. Ja, es erscheint, wenn man ihr Wesen recht erfasst, ganz selbstverständlich, dass jede ausgesprochene Farbe dieser Art gefährlich werden musste, und die ganz verunglückten Erstlingsversuche koloristischer Art bestätigen diese Meinung. Der Gegensatz zwischen Ton und Farbe ist nicht etwa rein technischer Art, sondern geht auf tief eingreifende menschliche Eigentümlichkeiten zurück. Ein Mensch wie van Gogh musste darin den Unterschied von Rassen und Kulturen erblicken. Als er daher einsah, dass er, um zum Ziele zu kommen, aus der Zweiheit, die in krasser Unvermitteltheit vor ihm stand, eins machen müsse, mag er sich wie ein Mensch ohne Seele vorgekommen sein. Er hörte eine Sprache, in der man — das ahnte er — hundertmal mächtigere Dinge sagen konnte, als in den heimatlichen Lauten, und musste sich eingestehen, dass ihm kein einziges ihrer Worte geläufig war. Die Einsicht in die Wohltaten der Syntax dieser Sprache liefert das vornehmste Element der modernen Entwickelungsgeschichte. Es ist rein physiologischer Art, insofern als ohne weiteres einleuchtet, dass bei gleicher Künstlerschaft ein auf Farben gestelltes Bild stärker und weiter wirkt, als ein auf Tönen gebautes. Es ist psychologischer Art, insofern, als die Methode des Koloristen der notwendig schnellen Gestaltungsart unserer modernen Kunst besser, als die andere, entspricht. Wenn die Furcht vor dem Materialismus die physiologische Hypothese mit Recht nur mit grossen Reserven gelten lässt, die psychologische Seite wird schon durch die Historie bestätigt. Der selben Entwickelung, der Rembrandt seinen Gipfel verdankt, schuldet die moderne Malerei ihren Fortschritt. Für einen so sehr der Synthese zuneigenden Künstler wie van Gogh nun gar, dem das, was er *gesund* in der Kunst nannte, immer nur das Einfache war, musste die Neuerung unentbehrlich werden.

Die Erkenntnis war leichter, als den Weg zum Ziel zu finden. Nicht indem man auf die Palette, statt Braun und Grau, reine Farben nahm, war das Neue zu gewinnen. Die Form, die er als Endresultat ahnte, einfacher und mächtiger, als alles, was er bisher gemacht hatte, war nur mittels ungemein komplizierter Entwickelungsprozesse erreichbar. Wie sich der Schüler, um einer

neuen Sprache mächtig zu werden, die Elemente der Grammatik zurechtlegt und mit den einfachsten Satzbildungen anfängt, so begann van Gogh mit mühsamer Analyse. Er war schlimmer daran, als ein anderer Anfänger, da er sich vorher bereits viel weiter geglaubt hatte und daher fortwährend in der Gefahr war, über die Anfänge ungeduldig hinwegzugehen; besser, da er reifer war. Die Schwierigkeit lag in dem Mangel einer sicheren Syntax. Die gelungenen Beispiele, so viele ihrer waren, verrieten nicht den Weg, den er gehen musste, denn keiner seiner Vorgänger war in gleicher Lage gewesen. Er tat zunächst, was jeder getan hätte, und trat in eins der Pariser Ateliers ein, in denen man die Dinge lernt, die man vergessen muss, um zum Meister zu werden. Es war bei Cormon, den Lautrec das Jahr vorher verlassen hatte. Er hielt es nur ein paar Monate aus und verdankte Cormon lediglich das Zusammentreffen mit ein paar jungen Leuten, zu denen er in nähere Beziehungen trat. Von ihnen wurde ihm der junge Emile Bernard der liebste. Er fand in ihm den Vertrauten, den Zuhörer, wenn den Schweigsamen nach Aussprache verlangte, den Empfänger seiner Briefe. Um die selbe Zeit oder kurz vorher mag er Gauguin kennen gelernt haben. Allen dreien stand das selbe Ziel vor Augen. Sie sahen, dass vor ihnen die Impressionisten versucht hatten, sich mit Delacroix auseinanderzusetzen, und erkannten den mit so grossem Talent und nicht geringerem Intellekt erschlossenen Weg, der bis zur Signac reichte.

Damit war die gesuchte Syntax gegeben. Sie bereitete anfangs van Gogh grosse Schwierigkeiten. Seine ersten farbigen Bilder sind farblos im Künstlerischen, sie enthalten nichts Individuelles und sind eher grammatikalischen Exerzitien vergleichbar. Die Vorzüge der Teilungsmethode im Farbenauftrag, die Gauguin damals erfolgreich verwandte, leuchteten van Gogh ein, aber widersprachen allen Vorstellungen, die er sich bis dahin von der Malerei gemacht hatte. Wie Seurat in seinen ersten Bildern, applizierte er die Technik auf den Vorgang, statt den Vorgang aus der Technik heraus entstehen zu lassen. Aber mit unglaublicher Geschwindigkeit schritt er vorwärts. Seine ersten Landschaften, die den Anspruch auf Bilder machen können, stehen Gauguin nahe, der zweifellos dem Freunde mit seiner Erfahrung zu Hilfe kam. Sehr bald differenzierte sich sein Genre. Die dunstige Atmosphäre auf Gauguins Frühbildern, in denen sich Cézanne mit Pissarro traf, lag ihm nicht. Er trieb bald zu reineren Kontrasten und kann mit einer ganzen Anzahl von Landschaften als zu der Schule Seurats betrachtet werden, dem er noch später grosse Verehrung bewahrte. Seine Leidenschaft für die Flächendekoration der Japaner trug das ihrige dazu bei.

Aber er wäre nicht Holländer gewesen, hätte nicht Rembrandt und Hals vor Augen gehabt, wenn ihm das Undifferenzierte des Pinselstrichs auf die Dauer genügt hätte. Man glaubt teilzunehmen, wie seine Flächen von Bild zu Bild lebendiger werden. Sie gleichen den Getreidefeldern des Südens, die über Nacht emporschiessen. Schon malt er in Asnières ein paar Flusslandschaften, die den Impressionismus der Pariser in erstaunlicher Weise fortsetzen, von prickelnder Zeichnung und leuchtenden Farben. Sein *Quartorze juillet* ist eine Schilderung der Atmosphäre von unnachahmlicher Feinheit. Bei Gauguins besten Landschaften der selben Zeit kommt man nie ganz über das Summarische der Behandlung hinweg. In van Gogh vereint sich mit der Zartheit eine Sicherheit der Organisation des Bildes, Straffheit der Zeichnung und der Palette, die

schon die eminente Entwickelung, die nunmehr folgen sollte, ahnen lässt. Er erscheint in den besten Pariser Werken, wie ein glücklicher Jüngling, still, sonnig, mehr zu Sisley etwa, als zu Monet, den er glühend verehrte, neigend, durchaus Lyriker. Neben solchen Landschaften kehren Reminiszenzen an die holländischen Jahre wieder. Er nimmt wieder das Stilleben vor. Es gibt ein gelbes Fruchtstück, datiert 1887, das neben den düsteren Kartoffelbildern wie ein nackter Kristall neben sanft getönten Gläsern wirkt. In den beiden Porträts nach dem Père Tanguy, dem einzigen Händler, der sich seiner damals annahm, und in dessen kleinen Laden in der Rue Clauzel er manche Stunde vollbrachte, kommt das Robuste der holländischen Bauern wieder. Rodin besitzt die beste der beiden Fassungen. Vor einer Wand von japanischen Holzschnitten sitzt die stämmige Gestalt mit dem derben Gesicht. Die Regelmässigkeit hat nicht mehr das Tendenziöse der Nuenener Bilder, die ohne Form zu wirken versuchten. Sie entsteht aus starken Linien und Farben, die so sicher zusammengehören, dass sie vermittelnder Füllsel nicht bedürfen, und ist Form, bevor sich die Empfindung des Autors präzisiert. In den Selbstporträts der Pariser Tage wird der Drang nach dem Symbolischen noch nicht ganz vom Künstler absorbiert. In anderen Bildern trübt sich die Sicherheit der Koloristik. Es ist ein Hin- und Herwogen von allen möglichen Tendenzen, eine Sturm- und Drangperiode, die das, was andere in zehn Jahren durchmachen, auf Monate zusammendrängt. Er war nicht ganz zwei Jahre in Paris, vom Frühjahr 1886 bis Februar 1888, war als *Outsider* der Richtung der Mauve und Maris hingekommen und verliess es im Besitze der Geheimnisse aller grossen Malerei, reif für ein grosses Kunstwerk. Es bedurfte nur der äusseren Veranlassung, um es zum Vorschein zu bringen.

Die letzte Phase, seine grösste, hat alles von einer reinen Erscheinung der Natur. Der glühend Empfindende war in Paris bedächtig geworden und hatte sich zerlegt. Nun geht er in den Süden und lässt die Teile unter dem Brand der Sonne zusammenschweissen, wieder allein unter Bauern, zwischen Erde und Himmel, eine Frucht, die nur dem Humus und dem Licht ihre Reife verdankt. Und wieder möchte ich auf die wunderbare Norm weisen, die der Anormale bestätigte. So wächst jeder Grosse aus der Berührung der Welt mit seinem Selbst. Saugt sich voll in der Stadt, wo allein die Werte zu Tausenden aufgespeichert werden, sackt ein, was er kann, erlebt so schnell, so intensiv, wie möglich, geht dann in die Einsamkeit und bringt allein vor der Natur sein Ich zum Vorschein. Ob der eine am Boulevard bleibt, wie Delacroix, der andere nach Tahiti auswandert, wie Gauguin, der dritte zum Philister in der Provinz wird, wie Cézanne, oder Bauer, wie van Gogh: sie sind alle einsam in der grössten Phase ihres Lebens, erleben nichts mehr von aussen, nur noch von innen, und die äusseren Ereignisse treiben nur noch Variationen des selben Themas.

Gleichzeitig aber enthüllt sich in der neuen Heimat van Goghs das Anormale seines Schicksals. In der milden Atmosphäre stiller Strassen und Kanäle hatten seine erlauchten Vorfahren die Wunder ihrer Malerei geschaffen. Dem Erben war die von so vielen Geistern ausgesaugte Erde zu klein geworden. Die Liebe zur Schöpfung hatte ihm das Glück am Herde zersprengt. Er suchte die Welt, um neue Grenzpfähle zu pflanzen. Gerade das der Heimat Entgegengesetzte reizte seinen Eroberungsdrang. Paris war ihm Schule gewesen. Nun trug der

Holländer seine Inbrunst in eine Natur, die ihm gleichsam den inneren Wert des soeben Gelernten offenbarte. Er ging in die Provence, das romanische Wunderland Frankreichs, wo die Sonne der Erde die reine Farbe lässt und Menschen und Dinge noch so einfach und gross erscheinen, wie in der Zeit, da die Römer hier ihre Arenen bauten. Die Geste der Kunst in solchen Ländern ist leicht und gefällig, wie die Sprache der Südländer, und selbst, wo sie majestätisch wird, lässt sie noch den Hauch von Lässigkeit wohlig gewärmter Glieder merken. Nichts von dem Ernst unserer Zone, nichts von dem Zerklüfteten, das von den Gotikern bis zu den Modernen die Bilder kennzeichnet, nichts von der Konzentration im Drama. Die Tragödie, die bei uns in dem Schrei, der den Nebel zerteilt, ausklingt, löst sich dort noch in sanften Rhythmen. Es ist, als brauche die Kunst in unseren Breiten stärkere Anspannung, gleichwie unsere Erde härtere Arbeit verlangt.

Im Besitz aller durch die minutiöse Läuterung gedoppelten Kräfte griff van Gogh das neue Thema an. Mit der Vehemenz eines Franz Hals, mit einer Kraft von jener Art, die Rembrandt erlaubte, seine dunkelsten Töne zu Flammen aufzurühren, stürzte er sich auf die glutende Pracht des Landes: Feuer zum Feuer. Man hat das Gefühl, als sei zum erstenmal ein Nordländer in den Süden gekommen und habe sich dabei gewaltsam verwandelt, das Innerste nach aussen kehrend, sich aller Hemnisse entäussernd, die ihn belasteten und die ihn schützten. Ein Naturereignis ging vor sich. Tragisch, weil die Zerstörung selbstverständliche Folge war. Schön, trotz aller Details, die wir von dem dem Ende zuhastenden Schicksal des Menschen wissen, erhebend, wie die Glorie, die aus der Feuersbrunst über die Schreie der Unglücklichen emporsteigend die Blicke der Zuschauer weidet.

Alle grossen Kunstwerke sind Trophäen siegreicher Kämpfe. Auch die stillen, auch die gelassenen, zu denen man sich nieder neigt, wie zu der verstohlenen Pracht sanfter Blumen. Aus jedem glimmt das Mysterium einer Seele, die sich aus dem fruchtbaren Humus, trotz Schmutz und tausender Elemente Widerstreit, zur Blüte entfaltet. Aus van Goghs Arleser Bildern brennt der Kampf deutlicher, zuweilen mit betäubendem Getöse. Unter dem sengenden Himmel wurden seine Bilder zu Flammen. Die Leidenschaft eines Menschen, der sein Leben lang nichts Besseres kannte, als sich hinzugeben, sah hier das Schöne, wie eine greifbare Sache, die man nur aufzuraffen brauchte. Er kam sich wie der Schnitter im Märchen vor, dem ebensoviel neue Halme wachsen, wie er niedermäht, und er mähte, solange er sich auf den Füssen halten konnte. Er malte seine Bilder nicht, er stiess sie aus. Man kann annehmen, dass in der Zeit in Arles, also vom Februar 1888 bis Mai 1889, mehrere Hundert entstanden sind. Was Gauthier von Delacroix schrieb, dass er eine Sonne im Kopf und einen Orkan im Herzen trug, gilt von van Gogh im wörtlichen Sinne. Es war schauerlich anzusehen, wie er malte: ein Exzess, bei dem die Farbe wie Blut herumspritzte. Er fühlte sich nicht dabei, war eins mit dem Element, das er darstellte, malte sich selbst in den lodernden Wolken, in denen tausend Sonnen der Erde Zerstörung drohen, in den entsetzt zum Himmel aufschreienden Bäumen, in der schrecklichen Weite seiner Ebenen.

Alles das wäre nichts, wenn es nur die krampfartige Empfindung schilderte, aus der es entstand. Aber das Schreckliche dieser Bilder ist dem Wirken des

aufgeregten Elements vergleichbar, das auch in der wildesten Empörung die Schönheit bewahrt. Der scheinbare Affekt der Natur ist nur ein relativer Begriff aus kleinen Erfahrungen und wird im Weltengetriebe zum Teil einer majestätischen Norm. Die Woge, die den Schiffbrüchigen schreckt, beschreibt eine göttliche Kurve, und selbst das entsetzte Gesicht des Unglücklichen, der sich an die Planke klammert, wirkt harmonisch in diesem Taumel der Wasser. So ordnen sich in den Bildern van Goghs, die ein Paroxysmus der Naturerfassung entstehen liess, die fragmentarischen Teile zu einem Gleichklang von Farben und Linien, denen die Erregung des Schaffenden nur die Stärke der Richtung, das Sichere und ganz und gar Sachliche der Gestaltung zuweist. Die Wildheit wird Dekoration. Daher tut man dem Andenken des grossen Künstlers unrecht, wenn man dem Pathologischen seiner Existenz eine besondere Bedeutung für den Kunstwert der Leistung zuweist. Dass der Mensch wahnsinnig war, als er seine herrlichsten Bilder schuf, im Irrenhaus von Arles, in das er sich freiwillig zurückgezogen hatte — ein paar sehr schöne Bilder aus dieser Zeit waren vor kurzem bei Cassirer in Berlin ausgestellt —, sagt von seiner Kunst nicht mehr, als von Delacroix die Tatsache, dass dieser zuweilen an Magenbeschwerden litt, oder von Géricault, dass er sich ein Bein brach. Dass sein Wahnsinn den Menschen bestimmte, ist selbstverständlich. Er war der Entgelt für seinen Reichtum, die Auslösung nach einer verhältnismässig starken Konzentration. Daraus auf einen Wahnsinn des Künstlers als solchen zu schliessen, ist ungefähr der selbe gegenstandslose Unsinn, wie wenn man einen Maler frommer Bilder fromm oder den von Verbrecherszenen verbrecherisch nennt. Bedürfte es eines Beweises für die Bewusstheit des Schaffenden, so brauchte man nur an seine Briefe aus dem Irrenhause zu erinnern, in denen er von seiner Krankheit mit der selben Sachlichkeit spricht, mit der irgend einer ein körperliches Gebrechen konstatiert, und gleichzeitig Ideen über seine Malerei entwickelt, die zu den tiefsten Dingen gehören, die je über die Kunst geschrieben worden.

Vincent van Goghs Anschauung wird von Anfang an von einem tiefgehenden Sozialismus bestimmt. Man denke an keine enge Formel, nicht an die Theorie, zu der sich Proudhons grosser Freund Courbet hergab, auch nicht an die duftende Lehre der englischen Volksbeglücker à la Morris und Crane, die ach so weit vom Schuss sind, auch nicht an die *Armeleutemalerei*, die bei uns in Deutschland zur Erbauung der Gefühlvollen betrieben wurde. Was sich van Gogh darunter dachte, war die nackte Tat eines schönen Menschen: Mitteilen! Nichts ist merkwürdiger, als dass dieser in jedem Schritt Persönliche, der alles aufs Spiel setzte, um dem eigenen Instinkt zu folgen, aus einer Seele heraus schuf, in der für den Ehrgeiz des Artisten kein Platz war. Als junger Mensch war er Kunsthändler gewesen. Nicht der merkantile Instinkt hatte ihn getrieben, sondern die Lust, zwischen schönen Dingen zu stecken und zwischen den Menschen, die sie machen, ihnen zu helfen und den mit Blindheit Geschlagenen die Augen zu öffnen, dass alle teilnehmen könnten am Heil der Menschheit. Dann, als ihm das Klägliche der Rolle aufging und er einsah, dass er tätiger eingreifen müsse, war er Lehrer geworden und hatte sich in England einen Kreis von Schülern gesucht. Immer noch schien es ihm zu wenig. Dann brachte ihn der Durst nach einem weiteren Wirkungskreis auf den Beruf des Vaters. Er wurde Geistlicher, wollte Prediger werden.

Der theologische Formelkram verleidete ihm die Sache. Er ging als Laienprediger zu den Bergleuten in das Borinage. Dort war ihm endlich, als er merkte, dass den Menschen in ihrer Bedrücktheit die Worte Worte blieben, sein wahrer Beruf aufgegangen. Auf diesem Umweg kam der Künstler zu stande.

Die Genesis ist von dem fertigen Meister nicht wegzulenken. Er blieb, was er von Anfang war: der Mensch, der sich mitteilen wollte. Wunderbarer, als es ein Dichter ersinnen konnte, erfüllte er sein Geschick. Es ist, als habe ein einziger den Vorwurf gegen den Egoismus unserer ganzen Epoche gefühlt und sich hingegeben, ganz wie einer jener grossen Märtyrer, deren Geschicke uns aus fernen Zeiten überliefert werden. Grandios in dem Unzeitgemässen, grandios in dem ganz Zeitgemässen, in der Wahl seines Heldentums.

In jeder Phase seines kurzen Lebens differenziert sich sein Sozialismus, wird breiter, mächtiger, dringt tiefer. Die Aufbietung des Besten, was er hatte, galt in einem Umfange dem Ideal, dass wir vor einem Rätsel zu stehen meinen. Nicht das Atom des eigenen Vorteils, wie es sich in mildester Form im Bewusstsein der Originalität ausdrückt, schmälerte die Reinheit seiner Gesinnung. Das Individuelle erstieg in ihm die göttliche Höhe antiker Empfindung, wo es nur als Unbewusstes existiert. Er nahm von anderen und gab anderen, als gäbe es in seinem Bereich kein erklügeltes Recht auf Eigentum. Was jeder besass, war Teil an dem Göttlichen, das in ungemessenen Schätzen vor aller Blicken dalag. So kam es, dass er das, was dem engen Bewusstsein als *Erfindung* erscheint, nicht als eine Sonderheit für sich beanspruchte. Er hat nicht nur in der ersten Zeit, sondern namentlich in den zwei Jahren seiner Blüte, als ihm alles gelang, was er berührte, mit wahrer Wonne nach einfachsten Motiven geschaffen. Ein weiser Selbsterhaltungstrieb sprach dabei mit. Er fürchtete sich vor seinem Dämon. Die Phantasie trieb ihn ins Ungemessene, sobald er sich ihr ganz überliess, und überlieferte ihn der Krankheit. Darum trachtete er, sie durch die Beschränkung des äusseren Rahmens festzulegen. Sein Ideal wäre, nach seinem eigenen Geständnis, gewesen, Heiligenbilder zu malen. Heilige nach seiner Art, Menschen von heute, mit dem geeinten Ausdruck primitiver Gestalten. Die Erregung, die sie ihn gekostet hätten, schreckten ihn. Er hielt sich an ein Stück simpelster Natur, nicht ohne sie zum Abbild seiner Seele zu machen, goss seine Inbrunst in Stilleben, die wie Ergüsse wirken, malte Landschaften ohne Menschen, in denen sich Dramen abspielten. Und wie die Natur, so wurden ihm die Bilder geliebter Meister (Delacroix, Daumier und zumal Millet) zum Halt im Taumel seiner Eingebungen. Er hielt sich an die Kompositionen, und doch erscheinen sie in den Bildern, die aus dieser merkwürdigen Vereinigung hervorgingen, nur wie die Beete, in die er seine Blumen pflanzte. Er war nicht willkürlich in der Wahl. Man glaubt, Delacroix besser zu kennen, obgleich man in van Goghs *Samariter* nach dem Bilde des Meisters einen echten van Gogh vor sich hat; man kommt Daumier in den berühmten *Trinkern* näher, die wie in einem Guss von van Gogh geschaffen erscheinen und tatsächlich nach der Vorlage entstanden; und in den Übertragungen der Milletschen Szenen tritt eine ganze Welt wunderbarer Entwickelungen ins Dasein. So äussert sich der reale Wert dieses Sozialismus. Er beschränkt sich nicht auf die vergangenen Meister. Gauguin lieferte dem Freunde manche Zeichnung, die mit

üppiger Vegetation bedeckt — stärker, gesünder, als sie Gauguin erdenken konnte — zurückkehrte. Zusammenarbeiten! Sich Mitteilen! Das ist das immerwährende Motiv in allen Briefen van Goghs. Sich geistig und materiell Stützen! Dass, der dazu riet, der stärkste der ganzen Generation war, der in sich die kühnsten Hoffnungen aller anderen verwirklichte, gibt seiner Theorie eine goldene Aureole.

Diese weise Ökonomik war nicht stark genug, den Feuergeist an die schwache Schale zu fesseln. Nicht dass er von uns schied, war die Tragik. Er hatte sich ausgesprochen, und die Geste, mit der er sich im Sommer 1890 in Auvers *des Lebens entkleidete*, war zu einfach und selbstverständlich, um uns über Gebühr zu beunruhigen. Er ging, weil er nicht mehr weiter konnte. Tragisch ist, dass ein Mensch wie dieser, rein und stark, wie kein zweiter, an seiner Reinheit und Stärke zersprang, dass sein Altruismus, mit Wundern gesegnet, die vor den schönen Märchen der Alten nicht zurückstehen, isoliert bleiben musste und wie der Schrei eines Kindes im Getümmel verhallte. Tragisch ist, dass wir unsere Helden nur noch als Anomalieen zu erzeugen vermögen. Doch versöhnt uns mit dem Geschick das unsterbliche Werk, das van Gogh zurückliess.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ANTON FENDRICH · ZUR PSYCHOLOGIE DES SOZIALISMUS



DIE Psychologie, die Lehre von den Gemütswerten, hat sich mit den inneren Beziehungen der Menschen unter einander oder zu den Erscheinungen der äusseren Welt zu befassen. Beschäftigt sich die Philosophie in der Hauptsache mit den letzten Gründen und Zwecken des Seins und des Denkens, so ist es die Aufgabe ihres Nebenzweiges, der Psychologie, den letzten Gründen und Zwecken des Fühlens und Handelns nachzugehen. Es läge in der Geschmacksrichtung der heutigen Zeit — und zwar nicht nur bürgerlicher Philosophen —, das Philosophieren überhaupt für eine dekadente Erscheinung, den Tatendrang dagegen für das Zeichen einer gesunden Renaissance zu halten. Im Zusammenhang mit dieser Dreiviertelswahrheit hört man ja heute die Worte *Kultur* und *Renaissance* bis zum Überdruss. Es ist immer so, dass man nur diejenigen Dinge auf der Strasse ausruft, die man verloren hat; und ausserdem handelt es sich in manchen Fällen dieser Sehnsucht nach Renaissance nur um Wortkünste müder Leute. Die Wirklichkeit ist anders. Die handgreiflichen Realitäten des Lebens und die gedanklichen Abstraktionen der Philosophie ergänzen sich gegenseitig. So und nicht anders ist in Deutschland der Sozialismus geboren worden aus einer Befruchtung zwischen deutscher Philosophie und westeuropäischer Industrie. Das viel gebrauchte Wort von den Arbeitern und der Wissenschaft, das, unter der Lupe des Kleinigkeitskrämers betrachtet, sich oft als eine Illusion erweist, hat doch einen gewaltigen Wirklichkeitswert, wenn man nur den richtigen Abstand nimmt. Dann sieht man zwar nicht mehr die einzelnen Bäume, aber desto besser den Wald. Was Marx und Lassalle und nach ihrem Beispiel die Wortführer der Sozialdemokratie den Arbeitern ins Bewusstsein gehämmert

haben, das ist nichts anders, als ein umgekehrter kategorischer Imperativ der Selbstbefreiung. Du kannst, denn du sollst, sagt Kant aus den Höhen der gedanklichen Selbstverpflichtung herab. Du sollst, denn du kannst: das ist die Quintessenz aller praktischen sozialdemokratischen Agitation, sofern sie von dem lebendigen und nicht im Formalismus erstarrten Geist materialistischer Geschichtsauffassung geleitet wird. Die grossen Worte, die oft darum gemacht werden, dass das Proletariat seine weltgeschichtliche Aufgabe wissenschaftlich erfasst habe, reduzieren sich bei näherem Zusehen auf die Tatsache — die allerdings an sich weit mehr bedeutet, als das angeblich wissenschaftliche Erfassen —, dass im Proletariat das Massenbewusstsein geweckt worden ist, das Massenbewusstsein, das ihm sagt: Du kannst können, die Zeit ist reif. Was früher nur als luftiger Gedanke in den Köpfen utopischer Sozialisten schwebte, das kann jetzt auf der Erde Wurzel schlagen. Du, Proletariat, hast die Aufgabe, die Ideen der besten Denker aller Zeiten zu verwirklichen. Erkenne dich selbst und deine Macht!

Das ist das Massenbewusstsein des Proletariats. Aber wichtiger, als Massenpsychologie, ist die Psychologie des einzelnen. Alles Seelische drängt von aussen nach innen, von der Zerstreuung zur Konzentration, aus dem Allgemeinen ins Individuelle. Und was dem einzelnen in seinem Zusammenhang mit der Allgemeinheit und als deren Teil schon eine wertvolle Errungenschaft war, das muss ihm als dürftig erscheinen, sobald er als einzelner bewusster Sozialist fühlen und denken will. Der entwickelte und nach der Tiefe einer einheitlichen Weltanschauung strebende Proletarier wird von dem Massengefühl und Massenbedürfnis nach einer besseren materiellen Existenz aus weiter gehen und nicht nur fragen: was habe ich davon?, sondern auch: was haben die anderen davon, was hat die Welt, was hat die Menschheit davon? So wird er in seinem Denken persönlich unabhängig. Storm sagt:

›Der eine fragt: was kommt daraus?
Der andre fragt nur: ist es recht?
Und also unterscheidet sich
Der Freie von dem Knecht.‹

Das Wollen wirkt über die Wünsche der eigenen Person hinaus in die Weite eines grossen Idealismus. Es handelt sich nun um Grösseres, als um Lohnerhöhung und Arbeitslosenunterstützung. Aus dem Wollen für sich selbst wird ein Glauben und Hoffen für alle. Aus dem einzelnen, in dessen Brust das Massenbewusstsein sich geläutert und erhöht hat, kehrt es wieder zurück zur Masse, diese läuternd und erhebend. Aber der Grundzug bleibt immer ein gewaltiges, gesundes Wollen, kein verschwommenes Wünschen. *Organisierte Selbstsucht* mag man das heissen, wie es jüngst mit vornehmem Nasenrümpfen eine grosse bürgerliche Zeitschrift getan. Gut, sei es so! Aber schon in dem Ausdruck *organisierte Selbstsucht* liegt eine *contradictio in adiecto.* Die Organisation ist das Gegenteil der Selbstsucht, denn jede Organisation ist nur möglich bei Beschränkung und Zurückstellung selbstsüchtigen Strebens. Die Selbstsucht erhält durch die Organisation ihre Weihe. Der einzelne opfert sich für das Ganze und gibt sich über den individuellen Willen und oft sogar über den Selbsterhaltungstrieb hinaus der Allgemeinheit hin, aus der er seine ersten Kräfte empfangen hat. Dieses grosse Schauspiel gegenseitiger Krafterhöhung zwischen einzelnen und der Masse kann jetzt in den Stürmen der russischen

Revolution beobachtet werden. Die nur auf materiellem Untergrund, nur aus dem von Schiller so klar bezeichneten Grundmotiven der Menschheit *Hunger und Liebe* erklärlichen Massenerscheinungen erfahren im einzelnen eine Sublimierung, eine bis zur äussersten Selbstlosigkeit gehende Verinnerlichung und Vergeistigung. So wirken wechselseitig materielle und ethische Motive, das Wollen für sich und das Fühlen für andere, auf einander ein, einem gemeinsamen Endziel zustrebend, für welches programmatische Festlegung von Zeit zu Zeit natürlich nötig ist, das aber in der Masse mehr als eine in die Weite gerichtete Sehnsucht mit dem kraftvollen Drang nach deren Verwirklichung lebt; als eine Sehnsucht nach materiell höheren Lebensformen und geistig und seelisch höherem Lebensinhalt. Und wenn diese kraftvolle, sich bisweilen zum trotzigen Kampf auswachsende Sehnsucht sich oft auch nicht positiv klar ist über das, was erreicht werden soll, so doch immer negativ über das, was die Zugänge zu einem neuen Leben auf Grund einer vernünftigen Gesellschaftsordnung versperrt.

Einen solchen *Sklavenaufstand*, machtvoll über die ganze Erde von gleichem Wollen trotz aller nationalen und Rassenverschiedenheiten inspiriert, hat die Welt noch nicht gesehen. Aus den Tiefen heraus sprosst über der verdorrenden Vegetation der bürgerlichen Welt die junge Saat einer neuen Zeit. Die produktiven Volkskräfte entfesseln sich nicht nur materiell, sondern auch geistig. Oft wissen sie nicht genau, wohin der Weg geht, aber nur deshalb nicht, weil sie selbst der Weg sind. Eine Bewegung, die sich bis in ihr innerstes Selbst begriffe, würde in ihrem Wollen gelähmt sein. Insofern allerdings ist das Philosophieren über sich selbst eine Schwäche. Aber gegen diese Schwäche, sobald sie sich in unseren Reihen zeigen sollte, gibt es ein Wort, das alle allzuzart besaiteten und zu feinorganisierten Geister bannt, wie der Hahnschrei die Gespenster: Das ist das Wort *Klassenbewegung*.

In den letzten Jahren ist speziell im Bildungsproletariat eine Bewegung im Entstehen begriffen, die bei sozialistischen Grundanschauungen doch den Beruf in sich fühlt, mit etwas vornehmer Umgehung des Klassencharakters der Arbeiterbewegung die Fahne einer neuen Volkskultur zu entfalten. Es sind feine Köpfe darunter. Der Amerikaner Walt Whitman ist ihr Dichter, David Koigen ihr Philosoph, Albert Kalthoff ihr Prophet. Es liegt mir jede Animosität gegen die Träger dieser Namen fern. Speziell was Albert Kalthoff betrifft, so habe ich an anderm Ort auf seine Bedeutung hingewiesen. Aber dennoch ist es notwendig, einmal scharf die Grenzsteine zu setzen zwischen der deutschen Sozialdemokratie und diesen Evangelisten einer neuen *sozialistischen Volkskultur*. Ihr Programm lässt sich am besten wiedergeben durch einen kurzen Abschnitt aus Koigens *Kulturanschauung des Sozialismus*. Dort heisst es:

»Zum Zwecke der weiteren Fortentwickelung und der inneren Ausgleichung, und damit die progressiven Ideen wieder in zuverlässige Hände kommen, haben die wahren Verfechter der neuen lebensfähigen Kultur in ein intimes Verhältnis zum Stammproletariat zu treten, das so leidenschaftlich zu wünschen und so unerbittlich das Vorgenommene durchzusetzen pflegt. Die Seele des modernen Proletariers, die weder vom einseitigen Intellektualismus, noch vom zerrüttenden Skeptizismus angesteckt ist, ist unter Umständen fähig, dem Bildungsproletariat neues pulsierendes Blut zuzuführen. Andererseits kann das Stammvolk durch die Berührung mit der Intelligenz manche spiessbürgerlichen Ideale abschütteln und grosse Gesichtspunkte, sowie erhabene Ziele gewinnen.«

So Koigen, der Prediger des *Wirklichkeitsidealismus* und der *sozialkosmischen*

Intimität. Es scheint mir nun wirklich, dass hier ein guter Schuss von der in letzter Zeit bisweilen allzu laut empfohlenen materialistisch-ökonomischen Denkweise nichts schaden könnte. Der etwas süssliche und prickelnde Wein dieser sozialistischen Kulturphilosophie würde dadurch etwas mehr Kraft und Herbe bekommen. Ich gehöre wirklich nicht zu den Leuten, die durch eine Art Heiligsprechung alles dessen, was proletarisch ist, dazu beigetragen haben, dass das Heil nur im *Proletarischen* gesehen wird. Ich stehe auch nicht auf dem Standpunkt, dass die Sozialdemokratie nichts hinzuzulernen hat. Im Gegenteil. Der Sozialismus ist noch nichts weniger, als eine abgeschlossene Weltanschauung; er soll es erst werden. In ihm aber liegen die gebundenen Kräfte einer neuen Religion. Das Wort ist von Pfaffenhänden so abgegriffen, dass man es eigentlich nicht gerne gebraucht; aber man wird verstehen, was ich meine. Damit diese gebundenen Kräfte frei werden, dazu hat das Proletariat indessen doch noch andere Dinge nötig, als die Seelenintimität einiger feingeistiger Köpfe. Diese betonen ja selber, dass die Absonderung der Geistesmenschen vom Proletariat vom Übel sei, dass sie (die Geistesmenschen) auch das Proletariat der Suchenden und Aufstrebenden zu charakterstarker Vollmenschlichkeit nötig hätten. Aber zu den allerersten Grundsätzen der sozialen Demokratie gehört es, dass, wer dem Proletariat etwas sagen will, sich erst in seine eigenen Reihen als einfacher Soldat stellen soll, nicht nur durch geistiges Fühlungnehmen, sondern auch durch offenen Übertritt zur Partei. Das organisierte Proletariat ist einmal die historische und historisch einzig mögliche Trägerin des Sozialismus, und man kann es verstehen, dass es sich nichts über den Gartenzaun hereinreden lässt. In dem Massengefühl des Proletariats ist es ein sehr wertvolles Stück, dass es sich nur von Personen leiten lassen will, welche durch das persönliche Opfer der Parteizugehörigkeit — und für Intellektuelle ist auch heute noch das bisweilen ein persönliches Opfer — eine Feuerprobe bestanden haben. Sein sozialer Sinn und Instinkt ist in dieser Beziehung gut entwickelt. Aber in dieser seiner Stärke liegt auch zugleich die Gefahr seiner Schwäche.

Diese Gefahr besteht darin, dass der Sozialismus als Kulturbewegung sich nur in dem Rahmen einer straffen Organisation betätigen, und dass eine Folge langjährigen Schaffens innerhalb der Organisation bureaukratische Erstarrung und Verwechslung der Idee mit den Trägern der Idee werden kann. Es ist dies das Schicksal der christlichen, speziell der katholischen Kirche gewesen, dass sie trotz ihrer ausserordentlichen Anpassungsfähigkeit schliesslich doch die innere Weiterentwickelung über den äusseren Organisationsbetrieb vergessen hat. Es liegt den Angehörigen einer Klasse ungeheuer nahe, besonders wenn sie sich in einer schweren Kampfarbeit, wie es die des Proletariats ist, befindet, sich selbst zu überschätzen und mit den von ihr vertretenen Forderungen zu identifizieren. Dieser Gefahr kann durch nichts wirksamer begegnet werden, als durch eine fortwährende Verinnerlichung und Vertiefung nicht nur der sozialistischen Theorie, sondern vor allem des praktischen Lebens in sozialistischem Sinne. Es braucht hier gar nicht näher ausgeführt zu werden, dass nicht der leidende, sondern der tätige Altruismus auch beim einzelnen ein Stück der sozialistischen Lebensanschauung sein muss. Diese psychischen Voraussetzungen des Sozialismus werden sich nicht ganz von selbst im wirtschaftlichen Kampfe entwickeln, sondern sie müssen bewusst erzogen werden.

Es ist an der gegenwärtigen Bewegung in der Partei für Jugenderziehung das Erfreulichste und Wichtigste, dass sie die Parteigenossen auf einem praktischen Wege dazu führt, die psychologischen Notwendigkeiten sozialistischen Zusammenlebens im Familien- und Bekanntenkreise zu erforschen, sich anzueignen und in der Praxis zu betätigen. Denn gerade der junge Mensch ist es, der dem Negativen gegenüber, das ja in der Kritik der Partei an der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung genügend stark vertreten ist, sich ablehnend verhält und nach Positivem strebt. Das ist der Weg, auf dem wir von innen, aus den realen Verhältnissen heraus, und nicht von aussen her durch rein geistige Anregung, zu einer Ethik des Sozialismus kommen müssen und kommen werden. Die Pflege des rein Menschlichen in der Partei, die Anerkennung der Tatsache, dass auch der Gegner ein Mensch, ein Faktor in dem Entwickelungsgang des Lebens, ein Glied in der Arbeit der Menschheit ist, das alles ist nicht nur möglich, sondern sogar nötig. Aber ebenso, wie sich die Partei hüten muss vor dogmatischer Verknöcherung durch Verwechslung der Idee mit der Organisation, ebenso sehr und noch mehr muss sie sich bewahren vor Zersplitterung und Selbstauflösung, muss sie festhalten an ihrem Klassenkampfcharakter. Denn darin liegt ihre bodenstämmige Urkraft für alle Zeiten. Die Parteiziele fallen zwar nicht mit den letzten und höchsten Kulturforderungen der Menschheit zusammen; diese letzteren sind aber nur auf dem Weg über die ersteren zu erreichen. Und wer da nun glaubt, aus dem Proletariat nur Kräfte saugen zu können, ohne in seinen Reihen mitzukämpfen, dem wird es gehen, wie den Pflanzen, die wurzellocker sind, und die verdorren, ehe sie zur Blüte gelangen. Jedes einzelne Mitglied der Partei wird sich aber andererseits immer mehr darüber klar werden müssen, dass die Qualität eines Ganzen durch die Qualität seiner einzelnen Teile bestimmt wird, und dass, wer selbst an seiner geistigen und sittlichen Veredelung arbeitet, damit auch zur Verwirklichung der höchsten Kulturziele der Menschheit beiträgt.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HUGO POETZSCH · DIE GEWERBSMÄSSIGE STELLENVERMITTELUNG



SEIT einer Reihe von Jahren ist die Frage des Arbeitsnachweises je länger je mehr in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. In den Kämpfen zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft hat sie vielfach eine Rolle gespielt. In einzelnen Berufen sind neben den Tarifvereinbarungen auch Vereinbarungen über den Arbeitsnachweis geschaffen worden; wie die ersteren sich auf immer weitere Berufe und Orte ausdehnen, so nimmt auch die Zahl der paritätisch verwalteten Arbeitsnachweise stetig zu. Es ist das die höhere Stufe der Entwickelung, die meist erst nach heftigen Kämpfen erreicht wurde, dann nämlich, wenn die Kämpfenden ihre Kraft gemessen und zu der Einsicht gekommen sind, dass sie den Gegner doch nicht vollkommen zu vernichten vermögen. Früher hatte in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft der Satz, dass die Arbeitsvermittelung in die Hände der Gehilfenschaft gehöre, unangefochten Geltung gehabt. Im Prinzip hält, wie aus den Beschlüssen des Frankfurter

Gewerkschaftskongresses /1899/ ersichtlich, die Arbeiterschaft auch jetzt noch an diesem Grundsatze fest. In der betreffenden Resolution wird jedoch die Mitwirkung der Gewerkschaften an paritätischen, sowie an städtischen Arbeitsnachweisen unter bestimmten Voraussetzungen für zulässig erklärt. Im ganzen also eine Tendenz nach Zentralisation und Neutralisierung des Arbeitsnachweises, dergestalt, dass Unternehmer- und Arbeiterverbände ihre Nachweise zu gunsten der paritätischen oder der städtischen aufgeben.

Neben diesen höheren Formen der Arbeitsvermittelung bestehen aber noch andere Arten: die durch Umschau, Herbergen, allerhand Wohltätigkeitsvereine, durch Zeitungsinserate und endlich die gewerbsmässige. Nur von dieser letzteren soll in nachstehendem die Rede sein. Die gewerbsmässige Stellenvermittelung erstreckt sich auf einen bestimmten Kreis von Berufen; vor allem auf die Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie: die Bäcker, Schlächter, Konditoren, ferner auf die gastwirtschaftlichen Arbeiter, Friseure, das kaufmännische Personal, die Seeleute, Schauspieler und endlich auf die landwirtschaftlichen Arbeiter und die Dienstboten. Wie man sieht, handelt es sich da um Berufe, deren Angehörige zu den rückständigsten Arbeiterkategorieen gehören, wo entweder noch gar keine Organisation vorhanden, oder wo diese noch zu schwach ist, um die Arbeiter vor der Ausbeutung durch die gewerbsmässigen Stellenvermittler und Gesindevermieter zu schützen.

Wie die modernen Arbeiterorganisationen und Unternehmerverbände, so haben auch die ehemaligen Gesellenverbände und Zünfte eine Stellenvermittelung gehabt, wenn auch in viel primitiverer Form; meistens vollzog sich die Zuweisung von Arbeit, die Einstellung von Gesellen in den Zunftherbergen. Das Stellenvermittlergewerbe hingegen ist im wesentlichen ein Produkt neuerer Zeit; einige Bedeutung erlangte es erst mit der Entwickelung des modernen Kapitalismus. Für Deutschland liegt über die Anfänge der gewerblichen Arbeitsvermittelung Material nur in geringem Umfange vor; dagegen hat das französische Arbeitsamt eine umfangreiche Schrift herausgegeben, betitelt *Le placement des employés, ouvriers et domestiques en France,* in der alle Formen der Arbeitsvermittelung eine eingehende dokumentarische Darstellung erfahren. Mit der Lockerung der alten festgefügten Zustände erstehen neue soziale Gebilde. Die fortschreitende Teilung der Arbeit, der wachsende Reichtum und das Luxusbedürfnis lassen neue Gewerbe und Beschäftigungsarten erstehen, für die eine korporative Gebundenheit, eine Zunft nicht besteht. Für diese nichtzünftigen, *freien* Berufe wurde schon Anfang des XVII. Jahrhunderts ein neues System der Stellenvermittelung ins Leben gerufen. Durch königliches Dekret erhielt ein gewisser Renaudot für sich und die Seinen das Privileg, *bureaux d'adresses* zu errichten, durch welche Stellung finden sollten: Sekretäre, Erzieher, Verwalter, Haushofmeister für Hotels und Privathäuser, Hausdiener, wie überhaupt das Gesinde. In diesen Bureaus haben wir wohl die Vorläufer der heutigen gewerbsmässigen Stellenvermittelungsbureaus in Frankreich zu suchen. Die grosse Revolution hatte mit den Zünften auch deren Arbeitsnachweise hinweggefegt. Auch in der Folge bleibt die französische Gesetzgebung von einer gegen die berufsgenossenschaftlichen Verbindungen gerichteten Tendenz beherrscht; in derartigen Zwischengliedern sah man nach der mit der Revolution zur Geltung gelangten Auffassung nur schädliche Hindernisse für die Entwickelung unmittelbarer Beziehungen zwischen den

einzelnen und dem Staat. Das Gewerbe der Stellenvermittelung gelangte unter den Schutz des Artikels 7 des Gesetzes vom 17. März 1791, der es jedermann freistellt, »ein ihm geeignet erscheinendes Gewerbe auszuüben, unter der Voraussetzung der Erlangung einer Konzession, der Zahlung ihrer Gebühr und der Befolgung der polizeilichen Anordnungen«. Wie aus zahlreichen Beweisstücken (Gerichtsurteilen, Polizeiurteilen etc.) hervorgeht, haben sich die noch heute zu beobachtenden Missstände innerhalb der gewerbsmässigen Stellenvermittelung schon nach kurzer Zeit herausgestellt. Es beginnt nun ein Kampf zwischen den Stellenvermittlern und den von ihnen ausgebeuteten Arbeitergruppen, in denen die Behörden bald mehr auf die Seite der Stellenvermittler, bald mehr auf die der Arbeiter treten. Dieser Interessenkampf hat in Frankreich seinen vorläufigen Abschluss gefunden mit dem Gesetz vom 14. März 1904, auf das wir noch zu sprechen kommen werden.

In Deutschland ist zur Ermittelung des Standes des Arbeitsnachweises im allgemeinen bislang recht wenig geschehen, soweit wenigstens die staatlichen Organe in Betracht kommen; die von privater Seite unternommenen Untersuchungen über den Arbeitsmarkt und den Arbeitsnachweis haben dagegen in den letzten Jahren einen grossen Umfang angenommen, und die Literatur über diesen Gegenstand hat eine grosse Bereicherung erfahren. Im Jahre 1894 wurden vom preussischen statistischen Amt Erhebungen über die Arbeitsvermittelung in Preussen veranstaltet. Danach wurden damals 5216 Agenten, Stellenvermittler etc. gezählt, wovon 3931 weiblichen Geschlechts. Nach den statistischen Erhebungen einer Reihe von Einzelstaaten vom gleichen Jahre kann ungefähr die Zahl derjenigen Vermittler geschätzt werden, die sich fast ausschliesslich mit der Vermietung des Gesindes beschäftigten. In Preussen betrug sie 664, in Bayern 477, in Baden 241, in Württemberg 109. Für das ganze Deutsche Reich dürfte man die Zahl dieser Gewerbebetriebe hiernach mindestens auf über 3000 schätzen können. In den einzelnen Städten haben sie sich seitdem zum Teil rascher vermehrt, als die Bevölkerung. So gab es in Nürnberg im Jahre 1898 30 Gesindevermieter, während im Jahre 1903 deren 68 gezählt wurden; in Dresden 1875 55, 1885 105, 1895 190; in Berlin bestanden laut Adressbuch 1900 6 Ammenvermieter, 204 verschiedene Gesindevermieter, 1903 7 Ammenvermieter, 220 verschiedene Gesindevermieter. Der *Vorwärts* vom 2. Dezember 1899 schätzte jedoch damals schon die Zahl der Mietsfrauen auf zirka 600. Richtig ist jedenfalls, dass in den Grossstädten vielfach das Vermittelungsgewerbe heimlich betrieben wird. Von den 1894 in Preussen gezählten 5216 Vermittlern waren 632 wegen 761 Verbrechen vorbestraft, und zwar wegen Diebstahls 346, wegen Körperverletzung 109, wegen Kuppelei, Hehlerei 25, wegen anderer Verbrechen 281. Ausserdem wurde noch eine grosse Anzahl dieser Leute als *übelbeleumdet* bezeichnet. Diese Angaben lassen einen Schluss zu auf die moralische Qualifikation eines grossen Teiles dieser Gewerbetreibenden.

Der Geschäftsumfang der gewerblichen Stellenvermittelung lässt sich statistisch kaum erfassen. Die notwendigen Angaben müssen von den beteiligten Stellenvermittlern selbst ausgehen, und da es sich hier vielfach um Personen handelt, die eine grosse Schreibgewandtheit nicht besitzen und auch alle Ursache haben, den Umfang ihres Geschäftsbetriebes zu verschleiern, so sind zuverlässige Daten kaum erhältlich. Von den 587 721 Vermittelungen, welche

im Jahre 1894 als perfekt geworden, gemeldet wurden, entfiel nach amtlicher Feststellung der Löwenanteil auf die gewerbsmässigen Gesindevermieter und Stellenvermieter, nämlich 381 206 oder 64,86 %. Im ganzen erstreckten sich die Erhebungen auf 13 verschiedene Arbeitsnachweisarten. Auf die Arbeiterfachvereine, inklusive die Hirsch-Dunckerschen, entfielen nur 26 760 oder 4,55 %. Hierzu ist aber zu bemerken, dass das, was der Bearbeiter der Erhebungen, Regierungsrat Evert, selbst wiederholt von diesen sagt, nämlich, dass sie höchst lückenhaft sind, für diesen Teil ganz besonders zutrifft. »Namentlich«, so heisst es da, »fehlt es an Angaben von der Mehrheit der Fachvereine.« Ebenso wenig, wie über den Umfang der gewerbsmässigen Stellenvermittelung, können über die Einnahmen der Vermittler zuverlässige Zahlen beigebracht werden. Immerhin ist auch in dieser Beziehung einiges Material vorhanden, das bei aller Lückenhaftigkeit doch einen Schluss zulässt über die Vergeudung von Volksvermögen durch diese Vermittelungsart. So besteht in Berlin ein Stellenvermittelungsbureau, das einen Grossbetrieb in diesem Gewerbe darstellt. Es beschäftigt sich hauptsächlich mit der Vermittelung für Mädchen für alles und Küchenpersonal für das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe. Die Inhaber dieses Bureaus zahlen allein an Miete für die Geschäftsräume 17 000 Mark jährlich und haben 40 Angestellte. Dieses Geschäft vermittelte in der Zeit vom 1. Februar bis zum 31. Juli 1901 19 818 weibliche und 9067 männliche Personen. Es vereinnahmte in dieser Zeit an Gebühren — die Taxe beträgt 3 Mark für Dienstherrschaften und 1 Mark für Dienstnehmer — 101 939,50 Mark. Vom 1. Februar bis zum 31. Juli 1902 vermittelte es 21 448 weibliche und 7272 männliche Personen; die Einnahmen in diesen Zeiträumen betrugen 103 972 Mark. Das ergibt also in einem Jahre über 200 000 Mark an Bruttoeinnahmen. Der Reingewinn dürfte auf 60- bis 70 000 Mark zu veranschlagen sein. Durch die Breslauer Tageszeitungen lief vor einigen Wochen eine Notiz, deren tatsächlicher Inhalt wohl auf Mitteilungen von der Polizeibehörde zurückzuführen sein dürfte. Danach existieren dort 26 Stellenvermittler, die sich mit der Vermittelung von gastwirtschaftlichem Personal beschäftigen. Diese besetzten im Jahre 1904 8016 Stellen und vereinnahmten dafür 51 818 Mark. Mit vollem Recht wurden die Angaben von dem Verfasser der Notiz als zu niedrig taxiert, die vereinnahmten Summen wurden auf 150 000 Mark geschätzt.

Die Höhe der Gebühren variiert sehr: Die Dienstboten zahlen in der Regel 1 bis 3 Mark, auch 5 Mark, die Dienstgeber in der Regel ebenso hohe Summen. Für landwirtschaftliche Arbeiter werden von seiten der Landwirte bis zu 20 Mark gezahlt, durch Lohndruck freilich auf die Arbeiter abgewälzt. Die höchsten Gebühren werden wohl im Gastwirtsgewerbe, von den Kellnern und Oberkellnern (selten unter 5, meist aber 15, 20 Mark bis zu 150 Mark), und von den Künstlern und Schauspielern gezahlt, welch letztere in der Regel 3 bis 5 % und auch mehr von ihrer Jahresgage dem Vermittler zahlen müssen. Nach dem Gesetz haben die Vermittler ihre Tarife der Behörde nur zur Kenntnisnahme, nicht zur Genehmigung einzureichen. Über die im Tarif festgesetzten Gebühren hinaus suchen die Vermittler aber unter allerlei Vorwänden und unter den verschiedensten Formen Gelder aus dem Vermittelten herauszupressen. In vielen Fällen geschieht dies in der Weise, dass die Vermittler bestimmte Forderungen gar nicht stellen, sondern die einzelnen Stellesuchenden zu gegen-

seitigem Überbieten anreizen. Andere Vermittler haben entweder selbst Gastwirtschaften, oder sie stehen mit solchen in mehr oder weniger engen Beziehungen, so dass die Stellesuchenden verpflichtet sind, dort zu verkehren und hohe Zechen zu machen. Die preussische Ministerialverordnung vom 10. August 1901, betreffend die Vorschriften für den Geschäftsbetrieb der Gesindevermieter und Stellenvermittler — eine Anzahl Bundesstaaten hat ähnliche Vorschriften erlassen —, wonach es den Gesindevermietern und Stellenvermittlern verboten ist, gleichzeitig eine Gast- oder Schankwirtschaft zu betreiben, hat nur die Wirkung gehabt, dass die betreffenden Stellenvermittler in ihre Gastwirtschaften einen Strohmann hineinsetzen, so dass sie nach wie vor die Stellesuchenden doch in doppelter Weise ausnutzen konnten. Oder aber die Stellenvermittler bildeten mit einigen Gehilfen der betreffenden Branche, auf die sich ihre Vermittelungstätigkeit besonders erstreckt, zusammen einen Verein, und dann kann ihnen der Betrieb der Stellenvermittelung auch innerhalb der Gastwirtschaft nicht mehr untersagt werden. Voraussetzung in letzterem Falle ist allerdings die unentgeltliche Stellenvermittelung. Die wird zwar inne gehalten, es werden dafür aber Mitgliederbeiträge erhoben; im übrigen werden die Stellesuchenden zu hohen Zechen veranlasst, wodurch die früher erhobenen Gebühren in der Regel mehr als gedeckt werden. In zahlreichen Fällen fühlen sich die Stellesuchenden noch verpflichtet, die in der Regel schlecht bezahlten Buchhalter der Stellenvermittler zu *spicken*. Dazu kommt, dass die Ausnutzung derjenigen Personen, die durch die Vermittler in Stellungen gebracht worden sind, nicht etwa mit dem Perfektwerden der Vermittelung und der Bezahlung der Gebühren aufhört. Der Vermittler (Gastwirt) arrangiert sogenannte *Abendtische* oder andere Festlichkeiten (von den Gehilfen bezeichnenderweise *Neppessen* genannt), wozu er die von ihm vermittelten Arbeitnehmer einlädt. Diese fühlen sich verpflichtet, der Einladung Folge zu leisten und hohe Zechen zu machen, aus Furcht, andernfalls von dem Vermittler im Bedarfsfalle keine Stellung mehr nachgewiesen zu erhalten. Die Vermittler pflegen auch Besuche in den Gastwirtschaften zu machen, in welche sie Personal vermittelt haben; die Zechen, die sie dort machen, müssen in vielen Fällen von den dort servierenden Kellnern getragen werden.

Der überwiegende Teil der Gastwirte, Direktoren, Geschäftsführer etc. unterstützt die gewerbsmässigen Stellenvermittler durch Zuweisung von Aufträgen. In einzelnen Fällen soll eine direkte Teilung der von den Vermittelten verlangten Gebühren stattfinden. Positive Beweise können hierfür naturgemäss nicht erbracht werden, dagegen steht fest, dass Geschäftsverbindungen anderer Art zwischen Gastwirten und Vermittlern bestehen. An vielen gastwirtschaftlichen Unternehmen sind die Vermittler finanziell beteiligt; in solchen Fällen besteht gewöhnlich ein Vertrag, durch den es den betreffenden Gastwirten untersagt ist, andere Stellenvermittelungen für ihren Personalbedarf in Anspruch zu nehmen. In anderen Fällen hat Abnahme von Bier oder Wein seitens des Vermittlers genügt, um diesem die Vermittelungen von gastwirtschaftlichem Personal für grosse Brauereiausschänke oder Weinrestaurants zu sichern. So hatte die Breslauer Brauerei Haase für ihre Ausschänke in Berlin ein besonderes Vermittelungsbureau in dem Lokal eines Gastwirtes, der von ihr das Bier bezog, errichtet. Und die bekannte Weinfirma Trarbach übergab einem Gastwirt den Auftrag, ihr das gesamte Personal, das sie für ihr neu zu er-

öffnendes Weinrestaurant zu Berlin benötigte, zu engagieren. Der betreffende Gastwirt bezog Trarbach-Weine, und diejenigen, welche auf eine Stellung in oben bezeichnetem Betriebe reflektierten, waren verpflichtet, wochenlang vorher bei dem Gastwirte zu verkehren und Trarbach-Weine zu hohen Preisen zu trinken. Es gibt nicht wenige Gastwirte, die sich schon allein durch mehr oder weniger hohe Zechen, die der Vermittler bei ihnen macht, beeinflussen lassen. Oberkellner, Geschäftsführer etc. weisen dem Vermittler die Aufträge vielfach deswegen zu, um später wieder durch ihn Stellung zu bekommen.

Die Stellenvermittler befördern auch direkt den Stellenwechsel durch Einwirkung auf die Arbeitgeber, denen sie geeignetes Personal, und durch Beeinflussung der Arbeitnehmer, denen sie bessere Posten in Aussicht stellen. Ferner durch fortgesetzte schriftliche oder persönliche Offerten, die letzteren verbunden mit Trinkgelagen, durch die sie die betreffenden Geschäftsinhaber zu verpflichten suchen. In der gleichen Weise pflegen auch die *Sprechmeister* der Innungen der Bäcker, Fleischer, Friseure etc. zu verfahren. Die Stellenvermittler begünstigen ferner auch den Kautionsschwindel. In den meisten Fällen ist die Insolvenz des Auftraggebers ganz offenbar. Dennoch wird ihm durch den Vermittler der kautionsfähige Angestellte nachgewiesen. Sobald aber der Vermittelte die unreelle Unterlage des Betriebes erkannt hat, versucht er, um sein Geld zu retten, durch den selben Vermittler wieder loszukommen. Dieser sucht nun einen neuen Ersatzmann, der durch eine mindestens gleich hohe Kautionseinlage den Vordermann auslösen muss. In der Regel aber werden diese Kautionssummen gesteigert. Bei den sich wiederholenden Manipulationen erleidet der Vermittelte immer Verluste, während der Vermittler in jedem Falle gewinnt.

Für die Arbeitnehmer derjenigen Berufsgruppen, in denen die gewerbsmässige Arbeitsvermittelung vorherrschend ist, entsteht noch ein besonderer, ganz schwer wiegender Nachteil durch den Lohndruck, den die Vermittler befördern. Der Arbeitsnachweis ist in diesen Berufen durch die Dutzende von Vermittelungsstellen ganz und gar zersplittert; eine Übersicht über den Stand des Arbeitsmarktes auch nur annähernd zu erlangen, ist für die Arbeitnehmer ausgeschlossen. Die Konkurrenz der Stellenvermittler unter einander veranlasst diese, den Unternehmern das Personal zu immer billigeren Lohnsätzen anzubieten. Durch die schriftlichen Offerten und die persönlichen Besuche, die der Vermittler den Unternehmern wiederholentlich macht, wird diesem immerfort vor Augen geführt, dass genügend stellungsloses Personal vorhanden ist, bereit, für die eventuell zu entlassenden Gehilfen einzutreten. Dadurch werden naturgemäss die Lohnsätze nach unten gedrückt und die Arbeitsverhältnisse (Behandlung, Kost und Logis etc.) verschlechtert. Dieser Umstand zusammen mit den oben bezeichneten Gründen machen es denn auch erklärlich, dass die Gastwirte, die Bäcker- und Fleischermeister mit Vorliebe bei den gewerbsmässigen Stellenvermittlern ihren Bedarf an Personal decken und mit diesen stets in freundschaftlichen Beziehungen leben. So beklagen sich die Innungen jener Berufe, dass ihre Mitglieder, obwohl sie durch Statut hierzu verpflichtet wären, doch die Innungsnachweise zum grössten Teil nicht in Anspruch nehmen. Für die Arbeiter allerdings ist auch in dem entgegengesetzten Falle nicht viel gewonnen. Nicht allein, dass sie auch hier durch Zahlung von Gebühren die Kosten für die von den Innungen eingerichteten Nachweise zu tragen haben,

sondern es fehlt ihnen auch sonst an jedem Einfluss auf die Geschäftsführung der selben. Das Innungsgesetz sieht einen solchen Einfluss der Gesellen auf die zu ihren Gunsten errichteten Institutionen wohl vor, aber der Mangel einer gefestigten Organisation bringt eben auch in diesem Falle die betreffenden Arbeiter um die formell ihnen zustehenden Rechte.

Damit sind wohl die vorherrschendsten, nicht aber alle Nachteile, welche die gewerbsmässige Stellenvermittelung für die beteiligten Arbeiter im Gefolge hat, aufgezählt. Das Material über die Missstände in diesem Gewerbe ist ein geradezu unerschöpfliches, und alle behördlichen Eingriffe haben nicht vermocht, den Umfang der gewerbsmässigen Stellenvermittelung einzudämmen, noch die Missstände zu beseitigen, sie haben höchstens dazu geführt, immer neue Formen der Ausbeutung zu zeitigen. Kein Polizeigesetz vermag alle Schliche und Ränke zu treffen, die von skrupellosen Industrierittern in Anwendung gebracht werden, um ihre Opfer zu rupfen. Die Arbeiter der betreffenden Berufe, die Bäcker, Fleischer, das gastwirtschaftliche Personal, sind zu schlecht organisiert, als dass sie im stande wären, sich aus den Armen der gewerbsmässigen Stellenvermittler zu befreien; andere Gruppen, wie die Landarbeiter und Dienstboten, haben ja gar nicht die Möglichkeit, sich zu koalieren. Aus allen diesen Gründen muss gefordert werden, dass hier der Staat mit seinen Machtmitteln eingreift. Diese Forderung wurde auch auf der vom 9. bis 11. November 1905 in Wiesbaden abgehaltenen Arbeitsnachweiskonferenz von dem Referenten Dr. Franz Ludwig-Lübeck, sowie von dem Schreiber dieses, der als Korreferent für das Gastwirtsgewerbe sprach, aufgestellt. Wir lassen hier die Thesen im Wortlaut folgen. Herr Dr. Ludwig beantragte die folgenden:

»1. Der gewerbsmässige Arbeitsnachweis ermöglicht eine weitgehende Individualisierung und Rücksichtnahme auf lokale und persönliche Besonderheiten beim Abschluss von Arbeits- oder Dienstverträgen. Gegenüber diesem Vorzuge wirkt als Gegentendenz das persönliche Erwerbsinteresse des Vermittlers, zu dessen Existenz der häufige Stellenwechsel die Vorbedingung ist. Bei dem gewerbsmässigen Arbeitsnachweis ist daher die Versuchung zu unreellem Geschäftsgebaren besonders gross. An der Arbeitsvermittelung besteht aber ein öffentliches Interesse, das der gewerbsmässige Arbeitsnachweis zu wahren naturgemäss nicht befähigt ist. Er wirkt daher überwiegend als schädliches volkswirtschaftliches Zwischenglied, das sich zwischen die Kontrahenten eines Arbeits- oder Dienstvertrages einschiebt und aus Selbsterhaltungstrieb beide Parteien auszubeuten strebt. Vorzugsweise haben unter der gewerbsmässigen Stellenvermittelung die Arbeitnehmer, namentlich im Gast- und Schankwirtsgewerbe zu leiden, aber auch die Arbeitgeber, namentlich der Landwirtschaft und des Hausgesindes.

2. Die seitherige deutsche Gewerbegesetzgebung, insbesondere die Gewerbenovelle vom 30. Juni 1900 mit den partikularrechtlichen Ausführungsverordnungen, hat die Missstände nicht zu beseitigen vermocht. Namentlich dort, wo der gewerbsmässige Arbeitsnachweis den Arbeitsmarkt ganz oder teilweise beherrscht, haben sich die gewerbepolizeilichen Bestimmungen als unzulänglich erwiesen.

3. Da der gewerbsmässige Arbeitsnachweis überwiegend überflüssig ist, unausrottbare Schäden zeitigt und sich als ein besonders geeigneter Nährboden für Schwindelexistenzen darstellt, ist seine gänzliche Ausschaltung und sein vollständiger Ersatz durch öffentliche von gemeinnützigen Gesichtspunkten geleitete Arbeitsnachweise prinzipiell anzustreben.

4. Ein weiteres Eingreifen der Reichsgesetzgebung zu gunsten der Interessenten wie der Fortentwickelung der öffentlichen Arbeitsnachweise ist (unumgänglich) notwendig.

5. Als Vorschläge der Reform sind in Betracht zu ziehen entweder das reichsgesetzliche Verbot jeder gewerbsmässigen Stellenvermittelung bei gleichzeitiger Entschädi-

gung der Vermittler nach dem Vorbild des französischen Gesetzes vom 14. März 1904 oder zunächst eine Änderung des § 34 der Reichsgewerbeordnung, dahingehend, dass die Konzessionierung der Gesindevermieter und Stellenvermittler von dem Nachweise eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig gemacht wird und dass letzteres unbedingt überall dort zu verneinen ist, wo öffentliche, von gemeinnützigen Gesichtspunkten geleitete Arbeitsnachweise bestehen. Welcher dieser beiden Wege, die auf das selbe Endziel (die Ausschaltung des gewerbsmässigen Arbeitsnachweises) hinausgehen, demnächst einzuschlagen ist, erscheint mehr eine taktische, als eine prinzipielle Frage.

6. Vereins- und Innungsarbeitsnachweise sind einer behördlichen Aufsicht nach der Richtung hin zu unterstellen, dass sie gewissen Mindestanforderungen zu entsprechen haben — zum Beispiel Verbot der Stellenvermittelung in Gast- und Schankwirtwirtschaften —, damit nicht die Absichten des Gesetzgebers hinsichtlich der Kontrollierung des gewerbsmässigen Arbeitsnachweises auf dem Umwege über den Vereinsarbeitsnachweis umgangen werden können.«

Die von mir aufgestellten Thesen lauten:

»Unter Zustimmung zu den Punkten 1 bis 3 der Thesen des Hauptreferenten sind noch folgende besondere Schädigungen der Arbeitnehmer durch die gewerbsmässigen Stellenvermittler festzustellen:

Durch die Dezentralisation der Vermittelungsstellen, die meist in direkter oder indirekter Verbindung mit Gastwirtschaften stehen, werden die Stellungsuchenden zu unnötigen, ungewollten Geldausgaben veranlasst.

Die gewerbsmässigen Stellenvermittler befördern den Lohndruck und überhaupt die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse durch künstliche Vermehrung der Angebote von Arbeitskräften.

Sie behindern direkt die Organisationsbestrebungen der Arbeitnehmer, in deren Verbänden sie berechtigterweise ihre gefährlichsten Gegner erblicken.

Das geeignetste Mittel, die schädigenden Wirkungen der gewerbsmässigen Stellenvermittelung aufzuheben und diese selbst zurückzudrängen bis zur gänzlichen Beseitigung ist aber neben dem öffentlich-gemeinnützig geleiteten Nachweis gerade diese Organisation der Arbeitnehmer. Deshalb sind alle zur Stärkung derselben abzielenden Bestrebungen zu unterstützen.

Zur Erweiterung und Ergänzung der übrigen Punkte wären, solange das unter Punkt 3 ins Auge gefasste Ziel nicht erreicht beziehentlich nicht auf einmal durchgesetzt werden kann, noch folgende Vorschläge in Erwägung zu ziehen:

1. Solange Vermittelungsgebühren noch erhoben werden dürfen, sind sie ausschliesslich von dem Arbeitgeber zu tragen und dürfen in keinerlei Form oder Vorwand auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden.
2. In Gast- und Schankwirtschaften, in Zigarren-, Weinhandlungen u. s. w. dürfen Vermittelungsgeschäfte nicht vollzogen werden.
3. Einzelpersonen ist jede Vermittelungstätigkeit, auch wenn sie kostenlos ausgeübt wird, zu untersagen.
4. Korporationen, Berufsvereine, Innungen u. s. w. haben die Kosten für die von ihnen betriebenen Arbeitsnachweise aus ihren allgemeinen Fonds zu decken, das heisst sie dürfen die Kosten nicht den in Arbeit oder Stellung gebrachten Arbeitnehmer nach den einzelnen zu stande gekommenen Vermittelungen auferlegen. Auch diese Arbeitsnachweise dürfen weder direkt, noch indirekt mit einer Gastwirtschaft u. s. w. in Verbindung stehen.
5. In denjenigen Gewerben eines Ortes, für die ein paritätischer Arbeitsnachweis zu stande kommt, oder für welche der städtische Arbeitsnachweis unter Zustimmung der Mehrheit der Beteiligten besondere Fachabteilungen eingerichtet hat, müssen auch alle Arbeitsnachweise von Korporationen (Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereine, gemeinnützige Vereine) ihre Tätigkeit einstellen.«

In Frankreich ist bereits durch das Gesetz vom 14. März 1904 die gewerbsmässige Stellenvermittelung, allerdings nur fakultativ, verboten. Das heisst, es ist den städtischen Verwaltungen überlassen, ein solches Verbot auszusprechen; in diesem Falle sind die Stellenvermittler, je nach ihrem Geschäftsumfang, zu entschädigen. In Deutschland sind die Ansätze von Arbeitsnach-

weisen öffentlich rechtlichen Charakters in den städtischen und in den sogenannten *paritätischen,* von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam geleiteten Arbeitsnachweisen bereits vorhanden. Die ersteren funktionieren vielfach aus den oben ausführlich behandelten Gründen nicht sehr gut. Solange es gewerbsmässige Stellenvermittler gibt, werden die Unternehmer der in Betracht kommenden Berufszweige eben diese, und nicht die städtischen, benutzen. Wandel kann nur hier das strikte Verbot jeder Stellenvermittelung gegen Entgelt schaffen. Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages hat schon längst die Errichtung von Arbeitsämtern, denen auch die Arbeitsvermittelung zuzuweisen wäre, von der Gesetzgebung gefordert.

Vor allem aber müssen auch die betreffenden Arbeiterkategorieen unausgesetzt bemüht sein, ihre Organisationen auszubauen und zu kräftigen. Denn es ist eine alte Erfahrung, dass alle zu gunsten der Arbeiter erlassenen Gesetze lediglich auf dem Papier stehen, dass sie nicht durchgeführt werden, wenn nicht eine starke Organisation der Arbeiter deren Innehaltung zu erzwingen vermag.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Bilanz des Jahres 1905 Im grossen und ganzen lautet für das Wirtschaftsjahr 1905 das Schlussurteil aller bis jetzt erschienenen Jahresberichte von Handelskammern und Interessenverbänden übereinstimmend: gesteigerte Umsatz- und Produktionsmengen, dazu günstigere Preise, ausserordentlicher Tatendrang für Erweiterungen und Neugründungen nicht nur im Innern, sondern auch nach aussen, so dass die räumliche Expansion der kapitalistischen Verkehrs- und Produktionssphäre abermals mit Riesenschritten sich vollzieht.

Vielleicht erholte sich England am langsamsten von der vorangegangenen Depression, da bei ihm die ausserordentlichen Wirtschaftsverschiebungen durch die ungeheuren Kriegsaufwendungen unmittelbar und mittelbar auf Produktion und Konsum, auf Transport und Geldmarkt noch lange nachwirkten. Jetzt bemerkt das *Stock Exchange Year-Book* für 1906 zusammenfassend: »Im Vereinigten Königreich ist die Einfuhr sowie die Ausfuhr gewachsen. Nach den Eisenbahntransporten zu urteilen, ist die heimische industrielle Tätigkeit, im Vergleich mit 1904, günstig verlaufen, und sowohl die Post, wie die gewöhnlichen Sparkassen zeigen ein doppelt so rasches Anschwellen der Einlagen, wie 1904.« Ähnlich der bekannte Preisstatistiker A. Sauerbeck: »In unserem Lande war die erste Jahreshälfte vielleicht nur leidlich gut, aber die zweite brachte eine unverkennbare Besserung. Einige der führenden Produktionszweige, vor allem der Schiffsbau und die Baumwollenindustrie, standen in Blüte, während der Maschinenbau und die Eisengewerbe im allgemeinen, obwohl nicht ohne spekulative Beeinflussung, fühlbar sich hoben und die Wollindustrie voll beschäftigt und in befriedigender Lage war. Der Aussenhandel zeigte, nach den Rekordjahren 1903 und 1904, einen weiteren grossen Fortschritt um 51 Mill. Lstrl., wovon allerdings wahrscheinlich die volle Hälfte höheren Preisen zuzuschreiben ist; die erreichte Gesamtziffer stieg auf 973 Mill. Lstrl. (97 Mill. Lstrl. Barren und Münzen dabei ausgeschlossen).« Die Londoner *Clearinghaus*statistik wies von Monat zu Monat ein Anschwellen nach: das gesamte Jahr 1905 ergab gegen das Vorjahr einen Sprung nach vorwärts, wie er in der seit 1868 vorliegenden Statistik noch niemals zu verzeichnen war (Gesamtabrechnungen 1905 12 288 Mill. Lstrl., 1904 10 564 Mill. Lstrl.). Im Schiffbau beklagt man bereits, dass man die sich häufenden Aufträge bei wesentlich höheren Materialpreisen ausführen müsse; vor 12 oder 18 Monaten habe man bei

einem gutklassigen Frachtdampfer etwa 5½ Lstrl. Auslagen pro t Leergewicht rechnen müssen, wo sich heute die Kosten pro t auf 6¾ bis 7 Lstrl. stellen. Wenn die Reeder dennoch mit der Vergebung neuer Aufträge nicht zögern, so kennzeichnet das die Geschäftslage. An der Spitze des Aufschwungs halten sich die Vereinigten Staaten, deren kritische Periode erst etwa Mitte 1903 einsetzte und bereits im letzten Quartal 1904 wieder endete. Die Mais- und Weizenernte war 1905 eine reichliche, bei guten Weltmarktspreisen, die Baumwollernte eine mittelgute (nach der amtlichen Dezemberschätzung: 10 167 818 Ballen), aber bei recht hohen Baumwollpreisen. Die Eisenbahnen sind bereits überbürdet und planen grosse Verbesserungen ihres Fahrparks und Erweiterungen ihrer Anlagen. Der allseitige Aufschwung konzentriert sich schliesslich in der Eisenindustrie, die alle Kräfte in bisher unerhörter Weise anspannt. So war die wöchentliche Leistungsfähigkeit der im Betriebe befindlichen Hochöfen (mit Steinkohlenfeuerung) am 1. Dezember 1905 474 714 t, dagegen noch am 1. Dezember 1904 357 846 t, am 1. Januar 1904 nur 185 636 t; mit der Ruhe so vieler älterer Hochöfen ist es vorbei, und die Neubauten weisen immer riesenhaftere Masse auf.

× · ×

Neugründungen Für Deutschland hat der *Deutsche Ökonomist* die übliche Jahresstatistik der Neugründungen von Aktiengesellschaften veröffentlicht. Scheidet man im Jahre 1903 die 160 Mill. M. für die zunächst mehr nominelle Umwandlung des Kruppschen Unternehmens aus, so hat das Jahr 1905 alle seine Vorgänger bis 1901 gewaltig im Aktienkapital überholt. Der letzte Teil des Jahres 1900 brachte bekanntlich bereits die Abflauung der vorigen Aufwärtsbewegung, so dass die Gründungsziffern seit 1894-1895 eindrucksvoll Ebbe und Flut der Konjunktur widerspiegeln.

Jahr	Zahl der gegründeten Gesellschaften	Aktienkapital Mill. M.
1894	92	88,26
1895	161	250,68
1896	182	268,58
1897	254	380,47
1898	329	463,62
1899	364	544,39
1900	261	340,46
1901	158	158,25
1902	87	118,43
1903	84	300,04
1904	104	140,65
1905	191	386,00

Was die einzelnen Branchen angeht, so haben im Jahre 1905 den Hauptanteil an den Neugründungen die Kategorieen *Bergbau, Hütten, Salinen* mit 63,23 Mill. M., *Industrie der Steine und Erden* mit 20,78 Mill. M., *Metallverarbeitung, Maschinenbau* mit 25,65 Mill. M., *Chemische Industrie, Heiz- und Leuchtstoffe* mit 29,92 Mill. M., *Baugewerbe* mit 49,13 Mill. M., *Banken* mit 75,49 Mill. M., *Sonstige Transportanstalten* mit 23,56 Mill. M. Die bedeutendste Gründung des Jahres 1905 war die Umwandlung der Hohenlohe-Werke mit einem Kapital von 40 Mill. M. Dann folgt die *Süddeutsche Diskontogesellschaft* mit 20 Mill. M. Kapital.

× ×

Bautätigkeit Die Bautätigkeit, sowie die vorbereitende und parallel laufende Terrainspekulation ist gleichfalls — obwohl mit gewissen Einschränkungen, die vor allem mit der Entwickelung des Leihkapitalmarktes, mit billigem oder teurem *Gelde* zusammenhängen — ein Gradmesser des Geschäftsfiebers. Auch hier finden wir 1905 als ausnahmsweise gutes Jahr. Berlin überragt natürlich alle anderen Gebiete; die Innenzone der Reichshauptstadt, vor allem die City zwischen Linden und Leipzigerstrasse, dürfte noch niemals eine solche Modernisierung, hauptsächlich der grossen Geschäftshäuser, erlebt haben, wie gegenwärtig. Im Jahresbericht des *Vereins Berliner Grundstücks- und Hypothekenmakler* pro 1905 heisst es einleitend: »Die Umsätze auf dem Immobilienmarkte in allen seinen Einzelbranchen hat dieses Jahr eine Ausdehnung erfahren, die alles bisher in Gross-Berlin Dagewesene in Schatten stellt. Schon in den Vorjahren konnten wir von einer gesunden Entwickelung des Gesamtmarktes berichten, welche im vergangenen Jahre einen etwas stürmischen Charakter annahm, doch im vorliegenden Berichtsjahre noch um ein Bedeutendes übertroffen wurde . . . Die teils im Vorjahre, teils dieses Jahr mit grossen Kapitalien ausgestatteten Terraingesellschaften haben ihr Gelände erschlossen und parzelliert. Diese Gesellschaften waren sämtlich sehr rührig.« Es wird sogar schon die Befürchtung einer Wohnungsüberproduktion für Berlin selber ausgesprochen, weil die immer rascher zu erreichenden, kommunal gutorganisierten Vororte eine aussergewöhnliche Anziehungskraft entfalten.

× ×

Deutsche Banken im Ausland Auf die Erfolge, Erweiterungen und Verschmelzungen unserer Banken kamen wir oft genug zu sprechen. Als weiteren Grundzug der neuesten Entwickelung finden wir ein immer stärkeres Übergreifen in das Ausland, teils um in der Zahlungsvermittelung und Kreditgewährung vom Ausland, in erster Linie von England, unabhängiger zu werden, teils um Neuanlagen in Industrie und Verkehr in Gang zu bringen, um den direkten Handels- und Schiffahrtsverkehr zu fördern. Den zentral- und südamerikanischen Staaten, sowie den Balkanländern scheint dabei neuerdings eine besondere Aufmerksamkeit zugedacht zu sein.

× ×

Schiffahrt Unsere grösste deutsche Schiffahrtsgesellschaft, die *Hamburg-Amerika-Linie*, wird für 1905, bei sehr starken Abschreibungen, 11 % Dividende geben, gegen 9 % im Vorjahre. Dabei spielen allerdings die Sondergewinne infolge des ostasiatischen Krieges und der deutschen Russenfreundschaft keine geringe Rolle. Doch wird die Gesamtlage von der Verwaltung nicht minder günstig beurteilt. Nach der pressoffiziösen Mitteilung stand das Jahr 1905 für die Reedereien durchgehends im Zeichen der aufsteigenden Konjunktur für den Frachtenmarkt; vorübergehende Zwistigkeiten, wie zwischen Hamburg und Bremen, hätten daran nichts ändern können. Dazu komme, dass das Passagegeschäft nach allen Richtungen glänzend gewesen sei, und dass das ostasiatische Geschäft schon während des russisch-japanischen Krieges und noch mehr seit dem Friedensschlusse vorzügliche Resultate ergeben habe. Die Auswanderung der russischen Refugiés komme der Gesellschaft besonders im Passagegeschäft der transatlantischen Route zu statten; nicht nur der Zwischendeckspassage, sondern auch der Kajütspassage gereichte die starke russische Auswanderung zum Vorteil. Für das laufende Jahr kämen voraussichtlich für die ersten Monate noch grosse Maisverschiffungen in Betracht, die schon jetzt begonnen haben und die auf die amerikanische Rekordernte des letzten Herbstes zurückzuführen sind. Mit dem 1. März werde jedoch für die Entwickelung der deutschen Schiffahrt der Umstand in Betracht zu ziehen sein, dass infolge des Eintritts der höheren deutschen Getreidezölle ein Rückgang in der Getreideeinfuhr eintreten werde. Es lasse sich jedoch hoffen, dass die Leitung der *Hamburg-Amerika-Linie* im stande sein werde, den hierdurch entstehenden Ausfall durch Gewinne auf anderen Gebieten bis zu einem gewissen Grade wieder auszugleichen.

× ×

Schiffsbau Die Kieler Handelskammer nennt, trotz der Misserfolge der Howaldts-Werke, das Jahr 1905 für den Schiffsbau ein so reges, dass »Mangel an tüchtigen gelernten Schiffsbauhandwerkern« herrsche. Im Flensburger Handelskammerbericht wird, trotz mancher Einschränkungen für 1905, schliesslich gesagt: die Schiffspreise seien in letzter Zeit entsprechend den besseren Frachten gestiegen, »und die deutschen Werften sind fast sämtlich für das ganze nächste Jahr bei langsam steigenden Preisen beschäftigt«.

× ×

Edelmetalle Ohne in die Irrtümer der Quantitätstheoretiker zu verfallen, darf man der reichlichen Produktion des Goldes, des Weltwährungsmetalls, eine grosse Bedeutung für die Erleichterung des ganzen Wirtschaftsgetriebes zuschreiben. Auch im Jahre 1905 dürfte sich die oft geschilderte Produktionssteigerung fortgesetzt haben, obwohl Australien (1905 17 544 000 Lstrl., 1904 17 915 000 Lstrl.) stabil geblieben, ja sogar noch etwas zurückgeschritten ist, wofür allerdings Neuseeland eine gewisse Zunahme (151 022 Lstrl. statt 112 017 Lstrl.) zeigt. Dafür fällt die Transvaalgewinnung immer wuchtiger in die Wagschale: 1903 mit 12,59 Mill. Lstrl., 1904 mit 16,02 Mill. Lstrl., 1905 mit 20,8 Mill. Lstrl. Das Verbot der Chineseneinfuhr nach Südafrika durch die neue liberale Londoner Regierung dürfte zunächst wenig fühlbar sein, da nicht nur die alten Arbeiter bleiben, sondern auch die bereits abgeschlossenen Werbekontrakte ihre Gültigkeit nicht verlieren; nach den vollzogenen englischen Wahlen wird vielleicht noch mehr Wasser in diesen Wein gegossen werden. Das Silber hielt sich im Londoner Weltmarktpreis etwa auf der Höhe des Jahres 1904, sogar noch etwas darüber: im Durchschnitte auf $27^{13}/_{16}$ d pro Unze gegen $26^{3}/_{8}$ d im Vorjahre (und gegen 60,84 d bei der traditionellen alten Wertrelation von Gold und Silber).

× ×

Auswanderung Nach dem *Reichsanzeiger* wanderten im Jahre 1905 143 375 Personen über Hamburg nach überseeischen Ländern aus. Diese Zahl stellt mit der des Jahres 1903 (144 569 Personen) den Höchststand der hamburgischen Auswanderungsziffern im Laufe des letzten Jahrzehntes dar. Von 1896 auf 1897 fiel die Gesamtzahl von rund 53 000 auf 35 000, um dann, fast jährlich in gewaltigem Zuwachs steigend, im letzten Jahre die mehr als vierfache Höhe zu erreichen. Rücklaufende Bewegungen zeigten nur die Jahre 1901 und 1904, indessen handelt es sich dabei nur um einen Ausfall von 8000 respektive 12 000 Personen. Die Zahl der Deutschen unter den Auswanderern hat in dem angegebenen Zeitraum bald ab-, bald zugenommen. Sie fiel von 1896 bis 1898 von rund 12 000 auf 8000, stieg in den nächsten 5 Jahren auf 20 000, um dann abermals auf 16 422 im letzten Jahre zurückzugehen. Sie betrug 1896 ungefähr 23⅓ %, 1898 19 %, 1903 14 % und 1905 11½ % der Gesamtziffer der Auswanderung.

× ×

Kurze Chronik Die Durchschnittspreise für Fleisch sind nach der *Statistischen Korrespondenz* im Dezember für Preussen etwas gesunken, im Vergleich zum November, der ungefähr dem Oktober (Höchstmonat) noch gleichstand. × Der Vorstand des Kohlensyndikats erklärte Anfang Januar in einem Rundschreiben: er müsse, entgegen dem Beschluss der Zechenbesitzerversammlung (10 % Einschränkung) die vollen Beteiligungsanteile in Kohlen, Koks und Briketts für das I. Quartal 1906 in Anspruch nehmen. In Schlesien beabsichtigt man die Kohlen*konvention* zu einem festgefügten Syndikat umzuwandeln; an der Spitze der ansehnlichen Opposition steht Fürst Henckel von Donnersmarck, der schon beim Eisenwerk *Kraft* die Syndikatsfreunde gegen sich aufbrachte. × Im *Reichsanzeiger* vom 5. Januar erschien der stenographische Bericht der letzten Kartellenquetesitzung: über die Verbände in der Tapetenindustrie. × Unter den preussischen Landtagsvorlagen befindet sich ein Gesetzentwurf, wonach die Sparkassen vom 1. Januar 1907 ab mindestens 15 % des verzinslich angelegten Vermögens in Schuldverschreibungen des Reiches und Preussens anzulegen haben.

× ×

Literatur Die wachsende Kartellierung hat ganze Reihen neuer Rechtsfragen aufgeworfen. Teils versucht man, mit den alten, gegebenen Begriffen der Rechtswissenschaft und Rechtsprechung gegen die neuen Wirtschaftsgebilde und ihre vielgestaltigen Betätigungen einzuschreiten, teils passen sich ererbte Vorstellungsweisen durch Erweiterung und innere Umbildung den neuen Tatsachen des modernen Milieus an. Unter der geistigen Führung Dr. Steinbachs ist besonders in Österreich die wirtschaftsrechtliche Analyse der Verbände aller Art zu einer hohen Ausbildung gelangt. Als einen der neuesten und wertvollsten Beiträge dazu darf man das von Karl Menger eingeleitete Werk von Dr. Markus Ettinger *Die Regelung des Wettbewerbes im modernen Wirtschaftssystem*, I. Teil: *Die Kartelle in Österreich* /Wien, Manz/ bezeichnen. Dr. Ettinger hegt zweifellos zu weitgehende Erwartungen hinsichtlich der praktisch denkbaren ›Einheitlichkeit und Planmässigkeit der Produktion durch die Kartellorganisation‹, aber dieser Überschwang der Hoffnungen ist immer noch fortschrittlicher, als die selbst in Parteikreisen noch stark verbreitete Angst vor den kommenden und schon bestehenden kapitalistischen *Monopolen*. Die Bedeutung des Buches liegt jedoch in der Zergliederung der mannigfaltigen Kartelltypen und in dem Versuch, die verschiedenen Kartelllebensäusserungen dem juristischen Vorstellungskreis zu assimilieren, der im wesentlichen durch das alte *Freie Konkurrenz*-System und seine theoretische Widerspiegelung geschaffen wurde. Auch die Ausführungen über die tatsächliche und mögliche Preisbildung unter dem Kartellregime verdienen Aufmersamkeit. × Die Wirtschaftskrisen hauptsächlich als ›Inkongruenzen zwischen der Produktion und dem Konsum‹ erörtert, unter reichen Literaturhinweisen, Dr. Otto Karmin-Genf in der Schrift *Zur Lehre von den Wirtschaftskrisen* /Heidelberg, Winter/. Die kapitalistische Wirtschaft sei nicht im stande, die Konsumkrisen in bedeutenderem Masse einzuschränken, diese seien mit ihr unlösbar verknüpft. Die tatsächliche Erkenntnis wird durch solche, teils abstrakt schlussfolgernde, teils literargeschichtlich referierende Darstellungen kaum gefördert. Die überaus fleissig beigebrachten Zitate bieten jedoch viele nützliche Anregungen. × Etwas Ähn-

liches gilt auch von dem Werke des der Münchener theologischen Fakultät angehörigen Dr. Franz Schaub *Der Kampf gegen den Zinswucher, ungerechten Preis und unlauteren Handel im Mittelalter* /Freiburg i. B., Herder/. Die *moralische Beurteilung* und die Wirksamkeit der *theologisch-sittlichen Ideen* spielt hier eine allzu grosse Rolle. Doch bekundet der Verfasser, etwa in der Art von Janssen, eine geradezu erstaunliche Belesenheit und Detailgelehrsamkeit, zum Teil in Quellen, die von uns Weltkindern allzusehr ignoriert werden. Charakteristisch für den stillwirkenden Einfluss der ökonomischen Betrachtungsweise ist ferner das ›genaue Eingehen auf den zeitgenössischen wirtschaftlichen Untergrund‹. × Der für die Kenntnis der schweizerischen Wirtschaftsentwickelung wichtige und unentbehrliche *Bericht über Handel und Industrie der Schweiz im Jahre 1904*, erstattet vom Vorort des *Schweizerischen Handels- und Industrievereins* /Zürich, *Berichthaus*/ ist kürzlich leider etwas spät, erschienen. × Eine Ergänzung zu Büchers und Schanz' Finanzarbeiten veröffentlichte der Leiter des Baseler statistischen Amtes Dr. F. Mangold (*Basels Staatseinnahmen und Steuerverteilung 1888 bis 1903* /Basel, *Basler Druck- und Verlagsanstalt*/). × Rechtsanwalt Dr. Max Büchler (*Die Anfänge der Entwickelung zum modernen Industriestaat* /Basel, *Basler Volksblatt*/) schildert eingehend und lebendig die erste Ausbreitung der modernen Industrie und Industriemissstände, die ersten Kämpfe um die Fabrikgesetzgebung, vor allem um den Kinder- und Unterrichtsschutz. Das Ganze ist ein instruktiver, lesenswerter Beitrag zur Geschichte des Arbeiterschutzes und der Lohnarbeiterklasse in der Schweiz. × Weiter ging uns aus der *Sammlung Göschen* zu: *Finanzwissenschaft* von Dr. R. van der Borght in 2. Auflage. × Aus der in den anderen Rubriken der Rundschau mehrfach genannten Broschürensammlung *Sozialer Fortschritt* /Leipzig, Dietrich/: A. Seidel *Unsere Kolonieen, was sind sie wert, und wie können wir sie erschliessen?* × Aus dem nationalsozialen *Hilfe*verlag in Berlin-Schöneberg: die neueste Schrift des Lic. Dr. Paul Rohrbach *Deutsch-Südwestafrika ein Ansiedlungsgebiet?* Die bekanntlich recht hohe Wertschätzung unseres Kolonialgebietes durch Rohrbach findet hier anziehenden und zum Teil auch überzeugenden Ausdruck.

MAX SCHIPPEL

Politik

Roter Sonntag Die sozialistischen Gruppen in den Vereinigten Staaten ersuchten das internationale sozialistische Bureau in Brüssel, die angeschlossenen Parteien zu bewegen, am 22. Januar 1906 den Jahrestag des Petersburger Blutbades festlich zu begehen. In Ausführung dieses Ersuchens gab das Bureau in Brüssel nachstehende Parole aus: ›Am Montag, den 22. Januar, oder wenigstens am Vorabend (Sonntag), werden alle Vereine aller angeschlossenen sozialistischen Parteien Massenversammlungen abhalten und, wo möglich, Umzüge veranstalten. Die bezeichneten Redner werden an den heroischen Kampf unserer Brüder in Russland erinnern, und eine Geldsammlung wird veranstaltet, um mit allen Mitteln denen behilflich zu sein, die gegen den Zarismus für die heilige Sache der Freiheit kämpfen.‹ In Deutschland erfuhr dieses Programm insofern eine Abänderung, als gleichzeitig gegen die bestehenden rückständigen Wahlrechte zu den Landesparlamenten protestiert werden sollte. Schon die Ankündigung dieses Programms genügte, um bei einem grossen Teil der Gegner die ernstesten Besorgnisse zu erregen: man sah Deutschland schon am Vorabend einer Revolution. Man berief sich auf das Überhandnehmen der *radikalen* Strömung in der Sozialdemokratie, auf die Verhandlungen in Jena, im Reichstage, auf den *blutigen* Ton der sozialdemokratischen Presse und folgerte daraus, dass die Sozialdemokraten diesmal mit Bestimmtheit Ernst machen würden. Die Scharfmacherpresse setzte kräftig ein, um alle Stützen der heutigen Ordnung gegen das drohende Unwetter mobil zu machen. Und in der Tat ist denn auch alles nervös geworden. Die Vorgänge in Sachsen und Hamburg verschärften noch die Stimmung. Polizei und Militär, an einzelnen Plätzen sogar die Feuerwehr mit Spritze, waren gegen die vorausgesagte *Revolution* in Bereitschaft gesetzt. Die ruhige Überlegung war den Gegnern so weit abhanden gekommen, dass sie schon Worte mit Taten verwechselten. Von einem zum andern ist aber ein weiter, sehr weiter Schritt. Vor allem ängstigte man sich vor Strassenumzügen, als ob diese allein schon den gewaltsamen Umsturz bedeutet hätten. Meines Erachtens haben zwar für deutsche Verhältnisse Strassenumzüge nicht den grossen politischen Wert, aber wenn schon die

Arbeiter durch Umzüge die öffentliche Aufmerksamkeit auf ihre Forderungen lenken wollen, so ist wirklich kein Grund vorhanden, diese Art der Propaganda zu verbieten. Indes, die Gegner hatten eben den Kopf verloren, die Strassendemonstrationen wurden verboten. Die Scharfmacher rechneten trotzdem mit der Möglichkeit von Strassenkämpfen, selbst dann noch, als der sozialdemokratische Parteivorstand die Genossen mahnte, jede Strassendemonstration zu unterlassen und den getroffenen Anordnungen Folge zu leisten. Gewisse Kreise hofften, die Genossen würden dieser Mahnung nicht Folge leisten. So kam der 21. Januar heran. Die Versammlungen wurden massenhaft besucht, nirgends wurde die Ruhe gestört, Polizei und Militär waren ganz umsonst alarmiert. Der Chor der Arbeiter lacht aber nachträglich über die Angst, die das Massenaufgebot der Sozialdemokratie den Gegnern während einiger Tage eingejagt hat.

× ×

Russland Die Tragödie von Moskau: so heisst eines der bedeutsamsten Glieder in der langen Kette historischer Ereignisse die man als die *russische Revolution* bezeichnet. In Moskau sind die höchsten und vollkommensten Barrikaden gebaut worden, welche die Geschichte kennt; 10 Tage lang haben viele Tausende todesmutiger Kämpfer erst einen grossen Teil der Stadt, dann einzelne Quartiere gegen die zarischen Truppen verteidigt. Lange, eifrig, systematisch war vorher unter den Soldaten agitiert worden; man hoffte auf den Übertritt ganzer Regimenter zum Volk. Diese Hoffnung blieb unerfüllt, und der Moskauer Aufstand wurde im Blute erstickt. Aber die wahre Bedeutung dieses Aufstandes ist nicht in seinem Ausgang zu suchen, sondern darin, dass er überhaupt stattgefunden hatte, dass er überhaupt möglich war. Moskau bedeutet für das Zarenreich ungleich mehr, als das in später Zeit auf geraubtem estnischen Boden gegründete Petersburg; Moskau bedeutet für die russische Staatskirche und somit auch für die mit dieser Kirche untrennbar verknüpfte zarische Staatsmacht ungefähr das, was Rom für das Papsttum bedeutet. Was bliebe vom Papsttum übrig, wenn Rom von den Türken zerstört würde? Und was bleibt vom Zarentum übrig, wenn Moskau, die heilige Stadt der russischen Orthodoxie, zur heiligen Stadt der Revolution geworden ist? In Moskau Barrikaden bauen, Moskau im offenen Kampf gegen die zarische Armee verteidigen, das heisst dem einfältigsten Bauer in dem entlegensten Gouvernement mit Donnerstimme in die Ohren schreien: Es gibt kein Zarentum mehr! Von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr werden die Wirkungen dieses welthistorischen Ereignisses immer weitere Kreise ziehen und sichtbar zu Tage treten in der Gestalt von revolutionären Erhebungen solcher Bevölkerungsschichten, die bisher kaum der gläubigste Optimist solcher Erhebungen für fähig hielt. Die zu Moskau erschossenen, verbrannten, gehenkten, in Stücke gehauenen Revolutionäre — sie sind es, welche dem Zarentum den Todesstoss versetzt haben. Dass Petersburg nicht über einen missglückten Generalstreik hinauskam, während Moskau auf den Barrikaden kämpfte, das war wohl eine Niederlage, die aber nicht überschätzt werden darf; Petersburg ist eben Residenzstadt und als solche mindestens ebenso sehr Reaktions-, wie Revolutionszentrum. Dafür schlug an vielen gegen die Peripherie zu gelegenen Punkten die Revolution in hellen Flammen auf, so in Charkow, in Bachmut und Rostow am Don, in Slatust am Ural, in Taganrog und Noworossijsk am Schwarzen Meer, ganz zu schweigen von Transkaukasien, das tatsächlich nicht mehr zu Russland gehört, von Sibirien, von Lettland und Estland. Aus Finnland wird sich das Zarentum früher oder später ganz zurückziehen müssen, in Polen und Litauen fühlt es den Boden unter den Füssen wanken. Die Bauernrevolten in Ukraina, obwohl zunächst nur gegen die Gutsherren gerichtet — beiderseits des Dnieper sollen über 3000 Schlösser zerstört sein — bringen doch auch in ihrer Weise eine Liquidation des Feudalismus zuwege und untergraben damit eine der unentbehrlichsten Stützen der Zarenmacht. Und selbst aus dem rückständigsten aller Grenzgebiete des europäischen Russlands, selbst aus Bessarabien wird ein grosser Bauernaufstand gemeldet, der die Aufteilung der Rittergüter anstrebt. Mögen also in Stadt und Land auch noch Hunderttausende von Menschenopfern fallen: dass das alte Zarentum fortbestehen könnte, kann man kaum noch annehmen. Alle seine Grundlagen wanken: seine militärische Macht nach aussen ist dahin, sein finanzieller Bankerott ist wahrschein-

lich, die eroberten Grenzgebiete fallen ab, die Armee ist desorganisiert, das Prestige der Staatskirche erschüttert, der Grossgrundbesitz dem Untergang geweiht. Freilich, was wird aus dem Zusammenbruch des Zarentums hervorgehen: eine zielbewusste, disziplinierte, zur Neuorganisation von Staat und Gesellschaft befähigte Demokratie, oder aber ein Chaos von Revolution und Konterrevolution, die mit Mord und Brand gegen einander wüten bis zur beiderseitigen Erschöpfung? Für Russland und die ihm sprach- und glaubensverwandten, von der Staatskirche geistig unterjochten Gebiete: Sibirien, Ukraina, Weissruthenien, ist zur Zeit eine Antwort nicht abzusehen, um so mehr, als die mandschurische Armee zwar längst aufgehört hat, dem Zarentum Gehorsam zu leisten, aber statt zu einem Revolutionsheer zu werden, vielmehr von Tag zu Tag mehr zu einem zuchtlosen Landsknechts- und Raubgesindel zu verwildern scheint. Demnach steht leider zu befürchten, dass die opfermutigen Kämpfe der russischen Sozialisten weit mehr den Nachbarvölkern zu gute kommen werden, als ihnen selbst. Für die eigentlichen Grenzgebiete des Zarenreichs dagegen, die annektierten Länder mit eigener höherer Kultur, die jetzt schon selbständige sozialistische Revolutionszentren bilden, für Georgien und Russisch Armenien, für Finnland und Estland, für Lettland, Litauen und Polen stehen die Aussichten günstiger.

× ×

Kurze Chronik Der Ministerialverweser Durnowo wurde am 14. Januar zum russischen Minister des Innern ernannt. × Am 17. Januar fand in Hamburg eine Wahlrechtsdemonstration statt. × Die französische Nationalversammlung wählte mit 449 Stimmen Fallières zum Präsidenten der Republik. Doumer erhielt 371 Stimmen. × Die Wahlen zum englischen Unterhaus verschafften der liberalen Partei eine Mehrheit; gleichzeitig wurden zahlreiche Kandidaten der Arbeiter gewählt, die sich weder auf die liberale, noch auf die unionistische Partei stützen, sondern selbstständig bleiben. RICHARD CALWER

Sozialpolitik

Archive Das Archiv der sozialdemokratischen Partei Deutschlands spiegelt im wesentlichen die politische Bewegung des deutschen Proletariats wieder. Manche Seite der grossen Kulturbewegung des Proletariats muss das Archiv seiner ganzen Anlage nach unbeachtet lassen, oder es kann diese höchstens nur oberflächlich streifen. Die Geschichte der Kunstbestrebungen des Proletariats zum Beispiel kann das Archiv einer politischen Partei nur in den grossen, das politische Leben berührenden literarischen Erscheinungen zusammentragen.

Ein grosszügiges Archiv, das alle Seiten des Arbeiterlebens zu umspannen sucht, ist in Schweden gegründet worden. Dort wurde am 1. November 1903 das *Arbetarerörelsens Arkiv* im *Folket Hus* zu Stockholm eröffnet. Sein Zweck ist die Sammlung aller Drucksachen und geschriebenen Dokumente, die sich auf die Arbeiterbewegung Schwedens beziehen. Das Archiv enthält die politischen Zeitungen, Fachzeitungen, Kongressverhandlungen, Lohntarife, Arbeiterfestprogramme etc. Am 1. Juli wies das Archiv bereits 12006 katalogisierte Nummern, und unter diesen 5500 handschriftliche Dokumente auf. Das Archiv würde gern mit den Archiven anderer Arbeiterparteien zum Zweck eines regen Austausches der Dokumente der Arbeiterbewegung in Verbindung treten.

Die Begründung von Archiven der Arbeiterbewegung empfiehlt sich auch in den Gross- und Industriestädten Deutschlands. Es gibt wohl bisher nur wenige Sammelstellen in Deutschland, wo die Dokumente der politischen, ökonomischen und kulturellen Arbeiterbewegung planmässig zusammengetragen werden.

× ×

Sonntagsruhe Auf Ansuchen des Vorstandes der *Gesellschaft für soziale Reform* haben der *Deutsche Verband kaufmännischer Vereine* in Frankfurt a. M., der *Deutschnationale Handlungsgehilfenverband* in Hamburg, der *Kaufmännische Verein für weibliche Angestellte* in Berlin, der *Verband deutscher Handlungsgehilfen* in Leipzig, der *Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands* in Essen, der *Verein der deutschen Kaufleute* in Berlin, der *Verein für Handlungskommis* in Hamburg, der *Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands* in Hamburg Gutachten über die Sonntagsruhe im Handlungsgewerbe erstattet. Diese sind unter dem Titel *Acht Gutachten über die Sonntagsruhe im Handlungsgewerbe* /Jena, Gustav Fischer/ erschienen. Bedauerlich

ist es, dass sich der katholische Verband noch für ein einmaliges ununterbrochenes Offenhalten der Verkaufsstellen für Ladengeschäfte (Kleinhandel) bis zu 2½ Stunden erklärt, obwohl gerade — wie Max Josephson in seinem Gutachten mit Recht hervorhebt — die vielen kleinen Verkaufsstellen der Konsumvereine mit einem nach Hunderttausenden zählenden Arbeiterpublikum gezeigt haben, dass die kleinen Verkaufsläden gänzlich der Sonntagsarbeit entraten können. Der *Verein für Handlungskommis von 1858* in Hamburg scheint sich nicht sehr weit über die Zeit von 1858 hinausentwickelt zu haben, denn im Interesse der Nahrungsmittel- und Zigarrenbranche etc. befürwortet er im allgemeinen für offene Geschäfte die Einführung einer durchgehenden Arbeitszeit von 2 Stunden. Es dürfte höchstens noch, wie Max Josephson im Namen des *Zentralverbands der Handlungsgehilfen* auseinandersetzt, eine kurze Übergangszeit zur Einführung der völligen Sonntagsruhe zugelassen werden, damit sich die Konsumenten, wie die Ladeninhaber der Lebensmittelbranche an diese Sonntagsruhe allmählich gewöhnen.

× ×

Prostitution Ein instruktiver Beitrag zu dem so häufig behandelten und misshandelten Kapitel der Prostitution ist das Schriftchen des Professors Dr. Alfred Fournier *Die Syphilis eine soziale Gefahr* /Leipzig, Dietrich/. Professor Fournier ist ein begeisterter Anhänger der Reglementation der Prostitution. »Wollte man«, so schreibt er einmal, »syphilitische Dirnen auf der Strasse frei umherlaufen und anlocken lassen, so wäre das gleichbedeutend, wie wenn man einen tollen Hund frei umherlaufen liesse.« Die rechtschaffenen Männer, die vom Dirnenmarkte eine venerische Krankheit heimbringen, befinden sich natürlich in dem Zustande jener unschuldigen Wesen, die ohne jede Veranlassung von tollwütigen Hunden angefallen werden. Wenn man im Bilde des Professors Fournier bleibt, kann man kurz erklären: Zum Fange tollwütiger Dirnen bedürfe man der Hundefänger, und diese Hundefänger seien eben die Sittenpolizisten. Professor Fournier bringt — hauptsächlich aus seiner Privatpraxis — erschreckende Tatsachen über die Verheerungen der Spätsyphilis herbei. Von 5749 Spätsyphilisten zeigten 1451 Hauterkrankungen, 758 Gehirnsyphilis, 631 Rückenmarksschwindsucht, 519 Erkrankungen der Knochen. Die Syphilis wird vielfach in die Ehe eingeschleppt. Unter 100 venerischen Frauen fand Fournier 20, die von ihren Gatten angesteckt wurden. Die syphilitische Erkrankung des Vaters äussert sich in einer Kindersterblichkeit von 28%, die der Mutter in einer Sterblichkeit von 60%, die Erkrankung beider Eltern in einer Sterblichkeit von 68%. Bei ererbter Syphilis beobachtete Fournier bei 43 Schwangerschaften 11 Fehlgeburten, 3 Frühgeburten, 4 Todesfälle unmittelbar nach der Geburt. Bei angeborener, ererbter Syphilis kann man bei Schwangerschaften nach Fournier auf 50 % Fehl- und Frühgeburten rechnen; in 59 % der Fälle kamen die Kinder tot zur Welt oder starben gleich nach der Geburt.

Professor Fournier ist, wie wir schon ausführten, ein leidenschaftlicher Anwalt der Überwachung der Prostitution. Die Prostitution ist nach seiner Ansicht die eigentliche Nährquelle der Syphilis. Die Syphilis vernichtet die Familie, das Kind, die Rasse. Nach einer Statistik über 11000 Fälle von Syphilis aus seiner Stadtpraxis stellt Professor Fournier fest, dass die Ansteckung mit Syphilis bei dem Manne am häufigsten zwischen 20 und 26 Jahren und beim Weibe zwischen 18 und 21 Jahren erfolge. 8% der syphilitischen Männer und 20% der syphilitischen Frauen haben sich die Krankheit vor dem 20. Jahre geholt. Gewiss, aus diesen betrübenden Tatsachen muss der Sozialpolitiker den richtigen Schluss ziehen: die Gesellschaft muss Massnahmen gegen die Verbreitung der Syphilis treffen. Die Massnahmen dürfen aber nicht in einer Reglementation der Prostitution bestehen, sondern in einer umfassenden Organisation der Belehrung über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten, in einer Verbreitung der die venerischen Krankheiten verhindernden Mittel, in einer Begründung öffentlich-rechtlicher Einrichtungen zur unentgeltlichen Behandlung der Geschlechtskrankheiten und in einem Aufbau leistungsfähiger Fürsorgeerziehungsinstitute für die Jugend.

Mit wuchtigen Argumenten schlägt Professor von Düring das Reglementierungssystem in seinem Schriftchen *Die Kasernierung der Prostitution* (*Abolitionistische Flugschriften*, Nr. 6 /Dresden, Scheven/) zu Boden. Den Humbug, der in geradezu unverantwortlicher Weise mit den niedrigen Ziffern der Bordeller-

krankungen zur Verherrlichung des Reglementierungssystems getrieben wird, zerzaust der Verfasser gründlich. Der Düringsche Satz, dass der Umfang der überwachten Prostitution eine Steigerung der Nachfrage nach der Prostitution überhaupt im Gefolge hat, hält angesichts der massenhaften Prostitution in den Ländern ohne Reglementierungssystem (England) nicht stand. Die Entstehung der öffentlichen, gewerbsmässigen Prostitution, sei diese nun polizeilich beaufsichtigt oder nicht beaufsichtigt, wirkt aber jedenfalls immer fördernd auf die Entwickelung der geheimen und der Gelegenheitsprostitution ein. Von relativ hohem sozialpolitischem Werte sind unter Umständen die sozialpolitischen Massnahmen, die an Orten mit sporadischer Prostitution die Bildung eines festen Kerns von gewerbsmässigen öffentlichen Dirnen unmöglich machen; denn hat sich an einem Orte erst die Prostitution als Gewerbe aufgetan, so wird es bald dort von Zunftgenossinnen und Bönhasen dieser Profession wimmeln.

In das Herz des grossstädtischen, volksvergiftenden Prostitutionstreibens zielt Dr. Willy Hellpach mit seinen Vorschlägen zur Umbildung unseres Genusslebens. Sie streben eine Dezentralisation der Grossstadt, eine Beseitigung der Vorherrschaft der Kneipe, eine Vergeistigung und Versittlichung der Häuslichkeit an. Dr. Hellpach legte seine Vorschläge in einer öffentlichen Ansprache zur Zeit der Tagung des Kongresses der *Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* in München nieder. Diese Ansprache ist jetzt in den *Mitteilungen* dieser Gesellschaft erschienen.

Von einer Monographie Ostwalds *Das Berliner Dirnentum* ist der I. Band unter dem Titel *Berliner Bordelle* /Leipzig, Fiedler/ erschienen. Ein Urteil über den sozialpolitischen und kulturhistorischen Wert der geplanten umfangreichen Ostwaldschen Arbeit kann man sich aus diesem Bändchen noch nicht bilden.

× ×

Invalidenversicherung Der Verwaltungsbericht der Landesversicherungsanstalt Berlin für das Rechnungsjahr 1904 zeichnet sich, gerade wie der der Vorjahre, durch einen ausserordentlich reichen sozialpolitischen Inhalt aus. Sehr bedeutsam scheint uns die Konstatierung der Tatsache zu sein, dass heute schon mitunter die Invalidenversicherung die Funktion einer Witwenversorgung erfüllt. Im Verwaltungsbericht heisst es einmal: »Die alten Frauen, ihrer Ernährer beraubt, treten in die Versicherung ein und, wenn die Entwickelung so weiter fortgeht, hat Berlin noch mit einem grossen Anwachsen der weiblichen Rentner zu rechnen; *de facto* zeigt der bisherige Verlauf, dass sich aus dem Invalidenversicherungsgesetz mit seinen äusserst liberalen Bestimmungen für den Eintritt älterer oder alter Leute in den Kreis der Versicherungspflichtiger Ansätze für die Witwenversorgung herausbilden.« Diese eigenartige Entwickelung der Invalidenversicherung dürfte mit Hochdruck auf die Einführung der Witwenversicherung hinarbeiten. Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat von allen Versicherungsanstalten des Deutschen Reiches dem Heilverfahren die breiteste Ausdehnung gegeben. Und zu welchem herzerfreuenden Resultate führte dieses weitsichtige Vorgehen der Landesversicherungsanstalt Berlin? Bei der Ermittelung der Invaliditätsursachen zeigte es sich, dass bei den Männern die Anteile der Lungenschwindsüchtigen gegen die Vorjahre von 281 auf 246 respektive 241 respektive 216 im Berichtsjahre pro Tausend der Rentner gefallen sind. Sehr bezeichnend für die Flucht der Mädchen aus dem Dienstbotenstande ist die Tatsache, die aus der Statistik der Erstattung der Beiträge festgestellt wurde, dass ein gutes Drittel der Dienstmädchen den Beruf gewechselt und zum Handel oder zur Industrie übergegangen ist.

Um die für die Heilstättenbehandlung vorgesehenen Lungenkranken nicht ohne ärztliche Behandlung zu lassen, schuf die Landesversicherungsanstalt die Einrichtung der Auskunftsstellen für Lungenkranke. An der Spitze jeder Auskunftsstelle steht ein Arzt; ihm zur Seite stehen die erforderlichen ärztlichen Hilfskräfte. Ganze Klassen von Personen, denen bisher in Bezug auf die Übernahme des Heilverfahrens ein ablehnender Bescheid erteilt werden musste, können an die Auskunftsstellen zur vorläufigen Fürsorge überwiesen werden.

Einen hohen sozialhygienischen Wert hat auch die ganz eigenartige Schöpfung der Landesversicherungsanstalt Berlin: die Heilstätte für Geschlechtskranke in Lichtenberg. Von 466 in Lichtenberg aufgenommenen venerischen Patienten wurden 364 geheilt, 75 gebessert und nur 6 ungeheilt. Die geschlechtliche Ansteckung stammte bei 351 von Prostituierten, bei 73 von Ar-

beiterinnen, bei 4 von der Frau, bei 38 von Unbekannten. Diese Zahlen weisen wieder sehr nachdrücklich auf den Zusammenhang zwischen der öffentlichen und geheimen Prostitution (73 Arbeiterinnen) und der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten hin.
Wir können uns leider wegen Raummangels nicht länger mit dem Bericht der Landesversicherungsanstalt Berlin beschäftigen. Wir verweisen die Sozialhygieniker nur noch zum Schlusse auf die Statistik der Anstalt über die Hauptinvaliditätsursachen im Vergleich mit den sie begleitenden anderen Ursachen.

× ×

Kurze Chronik Am 16. Januar fand in Berlin ein Hilfskassenkongress statt, welcher zu dem neuen Entwurf eines Gesetzes über die Hilfskassen Stellung nahm. Alle freien Hilfskassen sollen nach dieser Vorlage dem Aufsichtsamt für Privatversicherung unterstellt werden. Der Kongress, auf dem 291 Kassen mit zirka 850 000 Mitgliedern vertreten waren, erklärte, diese Absicht ziele auf eine Beseitigung der Hilfskassen hin. Er sprach sich daher principaliter gegen das Gesetz aus, schlug aber eventualiter eine Reihe von Abänderungen vor.

× ×

Literatur Die Schrift Franz Hoermanns *Wald und Waldverwüstung* /Leipzig, Dietrich/ tritt mit Nachdruck für das Prinzip des Gemeineigentums des Waldes ein. Sie erinnert an den Beschluss der *Internationalen Arbeiterassoziation* von 1868, der zur Hebung des allgemeinen Gesundheitszustandes und im Interesse der Bewässerung und der Etragsfähigkeit des Erdreichs das Gemeineigentum der Wälder forderte. Der Wald reinigt die atmosphärische Luft und regelt zum grossen Teil die atmosphärischen Niederschläge, die Wasserläufe und Feuchtigkeit der Erde. Die Schrift Hoermanns fasst in lebensvoller Darstellung die Geschichte der Waldverwüstung zusammen. × Dr. Heinrich Pudor stellt in seiner Schrift *Fideikommisschutz in Deutschland versus Landarbeiterheimschutz in Dänemark* /ebenda/ die Agrarpolitik Dänemarks scharf der Deutschlands gegenüber. Nicht glücklich ist er in seiner Polemik gegen die Ansicht Professor Webers von der Verwerflichkeit des Grundeigentums bei Landarbeitern in Gegenden mit starkem Grossbesitz und wenig Bauern. Pudor geht auf die agrarpolitischen Debatten der sozialdemokratischen Parteitage ein und begrüsst das Erscheinen des Davidschen Buches *Sozialismus und Landwirtschaft* als eine verheissungsvolle Wendung in der sozialdemokratischen Auffassung des Agrarproblems. × Die *Weiteren Beiträge zu Kinderarbeit und Kinderschutz* von Henriette Fürth /ebenda/ führen die graue, freudlose Existenz der erwerbstätigen Kinder in packenden Zahlen und ergreifenden Bildern den Lesern vor Augen. Die Tendenz der Fürthschen Broschüre spricht sich in der mit starker Leidenschaft vertretenen Forderung *Fort mit der Erwerbsarbeit aus dem Kindesalter!* aus.
Die uns soeben zugesandte *Petition der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz* enthält ein reiches Material aus dem Gebiet der Unfallstatistik der Berufsgenossenschaften etc. zur Begründung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes, betreffend den Schutz der Arbeiter des Baugewerbes. Wir haben bereits früher die Bedeutung der Bauarbeiterschutzbestrebungen gewertet. PAUL KAMPFFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Volksschulgesetz für Preussen In der vorigen Nummer der *Sozialistischen Monatshefte* (pag. 3 ff.) hat Dr. Arons die preussische Volksschulvorlage nach allgemeinen Gesichtspunkten gewertet. Er hat dabei auch die totale Umgestaltung berührt, die das Verhältnis der Gemeinde und ihrer verwaltenden Behörden zu den von ihnen verwalteten Volksschulen erleidet. Selbstverständlich war es ihm dabei nicht möglich, diesen Gegenstand erschöpfend zu behandeln. Wir werden daher an dieser Stelle noch einiges nachzuholen haben. In der Ausschaltung der Selbstverwaltung tritt die neue Vorlage würdig an die Seite des sogenannten *Kreisarztgesetzes* vom Jahre 1899. Die Tendenz ist in beiden Gesetzen die gleiche. Es soll das Gebiet, auf dem sich die Selbstverwaltung als solche, das heisst als ein nicht in die Hierarchie der Bureaukratie eingereihtes, ihr untergeordnetes und ihrer Befehlsgewalt unterworfenes Organ betätigt, systematisch eingeengt werden. So schuf das Kreisarztgesetz für die Aufgaben der öffentlichen Gesundheitspflege, die man geradezu als das spezifische Tätigkeitsgebiet der lokalen Verwaltungskörper bezeichnen kann, die Gesundheitskommission. Diese Körperschaft wird in städtischen Gemeinden nach den Städte-

ordnungen, in Landgemeinden nach der Anordnung des Landrates gebildet. In allen aber hat der Kreisarzt Sitz, wenn auch nicht Stimme. Die ursprüngliche Absicht der Regierung war, diesen staatlichen Beamten zum Vorsitzenden der Kommission zu machen. In dem bereits abgeschwächten Entwurfe, der dem Landtage vorgelegt wurde, hatte der Kreisarzt Sitz und Stimme. Durch eine Reihe weiterer Bestimmungen wird die Stellung des Kreisarztes in den Gesundheitskommissionen bedeutend verstärkt. Er kann diese jederzeit einberufen, Abschrift des Protokolls der Sitzungen muss ihm überreicht werden u. s. w. In dieser Gesundheitskommission wurde also ein Organ geschaffen, das ausserhalb der Selbstverwaltung steht. Sie ist keine städtische Deputation und hat sich doch mit städtischen Angelegenheiten, soweit sie das Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege berühren, zu beschäftigen. In der gleichen Weise, nur noch viel weitgehender, wird von der neuen Volksschulvorlage die Selbstverwaltung auf dem Gebiete des Volksschulwesens ausgeschaltet. Ihre Stellung wird die gleiche, die sie auf dem Gebiete des Polizeiwesens besitzt. Die Verwaltung der Ortspolizei gilt als ein staatliches Hoheitsrecht. Sie ist den Bürgermeistern und Magistraten übertragen, die sie im Auftrage des Staates und in Unterordnung unter die staatlichen Behörden zu führen haben. Die Teilnahme der Gemeindekollegien ist auf die Feststellung des Polizeietats beschränkt. Durchgeführt ist die staatliche Verwaltung der Ortspolizei in der Mehrzahl der grösseren Städte, wo die staatlichen Polizeipräsidien sie besorgen. Ebenso soll nach der neuen Volksschulvorlage das Volksschulwesen geregelt werden. Dieses ist danach eine staatliche Angelegenheit, deren Verwaltung in Zukunft nicht, wie bisher, den Gemeinden, übertragen bleiben, sondern in direktem Gegensatze zu Artikel 25 der Verfassungsurkunde von 1850 einem ausserhalb der Gemeindeverwaltung stehenden Organe, der Schuldeputation, zustehen soll. Der neue Gesetzentwurf will also die Verwaltung des Volksschulwesens verstaatlichen. Die Tätigkeit der verfassungsmässigen Gemeindeorgane wird auf die Feststellung des Schulhaushalts, die Bewilligung der für die Schule erforderlichen Mittel, sowie die vermögensrechtliche Vertretung nach aussen beschränkt. Das ist genau der Umfang, in dem sie auch auf dem Gebiet der Polizeiverwaltung zuständig sind. Nur dass hier wenigstens eins der Gemeindeorgane, der Magistrat, zu dem Erlass von Polizeiverordnungen seine Zustimmung geben muss, soweit sie nicht in das Gebiet der Sicherheitspolizei gehören, und insbesondere die polizeilichen Gemeindebeamten anstellt. Für die Verwaltung der übrigen Angelegenheiten der Volksschule, soweit diese den Gemeinden überwiesen sind, also die Errichtung und Unterhaltung der Schulen, die Vermögensverwaltung, ist die Schuldeputation zuständig, die ausserdem noch die den Gemeinden und deren Organen vorbehaltene Teilnahme an der Schulaufsicht ausübt. Um an einem Streitfalle, der vor einiger Zeit die Öffentlichkeit bewegte, die Neuregelung der Zuständigkeiten klar zu machen, so würden nach der neuen Volksschulvorlage nicht mehr, wie bisher, die städtischen Kollegien darüber zu entscheiden haben, wem sie die Benutzung der Volksschulräume ausserhalb der Schulstunden gestatten wollen, sondern ausschliesslich die Schuldeputation. Die Verfügung über kommunales Eigentum würde den städtischen Behörden entzogen, und damit ein Eingriff in ihre Rechtssphäre gemacht werden, wie man ihn Privaten gegenüber niemals wagen würde. Die Schuldeputation ist nach dem neuen Gesetze Organ der Schulaufsichtsbehörde, soweit es sich um die Ausübung der Schulaufsicht handelt. Sie wird also zu einer Unterbehörde und verliert dadurch die Selbständigkeit, die sie als Organ der Selbstverwaltung hatte. Zugleich wird dadurch das alte Recht der Gemeinden auf Ausübung der Schulaufsicht, das noch im Schulaufsichtsgesetz von 1872 geschont wurde, vollständig vernichtet. Insofern aber die Schuldeputation Organ der Regierung auf dem Gebiete der Schulaufsicht ist, wird ihr jede Selbständigkeit genommen. Denn unter den Begriff *Schulaufsicht* lässt sich schliesslich die gesamte Verwaltung des Volksschulwesens bringen. Der Unterschied zwischen inneren und äusseren Schulsachen, der von der Regierung gemacht wurde, um zunächst die inneren Schulangelegenheiten dem unbeschränkten Verordnungsrechte der staatlichen Bureaukratie zu unterwerfen, wird in Zukunft überflüssig. Äussere und innere Schulangelegenheiten unterstehen in gleicher Weise der Befehlsgewalt der staatlichen Schulaufsichtsbehörde. Damit wäre das Ziel der staatlichen Bureaukratie legalisiert, nach dem sie ein Jahr-

hundert lang *praeter legem* und sehr häufig *contra legem* mit einer Unzahl ungesetzlicher Verfügungen und Verordnungen gestrebt hat.

Auch in der Zusammensetzung der Schuldeputation zeigt sich der staatliche und nicht kommunale Charakter dieser Behörde. Ihre Mitglieder werden nur zum Teil von den Gemeindebehörden gewählt, und zwar die Mitglieder, die dem Gemeindevorstande anzugehören haben, von dem Bürgermeister, und die gleiche Zahl von Mitgliedern von der Stadtverordnetenversammlung. Die sachverständigen Mitglieder der Deputation werden von den der Schuldeputation angehörigen Mitgliedern des Gemeindevorstandes und der Stadtverordneten gewählt. Die Gemeindebehörden sind also des Rechtes, die Kommission zu bilden, beraubt, und wir haben das eigenartige Verhältnis, dass ein Teil der Kommission, nicht die gesamte Kommission, einen andern Teil kooptiert. Das staatliche Element ist vertreten durch den zuständigen Kreisschulinspektor, also den staatlichen Schulbeamten. Er hat Sitz und Stimme in der Kommission. Wo mehrere Inspektoren vorhanden sind, treten höchstens drei ein. Wo kein Kreisschulinpsektor vorhanden ist, ernennt die Schulaufsichtsbehörde einen Vertreter. Dazu kommt dann ferner je der älteste Ortspfarrer der evangelischen und katholischen Kirche, der Rabbiner nur, wenn er am Orte wohnt.

Der Entwurf entscheidet einen weiteren Streitpunkt zwischen Selbstverwaltung und Staatsbureaukratie, selbstverständlich wiederum zu gunsten der letzteren. Das von der Regierung wieder und wieder in Anspruch genommene, eben so oft aber auch von den Gemeindebehörden bestrittene Bestätigungsrecht gegenüber den Mitgliedern der Schuldeputation wird ihr vom Entwurf erteilt. Dabei wird eine weitere Neuerung eingeführt, in der die grenzenlose Machtsucht der Staatsbureaukratie recht drastisch zum Ausdrucke kommt. Die Bestätigung der Schuldeputationsmitglieder ist nämlich widerruflich (!). Die Regierungsbehörde kann also Mitglieder, die ihr irgendwie unbequem und lästig werden, jederzeit aus der Deputation entfernen. Man kann sich keinen für sie bequemeren Zustand denken. Während jeder Beamte nur mittels eines Disziplinarverfahrens von seiner Stellung entfernt werden kann, während sonst die Bestätigung zum Beispiel der Bürgermeister und besoldeten Magistratsmitglieder stets für deren Amtszeit gilt, wird für die Mitglieder der Schuldeputation das neue Institut der stets widerruflichen Bestätigung eingeführt. Dass eine Angabe von Gründen seitens der Regierung bei der Ausübung dieses Rechtes ausgeschlossen ist, versteht sich für die preussisch-deutsche Gesetzgebung von selbst. Selbständige Charaktere, die noch irgend etwas auf ihre eigene Würde und die Würde des komunalen Ehrenamtes halten, werden sich sicher nicht in die neuen Schuldeputationen wählen lassen, aus denen sie jederzeit nach der Laune der Schulaufsichtsbehörde wieder hinausgejagt werden können. Solche Elemente los zu werden, war wohl auch ein Ziel des Entwurfes.

So sieht die Schuldeputation in den Städten aus. In den Landgemeinden hört jeder Schein eines Zusammenhanges der zwischen die Gemeindebehörden und die einzelnen Schulen eingeschobenen Schulvorstände mit der Selbstverwaltung auf. Diese bestehen aus dem Ortsschulinspektor als Vorsitzenden, dem Gemeindevorsteher, einem von der Schulaufsichtsbehörde bestimmten Lehrer der Schule und dem Pfarrer, ferner aus einer gewissen Zahl von Einwohnern der Konfession, der die Lehrkräfte der Schule angehören. Ihre Zahl wird durch Beschluss der Gemeindeorgane bestimmt, gewählt werden sie von der Gemeindevertretung. Selbstverständlich ist auch hier die widerrufliche Bestätigung vorgeschrieben. Da der Ortsschulinspektor in der Regel ein Geistlicher ist, so bilden diese Schulvorstände eine edle Verbindung von Staat und Kirche, geschaffen, um der Einwohnerschaft und der Lehrerschaft jeden Einfluss auf die Volksschule zu nehmen.

Die Anstellung der Lehrer erfolgt hinfort durch die Schulaufsichtsbehörde. Das Vorschlagsrecht, das in Schulverbänden mit mehr als 25 Schulstellen den Schuldeputationen, sowie den Schulvorständen, gegeben wird, ist rein fiktiv, da die Regierung die Vorschläge nur zweimal abzulehnen braucht, um vollständig freie Hand zu bekommen. In kleineren Schulverbänden werden die genannten Organe überhaupt nur gehört, und für die Anstellung von Rektoren, Hauptlehrern mit Leitungsbefugnissen gilt das gleiche für alle Schulverbände. Bei der Besetzung von Stellen durch Versetzung im Interesse des Dienstes gibt es weder Vorschlag noch Anhörung. Die Motive bemerken zu diesen Bestimmungen, dass bisher in

einem Teile der Monarchie die Kommunalbehörden allerdings ein Präsentationsrecht gehabt hätten, während in einem anderen Teile eine gesetzliche Pflicht zur Beteiligung oder Anhörung der Gemeinden oder Ortsschulbehörden überhaupt nicht bestanden hätte. Daher (!) wäre allgemein das staatliche Anstellungsrecht durchzuführen. Selbstverständlich — wie hätte den Verfassern des Entwurfes auch der Gedanke kommen können, dass man umgekehrt eine Verallgemeinerung des Präsentationsrechtes oder sogar ein unbeschränktes Anstellungsrecht der Gemeinden fordern könnte?

Wir haben an einigen wichtigeren Punkten die Verstaatlichungstendenz des Entwurfes aufgezeigt. Sie tritt nicht minder hervor in den Bestimmungen über die Bildung, Änderung und Auflösung der Schulverbände, über die Zuwendung der Schulkinder des einen Schulverbandes als Gäste in die Schule eines anderen, über die Festsetzung des Schulgeldes für nicht einheimische Kinder, über die Verteilung der Schulunterhaltungslasten in Gesamtschulverbänden, über die Veräusserung des Vermögens der Schulverbände u. s. w., u. s. w.. Je tiefer man sich in den Entwurf versenkt, desto klarer tritt die absolute Entrechtung der Gemeinden hervor. Man muss sich nur wundern, dass die Regierung überhaupt noch einen solchen Gesetzentwurf ausgearbeitet und nicht die gesamten Bestimmungen durch den einen Paragraphen *Das Volksschulwesen wird verstaatlicht; die Ausführung ist Sache der Verwaltungsbehörden* ersetzt hat.

× ×

Wahlrecht In unserer vorigen Rundschau (pag. 82) sind die beiden vom *Verein für Sozialpolitik* veröffentlichten Schriften über Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte in Württemberg und Sachsen kurz angezeigt. Da zurzeit die Gestaltung der Gemeindewahlrechte auf der Tagesordnung steht, so greifen wir die darauf bezüglichen Abschnitte in den beiden Schriften heraus, um sie etwas eingehender zu besprechen.

In beiden Ländern besteht die Bürgergemeinde. In Württemberg hat jeder Anspruch auf die Verleihung des Bürgerrechtes, der seit mindestens drei Jahren in der Gemeinde selbständig auf eigene Rechnung gelebt und irgend eine Steuer ausser der Wohnsteuer bezahlt hat. Für die Aufnahme in den Bürgerverband ist eine Bürgerrechtsgebühr zu bezahlen, die im Maximum 10 M. beträgt, in den meisten Städten aber auf das Minimum von 5 M. herabgesetzt ist. Es liegt auf der Hand, dass durch diese Aufenthaltsdauer ein grosser Teil der fluktuierenden Elemente von der Erwerbung des Bürgerrechtes ausgeschlossen wird. Wenn man die Zahl der Reichstagswähler mit der der Gemeindewähler vergleicht, so ergibt sich, dass in den Städten zwischen 10- und 20000 Einwohnern ungefähr zwischen 40 und 61 %, in den Städten zwischen 20- und 50000 Einwohnern zwischen 37,9 und 55 % der Reichstagswähler Gemeindewähler sind. In Stuttgart kommen auf 1000 Reichstagswähler 418, in 7 von den 14 Städten mit mehr als 10000 Einwohnern weniger als 500 Gemeindewähler. Das aktive und passive Gemeindewahlrecht besitzen nun alle diejenigen männlichen Bürger, die im Gemeindebezirk wohnen, das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben und dort Steuern aus Vermögen oder Einkommen oder zum mindesten die Wohnsteuer entrichten. In Sachsen ist die Erwerbung des Bürgerrechtes noch leichter. Hier ist ausser der sächsischen Staatsangehörigkeit und der Vollendung des 25. Lebensjahres die Entrichtung einer Staatssteuer von mindestens 3 M. und ein zweijähriger Aufenthalt, sowie die zweijährige Zahlung der Staatssteuer und Gemeindeabgaben am Orte des bisherigen Aufenthaltes vorgeschrieben. Alle männlichen Bürger sind bei den Wahlen der Stadtverordneten stimmberechtigt. Eine Bürgerrechtsgebühr kommt nicht zur Erhebung. Bei einem Vergleich dieser gesetzlichen Bestimmungen der beiden Länder müssen die sächsischen wohl als etwas liberaler bezeichnet werden. Der Pferdefuss kommt erst in anderen Bestimmungen der sächsischen Gemeindeverfassung zum Vorschein. In Württemberg wählen die stimmberechtigten Bürger in allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen erstens den Ortsvorsteher, zweitens den Gemeinderat und drittens den Bürgerausschuss. Alle drei Organe der Gemeindeverwaltung werden also von der Bürgerschaft gewählt. In Sachsen dagegen wird der Bürgermeister vom Rat und den Stadtverordneten gemeinsam gewählt. Die Wahl der Ratsmitglieder erfolgt durch die Stadtverordneten. Nur die Stadtverordneten werden von der Bürgerschaft gewählt. Zeigt sich schon in der indirekten Wahl der Exekutive (Bürgermeister und Rat) der antidemokratische Geist der sächsischen

Städteverfassung, so tritt dieser noch schärfer in der Beschränkung der Wahlrechte der Bürgerschaft durch die ortsstatutarische Regelung der Städte selber hervor. Die sächsischen Städteordnungen geben dem Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden bei der Zusammensetzung der städtischen Vertretung sehr weiten Spielraum. Sie verlangen nur, dass von den Stadtverordneten mindestens die Hälfte mit Wohnhäusern im Gemeindebezirk ansässig sein muss, und dass sich unter den Stadtverordneten auch unansässige Bürger befinden müssen. Alles andere ist der ortsstatutarischen Regelung überlassen. Die Gemeinden können bestimmen, dass der Gemeindebezirk in mehrere Wahlbezirke eingeteilt wird, auch die Zahl der zu Wählenden unter diese Bezirke verteilt wird. Vor allem aber können sie festsetzen, dass die Wahl nach gewissen Klassen der Bürgerschaft vorgenommen wird. Was zunächst das Privileg der Hausbesitzer angeht, ein Privileg, das dem württembergischen Gemeinderecht vollständig fremd ist, so verlangen 61 von den Städten mit revidierter Städteordnung, dass ein festbestimmter Bruchteil der Stadtverordneten mit Wohnhäusern ansässig, der Rest unansässig sein muss. In 48 Städten sind den Hausbesitzern $2/3$, in 5 Städten $3/5$, in 3 Städten $5/9$, in 2 Städten $3/4$ und in je einer Stadt $1/2$, $5/9$ und $11/18$ der Sitze reserviert. In 8 Städten müssen mindestens $2/3$, in einer Stadt mindestens $11/21$, in anderen mindestens $4/6$ respektive $7/12$, $21/42$, $1/2$ der Stadtverordneten Hausbesitzer sein, während auf die nichtansässigen mindestens $2/6$ respektive $8/21$, $1/6$, $4/12$, $9/42$, $1/4$ entfallen müssen. Unter allen Umständen ist also den Hausbesitzern die Majorität gesichert. Ein so starkes Vorwiegen des Hausbesitzes findet sich in den württembergischen Städten selbstverständlich nicht, obwohl der Hausbesitz auch in ihnen recht stark vertreten ist. In Stuttgart zum Beispiel ist die Hälfte der Mitglieder beider Kollegien Hausbesitzer. Von der Möglichkeit, die Wähler in Klassen einzuteilen, haben unter den Städten mit revidierter Städteordnung 8 Gebrauch gemacht, wozu noch Dresden, Leipzig und Chemnitz hinzukommen. In den 8 Städten sind die Wähler in drei Klassen eingeteilt. Die Einteilungen sind ausserordentlich verschieden. In 3 von ihnen wählt jede der drei Klassen für sich $1/3$ der ansässigen und $1/3$ der unansässigen Stadtverordneten, in anderen ist die Einteilung für die Wahl der ansässigen von der für die Wahl der unansässigen Stadtverordneten verschieden. Es würde zu weit führen, auf alle diese verschiedenen Zahlengruppierungen hier einzugehen. In den kleinen Städten sind 5 zu einer Einteilung der Wähler in Klassen gekommen. Ein Berufsklassenwahlrecht ist in Dresden und Chemnitz durchgeführt, während Leipzig das Dreiklassenwahlrecht nach dem Einkommen eingeführt hat. Die Einführung der Klassenwahlrechte ist ausschliesslich auf das Bestreben zurückzuführen, die Sozialdemokratie überhaupt von der Vertretung in den Kollegien fernzuhalten oder auf eine geringe Zahl von Sitzen zu beschränken. Es ist interessant, die Motivierung zu lesen, mit der der Stadtrat Ludwig-Wolf die Einführung des Dreiklassenwahlrechtes in Leipzig zu verteidigen sucht. Nachdem er behauptet, dass es notwendig geworden wäre, zu verhüten, dass die Erledigung der städtischen Angelegenheiten in absehbarer Zeit in die Hände einer einzigen Partei kommen könne, geht er der Reihe nach die verschiedenen Modalitäten durch. Das Berufsklassenwahlrecht lehnt er ab, weil eine gerechte Abgrenzung unmöglich sei, und die grosse Flüssigkeit der ihr zu Grunde liegenden Verhältnisse die mit Mühe zu stande gebrachte Abgrenzung nach wenigen Jahren als ungerecht und unbillig erscheinen lassen müsse. Das Pluralwahlsystem war ausgeschlossen, weil die meisten der für eine Zuteilung der Stimmen massgebenden Momente auch auf seiten der Partei wirken würde, deren Übergewicht durch die Masse man vermeiden wolle. Das Proportionalsystem passe nicht in den engen Rahmen der Gemeinde, weil hier die Vielgestaltigkeit der lokalen und materiellen Interessen mangele, welche das Übergewicht einer Partei zu paralysieren im stande sei. So blieb denn nur die Klasseneinteilung auf Grund der Steuerleistung über. Und Herr Stadtrat Ludwig-Wolf bringt es fertig, das Klassenwahlsystem auf Grundlage der Steuerleistung als das gerechteste zu proklamieren! »Es verhütet zum ersten«, schreibt er, »die vollständige Vernichtung und Unterjochung aller, und auch der berechtigsten Interessen durch die brutale Macht der blossen Majoritätsziffer, zum andern ist es das System, welches von allen am meisten der Forderung der Gerechtigkeit entspricht.« Nur das hat der Herr Stadtrat an dem Leipziger Klassenwahlsystem auszustellen, dass das Be-

amtentum keinen seiner geistigen Bedeutung und seiner Zahl entsprechenden Einfluss auf die Gestaltung der städtischen Dinge besässe. Um so mehr rühmt er aber, dass die ganze Konstellation der Verhältnisse dazu geführt habe, dass keine der im Kollegium vertretenen Parteien ein solches Übergewicht besitzt, dass sie im stande wäre, die städtischen Angelegenheiten lediglich in ihrem Sinne gestalten zu können. Wir begreifen das Wohlgefallen des Herrn Stadtrates an dieser Gestaltung der Dinge, denn daraus ergibt sich die fast unbeschränkte Herrschaft der städtischen Bureaukratie mit Bürgermeister und Rat an der Spitze. Ob das aber gerade ein Vorteil für die städtische Verwaltung ist, ist unseres Erachtens mindestens zweifelhaft. Wir können uns nicht zu der für das deutsche Beamtentum charakteristischen Auffassung aufschwingen, dass das System der Parteiwirtschaft für Staat und Gemeinde etwas Verwerfliches sei. Wir sind vielmehr der Ansicht, dass gerade durch das Eindringen parteipolitischer Gesichtspunkte in die kommunale Verwaltung diese einen grösseren Zug erhält und auch das Interesse der Bürger in höherem Masse erweckt, als wenn die kleinlichen Bezirks- und Vereinsinteressen vorherrschen. Wir schliessen hier noch kurz das Urteil des Stadtrates Dr. Hübschmann in Chemnitz über die Wirksamkeit des Berufsklassenwahlrechtes an. Man höre: Dieses Wahlsystem macht die verschiedensten Schichten der Bevölkerung nach Massgabe ihres Interesses am Gemeinwesen und ihrer Bedeutung für dieses wahlberechtigt und eröffnet den einsichtigsten und tüchtigsten Männern die Aussicht, gewählt zu werden. »Weit entfernt, plutokratisch zu sein, trägt es insbesondere auch den Anforderungen Rechnung, welche die Arbeiterschaft nach ihren geldlichen Leistungen für die Gemeinde hinsichtlich ihrer Beteiligung an der Stadtverwaltung billigerweise stellen kann und gewährleistet den dem Arbeiterstande angehörigen Bürgern eine angemessene Vertretung.« Man atmet eine ganz andere Luft, wenn man aus der sächsischen Reaktion nach Württemberg kommt. Dem Verfasser der einschlägigen Schrift ist das oben geschilderte Recht, betreffend den Bürgerrechtserwerb, nicht fortschrittlich genug. Er will eine weitergehende Berücksichtigung des Grundsatzes der Einwohnergemeinde. Die direkte Wahl der Gemeindekollegien und des Bürgermeisters hält er entschieden aufrecht. Das bisherige System der Listenwahl, durch das häufig die stärksten Parteien von jeder Vertetung ausgeschlossen sind, verurteilt er gerade deshalb, weil es die stärkste Partei, die Sozialdemokratie, ausschliesst. In seinem Urteil über die Wirkungen des württembergischen Wahlrechtes rühmt er an ihm, dass es durchaus nicht zu einseitiger Klassenherrschaft geführt habe, und hebt mit besonderem Nachdrucke hervor, dass die Übelstände, die man von ihm in anderen Ländern prophezeit habe, in Württemberg durchaus nicht eingetreten seien. Die Weiterentwickelung dieses Wahlrechtes sieht er nicht in einem Ausschluss der arbeitenden Klassen, sondern in der Einführung des Proportionalwahlsystems, das ja auch in dem neuen Gemeindeordnungsentwurf aufgenommen ist. Er will daher auch die Sozialdemokraten durchaus nicht von den Rathäusern verdrängt wissen. Im Gegenteil erteilt er ihnen das Zeugnis, »dass sie der Gemeindevertretung sehr gut anstehen, ein Element des Fortschrittes darstellen, das häufig äusserst wohltätig wirkt, und dass sie praktisch mitarbeiten an den Gemeindeangelegenheiten«. Das ist allerdings ein anderes Urteil, als es die sächsischen Mitarbeiter an der Enquete gefällt haben!

Einen geradezu schlagenden Nachweis für die geringe politische Reife der bürgerlichen Klassen in Norddeutschland gegenüber dem Süden liefern die Aktionen, die zwecks Kontingentierung der sozialdemokratischen Vertretung in den Gemeindekörperschaften in Lübeck und Hamburg teils bereits durchgeführt, teils noch in der Ausführung begriffen sind. Die Hamburger Kommission, die mit der Bearbeitung der Wahlrechtsvorlage des Senats beauftragt war, hat vor kurzem ihren Bericht veröffentlicht. Sie schlägt vor, nach Lübecker Muster die Wähler, die die 80 Mitglieder der Bürgerschaft zu wählen haben, in zwei Kategorieen einzuteilen, solche bis zu 2500 M. Einkommen, und solche darüber. Letztere soll die doppelte Zahl von Vertretern wie die erstere wählen. Ausserdem sollen bei diesen Wahlen Proportionalwahlen eingeführt werden. Für jede Gruppe werden gesonderte Listen aufgestellt. Dadurch soll verhütet werden, dass die Sozialdemokratie in der Gruppe der Wähler mit weniger als 2500 M. alle Sitze erhält. Um diesen plutokratischen Charakter des Wahlrechtes zu verstecken, findet eine gemeinsame Abstimmung

beider Gruppen statt. Die Wähler werden durch besondere Gruppenmarken voneinander unterschieden. Der ganze Vorgang ist so kompliziert und unübersichtlich, wie möglich, und in der Praxis wahrscheinlich unausführbar.

× ×

Kurze Chronik Die Stadt Dresden hat beschlossen, zwecks Verminderung der Fleischteuerung städtische Verkaufsvermittler auf dem Schlacht- und Viehhofe anzustellen und den Zwischenhandel auf dem Viehhofe zu verbieten. × Die Mainzer Stadtverordnetenversammlung hat den sozialdemokratischen Antrag auf unentgeltliche Abgabe von Lehrmitteln an die Schüler der Volksschule abgelehnt, dagegen einen anderen Antrag angenommen, wonach die Lehrmittel den Schülern der Volksschule auf Verlangen ohne Prüfung der Frage der Bedürftigkeit verabreicht werden sollen. × Die Crefelder Stadtverordneten beschlossen die Einführung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung für die städtischen Arbeiter. × Der Gemeinderat der Stadt Mülhausen i. E. hat den Ankauf des Elektrizitätswerkes beschlossen.

HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Organisation Die Neuorganisation von Gross-Berlin ist mit dem 1. Januar in Kraft getreten. Es ist ein Zentralverband geschaffen worden, der die Wahlvereine der 6 Berliner Reichstagswahlkreise und die der beiden umliegenden Kreise Niederbarnim und Teltow-Beeskow umfasst. Die gesamten Organisationen wählen aus ihren Reihen den Zentralvorstand und die gemeinsamen Komitees. Die Abhaltung einer gemeinsamen Generalversammlung sämtlicher Mitglieder ist vollkommen unmöglich; es treten deshalb von Zeit zu Zeit nur die von den Kreisen, nach der Stärke der Mitgliederzahl berechnet, gewählten Delegierten zu Generalversammlungen zusammen. Aufgabe der Zentralorganisation ist die gemeinsame Aktion, besonders bei Wahlen. Bei Begründung des Statutenentwurfs wurde hervorgehoben, dass der neue Verband besonders eine erfolgreiche Beteiligung an den Wahlen zum preussischen Landtag vorbereiten werde. Die Zahl der Mitglieder des Zentralverbandes betrug bei seinem Zusammentritt bereits 42 200.

× ×

Gemeindewahlen Die Stuttgarter Gemeinderatswahlen haben diesmal mit einem vollen Erfolg der Sozialdemokratie geendet. Bekanntlich hatten Sozialdemokratie und Volkspartei für diese Wahlen ein Bündnis abgeschlossen, wie dies seit einer Reihe von Jahren bei den Kommunalwahlen immer der Fall war. Nur bei der Bürgerausschusswahl im vorigen Jahre war ein dahinzielender Vorschlag der Volkspartei von unseren Genossen abgelehnt worden. Das hatte zur Folge, dass die Volkspartei ins Lager der Rechtsparteien abschwenkte, und die Sozialdemokratie eine Niederlage erlitt. Bei den diesmaligen Wahlen gingen nun Sozialdemokratie und Volkspartei wiederum zusammen gegen das Kartell der Rechten, bestehend aus den Nationalliberalen, Konservativen, Zentrum und Bürgervereinen. Nach dem amtlichen Wahlresultat wurden für die Sozialdemokratie abgegeben 6698 unabgeänderte und 289 abgeänderte Listen, für die Volkspartei 1623 respektive 448, während die Gegner es nur auf 6607 respektive 1091 brachten. Die unabgeänderten sozialdemokratischen Stimmen stiegen von 4363 im Jahre 1903 auf 5031 im Jahre 1904 und auf 6698 im Jahre 1905. Der Stuttgarter Gemeinderat besteht nunmehr zusammen aus 9 Sozialdemokraten, 14 Volksparteilern, 1 Nationalsozialen, 3 Nationalliberalen und 1 Konservativen, während in dem nur 31 Mann starken Bürgerausschuss nur 2 Sozialdemokraten sitzen. In München ist bei den Ersatzwahlen von 10 bürgerlichen Magistratsräten im Gemeindekollegium das Zentrum völlig durchgefallen. Gewählt wurden 7 liberale und 3 sozialdemokratische Magistratsräte. Mit den 9 Sozialdemokraten, die bereits in diesem Kollegium sitzen, ist das Dutzend nunmehr voll.

× ×

Parteitage und Konferenzen Die am 10. Dezember abgehaltene Generalversammlung des Zentralwahlvereins für Teltow-Beeskow-Charlottenburg gibt ein erfreuliches Bild von dem Wirken der Parteigenossen in diesem Wahlkreise. Zum Zentralverein gehören gegenwärtig 36 Vereine mit 11 839 Mitgliedern; die Zunahme im Laufe des Jahres betrug 1727. Der Kassenbericht verzeichnet eine Einnahme von 58 900,12 M., eine Ausgabe von 37 922,58 M., darunter 10 035,43 M. an die Parteikasse und über 14 000 M.

für Agitationszwecke. Ausser der ständigen Agitation wurden zwei allgemeine Agitationstouren über den ganzen Kreis unternommen. Insgesamt fanden im Kreise 352 Vereins- und 86 Volksversammlungen statt. Das ist das Wirken der Sozialdemokraten in nur einem der 397 Reichstagswahlkreise, die es im Deutschen Reiche gibt. Ist die Arbeit der Genossen naturgemäss auch nicht in allen eine so umfassende, ja, zugegeben, dass der Kreis Teltow zu den bevorzugtesten gehört, so kann man sich nach diesem doch eine Vorstellung machen von der ungeheuren Arbeit, die jahraus jahrein mit einem wahren Bienenfleiss von Tausenden von Genossen für ihre Partei, und zwar freiwillig und unentgeltlich, geleistet wird. Die elsass-lothringischen Parteigenossen hielten Ende Dezember eine Landeskonferenz in Colmar ab, deren Hauptzweck war, eine das ganze Land umfassende Organisation zu schaffen. Es wurden 3 Vereine gebildet, die ihren Sitz in Strassburg, Mülhausen und Metz haben. Diese Bezirksvereine zerfallen in Filialen, die sich auf einen Reichstagswahlkreis erstrecken, und in Mitgliedschaften für die einzelnen Orte des Wahlkreises. Die Form der Landesorganisation ist eine lose. Die Bezirksvereine sind durch einen Vorstand, der sich aus einem geschäftsführenden Ausschuss am alljährlich zu bestimmenden Vororte und aus je 2 Beisitzern der beiden anderen Vereine zusammensetzt, mit einander verbunden. Auf diese Weise soll eine gemeinsame Aktion aller drei Vereine ermöglicht werden. Auf der Landeskonferenz wurde beschlossen, in eine kräftige Agitation für das allgemeine Wahlrecht zum Landesausschuss einzutreten.

× ×

England Die sozialistischen und gewerkschaftlichen Arbeiterkandidaten haben bei den letzten Munizipalwahlen Erfolge davon getragen, wie niemals zuvor. Im Jahre 1904 betrug die Zahl dieser Kandidaten 255, die der eroberten Mandate 95, davon 65 neu gewonnen bei nur 6 Verlusten. Im Jahre 1905 wurden bisher 350 Kandidaten und 138 Mandate gezählt, von denen 84 neu gewonnen sind; ihnen steht ein Verlust von nur 10 Sitzen gegenüber. Auf die einzelnen Gruppen der Arbeiterpartei verteilt der *Labour Leader* die Erfolge folgendermassen: Gewerkschaftskandidaten 160, 65 Siege, 42 Gewinne, 2 Verluste, *I. L. P.* 150 Kandidaten, 59 Siege, 36 Gewinne und 6 Verluste, *S. D. F.* 40 Kandidaten, 14 Siege, 6 Gewinne und 2 Verluste. Doch ist diese Aufstellung nicht genau, da alle diese Parteien überall in erfreulichster Einmütigkeit vorgingen und in sehr vielen Städten gemeinsam in den Kampf zogen.

× ×

Spanien Auch die Kommunalwahlen in Spanien am 12. November brachten der sozialistischen Partei schöne Siege. Die Statistik, welche die Regierung der Tagespresse übermittelt, gibt die Zahl der gewählten sozialistischen Vertreter auf 21 an, in der Tat aber sind es, wie der *Socialista* mitteilt, 48. Das genannte Blatt fügt hinzu: »Diejenigen, welche die Dinge nur oberflächlich betrachten oder ausserhalb der Wirklichkeit leben, mögen diese Zahl für unbedeutend halten; die aber, welche die Unwissenheit, die elende wirtschaftliche Lage der Arbeiter und die schlechten politischen Gewohnheiten dieses Landes kennen, werden ermessen können, was es heisst, dass 48 Vertreter aus dem Proletariat erwählt worden sind. Schon der Eintritt von 3 Sozialisten in die erste städtische Körperschaft Spaniens bedeutet einen ausgesprochenen Triumpf. Die letzten Wahlen beweisen untrüglich, dass der Einfluss der sozialistischen Partei Spaniens in hohem Grade zugenommen hat. Daher haben wir allen Grund, mit dem bei den letzten Wahlen Erreichten zufrieden zu sein und die Überzeugung auszusprechen, dass wir jetzt mit schnelleren Schritten der politischen und wirtschaftlichen Emanzipation des spanischen Proletariats entgegengehen.«

Bei den allgemeinen Wahlen brachte es die Partei diesmal freilich nur auf etwa 15000 Stimmen, während sie 1903 bereits auf 26000 gekommen war. Der *Socialista* findet eine der Ursachen dieses Rückgangs darin, dass namentlich die Landarbeiter vielfach durch Grundbesitzer an der Teilnahme an den Wahlen gehindert werden. Vor allem aber sei die grosse Arbeitslosigkeit schuld, die in den letzten Jahren geherrscht hat. Grosse Massen von Arbeitern seien ausgewandert, und andere geben sich der Verzweiflung hin, sie haben nicht mehr die Kraft, sich zu einer politischen Tat aufzuraffen. Es sei indes Aussicht vorhanden, die Schlappen bei den nächsten Wahlen wieder auszuwetzen.

× ×

Presse Die *Königsberger Volkszeitung* hat in den letzten Monaten einen erheblichen Aufschwung zu verzeichnen, so dass sie fortan täglich mindestens 1½ Bogen stark erscheinen wird; ausserdem soll in Zukunft die *Neue Welt* ihr beigelegt werden. Die Zahl der Abonnenten des Nürnberger Parteiblattes ist in den ersten Monaten des Jahres 1905 um einige 100 über 2000 gestiegen. Unter sozialdemokratischer Flagge glänzt seit einiger Zeit im Hamburger Hafen eine Barkasse, die den Namen *Hamburger Echo* trägt. Dieses Fahrzeug ist Eigentum des Hamburger Parteigeschäftes und soll dazu dienen, den Tausenden von seemännischen und Hafenarbeitern, die selten an Land kommen, das *Echo* und andere Parteiliteratur zuzuführen.
Unter dem Titel *Der lettische Arbeiter* wird jetzt von der lettischen Partei eine Monatsschrift in deutscher Sprache herausgegeben, die die deutschsprechenden Genossen über die lettische revolutionäre Bewegung in Russland aufklären und fortlaufend unterrichten soll; die Nummer kostet nur 10 Pf., die regelmässige Zusendung erfolgt durch die Expedition: Albert Berner, Scheibenweg 38, Bern (Schweiz). Die tschechischen Genossen in Brünn haben den bisher dreimal wöchentlich erscheinenden *Rovnost* in ein Tageblatt umgewandelt. Das Hauptorgan der dänischen Sozialdemokratie, der Kopenhagener *Social-Demokraten* hat kürzlich durch eine sehr energische Hausagitation und Agitation in den Gewerkschaften seine Auflage von 42000 auf 47000 Exemplare gesteigert. Bedenkt man, dass Kopenhagen mit Frederiksberg nur ungefähr 500000 Einwohner zählt, so erkennt man leicht, dass die Abonnentenzahl des Parteiorgans verhältnismässig eine ausserordentlich hohe ist. Eine ähnliche Agitation, wie in Kopenhagen, haben auch die Genossen in Stockholm für das Hauptorgan der schwedischen Sozialdemokratie eingeleitet. Stockholms *Social-Demokraten* erscheint jetzt in einer Auflage von 21000 Exemplaren. Vor kurzem konnte er das Fest seines 20jährigen Bestehens feiern.

✕ ✕

Totenliste Dr. Michel Hitch, der erste sozialdemokratische Abgeordnete Serbiens, den seine Parteigenossen im Jahre 1903 unter schweren Mühen durchgebracht hatten, ist am 22. Oktober in Kragujewatsch gestorben. Seit dem Jahre 1881 betätigte sich Hitch öffentlich im Sinne der internationalen Sozialdemokratie, er war Mitarbeiter der sozialistischen Zeitung *Radnik*. Von 1881 bis 1901 wurde ihm infolge seiner Tätigkeit der Aufenthalt in Serbien verboten. Er wandte sich nach Russland, wo er als Fabrikarzt tätig war. Als 1901 das Aufenthaltsverbot abgelaufen war, kehrte er nach Serbien zurück und wurde, wie schon erwähnt, im Jahre 1903 zum Abgeordneten gewählt. Hitch hätte leicht Karriere machen können; er zog es vor, seinen Idealen zu leben, für die Armen und Elenden zu kämpfen, und so ist auch er selbst als armer Teufel gestorben.

✕ ✕

Kurze Chronik In den französischen Senat ist nunmehr auch die Sozialdemokratie eingedrungen, sie hat jetzt dort 2 Sitze inne. ✕ Die italienische Partei hat beschlossen, in eine Agitation zur Erringung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts einzutreten. ✕ In New York hat sich ein deutsch-amerikanischer Sozialistenbund gebildet zum Zweck der Agitation unter den Deutschen in der Union.

✕ ✕

Literatur Der *Vorwärts*konflikt hat den Charlottenburger sozialdemokratischen Stadtverordneten Dr. G. Zepler veranlasst, in einer Broschüre *Radikalismus und Taktik* /München, Birk & Co./ ein *Mahnwort an die Genossen* zu richten, die inneren Differenzen, den Gegensatz zwischen *revisionistischen* und *radikalen* Ansichten, nicht mehr in persönlich vergifteter Weise, sondern in sachlichem und parteigenössischem Meinungsaustausch auszutragen. Man muss mit dieser Grundtendenz der Schrift sympathisieren, wenn man auch keineswegs allen Ansichten des Verfassers und seinen Urteilen im einzelnen zustimmen kann.
Die *Dokumente des Sozialismus* haben mit dem Dezemberheft 1905 aufgehört, zu erscheinen. Es ist sehr bedauerlich, dass dieses sozialistische Archiv, das sowohl durch die abgedruckten Urkunden des Sozialismus, wie namentlich durch die ausführliche Bibliographie denjenigen wertvolle Dienste geleistet hat, die selber auf diesen Gebieten arbeiteten, in der Partei keine Stätte gefunden hat. Das Eingehen der Zeitschrift, von der insgesamt 5 Bände erschienen sind, hinterlässt eine Lücke. HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Rückblicke Die deutschen Gewerkschaften können auf das vergangene Jahr mit grosser Befriedigung zurückblicken. Es hat ihnen noch weit mehr Erfolge gebracht, als das Jahr 1904, trotz der vielen Aussperrungen und der steigenden Macht der Unternehmerorganisationen. Es ist den Gewerkschaften im Jahr 1905 gelungen, mittels einer grossen Streik- und Lohnbewegung die Arbeitsverhältnisse von Hunderttausenden von Arbeitern um ein Bedeutendes zu verbessern, dann aber haben die gewerkschaftlichen Organisationen neben einer weitgehenden innerlichen Kräftigung einen erheblichen Mitgliederzuwachs erfahren. Genaue Zahlen darüber liegen noch nicht vor, doch kann man schon aus den Jahresrückblicken einer Reihe von Gewerkschaften den enormen Aufschwung der Gewerkschaften im Jahre 1905 ersehen.

Beispielsweise konnte die *Metallarbeiterzeitung* ihre Auflage von 207 500 auf 265 300, also um 57 800 Exemplare erhöhen, der *Grundstein* von 140 000 auf 175 000, also um 35 000. Der Bergarbeiterverband hat, wie sein Organ mitteilt, Zehntausende neuer Mitglieder gewonnen; hat doch die *Bergarbeiterzeitung* ihre Auflage von 90 000 auf 115 000 Exemplare erhöht. Der *Kurier*, das Organ des Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverbandes, steigerte seine Auflage von 40 000 auf 60 000, das *Schuhmacherfachblatt* erreichte eine Auflage von 30 000, was einer Mitgliedervermehrung des Schuhmacherverbandes um mehr denn 6000 entspricht. Die Auflage der *Fachzeitung für Schneider* stieg von 24 200 auf 30 700 Exemplare, die Mitgliederzahl des Schneiderverbandes um mindestens 5000 bis 6000. Der Steinarbeiterverband hat weit über 5000 Mitglieder gewonnen, die Mitgliederzahl des Stukkateurverbandes stieg von 5600 auf 8200, die des Glaserverbandes von 4221 auf rund 5000, die des Gärtnerverbandes von 3100 auf 4500. Das Organ des Maschinisten- und Heizerverbandes erhöhte seine Auflage von 11 250 auf 15 000. Der *Hafenarbeiter* erklärt, kein Jahr habe dem Hafenarbeiterverband so viel neues Blut zugeführt, wie das Jahr 1905, und die *Sattlerzeitung* sagt, »dass seit Bestehen des Verbandes kein Jahr so reich an organisatorischer Arbeit war, wie das Jahr 1905, dass auch kein Jahr solchen Erfolg in der Ausbreitung unseres Verbandes verzeichnen kann, wie dieses«, und »nie sind so viele Kämpfe mit Erfolg durchgeführt worden, wie 1905«.

In den übrigen Gewerkschaften sind nahezu gleich günstige Fortschritte zu verzeichnen. Ein in hohem Masse erfreuliches Bild gewerkschaftlichen Fortschritts!

× ×

Streikstatistik Die *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* hat seit Jahren die amtliche Streikstatistik an Hand der von ihr selbst herausgegebenen Streikstatistik einer eingehenden Kontrolle unterzogen. Dabei konnte regelmässig festgestellt werden, dass die amtliche Streikstatistik jeder Zuverlässigkeit entbehrt; auch die Statistik für das Jahr 1904 macht hierin keine Ausnahme, wie die *Generalkommission* im *Korrespondenzblatt* feststellt. Während die amtliche Streikstatistik für das Jahr 1904 1870 beendete Streiks mit 113 480 Beteiligten und 120 beendete Aussperrungen mit 23 760 Beteiligten, zusammen 1990 beendete Kämpfe zählt, an denen 137 240 Personen beteiligt waren, weist die gewerkschaftliche Statistik 1513 Streiks mit 104 555 Beteiligten und 112 Aussperrungen mit 31 402 Beteiligten, zusammen 1625 Kämpfe mit 135 957 Beteiligten auf. In der amtlichen Statistik werden 743 Streiks und Aussperrungen mit 34 459 Beteiligten aufgeführt, die in der gewerkschaftlichen Statistik fehlen, während die letztere 481 Kämpfe mit 9505 Beteiligten aufweist, die in der amtlichen Statistik fehlen. Das Fehlen einer so grossen Zahl von Streiks in der gewerkschaftlichen Statistik ist ohne weiteres begreiflich, bedenkt man, dass in dieser nur die Streiks, welche von den Zentralverbänden geführt werden, Aufnahme finden. Anders die amtliche Statistik, die über alle Streiks berichten will, und zu deren Durchführung ein grosser behördlicher Apparat in Szene geht. Die Mängel dieser Statistik — und in den Jahren 1901 bis 1904 waren 1498 Streiks mit 29 756 Beteiligten nachzuweisen, welche in der amtlichen Streikstatistik keine Aufnahme gefunden hatten — erklären sich nur aus der Art der amtlichen Erhebungen, die ungeeignet ist, um ein brauchbares Resultat zu zeitigen. Es sei dafür nur an den eigentlichen Zweck der amtlichen Statistik erinnert: sie sollte der Reichsregierung Material zur gesetzgeberischen Bekämpfung der Gewerkschaften liefern. Aus diesem Grunde wurden ja auch in erster Linie die Polizeibehörden mit den notwendigen Er-

hebungen und statistischen Aufnahmen betraut. Deshalb erstreckten sich die Erhebungen auch auf Gegenstände, welche mit der Aufgabe, eine Erkenntnisquelle für die Beurteilung wirtschaftlicher Fragen zu sein, nichts gemein haben. Beispielsweise werden immer wieder statistische Aufnahmen über die Fragen des Kontraktbruches, der Übertretung von strafgesetzlichen Bestimmungen, der Beteiligung von Minderjährigen an Streiks gemacht, die nur zur Bekämpfung der Gewerkschaften dienen sollen und es diesen deshalb gänzlich unmöglich machen, das reichsstatistische Amt bei der Aufnahme der Statistik zu unterstützen.

Beiläufig sei aus der amtlichen Statistik festgestellt, dass im Jahre 1901 bis 1904 nur 538 Personen wegen *Streikvergehens* angeklagt worden sind, das sind 4,4 ‰ der Beteiligten, davon wurden aber nur 318 verurteilt, 219, also 1,8 ‰ wurden freigesprochen. Dieses Ergebnis der kriminalistischen Aufnahme dürfte sich für eine neue Zuchthausvorlage kaum fruktifizieren lassen.

× ×

Tabakarbeiterverband Am 25. Dezember waren 40 Jahre seit Gründung des *Allgemeinen deutschen Zigarrenarbeitervereins*, der ältesten deutschen Gewerkschaft, des Vorläufers des Tabakarbeiterverbandes, verflossen. Es dürfte, wie der *Tabakarbeiter* mit Recht sagt, kaum eine Gewerkschaft geben, in der sich der 40jährige Kampf der deutschen Arbeiterbewegung im allgemeinen so widerspiegelt, wie in der Zigarrenarbeiterorganisation. Ihre Entwickelung wurde durch die Kämpfe zwischen den Lassalleanern und Eisenachern, durch behördliche Verfolgungen und durch die zahlreichen Tabaksteuer- und -monopolpläne der Reichsregierung stark beeinflusst. Auch jetzt wieder hat der Tabakarbeiterverband, der sich in den letzten Jahren recht günstig entwickelt hat und zurzeit gegen 25 000 Mitglieder zählt, einen schweren Kampf zu führen: Eine neue Tabaksteuervorlage droht die Existenz der gesamten deutschen Tabakarbeiterschaft zu gefährden. Möge der Tabakarbeiterschaft in ihrer Agitation gegen diese Steuervorlage Erfolg beschieden sein!

× ×

Kongresse und Verbandstage In der letzten Dezemberwoche hielt der D a c h d e c k e r verband seinen 8. Verbandstag in Braunschweig ab. Nach den dort gefassten Beschlüssen sollen die Beiträge, die bisher nur während der guten Geschäftszeit, vom 1. März bis zum 15. Dezember, zu zahlen waren, künftig das ganze Jahr hindurch erhoben werden. Die arbeitslosen und kranken Mitglieder sind von der Beitragspflicht befreit. Jedes neuaufgenommene Mitglied zahlt 1 M. Eintrittsgeld, Mitglieder, welche sich zum zweiten Male aufnehmen lassen, müssen 6 M. Eintrittsgeld entrichten. Das Fachblatt, das bisher halbmonatlich erschien, soll künftig 14-tägig erscheinen. Es wurde ein weiterer Vorstandsbeamter angestellt, und zur Anstellung eines Gaubeamten für Rheinland-Westfalen wurde ein Zuschuss bewilligt. Der S c h i r m m a c h e r verband, der am 1. Januar 1905 mit 150 Mitgliedern ins Leben trat und jetzt 400 Mitglieder zählt, hielt zu Weihnachten seinen 1. Verbandstag in Frankfurt a. M. ab. Beschlossen wurde, die Organisation künftig auch auf Arbeiterinnen auszudehnen. Der Beitrag wurde für männliche Mitglieder von 25 auf 35 Pf. erhöht, für weibliche auf 10 Pf. pro Woche festgesetzt. Das Beitrittsgeld beträgt 50 respektive 25 Pf. Der Verband gewährt seinen Mitgliedern unentgeltlichen Rechtsschutz, Reiseunterstützung nach 12monatlicher Mitgliedschaft, von 50 Pf. pro Tag bis zur Höhe von 18 M., Streik und Aussperrung nach Massgabe der Kassenverhältnisse, sowie unentgeltliche Zustellung des Fachorgans. Der Sitz des Verbandes ist Düsseldorf. Es soll eine Tarifgemeinschaft für ganz Deutschland angestrebt werden. In der letzten Dezemberwoche fanden ferner Konferenzen der im Holzarbeiterverband organisierten B ü r s t e n m a c h e r und K l a v i e r a r b e i t e r in Nürnberg respektive Zeitz statt, die sich ausschliesslich mit Berufsfragen beschäftigten.

× ×

Unternehmertum Im Lager der Scharfmacher scheint zurzeit grosse Konfusion zu herrschen, wenigstens lässt ein Bericht der *Arbeitgeberzeitung* darauf schliessen. Danach hat der Vorstand des *Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller* eingehend in der V e r h a n d l u n g s f r a g e beraten, und da hat sich ergeben, »dass über diese Frage sowohl im ganzen Gesamtverband, wie auch in den einzelnen Bezirksverbänden, starke Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind«. Eine Richtung will grundsätzlich nur Verhandlungen zwischen dem einzelnen

Unternehmer und dem einzelnen Arbeiter zulassen, während die andere grundsätzlich Verhandlung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation bevorzugt. Dazwischen steht eine Reihe von Meinungen, die teils der einen, teils der anderen äussersten Richtung nahestehen. »Der *Gesamtverband* muss unter diesen Umständen alle aufgetretenen Meinungen als gleichberechtigt ansehen und es den Bezirksverbänden überlassen, in welcher Form sie verhandeln wollen.«

Zu gleicher Zeit teilt die weiland Stummsche *Post* mit, dass die Streikversicherung der Unternehmerverbände, von der seinerzeit viel die Rede war, vorläufig nicht zu stande kommen werde. Die Interessenten seien meist nicht in der Lage oder willens gewesen, von vornherein grössere Garantiemittel für die geplanten Unternehmen bereit zu stellen. An deren Aufbringung glaubt das Aufsichtsamt aber um so mehr festhalten zu müssen, als hier Versicherungen in Frage kommen, bei denen es eben an geeigneten technischen Unterlagen und an sonstigen hinreichenden Erfahrungen fehle. Bei dieser Sachlage sei von den Beteiligten durchweg der Plan aufgegeben worden, Versicherungsunternehmungen zu gründen: man wolle vorläufig lediglich Unterstützungseinrichtungen ohne Rechtsanspruch für die Organisationsmitglieder schaffen und bei gelegenerer Zeit, »nachdem genügende Garantiemittel und grössere Erfahrungen gesammelt seien, auf die Streikversicherung zurückkommen«. Das sieht wenig zukunftsfreudig aus.

× ×

Österreich Der ausserordentliche Gewerkschaftskongress, der vom 8. bis 10. Dezember in Wien tagte, um zu den Separationsbestrebungen der Prager *Gewerkschaftskommission* Stellung zu nehmen, hat mit überwältigender Majorität die Organisation nationaler Gewerkschaften abgelehnt. Es waren 298 Delegierte erschienen, welche 244 886 Mitglieder zu vertreten hatten. Die Abstimmung erfolgte nach der Zahl der vertretenen Mitglieder. Für das Programm der tschechischen Genossen auf nationale Trennung wurden 2364, dagegen 197 202 Stimmen abgegeben; der Abstimmung hatten sich die Vertreter von 30 886 Stimmen enthalten. Damit ist die Einheitlichkeit der österreichischen Gewerkschaftsbewegung gerettet.

× ×

Schweden Die schwedischen Gewerkschaften haben kürzlich einen gewaltigen Kampf erfolgreich beendet. Am 10. Juni 1905 wurden seitens der organisierten Eisen- und Metallindustriellen etwa 17 000 Arbeiter auf die Strasse geworfen, weil in einigen wenigen Betrieben die Metallarbeiter wegen Durchführung ihrer Minimallohnforderungen in den Ausstand getreten waren. Die organisierten Unternehmer beabsichtigten mit der Aussperrung nichts anderes, als die Vernichtung der schwedischen Gewerkschaftsbewegung. Doch haben die Arbeiter dem vernichtenden Schlag tapfer standgehalten. 5 Monate lang waren 30 % der organisierten Arbeiter Schwedens ausgesperrt: eine gewaltige Leistung, diese grosse Zahl ausgesperrter Arbeiter solange über Wasser zu halten. Und doch trugen die Arbeiter den Sieg davon. Am 9. November kapitulierten die Unternehmer vor den Gewerkschaften. Sie mussten sich zur Anerkennung eines Minimallohnes verstehen, der sofort zur Einführung gelangt. So haben nun die Gewerkschaften neben der Anerkennung ihrer Organisation eine Forderung durchgesetzt, um die sie seit Jahren kämpfen, und das in einem fünfmonatlichen Kampfe, der zu ihrer Vernichtung eingeleitet war. Die Kosten der Aussperrung belaufen sich auf 2 240 000 M.

× ×

Belgien Regelmässig alle Jahre zu Weihnachten halten die belgischen Gewerkschaften ihren Kongress ab, so auch letztes Jahr. Der Kongress sollte diesmal eine Beitragerhöhung von 5 auf 10 respektive 15 c. pro Mitglied und Jahr an die Gewerkschaftskommission beschliessen, um die Kassenverhältnisse dieser gewerkschaftlichen Zentralkörperschaft zu heben und ihr die Anstellung eines Sekretärs zu ermöglichen; doch kam es darüber nicht zur Beschlussfassung, da einzelne Organisationen zunächst ihre Entscheidungen treffen sollen. Die Vorstände der Gewerkschaften wurden zum Abonnement auf das Korrespondenzblatt der Gewerkschaftskommission verpflichtet. Auch sollen künftig regelmässige statistische Erhebungen über den Stand der Gewerkschaften vorgenommen werden. Der Kongress forderte durch Resolutionen Ausdehnung der gewerblichen Schiedsgerichte auf alle in Industrie, Handel und Gewerbe beschäftigten Männer und Frauen, ferner nahm er Stellung zur Re-

vision des § 310 des belgischen Strafgesetzbuches, welcher dem § 153 der deutschen Gewerbeordnung entspricht, und forderte obligatorische Schulpflicht für alle Kinder vom 6. bis zum 14. Jahre.

× ×

Kurze Chronik Ein allgemeiner Schutzkongress für alle in der Schiffahrt und beim Schiffbau beschäftigten Arbeiter findet am 19. bis zum 20. März in Berlin statt. × Bruno Poersch hat seine Stellung im Vorstand des Gemeindearbeiterverbandes niedergelegt und die Redaktion der neugegründeten Hirsch-Dunckerschen *Westdeutschen Abendpost* in Düsseldorf übernommen. × Der Metallarbeiterverband beabsichtigt, alljährlich einer Anzahl von Verbandsmitgliedern Gelegenheit zu geben, die vom Reichsamt des Innern arrangierte *Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt* in Charlottenburg auf Kosten des Verbandes zu besuchen. × In Trier wurde ein Gewerkschaftshaus eröffnet. ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Connewitz Der *Fall Connewitz* hat nun auch sein gerichtliches Nachspiel und damit seine definitive Erledigung gefunden. Vom 29. November bis 9. Dezember fanden vor dem Leipziger Schwurgericht die Verhandlungen gegen den unglücklichen Leiter der zusammengebrochenen Genossenschaft, Bock, statt, der, ein wahrer Sündenbock, seit Jahresfrist alle Verwünschungen der sich geschädigt fühlenden Mitglieder und alle Schmähungen der meist genossenschaftsfeindlichen Öffentlichkeit über sich hat ergehen lassen müssen. Die Verhandlungen haben bewiesen, was Einsichtigen längst klar, dass Bock mehr ein Opfer als ein Schuldiger war. Zum Teil wohl aus Ehrgeiz, vor allem aber aus Furcht, den dividendenerpichten Mitgliedern reinen Wein einzuschenken, hat er sich verleiten lassen, die infolge der schlechten Ergebnisse der Fleischerei ziemlich ungünstigen Verhältnisse der Genossenschaft durch willkürliche Buchungen in einem glänzenderen Lichte darzustellen und eine Rückvergütung zu verteilen, die gar nicht als Gewinn vorhanden war, sondern erst zusammengepumpt werden musste. Einen persönlichen Vorteil hat Bock, der sein eigenes Vermögen allmählich in das Unternehmen gesteckt hat, von alledem nicht gehabt. Er musste daher von der Anklage des betrügerischen Bankrottes freigesprochen werden und wurde nur wegen Bilanzverschleierung in drei Fällen und Untreue in einem Fall unter Zubilligung mildernder Umstände zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis und zu 1200 M. Geldstrafe oder weiteren 120 Tagen Gefängnis verurteilt. 9 Monate der Untersuchungshaft gelten als verbüsst. Auf Verlust der Ehrenrechte wurde nicht erkannt.

Nicht auf der Anklagebank sass und doch gerichtet wurde die Dividendenjägerei der Mitglieder. Wenn man hört, dass eine frühere Herabsetzung der Dividende um nur 1 % schon einen Entrüstungssturm hervorgerufen hatte, so begreift man die Scheu des Vereinsleiters vor einer offenen Darlegung der Verhältnisse, die unbedingt eine mehrprozentige Herabsetzung und als Folge davon wahrscheinlich eine allgemeine Mitgliederflucht und den Zusammenbruch des Vereins nach sich hätte ziehen müssen. Es bedarf noch einer intensiven Aufklärungsarbeit, bis gerade in den vielen älteren, scheinbar am gefestigtsten dastehenden Konsumvereinen jener moderne Geist einzieht, der allein das Fundament einer vor allen Zufällen gesicherten, unbeirrt ihren grossen Zielen zustrebenden Genossenschaftsbewegung sein kann.

× ×

Politische Betätigung Zu einem Eingreifen in die politischen Kämpfe haben sich jüngst die Stuttgarter Genossenschafter veranlasst gesehen. Es handelte sich um die Gemeinderatswahlen, bei denen der *Württembergische Bund für Handel und Gewerbe* 8 Kandidaten (2 selbstaufgestellte und 6 von ihm unterstützte der reaktionären Parteien) durchzudrücken hoffte, von denen er eine Vertretung seiner konsumvereinsfeindlichen, speziell auf die Einführung einer Umsatzsteuer gerichteten Bestrebungen erwartete.

Natürlich fanden die 27 000 Genossenschafter von Gross-Stuttgart (Mitglieder der 3 Vereine Stuttgart, Cannstatt und Wangen), die ohnehin unter einer über Gebühr hohen Steuerbelastung seufzen, dass sie keine Ursache hätten, angesichts dieser Gefahr ruhig still zu halten. Sie bildeten ein neutrales Wahlkomitee, das allen Kandidaten, den vom *Bund* unterstützten und den ihnen gegenüberstehenden sozialdemokratischen und volksparteilichen, Fragen hinsichtlich ihrer Stellung zu den Genossenschaften

vorlegte. Nur zwei von der *Bundes*seite, aber sämtliche linksstehenden Kandidaten gaben befriedigende Antworten. Sie wurden daher vom Komitee zur Wahl vorgeschlagen. Resultat: Alle genossenschaftsfeindlichen *Bundes*kandidaten unterlagen; unter den 8 Gewählten befinden sich 4 Konsumvereinsmitglieder, darunter ein Aufsichtsratsmitglied des Stuttgarter Vereins.

Schade, dass das Wahlrecht in den sächsischen Gemeinden es nicht ebenso gestattet, die Besteuerer der Ersparnisse des kleinen Mannes aus den Stadtverwaltungen zu jagen!

× ×

Landwirtschaftliche Eigenproduktion

Der erste deutsche Konsumverein, der sich auf dieses schwierige Gebiet begibt, ist der etwas über 2000 Mitglieder zählende Verein T u t t l i n g e n in Württemberg. Eine in Aussicht stehende Milchpreissteigerung, die der Genossenschaft jährlich 11000 M. Mehrkosten verursacht hätte, veranlasste die Verwaltung, den Mitgliedern einen Antrag auf Erwerb eines landwirtschaftlichen Anwesens zum Preise von 135000 M. vorzulegen, das aus einer Müllerei nebst Bäckerei, grossen Stallungen und sonstigen landwirtschaftlichen Gebäuden, 70 Morgen Äcker, Wiesen und Wald und einem lebenden Inventar von 38 Stück Rindvieh, 5 Pferden, 4 Schweinen u. s. w. besteht. Die im Dezember abgehaltene Generalversammlung gab diesem Antrag einstimmig ihre Genehmigung.

Es ist dem mutigen Verein zu wünschen, dass er nicht die Erfahrungen der englischen Konsumvereine mache, deren landwirtschaftliche Betriebe bekanntlich auf keinen grünen Zweig kommen wollen und meist erhebliche Zuschüsse erfordern.

× ×

Mailand: *Unione Cooperativa*

Die berühmte Mailänder *Unione Cooperativa*, eine der grössten Konsumgenossenschaften Italiens, bewerkstelligte zu Anfang September ihren Einzug in ihr neues Heim, einen mit einer Summe von 2½ Mill. l. erworbenen prächtigen alten Adelspalast in der Mitte der Stadt, den sie für ihre Zwecke hatte umbauen lassen. Sie betreibt hier ein eigenes Restaurant und den Verkauf von Lebensmitteln, Kleidungsstücken, Haushaltungsgegenständen und allen sonstigen zum Leben notwendigen Gebrauchsgütern. Gelegentlich dieses bedeutsamen Ereignisses hat die Genossenschaft eine Festschrift herausgegeben, die ihr Werden und den Stand ihrer jetzigen Entwickelung darstellt. Im Jahre 1887 von 369 Mitgliedern gegründet, zählte die *Unione Cooperativa* Ende 1904 9488 Mitglieder, darunter 3411 Frauen, und hatte in diesem Jahre einen Umsatz von 7388420 l. Sie besitzt neben ihren Mailänder Einrichtungen in Berlin in der Taubenstrasse eine Filiale, ein Restaurant mit italienischen Weinen und Speisen, das zwar mit Defizit arbeitet, aber aus nationalen Gründen aufrechterhalten wird. Ausserdem ist sie Schöpferin der grossen *Albergo Populare* in Mailand, deren Einrichtungen wir schon in einer früheren Rundschau (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1902, I. Bd., pag. 320) beschrieben. Die ganze Tätigkeit und Propaganda der *Unione Cooperativa* ist stets von einer grosszügigen Auffassung der Genossenschaftsidee getragen gewesen. Originell ist der Gedanke, künstlerische Medaillen in Gold und Silber prägen zu lassen, die Genossen, die dem Verein 5, 25 oder 100 neue Mitglieder zugeführt haben, verehrt werden.

Möge der tatenfrohen Genossenschaft auch in ihrem neuen Heime ein guter Stern leuchten!

× ×

Kurze Chronik

Wie wir bereits mitteilten, war vom Kreisausschuss in Calbe die Genehmigung zum Bau der S e i f e n f a b r i k der *G. E. G.* erteilt worden. Gegen diesen Beschluss hatte der Magistrat und die Polizeiverwaltung von Aken beim Handelsminister Beschwerde erhoben, die aber glatt abgelehnt worden ist. So steht der Erbauung der Fabrik nunmehr nichts mehr im Wege. × Die A n g e s t e l l t e n u n t e r s t ü t z u n g s k a s s e des *Zentralverbandes* hat am 1. Januar ihren Betrieb mit 59 angeschlossenen Vereinen und 1000 versicherten Mitgliedern aufgenommen. × 9 Konsumvereine des Vogtlandes hatten im November in Greiz eine Zusammenkunft, um über die U n t e r s t ü t z u n g von 16000 von der Weberaussperrung betroffenen Mitgliedern zu beraten. Es wurde die Auszahlung einer Vorschussdividende beschlossen; die Mitglieder des Glauchauer Vereins erhalten ausserdem 20 M. in Waren. × Nationalliberale und Konservative haben wieder einmal einen Antrag im sächsischen Landtag eingebracht, betreffend obligatorische Einführung der U m s a t z s t e u e r für

Grossbetriebe im Detailhandel durch die Gemeinden. Eine Ausdauer, die einer besseren Sache würdig wäre. × Die englische *C. W. S.* hat einen neuen Seedampfer, den *Pionier*, in Betrieb genommen.

× ×

Literatur Der reichen Literatur über fast alle sonstigen Gebiete des genossenschaftlichen Lebens steht eine relative Armut an Schriften über die Baugenossenschaftsbewegung gegenüber. Eine grössere zusammenfassende Darstellung dieser Bewegung existierte bis jetzt überhaupt noch nicht; das Vorhandene beschränkte sich auf Schilderungen einzelner Genossenschaften oder der Bewegung in einzelnen Landesteilen, oder aber es waren kurze Abhandlungen über die Frage respektive eine ihrer Seiten polemischer oder instruktiver Natur. Und doch hätte es die immer mehr erstarkende und an Erfolgen reiche deutsche Baugenossenschaftsbewegung schon seit langer Zeit verdient, durch eine klar und objektiv geschriebene Darstellung der Kenntnis aller sozial interessierten Kreise übermittelt zu werden. Diese Aufgabe löst nun in recht glücklicher Weise das soeben erschienene Buch von Walter Vossberg *Die deutsche Baugenossenschaftsbewegung* /Berlin, Unger/. Vossberg gibt im ersten Teil seiner Schrift zunächst eine historische Übersicht über die Entwickelung der Bewegung von ihren ersten Anfängen, den im Jahre 1848 in Berlin gegründeten *Gemeinnützigen Baugesellschaften*, die noch mehr Wohltätigkeitsinstitute waren, bis zu ihrem jetzigen Stand, wo wir uns der stattlichen Zahl von 588 Baugenossenschaften gegenübersehen, die rund 115000 Mitglieder umfassen und etwa 7500 Häuser mit 30000 Wohnungen im Werte von zirka 150 Mill. M. hergestellt haben. Der zweite Teil vermittelt uns die Kenntnis des inneren Aufbaues, der einzelnen Organisationsfragen, zu denen Vossberg unter Erteilung beachtenswerter Vorschläge Stellung nimmt. Das Schlusskapitel enthält in knappen Strichen eine Darstellung der nach des Verfassers Ansicht wünschenswerten weiteren Entwickelung der Bewegung. Vossberg hat in seinem Buche ein reiches und wohlgesichtetes Material in lebendiger, ansprechender Form und, abgesehen von einigen in ihrer Harmonieseligkeit etwas naiv anmutenden Stellen, mit Objektivität bearbeitet. Was mir zu fehlen scheint, ist eine genauere Abgrenzung des Wirkungs- und Aufgabenkreises, der den Baugenossenschaften in Bezug auf das ganze Problem der Wohnungsfrage zukommt. Dass neben der genossenschaftlichen auch, »die private, gewerbsmässige Wohnungsproduktion« als »berechtigt« anerkannt wird, ist doch eine etwas zu dürftige Angabe. Vor allem vermisse ich ein Eingehen auf den Zusammenhang von Wohnungs- und Bodenfrage, auf die Frage, inwiefern etwa die Genossenschaften mit der Bodenreform Hand in Hand gehen müssten, um die Mieter nicht nur vor einer Ausbeutung durch die Hauswirte, sondern vor der noch viel schlimmeren durch die steigende Grundrente und die Bodenspekulation zu schützen. Diese Mängel beeinträchtigen aber keineswegs den Wert des Buches als zuverlässige, interessante Informationsquelle. GERTRUD DAVID

KUNST

Dichtkunst

Dramen Der nachdenkliche Beobachter unseres Theaters wird wenig froh gestimmt von dem, was seiner Kunstsehnsucht begegnet. Es ist Mode geworden, die naturalistische Dramatik zu schelten. Horcht man die Propheten der neuen Bühne aus, dann hat an Stelle der *Armeleutetragödie* die grosse, heroische jetzt zu treten. Weil aber diese Hoffnung noch nicht erfüllt wurde, behilft man sich inzwischen mit einer Wiederbelebung des klassischen Theaters. Neue dramaturgische Mittel werden gesucht, das szenische Spiel dem Zuschauer brennend tief in Phantasie und logisches Begreifen einzuführen. Bei solchen Bemühungen hat gewiss die Kunst der Bühneninszenierung viel gewonnen. Ja, so sehr ist sie in den Vordergrund gezerrt worden, dass Hugo Dinger, ein Jenenser Professor, (*Dramaturgie als Wissenschaft* /Leipzig, Veit & Co./) die geschmacklose Kühnheit haben konnte, auf 600 Folioseiten Dramaturgie als eigene Kunst zu fordern, aus ästhetischen Unwahrheiten und Irrtümern Poesie von der Dramatik, die er als selbständige theatralische Kunst hinstellt, zu trennen, und dann die Dramatik der Dichtkunst überzuordnen, das heisst klipp und klar den Satz zu wagen: es ist eine Theaterkunst ohne Poesie möglich. Unabhängig von dem Wissenschaftler sind tüchtige Bühnen ihre eigenen Wege

gegangen. Doch bei aller Anerkennung des gut und gross Gewollten müssen gleich Auswüchse der jungen Theaterkunst bekämpft werden. Weil an dem lebendigen Material ein schmerzlicher Mangel herrscht, wird hier alles auf die Pracht des toten angelegt. Die Rampenperspektive soll umgestossen sein, und die plastische Staffierung wirken. Das gibt unangenehme Widersprüche, und Zwiespälte stören auch die Aufführungen unserer besten, das Neue pflegenden Bühnen in Bezug auf rein Schauspielerisches. Grad die klassischen Werke mit ihrer grossen Personenzahl erfordern eine Menge bis ins einzelnste intelligenter und selbständiger Schauspieler. Diese sind nicht vorhanden, nur ein paar *Stars*, und gegen sie erscheinen die übrigen zu deutlich als abgerichtete, willenlose Akteure. Leichter hätten es solchen Experimenten gegenüber die Bühnen, deren Tätigkeit sich auf das zeitgenössische bürgerliche Schauspiel beschränkt. Der Stil für ihre Darstellung ist jetzt nach 15jähriger Tradition festgewurzelt. Wenn nur die dichterische Arbeit den Schauspielern rechte Aufgaben stellte! Arthur Schnitzlers *Zwischenspiel* /Berlin, S. Fischer/ vermochte es nicht. Die Komödie ist ganz aus novellistischen Motiven erwachsen. Es handelt sich darin um das Scheitern des Glückes an den halben Lebenstönen: Einen Pakt der Liebe, der Eitelkeit und des Geschäftes beschworen Cäcilie Ortenburg, die Opernsängerin, und Kapellmeister Amadeus Adams. Sie haben ihn bewahrt aus wirklicher Lust zur Treue. Sie liessen sich gern halten von dem Vertrag, weil ihre Kunst dabei gedieh, seine Symphonieen, die nicht jeder Tropf zu fassen weiss, ihre Karriere, die an der splendid zahlenden Hofoper mündet. Wie fahrendes Volk lebt, sie waren oft getrennt und einten sich desto heisser beim Wiedersehen. Wenn Amadeus, der viel von der seligen Gemütsart des Salzburger Namensverwandten herumträgt, im Wiener Liebesasyl seine Cäcilie umkost, dann spinnen sie sich ein in ihr von vorne Leben, in der Treue sich festigend, in dem Verstehen ihres Inneren. Er dankt ihr, dass sie ihm Halt geworden ist. Denn seine Freundschaft, in seinem Reden und Behaben manches, zeigen, dass er vom Zigeuner erst reifte zum ernsten, hellsehenden Künstler. Die Sängerin fand in Amadeus den vorzüglichsten Lehrer und Meister ihres Talentes. Dann kam eines Tages die Stimmung in sie, den Bund zu zerzupfen. Geheim und unheilbar kommt solche Stimmung. Man trachtet von einander. Er zu einer Gräfin, einem Philinengewissen im Leben und auf der Bühne, sie zu einem Fürsten, der in der Charakteristik Gerippe blieb. Nun glauben die beiden, trotzdem als Kameraden sich gehören zu können, geeint durch ihre Kunst. Da wird ihm plötzlich anders zu Mute. Er will keinen Kameraden, sondern Cäcilie, das Weib Cäcilie, das Weib liegt ihm am Schluss des zweiten Aktes im Arm. Aber der Vorhang geht über dem dritten Akte des Finale auf. Und da weist sich aus: Die seit langem nicht mehr gefeierte Ehenacht war eine Episode nur, ein Zwischenspiel. Heiter hat's angefangen. Als *Doloroso* verklingt es. Was Cäcilie jedem vielleicht gegeben hätte aus Sinnensehnsucht in jener Nacht, das hat Amadeus bloss besessen. Er ist kein starker Mann. Ein Böser möcht' ihn einen Trottel aus Liebesblendung nennen. Sie müssen nach dieser Nacht auch aus ihrer Kameradschaft sich scheiden. Ein Solo hat sie in seiner Symphonie singen sollen. Sie hält das Notenblatt mit zitternden Händen, tränenden Auges, als Amadeus geflüchtet ist, der trauernd gefragt hat, ob jenes Zwischenspiel mit den halben Tönen niemals hätte überleiten können zu einer makellosen Harmonie. So endet das Stück. Am Schluss des ersten Aktes jedoch hat Cäcilie gesungen, was Amadeus schmiegsam begleitete: »Nicht mehr zu Dir zu gehn, beschloss und beschwor ich, und geh doch jeden Abend . . .« Die drei Phasen der Komödie sind mit durchgehender Symmetrie gebaut. Jede beginnt mit dem räsonnierenden Hin und Her über die Ehe des Paares. Der Kapellmeister ist zu den Urteilen der Räsonnierenden die entscheidende Instanz. Nachdem so die Sachlage im Gespräch dargelegt ist, tritt Cäcilie auf. Sie bleibt allein mit Amadeus. Akt I. Das Scheitern des Liebesglückes ist ungewiss. Akt II. Es ist scheinbar beseitigt. Akt III. Es ist gewiss mit einem leisen Fragezeichen. In dieser ausgemessenen Zirkelung des Konfliktes ruht die dramatische Unkraft des Stückes, das drei sehr gedehnte Dialogkapitel einer formell missratenen Erzählung darstellt. Lauter und bunter geht es in Hermann Sudermanns jüngsten Schauspielen *Stein unter Steinen* und *Das Blumenboot* /Stuttgart, Cotta/ zu. Besonders das *Blumenboot* dürfte die Theater füllen. Es will moralisch wirken, zeigen, wie die

lasterhungrige, in Gold und Nichtstun aufgewachsene Menschheit sich läutert zum eifervollen Bejahen alles Edlen und Sittlichen. Sudermann ersinnt Dramen und erlebt sie nicht. Er schafft Bühnenfiguren und keine Menschen. In *Stein unter Steinen* kommt der szenische Streit in Bewegung dadurch, dass just die kantigsten Charakterextreme sich reiben, was aber doch nur auf eine Theaterklügelei ausläuft. Die Schufte stehen gegen die Lämmer, die Glücklichen gegen die krummsten Elendhunde. Ausgerechnet der Spitzbub, der das Mausen nicht lassen kann, soll über Diamanten wachen. Desgleichen im *Blumenboot*. Dorten spielen eine Ehebrecherin, ein stiernackiger und grobhändiger *Selfmademan*, ein sich pervers gebendes, aber im Grund gesundes Weib, die aristokratisch beschränkte Familie eines trotz seiner Altersidiotie wie Gott prophetischen Handelsherren und schliesslich das Tingeltangelgesindel einer Artistenkneipe Rollen, die ohne Zweifel äusserst zugkräftig sind, doch mit der Wirklichkeit nimmer zusammenhängen, die ewig Vorbild des echten Kunstwerkes war und bleibt.

Nach Sudermann, den ein ziemlich witziges Blatt kürzlich zeichnete, wie er von der Zahl seiner Aufführungen fast zerquetscht wurde, gerät man in wohligeres Land bei den jungen H e r b e r t E u l e n b u r g und O t t o B o r n g r ä b e r. Den letzten hat man der Welt aufschreien wollen als ein mit allen Grössten ebenbürtiges Genie. Dem ist nicht so. Dennoch soll dem grossen Wollen des Dramatikers, das wirklich frei und stürmend über die Mode schwingen will, das Lob nicht gespart werden. Wer gleich ihm die kosmischen Probleme des Heilands und des Königs, der grössten Kraft zum Herrschen, der heftigsten Innigkeit zur Demut, ergreift, der hat das Recht, sich an die Heroentragödie zu wagen. *König Friedwahn* /Berlin, Schwetschke/ ist gewiss noch meilenweit ab von der Erfüllung. Nur als Versuch darf er gelten, nicht als Gelingen. Dieser König mit dem weinenden Christusherzen — man mag an Ibsens Hakon sich erinnern — lebt mehr als Hirnerzeugnis, denn in dichterischer Körperlichkeit. Und auch die heroische Lichtstimmung des Trauerspiels ist von störenden Schatten verdunkelt. Auf der einen Seite die heldischen Urzustände, auf der anderen die subtile moderne Moral, die seelische und Leibesjungfrauschaft unterscheidet. König Friedwahn ist ein *halber Held*, wie der Hauptmann Kurt von der Kreith in Herbert Eulenbergs gleichnamiger Tragödie /Leipzig, Reclam/. Sein Trauerspiel von der *Leidenschaft* /ebenda/ im gärenden Blut der Jugend ist voll von echter Empfindung und Sprachkraft. Eulenberg hat nach den realistischen Dramen, die trotz ihrer zeitlichen Unbestimmtheit aus dem Wirklichen gegraben wurden, an legendären und klassischen Stoffen sich versucht: *Blaubart* und *Kassandra* /Berlin, Fleischel/. Den knappen, balladenmässigen Ausdruck prägt er weit sicherer, als Jamben oder bilderreiche Sätze.

× ×

Kurze Chronik Der Wiener F e l i x D ö r m a n n hat schon Kurzweiligeres verfasst, als *Die Liebesmüden* /Wien, Knepler/, ein Lustspiel, das lyrische Jugendeseleien und fürstliche Mäcenatenlaunen verspotten will, aber das zündbarste Gemüt kaum zum Lachen bringen dürfte. × Den Nobelpreis für Literatur erhielt diesmal bekanntlich B e r t h a v o n S u t t n e r unter den Deutschen. Das Werk, das hierzu wohl besonders beitrug, *Die Waffen nieder!*, erscheint rechtzeitig im 30. Tausend als Volksausgabe zu 1 M. /Dresden, Pierson/.

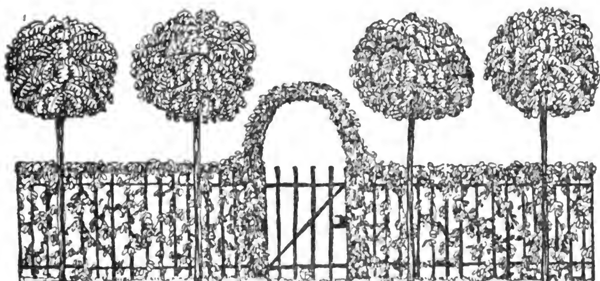
× ×

Literatur Die bei Theodor Thomas in Leipzig herausgekommene Übersetzung von Vorträgen P e t e r K r o p o t k i n s über russische Literatur ist ein höchst interessantes Werk. *Ideale und Wirklichkeit in der russischen Literatur* zeichnet es, mit den Legenden beginnend, schliessend mit den Poeten unserer Tage. Am überraschendsten ist wohl das Kapitel über Tolstoj, das die eigentümlich ungläubige Christlichkeit dieses Denkers beleuchtet. × Es ist ein trefflicher Kommentar zu H e i n r i c h M e y e r - B e n f e y s *Tolstoj-Buch* /Berlin, Wunder/, in dem eine Blütenlese aus allen politischen, ethischen, religiösen und poetischen Schriften Tolstojs geboten wird.

Ein publizistisches Organ für die Forschungen der Ästhetik existierte bisher nicht. Nun sucht diese Lücke Max Dessoir zu stopfen, der seit Beginn des Jahres bei Encke in Stuttgart eine *Zeitschrift für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft* herausgibt. × In einem sehr geschmackvollen Kalender für 1906 gibt der *Insel-Verlag* Rechenschaft über seine Tätigkeit während des verflossenen Jahres.

MAX HOCHDORF

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLANDER · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. · DRUCK VON *GUTENBERG* DRUCKEREI UND VERLAG A. G. · SÄMTLICH IN BERLIN



3. HEFT / MÄRZ 1906

JAMES RAMSAY MACDONALD · DIE WAHLEN UND DIE ARBEITERKLASSE IN ENGLAND

DER Erfolg der Arbeiterpartei bei den Neuwahlen zum englischen Unterhause war eine allgemeine Überraschung. Er hätte es für einen Kenner der politischen Verhältnisse des Landes nicht sein sollen, denn unsere Regierungsmaschine ist so eingerichtet, dass eine neue Partei erst dann, wenn sie schon eine beträchtliche Stärke erreicht hat, überhaupt Kandidaten ins Parlament bringen kann.

Es ist jetzt ein Vierteljahrhundert her, seit die erste sozialistische Organisation gebildet wurde. Sie passte sich unglücklicherweise niemals den britischen Verhältnissen an, heute steht sie abseits von der gesamten aussichtsvollen Arbeiterbewegung auf einem Standpunkt intoleranter und kleinlicher Kritik, und nicht einer ihrer Kandidaten hat einen Sitz im Parlament erobert. Thorne, obwohl er auf der Kandidatenliste der *Sozialdemokratischen Föderation* stand, war durch seine Organisation gezwungen, sich den Bedingungen des *Arbeitervertretungsbundes* unterzuordnen. Seine Agitationskosten werden von seiner Organisation bestritten, und jetzt kommt ihm der Parlamentsfonds des *Arbeitervertretungsbundes* zu gute, ein Fonds, dessen Satzungen anzuerkennen die regulären Kandidaten der *Sozialdemokratischen Föderation* sich weigerten. Es ist kaum zu bezweifeln, dass mindestens drei Sozialisten mehr jetzt Mitglieder des Unterhauses geworden wären, wenn die *Sozialdemokratische Föderation* ihr Zusammenwirken mit den Gewerkschaften, als diese in politische Aktion traten, fortgesetzt hätte und in guter Kameradschaft mit der *Unabhängigen Arbeiterpartei* verblieben wäre.

Erst zwölf Jahre nach der Gründung der *Sozialdemokratischen Föderation* wurde der erste ernsthafte Versuch unternommen, den Arbeitern klar zu machen, dass ihr Heil in der Richtung der sozialistischen Entwickelung zu finden ist.[1]) Im Jahre 1893 wurde die *Unabhängige Arbeiterpartei* gegründet,

[1]) Vergl. James Keir Hardie: *Unterschiede zwischen der englischen und der kontinentalen Arbeiterbewegung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, I. Bd., pag. 527 ff.

um die Arbeiterbewegung mit der sozialistischen Bewegung zu vereinen und die Schwierigkeiten zu beseitigen, in denen sich die sozialistischen Gewerkschafter befanden, die angefangen hatten, auf den Gewerkschaftskongressen die alten liberalen Gewerkschafter anzugreifen und jetzt eine sozialistische Organisation hinter sich brauchten, deren Sympathie mit dem Gewerkschaftswesen ausser Frage stand. Die Mitglieder der *Unabhängigen Arbeiterpartei* kamen denn auch hauptsächlich aus den Gewerkschaften, und die Arbeit, den Gewerkschaftern zu zeigen, dass für sie der Fortschritt allein in der Richtung des Sozialismus und durch eine unabhängige politische Arbeiterpartei kommen kann, begann.[2]) John Burns, dessen Ehrgeiz ihn damals als Kollegen unmöglich gemacht hatte, versuchte, den Wert der Jahreskongresse der Gewerkschaften herabzusetzen, indem er sie als ein Feld zur Propagierung der Doktrin politischer Unabhängigkeit und sozialistischer Ziele hinstellte. Er war aber nur teilweise erfolgreich. Niemand konnte die steigende Flut aufhalten. In ein, zwei Jahren war der Widerstand spurlos hinweggespült, Resolutionen zu gunsten einer unabhängigen Partei wurden auf den Kongressen gefasst, und im Jahre 1900 wurde von Gewerkschaften und sozialistischen Organisationen der *Arbeitervertretungsbund* gebildet. Dieser Bund hat die Agitation ins Leben gerufen, welche Anfang Januar so erfolgreich bei den Wahlen war.

Wir gingen mit einer Liste von 50 Kandidaten in die Wahlen, und von ihnen sind 29 gewählt worden. Wir haben aber nicht allein unseren Wahlkampf geführt, sondern daneben eine Stimmung geschaffen, die den Arbeiterkandidaten anderer Parteien und solcher Organisationen, die, wie der Bergarbeiterverband, uns nicht angeschlossen sind, sehr viel geholfen hat. Einige davon sind heftige Gegner von uns. Von diesen Kandidaten sind 22 gewählt, John Burns nicht eingeschlossen. Zwei davon gehören in Wirklichkeit zu uns und wurden von den Liberalen bekämpft; sie werden wahrscheinlich im Parlament sehr bald mit uns zusammensitzen. Weitere drei werden in allen praktischen Fragen mit uns gehen. Der Rest braucht als Arbeitervertretung überhaupt nicht mitgezählt zu werden; die Arbeiterklasse wird mehr Sympathie und Hilfe bei manchen bürgerlichen Radikalen finden, als bei diesen liberalen Arbeitern. Andererseits sind da ungefähr ein halbes Dutzend Sozialistisch-Liberaler, die meistens mit uns halten werden, so dass es also in unserem neuen Parlament eine Sozialisten- und Arbeiterpartei von mindestens 40 Stimmen gibt.

Von den 29 gewählten Mitgliedern des *Arbeitervertretungsbundes* sind 14 Mitglieder der *Unabhängigen Arbeiterpartei*, 1 gehört der *Sozialdemokratischen Föderation*, 1 der *Fabianischen Gesellschaft an*. 16 sind also erklärte Sozialisten und weitere 4 Sozialisten in ihrer Praxis.

Lässt man Irland und die Universitäten ausser Betracht, so hat der *Arbeitervertretungsbund* um 2 von je 21 umstrittenen Sitzen gekämpft, und seine Kandidaten erhielten nahe an 400 000 Stimmen. Wie ist dieses Resultat erreicht worden? Hauptsächlich durch die Festigung der gewerkschaftlichen Wähler. Die Zentralvorstände der Gewerkschaften schickten an alle Zweigvereine, an deren Ort wir Kandidaten hatten, die Aufforderung, für diese Kandidaten zu stimmen. So wurde der Gedanke der parlamentarischen Arbeitervertretung populär gemacht. Der ausländische Leser muss ferner bedenken,

[2]) Vergl. meinen Artikel *Die Trades-Unions und die Politik* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1901, II. Bd., pag. 569 ff.

dass unsere Wahlen eigentlich eine Art Stichwahl sind, und in einer ungewöhnlich grossen Zahl der Fälle kämpften die Liberalen nicht gegen unsere Kandidaten an; an diesen Orten erhielten wir den grössten Teil der liberalen Stimmen. In Schottland jedoch bekämpften die dickköpfigen Führer der lokalen liberalen Parteiorganisationen jeden unserer Leute mit dem Erfolg, dass wir nur 2 von den 4 Sitzen, um die wir uns bewarben, errangen, während die beiden anderen infolge der Stimmenzersplitterung an die Konservativen verloren gingen. Unsere schottischen Wahlen waren eigentliche Hauptwahlen, und zum erstenmal in der Geschichte der Arbeiterpolitik Englands hat es sich erwiesen, dass die Arbeiterpartei siegen kann sogar im Kampf gegen die beiden anderen Parteien. In West-Bradford kamen die Arbeiter an erster Stelle, die Konservativen an zweiter, die Liberalen an dritter; in Wakefield standen obenan die Konservativen, alsdann die Arbeiter, und an dritter Stelle die Liberalen. In Gemeinden, wie Newcastle, Preston und Stockport, wo zwei Abgeordnete zu wählen waren, war die Arbeiterpartei mit gutem Vorsprung obenan; der Schreiber dieses hatte 60 Stimmen vor einem alten liberalen Abgeordneten voraus, der bis jetzt mit etwa 1500 Stimmen Vorsprung den Sieg davon getragen hatte. Ich habe nicht die Absicht, den wertvollen Beistand der liberalen und radikalen Stimmen zu verkleinern, aber unsere Siege wären auch ohne diese Stimmen oder im Kampfe mit ihnen sehr auffallende gewesen. Wir haben in Grossbritannien der Arbeiterbewegung einen sozialistischen Aufschwung gegeben.

Im Parlament wird die Partei unabhängig sein. Sie wird sich von der Regierungspartei getrennt halten und ihren eigenen Führer und *Einpeitscher* haben. Sie wird bei Eröffnung einer jeden Session ihr eigenes Arbeitsprogramm beraten und das Beste zu dessen Durchführung tun. Sie wird die Regierung unterstützen oder bekämpfen, genau in dem Masse, wie die Regierung in ihren Augen gute oder schlechte Arbeit verrichtet.

Unser Arbeitsprogramm für die erste Session wird Verbesserungsanträge zu dem Gesetz über das Streikpostenstehen enthalten, und wir werden tapfer kämpfen, um die Gerichtsentscheidung in dem *Taff Vale*-Prozess umzustossen, welche es als Grundsatz hinstellte, dass eine Gewerkschaft einem Unternehmer Schadenersatz leisten muss, wenn sie im Kampfe mit ihm seinem Geschäft geschadet hat. Wir werden auch eintreten für die Zahlung von Diäten an die Parlamentsmitglieder, für die Beköstigung der Schulkinder aus öffentlichen Mitteln, für die Verbesserung des Arbeitslosengesetzes und anderes mehr. Im ganzen wird es unsere Aufgabe sein, den jetzigen Zustand der Güterverteilung zu bekämpfen.[3]) Wir werden deshalb suchen, das wirre Ungefähr der Besteuerung in der Weise zu regeln, dass wir alle Werte, die durch die gesellschaftlichen Zusammenhänge entstehen, wie zum Beispiel den unverdienten Wertzuwachs des städtischen Grundbesitzes, für den öffentlichen Säckel beanspruchen. Wir werden also eine Erweiterung der Selbstverwaltung der Gemeinden bekommen, so dass diese in der Lage sein werden, mehr Betriebe selbst zu verwalten, als es heute ihnen möglich ist; und wir werden den ganzen Druck auf die Regierung ausüben, über den wir verfügen, um die Lage der Staatsangestellten zu heben.

[3]) Vergl. meinen Artikel *Sozialistische Praxis* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 20 ff.

Die Darstellung unserer Ziele wäre aber unvollständig, enthielte sie nicht unseren Wunsch, als ein organisches Glied der grossen internationalen sozialistischen und Arbeiterbewegung angesehen zu werden. Dieser Wunsch spielte eine grosse Rolle in unseren Aufrufen an die Wähler, und er war von Gewicht in unseren Versammlungen. Unsere Abgeordneten wollen von den Sozialisten im deutschen, im französischen und in den anderen Parlamenten Europas als Parteigenossen anerkannt sein. Wir treten für Frieden und Abrüstung ein, für internationale Freundschaft und Verträglichkeit, für die weltumspannende Solidarität der Arbeit.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

JULIUS BRUHNS · WAHLRECHTSFRAGEN IN SÜD UND NORD

I



UF der Tagesordnung der gesetzgebenden Körperschaften vieler deutschen Bundesstaaten stand im Laufe des letzten Jahrzehnts, steht auch zum Teil gerade heute die Umgestaltung des Wahlrechts. Diese Wahlrechtsänderungen gingen nicht überall in der gleichen Richtung, sondern meist nach zwei entgegengesetzten Seiten. In manchen Staaten wurden die Änderungen im wesentlichen in fortschrittlichem, in anderen Staaten in reaktionärem Sinne vorgenommen. Zum Teil erklärt es sich aus der Natur der betreffenden gesetzgebenden Körper, dass Änderungen in demokratischem Sinne nur von den auf Grund verhältnismässig freier Wahlsysteme gebildeten Landtagen vorgenommen wurden, dagegen die auf Grund unfreier und ungerechter Wahlgesetze gewählten *Volksvertretungen* noch weitere Verschlechterungen dieser Wahlgesetze eintreten liessen. Als eine politisch sehr bemerkenswerte Tatsache dürfte aber anzusehen sein, dass jene völlig entgegengesetzten Tendenzen zu Wahlrechtsänderungen sich in geographisch scharf von einander abgegrenzten Gebieten des Deutschen Reiches geltend machten. Während die sämtlichen süddeutschen Staaten zu einer demokratischen Weiterentwickelung ihrer verhältnismässig guten Wahlgesetze schritten, sind alle ihre meist ohnehin erbärmlichen Wahlrechtssysteme noch verschlechternden Bundesstaaten in Nord- und Mitteldeutschland zu suchen. Nur e i n mitteldeutscher Staat kam zu einer (nicht wesentlichen) Verbesserung seines übrigens schon relativ guten Wahlgesetzes.

Gerade die Tatsache dieser scharfen Scheidung der Tendenzen zur Wahlrechtsänderung in Süd- und Norddeutschland hat in politischen Kreisen Aufsehen, in reaktionären Kreisen auch lebhaftere Bedenken erregt. Solchen Bedenken gab ein freikonservativer Politiker, Freiherr von Zedlitz, besonderen Ausdruck, indem er das Wort von der *neuen Mainlinie* prägte und auf die grossen Gefahren für die Festigkeit und gedeihliche Entwickelung des Deutschen Reiches hinwies, die seiner Meinung nach in dem Verhalten der süddeutschen Bundesstaaten liegen. Diese Gefahren bestehen nach ihm besonders darin, dass es nachgerade gemeines Recht geworden sei, die Regierungen in den Landtagen für ihre Haltung im Bundesrat verantwortlich zu machen, wobei besonders in Süddeutschland die Regierungen stets bereit gewesen seien, ihren Landtagen

dieserhalb Rede und Antwort zu stehen. Würden nun infolge der ganz verschiedenen Wahlsysteme die Landesvertretungen in Nord- und Süddeutschland grundverschieden, so würde die innere Geschlossenheit des Bundesrats, und damit dessen Stellung zum Reichstage, ernstlich gefährdet. Um dieser Gefahr zu begegnen, will Freiherr von Zedlitz nicht etwa die Reichsgewalt anrufen, weil das den bisher bundesstaatlichen Charakter des Reiches in einen einheitlichen umwandeln müsste — in Wahrheit auch wohl, weil der aus dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht hervorgegangene Faktor der Reichsgewalt, der Reichstag, für derartige staatsmännische Taten doch wohl nicht zu gebrauchen ist —, er regt vielmehr eine »freie Verständigung der Bundesstaaten über eine einheitliche Behandlung der Wahlrechtsfragen« an. Freilich kann er die Befürchtung nicht unterdrücken, dass es dazu schon zu spät sein könnte, weshalb er zur Eile ermahnt.

Dass eine derart grundverschiedene politische Entwickelung der beiden Reichshälften, wie sie sich in der Behandlung der Wahlrechtsfragen zeigt, den Bestand oder mindestens die Weiterentwickelung des Reiches gefährdet, kann man dem Freiherrn vielleicht zugeben. Die Ursache dieser Gefährdung ist aber nicht in dem Umstande zu suchen, dass in der südlichen Hälfte des Reiches der modernen Entwickelung, dem Drängen der Massen nach politischer Gerechtigkeit verständig Rechnung getragen wird, als vielmehr darin, dass man im Norden Deutschlands bei Behandlung der Wahlrechtsfragen im Interesse eigennützigster Vorrechte jede Mitwirkung der Arbeiterklasse am öffentlichen Leben, an der Gesetzgebung mit brutaler Faust zurückdrängt, was allem Gerechtigkeitsgefühl des Volkes Hohn spricht.

II



EDOCH soll hier diese Frage nicht weiter erörtert werden. Zweck dieser Arbeit ist vielmehr, auf Grund des vorliegenden Materials einmal im einzelnen den behaupteten Erscheinungen nachzugehen und zu zeigen, dass in der Tat tiefgehende Verschiedenheiten in der politischen Entwickelung der beiden Reichshälften vorhanden sind.

Württemberg

Das Königreich Württemberg hatte in seinem 1868 gegebenen Wahlgesetz schon vor der jetzt beendeten Wahlreform das relativ freieste Wahlrecht in Süddeutschland. Es war allgemein, gleich und direkt für jeden 25 Jahre alten Staatsbürger, ohne Zensus und Aufenthaltsdauer. Die Abstimmung war geheim, zur Sicherung des Wahlgeheimnisses wurden später noch amtliche Kuverts für die Stimmzettel verabreicht, welche in Isolierräumen den Kuverts einverleibt werden mussten. Die Bestimmung, dass empfangene Armenunterstützung für das darauf folgende Jahr das Wahlrecht aufhebt, war gemildert durch die, dass Zurückzahlung die entrechtende Wirkung beseitigt und eine solche überhaupt nicht eintritt, wenn die Armenunterstützung im Falle eines vorübergehenden Unglücks gezahlt worden ist. Da auch die Wahlzeit sich von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends erstreckte — was bei den Reichstagswahlen bekanntlich erst seit 1903 der Fall ist —, so war das württembergische Landtagswahlrecht an sich besser, als das Wahlrecht zum Reichstage.
Die aus diesem demokratischen Wahlrecht hervorgehende Kammer zeigte jedoch den einen schweren Fehler, dass neben den 70 Erwählten des ganzen Volkes noch 23 privilegierte Abgeordnete sassen, und zwar 13 vom württembergischen Adel, 9 von der Geistlichkeit und 1 von der Universität abgesandter Vertreter. Diesen Flecken zu beseitigen, war seit einer Reihe von Jahren das Ziel insbesondere der württembergischen Sozialdemokratie, und nach langen politischen Kämpfen,

auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann, wurde das Ziel erreicht. Die Regierung brachte einen Entwurf ein, der die privilegierten Mitglieder beseitigte und aus der württembergischen zweiten Kammer eine reine Volkskammer schuf. In der Begründung des Entwurfs sagte die württembergische Regierung, »dass eine gerechte Ausmessung der Anteilnahme des Volks an den öffentlichen Angelegenheiten eine bessere Garantie für die Zukunft bietet, als das Festhalten an Einrichtungen, die der allgemeinen Auffassung der Gegenwart entgegenstehen und auf eine längere Dauer keinesfalls haltbar sind«. Unseren preussischen Gewaltpolitikern wären diese Worte einer deutschen Regierung zur Beachtung sehr zu empfehlen, wenn die Herren die Fähigkeit und den Willen besässen, überhaupt noch etwas zu lernen. Neben dem Hauptpunkte der jetzt eben vollzogenen Reform der württembergischen zweiten Kammer, der vollständigen Beseitigung der bisherigen privilegierten Mitglieder gelang es, auch noch einige andere Verbesserungen zu erzielen. So wird die Stadt Stuttgart in Zukunft 6 Abgeordnete erhalten, während sie vorher gleich den 6 anderen sogenannten *guten Städten* nur 1 Vertreter hatte. Während für die Abgeordneten Stuttgarts und für weitere 17, die als Ersatz für die ausscheidenden Privilegierten vom ganzen Lande zu wählen sind, das Proportionalwahlsystem eingeführt wurde, gilt für die übrigen 69 Wahlkreise mit je 1 Abgeordneten zur Wahl im ersten Wahlgange die absolute, in einem zweiten Wahlgange die relative Mehrheit. Der für diese in jeder Beziehung erfreuliche Wahlreform gezahlte Preis besteht lediglich darin, dass die württembergische erste Kammer, bisher aus königlichen Prinzen, Standesherren und vom Könige ernannten lebenslänglichen Mitgliedern sich zusammensetzend, nicht, wie die Sozialdemokratie forderte, beseitigt, sondern vielmehr noch erweitert und *aufgefrischt* wurde durch eine Anzahl von Adel, von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft zu wählender Vertreter. Für die Praxis ist das aber nur von minderer Bedeutung.

Baden

Das Wahlrecht in Baden war fast gleich dem württembergischen, mit dem einen, allerdings erheblichen, Unterschied, dass die Abgeordneten nicht direkt, sondern durch Wahlmänner gewählt wurden. Das von Erfolg gekrönte Bestreben insbesondere der Sozialdemokratie richtete sich auf die Beseitigung der indirekten Wahl. Hier musste diese erhebliche Verbesserung, mit der zugleich eine gerechte Vermehrung der Mandate für die erheblich gewachsenen Städte durchging, damit bezahlt werden, dass nicht nur eine Verstärkung der bisher nur aus Prinzen und Adeligen, sowie geistlichen Würdenträgern und Universitätsvertretern bestehenden ersten Kammer durch Zuwählung von Vertretern der einzelnen Berufsgruppen (Landwirtschaft, Handel etc.) und Bürgermeistern etc., sondern zugleich eine Erweiterung ihrer Rechte vorgenommen wurde. Während nämlich früher alle Finanzfragen betreffenden Gesetzentwürfe nach ihrer Annahme durch die zweite Kammer von der ersten Kammer nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden konnten, steht nach der Wahlreform nunmehr der ersten Kammer das Recht zu, derartige Entwürfe auch in einzelnen Punkten anzunehmen oder abzulehnen, n a c h d e m sie von der zweiten Kammer angenommen worden sind. Ausserdem ist bei der Reform des badischen Wahlrechts auch eine Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts erfolgt insofern, als der Wahlberechtigte durch Abstammung Badenser sein oder die badische Staatsangehörigkeit seit mindestens 2 Jahren besitzen oder mindestens 1 Jahr besitzen und dazu das letzte Jahr vor der Wahl in Baden gewohnt haben muss. Ausserdem ruht das Wahlrecht desjenigen, der im letzten Steuerjahr eine ihm obliegende direkte Steuer nicht bezahlt hat. Der Kandidat verliert dagegen merkwürdigerweise aus solchem Grunde seine Wählbarkeit nicht. Die in obigen Bestimmungen liegende Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts hat die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Badens veranlasst, gegen die Wahlreform, die am 1. Juli 1905 Gesetzeskraft erlangte, zu stimmen, obgleich die Erringung der direkten Wahl einen grossen Fortschritt darstellt.

Hessen

Auch das hessische Landtagswahlrecht ist ein indirektes und insofern auch nicht allgemein, als wahlberechtigt nur diejenigen sind, die 25 Jahre alt sind, seit mindestens 3 Jahren in Hessen wohnen und vor der Wahl die hessische Staatsangehörig-

keit erworben haben. Auch muss jeder Wahlberechtigte staats- oder kommunalsteuerpflichtig sein, was praktisch geringe Bedeutung hat, da in Hessen jeder zu einer dieser Steuern herangezogen wird, der überhaupt Einkommen hat. Mit der Staatssteuer darf der Wahlberechtigte höchstens 2 Monate rückständig sein. Invaliden etc., welche nach dem Gesetze steuerfrei sind, verlieren dadurch nicht das Wahlrecht. Zu Wahlmännern können nur solche Urwähler gewählt werden, die in der Wahlgemeinde ihren Wohnsitz haben und seit Anfang des Rechnungsjahres, in dem die Wahl vorgenommen wird, an direkten Staatssteuern mindestens den einem Normalsteuerkapital von 80 Mark entsprechenden Betrag für eigentümliches oder nutzniessliches Vermögen jährlich entrichten. Zum Abgeordneten wählbar ist dagegen jeder Urwähler, gleichviel, wo er zur Zeit der Wahl wohnt. Die Wählbarkeit des Wahlmannes ist danach an Wohnsitz und bestimmte Steuerleistung gebunden, die des vom Wahlmann zu wählenden Abgeordneten aber nur an die auch für den Urwähler geltenden Bedingungen.

Gegen die bevormundende lästige und veraltete indirekte Wahl kämpfte in Hessen die Sozialdemokratie, seit sie sich an den Landtagswahlen beteiligte, also seit mehr als 20 Jahren. Während für dahingehende Anträge zunächst jahrelang nur Minderheiten in der zweiten Kammer vorhanden waren, erklärte schon 1896 die Kammer mit 23 gegen 20, 1899 sogar mit 32 gegen 8 Stimmen sich für das direkte Wahlrecht. Im Jahre 1902 legte die hessische Regierung den ersten Wahlreformentwurf vor, der ausser der direkten Wahl auch noch andere wesentliche Verbesserungen brachte, so die Einführung von Wahlkuverts und Isolierzellen, Ausdehnung der Wahlzeit bis 8 Uhr abends, Vervielfältigung respektive Veröffentlichung der Wählerlisten und Vermehrung der städtischen Mandate. Allerdings enthielt der Entwurf auch Verschlechterungen des bisherigen Zustandes, die man als *Kautelen* gegen die Sozialdemokratie ansehen muss. Es sollte nur wahlberechtigt sein, wer seit nicht nur — wie bisher — mindestens 3 Jahren im Lande wohnte, sondern auch seit der gleichen Zeit Staatsangehöriger war. Ebenso sollte nicht nur — wie bisher — der zweimonatliche Rückstand in der Bezahlung der Staatssteuer, sondern auch der gleiche Rückstand bei Bezahlung der Gemeindesteuern mit dem Verlust des Wahlrechts bestraft werden. Schliesslich suchte der Entwurf der auch in Hessen bestehenden ersten Kammer der Privilegierten frisches Blut zuzuführen durch Berufung einiger Bürgermeister und eines Vertreters der technischen Hochschule in Darmstadt. Dieser erste Entwurf, der von der zweiten Kammer im wesentlichen angenommen wurde, scheiterte an dem Verhalten der Herren von der ersten Kammer, die ihn einfach unerledigt liessen. Ein zweiter gleicher Regierungsentwurf fand im Jahre 1904 ebenfalls die Zustimmung der zweiten Kammer; nun aber suchten die Herren Privilegierten aus ihrer Zustimmung zu dem Entwurf ein Geschäft zu machen, indem sie, die bisher in ihrer ersten Kammer, ähnlich wie in Baden, nur das Recht besassen, das Budget im ganzen entweder anzunehmen oder abzulehnen, nun das Recht forderten, auch einzelne Budgetposten zu beanstanden. Ebenso wollten sie die in der Verfassung vorgesehene Durchstimmung (gemeinsame Abstimmung beider Kammern bei von der ersten Kammer abgelehnten Budgetvorlagen oder Gesetzen) beseitigen, da sie bei solcher Abstimmung mit ihren 34 Mitgliedern den 50 Mitgliedern der zweiten Kammer unterliegen mussten.

Die zweite Kammer liess sich auf diesen Handel mit Volksrechten für Herrenrechte nicht ein, sie lehnte einstimmig den Antrag der ersten Kammer ab und nahm mit allen gegen 3 Stimmen den sozialdemokratischen Antrag an, die Regierung um schleunige Einbringung einer neuen Vorlage zu ersuchen, welche das direkte Wahlrecht enthält, unter keinen Umständen aber eine Verfassungsänderung im Sinne der ersten Kammer vorsieht. So ist in Hessen also die Wahlreform vorläufig wieder gescheitert, es ist aber gar nicht daran zu zweifeln, dass sie in kürzester Zeit doch zur Tatsache wird.

Bayern

In Bayern war man glücklicher; nach langen Kämpfen ist es dort gerade jetzt gelungen, der Wahlreform auch in der ersten Kammer zur Annahme zu verhelfen. Auf die Geschichte dieser Kämpfe soll hier nicht weiter eingegangen werden. Es genügt, festzustellen, dass auch hier, wie in den vorhergenannten drei süddeutschen Staaten, die Sozialdemokratie die treibende Kraft der Wahlreformen war. Auch in Bayern

war das Wahlrecht bisher indirekt und nicht ganz allgemein. Jeder 21 Jahre alte Staatsangehörige, der seit mindestens 6 Monaten direkte Staatssteuern und nachweislich den Verfassungseid geleistet hat, ist Urwähler. Eine direkte Steuer muss in Bayern bei einem Einkommen von 500 Mark an gezahlt werden; Leute mit noch geringerem Jahreseinkommen können sich das Wahlrecht sichern durch eine freiwillige Steuer von 50 Pfennigen jährlich. Die bayrische Wahlreform richtete sich im wesentlichen auf die Beseitigung der Wahlmännerwahlen und deren Ersetzung durch die direkte Wahl der Abgeordneten. Weiter ist eine wertvolle Verbesserung des Wahlrechts dadurch geschaffen worden, dass die Wahlkreiseinteilung nicht mehr, wie bisher, nach dem Stand der Volkszählung von 1875, sondern nach dem vom Jahre 1900 erfolgt, der städtische Arbeiter also nicht mehr nur einen geringen Bruchteil des Wahlrechts haben wird, das der ländliche Wähler besitzt. Zur besseren Sicherung des Wahlgeheimnisses werden amtliche Kuverts und Isolierräume gegeben werden, und schliesslich sind die bisher geltenden permanenten Wählerlisten abgeschafft worden, die viele Tausende naturgemäss nicht lange an einem Orte weilender Arbeiter des Wahlrechts beraubten. Allerdings stehen diesen Verbesserungen auch einige Verschlechterungen gegenüber, so die Heraufsetzung des Wahlalters von 21 auf 25 Jahre, die Verpflichtung, fortan 1 Jahr lang — bisher 6 Monate — die das Wahlrecht begründende Steuer geleistet zu haben und 1 Jahr lang die Staatsangehörigkeit zu besitzen. Trotzdem sind die Vorteile der Wahlreform für die Masse des bayrischen Volkes so unverkennbar gross, dass unsere bayrischen Genossen gewiss recht daran taten, sich bei den letzten Landtagswahlen zwecks Durchführung dieser Reform mit deren Freunden, dem Zentrum, gegen deren Feinde, die Liberalen, zu verbünden und so in der Tat die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Wahlreform im bayrischen Landtage zu schaffen. Und die demnächst auf Grund des geänderten Wahlgesetzes erfolgenden Neuwahlen zum bayrischen Landtag werden voraussichtlich Wahlergebnisse für die Sozialdemokratie zeitigen, welche unsere Partei politisch, wie taktisch auch vor dem schimpfenden und höhnenden Liberalismus glänzend rechtfertigen werden.

So also sieht es im Süden des Deutschen Reiches aus: Überall das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, das allgemeine in Württemberg unbeschränkt, in den andern Staaten durch einige nicht gar zu schwer ins Gewicht fallende Bedingungen eingeschränkt. Überall also die Möglichkeit, die Masse des Volkes unter gleichen, gerechten politischen Bedingungen am öffentlichen Leben, an der Erfüllung höchster politischer Aufgaben zu beteiligen. Wie steht es dagegen im übrigen Deutschland?

Eine Darstellung des gesamten Wahlrechtselends Norddeutschlands soll an dieser Stelle nicht gegeben werden. Mit Ausnahme von Coburg-Gotha und Oldenburg haben alle nord- und mitteldeutschen Bundesstaaten irgend ein Klassenwahlrecht für ihre gesamte Landesvertretung, oder diese ist zu einem Teile aus privilegierten Vertretern und zum anderen aus Vertretern zusammengesetzt, die entweder durch ein verhältnismässig freies oder auch wieder durch ein Klassenwahlrecht gewählt werden. Für uns handelt es sich indessen nicht darum, sondern lediglich um den Nachweis, dass im nördlichen Deutschland, im Gegensatz zum südlichen, die Tendenz besteht, dort, wo das ohnehin schlechte Wahlrecht geändert wird, diese Änderung zu einer weiteren Verschlechterung zu gestalten. In der Tat hat bei allen im letzten Jahrzehnt vorgenommenen Wahlrechtsänderungen nur ein norddeutscher Staat eine Ausnahme von dieser Regel gemacht, und zwar der thüringische Staat Coburg-Gotha.

Sachsen-Coburg-Gotha

Hier hatte der Landtag schon im Jahre 1901 eine Wahlreform, insbesondere die Beseitigung der indirekten Wahl gefordert. In Coburg-Gotha ist jeder 25 Jahre alte selbständige Staatsbürger wahlberechtigt, wenn er seit dem Beginn des Jahres, in

welches die Wahl fällt, direkte Staatssteuern zahlt. Die Wahl war angeblich geheim, wurde jedoch durch die Bestimmung, dass der Abstimmende den vom Wahlvorsteher entgegengenommenen numerierten Stimmzettel im Wahllokale mit dem Namen seines Wahlmannskandidaten selbst versehen oder durch einen verpflichteten Schreiber versehen lassen musste, tatsächlich zur öffentlichen Abstimmung. Im Jahre 1904 legte die Regierung einen Entwurf zur Reform des Wahlrechts vor, der allerdings die wichtigste Forderung der früheren Landtagsmehrheit, die direkte Wahl, nicht enthielt, immerhin jedoch einige andere Verbesserungen brachte. So wurde die lächerliche Art der bisherigen Abstimmung beseitigt und bestimmt, dass mit gedruckten, von der Regierung selbst ausgegebenen Stimmzetteln und unter den jetzt auch bei der Reichstagswahl üblichen Sicherungsmassregeln (amtliche Kuverts und Isolierräume) gewählt werden solle. Um der berechtigten Befürchtung zu begegnen, dass die Wähler bei der Stimmenzählung durch die Reihenfolge der in der Wahlurne auf einander liegenden Umschläge in ihrer Abstimmung kontrolliert und so das Wahlgeheimnis verletzt werden könne, bestimmte der Entwurf, dass die Umschläge bei Ermittelung des Wahlresultats zunächst uneröffnet der Urne entnommen, auf den Tisch geschüttet, g e m i s c h t und gezählt und dann erst geöffnet werden sollen. Auch soll die Wahlhandlung, die spätestens nachmittags 5 Uhr begonnen werden muss, bis abends 8 Uhr dauern. Der Landtag nahm den Regierungsentwurf an, lehnte jedoch den Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten auf Einführung der direkten Wahl ab.

Oldenburg

Der oldenburgische Landtag, der durch allgemeine, gleiche, geheime, aber indirekte Wahl gebildet wird, beschloss vor kurzem, die Regierung zur Einführung der direkten Wahl aufzufordern. Ein solcher Beschluss ist vom oldenburgischen Landtag in den letzten 6 Jahren wiederholt gefasst worden, ohne dass die Regierung sich zur Vorlegung eines entsprechenden Entwurfs bereit zeigte. Diesmal scheint sie mehr geneigt zu sein, dem Wunsche des Landtags nachzugeben.

Oldenburg und Coburg-Gotha bilden die einzigen Lichtpünktchen in der gähnenden politischen Finsternis Norddeutschlands. Sonst haben wir da nur Wahlrechtsverschlechterungen. Begonnen hat deren Ära nach allgemeiner Ansicht mit dem Umsturz des sächsischen Wahlrechts. Doch hatte schon vorher ein kleiner thüringischer *Raubstaat* seinen ärmsten Bürgern das Wahlrecht genommen, freilich nicht mit Lärm und Geschrei, sondern ganz in der Stille.

Reuss ältere Linie

In diesem Miniaturstaat bestand seit 1867 ein Wahlgesetz, wonach jeder mindestens 25 Jahre alte Staatsbürger, der eigenen Hausstand hatte und direkte Steuern bezahlte, das (allerdings indirekte) Wahlrecht besass. Im Jahre 1893 beschloss nun der Landtag ein Einkommensteuergesetz, nach dem die Einkommen bis 600 Mark steuerfrei bleiben sollten. Damit war man mit einem Schlage, auf einem Nebenwege den grössten Teil der armen und sozialdemokratisch gesinnten Landtagswähler los. Wie diese Bestimmung des Steuergesetzes in dem Ländchen mit industrieller, überaus schlecht gelohnter Arbeiterschaft wirkte, zeigt die Tatsache, dass nach dem neuesten Verwaltungsbericht der Stadt Greiz von 10 688 selbständigen Staatsbürgern 5773 ein Einkommen bis höchstens 600 Mark haben, also nicht wahlberechtigt sind.

Sachsen

Der sächsische Wahlrechtsraub datiert vom März 1896, kann also eben jetzt sein zehnjähriges Jubiläum feiern. Vorher galt in Sachsen bekanntlich das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, das allgemeine nur insofern nicht, als Voraussetzung der Wahlberechtigung die Zahlung einer direkten Staatseinkommensteuer von mindestens 3 Mark war. Die Wahlreform passte das neue Wahlrecht dann völlig dem in Preussen geltenden Dreiklassenwahlsystem an, bis auf die Beibehaltung der geheimen Abstimmung und eine andere Art der Drittelung der Steuersumme zwecks Bildung der Wählerklassen. Diese wird nicht wie in Preussen,

lediglich nach Urwahlbezirken, sondern innerhalb des Ortes vorgenommen, wenn dieser einen Wahlbezirk für sich bildet oder in mehrere Wahlbezirke zerfällt, innerhalb eines Wahlkreises, wenn eine Gemeinde mehrere Wahlkreise umfasst, und innerhalb eines Urwahlbezirks nur, wenn dieser aus mehreren Gemeinden besteht. Dabei bringt es das sächsische Wahlgesetz sogar fertig, in einem Punkte noch schlechter zu sein, als sein preussischer Bruder, indem es im Gegensatz zu Preussen von seinen Urwählern die Zahlung einer Staatseinkommensteuer respektive Staatsgrundsteuer fordert.

Sachsen-Weimar-Eisenach

Ganz kurze Zeit nach dem Erlass des sächsichen Dreiklassenwahlgesetzes wurde das Grossherzogtum Sachsen-Weimar mit einem neuen Wahlgesetz beglückt, das gegenüber dem alten allerdings einige unwesentliche Fortschritte zeigte, im Grunde aber erzreaktionär war. Von den 33 Abgeordneten werden je 5 von den Grossgrundbesitzern und den Höchstbesteuerten direkt gewählt, die übrigen werden in allgemeinen indirekten Wahlen, und zwar wieder unter Beteiligung der schon privilegierten Grundbesitzer und Höchstbesteuerten, gewählt. Der Urwähler muss nicht nur Staatsangehöriger, sondern auch Gemeindebürger sein, was mit Geldkosten verbunden ist. Ausserdem muss der Wähler respektive Bürger *selbständige Nahrung* haben, ansässig, das heisst Eigentümer sein oder mindestens 2 Jahre in der Gemeinde wohnen. Allerdings hat dies ausgeklügelte Wahlsystem nicht verhindern können, dass im Laufe der Zeit doch 2 Sozialdemokraten in den Landtag gelangten. Der Zeitströmung folgend, hat man auch neuerdings wieder im Lande Goethes Lust zu einem Reförmchen verspürt; denn der Weimarer Landtag hat sich eben jetzt wieder mit einer Wahlrechtsvorlage beschäftigt, die ganz harmlos aussieht, da sie nur eine Neueinteilung respektive Verkleinerung der Urwahlbezirke vornimmt, die in der Tat aber auf eine Wahlbezirksgeometrie zum Schaden der Arbeiter hinausläuft.

Braunschweig

Im Jahre 1899 schuf sich Braunschweig, das Herzogtum mit dem preussischen Prinzen an der Spitze, ein neues Wahlgesetz, das allem modernen politischen Empfinden Hohn spricht. Danach werden von den 48 Landtagsabgeordneten 18 zunächst von besonderen Privilegiertenklassen gewählt, und zwar 5 von den Höchstbesteuerten, 4 von den wissenschaftlichen Berufsständen, 3 von den grösseren Gewerbetreibenden, 4 von den Grossgrundbesitzern und 2 von den Geistlichen. Für die Wahl der übrigen 30 Abgeordneten werden nochmals 3 Wählerklassen, und zwar nach dem Einkommen, gebildet. Auch die schon Privilegierten nehmen an diesen Wahlen teil. Wähler in der letzten dieser 3 Klassen kann man nur werden, wenn man Gemeindebürger ist, wozu wieder gehört, dass man wenigstens 25 Jahre alt und staatsangehörig ist, in der Gemeinde seit wenigstens 1 Jahr wohnt und Gemeindesteuer zahlt. Die Wahl der Abgeordneten erfolgt zu alledem nicht direkt, sondern durch Wahlmänner. Es fehlt nur die öffentliche Abstimmung, um dies Wahlrecht noch unter das preussische zu stellen.

Lübeck

Von unseren drei deutschen *Republiken* hatte Lübeck bis zum Jahre 1903 für seinen Landtag, der, wie in Hamburg und Bremen, gesetzgebenden Körperschaft für den Staat und Stadtverordnetenversammlung für die Stadt darstellenden Bürgerschaft, das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Jeder mindestens 21 Jahre alte Bürger, der das 28 Mark betragende Bürgergeld bezahlt hatte, war zur Bürgerschaft wahlberechtigt. Die Höhe des Bürgerrechtgeldes hielt naturgemäss die ärmeren Schichten von der Erwerbung des Wahlrechts zurück, doch schien mit dem Wachsen der sozialdemokratischen Bewegung die Gefahr eines siegreichen Angriffs auf die Bürgerschaft den Regierenden so bedenklich nahe, dass man auf Abwehr dachte. Auf Vorschlag des Senats schaffte im Jahre 1903 die Bürgerschaft das Bürgergeld allerdings ab, sie band das sonst unveränderte Wahlrecht aber an die Bedingung, dass der Wahlberechtigte mindestens 5 Jahre lang ein Einkommen von mehr als 1200 Mark versteuert haben müsse. Der liberale Führer und ehemalige Reichstagsabgeordnete für Lübeck, Dr. Görtz, erklärte in der Bürgerschaft gegenüber einer opponieren-

den bürgerlichen Minderheit offen: »Ich gebe Ihnen unbedenklich zu, die Vorlage ist hart, und es ist mir schwer geworden, ihr zuzustimmen. Aber die Staatsraison verlangt es.« Die Hoffnung der Wahlrechtsräuber, die Sozialdemokraten nun der Bürgerschaft sicher ferngehalten zu haben, erfüllte sich jedoch nicht. Schon die nächsten Bürgerschaftswahlen brachten die sozialdemokratischen Kandidaten in mehreren Bezirken ganz nahe an die Mehrheit. Und nun schritt man ohne Zögern zu einer gründlichen Abwürgung des Wahlrechts. Senat und Bürgerschaft einigten sich auf ein Zweiklassenwahlsystem, derart, dass die erste Klasse, welche alle Bürger mit mehr als 2000 Mark versteuerten Einkommens umfasste, 105 Vertreter (90 für die Stadt, 15 für das Land) erhielt, während die zweite Klasse, in der alle diejenigen wählten, welche mindestens 4 Jahre lang ein Einkommen unter 2000 Mark versteuerten, ganze 18 Vertreter (15 für die Stadt, 3 für das Land) erhielt. Dazu wurde das Wahlfähigkeitsalter von 21 auf 25 Jahre hinaufgesetzt. Die Sozialdemokraten konnten nun ruhig auch ein paar von den 18 Mandaten erringen, sie mussten doch stets und immer in hoffnungslos kleiner Minderheit verbleiben. Ein erbärmliches Almosen, das die reichen Herren den armen Arbeitern verächtlich hinwarfen! Und da wagte es jüngst im Reichstage der hanseatische Bundesratsbevollmächtigte Dr. Kluegmann, darauf hinzuweisen, dass ja gerade jetzt, nach der neuerlichen lübischen Wahlrechtsreform, die Sozialdemokratie in die Lage gekommen sei, eigene Vertreter in die dortige Bürgerschaft zu senden!

Hamburg

In Hamburg galt ursprünglich nicht, wie in Lübeck, gleiches Wahlrecht, sondern es wurde in 3 Klassen gewählt. Ein Viertel der 160 Bürgerschaftsmitglieder wurde von den Notabeln, ein zweites von den Grundbesitzern gewählt, während die verbleibende Hälfte aus allgemeinen geheimen Wahlen derjenigen Hamburger Bürger hervorging, die ihre 30 Mark Bürgergeld entrichtet hatten. Im Jahre 1896 kam man zur Abschaffung des Bürgergeldes, da sich nach der für die hamburgische Regierung so wenig ehrenvollen Cholerazeit das Bedürfnis immer stärker geltend machte, etwas frisches Blut in die lokale Verwaltung zu bringen. Vielleicht sah man es damals nicht ungern, wenn ein oder zwei Sozialdemokraten in die Bürgerschaft kamen, knüpfte aber zur Vorsicht das Wahlrecht, wie in Lübeck, an die Bedingung, dass der Wahlberechtigte 5 Jahre lang ein Einkommen von mindestens 1200 Mark versteuern müsse. Noch weniger, als in Lübeck, konnte das in Hamburg die Sozialdemokratie aus der Bürgerschaft fern halten. Nachdem 1901 der erste Sozialdemokrat dort seinen Einzug gehalten hatte, folgten ihm 1904 nicht weniger als 12 weitere Sozialdemokraten, und im Jahre 1907 würde bei der Erneuerung der anderen Hälfte der Bürgerschaft wahrscheinlich ein weiteres Dutzend gefolgt sein. Vielleicht hätte die Sozialdemokratie im weiteren Verlaufe noch ein drittes Dutzend von den 80 Mandaten, die für die allgemeinen Wahlen verbleiben, erobern können, also im ganzen annähernd ein Viertel der gesamten Bürgerschaftsmandate. Diese furchtbare Gefahr veranlasste nun aber die Herren der hanseatischen Republik, sich durch ein Attentat auf die bescheidenen Rechte des hamburgischen Volkes ihre angemasste Herrschaft fester zu sichern. Die näheren Umstände, unter denen dies Attentat erfolgte, sind noch in aller Erinnerung. Die bisherige allgemeine Wählerklasse wurde in 2 Klassen geteilt; in der ersten wählen diejenigen Bürger, die seit 5 Jahren mehr als 2500 Mark jährliches Einkommen versteuern, in der zweiten diejenigen, welche seit 5 Jahren ein Einkommen von 2500 Mark bis herunter zu 1200 Mark versteuern. Der ersten Klasse sind 48, der zweiten 24 Mandate überlassen, der Rest von 8 Mandaten bleibt dem Landgebiet. Um nicht etwa einmal alle 24 Mandate der zweiten Klasse an die Sozialdemokratie fallen zu lassen, hat man das Proportionalwahlsystem für beide Klassen eingeführt, das den bürgerlichen Parteien in der zweiten Klasse, selbst wenn sie stark in der Minderheit bleiben, immer noch einen Teil der 24 Mandate sichert. Um auch durch Beamtenkandidaturen eine weitere Absplitterung sozialdemokratischer Stimmen in der zweiten Wählerklasse zu erzielen, hat man den Beamten das bisher entschieden vorenthaltene passive Wahlrecht gegeben.

Bremen

Wenn sich die dritte der hanseatischen Republiken von derart skandalösen Wahlrechtsräubereien, wie sie die Schwesterrepubliken verübten, bisher ferngehalten hat,

so ist das gewiss nicht besonderer Achtung vor den Rechten des Volkes zu danken. Es ist zumeist wohl dem Umstande zuzuschreiben, dass bei dem famosen Achtklassenwahlsystem dieser Republik die Gefahr, die Sozialdemokratie zu einer dominierenden Stellung in der Bürgerschaft kommen zu sehen, geringer ist, als sie in Hamburg und besonders in Lübeck war. Von den 150 Mitgliedern der Bürgerschaft wählt die allgemeine Klasse der Wähler in der Stadt 48, im Landgebiet 8. Von diesem reichlichen Drittel der gesamten Mandate dürfte die Sozialdemokratie aber auch in Zukunft kaum mehr, als höchstens die Hälfte, gewinnen. Trotzdem hat man es sich nicht versagen können, wenigstens eine kleine Wahlrechtsverschlechterung durchzusetzen. Sie besteht in der beschlossenen Aufhebung des Zwanges für geborene Bremer, das 16,50 Mark betragende Bürgergeld zu bezahlen, von welcher Zahlung auch heute noch in Bremen die Erwerbung des Wahlrechts abhängt. Die mit der Beratung dieses Antrages beauftragte bürgerschaftliche Kommission schlug sogar vor, diesen Zwang zur Zahlung nur für Leute mit Einkommen unter 1500 Mark aufzuheben, ihn für Bessersituierte dagegen noch zu verschärfen durch Verdoppelung der Einkommensteuer. Man versuchte, diesen Vorschlag als lediglich im Interesse der Armen gemacht erscheinen zu lassen, während in Wirklichkeit damit beabsichtigt war, die Zahl der das Wahlrecht erwerbenden Arbeiter zu verringern.

III

VIELLEICHT ist das hier gezeichnete Bild der Wahlrechtsverschlechterungen im nördlichen Deutschland nicht ganz vollständig. Habe ich doch nicht von überall das erbetene Material erlangen können. Eine gewisse weitere Vervollständigung des Bildes dürfte jedoch auch ein Blick auf die kommunalen Wahlentrechtungen in Preussen geben. Ausführlich kann darauf allerdings hier schon aus räumlichen Gründen nicht eingegangen werden. Die lächerliche Buntscheckigkeit des kommunalen Wahlrechts in Preussen übertrifft fast noch die der verschiedenen nord- und mitteldeutschen Landtagswahlsysteme. Für preussische Kommunalwahlen kommen *nur* 16 verschiedene Gesetze und Verordnungen in Betracht, neben einer grossen Zahl verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen. Bei aller Verschiedenheit in den Einzelheiten und trotz der ganz verschiedenen Zeit ihres Entstehens sind aber alle diese Wahlgesetze vom reaktionärsten Geist erfüllt. Wo es möglich war, *unklare* Bestimmungen auszulegen, da wetteiferten Magistrate und Stadtverordnetenversammlungen mit einander um die Palme reaktionärster Interpretation. Und verständnisvolle Unterstützungen haben solche Bemühungen stets bei der höchsten Instanz preussischer Verwaltungsgerichtspflege, beim Oberverwaltungsgericht gefunden. So sind die ohnehin jämmerlich geringen Rechte preussischer Kommunalwähler Stück um Stück weiter geschmälert oder ganz verloren worden.

Hier soll besonders auf die Rolle verwiesen werden, die unsere norddeutschen Liberalen in diesen Fragen spielen. Aus der grossen Zahl von Fällen, in denen liberale preussische Stadtvertretungen Verschlechterungen des Kommunalwahlrechts herbeiführten, seien hier zwei erwähnt, die typisch sind.

Schon im Jahre 1892 beschloss die freisinnige Stadtverwaltung in Kiel, entgegen dem bis dahin unbezweifelten und klaren Wortlaut des § 77 des preussischen Einkommensteuergesetzes, das bis dahin an ein Mindesteinkommen von 660 Mark gebundene Wahlrecht erst bei einem Einkommen von 1200 Mark zu gewähren. Dem edlen Beispiele folgten andere, auch *freisinnige* Stadtverordnetenversammlungen Schleswig-Holsteins. Das Oberverwaltungsgericht entschied jedoch damals, dass nach dem preussischen Einkommensteuergesetz ein höherer Zensus, als 900 Mark, nicht zulässig sei. Man musste die Beute zunächst fahren lassen; bald aber versuchten die selben Stadtverwaltungen, voran die Kieler, die geplante Entrechtung der Ar-

beiter nochmals, und nun gab ihnen das Oberverwaltungsgericht unter Preisgabe seiner früheren Entscheidung freie Bahn, indem es erkannte, dass § 77 des Einkommensteuergesetzes allerdings zu erheblichen Zweifeln Anlass gebe, weshalb das Vorgehen der Städte zu billigen sei. Die freisinnigen *Anhänger des allgemeinen, gleichen etc. Wahlrechts* hatten also gesiegt, und viele Tausende von Arbeitern kamen um ihr Gemeindewahlrecht.
Auch die Stadtverwaltung in Königsberg in Preussen ist freisinnig, und daher wohl kam der dortige Magistrat eines Tages auf den guten Gedanken, dass diejenigen bisherigen Kommunalwähler, welche zwar mehr als 660 Mark Einkommen haben, aber von der Steuerzahlung ihrer Kinderzahl wegen befreit sind, nach dem Sinne der Städteordnung gar nicht wahlberechtigt seien. Die freisinnige Stadtverordnetenversammlung stimmte zu, und als einige der Entrechteten sich an das Oberverwaltungsgericht wandten, gab auch dieses den Herren recht, so dass mit einem Federstrich einige Tausend Königsberger Arbeiter ihres Wahlrechts beraubt waren — weil sie Kinder hatten. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten beantragten nun, alle Personen mit Einkommen von 660 bis 900 Mark von der Steuer zu befreien. Dadurch würden über 11 000 Königsberger Einwohner von der Einkommensteuer befreit sein, ohne das Wahlrecht zu verlieren, da nach der bisherigen Auslegung der Städteordnung durch das Oberverwaltungsgericht wohl einzelne Personen, die wegen ihrer Kinderzahl von der Zahlung der Steuer auf ein Einkommen von 660 bis 900 Mark befreit sind, deswegen das Wahlrecht verlieren, dieses aber dann nicht verloren geht, wenn allgemein alle Personen mit solchem Einkommen nicht zur Steuer veranlagt werden. Diesen sozialdemokratischen Antrag lehnten die freisinnigen Stadtväter jedoch unter allerlei Ausflüchten ab, und es blieb bei der Wahlentrechtung. Beiläufig erscheint das Experiment unserer Königsberger sozialdemokratischen Stadtverordneten doch etwas gefährlich. Wenn nun die Stadtverordnetenversammlung jenen Antrag angenommen und dann alle von der Steuer befreiten Personen des Wahlrechts verlustig erklärt hätte? Das Oberverwaltungsgericht hätte dann vielleicht Gelegenheit genommen, seine frühere Entscheidung zu revidieren und die Ziffer 3 des § 5 der alten preussischen Städteordnung dahin auszulegen, dass das Wahlrecht nur diejenigen Personen haben, welche Gemeindeabgaben zahlen. Eine solche Auslegung würde die Sozialdemokratie in einer Reihe von Städten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Ost- und Westpreussen und Sachsen die bisher errungenen Mandate kosten.

IV

DIE vorhergehenden Ausführungen machen nicht Anspruch darauf, irgend etwas Neues zu bringen. Im einzelnen sind alle diese Dinge zu ihrer Zeit in der Parteipresse behandelt worden, zum Teil eingehender, als das hier möglich war. Vielleicht aber lässt die gegenwärtige politische Situation mit ihrer gewaltig gesteigerten Kampfesstimmung grosser Volkskreise um Erringung besserer politischer Rechte die hier gegebene zusammenfassende Darstellung und Gruppierung der vergangenen einzelnen Wahlrechtsänderungen doch nicht ganz wertlos erscheinen.

Gewisse kurzsichtige Gegner suchen sich die verschiedenartige politische Entwickelung der beiden Reichshälften damit zu erklären, dass die süddeutschen Sozialdemokraten anders und besser, weniger rabiat und gefährlich seien, als die norddeutschen, weshalb jenen grössere politische Bewegungsfreiheit gewährt werden könne. Auf die mancherlei wirklichen, in wirtschaftlichen und geschichtlichen Verhältnissen wurzelnden Ursachen der verschiedenartigen Entwickelung hier einzugehen, verbieten mir sowohl der Raum, wie die dem Zwecke dieses Aufsatzes gesteckten Grenzen. Aber jene Erklärung ist auch nur eine Verwechselung von Ursache und Wirkung und klebt ganz am Äusserlichen. Soweit die süddeutschen Sozialdemokraten im bürgerlichen Sinne besser erscheinen, in der taktischen Behandlung politischer Fragen, wie in der persön-

lichen Behandlung politischer Gegner sich von ihren norddeutschen Gesinnungsgenossen etwa unterscheiden, ist das ganz natürlich aus dem anderen, verständigeren und zum Teil anständigeren Verhalten ihrer politischen Gegner zu erklären. Vielleicht tun einzelne süddeutsche Genossen hier und da einmal des Guten zu viel. Wer kann das ganz unbefangen entscheiden, und wer es verurteilen? Wir in rauh dahinstürmender Luft lebenden und deshalb bis an den Hals zugeknöpften Norddeutschen sollten es nicht tragisch nehmen, wenn man in einem milderen Klima ein wenig leger gekleidet dahinschlendert. Es ist doch überflüssig, zu sagen, dass die süddeutschen Sozialdemokraten im Grunde genau so *gefährlich* sind, wie die *ruppigeren*, norddeutschen Sozialdemokraten. Die klar sehenden Gegner der Sozialdemokratie wissen das ja auch sehr gut.

Wenn ich sagte, dass die Sozialdemokratie die treibende Kraft bei den Wahlrechtsverbesserungen in Süddeutschland war, so gilt das selbe für die Wahlrechtsverschlechterungen in Norddeutschland. Hier, wie dort hat in erster Reihe, ja ausschliesslich die Furcht vor der immer gewaltiger anwachsenden Sozialdemokratie die Herrschenden zu ihren Massnahmen getrieben. Und während im Süden diese Furcht vor dem erwachenden, sich seiner Kräfte bewusst werdenden Volke zu einem verständigen Einlenken, zu gewissen, wenn auch durchaus noch ungenügenden Konzessionen, an die vom Proletariat stürmisch geforderte Verwirklichung demokratischer Grundsätze geführt hat, trotzen die Herrschenden im Norden des Reiches auf ihre vermeintliche oder wirkliche Macht, verweigern sie nicht nur jedes Eingehen auf die drängenden Wünsche der Arbeiterklasse, nein, rauben sie auch noch die letzten schäbigen Reste sogenannter *Volksrechte*. Sei es drum: Die Sozialdemokratie wird auch mit den preussisch-deutschen Gewalthabern fertig werden und ihnen die heissbegehrten Volksrechte abringen, trotz Säbelrasseln, trotz Schimpfen und Drohen, Verfolgungen und Gefängnisstrafen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDUARD BERNSTEIN · FRAGEN DER TAKTIK IN RUSSLAND

ES scheint, als ob die russische Revolution in ein Stadium eingetreten ist, das viel Ähnlichkeit mit der Lage aufweist, in der sich die Revolution in Deutschland und Frankreich im Jahre 1849 befand. Man würde sehr irre gehen, wenn man das letztere schlechthin als Jahr der Reaktion gegen die Revolution von 1848 bezeichnen wollte. Reaktion im Sinne von Gegenschlägen gegen die demokratischen Errungenschaften der Februartage in Frankreich und der Märztage in Deutschland gab es schon 1848 zur Genüge. Hier, wie dort war der Verlauf der Revolution ein schrittweise sich vollziehender Abstieg der Demokratie von einer fast im Fluge genommenen Position. Die den demokratischen Parteien entgegenstehenden Elemente bedurften nur sehr geringer Zeit, um sich zur Gegenaktion zu sammeln; wie sehr sie schon vor Ablauf des ersten Jahres erstarkt waren, zeigte in Frankreich der Ausfall der Präsidentenwahl am 10. Dezember, in Deutschland die Auseinanderjagung der preussischen Nationalversammlung am 9. November 1848.

Soweit die durch die Regierungen und ihre Hilfsorgane ausgeübte Gewalt in Betracht kam, war die radikale Demokratie Ende 1848 besiegt.

Aber sie gab und hielt sich nicht für besiegt, sondern glaubte es nur mit ganz vorübergehenden Erfolgen des Gegners zu tun zu haben. Und allerhand Vorkommnisse verliehen dieser Annahme einen gewissen Rückhalt. Solange zum Beispiel die Demokratie sich überhaupt noch an Wahlen zur Volksvertretung beteiligte, fielen diese gerade in den Grossstädten immer radikaler aus. Paris wählte im Mai 1849 viel radikaler, als im April 1848, Berlin und andere Grossstädte Preussens schickten im Februar 1849 sehr viel mehr Demokraten in das preussische Abgeordnetenhaus, als im Mai 1848. Gerade die Fortschritte der Reaktion in den Stützorganen der eingesetzten Staatsgewalt trieben die Wähler der grossen Städte und selbst Teile der ländlichen Wähler ins Lager der radikalen Demokratie. Ausserdem konnte diese nun erst dazu kommen, sich in politischen Parteien mit bestimmten Programmen zu organisieren. In Frankreich geht um die Jahreswende 1848-1849 aus einer Verbindung von Arbeitern und kleinbürgerlichen Radikalen die Partei der *Sozialen Demokraten* hervor, und auch in Preussen zeigt sich eine solche Verbindung an. Es ist — um bei Preussen zu bleiben — sehr interessant, unter diesem Gesichtspunkt das politische Leben Berlins im Jahre 1849 nachzustudieren. So wenig, wie in Paris, wird man da in der ersten Hälfte des Jahres auf Verzweiflung an der Revolution stossen. Sowohl die Organisationen der Arbeiter, wie die der radikalen bürgerlichen Demokratie zeigen gerade um diese Zeit ein überraschendes Wachstum. So stark schwillt die Mitgliederzahl demokratischer Vereine, dass die Bildung von Unterabteilungen notwendig wird, und bald dehnt sich ein ganzes Netz demokratischer Bezirksvereine über Berlin aus, die trotz Belagerungszustand noch so wenig verphilistert sind, dass sie sich hartnäckig weigern, der Polizei ihre Mitgliederlisten einzureichen, es vielmehr immer wieder auf Auflösung ankommen lassen. Und dass man den Gedanken an Wiederaufnahme des bewaffneten Widerstandes im Volke noch nicht fallen gelassen hatte, beweist die Tatsache, dass die Polizei immer wieder Waffen zu konfiszieren hatte, die von ihren Besitzern unter Umständen verborgen gehalten wurden, die den Verdacht der Polizeimache ausschliessen. Erst nachdem im Mai und Juni die Aufstände in Sachsen und Süddeutschland niedergeschlagen waren, schwand auch in Berlin allmählich die Hoffnung, die preussische Reaktion bald wieder im Strassenkampf stürzen zu können. Sieben auf dem Dönhoffplatz dahingestreckte Leichen hatten schon am 27. April 1849 dem Volk von Berlin eine Probe davon geliefert, wessen es sich bei der geringsten Regung des Widerstandes auf der Strasse zu gewärtigen hatte, dass von einem Zaudern, auf das eigene Volk schiessen zu lassen, in Regierungskreisen nicht mehr die Rede war. An jenem Tage war das preussische Abgeordnetenhaus aufgelöst worden, nachdem es zwei Tage vorher die Aufhebung des über Berlin verhängten Belagerungszustandes verlangt hatte, und in die Volksmasse, die die aus dem Haus heraustretenden demokratischen Abgeordneten mit Beifallsbezeugungen begrüsste, hatte das Militär, weil sie auf dreifaches Kommando nicht willig auseinandergelaufen war, ohne weiteres hineingeschossen. Statt Aufhebung erfolgte am 16. Mai V e r s c h ä r f u n g des Belagerungszustandes, auf Grund deren weit über Tausend *Verdächtige* aus Berlin ausgewiesen wurden, und 14 Tage darauf die Oktroyierung des Dreiklassenwahlsystems.

Es liegt auf der Hand, dass unter diesen Umständen die demokratischen Parteien in Preussen wenig Neigung verspüren konnten, an Wahlen auf Grund des oktroyierten Wahlsystems teilzunehmen. Beteiligung hätte in jedem Moment Anerkennung der Gesetzlichkeit des Verfahrens bedeutet. Es war aber gesetzrespektive verfassungswidrig. Immerhin muss so viel gesagt werden: Das oktroyierte preussische Dreiklassenwahlsystem widerspricht den Grundprinzipien der bürgerlichen Demokratie — *bürgerlich* hier im Sinne des Staatsbürgertums —, aber es widersprach nur wenig der sozialen Verfassung Preussens im Jahre seiner Einführung. Nicht die Lohnarbeiterschaft in Stadt und Land, sondern Kleinbürger und Kleinbauern bildeten noch lange die grosse Mehrheit der Wähler dritter Klasse, zwischen denen und den Wählern der zweiten Klasse daher kein schärferer Klassengegensatz bestand, als zwischen diesen und den Wählern der ersten Klasse. In einer Epoche wesentlich bürgerlicher Revolution hätte es daher mit all seinen gehässigen Formalitäten das Zustandekommen einer Kammer nicht verhindern können, die die selbe Physiognomie zur Schau trug, wie eine auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählte. War doch auf Grund dieses letzteren im Jahre 1848 auch nur ein einziger gewerblicher Arbeiter in die preussische Nationalversammlung gewählt worden, und auch er nur als Kandidat der bürgerlichen Demokratie.

Für die preussische Demokratie war diese Erwägung zurzeit der Oktroyierung des Wahlrechts begreiflicherweise nicht massgebend. Sie proklamierte Wahlenthaltung, und es wurde eine Kammer gewählt, in der das Beamtentum so sehr vorherrschte, dass sogar die mattherzige liberal-konstitutionelle Partei in der Minderheit blieb. Die so zusammengesetzte Kammer sanktionierte selbstverständlich das Wahlsystem, auf Grund dessen sie gewählt war, und leistete der Krone in der Rückwärtsrevidierung anderer Neuschöpfungen die gewünschten Handlangerdienste. Auch die folgenden Kammern trugen infolge fortgesetzter Wahlenthaltung der Demokraten diesen Charakter. Sie taten alles Mögliche, die erschütterte Macht des Junkertums und der Kirche in Preussen wieder zu befestigen, und schanzten namentlich den Junkern sehr erhebliche materielle Vorteile auf Kosten der landarbeitenden Klassen zu. In Lassalles *System der erworbenen Rechte* kann man nachlesen, wie sich das Junkertum mit Hilfe der *Landratskammer* noch 1859 für längst verfallene Feudalrechte aus der Tasche des Volkes Lösegeld zahlen liess.

Im Lichte dieser Erfahrung wird man sich fragen müssen, ob die demokratischen Parteien in Preussen klug handelten, wenn sie auch nach dem ersten Protest gegen das Wahlsystem von 1849 an der Wahlenthaltung festhielten. Dass sie zu der Kammer nicht wählen mochten, die die Oktroyierung gut heissen sollte, kann man verstehen. Die Fortsetzung der Taktik der Wahlenthaltung hatte aber nur Sinn, wenn man entweder dadurch das Zustandekommen von Wahlen überhaupt verhindern oder begründetermassen auf einen erneuten siegreichen Revolutionskampf wider die Krone rechnen konnte. Beides traf nicht zu, und so hat die fortdauernde Wahlenthaltung nur die Wirkung gehabt, dass die Reaktionsparteien ungestört dem Volk Bleikugeln an Hand und Fuss schmieden konnten, die dieses in Preussen zum grossen Teil heute noch mit sich schleppen muss.

An all das erinnern die Diskussionen, die heute in den Reihen der bürgerlichen und proletarischen Demokratie Russlands über die Frage der Beteiligung an

den Wahlen zur *Reichsduma* stattfinden und die Gemüter erfüllen. Russland hat in den Hauptstädten der Zentralregierung keinen siegreichen Barrikadenkampf gehabt; für das, was der 24. Februar in Paris, was der 18. März in Berlin war, hatte es seine gewaltigen Massenstreiks von Industriearbeitern, Eisenbahnern und Post- und Telegraphenbeamten — Kämpfe, die, obgleich sie unblutig waren, die Staatsgewalt nicht weniger ins Wanken brachten, als jene. Und was in Frankreich die Junischlacht, in Preussen die Oktoberkämpfe vor dem Hause der Nationalversammlung gewesen waren, das scheint für Russland der Strassenkampf in Moskau sein zu wollen. Es ist natürlich für den Fernstehenden immer schwer, die Tragweite von Vorgängen eines anderen Landes richtig abzuschätzen. Aber so viel wird heute doch als feststehend angenommen werden müssen, dass der Ausgang des Moskauer Strassenkampfs die Position der Zentralgewalt in Russland mindestens zurzeit sehr wesentlich gestärkt hat. Wie es sich auch mit jenem Kampf selbst verhalten haben mag, ob er, wie nachträglich von revolutionärer Seite erklärt wird, fast nur ein Niedermetzeln wehrloser Unbeteiligter oder ein wirklicher Kampf mit Revolutionären war, der moralische Effekt der Tatsache, dass die verwendeten Truppen sich für den Zaren zuverlässig zeigten und Sieger blieben, die Revolutionäre aber trotz der Verfügung über Waffen das Feld räumen mussten, wird, soweit die grosse unentschiedene, reinen Gefühlsregungen folgende Volksmasse und das Gros von Heer und Beamtenschaft in Betracht kommen, kaum beeinflusst. Ist bei diesen der Glaube an die Macht der russischen Zentralgewalt wieder hergestellt, dann ändern sich die Aussichten auf einen Sieg der Demokratie mit revolutionären Mitteln im entsprechenden Grade. Es muss das ausgesprochen werden, selbst auf die Gefahr hin, dass man dadurch den Vorwurf des Flaumachens auf sich lädt. Das Vorgehen der russischen Regierung und ihrer Organe gegen alles, was nur entfernt nach Demokratie aussieht, ist so unmenschlich gewalttätig und roh, dass niemand etwas wird dagegen sagen wollen, wenn die so Bedrohten sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihrer Haut wehren und sich zu diesem Behuf nach Möglichkeit bewaffnen. Aber die Rüstung zur Gegenwehr darf nicht zum Anlass werden, Massregeln zu unterlassen, die vielleicht weniger heroisch erscheinen, aber darum doch nicht weniger notwendig sind.

Ich habe seit Ausbruch der russischen Revolution jedem Anreiz und selbst jeder Aufforderung, in die taktischen Streitfragen der Kämpfenden mich einzumischen, bisher beharrlichen Widerstand entgegengesetzt. Es scheint aber die Zeit gekommen, wo es Pflicht wird, seine Meinung offen auszusprechen. Die Frage des Ausganges der russischen Revolution ist ja keine ausschliesslich russische Angelegenheit. Die ganze politische Entwickelung Europas wird dadurch beeinflusst. Von je grösserer Tragweite für den Verlauf der Dinge in Russland eine taktische Streitfrage ist, in um so höherem Grade berührt sie daher auch unsere Interessen. Die wichtigste Frage der Taktik ist aber im gegenwärtigen Moment die Frage der Stellung zu den *Duma*wahlen.

Die Frage ist in zweierlei Form gestellt. Erstens als Frage, ob Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung, und zweitens als Frage, ob blosse Wahlenthaltung oder Wahlenthaltung in Verbindung mit Wahlverhinderung. Oder anders ausgedrückt: blosser Boykott der Wahl oder möglichste Störung der Wahl und Ächtung der Wählenden? So, wie hier zuletzt angegeben, hat bekanntlich

ein Teil der revolutionären Sozialisten Russlands, haben insbesondere Sektionen des *Jüdischen Arbeiterbundes* die Frage gestellt und im Sinne der zweiten Lösung beantwortet. Es soll nicht nur von seiten der Sozialisten Wahlenthaltung geübt, sondern überhaupt jeder als Verräter der Volkssache gebrandmarkt werden, der sich in die *Duma* hineinwählen lässt. Das ist unter anderem in einem Manifest der Odessaer Mitglieder des *Bundes* ausgedrückt.

Es ist aber absolut nicht einzusehen, welcher Vorteil der Sache der Revolution respektive des politischen Fortschritts in Russland aus einer derartigen Politik, wie sie damit proklamiert wird, erwachsen soll. Die unzähligen Stacheldrähte, mit denen die russische Regierung das *Duma*wahlrecht für die Arbeiter umgeben hat, lassen es begreiflich erscheinen, wenn russische Sozialisten von einer offiziellen Beteiligung als Partei an diesen Wahlen Abstand nehmen. Aber wenn man nicht das Zustandekommen von *Duma*wahlen im ganzen Lande verhindern kann, welchen Vorteil können wir vernünftigerweise davon erwarten, dass auch nicht einmal bürgerliche Demokraten in die *Duma* einziehen? Revolutionärer Optimismus ist eine sehr gute Sache, aber wenn er zur Phantasterei auswächst, dann wird er niemand anderem gefährlich, als den Kämpfenden selbst. Die Situation in Russland ist heute von der des Vorjahrs, die selbst skeptische Naturen zu ungemessenen Hoffnungen hinreissen konnte, in jeder Hinsicht verschieden. Aus dem Chaos unbestimmter politischer Strömungen haben sich im Laufe der letzten Monate ganz bestimmte Parteien herauskrystallisiert. Die konservativen Elemente aller Art haben sich als Rechtspartei, als monarchische Partei, als *Partei des 17. Oktober* etc. politische Organisationen geschaffen und gehen mit bestimmten Programmen in den Wahlkampf; die Regierung zeigt immer mehr, dass sie wieder festen Boden unter den Füssen fühlt, die Hoffnung auf die aus der Mandschurei zurückkommenden Truppenteile haben sich nicht erfüllt: auf welche Ereignisse rechnet man, um die Situation aufs neue herbeiführen zu können, in der sich Russland vor einem halben Jahre befand? Gewiss macht die russische Regierung durch ihre Brutalitäten sich immer wieder neue Gegner und selbst Todfeinde. Aber was können diese tun? Sie können die Zahl der Attentate gegen Personen und Institute vermehren, aber Attentate pflegen durch Häufung ihre Eindruckskraft eher abzuschwächen, als zu stärken. Eine tiefere Wirkung hat das Attentat nur, wo es als Ausnahmeakt des empörten Rechtsgefühls auftritt. Als alltägliche Erscheinung stumpft es im Gegenteil das Rechtsempfinden ab, Gleichgültigkeit bemächtigt sich ihm gegenüber der einen, Fatalismus der anderen. Es gibt kein Beispiel in der Geschichte, wo Attentate vermocht hätten, eine revolutionäre Situation wiederherzustellen.

Man könnte hiergegen einwenden wollen, die russische Revolution sei eben so total von den Revolutionen Westeuropas verschieden, dass, was für diese galt, auf sie nicht übertragen werden könne. Indes hat gerade der Gang der Ereignisse des Vorjahres gezeigt, dass bei allen Verschiedenheiten der Bedingungen und Mittel die psychologischen Grundmomente der Revolution doch auch in Russland nicht wesentlich andere sind, als sie seinerzeit in Frankreich und Deutschland waren. Menschen bleiben eben schliesslich doch überall Menschen, und so sehr ist die Kulturentwickelung derjenigen Landesteile Russlands, die für die Revolution den Entscheid gaben, nicht von der, wie sie beispielsweise Preussen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts erreicht hatte, verschieden,

dass die Bevölkerung dieser Landesteile längere Zeit unter Zuständen existieren könnte, die dort als unerträglich empfunden wurden.

Zwei gewichtige Momente geben allerdings der russischen Revolution einen andern Anblick, als ihn ihre Vorläufer im Westen trugen. Wir können es uns heute nicht mehr verheimlichen, dass sie ihre stärksten Bollwerke nicht im Zentrum Russlands, sondern in der Peripherie liegen hat, während umgekehrt im Zentrum die Reaktion am stärksten organisiert zu sein, den stärksten Rückhalt in den oberen Klassen, dem Kleinbürgertum und den diesem geistesverwandten Schichten des Strassenproletariats zu finden scheint. Weder Petersburg, noch Moskau haben sich als russisches Paris gezeigt. Ohne Petersburg und Moskau kann jedoch von Niederwerfung der zarischen Gewalt auf revolutionärem Wege nicht die Rede sein. In den russischen Revolutionsparteien spielt indes dasjenige Element die Hauptrolle, dessen Denkweise und Temperament den Verhältnissen entspricht, wie sie in den peripherischen Teilen des Reiches vorherrschen. Das stellt die Revolution vor die verhängnisvolle Gefahr, dass bei ihren taktischen Entscheidungen nicht die Rangordnung der zu lösenden wirklichen Aufgaben, sondern irgend welche Bewegungen subsidiärer Natur ausschlaggebende Kraft erhalten. Damit ist aber schon das zweite Problem der russischen Revolution berührt: die jüdische Frage.

Welch grosse Rolle das jüdische Element in der russischen Revolution gespielt hat und noch spielt, ist bekannt. In einem Lande, wo das Judentum in ganzen Gebieten nicht nur a u c h Proletarier, sondern geradezu d i e Proletarier stellt, und wo diese jüdischen Proletarier doppelt, als Juden u n d als Proletarier, entrechtet und ausgebeutet sind, kann es gar nicht anders sein, als dass sie und diejenigen, die mit ihnen fühlen, ein besonders aktives Element in der Revolution bilden. In der nach Millionen zählenden proletarischen jüdischen Bevölkerung hat die russische Revolution ein schier nicht zu erschöpfendes Kräftereservoir. Man braucht nur den *Jüdischen Arbeiterbund* zu nennen, um ein Bild von der Bedeutung dieses Reservoirs zu geben. Denn diese Organisation, die in verhältnismäsig kurzer Zeit alle anderen sozialistischen Organisationen Russlands an Mitgliederzahl überflügelt hat, ist heute anerkanntermassen die leistungsfähigste aller Revolutionskräfte, denen die zarische Regierung sich gegenübersieht. Für das zarische Russentum war der Jude auch früher schon stets revolutionärer Umtriebe verdächtig, heute aber ist in den Augen der russischen Polizei und ihrer Helfer das Wort *Jude*, wenn es mit *Arbeiter* zusammensteht, auch gleich identisch mit *Revolutionär*. Bei den in Russland jetzt Mode gewordenen Razzias auf offener Strasse wird jeder jüdische Passant, der nicht in seiner ganzen Erscheinung das Mitglied der Geldaristokratie erkennen lässt, ohne weiteres als Feind des Zaren behandelt oder vielmehr misshandelt und, sofern er Geld oder Geldeswert bei sich hat, bestohlen.

Nun ist aber trotz aller Einpferchung in bestimmte Gouvernements die jüdische Bevölkerung Russlands nicht in dem Sinne bodenständig, wie dies die Esthen, Letten, Kurländer etc. in den Ostseeprovinzen sind. Sie vertritt keinerlei zentrifugale Tendenzen, keine spezifische Provinzialautonomie, der russische Jude will nicht irgendwo *Herr im Hause* sein, sondern nur überall im Reiche *zu Hause* sein dürfen. Sein dringendstes politisches Bedürfnis ist Freizügigkeit, und wo oder soweit er diese erlangt hat, ist er sogar häufig ein Russifikationsfaktor. Als Revolutionär ist er wesentlich zentralistisch gestimmt.

So weit, so gut. Mit dieser Disposition, aus ihr heraus hat das jüdische Element der Sache der Revolution in Russland unschätzbare Dienste geleistet. Aber diese Disposition hat auch eine andere Seite, die der Revolution leicht verhängnisvoll werden kann. Man kann sie am besten damit bezeichnen, dass man an das Wort Fichtes vom deutschen Volk anknüpft, wonach dieses, weil es keine eigene Geschichte habe, dazu berufen sei, aus dem reinen Geist heraus sein Reich aufzubauen. Noch viel weniger, als der Deutsche zur Zeit Fichtes, hat der russische Jude eine *eigene Geschichte*, und um so viel mehr, als jener, ist er daher geneigt, politisch aus dem *reinen Geist* heraus zu konstruieren. Der Heidelberger Professor Max Weber weist in seiner soeben in einer Beilage zum *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* erschienenen, höchst inhaltsreichen Abhandlung *Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Russland* mit Recht darauf hin, eine wie grosse Rolle in den Zeitschriften der russischen Sozialisten die Fragen der Erkenntnistheorie und der *Hunger nach Prinzipien* spielt, und unter diesen Prinzipienhungrigen sind die Sozialisten jüdischer Abstammung meist die Hungrigsten. Während in der Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie auch die Philosophie mit Marx am Ende ihres Lateins angelangt ist und von Leuten wie Avenarius, Cohen, Mach, Windelband, Simmel, Stammler etc. entweder gar nicht oder nur als von Wanzen gesprochen wird, die sich unbefugterweise auf Marx' Leiche herumtummeln, zeigen sich diejenigen russischen Sozialisten, die sich überhaupt mit theoretischen Fragen beschäftigen, stets auch über diese deutschen Philosophen der Gegenwart durchaus orientiert. Wir deutsche Sozialisten sind eben, ob wir uns auch noch so laut als *Radikale* bezeichnen mögen, Opportunisten nicht nur im Handeln, sondern leider auch im Denken. Dem russischen Sozialisten, und insbesondere dem jüdischrussischen Sozialisten, steckt dagegen noch das Suchen nach dem *Absoluten* im Blut, so sehr man in den letzten paar Jahren vor der Revolution und in dieser selbst angefangen hat, *Realpolitik* zu treiben. Es gibt eben zweierlei Arten von Realpolitik.

So wenigstens muss man sich das Rundschreiben erklären, welches das Zentralkomitee des *Jüdischen Arbeiterbundes* Mitte Februar dieses Jahres verschickt hat, und worin diese einflussreiche Körperschaft in ähnlicher Weise zur Frage der *Duma*wahlen Stellung nimmt, wie die Odessaer Sektion. Das Schriftstück ist leider zu lang, um hier ausführlich mitgeteilt werden zu können. Es erinnert in seiner ganzen Dialektik merkwürdig an die Rundschreiben der Revolutionskomitees, die 1849-1850 die deutsche Revolution zu reorganisieren suchten. Hier, wie dort die selbe Neigung, statt sich mit rückhaltloser Offenheit Rechenschaft über den wahren Stand der Dinge abzulegen, die Tatsachen so a u s z u l e g e n, wie man sie gerade braucht. Vor solchem Verfahren kann aber nicht eindringlich genug gewarnt werden, denn es ist die sicherste Methode, künftige Niederlagen vorzubereiten. Man kann zum Beispiel der Meinung sein, dass der Ausgang des Moskauer Strassenkampfes vom Dezember 1905 die Frage der Zweckmässigkeit der Veranstaltung von Strassenkämpfen noch nicht entscheide. Aber wenn diese Meinung irgend welches Gewicht haben soll, dann muss man auch gewissenhaft darlegen, woran der Moskauer Aufstand scheiterte, unter welchen Voraussetzungen ein besserer Ausgang zu gewärtigen wäre, und welche Wahrscheinlichkeiten für die Herbeiführung dieser Voraussetzungen bestehen. Statt dessen heisst es im Zirkular kurzweg: »Das

liberale Bürgertum weist uns auf den Moskauer Aufstand hin, in welchem seiner Meinung nach die Regierung uns besiegt haben soll. In Wirklichkeit aber müssen wir den Moskauer Aufstand als einen weiteren Schritt in der Fortentwickelung der Revolution, als einen Übergang zu einer höheren Kampfesform und in diesem Sinne auch als einen S i e g der Revolution betrachten.« Das Wort *Sieg* ist im Zirkular selbst unterstrichen; bei aller Achtung vor den organisatorischen und sonstigen Leistungen des Zentralkomitees muss ich jedoch sagen, dass es meines Erachtens eine ganz andere Auszeichnung verdient. Tatsächlich lagen nämlich in Moskau wirklich am Anfang die Dinge für einen Sieg der Revolutionäre gar nicht ungünstig. Die Truppen waren noch sehr demoralisiert, die Truppenführer uneinig, das grössere moralische Ansehen lag bei den Revolutionären. Warum mussten diese trotzdem das Feld räumen? Fehlte es ihnen an Waffen? Dann war es — um keinen anderen Ausdruck zu gebrauchen — der grösste Fehler gewesen, den Aufstand ins Werk zu setzen. Gab aber nicht Mangel an Waffen den Entscheid, sind die Revolutionäre trotz ausreichender Bewaffnung zurückgewichen, dann wäre der Übergang zu dieser Form des Kampfes erst recht nicht als *Sieg* zu betrachten. Jedenfalls tut der *Bund*, der so viel geleistet hat, sich selbst unrecht, wenn er sich auf Deuteleien verlegt, wie sie nach dem Niedergang der Revolution von 1848 von der enttäuschten Emigration betrieben wurden.

Aber davon abgesehen, stossen wir im erwähnten Rundschreiben noch auf folgenden Widerspruch. Die Liberalen sprechen von einer Niederlage, führt es aus, weil sie Streiks und bewaffnete Aufstände tötlich hassen; ihr Klasseninstinkt müsse ihnen »naturgemäss diesen Hass einflössen«. Das Bürgertum sei durch die Streiks etc. ermattet und bereit, in der *Duma* einen Erlöser von der Anarchie zu sehen; ohne die Beihilfe des Bürgertums sei der vom Proletariat zu führende Kampf selbstverständlich sehr erschwert, aber zum Glück sei die Regierung, nun sie sich Herr der Lage fühle, hochmütig geworden, mache Anstalten, die *Duma* gar nicht einzuberufen, treibe so das Bürgertum wieder in die Arme der Revolution, von der es eigentlich nichts wissen will, und stärke so von neuem »die Möglichkeit unseres Sieges«. Und nach d i e s e r Auseinandersetzung kommt dann die Feststellung, dass »die einzig richtige Taktik der revolutionären Partei bezüglich der *Duma*« in folgendem bestehe: »a k t i v e r B o y k o t t der Wahlkampagnen auf allen ihren Stufen; a k t i v e r B o y k o t t der *Duma* der Militärdiktatur; a k t i v e r B o y k o t t der *Duma* der Henkerregierung!« Eine Folgerung, die meines Erachtens schon in sich widerspruchsvoll ist. Man überlege nur: Das liberale Bürgertum, dessen Beihilfe die Revolution braucht, will die *Duma*, wenn es aber zur Wahl für die *Duma* kommt, dann sollen die Revolutionäre die Wahlversammlungen sprengen und keine Wahlhandlungen zu stande kommen lassen, denn so wird ausdrücklich der *aktive Boykott* im Rundschreiben erklärt. Nehmen wir an, die Parole wird in grösserem Umfange mit Erfolg durchgeführt, welche Wirkung würde sie haben? Nach der vorstehenden Auseinandersetzung müsste das Ergebnis doch das sein, dass das Bürgertum vollends dem Zarismus in die Arme getrieben würde. Die Revolution würde diesem eine Arbeit abgenommen haben.

Man könnte sagen, auch das würde ein Erfolg sein, denn dann hätte die Revolution reinen Tisch, die berühmten zwei Lager wären hergestellt, *ein Hüben und Drüben nur gibt's* etc. etc. Aber das Zentralkomitee des *Bundes* weiss

so gut, wie irgend jemand, dass eine derartige Zweiteilung unter den heutigen Verhältnissen nur dem Zarismus und seiner Beamtenwirtschaft zu gute kommen kann, dass sie das Ende der so hoffnungsvoll ins Leben getretenen Revolution bedeuten würde — ein Ende mit Schrecken, wenn man will, aber dafür ein Ende auf um so länger hinaus.

Indes ist das doch nicht die eigentliche Frage, die sich an die Parole *Boykott der Dumawahlen!* knüpft. Die nächstliegende und zugleich entscheidende Frage ist vielmehr die schon am Eingang dieses Aufsatzes aufgeworfene Frage, in welchem Umfang der Boykott würde durchgeführt werden können. Dass es den russischen Revolutionären, sofern sie es ernsthaft wollen, möglich sein wird, eine Anzahl *Duma*wahlen zu verhindern, kann für den, der ihren Mut und ihre Opferwilligkeit kennt, keinem Zweifel unterstehen. Aber welche Wahlen und wie viel Wahlen würden das sein? Man braucht sich nur das Wahlgesetz näher anzusehen, und man wird sich überzeugen, dass es nur ein sehr unbedeutender Prozentsatz von Wahlakten sein kann, bei dem die Revolutionäre überhaupt einzugreifen in der Lage wären. Zumal wenn sie der Parole *Boykott der Wahlkampagne auf allen Stufen!* folgen. Für die Arbeiterwahlen sind bekanntlich drei Stufen festgesetzt: Wahl von Bevollmächtigten, Wahl von Wahlmännern, Wahl von Abgeordneten. Wer also die Urwahlen boykottiert, nimmt sich dadurch die Möglichkeit, die Wahlmännerwahlen zu boykottieren, und wer diese boykottiert, kommt wieder nicht dazu, die Abgeordnetenwahlen zu boykottieren. Ist also schon hier der Boykott eine sehr verwickelte Geschichte, so wird er immer weniger durchführbar, je mehr sich die Wählerkategorieen der Klassenlage nach von der Arbeiterklasse entfernen. Ich kann mich täuschen, aber nach meiner Schätzung würde es schon sehr viel sein, wenn es den Revolutionären gelänge, einige Dutzend Abgeordnetenwahlen zu verhindern. Aber wenn es selbst hundert wären, würde das noch immer nicht ausreichen, um den Zusammentritt der *Duma* zu hintertreiben.

Das aber ist, wie bemerkt, der Grund, der meines Erachtens entscheidend gegen die Parole des Zentralkomitees spricht. Wäre auch nur mit einiger Wahrscheinlichkeit darauf zu rechnen, dass sie die ganze *Duma,* wie sie nach dem Wahlgesetz vom 11./24. Dezember 1905 gebildet werden soll, unmöglich machte, dann hätte die Proklamierung des Boykotts gewiss ihren Sinn. Denn für die sozialistische Arbeiterschaft bedeutet diese *Duma* einen nichtswürdigen Schwindel, und wenn es richtig ist, dass das liberale Bürgertum Russlands sich nach einer *Duma* sehnt, so werden unter den ehrlichen Liberalen in Russland diejenigen doch nur sehr dünn gesäet sein, die sich nach dieser *Duma* sehnen und ihr, falls sie verhindert würde, eine Träne nachweinten. Um sie aber wäre es auch durchaus nicht schade. Es ist eine ganz falsche Fragestellung, von der das Zentralkomitee des *Bundes* in dieser Sache ausgeht. Es meint, die Beteiligung der Arbeiter an den *Duma*wahlen würde der *Duma* eine gewisse Autorität verleihen, und darum müsse sie unterbleiben. Tatsächlich ist es für das Ansehen oder Nichtansehen der *Duma* ganz gleichgültig, in welcher Form die Arbeiter ihren Protest gegen die gesiebte Klassenvertretung abgeben. Worauf es ankommt, ist, von welcher Form des Protestes die nachhaltigste Wirkung zu erwarten ist.

Ob es unmöglich ist, die *Duma* von innen heraus zu sprengen, lässt sich gar

nicht voraussagen. Sicher ist nur, dass die Demokratie allein sie nicht von innen heraus sprengen könnte, dafür hat das Wahlgesetz schon gesorgt. Aber es können auch andere Faktoren auflösend wirken. Kein auf so raffinierte Weise zusammengekünsteltes Parlament ist vor innerer Zersetzung geschützt. Durch das Ferment einer möglichst grossen Anzahl entschieden demokratischer Vertreter würde der Zersetzungsprozess leichter gefördert werden. Insofern er die Wahl von solchen verhindert, ohne deshalb die *Duma* selbst unmöglich zu machen, würde der Boykott direkt antirevolutionär wirken.

Eine energische Ausnutzung des *Duma*wahlrechts auf allen Stufen braucht der ausserparlamentarischen revolutionären Aktion, die in Russland heute noch geboten ist, keinen Eintrag zu tun, könnte sie vielmehr ergänzen und fördern. Es hat sich noch stets in der Politik als eine falsche Taktik erwiesen, alles auf eine Karte zu setzen. Die russischen revolutionären Komitees sind sicher energischer, als die Revolutionskomitees der Emigration von 1848-1850, und haben auch andere Möglichkeiten, als jene. Ob sie aber in der Lage sind, die demokratisch-revolutionären Elemente Russlands so ausreichend mit Waffen zu versehen, dass diese den Kampf mit den Truppen des Zaren würden aufnehmen und siegreich durchführen können, ist doch noch sehr die Frage. Um einen solchen würden sie aber bei der Taktik, die jetzt propagiert wird, schliesslich gar nicht herumkommen. Ohne ihn gäbe es nur endlos wiederkehrende Gewaltakte hüben und drüben, deren Wirkung mit der Zeit ein Herabdrücken des Kulturniveaus auf eine noch tiefere Stufe sein müsste, als Russland jetzt einnimmt. Ich halte es aber nicht für die Sache von Sozialisten, sehenden Auges darauf hinzuarbeiten. Darum scheint mir immer noch die andere Politik vorzuziehen, die bei Aufrechterhaltung der vollen Selbständigkeit der einzelnen Fraktionen einen Block aller demokratischen Elemente des heutigen Russlands möglich macht, zum gemeinsamen Kampf wider die organisierten Parteien des Klassenvorrechts und der Polizeiregierung. Wenn ein solcher Block hintertrieben wird, werden Rechte, die zu erkämpfen noch heute möglich ist, noch weiter vorenthalten bleiben oder die gleiche verkrüppelte Gestalt erhalten, wie das *Duma*gesetz. Mögen unsere russischen Freunde acht haben, dass nicht auch auf sie das Wort Anwendung erhält, das Marx einst gesprochen hat: »Keine Partei übertreibt sich mehr ihre Mittel, als die demokratische, keine täuscht sich leichtsinniger über ihre Situation«.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

CONRAD SCHMIDT · BEMERKUNGEN ÜBER ETHIK UND MATERIALISTISCHE GESCHICHTSAUFFASSUNG



DER proletarische Klassenkampf, den die Sozialdemokratie propagiert, durch den sie die gegebene ökonomische Struktur umbilden, sie den Bedürfnissen und Tendenzen der grossen arbeitenden Volksmassen anpassen will, ist gewiss ein Kampf um die Verwirklichung von Interessen, die dem Proletariat durch seine besondere Lage innerhalb des bestehenden ökonomischen Gesamtorganismus in den Grundlinien vor-

gezeichnet sind. Aber wenn die sozialdemokratische Propaganda die Glieder dieser Klasse zum klaren Bewusstsein ihrer besonderen, der herrschenden Gesellschaftsschicht entgegenstehenden Interessen zu bringen sucht und sie zum organisierten Kampfe für eigene Ziele auffordert, so bietet der Appell an das private Interesse, den Egoismus der Klassenangehörigen für sich allein noch ganz und gar nicht eine genügende Gewähr für den Erfolg. Der Klassenkampf der Unterdrückten ist durchaus kein Unternehmen, das, von dem Standpunkt des individuellen Wohlergehens aus betrachtet, in einer glatten Rechnung aufgeht. Ja, eine solche Kalkulation, ob wohl die Opfer, die der einzelne im Kampfe auf sich nehmen soll, sich auch für ihn persönlich schon durch eine Besserung seiner materiellen Lage bezahlt machen würden, müsste den Angriff seiner besten Energie berauben, vielleicht ihn überhaupt unmöglich machen. Dafür, dass das Klassenelend den organisierten Klassenkampf aus sich erzeuge, ist eine der notwendigen Voraussetzungen, dass sich auf der Basis dieser Klassenlage zugleich ein die einzelnen über die Grenzen kleinlich-egoistischer Vorteilsberechnung hinaustreibender Geist, Solidaritätsgefühl und ein Gemeinsinn entwickeln könne, der in dem hingebenden Wirken für das gemeinsame Klasseninteresse eine von dem persönlichen Erfolge unabhängige Befriedigung sucht. Unentbehrlich, wie dies uneigennützige Verhalten für den Erfolg des Kampfes ist, deutet es zugleich auf andere unlöslich mit ihm verbundene allgemeine ethische Momente hin. Das Klasseninteresse der Unterdrückten zielt in letzter Linie notwendig auf die Beseitigung jedweden Klassenvorrechts, und das Bewusstsein dieses höchsten, in weite Zukunftsferne weisenden Zieles setzt sich in ausserordentlich wirksame Antriebe des Gefühles um, entfacht die Schwungkraft der Begeisterung, schafft einen Stimmungshintergrund, aus welchem jene für den Kampf notwendige uneigennützige Gesinnung stets neue Kräfte zieht.

Zwischen der Praxis der sozialistischen Propaganda, die faktisch von jeher mit höheren Motiven rechnet, rechnen muss, und der Theorie der materialistischen Geschichtsauffassung besteht in Wahrheit gar kein Widerspruch. Indem diese Geschichtsauffassung den aus antagonistischen Interessen der Gesellschaftsgruppen resultierenden Klassenkampf zusammen mit der Produktionsentwickelung als treibende Grundkräfte der sozialen Entwickelung hervorhebt, tritt sie einer unklaren Ideologie, die durch blosse Aufklärung und Ethisierung der Individuen den historisch gewordenen Gesellschaftszustand umgestalten zu können wähnt, natürlich aufs schärfte entgegen; aber wie sie den Glauben an solche Wunderwirkungen des Ethischen radikal eliminiert, hat sie auf der andern Seite ebenso wenig etwas mit der entgegengesetzten Art von Doktrinarismus, der alles über den privaten Eigennutz hinausgehende Handeln als eitel Trug und Schein erklärt, zu schaffen. Sie nimmt die menschliche Natur, wie sie sie findet, als eine, die in ihrer persönlichen Interessiertheit zugleich auch Prädispositionen zur Hingabe an kollektive Interessen in sich schliesst — Prädispositionen, deren Betätigung, was Richtung und Stärkegrad anlangt, unbeschadet individueller Differenzen, im ganzen durch die gesellschaftliche Gesamtstruktur und die Klassenlage der Individuen bedingt erscheint.

In der Polemik gegen die frühere *Vorwärts*redaktion hatte K. Kautsky dieser eine ethisch gefärbte Betrachtungsweise vorgeworfen, die angeblich dem Geiste des Marxismus widerstreite. Seine soeben veröffentlichte Schrift ***Ethik und***

materialistische Geschichtsauffassung, durch jene Polemik angeregt, zeigt aber nur, dass auch von Kautskys eigenem Standpunkt aus ein prinzipieller Gegensatz sich ganz und gar nicht konstruieren lässt. Indem Kautsky Natur und Rolle des Ethischen im Rahmen der materialistischen Geschichtsauffassung näher zu erfassen sucht, erkennt er dessen Bedeutung, speziell auch für den Klassenkampf des Proletariats, in einem Umfange an, dass er, was die praktisch-politische Wertung dieses Moments betrifft, mit den angeblichen Marxfrevlern sich in voller Übereinstimmung befindet. Wäre es anders, basierte der historische Materialismus auf Deduktionen, die für das doch offenkundige und unleugbare Mitwirken ethischer Momente keinen Raum lassen, so würde das durchaus nichts gegen die sozialistische Praxis, die solche Kräfte wachzurufen sucht, sondern nur etwas gegen die Theorie selber beweisen.

Diese Übereinstimmung in der praktisch-politischen Wertung des ethischen Moments, deren ausdrückliche Konstatierung im Parteiinteresse wichtig ist, lässt dann im übrigen natürlich noch die Möglichkeit weitgehender theoretischer Auffassungsdifferenzen hinsichtlich des Ursprungs und des Wesens des Ethischen bestehen. Freilich erschliesst die materialistische Geschichtsauffassung eine Reihe für die Betrachtung der ethischen Erscheinungen wichtiger Gesichtspunkte, die aber darum noch zu keiner in sich abgeschlossenen einheitlichen Gesamterklärung führen müssen. Wie wäre das auch anders möglich, da jene Theorie in ihrer Lehre von dem relativen Bestimmt- und Bedingtsein der menschlich-gesellschaftlichen Aktion durch die ökonomischen Verhältnisse den Grundstock und Komplex der entwickelungsfähigen menschlichen Anlagen, den wir *menschliche Natur* nennen, der also auch im Keim die Anlage zum Ethischen enthält, in ihrer Erklärungsweise immer schon voraussetzt. Wenn die Verhältnisse für den Menschen bestimmend sind, so ist die Art, wie sie ihn bestimmen, doch eben nur der Modus, wie der Mensch kraft seiner entwickelungsfähigen Natur, seines innerhalb gewisser Grenzen veränderlichen Wesens darauf reagiert.

Das, was in diesem Wesen von Antrieben zu einem ethischen Verhalten im Keim vorhanden ist und sich dauernd durch die ganze Entwickelung hindurch als subjektive Grundlage alles sittlichen Handelns betätigt, sind nach Kautskys darwinistischer Ansicht die gesellig solidarischen Instinkte, die das Menschengeschlecht von den in Gruppen lebenden tierischen Ahnen ererbt habe. Auf die weitere für die Charakteristik der verschiedenen ethischen Theorieen eigentlich entscheidende Frage, wie es zu verstehen sei, dass der Mensch — der, solcher Leitung durch die unmittelbaren Instinkte entwachsend, in einer durch Reflexion vermittelten Weise handelt — in dieser seiner Reflexion gewisse Grundsätze als bindenden Verpflichtungsgrund seines Handelns mit einer gewissen inneren Notwendigkeit anerkenne, geht Kautsky in positiven Ausführungen nicht ein. Entgegen Kant, der aus der Mitwirkung der Reflexion die Existenz einer von jeder Rücksicht auf die wirklichen Zwecksetzungen befreiten *reinen praktischen Vernunft* herleiten wollte, hat gerade Feuerbach, den Kautsky nach dem Vorgange von Engels als Moralisten mit ein paar Worten abtut, über diese von allen Vererbungshypothesen unabhängige spezifisch menschliche Moralpsychologie eine Reihe eindringendster, vortrefflich formulierter Bemerkungen gemacht.

Das sittliche Ideal nennt K. Kautsky den letzten Abschnitt seines Büchleins.

Für die Klarstellung des Verhältnisses von Ethik und materialistischer Geschichtsauffassung unter diesem Gesichtspunkte hätte, will mir scheinen, der ethische Humanismus des Aufklärungszeitalters in seinen allgemeinsten, weitreichendsten Tendenzen den fruchtbarsten Ausgangspunkt der Untersuchung gegeben. So gewiss jener Idealismus zu den Klassenforderungen des aufstrebenden Bürgertums in Beziehung stand, so gewiss war er in seinen fortgeschrittensten Vertretern eine Denkart, die nicht mehr ausschliesslich als ein blosser Reflex der gegebenen sozialen Konstellation gedeutet werden kann. Vermischt mit den zeitlich bedingten und durch die Zeit widerlegten Gedanken tauchen da in schwankenden Umrissen ethisch-soziale Strebeziele auf, die ihrer letzten Tendenz nach nicht der vorübergehenden historischen Phase, sondern im Grundwesen der sich entwickelnden Gattung selbst verankert erscheinen. Da wird der Mensch, wie es Feuerbachs vom jungen Marx und Engels begeistert aufgenommener *realer Humanismus* später nur in anderer Zuspitzung verkündete, als des Menschen Höchstes proklamiert, die menschliche *Vernunft*, nicht Tradition und die mit ihr verknüpften Interessen, wird als das Mass verkündet, nach dem das Recht in der Gesellschaft, sie selbst in ihrem sozialen Gefüge sich zu richten habe. Lächerlich, wie uns heute so vieles in dem Rousseauschen *Contrat social* anmutet, enthält er dennoch eine formelle, von den weiteren Deduktionen völlig abtrennbare Grundbestimmung, die, wie immer die konkreten Bedingungen der gesellschaftlichen Bewegung sich ändern mögen, ihre einleuchtende Kraft niemals verlieren kann: Die menschliche Gesellschaft solle so geregelt sein, dass ihre Grundinstitutionen bei vernünftiger Überlegung von allen ihren Mitgliedern bejaht und gut geheissen werden können. Es ist klar, wie dies harmonische Willensverhältnis freier Beistimmung als Ideal in unversöhnlichem Widerspruch zu jeder auf Ausbeutung gegründeten Gesellschaftsordnung steht und doch mit dem doktrinären Utopismus, der im voraus positive Rezepte zur Einrichtung der bestmöglichen Gesellschaftsordnung meint entwerfen zu können, gar nichts zu tun hat.

An sich bezeichnet jenes Postulat nur ein Merkmal, das Gesellschaftsordnungen, die vom Standpunkt nicht eines besonderen partikularen Klasseninteresses, sondern des gemeinschaftlichen menschlichen Gattungsinteresses (ethisch) sollen gebilligt werden können, notwendig haben müssen, ohne über die positiven Formen seiner Verwirklichung vorgreifend irgend etwas auszusagen. Und ganz ähnlich verhält es sich auch mit dem von Kant in seinem Aufsatz *Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht* besonders nachdrücklich betonten Ideal eines alle Gattungsanlagen des menschlichen Geschlechts zu ungehemmter freiester Entfaltung bringenden Gesellschaftszustandes, der wiederum eine vollkommen gerechte bürgerliche Verfassung, in der äusseren Politik einen Friedensbund der Staaten voraussetzt. Auch hier sprengt die Idee, auf Gattungsinteressen zurückgreifend, die Schranken historischer Besonderheit. Aber wenn Rousseau gegen den Geist seines Prinzips dennoch zum konstruierenden Utopisten wird, zeigt sich die überragende Bedeutung Kants darin, dass er das Auseinander von Ideal und Wirklichkeit durch den Hinweis auf den realen historischen Entwickelungsgang zu überwinden sucht. Und er verfährt dabei nicht ideologisch, indem er eine mystische Leitung durch allerhand Ideen einschmuggelt, sondern der Tendenz nach durchaus realistisch. Es ist das Getriebe menschlicher Leidenschaften und Interessen, der unvermeid-

liche Antagonismus der Individuen im Staate und der Staaten zu einander, wodurch im Ablauf des geschichtlichen Prozesses eine aufsteigende Entwickelung zu vollkommeneren Gesellschaftsbildungen und damit, durch die Abfolge der Generationen hindurch, eine allmähliche Annäherung an das, was von dem Gattungsinteresse aus als das Gesellschaftsideal erscheint, sich durchsetzt. So wenig er die Mitwirkung von ethischen Motiven leugnet, als das herrschende, im Zusammenhang mit den jeweiligen Umständen Richtung gebende Moment, gilt ihm auf dieser langen, dornenvollen Bahn des Fortschrittes der Egoismus. Man sieht, der ethisch-soziale Idealismus, der von der sonstigen, spezifisch nationalistischen Moralphilosophie Kants vollständig unabhängig ist und letzhin in dem Freiheits- und Entwickelungsinteresse der Gattung sein Prinzip hat, ist durchaus nicht notwendig jener blind auf die Werbekraft der blossen Ideale vertrauende Wolkenkuckucksheimer, als den man ihn so oft sich vorstellte. Er lässt nicht nur zu, er verlangt sogar in dem Bestreben, über das Begründetsein seiner Hoffnungen sich kritisch Rechenschaft abzulegen, eine dem Geist der Marxschen wahlverwandte, das heisst auf die Erkenntnis der realen historischen Gesetzmässigkeit gerichtete Geschichtsauffassung. Indem diese Marxsche Betrachtungsweise, unvergleichlich tiefer, als alle früheren Versuche, in die kausalen Zusammenhänge eindringend, die soziale Bewegungstendenzen in ihrer Bedingtheit durch die ökonomische Struktur und von hier aus für die moderne Gesellschaft die Notwendigkeit einer sozialistischen, durch den proletarischen Klassenkampf vermittelten Entwickelungsrichtung erkannte, hat sie damit zugleich für jenen Idealismus das Fundament errichtet, auf das er sich fest und sicher stützen kann.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

WILHELM SCHRÖDER · GEDANKEN ZUR HEIMARBEITAUSSTELLUNG



M *Büchmann* findet jeder das Wort vom Acheron, der in Bewegung zu setzen ist, wenn die Götter sich nicht erweichen lassen wollen. Die Dinge können aber auch einmal umgekehrt liegen. Wir schätzen in den Gewerkschaften die Kräfte, durch welche die Tatkraft der Massen zur Geltung kommt; und man sollte meinen, dass, wenn irgendwo im Proletariat, so hier weder Ursache, noch Neigung besteht, sich mit den auf den Höhen der Gesellschaft zu gemeinsamer Tat zusammenzuschliessen oder ihnen anders als feindlich gegenüberzutreten. Das Aktionsprogramm der beruflichen Arbeiterorganisationen beruht auf der Ausnutzung des § 152 der Gewerbeordnung, in der Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für ihre Angehörigen, wozu als Konsequenz die Gewährung von Streik-, Massregelungs- und Arbeitslosenunterstützung tritt; und wenn in den Statuten die Pflege geselligen Verkehrs und die Aufklärung und Bildung der Mitglieder noch eine Rolle spielt, so doch nur als Ausfluss des Solidaritätsgedankens, um das Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den Mitgliedern zu festigen. Wer als Berufsangehöriger nicht Mitglied der Gewerkschaft ist, muss entweder zur Organisation emporgehoben oder bekämpft werden, wenn er aus Eigennutz oder Dummheit den Bestrebungen der Organisation störend entgegen-

tritt. Kurzum, wenn irgendwo, so sollte der Klassenkampf gerade in den Gewerkschaften so rauh wie möglich in die Erscheinung treten. Hier, und nicht in der politischen Organisation, die auch den Millionär aufnimmt, müsste die proletarische *Rauhbeinigkeit*, die jeden grimmigen Blickes betrachtet, der nicht zur Fahne zählt, ihre Pflegestätte finden.

In der Wirklichkeit sieht es nicht ganz so aus. Wir haben schon das humorvolle Schauspiel erlebt, dass Politiker von nichts weniger als proletarischer Abstammung gar stolz auf ihr Klassenbewusstsein pochten und nicht eindringlich genug die Arbeiterschaft vor der korrumpierenden und abflauenden Berührung mit bürgerlichen Elementen warnen konnten. Erinnerungen an die Tage, wo solche Parteigenossen noch nicht vom streng proletarischen Klassenbewusstsein erleuchtet waren, mochten die auf Erfahrung gestützten Warnungsrufe erklärlich und sogar beachtenswert erscheinen lassen. Auf der anderen Seite aber erleben wir, dass Leiter von Gewerkschaften ungeniert mit bürgerlichen Gelehrten verkehren, ganz zu geschweigen der Tatsache, dass sie mit den entschiedensten Gegnern der organisierten Arbeiterschaft, den Unternehmern, zuweilen Tarifverträge abschliessen. Und die organisierten Massen, weit entfernt, in solchen Verträgen Keime der Demoralisation zu erblicken, heissen die Vereinbarungen gut und preisen sie als einen Erfolg gewerkschaftlicher Organisation, als das sichtbare Zeichen proletarischer Machtentfaltung. Die Realitäten können eben nicht von der leidigen Gewohnheit lassen, die im Kopfe so hübsch geordneten Gedanken ein wenig in Verwirrung zu bringen, und wenn gerade die Gewerkschaftsleiter, die Vertreter des robusten Klassenkampfes sein sollten, alle Augenblicke der strikten Observanz Ursache zum Kopfschütteln geben, so handeln sie aus dem Bewusstsein ihrer gewaltigen Verantwortlichkeit heraus. Wer die Massen um oder hinter sich hat und für deren Wohl und Wehe ein sehr beträchtliches Stück Verantwortung trägt, muss die Tatsachen sprechen lassen, die nach erbitterten Kämpfen zum zeitweiligen Ausgleich mit dem Gegner führen, und kann sich nicht viel darum sorgen, dass diese Tatsachen die *Theorie* des Klassenkampfes zuzeiten in Stich lassen.

Es geschah denn auch, dass im Vorgehen gegen die Heimarbeit von den Gewerkschaften eine Taktik versucht wurde, die zu der eigentlichen Kampfmethode des organisierten Proletariats in Widerspruch zu stehen scheint. *Acheronta movere* ging einmal nicht; die Massen, die in der Hölle der Heimarbeit fronden, waren nicht vorwärts zu bringen, und so mussten denn die *superi*, die feindlichen Götter dort oben, zur Einsicht bekehrt werden. Und will man einmal, wie es bei den bürgerlichen Gegnern der Gewerkschaftsbewegung des Landes so der Brauch ist, zwischen dem rein philanthropischen Mitgefühl mit dem menschlichen Elend und den egoistischen, auf Mehrung der Macht hinzielenden Bestrebungen der Gewerkschaften unterscheiden, so braucht keinen Augenblick geleugnet zu werden, dass das Interesse für ihre Selbsterhaltung es ist, das den Gewerkschaften zu einem durchaus zielbewussten Vorgehen den Weg gewiesen hat. Die Aktionskraft der Gewerkschaften ist lahmgelegt oder doch gefährdet, solange das Unternehmertum sich auf jene dunklen und kaum auffindbaren Massen stützen kann, die, in ihrer Isolierung zu steter Ohnmacht verdammt, alle Unbill und Ausbeutung über sich ergehen lassen und den Appell zur Abwehr, wo sie ihn vernehmen, fast verständnislos mit dem Hinweis auf die grenzenlose Schmach ihrer physischen und geistigen Unfähigkeit beant-

worten. Diese Massen bilden ein höchst gefährliches Hemmnis im gewerkschaftlichen Kampfe, sie hindern die Organisationen gar mancher Berufe an der Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, und die Gewerkschaften müssen sie daher, man kann fast sagen: bei Strafe des Verlustes ihrer Existenz, unschädlich zu machen suchen.

Dass es auf dem alten Wege nicht ging, hat der Ausstand in der Konfektion von 1896 gezeigt. Äusserlich lagen die Kampfbedingungen für die Gewerkschaft damals so günstig, wie nur denkbar. Im organisierten Proletariat war das Mitgefühl für die Opfer der Heimarbeit schnell zu hilfsbereiter Tat gediehen. Das war selbstverständlich. Aber fast befremdlich war es, dass mit Ausnahme einer kleinen Gruppe verbohrter Scharfmacher die gesamte bürgerliche Welt den Ausständigen Sympathieen bewies, dass zehn Jahre nach dem Puttkamerschen Streikerlass, der hinter jedem Ausstand die Hydra der Revolution lauern sah, ein preussischer Minister im Reichstag den Streik für berechtigt erklärte, und unter dem Druck der öffentlichen Meinung Verträge zwischen Unternehmern und Arbeitern und Verordnungen zum Schutz der Ausgebeuteten zu stande kamen. Doch die Verträge wurden ungestraft von den Unternehmern gebrochen, die Verordnungen blieben, schon weil sie vor der Familie Halt machten, ein wertloses Blatt Papier, und die Massen der Konfektionsarbeiter und -arbeiterinnen fielen binnen ganz kurzer Zeit wieder apathisch in ihr altes Elend zurück, wurden von neuem der Gewerkschaft die Kette am Fuss.

Die organisierten Arbeiter standen also in ihrem Kampf gegen die Schäden der Heimarbeit wieder auf dem alten Fleck. Sie unterliessen nicht die Werbetätigkeit für die Gewerkschaften, waren jedoch überzeugt, dass diese Agitation nur geringen Erfolg haben konnte, und dass vorab kein anderer Weg übrig bliebe, als der der Gesetzgebung. Aber auch dieser Weg war dicht mit Dornen besät. Seit am 31. März 1897 die lendenlahmen Bestimmungen zum Schutze der Konfektionsarbeiter erlassen waren, hatte die parlamentarische Aktion in dieser Richtung trotz aller Komplimente und schönen Versprechungen versagt, und es schien nicht, dass die Lust zu Taten so bald im Reichstage erwachen würde.

Um so energischer entfaltete sich die gewerkschaftliche Tätigkeit. Der vierte deutsche Gewerkschaftskongress, der im September 1902 zu Stuttgart tagte, nahm eine Resolution an, in der erklärt wurde, dass nur durch ein vollständiges gesetzliches Verbot jeglicher Hausindustrie deren Schäden beseitigt werden können, und dass als Übergangsstadium zu diesem Verbot zunächst eine Reihe einschränkender Bestimmungen, wie das Verbot der Kinderarbeit, Unterstellung der Heimarbeit unter die Kontrolle der Gewerbeinspektion, Ausdehnung der Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetze auf die gesamte Heimarbeit u. s. w., in Kraft zu treten habe. Sodann aber beauftragte der Kongress die *Generalkommission* mit der Einberufung eines Heimarbeiterschutzkongresses. Dieser Kongress, der während der Reichstagssession in Berlin tagen sollte, wurde vom 7. bis zum 9. März 1904 im Gewerkschaftshause zu Berlin abgehalten. Er hatte ebenfalls unter der Missachtung zu leiden, die allen im Geruche sozialdemokratischen Ursprungs stehenden Veranstaltungen grundsätzlich von oben herab zu teil wird. Die Regierung hatte es nicht der Mühe für wert gefunden, zu dieser wichtigen Versammlung einen Vertreter zu entsenden, und die bürgerlichen Mehrheitsparteien glänzten ebenfalls durch Ab-

wesenheit. Die Herren von Heyl, Hitze und Bassermann, die beim Konfektionsarbeiterstreik so forsch ins Zeug gegangen waren, hatten den Weg ins Gewerkschaftshaus nicht finden können, und nur zwei Mitglieder der freisinnigen Vereinigung, die Herren von Gerlach und Potthoff, schenkten dem Kongress die Aufmerksamkeit ihres Besuches. Die Anwesenheit von zwanzig Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion belehrte die Öffentlichkeit aber darüber, w o der Heimarbeiterschutz im Parlament Verständnis und Förderung finden würde. Immerhin war es sehr beachtenswert, dass der Schutzkongress nicht ausschliesslich von Vertretern der sozialdemokratischen Partei beschickt war. Unter den 188 Delegierten befanden sich 128 Vertreter der Gewerkschaften, 16 Vertreter von Gewerkschaftskartellen, 19 Vertreter von Gewerkschafts- und Frauenversammlungen, 10 Vertreterinnen bürgerlicher Frauenvereine, 2 Vertreter des *Vereins für Sozialpolitik*, 2 Vertreter der *Gesellschaft für soziale Reform*, 1 Vertreter des *Bundes deutscher Bodenreformer*, 1 Vertreter des *Vereins für soziale Reform* und 9 Vertreter von Krankenkassen. Seit dem Züricher Arbeiterschutzkongress von 1897 war es das erste Mal, dass Delegierte bürgerlicher Organisationen mit Delegierten des Proletariats zusammenwirkten.

Der Heimarbeiterschutzkongress modifizierte das vom vierten Gewerkschaftskongress geforderte gänzliche Verbot der Heimarbeit dahin, dass er das gesetzliche Verbot nur für besonders gesundheitsschädliche Industrieen forderte und im übrigen die allmähliche Ablösung und Einschränkung der Heimarbeit der Gesetzgebung nahe legte. Ferner forderte er das Verbot der Heimarbeit in Wohnungen und Werkstätten, wo ansteckende Krankheiten ausgebrochen sind, Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Heimarbeit, Kennzeichnung aller auch nur zum Teil in der Heimindustrie hergestellten Waren, Ausdehnung der sozialen Gesetzgebung etc. auf die Heimarbeit, Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause an Werkstattarbeiter und -arbeiterinnen, Verbote an Reich, Einzelstaaten und Kommunen, Arbeiten an Unternehmer zu vergeben, die in der Heimarbeit produzieren lassen und die durch Tarifverträge oder von den Berufsorganisationen der Arbeiter oder durch die Einigungsämter der Gewerbegerichte festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht erfüllen. Ferner richtete der Kongress an die Konsumvereine die Forderung, ebenfalls nur unter diesen Bedingungen ihre Arbeiten zu vergeben; an die Genossenschaften richtete er aber den Appell, nach Möglichkeit zur Eigenproduktion überzugehen und Betriebswerkstätten einzurichten.

An den Heimarbeiterschutzkongress schloss sich eine Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeit an, die gar schnell populär wurde, populärer fast, als der Kongress selbst. Der Metallarbeiterverband hatte, leider erst in vorgerückter Zeit, die Anregung zu diesem Unternehmen gegeben und war selber mit einer reichhaltigen Sammlung von Produkten der Heimarbeit vertreten; ebenso hatten die Verbände der Schneider, Wäschearbeiter, Schuhmacher, Kürschner, Buchbinder, Holzarbeiter und Blumen- und Federnarbeiterinnen solche Waren ausgestellt. Dies Unternehmen hatte, wie erwähnt, in der Öffentlichkeit ausserordentliche Beachtung gefunden, und so war es natürlich, dass seine Veranstalter an eine neue Ausstellung ähnlicher Art dachten, die selbstverständlich systematischer und auf breiterer Grundlage aufgebaut sein müsste. Der Plan wurde von den Gewerkschaftsleitern mit den Professoren

Francke und Sommerfeld und den Vertretern und Vertreterinnen der anderen bürgerlichen Organisationen durchgearbeitet; und dem Einflusse der Gelehrten mag es zu danken sein, dass ein staatliches Gebäude, die alte Akademie in Berlin Unter den Linden, kurz vor ihrem Abbruch für die Ausstellung hergegeben wurde. Ebenfalls ist es wohl den Männern und Frauen aus bürgerlichen Kreisen zuzuschreiben, dass Hirsch-Dunckersche und christliche Arbeiterverbände im Gegensatz zu ihrer ablehnenden Haltung zum Heimarbeiterschutzkongress an der Ausstellung lebhaften Anteil nahmen.

Vier Säle der alten Akademie sind seit Mitte Januar mit den aus fast allen Industriegegenden Deutschlands zusammengetragenen Produkten der Heimarbeit angefüllt. Zum grössten Teil haben wir es mit fertigen Waren zu tun, zuweilen aber auch mit Halbfabrikaten und solchen, an denen der Werdegang ihrer Herstellung in den verschiedenen Stadien demonstriert werden kann. Bei jedem gesondert in Betracht kommenden Gegenstand befindet sich eine Karte, auf der verzeichnet stehen: der Herstellungsort, die zur Herstellung erforderliche Arbeitszeit, der Arbeitslohn, der Durchschnittsverdienst pro Stunde, der Reinverdienst pro Woche bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von täglich festzusetzenden Stunden, der für die selbe Arbeit in der Fabrik gezahlte Lohn, die Auslagen des Heimarbeiters, der Engrospreis und der Ladenpreis des ausgestellten Gegenstandes. Weiter wird Auskunft gegeben über Alter und Geschlecht des Arbeiters und der mitarbeitenden Familienangehörigen und Fremden, über deren Bezahlung, über die Räumlichkeiten, zum Beispiel, ob sie als Schlafraum oder Küche benutzt werden; auch finden sich da Angaben über Teilarbeit und besondere Bemerkungen. Ausserdem stehen bei jeder Ausstellungsgruppe Führer oder Führerinnen, die zum Teil von der in Betracht kommenden Gewerkschaft, zum Teil von bürgerlichen Vereinen gestellt sind und mit Sachkunde auf die Fragen der Besucher Auskunft geben. Ferner haben die hauptsächlich in Betracht kommenden Organisationen besondere kleine Schriften herausgegeben, die umsonst in der Ausstellung verteilt werden. Der Hauptvorstand des Verbandes der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nennt seine Broschüre *Die Heimarbeit in der Goldleisten- und Politurleistenindustrie*; eine andere Schrift schildert die Heimarbeit in der Handschuhindustrie; ferner sind zu nennen: *Die Heimarbeit im Lithographiegewerbe* (herausgegeben vom Hauptvorstand des *Deutschen Senefelderbundes*), *Die Heimarbeit in der deutschen Metallindustrie* (Separatabdruck aus der *Metallarbeiterzeitung*), ein vortrefflicher Katalog der vom christlichen Metallarbeiterverband ausgestellten Gegenstände, welche Solinger Stahlwaren, Produkte der Heimarbeit aus der Metallindustrie, der Kurzwaren- und Nadelbranche des Bezirks Aachen, sowie Heimarbeitprodukte der Uhrenindustrie auf dem badischen Schwarzwald umfassen; weiter: *Die Heimarbeit in der Portefeuilleindustrie* (herausgegeben vom Verband der Portefeuiller), *Die Heimarbeit in der Buchbinderei, Portefeuille-, Kartonnagen- und Papierwarenindustrie* (ebenfalls von der Organisation herausgegeben), *Heimarbeit in der Porzellanindustrie* (Sonderabdruck aus der *Ameise*), *Die Heimarbeit im Sattlergewerbe*, *Die Heimarbeit in der Schneiderei und Konfektion* (Abdruck aus dem Schneiderfachblatt), *In Heimarbeit hergestellte Schuhwaren* (Begleitschrift des Gewerkvereins der Schuhmacher und Lederarbeiter), *Thüringer Heimarbeit für Textilwaren* (Begleitschrift des Ge-

werkvereins der Textilarbeiter), *Die Heimarbeit in der Textilindustrie* (herausgegeben vom Zentralvorstand der Textilarbeiter), *Bilder aus der Heimarbeit in der Holzindustrie* (herausgegeben vom Vorstand des Holzarbeiterverbandes), *Die Heimarbeit in der Wäscheindustrie* (herausgegeben vom Verband der Wäsche- und Krawattenarbeiter). Aus Anlass der Ausstellung ist ferner herausgegeben die Schrift *Deutsche Heimarbeitausstellung*, im Auftrage des *Bureaus für Sozialpolitik* bearbeitet von Dr. Cl. Hess und Dr. A. Koppel, ferner ein Tabellenwerk über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Heimarbeit in verschiedenen Berufen. Verschiedene auf der Ausstellung vertretene Berufe haben keine Schriften herausgegeben. So fehlen solche über die sehr reichhaltige Ausstellung des Elends in der Spielwarenindustrie, über die Hausarbeit der Hut- und Mützenmacher, die Hausindustrie des Spessart, die Blumen- und Federnarbeit, über die Sonderausstellung des Verbandes der katholischen Arbeitervereine aus den verschiedenen Industriegruppen, die Achatschleiferei in Oberstein, die Flecht- und Korbwaren, die Bleistifte, Pinsel und Bürsten, die Perlmutterknöpfe, Gartenpfähle, Zigarren und Tabakfabrikate in der Heimarbeit.

Es geht an dieser Stelle nicht gut an, systematisch die Zustände in der Heimarbeit der verschiedenen, wie man sieht, sehr zahlreichen Ausstellungsgruppen, zu schildern. Wollte man aber nur einzelne herausgreifen, so täte man anderen unrecht und setzte sich dem Verdacht tendenziöser Darstellung aus. Die Ausstellung zeigt, dass die Heimarbeit zum Teil erträgliche Löhne bietet; in der Porzellanindustrie, der Solinger Metallindustrie, der Schuhmacherei und einzelnen anderen Gruppen kommen Wochenverdienste bis 20 und 30 Mark und darüber vor. Diese Ausnahmen haben allerdings immer ihren schlimmen Haken. Entweder wird, wie in der Metallschleiferei, der gute Lohn mit einem frühen Schwindsuchtstod erkauft, oder er wird unter Beihilfe von Familiengliedern in einer bis zum äussersten ausgedehnten Arbeitszeit erzielt. Ganz selten geniessen hervorragend geübte Arbeiter, wie die Künstler in der Porzellanmalerei, eine Ausnahmestellung. Solche Einzelfälle werden aber erdrückt vom Elend der gewaltigen Masse derer, die trotz langer Arbeitszeit, trotz Familienbeihilfe, trotz frühen Schwindsuchtstodes sich in elendester Behausung mit Löhnen begnügen müssen, auf die nicht einmal das bekannte Wort zutrifft, dass sie zum Verhungern zu hoch, zum erträglichen Leben zu niedrig sind. Wochenverdienste von 3 bis 5 Mark, wie sie in der Spielwarenindustrie Thüringens, bei der Aufreihung von Haken und Ösen, beim Verpacken von Schnallen und sonst in durchaus nicht seltenen Fällen erzielt werden, können auch in den abgelegensten Gegenden Deutschlands kein noch so bescheidenes Leben, sondern nur ein mehr oder weniger langsames Verhungern garantieren. Die Ausstellungsgegenstände reden ferner ein eindringliches Wort über Frauen- und Kinderausbeutung, die allen Arbeiterschutzgesetzen zum Trotz in der Heimarbeit mit der ganzen Brutalität des Hungers betrieben wird. Wo aber die von Kinderhand für 3 Pfennig Stundenlohn bemalten Spielsachen etwa noch nicht deutlich genug die an der Jugend verübten Grausamkeiten demonstrieren, da spricht die Photographie ein grauenhaft verständliches Wort, wenn sie gesunde und verkrüppelte Kinder neben Frauen und Greisinnen vorführt, die alle in elender Behausung von früh bis spät einer eintönigen, Körper und Geist verkrüppelnden Beschäftigung obliegen. Genug,

die Heimarbeitausstellung führt Tatsachen ans Licht, die alles Gerede von der herrlichen Entwickelung unserer Kultur verstummen machen, sie treibt den zum Glück immer seltener werdenden Lobrednern der Hausindustrie die Schamröte ins Gesicht, sie ist eine aufrüttelnde Illustration der in einer der Heimarbeitbroschüren angeführten Worte des Professors Sombart:

›Ist es auch noch ein Familienleben, wenn das Haus, die Stätte, wo die Familie von des Tages Last und Mühen ausruhen soll, in eine Werkstatt verwandelt wird, wo in Leib und Seele erdrückender Arbeit das tägliche Brot verdient wird? Nein, hier wird gewissermassen die Arbeit das Gift, das die letzten Spuren von Haus- und Familienleben wegfrisst. Der Genius des häuslichen Friedens wird nur da eine dauernde Stätte aufschlagen, wo er von den rauhen, unruhigen Geistern der Arbeit nicht verscheucht wird. Nicht das Familienleben erhalten, nein, die Heiligkeit des häuslichen Herdes entweihen heisst es, will man die Drangsale einer aufreibenden Berufsarbeit an die Stätte verpflanzen, die vielleicht die einzige ist, an welcher das schaffende, arbeitende Volk auf ein Ausruhen von seinen Mühen hofft.‹

Es fragt sich jetzt, zum Schluss, welche Wirkung sich die freien deutschen Gewerkschaften von ihrem im Verein mit bürgerlichen Gelehrten, im Verein mit christlichen und Hirsch-Dunckerschen Arbeitervereinen veranstalteten Unternehmen versprechen können. Die, man mag sagen, was man will, im merkbaren Gegensatz zur *klassenbewussten* Abstinenz veranstaltete Ausstellung bedeutet noch lange nicht die Beseitigung der Heimarbeit oder auch nur ihrer schädlichen Auswüchse. Aber sie ist eine wichtige Etappe zu diesem Ziel. Für ihre Augenblickswirkung ist ohne Zweifel schon die Stätte, wo sie abgehalten wird, von Bedeutung. Wenn sie im Gewerkschaftshause oder sonst in einem von der Arbeiterschaft in Anspruch genommenen Lokal des Ostens veranstaltet worden wäre, so hätte sie im Proletariat ganz gewiss ebensowohl Beachtung gefunden, wie in der sonst gerade nicht allzu häufig von organisierten Arbeitern aufgesuchten Nähe des königlichen Schlosses. Aber dann hätte die Ausstellung eben nur die Bevölkerungsschichten aufgeklärt, die im Grunde genommen der Aufklärung kaum noch bedurft hätten. An der verfallenen Stätte künstlerischer Grosstaten Unter den Linden wurde sie aber von Leuten besucht, die bis dahin über die Lebensbedingungen exotischer Völkerschaften vielfach besser unterrichtet waren, als über das Elend ihrer Volksgenossen, von Leuten, die dies Elend bis dahin allenfalls aus den vorsichtig abgewogenen Darstellungen eines Hofpredigers, im Ausnahmefalle aus irgendwelchen Gesetzesmaterialien kennen gelernt hatten. Kurz und gut, Herren und Damen der *Gesellschaft* hielten es für angebracht, die Heimarbeitausstellung zu besichtigen, nachdem nicht allein Minister und Geheimräte mit gutem Beispiel vorangegangen waren, sondern auch die Gattin des deutschen Kaisers eines schönen Tages dort vorgesprochen hatte. So war gewissermassen die Ausstellung menschlichen Elends, zu der Käthe Kollwitz ein Plakat von erschütternder Realistik gezeichnet hatte, zur Salonfähigkeit emporgehoben worden. Das braucht nun herzlich wenig zu bedeuten und bedeutet auch nicht viel. Aber vielleicht, dass die eine oder andere der Damen aus bürgerlichen oder adligen Schichten das in packender Sprache geschriebene *Mahnwort an alle Bevölkerungskreise* gelesen hat, das ihr im Konfektionssaal überreicht wurde. Wenig Verständnis mag so eine Dame dafür gehabt haben, wenn sie in diesem kostbaren Flugblatt las, dass die Heimarbeit nicht zu schützen, sondern zu beseitigen sei, dass der Heimarbeiter und die Heimarbeiterin zur Fabrikarbeit emporgehoben werden müssen, wenn nötig, gegen den

Willen gewisser Grosskapitalisten, sowie gegen den Willen der in Siechheit und Stumpfheit dahinvegetierenden Individuen. Das bedeutet alles noch nicht viel. Packender ist schon der Hinweis darauf in dem Flugblatt, dass der Auswurf eines lungenkranken Mannes, die Diphtheritiskeime eines fiebernden Kindes durch die Arbeitsprodukte der Heimarbeit unversehens selbst in das vornehmste Haus verschleppt werden können. Man braucht noch lange nicht so ausschweifend zu sein, und an einen nach New Yorker Muster organisierten Boykott der in der Heimarbeit hergestellten Waren zu denken und kann doch von einer so wahrheitsgemässen und deutlichen Schilderung der in der Heimarbeit lauernden Gefahren eine ganz erhebliche Wirkung im Einzelfall erhoffen.

Weiter aber. Am 3. Februar sagte der Staatssekretär Graf Posadowsky im Reichstag, dass die gegenwärtige Heimarbeitausstellung »ein wahrhaft ergreifendes Bild« von dem Elend ziemlich weiter Bevölkerungsklassen gebe, dass »kein fühlender Mensch die Angaben, die dort auf den Waren Auskunft geben über den mit der Arbeit erzielten Erwerb, ohne das tiefste Mitgefühl betrachten« könne. Er kündigte die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Heimarbeiter und ein Gesetz über den Schutz der Heimarbeiter im Tabaksgewerbe an, und er meinte dann:

»Ich kann aber nicht verschweigen, dass die Bestrebungen auf einen starken Heimarbeiterschutz auch auf vielfachen und sehr entschiedenen Widerstand stossen, indem man einwendet, dass in dieser Heimarbeitergesetzgebung ein gewisser Eingriff in das Familienleben läge. Ich stehe auf dem Standpunkt nicht, ich mache vielmehr die Erfahrung, dass, je strenger die Fabriken beaufsichtigt werden im hygienischen Interesse, im Interesse von Gesundheit, Leben und Sittlichkeit der Arbeiter, desto mehr in gewissen Industrieen die Neigung zunimmt, die Warenerzeugung in die Heimarbeit zu verlegen. Wenn die Heimarbeit nichts ist, als sozusagen eine Filialarbeitsstelle für die Fabriken, hat sie eigentlich mit den alten Begriffen von *Familienarbeit* und *Familienleben* nichts mehr zu tun; das ist nicht mehr die Heimarbeit der alten landesüblichen Hausindustrieen, deren Erzeugnisse demnächst von den Heimarbeitern selbst verkauft wurden, sondern, wie die Heimarbeit sich jetzt gestaltet, ist sie meist nichts, als eine vereinzelte Arbeitsstelle eines grösseren Fabrikbetriebes. Diese Art Heimarbeit muss deshalb meines Erachtens ganz anders beurteilt werden, als die alte Heimarbeit, wie sie früher mit landesüblichen Produkten geleistet wurde innerhalb des Familienkreises. In der Heimarbeit werden unzweifelhaft auch Waren hergestellt, deren Erzeugung für die Gesundheit ausserordentlich gefährlich und nachteilig ist. Ich glaube, man wird sich auf die Länge an keiner Stelle der Erkenntnis verschliessen können, dass, wenn die Heimarbeit diesen fabrikmässigen Charakter trägt, unzweifelhaft die Gesetzgebung einschreiten muss, und zwar um so mehr, als unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Gesetz, betreffend den Kinderschutz, zum Teil auf dem Papiere stehen bleibt.«

Es verdient zwar vermerkt zu werden, dass diese Worte nach dem Parlamentsbericht nur auf der linken Seite des Hauses Zustimmung fanden. Aber so weit im Lande törichter Sozialistenbekämpfung von Worten bis zu Taten auch der Weg sein mag, es ist doch wohl noch nicht dagewesen, dass eine auf vier kleine Säle beschränkte Ausstellung bei einem preussischen Minister derartige Worte auslöste.

So können denn, alles in allem, die deutschen Gewerkschaften mit ihrem Schritt vom Wege sehr wohl zufrieden sein. Sie haben die Götter dort oben aufgerüttelt und werden die Frage des Heimarbeiterschutzes nicht früher zur Ruhe kommen lassen, als die Schmach der Heimarbeit aus der deutschen Wirtschaftsgeschichte ausgelöscht ist und ihre elenden, willenlosen Sklaven der

Organisation gewonnen, zu selbstbewussten Gewerkschaftern geworden sind. Doppelt hoch wäre der Erfolg der Heimarbeitausstellung aber anzuschlagen, wenn sie noch einer andern Schmach ein Ende bereiten würde; der der Selbstzerfleischung unter den organisierten Arbeitern nämlich. Zum erstenmal haben sich hier unter dem Einfluss bürgerlicher Sozialpolitiker die verschiedenen Richtungen, haben sich freie, christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften zu einheitlichem Wirken zusammengetan. Die Götter im Olymp deutscher Sozialpolitik würden auch weiter in Gleichgültigkeit verharren, wenn es das erste und das letzte Mal gewesen wäre.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HUGO LINDEMANN · VERSUCHE UND ERFAHRUNGEN AUF DEM GEBIET DER PROPORTIONALWAHL



UCH in Deutschland hat die Proportionalwahl in den letzten Jahren ihren Einzug gehalten. Zuerst wurde sie durch die Gewerbegerichtsnovelle von 1901 bei den Gewerbegerichtswahlen fakultativ eingeführt. Um die Einführung und Ausgestaltung des Wahlreglements hat sich das Frankfurter Gewerbegericht ohne Zweifel Verdienste erworben. Dann hat sich das Zentrum sehr lebhaft der Angelegenheit bemächtigt, als es seine Machtstellung in den Gewerbegerichten Rheinlands, Westfalens u. s. w. durch das siegreiche Vordringen der Gewerkschaften bedroht sah. Dabei legte es ganz besonderen Nachdruck auf den fakultativen Charakter der Proportionalwahl. Man führte diese dort ein, wo die Gewerkschaften gegen katholische Minoritäten gesiegt hatten, hielt dagegen in den Orten an der alten Mehrheitswahl fest, wo dem Zentrum die unbestrittene Mehrheit noch auf längere Zeit gewiss war. Gegen die allgemeine obligatorische Einführung der Proportionalwahl hat sich dagegen das gleiche Zentrum mit Händen und Füssen gesträubt. Die Proportionalwahl ist daher trotz der Empfehlung des Gesetzes bei den Gewerbegerichten nur in wenigen Städten zur Einführung gelangt. Einen beträchtlichen Fortschritt bedeutete das Gesetz von 1904, welches die obligatorische Proportionalwahl für die Wahlen zu den Kaufmannsgerichten vorschrieb. Ausserdem ist sie für die Gemeindewahlen von der württembergischen Abgeordnetenkammer für alle Städte mit mehr als 10000 Einwohnern beschlossen worden. Man darf mit ziemlicher Sicherheit annehmen, dass auch die erste Kammer diesem Schritte beitreten wird. Bei Abgeordnetenwahlen hat sie in neuester Zeit gleichfalls Anwendung gefunden. Die württembergische Abgeordnetenkammer hat, ebenfalls unter Zustimmung der Regierung, nicht nur die Proportionalwahl für die Wahl der 6 von der Stadt Stuttgart zu wählenden Abgeordneten, sondern auch für die Wahl der 17 als Ersatz für die ausscheidenden Privilegierten durchs ganze Land zu wählenden Abgeordneten angenommen. Auch bei den Wahlen zur Bürgerschaft in Hamburg wird nach der Wahlreform die Proportionalwahl zur Anwendung kommen. Über das Stadium des Antrages sind die Vorschläge des Abgeordneten Dr. Hammerschmidt in der bayerischen Abgeordnetenkammer vom Juli 1904 nicht hinausgekommen. Sie beabsichtigten, die gesamten Abgeordneten aus Proportionalwahlen hervorgehen zu lassen. Bayern sollte zu

diesem Zwecke gemäss seinen Regierungsbezirken eingeteilt werden. Diese Liste zeigt, dass die Proportionalwahl auch in Deutschland aus dem Stadium papierener Diskussionen herausgekommen und in das Gebiet der Wirklichkeit getreten ist. Praktische Erfahrungen sind allerdings bisher mit ihr nur bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichtswahlen gemacht worden. Wir werden daher unsere Darstellung mit ihnen beginnen.

Zum Verbandstage der Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte hatte die Zeitschrift *Das Gewerbegericht* eine besondere Nummer herausgegeben und darin ausführlich die Proportionalwahl bei den Kaufmannsgerichtswahlen behandelt. Die Erfahrungen, die bei diesen Wahlen gemacht worden sind, verdienen es, dass wir uns etwas eingehender damit beschäftigen. In meinem Buche *Arbeiterpolitik und Wirtschaftspflege* habe ich darauf hingewiesen, dass die Gestaltung der Proportionalwahl sich um die Sicherung einer doppelten Schutzes bewegt habe, einmal um den Schutz der Freiheit des Individuums gegen die Tyrannei der Partei und zweitens den der kleinen Gruppen gegenüber den grösseren Parteien. Es sollen die kleineren Wählergruppen berücksichtigt, die »feineren Nüancen des Wählerwillens erhalten, und eine übergrosse Herrschaft der grösseren Parteien« vermieden werden. Gerade die Möglichkeit, dass »der einzelne Wähler bei der Abstimmung nötigenfalls die objektiven sachlichen Gesichtspunkte über die Erwägungen seiner Parteiführer stellen, und wenn er von anderen Gruppen einen vertrauenswürdigen Fachgenossen aufgestellt sieht, diesem den Vorzug geben könne vor solchen, die nur Parteileute seien«, müsse unbedingt gewahrt bleiben. Im Interesse dieser angeblich zu schützenden Freiheit des Wählers hat man das einfache Prinzip der Verhältniswahl durch alle möglichen Ausgestaltungen kompliziert. Man hat die Zulassung wilder Kandidaten gestattet, die Aufstellung von Ergänzungslisten gefordert und hat das Recht der Stimmenübertragung und der Stimmenkumulierung mit dem ganzen schwärmerischen Entzücken des Freiheitsapostels gepriesen. Auch die Vorschläge des preussischen Handelsministeriums für die Anwendung der Proportionalwahl auf die Gewerbegerichtswahlen hatten sich diesen Schutz des einzelnen Wählers angelegen sein lassen und infolgedessen eine Regelung des Wahlverfahrens ausgearbeitet, die an Kompliziertheit nichts zu wünschen übrig liess. Das Muster zur Aufstellung von Statuten für Kaufmannsgerichte hat diese Bestimmungen festgehalten.

Das ministerielle Musterstatut hatte es glücklicherweise den zur Beschlussfassung über die Statuten berufenen Stellen überlassen, ob und inwieweit sie das Muster bei Aufstellung ihrer Statuten zu Grunde legen wollen. Und ebenso hat glücklicherweise eine grosse Zahl von Städten in Preussen den richtigeren Weg eingeschlagen und den Grundsatz möglichst grosser Einfachheit des zu wählenden Wahlverfahrens mit Erfolg durchgeführt. Sie haben ketzerisch auf den Schutz der Freiheit des wählenden Individuums verzichtet und entweder die Bindung an die in den Vorschlagslisten vorgeschlagenen Personen, also die Ausschaltung wilder Kandidaten oder weitergehend sogar die unbedingte Bindung an die Vorschlagsliste zur Vorschrift gemacht. Gerade in den Städten, in denen das System der gebundenen Listen eingeführt wurde, hat sich das Wahlverfahren durchaus bewährt. Wie Dr. Glücksmann in der erwähnten Nummer des *Gewerbegerichts* hervorhebt, haben sich die Wähler durch die Beschränkung der individuellen Freiheit nicht beschwert gefühlt,

da heute das Publikum an Parteiströmungen und Parteidisziplin bei Wahlen gewöhnt ist. Sie haben es aber dankbar empfunden, ein Wahlverfahren zu besitzen, das auch ohne besondere Fachkenntnis verständlich ist und eine glatte Abwickelung zulässt. Die gebundenen Listen sind namentlich in den grösseren Städten, in Berlin, Stettin, Breslau, Magdeburg, Dortmund, Posen etc., durchgängig in Württemberg und Baden, fast in ganz Bayern, hier jedenfalls in den Hauptstädten München, Nürnberg und Augsburg, zur Anwendung gekommen. Von den 221 im *Gewerbegericht* aufgezählten Kaufmannsgerichten gilt bei 61 das System der gebundenen Listen. Der Vorzug dieses Verfahrens ist seine grosse Einfachheit. Ebenso einfach gestaltet sich auch die Berechnung des Ergebnisses. Alles ist hier durchsichtig und klar. Die von den vorschlagenden Gruppen eingereichten Vorschlagslisten können nicht durch Streichen von Namen, durch die Übernahme anderer Kandidaten, durch die Stimmenkumulierung entstellt, die Absicht der Vorschlagenden kann also nicht gegen ihren Willen gefälscht werden.

Der Einwand, der gegen dieses System der gebundenen Listen erhoben wird, die Beschränkung der Freiheit des einzelnen Wählers, kann gegenüber diesen Vorzügen nicht ins Gewicht fallen, sobald nur die Einreichung von Vorschlagslisten nicht durch die Forderung einer zu hohen Zahl von Unterschriften und die Feststellung einer zu lang bemessenen Frist zwischen der Einreichung der Vorschlagslisten und dem Wahltage erschwert wird. Selbst weitgehende Ansprüche an die Freiheit des Wählerwillens können durch grosse Bewegungsfreiheit bei der Einreichung der Vorschlagslisten erfüllt werden. Schliesslich hat aber alle Erfahrung nicht nur bei den Proportionalwahlen, sondern gerade bei den Wahlen nach dem gewöhnlichen Majoritätsverfahren bewiesen, dass das Bedürfnis nach unbeschränkter Freiheit des Wählerwillens viel mehr in der Phantasie des spekulierenden Theoretikers, als in der Praxis, besteht. Gerade bei den heutigen Majoritätswahlen ist, wenigstens in Deutschland, der Wähler in der Wahl seines Kandidaten vollständig unbeschränkt. Er kann seine Stimme geben, wem er will. Trotzdem ergibt die Praxis, dass die Zahl der zersplitterten Stimmen gegenüber den auf die Parteikandidaten abgegebenen Stimmen als unbeträchtlich verschwindet. Und die Erfahrung zeigt weiter, dass in dem Masse, wie die politische Bildung steigt, auch die Zahl der zersplitterten Stimmen in der Regel abnimmt. Das bedeutet die politische Erkenntnis von der Notwendigkeit des Parteienwesens für unser modernes Staatsleben, deren Fortschritt man nur begrüssen kann. Der Parlamentarismus in Deutschland wäre nicht so rudimentär geblieben, wenn es die bürgerlichen Klassen zur Bildung weniger, grosser und festorganisierter Parteien gebracht hätten, mit denen allein eine parlamentarische Herrschaft und Geschäftsführung möglich ist. Statt dessen haben wir in Deutschland mit Ausnahme der Sozialdemokratie und des Zentrums nur Gebilde, die den Namen einer *Partei* kaum verdienen. Wie Sandhaufen fegt sie der Wind der Wählerlaune heute bei den Wahlen zusammen, um sie bei den nächsten wieder aus einander zu treiben. Nichts wäre also vom politischen Gesichtspunkte aus verkehrter, als im Dienste einer übertriebenen Wertschätzung der Freiheit des Wählerwillens das Proportionalwahlverfahren so zu gestalten, dass dadurch die viel zu grosse Zerklüftung des Parteilebens nur noch gefördert würde. Zu den Anforderungen der Einfachheit und Klarheit, die wir an ein Proportional-

wahlverfahren stellen müssen, gesellt sich also die weitere, dass es die Konsolidierung der Parteien unterstützen, nicht aber schwächen soll.

Gegen die gebundenen Listen wird also hauptsächlich mit der Freiheit des einzelnen Wählers operiert. Wie sich Siegfried in seiner Schrift *Die Proportionalwahl bei den Gewerbegerichten* ausdrückt, hat die Einrichtung, auch Personen, die auf keiner Vorschlagsliste stehen, zur Wahl bringen zu können, wenn sie die Verteilungszahl erreichen, den grossen Vorteil, dass eine Anzahl Wähler unabhängig von den Parteikomitees einen Mann noch hinein bringen können, der aus Versehen oder infolge einer Parteiintrige auf keine Liste gesetzt worden ist. Ebenso hebt Cuno in seiner Empfehlung der freien Listen wieder und wieder hervor, dass man den Wählern die Möglichkeit offen halten müsse, einem Mann ihres Vertrauens, der nicht auf der Liste steht, ihre Stimme, und zwar mehrfach, zu geben und ihn dadurch als freie Liste durchbringen zu können. Auch er redet immer von Wahlmachern, deren Einfluss eingeschränkt werden müsse, von der Notwendigkeit, auch gegen den Willen der Führer den Willen einer gewissen Zahl von Parteiangehörigen zur Geltung zu bringen. Nun ist diese Besorgnis um die Freiheit des Parteiangehörigen, das Bemühen, ihn gegen die Tyrannei der Führer und Wahlmacher zu schützen, gewiss etwas sehr Löbliches. Sie ist aber bei der Ausgestaltung des Proportionalwahlverfahrens durchaus am falschen Platze. Der Wille des Parteiangehörigen soll sich nicht bei der Wahl, sondern bei der Aufstellung des Kandidaten zur Geltung bringen. Damit er das aber tun kann, ist die demokratische Organisation der Parteien die erste Vorbedingung. Durch sie wird der Einfluss bestimmter Wahlmacher und Cliquen viel mehr gebrochen, als durch die Einführung freier Listen. Dagegen ist diese geradezu eine Prämie für die Gleichgültigkeit des Parteiangehörigen gegenüber der Aufstellung der Kandidaten. Kann er sich doch immer mit dem Gedanken trösten, die ihm unbequemen oder unangenehmen Kandidaten bei der eigentlichen Wahl streichen zu können. Ist ihm dagegen dieses Auslassventil seines persönlichen Gegenstrebens genommen, so wird er dadurch gezwungen, sich mehr um die Aufstellung der Kandidaten zu kümmern und dafür zu arbeiten, dass sie nach demokratischen Grundsätzen, nicht aber nach der Laune der Parteiführer oder kleiner Cliquen innerhalb der Partei erfolgt.

Es seien nunmehr die Urteile der Interessentenverbände über die gebundenen Listen aus der Enquete des *Gewerbegerichts* angeführt. *Der Verein der deutschen Kaufleute* (Hirsch-Duncker) erklärt das Verbot der Änderung der Vorschlagslisten für empfehlenswert. Dadurch werde die Möglichkeit gegeben, zwischen den einzelnen Gruppen eine Verständigung herbeizuführen, da keine Gefahr bestehe, dass die einzelnen Anhänger der Gruppen durch ihre Disziplinlosigkeit die Abmachungen durchkreuzen. Sie wenden sich gegen die Schreier und Streber in der selben Weise, wie sich die Theoretiker gegen die Wahlmacher für die Freiheit des Wählerindividuums ins Zeug legen. Ebenso befürwortet *der Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband* die Anwendung der gebundenen Listen. Er, wie der *Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands*, wünscht aber eine Milderung der streng gebundenen Listen dahin, dass auch Vorschlagslisten mit weniger Namen, als die Zahl der zu wählenden Beisitzer, zugelassen werden. Die Praxis habe gezeigt, dass auf die freien Listen verzichtet werden könne, ohne eine Beeinträchtigung der

Wahlfreiheit befürchten zu müssen. Auch der *Verband deutscher Handlungsgehilfen* in Leipzig kommt zu dem gleichen Resultate. »Nach den Erfahrungen der ersten Wahl«, schreibt er, »wird die Ansicht überwiegen, dass gebundene Listen am einfachsten sind, weil mit ihnen den Anhängern einzelner Parteien ein gerader Marsch vorgeschrieben wird«, und er meint weiter, »die ganz freien Listen und die Stimmenhäufung werden sich schwerlich bald grösseren Beifalls erfreuen«. In allen diesen Gutachten wird als Nachteil der freien Listen die Köpfung der gegnerischen Listen bezeichnet. Intriganten, Querköpfen, Schreiern und Strebern werde durch sie ein zu grosser Einfluss auf das Wahlresultat gestattet. Abmachungen, die nach langen Mühen, unter sorgfältiger Erwägung aller Verhältnisse zu stande gebracht seien, könnten dadurch jederzeit durch wenige Unzufriedene hintertrieben werden. Dieser Einwand ist auch unseres Erachtens derjenige, der am schwersten gegen das System der freien Listen ins Gewicht fällt; er hat auch, wie wir später sehen werden, bei den Verhandlungen der Kommission des württembergischen Abgeordnetenhauses eine bedeutende Rolle gespielt. Je besser die Parteien organisiert sind, desto gefährlicher wird dieser Nachteil der freien Listen. Wie die Erfahrung gezeigt hat, kann es in den Händen zweier oder dreier Personen liegen, die Wahl eines Kandidaten zu hintertreiben, dem Tausende von Stimmen ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Beispiele von Gewerbe- und Kaufmannsgerichtswahlen beweisen diese Tatsache zur Genüge, die *a priori* einleuchtend ist.

Freiheit des Wählerwillens! ist die Parole, mit der der Kampf gegen die gebundenen Listen und für das System der freien Listen geführt wird. Das letztere wird sowohl von den Musterstatuten des preussischen Handelsministeriums empfohlen, als auch von der Mehrzahl der Theoretiker und der Beamten, die sich *ex officio* mit der Sache zu befassen hatten. Es ist auch von der Mehrzahl der Kaufmannsgerichtsstatuten angenommen worden, wo es in zwei Arten erscheint. Bei der einen sind die Wähler in der Auswahl ihrer Kandidaten unbeschränkt, sie können also auf ihre Stimmzettel auch solche Namen nehmen, die nicht auf den Vorschlagslisten stehen (wilde Kandidaten). Bei der anderen kommen nur die Kandidaten der Vorschlagslisten in Frage. Das letztere System der beschränkt freien Listen ist in der grössten Zahl der Ortsstatuten zur Anwendung gekommen. Offenbar haben sie die Kompliziertheit des Systems der völlig freien Listen gefürchtet, andrerseits aber auch sich nicht zur Annahme der gebundenen Listen entschliessen können, da das Schlagwort von der *Freiheit des Wählers* und die Abneigung gegen Parteiorganisationen zu stark bei ihnen wirkten. Gegen die Zwitterbildung der beschränkt freien Listen wendet man mit vollstem Rechte ein, dass sie alle Nachteile der freien mit den angeblichen Nachteilen der gebundenen Listen verbindet. Von der Freiheit des Wählers ist bei ihr tatsächlich keine Rede. Wie bei dem System der gebundenen Listen, ist der Wähler auf die Kandidaten der Parteien beschränkt. Finden sich unter diesen nicht die Männer seines Vertrauens, so nützt ihm die Möglichkeit, aus allen Vorschlagslisten seine eigene Liste zusammenstellen zu können, rein gar nichts. Andererseits ist die Gefahr der Köpfung der Listen hier in gleich hohem Masse gegeben, wie bei den unbeschränkt freien Listen.

Das System der freien Listen ist das komplizierteste von allen und hat daher

auch bei den Gemeindevertretungen weniger Anklang gefunden. Diese Eigenschaft ergibt sich mit Notwendigkeit aus dem ihm zu Grunde liegenden Prinzip, wonach nicht die für die Parteien abgegebene Stimmenzahl, sondern die für die Kandidaten abgegebene Stimmenzahl das Primäre und Entscheidende ist. Während bei dem System der gebundenen Listen das persönliche Moment in vorteilhafter Weise aus dem Wahlkampfe ausgeschieden wird und die sachlichen Gegensätze in den Vordergrund rücken, spielt bei den freien Listen gerade dieses persönliche Moment eine sehr wichtige Rolle. Unbegreiflicherweise wird dieser Übelstand noch gerade von ihren Verteidigern als ein Vorteil bezeichnet. In dem System der freien Listen feiert die atomistische Gesellschaft- und Staatstheorie ihre Triumphe. Es bedeutet im Grunde die Negation der organisatorischen Neubildungen, auf denen unser modernes Staatsleben beruht, der Parteien. Der Wilde des Urwaldes ist sein Ideal.

Das Vordrängen des persönlichen Wählerwillens führt, wie wir bereits sahen, zu dem Köpfen der Listen und damit zu der Aufhebung des in den Vorschlaglisten sich ausdrückenden Willens grösserer Organisationen, denen als den höheren und für das Staatsleben wichtigeren Gebilden auch das höhere Recht zukommt. Bei dem System der freien Listen ist es in die Hand eines einzelnen oder weniger Wähler gelegt, die Reihenfolge in den Vorschlagslisten der Parteien vollständig zu verkehren und dadurch die Wahl von Kandidaten zu verhindern. Nun ist jede Vorschlagsliste, mag es sich um Listen einer einzelnen Partei oder um gemeinsame Listen verschiedener Parteien handeln, stets das Ergebnis eines Kompromisses. Bei der Parteiliste wird der Kompromiss innerhalb einer Partei, bei einer Gruppenliste zwischen den Parteien getroffen. Alle diese Arbeit kann durch die Laune einiger »Querköpfe oder Heisssporne, die gerade für ihre Gruppe sorgen, aber von einer verbündeten Gruppe nichts wissen wollen«, vernichtet werden. Um diesem Übelstande zu begegnen, sind die Vertreter der freien Listen gezwungen, zu verschiedenen Aushilfsmitteln zu greifen. Eines der Mittel ist die sogenannte *Stimmenhäufung*. Sie besteht darin, dass die Namen der von der Partei bevorzugten Kandidaten mehrere Male auf den Stimmzettel geschrieben werden können oder durch Beisetzung von Ziffern höher bewertet werden, als die übrigen Kandidaten der Liste. Voraussetzung ist dabei selbstverständlich, dass eine Gruppe oder Partei nicht für alle zur Wahl stehenden Sitze Kandidaten aufstellt. Untersucht man die Wirkungen dieses vorgeschlagenen Hilfsmittels etwas genauer, so wird man zu dem Ergebnis kommen, dass sein Ziel, die Verbindung der Freiheit des Wählerwillens mit dem Schutz des Parteiwillens, nicht erreicht wird und auch nicht erreicht werden kann. Beide Aufgaben schliessen sich aus. Wider seinen Willen wird zum Beispiel Cuno im *Gewerbegericht* bei seiner Verteidigung der freien Listen zu der Anerkennung dieses Satzes gezwungen. »Einzelne Wähler sollen allerdings nicht darauf rechnen können, den Willen der Wahlmacher umzustossen, wohl aber soll eine grössere Anzahl Parteiangehöriger die Möglichkeit haben, ihren Willen gegen die Führer zur Geltung zu bringen.« Was nützt aber den einzelnen Wählern ihr Recht der freien Auswahl, wenn es nicht zur Geltung kommen kann? Gut disziplinierte Parteien werden allerdings durch die Möglichkeit der Stimmenhäufung gegen die Köpfung ihrer Listen geschützt. Sie brauchen aber dieses Mittel gar nicht,

da sich der durch die Mehrheit der Parteiangehörigen aufgestellten Vorschlagsliste die Minderheit jederzeit unterwerfen wird, sie ausserdem es in der Hand haben, durch die Beschränkung der eingereichten Liste auf die Zahl der erreichbaren Sitze Eingriffe der Gegner zu verhindern. Schlecht disziplinierte Parteien dagegen finden in der Stimmenhäufung keinen Schutz. Von einem anderen Mittel macht das Hagener Statut Gebrauch. Danach haben Unterschiede zwischen der durchschnittlichen Stimmenzahl aller Kandidaten der Liste und der auf den einzelnen entfallenden Stimmenzahl von weniger als 5 % der durchschnittlichen Stimmenzahl keinen Einfluss auf die Änderung der Reihenfolge, wie sie von den Parteien vorgeschlagen ist. Diese Bestimmung ist sicherlich, wie auch der Verfasser des Hagener Statutes selber zugeben muss, ein etwas mechanisches Hilfsmittel gegen Wahlmanöver. Die erwähnten 5 % würden aber bei Stimmenhäufung kaum den angestrebten Schutz gewähren. Cuno meint, man müsse sogar bis zu 10 % hinauf gehen. Auch das ist richtig. Fraglich ist nur, ob 10 % genügen werden. Schon dieser Zweifel beweist die Unzweckmässigkeit des ganzen Hilfsmittels. Ob man nun aber 5 %, 10 % oder mehr der Stimmen bei der Feststellung der Reihenfolge unberücksichtigt lässt, unbestreitbar wird dadurch das Wahlrecht der bei Anwendung der Bestimmung ausfallenden Stimmen vollständig eskamotiert. Die Freiheit des Wählers verschwindet hier zugleich mit seinem Wahlrechte vollständig.

So kommen wir also zu dem Ergebnisse, dass zwischen der Freiheit des Wählerwillens und der Anerkennung des Rechtes der Parteien oder sonstigen Organisationen keine Verbindung und Versöhnung möglich ist. Entweder man muss das unbeschränkte Recht des Individuums proklamieren und alle die Nachteile, die daraus entstehen, in den Kauf nehmen. Oder man will die Rechte der Parteien und Organisationen stützen, dann muss dabei die Freiheit des Wählerwillens jedesmal unter die Räder kommen.

Verlassen wir nunmehr die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, und wenden wir uns zu den Kommunalwahlen. Gerade die Kommunalwahlen hat man als ein Gebiet bezeichnet, das für die Anwendung der Proportionalwahl besonders geeignet sein soll. Erfahrungen sind in Deutschland noch keine aufzuweisen. Bis jetzt ist die Proportionalwahl noch nirgends Gesetz, voraussichtlich aber wird sie in Württemberg für alle Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern zur Einführung kommen, nachdem sich die Kammer der Abgeordneten und die Regierung darüber geeinigt haben.

Bereits beim Verfassungsentwurfe des Jahres 1897 hatte die württembergische Regierung die Anwendung der Proportionalwahl auf die Landtagswahlen vorgeschlagen. Sie hatte das System der gebundenen Listen angenommen, dabei aber dem Wähler das Recht gegeben, durch Vorzugszeichen auf die Reihenfolge, in der sich die Kandidaten folgen sollen, einzuwirken. In dem Gemeindeordnungsentwurf hat die Regierung an diesem Systeme festgehalten, trotz der Kritik, welche an ihrem ursprünglichen Vorschlage geübt worden war. Auf das System der württembergischen Regierung trifft der Haupteinwand, den man gegen das System der freien Listen erhebt, die Gefahr des Dekapitierens der Liste, in vollem Umfange zu. Zunächst wird den mit der Kandidatenaufstellung unzufriedenen Angehörigen einer Partei die Möglichkeit

gewährt, ohne direkten Verrat an ihrer Partei doch ihre Missstimmung an den einzelnen Kandidaten auszulassen. Wenn sie auch nicht im stande sind, die von ihnen gewünschten Kandidaten auf die Liste zu bringen, so können sie doch die Wahl der von der Partei an die Spitze gestellten Kandidaten verhindern. Schwieriger ist es für die Gegner einer Partei. Sie können allerdings die leitenden Kandidaten der Gegenpartei verdrängen, müssen aber dieses Resultat mit einem entsprechenden Stimmenverlust bezahlen, da sie nicht, wie bei den freien Listen, die eigenen und die von ihnen bevorzugten gegnerischen Kandidaten auf ihren Stimmzettel nehmen können. Bei der Beratung des Gemeindeordnungsentwurfes war vor allem die Gebundenheit der Listen Gegenstand des Angriffes. Es sollte die berühmte Freiheit des Wählerwillens ihre Berücksichtigung finden. Zugleich wurde der mehr wirtschaftliche Charakter der Gemeindewahlen, das Zurücktreten der politischen Gegensätze dabei hervorgehoben. So kam man nach langen Beratungen zu dem System der freien Listen. Der Wähler kann die Kandidaten den eingereichten Vorschlägen entnehmen, kann aber auch Personen, die auf keinem Vorschlage stehen, wählen. Ausserdem wurde die Verbindung mehrerer Vorschlagslisten gestattet. Bei der Stimmenzählung werden Bewerber, die auf keinem der eingereichten Wahlvorschläge stehen, jeder für sich als besonderer Wahlvorschlag aufgeführt. Die Verbindung der Listen wurde ausdrücklich deshalb gestattet, um auch kleineren Gruppen es zu ermöglichen, durch Verbindung ihrer Listen sich gegenüber den grösseren Parteien besser durchzusetzen. Durch die Addition der bei der Verteilung auf die einzelnen Listen entstehenden überschüssigen Stimmreste können nämlich die verbundenen Gruppen möglicherweise einen weiteren Sitz erhalten. Im Grunde widerspricht aber dieses System dem ganzen Wesen der Proportionalwahl. Beruht diese doch darauf, dass die gesamten Kandidaten einer Partei gewissermassen ein Kartell bilden, und dass die für den einen von ihnen abgegebenen überschüssigen Stimmen den anderen zu gute kommen. Bei dem von Professor Siegfried vorgeschlagenen System ist dieser Grundsatz bei der Ausgestaltung der verbundenen Listen in einer ersten Staffelung durchgeführt, während in der zweiten Staffelung, wo die Verbindung der heterogensten Gruppen erfolgen kann, ihm direkt widersprochen wird. In der ersten Staffelung erfolgt nämlich die Verbindung innerhalb der gleichen Parteien zwischen den Listen der verschiedenen Lokalkomitees. Wenn nun aber die Verbindung der Listen von Gruppen gestattet wird, ganz ohne Rücksicht auf den Gegensatz, der vielleicht zwischen den Programmen der sich verbündenden Gruppen besteht, so wird das Institut der Stimmenübertragung in seinem Wesen verfälscht. Die verschiedenen Gruppen haben eben häufig nichts mit einander gemein, als ihren Mangel an Stimmen. Trotzdem wird die Fiktion aufrechterhalten, dass die Wähler damit einverstanden sind, ihre überschüssige Stimmkraft den Mitgliedern der übrigen an dem Kartell beteiligten Gruppen zu übertragen.

Wiederholt sah sich die württembergische Kammer bei der Verfassungsreform von 1905 vor die Frage der Einführung des Proportionalwahlrechtes gestellt. Nach dem Entwurfe der Regierung sollte nämlich bei der Wahl der Abgeordneten der Stadt Stuttgart die Proportionalwahl in Anwendung kommen. Von der Abgeordnetenkammer wurde aber ein Ersatz für die ausgeschiedenen Privilegierten für notwendig gehalten, und man einigte sich schliesslich dahin,

auch diesen Ersatz mittels Proportionalwahl wählen zu lassen. Ursprünglich hatte man die Kreiseinteilung des Landes festgehalten. Dann entschloss man sich aber dazu, das ganze Land zu einem einheitlichen Wahlkreise zu machen. Was das gewählte System anlangt, so hatte sich der Regierungsentwurf vollständig an das durch die Beschlüsse der zweiten Kammer festgelegte System der freien Listen für die Gemeindewahlen angeschlossen. Bei der Beratung des Entwurfs wurde dieses System von den Vertretern des Zentrums aufs schärfste bekämpft. Der Unsinn des freien Panachierens müsse zu den schwersten Nachteilen führen. Das Hineinregieren in den Wahlvorschlag einer Partei sowohl seitens einer kleinen Minorität innerhalb der Partei, wie seitens der Gegner werde auf diese Weise ermöglicht, durch unlautere Wahlmanöver die Liste geköpft und Quertreibereien könnten Platz greifen, die jede Wahl zu einem Schauplatz der Unmoralität machten. Sie schlugen daher entweder die einnamige Stimmgebung, wie sie von Klöti und Siegfried empfohlen werden, oder die Stimmenhäufung vor. Da aber das System der einnamigen Stimmgebung »in Theorie und Praxis keinen Anklang gefunden habe«, so könne nur die Kumulierung, beschränkt oder unbeschränkt, in Frage kommen. Sehr richtig wurden aber gegen die letztere von seiten des Ministers des Innern die gleichen Bedenken erhoben, die wir oben geltend gemacht haben. Die Kumulierung gibt in der Tat der Minorität ein Gewicht, das über ihre Bedeutung hinausgeht, und ihre Wirkungen können jederzeit durch Gegenmanöver aufgehoben und durchkreuzt werden. Trotz dieser wichtigen Einwände beschloss die Abgeordnetenkammer eine beschränkte Stimmenhäufung bis zu drei Stimmen einzuführen.

In diesen Beschlüssen der zweiten württembergischen Kammer haben wir also den ersten Versuch in Deutschland vor uns, die Proportionalwahl zur Wahl von Abgeordneten auf das Gebiet eines Bundesstaates anzuwenden. Dabei hat die Kommission in durchaus richtiger Weise und im Gegensatz zum Beispiel zu den Vorschlägen des Abgeordneten Hammerschmidt in Bayern das Land nicht in weitere Unterabteilungen eingeteilt, sondern als einen einheitlichen Wahlkreis konstituiert. Leider hat sie sich durch die Phrase von der *Freiheit des Wählerwillens* dazu bestimmen lassen, das von der Regierung in ihrem ersten Reformentwurfe vorgeschlagene System der gebundenen Listen durch das der freien Listen zu ersetzen. Doch sind die wilden Kandidaten, das heisst diejenigen, die auf keiner Vorschlagsliste stehen, im Gegensatz zu den Beschlüssen der Gemeindeordnungsnovelle gestrichen worden. Offenbar, um den Unsinn der beschränkt freien Listen auszugleichen, wurde die überflüssige Verzierung der beschränkten Kumulation hinzugefügt, durch die man ganz sicher die Sache nicht besser gemacht hat. Das einzig Gute an diesen Beschlüssen ist, wie bereits hervorgehoben, die Konstituierung des gesamten Gebietes als einheitlicher Wahlkreis.

Blicken wir auf unsere Ausführungen zurück, so sehen wir, wie zwar zurzeit noch die inhaltlose Phrase von der *Freiheit des Wählerwillens* die Ausgestaltung der Proportionalwahlsysteme beherrscht. Langsam setzt sich aber gegenüber den Systemen der freien Listen das politisch höher stehende der gebundenen Listen durch. Wenn man es auch heute noch, um die Worte Klötis zu gebrauchen, als eine starke Zumutung an den Bürger betrachtet, wenn er für Listen oder, politisch gesprochen, für Parteien stimmen muss und sein

Wahlrecht verliert, wenn er nur für Kandidaten stimmen will, so wird doch hoffentlich die Zeit nicht mehr fern sein, wo man von jedem Bürger strikte verlangt, dass er sich einer Wahlpartei anschliesse, wenn er von seinem Wahlrechte Gebrauch machen will. Darin hat Klöti recht, wenn er die heutige Denkweise noch für viel zu individualistisch erklärt, als dass man sich einen solchen Parteizwang gefallen liesse. Gerade die Sozialdemokratie aber, die die Überwindung dieses politischen Individualismus sich zur Aufgabe gemacht hat, hat alle ihre Kräfte daran zu setzen, die Verfälschung des Proportionalwahlverfahrens durch das individualistische Wahngebilde von der Freiheit des Wählerwillens zu bekämpfen. Für sie kann es nur ein System geben: das der gebundenen Listen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDMUND FISCHER · DIE ÜBERWINDUNG DER PROSTITUTION

HÄUFIGER, als je, beschäftigt man sich zurzeit mit der modernen Prostitution, ihrer Gefahr und Bekämpfung, nachdem es klar zu Tage liegt, dass einerseits die polizeilichen Reglementierungs- und Unterdrückungsversuche und die Bestrebungen der sogenannten *Sittlichkeitsvereine* — wie vorauszusehen war — ein völliges Fiasko erlitten haben, andererseits die Verbreitung der geschlechtlichen Erkrankungen, eine Folge der Prostitution, eine nicht minder ernste Gefahr für die Gesellschaft bedeutet, als etwa die Tuberkulose, und ihre Bekämpfung nur möglich ist durch völlige Beseitigung oder doch möglichst grösste Eindämmung der Prostitution. Vom medizinischen, gesundheitlichen Standpunkt aus wird nun der Kampf gegen die Prostitution aufgenommen. Da taucht nun die bange Frage auf: Kann die Prostitution überhaupt beseitigt werden, und wie?

Solange unter den Sozialisten allgemein die Auffassung vorherrschte, dass die Prostitution lediglich oder doch in der Hauptsache dem wirtschaftlichen Elend entspringe, dieses aber, eine Folge der kapitalistischen Produktionsweise, in der kapitalistischen Gesellschaft *naturnotwendig* mit der steigenden Entwickelung der Produktion immer mehr zunehme, so lange galt der Kampf gegen die moderne Prostitution innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft als völlig aussichtslos. Diese irrige Auffassung darf wohl als überwunden gelten. »Die oft gehörte Redensart, dass die moderne kapitalistische Produktion schuld sei an der Prostitution, ist sicher grundfalsch«, schreibt Blaschko.[1]) Und ein andermal meinte diese bedeutende Autorität in der Prostitutionsfrage: »Die bessere materielle Stellung der Frau würde an sich nicht die Prostitution beseitigen, ja deren Umfang kaum wesentlich verringern, sondern nur einen allgemeinen Preisaufschlag der selben zur Folge haben«.[2]) Blaschko weist damit sehr richtig darauf hin, dass weniger das Angebot, als die Nachfrage die Prostitution hervorrufe, dass also nicht die schlechte materielle Stellung des Weibes ihre hauptsächlichste direkte Ursache sei, sondern das

[1]) Vergl. Alfred Blaschko: *Hygiene der Prostitution und venerischen Krankheiten* (*Handbuch der Hygiene*, X. Bd.) /Jena 1900/, pag. 39.

[2]) Vergl. Alfred Blaschko: *Die moderne Prostitution* in der *Neuen Zeit*, 1891-1892, II. Bd., pag. 18.

Geschlechtsbedürfnis des Mannes oder vielmehr dessen aussereheliche Befriedigung. Jedes Streben nach Überwindung oder wenigstens Verminderung der Prostitution muss demnach in erster Linie darauf hinzielen, eine vernünftigere, das ist natürlichere Regelung des geschlechtlichen Verkehrs zu ermöglichen. Und nur so weit zählen die wirtschaftlichen Verhältnisse zu den direkten Ursachen der Prostitution, als sie einer natürlicheren Regelung des geschlechtlichen Verkehrs hinderlich sind.

Angebot und Nachfrage, das sich verkaufende Weib und der kaufende Mann, machen zusammen die Prostitution aus, und der wesentlichere Teil ist sogar der Mann, nicht das Weib. Denn nur ein verhältnismässig sehr kleiner Teil der Frauen prostituiert sich, aber der weitaus grösste Teil der Männer benutzt sie und hat deshalb auch an der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten den grössten Anteil. Aber alle praktischen Vorschläge, die zum Beispiel Paul Kampffmeyer in seiner kürzlich erschienenen Schrift[8]) macht, beschäftigen sich mit dem Weibe! Warum? Kampffmeyer kommt zu dieser Einseitigkeit, weil er die Ursachen der Prostitution einseitig in den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen, in denen sich viele Mädchen und Frauen befinden, in ihrer schlechten Erziehung und Verführung sieht. Deshalb stellt er auch die Frage: »Wird sich die Frau, auf der nicht mehr der wirtschaftliche und soziale Zwang lastet, noch verkaufen?« Und er antwortet: »Die geistig und moralisch normale Frau dürfte sich wohl nimmermehr zu einem derartigen Handel verstehen.« Danach besteht also heute die grosse Zahl der Prostituierten aus Frauen, die, obwohl geistig und moralisch normal, durch wirtschaftlichen und sozialen Zwang, das heisst durch eine direkte Notlage sich gezwungen sahen, ihren Körper zu verkaufen. Das ist meines Erachtens nicht zutreffend. Eine geistig und moralisch normale Frau wird durch keine noch so grosse Notlage zur Prostituierten. Die Fälle, dass ein Mädchen eine Prostituierte wurde, weil es sich durch direkte Notlage gezwungen sah, seinen Körper zu verkaufen, gehören zu den Seltenheiten, jedenfalls aber bilden sie nicht die Regel.

Wohl meint auch Blaschko, nur ein kleiner Prozentsatz bestehe aus *geborenen Prostituierten*, die »manchmal selbst aus glänzenden materiellen Verhältnissen heraus mit unfehlbarer Sicherheit dieser ihrer Bestimmung entgegengehen und die, selbst unter günstige Bedingungen gebracht, immer wieder in ihren Schmutz zurückkehren. Das gilt aber nicht für die weitaus grössere Mehrzahl der Prostituierten, die sich aus der grossen Zahl der Durchschnittsfrauen rekrutieren und die nur durch irgend welche äusseren Lebensverhältnisse zur Prostitution gedrängt werden.« Damit will Blaschko aber gewiss nicht sagen, dass sich diese Frauen aus Not gezwungen sähen, sich zu prostituieren, denn er vertritt ja doch, wie wir oben sahen, die Ansicht, dass eine materielle Besserstellung dieser Frauen nur den Erfolg haben würde, dass sie sich dann teuerer verkaufen, dass also nicht wirtschaftlicher und sozialer Zwang sie zur Prostitution *dränge*, sondern die Aussicht, in vermeintlich leichter und einfacher Weise, den ärmlichen Verhältnissen entgehen und ein schöneres, genussreicheres Leben führen zu können. Blaschko irrt meiner Ansicht nach aber, wenn er behauptet, die Prostituierten rekrutierten sich durchschnittlich aus den Durchschnittsfrauen. Viel näher der Wahrheit kommt Ströhmberg, wenn er schreibt: »Nach allem

[8]) Paul Kampffmeyer: *Die Prostitution als soziale Klassenerscheinung und ihre Bekämpfung* /Berlin 1905/.

Gesagten prädisponiert das soziale Elend der Umgebung . . . die degenerierten Individuen und in selteneren Fällen auch gesunde jugendliche Mädchen zur Prostitution.«[4])

So ist es: Der Durchschnitt der Prostituierten rekrutiert sich aus degenerierten Frauen, die äusserlich, und auch was ihr allgemeines geistiges Niveau anlangt, sich allerdings von der Durchschnittsfrau scheinbar nicht unterscheiden, die oft sogar hervorragende Geistesanlagen verraten, die aber fast alle — schon von Kindheit an — ein speziell den Prostituierten eigenes Etwas in ihrem Geistesleben haben, das ein Möbius vielleicht in brutaler Weise *potenzierte Weiblichkeit* nennen würde, das aber in Wahrheit ein Degenerationsmerkmal ist, welches diese Armen zur Prostitution prädisponiert. Und diese Art degenerierter Frauen finden sich in allen Gesellschaftsklassen vor. Wenn sich trotzdem die Prostituierten zum weitaus grössten Teile aus den ärmeren Klassen rekrutieren, so erklärt sich dies einmal sehr einfach daraus, dass die besitzende Klasse überhaupt nur einen kleinen Prozentsatz von der ganzen Gesellschaft ausmacht, sodann und hauptsächlich aber daraus, dass das an *moral insanity* leidende Mädchen aus reicher oder wohlhabender Familie alles das, was das arme, moralisch kranke Mädchen zur Prostitution verlockt und *drängt*, sich bieten kann, ohne dass es seinen Körper zu verkaufen braucht. Unter *moralisch krank Sein* kann man doch nicht nur die Freude am Laster verstehen, sondern auch den Mangel an Widerwillen gegen das Laster, der die Kranken nicht abhält, dem Laster eines geringen oder grossen Vorteils wegen zu verfallen.

Damit ist nun keineswegs gesagt, dass die *geborene Prostituierte*, das durch Degeneration zur Prostitution prädisponierte Mädchen, unter allen Umständen nun auch eine Prostituierte wird. Wo die Gelegenheit, der äussere Anreiz dazu, wie auf dem Lande und in der kleinen Stadt, gänzlich fehlen oder nur im geringen Masse vorhanden sind, wird das geistig und moralisch nicht gesunde Mädchen auch vielfach davor bewahrt bleiben, eine Prostituierte zu werden. Übrigens weiss ein jeder, der lange in Dörfern und kleinen Städten gelebt hat und mit den Verhältnissen dort vertraut wurde, dass es auch da nicht an *feilen Mädchen* fehlt und deren Zahl im Verhältnis zur Einwohnerschaft nicht geringer ist, als in der Grossstadt. Nur die Form der Prostitution ist hier eine andere, und oftmals auch die Art der Bezahlung. Dies gilt auch für die Prostitution unter der industriellen Arbeiterschaft, die keineswegs, wie Kampffmeyer glaubt, das Geschlechtsbedürfnis vor der Ehe lediglich in Liebschaften mit Klassengenossinnen befriedigt.

Der Hinweis, dass mit der Besserstellung der Fabrikarbeiterinnen die Zahl der aus diesen Kreisen stammenden Prostituierten gegenüber den fünfziger und sechziger Jahren bedeutend abgenommen habe, die Zahl der aus den Kreisen der schlechter gestellten Dienstboten aber sehr zunehme, spricht nicht gegen meine Auffassung. Denn die heutigen Fabrikarbeiterinnen setzen sich gegenüber denen der fünfziger und sechziger Jahre ebenso aus einem ganz anderen Menschenmaterial zusammen, als die Dienstboten. In den fünfziger und sechziger, ja noch in den siebziger Jahren, betrachteten es selbst die Töchter der Arbeiter als eine Schande, in die Fabrik zu gehen. Nur *schlechte Mädchen* gingen in die Fabrik, hiess es. In der Tat fanden sich damals, in den Gross-

[4]) Vergl. C. Ströhmberg: *Die Prostitution* (Stuttgart 1899), pag. 71.

städten wenigstens, in der Hauptsache nur Mädchen zur Fabrikarbeit bereit, die sonst nirgends unterkommen konnten. Und so kam es, dass sich in den Grossstädten die Fabrikarbeiterinnen zu einem starken Prozentsatze aus dem sogenannten *Lumpenproletariat* rekrutierten. Die Töchter der Arbeiter und Kleinbürger gingen damals *in Dienst*; heute gehen sie in die Fabrik, und das Dienstmädchenmaterial setzt sich heute wieder, aber in entgegengesetzter Weise, zu einem grossen Teile aus einer ganz anderen Bevölkerungsschicht zusammen, als vor 50 Jahren. Deshalb ist der Vergleich nicht zulässig.

Zu allerletzt aber kann Kampffmeyer das Beispiel der *Verlorenen*[5]), die er öfters zitiert, für seine Anschauung anführen, denn gerade diese *Verlorene* ist ein Typus der *geborenen Prostituierten*! Enkelin einer Pariser Kokotte, wäre sie vielleicht keine Prostituierte geworden, wenn sie der reiche Graf, dessen Maitresse sie zuletzt wurde, geheiratet hätte, als sie 15 Jahre alt war, und ihr so das herrliche Leben einer *grossen Dame* gleich geboten worden wäre. Kampffmeyer zitiert einen Ausspruch der *Verlorenen* — die, obwohl eine *geborene Dirne*, gewiss ein nicht unbedeutender Mensch war —: »Viele, viele Dirnen schreien heute aus tiefster Not nach Rettung, aber ihre Stimmen dringen nicht bis in die Säle der gesetzgebenden Versammlungen, der staatlichen und kommunalen Körperschaften.« Aber ich kann beim besten Willen nicht finden, dass die *Verlorene* selbst je einen wirklich ernsten Versuch gemacht hätte, der Prostitution zu entweichen, obwohl sie, die nicht unter Kontrolle stand, reiche Kenntnisse besass, also arbeiten konnte. *Gerettet* wollte sie werden — aber dabei die *vornehme Dame* bleiben, wie sie es zuletzt als Maitresse des reichen Grafen war, mit allem Luxus und den Lebensfreuden. Aus gleichen und ähnlichen Gründen sind deshalb auch bis jetzt alle *Rettungs*versuche an Prostituierten gescheitert, und die »besten Erziehungsheime durch Staat und Gemeinde«, die Kampffmeyer verlangt, werden nur den einen Erfolg haben: dass der kleine Prozentsatz Nichtdegenerierter wieder zur Arbeit und einem gesitteten Leben zurückgeführt wird; der grosse Rest aber, die moralisch nicht gesunden Mädchen, wird nach Verlassen der Anstalt wieder das vermeintlich freiere, vergnügungsreichere Leben in der Prostitution der harten Arbeit und dem einfachen eintönigen Leben eines *anständigen* Mädchens vorziehen. Dieser Erfolg genügt freilich durchaus, um die Erziehungsanstalten zu verlangen, damit wenigstens diejenigen, die gerettet werden können, auch gerettet werden.

»Stehen wir auf dem Standpunkt, dass nicht das Angebot von Prostituierten ein Bedürfnis erzeugt, sondern dass das nach Befriedigung lechzende gesellschaftliche Bedürfnis erst das Angebot provoziert, so müssen die ausschliesslich auf Verringerung des Angebots beziehungsweise des Zustroms zur Prostitution gerichteten Bestrebungen erfolglos bleiben«, sagt Blaschko. Eine Verminderung der Prostitution, meint er ferner, werde auch nicht erzielt durch Herabminderung der Zahl der Prostituierten, sondern nur dadurch, dass man gleichzeitig Angebot und Nachfrage nach Prostituierten vermindere. Nun wird aber durch die Hebung der wirtschaftlichen Lage des Volkes die Nachfrage nicht vermindert, sondern vermehrt, wenn nicht gleichzeitig der Geschlechtsverkehr anders geregelt wird. Wie kann letzteres geschehen?

Das einzig wirkungsvolle Mittel gegen die Prostitution und somit gegen die

[5]) *Tagebuch einer Verlorenen*, herausgegeben von Margarethe Böhme (Berlin 1905).

geschlechtliche Ansteckung ist die Ehe. »Der beste Schutz ist: früh heiraten«, schreibt Blaschko. Aber er muss hinzufügen, leider brächten es die wirtschaftlichen Verhältnisse mit sich, dass die wenigsten Menschen zur Zeit ihrer beginnenden Geschlechtsreife einen eigenen Hausstand bilden und eine Familie ernähren könnten: »Wenn es gelingt, das Volk konsumfähiger zu machen, seinen *standard of life* dauernd zu heben und dadurch das durchschnittliche Heiratsalter herabzusetzen, die wirtschaftliche Stellung der Frau zu bessern und damit auch eine höhere Wertschätzung des Weibes zu ermöglichen, so ist die Hauptsache getan.« Ein anderer Autor, der über die Prostitutionsfrage schreibt, meint: »So müssen unsere sozialen Zustände werden, dass jeder geschlechtsreife Mensch, der irgend es wünscht — und das werden dann recht viele sein — in der Ehe anständig seine Geschlechtsbedürfnisse befriedigen kann.«[6]) Ich stimme dem vollständig bei, nur ist es meiner Ansicht nach ein grosser Irrtum, wenn man sich das späte Heiraten in erster Linie oder gar allein aus dem *standard of life* des Volkes erklären will und glaubt, durch dessen Hebung schon eine Herabsetzung des Heiratsalters und somit eine Verminderung der Nachfrage nach Prostituierten erzielen zu können. Denn gerade die Bessersituierten — auch unter den Arbeitern! —, die auch das Hauptkontingent bei der Nachfrage nach Prostituierten stellen, heiraten zurzeit in der Regel am spätesten und die Schlechtersituierten am frühesten. Das späte Heiraten erklärt sich eben nicht nur, und vielleicht nicht hauptsächlich, aus der niederen Lebenshaltung des Volkes, sondern auch aus einer ganzen Reihe psychologischer Momente, durch deren Beeinflussung man eine Herabminderung des Heiratsalters sehr wohl herbeiführen kann.

Wenn sich Beamte, Kaufleute, Ingenieure, Schriftsteller, Künstler, Fabrikantensöhne u. s. w. erst eine höhere Lebensstellung erwerben wollen, ehe sie sich eine Frau suchen, weil sie glauben, dann eine *bessere Partie* zu machen, sich also einen wirtschaftlichen Vorteil verschaffen zu können, so hat das mit der Lebenshaltung des Volkes gar nichts zu tun. Und dass auch aus gleichen Gründen — wenn auch in der Regel vergeblich — Handwerker und Arbeiter das Heiraten hinausschieben, ist ebenso Tatsache, wie dass die Existenz des weitaus grössten Teiles der Arbeiter im 28. oder 30. Lebensjahre keine bessere und sicherere, als im 22., ist. *Jung Heiraten ist ungesund* ist eine Meinung, die im ganzen Volke verbreitet ist. Du bist noch zu jung, sagt der Vater zum Sohne, die Mutter zur Tochter. *Jung Heiraten führt zu nichts* heisst ein anderes Sprichwort, das heisst, es führt zu keinem (wirtschaftlichen) *Glück*. Und *Jugend muss sich erst austoben* ist ein dritter, verderblicher Grundsatz. So kommt es vielfach, dass zwar insbesondere, aber nicht nur Männer der *höheren Stände* »erst in einem Alter zur Gründung der Familie gelangen, in welchem ihr Gemüt an Frische, ihr Herz an Empfänglichkeit bereits verloren hat«.[7]) Lily Braun meint ja nun freilich, die Entwickelung führe zur Auflösung des *toten Götzen Ehe*. Mit der Entwickelung zur wirtschaftlichen Selbständigkeit der Frau, sagt sie, stürze »der Grundpfeiler der Ehe, die in allererster Linie eine wirtschaftliche Vereinigung zum Zwecke der Zeugung legitimer Erben des väterlichen Besitzes gewesen ist . . . Die Formen des Zusammenlebens der Geschlechter sind den Entwickelungsgesetzen unterworfen, wie alle anderen

[6]) Vergl. H. B.: *Nochmals die Frage des Dirnenkaufs* in der *Neuen Zeit*, 1897-1898, II. Bd., pag. 631.
[7]) Vergl. Friedrich von Hellwald: *Die menschliche Familie* (Leipzig 1889), pag. 577.

Formen gesellschaftlichen Lebens, und es heisst sich einer groben Täuschung hingeben, wenn wir den Auflösungsprozess, in dem sich die Ehe befindet, ableugnen wollten.«[8]) Selbstverständlich sind auch die Formen des Zusammenlebens der Geschlechter Entwickelungsgesetzen unterworfen. Nur sind diese Gesetze ganz andere, als Lily Braun meint. Die Ehe war keine Folge des Privateigentums, sondern umgekehrt, das Streben nach grossem Besitz war eine Folge der Ehe, die nicht wirtschaftlichen Verhältnissen, sondern rein natürlichen Gesetzen entsprang. Die Aufhebung des Privateigentums an sich ändert an der Ehe als solcher gar nichts, denn die Ehe ist vielfach gerade da am schönsten und festesten, wo kein Besitz vorhanden ist. Die Entwickelung der Form des geschlechtlichen Zusammenlebens der Menschen wird nicht in erster Linie bestimmt durch ökonomische Gesetze, sondern durch die Gesetze der Natur. Und nur soweit sich die Natur des Menschen ändert, *entwickelt* sich das geschlechtliche Zusammenleben. Dass erst andere, höhere Produktionsformen diese Entwickelung des Menschen ermöglichen oder erzeugen, ändert nichts an der Sache selbst.

Die Entwickelung der Liebe ist eine Folge der Entwickelung des Menschen von Geschlecht zu Geschlecht auf eine höhere Stufe als Mensch, als *Tier*. Je niederer die Gattung ist, der ein Tier angehört, desto unentwickelter sind bei ihm die seelischen Empfindungen, wie Freude und Schmerz, Hass und Liebe. Und dies trifft auch beim Menschen zu, mit dessen Entwickelung von der niedersten Stufe — auf der er sich von den Tieren höchster Gattung nicht besonders unterscheidet — zu höheren sich auch seine seelischen Empfindungen entwickeln, verfeinern; dementsprechend gestaltet sich dann auch das Zusammenleben der Geschlechter, das sich gerade nach der entgegengesetzten Richtung hin entwickelt, als es uns Lily Braun glauben machen will: Die Ehe entwickelte sich bisher und entwickelt sich noch immer mehr und mehr zu einer festeren, innigeren, nicht nur geschlechtlichen, sondern auch seelischen Gemeinschaft von Mann und Weib, sie veredelt sich in der Weise, wie sich das Gefühl der Liebe veredelt, verfeinert. Und entsprechend dieser Entwickelung zur auf Liebe. Seelengemeinschaft, beruhenden Ehe wurde auch die keiner Seelengemeinschaft entspringende Geschlechtsvermischung, die Prostitution, zurückgedrängt. Die Prostitution hat nie zugenommen, sondern stets abgenommen; durch die Entwickelung der Grossstädte tritt sie nur widerlicher in die Erscheinung.

»Ursprünglich gab es . . . keine Ehe und war die Prostitution die allgemeine Regel«, schreibt Lombroso.[9]) Ich lasse es dahingestellt sein, ob dies der richtige Ausdruck ist. Aber fest steht, dass die Menschen auf der niedersten Stufe sich geschlechtlich nur des Geschlechtsgenusses wegen vereinigten, das, was wir *Liebe* nennen, sehr schwach entwickelt, der Kauf der Frauen und der Verkauf des Geschlechtsgenusses durch die Frauen deshalb allgemein war. Je höher ein Volk jedoch stieg, desto mehr *enttierten* sich die Menschen, entwickelte sich das geschlechtliche Zusammenleben zu edleren Formen. Man vergleiche die Prostitution im Mittelalter mit der heutigen! In Rom wurde durch eine Bulle des Papstes Benedict IX. vom Jahre 1033 in der Nähe der Kirche des heiligen Nikolaus ein Bordell errichtet. 1347 wird in Avignon ein Bordell mit der

[8]) Vergl. Lily Braun: *Das Problem der Ehe* in der *Neuen Gesellschaft*, 1905, pag. 115.
[9]) Vergl. Cesare Lombroso: *Der Verbrecher* (Hamburg 1887), pag. 39.

Bezeichnung *Mädchenkloster* errichtet, mit einer Äbtissin an der Spitze. Kaiser Sigismund bedankte sich vor Fürsten und Herren bei den Bernern dafür, dass der Rat sein Gefolge drei Tage lang unentgeltlich in den Gässlein der schönen Frauen bewirtet hatte u. s. w. »So stark diese Äusserungen der Prostitution im Mittelalter aber auch sind, so bedeuten sie doch im Vergleich mit dem, wie sie sich bei den alten Kulturvölkern äusserten, schon einen bedeutenden Schritt zum Besseren« (Ströhmberg). Und das gilt auch für die heutige Prostitution gegenüber der des Mittelalters.

Die Grösse der Nachfrage in der Prostitution ist abhängig von der Zahl der unverheirateten, geschlechtsreifen Männer und der ehelichen Treue der Ehemänner. Die Nachfrage kann also vermindert werden in erster Linie durch Verminderung der Zahl der unverheirateten Männer, indem diese jung eine Ehe schliessen. Ich kenne sehr wohl alle die Hindernisse, man braucht sie mir nicht vorzuzählen. Aber trotzdem bin ich der Überzeugung, dass sich auch unter den heutigen Produktionsverhältnissen, bei dem heutigen *standard of life* des Volkes, durch Aufklärung über die furchtbaren Schäden der Prostitution für die Volksgesundheit und die gesundheitlichen und sittlichen Vorteile der jung geschlossenen Ehe sehr vieles erreichen lässt. Das grösste Hindernis einer zeitigen Ehe ist für den Mann die Militärdienstzeit, viel weniger die Existenzfrage. Nur Vorurteile aller Art, Hoffnungen und Träume, die sich nie oder nur selten erfüllen, vielfach natürlich auch die Lust am ungebundenen Leben, halten die meisten Männer ab, jung eine Ehe einzugehen. Aber wird die Sitte — die sich nie von selbst, ohne jeden Anstoss aus den ökonomischen Verhältnissen heraus entwickelt — geweckt und gepflegt, dass die Ehe möglichst jung geschlossen werden soll, dann wird es ebenso gebräuchlich werden, jung zu heiraten, wie es heute gebräuchlich ist, das erst in einem gewissen Alter zu tun. Von konservativer und klerikaler Seite wird oftmals gegen das zeitige Heiraten der Arbeiter gewettert, aus dem viel Elend entstehe. Ich habe stets die entgegengesetzten Beobachtungen gemacht. Mit dem Eingehen einer Ehe wird ein grösserer Lebensernst erzeugt, das Leben wird inhaltsreicher, das Streben wird geweckt, die Energie gehoben. Nicht die Ledigen sind es, die in unseren Organisationen, in der Arbeiterbewegung die grösste Tätigkeit entfalten, sondern die lebensernsteren Verheirateten. Unlängst las ich auch wieder einmal den Aufruf eines Arztes, der vor frühzeitiger Ehe warnt: diese sei gesundheitsschädlich. Dass der geschlechtliche Verkehr mit venerischen Prostituierten oder die Masturbation der Gesundheit dienlicher sein soll, als die Befriedigung des Geschlechtsbedürfnisses in einer Ehe, kann ich nicht finden. In China verheiratet man sich sehr jung, meist vor dem 20. Lebensjahre. Im Bereiche des Islam kommt Ehelosigkeit fast gar nicht vor. Man heiratet vielmehr ungemein früh. Die Jugend wird zu dieser Auffassung erzogen.

So und nicht anders kann auf Überwindung der Prostitution, auf Einschränkung des einen und grössten Teils der Nachfrage hingearbeitet werden. Die Aufklärung über die Gefahren des geschlechtlichen Verkehrs mit Prostituierten, die Blaschko empfiehlt, ist ganz gut, aber das Geschlechtsbedürfnis wird damit nicht befriedigt; die Prostitution durch die Masturbation überwinden zu wollen, ist wohl gleichfalls nicht empfehlenswert. Und der geschlechtliche Verkehr junger Leute vor der Ehe, die *freie Liebe*, kann doch nur empfohlen

werden, wenn die Eheschliessung der beiden beabsichtigt ist. Wie in der ganzen Tierwelt, ist auch bei den Menschen der Mann der werbende Teil. Zu den Eigenschaften, die die Frau dem Manne begehrenswerter machen sollte, gesellte sich daher mit der Veredelung unserer Empfindungen auch die jungfräuliche Keuschheit. Und diese nimmt an Ausbreitung nicht ab, sondern zu, verallgemeinert sich, und mit der zunehmenden Verfeinerung der Sitten verlangt die Keuschheit auch die Frau vom Manne — und mit Recht. »Nur so allein wird sich auch die unbedingte Anerkenung der Gleichberechtigung der Frau Bahn brechen, die beim Eingehen der Ehe verlangen kann, dass der Mann ihr in Bezug auf die Keuschheit ebenbürtig ist.« (Ströhmberg.) Selbstverständlich ist, dass der geschlechtliche Verkehr junger Leute vor der Ehe nicht durch die Sitte oder gar Gesetze verhindert werden darf und das Mutter gewordene verlassene Mädchen den Schutz der Gesellschaft, des Staates oder der Gemeinde im weitesten Masse erhalten soll. Aber nicht so, dass der Mann von jeder Verantwortung frei ist! Wer ein Mädchen schwängert und sich dann um Mutter und Kind nicht mehr kümmert, es dem Elend oder der Fürsorge der Allgemeinheit einfach überlässt, ist unter allen Umständen ein Schurke, der keinerlei Rücksichten verdient. Der Ausbau einer Sozialethik nach dieser Richtung hin ist jedenfalls mehr geeignet, der Prostitution entgegenzuwirken, als die Verbreitung der Lehre, die Entwickelung führe zur Auflösung der Ehe und zur *freien Liebe*.

Ich höre schon das Gespött über meine *philisterhaften Moralpredigten*. Aber alle, die sich mit der Prostitutionsfrage ernstlich beschäftigen, kommen schliesslich doch zu dem Resultate, dass eine ethische Beeinflussung des Volkes nach irgend einer Richtung hin zur Bekämpfung der Prostitution und Regelung des Geschlechtslebens erforderlich ist. »Ich räume ein«, meint Hellpach, »dass es zwecklos ist, heute eine Sozialethik für die Zukunft konstruieren zu wollen. Aber falsch ist es, anzunehmen, diese Ethik werde sich dereinst aus den sozialen Verhältnissen folgerichtig ergeben. Niemals — wenn wir sie nicht vorbereitet haben, sei es auch nur durch unausgesetzte Kritik der heute massgebenden sittlichen Anschauungen.«[10]) Eine ethische Beeinflussung ist schliesslich auch die Aufklärung, die Blaschko verlangt. Und erst recht, was Kampffmeyer schreibt: »Auf eine wirtschaftliche und sozialethische Rückenstärkung des jungen erwachsenen weiblichen [warum nur des weiblichen? E. F.] Proletariats zielen unsere Reformvorschläge in erster Linie hin.« Und ferner: »Die Veräusserlichung der Beziehungen des Mannes zum weiblichen Geschlecht auf den blossen sexuellen Genuss rebelliert heute gegen unser vertieftes moralisches Empfinden. Und auf diese Veräusserlichung arbeitet gerade die Prostitution los. Immer lauter erhebt sich in unserer Brust die Forderung: das Zusammenleben von Mann und Weib soll wirklich eine Ehe, eine leibliche und seelische Gemeinschaft beider werden! Und dieser inneren Stimme folgend, rüsten wir uns im Interesse der Veredelung des Menschengeschlechtes zu dem grossen Kulturkampfe gegen die moderne Prostitution.«

Eine drei Millionen Anhänger starke Partei, die mit Recht beansprucht, eine Kulturbewegung darzustellen, hat auch einen starken moralischen Einfluss. Früher hiess es auch, der übermässige Alkoholgenuss sei eine Folge der

[10]) Vergl. Ernst Gystrow (Willy Hellpach): *Mein Schlusswort zur Nachfrage beim Dirnenkauf* in der *Neuen Zeit*, 1897-1898, II. Bd., pag. 731.

wirtschaftlichen Verhältnisse und werde erst mit dem Elend verschwinden. Aber das moralische Empfinden der Arbeiter entwickelte in den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen die sozialethische Anschauung, dass Betrunkenheit etwas Verwerfliches sei. Dadurch ist in der Tat die Trinksitte unter den Arbeitern wesentlich eingeschränkt worden. Ähnliche sozialethische Maximen entwickeln sich aber auch bereits unter den Arbeitern in Bezug auf das Geschlechtsleben: man braucht sie nur zu unterstützen und zu pflegen, statt mit dem Schlagworte von der *freien Liebe* zu hindern.

Man kann von einem sozialdemokratischen Unternehmer in der Regel nicht verlangen, dass er wesentlich höhere Löhne zahlt und kürzere Arbeitszeit gewährt, als seine Konkurrenten, da er sich nach letzteren richten muss. Aber man kann nicht Sozialdemokrat sein und sein Dienstmädchen 14 oder auch nur 12 Stunden am Tage beschäftigen und ihm einen jämmerlichen Lohn zahlen; denn hier ist niemand durch die Konkurrenz in eine Zwangslage versetzt. Wird das Mädchen in kürzerer Zeit mit der Arbeit nicht fertig, dann muss die *Gnädige* den Rest erledigen, wenn sie sich kein zweites Mädchen halten kann. Ebensowenig aber sollte ein Sozialdemokrat, der die Prostitution verwirft und bekämpft, sie selber benutzen, wenn er in der Lage ist, eine Ehe eingehen zu können.

Es bleibt nun noch der zweite Teil der Nachfrage nach Prostituierten, der durch die Ehemänner. In einer freien Diskussionsgesellschaft in Berlin hörte ich einmal von einem Redner die merkwürdige Behauptung, die sexuelle Beanlagung des Mannes sei derart beschaffen, dass die meisten oder sehr viele Ehemänner das Bedürfnis hätten, neben der Ehefrau mit anderen Frauen zu verkehren; diese Anschauung rief mit Recht einen starken Protest der anwesenden Frauen hervor, die sehr wohl erkannten, dass sich der Redner eine echte und rechte Männerlüge zu eigen gemacht hatte. Der Ehebruch der Ehemänner geschieht in den meisten Fällen aus reiner Frivolität. mit Prostituierten sehr oft in Gesellschaft, nach Trinkgelagen u. s. w., des *Spasses halber*, mit anderen Frauen: um auch *die* einmal besessen zu haben!

Gewiss ist: Der Geschlechtstrieb kann nicht unterdrückt werden, er ist bei vielen Männern und Frauen schon in sehr jungen Jahren stark ausgebildet, und keine Erziehung, keine Aufklärung, keine Massnahme irgend welcher Art kann das Verlangen nach Befriedigung töten; ein Geschlechtsverkehr wird daher auch noch lange ausserhalb der Ehe stattfinden und eine Prostitution in irgend einer Form und in gewissem Umfange ermöglichen. Aber indem wir einerseits durch das Koalitionsrecht, wirksamen Arbeiterschutz, Wohnungsreform, Mutterschutz, Veredelung der Mussestunden und dergleichen mehr das wirtschaftliche und geistige Niveau heben, andererseits aber — und das ist unumgänglich notwendig — durch ethische Beeinflussung die Männer und Frauen bewegen, in möglichst jungen Jahren eine Ehe einzugehen und das Geschlechtsbedürfnis im allgemeinen nur in einer Ehe zu befriedigen, können wir allein die Nachfrage in der Prostitution, als deren hauptsächlichste Ursache, herabmindern und so auf die völlige Überwindung der Prostitution hinarbeiten.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Allgemeine Lage Im grossen und ganzen hält die durchgängige Abflauung weiter an, die, als Korrektur der früheren überspannten Erwartungen, etwa seit Ende Oktober unverkennbar war.

Das übt im Augenblick manche günstigen Wirkungen, da anderenfalls der fast allseitige Eintritt neuer Zolltarife am 1. März allzu stark in vorübergehend abnormer Produktionssteigerung, zum Zwecke rechtzeitiger Ausfuhr, zum Ausdruck kommen würde — es bleibt hier trotz der erwähnten mildernden, abschwächenden Gesamttendenz noch immer ein reichliches Mass von Störungen, erst nach oben, später nach unten, für einzelne von den Zolländerungen hervorragend betroffene Ausfuhrgewerbszweige.

× ×

Reichsbank Für den Weiterblickenden nicht unerwünscht ist ferner eine zweite Folge: die Rückkehr des Geldmarktes zu ruhigeren Verhältnissen, das Wiederherabgehen des Diskontes, obwohl das Niveau noch lange über Mittelhöhe bleiben wird. Die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts von 6 auf 5 % erfolgte am 18. Januar, nachdem der Rückfluss der Gelder, nach Abwickelung der Zahlungen der Weihnachts- und Neujahrszeit, die Lage der Bank wesentlich gefestigt hatte. In der Wochenübersicht vom 23. Dezember war die steuerfreie Notenreserve der Reichsbank bereits fast ganz verschwunden (bis auf 397 000 M., gegen 54,13 Mill. M. in der Vorwoche). Am 30. Dezember bestand eine Steuerpflicht in der Höhe von 355,6 Mill. M. (Ende 1904 nur von 173,5 Mill. M.). Am 6. Januar war man noch mit 152,7 Mill. M. in der Steuerpflicht, während im Jahre vorher die Rückflüsse bereits genügt hatten, um die Bank aus der Steuerpflicht herauszubringen. Dies war nunmehr in der nächsten Woche erreicht; der Abschluss vom 15. Januar verzeichnet 77,6 Mill. M. als steuerfreie Reserve, so dass die Besserung (um 230,3 Mill. M.) stärker war, als im Vorjahr in der zweiten Januarwoche(nur um 153 Mill. M.). Die Übersicht vom 23. Januar zeigte alsdann, trotz der inzwischen erfolgten Diskontermässigung, die steuerfreie Notenreserve auf 209,7 Mill. M. Am 31. Januar war sie durch die Ultimoforderungen wieder auf 134,4 Mill. M. zurückgebracht, während sie am 7. Februar wieder auf 191,4 Mill. M., am 15. Februar auf 282,3 Mill. M. stand. Immerhin ist die Kraft der Bank fortgesetzt noch stark in Anspruch genommen und die vorsichtige Diskontpolitik der Leitung wohl berechtigt, trotz der sich mehrenden Angriffe, bei denen zum Teil — wie auf der parlamentarischen Rechten — die rein geschäftlichen Erwägungen Nebensache und politische Nebenzwecke die Hauptsache sind.

× ×

Russische Valuta Unterdes ist für das herrschende russische Regime eine neue, bittere Verlegenheit entstanden: der Kurs der russischen Noten kommt zu keiner Ruhe mehr, und statt der Parität von 216 M. pro 100 Rubel war Ende Januar eine Entwertung bis auf 212¾ M. zu verzeichnen, während im Februar meist etwas über 214 M. notiert wurden. Damit ist das vielgerühmte und vielbefehdete Werk der Wyschnegradskij und Witte aus dem Anfang der neunziger Jahre wieder schwer erschüttert. Der Aussenhandel Russlands wäre, neben all den sonstigen Gefährdungen, einer weiteren Zerrüttung ausgesetzt, wenn die Grundlage aller Handelstransaktionen, die gegenseitige Preisbemessung zwischen Inland und Ausland, in starkes Schwanken geriete. Eine Wendung zum Bessern ist nur zu erzielen, wenn die russische Goldwährung und die russische Staatsbank durch Verminderung des Papiergeldes gekräftigt werden; aber wie sollte das ohne Auslandshilfe genügend zu erreichen sein? Die letzten kurzfristigen Kredite bei der Berliner und Pariser Bankwelt waren ein Tropfen auf einen heissen Stein, denn gleichzeitig wurden fast ebensoviele Millionen Rubel an älteren Schatzscheinen fällig.

Wenn trotzdem die russische Regierung grosse Pläne ankündigen lässt, um durch einschneidende Verkehrsverbesserungen, sowohl über den deutschen Osten, wie auf dem Donauwasserwege, die lohnenden süd- und westdeutschen Getreidemärkte wesentlich billiger zu erreichen und dort die

konkurrierenden Vereinigten Staaten möglichst aus dem Felde zu schlagen, so sind das vorläufig lichte Zukunftsträume, mit denen man sich über die Angst und Not der dunklen Gegenwart hinwegzutrösten sucht.

× ×

Getreidemarkt Eine ausserordentliche Rührigkeit hat naturgemäss der Getreidehandel entfaltet, um vor dem 1. März, das heisst ohne Zahlung höherer Zölle, noch grosse Getreidemengen über die deutsche Grenze zu bringen. Es gewinnt den Anschein, dass wir deshalb schon im Januar und an der Wende Januar-Februar den Höhepunkt der Getreidepreise erreicht haben, wie er, ausser durch die allgemeine Weltmarktskonjunktur, durch die Zukunftsberechnungen des Handels und die Zurückhaltung vieler inländischer Produzenten und Verkäufer in Deutschland bestimmt wurde; die starke und vielleicht überstarke Vorversorgung scheint sogar bereits preisdrückend zu wirken. Den Beginn des Erntejahres (1. August) zum Ausgangspunkt genommen, betrug die Gesamteinfuhr nach Deutschland (in dz):

	bis 31. Januar 1906	1905
von Weizen	15.842.345	11.263.959
„ Roggen	4.657.165	2.245.913
„ Hafer	7.068.219	3.376.303
„ Gerste	11,687.621	9.240.559
„ Mais	5.023.265	4.632.724

Umgekehrt ist bei allen diesen Körnerarten die Gesamtausfuhr gleichzeitig wesentlich zurückgegangen, auch in der verwandelten Form, in Gestalt von Roggen- und Weizenmehl, deren Einfuhr keine besondere Rolle spielte, aber sich gleichfalls etwas hob. Schon gegen Ende des Herbstes war ein Teil der an der Oberelbe gelegenen Umschlagsplätze überfüllt; bis Ende Februar hatte man nun vollends alle Hände voll zu tun, um Um- und Ausladung, Speicherung und Verzollung zu erledigen. Der Preisrückschlag blieb unter solchen Umständen nicht aus. So notierte man (pro t der bekannten typischen Qualitäten) im Berliner Grosshandel:

	durchschn. November 1905	durchschn. Dezember 1905	letzte Januarwoche 1906
Roggen	166,76 M.	170,53 M.	168,08 M.
Weizen	179,30 „	183,06 „	181,33 „

In der zweiten Februarwoche finden wir bereits 166,33 und 179,17 M. Bald werden sich lehrreiche Beobachtungen über die Wirkungen von Zolländerungen anstellen lassen.

× ×

Edelmetalle Eine Schätzung der Goldproduktion der Welt im Jahre 1905 gibt Frederic Hobart im *Engineering and Mining Journal.* Danach erreichte die Goldproduktion im Jahre 1905 375 465 810 Doll. Im Vergleich zum Jahre 1904 ist dies eine Zunahme von über 28 000 000 Doll., obgleich dieses Jahr bereits einen Rekord für mehrere Jahre geschaffen hatte. Auf die Hauptproduktionsländer der Welt verteilte sich diese Goldproduktion in folgender Weise (in Doll.):

	1904	1905	mehr (+) respektive weniger (−) gegen 1904
Transvaal	78,122,701	101,295,960	+ 23,173,259
Rhodesia	4,820,223	7,429,625	+ 2,609,402
Verein. Staat.	80,723,200	86,337,700	+ 5,614,500
Australien	87,100,852	85,522,125	+ 1,578,727
Russland	25,075,358	24,000,000	— 1,075,358
Kanada	16,400,000	14,429,000	— 1,971,000
Mexiko	12,605,300	13,500,000	+ 894,700
Brit. Indien	11,602,464	11,634,400	+ 31,936
insgesamt (einschl. and.)	347,267,064	375,465,810	+ 28,198,749

× ×

Kurze Chronik Die *Grosse Berliner Strassenbahn* will auch den Automobilomnibusverkehr in die Hand nehmen, den bisher die *Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft* für ihre Zukunftsdomäne erklärte. Da das Bankhaus Bleichröder in beiden Unternehmungen vertreten ist, sieht man darin ein Anzeichen geplanter Interessengemeinschaft und fortschreitender Verkehrsmonopolisierung in der Reichshauptstadt. × Die Kartellenquete beschäftigte sich vom 8. bis 10. Februar mit dem Spiritusring. × Bergrat Engel, ein Hauptscharfmacher, sowohl gegen die Arbeiter beim Kohlenstreik, wie gegen die Regierung in der Hiberniafrage, ist seiner Stellung im Vorstande des Dortmunder *Bergbaulichen Vereines* enthoben worden. × Die starke Zunahme der böhmischen Braunkohleneinfuhr gab Anstoss zu einem Runderlass des preussischen Finanzministers und des Ministers des Innern an die unterstellten Verwaltungsbehörden: bei öffentlichen Ausschreibungen den Bedarf möglichst aus dem Inland zu decken. × Im preussischen Abgeordnetenhaus deutete der Handelsminister Delbrück die Absicht an, den Rest der nötigen *Hibernia*aktien anzukaufen.

× ×

Literatur Von Richard Calwers *Wirtschaftsjahr 1904*, den von uns öfter erwähnten Jahresberichten über den Wirt-

schafts- und Arbeitsmarkt, ist uns der I. Teil, *Handel und Wandel in Deutschland* /Jena, Gustav Fischer/, zugegangen. Mit der wiederholten Bearbeitung hat sich der Wert dieser fleissigen, ruhig und besonnen die äusseren Tatsachen, wie die inneren Zusammenhänge verfolgenden Übersichten noch gehoben. Abschnitte, die man früher in ähnlichen Werken kaum fand, wie *Die Lage des Arbeitsmarktes,* nehmen nach, wie vor einen besonders hohen Rang ein. Trotz der mit Recht vorwiegend referierenden Darstellung fehlt es nicht an Urteilen und an Reformvorschlägen — so über die wirtschaftliche Berichterstattung durch die Handelskammern, über den Vorzug der gemischten vor den reinen Werken, über die Handelsvertrags- und die mitteleuropäische Zollpolitik —, die mindestens zum Nachdenken anregen. Die Mischung von Text und statistischen Einfügungen, die Ausdehnung der tabellarischen Anlagen, ist durchaus glücklich getroffen. × Mit gewohnter Raschheit und Pünktlichkeit ist der I. Band des Jahrganges 1905 vom *Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie,* der wertvolle Bericht der Berliner *Ältesten der Kaufmannschaft* /Berlin, Reimer/ erschienen. Besonderes Interesse für unsere Leser haben die Abschnitte über Kartelle, Syndikate und ähnliche Vereinigungen, diesmal mit zusammenhängender Darstellung einiger der wichtigsten Gebilde, über die Konzentrationen im Bankgewerbe und in der Industrie, vor allem über Streiks und Aussperrungen, Schlichtungskommissionen, kollektive Arbeitsverträge; von letzteren wird eine Anzahl teils im Wortlaut, teils im wörtlichen Auszug mitgeteilt. Dass eine so hervorragende Berichtsstelle auch zu den Fragen der auswärtigen Handelspolitik, des Handels- und Gewerberechtes, überhaupt der Handels- und Gewerbeentwickelung und -praxis mehr und Hervorragenderes, als die gewöhnliche Handelskammerberichterstattung, zu sagen hat, versteht sich von selbst, besonders, nachdem seit 1903 das ganze Werk eine wesentliche Verbesserung erfahren hat. × In seinem Buch *Agrarische Bevölkerung und Staatseinnahmen in Österreich* /Wien, Deuticke/ entwirft Dr. Sigmund Schilder ein umfassendes Bild einmal von der Bedeutung der Landwirtschaftsbevölkerung für das österreichische Finanzsystem, ferner von dem relativen und sogar absoluten Zusammenschrumpfen der Landbevölkerung »infolge der Mängel unserer Agrarverfassung und infolge der Verabsäumung einer wirksamen, ernsten Abhilfe«. Darüber wird man streiten können, ob die gewählte Grundlage der mühevollen, scharfsinnig kombinierenden Berechnungen und der daran sich knüpfenden umsichtigen Schlussfolgerungen überhaupt angemessen und nicht viel zu eng und unsicher ist. Denn die statistisch greifbaren oder schätzbaren Einkommen und Steuerleistungen der nichtagrarischen Bevölkerung ruhen tausendfach auf der agrarischen Produktion. Was der grosse *absentee*-Pachtherr in Wien ausgibt, für den persönlichen Konsum (also auch als Verbrauchssteuer) oder direkt als Steuern aller Art an den Staat, entspringt — vielleicht ganz ausschliesslich — agrarischen Quellen, ist in diesem Sinne als ursprünglich *agrarischer* Wert zu buchen, erscheint jedoch in der Statistik rein als städtischer Wert. Diese Summen sind nur bei der späteren Wertteilung nach der Stadt abgelenkt worden. Ebenso bei den Millionen und Milliarden nach den Städten abfliessender Hypothekenzinsen, Miterbenbezüge, und noch nach zahllosen anderen Beziehungen. Das erkennt auch Dr. Schilder an; er gesteht etwas resigniert zu: aus der nachgewiesenen, relativ bescheidenen Stellung, in der wir die agrarische Bevölkerung als Quelle staatlicher Einkünfte und der Einnahmen der autonomen Körperschaften heute nachweisbar vorfinden, würden die agrarischen Parteien lediglich die Schlussfolgerung ziehen: mehr Gerechtigkeit und Hilfe für das künstlich niedergehaltene, zu gunsten der städtischen Schichten zur Ader gelassene platte Land selber! Ähnlichen Schlussfolgerungen steht unser Autor selber gar nicht so fern; er befürwortet zuletzt eine tiefgreifende Agrarreform, etwa im Sinne Dr. Franz Oppenheimers und unserer Bodenreformer: weitgehende Intensivierung der Landwirtschaft, staatliche und genossenschaftliche Veranstaltungen »mit mehr oder weniger ausgeprägter bodenreformerscher Wirkungsweise«, administrative Verbesserungen, Umgestaltung des Grundeigentums-, Verschuldungs- und Erbrechtes. Das Dankenswerteste an dem Buche sind die Details, die uns die eigenartige Struktur der österreichischen Landwirtschaft und die mannigfaltige Interessenschichtung in den beteiligten Bevölkerungskreisen überaus klar und glücklich darlegen. Eine ähnliche Arbeit für Deutschland würde sehr nützlich wirken. × Einen

glücklichen Griff haben Brentano-Lotz getan, als sie eine grössere Arbeit über *Die französische Handelspolitik 1892 bis 1902* (*Münchener volkswirtschaftliche Studien*, 63. Stück /Stuttgart, Cotta/) anregten. Obwohl manche Teile des Werkes von Dr. Wellimir J. Bajkic, einem Serben, die prägnante Herausarbeitung der eigentlichen Grundzüge und Ursachen der Gesamtentwickelung vermissen lassen, so ist die Beherrschung der handelspolitischen Einzelheiten, das ausführliche Eingehen auf die parlamentarischen Auseinandersetzungen und die allgemeinen Parteikonstellationen, auf die Ergebnisse des Mélineschen Systems, unumwunden anzuerkennen. Auch an aktueller Bedeutung fehlt es der Schrift nicht: die Debatten über Doppeltarif- oder eigentliche Tarifvertragspolitik sind bei uns kaum zu Ende, sie erleben soeben eine Art Wiederauferstehung in den Vereinigten Staaten, und ausserdem ist gerade hier ein handelspolitischer Systemwechsel in Frankreich nicht so fern. Bajkic ist da ein sachkundiger und zuverlässiger Führer. MAX SCHIPPEL

Sozialpolitik

Arbeiterverhältnisse Aus den *Statistischen Erhebungen über die Erwerbsverhältnisse der Sattler Deutschlands* im Jahre 1905, herausgegeben vom Vorstand des Sattlerverbandes, sind besonders die Feststellungen über die Arbeitslöhne, die Arbeitszeit und über die Arbeitslosigkeit dieser Berufsarbeiter bemerkenswert. Die Arbeitslöhne erreichen in den Branchen den Tiefstand, in die die Organisation nur mit grossen Anstrengungen eindringen kann. So müssen sich die Geschirrarbeiter, in deren Arbeitszweig sich die Schwierigkeiten für eine fruchtbare Tätigkeit der Organisation besonders auftürmen, mit den niedrigsten Stundenlöhnen und den geringsten Durchschnittsarbeitsverdiensten bescheiden. Von 4069 Gehilfen hatten 38,7 % eine wöchentliche Arbeitszeit von 54 Stunden und darunter, 16,5 % von 54 bis 57 Stunden, 31,7 % von 57 bis 60 Stunden, über 60 Stunden arbeiteten nur etwas über 13 % der Gehilfen. Erschreckend hoch ist die Zahl der durch Arbeitslosigkeit und Krankheit veranlassten erwerbslosen Tage. 4345 Personen hatten im Sattlergewerbe im Jahre 58 798 erwerbslose Tage. Mithin ist jede im Berufe tätige Person etwa 13½ Tage ohne Verdienst im Jahre.

× ×

Berufsvormundschaft Eine Denkschrift für den internationalen Kongress für Erziehung und Kinderschutz ist von Herrn Dr. Christian Klumker und Dr. O. Spann verfasst worden, die auf Grundlage eines beweiskräftigen Tatsachenmaterials die Bedeutung der Berufsvormundschaft für den Schutz der unehelichen Kinder behandelt. /Dresden, Böhmert/. Die Frage der Alimentation und der ärztlichen Beaufsichtigung der Kinder sind nach Klumker und Spann verhältnismässig leicht zu lösen; dagegen tappt man bei der Lösung der Fragen der Berufsausbildung und der Fürsorge für die Minderwertigen noch sehr im Dunklen. »Einen Versuch, diese Aufgaben ernstlich in Angriff zu nehmen«, so schreiben die beiden Autoren, »hat die *Zentrale für private Fürsorge* und der Verein *Kinderschutz* in Frankfurt a. M. unternommen. Wir gingen von der Erwägung aus, dass es sich für den Berufsvormund zur Verwirklichung seiner Aufgaben vor allem darum handeln muss, die unehelichen Mütter oder die Pflegemütter zur richtigen Erziehung der Kinder anzuleiten. Für diese Anleitung bedarf es nicht nur allgemein pädagogischer Kenntnisse, sondern vor allem einer eingehenden individuellen Kenntnis der betreffenden Kinder selbst. Die Berufsvormundschaft muss in die Individualität seiner Mündel einzudringen suchen.« Dieses Eindringen kann vor allem in einer eigenen Anstalt, in der die Kinder jeweilig vorübergehenden Aufenthalt zu nehmen haben, geschehen. Gerade wie eine gut geleitete Armenorganisation einer eigenen Anstalt zur Unterbringung der Kinder bedarf, so könne die Berufsvormundschaft ebenfalls nicht einer Beobachtungsanstalt zur Lösung ihrer Erziehungsaufgaben entbehren. Dr. Klumker und Dr. Spann fordern daher die Einrichtung einer derartigen Beobachtungsanstalt.

× ×

Kinderschutz In der *Sozialen Praxis* kritisiert der Lehrer Konrad Agahd die Fortschritte und Rückschritte, die Ursachen und Wirkungen der neuen Ausnahmebestimmungen des Bundesrats, betreffend die Kinderarbeit in den Werkstätten. Agahd stellt einige Verbesserungen in dem Kinderschutze fest, dann ein Fortbestehen vieler Ausnahmebestimmungen und zum Schluss zahlreiche Verschlechterungen gegen den früheren Zustand.

›Immer noch stehen‹, so schreibt er, ›Hunderttausende von Kindern im Dienste der Industrie, die hier, um Augenblicksvorteile zu erjagen, Werte von unberechenbarer Tragweite zerstört. Ist es denn nicht möglich, schärfer durchzugreifen? Es muss geschehen. Der Umstand, dass in einer gewissen Gegend 6 % schwachbegabter Kinder waren, und dass diese Kinder im Grösse- und Gewichtsverhältnis um 3 bis 4 Jahre hinter ihren Altersgenossen zurückgeblieben sind, ist doch entsetzlich ernst.‹

✕ ✕

Prostitution Der Geheime Medizinalrat Professor C. Fränkel-Halle hat im Barthschen Verlage ein recht kurioses Schriftchen eines Ungenannten *Städtische Lusthäuser* herausgegeben. Der Ungenannte ist ein Verfechter der neuen Richtung des *Prostitutionssozialismus*, die sich kühn zu einer Kommunalisierung der Prostitutionsbetriebe aufschwingt. Als ein tiefgründiger Psycholog, der die seelischen Ursachen der Prostitution von Grund aus erfasst hat, verbannt er aus den städtischen *Lusthäusern* allen Luxus, alle Farbenpracht, alle vom Alkohol durchströmte Lebensfreude — und hofft natürlich auf einen ausschliesslichen Besuch derartiger Häuser. Er reisst den Lustfrauen die eleganten Kleider vom Leibe und steckt sie in Arbeitskittel und Nachthemden — und er erwartet selbstverständlich eine starke Frequenz der Stadtbordelle. Er lässt die Männer gründlich untersuchen und derb mit Bürsten, Desinfektionsmitteln und Seifenwasser bearbeiten — und sieht das wimmelnde Volk der Männer in seine langweiligen und öden Prostitutionsfabriken strömen. Mit dem Strafgesetzbuch und dem Polizeiknüttel prügelt er die Dirnen in die Lusthäuser — und die Prostitution ist aus der Öffentlichkeit verschwunden. Die gelüstigen Frauen tauschen ihre Alkoholfreuden mit sonntäglichen Andachten und erhabenen Gesprächen mit edlen Damen ein — und sie werden natürlich derartige fromme und ethische Kulturbordelle *en masse* aufsuchen. Man würde sich nicht wundern, wenn man noch lesen würde, dass an die Prostitutionsfabriken Kapellen angegliedert werden müssten.

✕ ✕

Krankenversicherung Herr Dr. M u g d a n gefällt sich in der Rolle des anklagenden Tessendorfs gegenüber den deutschen Krankenkassen. Auch diesmal donnerte er wieder gegen den Terrorismus der Kassenverwaltungen. Und während er, der Anwalt des liberalen Gedankens der Selbstverwaltung, Gift und Galle gegen die Kassenverwaltungen spie, nickte der konservative Bundesratsvertreter der sächsischen Regierung sehr beifällig dem Genossen Frässdorf zu, als dieser mit Nachdruck hervorhob, dass ja diese Regierung im allgemeinen recht zufrieden mit den Verwaltungen der im Geruch der Sozialdemokratie stehenden Krankenkassen sei.

Im Interesse einer umfassenden Bekämpfung der G e s c h l e c h t s k r a n k h e i t e n schlägt Dr. Ledermann in der *Zeitschrift für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* folgende Änderung des § 6, II, des Krankenversicherungsgesetzes vor: ›Die Krankenunterstützung endet bei einem Falle der Erwerbsunfähigkeit mit dem Ablauf der 26. Woche nach Beginn des Krankengeldbezuges. Erwerbsfähige Kranke haben von Beginn der Krankheit ab bis zur vollendeten Heilung Anspruch auf freie ärztliche Behandlung, Arznei, sowie Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel.‹

✕ ✕

Arbeitskammern und Kaufmannskammern Für eine strikte Trennung von Arbeitskammern und Kaufmannskammern erwärmt sich Dr. Bernhard Harms in seiner Schrift *Arbeitskammern und Kaufmannskammern* /Tübingen, Laupp/. Einen Anschluss der Arbeitskammern an die Gewerbegerichte verwirft er mit aller Entschiedenheit. Im Interesse einer möglichst reinlichen Scheidung von Verwaltung und Gericht will er die Gewerbegerichte lediglich auf die richterliche Tätigkeit beschränken. In dieser Hinsicht stimmen mit ihm die Gutachten des Gewerbegerichts über diesen Gegenstand durchweg überein. Überall, wo sich im Deutschen Reiche ein Bedürfnis nach Arbeitskammern und Kaufmannskammern äussert, sollen derartige Institutionen geschaffen werden. Die Arbeitskammern stellen sich als gesetzliche Interessenvertretungen für alle Kategorieen der Arbeitgeber und der industriellen Lohnarbeiterschaft dar. In den Kaufmannskammern kommen die gesetzlichen Interessenvertretungen aller Kategorieen von Angestellten und deren Arbeitgebern zum Ausdruck. Alle selbständigen, von Gewerbegerichten losgelösten Arbeitskammern und Kaufmannskammern eines Landes ›ressortieren von

einem für jeden Bundesstaat — eventuell für mehrere gemeinsam — zu errichtenden Landesarbeitsamt beziehungsweise Landeskaufmannsamt«. Als Spitze der Gesamtorganisation soll nach Harms ein dem Staatssekretär des Innern zu unterstellendes Reichsarbeitsamt beziehungsweise Reichskaufmannsamt geschaffen werden. Zur Sicherung einer erspriesslichen Wirksamkeit der vorgeschlagenen Kammern hält Dr. Harms die Einführung des Sitzungs- und Verhandlungszwangs für notwendig. Sehr bedenkliche Mittel zum Erzwingen einer erforderlichen Verhandlung schlägt Dr. Harms vor. Treten zum Beispiel die Arbeiter, ohne vorher die Vermittelung nachgesucht zu haben, in einen Streik, so hat nach Harms der Staat die Kassen der Berufsvereine mit Beschlag zu belegen, aus denen die Unterstützungsgelder fliessen, und jede Aufforderung zu öffentlichen Sammlungen, jede Verteilung von Drucksachen und jede Versammlung zu verbieten. Das würde die volle Aufhebung der Versammlungsfreiheit und der Pressfreiheit der Arbeiterorgane bedeuten. Derartige Vorschläge sind völlig unannehmbar für die Lohnarbeiterschaft. Bei Aussperrungen, die ohne zuvorige Inanspruchnahme des Einigungsamtes zustande gekommen sind, sollen die Arbeiter einen zivilrechtlichen Anspruch auf den ausgefallenen Lohn erhalten. Nimmer wird die Arbeiterschaft für das Linsengericht einer Arbeitskammer eventuell das Erstgeburtsrecht der Koalitionsfreiheit verkaufen.

× ×

Kurze Chronik Am 17. Januar wurde in Berlin die Heimarbeitausstellung eröffnet, von der an anderen Stellen dieser Zeitschrift ausführlich die Rede ist. × Am 7. Februar starb der leidenschaftliche Ankläger der heutigen wirtschaftlichen Ausbeutung und gesetzlichen Übervorteilung der unteren Volksklassen durch die Besitzenden, der Rechtslehrer Professor Anton Menger in Wien. × Am 10. Februar 1906 stand im Reichstage die sozialdemokratische Interpellation, betreffend die Katastrophe auf der Zeche *Borussia*, auf der Tagesordnung. Bömelburg stellte fest, dass die Berieselungsanlage seit Monaten nicht in Funktion getreten war. Lenzmann sprach von der Aufdeckung empörender Zustände in unseren westfälischen Gruben. Hue hob hervor, dass es die Bergarbeiter draussen wohl zu würdigen werden wissen, dass der Reichskanzler sich nicht einfinde, wo es sich um die Erörterung eines so grässlichen Unglücksfalls handle. PAUL KAMPFFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Volksschulgesetz für Preussen Der Kampf gegen die preussische Schulvorlage ist von den Städtetagen lebhaft aufgenommen worden. Leider haben sie sich bei ihrer Bekämpfung in der Regel auf diejenigen Paragraphen der Vorlage beschränkt, die sich mit der Verwaltungsorganisation beschäftigen, dagegen die nicht minder grosse Gefahr, die der Volksschule durch die Konfessionalisierung droht, ausser acht gelassen. So enthalten zum Beispiel die Leitsätze der Referenten auf dem ausserordentlichen preussischen Städtetage kein Wort gegen diese Konfessionalisierung, während doch durch diese die Leistungsfähigkeit auch der städtischen Volksschulen, vielleicht nicht in den Grossstädten, so doch in den Mittel- und Kleinstädten, und zugleich damit auch die Gemeindefinanzen aufs schwerste bedroht werden. Ebenso wenig finden sich in der Resolution des hannoverschen Städtetages oder in der des brandenburgischen Städtetages dahingehende Sätze. Nur der pommersche Städtetag macht den schwachen Anlauf zu einer Opposition gegen diese Konfessionalisierungstendenzen der Vorlage. Zu einer direkten Forderung der Simultanschule und einer entschiedenen Ablehnung der Konfessionsschule kann aber auch er sich nicht aufschwingen. Er will nur die Einrichtung einer besonderen Schule für die konfessionelle Minderheit auf die Fälle beschränken, in denen dadurch keine wesentliche Mehrbelastung der Gemeinden verursacht wird und die Kinder nicht durch ein minderwertiges Schulsystem in ihrer Ausbildung geschädigt werden. Es war ein grosser Fehler der Städtetage, die Gefahr der Konfessionalisierung der Volksschule, die nicht nur das Volksschulwesen, sondern die gesamte Bildung unseres Volkes bedroht und die Herrschaft der Kirche über die Schule dauernd begründet, nicht mit aller Entschiedenheit und Energie bekämpft zu haben. Wollten sich die Städte an die Spitze der Opposition gegen die Schulvorlage setzen, so mussten sie nicht wie der Vogel Strauss den Kopf in den Sand stecken und diesen Teil der Schulvorlage ganz übersehen, sondern klar und deutlich gegen die Konfessionsschule der Kirche

und Regierung die Simultanschule oder, noch besser, die religionsunterrichtslose Schule, proklamieren. Dann hätten sie unterschiedslos die breiten Massen ihrer Bevölkerung hinter sich gehabt, und ihr Angriff hätte daraus die Wucht gewonnen, die ihm jetzt fehlt. Statt dessen haben sie ihre Gegnerschaft auf die Paragraphen der Vorlage begrenzt, die die städtische Schulverwaltung aufheben, und auch dabei sich fast ausschliesslich in der Defensive gehalten, anstatt ihrerseits zum Angriffe vorzugehen. Mit der Erhaltung des heutigen Zustandes kann doch den Städten in keiner Weise gedient sein. Welche Rechte besitzen sie denn in eigener Selbständigkeit? Doch herzlich wenig! Und das wenige haben sie gegenüber den unaufhörlichen Angriffen der Regierung nicht festzuhalten gewusst. Dem Angriff der Regierung hätte mit einem Gegenangriff begegnet werden müssen. Der Verstaatlichung des Volksschulwesens, die die Vorlage bringt, hätte seine Übertragung auf die Kommunen in eigener Zuständigkeit gegenübergestellt werden müssen. Der preussische Städtetag will freilich auch, dass die nach dem Gesetz zu bildende Schuldeputation ein Organ der städtischen Gemeindeverwaltung bilde. Aber sie soll doch den Schulaufsichtsbehörden insoweit unterstellt werden, als ihr Befugnisse der staatlichen Schulaufsicht übertragen werden. Das ist Geist vom Geiste der staatlichen Bureaukratie. Das Schulwesen ist eine staatliche Aufgabe. Wird es kommunalen Behörden übertragen, so werden diese dadurch zu untergeordneten staatlichen Organen und verlieren ihren Charakter als Organe der Selbstverwaltung. Das ist die politische Theorie der Staatsbureaukratie. Sie wird von dem preussischen Städtetage widerspruchslos als richtig anerkannt, statt dass dieser sich mit Nägeln und Zähnen gegen eine derartige Verstümmelung der Selbstverwaltung wehren sollte. Der preussische Städtetag schliesst sich den Städtetagen gegen den preussischen Wohnungsgesetzentwurf, gegen die Fleischnot an. Wie diese, beweist er, wie gering das Verständnis für die politischen Bedürfnisse der Zeit in der kommunalen Bureaukratie ist, der die Leitung der Selbstverwaltung übertragen ist.

× ×

Wertzuwachssteuer Der bremischen Bürgerschaft hat die von ihr zur Beratung der Besteuerung des Wertzuwachses eingesetzte Kommission nunmehr einen Gesetzentwurf vorgelegt. Danach sollen Zinsverluste nicht abgezogen werden, den Wert steigernde Aufwendungen nur, soweit die Wertsteigerung noch vorhanden ist. Die Steuer soll 5 % vom Wertzuwachs betragen. Dazu kommen noch Zuschläge, die mit der Grösse des Wertzuwachses steigen. Von dem Teile des Wertzuwachses, der über 20 bis 40 % des Anschaffungspreises beträgt, werden 2 % Zuschlag, von 40 bis 60 4, 60 bis 80 6, von 80 bis 100 8, über 100 10 % erhoben. Die Einkommensteuer, die bisher schon von Gewinnen an bebauten und unbebauten Grundstücken erhoben wurde, soll in Zukunft wegfallen.

Über die Erfahrungen, die die Stadt Frankfurt mit ihrer Wertzuwachssteuer im Jahre 1904 gemacht hat, berichtet eine Vorlage des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung. In 538 Fällen kam sie zur Anwendung. Bei den bebauten Liegenschaften waren 280 Posten ohne Zuschläge, nur 63 mit Zuschlägen; bei den unbebauten 122 ohne, 83 mit Zuschlägen. Die Zuschläge ergaben 19,57 % des Gesamtaufkommens der Steuer. Aus diesen Ergebnissen zieht die Vorlage den Schluss, dass eine Reform der Währschaftsordnung notwendig sei. Nach dieser wird nämlich für bebaute Liegenschaften bei einer Besitzdauer zwischen 5 und 20 Jahren kein Zuschlag erhoben und beginnt die Besteuerung des Wertzuwachses erst bei 30 % Wertsteigerung. Infolgedessen sind von 280 bebauten Liegenschaften 137 steuerfrei geblieben, und bei 128 Behausungen wurde 30% der Wertsteigerung nicht erreicht. An diesen Punkten hält der Bericht des Magistrates eine Abänderung für nötig. Die gleichen Punkte hatten bei der Beratung der Währschaftssteuer von der Sozialdemokratie als unzulänglich eine scharfe Kritik erfahren. Die Praxis hat ihr also wieder einmal recht gegeben.

× ×

Strassenbahnen Der Kampf der Stadt Berlin und der Vororte gegen die *Grosse Berliner Strassenbahn* ist in ein neues Stadium getreten. In einer Sitzung des Ausschusses, der das Untertunnelungsprojekt der *Grossen Berliner Strassenbahn* berät, wurde von den Vertretern der Stadt Berlin und den Vertretern Charlottenburgs, Schönebergs, Rixdorfs etc. beschlossen, eine Gemeinschaft zu gründen mit der Aufgabe, die *Grosse Berliner Strassenbahn* und die mit ihr verbündeten Unter-

nehmen zu erwerben, zu erweitern, zu betreiben und auszubauen. Es wurde zu diesem Zwecke eine Kommission aus 5 Mitgliedern der beteiligten Gemeinden gewählt und beauftragt, die Grundlagen für diesen Plan zu beschaffen. Dabei soll auch die Frage geprüft werden, ob die Streitfragen zwischen der *Grossen Berliner Strassenbahn* und den verschiedenen Gemeinden, insbesondere die Frage des Erwerbsrechtes, durch einen sofort angestrengten Prozess geklärt werden sollen.

×　　×

Städtische Arbeiter Von den statistischen Ämtern von Basel und Zürich sind eine Reihe von Untersuchungen veröffentlicht worden, die eine kurze Besprechung verdienen. Wir beginnen mit der Untersuchung des statistischen Amtes der Stadt Zürich über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der im Dienste der Stadt Zürich stehenden Arbeiter, in der das Material einer Enquete vom 31. Oktober 1902 bearbeitet worden ist. Die Enquete hat sich nur auf die eigentlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse beschränkt, die persönlichen Verhältnisse der Arbeiter dagegen nicht mit einbezogen. So berechtigt diese Beschränkung sein mag, so hätte doch die Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse der Arbeiter, wie zum Beispiel der Grösse ihrer Familien, ihrer etwaigen Nebeneinnahmen, des Verdienstes von Familienangehörigen, der Wohnverhältnisse, das Bild in sehr wünschenswerter Weise vervollständigt. Die Untersuchung soll eine vergleichende Darstellung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter der verschiedenen städtischen Betriebe liefern, teils im Interesse praktischer Zwecke der städtischen Arbeiterpolitik, teils als ein Beitrag zur Arbeits- und Lohnstatistik überhaupt. Die Sammlung des Materials war sehr mühsam. Sie hat fast 1½ Jahr gedauert. Das lag zum guten Teil an der grossen Verschiedenartigkeit der Arbeitsverhältnisse der verschiedenen Dienstzweige und sogar der einzelnen Arbeiterkategorieen innerhalb des gleichen Dienstzweiges, ferner an der verschiedenartigen Auffassung bestimmter Begriffe und Bezeichnungen, wie *Überzeitarbeit, Nachtarbeit, ständige Arbeiter* etc. Dazu kam schliesslich die ungenaue Buchführung über die von den einzelnen Arbeitern geleisteten Überstunden und Nachtarbeitsstunden, die Sonn- und Feiertagsarbeit, wodurch eine genaue Feststellung dieser Mehrleistungen häufig geradezu unmöglich war. Die Schrift gibt zunächst eine Übersicht über die Art, Entwickelung und Umfang der städtischen Betriebe, der wir entnehmen, dass die Zahl der Arbeiter von 852 im Jahre 1893 auf 1496 im Jahre 1902 gestiegen war. Daran schliesst sich ein Kapitel über die allgemeinen Anstellungsbedingungen, die eine sehr grosse Verschiedenartigkeit aufweisen, da es an einer allgemeinen Arbeitsordnung fehlt. Insbesondere wird der Begriff *ständiger Arbeiter* im Gegensatz zu dem Begriff *vorübergehend angestellter Arbeiter* von den Dienstabteilungen in der verschiedenartigsten Weise ausgelegt, häufig sehr zum Nachteile der Arbeiterschaft. Sehr eingehend sind die Arbeitsverhältnisse, insbesondere das Kapitel *Mehrleistungen*, behandelt. Die Verhältnisse sind auch in Zürich nicht viel besser, als in deutschen Grossstädten. Wie in diesen, beträgt die tägliche Nettoarbeitszeit bei 73,6 % im Sommer und 36,7 % im Winter 10 Stunden. Eine 9½stündige Arbeitszeit haben im Sommer 7,6 %, im Winter 21,4 % der Arbeiter. Kürzere Arbeitszeiten sind im Sommer ebenso selten, wie längere, während im Winter ein grösserer Prozentsatz der Arbeiter, 11,5 %, eine 8stündige Arbeitszeit geniesst. Überzeitarbeit ist auch in Zürich an der Tagesordnung. Von den 1149 in Betracht kommenden Arbeitern hatten 866, das heisst 75,4 % in irgend einer Form Mehrleistungen, teils Überstunden allein, teils Nachtarbeit, teils Sonn- und Feiertagsarbeit, teils die verschiedenen Arten mit einander kombiniert, aufzuweisen. Addiert man die Mehrleistungen zu Arbeitstagen, so kommen ganz beträchtliche Summen heraus. Bei der Forstverwaltung zum Beispiel betrug die durchschnittliche Zahl der Mehrarbeitstage per Arbeiter 105, in einzelnen Zweigen des Elektrizitätswerkes 74,7. 52,0 und 35,1 Tage; beim Gaswerk 72. 42, 39,1, 24,3 und 23,6 etc. Wie man sieht, blüht also der Überstundenunfug nicht nur in den deutschen Stadtverwaltungen. Günstiger sind dagegen die Lohnverhältnisse. So sind nur 13 von den 1496 Arbeitern im Akkordlohn beschäftigt. Die Mehrheit der Arbeiter, 53,7 %, stehen im Monatslohn, 29 % im Tagelohn, 16,3 % im Stundenlohn. Diese günstigen Verhältnisse sind eine Folge der Bestimmung, dass ständige Arbeiter nach einjähriger Dienstzeit im Monatslohn anzustellen sind. Leider ist ein genaueres Eingehen auf dieses sehr sorgfältig gearbeitete Kapitel nicht mög-

lich. Der Versicherung der Arbeiter und der Altersgliederung der Arbeiterschaft sind besondere Kapitel gewidmet. Alles in allem haben wir es hier mit einer sehr sorgfältigen Arbeit des statistischen Amtes zu tun, deren Studium allen empfohlen werden kann, die sich für städtische Arbeiterpolitik interessieren.

× ×

Armenwesen In Nr. 2 seiner Publikationen bearbeitet das selbe statistische Amt die Statistik der Einbürgerungen und die der von der bürgerlichen Armenpflege unterstützten Neubürger. Zu dieser Arbeit hat die Tatsache Anlass gegeben, dass die Zahl der kantonsfremden Schweizer Bürger und die Zahl der Ausländer seit 1894 in steter Zunahme begriffen ist, und die stadtbürgerliche Bevölkerung nicht mehr im stande ist, sich aus sich selbst zu vermehren. Die neueingebürgerten Elemente scheinen nach den Untersuchungen über die Unterstützungsfälle der Armenpflege erwerbskräftiger zu sein, als die Bürgerschaft im Durchschnitt. Nur 1,5 % gegen 3,4 % von dieser sind in den Jahren 1893 und 1904 der öffentlichen Armenpflege anheimgefallen. Ähnliche Untersuchungen wären auch in den Städten zu empfehlen, in denen die Bürgergemeinde besteht. Sie würden wohl das gleiche Resultat ergeben, dass die Furcht vor einer unbegrenzten Vermehrung des Armenaufwandes infolge der Erleichterung der Bürgerrechtserwerbung durchaus unberechtigt ist.

× ×

Arbeitslosenfürsorge Die Arbeitslosigkeit in Basel im Winter 1904 bis 1905 wird von dem statistischen Amt des Kantons B a s e l - S t a d t besprochen. Die im Jahre 1902 ernannte staatliche Arbeitslosenkommission blickt jetzt auf eine 3jährige Unterstützungstätigkeit zurück und hat in diesem Zeitraume reiche und wertvolle Erfahrungen ansammeln können. Wie in den Vorjahren, so lieferten die eigentlichen Baugeschäfte den Grundstock aller Arbeitslosen, und jedes Jahr waren es in der Hauptsache die selben Firmen, deren Arbeiter sich arbeitslos meldeten und von der Arbeitslosenkommission Unterstützung bezogen. Aus dieser Tatsache allein ergibt sich, dass eine Arbeitslosenfürsorge diese arbeitslosen Klassen für sich behandeln muss. Die Ausführungen über die Ursache der Arbeitslosigkeit und deren Dauer, das Alter der Arbeitslosen und die Dauer ihrer Niederlassung bringen nichts Neues. Die von der Arbeitslosenkommission gereichten Beträge sind ziemlich hoch, höher, als sie eine Versicherungskasse je hätte gewähren können. Während die Arbeitslosenkasse des Arbeiterbundes Basel den Maximalbetrag von 54,60 fr., die Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit in Bern einen solchen von 78 fr. bezahlt, erhielten die 526 von der Arbeitslosenkommission Unterstützten zum Teil beträchtlich höhere Summen, im ganzen 47 mehr als 80 fr., darunter 11 bis 125 fr., 8 bis 150 fr., 2 bis 160 fr. Ein grosser Teil der Eingeschriebenen, fast die Hälfte, ist ausserdem auf die Hilfe der Armenpflege und privater Wohltätigkeitsvereine angewiesen, ist also gewiss nicht im stande, Beiträge zu einer Arbeitslosenversicherung zu erübrigen. Bei genauerer Untersuchung stellt sich heraus, dass auch der Rest, die nicht duch Hilfsinstitute unterstützten Arbeitslosen, ebensowenig in der Lage sind, Beiträge zu einer Arbeitslosenversicherung aufzubringen. Waren doch von den 745 Arbeitslosen nur 111 organisierte Arbeiter. Der grösste Teil der Arbeitslosen lebt eben in den ärmlichsten Verhältnissen. Auch die kürzeste Arbeitslosigkeit zwingt ihn, sich nach Unterstützungen umzusehen. Aus eigener Kraft vermag nur eine geringe Zahl von ihnen für die Tage der Krankheit und Arbeitslosigkeit Fürsorge zu treffen. Eine Folge dieser Verhältnisse ist es, dass die Zahl der regelmässig bei der Arbeitslosenkommission sich meldenden Arbeitslosen eine wachsende ist. Je öfter der Arbeitslose bereits unterstützt ist, desto sicherer kommt er wieder um Unterstützung ein.

Die zugewiesenen Arbeiten waren Strassenarbeiten, Kanalisationserdarbeiten. Über die Entlohnung enthält der Bericht einige interessante Mitteilungen, wegen deren wir auf die Schrift selber verweisen müssen.

× ×

Proportionalwahlsystem Mit der Statistik der Grossratswahlen vom 6. und 7. Mai 1905 beschäftigt sich das genannte Amt in einem andern Heft. Die Wahlen erfolgten zum erstenmal nach dem Proportionalwahlverfahren. Dabei ist die Scheidung der Wähler nach Parteien so scharf, wie noch nie, zum Ausdruck gekommen. Die

Wahlbeteiligung war eine sehr starke, die drittstärkste seit dem Jahre 1878. Von besonderem Interesse ist nun die Feststellung, inwieweit reine Parteilisten abgegeben worden sind, wie gross ferner die Zahl der Panachierungen gewesen ist, und wieviel Wähler freie Listen zusammengestellt haben. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist das folgende: 83,9 % aller Wähler haben reine Parteilisten, also ganz und gar zu nutzen ihrer Partei abgegeben, 7,5 % haben Kandidaten anderer Parteien auf ihre Parteiliste genommen, so dass also insgesamt 91,4 % aller Wähler nach Parteien gestimmt haben. Nur 8,6 % haben die freie Liste vorgezogen. Das ist ein Resultat, das allen Parteien überraschend gekommen ist, und das beweist, wie wenig es mit der viel gebrauchten Phrase von der *Freiheit des Wählerwillens* auf sich hat. Von den Parteien hat die sozialdemokratische die strengste Parteidisziplin gewahrt. 95,4 % der Wähler haben streng zur Partei gehalten. An zweiter Stelle folgt die freisinnig-demokratische Partei, an dritter die liberale, an vierter die katholische Volkspartei. Dementsprechend umgekehrt ist die Zahl der Panaschierungen. Von der Kumulierung haben ebenfalls die sozialdemokratischen Wähler am wenigsten Gebrauch gemacht, nur 6,4 % der Wähler gegen 20,4 bis 35,7 % bei den anderen Parteien. 1056 Wähler haben freie Listen eingelegt, und der vierte Teil von ihnen hat seine Stimmkraft nicht vollständig ausgenutzt. 171 Stimmzettel enthielten Kandidaten von nur einer Partei, 397 solche von 2, 263 solche von 3, 92 von 4, und 17 von 5 Parteien. 116 trugen die Namen von wilden Kandidaten. Geht man näher auf die Zusammensetzung dieser Stimmzettel ein, so findet man Kombinationen, die den absoluten Mangel an politischen Grundsätzen der Wähler recht deutlich aufweisen und damit direkt zu einer Verurteilung des Systems der freien Listen werden. Deren Überflüssigkeit geht noch daraus hervor, dass nicht weniger als 8 Listen eingereicht waren, so dass also der Wähler Auswahl genug hatte und nicht des Luxus der freien Listen für seine Eigenbrödeleien bedurfte.

× ×

Kurze Chronik Der Gemeinderat zu Metz stellte 12000 M. zur Verfügung, mit denen im Schlachthause eine Anstalt für Herstellung pasteurisierter Säuglingsmilch eingerichtet werden soll. × Auch der Gemeinderat in Altenessen stiftete 25000 M. zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. × In Mombach wurde die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für die Volksschule von dem Gemeinderate ausgesprochen und ein Kredit von 3000 M. für die Beschaffung der Lehrmittel bewilligt. × Der Gemeinderat zu Mülhausen i. E. hat den Erwerb des Elektrizitätswerkes beschlossen. Zugleich ist er bemüht, die Konzession für elektrische Kraftzentralen am Rhein auf der Strecke von Basel abwärts für die Stadt Mülhausen zu erlangen, um zu verhüten, dass diese in Privathände kommt. Mit anderen interessierten Stadtverwaltungen soll ein gemeinschaftliches Vorgehen in dieser Frage angebahnt werden. × Der Breslauer Magistrat hat sich endlich bereit erklärt, den städtischen Arbeitern Arbeiterausschüsse zu gewähren. × Laut Beschluss des Freiburger Stadtrates werden stillenden Frauen und Mädchen auf Ersuchen künftig Beihilfen von 10 M. für je zwei Wochen gewährt werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie Armenunterstützung beziehen, oder nicht. Die Beihilfe soll nicht als Armenunterstützung gelten. HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Wahlrechtsbewegung In Preussen und Sachsen sind von der Partei Wahlrechtsdemonstrationen veranstaltet worden. Die kriegerischen Vorbereitungen, die die Regierung gegen den *inneren Feind* getroffen hatte, erwiesen sich, wie nicht anders zu erwarten, als gänzlich überflüssig. Die Masse ist überall den Mahnungen der sozialdemokratischen Parteileitung gefolgt und hat sich jeder, auch der geringsten, Ausschreitung enthalten. Am 14. Januar hatte über ganz Preussen eine Flugblattverbreitung stattgefunden, die ebenfals in der promptesten Weise verlief. Trotz der Korrektheit und Gesetzmässigkeit, mit der seitens der sozialdemokratischen Partei für die Erringung der Volksrechte gekämpft wird, ist eine Ära der Verfolgungen eingeleitet worden, wie wir sie ähnlich nur unter dem Sozialistengesetz erlebt haben. Flugblätter werden konfisziert, die Herausgeber unter Anklage gestellt — in den meisten Fällen musste die Konfiskation allerdings wieder aufgehoben, die Anklage zurückgezogen werden —, gegen die Redakteure unserer Presse sind zahlreiche Prozesse anhängig gemacht, und in Dres-

den wurden gegen Teilnehmer an den Demonstrationsumzügen harte Gefängnisstrafen verhängt. Herausgreifen wollen wir nur die Verurteilung des Genossen Heinig von der *Leipziger Volkszeitung* zu 1 Jahr 9 Monaten, und die des Genossen Löbe in Breslau zu 1 Jahr Gefängnis wegen angeblicher Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, die Verhaftungen in Forst und Königsberg wegen ähnlicher Anklagen.
Die preussischen Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes haben sich mit einer Eingabe an beide Häuser des preussischen Landtages gewandt, in der sie an die gesetzgebenden Körperschaften das Ersuchen richten, für die schleunige Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts Sorge zu tragen.

× ×

Österreich: Wahlrechtsbewegung Die österreichische Sozialdemokratie lässt in der Agitation für die Wahlreform keine Pause eintreten, sie macht ihr Gelöbnis, nicht eher zu ruhen, bis das allgemeine, gleiche Wahlrecht erkämpft ist, zur Wahrheit. In allen Kronländern finden seit Wochen allsonntäglich zahlreiche Versammlungen statt, so dass auch die entferntesten Winkel in die Bewegung einbezogen werden. Die rückständigsten Provinzen, wie Galizien und selbst die Bukowina, sind aufgerüttelt. Gerade in Galizien hat der Wahlrechtskampf einen besonders scharfen Charakter angenommen. Die *Schlachta* will keine Wahlreform; die Bezirkshauptleute haben deshalb in den letzten Wochen an Versammlungsverboten, Konfiskationen von Flugblättern u. s. w. das Menschenmöglichste geleistet. All diese Gewalttätigkeiten haben aber nicht verhindern können, dass grosse Teile der Bevölkerung sich für das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen haben. So haben die Gemeindeverwaltungen von zirka 500 polnischen Gemeinden beschlossen, Petitionen für das allgemeine Wahlrecht einzureichen. In der Bukowina hat die Wahlrechtsbewegung zusammen mit den Nachrichten von der russischen Revolution in den Kreisen der Bauern, fast durchweg Zwergbauern, eine noch nie dagewesene Aufrüttelung hervorgerufen. Die sozialdemokratische Landesexekutive hat diese Situation in der vortrefflichsten Weise ausgenutzt, indem sie zahlreiche Versammlungen einberief, die sämtlich glänzend besucht waren.
Zur Erinnerung an den 28. November 1905 haben die österreichischen Genossen eine besondere Festschrift *Der Wahlrechtstag* /Wien, Brandt/ herausgegeben. Durch gut gelungene Aufnahmen sind die wichtigsten Episoden des grossartig verlaufenen Viertelmillionenzugs festgehalten. Den textlichen Teil der Festschrift besorgte Genosse Dr. Ellenbogen.

× ×

Dänemark Die dänischen Gemeindewahlen brachten der Sozialdemokratie grosse Erfolge. Von den 417 Mandaten, die zur Wahl standen, erhielten die Sozialdemokraten 155, die Radikalen 80 und der reaktionäre Mischmasch 182. Es sind im ganzen 50 Städte, in denen Sozialdemokraten gewählt wurden. In den meisten Städten hatten unsere Parteigenossen diesmal gemeinsame Kandidatenlisten mit den Radikalen aufgestellt. In 8 Städten hatten sie jedoch reine sozialdemokratische Listen, die in 6 Fällen siegten. In weiteren 6 Städten hatten sie zwar eigene Listen aufgestellt, jedoch einzelne radikale Kandidaten mit aufgeführt. Hier siegte überall die Liste der Sozialdemokratie. Wie gewaltig der Fortschritt der Sozialdemokratie ist, zeigt ein Vergleich mit den beiden letzten Stadtratswahlen der allgemeinen Wählerklasse. Im Jahre 1894 waren die Konservativen in den meisten Städten die herrschende Partei. Die Wahlen brachten der Sozialdemokratie in 8 Städten zusammen 10 Mandate. Im folgenden allgemeinen Wahljahre, 1900, büssten die Konservativen ihre Mehrheit an Mandaten der allgemeinen Wählerklasse ein und erlitten eine gründliche Niederlage. 208 Mandate fielen der alliierten Demokratie (der Linken und der Sozialdemokratie) zu. Davon kamen auf unsere Genossen 56 Mandate in 25 Städten. Und nun sind es, wie gesagt, 155 Mandate in 50 Städten, die der Sozialdemokratie gehören.

× ×

England: Parlamentswahlen Das Ergebnis der letzten Wahlen bedeutet einen grossen Wendepunkt für das politische Leben Englands durch die Erfolge der jungen Arbeiterpartei (vergl. den Artikel von James Ramsay MacDonald *Die Wahlen und die Arbeiterklasse in England*, pag. 195 ff.). Gewählt wurden 29 Arbeitervertreter, das heisst vom *L. R. C.* aufgestellte Kandidaten. Diese Fraktion wird im Parlament eine konsequente Arbeiterpolitik vertreten, sie wird unabhängig sein von den beiden alten Parteien. Das ist das Bedeutsame.

Unter den Gewählten sind 14 Mitglieder der *I. L. P.*, und der Einfluss dieser Sozialisten auf die übrigen Abgeordneten dürfte das Seinige dazu beitragen, auch diese zu festen sozialistischen Anschauungen zu bringen. Jedenfalls ist mit der bisherigen Politik der englischen Arbeiterschaft, die durch die Unterstützung bald der einen, bald der anderen der bürgerlichen Parteien einige Vorteile für sich zu erringen trachtete, endgültig gebrochen. Zum Führer hat die neue Partei den Genossen Keir Hardie gewählt.

× ×

Roter Sonntag In vielen Ländern haben die Proletarier den 21. Januar, den Jahrestag des Petersburger Blutsonntags, gefeiert; in manchen, so in Holland und Italien, verbanden sie damit Wahlrechtsforderungen. Der Parteivorstand der holländischen Sozialdemokratie veröffentlichte ein Manifest, das von der Regierung die Einführung des allgemeinen Wahlrechts forderte. In der Schweiz fanden in allen grösseren Städten Versammlungen statt. In Zürich nahmen an einem Demonstrationszuge etwa 5000 Personen teil; 50 Fahnen und Enbleme wurden im Zuge mitgetragen. Die Italiener hatten eine besondere Versammlung anberaumt. In Basel beteiligten sich etwa 3500, in Bern 1200 Personen an der Demonstration, während in Lausanne der Gemeinderat den geplanten Demonstrationszug verboten hatte. In Frankreich waren ausser in Paris auch in allen grösseren Provinzstädten Manifestationen anberaumt. So beteiligten sich in Saint-Etienne über 5000 Arbeiter an einem Umzuge; mehrere Versammlungen fanden statt. In Troyes sprachen die Genossen Guesde und Sembat. Weitere Versammlungen und Demonstrationsumzüge werden gemeldet aus Cherbourg, Angers, Roubaix, Lyon und Lille. In Italien waren die Demonstrationen besonders zahlreich. In Rom fand sie trotz des Verbots statt; eine Anzahl Berufe hatten beschlossen, mittags um 1 Uhr die Arbeit einzustellen. In Genua und Turin kam es zu kleinen Zusammenstössen mit der Polizei, und es wurden da einige Verhaftungen vorgenommen. In den übrigen Städten sind die Demonstrationen ohne Zwischenfall verlaufen.

× ×

Presse Die Breslauer *Volkswacht* gewann an dem einen Sonntag 1031 neue Abonnenten; ähnliche Erfolge waren auch die vorhergehenden Sonntage zu verzeichnen, so dass die Auflage des genannten Blattes jetzt über 25000 beträgt. In Königsberg wurden in einer Woche 300, in Hamburg 1000 neue Abonnenten gewonnen. Ein neues schweizerisches Parteiorgan erscheint wöchentlich zweimal in Freiburg unter dem Titel *L'Aurora*. Es ist das Organ der kantonalen sozialdemokratischen Partei und der freien Arbeiterorganisationen.

In Grosswardein (Ungarn) ist eine neue sozialistische Monatsrevue unter dem Namen *A Jovo* (*Die Zukunft*) *erschienen*. Die erste Nummer enthält Beiträge von Dr. Kegl, Herbert Stadler, Dr. Schwarz, Dr. Sonnenwirt und auch eine Übersetzung von Bebels *Akademiker und Sozialismus*. In Athen ist die erste Nummer eines sozialistischen Tageblattes *Astrapi* erschienen. Der Leitartikel war unterzeichnet von einem bekannten Professor der Athener Universität. *L'Avenir Social*, das wissenschaftliche Organ der belgischen Sozialdemokratie, hat mit der Dezembernummer seinen 10. Jahrgang vollendet. Mit dem Januarheft ist es vergrössert und in seinem Inhalt wesentlich verbessert worden. Bisher war man wegen Mangel an Mitteln zum grössten Teil auf Übersetzungen aus anderen Revuen angewiesen. In Zukunft soll die Zeitschrift eine monatliche Übersicht über die politische, ökonomische und soziale Entwickelung Belgiens bringen, insbesondere sollen auch die theoretischen und taktischen Streitfragen der belgischen Partei erörtert werden. Als Mitarbeiter sind die hervorragendsten Führer und Parlamentarier der sozialistischen Partei Belgiens gewonnen.

× ×

Kurze Chronik In der durch Max Schippels Mandatsniederlegung notwendig gewordenen Reichstagsnachwahl in Chemnitz siegte Genosse Noske im ersten Wahlgang mit einer bedeutenden Majorität über den bürgerlichen Gegenkandidaten. Gegen die Hauptwahl von 1903 ist indessen auch hier leider ein Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen zu verzeichnen. × Bei einer Nachwahl, die kürzlich in Natal stattfand, hatten sich die beiden bürgerlichen Parteien auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt. Der *Politische Arbeiterbund* stellte diesem den Dr. Haggar gegenüber, der als Sozialist bekannt und in der politischen wie in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung sehr tätig ist. Der bürgerliche

Kandidat siegte zwar mit 1818 Stimmen über Dr. Haggar, der 1055 Stimmen erhielt; die Sozialisten in der Kapkolonie und in Natal sind aber über dies Resultat hoch erfreut und betrachten es als ein gutes Zeichen für die kommenden Wahlen. HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Heimarbeitausstellung Am 17. Januar wurde in Berlin eine Ausstellung von Erzeugnissen der Hausindustrie eröffnet. Diese Veranstaltung legt in drastischer Weise von dem Elend der Heimarbeiter, den gesundheitlichen und volkswirtschaftlichen Gefahren der Heimarbeit Zeugnis ab. Ihre Entstehung verdankt diese Ausstellung dem Heimarbeiterschutzkongress, der vom 7. bis 9. März 1904 im Berliner Gewerkschaftshaus tagte. Damals schon hatten einige, an der Bekämpfung der Heimarbeit besonders stark interessierte Gewerkschaften, eine allerdings beschränkte Ausstellung von Heimarbeitserzeugnissen veranstaltet (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1904, I. Bd., pag. 331), die auf die Kongressbesucher tiefen Eindruck machte, und allgemein war der Wunsch, baldigst eine besser vorbereitete Ausstellung dieser Art zu arrangieren. Wie die neue Ausstellung zu stande kam, und was sie bietet, das finden die Leser in dem Artikel Wilhelm Schröders *Gedanken zur Heimarbeiterausstellung* (pag. 221 ff.) ausführlicher dargelegt. Es ist gelungen, ein nahezu erschöpfendes Bild der Verhältnisse in der Hausindustrie zu geben. Besonders zahlreich sind die Kleider- und Wäschekonfektion, die Holzindustrie, die Metallindustrie, das Schuhmachergewerbe, die Portefeuiller, Buchbinder, Sattler, die Textilgewerbe mit hausindustriellen Erzeugnissen vertreten. Auch die Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkschaften, die sich bekanntlich an dem Heimarbeiterschutzkongress nicht beteiligt hatten, haben diese Ausstellung erfreulicherweise, zum Teil recht stark, beschickt.

Die Ausstellung hat allgemein Aufsehen erregt. Die gesamte Presse ist dadurch veranlasst worden, sich mit der Frage des gesetzlichen Schutzes der Heimarbeiter zu beschäftigen, die öffentliche Meinung ist für den Heimarbeiterschutz mobil gemacht worden. Damit ist der Zweck der Ausstellung zunächst erreicht worden. Es wird nun Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen sein, die in diese Ausstellung verhältnismässig grosse Summen hineingesteckt haben, dafür zu sorgen, dass dieses einmal angefachte Interesse an der Beseitigung des Heimarbeiterelends nicht erlischt, und dass die Gesetzgebung endlich einmal durchgreifende Massnahmen zum Schutze der Heimarbeiter ergreift.

Es ist gleich bei Arrangierung der Ausstellung damit gerechnet worden, sie auch in einigen anderen Grossstädten des Reiches vorzuführen. Bisher sind von Dresden, Frankfurt a. M. und München aus Anträge auf Überführung der Ausstellung nach diesen Städten gestellt worden.

× ×

Tabakarbeiterkongress In den Tagen vom 29. bis zum 31. Januar fand in Berlin ein Tabakarbeiterkongress statt, der Stellung nahm zu der Tabaksteuervorlage, durch die wieder einmal die Tabakindustrie bedroht ist. Der Kongress war aus 575 Orten mit 193 Delegierten beschickt, die von den geradezu trostlosen Arbeitsverhältnissen, wie sie jetzt schon in der Tabakindustrie vorherrschen, berichteten. Die Regierung hatte leider eine Einladung zu diesem Kongress abgelehnt, wie stets. Der Kongress votierte einstimmig eine längere Resolution, die die Unmöglichkeit einer Erhöhung der Tabaksteuer und der Einführung einer Zigarettensteuer des ausführlichen nachweist und die Erwartung ausspricht, die Regierung werde die Gesetzesvorlagen zurückziehen, respektive der Reichstag werde sie einstimmig ablehnen.

× ×

Christliche Gewerkschaften In Nr. 2 seines offiziellen Organs veröffentlicht der Ausschuss des *Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften* seinen Bericht über die letzten 1½ Jahre, eine Publikation, die manche Einblicke in das Organisationsgetriebe dieser Gewerkschaftsrichtung gewährt. Hervorhebenswert ist vor allem die Tatsache, dass unter dem Einfluss des Ausschusses in den dem *Gesamtverband* angeschlossenen Verbänden sich eine merkliche Erhöhung der Beiträge vollzogen hat, so dass die Organisationen im Jahre 1905 allein rund 2 Mill. M. Einnahmen zu verzeichnen hatten und im laufenden Jahre mit annähernd 3 Mill. M. Einnahmen rechnen, gegenüber rund 900 000 im Jahre 1904. Dem *Gesamtverband* hat sich im letzten Jahre der bayrische Eisenbahnerverband angeschlossen, während der Gewerkverein

der Ziegler ausgetreten ist. Für die fest angestellten Beamten wurde ein Unterstützungsfonds gebildet, zu dem diese selbst, wie auch die einzelnen Verbände als Arbeitgeber Beiträge zu entrichten haben. Grosse Anstrengungen wurden seitens des *Gesamtverbandes* auf agitatorischem Gebiete gemacht. Die *Mitteilungen*, das Publikationsorgan des *Gesamtverbandes*, erscheinen seit 1. Januar 1905 in grösserem Umfange als *Zentralblatt*. Ausserdem erscheint ein polnisches Organ in einer Auflage von 3000 Exemplaren, früher 14tägig, seit 1. Januar 1906 8tägig, und ein italienisches Blatt, ebenfalls in einer Auflage von 3000 Exemplaren. Dann aber ist, teilweise mit Unterstützung der christlichen Zentralverbände, für Bayern, Südwestdeutschland, Lothringen, das Saarrevier und Oberschlesien je ein Gewerkschaftssekretariat errichtet worden, ferner ein italienisches Sekretariat für die italienisch sprechenden christlichen Arbeiter, und ein weiteres Sekretariat für Berlin soll im Laufe dieses Jahres errichtet werden. Alle diese agitatorischen Anstrengungen überstiegen bei weitem die finanziellen Kräfte des *Gesamtverbandes*; waren doch allein für das Generalsekretariat, das *Zentralblatt*, die Agitation und die Provinzialgewerkschaftssekretariate insgesamt in der 1½jährigen Berichtsperiode 33 288,62 M. aufzubringen, während an ordentlichen Beiträgen in dieser Zeit nur 31 475,82 M. eingingen. Der *Gesamtverband* hat sich dadurch zu helfen gewusst, dass er Ende März 1904 unter den Mitgliedern und Freunden der christlichen Gewerkschaften eine Sammlung ausschrieb zwecks Schaffung eines Agitationsfonds. Und die Zentrumsmannen und die Zentrumszeitungen haben im Verein mit den christlichen Gewerkschaftsagitatoren dann tüchtig gesammelt, so dass im Laufe der letzten 1½ Jahre nicht weniger als 26 194,78 M. zusammenkamen. So konnte der Ausschuss des *Gesamtverbandes* nicht nur seine Schulden begleichen, er konnte auch in allen Gegenden des Reiches Gewerkschaftssekretariate errichten und hatte noch eine Mehreinnahme von 20 858,19 M.

Aus den Berichten der Bezirkssekretäre ist noch hervorzuheben, dass die christlichen Gewerkschaftsangestellten sich allenthalben bemüht haben, auf die Tages-, das heisst die Zentrumspresse, Einfluss zu gewinnen, getreu der Losung, die der Essener christliche Gewerkschaftskongress gegeben hat.

Zwischen den interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften und den katholischen Gewerkschaftlern *Berliner Richtung* wird fortgesetzt ein erbitterter Kampf geführt, wobei gegenseitige Verleumdungen und sogar Tätlichkeiten eine grosse Rolle spielen. Jede dieser Richtungen behauptet von sich, allein das alleinseligmachende Prinzip für die katholische Arbeiterschaft zu vertreten, jede dieser Richtungen versteht es auch, die päpstliche Autorität für sich ins Feld zu führen. Dabei kommt es oft genug zu den ergötzlichsten Zwischenfällen. So hat kürzlich erst die *Cölnische Volkszeitung* eine Auseinandersetzung mit dem Bischof Korum, einem Anhänger der *Berliner Richtung*, darüber gehabt, welcher gewerkschaftlichen Richtung Papst Pius X. den Vorzug gebe. Bischof Korum war von Pius X. empfangen worden, und da über diesen Empfang nichts Näheres verlautete, sprach das Zentrumsblatt die Erwartung aus, der Papst habe sich entgegen dem Trierer Bischof für interkonfessionelle Gewerkschaften ausgesprochen. Darauf erliess der so interpellierte Bischof eine Erklärung des Inhalts, der Papst habe im Gegenteil die Berliner katholischen Gewerkschaftsbestrebungen durchaus gebilligt und die Berliner Führer zur eifrigen Weiterarbeit in diesem Sinne ermahnt, und zwar in einer Weise, die gegen die Interkonfessionellen einnehmen musste. Im Lager der interkonfessionell-christlichen Gewerkschaften war man über diese Erklärung naturgemäss wenig erbaut, und es machten sich da schon Stimmen bemerkbar, die die päpstliche Autorität in gewerkschaftlichen Fragen allen Ernstes in Zweifel zogen. Nun hat zwar der *Osservatore Romano* offiziös erklärt, die päpstlichen Anweisungen an Bischof Korum seien nur für dessen Diözese berechnet, im übrigen sei der Papst den Interkonfessionellen und den katholischen Gewerkschaftlern in gleicher Liebe zugetan. Der ganze Vorfall hat aber wieder einmal gezeigt, dass das christliche Gewerkschaftswesen der hohen Geistlichkeit stark wider den Strich geht.

× ×

Österreich Die österreichische *Gewerkschaftskommission* hat bereits ihren Rechenschaftsbericht für das Jahr 1905 veröffentlicht. Danach haben die Gewerkschaften im letzten Jahre sich weit günstiger entwickelt, als in irgend einem früheren

Jahre. Genaue Feststellungen über die Mitgliederbewegung sind ja noch nicht möglich, doch kann jetzt schon gesagt werden, dass die Zentralverbände im Jahre 1905 um mehr als 60000 Mitglieder zugenommen haben. Nicht eine Zentralorganisation hat einen Rückgang erfahren, dagegen haben einzelne geradezu überraschende Fortschritte erfahren. Beispielsweise erreichten die Eisen- und Metallarbeiter 42000 (gegen 1904 + 22000), die Bauarbeiter 30000 (+ 13000), die Textilarbeiter 25000 (+ 11400), die Holzarbeiter 20000 (+ 8000), die Papierarbeiter 12400 (+ 5700), die Giesser 8000 (+ 3500), die Handelsgehilfen 7500 (+ 4000), die Schneider 5000 (+ 200), die Bäcker 5000 (+ 700) Mitglieder. Die grössten Fortschritte machten die Gewerkschaften in Wien und Niederösterreich. Auch der innere Ausbau der Gewerkschaften ist gefördert, ebenso die Zentralisierung der Gewerkschaften. Der Fortschritt der österreichischen Gewerkschaften zeigt sich auch in ihrem Kassenwesen. Hat doch die *Gewerkschaftskommission* im Jahre 1905 allein 16500 K. mehr an ordentlichen Einnahmen zu verzeichnen, als im Jahre vorher.

× ×

Kurze Chronik Der *Hafenarbeiter* hat eine Auflage von 25000 Exemplaren erreicht, das ist im letzten Jahre eine Zunahme um 3000 Exemplare. Die *Brauerzeitung* hat gegenwärtig eine Auflage von mehr als 28000 Exemplaren. Der *Textilarbeiter* hat eine Auflage von 75000 Exemplaren erreicht, und da zurzeit auch mehr denn 9000 Exemplare der *Gleichheit* an die Mitglieder zur Verteilung gelangen, so bedeutet diese Auflageziffer eine Zunahme des Verbandes um rund 30000 Mitglieder im Jahre 1905. × Die Zahl der christlichen Gewerkschaftskartelle beträgt zurzeit 117 gegen 103 im September 1905. × In der Schweiz wurden im letzten Jahre insgesamt 353 Lohnkämpfe geführt. × Nach den Feststellungen des New Yorker Arbeitsamtes ist die Zahl der organisierten Arbeiter im Staate New York vom 1. April bis 1. Oktober vorigen Jahres von 374282 auf 382201, also um 7919 gestiegen. × Im Staate Massachusetts gab es nach einer Mitteilung des Arbeitsamtes zu Boston im Herbst 1905 1325 Arbeitervereine, gegen 1440 im Jahre vorher, davon 8 Zentral-, 21 Distriktsverbände und 1 Staatsverband. × Im Staat Jova bestanden Ende 1904 688 Gewerkschaften; 671 hiervon hatten zusammen 41397 Mitglieder. × In Westaustralien hat sich die Zahl der Gewerkschaften seit 1901 mehr als verdoppelt, sie stieg von 54 auf 132. Auch die Mitgliederzahl nahm zu, und zwar von 8920 im Jahre 1901 auf über 16000 im Jahre 1905. ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Holyoake † Am 22. Januar ist auf seinem Landsitz in Brighton, wohin er sich am Abend eines arbeitsreichen Lebens zurückgezogen hatte, der *grosse, alte Mann des Genossenschaftswesens,* George Jacob Holyoake, im Alter von nahezu 89 Jahren gestorben. Mit ihm ist das letzte Bindeglied dahingegangen, das die jetzige Generation von Genossenschaftern mit dem heroischen Zeitalter der Bewegung verknüpfte, der letzte lebendige Zeuge der Tage eines Robert Owen und der *Pioniere von Rochdale*. Der Name der letzteren war es, mit dem in Verbindung der Name Holyoakes einen gewissen Weltruf erlangte, nämlich durch die von ihm so ungemein anschaulich und agitatorisch wirksam geschriebene *Geschichte der redlichen Pioniere von Rochdale.* Für England war Holyoake natürlich mehr, als der Verfasser dieses Buches: seiner überaus fruchtbaren Feder entstammten noch eine grosse Anzahl Schriften, so die Selbstbiographie *Sixty years of on agitators life,* ferner *Robert Owen, the precursor of social progress, Life and last days of Robert Owen, Self-Help by the people* und ausserdem eine grossangelegte *History of co-operation,* an deren Neubearbeitung und Ergänzung bis auf die jüngste Zeit er noch in seinen letzten Tagen arbeitete. Er war auch ein fleissiger Mitarbeiter der genossenschaftlichen Zeitschriften und endlich und vor allem der unermüdliche Agitator und öffentliche Vorkämpfer der Genossenschaften. Er hat noch in manchen anderen Bewegungen eine Rolle gespielt, so in der Chartisten-, der Freidenker-, der sozialpolitischen Reformbewegung, aber — wie er selbst in einer letzten Unterredung seinem alten Freunde und Kampfgenossen E. O. Greening sagte — keine Sache hat ihm so am Herzen gelegen, wie das Genossenschaftswesen.

Im Jahre 1817 in Birmingham als Sohn von Arbeitsleuten geboren, kam der streng puritanisch erzogene junge Holy-

oake im Alter von 22 Jahren in Berührung mit Robert Owen und gelangte unter dem Einfluss dieses Mannes zu der Überzeugung, dass es zunächst wichtiger sei, die Pflichten gegen die Mitmenschen, als die gegen Gott zu erfüllen. Auf dem Genossenschaftskongress in Manchester 1842 wurde er mit 16 s. wöchentlich zum *besoldeten* Agitator der Genossenschaftssache gewählt, und es hat sich gezeigt, dass dies eine Wahl auf Lebenszeit war. Mit unvergleichlicher Rührigkeit hat sich Holyoake bis auf die letzte Zeit am öffentlichen Genossenschaftsleben beteiligt. Er war ständiger Gast aller Kongresse. Keine Frage von Wichtigkeit, zu der er nicht Stellung genommen hätte, eine scharf pointierte Stellung, die ihn oft in Gegensatz zu der Meinung der Majorität der Genossenschafter brachte. So kämpfte er zum Beispiel mit Hartnäckigkeit an der Seite einer kleinen Minderheit für die Gewinnbeteiligung der Arbeiter in Genossenschaften und tat in Bezug darauf noch einen seiner berühmt gewordenen Aussprüche, dass »Kooperation ohne Gewinnbeteiligung Betrug« sei. Diese Eigenheiten des grossen alten Mannes beeinträchtigten aber nicht im mindesten die Liebe und Verehrung, die ihm von allen Genossenschaftern und auch weit über deren Kreise hinaus bezeigt wurde, und die sich anlässlich seines Todes jetzt in den grossartigsten Trauerkundgebungen, denen sich die ganze internationale Genossenschaftsbewegung angeschlossen hat, offenbarte. Einer jener Erlesenen, die für immer einen Platz in der Geschichte der Menschheit haben werden, ist mit Holyoake dahingegangen. Er gehörte zu den Glücklichen, die noch den Aufschwung und endlichen Sieg der Sache, die ihnen am meisten am Herzen lag, erleben durfte.

× ×

Umsatzsteuer Eine unerwartet glückliche Wendung hat die Dresdener Umsatzsteuerangelegenheit genommen. Die Kreishauptmannschaft Dresden hat dem von den beiden städtischen Kollegien beschlossenen Steuerungetüme die als ganz sicher erwartete Genehmigung versagt. In der Begründung wird ausgeführt, dass die Steuer den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit widerspräche. Von einer verhältnismässigen Heranziehung der Bürger zu den Gemeindelasten, wie sie die revidierte Städteordnung verlangt, könne nicht die Rede sein, indem vor allem die Höhe des Umsatzes und nicht die des Überschusses als massgebend erachtet werde. Auch müsse die Verwendung der Steuer zur Entlastung der städtischen Steuerzahler bei den den minderbemittelten Volksschichten angehörenden Konsumvereinsmitgliedern »das Gefühl sozialer Ungerechtigkeit und tiefe Erbitterung erzeugen«. Die städtischen Kollegien wollen nun gegen diese Entscheidung beim Ministerium Beschwerde einlegen, die aber um so weniger Aussicht auf Erfolg hat, als das Ministerium bereits vorher Einsicht in die Akten genommen hat, also die Entscheidung jedenfalls mit seinem Einverständnis getroffen ist.
Den Dresdener Konsumvereinen werden durch diesen Beschluss 190000 M. an Steuern erspart. Noch grösser ist der Wert ihres moralischen Triumphes. So ist also doch einmal auch aus Sachsen etwas Gutes gekommen!

× ×

Dessau: *Arbeiterdruckerei* Die Dessauer Produktivgenossenschaft berichtet soeben über ihr am 31. Dezember 1905 abgelaufenes erstes Betriebsjahr in einem netten, mit Illustrationen geschmückten Bändchen. Wir erblicken da das saubere Vordergebäude mit der Buchhandlung des *Volksblattes für Anhalt*, das im Hofe belegene Druckereigebäude, Maschinensaal, Setzerei, Packsaal, Buchbinderei und endlich das Redaktionszimmer des *Volksblattes*, alles licht, freundlich, zweckmässig. Das geschäftliche Ergebnis ist ein recht günstiges. Obgleich das *Volksblatt*, der Hauptabnehmer der Genossenschaft, für eine nur um 17 % höhere Bezahlung 50 % mehr Leistung erhielt, und trotz reichlicher Abschreibungen konnte doch ein Reingewinn von 2889 M. erzielt werden. Und zwar entstammt dieser Reingewinn lediglich der Zeitungsdruckerei. Die Akzidenzdruckerei schliesst sogar mit einem Defizit von 609 M. ab. Die Verwaltung schlägt vor, 1799 M. dieses Gewinnes zur Verteilung einer 4prozentigen Anteildividende zu verwenden, ferner 750 M. dem Reserve- und 250 M. dem Spezialfonds zuzuschreiben. Der Gesamtumsatz der Genossenschaft belief sich auf 50909 M., die Zahl der Mitglieder am Jahresschlusse auf 1080, die der gezeichneten Anteile (à 10 M.) auf 5535 M. Ein glückliches Gedeihen scheint demnach gesichert.

× ×

Basel: *Allgemeiner Konsumverein* Die von uns bereits früher (in diesem Bande, pag. 91) erwähnte Krise des grossen Schweizer Konsumvereins hat mit einem vollen Siege des genossenschaftlichen Gedankens geendet. Das bis jetzt 14tägig erscheinende *Genossenschaftliche Volksblatt* wird, statt gekündigt zu werden, von nun ab in wöchentlicher Ausgabe für Basel herausgegeben werden. Das Überraschendste an dieser überraschenden Wendung ist aber, dass dieser schwerwiegende Beschluss im Verwaltungsrat mit einer Mehrheit von 10 gegen 7 und im Genossenschaftsrat sogar mit einer solchen von 62 gegen 14 Stimmen gefasst wurde. Worauf dieser schroffe Meinungswechsel zurückzuführen ist, ist schwer zu entscheiden. Sicherlich nicht allein auf das Entgegenkommen des Verbandssekretariats hinsichtlich des Preises und der Ausgestaltung des *Volksblattes*. Wahrscheinlich ist es doch manchem der Genossenschaftsräte inzwischen klar geworden, auf welch gefährliches Spiel er sich eingelassen hatte. Nur der Präsident des Verwaltungsrates hielt unbeirrt an seiner früheren Stellungnahme fest und bezeichnete sich selbst als einen ›Bürgerlichen, der will, dass die selbständigen Existenzen erhalten bleiben sollen‹, und der ›den freien Mann, den selbständig erwerbenden Bürger als das Bessere, das Schönere betrachtet‹. Dieses offene Bekennen seiner Meinung ehrt den Mann — nur begreift man nicht recht, wie man mit einer solchen Leiter einer Konsumgenossenschaft werden und bleiben kann.

Die Freunde der Genossenschaftssache aber triumphieren. Ein schon lange von ihnen gehegter Wunsch ist in Erfüllung gegangen, gerade in dem Augenblick, wo sie auf absehbare Zeit hinaus auf seine Verwirklichung verzichten zu müssen glaubten.

× ×

Kurze Chronik Nach einer im *Reichsarbeitsblatt* veröffentlichten Statistik gab es am 31. Dezember 1904 in Deutschland 25 398 eingetragene Genossenschaften. Darunter waren 15 011 landwirtschaftliche oder gewerbliche Kreditvereine, 6210 landwirtschaftliche Genossenschaften anderer Art, 2090 Konsum-, 617 Bau- und 368 gewerbliche Produktivgenossenschaften. × Die *Zentraleinkaufsgesellschaft deutscher Kolonialwarenhändler* hatte im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Umsatz von 2 192 000 M. gegen 1 449 000 M. in dem nur 9 Monate umfassenden ersten Geschäftsjahre. Das ist gerade keine glänzende Entwickelung. × Grossartig ist das letztjährige Geschäftsergebnis der englischen *C. W. S.* Der Umsatz übertraf die erhofften 20 Mill. Lstrl. noch um ein Erkleckliches und belief sich auf 20 759 000 gegen 19 809 000 im Vorjahre, was also einer Zunahme von 4¾ % entspricht. Die Produktionsabteilungen vergrösserten ihren Umsatz von 3 292 000 auf 3 544 000, das heisst um 7¾ %. × In Frankreich soll wieder einmal eine neue Grosseinkaufsorganisation gegründet werden — dabei haben die vorhandenen (zirka 4 bis 5) schon nichts zu tun. Die um die *Bourse coopérative* gruppierten sozialistischen Konsumvereine beschlossen am 27. Januar ein *Magazin de gros* zu errichten, dessen Erträgnisse teils zur Inangriffnahme der Eigenproduktion, teils zur Unterstützung der sozialistischen Propoganda verwendet werden sollen. Damit ist auch hier wieder ein Trennungsmoment geschaffen, das die Krystallisierung aller französischen Konsumvereine um diesen neuen Mittelpunkt verhindern wird. × Der Wiener Konsumverein *Vorwärts* hat im letzten Geschäftsjahr einen grossen Aufschwung genommen. Die Mitgliederzahl vermehrte sich von 8144 auf 12 590, der Umsatz stieg gegen das Vorjahr um 44 % und betrug 2 841 178 K. Der Nettoüberschuss von 150 000 K. erlaubte die Auszahlung einer Rückvergütung von 4 %. × Der verdiente, langjährige Direktor der schottischen *C. W. S.*, William Maxwell, gedenkt sich nun definitiv ins Privatleben zurückzuziehen. Zu seinen Ehren fand in Glasgow eine Abschiedsfeier statt, bei der ihm eine Ehrenspende von 500 Lstrl. und seiner Frau ein schöner Flügel überreicht wurde.

× ×

Literatur Ein ausserordentlich wertvolles statistisches Werk ist die gelegentlich des 10jährigen Bestehens der *Preussischen Zentralgenossenschaftskasse* vom Geheimrat Dr. A. Petersilie bearbeitete und nach ihrer Veröffentlichung im 24. Ergänzungshefte zur *Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamtes* auch im Sonderabdruck erschienenen Schrift *Die Entwickelung der eingetragenen Genossenschaften in Preussen während des letzten Jahrzehnts.* Der uns an der Hand eines gewaltigen, detaillierten Zahlenmaterials, unterstützt

durch interessante graphische Tabellen, gegebene Aufschluss bezieht sich auf das äussere Wachstum der Genossenschaften im allgemeinen und der einzelnen Arten im besonderen hinsichtlich Zahl und Mitgliederzahl, auf die Gruppierung der Genossenschaften nach der Haftpflichtart und dem Gegenstande des Unternehmens, ihrer Zugehörigkeit zu den verschiedenen Zentralgenossenschaften und den einzelnen Verbänden, auf die genossenschaftliche Bevölkerungsdichtigkeit und anderes mehr. Keine Mitteilungen dagegen bringt die Schrift über den eigentlichen Geschäftsbetrieb: Umsatz, Reingewinn, Zahl der Angestellten etc. × Ein von Simon Katzenstein gelegentlich der Heimarbeitausstellung gehaltener Vortrag *Hausindustrie und Genossenschaftswesen* ist jetzt im Verlage des *Genossenschaftspioniers* im Druck erschienen. Katzenstein hat mit grossem Fleiss die bisher noch spärlichen Anfänge genossenschaftlicher Eigenproduktion auf sonst der Heimindustrie verfallenen Gebieten in Deutschland zusammengetragen, um dann ein interessantes Bild der blühenden englischen Genossenschaftsproduktion zu entwerfen, die in einzelnen Industriezweigen schon fast zu einer vollständigen Verdrängung der heimindustriellen Betriebsweise geführt haben. Das Schriftchen dürfte sich vor allem zur Agitation für Genossenschaften in Gewerkschaftskreisen eignen. × *Deutsche Konsumgenossenschaften im neuen Zentralverband und die Hamburger Grosseinkaufsgesellschaft* betitelt sich eine Schrift von Hermann Ortloff /Leipzig, Jäh & Schunke/, die der »allgemeinen Verständigung« dienen soll. Der Wille ist offenbar ein guter, doch kann man nicht sagen, dass es dem Verfasser gelungen ist, seinem Stoff ein wenig Interesse abzugewinnen oder ihn mit einem Fünkchen eigenen Geistes zu durchleuchten.

GERTRUD DAVID

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften

Individuum und Gesellschaft

Gegen den groben Unfug, der mit den Begriffen *Gesellschaft, Allgemeinheit, Individuum* als mit allgemein gültigen, feststehenden Begriffen getrieben wird, zieht das Buch Dr. Berthold Thorsch' *Der einzelne und die Gesellschaft* /Dresden, Reissner/ mit vielem Geist zu Felde. Einem ständigen Wandlungsprozesse unterliegt eben das, was wir als *individuell* und *gesellschaftlich* bezeichnen. *Das* Individuum und *die* Gemeinschaft existieren überhaupt nicht. »Alles ist Individuum, alles ist Gemeinschaft«, ruft einmal Thorsch mit grosser Lebhaftigkeit aus, »jedes Lebenselement kann als individuelles und als Gemeinschaftselement erscheinen, je nach der Reihe, in der man es betrachtet. So viele einzelne und Gemeinschaften nach so vielen Kriterien zugleich zu ergreifen, wie nur möglich, ist die Aufgabe . . . Unausgesetzt ändert sich der Tonwert jedes Einzelelements im Konzerte Aller. Unendlich verwickelte Rechenexempel treten so an die Stelle des scheinbar einfachen, in dem Verhältnis des *einzelnen* zur *Mehrheit* beschlossenen.« Thorsch wertet wohl die Auffassung der menschlichen Gesellschaft als eines lebendigen Organismus als einen grossen Fortschritt, aber diese Auffassung offenbart dennoch nach seiner Ansicht eine klaffende Lücke, durch die sich leicht ein recht verhängnisvoller Irrtum einschleichen kann. Mit der Vorstellung des Organismus verketten wir die Vorstellung eines fest in sich abgeschlossenen Individuums. Die Gesellschaft zeigt aber in jedem Zeitpunkte eine solche strotzende Fülle von Bildungen, Strukturen, »dass wir im Verständnis dieser Dinge nicht weiter kommen, wenn wir nicht untersuchen: was ist *Individuum,* was ist *individuell?* Sowie die Zurückverfolgung des tierischen Organismus zurückführt zu primitiven Bildungen, welche die Frage *Was ist ein tierisches Individuum?* zu einer schwer beantwortbaren machen (Polypenstämme, Bazillen u. s. w.), so führt uns in anderem Sinne die Untersuchung gesellschaftlicher Bildungen zu der Frage *Wo beginnt die individuelle Gestaltung menschlich-gesellschaftlichen Wesens?* Der Soziologie fällt nun nach Dr. Thorsch die grosse Aufgabe zu, in der Entwickelungsgeschichte der Menschen, Völker, Staaten Typen verschiedener Struktur, verschiedenen Ablaufs, verschiedener Rhythmen in Kampf und Vereinigung aufzudecken. Ihm scheint in dieser Hinsicht die grosse Lebensarbeit von Lamprecht und Breysig vorbildlich für die Soziologie und Kulturgeschichte zu sein. Die Typen, die bisher im Anschluss an Comte für die soziale Entwickelung aufgestellt wurden, verwirft er entschieden. Es genügt wahrlich nicht, die Entwickelung in Perioden eines

kriegerischen, eines politisch loser organisierten und eines individuellen gesellschaftlichen Zustandes zu zerlegen. Eine die verschiedensten Individuationen erfassende Darstellung der historischen und kulturhistorischen Entwickelung sieht er erst im Keime bei Lamprecht und Breysig, die sich ja für die einzelnen Typen der Entwickelung ihre eigene Terminologie schufen.

Das Emporsteigen über eine soziale Entwickelungsstufe hinaus lässt sich nicht kurz als eine Erweiterung oder Verengung menschlicher Freiheit bezeichnen. Gerade die Unterdrückung, die Knechtschaft einer Klasse kann nach Thorsch ein sozialer, ein kulturhistorischer Fortschritt sein. Mit dieser Ansicht findet sich Thorsch in vollem Einklang mit den Begründern des historischen Materialismus. Welche gewaltige kulturelle Bedeutung legt zum Beispiel Friedrich Engels in seinem *Anti-Dühring* der Einführung der Sklaverei bei! Thorsch weist auf die Proletarisierung grosser Bevölkerungsteile hin, die an das Aufkommen des fabrikmässigen Grossbetriebes geknüpft war. Aber der Kapitalismus schuf mit diesen Proletariern zugleich freien Spielraum für neue, sich auf der Erde tummelnde Menschen. Es wurden, sagt er geistvoll, »gewissermassen im Haushalte der Natur untermenschliche organische und anorganische Elemente in menschliche verwandelt«.

Das Buch Dr. Thorsch' strebt überall auf die Erfassung der historischen Eigenart der Gesellschaft, der sozialen Beziehungen, der sozialen Klassen, Gruppen und Individuen hin. Es sucht unsere Anschauungen über das Wesen der Gesellschaft und ihrer Entwickelung von metaphysischen Elementen zu befreien.

× ×

Nationalökonomie Der tote Marx weckt doch noch wenigstens Leben in der bürgerlichen Nationalökonomie, in der schon so vieles tot ist. Mit dem schier unerschöpflichen Thema des Marxismus beschäftigt sich auch die jüngst erschienene Schrift Dr. Heinrich Mannstädts *Die kapitalistische Anwendung der Maschinerie* /Jena, Gustav Fischer/. Sie polemisiert im wesentlichen gegen die Marxschen Grundideen über den Einfluss der Maschinenanwendung auf die Lage der arbeitenden Klassen. Die Anwendung der Maschinen erspart nach Mannstädt eine dem Lohne der entlassenen Arbeiter gleichkommende Summe an Produktionskosten. »Da diese Summe auf irgend eine Weise zur Beschäftigung von Arbeitskräften dient«, so fährt er fort, »muss irgendwo die Nachfrage nach ihnen steigen. Die Gesamtheit der Arbeiter kann niemals aus Produktionsverbesserungen, die eine Ersparung an Arbeitskräften veranlassen, Schaden erleiden, es tritt auf dem Arbeitsmarkt nur eine Verschiebung ein.« In dieser Form stellen sich die Ausführungen Mannstädts als blosse unbewiesene Behauptungen dar. Dr. Mannstädt musste gerade zeigen, auf welche Weise die ersparte Summe zur Beschäftigung von Arbeitskräften verwendet werde. Mit so allgemeinen Wendungen, wie, dass irgendwo die Nachfrage nach Arbeitskräften auf Grund der durch die Arbeiterentlassung ersparten Summe entstehen müsse, rechtfertigt man durchaus nicht die *Kompensationstheorie*. Mannstädt verweilt dann längere Zeit bei dem heftigen Meinungsstreit, der über die Auslegung der Marxschen Theorie über die Reservearmee ausgebrochen ist. Aus den Äusserungen so theoretisch geschulter Nationalökonomen, wie Conrad Schmidt, Sombart und anderen, über diese Theorie, gewinnt man in der Tat die Überzeugung, dass die Marxsche Lehre von der Reservearmee einer theoretischen sorgfältigen Nachprüfung bedarf. Völlig verfehlt ist die Polemik Mannstädts gegen die sozialistische Produktionsform. Bei einer sozialistischen Struktur der Wirtschaft werden Ernteschwankungen ganz anders wirken, als bei einer kapitalistischen Wirtschaftsverfassung. Der Sozialismus schliesst ferner nicht, wie Mannstädt annimmt, eine vollständige Ausschaltung des Konkurrenzprinzips und des Belohnungssystems ein.

× ×

Soziale Bewegung Selten finden sich Professorenaugen in der lärmenden Werkstatt des Lebens zurecht, in der gerade ein Stück Gegenwartsgeschichte in derb kräftiger Schweissarbeit gehämmert wird. Bücherstaub aus einer längst vergangenen Welt liegt meist auf diesen Augen. Werner Sombart ist einmal ein sehender, von dem grossen sozialen Drama der Zeit heftig gerüttelter und geschüttelter Professor. Er ist Professor, wie es einmal Friedrich Albert Lange auch war. Aus seiner geistvollen Flugschrift *Sozialismus und soziale Bewegung* hat er jetzt in der 5. Auflage /Jena,

Gustav Fischer/ ein veritables wissenschaftliches Werk gemacht. Mit dem Umfange der Arbeit wuchs ihr innerer Gehalt. Sehr zutreffend scheint mir bei Sombart die Charakteristik des sogenannten *utopistischen Sozialismus* als die Epoche des *rationalen Sozialismus* zu sein. In die Kniee sanken die sogenannten *utopistischen Sozialisten* vor der Göttin Vernunft, denn sie öffnete erst die Augen den in die Irre gehenden Menschen. Diese erkennen nun die innere Wahrheit und Gerechtigkeit des neu entdeckten sozialen Idealzustandes freudig an, und mit der siegenden theoretischen Vernunft bricht das Reich der praktischen Vernunft an. Die weltbewegende Frage der sozialen Umgestaltung des Kapitalismus schrumpfte in den Köpfen der Utopisten zu einer simplen Erkenntnisfrage zusammen. Die schöpferischen Gewalten, die sich in dem bunten, szenenreichen Wechsel des Lebens auswirken, blieben den Utopisten verschleiert. Diese gestaltenden Elemente in ihrer ganzen Bedeutung erfasst zu haben, ist nach Sombart die weltgeschichtliche Tat von Marx. Ich finde, das Grosse und Bedeutende in der Marxschen Lebensarbeit tritt gerade aus der Sombartschen Schrift deshalb so leuchtend hervor, weil sie das, was sterblich an der Theorie von Marx ist, seelenruhig in den Staub sinken lässt. Sombart erweist dem Gedächtnis des grossen Denkers damit einen ganz anderen Dienst, als die *Marxisten*, die mit dünnem Gedankenkitt die von der ehrlichen wissenschaftlichen Kritik zu Scherben zerschlagenen Marxschen Ideen wieder zusammenzufügen suchen. Diese werden wohl auch das spöttische Lächeln Sombarts über sie als eine grundabscheuliche Verhöhnung des Sozialismus selbst buchen. Die Bedeutung der theoretischen Krisen in der Sozialdemokratie für den Lebensprozess dieser Bewegung schätzt Sombart im wesentlichen richtig ein. Er sieht, dass trotz der Verschiedenheit der Anschauungsweise bei den Wissenschaftlern der Partei die sozialdemokratische Armee selber in ihrer strengen Geschlossenheit verharrt. Die sozialdemokratische Praxis, die ihre Wurzeln ganz in die ökonomische und politische Wirklichkeit senkt, kümmert sich wenig um die theoretischen Blüten, die weit rechts oder links von ihrem Lebenswege spriessen. Die Taktik der heutigen Sozialdemokratie ist aber weniger, als wohl Sombart anzunehmen scheint, das Werk von Karl Marx. Die *neue Internationale*, verwickelt in die heissen, wundenschlagenden Kämpfe des Tages, schuf erst die heutige Form der politischen und wirtschaftlichen Machteroberung des sozialistischen Proletariats. Sombart, der so tief in die Eigenart der einzelnen nationalen Typen der Arbeiterbewegung eingedrungen ist, vernimmt dennoch aus dem nationalen Sprachengewirr dieser Bewegung das Rauschen des gleichen proletarisch-sozialistischen Pfingstgeistes. Er zeichnet mit fester Hand scharf und klar die Grundzüge der Politik des internationalen Proletariats.

Die in dieser Zeitschrift (pag. 104) bereits erwähnte Artikelserie *Die heutige Sozialdemokratie* ist jetzt mit Nennung des Autors, Dr. Robert Brunhuber, und einigen Ergänzungen bei Gustav Fischer in Buchform erschienen. In der Programmpolitik der Sozialdemokratie erblickt Brunhuber die stärkste Gefährdung der Zukunft des Arbeiters. Der Mann, der sich da und dort zum Verständnis der sozialdemokratischen Klassenpolitik hindurchrang, sieht den Sieg des Sozialismus in einem friedlichen Ausgleich der Gegensätze von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, in einer gesetzlichen, planmässigen und gründlichen Sozialreform, »an der alle Parteien, vornehmlich auch die liberalen, teilnehmen können und müssen«. Ein Abgrund trennt die theoretisch hochgehaltenen nationalökonomischen Ausführungen Brunhubers von seiner sich mitunter in den Niederungen des Scharfmachertums bewegenden Polemik gegen die parteipolitischen Tendenzen der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie als Partei ist nach ihm nicht eine Vertretung der Lohnarbeiterklasse, sondern ein bunter, zusammengelaufener Heerhaufen von verärgerten Beamten, demokratischen Sozialreformern, klassenlosen Ideologen, sozialen Revolutionären, blutigen Barrikadenkämpfern und Nihilisten.

Die gegen die Artikelserie Brunhubers gerichteten Aufsätze Eduard Bernsteins hat der rührige Münchener Parteiverlag Birk & Co. gleichfalls in Buchform erscheinen lassen. Sie führen den Titel *Die heutige Sozialdemokratie in Theorie und Praxis* und verbreiten sich über die materialistische Geschichtsauffassung, über die Konzentrationstheorie und Verelendungstheorie, über die Wert- und Mehrwerttheorie, über die Marxsche Krisenlehre und die Zusam-

menbruchstheorie. Mit besonderem Nachdruck unterstreicht Bernstein in dieser Schrift den proletarischen Klassencharakter der Sozialdemokratie. Träger einer radikalen Enteignungspolitik kann nur eine Partei sein, die sich auf die Klasse stützt, die aus ihren Lebensbedingungen heraus mit Notwendigkeit dem Interesse des ruhenden Besitzes und aller Besitz- und Geburtsprivilegien das Recht der Arbeit als einziges legitimes Recht gegenüberstellt. Aus dieser Erkenntnis heraus ist die Sozialdemokratie Klassenpartei der Lohnarbeiterschaft.

×

Neuausgaben In der Sammlung *Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik*, herausgegeben von Professor Georg Adler, /Leipzig, Hirschfeld/ ist *Das Eigentum* von William Godwin erschienen. Das anarchistische Ideal, eine Gesellschaftsform ohne Regierung, spricht Godwin in dieser Schrift klar aus. Der Zeitpunkt, der der Herschaft des Zwanges und der Strafe ein Ende bereiten soll, steht nach Godwin im innigsten Zusammenhang mit der Tatsache, dass die Grundsätze der Gerechtigkeit und Billigkeit auch in Bezug auf das Eigentum zur Anwendung gelangt sind. Godwin zieht gegen das ausbeuterische Eigentum zu Felde, lässt jedoch das Eigentum, das jedem seine Unabhängigkeit gewährleistet, fortbestehen. Die gleiche Sammlung brachte einen Auszug des Werkes von Charles Hall *Die Wirkungen der Zivilisation* heraus. Hall erhebt in seiner Schrift die Forderung: Kein Geschöpf darf von dem Besitz eines Teiles der Erde abgeschnitten werden! Und deshalb legt er sich für eine Besitzergreifung des Grund und Bodens durch den Staat und für eine Verteilung dieses Bodens unter alle Familien ein. Der arme Mann produziert nach Hall durch seine Arbeit fast alles, was der Reiche isst, trinkt und anzieht, kurz alles, was dieser hat oder geniesst. Vermittelst seines Reichtums gibt ein kleiner Teil des Volkes Gesetze ohne Mitwirkung des Volkes, Gesetze, die aber das ganze Volk binden. Der Gesetzgebung haftet ein Klassencharakter an, die das Eigentum sichernden Gesetze »sind bei den meisten Nationen von der grössten Strenge«.

×

Kurze Chronik In der *Zeitschrift für Sozialwissenschaft* wird in einem Aufsatz Dr. Alex Langs *Franz Reuleaux und die Maschinenwissenschaft* der verstorbene Polytechniker als Begründer und Hauptvertreter der Systematik der Maschinenlehre gefeiert, der diese Lehre auf ein philosophisches Niveau erhob und ihr die Anerkennung im deutschen Geistesleben errang. × Die *International Socialist Review* bringt eine beachtenswerte Studie über die Arbeitswerttheorie im Lichte der neuen wissenschaftlichen Kritik. PAUL KAMPFFMEYER

KUNST

Bildende Kunst

Unger Die Dezemberausstellungen waren in Berlin reichhaltig. Naturalistisches und Phantastisches führten sie vor in bunter Folge. In den Sachen von Unger, die dieser Richtung angehören, vermissten wir ein lebendiges Naturgefühl; und wieder sind sie zu klein gesehen, zu hart und roh in der Farbe, um dekorativ wirken zu können. In solcher Nähe übte ein Bild von Zügel, der mit seiner allzureichlichen Verwendung von Preussisch Blau neben Einseitigkeiten der Auffassung sonst und in grösserer Anzahl vorgeführt, leicht ermüdet, eine willkommene Anregung durch die saftige Behandlung des Tierkörpers. Denn Unger gehört in der Tat zu jenen, die einen schädigenden Einfluss Böcklins erfahren haben, indem er Böcklin in der Wahl aussergewöhnlicher Motive, nicht aber in der Gründlichkeit des Naturstudiums folgte.

×

Levier In diesem Münchener Künstler lernen wir einen Porträtisten kennen, der eine gewisse Begabung in nicht sympathischen Allüren allzulaut vorträgt. Er schreibt die Handschrift eines, der jahrelang als Karikaturist an Witzblättern zweiten Grades gewirkt haben könnte und so gewohnt ist, im Superlativ zu reden. Daher ist die Pose seiner meist grell aufgedonnerten Damen so herausfordernd, wie seine Farbe schreiend; vor allem, wenn es sich um Schwarz, Grün, Rot handelt. Auf anderm wieder ist das Weiss so kalkig und mehlig, dass das Gegenständliche leblos wird. Diese Nachteile bemerkten wir weniger in einem Damenbildnis, in dem das Weiss durch zu Grau gedämpftes Schwarz in der Bluse und durch ein Lila im Hut zugleich belebt und beruhigt schien. Und auch in der Komposition wirkte dieses Porträt weniger aufdringlich, zeigte

weniger tote Stellen, als die übrigen, in denen die Fleischpartieen meist dieser Art waren, während das Porträt eines Herrn im Reitanzug allzu skrupellos à la Velasquez angefertigt war.

× ×

Brandenburg Martin Brandenburg, Mitglied der *Sezession*, gehört zu jenen jungen Künstlern, die sich nicht mit der Wiedergabe von farbigen Natureindrücken begnügen und zur Ideenkunst fortschreiten möchten. Leider überzeugen seine Versuche wenig. Entweder ist dieser Umstand ein erneuter Beweis dafür, dass unsere Zeit keine Begabungen hervorbringt, die auf diesem Gebiet produktiv sein können, oder aber dafür, dass sich tatsächlich heute nur die schwächeren an derartiges wagen, wo doch nur technische Meisterschaft, ein durchaus persönlicher, ja monumentaler Ausdruck der Linie, kurzum das vollendete Beherrschen der Form, Anwartschaft auf Erfolg hätte. So sind die Kohlezeichnungen *Danaiden* und *Erinnerung* von Doréscher Theatralik und verhältnismässig weichlich in der Form und nicht einfach genug in der Komposition, während wir ihnen den herben und klar gliedernden Strich eines Rethel wünschten. Aber diese beiden Blätter gehören noch zum Besten. Fade wird der Künstler meist im Landschaftlichen und wenn die Farbe hinzutritt, weshalb die kraftlose Buntheit seinem *Orpheus* alle Schaurigkeit nimmt; man glaubt in eine Theatermenagerie zu schauen, so kläglich wimmern die Bestien dieser Unterwelt. Das umfangreiche Bild *Das hohe Lied*, in dem versucht wurde, impressionistisch eine Seestimmung wiederzugeben, ist nicht fein genug in der Beobachtung, um wahr in der Farbe und somit lebendig in der Naturwirkung zu sein; die Naturwahrheit ist in diesem Bilde, bei allem Streben, das *Licht* darzustellen, nur eine scheinbare, was durch nichts deutlicher wird, als dass die die Sonne tragende Wolkenbank viel zu nahe gerückt ist. Das Bild *Waldesstille*, in dem das Echo als schwebende Gestalt in einem Baume hängt, entstand zweifelsohne aus einer schönen Empfindung, vermag aber diese nicht entsprechend wiederzugeben; einem Schwind wäre dies gelungen.

× ×

Volkmann An der Wand gegenüber hingen 12 Bilder des Karlsruher Landschafters Hans von Volkmann. Er ist eine der stärkeren Begabungen dieser im Charakter ausgesprochenen Schule. Es ist eine ehrliche Kunst, die sich hier bietet. Wenn auch nicht besonders im Kolorit, da der Maler sich auf wenige Nuancen eines stumpfen Braun und Grün beschränkt, so reichen die Mittel doch aus, einen gut gewählten Landschaftsausschnitt empfindungsvoll wiederzugeben. Wie die gebirgige Heimat des Künstlers und seine Anlage es mit sich bringen, liebt er meist Fernblicke mit von Wald spärlich umsäumten Hügeln: das Motiv hilft also nach bei einem, dessen stärkere Seite die Farbe nicht ist. Das schönste der 12 Bilder war wohl der *Bauer mit pflügendem Ochsengespann*. Und die Grenze der Begabung des Künstlers zeigte sich nirgends deutlicher, als in der Behandlung des Himmels, der auf allen Bildern nüchtern und unpersönlich wirkte, weil zu seiner Wiedergabe weder die graphische, noch die koloristische Fähigkeit Volkmanns ausreicht.

× ×

Conz Kommt man nach derartigen Veranstaltungen in den Salon Cassirer, so erlebt das Auge stets eine wohltuende Steigerung der malerischen Genüsse; hat Paul Cassierer sich nun selbst von den jüngeren Karlsruhern den entschieden besten ausgesucht, dessen beinahe schüchterne Art freilich in der Victoriastrasse recht ungewohnt wirkt. Manches in diesen Bildern lässt darauf schliessen, dass der Maler Einflüsse von Thoma erfuhr, doch nicht im üblen Sinne, denn er hat sich sein Wesen, dem eine Weichlichkeit nicht abzusprechen ist, gewahrt. Was ihn von den übrigen Karlsruhern und von Thoma unterscheidet, ist, dass er dem Athmosphärischen mehr nachgeht; dadurch erscheinen die grossen lokalen Farben, in denen er ein dünnes Grün bevorzugt, erfrischt und belebt und in den möglichen Kräftelagen gegeneinander gestellt. Eine stärkere Eigenart besitzt Conz nicht, doch scheint er klug mit dem Seinen zu rechnen; es ist viel Bewusstsein in diesen Bildern und eine gewisse Komposition des Beleuchtungseffektes oder mindestens eine geschickte Durchführung des einmal gewählten, meist zusammengesetzten Momentes. So legt er eine nicht geringe Sorgfalt auf die Beobachtung des Himmels und seine Wolkenbildung, die dann in Form und Farbe nicht nur dem Ganzen entspricht, auch den Eindruck steigert. An Thoma erinnert er verhältnismässig dort,

wo er die Zeichnung der Bäume durch einen schwarzen Kontur zu heben sucht. In der Wahl des Motivs ist er geschickt und weniger rustikal, als die übrigen Karlsruher; es ist etwas Städtisches in ihm, und er neigt zum Parkbild. Vielleicht ist sogar etwas *Professorales* ihm eigen, und es zeigt sich am klarsten in einigen sehr gewandten Holzschnitten und Radierungen des Künstlers.

× ×

Leistikow Im grossen Oberlichtsaal hing Leistikow, nach Conz wirkt er frisch und natürlich reicher, als dieser; ich aber beging die Unvorsichtigkeit, mich von den Farbenwundern van Goghs in den nächsten Saal reissen zu lassen, und als ich zurückkam, war es mir unmöglich, mein Auge wieder auf Leistikow einzustellen, um ihm gerecht zu werden. Und ich würde ihm ohne Frage unrecht tun, urteilte ich danach, wie er n a c h van Gogh auf mich wirkte. Im Bedürfnis nach bildmässiger Wirkung des Motivs ist Leistikow dem Karlsruher verwandt, ja er neigt zur Silhouette. Doch bei aller gegen Conz auffallenden Gewandtheit und Überlegenheit scheint Leistikows Handschrift nun doch nachgerade eine ausgeschriebene, so dass er selbst dazu verführt, unkünstlerisch zu denken, indem er den Betrachter auf die Neuheit des Motivs lenkt und ihn durch dieses reizt; das ist für des Künstlers Kraft, dessen Entwickelung ja stets etwas von der *Treibhauszucht* eignete, nicht eben ein Vorzug. Ein wirklich produktiver Kopf im Sinne des modernen Kolorismus war Leistikow ja wohl nie, und seine im Grunde nicht umfangreiche Begabung unterscheidet sich von der ähnlicher Maler nur durch eine straffere Schulung im Sinne des formalen Strebens nach Einfachheit. Es sollte einen daher wirklich wundern, nähme ein guter Bürger an diesen Landschaften, denen der *revolutionäre* Zug so vollständig fehlt, noch Anstoss. Aber vielleicht bin ich in diesem Augenblick für Leistikow schon verdorben, weil im Nebensaale der Hexenmeister van Gogh mit seiner Teufelszunge lockt und ich folgen muss.

× ×

Gogh Die Wirkung Leistikows lag darin, dass der Künstler den Farbenton einer Stimmung sicher traf, aber in einer nicht feinen Vereinfachung; sie ist eine Art malerischer Stenographie. Daher erleben wir den ganzen Unterschied, der sich etwa zwischen der Maschinenschrift und einer durch Persönlichkeit geadelten Handschrift auftut, nach Leistikow vor den Bildern des van Gogh. In diesen Bildern bestürmt uns eine Einfachheit, die letzte, die sich denken lässt, nicht die des Notizbuches, nicht die des Rezeptes; die Einfachheit der Ekstase. Diese Bilder sind in trunkener Begeisterung gemalt, wie in einem heiligen Zorn, der Dinge Herr zu werden, die im Augenblick den Künstler erregten; waren es nun die sich schneidenden Linien eines Bahnviaduktes, die Zellen eines Hospitals oder einige mit Kindersinn erfasste Schifflein am Strand. Die aussergewöhnliche Wirkung beruht darin, dass ein Mensch, der die ganze malerische Kultur der Grössten seiner Zeit im Blute hatte, wieder beginnt, mit den Augen eines Kindes zu sehen; daher sind diese Bilder so eminent *richtig*, das heisst in den Valeurs, und zugleich so gross im Eindruck durch das kindliche, das heisst rücksichtslose Übersehen alles dessen, was im Augenblick nicht zur Sache gehört. Vielleicht, dass in der Tat die geistige Erkrankung des Künstlers nur diesen Grad der Unbekümmertheit ermöglichen konnte; denn bei allen jenen, die ihn mit mehr Absicht oder aus Unvermögen erzielen, wird er nicht ergänzt durch jene eminente Tonsicherheit der Koloristik. Die Kunst van Goghs ist somit wirklich eine raffinierte und primitive zugleich, gewissermassen die eines Urgenies, das gewaltige Impulse dichtet, voll sonorer Klangschönheit der Strophen, aber nicht immer grammatikalisch. Ausführlicher zu werden, bedarf es an dieser Stelle nicht, nachdem die Leser den in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte* (pag. 145 ff.) veröffentlichten Essay Meier-Graefes über den Künstler kennen.

× ×

Hermann Wollte man gegen diese Kunst einen Einwand machen, so könnte er derart sein, dass der Künstler ein wenig einseitig in der Farbenskala arbeite: das gleiche stechende Grün, Rot und Violett, die chemisch wirken und nicht durchs Gefühl individualisiert, kehren wieder; es liegt im Prinzip des Künstlers, der sich dem Farbenschema des Neoimpressionismus anschloss. Das verleiht im weiteren der Landschaft ein Lebloses, Stillebenhaftes. Ganz ausgezeichnet ist Hermann denn auch im Stillleben; ein vollendeter Beherrscher des Stoffes. Mit ungemein

sicherem Geschmack wählt er das Motiv und arrangiert die wenigen Kleinigkeiten, umreisst mit einem einzigen Pinselstrich den Kontur und scheint wie aus einem still glimmenden Funken das Feuer seiner Farben zu schlagen, so entzünden und steigen die isolierten einander. Es ist die dunkelblaue Klematis, die wie ein grosser Schmetterling über dem opalisierenden Tisch hinflattert, eins der schönsten Stücke. Reizend auch ist die Wahl des Motivs, da rote Päonien durchs Gitter drängen. Der Landschaft aber bekommt, wie gesagt, das Farbenprinzip Hermanns nicht; sie wirkt, sofern es sich nicht in der Hauptsache um Blumen in ihr handelt — also um ein vergrössertes Stilleben — sogar manchmal körperlos und zu eng im Rahmen. Der Stillebenmaler kann eben nicht aus seiner Haut. Seine Kunst hat etwas vom mechanischen Experiment, aber vom gelungenen, vollendet wirkenden. Das schadet nicht, solange sich's um Stoffe handelt, deren innere Beziehungen zu einander und zum Menschen so geringe sind, dass sie eine derartige mechanische Lösung vertragen. So ist denn auf diesem engen Gebiet Hermann, als Feuerwerker des Geschmacks, ein Meister, und wir wollen uns zufrieden geben.

× ×

Liljefors Dem Salon Schulte glaubte ich im Herbst eine gute Note ausstellen zu können, wegen seines geschmackvoll dekorierten Böcklin-Saales; er ist wieder rückfällig geworden. Er hat eine schlimme Ausstellung von Marinebildern des Malers Stöwer veranstaltet, und den Saal so gehalten, als handele es sich um einen wichtigen Gedenktag aus der preussischen Geschichte. Dahinter aber gelangte man zu guten Bildern des schwedischen Tiermalers Liljefors. Schon manchem fiel es auf, dass es heute kaum gute Tiermaler gibt, aber nicht der Grund, der doch ein naheliegender ist, fiel diesen auf: das Tierbild als Malerei — nicht als Plastik — ist der heutigen Naturanschauung entgegen, denn es bedingt Eindringlichkeit und Durchführung, würde sich durch eine solche aber in Widerspruch zur landschaftlichen Umgebung setzen. Das Tierbild steht, ästhetisch betrachtet, auf einer Höhe mit dem Stilleben, das heisst, es bedarf einer schärferen Kenntlichmachung des Gegenstandes, weil die seelischen Beziehungen zu gering sind, als dass auf diese Deutlichkeit verzichtet werden könnte. Die alten Holländer verstanden breit zu malen, unterliessen dies aber im Stilleben und im Tierbild. Dies hat auch Liljefors als scharfer Tiercharakteristiker wohl empfunden, denn er behandelt die kleineren Tiere sehr eingehend und erlaubt sich nur bei den grösseren, den Adlern, einen breiten Strich. Aber er scheint die Dissonanz nicht empfunden zu haben, die dadurch zwischen Tier und Landschaft entstand. Der Naturalismus der Landschaft stört beinahe, und man hat die Empfindung, als müssten derartige Tierkompositionen aus dem Kopf gemalt werden, damit keine störenden Gegensätze entstehen. Denn in diesen Landschaften wirken die Tiere mehr als Staffage, eine Folge der malerischen Naturanschauung. Soll das Tier in seinem Wesen erfasst und dargestellt werden, so muss ihm die ganze Umgebung untergeordnet werden; dies ist aber bei der modernen Landschaftsauffassung unmöglich, hier ordnet man das Tier der Landschaft unter. So verschwindet es naturgemäss auch bei Liljefors teils allzusehr, oder aber es wirkt, und gerade dort, wo es vollends untergeordnet war, wie ein Scherz, wenn man es plötzlich entdeckt; etwa, wie auf dem Theater ein lebendiges Huhn wirken würde. Als Kolorist ist Liljefors ungleichwertig. Sympathisch sind eigentlich nur seine graubraunen Töne; das Grün liegt ihm nicht. Was die Tiere speziell betrifft, so scheinen die Vögel seine Stärke zu sein, sie sind sehr fein in der Bewegung und im Charakter erfasst. Die vorhin erwähnten Fehler der Verhältnisse sind allein in den *Adlern* vermieden, weil in diesen Bildern die Landschaft Nebensache ist und das Tier im Vordergrunde der Darstellung steht, während der im Waldesdickicht auf ein Eichhorn stossende Habicht diesen Fehler derartig kompliziert, dass weder Tier, noch Landschaft zum Ausdruck kommt.

× ×

Englische Landschafter Der Kunstsalon von Gurlitt hatte einige gute ältere englische Maler ausgestellt und einige weniger gute neuere. Dem Ruhme G a i n s b o r o u g h s und C o n s t a b l e s ist nichts hinzuzufügen. Man weiss, dass diese beiden Künstler, vor allen aber der Landschafter Constable, der neueren europäischen Kunst Pate stand. In Gainsborough wirkt noch ein wenig das alte Holland nach, Constable ist der moderne Geist; man riecht den Wald und fühlt die Luft vor seinen Bildern. Aus der engen Farbenskala des

Braun geht er heraus ins wirklich Farbige; wird atmosphärisch. Bei Gurlitt war Constable Gainsborough schon aus dem Grunde voran, weil die von ihm ausgestellten Sachen für ihn charakteristischer waren, als die jenes für diesen. Constable kann man am deutlichsten in der Skizze erkennen, mit Gainsborough ist es noch umgekehrt; er spricht durch die grosse Silhouette herrlicher Baumgruppen, und wer solche Bilder von ihm in London sah, wird ihn stets lieben als einen feinen Geist der Kultur des XVIII. Jahrhunderts, der die neue Zeit erst ahnte. Constable ist diese neue Zeit selbst. Nicht mehr sucht er das lauschige Dunkel des Waldes, über seinem Haupt jagt der Sturm und eilen die Wolken. So ist der Himmel auf seinen Werken das Lebendigste, er sah ihn in all' den Formationen und Farben, die die folgenden Geschlechter lieben und malen sollten. Der Zeitgenosse Morland ist weicher, geht der Natur nicht so scharf zu Leibe, aber ist ihr doch schon näher, als die Vorgänger; in der Farbe ist er nicht so rein. Müller und Old Crome gehen ähnliche Wege. Die Neuen, besonders Priestman und East, sind weichlich, ihre Farbe scheint verblasen; Peppercorn ist in einem Sturmbild ein wenig formlos, und Wynford Dewkurst folgt mit geringem Können Monets Bahnen. Seinen auf Violett gestimmten allzu einseitigen Tönen fehlt es an Lebendigkeit und formender Kraft.

× ×

Kurze Chronik Die Herzogin von Villa-Hermermosa schenkte zwei Bilder des Velasquez dem Madrider *Prado.* × Die königliche Gemäldegalerie zu Berlin hatte verschiedene Neuerwerbungen zu verzeichnen: einen Murillo, *Anbetung der Hirten,* eine Landschaft des englischen Malers Richard Wilson, ein Selbstporträt des Reynolds. Die Skulpturenabteilung erhielt gleichfalls eine Bereicherung durch eine bemalte Holzstatuette *Heiliger Georg,* eine süddeutsche Arbeit aus dem Anfang des XV. Jahrhunderts, und durch eine Portallünette aus glasiertem Ton des Luca della Robbia um 1450. Die Münzkabinette und die ägyptische Abteilung erhielten auch einen Zuwachs.

× ×

Literatur Im Verlage von Fischer & Franke in Düsseldorf erschien zum wohlfeilen Preise von 6 M. das reichillustrierte *Jahrbuch der bildenden Kunst,* das in gediegenen Aufsätzen an der Hand der Illustrationen den Kunstfreund über die reiche Produktion des abgelaufenen Jahres im Zusammenhange unterrichtet und noch vieles andere Wissenswerte enthält. × Aus der *Deutschen Kunst und Dekoration* sei auf den Aufsatz *Künstlerische Maschinenarbeit* hingewiesen, der eine aktuelle Frage behandelt und an der Hand vieler Reproduktionen nach Riemerschmidschen Einrichtungen, die Tätigkeit der *Dresdener Werkstätten* erläutert. × Eingehender noch ist Riemerschmids Möbelkunst in dem geschmackvollen Januarheft der bei Koch erscheinenden *Innendekoration* behandelt. × Der *Kunstwart* selbst macht eine Schwenkung; er liess sich über die von Meier-Graefe angeregten Fragen einen umfangreichen Aufsatz von Karl Scheffler schreiben. Manches darin ist anfechtbar. Aber dass der *Kunstwart* zu dem Resultat kommt, es sei mit dem Begriff *deutsch* in der Kunst häufig Missbrauch getrieben worden, und dass der moderne Deutsche das Wesen des Malerischen erst einmal begreifen müsse, ist ein gutes Zeichen. Die Unterschätzung einer guten Malerei und die Überschätzung irgend einer gespreizten Anekdote muss endlich aufhören, wobei wir freilich unseren Grossen ihren Ruhm unverkürzt lassen wollen.

RUDOLF KLEIN

Dichtkunst

Erzählungen Wie sehr die jüngste Seelenforschung des kleinen Experimentes müde geworden ist, zeigen die letzten Veröffentlichungen der Berliner *Psychologischen Gesellschaft,* in denen Richard Baerwald nichts Geringeres unternimmt, als die *psychologischen Faktoren des modernen Zeitgeistes* auszumessen. Er will nachweisen, dass in der künstlerischen Betätigung die Gegenwart das koloristisch-melodische Element bevorzuge, das heisst, dass die Färbung der Kunstinhalte, ihr Abschattieren in Bezug auf die Welt der Gedanken und Empfindungen überwiege im Vergleich zum zeichnerisch-rhythmischen Geistesweben und Geistesempfangen der Goetheschen Epoche. Leider kann an dieser Stelle nicht das mannigfach Kluge, auch Irrtümliche und willkürlich Gedeutete der Abhandlung dargelegt werden, die als einen wirklichen Zug des modernen Seelenbildes dessen ungeheuren, mosaikbunten Farbenreichtum behauptet. Wenn es früher gelang, die Skizze eines Zeitgeistes in schnur-

gerader Einfachheit aufzuweisen, so muss der gerechte Betrachter des Gegenwärtigen ein ungewöhnlich biegsamer Jongleur in Stimmungen und Ideen sein.

Der Dichter nun, weit glücklicher, als der Rezensent, weil er nicht den Riesenumfang alles Erzeugten ausforschen muss, sondern bloss die kleine Welt der paar Menschen, die ihm ans Herz wuchsen, darf mit dilettantischer Ungerechtigkeit ein Fünklein der Zeitsehnsucht als seinen Leitstern vergöttern. Ist er nur im stande, dem Kunstfreunde vorzugaukeln, alle Sonnenkraft strahle aus diesem Licht, dann hat er mit seinem Werk genug getan. Unter solchem Gesichtspunkt ist Gustav Frenssens neuster Roman *Hilligenlei* /Berlin, Grote/ ein wirklich ausserordentliches Buch. Alle Parteien haben sich mit dem Sozialen, dem Ethischen der Erzählung auseinandergesetzt und hierüber fast völlig den Roman vergessen. Frenssen aber ist ein Poet, der Besseres verdient. Auch nicht eine unter seinen Gestalten ist unglaubhaft oder erklügelt. Die Alten und die Jungen, die Spitzbuben und die kerzengrad Ehrlichen, sie alle gelingen ihm. Dabei ist es merkwürdig zu sehen, wie seine Kunstform im Grund alter Stil ist. Er erzählt mit jubelnden und klagenden Zwischenrufen des Herzens, mit *Ach* und mit *Hei*. Er kennt keine Objektivität. Er sagt es rund, welchen Menschen er besonders herausstreichen will. Doch alle Überschwenglichkeit wird lobenswert durch eine Sprache, die kein literarisch erworbenes Produkt ist, sondern frische Urbegabung. Nur manchmal, wenn er das Land der Heimat aufgibt und von seinen Helden drei in Berlin Bitternis erfahren lässt, wird er mehr predigend, als darstellend, melodramatisch und unsicher. Doch auf dem weiten Meer, wo die Phantasie ausschweift, in den Watten seiner Nordsee, in den Städtchen mit den Giebelhäusern wohnt er einem Herren gleich. Alle Hilligenleier haben sich noch aus der Vergangenheit ein Stück romantischen Temperamentes bewahrt, und so scheint es beinah gut, dass ihr Schicksal nicht immer auf der Spule des leicht begreiflichen Alltags entrollt.

Wird aber von kompliziertesten Kulturmenschen erzählt, deren Nervengeschlinge in das geheimste Wirrwarr verläuft, dann sollte auch die Sprache der Geschichte nach zartest abgetönten Worten und Sätzen suchen. Sonst steht der erlesene Inhalt in zu heftigem Widerspruch mit der gewöhnlichen Technik. Daher kommt es, dass kein Leser an Hedwig Dohms *Schwanenliedern* /Berlin, S. Fischer/, recht froh werden kann. Es ist staunenswert, wie feinhörig Hedwig Dohm Gemütsvorgänge erlauscht, die nur einem ganz scharfen Ohr beredt sind. Die Unlust des Künstlers, dessen Schaffensfeuer erlischt, der zu tausend Reizmitteln greift, um Einbildung und Arbeitslust wieder anzufachen, ist solch subtiler Vorwurf, den ihr Stil nicht bewältigt. Weiter schildert sie das seelische Dämmern einer Frau, deren Tod gewiss ist, und die am Leben nicht gerade ewiges Glück erfühlt, sondern die fremdartige Freude des Menschen, der mit verzichtender Gründlichkeit sehr viel Glück zerbröckeln sieht, an diesem Erscheinen die Notwendigkeit seines Hingehens erkennt und trotz aller philosophischen Gefasstheit um das Nahen der eigenen Nacht erzittert. Dann will Hedwig Dohm den Schleier abheben vom Innern eines Armen, der zu gross ward, um durch Träume befriedigt zu sein, zu winzig, damit er die Schätze seines Sinnens der Welt beschere. Die ganze Daseinskultur des XX. Jahrhundert ist geistiges Eigentum der Verfasserin geworden. Dennoch blieb ihr Buch unmodern.

Zu bereitwilligem Beifall stimmt es, wenn ein ganzer Mensch kommt, ohne literarischen Hochmut, sondern aus hallender Gradheit sich etwas vom Herzen zu schreiben. Der amerikanische Präsident Theodore Roosevelt hat als Oberst im spanisch-amerikanischen Kriege die *rauhen Reiter* angeführt, ein Kavallerieregiment, das aus *Cowboys*, Indianern und einer bunten Schar der wildesten Existenzen bestand. Nicht erschütternde Ereignisse haben die Braven durchlebt, aber der frische und stramme Ton ihres Anführers macht jede Seite der Geschichte — deren Übersetzung bei Langen in München erschienen ist — unterhaltend und spannend.

× ×

Lebensweisheit Zu allen Zeiten des Denkens war Leibesdiät ein besonderer Gegenstand der Überlegung, vorzüglich bedeutsam jenen Männern des Ethischen, die ihre erfundene Welt zusammenstimmen wollten mit der kargen und unvollkommenen. Der Gymnosophisten Ikkos und Herodikkos geschieht bei Plato schon Erwähnung. Die indische *Bhagavad-Gitâ*, die *Sänge der Gottesoffenbarung*, geben ein ausführliches System, wie der Yogi, der aus Studium der Weisheit Ge-

bundene, seine Tage auszufüllen habe, wie er essen und ruhen soll, wie stehen und gehen; alles bis ins Schärfste erörtert. Wilhelm von Humboldt wollte deutschem Geiste das indische Breviarium des höchsten Erdenseins vermitteln. Den Zarathustra lässt Nietzsche delirieren vom »Magen, dem Vater der Trübsal«. Zu den jüngsten Aposteln solcher Dogmen gehört der Wiener Peter Altenberg, den Aufstieg unseres Lebens als *Prodromos* verkündend /Berlin, S. Fischer/. Es tut not, die Kindheit schnellstens auszurotten, kluge, mit den Fasern der Kultur verstrickte Weltkenner zu werden. Und zu diesem Zwecke hält er es für ratsam, den Vater der Trübsal vor jeder Melancholie zu schützen. In den »Melancholieen des Magens« liegt unser Gebrest. Altenberg nennt die Heilung: viel Abführmittel zur spielenden Verdauung; alles Futter federleicht. Wer so vor leisester Störung des Körperfriedens bewahrt, erfährt, wo er das rechte Weib zu finden hat; auch im Bordell, wo die Schönheit liegt; im formenden Fleische nicht, sondern im zeichnenden Skelett. Den Weisen wird kurzweilig gehandelt von den Schätzen, die sie geniessen dürfen um lumpige paar Kreuzer, zum Beispiel Pulswärmer exquisiter Qualität, Zahnpasta, in gleichem Atem bloss zu nennen mit dem Seraphischsten. Noch einer aus dem Capua der Geister wandelt in dem gleichen Lande, wo sich die Seele dann erst zur freien Sonne reckt, wenn es lau und lieblich um ihre Leibeshülle gestellt ist: der angenehme Dichter Richard Schaukal. Für Altenberg ist warmes Baden ein Gottesfest, für Schaukal eine Andacht. An lauter kleinen Stationen des täglichen Behabens, die sonst ein weniger sanft rührbarer Erdenpilgrim unbeachtet lässt, weilt er zu sinnender Rast. Ihm steigen Schatten auf und Träume, die alle seiner *Grossmutter* geweiht sind /Stuttgart, *Deutsche Verlagsanstalt*/. Sich so zu wiegen in Erinnerungen, in Hoffnungen, in scheltenden Befürchtungen und tadelnder Verurteilung der Gegenwart; ist für den Selbstbeteiligten ein stilles Freuen und kostbarer Zeitvertreib. Wenn er die Herzenssachen aber druckt und bindet, dann muss sich jede Seite des Buches voll starker Innigkeit in ein fremdes, nur am Schein beteiligtes Gemüt verschmelzen. Da Schaukal nun hastig schrieb, und offenbar nur wenig Saiten seines Gefühls ins tote Wort erklangen, kann er nicht oft bewegen. Walt Whitman kämpft gerade gegen solche weichen, vom tausendjährigen Moderduft der Zivilisation verzärtelten Empfindler, und seine Wahrheit sagt: sich wieder eines fühlen mit der strengen, nackten und nicht verkünstelten Natur, so müsse das Evangelium der neuen Welt sein (*Prosaschriften*, deutsch von O. E. Lessing /München, Piper/).

× ×

Kurze Chronik Der verehrungswerte Kritiker Ludwig Speidel ist, 75 Jahre alt, zu Wien gestorben. × Am 17. Februar waren 50 Jahre seit dem Tode Heinrich Heines verflossen. In einem seltsamen Aufruf, der in wenigen Worten Vieles sagt und nachdenklich macht, fordert Alfred Kerr auf, Geld zu sammeln und dem toten Dichter ein »Denkmal des Trotzes« zu setzen. Wird in unserm Deutschland ein Ort dafür sein, wenn auch »umfriedet . . . und doch sichtbar«?

× ×

Literatur Der grosse Glossolog und Völkerpsycholog Steinthal war bekanntlich von regster Teilnahme erfüllt auch für die Fragen seiner Zeit, und ein Liberalismus, der den Nachlebenden als verstaubt erscheinen muss, leitete den Tagesschriftsteller. Aufsätze aus dieser Tätigkeit *Über Juden und Judentum,* hie und da zerstreut, sammelt Gustav Karpeles jetzt in einem stattlichen Bande /Berlin, Poppelauer. × Über Max Kretzer schrieb Julius Erich Kloss eine Monographie /Leipzig, Elischer/, aus der leider wenig zu lernen ist. MAX HOCHDORF

DIVERSA

Bücher

Bölsche: *Naturgeheimnis* Die Stellung Wilhelm Bölsches in Kunst und Wissenschaft ist nunmehr, für die Mitwelt wenigstens, so klar umschrieben, dass es der Kritik schwer fällt, neuen Arbeiten gegenüber etwas anderes zu tun, als eventuelle Qualitätsunterschiede zu konstatieren und immer mehr den Reiz einer wunderbaren Verquickung von subjektiver und objektiver Darstellung zu geniessen, die sicher ein nicht zu unterschätzendes Moment für die grosse Verehrung ist, die Bölsche geniesst. Man empfindet bei fast allem, was Bösche uns gibt, die Wärme, die jeder eigenen persönlichen Erfahrung inne wohnt, und freut sich dann, wie dieses Einzelerleben in die weite Aussen-

welt projiziert wird, so dass es doch wieder wie ein vom Schöpfer völlig losgelöstes Kunstwerk uns entgegentritt und unser Geistesleben in ganz bestimmte Bahnen lenkt.

Das vor uns liegende, bei Diederichs in Jena erschienene Buch lässt sich aber nicht nur so einfach als eine Fortsetzung schon früher gegebener Gedanken und Bilder auffassen, sondern es erscheint wie ein Anfangsglied zu neuen Entwickelungen. Die ersten Kapitel mit teilweise köstlichen Einzelheiten, mit der packenden Schilderung aussterbender Tiergeschlechter, mit den nachdenklichen Betrachtungen über die Mneme oder das Gedächtnis im Ei, schlagen vorerst nur leise mal den Ton an, der neu erscheint, dann aber wird er stärker und bestrickender und schwillt zu einem mächtigen, unvergesslichen Klange an. Bölsche ist in Rom, und in einer einsamen Frühlingsstunde auf dem Palatin drängt sich ihm alles zusammen, was er als Forscher erkannt, als Dichter geliebt und als Mensch ersehnt hat, und er m u s s sich mit sich und allen Triebfedern seines heutigen Seins auseinandersetzen. Mit der Intensität des humanistisch gebildeten Deutschen e m p f i n d e t er Rom, und mit der Klarheit des Naturwissenschaftlers seziert er das, was diese Stätte als *Geschehen* in sich zusammenfasst. Ihn erschüttert »diese innere Wiederkehr der Dinge, die doch niemals auf den Todespunkt des vollkommenen Urstands zurückkehrte, sondern sich immer vertiefter, vergeistigter in eine höhere entrückt, lebendig erwies«. Als grösste Kulturmacht steigt vor ihm die Forschung auf, die immer »das Höchste an Menschtum, an Selbstlosigkeit, Hingabe, Liebe und Toleranz« war, was eine Epoche zu zeitigen vermochte. »Keine Religion hat je eine solche Forderung des selbstlosen Idealismus an alle ihre Jünger gestellt, wie die Wissenschaft.« In ihr liegt auch die endgültige Rettung. »Die Weltreiche und die Weltmeinungen mochten noch weiter wechseln an dieser Stätte. Dieses Paradies des Forschers, um das er seinen Bann, sein Tabu, wie eine feine Flammenlinie, einen geistigen Feuerzauber gezogen, würden sie nie mehr fällen.«

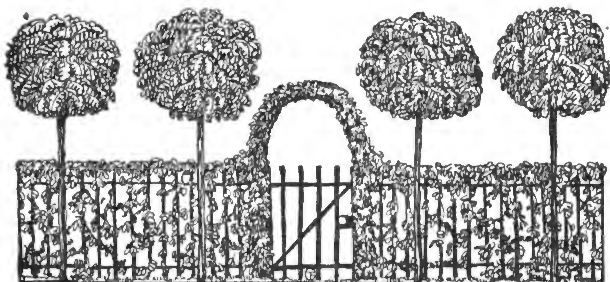
Aber Rom gibt ja noch viel mehr, als diese eine Erkenntnis, es rüttelt an allem, was die Menschheit als Glauben auf- und der Wissenschaft entgegengestellt hat, es zwingt uns, den Punkt zu suchen, wo für jeden einzelnen von uns der Herrgott und der Teufel liegt, und eine Würdigung der Bibel gerade an dieser Stelle gehört organisch in den Gedankengang hinein, wie die stolze herrliche Peterskuppel organisch zu Rom gehört. Bölsche spricht hoffnungsfroh von Tagen, die kommen werden, »wo die beiden Forderungen der Rechtsachtung und der helfenden Liebe uns Menschen so in Fleisch und Blut übergegangen sind, dass wir gar nicht mehr anders handeln können. . . Der Geist des Rechts und der Liebe wird einmal so eisern in der Menschheit sein, wie diese feine Zickzackzeichnung auf der Schuppenhaut des kleinen schwänzelnden Sauriers, die jetzt jedes junge Eidechslein vom Ei an mit auf den Weg bekommt.« Dann führt er uns zu dem wundervollen Schluss, dass nicht die Kirche, die an das Ende aller Zeiten ein Weltgericht mit Belohnung und ewiger Verdammnis gesetzt, den christlichen Gedanken zu Ende gedacht, sondern Goethe: »Der Sünder Faust wird in den Himmel aufgenommen, und es kommt niemand in die Hölle, als der Teufel selbst, das abstrakte *Böse*. . . Indem ihr jeder konkrete Raub entzogen wird, löst sich streng genommen diese Abstraktion sogar selber auf, die äusserste Konsequenz dieser vollkommenen Lösung wäre radikale Vernichtung des Bösen überhaupt, und damit die Erlösung des Teufels selbst.«

Dem stillen Denker auf dem Palatin, den jedes Bröcklein verwitterten Kalks ebenso gut, wie jedes Meisterwerk der Kunst, den die kleine grüne Eidechse ebenso, wie der Jammer und das Ringen der Eintagsfliege, Mensch, in ungemessene Weiten der Entwickelungen leitet, wird aber in dieser Weihestunde klar, was die drei Grundphänomene dessen sind, was wir unter dem Begriff *Natur* verstehen: allumfassende Gesetzmässigkeit; bewegtes Wechselspiel zwischen Gut und Schlecht, Harmonie und Disharmonie; fortschreitender Sieg der Ordnung über das Chaos, des Guten über das Schlechte in der Zeit.

Hat hier der Dichter oder der Philosoph gesprochen? Berufene mögen dazu Stellung nehmen. Für uns hat der M e n s c h, der auf der Höhe unserer Kultur steht, für all das Unbestimmte in uns, das sich für unser Geschlecht im weitesten Sinne als *Rom* zusammenschliesst, das erlösende Wort gefunden, gleichviel, ob wir es unbedingt oder nur als Wegweiser aufnehmen wollen. Und dafür sei ihm Dank!

IDA HÄNY-LUX

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLÄNDER · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. · DRUCK VON *GUTENBERG* DRUCKEREI UND VERLAG A. G. · SÄMTLICH IN BERLIN



4. HEFT / APRIL 1906

JULIUS FRÄSSDORF · DIE DEUTSCHE UNFALL- UND INVALIDENVERSICHERUNG NACH IHREN NEUESTEN RECHNUNGSERGEBNISSEN

VOR kurzem sind dem Reichstag die Ergebnisse unserer Unfall- und Invalidenversicherung in dem Jahre 1904 vorgelegt worden. Sie bieten dem Sozialpolitiker eine Fülle des Interessanten und Beachtenswerten, wovon im nachfolgenden einiges wiedergegeben und besprochen werden soll.

Beginnen wir mit der Unfallversicherung.

Die Zahl der durchschnittlich versicherten Personen betrug bei den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften und bei den Ausführungsbehörden 8 686 944, gegen das Vorjahr ein Mehr von zirka 410 000. Unter diesen Versicherten sollen sich ungefähr 1½ Millionen befinden, welche, weil teilweise auch in der Landwirtschaft beschäftigt, auch dort mitgezählt werden. Immerhin lässt die ausserordentliche Erhöhung der Zahl der in der Industrie Tätigen eine steigende Beschäftigung unserer Industrie erkennen. In der Landwirtschaft sollen durchschnittlich 11 189 071 Personen versichert sein; diese Zahl hat, da sie schon im Jahre 1895 bei der Berufsstatistik ermittelt wurde, keinen Anspruch auf Genauigkeit. Es dürften aber insgesamt zirka 18 500 000 Personen der Unfallversicherung unterliegen. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften, sowie den Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunalausführungsbehörden werden die Vollarbeiter ermittelt, indem man auf einen Versicherten 300 der festgestellten Arbeitstage auf ein Jahr rechnet. Auf diese Weise wurden 7 496 516 Vollarbeiter festgestellt, 341 810 mehr, als im Vorjahre.

Die Zahl der gemeldeten Betriebsunfälle betrug 583 965, gegen 530 507 im Vorjahre. Erstmalig zur Entschädigung kamen — im allgemeinen solche, die eine mehr als 13wöchige Erwerbsschädigung im Gefolge hatten — 137 673 Unfälle, gegen 129 375 im Jahre 1903. 3961 dieser entschädigungspflichtigen Unfälle betrafen jugendliche Personen unter 16 Jahren. Dauernd völlig er-

werbsunfähig wurden 1604 Versicherte, eine Steigerung von 66 gegen das Vorjahr. Die Zahl der dauernd erwerbsunfähigen Verletzten ist relativ fortgesetzt gefallen. Es wäre aber ein Irrtum, wollte man annehmen, dass dieses Ergebnis schärferen Massnahmen zur Verhütung von Unfällen allein zu danken sei; vielmehr hat die *praktische Rechtsprechung* der Schiedsgerichte, der Landesversicherungsämter und des Reichsversicherungsamts die Zahl der völlig Erwerbsunfähigen dauernd gesenkt, indem man die Leute immer mehr als Teilrentner deklarierte, ohne Rücksicht darauf, dass sie nach schwerem Unfall auf dem Arbeitsmarkte meist keine Arbeitsgelegenheit mehr finden.

Der Regierungsrat im Reichsversicherungsamt Dr. Klein machte im Jahre 1904 für die gewerblichen Berufsgenossenschaften folgende Angaben über die Unfallfolgen (bei 100 Verletzten):

Jahr	Erste Beurteilung (etwa ein Jahr nach der Feststellung der ersten Entschädigung)				Abgeschlossene Beurteilung (etwa nach 4 bis 5 Jahren)			
	Tod	Dauernde Erwerbsunfähigkeit		Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit	Tod	Dauernde Erwerbsunfähigkeit		Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit
		völlige	teilweise			völlige	teilweise	
1886	24,91	15,92	38,88	20.29	25,89	3,50	39,65	30,96
1887	18,51	17,70	50,88	12,91	19,49	3,11	46,98	30,42
1888	15,65	10,03	54,60	19,72	16,68	3,25	50,67	29,40
1889	15,14	10,43	57,24	17,19	15,93	2,80	52,21	29,06
1890	13,62	7,08	61,01	18,29	14,22	2,30	55,63	27,85
1891	12,85	5,55	61,79	19,81	13,39	2,06	56,20	28,35
1892	11,47	5,26	63,07	20,20	12,05	2,12	56,28	29,55
1893	11,51	4,42	63,33	20,74	12,24	2,01	51,54	34,21
1894	10,48	2,61	61,06	25,85	11,04	1,85	51,81	35,30
1895	10,80	2,31	57,26	29,63	11,40	1,65	49,69	37,26
1896	10,48	1,54	52,55	35,43	11,02	1,48	47,69	39,81
1897	10,18	1,50	50,90	37,42	10,71	1,33	47,09	40,87
1898	10,28	1,20	49,79	38,73	10,77	1,24	45,96	42,03
1899	9,71	1,18	48,47	40,64	10,24	1,10	45,46	43,20
1900	9,88	1,15	47,95	41.02	.	.	.	.
1901	8,97	1,07	47,11	42,85	.	.	.	.
1902	7,98	1,06	46,61	44,35	.	.	.	.

Die Durchschnittsrente der Unfallverletzten ist fast durchweg gefallen; sie betrug auf einen entschädigungspflichtigen Unfall im Jahre 1887 237,17, 1891 189,68, 1901 150,47 und 1904 151,47 Mark. Die Zahl der im Berichtsjahre an Folgen von Betriebsunfällen Verstorbenen stieg auf 8752, das ist die höchste bisher festgestellte Zahl. Seit 1886 starben 123 322 Personen an Unfallfolgen. 36 473 wurden vollständig, 707 743 teilweise und 548 190 vorübergehend erwerbsunfähig; die innerhalb 13 Wochen Geheilten sind dabei nicht mitgezählt. Gegenwärtig beziehen neben den Hinterbliebenen Getöteter 834 815 Unfallverletzte Renten. Für Verletzte und Hinterbliebene wurden im Jahre 1904 126 641 740 Mark verausgabt. Dass die Betriebsunfälle zum grossen Teil auf nicht vorhandene oder nicht beachtete Schutzeinrichtungen zurückzuführen sind, ist allgemein bekannt. Es ist geradezu unverständlich, auch vom wirtschaftlichen Standpunkt der Genossenschaften aus, dass diese nicht viel mehr für Unfallverhütung aufwenden; denn nichts kann für sie rentabler sein, als die Unfallverhütung. Aber freilich, die Unternehmer sollen durch die Kontrollbeamten nicht *überlaufen,* nicht *belästigt* werden, und um sie nicht zu

verschnupfen — andere Gründe kann man nicht einsehen — lässt man den alten Schlendrian bestehen.

60 gewerbliche Berufsgenossenschaften mit zirka 600 000 Betrieben und den vielen Hoch- und Tiefbauten haben 235 technische Aufsichtsbeamte, und bei der gesamten Landwirtschaft mit 11 189 000 Versicherten sind ganze 11 Aufsichtsbeamte tätig. Da ist es nicht verwunderlich, dass bei der relativ weniger gefährlichen Landwirtschaft die Unfallziffern steigen und prozentual denen in der Industrie immer näher kommen. Diese technischen Beamten sind ausserdem noch zu einem wesentlichen Teile mit der Kontrolle der Rentner zum Zwecke der Rentenherabsetzung und mit der Revision der Lohnbücher beschäftigt. Daraus ist zu ersehen, dass die scharfe Rüge, die Graf Posadowsky im Winter 1903-1904 den Genossenschaften, besonders den Baugewerksberufsgenossenschaften, wegen ungenügender Kontrolle der Betriebe erteilte, sehr wenig Wirkung hatte. Die Unternehmer fassten die Sache anscheinend mehr als Theaterdonner auf. Eine durchgreifende erfolgreiche Unfallverhütung wird sich nur dann erzielen lassen, wenn unabhängige Arbeiter an der Betriebs- und Bautenkontrolle umfangreich beteiligt sind. Freilich, wo bliebe da der *Herr im eigenen Hause*?

Zu bemängeln ist auch, dass die Berufsgenossenschaften nicht bereits vor Ablauf der 13. Woche die Behandlung der Unfallverletzten viel häufiger übernehmen und aus ihren viel grösseren Mitteln deren sachgemässere Behandlung herbeiführen, als sie vielen, besonders kleinen Krankenkassen, zu leisten möglich ist. Hier versagen die Berufsgenossenschaften leider meist zu ihrem Schaden und besonders zu dem der Versicherten. Wenn in den Genossenschaften Arbeitervertreter bei Gewährung von Heilbehandlung und Festsetzung der Renten mitwirkten, würde nach dieser Hinsicht vieles besser sein, und die berechtigten Klagen würden mehr und mehr zurückgehen.

Die Unfalluntersuchungen und Feststellungen der Entschädigungen erforderten 4 067 261 Mark. Hierunter fallen die sehr reichlichen Arzthonorare für Untersuchungen bei Rentenherabsetzungen und dergleichen. Das Streitverfahren vor den Schiedsgerichten verursachte 1 758 083, das vor dem Reichsversicherungsamt 27 730 Mark Kosten. Für Überwachung der Betriebe, Erlass von Unfallverhütungsvorschriften und Rettung Verunglückter wurden 1 135 126 Mark ausgegeben: eine lächerlich kleine Summe im Verhältnis zum Umfange der Versicherung. Von dem Rechte, Verletzte mit ihrer Zustimmung in einem Invalidenhaus oder dergleichen unterzubringen, ist nur sehr wenig Gebrauch gemacht worden. Für 14 Personen wurden zu diesem Zwecke 2810 Mark verausgabt. Wenig erfreulich ist es auch, dass 2945 inländische Rentenempfänger sich mit einem Betrage von 1 041 248 Mark für alle Zeiten abfinden liessen. Das kann bekanntlich nur unter Zustimmung der Verletzten bei Renten bis zu 15 % geschehen. Die abgefundenen Rentenempfänger haben nie wieder, auch bei Verschlimmerungen nicht, Anspruch auf Rente.

Die Lohnsumme, welche der Unfallversicherung zu Grunde liegt, ist nur bei den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften festzustellen. Sie beträgt dort bei 6 868 496 Vollarbeitern 6 538 304 011 Mark, oder pro Kopf 951,93 Mark. Freiherr von Rheinbaben hätte also, wie man sieht, keinen Grund, die Lage der Arbeiter so rosig darzustellen. Dabei ist aber zu bemerken, dass einerseits der Betrag, den ein Versicherter über 1500 Mark pro Jahr verdient, nur

mit einem Drittel in Anrechnung gebracht ist, andererseits freilich die Löhne jugendlicher Versicherter oder schwacher Personen mit dem ortsüblichen Tagelohn erwachsener Arbeiter respektive Arbeiterinnen in Ansatz gebracht sind. Bei der Land- und Forstwirtschaft werden der Versicherung fixierte Jahresarbeitsverdienste zu Grunde gelegt, die für männliche erwachsene Personen bis auf 300 Mark und für weibliche erwachsene Arbeiterinnen auf 180 Mark heruntergehen, oder auf 1 Mark respektive 60 Pfennig pro Tag. Wenn in solchen Fällen Versicherte durch Unfall vollständig erwerbsunfähig werden, so erhalten sie eine Jahresrente von 200 respektive 120 Mark. Unter diesen Umständen zeugt es sicher nicht von sozialpolitischem Verständnis, wenn, wie dies im preussischen Abgeordnetenhause geschehen, Konservative, Liberale und Klerikale die Teilrenten bis 20 % ganz in Wegfall gebracht sehen wollen. Im Reichstage freilich behält man solche Pläne — obwohl sie auch dort vorhanden sind — vorsichtigerweise mehr für sich.

Die Klagen der Unternehmer über die angeblich unerschwinglichen Lasten sind ganz unangebracht. Der Direktor des reichsstatistischen Amts Dr. Zacher sagte im Jahre 1904: »Für die Unfallversicherung berechnet sich der Beitrag nach dem Prämiendurchschnittsverfahren im Gewerbe auf 12,36 Mark, in der Landwirtschaft auf 2,54 Mark und im Durchschnitt auf 6,08 Mark für jeden Versicherten. Die Beitragslasten der gesamten Arbeiterversicherung im Jahresdurchschnitt stellen sich, wie folgt:

Art der Versicherung	Arbeitgeber Mark	Arbeitnehmer Mark	Reich Mark	Zusammen Mark
Krankenversicherung	5,15	10,30	—	15,45
Unfallversicherung	6,08	—	—	6,08
Invalidenversicherung	4,65	4,65	2,88	12,18
zusammen	15,88	14,95	2,88	33,71«

Bei durchschnittlich 300 Arbeitstagen bezahlt hiernach der Arbeitgeber für einen Beschäftigten jährlich 15,88 Mark oder pro Tag zirka 5,3 Pfennig. Natürlich fällt und steigt dieser Betrag, je nachdem die Beschäftigten an den Versicherungszweigen beteiligt sind und nach der Gefahr des Betriebes und der Höhe des Lohnes. Die Lasten der Arbeiterversicherung sind also keineswegs für die Unternehmer besonders drückend, dagegen sind diese von der Haftpflicht befreit, die vorher für den einzelnen allerdings sehr fühlbar war. Übrigens, soweit die Sozialreform die Lage der Arbeiter hebt, kommt das auch den Unternehmern zu gute. Haben doch zum Beispiel selbst die Unternehmer der chemischen Industrie es direkt zugegeben, dass ihnen die Eroberung des Weltmarktes nur möglich wurde — nach Einführung der Arbeiterversicherung.

Wenden wir uns jetzt zur Invalidenversicherung.

Die Zahl der Versicherten lässt sich hier nicht genau feststellen, nur die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge lässt einen Schluss darüber zu. Es dürfte danach zirka 14 000 000 Versicherte geben. Als Träger der Versicherungen dienen 31 Versicherungsanstalten und 9 Kasseneinrichtungen, welch letztere für Eisenbahn- und Bergwerksbetriebe errichtet respektive zugelassen sind. Im Jahre 1904 wurden 596 463 642 Wochenbeiträge entrichtet, das sind 21 125 619 mehr, als im Vorjahre. 1903 war aber schon eine Steigerung von

24 118 395 zu verzeichnen. Auch hier lässt die fortgesetzte Steigerung auf eine Besserung des Arbeitsmarktes schliessen.

Die Versicherten sind nach Lohnklassen eingeteilt; bis zu 350 Mark Jahresarbeitsverdienst gehören sie der ersten, bis zu 550 Mark der zweiten, bis zu 850 Mark der dritten, bis zu 1150 Mark der vierten und darüber hinaus der fünften Klasse an. Die höheren Lohnklassen zeigten in den verflossenen Jahren eine andauernde steigende Tendenz. Von den Beitragseinnahmen fielen 1904 bei den Versicherungsanstalten 7,98 auf die erste, 26,26 auf die zweite, 25,68 auf die dritte, 22,08 auf die vierte und 18,00 auf die fünfte Klasse. Letztere war im Jahre 1900 noch mit 11,59 festzustellen. Bei den Kasseneinrichtungen der Bahn- und Bergwerksbetriebe, wo relativ viel mehr grossjährige und männliche Arbeiter versichert sind, bringt die fünfte, die höchste Beitragsklasse 54,23 der Beitragseinnahmen. Von 1000 Wochenbeiträgen kommen bei den Versicherungsanstalten 119, bei den Bahn- und Bergwerksbetrieben 458 auf die fünfte Klasse. Der Durchschnittsbeitrag betrug 1904 bei den Versicherungsanstalten 23,79 Pfennig, bei den Bahn- und Bergwerksbetrieben 30,07 Pfennig, gegen 22,55 respektive 29,89 Pfennig im Jahre 1900. Die niedrigsten Beiträge hat die Versicherungsanstalt Niederbayern, ihr folgen Mecklenburg, Ostpreussen und Oberpfalz. An Beiträgen wurde im Jahre 1904 vereinnahmt 154 087 799 Mark; dazu kamen 37 042 214 Mark an Zinsen und zirka 260 000 Mark an Strafgeldern. Der Zinsertrag ist durchschnittlich 3,54, gegen 3.67 im Jahre 1891. Abgesehen von den Kursdifferenzen belief sich somit die Reineinnahme auf zirka 181 390 000 Mark. Das Vermögen beträgt ohne Inventar 1 160 405 468 Mark, während im Jahre 1903 ein solches von 1 084 281 004 Mark zu verzeichnen war.

Wie steht es mit den L e i s t u n g e n? Für Renten wurden insgesamt 128 849 097 Mark verausgabt, eine Steigerung gegen das Vorjahr um 10 %. Immerhin ist ein relativer Rückgang zu konstatieren. Das Reich gewährte einen Zuschuss von 45 125 431 Mark und einen Anteil für militärische Dienstleistungen von 149 794 Mark. Die Rückerstattungen der Beiträge bei Tod, Verheiratung, schweren Betriebsunfällen erforderten 7 858 169 Mark, sie steigen zwar gegen das Vorjahr um 4 %, relativ gingen sie jedoch gegenüber den Vorjahren zurück. Bekanntlich haben wir Invalidenrenten, sogenannte *Krankenrenten* — nach 26wöchiger Erwerbsunfähigkeit — und Altersrenten. Die Krankenrenten erforderten im Berichtsjahre rund 400 000 Mark mehr. Die Altersrenten gingen an Zahl wiederum zurück: 1903 wurden 12 374, 1904 12 069 zuerkannt. Dementsprechend sank auch der dafür verausgabte Betrag um rund 1 200 000 Mark. Der Zuwachs der Rentenzahlungen kommt also ganz auf die Invalidenrenten. Nichtsdestoweniger gingen auch die bewilligten Invalidenrenten von 150 209 im Jahre 1903 auf 142 296 zurück. Daraus ersieht man, dass wir wohl in der Zahl der Rentner auf absteigender Linie sind, der Betrag der Renten durch längere Beitragsleistungen aber weiter ansteigt und ansteigen muss. Bei den im Jahre 1904 bewilligten Invalidenrenten haben wir im Durchschnitt einen Jahresbetrag von 155,13 Mark, gegen 152,27 Mark im Vorjahre. Ostpreussen hatte die niedrigste Durchschnittsrente mit 136,95 Mark, die höchste hatte der allgemeine Knappschaftsverein in Bochum mit 201,94 Mark. 1904 ist der durchschnittliche Jahresbetrag der Krankenrenten 158,87 Mark, 1903 155,94 Mark. Die durchschnittliche Altersrente, welche 1904 bewilligt wurde,

beträgt 157,18 Mark, gegen 155,38 Mark im Vorjahre. Die laufenden, früher bewilligten Renten sind alle entsprechend niedriger.

Interessant sind die folgenden Nachweise über das Alter der Alters-, Invaliden- und Krankenrentner; sie lassen erkennen, wie frühzeitig die Arbeiterschaft dahinsiecht. Auf die nebenbezeichneten Alter entfallen:

Alter zur Zeit der Rentenbewilligung	von dem gesamten Zugang an Altersrenten		von 1000	
			der Zahl	des Jahresbetrages
	Zahl	Jahresbetrag Mark	der Altersrenten	
70	9 326	1 478 925,00	773	780
71	2 171	333 523,20	180	176
72	294	43 251,00	24	23
73	110	16 645,20	9	9
74	62	9 377,40	5	5
75 bis 79	80	11 920,20	7	6
80 bis 84	18	2 504,40	1	1
85 bis 89	6	662,40	1	0
90 und mehr	2	220,80	0	0
zusammen	12 069	1 897 029,60	1 000	1 000

Alter zur Zeit der Rentenbewilligung	von dem gesamten Zugang an Invalidenrenten		von dem gesamten Zugang an Krankenrenten	
	Zahl	Jahresbetrag Mark	Zahl	Jahresbetrag Mark
20 bis 24	3 688	493 443,00	1 013	135 575,40
25 bis 29	6 247	920 108,40	1 657	247 169,40
30 bis 34	6 073	957 021,00	1 470	236 227,20
35 bis 39	6 352	1 023 207,00	1 322	216 353,40
40 bis 44	7 562	1 221 007,20	1 286	214 380,60
45 bis 49	10 014	1 615 128,60	1 255	209 724,60
50 bis 54	14 802	2 367 333,00	1 218	200 968,80
55 bis 59	20 557	3 248 989,20	774	125 992,80
60 bis 64	28 813	4 464 403,20	408	65 613,00
65 bis 69	24 907	3 803 199,00	107	17 657,40
70 und mehr Jahre	13 281	1 960 560,60	7	1 138,20
zusammen	142 296	22 074 409,20	10 517	1 670 800,80

Die folgenden Nachweise über die Rückerstattung der Beiträge zeigen uns, in welchem Alter die weiblichen Versicherten heiraten. Dass hierbei die Beiträge zurückerhoben werden, ist sehr bedauerlich; denn damit geht auch der Anspruch auf Rente, Heilbehandlung etc. verloren. Alle Agitation der Arbeiterpresse, der Arbeitervertreter und die Einwirkungen der zuständigen Behörden sind ohne Erfolg geblieben. Die Fortsetzung der Versicherung nach der Verheiratung ist sehr leicht; 10 Beiträge à 14 Pfennig pro Jahr genügen, um die Anwartschaft zu erhalten. So winzig die Renten auch sind, so ist die Versicherung infolge des Reichszuschusses von 50 Mark pro Jahr zu jeder Rente günstiger, als jede Privatversicherung. Bei einer Gesetzesänderung wird man zweckmässigerweise auf Aufhebung der Rückzahlungen in Heiratsfällen hinzuwirken haben; auch muss man zusehen, ob die Weiterversicherung nicht noch mehr erleichtert werden kann.

Alter zur Zeit der Bewilligung	Auf die nebenbezeichneten Alter kommen: von der Gesamtheit der Erstattungen in Heiratsfällen		von 1000		von der Gesamtheit der Erstattungen in Todesfällen		von 1000	
	Zahl	Betrag Mark	der Gesamtzahl der Erstattungen	des Betrages der Erstattungen	Zahl	Betrag Mark	der Gesamtzahl der Erstattungen	des Betrages der Erstattungen
unter 20	5	115	0	0	0	0	0	0
20 bis 24	66 334	1 856 258	430	332	345	10 866	11	5
25 bis 29	64 461	2 560 389	418	458	1 970	101 213	60	44
30 bis 34	16 190	806 422	105	144	3 022	197 548	93	87
35 bis 39	4 632	234 951	30	42	3 723	265 869	114	117
40 bis 44	1 710	85 965	11	15	4 249	310 788	131	136
45 bis 49	674	33 312	4	6	4 613	341 719	142	150
50 bis 54	228	11 170	2	2	4 657	343 135	143	151
55 bis 59	66	2 994	0	1	4 126	297 910	127	131
60 bis 64	8	326	0	0	3 408	241 222	105	106
65 bis 69	2	120	0	0	2 051	144 592	63	63
70 und mehr Jahre	0	0	0	0	359	22 013	11	10
zusammen	154 310	5 592 022	1000	1000	32 523	2 276 875	1000	1000

Die Beitragserstattung in Heiratsfällen betrug durchschnittlich 36,23 Mark, bei Todesfällen 70,01 Mark. Die Rückerstattungen bei schweren Unfällen (857) haben keine allgemeine Bedeutung.

Von grösster Bedeutung für die Versicherten ist die durch das Gesetz zugelassene — nicht vorgeschriebene — Heilbehandlung zur Verhütung der Invalidität. Die Behandlung kann ambulant, sowie in öffentlichen oder privaten, aber auch in eigenen Heilanstalten erfolgen. Der Bau von Heilanstalten seitens der Versicherungsanstalten, besonders für Lungenkranke, ist in den letzten Jahren wesentlich gefördert worden. Für Heilbehandlung wurden im Berichtsjahre insgesamt 10 908 430 Mark ausgegeben. Doch partizipieren daran die Versicherungsanstalten respektive Bahn- und Knappschaftskassen in sehr verschiedenem Masse. Die Versicherungsanstalt Berlin gab von ihren ungefähr 10 000 000 Mark betragenden Jahreseinnahmen für Heilbehandlung 1 510 550 Mark aus, der Saarbrückener Knappschaftsverein mit einer Einnahme von 1 000 000 Mark dagegen auch nicht einen Pfennig. Berlin am nächsten stehen die Versicherungsanstalten der Rheinprovinz und des Königreichs Sachsen, während die Versicherungsanstalten der mehr landwirtschaftlichen Provinzen sehr wenig für Heilbehandlung ausgaben. An der Spitze der Versicherungsanstalten stehen hohe Staatsbeamte, unter denen es sicher eine ganze Anzahl mit sozialpolitischem Verständnis gibt; bei vielen fehlt es daran leider vollständig. Wenn letzteren dann noch rückständige Arbeitgebervertreter beigesellt werden und die Arbeitervertreter nur Marionetten in den Händen der beamteten Vorstandsmitglieder und der Arbeitgeber sind, was in mehreren Versicherungsanstalten der Fall ist, dann ist auf diesem Gebiete in der betreffenden Versicherungsanstalt nichts zu erhoffen. Aufgabe der Gewerkschaften, der Gewerkschaftskartelle und der Krankenkassenvorstände ist es daher, in den Versicherungsanstalten für tüchtige Arbeitervertreter zu sorgen. Das ist um so notwendiger, als die Ausschüsse der Landesversicherungsanstalten die Beisitzer für die Schiedsgerichte im Bezirke ihrer Versicherungsanstalt wählen.

Die Mitwirkung der Arbeiter und Arbeitgeber in den Verwaltungen der Versicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen ist zurzeit meist sehr gering. In den sozialpolitisch rückständigen Versicherungsanstalten fehlt es an den treibenden Kräften aus der Arbeiterschaft gänzlich; da kann der bureaukratische Geist zum Schaden der Versicherten schalten und walten. Die Selbstverwaltung verbürgt Leben und Fortschritt; ohne Selbstverwaltung keine wirkliche Sozialreform!

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

MAX SCHIPPEL · SOMBARTS AMERIKASTUDIEN



WERNER Sombart hat eine Reihe fesselnder Studien über die nordamerikanischen Arbeiter veröffentlicht.[1]) Die von unserem Parteigenossen A. M. Simons in Chicago geleitete *International Socialist Review* gibt sie auszugsweise übersetzt wieder und nennt sie, als eine der tiefgründigsten (most searching) Analysen der amerikanischen Gesellschaftsstruktur, selbst für Amerikaner »überaus bemerkenswert«. In der Tat verdient die Sombartsche Untersuchung, trotz mancher allzu einseitig und scharf zugespitzter Urteile, in Parteikreisen gelesen und beachtet zu werden. Um hierzu anzuregen, seien einige Gedankengänge Sombarts wiederholt und ein paar eigene Betrachtungen damit verknüpft.

Bisher hat Amerika zweifellos alle unsere Hoffnungen auf einen raschen Eroberungszug der sozialistischen Idee bitter enttäuscht. Viele Parteigenossen werden sich erinnern, wie, nach der langen verheerenden Depression der siebziger Jahre in den Vereinigten Staaten, die ersten Erfolge der Henry Georgeschen Agitation eine neue, bessere Ära anzukündigen schienen. Der öffentliche Kampf gegen das Privateigentum und den Mehrwert hatte nunmehr in der neuen Welt auf grosser Stufenleiter begonnen, wenn er sich auch zunächst nur gegen den Bodenbesitz und die Grundrente kehrte. Der Tag der grossen endgültigen Abrechnung konnte, wie wir nach den leidenschaftlichen Georgeschen Anklagen meinten, drüben gleichfalls nicht mehr fern sein:

»Die üblen Wirkungen des Umstandes, dass der [Grund-] Besitz eines ganzen Volkes zum ausschliesslichen Eigentum einiger Personen gemacht wird, treten schon hervor . . . Wir haben gar nicht nötig, nach ihnen in der Zukunft auszuschauen, sie sind schon in der Gegenwart vorhanden und fühlbar. Sie sind mit unserem Wachstum gewachsen und sind noch im Zunehmen begriffen ... Wir pflügen neue Felder, wir eröffnen neue Bergwerke und gründen neue Städte; wir treiben die Indianer zurück und rotten die wilden Büffel aus; wir umgürten das Land mit Eisenbahnen und ziehen durch die Luft ein Netz von Telegraphendrähten; wir häufen Wissen auf Wissen, Erfindung auf Erfindung; wir gründen Schulen und Universitäten — aber es wird für die grosse Masse unseres Volkes in keiner Weise leichter, sich ihren Lebensunterhalt zu erwerben. Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer abhängiger, die Kluft zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer erweitert sich täglich mehr; die sozialen Gegensätze verschärfen sich . . . Überall in den Vereinigten Staaten kann man die schlechteren Zeiten, die niedrigeren Löhne, die zunehmende Armut beobachten . . . Als wir das vierzehnte Amendement annahmen, schafften wir die Sklaverei damit noch nicht ab. Um die Sklaverei abzuschaffen, müssen wir den Privat[grund]besitz

[1]) Werner Sombart: *Studien zur Entwickelungsgeschichte des nordamerikanischen Proletariats* im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, III. Bd. /1905/, pag. 210 ff., 308 ff., 556 ff.

abschaffen . . . Sonst werden unsere freien Institutionen, werden unsere Volksbildungsstätten zwecklos sein: unsere Entdeckungen und Erfindungen werden nur dazu dienen, die Kraft zu verstärken, welche die Massen niederdrückt.«[2])

In der Chicagoer Bombenaffäre von 1886, im Debsschen Eisenbahnerausstand, in den grossen Hütten- und Grubenstreiks mit ihren bürgerkriegähnlichen Folgen hörten wir das Rabenrauschen vor der unwiderruflichen kapitalistischen Götterdämmerung. Heute — suchen wir nach den Gründen, warum die für den sozialistischen Präsidentschaftskandidaten abgegebenen Stimmen nicht mehr als 2½ % der Gesamtstimmenzahl ausmachen, warum die fast verschwindende Zahl der sozialistischen Stimmen von einem Jahre zum anderen auch noch merkwürdig auf und nieder schwankt, als ob sie den wechselnden Launen des Zufalls, nicht aber grossen und dauernden historisch-ökonomischen Notwendigkeiten zu danken sei; warum, mit einem Worte, trotz höchster kapitalistischer Entwickelung so wenig parteilich-organisierter und politisch-tätiger Sozialismus in Amerika vorhanden ist.

Die grössere Unstetigkeit der Bevölkerungszusammensetzung, das immer wiederkehrende Eindringen und Vordringen neuer Fremdelemente mit anderen Lebensgewohnheiten und Ansprüchen, mit anderer Sprache und Anschauung erschwert selbstverständlich die einheitliche Zusammenfassung und Zusammenhaltung der Arbeiter für eine junge besondere Partei. Aber warum überwinden die Gewerkschaften diese Hemmnisse, die für sie gleichfalls bestehen, ziemlich leicht? Zum Mittelpunkte des gewerkschaftlichen Klassenkampfes ist heute in Amerika die *Federation of Labor* geworden; ihre Mitgliederzahl schwoll während der letzten zehn Jahre enorm an: von 272 315 im Jahre 1896 auf 548 321 im Jahre 1900, auf 1 676 200 im Jahre 1904. Offenbar üben also die näherliegenden Aufgaben des Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit, die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, noch immer eine ungleich höhere Anziehungskraft aus, als das Endziel: die gänzliche Aufhebung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und jeglichen Tributes an diesen Besitz.

Vorläufig ist in der Tat der typische amerikanische Arbeiter — soweit er sich über *prinzipielle Grundfragen* überhaupt den Kopf zerbricht — ähnlich, wie sein englischer Geistesverwandter, nicht für Abschaffung des Kapitals, sondern für Expansion und Vollentwickelung der kapitalistischen Produktion. In dieser Ausweitung, Ausreifung und Höherentfaltung des Kapitals sieht er nicht nur keine unheimliche Gefahr, sondern eine unerlässliche Vorbedingung für die Vollentwickelung und Aufwärtsbewegung der Arbeiterklasse selber, solange ihm, dem Arbeiter, der Boden der liberalen, bürgerlichen, wirtschaftlichen und politischen Rechtsgleichheit, der freien Organisationsbewegung und der ungehinderten Wahrnehmung der Lohn- und Lohnarbeiterinteressen nicht unter den Füssen weggezogen wird. In dem folgenden Urteil gebe ich, in den Grundzügen, Sombart durchaus recht:

»Der amerikanische Arbeiter steht dem kapitalistischen Wirtschaftssystem als solchem nicht feindlich gegenüber, weder mit dem Verstande, noch mit dem Gefühl. Wieder möchte ich anführen, was Mitchell [der hervorragendste amerikanische Bergarbeiterführer, der Verfasser der *Organisierten Arbeit*] über diesen Punkt

[2]) Vergl. Henry George: *Progress and poverty* /San Francisco 1879/, nach der deutschen Übersetzung von F. Dobbert, pag. 346 ff.

äussert. Die Stellen in seinem Buche, in denen er den Standpunkt der Gewerkschaften dem Kapitalismus gegenüber rein opportunistisch bezeichnet, lauten folgendermassen: »Die Gewerkschaftsbewegung ist weder unwiderruflich bestimmt, das Lohnsystem aufrecht zu erhalten, noch es zu beseitigen. Wir verlangen eine beständige Verbesserung der Lage der Arbeiter, wenn möglich, unter Aufrechterhaltung des bestehenden Lohnsystems, wenn nicht möglich, mit dessen Beseitigung.« Seine persönliche Überzeugung ist jedoch die, dass es zu dieser Beseitigung nicht notwendig zu kommen braucht. Denn »die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung beweist, dass mit Hilfe des Staates und durch die gemeinsame Anstrengung der Arbeiter eine bedeutende und allgemeine Verbesserung ihrer Lage platzgreifen kann unter dem herrschenden Lohnsystem«. Andere namhafte Arbeiterführer betonen positiv die Interessengemeinschaft von Kapital und Arbeit. Sie seien Partner und sollen den Ertrag der Wirtschaft in gutem Einverständnis teilen. Die Zukunft werde die volle Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, die jetzt nur vorübergehend gestört sei, wieder herstellen. Aber ich [Sombart] glaube, die Beziehungen des amerikanischen Arbeiters zum Kapitalismus sind noch intimer, als sie in diesen Freundschaftskundgebungen und Achtungsbeweisen zum Ausdruck kommen; ich glaube, er liebt ihn. Wenigstens gibt er sich ihm ganz hin, mit Leib und Seele. Wenn irgendwo in Amerika das rastlose Streben nach Erwerb, das völlige Aufgehen im Geschäftsgetriebe, die *Business*leidenschaft zu Hause sind, so beim Arbeiter. Er will, tunlichst unbehindert, so viel verdienen, wie seine Kräfte ihm gestatten . . . Genug, der Kern der amerikanischen Gewerkschaften trägt jenen kapitalistischen Charakter: »Trade Unionismus ist die geschäftsmässige Praxis [the business method], die Besserstellung des Arbeiters unter den verwickelten Bedingungen des modernen Wirtschaftslebens zu erreichen«, »Tarifverträge sind Geschäftsabschlüsse«, in solchen Aussprüchen bester Kenner der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung kommt deren Geist unzweideutig zum Ausdruck.«[8])

Im Einzelurteil über den noch immer typisch-amerikanischen antisozialistischen Arbeiterschädel wird man sogar noch weiter, als Sombart, gehen können. Wenn Sombart zum Beispiel einschränkend auf die Verstadtlichungs- und Verstaatlichungsforderungen des *Federation*programmes (über Strassenbahnen, Wasserwerke, Gas- und Elektrizitätswerke, Telegraphen, Telephone, Eisenbahnen und selbst Bergwerke), wie auf sozialistische Unterströmungen hindeutet, so ist selbst aus diesen Programmpunkten noch nicht das geringste beabsichtigte sozialistische *Rütteln an den Grundlagen unserer bestehenden Gesellschaftsordnung* herauszulesen. Die weitergeführte Konzentration, die planmässigere Zusammenfassung und einheitlichere Anwendung der Produktions- (oder Verkehrs-)mittel ist an sich noch gar nichts Sozialistisches, so zweckmässig und fortschrittlich sie sonst sein mag, und so sehr sie deshalb willkommen zu heissen und sogar aktiv zu fördern ist. Andernfalls hätten wir Deutsche schon in der Stephan-Bismarckschen Ära mit beiden Füssen im Arbeiterzukunftsstaate gestanden; und gerade in England und Amerika, wo die ganze hierhergehörige Reformliteratur durchaus bürgerlichen Ursprunges und Charakters ist, macht der Anschluss der Gewerkschaften an diese, wie an so viele andere Reformbewegungen die bezeichneten Wünsche noch lange zu keiner spezifischen Klassenforderung des Proletariats, zu keiner aus eigenartigen Klassensonderinteressen der Lohnarbeiterschaft emporgewachsenen wirtschaftlich-politischen Forderung — und nur insoweit sollte man heute von *Sozialismus* sprechen.

Die relativ günstige ökonomische Lage der amerikanischen Arbeitermehrheit lässt die geschilderte verhältnismässig konservative Tendenz der Arbeiterpolitik begreiflich erscheinen. Aus einem reichhaltigen, durchaus kritisch be-

[8]) Vergl. Sombart, loc. cit., pag. 230 ff.; die letzten englischen Zitate habe ich übersetzt.

nutzten Zahlenmaterial kommt Sombart zu dem Ergebnis, dass der amerikanische Durchschnittsarbeiter »in behaglichen Verhältnissen« lebt, im grossen und ganzen ein drückendes Wohnungselend nicht kennt, gut genährt ist, sich *gentleman-* und *ladylike* kleidet und so schon äusserlich von der herrschenden Klasse nicht so scharf, wie bei uns, geschieden ist. Dazu führte das Unternehmerbedürfnis, die — schwerer, als bei uns, zu ersetzenden — Arbeiter nach Möglichkeit für den Betrieb zu sichern, vielfach zu engeren Interessenverbindungen zwischen dem gründenden und leitenden Kapital und der ausführenden Arbeit. Die Arbeiter werden häufiger, als bei uns, an technischen Fortschritten durch Prämien und Tantièmen beteiligt. Nicht selten wird ein Teil der Aktien, mitunter aus recht schoflen Gründen, den Angestellten aufgehalst. So identifiziert gerade der Elitearbeiter häufig seine allerpersönlichsten Interessen bis zu einem gewissen Grade mit denen des Kapitals; das *generös Sein in kleinen Dingen* hat wesentlich zur Abstumpfung der — selbstverständlich nirgends ganz erlöschenden — Klassenantipathieen beigetragen.

Andererseits ist damit nicht das geringste gegen unsere sozialistischen Vorstellungen von den Grundzügen der normalen kapitalistischen Entwickelung dargetan. Wenn wir von den Gesetzen des Lohnes und Mehrwertes, ferner der Mehrwertsteilung zwischen Grundbesitz und Kapital, zwischen Unternehmergewinn und Zins des Leihkapitals sprechen, so betrachten wir bestimmte Voraussetzungen als erfüllt, die in kolonialen und halbkolonialen Pflanzstaaten Europas, trotz der jedesmaligen Wiedergeburt der wesentlichsten unserer ökonomischen Grundlagen, vielfach noch fehlen. In solchen Ländern — und dazu gehört bis heute noch die Union — besteht zwar die Klassenordnung unserer alten europäischen Industriestaaten, aber die Klassen haben sich noch nicht in unserer Weise fixiert; ihre Bestandteile wechseln; sie treten noch, viel mehr, als bei uns, in beständigem Flusse ihre wechselnden Bestandteile an einander ab. Der Industriearbeiter der sechziger, der siebziger und noch der achtziger Jahre konnte leicht morgen Farmer im Westen sein; der an seine Stelle nachrückende städtisch-gewerbliche Lohnarbeiter war gestern noch Kleinbauer, Kleinbürger oder landwirtschaftlicher Tagelöhner in Europa gewesen. Trotz einer im einzelnen ereignisreichen Vergangenheit fehlen so dem amerikanischen Proletariat die alteingewurzelten, selbständigen historischen Traditionen, die scharfumrissenen Charakterzüge in der eigenen politischen Betätigung, welche die Bestrebungen unseres Proletariats von denen aller anderen Klassen abheben, welche es überhaupt erst ermöglichen, von einer bestimmten und klaren Klassenpolitik dieser Bevölkerungsschichten zu sprechen. Dies hebt auch Sombart klar und anziehend hervor:

»In all dem Geschwätz der Carnegie und ihrer Nachbeter, die das *Volk, den grossen Lümmel,* damit einlullen wollen, dass sie ihnen Wundergeschichten von sich und anderen erzählen, die als Zeitungsboy angefangen und als Milliardäre geendigt haben, ist immerhin ein Körnchen Wahrheit: die Chancen, aus seiner Klasse herauszukommen, waren für den Arbeiter drüben zweifellos grösser, als für den Arbeiter im alten Europa. Die Neuheit der Gesellschaft, ihr demokratischer Grundzug, der geringere Abstand der Unternehmerklasse von der Arbeiterschaft, die koloniale Frische vieler Eingewanderter, die angelsächsische Zielstrebigkeit und manches andere wirkten zusammen, um den einfachen Arbeiter in gar nicht so seltenen Fällen die Staffeln auf der Leiter der kapitalistischen Hierarchie bis zu den obersten oder fast den obersten Stufen empersteigen zu lassen. Andere wiederum befähigte die — im Vergleich mit europäischen Verhältnissen — viel breitere Basis ihrer

Ersparnisse, sich als kleinbürgerliche Existenzen (Krämer, Wirte u. s. w.) zu verselbständigen. Der grossen Masse unzufriedener Lohnarbeiter aber winkte noch ein anderes Ziel, das Hunderttausende und Millionen tatsächlich im Laufe des verflossenen Jahrhunderts erstrebt und erreicht haben, und das ihnen Befreiung vom Drucke des Kapitalismus, und zwar Befreiung im vollsten Sinne des Wortes brachte: die freie Heimstätte im unbesiedelten Westen ... Bei uns ist es im wesentlichen der Zug aus den vorwiegend agrarischen Gebieten in die Städte und Industriebezirke, der die Bevölkerung in Bewegung setzt. Dieser fehlt nun in den Vereinigten Staaten, namentlich im Osten, keineswegs und wird von Jahr zu Jahr stärker. Aber neben ihm her und ihn an Stärke weit überflügelnd geht doch eine entgegengesetzte Bewegung: aus den dichter besiedelten, mehr industriellen Gebieten in die menschenleeren Gegenden mit freiem Lande. Dass es sich dabei um Völkerwanderungen grössten Stiles handelt, lehrt ein Blick auf die Ziffern, die der Zensus in überreicher Fülle darbietet ... Dass dadurch die Stellung des Proletariats zu den Problemen der zukünftigen Gestaltung des Wirtschaftslebens ganz und gar eigenartig werden musste, liegt auf der Hand. Die Möglichkeit, zwischen Kapitalismus und Nichtkapitalismus optieren zu können, verwandelt jede aufkeimende Gegnerschaft gegen dieses Wirtschaftssystem aus einer aktiven in eine passive und bricht jeder antikapitalistischen Agitation die Spitze ab.«[4])

Ausserdem fällt ein anderer Faktor schwer ins Gewicht: das altvererbte Zweiparteiensystem, ferner die Möglichkeit, den Verwaltungs- und Rechtsprechungsapparat zwar durch eine *Schwanzpolitik* von Minoritäten, aber nicht durch ein selbständiges Vorgehen als dritte Partei zu beeinflussen und ganz und gar zu erneuern, erschwerte das Aufkommen und die Entfaltung jeder unabhängigen Arbeiterpolitik ausserordentlich. Parteien und Wahlen haben eben in den Vereinigten Staaten noch ganz andere Funktionen zu erfüllen, als bei uns. Wo sie im Hinblick auf diese Funktionen versagen, erscheinen sie unzweckmässig und überflüssig, erscheint eine völlig andere Wahltaktik angemessen und notwendig. Wir Sozialdemokraten in Deutschland wählten bisher in erster Linie für ein Reichsparlament, das im Grunde recht ohnmächtig ist, und das jedenfalls nicht die Reichsregierung aus sich heraus zu bilden und die Reichspolitik *führend* zu bestimmen hat; unsere ganze Parteitaktik konnte daher bislang in aller Seelenruhe und ohne bemerkbaren Schaden vorwiegend darauf zugeschnitten sein, bei den Wahlen die Massen *aufzuklären* und im Parlament abermals *aufklärend* und zum Fenster hinaus zu wirken. Das ist aber anderswo anders; und auch wo bei uns der politische Wirkungskreis im Ernste ein wesentlich anderer wird — wie zum Beispiel bei der positiven Mitarbeit in den Kommunen und Einzelstaaten —, hat unsere traditionelle Wahltaktik gleichfalls schon die denkbar kräftigsten Püffe erdulden müssen und sogar recht sichtbare und fühlbare Löcher in ihrem sonst so intransigenten Kopfe davongetragen. Unter den amerikanischen Verhältnissen, bei vollkommen parlamentarischer Regierung, bei der Wahl fast aller massgebenden Beamten und Richter, vom Bunde bis herab zu den Einzelstaaten, Kommunalverbänden und Gemeinden, durch das Volk, rückt die blosse zielbewusste *Aufklärungs*agitation ganz naturgemäss in die zweite oder sogar in die dritte und vierte Linie der Parteiaufgaben, und Parteien werden mehr danach eingeschätzt, was sie zur Erfüllung anderer Zwecke leisten. Hier wird viel eher die *Schwanzpolitik* zur traditionellen werden, etwa wie bei unserem *Bunde der Landwirte*[5]).

[4]) Vergl. Sombart, loc. cit., pag. 605 ff.

[5]) Vergl. meinen Artikel *Zu den Kämpfen zwischen Industrie und Landwirtschaft* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1900, pag. 227 ff.

»In den Vereinigten Staaten legt zunächst die rein demokratische Verfassung es den Massen nahe, ihr Augenmerk auf den greifbaren Erfolg zu richten . . . An den Beamtenwahlen ist man aufs höchste interessiert. Und zwar aus dem naheliegenden Grunde, weil man durch sie viel rascher einen bestimmten Erfolg erzielen kann, auf den man allein ausgeht. Einen missliebigen *Governor* oder *Judge* zu beseitigen, lohnt den Amerikanern viel mehr die Mühe, als einen Schönredner nach Washington ins Parlament zu schicken. Und würde jedem Volke mehr lohnen. Auch dem deutschen. Man denke, dass es den Arbeitern Berlins möglich gewesen wäre, in der Zeit vor dem Sozialistengesetz den Staatsanwalt Tessendorf zu kassieren oder heute irgend eine Strafkammer in die Luft zu sprengen, die wegen ihrer drakonischen Strafen bei Streikvergehen berüchtigt ist . . . Der amerikanische Arbeiter kann das; allerdings um einen Preis, der vielen hoch erscheinen wird: er muss sich nämlich einer der grossen Parteien anschliessen, weil es die grossen sind. Denn nur mit deren Hilfe ist eine erfolgreiche Beeinflussung des Wahlergebnisses möglich.«*)

Sombart führt hier — wahrscheinlich ganz zutreffend und jedenfalls als Beispiel ganz belehrend — die letztjährigen Erfahrungen in Colorado an. 1902 entfiel in diesem Minenstaate auf die sozialistischen Kandidaten eine ganz ansehnliche Stimmenzahl. 1903 kamen alsdann die grossen Streiks, bei denen zuletzt ein unerhört brutales Gewaltregiment die Arbeiter bis aufs Blut peinigte und eine Erbitterung ohnegleichen erzeugte. Hatte nun bei den nächsten Wahlen die Stunde der sozialdemokratischen Vergeltung geschlagen? Der Vergeltung wohl, aber nicht der Sozialdemokratie, deren Stimmen 1904 auf die Hälfte von 1902 herabsanken! Dagegen warf man den verhassten Gouverneur Peabody mit Glanz und Bravour aus seinem Amte hinaus; viele der vormals sozialdemokratischen Wähler hatten sich offenbar zu diesem Zwecke den Demokraten angeschlossen — auf jedem anderen Wege wäre man wohl über eine leere Stimmzetteldemonstration nicht hinausgekommen. Ob ein solches Verhalten in diesem speziellen Falle notwendig, ob es weitsichtig und klug war, wollen wir dahingestellt sein lassen; auf jeden Fall ist es erklärlich, und eine Parteibildung, eine Wahlagitation und Wahltaktik nach kontinental-europäischem und deutschem Muster steht damit vor ungeahnten Hindernissen.

Aber das Sicherheitsventil der frei zugänglichen Heimstätte versagt mit der Zeit. An Stelle des Arbeitermangels und des Seltenheitswertes der Arbeitskraft tritt mehr und mehr eine dauernde industrielle Reservearmee und der Hungerlohn nach europäischem Muster. Werden unter den neugebildeten Verhältnissen die schützenden Dämme der bürgerlichen Politik noch fernerhin stand halten gegen die wachsende sozialistische Flut?

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDUARD BERNSTEIN · DAS VERGRABENE PFUND UND DIE TAKTIK DER SOZIALDEMOKRATIE



NACH welchen Gesichtspunkten sollen Fragen der Taktik entschieden werden? Solange wir darüber nicht im Prinzip einig sind, werden wir ewigen Streit über die Taktik haben.

In den letzten Wochen haben in zwei Ländern Verstösse gegen die adoptierte parlamentarische Taktik der Sozialdemokratie stattgefunden. In Frankreich ist der Sozialdemokrat Aristide Briand in das wesentlich

*) Vergl. Sombart, loc. cit., pag. 324.

bürgerliche Ministerium Sarrien eingetreten, in Italien hat die Kammerfraktion der Sozialdemokratie beschlossen, das konservative Ministerium Sonnino zu unterstützen.

Der Fall Briand hat die Gemüter wenig erhitzt. Briand hat, als er sich entschloss, das ihm übertragene Ministerium anzunehmen, die französische sozialistische Partei wissen lassen, dass er bereit sei, freiwillig aus der Partei auszuscheiden, und die Parteileitung hat, ohne erst den freiwilligen Austritt abzuwarten, eine Resolution beschlossen, wonach jeder Sozialist, der in ein bürgerliches Ministerium eintritt oder mit einem bürgerlichen Ministerium in Verhandlungen betreffs Übernahme eines Ministerpostens sich einlässt, dadurch allein schon sich ausserhalb der Partei stellt. Dem strikten Buchstaben ist damit Genüge geschehen, eine Wiederholung der Millerand-Debatten ist ausgeschlossen. Soweit die offiziellen Handlungen der Beteiligten in Betracht kommen, kann von Zweideutigkeit, dieser Vergifterin der Debatten, hier nicht die Rede sein. Es handelt sich nicht um Auslegung von Parteibeschlüssen, sondern um offen anerkanntes Zuwiderhandeln gegen einen Parteibeschluss und willige Unterwerfung unter dessen Konsequenzen. Aber wenn der Buchstabe sein Recht behält, ist damit die Sache selbst noch nicht zu Ende. Briand steht heute formell ausserhalb der französischen sozialistischen Partei. Aber steht er in Wirklichkeit ausserhalb ihrer? Ich bezweifle sehr, dass es viele Sozialisten in Frankreich gibt, die Briand als faktisch nicht mehr zu ihnen gehörig betrachten. Alle wissen, warum Briand ins Ministerium eingetreten ist, dass es sich um die Durchführung des Gesetzes über die Trennung von Kirche und Staat handelt, dessen Text im hohen Grade sein Werk ist, und dessen Verwirklichung sie alle wollen. Und die Mehrzahl der sozialistischen Abgeordneten hat bei der Abstimmung über das Ministerium Sarrien in das Vertrauensvotum für dieses eingestimmt. Man braucht diese Situation nur gründlich zu durchdenken, um inne zu werden, dass sie doch ihre Zweideutigkeit hat. Nur liegt sie diesmal auf einer anderen Seite, nicht bei den Personen, sondern in der Sache. Hier ist eine Partei, die es durch die Kraft der von ihr entfalteten Agitation und durch die Zugehörigkeit gesetzgeberisch und administrativ begabter Personen dahin gebracht hat, durch ihre eigenen Vertreter Reformen, für die sie kämpft, zur Durchführung bringen zu können, und wo der Ruf an sie gelangt, in einer wichtigen Angelegenheit ihren Mann zu solchem Werk zu stellen, da zieht sie sich errötend zurück, als wollte sie, wie eine verschämte Jungfrau, sagen: ach nein, lasst mich lieber abseits stehen, meine sittliche Widerstandskraft könnte sonst leiden; und sie fällt in die Knie und erneut ihr Gelübde der Keuschheit. Man mag aber sonst die Keuschheit so hoch stellen, wie man will, wo das grosse allgemeine Interesse in Frage kommt, kann sie etwas sehr Unmoralisches sein.

Das Evangelium hat diesem Gedanken in dem schönen Gleichnis vom vergrabenen Pfunde Ausdruck gegeben. Der besorgte Diener, der das ihm anvertraute Pfund vergräbt, um es dem Herrn nur ja unbeschädigt zurückerstatten zu können, wird verworfen. Es ist die Moral der werktätigen Tugend, die sich in diesem Bilde ausprägt, im bewussten Gegensatz zur Moral der passiven, verhimmelnden Tugend. Und in der Tat wurzelt alle gesunde, lebenskräftige Moral, wurzelt gerade die Moral der Aktion in der Auffassung der Mittel und Fähigkeiten, über die wir gebieten, als einem anvertrauten Pfunde,

mit dessen Besitz auch die Verpflichtung zu zweckmässigster Verwendung verbunden ist. Das gilt für das öffentliche Leben so gut, wie für das private, und für Gemeinschaften so gut, wie für Individuen. Daher krankt jede Taktik, die diesen Gesichtspunkt ausser acht lässt, an einem Grundfehler, der unter dem Gesichtspunkt der Ethik einer sittlichen Schuld gleichkommt.

Es ist interessant, zu beobachten, wie trotz aller ihm entgegenstehenden doktrinären Vorurteile das Empfinden dafür doch immer wieder in unseren Reihen mit elementarer Gewalt durchbricht. So versteht man es auch, wie die italienische sozialistische Kammerfraktion dazu kam, ihre Stimme für das Kabinett Sonnino abgeben zu wollen. Kein Zweifel, dass dieser Beschluss gegen die Resolution des Parteitages von Bologna verstösst, die als Grundsatz aufstellt, dass »die Methode des Klassenkampfes mit der Unterstützung einer Regierungsrichtung oder der Teilnahme eines Sozialisten an der Regierung unvereinbar« ist. Aber ebenso unbestreitbar ist, dass jener Grundsatz selbst aller vernünftigen Auffassung der Politik ins Gesicht schlägt, dass er alle Unterschiede zwischen dem Sozialisten, der die Geschichte als einen unter dem Einfluss des Kampfes der Klassen sich vollziehenden Entwickelungsprozess begreift, in dessen Verlauf die politischen Einrichtungen und die Beziehungen der Parteien auf sie und unter einander sich notgedrungen verändern, und den von begriffsdogmatischen Anschauungen ausgehenden Anarchisten verwischt und die Führung des Klassenkampfes, statt von den realen Bedürfnissen, wie sie sich auf Grund des jeweiligen Zustandes der Gesellschaft und der politischen Einrichtungen ergeben, von ein für allemal fixierten Vorschriften abhängig macht. Man mag darüber streiten, ob für die italienische Sozialdemokratie ein ausreichender Grund vorliegt, das Kabinett Sonnino zu unterstützen, ob der Bestand dieses *Ministeriums der redlichen Leute* von solchem Wert für die Entwickelung Italiens im allgemeinen und die italienische Arbeiterklasse im besonderen ist, dass seine Beseitigung durch eine andere der zurzeit möglichen Ministerkombinationen nach Kräften verhindert werden muss. Das ist eine Tatsächlichkeitsfrage, über die hier kein Urteil abgegeben werden soll. Trifft aber die Voraussetzung zu, so bedeutet der jetzige Konflikt in der italienischen Sozialdemokratie weiter nichts, als den handgreiflichen Nachweis des Widersinns der in Bologna beschlossenen Resolution. Sie legt den zur Wahrung der Arbeiterinteressen, die doch nicht ausschliesslich ökonomische Interessen sind, in die Kammer entsandten Abgeordneten Ketten an, die sie verhindern sollen, in einer wichtigen Frage der Politik des Landes das Gewicht ihrer Stimmen in die Wagschale zu werfen.

Enrico Ferri, der mit grosser Energie für die Unterstützung Sonninos eingetreten ist, will den Konflikt dadurch lösen, dass er sagt, diese Unterstützung sei gar nicht das, was die Resolution von Bologna verbiete, denn bei ihr behalte die Partei freie Hand, jederzeit wieder gegen das Ministerium zu stimmen, sobald dieses rückfällig werden sollte. Indes, Unterstützung bleibt Unterstützung, anders als auf Kündigung werden Bündnisse in der Politik überhaupt nicht geschlossen. Das Sakrament der unlösbaren Ehe hat hier nie gegolten. Die Frage ist nicht die, ob ein bisschen mehr oder weniger parlamentarische Transaktion getrieben werden soll, sondern, ob überhaupt der Standpunkt der absoluten Intransigenz massgebend sein soll oder nicht. Mit der absoluten Intransigenz gibt man die Resolution von Bologna und die ihr geistesver-

wandten Resolutionen nationaler und internationaler Kongresse preis. Es ist begreiflich, dass Ferri eine brüske Entscheidung dieser Frage gern umgehen möchte. Aber selbst, wenn der Riss, den der erwähnte Beschluss zwischen der Fraktion und den streng an der Intransigenz festhaltenden Mitgliedern der italienischen Sozialdemokratie gerissen hat, durch irgend welche Vermittelungsresolution überbrückt werden sollte, so hat der Vorfall doch deutlich gezeigt, dass man nicht gleichzeitig Partei der konsequenten Reformpolitik und Partei der revolutionären Intransigenz sein kann, dass man, sobald man das eine sein will, immer wieder das andere opfern muss. Stimmt die Kammerfraktion jetzt um des lieben Friedens willen gegen Sonnino, so verhindert sie nach ihrer eigenen Darlegung gegebenenfalls das Zustandekommen einer für die Schaffung gesunder politischer Verhältnisse notwendigen Reform, gibt sie dem grundsatzlosen Opportunismus der Geschäftspolitiker eine neue Spielfreiheit.

In Deutschland — um nun auf heimische Verhältnisse überzugehen — sind wir ja vor dem Kreuz solcher Entscheidungen, wie sie die Sozialdemokraten in parlamentarisch regierten Ländern zu treffen haben, bisher noch bewahrt geblieben. Uns hat ein gütiges Geschick das Festhalten der Intransigenz in den Fragen des Ministerialismus bisher ungeheuer leicht gemacht — so leicht, dass ein Teil unserer Genossen gar nicht begreift, wie diese Frage einem normal konstruierten Menschen überhaupt Kopfschmerzen machen kann. Bei uns ist eben der Minister der Beamte des Monarchen — im Reich des Bundes von Monarchen — der Abgeordnete aber der Sachverwalter des Volkes gegenüber Ministerien, die nicht das Volk durch seine Vertreter, sondern der Monarch von Gottes Gnaden nach seinem Ermessen ernennt. Nicht parlamentarische Abstimmungen entscheiden bei uns das Schicksal von Ministern, sondern persönliche Eingebungen von Monarchen, ob diese nun von oben oder von sonst irgend woher kommen. Wir stimmen mit der selben Gleichmütigkeit gegen das Gehalt eines Ministers, dessen Sachkunde, Arbeitslust und Zeitverständnis wir selbst anerkennen, wie wir gegen das Gehalt eines Ministers stimmen, den lediglich eine unbegreifliche Laune des Monarchen auf seinen Posten gesetzt hat. Ganz selbstverständlich, so seltsam den Abstimmenden manchmal dabei zu Mute werden mag, dass unsere Abstimmung in diesen Dingen so keinerlei Differenzierung kennt. Wir stimmen eben über die Köpfe der jeweiligen Minister hinweg gegen ein *System* der Ministerernennung, das wir verwerfen *müssen*, wenn wir nicht aufhören wollen, das Recht der Selbstregierung der Völker zu vertreten. Und weil der Minister bei uns nicht, wie in parlamentarisch regierten Ländern, der vollziehende Beamte der Volksvertretung, sondern der Beamte des Monarchen ist, ist es auch gänzlich ausgeschlossen, dass ein Sozialdemokrat ein Ministeramt annehmen könnte, ohne seiner Parteizugehörigkeit ein jähes Ende zu bereiten. Er handelte, wie ein Verteidiger, der mitten in der Prozessverhandlung auf die Seite des Anklägers tritt. Und wenn seine Motive die achtbarsten wären, er würde eben damit aufhören, Verteidiger zu sein, würde gegen sein Mandat handeln.

Das ist so klar, dass prinzipiell darüber kein Wort zu verlieren ist. Es wird auch nur vorgeführt, um zu illustrieren, dass unsere Keuschheit in der Ministerfrage uns geradezu unerhört billig zu stehen kommt. Jeder Gewissenskampf, jeder Zweifel daran, ob wir auch richtig handeln, ob wir von dem Pfund, das wir zu verwalten haben, wirklich den bestmöglichen Gebrauch machen, bleibt uns

hier erspart. Es ist kein geringes Pfund, es wiegt jetzt 3 Millionen Stimmen im Deutschen Reich, aber für die Frage der Ministerbesetzung wiegt es gleich null, und ob wir vor die Null ein Minuszeichen oder ein Pluszeichen setzen, ist auch in der politischen Arithmetik absolut egal.

Aber wenn wir mit unserem Pfund in der Ministerfrage so wenig anfangen können, so ist es im übrigen doch viel zu bedeutend, als dass wir sonst der Frage enthoben wären, ob wir wirklich noch immer den besten Gebrauch von ihm machen, ob wir es auch heute noch so verwerten, wie es überhaupt verwertet werden kann. Jedes quantitative Wachstum ist mit einer qualitativen Veränderung verbunden: eine so bedeutende Zunahme ihrer Anhängerschaft, wie die deutsche Sozialdemokratie sie in den letzten Jahren erfahren hat, muss sich alsbald auch in einer Veränderung ihres Einflusses auf das soziale und politische Leben des Landes geltend machen und damit auch ihre politische Taktik beeinflussen. Wie steht es in dieser Hinsicht bei uns?

Im *Mouvement Socialiste* erhebt Genosse Robert Michels eine schwere Anklage gegen die deutsche Sozialdemokratie. In durchaus unpersönlicher Form, was anerkannt werden soll, aber mit um so grösserer Schärfe in der Sache, wirft er den deutschen Gewerkschaftsführern und den Führern der politischen Partei vor, dass sie um kleinlicher ökonomischer beziehungsweise politischer Pfennigpfuchserei willen ihre höheren Aufgaben vernachlässigten oder ganz im Stich liessen. Er fasst seine Anklage, soweit sie die Partei betrifft, folgendermassen zusammen: »Die Furcht, ihre Wähler und ihre Ersparnisse zu verlieren, das ist das *höchste Gesetz* der Sozialdemokratie. Diese Furcht erklärt ihre schläfrige Strategie und ihre Passivität. Diese Furcht ist es, die aus der deutschen Sozialdemokratie — trotz ihrer grossartigen Hilfsmittel an Menschen und Geld — die schwächste aller sozialistischen Parteien macht und uns den Schlüssel gibt für ihre Haltung in der Frage des Krieges und des Militarismus.« Besagte Haltung war von Michels vorher unter Bezugnahme auf die Vorgänge in den Tagen, wo die Marokkofrage akut wurde, als philisterhaft, träge und kleinmütig hingestellt worden. Er hebt hervor, dass damals von seiten des französischen Gewerkschaftsbundes die Aufforderung an die Führer der deutschen Sozialdemokratie erging, Gegendemonstrationen gegen den Krieg zu veranstalten. Aber dieser ihrer, wie auch einer in der Tendenz ähnlichen Anregung des internationalen Bureaus gegenüber habe man Formalitäten entgegengehalten, um faktisch nichts zu tun. Man sei nicht aus dem parlamentarischen Schneckenhaus herausgetreten. Eine Reichstagsrede Bebels habe einige gute Stellen enthalten, aber schliesslich eigentlich nur für das Proletariat das Recht reklamiert, nach eigenem Geschmack Kriege auszuwählen: »Wenn er [Bebel] die Diplomatie in der Marokkofrage kritisierte, so nicht damit, dass er unnachgiebig die Arbeiterklasse jenem *Vaterland* genannten Wesen der bürgerlichen Welt gegenüberstellte, sondern nur, weil die Rechte, welche die deutschen Arbeiter in ihrem Vaterland haben, ungenügend sind. Was Bebel den herrschenden Klassen vorhielt, reduzierte sich ganz einfach darauf: die deutsche Bourgeosie hat im Kriegsfalle so lange nicht auf die Beihilfe des Proletariats zu rechnen, als sie ihm nicht das . . . Stimmrecht gibt. Erst dann, wenn sie das Stimmrecht in der Tasche haben, werden die Arbeitermassen sich leichter entschliessen, zu gehorchen.« Die *Leipziger Volkzeitung,* fährt Michels fort, habe den Worten Bebels eine radikalere Auslegung zu geben gesucht, aber sie habe damit

in der deutschen Partei keinen Anklang gefunden. Die Partei liebe diese Sprache nicht. Nun habe sie eine gewisse Entschuldigung im Höhegrade der Reaktion in Deutschland, aber diese Reaktion sei selbst zum Teil ihre Schuld. Ihr fehle der wahre Opfermut, die Regierungen wüssten, dass ihre Drohungen nichts als Drohungen seien, und gäben kein Titelchen ihrer Privilegien auf. Beherrscht von der Sorge um den Kriegsfonds, den sie mit der Pfennigfuchserei eines Kleinbürgers anhäufe, verliere sie völlig den Sinn für die Zwecke des Kriegsfonds.

So Michels. Abgesehen von der prinzipiellen Gegnerschaft, die aus seinen Worten spricht, und auf deren Konto man auch die tendenziös zugespitzte Auslegung der Rede Bebels zu setzen hat, gibt sein Aufsatz einer Empfindung Ausdruck, die auch in solchen Kreisen der auswärtigen Sozialdemokratie ziemlich verbreitet ist, in denen man über das Wesen des Vaterlandes anders denkt, als er und die massgebenden Mitglieder der französischen Gewerkschaftskonföderation. Durch die ganze sozialistische Welt geht ein Gefühl der Enttäuschung über das Missverhältnis zwischen der numerischen Stärke der deutschen Sozialdemokratie und ihrem Einfluss auf die deutsche Politik. In freundschaftlich-schonender Form hat ihm Jaurès auf dem internationalen Kongress zu Amsterdam /1904/ Ausdruck gegeben, als er in seiner eindrucksvollen Rede gegen die Internationalisierung der Dresdener Resolution darauf hinwies, welch grosse Gefahr für den Frieden und die freiheitliche Entwickelung Europas in der Machtlosigkeit der deutschen Sozialdemokratie bestehe.

Und, warum sollen wir es uns verheimlichen, steckte nicht in diesem Wort ein grosses Stück Wahrheit? Musste es nicht jedem Nichtdeutschen auffallen, wie gleichmütig kühl sich die grösste sozialistische Partei der Welt verhielt, als der Marokkohandel Deutschland um Haaresbreite vor die Eventualität eines Krieges mit Frankreich brachte? Allerdings hatte man in den Reihen unserer Genossen keine rechte Vorstellung von der Erregung, die in jenem Moment durch das ganze nichtsozialistische Frankreich ging, man hielt einfach für undenkbar, was Kenner von Land und Leuten in dieser Hinsicht versicherten, man war vielmehr der sicheren Überzeugung, dass es um Marokkos willen nicht zum Kriege kommen würde. Indes, wenn diese Überzeugung auch durch den Verlauf der Ereignisse Bestätigung erhalten hat, so stösst das die Tatsache nicht um, dass die deutsche Sozialdemokratie passiv blieb, wo ihre politische Mission Aktivität erfordert hätte. Denn der Privatmann darf jeweilen auf von selbst sich vollziehende Beilegung solcher Konflikte hoffen, Parteien aber müssen handeln, um allen Eventualitäten vorzubeugen. Die Sache ist eben die, dass die deutsche Sozialdemokratie, bei aller Internationalität der Gesinnung, überhaupt keine auswärtige Politik hat.

Wie sollte sie auch dazu kommen, eine solche Politik zu haben? Hat denn überhaupt eine Partei, eine Klasse in Deutschland eine auswärtige Politik? Das ist ein Ding, wofür dem Deutschen jeder Sinn fehlt. Denn der Russenhass der 1848er Demokratie war wohl gegen ein auswärtiges Land beziehungsweise dessen Regierer gerichtet, aber eine auswärtige Politik war er darum noch lange nicht. Ebensowenig war der Engländerhass unserer Alldeutschen eine auswärtige Politik, sondern nur deren Karikatur. Eine auswärtige Politik kann nur ein Volk haben, das in dem Gefühl lebt, dass zuletzt es selbst, und nicht die jeweilig Regierenden, die Politik des Landes bestimmt. Dies Gefühl hat das

deutsche Volk nie haben können, weil es nie auch nur die Illusion einer solchen Mitbestimmung gehabt hat. Daher seine Indifferenz oder vielmehr, richtiger ausgedrückt, seine Fremdheit all diesen Fragen gegenüber. Es hat noch nicht gelernt, sie als seine Fragen aufzufassen. In Berlin ist 1878 jener Vertrag geschlossen worden, durch den die Grossmächte Europas die Verpflichtung übernahmen, für die Schaffung geordneter Rechtszustände in Türkisch Armenien zu sorgen. Aber versuche es einer, dem deutschen Volke klarzumachen, dass damit ein Stück dieser Verpflichtung auch auf es übergegangen ist! Man wird ihn einfach nicht verstehen.

Das Gefühl oder auch nur die Illusion der Macht lässt sich einem Volke nicht anerziehen, wenn ihm die Tatsache seiner Unmacht jederzeit greifbar vor Augen steht. Und ebenso ist es mit dem revolutionären Empfinden. Gesprochen und geschrieben ist davon sehr viel in unserem Volke. Aber wer da glaubt, dass es in unserem Volk lebe, der täuscht sich. Natürlich ist das Wort *revolutionär* sehr auslegungsfähig, und in irgend einem übertragenen, objektiv-historischen Sinn ist es auch bei uns in die Köpfe übergegangen. Aber in dem Sinne revolutionär, dass er jederzeit bereit wäre, es mit der eingesetzten Behörde aufzunehmen, ist der Deutsche nicht, ist er es niemals gewesen. Wir haben in Verbindung mit den Demonstrationen des 18. März viel davon zu lesen bekommen, dass das deutsche Bürgertum die Revolution von 1848 verraten habe. *Bürgertum* ist auch wieder ein Wort, unter dem man sich alles mögliche denken kann: Grossbourgeois, Mittelbourgeois, Kleinbürger. Die Gross- und Mittelbourgeois bildeten 1848 eine kleine Minderheit der Bevölkerung und wären gar nicht im stande gewesen, die Revolution zu verraten, wenn die grosse arbeitende Masse der Bevölkerung, Kleinbürger, Bauern, Arbeiter, revolutionär gewesen wären. Dass diese nicht revolutionär waren, daran ist die Märzrevolution, soweit sie überhaupt verloren ging, gescheitert. Das Dreiklassenwahlsystem wurde im Mai 1849 oktroyiert. In jenen Tagen hatte sich das Volk in Baden und der Pfalz — diesen Oasen der Revolution — erhoben, obwohl ihm solch ein Schlag nicht geboten war. Warum blieb es in Preussen ruhig, warum regte sich so gut wie nichts in Berlin?

Seien wir doch vor allem gegen uns selbst wahr, und plappern wir nicht beständig die Redensarten nach, mit denen die Demokraten von 1848 sich über ihre Niederlagen zu trösten suchten! Es ist wirklich an der Zeit, Inventur zu halten in der überkommenen Phraseologie und mit dem Legendenkram aufzuräumen, der unser Denken immer wieder irreführt. Denn, wenn auch Michels darin absolut unrecht hat, dass er in ganz oberflächlicher Weise auf eine kleinliche Sorge um die paar gesparten Mark — die man obendrein doch leicht sicherstellen könnte — ein Verhalten zurückführen will, das seine wirkliche Erklärung im Wesen unseres Volkes findet, so haben er und andere doch darin recht, dass zwischen der Sprache der deutschen Sozialdemokratie und ihrem wirklichen Verhalten eine Inkongruenz besteht. Unsere Sprache ist, namentlich auf Kongressen, antiparlamentarisch-revolutionär, unsere Praxis aber ist — wenn man den Begriff *revolutionär* so nimmt, wie die Romanen ihn auffassen: als Ausdruck der Tendenz zu gewalttätiger Erhebung — antirevolutionär-parlamentarisch. Wir sind keine Revolutionspartei, sondern eine Partei der gesetzlich-parlamentarischen Aktion. Von Jahr zu Jahr werden wir es mehr. Immer intensiver widmen wir uns im Reich, wo wir es können,

im Staat und nicht zum wenigsten in den Gemeinden der parlamentarischen Gesetzgebung und Verwaltung. Aufgaben, an denen wir früher achtlos oder selbst nichtachtend vorbeigingen, werden heute von uns mit einem Ernst und Eifer behandelt, die im Lichte der alten Phraseologie oft etwas komisch anmuten, aber im Zusammenhang mit der wirklichen Natur unserer Kampfesweise ihre volle Berechtigung haben, notwendig und nützlich sind. Nimmt man den Begriff *parlamentarisch* als Bezeichnung einer Methode, statt ihn auf die Betätigung in den Gesetzgebungskörpern zu beschränken, dann ist auch unsere Gewerkschaftsbewegung in ihrem innersten Wesen parlamentarisch, strebt sie nach parlamentarischer und nicht nach revolutionärer Durchführung ihrer Aufgaben. Nicht weil, wie Michels meint, ihre Beamten es so wollen, sondern, weil es dem ganzen Wesen der deutschen Entwickelung und deutschen Zustände entspricht.

Revolutionäre oder sich für revolutionär haltende Leute mögen das bedauern, aber sie haben kein Recht, hier Verurteilungen auszusprechen. Sie haben ein solches Recht um so weniger, als das, was die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Weise auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet geleistet hat, sich ohne Zagen in der sozialistischen Welt sehen lassen kann. Ich zweifle sehr, ob die französische *Confédération générale,* in deren Ohren das Lied des Genossen Michels Musik sein wird, auch nur die Hälfte dessen für ihre Mitglieder erkämpft hat, die Hälfte des Einflusses auf ihre Industrie ausübt, wie die *kleinmütige,* Gelder aufhäufende deutsche Gewerkschaftsbewegung. Mir will vielmehr diese *revolutionäre* Gewerkschaftlerei als ein verlängertes Kindheitsstadium erscheinen, bei dem dann die Vorteile des jeweiligen Elan durch den Mangel der Beständigkeit immer wieder aufgewogen werden.

Über diesen Punkt und die neue Gewaltstheorie Sorels, jetzt des Theoretikers des *revolutionären Syndikalismus,* ein andermal. Um bei der politischen Partei der Sozialdemokratie zu bleiben, so ist selbstverständlich die Erklärung ihrer politischen Unmacht keine Anerkennung, dass alles, was in dieser Hinsicht ist, schön ist und so zu bleiben verdient. Wir sollen nur erkennen, warum es so ist, und aus der Erkenntnis die sich ergebenden Folgerungen ziehen. Und da erhebt sich immer wieder die Frage, ob nicht die deutsche Sozialdemokratie dadurch einen grossen Teil ihrer grossen agitatorischen und organisatorischen Leistungen selbst wieder sterilisiert, dass sie mit einer Taktik, die den deutschen Verhältnissen durchaus entspricht, die als deren natürliches Produkt sich sozusagen von selbst aufgedrängt und durchgesetzt hat, eine offizielle Phraseologie verbindet, die ihr immer weniger entspricht. Was wir sind, sollen wir streben, ganz zu sein. So nur werden wir dazu kommen, die Ereignisse zu lenken, statt uns von ihnen tragen zu lassen. Bisher ist uns das letztere stets geglückt, weil unsere Gegner es mit merkwürdigem Geschick verstanden haben, immer wieder neues Wasser auf unsere Mühle zu lenken. Den Erfolgen, die wir auf solche Weise als negierende Opposition erzielt haben und eben jetzt in der Frage der Reichsfinanzreform wieder erzielen, steht ein sehr magerer Rekord in Erfolgen der fordernden Opposition gegenüber.

Ist das notwendig? Oder machen wir nicht unseren Gegnern beziehungsweise den Regierenden das *Nein*sagen oft leichter, als wir, bei voller Aufrechterhaltung des grundsätzlichen Charakters unserer Opposition, brauchten? Denn, um jeder Missdeutung vorzubeugen, das Anerkennen des parlamentarischen Charakters

unseres Kampfes bedeutet noch nicht das geringste Preisgeben des Unterschiedes, der die Sozialdemokratie als Partei der Arbeiterklasse von allen anderen Parteien trennt. Die Sozialdemokratie hat Aufgaben zu erfüllen, denen sie gar nicht gerecht werden kann, ohne sich als Klassenpartei der Arbeiterschaft, als Glied der internationalen Bewegung der Arbeiterklasse zu fühlen. Selbst vom Standpunkt der ganz objektiven Dynamik des Parteilebens ist die Existenz und kraftvolle Betätigung einer solchen, der Sonderinteressen des bürgerlichen Eigentums ledigen Partei heute eine Notwendigkeit. Also hieran darf und soll nicht gerüttelt werden. Aber gerade das Bewusstsein der Geschlossenheit in diesem Punkte muss uns zu grösserer Freiheit im Handeln führen, als es heute der Fall ist. Das Wort von der Unmacht der deutschen Sozialdemokratie hat nur bedingte Richtigkeit. Die Partei ist eine sehr bedeutende Macht, wenn auch eine Macht, die mehr indirekt, als direkt wirkt. Aber sie ist doch selbst in dieser Hinsicht nicht die Macht, die sie ihrer numerischen Stärke und der Disziplin ihrer Anhänger nach sein könnte und deshalb auch sein sollte. Um Formeln willen, die unter dem Einfluss der Entwickelung der Verhältnisse jede Berechtigung verloren haben, vergräbt sie ihr Pfund. Sie und, wie wir gesehen haben, andere sozialistische Parteien. Es ist ein fast dramatischer Kampf, den wir bald in dem einen, bald in dem andern Land — so neuerdings wieder in Holland — sich abspielen sehen: der Kampf der Einsicht in die Notwendigkeiten der veränderten politischen und wirtschaftlichen Zustände mit den unter ganz anderen Verhältnissen abgeleiteten Satzungen. Ehe sie aber in diesem Kampf ihr Niveau gefunden haben werden die sozialistischen Parteien nirgends dem höchsten Gebote gerecht werden, das da lautet: Leiste, was du kannst!

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

WILHELM SCHRÖDER · SOZIALDEMOKRATIE UND KIRCHE



URZEIT steht wieder einmal das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Kirche auf der Tagesordnung. Der preussische Schulgesetzentwurf hat den Anstoss zu einer Agitation gegeben, die auf den Austritt aus der Landeskirche hinzielt. Sie geht von den freireligiösen Gemeinden aus und findet in sozialdemokratischen Kreisen hier und da Billigung und Unterstützung. Im *Vorwärts* vom 27. Januar wurde mit Genugtuung konstatiert, dass die am 21. Januar in den Wahlrechtsversammlungen verteilten Flugblätter der Freiligiösen schnell vergriffen waren, und in einer Polemik mit der *Vossischen Zeitung* spottete unser Berliner Parteiorgan dann weidlich über den Vorschlag des liberalen Blattes, dass die Arbeiterschaft nicht der Kirche den Rücken kehren, sondern sich an den Kirchenwahlen beteiligen sollte. Im selben Sinne bewegte sich eine Plänkelei, die zwischen dem Berliner und dem Münchener Parteiblatt ausgebrochen war, weil das Münchener Blatt »freudestrahlend« über einen sozialdemokratischen Sieg bei den Kirchenwahlen in Sendling und Schwabing berichtet hatte. Der *Vorwärts* stellte es den Parteigenossen frei, die Beteiligung an solchen Wahlen, die in früheren Tagen übrigens gar nicht so abnorm war, je nach Auffassung und Tempera-

ment als Verstoss gegen die Parteiprinzipien oder als harmlose Schrulle anzusehen, hielt es also für ungehörig, wenn Sozialdemokraten, sei es immer in welcher Absicht, sich an den Arbeiten der Kirche beteiligen. Nun kann man allenfalls aus der den Münchenern erteilten Rüge herauslesen, dass das Berliner Blatt die Stelle von der *Erklärung der Religion zur Privatsache* im Parteiprogramm so aufgefasst wissen wollte, dass sie nicht nur für die sozialistische Gesellschaft gelten, sondern dass es heute schon in das Belieben jedes einzelnen Parteigenossen gestellt sein soll, ob er je nach Neigung sich für seine Person religiös oder religionsfeindlich betätigen will, dass man aber nur nicht korporativ von Partei wegen für oder gegen Kirche und Religion eintreten dürfe. Aber dafür, dass so ein rein formeller Verstoss gegen das Parteiprogramm nicht gemeint war, spricht die Erfahrung, dass eine antireligiöse Propaganda in sozialistischen Organisationen wohl kaum gerügt wurde, von religiöser Propaganda an solcher Stelle hingegen noch nicht die Rede war. Vielmehr haben Sozialdemokraten immer, wo sie aus ihrer Reserve herausgetreten sind, sich gegen die geistlichen Mächte ausgesprochen, und zwar, ohne dass sie in der Parteipresse für die antikirchliche Propaganda an sich getadelt wurden. Höchstens, dass in katholischen Gegenden hin und wieder jemand auf die Hindernisse hinwies, die ein gar zu plump offenbarter Hass gegen die Religion der sozialistischen Agitation bereite. Wo aber jemand aus dem kirchlichen Lager zu uns kam, da entschuldigte er sich beinahe wegen der religiösen Gesinnung, die ihm auch als Sozialdemokraten noch anhafte, und mehr noch wegen seiner Zugehörigkeit zur Kirche, ein Fehler, den Genosse Göhre dadurch sühnt, dass er ebenfalls als Antwort auf die preussische Schulvorlage den Austritt aus der Landeskirche empfiehlt.

Gewiss ist nicht zu leugnen, dass unter den führenden Genossen in der Partei sich manche befinden, die von einer als parteioffiziell zu deutenden Kriegserklärung gegen die Religion nichts wissen wollen; aber diese Genossen halten es so selten der Mühe für wert, mit ihrer Ansicht hervorzutreten, dass es vor einiger Zeit schon Aufsehen machte, als ein wegen seiner bajuvarischen Höflichkeit besonders in Berlin beliebter Reichstagsabgeordneter es in öffentlicher Versammlung auf sich nahm, auf die gar zu dumme Frage nach der Stellung seiner Familienangehörigen zur Kirche die gebührende Antwort zu geben, die trotz aller satirischen Schärfe in diesem Fall wohl nicht einmal von dem Fragesteller verstanden wurde. An sich ist die der Kirche feindliche Haltung der meisten unserer Parteigenossen auch vollauf begreiflich. Protestantische, wie katholische Geistliche haben es seit dem ersten Auftreten der Sozialdemokratie für ihre wesentlichste Pflicht gehalten, die proletarische Partei zu bekämpfen. Sie sind mit solchem Eifer gegen die Männer und Frauen zu Felde gezogen, die an den Glauben vom ewigen Bestand der kapitalistischen Weltordnung zu rütteln wagten, dass dieser Eifer der Priesterschaft den Beinamen der *geistlichen Gendarmerie* eingetragen hat. Sie überlegten keinen Augenblick, ob es nicht vielleicht wirklich an der Zeit sei, eine neue Wirtschaftsordnung vorzubereiten, und dass die Religion, die an die zweitausend Jahre unter den verschiedensten wirtschaftlichen Daseinsformen sich am Leben erhalten hat, auch in einer sozialistischen Gesellschaft eine Wirkungsstätte finden könne. In diesem Glauben an die Schädigung von Religion und Kirche durch den *Zukunftsstaat* aber begegneten sich die Geistlichen nicht nur

mit minder hervorragenden Agitatoren der Sozialdemokratie, sondern auch mit manchen von deren Theoretikern. Vertreter der materialistischen Geschichtsauffassung waren der Ansicht, dass der Sozialismus als Erbe der klassischen Philosophie auch den Beruf habe, die Religion überflüssig zu machen; wenn die neue Ordnung der Dinge eine Weile etabliert sei, fühle der Mensch sich immer weniger von den Einwirkungen der Natur abhängig und habe deswegen keine Ursache mehr, einen Gott in Nöten um Beistand anzuflehen. So sterbe denn die Religion einen mehr oder weniger sanften Tod aus Überflüssigkeit und Altersschwäche. Das war die mildeste, abgeklärteste Auffassung; wer mitten im Kampfe stand, äusserte sich schroffer. Und was in ungebildeten Kreisen für Worte fielen, braucht wohl kaum angedeutet zu werden. Mit Sorgfalt wurden solche religionsfeindlichen Äusserungen selbstverständlich von der Geistlichkeit gesammelt und den getreuen Schäflein als abschreckendes Beispiel vom Wesen der Sozialdemokratie vor Augen gehalten.

So hält sich das Mass von Schuld auf beiden Seiten die Wage, so ist aber auch in der deutschen Sozialdemokratie ein Zustand hervorgerufen, der die Frage angebracht erscheinen lässt, ob es denn wirklich der Verbreitung unserer Ideen förderlich ist, wenn wir Kirche und Religion als unsere Todfeinde betrachten. Ich bin nicht berufen, mich auf den mir fremden Pfaden philosophischer Erwägungen zu ergehen und zu erörtern, ob und in wie weit die materialistische Geschichtsauffassung mit dem Wesen des Sozialismus verquickt ist, ob Christentum und Sozialismus sich wirklich wie Feuer und Wasser scheiden, oder ob diejenigen recht haben, die den Sozialismus für die Vollendung des christlichen Gedankens halten, in ihm die Krönung der Lehre Jesu sehen. All diese Fragen treten zurück vor den rein praktischen, welche die Gegenwart und eine hoffentlich in nicht allzu weiter Ferne liegende Zukunft stellen. Die Gegenwart wirft, wie gesagt, die Frage auf, ob die religions- und kirchenfeindliche Haltung so mancher Sozialdemokraten dem Sozialismus einen ähnlichen Gewinn gebracht habe, wie der Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung und ihre profanen Stützen. Wohl nur wenige werden diese Frage bejahen. Es wäre töricht, eine Anklage zu erheben, und es soll durchaus zugegeben werden, dass die feindliche Haltung unserer Parteigenossen notwendig war infolge der Stellung, welche die Diener der Kirche der sozialistischen Lehre gegenüber eingenommen haben. Wenn in diesem Kampfe von unserer Seite gar oft ein Wort zu viel gesagt wurde, so ist das in jeder Hinsicht begreiflich, da nicht allein manchen Geistlichen fast jedes Kampfmittel recht war, sondern auch der Staat sich der Kirche innig verschwistert fühlte und mit seinen plumpen Polizeiwaffen zu ihren Gunsten derart in den Streit eingriff, dass den einsichtigen Priestern bei aller Feindschaft gegen die Sozialdemokratie ob solchen Beistandes angst und bange werden musste. Aber diese günstige Chance, dieser erklärliche und gerechtfertigte Standpunkt hilft nicht über die Tatsache hinweg, dass der Gewinn im Kampf dem Einsatz nicht entspricht. Die Agitation für den Austritt aus der Landeskirche dauert Jahrzehnte, und sie ist mit beträchtlichem Aufwand von Mühe geführt worden. Wo irgend ein Haken sich einschlagen liess, geschah es. Benahm ein Pastor sich unangemessen am Grabe eines Sozialdemokraten, wurden die Kirchensteuern am Orte erhöht, wurde zu gunsten des kirchlichen Einflusses die Verwaltung oder gar die Gesetzgebung in Bewegung gesetzt: kein Anlass ging

vorüber, ohne dass die freireligiöse Agitation unter dem mehr oder weniger nachdrücklichen Beistand sozialdemokratischer Blätter mit Eifer eingriff. Was war das Fazit dieser unausgesetzten Mühen? Gewiss, der kirchliche Sinn hat namentlich in der protestantischen Bevölkerung immensen Schaden gelitten, es ist vor allem bei dem grossstädtischen Proletariat eine Gleichgültigkeit in religiösen Dingen eingetreten, wie nie zuvor in der Geschichte des Christentums; und diese Gleichgültigkeit erfüllt namentlich die protestantische Kirche mit schwerer Sorge, treibt sie in ihrer nervösen Unruhe zu so kostspieligen und nutzlosen Experimenten, wie wir sie in der Berliner Kirchenbauerei der Zeit seit 1888 vor uns haben. Nur ist zu erwägen, ob diese Gleichgültigkeit eine Folge der antikirchlichen Agitation ist, oder ob sie nicht vielmehr in dem gebrechlichen Zustande der preussisch-protestantischen Kirche selbst ihre Ursache hat. Letzteres muss unbedingt bejaht werden. Einmal, weil wir sehen, dass die klüger geleitete und vom Staat fast unabhängige katholische Kirche trotz aller Angriffe ziemlich vollkräftig dasteht und sich nach wie vor auf zahlreiche Volksmassen stützen kann, und dann, weil der positive Gewinn, soweit man ihn folgerichtig in nennenswerten Austrittserklärungen, in einem beträchtlichen Wachstum der freireligiösen Gemeinden sehen will, denn doch gar gering anzuschlagen ist und unter den Leitern der Agitation wohl kaum einen befriedigen dürfte.

Seien wir ehrlich. So stark im deutschen Proletariat das Bedürfnis ist, dem Unmut über die schlimmen politischen und wirtschaftlichen Zustände durch Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel bei den Reichstagswahlen, durch Anschluss an die gewerkschaftlichen Organisationen Ausdruck zu geben, so gering ist die Neigung, gegen Religion und Kirche laut zu protestieren. Gewiss, die Zahl der positiven Christen, ja auch nur der gelegentlichen Kirchenbesucher ist gering im Proletariat, aber ebenso gering ist die Zahl derer, die es der Mühe für wert halten, ihrem Bruch mit der Religion dadurch offen Ausdruck zu geben, dass sie ihren Austritt aus der Landeskirche erklären und ihre Kinder nicht taufen lassen. Alle Agitation in dieser Richtung hat kein befriedigendes Ergebnis gehabt und wird auch trotz aller reaktionären Schulgesetze nur mit mässigem Gewinn abschliessen. Es mag paradox klingen, ist aber dennoch wahr, dass diese Gleichgültigkeit sowohl gegen die Kirche, wie gegen die antikirchliche Bewegung in gewissen religiösen Empfindungen des Proletariats, vor allem seiner weiblichen Mitglieder, seine Ursache hat. Die deutsche Arbeiterfrau ist durchaus damit einverstanden, dass ihr Mann sozialdemokratisch wählt, und begreift auch allmählich, dass er zur Verbesserung seiner Lage einen Teil des Arbeitseinkommens der modernen Sparkasse, der Gewerkschaft, zutragen muss; sie wehrt sich, von ganz seltenen Ausnahmefällen abgesehen, aber mit Händen und Füssen gegen einen öffentlichen Bruch mit der Kirche und ist unglücklich, wenn das Machtwort des Mannes ihren Kindern die Taufe verwehrt. Die Arbeiterfrau fühlt, dass die Diener der protestantischen Kirche ihrem proletarischen Empfinden mit ebensowenig Verständnis begegnen, wie dem ihres Mannes; es berührt sie eisig kalt, wenn sie vernimmt, wie wenig so ein Pastor vom Volk, seinem Elend, seinem Verlangen weiss. Aber mit Kirche und Religion will sie bei alledem nicht brechen. Und nicht allein die Arbeiterfrau, auch mancher Arbeiter steht auf diesem Standpunkt. Dass aber die Religion dort, wo ihre Diener zuweilen den

Ton des Volkes zu treffen wissen und zum grossen Teil gar aus dem Volk hervorgegangen sind, noch in Macht und Ansehen steht, zeigt die katholische Kirche. Ihre Kapläne bekämpfen zwar die als religionsfeindlich verschrieene Sozialdemokratie nicht minder eifrig, wie die protestantischen Pastoren, doch kommt ihnen selbst im Traum nicht die Befürchtung, dass die Grundpfeiler der Kirche von der Sozialdemokratie erschüttert werden könnten. Mit Gemütsruhe sieht der erfahrene Priester, wie auch heute noch übereifrige Feinde der Religion sich an ihren granitnen Säulen den Schädel einrennen.

Und die Priester können ruhig sein. Gewiss hat die weltliche Macht der katholischen Kirche seit der Reformation und vor allem im XVIII. und XIX. Jahrhundert erhebliche Einbusse erlitten; diese Kirche denkt aber gar nicht daran, sich auf ihr Ende vorzubereiten, sie fühlt sich heute so rüstig und lebensfreudig, wie nur je. Mit dieser Tatsache aber und auch mit dem dunklen religiösen Drange der Volksmassen, der trotz allem auch in protestantischen Gegenden eines Tags wieder zum tätigen Leben erwachen kann, muss die Sozialdemokratie rechnen. Sie kann dies um so ruhiger, als ihre Ziele zu erreichen sind, ohne dass sie mit der Religion zu kollidieren braucht. Die religionsfeindlichen Agitatoren unter uns ignorieren gar zu leicht die Macht des Gemüts beim Gebildeten und Ungebildeten, eine Macht, in der die Religion ganz wesentlich wurzelt, und die in der Beschäftigung mit den doch im wesentlichen wirtschaftlichen Problemen des Sozialismus nicht völlig zur Geltung kommen, keine genügende Befriedigung finden kann. Diesen nicht wegzudisputierenden Wesenszug auch des deutschen Volkes hat die Sozialdemokratie aber mit in Rechnung zu stellen.

Man komme nicht mit dem billigen Einwand, dass die Tage der Kirche früher oder später dennoch gezählt seien! Ganz gewiss wird auch den christlichen Religionen eines Tages die Sterbestunde ebenso schlagen, wie den Religionen vergangener Völker. Aber so weit sind wir eben noch lange nicht, und wenn wir wollen, dass der Sozialismus nicht im IV. Jahrtausend unserer Zeitrechnung, sondern im XX. Jahrhundert das leitende Prinzip der Volksgemeinschaften werde, dann kommen wir über Religion und Kirche nicht hinweg. Ihr Fonds im Volke wird trotz schlechten Wirtschaftens auch in diesem Jahrhundert noch recht ansehnlich bleiben. Das mag schmerzlich für die zahlreichen Gegner der Kirche in unseren Reihen sein, ist aber nicht zu ändern, am wenigsten mit den bisher unter uns beliebten Mitteln. Den Parteigenossen, die nun einmal den Lehren des grossen Paulus und des kleinen Katechismus ewige Feindschaft geschworen haben, sei das Scherzwort ins Gedächtnis gerufen, dass wenigstens der kleine Katechismus das beträchtlichste Argument gegen seine Lehren auf der letzten Seite selbst enthält: das Einmaleins nämlich. Wie mit den ewigen Wahrheiten dieser letzten Seite auch der ärgste Religionsfeind sich zufrieden geben kann, so kann er, wenn er sich die Wirkung vor Augen führt, auch mit dem gegenwärtigen Zustand enger Verschwisterung von Kirche und Staat einverstanden sein. Diese enge Verbindung des Konkreten und Abstrakten, weltlicher und geistlicher Macht lähmt die Tatkraft der Kirche, macht sie siech und im Volke verhasst, offenbart gar grausam den Gegensatz zu ihrem Stifter, dessen Reich nicht von dieser Welt war. Die selbe Kirche aber, die in Preussen an einer scheinbar kaum zu heilenden Schwäche leidet, ist voller Lebenskraft und hat einen beträchtlichen Einfluss auf das

Leben des Volkes in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo sie völlig vom Staate losgelöst ist, wo die sozialdemokratische Programmforderung der *Erklärung der Religion zur Privatsache* eines der Grundgesetze der Verfassung bildet. In den Vereinigten Staaten geniesst die Kirche noch nicht einmal das Glück, vom Staate bekämpft zu werden; was eine solche Gunst des Geschicks bedeutet, das wissen wir aus der Geschichte des preussischen Kulturkampfs. Es ist immer von Nutzen, seine Hoffnung auf Gewinn nicht übermässig hoch zu spannen, und so sollten wir auch bei dem Gedanken an die siegende Macht des Sozialismus der Kirche gegenüber uns vor Überschwenglichkeiten hüten. Ein Kulturkampf gegen Kirche und Religion hat auch seine Schattenseiten und lässt die Frage, wer schliesslich den Gewinn davontragen wird, selbst dann sehr unentschieden, wenn nicht preussische Bureaukraten ihn unter dem Beifall der Nationalliberalen, sondern Verwaltungsbeamte der sozialistischen Gesellschaft ihn rein mit des Geistes Schwert und mit Unterstützung beträchtlicher Volksschichten von solcher Intelligenz führen, wie sie sich heutigen Tags nur in den sozialdemokratischen Wahlvereinen preussischer Grossstädte anzusammeln pflegt. Uns auf die siegende Gewalt der materialistischen Geschichtsauffassung, überhaupt auf unsere Wissenschaftlichkeit, allein zu verlassen, ist recht schön und am Ende noch das Gescheiteste, verfängt aber gegenüber der zum nicht geringen Teil auf dem Gemüt des Menschen basierenden Geistesmacht der Kirche und der Religon recht wenig. Wir werden mit dem Fortbestand, ja mit einer zeitweilig wachsenden Bedeutung von Kirche und Religion auch in der sozialistischen Gesellschaft zu rechnen haben. Vielleicht ist das Unglück gar nicht einmal so schlimm, der Gedanke daran gar nicht einmal so empörend, wie mancher unter uns es sich vorstellt. Unseren Grundsatz des *gleichen Rechts für alle* brauchen wir auf rein geistigem Gebiet nur unserem Gegner gegenüber anzuwenden und mit der denn doch nicht zu weit entfernten Möglichkeit zu rechnen, dass die Vertreter und Interessenten der Kirche auch Intelligenz in sich tragen. Diese Herren sind aber viel zu gescheit, um sich nicht auch den Einrichtungen des *Zukunftsstaates* anzupassen, sobald sie einsehen, dass sie ihm nicht entrinnen können. Wahrscheinlich aber suchen sie weit früher schon sich an den Sozialismus zu gewöhnen. Die Geschichte des Sozialismus in anderen Ländern ist ja nicht ganz ohne Beispiele dieser Art. Auf die Lebensfähigkeit von Kirche und Religion auch in der sozialistischen Gesellschaft sollten aber auch wir Sozialdemokraten uns beizeiten einrichten. Schärfster Kampf jedem Priester, der die Religion zu sozialistenfeindlichen Verleumdungen missbraucht! Aber die Religion und selbst die Kirche in den Fällen, wo sie sich nicht eng mit dem Kapitalistenstaat verquickt fühlt, sollten wir ungeschoren lassen. In der Gegenwart erleichtert diese ehrliche und mit aller Wissenschaftlichkeit unseres Programms sehr wohl zu vereinbarende Neutralität die Agitation unter den beträchtlichen Volksschichten, die nicht mit der Religion gebrochen haben und ihr zum Teil noch mit Verehrung anhängen. In kommenden Jahrzehnten sind wir mit der wachsenden Ausdehnung unserer Macht aber wahrscheinlich weit mehr noch, als heute, auf diese Neutralität angewiesen. Wenn auch alle Punkte unseres Parteiprogramms revisionsbedürftig wären, so am allerwenigsten der von der *Erklärung der Religion zur Privatsache*.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ADELHEID POPP · DIE ÖSTERREICHISCHE WAHLREFORM UND DAS FRAUENWAHLRECHT


IE berüchtigte fünfte Kurie hat ausgelebt. Sie ist im heissen Sturm von der Arbeiterschaft niedergerungen worden. Am 30. Januar hat sich das Parlament versammelt, dem die geschichtliche Aufgabe zufällt, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in Österreich durch Gesetzeskraft einzuführen. Dem bisher so unfruchtbaren, jetzt plötzlich so unheimlich fruchtbaren Parlament ist noch eine rühmliche Aufgabe beschieden, es hat die Privilegien, auf Grund deren es gewählt ist, zu beseitigen. Leicht geht ja diese Amputation nicht vor sich, aber sie wird vollzogen werden. An dem Ministerium Gautsch sieht man so recht, wie sich die Dinge wandeln. Vor kurzem noch ein Gegner der Wahlreform, ist der österreichische Ministerpräsident jetzt ihr Verteidiger. Die Sprache der österreichischen Arbeiter war eine so ernste, eine so eindringliche, dass sich niemand ihrer Wirkung entziehen konnte.

Im September 1905 wurde man von dem Wahlrechtsprogramm Kristoffys, des ungarischen Ministers des Innern, überrascht. Kristoffy bekannte sich als unbedingten Anhänger des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, und das Ministerium Fejervary erhielt vom Kaiser die Vorsanktion zur Einführung dieses Wahlrechtes in Ungarn. Darauf versammelte sich ein Ministerrat unter dem Vorsitze des Kaisers, dessen Resultat war, dass das Programm Kristoffys als gescheitert betrachtet wurde. Baron Gautsch hatte schwere Bedenken geäussert, er fürchtete die Wirkung, die das allgemeine Wahlrecht in Ungarn auf die österreichische Arbeiterschaft ausüben würde. Nun begann der Kampf der österreichischen Arbeiter gegen Gautsch. Die *Arbeiter-zeitung* stand da an erster Stelle. Eine Reichskonferenz, die in Wien tagte, bekundete die festeste Entschlossenheit, sich diese Haltung des Ministerpräsidenten nicht gefallen zu lassen. Das Parlament wurde eröffnet, und Gautsch wurde von den Sozialdemokraten mit einem Sturme begrüsst, in dem sich all das äusserte, was zum Kampfe gegen ihn bewogen hatte. Aber das Wunderbare ereignete sich: die Sozialdemokraten blieben allein. Alle die Parteien und Parteichen, die sonst nicht spröde waren, wenn es gegen die Regierung ging, schwiegen. Gautsch wehrte die Anklage ab, dass er, dem Einflusse mächtiger Erzherzoginnen sich fügend, die Wahlreform in Ungarn verhindert hätte. Er verwahrte sich gegen den Vorwurf, ein Feind des allgemeinen Wahlrechts zu sein, nur für zeitgemäss hielt er es noch nicht.

So stand die Sache am 9. Oktober. In den Kronländern wurden die Landtage eröffnet, und die sozialdemokratische Arbeiterschaft Prags proklamierte für den Tag der Landtagseröffnung die Arbeitsruhe. Ein grandioses Bild proletarischer Macht zeigte sich. Prag war an dem Tag von den Arbeitern beherrscht. Keine Hand regte sich zu produktiver Arbeit, keine Strassenbahn verkehrte, kein Laden war geöffnet. Eine Deputation begab sich zum Präsidenten des Landtages und zum Statthalter, dem Vertreter der Regierung, um die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zu unterbreiten. Prags glänzendes Beispiel wirkte in ganz Österreich. Wo ein Landtag eröffnet wurde, demonstrierten die Arbeiter und sandten Deputationen

zu den höchsten Landesbehörden. Eine Ausnahme machte Niederösterreich. In Niederösterreich ist Dr. Lueger Landmarschallstellvertreter; wer hätte es vermocht, dem christlichsozialen Landtag die Forderung nach einem gerechten Wahlrecht zu unterbreiten? Die Wahlrechtsbewegung war aber im Rollen. Gespannt wurde der Parteitag erwartet, der für den 29. Oktober und die folgenden Tage einberufen war. Zwei Punkte enthielt die Tagesordnung, auf die sich alles Interesse konzentrierte: die Frage des allgemeinen Wahlrechts und die des Massenstreiks. Das Referat über das Wahlrecht war fast zu Ende, da traf das Telegramm ein, das die erste Nachricht brachte von dem Zarenmanifest, das dem russischen Volke ein Parlament und die Erfüllung anderer Forderungen verhiess. Die Parteitagsteilnehmer sangen spontan revolutionäre Lieder, die *Marseillaise*, die *Rote Fahne*, der *Sozialistenmarsch* brausten, mit revolutionärster Begeisterung gesungen, durch den Saal. Das war um die Mittagszeit. Am Abend waren schon Tausende von Arbeitern auf der Ringstrasse. Vor der kaiserlichen Burg und vor dem Parlament ertönten Hochrufe auf das Wahlrecht. Von jedem erhöhten Platze wurden Reden gehalten. Auch die Rampe des Parlaments war zur Rednertribüne geworden, die Tausende umstanden. Die denkwürdige *Sofiensaal*versammlung folgte. Es war am 2. November, wo Wiener Polizeifunktionäre noch meinten, die Wahlrechtsbewegung könnte mit Säbelhieben und Attacken der Berittenen erdrückt werden. Das auf der Ringstrasse vergossene Blut, die verbundenen Köpfe, die zerfetzten Kleider konnten wohl bezeugen, wie die Wiener Polizei das *Ordnungmachen* versteht: die Wahlrechtsbewegung ging unaufhaltsam weiter. Im Landtag von Niederösterreich erklärte der Statthalter mit Pathos, dass die Regierung fest entschlossen sei, den *Terrorismus der Strasse* nicht zu dulden. Einen Tag später, am 5. November, waren 50 000 bis 60 000 Menschen auf der Ringstrasse und behaupteten ihr Recht auf die Strasse. Auf den Flaggenstangen vor dem Parlament, von denen sonst die schwarz-gelbe Fahne weht, flatterte die rote Fahne stolz in die Lüfte. Und der Brunnen der Pallas Athene, der die Parlamentsrampe schmückt, trug einen weithin sichtbaren Streifen mit der Aufschrift *Heraus mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht*! Die Polizeihelme blitzten in der Sonne, die Mannschaft von ganz Wien war aufgeboten, wie eine Mauer standen sie, um von beiden Seiten den Zutritt zur Hofburg abzusperren. Die Arbeiter aber beherrschten in unübersehbarer Menge den Franzensring. Von der *Bellaria* bis zum Schottentor, Wahlrechtskämpfer. Mit selbstgeschaffener Disziplin boten sie eine der imposantesten Manifestationen, die es je gegeben hat.

Eine rastlose, unermüdliche Arbeit begann nun. Einmütig unter nicht endenwollendem Jubel hatte der Parteitag beschlossen, zur Erringung des allgemeinen Wahlrechtes auch den politischen Massenstreik in Aussicht zu nehmen. Am Tag der Parlamentseröffnung sollte in Wien Arbeitsruhe sein. Die Arbeitsruhe herrschte aber in ganz Österreich. Der 28. November 1905 wird jedem, der diese grandiose Arbeitermanifestation miterlebt, unvergesslich bleiben. Bis 2 Uhr nachmittags blieben in Wien alle Geschäfte geschlossen. Die christlichsoziale Stadtverwaltung hatte sich eingebildet, der Strassenbahnverkehr müsse aufrecht bleiben. Vergebenes Hoffen! Als die Arbeiterzüge aus den Bezirken sich der Stadt nahten, gab es keinen Verkehr mehr. Er hob sich von selbst auf. Fünf Stunden hat das Defilé der Viertel-

million vor dem Parlamente gedauert. Die Arbeiterinnen haben in nie gesehener Zahl an der Demonstration teilgenommen. Sie hatten das Erstaunen der bürgerlichen Presse erweckt. Auch Frauen im Kampfe für das Wahlrecht, das hatte man in solchen Massen nicht erwartet. Draussen der feste Schritt der Arbeitermassen, im hohen Hause die Deputation der Arbeiter, die den beiden Präsidenten des Herren- und des Abgeordnetenhauses und dem Ministerpräsidenten die Wünsche der Arbeiter vortrug. Und Baron Gautsch erklärte jetzt, die Wahlreform machen zu wollen.

Selbstverständlich meldeten sich auch die Feinde der Wahlreform; offen und versteckt wühlten und intriguierten sie, um noch etwas zu retten. Die Christlichsozialen, die ohne Wahlrechtsraub nicht leben können, verlangten eine fünfjährige Sesshaftigkeit. Die polnische *Schlachta* wollte die Wahlen indirekt haben. Die hochmögenden Herren bangten um ihre Mandate. Die galizischen Bauern erhoben sich aber gegen ihre langjährigen Bedrücker, sie wollten frei sein von der Vertretung durch die gnädigen Herren. Auch das Herrenhaus wehrte sich. Die hochgeborenen Herren haben scharfe Worte gegen den Ministerpräsidenten gefunden, weil er sich den *Argumenten der Strasse* gebeugt, weil er die Demonstration vom 28. November nicht mit Polizei und Militär unterdrückt habe. Aber schliesslich begreift auch dieses Haus, dass das allgemeine Wahlrecht nicht mehr aufzuhalten ist.

Am 23. Februar wurde endlich der Wahlreformentwurf nebst einer Anzahl Nebengesetze dem Parlament vorgelegt. Der Ministerpräsident hielt eine wirklich mutige und staatsmännische Rede. Er ist jetzt von der Unaufschiebbarkeit der Wahlreform überzeugt: »Mein Sturz ist nicht der Sturz der Wahlreform.« Die Vorlage bringt das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Freilich, alle Parteien klagen. Die nationalen Schwierigkeiten sind in der Tat nicht gering. Jede Nation hält sich für benachteiligt: bei der Einführung des gleichen Wahlrechts ist es eben unmöglich, den einzelnen Gruppen ihren jetzigen Besitzstand zu wahren. Die Regierung erklärt sich auch zu Kompromissen bereit und ist bestrebt, allen billigen Wünschen der bürgerlichen Parteien entgegenzukommen. Gleichwohl hat bis jetzt kein Redner der erbgesessenen Kurien es versäumt, der Regierung den *Schimpf* ins Gesicht zu schleudern, dass die Wahlreform für die sozialdemokratische Partei gemacht, dass das Ministerium überhaupt nur noch Handlanger der Sozialdemokratie sei. Die Kurien sind nicht mehr zu halten, das fühlt jeder; aber es ist, ach, so schwer, sich von ihnen zu trennen! Auch für die Wahlreform wurden glänzende Reden gehalten; so von dem Jungtschechen Kramarc und dem Deutschen Lecher, welch letzterer freilich mehr als Person, denn im Namen seiner um ihre Mandate bebenden Partei auftrat. Von den Sozialdemokraten sprachen Adler und Daszynski, die Aufmerksamkeit des ganzen Hauses begleitete ihre Ausführungen.

Die Regierungsvorlage entspricht durchaus nicht allen Forderungen der Sozialdemokratie. Das hat auch Genosse Adler im Parlament erklärt. Vor allem auch: Der einen Hälfte der Bevölkerung, den Frauen, wird das Wahlrecht gänzlich vorenthalten. Dennoch wird die Sozialdemokratie jedem Versuch, die Reform zu gefährden oder zu verschleppen, mit Nachdruck entgegentreten, mag man sie auch nach Herzenslust *Regierungspartei* nennen. Man darf der Arbeiterschaft wirklich nicht zumuten, die Sicherung ihres hart erkämpften

Rechtes im Stich zu lassen, nur, um Opposition machen zu können! Also das allgemeine Wahlrecht wird kommen, allgemein — mit Ausschluss der Frauen. Warum ist nun im Wahlrechtskampf der letzten Monate das Frauenwahlrecht im Hintergrund geblieben?

Auf dem Parteitag in den Tagen des Oktober und November haben die Vertreterinnen der Genossinnen in deutscher und tschechischer Sprache erklärt, dass sie den grossen Augenblick begreifen und den Kampf ums allgemeine Wahlrecht nicht beeinträchtigen wollen durch das Verlangen, das Frauenwahlrecht in diesem Augenblicke besonders zu betonen. Sie hielten aber daran fest, dass das Wahlrecht erst dann ein allgemeines sein werde, wenn es auch die Frauen haben werden. Die Genossinnen bauen darauf, dass die von politischer Ungleichheit befreiten Männer des Proletariats die hervorragendsten Kämpfer für die gleichen Rechte der Frauen sein werden. Die Genossinnen erklärten ferner, dass die Arbeiterinnen an der Seite der Männer stehen würden, wenn es zum politischen Massenstreik käme. Der Parteitag hat diese Erklärung mit Enthusiasmus aufgenommen.

Die über das Wahlrecht beschlossene Resolution war die erste auf einem österreichischen Parteitag, die nicht aussprach, dass das Wahlrecht für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes gefordert werde. Der Referent begründete diese Unterlassung damit, dass es in diesem grossen Augenblicke nur gelte, das momentan Erreichbare zu fixieren. Die Genossinnen stimmten zu. Sie haben während der mehrwöchentlichen Wahlrechtskampagne gearbeitet, wie jeder Parteigenosse, mit voller Intensität, mit ungezügelter Begeisterung. Sie haben Anteil an allen Erfolgen, die erreicht wurden. Die Partei erkennt das rückhaltlos an. Die sozialdemokratischen Arbeiterinnen waren durchdrungen von dem Bewusstsein, dass ein Sieg der sozialdemokratischen Arbeiter auch einen Sieg der rechtlosen Frauen bedeute. Aber sonderbar, die selben bürgerlichen Kreise, die dazu geschwiegen hatten, dass den Arbeitern unausgesetzt politisches Unrecht zugefügt wurde, begannen sich aufzuregen, dass man vom Frauenwahlrecht nicht spräche. Bürgerliche Schriftsteller und Abgeordnete, die für das allgemeine Wahlrecht der Männer nie ein mutiges Wort gefunden hatten, verlangten das Wahlrecht für die Frauen. In einer Versammlung bürgerlicher Frauen, die das aktive und passive Wahlrecht für die Frauen forderte, sprach man die Befürchtung aus, die Sozialdemokratinnen würden in ihrem Vertrauen zur Partei Enttäuschungen erleben — wie in Belgien, meinte man. Kurz, es sah beinahe so aus, als wären die Bürgerlichen radikaler, als die Sozialdemokraten beiderlei Geschlechts.

In Wahrheit ist es anders. Ohne die Sozialdemokraten gäbe es überhaupt keine Wahlreform, und die selben Leute, die es als *beschämend* empfanden, dass in der ganzen Wahlrechtsbewegung nichts vom Frauenwahlrecht geredet wurde, haben wohl noch sehr wenig Tinte gegen das Unrecht verschrieben, dass man auch den ohne Zweifel politisch reiferen Männern das gleiche Recht so lange vorenthalten hat. Nebenbei bemerkt, haben die Genossinnen in allen Versammlungen sehr viel für das Frauenwahlrecht gesprochen. Und die *Arbeiterinnenzeitung* hat beinahe jede Nummer damit ausgefüllt. Dass die Genossen nicht das gleiche getan haben, und tatsächlich in dem ganzen Wahlrechtskampf von den sozialdemokratischen Rednern über die Berechtigung des Frauenwahlrechts nicht gesprochen wurde, haben auch die Genossinnen mehr oder weniger

schmerzlich empfunden. Aber wir haben auch Erklärungen für diese Unterlassung.

Vor allem ist noch die Befürchtung vorherrschend, dass die Frauen im Besitze des Wahlrechts Schutztruppen für den Klerikalismus sein würden. Dieser Glaube hat gewiss seine Berechtigung, er wird ja auch von den Klerikalen selbst als eine Zukunftshoffnung gehegt. Denn nicht aus purem Gerechtigkeitssinn treten sie dort für das Frauenwahlrecht ein, wo ihre Herrschaft zu wanken beginnt. Und doch ist es damit nicht so weit her. Die Industriearbeiterinnen sind nicht klerikal, und wo sie es sind, sind sie es sicher nicht aus Überzeugung. Wenn sie klerikalen Vereinigungen angehören, so meist nur deshalb, weil es ihnen vorteilhafter erscheint, und weil sie nicht genug aufgeklärt sind, um einzusehen, dass das, was ihnen die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften für die Zukunft als Errungenschaft des eigenen Kampfes bieten, mehr ist, als die Almosen, die ihnen von den religiösen Vereinigungen geboten werden. Diese Aufklärung zu fördern, zu beschleunigen, liegt aber in der Hand der Partei. Die Frauen sind doch die Gattinnen, die Mütter, die Schwestern, die Töchter der Arbeiter. Nur wenn die aufgeklärten, die sozialdemokratischen Arbeiter ihre Parteigenossenpflicht den eigenen Familienangehörigen gegenüber nicht erfüllen, wenn es den Parteigenossen gleich ist, in welchen Kreisen ihre Töchter und Frauen ihre freien Stunden verbringen, wenn sie keinen Einfluss auf die Geistesrichtung der weiblichen Familienmitglieder nehmen, können diese eine Beute des Klerikalismus bleiben. Hier ist die Differenz der Meinungen. Wir meinen: Es soll die Eroberung des Geisteslebens der Frauen so intensiv betrieben werden, wie man es bei den Männern macht. Es soll dies nicht allein Aufgabe einiger weiblicher Agitatoren und jener Industriegruppen sein, die ohne die Gewinnung der Arbeiterinnen ihre Organisation nicht entwickeln können. Die Aufklärung der Frauen, ihre Erziehung zu politischem Verständnis soll eine Aufgabe der Partei sein. Wenn den Frauen zum Bewusstsein gebracht wird, dass die Ideale des Mannes auch ihre Erlösung bedeuten, wird der Klerikalismus aus ihren Herzen verschwinden. Ich stimme vollständig mit der Auffassung des Genossen Vandervelde überein, die er in seinem Artikel *Frauenstimmrecht in Belgien?* in dieser Zeitschrift vertreten hat.

Trotz dieser Meinung vertrete ich entschieden die Haltung der österreichischen Genossinnen im letzten Wahlrechtskampf. Ein gerechtes Wahlrecht, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für die Arbeiter, ist für die Entwickelung der Sozialdemokratie so notwendig, dass alle Kräfte auf diesen einen Punkt konzentriert werden mussten. Die organisierten Arbeiterinnen aber sind in erster Linie Parteigenossen. Das für die Partei Notwendige musste auch ihnen heiligste Pflicht sein. Deshalb unterlassen sie es doch keinen Augenblick, für ihre Gleichberechtigung zu kämpfen. Die Herren von den bürgerlichen Parteien aber, die im Lande der Debatte im Parlament wiederholt die Gleichheit des vorgeschlagenen neuen Wahlrechts damit bestritten haben, dass es ja für die Frauen nicht gelte, werden im Ausschuss reichlich Gelegenheit haben, ihre Gleichheitsbestrebungen legislatorisch zum Ausdruck zu bringen. Schade, dass kein Mensch sich entschliesst, sie ernst zu nehmen! Sie würden sonst in den österreichischen Sozialdemokraten zuversichtlich Bundesgenossen haben.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

WALLY ZEPLER · DAS PSYCHISCHE PROBLEM IN DER FRAUENFRAGE



ENOSSE Edmund Fischer hat sich wirklich ein Verdienst um das weibliche Geschlecht erworben, als er vor einem Jahre in den *Sozialistischen Monatsheften* zu einer Kritik unserer Auffassung in der Frauenfrage die Anregung bot.[1]) Die lebhafte Diskussion, die sich überall in der sozialistischen Presse an seinen Artikel knüpfte,[2]) die Verschiedenheit der Gesichtspunkte, die zu Tage traten, waren Beweis genug für die Berechtigung seiner Behauptung, es gebe in dieser Frage gar keinen feststehenden sozialdemokratischen Standpunkt. Wie sollte das auch möglich sein, wo es sich, wie hier, um Anschauungen handelt, die in sich neben allen wirtschaftlich-soziologischen so überaus komplizierte psychologische Probleme umschliessen, Probleme, die sich naturgemäss dem statistischen Nachweise, der Messung durch die Zahl so völlig entziehen! Zu der Schwierigkeit, die in den Dingen selbst liegt, kommt nun in der Tat die rein methodologische Unklarheit, die Oda Olberg treffend hervorgehoben hat, das heisst die Unklarheit und Zerfahrenheit der Problemstellung. Statt, wie es unerlässlich wäre, zunächst einmal genau zu untersuchen, wieweit wir überhaupt aus dem Seienden Schlüsse auf das Werdende ziehen dürfen, wieweit wirkliche Sicherheit über die Beobachtung des Jetzt gewonnen werden kann, statt den Kern des Ganzen herauszuschälen und von allem Nebensächlichen loszulösen, werden gerade hier, wo es sich gar nicht um eine einheitliche, sondern um einen Komplex der verschiedensten Fragen handelt, alle Argumente bunt durcheinandergewürfelt, wird Licht und Schatten je nach der Parteien Hass und Gunst mit möglichst groben Effekten verteilt. Es bleibt mir deshalb nichts übrig, als zuvörderst die methodologische Unterfrage noch einmal kurz zu berühren.

Mit Recht fordert Oda Olberg an einer Stelle ihres sehr interessanten Artikels, dass vor jeder Untersuchung dieser Art der einzelne sich darüber klar werde, wieweit er an eine unabänderlich vorgezeichnete geschichtliche Entwickelung glaube, das heisst an eine Entwickelung, die, von menschlichem Wollen und Wünschen unbeirrbar, ihre mit Notwendigkeit vorausbestimmten Bahnen zieht. Ich stehe hier auf dem Standpunkt, dass der Komplex des verschiedenen Wünschens und Strebens der Menschen — sei dieses selbst nun aus wirtschaftlichen Strömungen oder aus ethischer oder geistiger Erkenntnis geboren — die historische Entwickelung nicht sowohl beeinflusst, als einfach d a r s t e l l t. Das heisst, aus den Gegensätzen des Fühlens und Denkens, aus dem harten Kampf der Ideen ringt sich langsam das Werdende empor. So betrachtet, erscheinen zum Beispiel alle, auch die gegensätzlichsten, Geistesrichtungen unter den Frauen als Ausdruck gewisser Entwickelungskräfte, aus deren schliesslichem Zusammenwirken sich die Bahn des zukünftigen Geschehens bestimmt. Das

[1]) E d m u n d F i s c h e r: *Die Frauenfrage* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, I. Bd., pag. 258 ff.

[2]) In den *Sozialistischen Monatsheften* sind nach dem oben genannten Artikel Fischers noch die folgenden erschienen: O d a O l b e r g: *Polemisches über Frauenfrage und Sozialismus*, ibid., 1905, I. Bd., pag. 301 ff., E m m a I h r e r: *Die proletarische Frau und die Berufstätigkeit*, ibid., 1905, I. Bd., pag. 443 ff., E d m u n d F i s c h e r: *Die Familie*, ibid., 1905, I. Bd., pag. 532 ff., C u r t H a r t w i g: *Einige Randbemerkungen zur Frauenfrage*, ibid., 1905, II. Bd., pag. 876 ff., H o p e B r i d g e s A d a m s L e h m a n n: *Die Arbeit der Frau*, ibid., 1905, II. Bd., pag. 1031 ff.

wird, wie ich glaube, auch Oda Olbergs Anschauungen nicht widersprechen. Wenn sie aber dann fragt: »Sind diese Bestrebungen [der Frauen] nach Entfaltung ... im Einklang mit dem Interesse der Gesamtheit?«, so scheint mir die Frage in dieser Fassung verfehlt. Als im Einklange mit den Interessen der Gesamtheit müssen wir in diesem Sinne vielmehr alle Bestrebungen, alle Ansätze zu neuen Typenbildungen ansehen, die sich durchzusetzen versuchen, insofern sich in ihnen vielleicht ein frischer Antrieb, ein Bewegungsimpuls zum Wachsen und Werden neuer, noch unbekannter Lebensformen äussert. Gewiss ist es nicht ausgeschlossen — zumal in jenen Perioden, da die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft ins Wanken geraten, und der Boden für eine neue Daseinsform der Menschheit bereitet wird —, dass manches, was sich uns als lebenskräftiger Werdetrieb darstellt, sich schliesslich als Entartungs- oder Fäulniserscheinung erweist. Wo aber sollten wir ein Kriterium dafür finden, was den Interessen der Gesamtheit dienen mag in einer Zukunft, die in ihren Einzelzügen noch völlig dunkel vor uns liegt? Wie sollen wir unter den geistigen Typen der Gesellschaft scheiden zwischen Entartungs- und Übergangstypen? Kann doch auch jede Übergangsform, solange sie eben Übergang, das heisst den neuen Lebensbedingungen noch nicht vollständig angepasst ist, lange Zeit im Kampfe ums Dasein zwischen Vernichtung und Fortentwickelung gestellt sein und deshalb den zerstörenden Mächten gegenüber besonders schwer zu ringen haben. Oder auf geistiges Gebiet übertragen: Kann doch sehr wohl ein etwas ungebildeter, in der Entfaltung begriffener Menschentypus, wie die sogenannte *neue Frau*, lange Zeit vom Manne und der Gesellschaft als ein störendes, seinen Lebensbedingungen unvollkommen angepasstes Geschöpf empfunden werden, ja sich selbst so empfinden, während er, als soziale Erscheinung betrachtet, dennoch die Linie des Fortschritts bezeichnet.

So bleibt meiner Ansicht nach, will man einen Ausgangspunkt für eine wirklich einwandfreie Kritik des Frauenproblems gewinnen, einzig zu fragen: Wo und in welchem Umfang ruhen schon im Schosse der Gegenwart klar erkennbare Keime zu neuen Gefühlswertungen und zu tatsächlichen Neubildungen im Frauenleben? Also die möglichst eindringende Analyse dessen, was da ist oder sich doch bereits heute vor unseren Augen gestaltet.

Diesen Standpunkt betont Fischer selbst mehrfach mit Schärfe gegenüber verschiedenen Argumenten seiner Gegner, die sich zuweilen in allerdings recht vagen Zukunftsträumereien verlieren. Und hier ist er durchaus im Recht. Denn, so merkwürdig es auf der einen Seite berührt, wenn er sich offenbar eine sozialistische Zukunftsgesellschaft nur unter dem beinahe unveränderten Bilde unseres heutigen Lebens vorzustellen vermag, so unfruchtbar sind andrerseits alle Hinweise auf die ganz subjektiven Vorstellungen, unter denen sich der oder jener die Zukunftsgestaltung etwa *denken* könne. Mit Fischers Grundprinzip bei der Erörterung des Problems können wir uns an sich also einverstanden erklären. Aber so ganz ohne ein Eindringen in etwaige Fehlerquellen, wie bei ihm die Untersuchung angefasst wird, dürfen bei derartigen Fragen Beobachtungen und Schlüsse denn doch nicht gewonnen werden, wenn das Ganze mehr sein soll, als eine persönliche Meinungsäusserung.

Ein methodischer Fehler ist zum Beispiel meiner Ansicht nach, wo es sich, wie hier, um rein psychologische Entwickelungstendenzen handelt, die Unterschätzung

der ausschlaggebenden Bedeutung der Minoritäten für jeden sozialen Fortschrittsgedanken. Fischer schliesst fortdauernd aus den Empfindungen und Neigungen der Mehrzahl der heutigen Frauen oder auch Männer auf die Gestaltung der Zukunft. Er vergisst dabei vollständig, dass sich neue Gefühls- und Gedankenbahnen als Ausdruck und Vorläufer sozialer Neubildungen zunächst stets in einer kleinen, erst ganz allmählich anschwellenden Minderheit verkörpern, dass also gerade umgekehrt aus der schwächeren Zahl der seelisch Höchstentwickelten, aus der dünnen geistigen Oberschicht einer Epoche sich langsam das Erdreich für das Kommende bereitet. Aus diesem selben Grunde ist es stark angreifbar, zur Norm für die Beobachtung der Entwickelungstendenzen im Frauenleben die Arbeiterfrau, die Proletarierin überhaupt zu nehmen. Gewiss ist es klar, dass auch in einer nichtkapitalistischen Welt die Mehrzahl aller Menschen, eventuell also auch aller Frauen, beruflich nicht geistig anregende und befriedigende, sondern rein körperliche Arbeit würde leisten müssen. Das heisst jedoch durchaus noch nicht, dass wir aus den Neigungen, Gefühlen und Wünschen der geistig unausgebildeten, gering differenzierten Durchschnittsproletarierin von heute auf den Durchschnitt der zukünftigen Frauengenerationen schliessen dürfen. Denn eines wenigstens bleibt doch wohl für unser aller Auffassung des Kommenden unbestreitbar: die Annahme einer relativ weitgehenden geistigen Ausbildung sämtlicher Gesellschaftsglieder. Nur auf der Grundlage einer solchen Ausbildung aber, wie sie wirtschaftliche Notwendigkeiten heute schon einer kleinen Minderheit der Frauen nahe gelegt haben, sind eben diese wenigen zu der besonderen Auffassungsweise des Lebens gelangt, die dem modernen Weibe in seinen verschiedenen Lebensäusserungen und Geistesrichtungen eigentümlich ist. Deshalb erscheint es mir zehnmal richtiger, als Zukunftstypus des Weibes die heutige Ärztin, Lehrerin und Journalistin in ihrer Denk- und Empfindungsweise gelten zu lassen, als die heutige Arbeiterin. Ist doch wirklich bestimmend für das Fühlen und Sein der Menschen lange nicht so sehr die äussere Beschäftigung, der sie einen Teil des Tages widmen, als die geistige Höhenstufe, von der aus sich ihr Umblick in der Welt, ihr geistiger Horizont feststellt. Eine Überlegung, die, nebenbei gesagt, stets von sozialistischer Seite zu wenig berücksichtigt wird. Daher die häufige Unterschätzung der kulturellen und soziologischen Bedeutung der Entwickelungsanlagen, die in der bürgerlichen Frauenbewegung zum Ausdruck kommen.

Das waren einige der Einwände, die ich gegen Fischers persönliche Art, zu argumentieren, geltend machen musste. Was aber unsere ganze, nunmehr festgestellte Untersuchungsmethode, die Beobachtung des tatsächlich schon heute Gegebenen, betrifft, so birgt sie naturgemäss noch ganz andere Fehlerquellen, die in der generellen Unvollkommenheit jeder derartigen sozialen Analyse liegen. Einer Unvollkommenheit, die zum Teil niemals aufzuheben ist, soweit sie nämlich auf der Art menschlichen Sehens und Denkens überhaupt beruht, über deren Einfluss wir uns aber mindestens doch irgend eine Rechenschaft ablegen müssen, bevor wir aus unseren Beobachtungen Behauptungen folgern und scheinbar sichere Schlüsse ziehen. Kein einzelner Mensch sieht und wertet eigentlich jemals wirklich objektiv. Vielmehr prägen sich jedem einzelnen aus der Fülle von tausenden verschiedenartiger, nebeneinander bestehender Dinge diejenigen besonders scharf ein, die seiner seelischen

Organisation gemäss sind, auf die sein Auge gleichsam von vornherein eingestellt ist. Das erklärt die anscheinend merkwürdige Tatsache, dass sich zwei verschieden organisierte Naturen selbst bei dem lebhaftesten Wunsche nach Verständigung nicht über Fragen einigen können, die inneres Erkennen fordern, wie gerade unser Problem des weiblichen Empfindens in Bezug auf Mutterschaft und Liebe. Jeder fühlt da nicht nur, sondern s i e h t auch ausschliesslich persönlich und deshalb nur sehr begrenzt richtig. Eine gewisse Objektivität der Erkenntnis kann darum nur gewonnen werden durch den Zusammenklang der Erfahrungs- und Beobachtungsresultate vieler, und zwar möglichst verschiedener Individualitäten. Diese Überlegung lässt eine Diskussion über das Frauenproblem, wie sie hier in den *Sozialistischen Monatsheften* stattfand, gerade durch das einander Widerstrebende der zum Ausdruck gebrachten Anschauungen wertvoll erscheinen. Sie fordert andererseits, dass man jede subjektive Auffassung da, wo sie tatsächlich persönliche Empfindungen, nicht blosse Spekulationen wiedergibt, als gleichberechtigt, zugleich aber eben nur als kleine Teilwahrheit gelten lässt. Eine Fülle solcher Teilwahrheiten: das ist alles, was wir als Resultat des Meinungskampfes gewinnen können.

Es will mir nun scheinen, als seien merkwürdigerweise fast von allen Diskutierenden gerade diejenigen Tatsachen arg vernachlässigt worden, die vielleicht die eigentümliche Wesenheit des modernen Menschen, des Mannes, wie des Weibes, am prägnantesten deutlich machen und deshalb am allergeeignetsten sind, als Ausgangspunkt für die Beurteilung unseres Problems zu dienen. In allererster Reihe: Kein einziger unter allen Sprechern für und wider hat eigentlich die E h e f r a g e berührt, noch auch irgend eine Kritik der heutigen Ehe gegeben. Ganz kurz wies wohl der eine oder andere auf die Möglichkeit oder Denkbarkeit einer neuen Form des Liebeslebens in der Zukunft hin; aber über die Aussichten einer solchen inneren Revolutionierung des Daseins haben wir wenig erfahren.

Das liegt vielleicht daran, dass es immer etwas heikel ist, sich an eine ganz veränderte Vorstellung unseres seelischen Lebens heranzuwagen, an die Vorstellung eines Daseins, das unserem menschlichen Fühlen ein ganz neues Zentrum schüfe. In der Tat stellt dies eine starke Anforderung an die Kraft unserer Phantasie und widerstrebt direkt unserem Geistesbedürfnis nach einem festen und bekannten Ausgangspunkt unseres Denkens. Jedenfalls ist es Tatsache, dass die sogenannte *freie Liebe*, wenngleich sie, wie so manches andere Wort, in der sozialistischen Agitation eine gewisse Rolle spielt, in den Köpfen der meisten Sozialisten durchaus nicht als eine erhebliche Wandlung der gesamten erotischen Beziehungen der Geschlechter erscheint, sondern nichts weiter darstellt, als die von Gesetzeszwang befreite monogamische Ehe. Damit hängt es aufs engste zusammen, dass im Grunde auch das Frauenproblem ganz losgelöst von seiner psychologischen Basis behandelt wurde, dass es gar nicht hinaus kam über die Unterfrage der Wirtschaftsführung und Kinderpflege in der Zukunft.

Auch darin hat Edmund Fischer recht. Es scheint sich in den Anschauungen mancher Genossinnen in diesen Dingen ein leiserer oder deutlicherer Umschwung vollzogen zu haben nach der Seite des Alten und Altbekannten hin. Die sehr umgrenzte Freiheit, die Adele Gerhard und Helene Simon, die Ellen Key und andere predigen, ist es, die wohl auch viele Genossinnen heute

meinen, wenn sie von Frauenbefreiung reden. Ellen Key und ihre Anhänger, zu denen sich nun auch Edmund Fischer zählt, betrachten Geisteskultur und Persönlichkeitsbewusstsein offenbar als etwas Festes, Teilbares, als ein Erkenntniselement, das man in bestimmten Dosen schlucken kann. Sie sehen nicht die lebensumgestaltende Kraft, die dem geistigen Wachsen innewohnt, und die fortdauernd Fesseln und Grenzen jeder Art, auch die der sozialen Nützlichkeit und der Bequemlichkeit für das Einzelindividuum zu sprengen droht. Sie dekretieren für das Weib der Zukunft erhöhte Geisteserziehung. Anteilnahme am sozialen und öffentlichen Leben, ästhetische Kultur, psychologische und pädagogische Durchbildung — und sie merken nicht, dass dies bedeutet: die Revolution im Frauenleben, die Revolution in der Ehe diktieren. Das hätte nun mit unserer Frage nichts zu tun, wenn es sich bei alledem nur um eine wirklichkeitsfremde Sehnsucht, um leere Wünsche einzelner reformbedürftiger Köpfe handelte. Das aber ist nicht der Fall. Die Forderung vertiefter Geistesbildung und individualisierender Erziehung des Weibes entsprang vielmehr, wie wir alle wissen, der sozialen Entwickelung; sie hat sich bereits heute für einen kleinen Teil des weiblichen Geschlechts durchgesetzt, und ihre Erfüllung für die grosse Mehrheit der Frauen ist — als Ausfluss des Gedankens gleicher Ausbildung — eine Konsequenz, mit der wir rechnen müssen. Dann aber heisst es für uns, die wahrscheinlichen Folgen dieser tiefreichenden Umgestaltung da aufzusuchen, wo sie schon heute fassbar sind: in der Ehe- und Liebesauffassung des modernen Menschen.

Wie mir nun scheinen will, können wir kaum im Zweifel darüber sein, dass diese Auffassung jener Begrenzung des weiblichen Freiheitsstrebens, den Wünschen nach einem Festhalten der Frauen innerhalb der Umschränkung des Familien- und Mutterschaftsideals offen Hohn spricht. Um es einmal recht schroff auszudrücken: Die Ehe als allgemein soziale Institution setzt geradezu das Gegenteil geistiger Individualisierung, sie setzt stärkstes Vorwiegen des rein geschlechtlich-erotischen Elementes im Weibe voraus. Denn nur, wo das vorhanden, kann der Frau jenes harmonische Sicheinschmiegen in die Lebensrichtung, in den Neigungs- und Anschauungskreis des Mannes gelingen, das ihr, wie dem Manne, dauerndes eheliches Glück verspricht. Das ist ganz und gar keine theoretische Behauptung, sondern es ist eine reine Abstraktion aus den Tatsachen des Lebens. Es hat einen tiefen, inneren Sinn, dass heute so häufig eine oft bittere, ja lebenshemmende Unbefriedigung dem Eheleben gerade gross und rein empfindender Naturen den Stempel aufdrückt, dass die Ehe nicht etwa nur dem Weibe, sondern mindestens ebenso sehr dem Manne von hoher geistiger und seelischer Sensibilität so häufig zur Schranke freier und vollendeter Persönlichkeitsentfaltung wird. Und es ist kein Zufall, sondern der Ausdruck gleicher Ursachen und gleicher Geschehensverknüpfung, dass in den Perioden schrankenlosen Freiheitsstrebens und besonders hoher Persönlichkeitswertung, in der romantischen, wie in der vorrevolutionären französischen Philosophenepoche, sich genau die gleichen Gegenströmungen gegen die Ehe geltend machten, wie heute.[8]) Nun sind allerdings die Ver-

[8]) Dem hier naheliegenden Einwand gegenüber, dass es sich somit heute, wie in jenen Zeiten, nur um vorübergehende Geistesströmungen handeln könne, möchte ich darauf hinweisen, dass eben heute im Gegensatz zu damals solche Strömungen ihre eigentliche Grundlage in rein wirtschaftlichen Wandlungen finden und deshalb höchst wahrscheinlich zum Ausgangspunkt kommender tatsächlicher Umgestaltungen werden dürften.

hältniszahlen der glücklichen und unglücklichen Ehen nicht gut durch Zählungen oder statistische Aufnahmen festzustellen, und deshalb bleiben schliesslich alle Behauptungen darüber denen gegenüber immer unbeweisbar, die die Dinge eben in anderem Lichte sehen. Gerade hier muss ja das Moment zur stärksten Geltung kommen, auf das ich vorhin hinwies: die Subjektivität jeder derartigen sozialpsychologischen Erfahrung. Einen klaren objektiven Gradmesser für die Wahrheit unserer Schlüsse besitzen wir aber dennoch: das ist der künstlerische, speziell der dichterische Ausdruck des Empfindungsinhalts unserer Zeit. Und es dürfte schwerlich von irgend jemandem bestritten werden, dass die Dichtung sämtlicher Kulturnationen sich niemals früher so tief mit der Analyse des Eheproblems beschäftigt und dass sie nie die Tragik des Ehelebens, seine hemmenden und zerstörenden Seiten so scharf und oft so ausschliessend beleuchtet hat, wie heute. Und, was unsere anfängliche Behauptung ebenfalls stützt, auch in der Dichtung ist fast immer ein Auflehnen des erwachenden Individualitätsbewusstseins im Weibe oder aber ein feindliches Aufeinanderstossen zweier nicht harmonisch abgestimmter Persönlichkeiten die tiefste Ursache der Unbefriedigung oder der inneren Leere in der Ehe. Das heisst also, in letzter Reihe wirkt die spezifisch moderne Entwickelung zunächst des Weibes und dann des Menschen überhaupt auflösend auf das eheliche Zusammenleben. Und die theoretische Überlegung kann nur bestätigen, was die Dichtung, wie die Erfahrung des modernen Lebens lehrt.

Es klingt manchem höchst verlockend, wenn Genosse Fischer uns von der Traulichkeit des Heims erzählt, in dem Mann und Weib, umringt von Kindern, ein ideales Dasein führen. Die Wirklichkeit sieht — auch soweit nur das eheliche Verhältnis an sich, nicht etwa materielle und sonstige Not in Frage kommt — ganz anders aus. Die sogenannte *glückliche* Durchschnittsehe, selbst wo sie von keinem Sturm bedroht, von keinen besonderen Unglücksfällen des Lebens erschüttert wird, stellt eigentlich nichts weiter dar, als ein behaglich-ödes Philisterium, in dem nicht die erotische Leidenschaft allein, sondern auch die geistige und seelische Lebendigkeit, die Entwickelungs- und Wandlungskraft des Wesens langsam ertötet wird. Die sensitiven, immer neuer Lebensreize besonders bedürftigen Naturen versuchen der Alltäglichkeit und Gleichförmigkeit des Ehelebens durch versteckte oder offene Liebeständeleien und *Verirrungen* zu entrinnen, die auf seiten des freier gestellten Mannes als die beinahe selbstverständliche Ergänzung des Eheglückes zu gelten pflegen. Und der Mann findet zudem die stärkste Auslösung des geistigen Bewegungs- und Lebenstriebs in der Berufsarbeit, die, auch wo sie an sich langweilig und wenig anregend ist, schon dadurch befruchtend und auffrischend wirkt, dass sie Verkehr nach aussen und mannigfaltige Beziehungen vermittelt. Durch den Beruf gleichen sich für den Mann zum grössten Teil die Schädigungen des Ehe- und Familienlebens aus. Um so schärfer treten sie für die Frau hervor. Nach einigen Jahren der Ehe finden wir häufig genug selbst ursprünglich bewegliche, lebhaft empfindende Frauennaturen stumpf und gleichgültig geworden, das träumerisch-sehnsüchtige Wesen des Mädchens in banalste Alltäglichkeit, in echtesten Hausfrauengeist verkehrt. Ja, geistige Interesselosigkeit, Beschränktheit und Enge der Auffassung, Mangel an jedem Persönlichkeitsbewusstsein sind beinahe das Charakteristikum der etwas älteren Ehefrau, ein Resultat,

das nicht gerade zeugt für die tiefbeglückende Wirkung des Familienlebens. Oder — von dem problematischen Begriff des *Glückes* einmal völlig abgesehen — das jedenfalls nicht zeugt für die Kraft des Ehelebens, die wertvolleren, individuellen Eigenschaften im Weibe auszulösen, es in seiner menschlichen Persönlichkeit zu heben und zu fördern. Im Augenblick, wo wir nun umgekehrt eine starke Steigerung geistig-seelischer Ausbildung, persönlichen Wert- und Freiheitsempfindens, eine Erhöhung auch aller denkbaren, seelisch-sinnlichen Entwickelungsmöglichkeiten für das Weib voraussetzen — welche Wirkung auf die zukünftige Gestaltung der Ehe müssen wir da erwarten? Offenbar eine auflösende oder mindestens eine ihren Tendenzen nach langsam zersetzende.

Die Versimpelung und Abstumpfung des Frauengeistes durch das Ehe- und Familienleben erklärt sich hauptsächlich aus zwei Momenten: dem Mangel an Konzentration der geistigen und Lebensenergieen in einer Tätigkeit, die ihre Anregung immer nur aus sich selber saugt, sich niemals nach aussen in Geltung setzt, niemals der anfeuernden Kontrolle Fernerstehender unterliegt, und dem allmählichen Verdorren der Keime zu eigner Anschauungs- und Daseinsgestaltung durch das notwendige Sicheinfügen in den Lebens- und Ideenkreis des Mannes. Die geistig reife Frau wird sich naturgemäss diesen beiden Momenten gegenüber aktiv abwehrend verhalten. Selbst abgesehen von allen technisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkten, die, wie Oda Olberg sehr richtig bemerkt, in einer sozialistischen Gesellschaft die masslose Vergeudung von Arbeitskraft durch eine Beschränkung der Frauenarbeit auf hauswirtschaftliche Einzelbetriebe ausgeschlossen erscheinen lassen, ist auch diese Art der Betätigung für die Mehrzahl der Frauen nur möglich, solange das weibliche Geschlecht fast mit Bewusstsein zu stumpfem Hindämmern, zu einem mechanisch vegetierenden Leben erzogen wird. Jedem lebendigeren Geist und jedem energisch zielbewussten Schaffenstrieb wird die reine Hausfrauentätigkeit, wie sie die Einzelwirtschaft erheischt, als ein plan- und kraftloses, unmethodisches Arbeiten erscheinen; auf jeden lebendigeren Geist wird sie deshalb lähmend und entnervend wirken. Und wenn Fischer all dies auch zehnmal wieder als *Damenbetrachtungen und Damenauffassung* charakterisieren sollte, und wenn er behauptet, es sei angenehmer für das Weib, die eigene Wirtschaft zu besorgen, als zum Beispiel stundenlang die ertötende Arbeit an einer Maschine zu leisten, so verkennt er zunächst vollständig die Erhöhung des Selbstbewusstseins, die jede planvolle Tätigkeit in einem B e r u f mit sich bringt, sei dieser, welcher er immer wolle, und ferner kann man auch die rein mechanische Berufsarbeit in einer höheren Wirtschaftsform nicht ohne weiteres mit der heutigen Art der Fabrikarbeit in Parallele stellen.

Was nun jenes zweite der weiblichen Entwickelung ungünstige Moment des Ehelebens betrifft, den starken Zwang geistiger Unterordnung unter den Mann, so ist einzusehen, dass hier für das individueller entwickelte Weib die mannigfaltigsten Keime für neue Konflikte und Kämpfe in der Ehe liegen. Wo zwei Individualitäten oder auch nur zwei Menschen mit selbständigen Ideen, Neigungen und Wünschen sich gegenüberstehen, wo nicht mehr dem Manne allein, sondern auch dem Weibe die tausend Reize und Erfahrungen des Daseins fordernd, lockend, umbildend nahetreten, da sind unendlich zahlreichere Wahrscheinlichkeiten gegeben, sich auseinanderzuleben, sich innerlich zu entfremden und abzustossen, als heute. Nun gibt es auch heute schon eine grosse Zahl

von Fällen, wo zwei Gatten einander fremd geworden sind auf Grund innerer Wesensverschiedenheiten, die erst allmählich mit der langsam wachsenden Lebensreife zu Tage traten. Heute wird oft genug nach aussen eine solche Ehe aufrechterhalten, während nicht das leiseste persönliche Band mehr Mann und Frau vereinen; ja, es bleibt nicht allzu selten selbst da noch die Ehe bestehen, wo Sympathie und Liebe sich nicht nur in Gleichgültigkeit, sondern in versteckteren oder offeneren Hass gewandelt haben. Dass derartige Empfindungsumschläge tatsächlich möglich sind — und durchaus nicht nur als Ausnahmeerscheinungen —, weiss jeder Beobachter des Lebens. Wenn trotzalledem die höchste Gleichgültigkeit, wenn selbst der Hass nicht immer die Ehe zur Lösung treibt, wenn so häufig zwei Menschen, die einmal aneinandergeschmiedet sind, lieber alles Gütige und Zarte, alle Fülle und Freudigkeit des Daseins dahingeben, ehe sie auseinandergehen, so liegt die Ursache zumeist in der Rücksicht auf die Kinder und in der Angst der Frauen vor einer Trennung, die sie nicht nur des materiellen, sondern zugleich des geistigen Haltes völlig beraubt. Die Frau in einer höher entwickelten, geschweige denn in einer sozialistischen Zukunft wird — das dürfte nur Genosse Fischer überhaupt in Zweifel ziehen — in Zeiten, da die Mutterschaft sie bindet, durch die Gesellschaft wirtschaftlich sichergestellt sein, und die Erziehung zu persönlich-geistiger Selbständigkeit wird die Schrecken des Gedankens an ein Alleinstehen für sie, zum Teil wenigstens, vernichten. Dazu kommen die Lockungen der Freiheit, die dem jugendlich-heissblütigen Weibe genau so gefährlich werden dürften, wie sie es dem Manne werden. Nicht gerade nur im grobsinnlichen Sinne, sondern mindestens so sehr durch die seelischen Beziehungen, die sich in der vollen Ungebundenheit des Miteinanderlernens und Strebens sehr bald in hundert Formen knüpfen, und denen der leis erotische Schimmer, der sie so leicht umspielt, wo Mann und Weib in Frage kommen, nur um so mehr immer neuen und immer wechselnden Reiz verleihen werden. Denn das Sehnen nach dem Wechselvollen und Neuen, nach neuem Suchen und Finden liegt in der Natur mindestens der meisten jungen Menschen; es wird für uns nur gehindert und zurückgehalten durch die harten Schranken des gesellschaftlichen Zwanges. Da dieser Zwang für die Mehrzahl der Frauen durch die hemmendste wirtschaftliche und geistige Abhängigkeit vom Mann bestand, solange wir überhaupt von Kulturzuständen sprechen können, vermag vielleicht heute niemand auch nur annähernd die volle Grösse der Umwandlung vorauszusehen, die mit wirklicher Freiheit des Weibes in den Beziehungen der Geschlechter eintreten dürfte. Ganz einwandfrei aber scheint mir der Schluss, dass die wirtschaftlich-geistige Fortentwickelung des weiblichen Geschlechts, soweit wir sie jetzt schon als Tatsache betrachten können, die Ehe als solche nach den verschiedensten Seiten hin bedroht.

Bei alledem handelt es sich begreiflicherweise gar nicht so sehr darum, dass etwa in der Zukunft durch bessere Schulbildung und dahin gerichtete Erziehung sämtliche Frauen zu geistig selbständigen Menschen werden müssten, als vielmehr um die Wesensänderungen, die sich durch wirtschaftliche Wandlungen heute schon in breiten Schichten des weiblichen Geschlechts vollziehen, das heisst im wesentlichen um den Einfluss der äusseren Lebensselbständigkeit, die gewollt oder ungewollt auch die innere entwickelt. Denn nicht von einer bestimmten Höhe geistiger Individualisierung spreche ich hier, sondern nur von

dem Durchschnittsmasse des Persönlichkeitsbewusstseins, das jeder normale gebildete Mann besitzt, weil die Selbstbestimmung seiner Lebensführung im Verein mit einem gewissen Höhegrad geistiger Ausbildung es mit Notwendigkeit auslöst.

Schliesslich muss ich in Bezug auf die Zukunft der Ehe noch ein Moment erwähnen, das jedenfalls verstärkend nach der gleichen Richtung wirkt: Ich meine die gesamte Geistesentwickelung des modernen Menschen, die an sich schon auf erhöhte Individualisierung, auf ein Zurückschieben des Typischen gegenüber dem spezifisch Persönlichen, auf Veredlung und Verfeinerung auch der Glücks- und Liebesinstinkte gerichtet ist. Und die diesem Ziele immer weiter entgegentreiben dürfte, je stärker die Triebkräfte fortschreitender Sozialisierung den Kreis der Menschen dehnen müssen, für die die notwendigen Vorbedingungen irgend einer Persönlichkeitsentfaltung überhaupt bestehen. Auch diese Gefühlstendenzen, die ich, wie manches andere, hier nur andeutend erwähnen kann, sind im allgemeinen so wenig umstritten, dass sie von Andersdenkenden gerade als ein Hauptargument zu gunsten einer Veredlung und damit des Fortbestandes unserer Eheform in der Zukunft verwertet werden. Alles, was sich gegen die Ehe, gegen ihre traurigen und entwürdigenden Seiten sagen lässt — das wird nämlich vielfach jeder Kritik der Ehe entgegengehalten — trifft höchstens deren augenblickliche Gestalt, die heutige Durchschnittsehe, die in der Bourgeoisie aus mannigfachen Motiven, nur nicht denen wahrer seelischer Gemeinschaft, geschlossen zu werden pflegt, und der im Proletariat alle Bedingungen feinerer und geistigerer Ausgestaltung fehlen. Aber es kann niemals gelten für die Ehe der Zukunft, für eine ideale Lebensverbindung zweier Menschen, die — materiellem und sozialem Druck enthoben — durch die Liebe und zugleich durch tiefe persönliche Sympathie des Geistes und der Seele zusammengeführt werden. Je individueller und reicher die Menschen, je reifer und selbständiger besonders das weibliche Geschlecht sich entfaltet, desto persönlicher und edler, desto fester und unlöslicher aber auch wird das eheliche Bündnis.

Ich kann demgegenüber nur betonen, dass es meiner Anschauung nach die Gesetze menschlichen Fühlens und Werdens, die Variabilität der Empfindungen und die Entwickelungsfähigkeit des Geistes völlig verkennen heisst, wenn man für den Durchschnitt der Fälle die lebenslängliche Dauer in der Jugend geschlossener Liebesbündnisse annimmt. Eine lebenslängliche Dauer auf immer gleicher Empfindungshöhe und in immer gleichem Glücksbewusstsein. Ganz sicherlich finden sich so wunderbar aufeinander gestimmte Naturen auch in unserer Welt zuweilen durch eine leidenschaftliche und nie welkende Liebe gebunden; ganz sicher bedeutet auch jetzt schon für eine kleine Zahl spezifisch organisierter Menschen die Ehe selbst auf weit geringerer seelischer Höhe das Beste ihres Lebens, den innig-ruhigen persönlichen Daseinsbesitz. Wo zwei so empfindende Naturen ein reines Glück in einer Lebens- und Liebesgemeinschaft einmal gefunden haben, da würden sie es gewiss, auch wenn die Eheform als solche einst verschwinden sollte, als ein unwiederbringliches Gut ihr Leben lang zu wahren suchen, und ebenso, wie heute, würden sie dann vielleicht mit Recht als die Auserwählten des Geschickes gelten. Denn allerdings ruht in unserem innersten Wesen im Gegensatz zu jenem oben erwähnten Erregungsbedürfnis auch die Sehnsucht nach Einheitlichkeit und Ganzheit in der

Liebe als bestimmte Ausdrucksform unseres Strebens nach einem sicheren, ruhebringenden Ankerpunkt des Daseins. Aber uns interessiert hier nicht der Traum des Glückes, der für die meisten eben ewig entschwebender Traum bleibt, noch das Ausnahmelos einiger Wenigen: uns interessiert vielmehr einzig die Tendenz und der wahrscheinliche Gang der Entwickelung für die Mehrzahl der Menschen. Und da scheinen mir — mag das nun unserem Wünschen und Wollen entsprechen oder widerstreben — auch die rein psychologisch-geistigen Bestimmungsmomente für eine langsame Auflösung der Ehe die stärkeren und überwiegenden.

Selbstverständlich können sich solche Wandlungen niemals in plötzlicher oder sprunghafter Entwickelung, sondern stets nur in allmählichem, scheinbar regellosem, vielleicht oft unterbrochenem Wachstum vollziehen. Liegt aber der endliche Zielpunkt der Bewegung wirklich dort, wo ich ihn sehe, so fällt die ganze Argumentation für und wider die Beschäftigung des Weibes im Einzelhaushalt oder im öffentlichen Berufsleben in sich zusammen. Denn mit der Auflösung der Einzelfamilie erwächst für die Frau die zwingende Notwendigkeit, ihr Dasein durch die Ausübung einer Berufstätigkeit enger mit dem Leben der Gesamtheit zu verknüpfen, durch ihre Arbeit Äquivalentwerte für die Gesellschaft zu schaffen, von der sie dann weit unmittelbarer abhängt und Werte empfängt. Auch die Notwendigkeit, ihrem Leben einen ernsten Inhalt zu geben, wo sie nicht durch Kinderpflege und Erziehungsarbeit in Anspruch genommen ist. Wie sich freilich das Dasein des Weibes gestaltet, wo seine Mutterpflicht es ruft, wo die Störungen der Schwangerschaft, die Ernährung und Pflege des kleinen, die Erziehung des heranwachsenden Kindes fordernd und hemmend in das Berufsleben greifen: diesen Kernpunkt habe ich trotz seiner wesentlichen Bedeutung in diesem Zusammenhang absichtlich unberücksichtigt gelassen, um die Untersuchung nicht zu komplizieren. Die Mutterschaftsfrage ist ein Problem für sich; ich werde mich damit in einem besonderen Artikel zu beschäftigen haben.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

FRANZ STAUDINGER · COHEN UND KAUTSKY


COHEN und Kautsky? Wie kann man die in einem Atem nennen? Gegensätze, die sich ausschliessen: Gegensätze, wie Nordpol und Südpol.[1]) Der erste der Mann der Idee, der die ganze Ethik aus der Idee ableiten, die Idee zum weltbeherrschenden Ausgangspunkt machen möchte. »Die Idee muss restlos im Sollen aufgehen. Dieses Sollen beschreibt und bestimmt das Wollen, welches den Inhalt der Ethik bildet«, sagt Cohen. Der andere der Mann der historischen Entwickelung: »Die Wissenschaft hat es stets nur mit dem Erkennen des Notwendigen zu tun. Sie kann wohl dazu kommen, ein Sollen vorzuschreiben, aber dies darf stets nur als eine Konsequenz der Einsicht in das Notwendige auftreten.« Das sittliche Ideal hat bloss negativen Charakter. »Nicht von unserem sittlichen Ideal, sondern von bestimmten gegebenen materiellen Bedingungen hängt die Richtung ab, welche die gesellschaftliche Entwickelung in Wirklichkeit

[1]) Die Bücher der Genannten, die wir unseren Ausführungen zu Grunde legen, sind Hermann Cohen: *Ethik des reinen Willens* (*System der Philosophie*, II. Teil) /Berlin 1904/ und Karl Kautsky: *Ethik und materialistische Geschichtsauffassung* /Stuttgart 1906/.

nimmt.« »Die materialistische Geschichtsauffassung hat das sittliche Ideal als richtunggebenden Faktor der sozialen Entwickelung völlig depossediert und hat uns gelehrt, unsere gesellschaftlichen Ziele ausschliesslich aus der Erkenntnis der gegebenen materiellen Unterlagen abzuleiten.« »Wie der soziale, der gesellschaftliche Trieb, ist auch das sittliche Ideal nicht ein Ziel, sondern eine Kraft oder eine Waffe im gesellschaftlichen Kampfe ums Dasein.« Allerdings ein Gegensatz der Grundauffassung, der ausschliessend ist; wie Nordpol und Südpol! Aber zwischen Nordpol und Südpol liegt eben die Erde, dazu beide gehören, die Lehre von der geschichtlichen Entwickelung, wie die Idee. Es ist der alte unausgeglichene Streit zwischen Form und Inhalt, der uns hier wieder gegenübertritt.

Verfolgen wir den einmal unabhängig von den Genannten etwas näher. Hier saust eine Kugel aus dem Flintenlaufe und trifft dort das Ziel. Gibt nun nicht einzig der Flintenlauf die Richtung, und das Pulver die Kraft, die sie dem Ziele zuträgt? Und wenn sie etwa unterwegs durch den Wind abgelenkt wird, ist das nicht auch eine äussere Kraft? Was soll da sonst noch in Betracht kommen? So ruft der eine.

Halt, wirft der andere dazwischen. Du vergisst ganz die Form, welche die Kugel haben muss, wenn sie an das Ziel gelangen soll. Denke dir sie abgeplattet, wie ein Kuchenblech, so wird sie kaum ihre Wirkung ausüben, und wenn sie flach und gebogen wäre, so könnte sie, wie der Bumerang des Wilden, sich am Ende gar wenden und den Schützen treffen, der die Form so vernachlässigt hat.

Aber da wird der erste wieder aufstehen und rufen: Die vernachlässige ich ja gar nicht, du Tor, das weiss ich sehr wohl, dass es auf die Form ankommt. Aber diese Form wird in der menschlichen Gesellschaft nicht so einfach durch unser Belieben bestimmt, wie die Kugel, die der Schütze in den Lauf tut. Wir werden in eine Gesellschaft hereingeboren, die bereits vor unserer einwirkenden Tätigkeit so geformt ist, wie sie ist, und die können wir nicht nach einer aus dem Hirn gesponnenen Idee formen, sondern nur so weit mit unserem Willen beeinflussen, als wir ganz genau die Entwickelungstendenzen erkennen, die da wirklich vorhanden sind.

Das gebe ich zu, so sagt der erste wieder, aber wenn du sie erkannt hast, wie dann? Nach welcher Zielrichtung willst du sie dann weiter entwickeln? Dass du sie erkennen musst, dagegen sage ich am allerwenigsten. Das ist mir eine ganz selbstverständliche Voraussetzung; aber nun kommt die Aufgabe. Ich habe da eine Pflanze, auf der eine Raupe sitzt, die sie fressen will. Soll ich nun die Raupe töten und die Pflanze pflegen oder die Pflanze der Raupe opfern und vielleicht gerade zu dem Zwecke Pflanzen ziehen, damit die Raupe Futter bekommt? Um diese Frage handelt es sich. Du wirst hier freilich ja nach deinem Zwecke wählen; aber lassen wir den beiseite. Nur die Tatsache betone ich: Zwischen den beiden Zielrichtungen m u s s t du wählen.

Jämmerliches Beispiel! braust da der andere auf. Gerade an der Wahl dieses Beispiels sieht man, dass du gar nicht begreifst, worauf es ankommt. Freilich, der Pflanze und der Raupe gegenüber kann solche Alternative vorkommen. Wir aber stehen nicht ausserhalb der geschichtlichen Entwickelung, dass wir in einem solchen Konflikt zu wählen hätten, in den etwa der Gärtner, der

auch Schmetterlingssammler wäre, geraten könnte, sondern wir sind durch die Macht der Umstände, dadurch wir in die Gesellschaft hereingeboren sind, entweder zur Rolle von Raupen oder zur Rolle der Pflanzen, ja zeitweilig und teilweise bald zum einen, bald zum anderen verurteilt. Das einzige, was wir da tun können, ist, dass wir genau die Entwickelungsgeschichte beider Phänomene studieren und danach beurteilen, welcher Entwickelung sich die Geschichte zuneigt. Dann erst können wir gewissermassen als Geburtshelfer der als richtig erkannten Entwickelung wirken. Wir haben hier eine objektive gesellschaftliche Differenzierung, innerhalb deren der einzelne mit seinem Wollen fast nichts, die durch die Entwickelung heraufgerufene Massenerscheinung alles ist. Ob da der einzelne Ausbeuter oder Halbausbeuter oder neutral oder Ausgebeuteter und Halb- und Viertelausgebeuteter ist, das sind Verhältnisse, die nicht oder nur sehr wenig er selbst bestimmt. Da wächst er herein, und alles, was er tun kann, ist, dies wissenschaftlich erkennen. Dies Erkennen, an sich weder sittlich noch unsittlich, weist uns die Zielrichtung des Wollens.

Aber doch des Wollens, wirft nun wieder der erste ein. Und das Wollen ist Wollen eines Ziels. Ich gebe dir alles zu, was du gesagt, aber nun stehen sich kalt und glatt folgende Alternativen gegenüber. Entweder das Wollen ist blosser Instinkt, blosser Affekt, der Zielrichtung gibt. Dann hat auch die Erkenntnis nichts zu tun, als diesem Affekte zu dienen. Oder die Erkenntnis kann etwas mehr, sie kann auch sagen, welche von den vielen instinktiv aus der Entwickelung geborenen Zielrichtungen die normale, die aufwärtsführende sei. Damit sind wir zur Kernfrage gelangt. Kann sie das, oder kann sie das nicht? Kann sie das nicht, so ist jedes Wollen dem Werte nach gleich, sofern es Erfolg hat. Sittlicher Richter ist der Erfolg, und nur er. Oder aber, es gibt neben dieser Beurteilung noch eine andere, davon total verschiedene, welche den wurmstichigen Apfel abnorm nennt, auch wenn er zur Reife kommt, und den vom Sturme vorzeitig vom Baume geworfenen gesund nennt, wenn er keinerlei Makel hat.

Für den Wurm wird jener Apfel der normale sein, wirft dem wieder der andere entgegen. Dass ein solches Normurteil für jeden besteht, leugne ich nicht, aber es ist bei jeder Klasse je nach den Zielen verschieden. Und es ist nicht etwa so, dass die Norm die Ziele, sondern vielmehr so, dass die Ziele die Norm bestimmen. Für eine Norm, die mir etwa meine Ziele schwächen und verderben könnte, danke ich. Ich lasse mir solche nicht aus dem Nirgendslande der reinen Abstraktion aufoktroyieren.

Das sind tatsächlich die Grundgegensätze, die auch zwischen Cohen und Kautsky walten. Und dass sie so, wie sie von den Genannten formuliert sind, ausschliessend sind, daran ist kein Zweifel. Cohen nimmt im Prinzip die Ableitung der sittlichen Norm nach Kant, Kautsky aber nach Marx vor. Wie will da jemand kommen und von Versöhnung zwischen Kant und Marx reden? Wie will er gar, wie ich in meiner *Ethik und Politik* tat, behaupten, Kant müsse konsequenterweise zu Marx, Marx zu Kant kommen? Das scheint nach der Darlegung der obigen Gegensätze unmöglich. Und es ist auch tatsächlich unmöglich, solange der Kantianismus die Fundamente seiner Aufstellung aus reiner Vernunft entwickeln will, und solange der Marxismus nicht an der Hand der Kantischen Begriffsbestimmung deren wahre Grundlagen in seinen eigenen Prinzipien entdeckt.

Und doch ist Cohen ebenso, wie Kautsky, der Gesinnung nach Sozialist. Folgendermassen urteilt er über Marx: »Der sittliche Feuergeist spornt seine ganze grosse Arbeit, seine theoretische, wie die praktische. Pedantisch ist es, einem solchen Gesandten des Gottes der Geschichte die Sprüchlein der spirituellen Moral vorzuhalten und ihm zu bedeuten, dass er die Urkraft des Ich verkannt und verleumdet habe.« Und über den übelbeleumundeten Eudämonismus im Sozialismus sagt er: »Wo die Lebenskraft unterbunden wird, da kann der Wille, der reine Wille nicht gedeihen . . . . Der Eudämonismus der Magenfrage bedeutet nichts geringeres, als die Fürsorge der reinen Ethik für die Tatkraft des reinen Willens und für die Reinheit des Selbstbewusstseins. Dieser Eudämonismus ist das Gegenteil von Egoismus. Darum konnte und durfte er sich mit dem Sozialismus verbinden.« Bei einem Manne von solcher Gesinnung dürfen wir keinenfalls den Verdacht hegen, dass er aus irgendwelchen Hintergedanken gegen die materialistische Geschichtsauffassung ankämpfe. Er hält sie für einen logischen Fehler, oder vielmehr, er glaubt, es stecke in ihr ein logischer Widerspruch, aber er warnt davor, sie für einen ethischen Fehler zu halten. Der Gegensatz wird am Ende gar nicht da seinen Angelpunkt haben, wo beide ihn zu finden glauben, sondern an anderer Stelle. Da also muss nachuntersucht werden.

Cohen sagt: »Darauf also kommt der innerliche Gegensatz aller empiristischen gegen die idealistische Ethik hinaus, dass die erstere die angeblich absoluten Gegenstände bekämpft, dafür aber die absoluten Handlungen um so bereitwilliger gelten lässt, während die idealistische Ethik scheinbar, in Wahrheit aber nur in der Methode den reinen Willen absolut setzt, kraft dieser Methode aber ihn als Bedingung zur Erkenntnis bringt und demzufolge alle angeblich absoluten Werte der geschichtlichen Moral im tiefsten und im besten Sinne relativiert.« Man könnte da freilich fragen: Aber warum wird denn diese Ethik, wenn sie nur Methode sein soll, *idealistisch* genannt? Der Wille, von allen Besonderheiten abstrahiert, ist denn doch nur Abstraktum wirklichen Willens. Da würde Cohen antworten: Dann würde das Sittliche ja Naturgesetz. »Und die Missdeutung des Sittengesetzes als eines Naturgesetzes führt zu der Verwechselung der sittlichen Begriffe und Gesetze mit einem angeblichen sittlichen Objekt und einem Gute der Kultur.« In der Tat scheint Kautskys Polemik gegen das sittliche Ideal als richtungbestimmendes Moment wesentlich gegen diejenige Ansicht zu gehen, welche eine bestimmte inhaltliche Sittlichkeit vorschreiben, sowie gegen diejenige, welche die Form vom Inhalte loslösen und als eine Übermoral aufstellen will. Das erste tut die Herrenmoral der despotischen Zeit, welche stets bestimmte Gebote als ewig sittliche Normen aufstellt, das letztere tut die Moral der freien Verkehrsgesellschaft, die dem Strom ihres freien Verkehrs einen Uferdamm von Recht und Moral baut, der das ungestörte Strömen des Verkehrs gewährleisten soll — wobei freilich dieser Überbau mit dem im Strombette strömenden wirklichen Handeln in gar mannigfaltige Konflikte gerät. Dass Kautsky seine Kritik derart meint, geht schon daraus hervor, dass er sagt: »Der Inhalt des sittlichen Ideals ist nicht immer ein sehr klarer.« Da aber wird er wenigstens bei Cohen offene Türen einrennen. Das wird der ihm bereitwilligst zugeben, dass alle inhaltlichen sittlichen Ideale wechselnd sind und sein müssen; dass man aus Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nicht in den Lüften den Sozialismus ableiten kann,

das versteht sich von selbst. Aus $2 \times 2 = 4$ kann man auch nicht sehen, ob Nüsse oder die Seiten eines Quadrats multipliziert werden. Dazu bedarf es bestimmter Gegebenheiten. Und wie in all den Veränderungen, die beispielsweise der Kampf ums Dasein mit sich bringt, die Beurteilung mitläuft, ob ein bestimmtes Organ oder eine Gruppe von solchen oder ein ganzer Organismus höher differenziert oder rückgebildet ist, so wird man auch in den geschichtlichen Gesellschaften fragen können, ob die vorkommenden Handlungen, Persönlichkeiten, Gesellschaftszustände jeweils von dem so bekannten und doch bisher so geheimnisvollen Gesichtspunkte der moralischen Beurteilung aus höher oder niedriger bewertet werden müssen.

Kautsky selbst erkennt diese Beurteilungsart an. Er sagt: »Trotz aller anscheinenden Regellosigkeit fühlte jeder nicht bloss das Bedürfnis nach bestimmten Regeln des Handelns, sondern er empfand auch mehr oder weniger deutlich, dass in seinem Inneren ein Regulator seines Handelns wirkte, der ihn zwischen Gut und Böse unterscheiden, das Gute anstreben, das Böse verabscheuen liess. Dieser Regulator aber erwies sich als eine höchst geheimnisvolle Macht . . . Wenn man untersuchen wollte, worin das Wesen dieses Regulators eigentlich bestehe, . . . dann stellten sich sowohl der Regulator . . ., als seine Urteile . . . als Erscheinungen heraus, die schwerer begriffen werden konnten, als irgend eine andere Erscheinung der Welt.« Ganz recht! Und vielleicht gilt gerade hier das, was Marx betreffs der Gesellschaft sagt, dass sie erst auf einer Entwickelungsstufe begriffen werden kann, die auch die Bedingungen zur Lösung der vorhandenen Widersprüche hergibt: Kautsky aber hat das Problem, das er sich gestellt hat, doch wohl nicht so sehr gelöst, als beiseite geschoben. So vollendet klar und einleuchtend er all das, was entwickelungsgeschichtlicher Natur ist, insbesondere den historischen Materialismus, darstellt, so unsicher tastet er hin und her, wenn es nun darauf ankommt, die Moral selbst in Beziehung zu den Ergebnissen dieser Untersuchung zu bringen.

Seltsam muss schon anmuten, dass er immer nur von den *sozialen Trieben* redet, statt die gesellschaftliche Formation selbst darauf zu untersuchen, unter welchen Umständen sie solche Triebe entwickeln muss. Nach dem Grundgedanken des historischen Materialismus muss doch das wirkliche ökonomische Leben, nicht der aus ihm hervorgehende Trieb, Grundlage sein. An einer Stelle zwar legt Kautsky direkt den Finger auf den Punkt, auf den es ankommt. Er sagt: Der Mensch »tritt in seine menschheitliche Entwickelung bereits als soziales Tier ein, mit starken gesellschaftlichen Trieben. Die erste ethische Wirkung der menschlichen Gesellschaft muss eine Beeinflussung der Kraft dieser sozialen Triebe sein. Je nach dem Charakter der Gesellschaft werden diese Triebe entweder gestärkt oder geschwächt werden. [Unter welchen Bedingungen?] . . . Nichts irriger, als die Anschauung, dass die sozialen Triebe sich regelmässig in dem Masse verstärken müssen, wie die Gesellschaft sich entwickelt. In den Anfängen der menschheitlichen Entwickelung wird das freilich zugetroffen haben. [Warum?] . . . Die Antriebe, welche in der Tierwelt schon die sozialen Triebe entwickelten, lässt die menschliche Gesellschaft in voller Stärke weiter bestehen, sie gesellt aber neue dazu durch die Gemeinsamkeit der Arbeit, das Zusammenwirken in der Arbeit.« Da stehen wir allerdings an einem entscheidenden Punkte. Diese Tatsache brauchte

nur ein klein wenig mehr analysiert zu werden, so konnte man in diesem Zusammenwirken, das schon in der Tierwelt erscheint, den historischen Quell der Moral finden. Nicht jedes Zusammenwirken, nicht jede gemeinsame Arbeit ist Quell sozialer Triebe — so nicht zwischen Herren und Sklaven —, wohl aber ist es unbedingt das Zusammenwirken zu einem gemeinschaftlich von dem eigenen Trieb oder dem Willen der Beteiligten erstrebten Ziele. Ziele, die verschiedenen Individuen gemeinsam, aber nicht gemeinschaftlich sind, wirken anders. Gemeinschaftlicher Schutz, gemeinschaftliche Nahrungsbeschaffung u. s. w. sind es, welche den Trieb und weiter den Willen sozial machen. Und sofern nun das Bewusstsein solchen Zusammenwirkens und daraus eines ihm angemessenen Verhaltens gegen die Mitwirkenden entsteht — was allerdings erst durch Widersprüche dagegen zu geschehen pflegt —, wird aus der zuerst instinktiven Moral die zum Selbstbewusstsein gelangte Ethik. Diese kann nur bestehen, soweit Gemeinschaft besteht. Und zwar werden ganz die selben gemeinschaftlichen Handlungen, welche von anderer Seite her als wirtschaftlich oder politisch anzusehen sind, unter dem Gesichtspunkte der Gemeinschaft und der Zusammenordnung mit den Mitwirkenden moralisch respektive ethisch gewertet. Das ist die Lösung des Rätsels.

Aber so nahe Kautsky auch dem gekommen ist, voll hat er es nicht erreicht. Er sieht zwar einen Zusammenhang zwischen Zusammenwirken und Ethik, aber er bestimmt ihn nicht objektiv und kommt daher im Grunde der objektive Massstäbe ablehnenden Ansicht der Sophisten sehr nahe, nur dass von ihm die Gesellschaften und Klassen, von jenen nur die Individuen als Massstab genommen werden. Er meint, es sei Unsinn, bestimmte sittliche Normen, die als solche von einer Gesellschaft oder einer Klasse anerkannt werden, deshalb für unsittlich zu erklären, weil sie unserer eigenen sittlichen Norm widersprechen. Die Unsittlichkeit könne stets nur Abweichen von eigner, nie von fremder Moral sein. Damit wäre unseres Erachtens, wenn das — was glücklicherweise praktisch nicht geschehen kann — seine volle Konsequenz auf das Handeln zöge, der moralische Massstab in jedem Betracht so unsicher und schwankend geworden, dass er kaum mehr, wie doch Kautsky will, als Kraft, jedenfalls aber nicht als Waffe im gesellschaftlichen Kampfe in Betracht käme.[3])

Aus dieser Unbestimmtheit bei Kautsky stammen vor allem die unsicheren Wendungen, die sich am Anfange seines letzten Abschnittes finden. Da spricht er von Zunahme der Heuchelei und des Zynismus bei den konservativen, namentlich den herrschenden Klassen und im Gegensatze dazu von einer neuen

[3]) Conrad Schmidt meint in seinem Artikel *Bemerkungen über Ethik und materialistische Geschichtsauffassung* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte* (pag. 217 ff.), auf die entscheidende Frage, weshalb Menschen gewisse Grundsätze als Verpflichtungsgründe anerkennen, gehe Kautsky nicht ein. Das dürfte zu viel gesagt sein. Bei dem *weshalb* ist freilich vor allem scharf die historische und die logische Bedeutung der Frage selbst zu unterscheiden. Auf deren historische Bedeutung geht Kautsky sehr ein; und wenn wir da etwas kritisieren, so ist es das, dass wir glauben, er habe sie nicht radikal genug in Angriff genommen. Die logische Bedeutung hat er allerdings nur an einer Stelle gestreift, wo er sagt, Aufhebung der Widersprüche sei »das Wirken des denkenden Geistes«. Wenn er damit die Meinung verbindet, diese Tätigkeit könne »den gewonnenen Überbau nur befestigen«, so ist freilich dies *nur* ein Wörtchen zu viel. Denn die Erfahrung zeigt, dass auch die logische Wertung recht wohl sozial angewendet werden kann. Recht hat er freilich darin, dass »die Aufhebung der Widersprüche« auch in falscher Richtung gesucht werden kann, dass also die Untersuchung auf dem Wege des historischen Materialismus unerlässlich ist. Immerhin muss diese Untersuchung, sobald man auf deren Grund hin zu urteilen beginnt, jenes logische Kriterium selber hinzunehmen, ob sie sich dessen bewusst sei oder nicht. Es ist mir aus Schmidts Artikel nicht ganz deutlich geworden, ob seine Hauptbeanstandung Kautskys in diesem Sinne zu verstehen ist.

Moral, welche die aufstrebenden und ausgebeuteten Klassen ihnen entgegensetzen. Dann aber wird bloss von den aufsteigenden Klassen geredet, in denen ein neues sittliches Ideal sei, und in denen die sozialen Triebe durch den Klassenkampf besonders entwickelt werden, während die untergehenden oder konservativen Klassen wachsende Unsittlichkeit produzieren. Nun sind aber historisch die ausgebeuteten und die aufstrebenden Klassen durchaus nicht immer identisch, und auch die sittliche Beurteilung nicht, welche ihnen Kautsky und andere zu teil werden lassen. Um die Reformationszeit war bekanntlich das absolute Fürstentum mit seiner notwendig machiavellistischen Moral die aufstrebende, das Feudalbauerntum eine untergehende Klasse, die Wiedertäufer eine aufstrebende, aber erfolglose Gruppe. Trotzdem pflegen die Sozialisten mit Recht das Streben der letzten moralisch höher zu werten, das des ersten zu verurteilen. Nach dem Satze, dass die Unsittlichkeit nur Abweichung von eigner, nicht fremder Moral sein könne, dürfte das nicht geschehen. Denn die Fürsten schlugen jene Bewegungen mit subjektiv vielleicht gutem Gewissen nieder, und Luther ermunterte sie bekanntlich noch dazu. Wenn der Sozialist trotzdem sowohl jene Bauern, wie diese Wiedertäufer moralisch höher schätzt, als ihre Unterdrücker, so tut er es instinktiv deshalb, weil sie höhere Gemeinschaftsziele verfolgten, schwerlich bloss, weil sie Unterdrückte waren. Denn den Anarchismus missbilligt er, der doch oft Überzeugung Unterdrückter ist.

Darum ist es — wenn wir auch das dem folgenden Ausspruche Kautskys zu Grunde liegende Motiv nicht verkennen — doch falsch, zu sagen: »Dadurch, dass das bewusste Ziel des Klassenkampfes im wissenschaftlichen Sozialismus aus einem sittlichen Ideal in ein ökonomisches verwandelt wird, verliert es nichts von seiner Grösse. Denn was allen bisherigen Erneuerern der Gesellschaft als sittliches Ideal vorschwebte, dazu sind jetzt zum ersten Male die Bedingungen gegeben . . .« Es muss vielmehr heissen: Weil das ökonomische Ideal des Sozialismus die sittliche Gemeinschaftsidee in sich schliesst, darum kann letztere Kraft und Waffe für den Sozialismus sein, und das um so mehr, als heute die ökonomischen Bedingungen für deren Verwirklichung gegeben sind.

Damit wären wir also von Kautsky wieder zu Cohen gelangt und müssten diesem beitreten? In der allgemeinen Zielbestimmung ganz gewiss. Aber das ökonomische Ideal darf nicht von dem sittlichen Ideale getrennt werden. Und wenn Kautsky selbst anderswo sagt, dass da, wo spezielle Arbeiterforderungen mit allgemeinen Kulturforderungen in Widerspruch geraten, die letzteren den Vorzug haben, so drückt er selbst aus, was tatsächlich als Norm dienen muss: in der Sache das nämliche, was er zu bestreiten scheint. Wenn er auf der anderen Seite meint, die Moral könne aus einem unentbehrlichen zusammenhaltenden Bindeglied zu einem Mittel unerträglicher Einschnürung des gesellschaftlichen Lebens werden, so hat er ja freilich recht. Aber es kann dies eben nur so lange der Fall sein, als die Moral in der Hand von ausbeutenden Schichten zu einer Gängelmoral für die Unterworfenen ausgestaltet werden kann. Diese Moral aber ist keine Ethik. Sie beruht nicht auf der Erkenntnis von Gemeinschaftszielen. Sie täuscht vielmehr erzwungene Gemeinsamkeit als Gemeinschaft vor. Und nur, wo Gemeinschaftsziele, wirkliche, im realen Leben wurzelnde Gemeinschaftsziele, vorhanden sind, kann solche Moral, die ethischer Einsicht entspricht, Wurzel fassen, oder sie ist vielmehr mit ihnen und in ihnen da.

Da aber haben wir auch den Punkt berührt, wo Cohen korrigiert werden muss. Er will tatsächlich seine Ethik, wie es auch Kant tut, aus dem Nirgendlande, aus einer rein hirnentsprungenen — nicht etwa einer auf gesellschaftlichem Boden wurzelnden und nur allgemein dargestellten — Abstraktion entwickeln. Dann aber ist die Abstraktion unfruchtbar, wenn sie nicht zufällige Anknüpfungspunkte in realen gemeinschaftlichen Massenbewegungen findet. Aber sie ist nicht bloss dies, sie kann sogar bedenklich werden.

Und das ganz natürlich. Denn die Abstraktion, wenn sie sich nicht bewusst ist, dass sie auf Grund wirklichen Gemeinschaftsstrebens ausgebildet ist und also nur hierfür gelten kann, geht über ihre Grenzen hinweg und verlangt auch da Anwendung, wo gar keine Gemeinschaft, die Vorbedingung ihrer Anwendung, existiert. Dann kann sie ebensowohl dazu dienen, Unterworfenen eine verfälschte Gemeinschaftsmoral einzuimpfen, als auch solche Bewegungen, die zur Erringung höherer Gemeinschaft dienen sollen, zu lähmen. Daher das berechtigte Misstrauen, das Kautsky ihr entgegenbringt. Aber dies Misstrauen muss in dem Augenblicke schwinden, wo die wirkliche Lebenswurzel der Ethik blossgelegt ist. In diesem Augenblick verliert die als Beurteilungsnorm unerlässliche Ethik der Gemeinschaft ihre Mystik und ihr Bedenken. Wir können nun ganz ruhig und in anderer Hinsicht ganz allgemein sagen: Jede Handlung, jede historische Bewegung, welche auf Herstellung grösserer Gemeinschaft abzielt, ist moralisch gut, jede Handlung und Bewegung, welche ohne Ersatz Gemeinschaft zersetzt, auflöst, grössere Beherrschung erzeugt, ist objektiv unmoralisch; ganz unabhängig von der subjektiven Ehrlichkeit oder Unehrlichkeit der Wollenden. Denn die subjektive Ehrlichkeit kann schliesslich kein Mensch ausgiebig kontrollieren. Der Wollende selber nicht. Die objektive Zielrichtung aber lässt sich mit dem Wachstum unserer Erkenntnis immer sicherer feststellen. Denn sie ruht, wenn nun auch aus ihrer Abstraktion weitere Schlüsse gezogen werden mögen, auf festem historischen Boden.

Kautsky hat scharfe Ausdrücke gegen Kant, unmutige gegen das Eindringen des Kantianismus in den Sozialismus bereit. Man kann deren einige unterschreiben. Den Punkt aber, in dem Kant wichtig und wertvoll bleibt, halten wir unter Änderung des Fundaments fest. Ohne den fehlt der sozialistischen Ethik die feste Grundlage, und vielleicht kann auch Kautsky, wenn er das durchprüft, nichts Wesentliches dawider haben. Das, und nur das ist die notwendige Synthese von Marx und Kant. Sollten wir das Christentum, sowie Kant, die doch tatsächlich den Gemeinschaftsgedanken in der Ethik betont haben, verkennen, weil sie es in einer heute nicht mehr haltbaren Ableitung taten? Wohl, wir leiten ihn nicht mehr aus einem Reiche Gottes, aus einer reinen Vernunft, sondern aus der historischen, schon weit in die Tierheit zurückreichenden tatsächlichen Gemeinschaft ab.*) Wir beseitigen damit die bedenklichen, gängelmoralischen Anwendungsmöglichkeiten. Aber dass der Sozialismus in der Richtung ihrer Grundidee wirkt und will, erkennt ja auch Kautsky an, wenn er sagt, das ökonomische Ziel des Sozialismus enthalte, »was bisher allen Erneuerern der Gesellschaft als sittliches Ideal vorschwebte: die Aufhebung der Klassen«.

*) Die nähere Ausführung dieses Gedankens sucht meine eben unter der Presse befindliche Schrift *Wirtschaftliche Grundlagen der Moral* /Darmstadt 1906/ zu geben.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Getreidemarkt Während die Börse sich in der ersten Märzhälfte noch immer vorwiegend in gedrückter Stimmung befand und für jede ungünstige Nachricht — aus Algeciras, aus den südafrikanischen Minenbezirken, aus Frankreich mit seinem Ministerwechsel — krankhaft empfindlich blieb, hat die Produktion im grossen und ganzen ihren Vollschritt beibehalten, obwohl auf die künstlich gesteigerte Ausfuhr vor den Zollerhöhungen des 1. März hie und da eine gewisse Abflauung, wie zu erwarten, folgen musste; eine heftige Reaktion war jedenfalls nicht zu konstatieren.

Die lebhafteste Aufmerksamkeit wendet sich naturgemäss der Entwickelung des Getreidemarktes zu. Nachdem jetzt die offizielle Februarstatistik für die Ein- und Ausfuhr abgeschlossen vorliegt, lässt sich die Wirkung der Übergangsperiode, aus niedrigeren alten in höhere neue Zölle, klar überblicken. Vom Beginn der neuen Erntezufuhr (1. August) ab bis zum 28. Februar, der diesmal den letzten Tag der niedrigeren deutschen Zölle bildete, wurden eingeführt dz:

	in diesem Jahre	im Vorjahre
Weizen	20 233 231	12 494 288
Roggen	5 600 540	2 364 912
Hafer	8 818 656	3 935 973
Gerste	13 018 818	10 112 038
Mais	8 000 691	5 408 942
Weizenmehl	218 509	120 974
Roggenmehl	11 532	9 553

Die Januarziffern teilten wir in der vorigen Rundschau (pag. 248) mit; es hat demnach im Februar die Massenzufuhr aus dem Auslande sich fortgesetzt. Der deutschen Vorratsbildung muss das um so mehr zu gute gekommen sein, als man gleichzeitig mit der Ausfuhr zurückhielt, offenbar in der Erwartung verhältnismässig besserer Preise bei uns, und in Rücksicht auf die neue Regelung der Einfuhrscheine. Vom vorausgegangenen August ab betrug die Gesamtausfuhr bis 28. Februar dz:

	1906	1905
Weizen	1 721 946	2 412 135
Roggen	932 934	2 832 560
Hafer	869 657	1 495 230
Gerste	194 080	315 877
Mais	251 964	272 191
Weizenmehl	397 071	490 957
Roggenmehl	484 028	773 998

Auch diese Verstärkung der Reserven für Deutschland ist somit eine ausnahmslose. Ein stärkeres Defizit der heimischen Produktion haben wir dieses Jahr in Getreide, im Vergleiche zum Vorjahre, nicht gehabt; mehr als ausgleichend wirkt für das etwas geringere Ergebnis unserer Körnerernte die überreiche Kartoffelernte. Die volle Wirkung des neuen Zolles wird unter diesen Umständen nicht so rasch eintreten. Die allseitige Spekulation auf Preissteigerung hat vorläufig ein derartiges Überangebot herangezogen, dass die Preise eher sinken, als steigen. Der Monatsdurchschnitt betrug zum Beispiel an der Berliner Börse für die typischen Lieferungsqualitäten (1000 kg):

		Roggen	Weizen
Dezember	1905	170,53 M.	183,06 M.
Januar	1906	169,29 „	182,52 „
Februar	1906	163,76 „	178,96 „
Woche vom 5. bis 10. März	1906	161,75 „	175,83 „

Ausser der fortdauernden Konkurrenz der niedriger verzollten Getreidemassen kommen demnächst für die Preisbildung mehr und mehr auch die Saatenstandsberichte in Betracht. Diese lauten bisher aus den meisten Anbaugebieten günstig für die Wintersaaten.

× ×

Fleischpreise Die für den Konsum der durchschnittlichen und vollends der bessergestellten Arbeiterfamilie viel wichtigeren Fleischpreise (vergl. meinen Artikel *Die alte und die neue Handelsvertragsperiode* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, I. Bd., pag. 9) stehen jedoch im allgemeinen nach wie vor auf ihrer abnormen Höhe. Nach der *Statistischen Korrespondenz* bezahlte man im Februar durchschnittlich in Preussen für 1000 kg Rindfleisch im Grosshandel 1205 M. (respektive 1223 M. im vorangegangenen Monat Januar und 1110 M. im Februar des Vorjahres); im Kleinhandel für 1 kg Rindfleisch von der Keule 1,57 (1,57 respektive 1,42) M., vom Bauch 1,34 (1,35 respektive 1,21) M., Schweinefleisch 1,72 (1,71 respektive 1,37) M., Kalbfleisch 1,61 (1,62 respektive 1,43) M., Hammelfleisch 1,56 (1,54 respektive 1,37) M., inländischen geräucherten Speck 1,89 (1,88 respektive 1,54) M., Essbutter 2,41 (2,44 respektive 2,38) M., inländisches Schweineschmalz 1,82 (1,80

respektive 1,58) M. Die Schweine- und Hammelfleischpreise, die in den Vormonaten bereits nachgegeben hatten, zeigen im Februar sogar wieder eine geringe Steigerung. Die Schweinefleischpreise insbesondere sind in Trier um 15, in Kiel und Paderborn um 10, in Görlitz, Halle a. S. und Hannover um 5, in Osnabrück um 3, in Posen um 2, in Frankfurt a. O. um 1 Pf. gestiegen, dagegen sind sie in Breslau um 15, in Königsberg i. Pr. um 7 und in Danzig um 5 Pf. gesunken.

× ×

Bankabschlüsse An die goldene Zeit, die das Vorjahr 1905 für unsere Grossbanken bedeutete, werden wir jetzt durch die Veröffentlichung der Jahresabschlüsse erinnert. Der gesteigerte Kreditbegehr und der stärker sich regende Gründungs- und Erweiterungstrieb im Inlande, der Anleihebedarf der auswärtigen Staaten, die Börsenhaussebewegung, die den Aktienbesitz der Banken in Fluss brachte und im Werte verbesserte, hat die Stellung der Banken stark gehoben. 1904 war für sie bereits ein gutes Jahr, aber 1905 brachte fast durchgehends noch reichlichere Gewinne und Dividenden. Ein volles Prozent mehr Dividende zahlen, gegen 1904: die *Dresdner Bank* und *Schaaffhausen*, für die also der angekündigte Scharfmacherboykott nach der *Hibernia*affäre nicht in Erscheinung trat, ferner die *Darmstädter* und die *Nationalbank, die Berliner Handelsgesellschaft*; ½ % mehr gewährt die *Diskontogesellschaft*. Die *Deutsche Bank* begnügt sich, wie im Vorjahre, mit dem stattlichen Satze von 12 %, bei einem um 3½ Mill. M. gewachsenen Reingewinn. Die *Kommerz- und Diskontobank* kann auf ihr durch Aufnahme der *Berliner Bank* um 35 Mill. M. vermehrtes Aktienkapital immer noch die gleiche Dividende von 6½ % ausschütten. Ähnlich fast alle anderen Bankabschlüsse.

× ×

Schiffahrt Noch zufriedener können unsere grossen Schiffahrtsgesellschaften sein. Die Bremer *Hansa*linie zahlt, trotz des ostindischen Ratenkrieges mit der englischen Peninsular- und Orientlinie, für 1905 eine Dividende von 9 %. Die Linie Hamburg-Südamerika wirft 10 % gegen 8 % im Vorjahre ab; die Brasilien- und Argentinienfahrt entwickelte sich auf das vorteilhafteste. Die deutsche Ostafrikalinie hatte von dem begonnenen Bahnbau Dar es Salam-Mrogoro profitable Transporte; die Rückfrachten waren gleichfalls gute, so dass der Gewinn von 1,6 Mill. M. im Jahre 1904 auf 2,27 Mill. M. im Jahre 1905 wuchs.

Mit den stärksten Trümpfen warten jedoch die beiden grössten Reedereien Deutschlands auf. Aus dem Geschäftsbericht der *Hamburg-Amerika-Linie* heben wir hervor: Das Jahr 1905 ist sehr günstig gewesen. Laut Gewinn- und Verlustkonto wurden aus den Reisen etc. 33,39 Mill. M. (1904 25,2 Mill. M.) eingenommen. Der Betriebsgewinn beläuft sich auf 36,14 Mill. M. (27,82). Die Abschreibungen auf Seedampfer und Hilfsfahrzeuge betragen 17,56 Mill. M. (14,4). Die mit 11 % (9) vorgeschlagene Dividende = 11 Mill. M. (9) ist seit dem Jahre 1889, in dem gleichfalls 11 % ausgeschüttet wurden, die höchste in der Geschichte des Unternehmens. Der ordentlichen Reserve werden 666 677 M. (1904 493 491 M.), dem Erneuerungsfonds 2 753 176 M. (2 467 289 M.) und dem Reserveassekuranzkonto 2 Mill. M. (—) überwiesen. Die Tantiemen absorbieren 526 881 M. (376 344). Über die geplante weitere Entwickelung der Gesellschaft teilt der Bericht mit, dass in Gemeinschaft mit der *Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft* ein Schnelldampferverkehr nach Argentinien eingerichtet werden soll. Ferner soll der durch Vertrag mit der *Kosmos*linie bestimmte Anteil der Hamburger Gesellschaft am westamerikanischn Verkehr eine Erhöhung erfahren.

Der Jahresabschluss des *Norddeutschen Lloyds* ist auf den selben Ton gestimmt: Obgleich die Nachwirkungen des hauptsächlich durch den bekannten Schiffahrtskrieg beeinflussten schlechten Geschäftsjahres 1904 auch im vergangenen Jahre sich noch bemerkbar machten, hat sich der Personenverkehr, wie der Frachtverkehr so glänzend gestaltet, dass 33 036 000 M. Betriebsüberschüsse (gegen 19 834 000 M. im Jahre 1904), also 13 202 000 M. mehr, als im Vorjahre, erzielt werden konnten. Wenn auch der Aufsichtsrat beschlossen hat, eine Dividende von 7½ % vorzuschlagen, so bleiben weiter noch in Rechnung zu ziehen die überaus starken Abschreibungen (statt 13 Mill. M., wie 1904, 15 943 000 M.) und Überweisungen an Reserve- und Versicherungsfonds (statt 1 507 000 M. 4 158 000 M.). Hervorragend günstig

steht zurzeit das Passagiergeschäft; obgleich die Raten noch so hoch sind, wie am Schlusse des vergangenen Jahres, ist der Andrang der Passagiere ein so starker, dass nicht genug Schiffsräume da sind, um den Andrang zu bewältigen. Somit verspricht auch das Jahr 1906 ein glänzendes Geschäftsjahr für den *Lloyd* zu werden.

× ×

Kohlensyndikat Da einige Eisenpreisermässigungen, die aber nur für bestimmte Gebiete zur Zurückdrängung englischer Angebote Kraft erlangt zu haben scheinen, zu ungünstiger Beurteilung der allgemeinen Produktionslage verleiteten, so ist die günstige Auffassung in dem letzten, Mitte März erstatteten Vorstandsbericht des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats von besonderem Interesse. Es heisst hier wörtlich: »Die lebhafte Tätigkeit, die sich im verflossenen Jahre, namentlich in der zweiten Hälfte, auf fast allen Gebieten des heimischen Erwerbslebens bemerklich gemacht hat, hat — abgesehen von dem Markt für Hausbrandkohlen — im Januar und Februar keine Unterbrechung erfahren. Insbesondere war der Abruf seitens der Eisenindustrie fortgesetzt ausserordentlich hoch, was allerdings zum Teil seinen Grund darin haben mag, dass die Verbraucher bestrebt waren, die durch die Kohlenknappheit in den Herbstmonaten entstandenen Ausfälle auszugleichen. Ferner werden auch die durch die neuen Handelsverträge am 1. März dieses Jahres eingetretenen Veränderungen in den Zollverhältnissen in der letzten Zeit auf die Steigerung der Erzeugung für die Ausfuhr fördernd eingewirkt haben. Die Absatzverhältnisse im weiteren Verlaufe des Jahres werden sich, wenn auch die bisherige hohe Spannung nachgelassen hat, voraussichtlich befriedigend gestalten. Bemerkenswert für die Beurteilung der Verhältnisse, die in den Kreisen der für unseren Absatz so bedeutsamen Eisenindustrie herrschen, erscheint auch der Umstand, dass der Koksbedarf der Hochofenwerke für das mit dem 1. April 1906 beginnende neue Geschäftsjahr im allgemeinen auf Grund des bisherigen Höchstbedarfes abgeschlossen ist. Auch unsere übrigen Abschlüsse für das nächste Jahr, die zum grössten Teil bereits getätigt sind, lassen ein befriedigendes Ergebnis erwarten.«
Für das II. Quartal 1906 hat das Syndikat allerdings eine Fördereinschränkung von 15 % für Kohlen (7 % für Koks und 10 % für Briketts) beschlossen. Aber man darf nicht übersehen, dass in der letzten Zeit selbst bei voller Freigabe der Beteiligung doch nur 89 % gefördert werden konnten, und dass im vorjährigen II. Quartal die tatsächliche Förderungseinschränkung (April 21,29, Mai 20,65, Juni 18,62 %) hinter der beschlossenen Einschränkung (23 %) zurückblieb.

× ×

Kurze Chronik Vor dem Zentralausschuss der Reichsbank erklärte Präsident Dr. Koch eine baldige Diskontherabsetzung (seit 18. Januar 5 %) für nicht angängig; der Hinweis auf unsichere politische Verhältnisse hinterliess jedoch keinen dauernden tieferen Eindruck. × Der deutsche Stahlwerksverband nimmt wegen starker Nachfrage abermals eine Erhöhung der Beteiligungsziffer für die Produkte A (Halbzeug, Eisenbahnmaterial, Formeisen — um 5 %) vor. × Die Aktiengesellschaft *Krupp* kauft für 4½ Mill. M. den fürstlich Solms-Braunfelsschen Bergwerksbesitz an.

× ×

Literatur In der *Sammlung kaufmännischer Unterrichtswerke* /Leipzig, Poeschel/ behandelt Dr. Georg Obst in sachkundigster und zugleich gemeinverständlicher Weise das *Geld-, Bank- und Börsenwesen.* Für die Brauchbarkeit dieses Lehrbuches und Nachschlagewerkes spricht allein schon die Tatsache, dass in verhältnismässig kurzer Zeit bereits die 3., völlig neu bearbeitete Auflage (das 9. bis 12. Tausend) erscheinen konnte.

MAX SCHIPPEL

Politik

Richter † Am 10. März ist Eugen Richter gestorben. Alle Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, haben dem dahingegangenen Parlamentarier Worte der Anerkennung über sein politisches Wirken nachgeschickt. Wäre er früher gestorben, zu der Zeit nämlich, da Bismarck noch im Amte war, die Nachrufe hätten anders gelautet, er wäre als der *Reichsfeind* eingesargt worden, zu dem ihn Bismarck gestempelt hatte. Und die einzige Partei, die in diesem Fall Anerkennung für den von Regierung und Ordnungsparteien geächteten Politiker gehabt hätte,

wäre keine andere als die Sozialdemokratie gewesen. Als Bismarck aus dem Amte schied, da fehlte Eugen Richter der grosse Gegner, gegen den er die Kraft seiner Polemik hätte richten können. Seine Angriffslust gegen die Regierung liess nach, obwohl im grossen und ganzen die innere Politik in den Bahnen der Bismarckschen weitergeführt wurde. Sachlich hatte Richter mit seiner Opposition gegen Bismarck ziemlich erfolglos abgeschnitten: die Bismarcksche Finanz-, Steuer- und Zollpolitik war ebenso siegreich geblieben, wie seine Militärpolitik. Aber es war merkwürdig: Richters Polemik gegen die innere Politik war nach dem Ausscheiden Bismarcks aus dem Amte nicht mehr so heftig und lebendig, wie unter Bismarck selbst. Es fehlte eben die überragende Persönlichkeit Bismarcks, in der Eugen Richter alle Gefahren für Deutschlands Volk verkörpert sah. Dazu kam mit der Zeit eine persönliche Gegnerschaft der beiden Politiker, die an Schärfe nichts zu wünschen liess. Richter brauchte immer einen Gegner, den er mit seinem Hass, der sicherlich durchaus ehrlich war, verfolgen konnte. Er hatte noch den alten Demokratenhass, der den politischen Gegner moralisch bewertete und sachliche Gegensätze nicht sachlich austragen konnte und wollte. Er lebte immer in dem Wahne, die innere Politik Deutschlands hätte einen anderen Weg genommen oder nehmen können, wenn ein anderer Kanzler an der Spitze gestanden hätte. Das Verhängnis für den Volksmann Richter nach Bismarcks Weggang war, dass er nicht ohne Opposition gegen einen mächtigen Gegner leben konnte. Er hatte bis dahin mehr oder weniger die Opposition im deutschen Parlamente verkörpert; nach dem Fall des Sozialistengesetzes wurde ihm und seiner Partei diese Position von der Sozialdemokratie mehr und mehr streitig gemacht: das rapide Anwachsen der Sozialdemokratie bedeutete den Untergang seiner eigenen Partei. Entweder er musste sich für ein Zusammengehen mit links entscheiden, oder er wurde durch die Haltung der Sozialdemokratie nach rechts gedrängt. Das letztere ist eingetreten, und diese Schwenkung hat ihm in den letzten Jahren seines öffentlichen Wirkens die Anerkennung der Regierung und aller Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, eingetragen. Wenn mit den Jahren die Beziehungen zwischen der freisinnigen Volkspartei und der Sozialdemokratie immer gespannter und schliesslich zu einer erbitterten Feindschaft wurden, so hat Eugen Richter diese Wendung durch seine grosse Verständnislosigkeit allen sozialen Fragen gegenüber selbst heraufbeschworen. Für ihn war die Sozialdemokratie stets eine Partei ohne jede Daseinsberechtigung. Wie er die Bismarcksche Politik falsch wertete, so noch mehr die Sozialdemokratie. Seine *Irrlehren der Sozialdemokratie*, die einen so grossen buchhändlerischen Erfolg aufwiesen, sind geradezu naiv kindliche Versuche, die moderne Arbeiterbewegung aufhalten oder ihr Abbruch tun zu wollen. Die Gegnerschaft zwischen der Sozialdemokratie und Eugen Richter erreichte ihren Höhepunkt in den Tagen des Zolltarifkampfes, wo ihm Bebel im Reichstag in der Leidenschaft das Wort *Verräter* zuschleuderte. Auch in der Presse ist jetzt nach seinem Tode diese Anklage wieder aufgefrischt worden. Ich glaube aber, dass dieses in der Leidenschaft des parlamentarischen Kampfes gefallene Wort so wenig Berechtigung hat, wie die frühere Bezeichnung des *Reichsfeindes*. Gewiss war das Verhalten Eugen Richters in den Tagen der Zollkämpfe vom sozialdemokratischen Standpunkt aus scharf zu bekämpfen. Aber dass Richter und seine Partei irgendwie verpflichtet gewesen wären, die damalige Taktik der Sozialdemokratie und der freisinnigen Vereinigung mitzumachen, dürfte wohl niemand ernsthaft behaupten wollen. Eine solche Verpflichtung lag nicht vor, Richter liess vielmehr keinen Zweifel darüber, dass er die eingeschlagene Taktik missbilligte. Klug war es allerdings nicht, dass Richter in seiner Erbitterung gegen die Sozialdemokratie damals so weit ging, unter dem Beifall der Majorität des Reichstages die Minorität, mit der er materiell übereinstimmte, wegen ihrer Taktik förmlich abzukanzeln. Man hätte es ertragen, wenn er dargelegt hätte, warum seine Partei die Obstruktion nicht mitmachen könne, aber Richter ging zum Angriff über und wurde damit der Sachwalter der Majorität. Dieses Verhalten war hart zu verurteilen, aber es rechtfertigt nicht den Vorwurf des *Verrats*. Mit diesem schrillen Missklang endete das öffentliche Wirken Eugen Richters. Mag man aber diesem grossen Parlamentsredner noch so feindlich gegenüberstehen, seine Charakterfestigkeit und Überzeugungstreue verdient in einer Zeit, wo an die Stelle von Grundsätzen die Interessen

getreten sind, ein grosses Mass von Achtung, das ihm auch die Sozialdemokratie zollen kann.

× ×

Kurze Chronik Die Hamburger Bürgerschaft nahm am 28. Februar das neue Wahlgesetz an. × Bei den Kircheninventaraufnahmen kam es in verschiedenen Departements Frankreichs zu blutigen Exzessen. × Die französische Deputiertenkammer liess bei der Debatte über die Inventaraufnahme am 7. März das Kabinett Rouvier im Stich, so dass dieses dem Präsidenten Fallières seine Demission einreichte. Es folgt ein Kabinett Sarrien mit Briand, Bourgeois und Poincaré. × Eine entsetzliche Grubenkatastrophe fand in Courrières vom 9. auf den 10. März statt. × Am 18. März starb in Chicago Johann Most. × Dem preussischen Abgeordnetenhause gingen am 19. März die angekündigten Wahlreformentwürfe zu; sie enthalten ausser einigen Kleinigkeiten technischer Art eine Neueinteilung einiger übermässig grosser Wahlkreise, wodurch die Chancen für die Sozialdemokratie, ein paar Mandate zu erringen, gestiegen sind. RICHARD CALWER

Soziale Kommunalpolitik

Wohnungsinspektion Im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* bespricht Beigeordneter Dominikus die Inspektion der ungesunden Wohnungen in Strassburg. Der Artikel verdient eine eingehendere Besprechung, weil er auf Grund der Erfahrungen in Strassburg zu allgemeinen Grundsätzen der Wohnungsinspektion zu gelangen sucht. Für die Strassburger Wohnungsinspektion ist charakteristisch die Verbindung ehrenamtlicher Wohnungsinspektoren mit Berufsbeamten. In der Praxis hat es sich sehr bald herausgestellt, dass eine eingehende Wohnungsinspektion in grösseren Städten von einer ehrenamtlichen Wohnungskommission nicht befriedigend besorgt werden kann. Die Wohnungsinspektion kann nur dann etwas leisten, wenn sie eine ständige Gemeindeeinrichtung ist. Es sind ständige Nachrevisionen nötig, um das einmal Erreichte festzuhalten. Für diese unaufhörliche Kleinarbeit fehlt es aber den ehrenamtlichen Mitgliedern an Zeit. Zur Entlastung der ehrenamtlichen Wohnungsinspektoren sind Berufswohnungsinspektoren unbedingt notwendig. Schwierig ist nun die Abgrenzung und Verteilung der Tätigkeit zwischen den ehrenamtlichen und beruflichen Wohnungspflegern. In Strassburg hat die folgende Abteilung der Zuständigkeiten sich bewährt: Die erste Besichtigung wird immer durch die beiden Berufswohnungsinspektoren gemeinsam vorgenommen, um die Einheitlichkeit des Vorgehens zu sichern. Der ehrenamtliche Wohnungspfleger tritt in Tätigkeit, wenn es sich um besonders schwere gesundheitliche Missstände handelt, wenn die Berufsinspektoren über die Anwendung der einheitlichen Mindestforderungen im Zweifel sind, und schliesslich, wenn sich der Eigentümer nicht den erlassenen Auflagen fügt.

Die Wohnungskommission ist in eine Reihe von Unterausschüssen eingeteilt, die aus 2 bis 3 Mitgliedern bestehen. Die Unterausschüsse regeln für ihr Revier die Durchführung der Mindestforderungen. Dieses System der Unterausschüsse wird von Dominikus dem Prinzip des einzeln handelnden Wohnungspflegers, wie es in Hamburg und Stuttgart in Anwendung ist, vorgezogen. Bei den Unterausschüssen findet eine gegenseitige Ergänzung und Kontrollierung statt. Die Besichtigungen finden systematisch, von Haus zu Haus, statt. Auch dieses ist die allein richtige Methode gegenüber dem Eingreifen, das nur auf Grund von Beschwerden stattfindet. Von der grössten Wichtigkeit ist ferner die Einheitlichkeit der Wohnungsinspektion. Für Strassburg sind daher nach fünfjährigem praktischen Probieren gesundheitliche Mindestforderungen festgesetzt worden. Wie langsam eine gründliche Wohnungsinspektion arbeitet, und wie mühselig die Tätigkeit ist, dafür bringt der Abschnitt *Erfolge* recht interessante Daten. In der Zeit von 1898 bis 1904 wurden in Strassburg 2954 Häuser besichtigt. Es ist also ein erheblicher Teil der Vororte und der Neustadt bisher überhaupt noch nicht besichtigt worden. Von den besichtigten Häusern wurden 1520 = 51 % durch die Wohnungskommission saniert. Davon sind in 254 dauernde periodische Nachrevisionen erforderlich. Ende 1904 waren 1140 Häuser = 11 % aller Häuser Strassburgs, in Behandlung. Nur bei 3,4 % der besichtigten Anwesen war die Einleitung des förmlichen Zwangsverfahrens notwendig. Insgesamt wurden 7 422 einzelne Missstände beseitigt. Es handelte sich dabei um die Räumung von Wohnungen und Zimmern, um die Beseitigung von

Feuchtigkeit, die Schaffung von Luft- und Lichtzutritt, um Auffrischungsarbeiten, Schutz gegen Witterungseinflüsse und Feuersgefahr durch Bekleidung mit Gipsputz, Verbesserung von Abortverhältnissen, Anbringung von Schutzvorrichtungen u. s. w. Häufig sind die Mieter an dem schlechten Zustand der Wohnräume schuld. Mit der Erziehung der Hausbesitzer muss daher die Erziehung der Mieter zu einer gesundheitlichen Wohnweise Hand in Hand gehen. Um diese zu erleichtern, sind Ratschläge für gesundes Wohnen ausgearbeitet worden.

Zu den direkten Wirkungen der Wohnungsinspektion kommen die indirekten. In zahlreichen Fällen werden die Verbesserungen von den Eigentümern vorgenommen, ehe der Wohnungsinspektor erscheint. Es wird ferner der Boden für weitergehende Sanierungsprojekte bereitet, und der genossenschaftliche Bau neuer Wohnungen gefördert. Von neuen Aufgaben, die noch der Erledigung harren, nennt Dominikus die Ausgestaltung des städtischen Wohnungsamtes durch Gründung eines öffentlichen Wohnungsnachweises und die Errichtung einer öffentlichen Rechtsauskunftsstelle für Mietsangelegenheiten. Auch die Einrichtung eines Mietsschiedsgerichtes hält er für notwendig. So wird die Wohnungsinspektion der Ausgangspunkt und das Rückgrat jeder Wohnungspolitik. Wir stimmen Dominikus vollständig zu, wenn er die Einrichtung einer energischen und ständigen Wohnungsinspektion als die Vorbedingung jeder positiven Wohnungspolitik bezeichnet, und wenn er sagt, dass die weitere Entwickelung einer solchen unausbleiblich sei, sobald es einmal gelungen sei, für die Wohnungsinspektion das Interesse der öffentlichen Meinung zu erringen. Also, zunächst einmal eine ständige, tätige Wohnungsinspektion — dann wird sich das übrige schon finden. Damit ist der städtischen Verwaltung eine feste, scharf umgrenzte Aufgabe gestellt, und die bei dem Betreten des grossen Gebietes der Wohnungspolitik stets drohende Gefahr der Zersplitterung glücklich vermieden. Zugleich wird damit in natürlicher Weise die feste Basis für ein konstruktives Vorgehen in späterer Zeit geschaffen.

× ×

Fleischversorgung Nach Zeitungsnachrichten beabsichtigt eine landwirtschaftliche Genossenschaft in der Nachbarschaft von Hannover einen Schlachthof zu errichten und von dort aus das Fleisch den Fleischern in grossen Kühlwagen durch die Strassenbahn zuzuführen. Sollte es nicht gelingen, die Fleischer zum Anschluss an die Genossenschaft zu veranlassen, so beabsichtigt man auch, eigene Läden einzurichten und die Konsumenten direkt zu versorgen. Es wird nicht nur eine bessere Verwertung des Schlachtviehs für die Landwirtschaft, sondern auch eine Herabsetzung der Fleischpreise erwartet, da man eine Verbilligung der Produktionskosten durch die Grossschlächterei und den Fortfall des Verdienstes der Viehhändler erwartet. Bei der Genossenschaft, welche diese Pläne ausführen soll, ist mit einer Beteiligung von 4000 bis 5000 Landwirten gerechnet. Diese Bestrebungen richten sich auch direkt gegen das städtische Schlachthaus, dessen Ertrag ausserordentlich geschmälert werden wird. Infolgedessen nahm der Stadtdirektor Tramm in einer Sitzung der städtischen Kollegien entschiedene Stellung gegen diesen Plan der landwirtschaftlichen Interessenten. Er drohte mit scharfen Gegenmassregeln, auch wenn diese grosse Kosten verursachen würden, da man der in keiner Weise als berechtigt anzuerkennenden Konkurrenz begegnen müsse.

Der geschilderte Plan bewegt sich auf der Richtungslinie, welche die Landwirtschaftskammern den Interessenten vorgezeichnet haben, mit dem einzigen Unterschiede, dass bei ihm eine Mitwirkung der Stadtverwaltung ausgeschlossen ist, während jene Organisationen seinerzeit ein Zusammengehen mit den Städten empfahlen. Die Stadtverwaltungen haben die Anerbietungen damals mit Hohn zurückgewiesen, wobei die Rücksicht auf das Fleischergewerbe für sie bestimmend war. Von sozialdemokratischer Seite wurde immer und immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Fleischversorgung der Grossstädte von der Stadtverwaltung aus zu organisieren, um durch die Organisation die Profite des Zwischenhandels und des Metzgergewerbes zu beschneiden, und um auf der anderen Seite zu verhüten, dass die Fleischversorgung widerstandslos in die Hände der landwirtschaftlichen Genossenschaften geriete. Alle dahin zielenden Anträge sind aber von den bürgerlichen Parteien in den städtischen Kollegien rücksichtslos niedergestimmt worden. Die Kurzsichtigkeit der Stadtverwaltungen scheint sich, wie das Hannoversche Bei-

spiel zeigt, nunmehr zu rächen. Da es aber schliesslich doch wieder die grosse Masse der Bevölkerung ist, welche den Schaden zu tragen haben wird, so muss erneut mit allem Nachdrucke von den Vertretern unserer Partei auf den Rathäusern die Kommunalisierung der Fleischversorgung gefordert werden.

× ×

Schulzahnärzte Nur sehr langsam dringt die Behandlung der Schulkinder durch Schulzahnärzte in die Schulen ein. Wie dem Institut der Schulärzte, so wird dem der Schulzahnärzte der hartnäckigste Widerstand entgegengesetzt, wesentlich wiederum von den selben Kreisen, die von der Einrichtung der Schulärzte die Untergrabung der Lehrerautorität befürchteten. Bahnbrechend auf diesem Gebiete ist die Strassburger Stadtverwaltung, getrieben von Professor Jessen, gewesen. Sie hat eine zahnärztliche Inspektion und Poliklinik für Volksschüler eingerichtet. Dann wurde in Darmstadt vom *Verein hessischer Zahnärzte* eine zahnärztliche Poliklinik eröffnet, für die die Stadt die Räume, Heizung und Beleuchtung bewilligt hat. Nun haben auch die bürgerlichen Kollegien der Stadt Ulm beschlossen, zum Zwecke der Zahnpflege in den Schulen einen vollbeschäftigten Schulzahnarzt mit Ausschliessung der Privatpraxis anzustellen. Zahnärztliche Untersuchungen haben auch noch in anderen Städten stattgefunden. Ausser in den drei genannten ist es aber bisher weder zur Einrichtung von Polikliniken, noch zur Anstellung besonderer Schulzahnärzte durch die Stadtverwaltungen gekommen. Bei der grossen Bedeutung, die ein gesundes Gebiss für das allgemeine Wohlbefinden des Körpers hat, und bei der ungeheueren Verbreitung und den verheerenden Wirkungen der Zahnkrankheiten ist die Anstellung von Schulzahnärzten eine dringende Notwendigkeit. Ihre Tätigkeit hätte sich aber nicht nur auf die Untersuchung zu beschränken, es müsste vielmehr auch durch die Errichtung von Polikliniken dafür gesorgt sein, dass die festgestellten Defekte auch die sachverständige Behandlung finden.

× ×

Kurze Chronik In die neuen Vorschriften für die Vergebung gemeindlicher Arbeiten und Lieferungen hat die liberale Stadtverwaltung Augsburg eine Klausel aufgenommen, wonach der Magistrat sich im Falle einer Aussperrung (!) das Recht vorbehält, im einzelnen Falle Stellung zu nehmen. × Die Stadtverordneten in Recklinghausen und ebenso die Stadtverordneten in Posen haben anlässlich der silbernen Hochzeit des Kaiserpaares Kredite zur Errichtung von Säuglingsmilchanstalten bewilligt. × In Colmar wurde die Errichtung eines städtischen Wohnungsvermittelungsamtes beschlossen. × Die Städte Düsseldorf, Cöln, M.-Gladbach, Rheydt und Neuss haben Verhandlungen angeknüpft, um gegen das Stinnessche Elektrizitätsmonopol Stellung zu nehmen.

× ×

Literatur Im Auftrage des sozialdemokratischen Vereins München hat Genosse Eduard Schmid ein Handbuch für Gemeindewähler *Die Sozialdemokratie im Münchener Rathaus* /München, Birk/ herausgegeben. Die umfangreiche Schrift reiht sich würdig ihren Vorgängern in Bremen, Frankfurt a. M. etc. an. Sie bringt zunächst das bayrische Gemeindewahlprogramm mit einer kurzen Einleitung, die dessen Geschichte darstellt. Daran schliesst sich ein Auszug aus der bayrischen Gemeindeordnung für die Landesteile diesseits des Rheins, aus der insbesondere die Bestimmungen für das Gemeindefinanzwesen, die Verwaltungskörper, die Rechte und Pflichten der Gemeindebürger und die Wahlen zu den Gemeindeämtern, letztere beiden Abschnitte besonders eingehend, behandelt werden. Ein besonderes Kapitel sucht den Leser in die Mysterien des Haushaltsplanes der Stadtgemeinde München einzuweihen. Daran schliesst sich das Kapitel über die Gemeindewahlstatistik, das die Wahlen seit dem Jahre 1890 darstellt und kritisch bespricht. In der Gemeindewahlstatistik tritt das Unhaltbare und die Ungerechtigkeit des bestehenden Wahlrechtes deutlicher hervor, als das mit langen Reden dargelegt werden kann. Wir entnehmen daraus, dass die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen von 1187 im Jahre 1890 auf 4920 im Jahre 1902 angewachsen ist. Sehr ausführlich wird die Tätigkeit der Sozialdemokratie im Rathause dargestellt. Hier werden sämtliche wichtigeren Aktionen, speziell natürlich die Anträge der sozialdemokratischen Vertreter, vom Dezember 1893, wo zum erstenmal ein Sozialdemokrat in das Gemeindekollegium gewählt wurde, in historischer Folge aufgezählt. Es wäre vielleicht zweckmässiger ge-

wesen, sie nach Materien zu ordnen, wodurch dem Leser die langweilige Arbeit erspart worden wäre, sich mühsam die Anträge zu den verschiedenen Materien zusammensuchen zu müssen. Da auch die Aufgabe dieser Anträge in der Hauptsache eine kritische ist, so wäre wohl am besten die historische Übersicht über die Anträge mit dem Kapitel *Kritisches* zusammengearbeitet worden. In diesem Kapitel werden der Reihe nach das Trambahnunternehmen, die Gaswerke, die Elektrizitätswerke, der Holz- und Kohlenhof und der Marstall besprochen. Das sind die hauptsächlichsten Gewerbebetriebe der Stadt München, bei deren Verwaltung die bürgerlichen Parteien eine glänzende Unfähigkeit an den Tag gelegt haben. Die Kritik, die Schmid an diesen Unternehmungen übt, ist sehr scharf, aber durchaus zutreffend. Die Tarifversuche der Trambahn sind zu bekannt, als dass wir hier auf sie einzugehen brauchten. Wir haben sie auch in früheren Übersichten besprochen. Die Gaspreise sind in München ausserordentlich hoch, Leuchtgas kostet 23 Pf. pro cbm. Infolgedessen beträgt der Konsum per Jahr und Kopf nur 35 cbm, gegen 111 in Basel, 109 in Karlsruhe, 128 in Charlottenburg etc. Anträge der Direktion auf Herabsetzung der Preise sind teils abgelehnt, teils immer wieder vertagt worden, da die grossen Parteien im Rathause eine vorübergehende Minderung der Überschüsse befürchten. Die gleiche Kurzsichtigkeit bei den Elektrizitätswerken, wo man es unterlassen hat, sich die an der Isar leicht zu gewinnenden Wasserkräfte zu verschaffen, und statt dessen die Werke mit Dampfkraft betreibt. Charakteristisch sind auch die Verschleierungen in der Bilanz der Elektrizitätswerke, durch die man ihre Erträge viel niedriger beziffert, als sie in Wirklichkeit sind, und so mit scheinbar guten Gründen eine Ermässigung der Stromgebühren von sich abschieben kann. Eine Kritik des Etats und der Etatkünstler schliesst das Kapitel ab. Im Schlusskapitel wird an einer Reihe von Vorgängen nachgewiesen, dass auch auf dem Münchener Rathause gegenüber den verschiedenen Parteien mit zweierlei Mass gemessen und die Sozialdemokratie nicht als gleichberechtigte Partei betrachtet wird. Alles in allem haben wir es in der Schmidschen Schrift mit einem wertvollen Beitrage zur Kenntnis der deutschen Gemeindeverwaltung zu tun. ✕

Zu den interessantesten und wertvollsten Veröffentlichungen auf dem Gebiete der Wohnungsliteratur gehört das Buch von Dr. Andreas Voigt und Paul Geldner *Kleinhaus und Mietskaserne* /Berlin, Springer/. Es ist zunächst eine scharfe, nicht nur in der Sache, sondern auch in der Form vernichtende Kritik der Eberstadtschen Anschauungen von der Bedeutung der Bodenspekulation für die Steigerung der Bodenrente und der Mietspreise. Die Form der Polemik, die sich in persönlichen Angriffen gegen Brentano, Schmoller, Baumeister, Göcke, Fuchs, Brandts, vor allem aber Eberstadt, ergeht, hat in den Kreisen der Professoren und anderen bürgerlichen Wohnungsreformer laute Klagen und Bedauern erweckt. Es mag zugegeben werden, dass der Hauptverfasser, Voigt, kein Blatt vor den Mund nimmt und sich einer kräftigen Sprechweise befleissigt. Ob alle die Invektiven nötig waren, ist allerdings eine andere Frage. In dem Satz *Fortiter in re, suaviter in modo* aber steckt ein gutes Teil Heuchelei und Schwäche, namentlich, wenn man ihn gar als das Hauptprinzip jeder Diskussion bezeichnet. Ein kräftiges Wort ist häufig im Interesse der Wahrheit notwendig. Warum die Klage, wenn die kräftigen Worte sich einmal etwas mehr häufen, als vielleicht erforderlich war? In der Sache selbst war es unseres Erachtens notwendig, einmal mit aller Schärfe die Eberstadtschen Absurditäten als das zu kennzeichnen, was sie tatsächlich sind. Die milde Kritik, die auch von anderer, die Voigtschen Ansichten nicht teilender Seite, zum Beispiel von Fuchs, an den Eberstadtschen Sätzen geübt worden ist, hat auf diesen nicht den geringsten Eindruck gemacht und nicht verhindert, dass Männer der Praxis mit ungenügender theoretischer Ausbildung sich jene angeeignet und zur Begründung praktischer Vorschläge benutzt haben. In diesem Teile, der sich mit der Kritik der Eberstadtschen Ansichten beschäftigt, setzt Voigt das Werk fort, das von Weber in seinem auch von uns besprochenen Buche *Über Bodenrente und Bodenspekulation* begonnen worden ist. Die Angriffe Eberstadts auf die Bodenspekulation, seine falsche Auffassung von deren entscheidendem, verhängnisvollem Einfluss auf die Gestaltung der Bodenrente und die dadurch modern gewordenen praktischen Bekämpfungsvorschläge werden unseres Erachtens im wesentlichen zutreffend widerlegt. Voigt steht, wie Weber, Philippovich und

andere, streng auf dem Boden der Bodenrententheorie, er hält sie für vollständig ausreichend, um alle Erscheinungen der städtischen Grundrente zu erklären. Die Bekämpfung der Eberstadtschen Ansichten füllt aber nur einen kleineren Teil des Buches, dessen Aufgabe es ist, die wissenschaftlichen Grundlagen von extensiver und intensiver Bauweise zu prüfen. Die Verfasser sind Anhänger der intensiven Bauweise und wissen der Mietskaserne eine Unzahl von Vorzügen abzugewinnen. Das Einfamilienhaus wird von ihnen aufs schärfste bekämpft, die Nachteile der Mietskaserne dagegen als nicht vorhanden behauptet. Der kritische Scharfsinn, mit dem die Verfasser die Eberstadtschen Grundrententheorieen in ihrer Unrichtigkeit nachgewiesen haben, scheint sie bei der Beurteilung der Mietskaserne vollständig verlassen zu haben. Das, was die Gegner der Mietskaserne, Hygieniker, Bautechniker, Sozialpolitiker, gegen die Mietskaserne vorgebracht haben, wird von ihnen einfach bestritten. Häufig machen sie nicht einmal den Versuch der Widerlegung. In grosser Ausführlichkeit wird der Nachweis versucht, dass die Mietskaserne die Mietspreise nicht verteuere, vielmehr verbillige. Aber bei diesem Nachweise verfallen die Verfasser sehr häufig in den selben Fehler, den sie an Eberstadt nicht scharf genug tadeln können: sie ziehen auf Grund eines lächerlich winzigen Materials ausserordentlich weitgehende Schlüsse. Der Nachweis, dass durch den Mietskasernenbau die Mietspreise nicht verteuert werden, ist ihnen ganz sicher nicht gelungen. Aber selbst, wenn das der Fall wäre, ja, weitergehend, selbst wenn sie die Mietspreise verbilligte, so würden damit alle die schweren Nachteile des Wohnens in der Mietskaserne nicht aus der Welt geschafft, die Mietskaserne wäre doch die schlechteste und niedrigste Wohnform, und die Aufgabe der Wohnungsreform bliebe es doch nach wie vor, alle ihre Kräfte auf die Ausbreitung der extensiven Bauweise und die Bekämpfung der Mietskaserne zu konzentrieren. HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Internationales sozialistisches Bureau Das internationale Bureau trat am 4. März zu einer Sitzung in Brüssel zusammen. Den ersten Gegenstand der Beratung bildete der Antrag Vaillant, betreffend die Haltung der sozialistischen Parteien im Kriegsfalle. Die Resolution, die das Bureau annahm, besagt, dass im Falle eines drohenden Krieges die sozialistischen Parteien der betroffenen Länder in Verbindung zu treten haben, um Vorbeugemassregeln zu beraten; dem internationalen Bureau falle dann noch die Aufgabe zu, eine geeignete Weltaktion zu organisieren.
Sodann wurde über den Vorschlag van Kols zur Vertretung und Abstimmung auf den internationalen Kongressen und im internationalen Bureau beraten. Die Schwierigkeit, mit der diese Kongresse zu kämpfen haben, dass die Vertretung der einzelnen sozialistischen Organisationen der verschiedenen Länder und Nationen ohne Rücksicht auf ihre quantitative Bedeutung die selbe ist, ferner die immer häufiger werdenden Ansuchen einzelner neu gegründeten sozialistischen Organisationen drängten dazu, hier eine Regelung vorzunehmen. Nach dem Vorschlag van Kols sollten als *Nation* betrachtet werden, »die unter der selben Regierung lebenden Volksmassen«. Hiergegen wenden sich vor allem die österreichischen, russischen, polnischen Genossen, kurz die derjenigen Staaten, wo bei den verschiedenen Völkerschaften eine Einheitlichkeit der Organisation nur schwer erzielt wird. Nach längerer Diskussion stimmte man dem Vorschlag van Kols im Prinzip zu, doch mit der wichtigen Modifikation, dass das Bureau »auch ausnahmsweise eine solche Bevölkerungsgruppe als eine besondere Nation anerkennen [darf], deren Streben nach Selbständigkeit und deren geistige Einheit als Folge einer langdauernden historischen Tradition anzusehen sind, mag sie unter einer oder verschiedenen Regierungen stehen«. Ausserdem wurde — allerdings vorbehaltlich einer erneuten Beschlussfassung — festgesetzt: »Jede nationale Sektion erhält eine Stimmenzahl, die von 2 bis 20 variiert, nach einer Liste, die zuerst von dem 1906-1907 fungierenden Bureau aufgestellt werden soll.« Die Norm für die Stimmenzahl gibt die Bedeutung der nationalen Sektion ab, die sich dokumentiert in der Bedeutung ihrer Nationalität, in der politischen Macht ihrer politischen Partei respektive Parteien, in der Zahl ihrer Mitglieder und der Stärke der Gewerkschaften und Genossenschaften.

× ×

Parteitage und Konferenzen Die sozialdemokratische Partei B a y e r n s hielt am 4. und 5. März in Schweinfurt ihren Parteitag ab. Anwesend waren

95 Delegierte aus 85 Orten. Aus dem Geschäftsbericht des Landesvorstandes ist zu entnehmen, dass in Bayern zusammen 199 Organisationen mit 32 112 Mitgliedern bestehen. Die 5 bayerischen Parteizeitungen entwickeln sich recht gut. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete das neue Organisationsstatut. Es wurde beschlossen, den Grundbeitrag auf 15 Pf. pro Monat festzusetzen; 3 Pf. sind für den Hauptvorstand in Berlin, 2 Pf. für den Landesvorstand in Bayern, 5 Pf. für die Gauorganisation, und die übrigen 5 Pf. für die lokale Agitation bestimmt, wozu auch noch ein Lokalzuschlag von mindestens 5 Pf. pro Monat erhoben werden soll. Das neue Organisationsstatut tritt am 1. Juli in Kraft. Nach Erstattung des Berichts über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion durch die Genossen Segitz und Adolf Müller zollte der Parteitag der Fraktion für ihre Arbeit volle Anerkennung. Für die nächsten Landtagswahlen, die ersten, die nach dem neuen Wahlgesetz stattfinden, wird statuiert, dass die Partei mit voller Selbständigkeit, ohne jede Fühlung oder Verbindung mit anderen Parteien in den Wahlkampf einzutreten habe. Auf dem nächsten Parteitag soll eine umfassende Änderung des Landtagswahlprogrammes vorgenommen werden.

Der Parteitag der badischen Sozialdemokratie fand am 10. und 11. Februar in Karlsruhe statt. Der Karlsruher *Volksfreund* besitzt nach dem Geschäftsbericht 125 Filialen und wird in 313 Orten gelesen. Die Abonnentenziffer der Mannheimer *Volksstimme*, die 1900 7000 betrug, ist jetzt auf annähernd 12 500 gestiegen, sie entspricht jetzt etwa 50 % der Reichstagswähler. Diese Steigerung soll zu erheblichem Teil auf die Erweiterung des Blattes zurückzuführen sein. Die Diskussion über den Geschäftsbericht des Landesvorstandes endete mit der einstimmigen Annahme einer Resolution, in welcher der Parteitag das von dem Landesvorstand mit dem liberalen Block abgeschlossene Stichwahlabkommen in allen Teilen billigt. Alsdann wurde über die Abänderung des Organisationstatuts verhandelt und beschlossen, dass der Monatsbeitrag der politischen Organisationen in Baden 25 Pf. betragen soll. Der Parteitag nahm ferner zwei Referate entgegen über *Sozialdemokratie und Volksschule* und *Reform der Gemeinde- und Städteordnung* und erhob Protest gegen die in Baden geplante Eisenbahntarifreform.

× ×

Jugendorganisationen Im Anschluss an den badischen Parteitag fand in Karlsruhe die 1. Konferenz der sozialistischen jugendlichen Arbeiter Deutschlands statt. Die Konferenz bezweckte, einen Verband jugendlicher sozialistischer Arbeiter Deutschlands zu gründen. Delegierte aus Mannheim, Heidelberg, Pforzheim, Offenburg, Freiburg, Fürth, Mühlheim, Nürnberg, Daxlanden waren anwesend und erstatteten Bericht über den Stand ihrer Organisationen. Dann sprach Genosse Dr. Frank aus Mannheim über die Gründung einer Jugendorganisation Deutschlands: das Bedürfnis, Jugendorganisationen zu bilden, sei dem Streben entsprungen, die jungen Leute für die Partei und Gewerkschaft heranzuziehen; ferner kommen die Jungen zu uns, um ihr allgemeines Bildungsbedürfnis zu befriedigen, und so füllen unsere Jugendvereine die Lücken der rückständigen Volksschulbildung aus. Die Diskussion beschäftigte sich fast ausschliesslich mit der Frage, ob eine Zentralisation der Jugendorganisationen herbeigeführt werden sollte, und mit der Gründung eines eigenen Organs. Schliesslich wurde der Antrag auf Schaffung einer Zentralorganisation angenommen und beschlossen, eine Monatsschrift zu gründen, die von Genossen Dr. Frank redigiert und *Die junge Garde* betitelt werden soll.

× ×

Schweiz: Antimilitarismus Die Verwendung der Truppen gegen Streikende, wie sie in den letzten Jahren auch in der Schweiz immer häufiger gewesen ist, hat innerhalb der Arbeiterschaft eine antimilitaristische Strömung hervorgerufen. Viele Genossen, namentlich der romanischen Kantone, gingen in ihrer Agitation so weit, die Gehorsamsverweigerung zu fordern. Auf dem letzten Parteitage im Herbst vorigen Jahres wurde eine besondere Kommission beauftragt, sich mit der Militärfrage zu befassen und einem ausserordentlichen Parteitage Vorschläge zu unterbreiten. Dieser hat nunmehr am 11. Februar in Olten getagt. Genosse Greulich begründete die von der Kommission ausgearbeiteten Thesen. In der ersten These wird ausgesprochen, dass die sozialdemokratische Partei der Schweiz im Bunde mit den sozialdemokratischen Parteien der anderen Länder die Abschaffung aller Kriegsmöglichkeiten und Kriegsmittel unter den zivilisierten Völkern erstrebe, und dass sie die Erledigung internatio-

naler Konflikte durch Schiedsgerichte verlange. Diese These fand ohne Debatte einstimmig Annahme. Eingehender verbreitete sich Greulich über die zweite: »Solange dieser Zustand nicht unter den Völkern Mitteleuropas hergestellt ist, anerkennt sie ein Volksheer mit der ausschliesslichen Bestimmung der Verteidigung des Landes gegen Angriffe von aussen.« Er wandte sich in scharfer Weise gegen die Antimilitaristen und Anarchosozialisten, welche dafür eintreten, dass auch im Falle eines Angriffs von aussen die Soldaten den Gehorsam zu verweigern haben. In der Abstimmung wurde die zweite These mit 304 gegen 34 Stimmen angenommen. Die dritte beschränkte sich auf einen scharfen Protest gegen die Verwendung von Wehrmännern zu gunsten des Unternehmertums bei Streiks. Diese These genügte nicht. Zur Annahme gelangte schliesslich der Berner Antrag, in welchem den Soldaten anempfohlen wird, den Gehorsam zu verweigern, falls ihnen befohlen wird, streikende Arbeiter anzugreifen oder gegen sie die Waffe zu gebrauchen. Die beste Gewähr dagegen, dass gegen die im Streik stehenden Genossen Gewalt gebraucht wird, liege in der Verstärkung der politischen Macht der Arbeiterschaft in Gemeinde und Staat. Debattelos fand die vierte These Annahme, in der die Partei eine auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaute Organisation des Wehrwesens fordert, die mit den demokratischen Einrichtungen im Einklang steht und der verfassungsmässigen Rechtsgleichheit nicht widerspricht. Damit waren die Aufgaben des Parteitages erledigt.

Die sozialdemokratische Partei des Kantons Tessin hat wegen der Stellungnahme des Oltener Kongresses zur Frage des Antimilitarismus ihren Austritt aus der Partei erklärt.

× ×

England: Parteitag Am 15. und 16. Februar traten in London die Delegierten der an das *L. R. C.* angeschlossenen Arbeiterkorporationen zu ihrem 6. Jahreskongress zusammen. Dieser Bund von sozialistischen Vereinigungen, Gewerkschaftsverbänden und Gewerkschaftskartellen ist als die englische Arbeiterpartei anzusehen und hat jetzt auch den Namen *Labour Party* (*L. P.*) angenommen. Fehlt auch zunächst noch die Bezeichnung *sozialistisch*, so sind doch die führenden Leute Sozialisten, und die neue Partei ist dem Wesen nach sozialistisch. Die neue Arbeiterpartei, die erst im Jahre 1900 gegründet wurde, ist heute und namentlich durch die letzten Wahlen, zu einem bedeutenden Faktor im politischen Leben Englands geworden. Der Umschwung, der sich in der Auffassung der Arbeiterpolitik im letzten Jahrzehnt vollzogen, und der in Zukunft zweifellos ein noch viel schnellerer sein wird, ist vor allem dem Wirken der englischen Sozialisten zu danken. Der diesjährige Kongress war von 350 Delegierten beschickt, die insgesamt 921 000 Mitglieder der angeschlossenen Vereine vertraten. Als Präsident des Kongresses wurde auf Vorschlag Keir Hardies der Sozialist Henderson gewählt. Die Verhandlungen brachten Debatten von Bedeutung. Quelch und Fred Knee brachten den Antrag ein, das Exekutivkomitee der Partei mit der Ausarbeitung eines Programms zu beauftragen, das alle Kandidaten, die vom *L. R. C.* unterstützt werden, anzuerkennen hätten. Welchen Wert, fragte Quelch, hat eine Partei ohne Programm? Pete Curran trat Quelch entgegen: damit eile es nicht so; Unabhängigkeit und gute Kampfesbereitschaft sei zunächst besser, als programmatische Gesetze. Quelchs Antrag wurde schliesslich abgelehnt. Die Ablehnung, sich ein festes Programm zu schaffen, ist charakteristisch für die englischen Parteiverhältnisse. Die grössere politische Freiheit bringt es mit sich, dass geringere Abweichungen einzelner von den Grundsätzen einer Partei viel häufiger sind, als bei uns, und auch einer weitgehenden Duldung begegnen. Mehr Glück hatte Quelch bei der Beratung über das Frauenstimmrecht. Ben Turner beantragte, sich für die sofortige Ausdehnung des bestehenden Wahlrechts auf die Frauen auszusprechen. Quelch beantragte noch folgendes Amendement: »Der Kongress erklärt die Zeit für gekommen, das gleiche Wahlrecht auf alle Männer und Frauen auszudehnen; er ist ferner der Meinung, dass jede Massnahme, welche eine Ausdehnung des Wahlrechts auf Grund des Besitzes vorsieht, also nur einem Teil der Frauen zu gute kommt, einen Schritt nach rückwärts bedeutet und bekämpft werden muss.« Diese Resolution wurde mit 435 000 gegen 432 000 Stimmen angenommen. Das Arbeitslosengesetz wurde für ungenügend selbst als vorübergehende Abhilfe erklärt. Zur Schulgesetzgebung lagen eine Anzahl Resolutionen vor, von denen die wichtigsten forderten: freie Speisung der Schulkinder und Durchführung des weltlichen Unterrichts. Nach

heftiger Debatte wurden sie mit 317000 gegen 76000 Stimmen zum Beschluss erhoben.
In den Vorstand der Partei wurden folgende Mitglieder gewählt: von der *J. L. P.* Keir Hardie und Snowden; von der *F. S.* Pease; von den Gewerkschaften Hudson (Eisenbahner), Pete Curran (Gasarbeiter), Abgeordneter Henderson (Eisengiesser), Bell Corley, Robinson (Textilarbeiter), Stephenson (Mechaniker), Ben Turner (Weber), Abgeordneter Hodge (Metallarbeiter); von den Gewerkschaftskartellen der Abgeordnete für Manchester Clynes (Gasarbeiter); zum Sekretär wurde Genosse MacDonald bestimmt.

× ×

Kurze Chronik Der Stuttgarter Wahlverein beschloss, die Delegierten zum Parteitag und zum internationalen Kongress und ebenso auch die Reichstags- und Landtagskandidaten mittels Urabstimmung wählen zu lassen. Einen ähnlichen Beschluss fasste der Kreis Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück. × Eine internationale Friedensdemonstration wurde am 4. März in Brüssel veranstaltet; es sprachen die Genossen, Jaurès, Troelstra und andere. × Die Wahlerfolge der englischen Arbeiter beginnen, ihren Einfluss auf die Kolonieen auszuüben. In Maisonneuve (Kanada) siegte bei einer Nachwahl Genosse Verville, ein Gewerkschaftsführer.

HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Konferenz der Gewerkschaftsvorstände In den Tagen vom 19. bis 23. Februar tagte in Berlin die 3. Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der diesmaligen Konferenz und auf die Reichhaltigkeit der Tagesordnung waren ausnahmsweise auch die Gewerkschaftsredakteure zugezogen. Zunächst wurde die Frage der Grenzstreitigkeiten beraten, wobei es sich in der Hauptsache um die Organisationen der Brauer, Handels- und Transportarbeiter und Fabrikarbeiter handelt. Es kam zur Annahme einer Resolution, die an Stelle der vom Cölner Gewerkschaftskongress aufgehobenen Resolution Busse treten und eine loyale Regelung der Grenzfrage herbeiführen soll. Weiter wurde ohne Debatte eine Resolution votiert, betreffend Schaffung möglichst einheitlicher Übertrittsbedingungen. In Sachen des Gemeindearbeiterverbandes, der die auf der letzten Konferenz gefassten seine Organisation betreffenden Beschlüsse nicht loyal durchgeführt hatte, wurde unter Bestätigung der früheren Beschlüsse und in der bestimmten Erwartung ihrer loyaleren Durchführung von einem förmlichen Tadel oder gar von einem Ausschluss dieses Verbandes aus den Reihen der freien Gewerkschaften abgesehen. Gegen die Gründung von Sonderorganisationen der Angestellten in Genossenschaftsbetrieben wurde entschieden Stellung genommen. Eingehend wurde über die Agitation in Oberschlesien verhandelt. Die der Vorständekonferenz vom Cölner Gewerkschaftskongress überwiesenen Anträge, betreffend Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs für Rheinland-Westfalen und eines Arbeitersekretärs für M.-Gladbach-Rheydt, wurden abgelehnt. Hinsichtlich der Einrichtung von Unterrichtskursen unterbreitete die *Generalkommission* der Konferenz ein Programm zur Begutachtung, das denn auch fast einhellige Zustimmung fand. Danach sollen die Unterrichtskurse in Berlin im Gewerkschaftshause unter Aufsicht der *Generalkommission*, der erste im September, der zweite im November des Jahres, durchgeführt werden. An jedem der Kurse, die auf 4 Wochen berechnet sind, sollen nicht mehr als 50 Personen teilnehmen. Der Lehrplan enthält 11 Lehrfächer, und zwar 1. Theorie und Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, 2. die gegnerischen Gewerkschaftsorganisationen in Deutschland, 3. die Gewerkschaftsbewegung im Auslande, 4. die Versicherungsgesetzgebung, 5. die Arbeiterschutzbestimmungen, 6. die Gewerbeordnung, 7. Einführung in die Nationalökonomie, 8. Kartelle und Unternehmervereinigungen, 9. Vorbedingungen der Statistik, 10. Einführung in die gewerkschaftliche Literatur, 11. Buchführung und kaufmännischer Verkehr. Von der Einrichtung von Spezialkursen für Arbeitersekretäre, Redakteure, Kassenbeamten etc. wurde zunächst Abstand genommen. Weiter wurden in mehrstündiger Debatte die Erfahrungen aus den jüngsten grossen Streiks und Aussperrungen erörtert. Schliesslich kam es zu längeren Auseinandersetzungen über die Frage *Partei und Gewerkschaft*. Auch hier war sich die grosse Mehrzahl der Konferenzteilnehmer darin einig, dass man sich die systematischen Angriffe, wie sie im letzten Jahre von verschiedenen Parteiorganen auf die Gewerkschaften, insbesondere auf deren Presse und Führer, erhoben wurden,

nicht mehr widerspruchslos bieten lassen dürfe. Bei aller Übereinstimmung der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung in den grundsätzlichen Auffassungen und in den letzten Zielen des proletarischen Klassenkampfes, bei aller Notwendigkeit und allem guten Willen, einig zu sein und schwebende Differenzen durch Verständigung auszugleichen, könne man diese Angriffe doch nicht ruhig über sich ergehen lassen, wenn nicht das Ansehen der ganzen Gewerkschaftsorganisation bei Freund und Feind darunter leiden solle. Besonders sei es Pflicht der Gewerkschaftspresse, solche Angriffe rasch und entschieden zurückzuweisen, ihre Solidarität auch einzelnen von Parteiorganen angegriffenen Gewerkschaftsführern gegenüber zu bekunden und von ihrem Rechte der freien Kritik künftig mehr, als bisher, Gebrauch zu machen. Doch solle die Zurückweisung und Kritik in Form und Inhalt stets dem Gemeingeist der gesamten Arbeiterbewegung angemessen sein. Die *Generalkommission* sei nach wie vor berufen, in allen die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung gemeinsam berührenden Fragen eine Verständigung mit dem Parteivorstand herbeizuführen. Von der Fassung eines Beschlusses wurde abgesehen.

× ×

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands In Nr. 8 des *Korrespondenzblattes* wurde der Jahresabschluss der *Generalkommission* für 1905 veröffentlicht; er balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 334 053,63 M. und weist einen Vermögensstand von 202 555,72 M. auf. Die Einnahmen an regelmässigen Gewerkschaftsbeiträgen betrugen 183 570,51 M.; ausgegeben wurde für Agitation vorwiegend in Ost- und Westpreussen, Posen, Schlesien, im Sauerland, im Saargebiet, in Elsass-Lothringen und unter den italienischen Arbeitern 32 755,56 M., für das *Korrespondenzblatt* 32 148,66 M., für den *Operaio Italiano* 6773,74 M., für die *Oswiata* 6548,76 M., für das Zentralarbeitersekretariat 10 914,03 M., für die Verwaltung der *Generalkommission* 16 761,57 M. Im Anschluss daran wurde über die von der *Generalkommission* veranstalteten Sammlungen für Streiks und Aussperrungen abgerechnet, die eine Gesamteinnahme von 120 288,94 M. ergaben, welche Summe bis auf 1570 M. an die an den verschiedenen Aussperrungen beteiligten Organisationen abgeführt wurde.
In der gleichen Nummer des *Korrespondenzblatts* wurde auch der Bericht des Zentralarbeitersekretariats für das Jahr 1905 veröffentlicht. Wir können in Rücksicht auf den dieser Rundschau gewährten Raum auf den interessanten Bericht leider nicht eingehen. Das Zentralarbeitersekretariat hat schnell Bedeutung gewonnen, was allein schon aus der Tatsache hervorgeht, dass ihm im letzten Jahre 1098 Streitsachen zur Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt und den Schiedsgerichten überwiesen wurden (gegen 968 im Jahre 1904 und 633 im Jahre 1903).

× ×

Österreich Wie die vom Arbeitsstatistischen Amte herausgegebene *Soziale Rundschau* berichtet, fanden im Jahre 1905 insgesamt 660 Arbeitskonflikte, davon 641 Streiks und 19 Aussperrungen, statt. Von den Arbeitseinstellungen wurden 2610 Betriebe betroffen, in denen 136 503 Arbeiter beschäftigt waren. Von den 641 Streiks waren 425 Angriffs- und 100 Abwehrstreiks, 116 Streiks waren unbestimmbar. 56,3 % der Streiks wurden um Erhöhung der Löhne, 20,6 % um Verkürzung der Arbeitszeit, 13,4 wegen Massregelungen, 4,4 % wegen Lohnreduktionen geführt. 139 Streiks mit 10 705 Beteiligten endigten mit einem vollen, 277 mit 57 017 Streikenden mit teilweisem Erfolg, 167 Lohnkämpfe mit 13 957 Beteiligten erfolglos; von 58 Bewegungen mit 7506 Beteiligten ist der Ausgang unentschieden. Die 19 Aussperrungen betrafen 520 Betriebe mit 14 817 Beschäftigten, von denen 13 528 ausgesperrt wurden. Auch die österreichische amtliche Streikstatistik dürfte ähnlich der deutschen ein nur unvollkommenes Bild der Streikbewegung bieten.

× ×

Ungarn Die ungarische Gewerkschaftsbewegung hat sich im letzten Jahre im ganzen recht günstig entwickelt. Die Mitgliederzahl belief sich Ende des Jahres auf annähernd 80 000 gegen 53 169 am 1. Januar 1905, 41 138 am 1. Januar 1904 und 15 270 am 1. Januar 1903. In gleich erfreulicher Weise, wie die Mitgliederbewegung, vollzog sich der innere Ausbau der Gewerkschaften, was sich in erster Linie in ihren erheblich gesteigerten Leistungen ausdrückt. Die stärkste Organisation ist die der Bauarbeiter, die im Jahre 1904 110 Ortsgruppen und 6 Fachsektionen mit 14 000 Mitgliedern zählte, im Jahre 1905 dagegen 188 Ortsgruppen

und 7 Fachsektionen mit 22 000 Mitgliedern. Ihr zunächst steht die Organisation der Metallarbeiter mit zirka 18 000 und der Holzarbeiter mit zirka 10 000 Mitgliedern.

× ×

England Nach einem soeben erschienenen Blaubuch des Handelsamtes über die Gewerkschaften gab es im Jahre 1904 im vereinigten Königreich 1148 Gewerkschaften mit zusammen 1 866 755 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl der englischen Gewerkschaften hat sich in den letzten Jahren, hauptsächlich wohl unter dem Einfluss der Arbeitslosigkeit, verringert. Betrug sie doch Ende 1901 1 940 874, sank also in den drei folgenden Jahren um 3,8 %. Besonders hatten die kleineren Organisationen unter dem Mitgliederverlust zu leiden, aber auch einzelne grössere gingen zurück. So verloren die Bergarbeiter nahezu 30 000 oder 5,5 % Mitglieder, die Transportarbeiter büssten 7, die Schneider 18 % ihrer Mitglieder ein. Dagegen erzielten die Organisationen der Ladengehilfen von 1902 bis 1904 11 000 neue Mitglieder, das heisst 60 % Zuwachs, und die Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten vermehrte sich um 12 000 Mitglieder oder um 23,6 %. Die grösste Gruppe der englischen Gewerkschaften sind die der Bergarbeiter mit einer halben Million Mitglieder und 1 108 000 Lstrl. Vermögen, dann kommen die Maschinenbauer, Metallarbeiter und Schiffbauer mit einer Drittelmillion Mitglieder und über 1,5 Mill. Lstrl. Vermögen; die sämtlichen Gewerkvereine der Textilarbeiter zählen eine Viertelmillion Mitglieder und 700 000 Lstrl. Vermögen, die Bauarbeiter ebenfalls eine Viertelmillion Mitglieder, aber nur 400 000 Lstrl. Vermögen. Das gesamte Vermögen der 100 bedeutendsten Gewerkvereine ist seit 1895 von 1 711 733 Lstrl. auf 4 616 230 Lstrl. angewachsen. Die Ausgaben dieser 100 Gewerkschaften beliefen sich in den gleichen 10 Jahren auf zusammen 16 Mill. Lstrl., davon 6 658 000 Lstrl. oder 41,4 % für Kranken- und Unfall-, Alters- und Begräbnisunterstützung, 3 608 000 Lstrl. oder 22,5 % für Arbeitslosenunterstützung, 3 451 000 Lstrl. oder 21,5 % für Verwaltungskosten und ähnliche Ausgaben und nur 2 343 000 Lstrl. oder 14,6 % für Streiks.

Im Jahre 1905 wurden in Grossbritannien insgesamt 337 Streiks geführt, die niedrigste Zahl innerhalb eines Jahres seit 1893, von welchem Jahre an eine regelmässig nach der selben Methode aufgenommene Streikstatistik veröffentlicht wird. Beteiligt waren 1905 an den Streiks rund 93 000 Arbeiter, davon 26 000 nur indirekt; nur noch im Jahre 1904 war die Zahl der Beteiligten um 6000 niedriger. Am meisten kamen wiederum die Bergarbeiterorganisationen bei den Streiks in Betracht. In 223 Fällen, die zusammen 57 % der überhaupt beteiligten Arbeiter umfassten, bildeten Lohnstreitigkeiten die Ursachen der Ausstände. 42 Streiks mit 6200 daran Beteiligten betrafen Streitigkeiten wegen Beschäftigung bestimmter Kategorieen und Personen, und 35 Streiks mit 5500 daran beteiligten Arbeitern betrafen Differenzen über Arbeitseinrichtungen; 9300 Arbeiter legten die Arbeit nieder, weil sie mit Nichtunionisten nicht zusammen arbeiten wollten; um die Dauer der Arbeitszeit entstanden 14 Ausstände, die 6000 Arbeiter betrafen. 19,6 % der Ausstände mit 24 % der Beteiligten waren für letztere, 44,5 % mit 32,2 % der Beteiligten für die Unternehmer erfolgreich, 27,3 % der Fälle mit 32,5 % der Arbeiter wurden beigelegt, der Rest blieb unbekannt oder unbeglichen.

Mit dem Wiederzusammentritt des nunmehr neugewählten Unterhauses ist auch wieder die Frage der fortschrittlicheren Gestaltung des Gewerkschaftsrechtes in den Vordergrund der Erörterung getreten. Bildete sie doch bei den letzten Parlamentswahlen eine grosse Rolle, und verdankt ihr doch die Arbeiterpartei ihren grossen Wahlerfolg. Bereits in der Thronrede wurde denn auch eine Änderung der Gesetzgebung über die Gewerkvereine, namentlich in Bezug auf Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern, angekündigt. Inzwischen ist auch der Bericht der königlichen Kommission erschienen, die eingesetzt war, um die Rechtslage der Gewerkvereine zu untersuchen und Vorschläge für eine neue gesetzliche Regelung zu machen. In dem Bericht werden die Gewerkvereine für gesetzliche Organisationen erklärt. Die Streiks, gleichviel, aus welchen Motiven — auch die Sympathiestreiks —, werden für gesetzlich erklärt; mit Strafen zu bedrohen sind nur Verbrechen und Kontraktbruch. Die Überredung zur Teilnahme am Streik ist mit Ausnahme der Verleitung zum Kontraktbruch nicht ungesetzlich. Die Gewerkvereine können die Fonds für die Unterstützungskassen von den übrigen Geldern der Gewerkschaft getrennt verwalten, wodurch sie auf jeden Fall unantastbar werden. Fer-

ner sollen die Zentralvorstände der Gewerkvereine die Möglichkeit erhalten, sich gegen nichtautorisierte Handlungen ihrer Agenten durch deren sofortige Desavouierung zu schützen. Weiter werden eine Reihe von Abänderungsvorschlägen der Gewerkschaftsgesetze von 1871 und 1875 gemacht. Die Gewerkvereine hatten jede Mitwirkung an den Arbeiten der Kommission abgelehnt, demgemäss lehnt die Arbeiterpartei die vorbezeichneten Vorschläge rundweg ab und verlangt entsprechend ihrem Programm die Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes, wie er vor dem *Taff-Vale*-Entscheid war: Die Fonds der Gewerkschaften sollen auch bei irgend welchen ungesetzlichen Handlungen einzelner Mitglieder unangetastet bleiben, und ferner soll das Streikpostenstehen durch Gesetz garantiert werden.

× ×

Kurze Chronik Die *Buchbinderzeitung* hat eine Auflage von mehr als 20000 Exemplaren, die *Gewerkschaft*, das Organ des Gemeindearbeiterverbandes, eine Auflage von 25000 Exemplaren erreicht. × Die Zahl der örtlichen Gewerkschaftskartelle der freien Gewerkschaften ist seit August vorigen Jahres von 490 auf 506 gestiegen. × Im Holzarbeiterverband und im Steinarbeiterverband wird für die diesjährigen Verbandstage die Einführung der Krankenunterstützung geplant.

ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Tabakarbeitergenossenschaft Die Genossenschaft macht weiter erfreuliche Fortschritte. Der Umsatz des Jahres 1905 erreicht die Höhe von 577543 M., das ist 40188 M. mehr, als im Vorjahre. Von diesem Gesamtumsatze entfallen auf den Verkehr mit den Konsumvereinen 58,4 %, gegen 56,4 % in 1904, auch ein erfreuliches Symptom. Sehr günstig ist das geschäftliche Resultat: Bruttoüberschuss 55191 (43822) M., Nettoüberschuss nach erfolgten Abschreibungen 51919 (39246) M. Davon sollen, wie im Vorjahre, 4 % Rückvergütung an die Konsumenten und 4 % Lohnzuschlag an die Arbeiter und Angestellten der Fabrik, 252 an der Zahl, verteilt werden, macht zusammen 28884 M. Das übrige soll den verschiedenen Fonds zugeteilt werden, darunter 10000 M. an einen neu zu begründenden Baufonds. Wie der Geschäftsbericht nämlich mitteilt, beabsichtigt die Verwaltung, in Hamburg und Frankenberg eigene Fabriklokale zu errichten. Doch wird das erst zu riskieren sein, wenn die drohende Wolke der Tabaksteuer, die dem Unternehmen eine Mehrbelastung von zirka 40000 M. jährlich bringen würde, glücklich vorübergezogen sein wird.

× ×

Landwirtschaftliche Eigenproduktion Der schon lange bestehende Plan der schottischen *C. W. S.*, in Kanada Land zum Zwecke der Vieh-, Obst- und Getreideproduktion zu erwerben, scheint nunmehr seiner Verwirklichung entgegen zu gehen. Die von der Gesellschaft gewählte Kommission ist nach eingehender Untersuchung aller Verhältnisse an Ort und Stelle jetzt mit dem Vorschlag hervorgetreten, in Winnipeg, das ziemlich im Zentrum Kanadas liegt, ein Terrain in Grösse von 100000 Acres = 40500 ha zu erwerben. Der dortige Boden eignet sich vor allem zum Weizenbau. So wird die Gesellschaft binnen kurzem in der Lage sein, einen grösseren Teil ihres sich auf 72000 Bushels jährlich belaufenden Getreidebedarfs selbst zu produzieren und damit die interessante Frage, inwieweit Konsumentenorganisationen die landwirtschaftliche Eigenproduktion in die Hand nehmen können, ein Stück ihrer Lösung näher führen.

× ×

Kurze Chronik Der Umsatz der *G. E. G.* im Jahre 1905 betrug 38780199 M. gegen 33929405 M. im Vorjahre, was einer Steigerung von 14,3 % entspricht. Dabei ist zu beachten, dass diesmal infolge des Vorgehens der *Spirituszentrale* der Umsatz in Spiritus, der im letzten Jahre 1½ Mill. M. betrug, fortgefallen ist. × Der 3. ordentliche Genossenschaftstag des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* findet am 18. bis 20. Juni in Stettin statt. An ihn schliesst sich, wie stets, die Generalversammlung der *G. E. G.* × Die Auflage der *Konsumgenossenschaftlichen Rundschau* stieg im Jahre 1905 von 6400 auf 6800, während das *Frauengenossenschaftsblatt* seine Auflage von 146000 auf 156000 Exemplare vermehrte. × An den letzten englischen Parlamentswahlen, die der Arbeiterpartei so unerwartete Erfolge gebracht, und die die Liberalen gegen die Torys gestärkt haben, haben sich auch die Konsumgenossenschaften aktiv beteiligt, indem sie solchen Kandidaten ihre Unterstützung gewährten, die sich auf gewisse genossen-

schafts- und volksfreundliche Minimalforderungen verpflichteten. Von der auf dem letzten Genossenschaftskongress beschlossenen Aufstellung eigener Kandidaten wurde vernünftigerweise zunächst noch abgesehen. × Auf einem in Carcassonne (Südfrankreich) abgehaltenen Konsumvereinskongress wurde die Gründung eines regionalen Genossenschaftsbundes beschlossen, der zugleich als Grosseinkaufsgesellschaft fungieren soll. Also noch eine! × Eine führende Stellung im Kampf gegen das schweizerische Lebensmittelgesetz nimmt der *Schweizerische Konsumverein* ein. Bei dem grossen öffentlichen Einfluss, den in der Schweiz die Konsumvereine ausüben, wird es ihrer Agitation vielleicht gelingen, das Gesetz beim Referendum zu Fall zu bringen. GERTRUD DAVID

Sozialpädagogische Bewegung

Unterricht und Erziehung Die Schule unterrichtet, aber sie erzieht nicht. In Deutschland erzieht sie heute weniger, als in anderen Ländern. Diese Tatsache kommt wohl direkt nicht so sehr von dem politischen Missbrauch her, den die Reaktion mit der Schule, insbesondere mit der Volksschule, treibt, als vielmehr auf die Rechnung des bureaukratischen Geistes und ist hinlänglich in der rein pädagogisch rückständigen Methodik des Unterrichts auf Volks- und Mittelschulen begründet, bei der unsere Bureaukratie stehen bleibt. Gegen dieses Chinesentum wird von seiten der bürgerlichen Intelligenz zu jeder Zeit ein reichliches Quantum Tinte vergossen. Es fehlt dort nicht an kenntnisreichen und begeisterungsfähigen Gelehrten, Schulmännern und Schriftstellern, die lebhaft für eine zeitgemässe methodische Reform eintreten. Das Mühen dieser Männer um das Wohl der heranwachsenden Generation ist eine der sympathischsten Erscheinungsformen jenes guten Willens zum Fortschritt, der, von nichtsozialistischem Denken geleitet, notwendigerweise mit all seinen Fähigkeiten und Kenntnissen doch immer in eine Sackgasse gerät, um dort vor der Mauer zu stehen, die es zu durchbrechen gilt, wenn nicht der Gang umsonst gewesen sein soll.

In klassischer Weise kommt das in einer grösseren, pädagogisch sehr bemerkenswerten Abhandlung *Über Unterricht und Erziehung vom sozialhygienischen und sozialanthropologischen Standpunkt* zur Geltung, die der bekannte Hygieniker Professor Ferdinand Hueppe in der *Zeitschrift für Sozialwissenschaft* veröffentlicht hat. Hueppe weist nachdrücklich und unter Zuhilfenahme seines allerdings im Monarchismus ruhenden Patriotismus auf die Schäden hin, welche das bestehende pädagogische System dem Geist und Körper der Jugend zufügt. Die falsche, abstrakte Unterrichtsmethode »drillt für Klassenziele und Abgangsprüfungen«, »vermittelt nur Wortwissen« und nimmt »unter allen Sinnen fast einzig das Gehör« in Anspruch. Indem sie »gegen den Grundsatz jeder Erziehung *Nicht stören, sondern entwickeln!* vom ersten Tage an sündigt« und »den Spiritus der Kinder denaturiert«, treibt sie das ganze Volk in »rassenfremde Anschauungen [!?]«. Die Lern- und Sitzschule misshandelt ausserdem den Körper, wodurch allein schon frische und gesunde Geistesentwickelung, die nur im gesunden Körper vor sich gehen kann, unmöglich gemacht wird. Auf die überaus anregenden, durch die Beherrschung des anatomisch-anthropologischen Materials gestützten Ausführungen Hueppes über den Ausbau der Gymnastik können wir hier leider nicht eingehen; es sei nur erwähnt, dass er gelegentlich darlegt, wie sogar das Turnen in den deutschen Schulen zu einem Unterrichtsfach nach der Schablone, zu einer Gedächtnisübung ohne körperausbildenden Wert, wird. Seine Forderung einer konkreten Unterrichtsmethode, die nicht zu totem Wissen unterrichtet, sondern zu lebendigem Können erzieht, spricht sich präzise in dem Satz aus: »Was im Intellekt zur Entwickelung kommen soll, bedarf der Auslösung durch die Sinnesorgane«, wobei Hueppe in Einklang mit der phylo- und ontogenetischen Gehirnausbildung die Reihenfolge *Hand, Auge, Ohr* formuliert. Sogar die Augen müssen »entwickelungsgeschichtlich sehen gelernt haben«, ehe der abstrakte Unterricht einsetzt, der nach solch konkreter Vorbereitung allerdings unschädlich ist und fruchtbar sein kann. Sporadisch und mangelhaft haben sich diese Gedanken schon bis zur Praxis durchgekämpft. Hueppe freut sich der Entstehung der Reformschule, die den Unterricht dem Fassungsvermögen des Kindes entsprechend viel besser konkret aufbaut und dem Schüler die Möglichkeit gibt, auch vor Schulabschluss aus den mittleren Klassen mit einer bis dahin einheitlichen Bildung ins Leben überzutreten. Auch das wachsende Verständnis der Volksschullehrer weiss Hueppe zu schätzen;

und obwohl er die politische Vergewaltigung und die pädagogische Rückständigkeit der Volksschule keineswegs übersieht, meint er, sie stehe, was die Methodik des Unterrichts anlangt, immerhin relativ sehr viel höher, als die Mittelschule alter Observanz. Dieses kann zugegeben werden. Aber, weil nun die Menschen mit den angeblich so *rassenfremden* Anschauungen zum grössten Teil gerade aus der Volksschule hervorgehen, so hat doch wohl nicht die abstrakte Methode des Schulunterrichts den Siegeszug dieser Anschauungen verschuldet. Sollte das nicht die Schule des Lebens getan haben, die sogar im bureaukratischen Preussen konkret ist?

Hueppes pädagogischer Gedankengang gelangt schliesslich ganz folgerichtig zum Arbeitsunterricht. »Jeder rationelle Unterricht muss mit der Ausbildung der Hand als Sinneswerkzeug einsetzen«. »Dem Kinde liegt das Können näher, als das Wissen«. »Die Bedeutung edler Vorbilder, die Bedeutung der Persönlichkeit des Lehrers für die Charakterbildung . . . . stehen weit zurück gegen die Bildung des Charakters durch die Arbeit . . . Die Schule muss deshalb zum Wissen durch die Arbeit gelangen, Arbeit und Wissen lehren.« Aber da ist die Sackgasse! Was für ein Erziehungsmittel ist denn heutzutage die Arbeit? Hat der Mensch ihre Ehre, Schönheit und Nützlichkeit nicht längst erschlagen? Muss sich eine Erziehung durch Arbeit heute nicht sehr hüten, die mörderische Arbeitswirklichkeit den Schülern auch nur ahnungsweise aufgehen zu lassen? Wo deshalb die Arbeitserziehung nicht als ein Hinweis auf die kommende sozialistische Gesellschaft, die der Arbeit ihren natürlichen Wert wiedergibt, erfasst wird, da bleibt sie eine Potemkinsche Täuschung, deren pädagogischer Wert sehr fraglich ist. Erwartet doch selbst Hueppe von der Erziehung durch — und zur — Arbeit unter anderm, »dass sie dem minder Bemittelten das Gefühl zweckloser Arbeit für andre nimmt«. Das mag gut gemeint sein, aber jedenfalls ist es doch sehr praktisch-bürgerlich. Mit solch schönen Reden schliesst Hueppe, bei der Arbeitserziehung angelangt, seine Betrachtungen, was aber nur in der Natur der Dinge liegt.

Ein sozialistischer Pädagoge wird hingegen — das liegt auch in der Natur der Dinge — gerade auf den für die Erziehung idealen Gedanken der Arbeitserziehung seine Betrachtungen ruhig und fest aufbauen, so wie es denn auch unser Parteigenosse Otto Rühle in seiner ausgezeichneten Studie *Arbeit und Erziehung* /München, Birk/ tut. Rühle weist ebenfalls auf das Empörende der bestehenden Unterrichtsmethode hin, auf den »Formalismus«, das »Papageientum« und die »totale Unfruchtbarkeit der Schularbeit«. Nur, dass es ihm in erster Linie um die Volksschule zu tun ist, die er ja aus eigner Erfahrung kennt. Auch er eifert gegen das Sitzen wegen seiner traurigen Folgen für die Gesundheit, wobei er aber nicht zu betonen versäumt, dass an den schlechtgenährten Kindern des Volkes, »deren ganzer Organismus nach Sonne, Luft, Bewegung, Kräftigung förmlich schreit«, die Schule die doppelte Sünde begeht, Wirkungen schlechter gesundheitlicher Verhältnisse zu gravieren, welchen entgegenzuwirken gerade sie berufen ist. Ohne den Wert der Anschauung für den Unterricht zu verkennen, lässt uns Rühle keinen Augenblick im Zweifel, dass sie als Fundament des Wissens doch nur den halben Fortschritt bedeutet. Nicht Anschauung, sondern Bearbeitung gibt wahre und bleibende Kenntnis der Dinge, und den Arbeitsunterricht fordert die Natur des Kindes, welches, wie einst Fröbel sagte, von Anfang an als schöpferisches Wesen betrachtet werden muss. Unter diesen Umständen aber ist es ganz selbstverständlich, dass ein Pädagoge, dem es Ernst ist mit dem Arbeitsunterricht, die geschichtlichen Formen des Arbeitsprozesses auf ihren Erziehungswert untersucht, und das Resultat dieser Untersuchung kann nichts anderes sein, als die Hoffnung auf die noch kommende Form. Denn »der modernen Lohnarbeit fehlen alle ethischen und erzieherischen Momente«, und erst »wenn die Arbeit das geworden ist, was sie sein soll . . ., der Inbegriff der natürlichen Bestimmung des Menschen und der schönste Ausdruck menschlicher Würde, erst dann wird sie wirklich geeignet sein, ihre erzieherische Mission zu erfüllen«. Die Arbeitsschule ist deshalb die Schule der sozialistischen Zukunft, und die Gegenwart kann nur dem Künftigen vorarbeiten.

Dieses ist die wertvolle zentrale Idee der Rühleschen Studie. Ihr Inhalt ist damit noch lange nicht erschöpft, denn sie gibt, und zwar in ihrem grössten Teil, eine sehr umfassende Übersicht eben dieser Vorarbeit auf dem Gebiete der Arbeitsschule, wie die Pfadfinder der

Vergangenheit und Gegenwart sie leisteten und leisten. Hierbei verweilt Rühle des einzelnen bei den Kindergärten, dem Unterricht im Freien, dem Schulgarten, den Schülerwerkstätten, der Knabenhandarbeit und den Landerziehungsheimen. Die Resultate dieser Bestrebungen sind noch dürftig, höchstens die Landerziehungsheime (Abbotsholme, Haubinda) können als »beachtenswerte Vorstufe künftiger Entwickelung« gelten. Wir haben mit Genuss den theoretischen und den historischen Teil der Rühleschen Arbeit gelesen, denn es ist von grossem Interesse, zu sehen, wie aus dem Innern eines sich jetzt durchsetzenden Ideals der Pädagogik die Forderungen des Sozialismus hervorgehen.

Nach alledem ist es nur eine Art natürlichen Selbstschutzes, wenn die Bureaukratie des kapitalistischen Polizeistaates heute jedem noch so rein methodischen Fortschritt des Schulunterrichts kühl gegenübersteht. Um so wichtiger wird deshalb die Frage der häuslichen Erziehung, und auch da wird viel und schwer gesündigt. Auch auf diesem Gebiet fehlt es aber nicht an erfreulichen Äusserungen in Wort und Schrift von den verschiedensten Seiten, die zur Einkehr rufen. Für Arbeiterkreise bestimmt, aber für andere ebenso zutreffend ist die Broschüre des Genossen Julian Borchardt *Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen?* /Berlin, Buchhandlung *Vorwärts*/. Möchten recht viele Väter und Mütter sich diese sehr billige Veröffentlichung zu Gemüt führen! Sie wird in jedem Haushalt Gutes wirken. Auf wissenschaftlicher Grundlage stehend, verbreitet sie ein helles Licht über die sittlichen Gebote des Familienlebens und über das, wovon ja leider die meisten Eltern so wenig oder nichts wissen: über die Natur des Kindes, ohne deren Kenntnis jede Erziehung nichts als eine Kette von Fehlern und Missgriffen sein kann. Die Borchardtsche Schrift stellt Anforderungen an die Eltern und nennt Übel, die in der Arbeiterklasse, wie im Bürgertum zu finden sind, beim rechten Namen. Das erhöht ihren Wert und ist ein Grund mehr für jeden Arbeiter, dem es um den Aufstieg seiner Klasse zu tun ist, das kleine Heftchen zur Hand zu nehmen.

× ×

Kunsterziehung Neben dem ethischen Moment tritt heute in der Erziehungsbewegung sehr stark das ästhetische, künstlerische hervor. Des sittlichen Wertes des Schönen und dessen, dass die Kunst eine der vorzüglichsten Erziehungskräfte ist, war man sich wohl nie so bewusst, wie heute. In ihrem Ziele findet sich die Kunsterziehung mit dem konkreten Unterricht und mit der Arbeitserziehung zusammen, denn auch die ästhetische Kritik der Lehrmethode führt von dem bisherigen starren Dogmengeist hinweg und dem Leben entgegen. Manche glückliche Anregung zu einer künstlerischen Umgestaltung des Schulunterrichts und der häuslichen Erziehung gibt Karl Röttger in der Schrift *Das Leben, die Kunst, das Kind* /Bremen, Schünemann/. Seine Worte sind von tiefem pädagogischem Verstehen und Empfinden erfüllt. In ihnen ist viel Liebe und wenig Methode, wodurch das kleine Buch zu einer grossen Aufmunterung wird.

Einen publizistischen Mittelpunkt der Bestrebungen der Kunsterziehung hat mit der Monatsschrift *Kind und Kunst* der Verlag von Alexander Koch in Darmstadt geschaffen. Sie erfreut sich in ihrem stets bemerkenswerten theoretischen Teil der Mitarbeit erster Kräfte, und im praktischen, der sogenannten *Kinderwelt*, bringt sie die Erziehungsmittel selbst: Kinderlieder, Erzählungen, Märchen und vorzügliche Abbildungen von Spielen und Tänzen, von schönem Spielzeug, Kleidern, Bildern, Möbeln etc. Die Ausstattung der Zeitschrift, Papier, Buchschmuck etc. sind vom Besten.

Die Mittel privater Kunsterziehung sind oft sehr teuer, was ein Sozialist bedauern muss. Er wird aber, wenn er nicht sehr oberflächlich denkt, trotzdem auch solchen Erziehungsmitteln, die bis jetzt im allgemeinen nur bürgerlichen Kreisen zu gute kommen, ein freudiges Interesse entgegenbringen, und wenn er kann, wird er sogar bei ihrer Verbesserung und Anwendung mithelfen. Denn ihm, der den Fortschritt des hohen sozialistischen Gedankens und seinen Sieg mit geistigen Waffen ersehnt, kann es nicht gleichgültig sein, ob und wie weit auf eine heranwachsende Generation von Gegnern edle Erziehungsmittel zur Anwendung gebracht werden. Im übrigen darf nicht vergessen werden, dass die stetige Vervollkommnung der Technik den künstlerischen Geist auch in das Haus des Arbeiters führt. Anders ausgedrückt: es gibt schon einige schöne Dinge, die ein Arbeiter gelegentlich sich anschaffen kann. Hierzu gehören zum Beispiel die bekannten von Teubner in Leipzig her-

ausgebrachten Künstlersteinzeichnungen, dieser prächtige Wandschmuck, dessen Schönheit nicht nur auf Kinder zu wirken bestimmt ist. Schon im Jahre 1901, als die ersten dieser wirklich wertvollen Buntdrucke erschienen, wurden sie in der Arbeiterpresse beifällig aufgenommen. Das von altersher anerkannteste und am meisten angewandte Kunsterziehungsmittel ist das Märchen und die gute Jugendlektüre. Der auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendliteratur so rührige Verlag von Schafstein & Co. in Cöln hat zu Weihnachten neben seinen sonstigen Leistungen eine Reihe *Volksbücher für die Jugend* in praktischer und schöner Ausstattung herausgegeben, was wir besonders anerkennen wollen, weil zu dem billigen Preis, der bei der Mehrzahl der Bände 1 M. beträgt, etwas Gediegenes und zugleich das Auge Erfreuendes geboten wird. Von den Titeln seien genannt: *Deutsche Volksmärchen* (nach Musäus), *Die schönsten Märchen aus 1001 Nacht, Till Eulenspiegel, Rübezahl, Die Schildbürger, Münchhausen, Don Quijote* u. s. w. Die Auswahl und Bearbeitung der einzelnen Werke durch Wilh. Spohr, Guido Höller, H. Schafstein und andere ist zu loben.

× ×

Kurze Chronik Am 5. November, dem Tag der Wiener Wahlrechtsdemonstration, wurde das neue Wiener Volksheim eröffnet. Die Berichte schildern es als einen wahren Volkspalast. Es besteht aus zwei mit einander verbundenen Gebäuden. Das eine enthält Bibliothek und Lesehalle des *Volksbildungsvereins*, alkoholfreie Wirtschaft, chemisches Laboratorium, physikalisches, naturwissenschaftliches Kabinett, Hörsäle u. s. w., das zweite Gebäude enthält den Festsaal für 500 Menschen. An der Eröffnungsfeier nahmen die offiziellen Vertreter aller Kreise der Gesellschaft teil, darunter für die Gewerkschaftsorganisation Smitka, für die sozialdemokratische Lokalorganisation Sever. Beide wiesen in ihren Ansprachen auf den Kampf der Arbeiterschaft um Freiheit und Wissen hin, und der Obmann des Vereins *Freie Schule*, Freiherr von Hock, erwiderte, richtig sei, dass die Zukunft der Arbeiterschaft gehöre, er aber sage: ›Sie gehört der ganzen Menschheit, weil dann die ganze Menschheit Arbeiterschaft sein wird.‹ Ein gutes Wort, dem die Versammlung lebhaft zustimmte. × Neue Lesehallen wurden auch eröffnet in Danzig und in Halle; in beiden liegen Blätter aller Parteien auf. × In der *Königsberger Volkszeitung* regte Julian Borchardt zur Gründung einer Arbeiteruniversität in Berlin an. Sie soll Agitatoren, sowie solche Genossen ausbilden, die ihrerseits, gewissermassen als Lehrer, den eigentlichen Agitatoren und den Massen theoretische Bildung zu bringen vermögen. Auch der theoretischen Vorbildung unserer Journalisten soll das Institut nutzen. Im *Vorwärts* wurde der Anregung entgegengehalten, dass so ziemlich ein jeder der jetzt ›grauhaarigen Genossen‹ auch ohne eine solche Universität, ja sogar ohne die *Arbeiterbildungsschule* die namhafte Literatur der sozialistischen Theorie, meistens selbst die schwierigsten Werke von Marx, kenne und durchstudiert habe.

× ×

Literatur Eine neue sozialpädagogische Monatsschrift *Kultur der Familie* gibt Heinrich Pudor heraus. Sie soll ›die wirtschaftlichen, sozialen, geistigen und künstlerischen Interessen der Familie‹ vertreten. Das wäre an sich ein wünschenswertes und willkommenes Beginnen, denn im modernen Deutschland kann der Familiensinn Vertiefung und Festigung schon brauchen. Man darf aber nicht, was Pudor leider tut, das Familienleben als ›massgebend und grundlegend auf allen Gebieten‹ durchsetzen wollen und auch nicht einfach von dem Satze ausgehen: ›Die Kraft eines Staates und Volkes wurzelt in der Familie‹. Dem Stand des Familiensinnes kann im Auf- und Niedergang der Völker mitunter wohl eine symptomatische Bedeutung, aber durchaus nicht die des Ausgangspunktes, zugewiesen werden. Der Hinweis auf das alte Rom, die orientalischen Reiche und Spanien ändert daran nichts. Und nun gar der Einfall: ›Deutschland ist grösser geworden, als Frankreich, weil es einen tieferen Familiensinn und demzufolge [!] einen reicheren Kindersegen und folglich auch mehr Soldaten hatte‹! Nach solchen theoretischen Irrtümern zum Eingang möchten wir praktisch von der neuen Monatsschrift nicht allzu viel erwarten. Das Heft kostet 75 Pf. FRANZ LINDHEIMER

Frauenbewegung

Wahlrecht *Her mit dem Frauenstimmrecht!* Allerorten und in allen Parteilagern der Frauen ist das heute das Feldgeschrei.

Gleich den Männern haben auch die sozialdemokratischen Frauen sich an den Wahlrechtsdemonstrationen des 21. Januar beteiligt, und im Reichstag wurde über einen Antrag der Fraktion verhandelt, der »das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, allen über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Gesclechts« zugesprochen wissen wollte. Bei dieser Gelegenheit mussten die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen den Schmerz erfahren, dass ein Vertreter der liberalen Parteien den sozialdemokratischen Antrag nur darum als unannehmbar für seine Partei bezeichnete, weil er das Wahlrecht auch für die Frauen und für alle Personen zwischen 20 und 25 Jahren fordert. Finnland will seinen Frauen, als erster Staat in Europa, das politische Wahlrecht verleihen; ob etwas daraus wird, steht noch dahin, wie bei allen Dingen, die mit Russland zusammenhängen. In Italien hat die allerdings aus Sozialisten bestehende Wahlkommission von Mantua dem Antrag des Fräuleins Beatrice Sacchi um Eintrag in die städtische Wählerliste mit der Begründung stattgegeben, dass weder Verfassung, noch Wahlgesetz die Ausschliessung der Frau vom Wahlrecht ausdrücklich formulieren.

In Dresden ist unter dem Vorsitz von Marie Stritt ein *Verein für Frauenstimmrecht* gegründet worden.

× ×

Koedukation In Degerloch bei Stuttgart wird eine Reformschule mit Realschullehrplan eröffnet, die Knaben und Mädchen aufnimmt. In Cöln dagegen hat eine Resolution des *Vereins katholischer Lehrerinnen* sich gegen die Zulassung der Mädchen zu höheren Knabenschulen ausgesprochen. Das sind die selben Kreise, die, ob katholisch oder protestantisch, für die Konfessionsschule Stimmung machen! Sehr hübsch passt dazu die Mitteilung, dass den *Kalvarienberger Ursulinen* vom Ministerium gestattet worden ist, in Aachen 4jährige Gymnasialkurse für katholische Mädchen einzurichten.

× ×

Arbeiterinnenverhältnisse Sehr zur rechten Zeit erscheint ein Buch von Dr. Robert Wilbrandt *Arbeiterinnenschutz und Heimarbeit* /Jena, Gustav Fischer/, das vom völlig unvoreingenommenen Standpunkt des Wissenschaftlers aus und gestützt auf die persönlichen Eindrücke und Erfahrungen von Wanderungen durch verschiedene Heimarbeitsgebiete all das bestätigt, was der Heimarbeiterschutzkongress von 1904 und die neuerliche Ausstellung enthüllt haben. Es ist überflüssig, hier noch einmal und immer wieder das Bild des dort erschauten Elends aufzurollen, wenn auch Familienwochenlöhne (Mutter, erwachsene Tochter, mehrere Kinder), wie Wilbrandt sie in Deutsch Einsiedel mit 4 M. für 150 Schock Tierprofile ermittelte, selbst dort, in dieser Massenausstellung von Hungerlöhnen, zu den Seltenheiten gehören dürften. Weit wertvoller ist der Nachweis, dass das auf seine Sozialreform so stolze Deutsche Reich auf dem Gebiet der Heimarbeitsbekämpfung weit weniger getan hat, als Amerika oder Victoria, jene englische Kolonie in Australien, die sich einer durchgeführten Schutzgesetzgebung auch für die Heimarbeit erfreut. Von grosser Wichtigkeit ist auch die Aussage eines Grosskonfektionärs, aus der hervorgeht, dass Deutschland in der grossen Masse des Konfektionsexports konkurrenzlos dastehe und daher eine durch Lohnaufbesserung verursachte Preiserhöhung wohl ertragen könne. Auch Wilbrandt kommt zu der Forderung, die Heimarbeit tunlichst einzuschränken und in einzelnen Industrieen (Tabak) völlig zu verbieten. Wo sie bleibt, soll sie mit Kautelen umgeben, und insbesondere sollen ausreichende allgemein respektive örtlich verbindliche Lohntarife aufgestellt werden. Der Schrift ist die weiteste Verbreitung zu wünschen. Sehr beachtenswert ist auch der in ihr enthaltene Beitrag Dora Landés über die Hausindustrie in den Vereinigten Staaten und ihre gesetzliche Einschränkung.

Aus den Baumwollspinnereien von Südcarolina entwirft uns Virginia Wehle im *Neuen Frauenleben* ein erschütterndes Bild. Drüben, wie hüben das gleiche Elend, hüben, wie drüben das gleiche Leid, wie es beispielsweise wieder einmal die *Gleichheit* an Löhnen aus der fränkischen Wäschekonfektion dartut, wo bei atemraubender, nervenzerrüttender Arbeit pro Woche bestenfalls 5 bis 5,60 M. verdient werden. Ein traurig Stück Frauenfrage, das uns potenziert in der Berliner Heimarbeitausstellung entgegentrat. Ein Stück Frauenfrage, das erst dann endgültig gelöst werden kann, wenn neben den angestrebten Minimallöhnen und Schutzmassnahmen das freie Vereins- und Versammlungsrecht erreicht sein wird.

× ×

Kurze Chronik An der Berliner Universität waren im Wintersemester 1905-1906 666 Frauen als Hospitantinnen zugelassen, in ganz Deutschland 1769; ausserdem gab es 139 an den 6 süddeutschen Universitäten regelrecht immatrikulierte Studentinnen. Von den in Berlin gezählten waren 483 Deutsche und 104 Russinnen. Ganz unverhältnismässig hoch ist der Anteil der Jüdinnen mit 191 bei 420 protestantischen und 26 römisch-katholischen Studierenden. ✕ Das Grabdenkmal Louise Michels wurde am 9. Januar enthüllt; es stellt sie dar in ärmlichem Gewand, den linken Arm liebevoll um ein Proletarierkind geschlungen. ✕ Der Kanton Zürich hat in seinem Etat für 1906 für die Besoldung des ersten weiblichen Gewerbeinspektors in der Schweiz 2400 fr. ausgeworfen. ✕ In den Vorstand der Ortskrankenkasse Cassel wurden 3 Frauen gewählt, und eine Frau wurde als beamtete Kontrolleurin angestellt. ✕ Eine Reform des höheren Mädchenschulwesens in Preussen, die Gründung von sogenannten *Lyzeen und Oberlyzeen*, wurde von einer von den Behörden einberufenen Versammlung in wohlwollender und aussichtsreicher Weise beraten. ✕ Die *Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* hat ein *Merkblatt für Frauen und Mädchen* herausgegeben, das die Gefahren des ausserehelichen Geschlechtsverkehrs und die Notwendigkeit frühzeitiger und gründlicher Behandlung bei erworbener Erkrankung in kurzer und einwandfreier Fassung kennzeichnet. Es verdient weiteste Verbreitung. ✕ Gut gemeint, aber in der krausen Ausdrucksweise dessen, bei dem Gefühl und Eifer und Überschwang das klare und folgerichtige Denken ersetzen, ist der *Aufruf zur guten Tat*, in dem der österreichische Rechtsanwalt, Dr. Josef Schell, die Erhöhung des Schutzalters minderjähriger Mädchen und im allgemeinen mehr Gerechtigkeit für die Frauen verlangt.

✕ ✕

Literatur Eine Sammlung feinsinniger und geistvoller Essays, Form und Inhalt auf gleicher Höhe, ist das Buch Rosa Mayreders *Zur Kritik der Weiblichkeit* /Jena, Diederichs/. Es spiegelt sich darin die Eigenart einer reichen Persönlichkeit, die ein Mensch ist, das heisst also mehr, als Mann oder Weib. Man mag manche Anregung und ästhetischen Genuss aus dem Buche gewinnen. Von besonderem Reiz ist die Schlussabhandlung über *Perspektiven der Individualität*, die die grosse Synthese des männlichen und weiblichen Prinzips als das siegbringende Entwickelungsmoment proklamiert. ✕ *Die sexuelle Frage* von Professor A. Forel /München, Reinhardt/ ist ein unentbehrliches Werk für jeden, der sich von all den Zusammenhängen und Ausstrahlungen dieser allumfassenden Frage unterrichten will. Man wird es mit um so grösserem Gewinn studieren, als hinter all diesen Darlegungen, wo und über was auch immer sie einsetzen, ein ganzer Mensch steht, eine durchaus selbständig denkende und fühlende Persönlichkeit, deren hervorstechendste Eigenschaften Wahrheitsmut und Herzenswärme sind. Von besonderer Bedeutung für die Frauen sind die Kapitel 13 ff. bis zum Schluss. In eine Einzelbesprechung einzutreten, geht an dieser Stelle nicht an. Jeder muss ein Urteil selbst zu gewinnen suchen; das Werk muss zum Rüstzeug eines jeden Pädagogen, Sozialpolitikers und jedes ehrlichen Vorkämpfers der Frauensache werden. ✕ Ein Erziehungsbuch im besten Sinne ist *Kinderkultur* von der bekannten Amerikanerin Charlotte Perkins-Gilman /Berlin, *Deutscher Kulturverlag*/. Liebenswürdig, frisch und anschaulich geschrieben, bringt es wertvolle Beiträge zu einer Reihe von Erziehungsfragen, insbesondere durchaus selbständige und eigenartige, dem Fühlen wirklicher Erzieher entgegenkommende Auseinandersetzungen über die Grundlagen aller Erziehung, über Elternpflicht und Kindesrecht, die Vorzüge von Kinderheimen auch für Babies und kleinere Kinder und ähnliches mehr. Alle Mütter, und solche die es werden wollen, mögen die Schrift lesen. Sie werden viel Freude und auch viel Nutzen davon haben. ✕ In einer Broschüre *Die Arbeiterin und die Arbeitskammern* /Leipzig, Dietrich/ erörtert Clara Linzen-Ernst die verschiedenen Formen der Arbeiterinteressenvertretung und ihre Aufgaben. Sie spricht sich für paritätische Arbeitskammern aus. Man wird die offenbar sehr begabte Verfasserin gern hören, wenn man ihr auch nicht zuzustimmen braucht. ✕ Mit der Arbeiterinnenfrage beschäftigt sich Elisabeth Gnauck-Kühne in einer Schrift *Warum organisieren wir die Arbeiterinnen?* /Hamm, Breer & Thiemann/. Auf eine ausserordentlich geschickte, traulich anmutende und auf die Ge-

winnung denkungewohnter Massen berechnete Art wird hier die gewerkschaftliche Organisation auf christkatholischer Grundlage und hervorwachsend aus den kirchlichen Schutzvereinen gepredigt und empfohlen. Alle Register des Denkens und Fühlens werden gezogen, auf ein paar Unklarheiten und Unwahrscheinlichkeiten zur grösseren Ehre der Kirche kommt es dabei nicht an. Alles in allem ein erneuter Beweis dafür, wie gut der Ultramontanismus seine Leute zu ziehen weiss, und wie sehr es ihm um die Gewinnung der Frauen, aller Frauen und von allen Seiten her zu tun ist. Er weiss seine Maschen zu knüpfen. ╳ In einem kleinen, sehr klaren und massvollen Schriftchen *Die gewerbliche Arbeiterinnenfrage* /Leipzig, Dietrich/ kommt Dr. Elisabeth Gottheiner zu einer Reihe allgemach von allen Frauenorganisationen übernommener Forderungen in Bezug auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterinnen. Sie verlangt Verbot der Nachtarbeit, den Zehn- respektive Neunstundentag, Mutterschaftsversicherung, Fürsorge für Witwen und Waisen, Wahlrecht zu den Gewerbegerichten und Arbeitskammern etc. Sie bespricht die Notwendigkeit, aber auch zugleich die Schwierigkeit der Organisation der gewerblichen Arbeiterinnen und redet der Gründung von Arbeiterinnenheimen, wie auch dem obligatorischen Fortbildungsschulunterricht das Wort. ╳ Mit der *Lage der Landarbeiterinnen* beschäftigt sich Marie Wegner /ebenda/. In eindringlicher Eintönigkeit verzeichnet sie viele bekannte und von sozialistischer Seite immer wieder betonte Tatsachen. Das grosse Verdienst der kleinen Schrift ist aber, dass das alte Klagelied nunmehr von einer einsichtigen Frau der bürgerlichen Schichten angestimmt wird. Da ersteht die Landflucht als notwendiges Ergebnis der miserablen Löhne, der in der famosen Gesindeordnung zusammengefassten Schutz- und Rechtlosigkeit, des Mangels an Fürsorge etc. Und es handelt sich hier um 1613000 weibliche Erwerbstätige im Hauptberuf und um 4 Millionen mittätige Angehörige. Man kann der Verfasserin nur beistimmen und muss ihre Forderungen als Minimalsätze bezeichnen. Möchte die Schrift die verdiente Verbreitung finden! ╳ *Die geschlechtliche Belehrung der Kinder* fordert Maria Lischnewska in einer ausserordentlich beherzigenswerten Schrift /Frankfurt a. M., Sauerländer/. Sie weist nach, dass diese Forderung sowohl mit den Anschauungen und Aussprüchen hervorragender Pädagogen, als auch mit den Erfordernissen des heutigen Lebens übereinstimme. Die Belege, die sie beibringt, die von ihr mitgeteilten fürchterlichen Erfahrungen aus ihrer eigenen Schulpraxis müssen auch dem Stumpfsten oder selbst Feindseligsten die Augen öffnen für die Berechtigung und Notwendigkeit des von ihr angestrebten Aufklärungsunterricht in der Schule. Ihre Vorschläge, die im Zusammenhang gelesen werden müssen, sind in jedem Sinne einwandfrei, praktisch und leicht durchführbar. An den Lehrenden wäre es, sie in die Praxis umzusetzen. ╳ *Die soziale Frage über die Freiheit der Ehe* behandelt Otto Caspari /ebenda/. Die Behandlung solcher Fragen setzt vor allen Dingen kritisches Vermögen und völlige Klarheit des Denkens voraus. Der Mangel dieser Eigenschaften schadet selbst den Teilen der Schrift, die, wie die Forderung erleichterter Ehescheidung und das Kriterium der Ehe als einer »Gemeinschaft von reifer Geschlechtspersonen, die sich verpflichten, beiderseitig ihre erzeugten Kinder anzuerkennen und für deren Erziehung Sorge zu tragen,« den Keim einer gesunden Entwickelung in sich tragen und im Sinne einer Ehereform begrüssenswert sind. HENRIETTE FÜRTH

WISSENSCHAFT

Philosophie

Psychologie Die 2. Auflage von Theodor Lipps' *Psychologischen Studien* /Leipzig, Dürr/ ist eine so weitgehende Umarbeitung der 1885 erschienenen 1. Auflage, dass sie, wie der Verfasser sagt, eine ganz neue Arbeit ist und nur aus Pietätsgründen als 2. Auflage des selben Werkes bezeichnet wird. Das Werk des berühmten Psychologen und Dozenten enthält Betrachtungen über den *Raum der Gesichtswahrnehmung* über das *Wesen der musikalischen Konsonanz und Dissonanz* und als dritten ganz neu hinzugekommenen Teil eine Abhandlung *Das psychische Relativitätsgesetz und das Webersche Gesetz.* Die Arbeit ist ihrer Methode nach naturwissenschaftlich psychologisch, nach Art von Wundts physiologischer Psychologie, nicht bloss eine Analyse des Bewusstseins. Das ist natürlich kein Tadel. Die von Lipps gestellten Probleme lassen sich gar nicht anders behandeln. Die Behandlungsart ist, soweit Referent sich ein Urteil über dies Spezial-

gebiet anmassen darf, überaus klar und überzeugend, nicht leicht, aber erfreulich zu lesen.

× ×

Ethik Nach Dr. Robert Michels (*Patriotismus und Ethik* /Leipzig, Dietrich/) kann Patriotismus nicht erklärt werden durch den Ort der Geburt und Erziehung, denn dies gibt Lokal-, nicht Landespatriotismus; nicht durch die Rasse, denn sie läuft durcheinander; nicht durch den Erwerb, denn der geht über die staatlichen Grenzen hinaus; nicht durch die Interessengemeinschaft in den staatlichen Grenzen, denn bei den oberen, wie bei den unteren Klassen sind die Beziehungen zu gleichen Klassen im Ausland stärker, als zu den Klassen unter einander in den Staatsgrenzen; endlich nicht durch den Staat als solchen (die Rechtsgemeinschaft), denn der ist für die meisten nur Zwangsgemeinschaft. All dieser Patriotismus ist also ›Hirngespinnst, im besten Falle ein verirrter Idealismus‹. Nur der *Kulturpatriotismus* hat heute Bedeutung. Dagegen möchten wir nur fragen, ob denn dieser sich auf Landesgrenzen beschränken lässt. Im übrigen vermissen wir im Vortrage die historische Erklärung, die allerdings ergeben würde, dass die staatliche Rechtsgemeinschaft und Schutzgemeinschaft das Gemeinschaftsband ist, das sogar manchen Despotismus leichter ertragen liess, mit der liberalen Ära aber eigentlich erst den Begriff *Vaterland* schuf. Dass dies heute wieder, wie Michels zum guten Teil zutreffend schildert, seinen Gemeinschaftscharakter immer mehr verliert, ist richtig. Aber soviel ich weiss, ist es gerade die Sozialdemokratie, welche diese Rechtsgemeinschaft heute betont, gerade sie aufrecht erhalten wissen will und verteidigt, wo sie vom Kapital- und Grundherrentum zunehmend zersetzt und zerfetzt wird. Kautsky zum Beispiel nennt ausdrücklich den nationalen Staat als Grundlage auch der sozialistischen Weiterbildung. Dadurch, dass Michels diese Faktoren doch nicht genug würdigt, erhält seine Auseinandersetzung einen etwas anarchistischen Anstrich, gewiss unbeabsichtigterweise.

Halb zur Weltanschauung, halb zur Ethik gehört ein für *besinnliche Leute* lesenswertes Buch *Walden* von Henry D. Thoreau, übersetzt und mit einer biographischen Einleitung versehen von Wilhelm Nobbe /Jena, Diederichs/. Es ist das Werk eines einsiedlerischen Naturbeobachters und barfussgängerischen Naturschwärmers, dem sein Heim am Waldensee in Massachusetts der Ozean, der Ozean selbst nur ein Waldensee war. Der vielgewandte Schriftsteller, Handwerker und Bleistiftfabrikant war ein Freund Emersons und des für die Sklavenbefreiung in den Tod gegangenen John Brown, den er mutig verteidigte, als alle sich von dem *Revolutionär* abwandten. Selbst ein feuriger Abolitionist — für uns Heutige freilich oftmals auch seltsam rückständig in seinem Hass gegen die Eisenbahn und dergleichen — war er eine warme, reiche Seele. Ein paar Proben können ihn besser, als alle Beschreibung, zeigen: ›Bekleide eine Vogelscheuche mit deinem neuesten Anzug und stelle dich nackend neben sie — wer würde nicht zuerst die Vogelscheuche grüssen? . . . Selbst in unseren demokratischen Städten Neuenglands bedingt der zufällige Besitz von Vermögen, der sich in der Kleidung und der Einrichtung kund gibt, eine fast unbegrenzte Hochachtung. Aber die Menschen, die solche Hochachtung zollen, sind, so gross ihre Zahl auch ist, nichts weiter als Götzendiener, denen man einen Missionär schicken sollte.‹ Und über den im Gefängnis dem Tode entgegensehenden Brown sprach er: ›Einen Mann, wie ihn, der aus dem kostbarsten Material geschaffen und gesandt wurde, um die zu befreien, die in Fesseln schmachten, wird die Sonne vielleicht nie wieder in diesem herrlichen Lande bescheinen. Und ihr könnt ihn nur dazu gebrauchen, ihn am Ende eines Strickes aufzuhängen! Ehrt euch selbst und lernt ihn begreifen! Eurer Achtung bedarf er wahrlich nicht!‹

Charles Pruvot fasst sein Schriftchen *Le secret du bonheur* /Paris, *Bibliothèque Coopérative*/ in den Satz zusammen: ›Das Glück ist enge verbunden mit vollbewusstem und moralischem Leben. Es hängt weder von der sozialen Lage des Individuums, noch von der äusseren Welt ab, es steckt im Menschen selbst.‹ Schon die logische Vermischung der beiden Fragen, wovon das Glück abhängt, und wo es ganz selbstverständlich steckt, zeigt, wes Geistes Kind wir vor uns haben. Zu Franklins oder zu Thoreaus Zeiten durfte man so schreiben. Heute macht es lächeln.

× ×

Religion Der Züricher Pfarrer Hermann Kutter gibt in seinem neuen Buche *Gerechtigkeit* /Berlin, Walther/, einer

Besprechung der ersten 8 Kapitel des *Römerbriefes* im Sinne höherer sozialer Gerechtigkeit, eine Fortsetzung des bekannten Büchleins *Sie müssen!*, worin er vom streng christlichen Standpunkte seinen Amtsgenossen ins Gewissen geredet und bewiesen hatte, dass sie die soziale Bewegung, trotz des atheistischen Bekenntnisses vieler Sozialdemokraten, doch als im Kern und Wesen christlich anerkennen müssten. Auch in diesem neuen Buche nennt er den Kapitalismus den »Tod der kleinen Leute«, bezeichnet die Ringe als »vom Staat geduldete Mördergruben«; er sagt geradezu: »Gott gibt den Glauben, wem er will. Heute gibt er ihn den Sozialdemokraten«. Die Sprache, die Kutter spricht, ist ja freilich für moderne Menschen, die nicht Theologen sind, nicht so leicht verständlich. Und die historischen Zusammenhänge sind dem Verfasser selbst nicht ganz klar. Aber seine reine, ehrliche Gesinnung verdient höhste Anerkennung, und es wäre nur zu wünschen, dass seine Worte in den Kreisen der nicht mammonistischen und herrendienerisch gesinnten Pastoren ein lebhaftes Echo fänden. Freilich, das ist auch nur — ein frommer Wunsch.

× ×

Lebensanschauung Das ziemlich umfangreiche, von Wilhelm Schwaner herausgegebene und mit einer Biographie des Verfassers versehene Buch des philosophischen Schuhmachers J u l i u s S t a u b *Ein Edelmensch in schlichtem Gewande*, 2. Auflage /Leipzig, Weber/ bringt Briefe Staubs an einige Gelehrte, mit denen er über verschiedene naturwissenschaftliche und naturphilosophische Probleme korrespondierte an seine von ihm vergeblich geliebte Base und an andere mehr. Von den an ihn gerichteten Briefen sind besonders die von Carneri, dem Verfasser von *Sittlichkeit und Darwinismus*, bemerkenswert. Verschiedene Briefe, in denen er seine Erlebnisse als reisender Arbeiter diesseits und jenseits des Ozeans schildert, sind sehr interessant. Für seine soziale Auffassung sei folgender Satz angeführt: »Moses, der damalige Bismarck, liess die Rotte Korah, die damaligen Sozialisten, von der Erde verschlingen, als sie ihm unbequem ward. Unsere Rotte Korah ist erst im Werden begriffen. Die Natur braucht sie, um zu einem höheren Kulturaufschwunge auszuholen.« Er sympathisiert mit ihr, meint aber, er sei »das fünfte Rad am Wagen dieser Bewegung«, weil er öffentlicher Bewegung, vor allem unfriedlicher, von Natur abgeneigt sei.

Das aus dem Englischen übersetzte Buch H. G. W e l l s' *Ausblicke auf die Folgen des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts für Leben und Denken der Menschen* /Minden, Bruns/ enthält eine Reihe zum Teil gescheiter, zum Teil aber recht spleeniger Aufsätze des kenntnisreichen Engländers. Die ersten Aufsätze, wo er die technische Entwickelung unserer Verkehrsmittel, unserer Grossstädte und dergleichen schildert, sind recht interessant zu lesen, zuweilen auch durch niedliche Einfälle belustigend. In den letzten dagegen, wo er die sozialen, religiösen und ethischen Fragen behandelt, wird er in der Sache, wie in der Darstellung recht ledern. Er hofft, dass ein Mittelstand von Technikern, Ärzten etc. sich als herrschende Zwischenschicht zwischen den »faulen Aktionären« und dem »Abgrund« emporheben und »die neue Republik« begründen würde. Für Malthus, einen freien Gottesglauben und eine freiere Moralanschauung ist er begeistert. Den Juden will er gehen lassen, seine Wucherei ist meist »nur soziales Strassenkehren«. Aber die Schwärme schwarzer und brauner, schmutzig weisser und gelber Menschen, die nicht auf die neuen Lebensbedingungen eingehen — »müssen gehen«. »Denn die Welt ist kein Wohltätigkeitsinstitut«, sie hat »ein höheres Ziel, als das Glück«; sie soll »Gottes Absicht dienen«. Was die freilich sein mag? Eine Unsterblichkeit lehnt er ja so ziemlich ab. Sie ist »die Zukunft unserer Rasse«; für sie werden die Leute der neuen Republik »leben und sterben«.

× ×

Kurze Chronik Am 11. Januar ist unter dem Ehrenvorsitz Ernst Haeckels ein *D e u t s c h e r M o n i s t e n b u n d* gegründet worden, dessen Vorsitzender Pastor Albert Kalthoff in Bremen ist. Auf Grund der Thesen, die Ernst Haeckel seinerzeit in Rom auf dem Freidenkerkongress aufgestellt hat, sind Leitsätze entworfen worden, welche 1. den »Dualismus« als »kulturhemmend« verurteilen, 2. die »Natur« für einheitlich und einer strengen Gesetzmässigkeit folgend erklären und 3. auf Grund dieser Kenntnis »ein neues Ideal« durch »Anwendung der erkannten Naturgesetze auf die Gestaltung des Einzel- und Gesellschaftslebens« aufbauen will. Bei aller Sympa-

thie mit der dem Zwangsglauben feindlichen Tendenz des Bundes können wir doch das Bedenken nicht unterdrücken, dass sich auch hier wieder ein gewisser Dogmatismus einschleicht, indem statt der wissenschaftlichen Methode, schon ein — gleichviel, ob richtiges oder irriges — wissenschaftliches Ergebnis (die Einheit der Natur) an die Spitze gestellt ist. Noch mehr aber müssen wir beanstanden, dass auf Grund der Naturerkenntnis ein ethisch-soziales Ideal konstruiert werden soll. Wenigstens das, was man gemeinhin *Naturwissenschaft* nennt, reicht doch dazu nicht aus. Da müsste mindestens unsere geistige und gesellschaftliche Natur, die ihre besonderen Wissenschaftsmethoden verlangen, besonders aufgeführt sein. Eine Ethik, die sich nur etwa entwickelungsgeschichtlich biologisch begründen will, ist von vornherein unmöglich. Tatsächlich befinden sich unter den Anhängern des *Monistenbundes* ebensowohl solche Leute, die unseren sozialen Grundanschauungen nahestehen, als auch solche, welche beispielsweise gegen das allgemeine Wahlrecht wettern, also einer ganz autoritären Weltanschauung huldigen. Wie können diese Leute zusammen unser »Staatsleben auf eine höhere Stufe der Freiheit und Ordnung der Gerechtigkeit und Fürsorge« erheben wollen, wenn der eine das genaue Gegenteil von dem erstrebt, was des anderen praktisches Ideal ist?

FRANZ STAUDINGER

KUNST

Dichtkunst

Hauptmann »Die Dichter sind die Tränen der Geschichte.« In Gerhart Hauptmanns *Promethidenlos* steht dieser Byronismus. Seitdem hat der Poet an dem Motiv sich oft entsonnen, dass ja im Grunde alle vom Schicksal geweinte Tränen sind, die ihr Herz klammern an ein Träumen, ein Ruhe oder Glück oder Schönheit erbetendes Verlangen. Gerhart Hauptmann ist darum ein Dichter des Tragischen, weil solche Menschen seinem Geist entwuchsen. Er ist darum nur mit Vorbehalt ein Dichter von Tragödien im dramatotechnischem Sinn, weil jeder brüchige Charakter, wenn er hinter der Rampe steht und schillern soll in seinen tausend Seelenschattierungen, gar zu bald sich verliert ins weite Gelände, darinnen nur der behagliche Leser, nie der ungeduldige Zuschauer Freude verspürt. André Gide, der Franzose, hat das auch empfunden und gemeint, was schon Grillparzer sagte: Wenn eine Zeit nur mürbe Menschen gebar, dann soll der Tragiker solche Zeit verlassen und Epochen aufsuchen, da er *einsame Helden* (Hegels schöner Sammelausdruck) findet. Auch in der pythischen Glashüttenmär *Und Pippa tanzt!* /Berlin, S. Fischer/, liegt so viel goldige Stimmung, dass man sieht: der Sinnierer und Dichter Gerhart Hauptmann ist reich. Das Theaterstück aber ist nur im ersten Akte tüchtig gezimmert. Poesie nun, die gekapselt ist in eine missratene Form, kann leicht müde machen, sogar gehässig dem Schöpfer. Gerhart Hauptmann ist kein Heuchler, sondern vermag nach dem ganzen Schlag seiner Persönlichkeit nur echtes Gefühl zu geben. Wie viel Innigkeit lebt im Dichter? Wie viel inniges Mitleben kann der Dichter in fremden Herzen wecken? So fragt der gerechte Kritikus. Die hastige Tageskritik, noch besser: die mit schläfrigem Geist verübte Nachtkritik, die jedem spröden Wert gegenüber kurzsichtig sein muss, verschalt diesmal Hauptmann. Sie war ungerecht, ohne zu fragen.

Es geht ums Glück. Das Glück ist Pippa. Da Pippa ein fleischgewordenes Symbol ist, tut man wohl, nachzuschauen, in welche Regungen sie die versetzt, die sich von dem Glanz des Sinnbildes wollen besonnen lassen. Einmal kommen alle Bewerber Pippas zusammen beim lieben Gott, der aber ein mythisch Wesen sein möchte und als Major in der Welt gewesen war. Der Riese Huhn verkriecht sich hinter den Ofen. Ihn blendet das Glück. Der Direktor juhut und fährt auf sicheren Schneeschuhen in die Bergnacht. E i n Glück erlangt er nicht. Er geht, ein neues erjagen mit fröhlichem Mut. Der dritte, Hellriegel, der das Glück wie selbstverständlich an sich rafft, ist schon zu fadendünn und ausgezehrt vom Leid, als dass ihn nicht des Glückes Glut erstickt. So traurige Moral ist eben darum aus der Mär vernehmbar, weil man sich auf Erden, nicht im Himmel mit dem Glücke trifft; zwar tausend Meter über den anderen Menschen, doch tausendtausend Meter unterm Firmament. Huhn ist der Täppische, der Direktor der Weise, Hellriegel der Träumer. Während den Täppischen die Sehnsucht zu Tode schindet, sagt jemand: »Ich wusste ja gar nicht, dass der alte Huhn unter seinen Lumpen so weiss, wie ein Mädchen, ist.« Hauptmann will nämlich seit *Hannele* schon, dass alle Menschen, die Lumpen

ebenfalls, vor dem Glück gleich sein sollten. Für diesen Willen hat er wieder einmal einen wundervollen Satz geprägt, der ganze Komödien aufwiegt. Der liebe Hokuspokusvagabund, der Kön gbettler zettelt all die Trugträumereien vom siebenten Himmel auf. »Langeweile ist, wo Gott nicht ist.« Dabei pilgert er mit erloschenem Augenlicht zur Erde, selig vom Glück dalbernd. Er hat alle Helligkeit aufgeriegelt in sich, nachdem die draussen völlig umflort ward. Der liebe Gott — ἀνάγκη sagt Hellas; der moderne Heide verinnerlicht den metaphysischen Herrscher, sperrt ihn in Zellen und tauft ihn *Instinkt*, auch *Willen* — gibt allen Glückshaschern recht und ertappt sich selber in einer leisen Unzufriedenheit, weil er Übergöttliches als ein ganz, ganz entlegenes Glück ahnt. So ist Gott, weil er bei Hauptmann ein noch sehr junger und deshalb sehr guter Gott ist, »als wenn Alter potenzierte Kraft, Schönheit und Jugend wären«.

»De ganze Welt iis a Spuk, nischt weiter! Aber einmal wird's vielleicht anderscher sein.« Dann nämlich ist der Spuk die Weltwahrheit geworden, und all die umgehenden Geister haben Atem und Leben. Dann ist auch Pippa, das Glück, nicht nur noch ein Duftgespinnst der Phantasie. Wie immer das Glück ist, so auch bei Hauptmann: flüchtig, tanzend, huschend, behängt mit aller Schönheit. Und ein Wehmütiges, das der Dichter entliehen hat von Deutschlands rührendster Mädchengestalt. Pippa hat das fröstelnde Mignonweh des südlichen Herzens, das zum Barbarennorden gestoben war. Die nun das Glück lieben, Männer von Nord, lieben südliche Morbidezza in Pippa. Oft hat man's schon hören können, wie diese deutsche Nationalsehnsucht ins kühle, nüchterne Germanenblut den erhitzenden, auch vergiftenden Tropfen geschüttet hat.

Es ist möglich, dass die Vorstellung eines Bildes grad den Dramatiker reizt, Bewegung ins starre Gemälde zu bringen. An schöne Bewegungen wird man in diesem Werk erinnert, hienach an schwüle Farben des seligen Meisters in Fiesole, weiter an jene zarte Märchenlinie, die von Schwind stammt, der Ludwig von Hofmann moderne Anmut gab: Höflichkeit, die sich beugt, Gradheit, die sich strafft, Ungeduld des Schmachtens, die den Menschen schleudert. Man kann rütteln und tadeln an der Dichtung, ihr Dichter ist noch immer der erste.

× ×

Hofmannsthal Vor allem steht er hoch über der unterhaltenden Spezialität Hugo von Hofmannsthal, der in seiner neuen Tragödie *Oedipus und die Sphinx* /Berlin, S. Fischer/ von frischem sein Ringen nach heroischer Grösse erwies, das aber mit unzureichenden Kräften in den Zenith der antiken Tragödie stürmt. Im Sophokleischen Spiel des geblendeten Oedipus ist bekanntlich des Königs tragischer Untergang eine mit eherner Unfehlbarkeit durchgeführte Enthüllung furchtbarer Greuel. Die Bewunderung der so sicher und folgerichtig entschleierten Geheimnisse im thebanischen Fürstenhaus veranlasste Schiller und Goethe in ihrem Briefwechsel, den Oedipus als vollendetsten Stoff eines Trauerspiels zu rühmen, da an dem Vorwurf jedes Motiv zur Handlung, keines zum körperlosen, überlegten Gedanken werden müsse. Was machte Hofmannsthal aus solchem Stoff? Eine opernartige Staatsaktion mit einigen Auftritten, die allerdings von starker Dramatik sind. Aber der gewaltige Mythos fordert mehr, als blühende Rhetorik. Die Sphinx, Teiresias, Kreon, sie sind bloss theatralische Dekoration, sie sind nicht Hebel des Geschehens. In der *Versuchung des heiligen Antonius* spricht die Sphinx zum Heiligen: »All, die das Verlangen nach Gott martert, ich habe sie verschlungen.« Was Oedipus Heldenhaftes mit dem Sturz der Sphinx vollführt, kein Wort ist davon bei Hofmannsthal. Kreon ist kein Grieche, auch kein modern gefühlter, sondern ein dekadenter Prahler, der sich Zwerge hält. Er gefällt sich im Tändeln mit einem Dolche, das sehr die Nerven packt, aber leicht zur ausgeklügelten Sensation entarten kann.

× ×

Vollmoeller Ich darf, da der Raum mir fehlt, nicht verweilen und muss vorwärtsgehen zum *Deutschen Grafen* des jungen Schwaben Karl Gustav Vollmoeller /Berlin, S. Fischer/. Er hat sich schon mit zwei Trauerspielen die Pubertät ausgesungen, und bestimmt kann man ihn mit diesen beiden Poesieen zu den Stärksten zählen. Aber es scheint, dass sein sanfterer Neuling schnellen Kräftenachlass oder augenblickliche Erschlaffung bedeutet. Graf Tott ist ein Narr aus Überzeugung und soll gross sein in seiner Narrheit. Er macht sich zum armen Mann, zum lächerlichen Mann. Zum toten Mann aus Freundschaft. Und diese Freundschaft ist seines Unterganges Sporn. Voll-

moeller ist eine vielversprechende Hoffnung.

× ×

Familien- und Gesellschaftsstück Auf dem Gebiet des bürgerlichen Familienstücks verheisst der junge Wiener Carl Schönherr nicht minder Gutes. *Familie* /Stuttgart, Cotta/ heisst sein Stück. Zwei Kinder opfern sich für ihre sündige Mutter, trauern um sie, rächen sie. Die Mutter ist rein; sie hat nur aus Liebe und einer sekundenlangen Wahnverblendung Ehebruch getrieben. Das ist ein Stoff, der leicht in süssliche Behandlung verführt. Schönherr geht der Sentimentalität nicht allerorten aus dem Weg und erinnert dann an böse Schrecken des Rührstücks. Doch wo er schon reifte, wirkt die Sprache kurz und tragisch, wickeln sich die Szenen rasch und an die Seele fassend ab.

Mit aller Gewöhnung des Menschen rechnen diese Dichter und beabsichtigen nicht, Reformer zu sein, sondern nur darstellende Künstler, das Leben spiegelnd in seiner Vertracktheit. Der Anarchist, der Götzenzerstörer, der Apostel einer kommenden Generation Erich Mühsam schrieb die Komödie der *Hochstapler* /München, Piper/, damit klar wird, wie faul es in dieser alten Welt sei. Die Hochstapler sind lauter bis auf die Haut abgebrannte Kreaturen, aber herrliche Genies. Sie schaffen sich aus der Dummheit der alten, der vermoderten Welt Millionen, um im amerikanischen Wildwest ihr Traumland anzupflanzen. Das gelingt ihnen mit einer staunenswerten Fixigkeit. Sie legen die gerissensten Bankiers rein, verführen die rassigsten Weiber, nasführen und prellen die hässlichsten Scharteken. Mit einem Wort, sie sind Prachtkerle von jener Art, die auf dem Monde wachsen soll. Ein Kasperletheater, doch in sozialer Absicht.

× ×

Neuausgaben Es ist eine helle Freude, die *Wilhelm-Ernst-Ausgaben* deutscher Klassiker vom Leipziger *Insel-Verlag* in die Hand zu nehmen. Von Schiller und Goethe war hier schon die Rede. Schopenhauer in Grisebachs bewährter Redaktion erscheint jetzt dort; Körner, ein rechtes Damenbüchlein; ein wundervolles Juwel: Eduard Mörikes *Mozart auf der Reise nach Prag*. Zwei berühmte Werke der französischen Literatur, des robusten Rabelais *Gargantua* /München, Langen/, des grossen Realisten Gustave Flaubert *Versuchung des heiligen Antonius* /Minden, Bruns/ sind in sehr gelungenen Verdeutschungen erschienen; die Verleger haben sich dadurch ein literarisches Verdienst erworben.

× ×

Kurze Chronik Die Tagebuchblätter Otto Erich Hartlebens hat F. Heitmüller als *Fragment eines Lebens* /München, Langen/ herausgegeben. Das Buch hat grosses psychologisches Interesse; und die Otto Erich gern hatten, werden Freude empfinden, wenn sie darin blättern. × Hübsch ausgestattete Unterhaltungsbüchlein bringt die Sammlung *Sans-Gêne* /Gr. Lichterfelde, Langenscheidt/ auf den Markt, unter anderm *Gisela* von Paul Adam, *Sündige Liebe* von Enacryos. × Die *Neue Rundschau* quittiert bereits über eine Anzahl Beiträge, die auf den Kerrschen Aufruf zur Errichtung eines Heinedenkmals eingegangen sind. MAX HOCHDORF

Musik

Strauss' Salome Manche meinen, ein Gebäude, das der blosse konstruierende Verstand errichtet hat, stände dauernd fest; ein System der Philosophie, der Ästhetik sei unerschütterlich. Allein, es ist doch stets eine Abstraktion dessen, was die Zeit bis dahin hervorgebracht hat, und der selbe Verstand würde in einem andern Zeitalter auf ganz anderer Grundlage bauen. Man stelle sich vor, ein Lessing schriebe heute statt vor 150 Jahren über die Grenzen der Poesie und Malerei: welch anderes Gebäude würde entstehen; und wieder würde ein folgendes Zeitalter es vernichten, wie die Sturm- und Drangperiode und noch stärker die Romantik die Theorieen des *Laokoon* und der *Hamburgischen Dramaturgie* erschüttert haben. Diese Andeutungen sind notwendig, um die verschiedenen Beurteilungen der Straussschen *Salome* zu verstehen.

Die einen ziehen um das, was die Musik bisher hervorgebracht hat, einen Kreis, die *Grenze der Musik*; sie finden, Strauss steht nicht innerhalb des Kreises, und lehnen ihn deshalb ab, so wie sie zuvor einen Reger, einen Hugo Wolf, einen Wagner, einen Beethoven abgelehnt haben: denn sie überschreiten die Grenze. Aber sie sagen es nicht nur, sie beweisen es auch. Man findet häufig genug, dass aus einer Straussschen Symphonie ein Thema herausgeschält und neben das

eines Klassikers gestellt wird. Freilich, aus einem solchen Vergleich liesse sich manches beweisen, wenn Strauss Symphonieen im klassischen Sinne geschrieben hätte. Er hat das aber so wenig getan, wie eine Oper im Wagnerschen oder Beethovenschen Sinne. Solche Beweise beruhen eben auf dem Vergleich von Unvergleichbarem. Für die anderen ist Strauss' *Salome* nicht eine Überschreitung, sondern eine Erweiterung der Grenzen der Musik. Geradeso, wie sich aus der bildenden Kunst die dekorative herausentwickelt hat, so gibt es schon lange eine *dekorative Musik*. Das ist die Strausssche Musik zur *Salome* mehr, als alle frühere Musik, sie möchte ähnlich zur Dichtung stehen, wie ein moderner Buchschmuck zum Buche. Strauss will ganz dem Dichter folgen. Und wie jener ganz Psychologe, ganz Stimmungskünstler ist, so wird der Musiker es auch. Man mag über den Wert der Dichtung streiten, das eine werden viele geneigt sein zuzugeben: dass dem Dichter die Darstellung des Psychologischen, das Krankhaft-Überreizte im Seelenleben, besonders im Geschlechtlichen, mit seltener Stärke gelungen ist. So auch beim Musiker. Man mag ihm erlauben wollen, was man für gut hält, die Stärke auf diesem Gebiete des *Unerlaubten* leugnen wenige. Er hat mit grosser Raffiniertheit in den Motiven, mehr noch in den Harmonieen, Rhythmen und den Farbenmischungen der Instrumente, eine Musik geschaffen, die an Sinnlichkeit in der Darstellung des orientalischen Fühlens hinter der Dichtung nicht zurücksteht.

Ein objektives Urteil über den Wert der Oper — das Angeführte betrifft mehr das Technische — ist unmöglich. Es ist in der Tat schwer, objektiv vor der *Salome* zu bleiben. Der eine wird verletzt, wird abgestossen, der andere geniesst, viele werden berauscht. Charakteristisch ist es: so viele über die *Salome* berichtet haben, so wenige urteilen; und die Urteile über die Oper weichen ebenso von einander ab, wie die über die Dichtung.

× ×

Programmmusik Ich muss noch einmal eine Frage der Ästhetik berühren. Wenn der Dichter eine Vorstellung in uns erweckt, weshalb? Ist die Vorstellung an sich nicht nur Mittel zum Zweck, um auf das Gefühl und den Verstand des Lesers zu wirken, es anzuregen zum inneren, unbewussten Weiterschaffen? In Lenaus *Waldliedern* ist nicht die Vorstellung des Waldes, sondern die dadurch erweckte Stimmung das Ziel. Anders jene Programmatiker, die sich damit begnügen, irgend einen Begriff musikalisch darzustellen. Ich würde hierauf nicht eingehen, zumal ich in der vorigen Rundschau (pag. 112) dieses Gebiet bereits berührt habe, wenn unser Interesse nicht zwangsweise auf jene Kompositionen gelenkt würde. Delunes bringt in seiner Symphonie nach Nietzsche nur Vorgänge zum Ausdruck, zum Beispiel das Hereinbrechen der Nacht, und erreicht es, in vielen Seiten so weit zu kommen, wie Nietzsche in wenigen Zeilen. Das Werk zeichnet sich weder durch Gedanken, noch durch Stimmung aus, wohl aber durch Fertigkeit im Technischen. Andere Kompositionen dieser Art, ebenso leer, füllen einen nicht geringen Teil der Konzerte.

× ×

Stern Als op. 1 erschienen bei A. A. Noske in Middelburg 10 Lieder Georg Sterns. Man glaubt, das Schaffen eines Komponisten zu fühlen, der in der Richtung vielleicht noch unentschlossen ist und mehr unbewusst dem folgt, was auf ihn einwirkt. Zuweilen gerät er dabei auch auf Gebiete, auf denen sein technisches Können noch versagt; so zum Beispiel bei Stefan George. Er fühlt mit dem Dichter stärker, als andere, aber es fehlt ihm noch die Raffiniertheit, sich mit jener Sicherheit auszusprechen, wie wir es bei den Modernen gewohnt sind. Darum gelingen ihm grosse oder gleichmässig grosse Würfe nur da, wo es mehr auf das musikalische Denken ankommt, als auf die Technik. Namentlich in Goethes *Grenzen der Menschheit* erkennt man, wie besonders stark die künstlerische Phantasie in ihm schafft, es sind Ansätze da, die an die Schubertschen Goethekompositionen erinnern; die stärksten Stellen weisen darauf hin, dass wir es hier mit einer ungewöhnlichen Begabung zu tun haben. Sie erwecken in mir die Überzeugung, dass wir in Stern noch einen Symphoniker oder Sonatenkomponisten erwarten können; die grosse Form, die er mit grossem Gedanken auszufüllen im stande ist, scheint sein eigentliches Gebiet zu sein.

× ×

Kurze Chronik Reger fand mit seinem neuesten Werk *Gesang der Verklärten* in Aachen, O. Fried mit seiner *Verklärten Nacht* in

Berlin, Leo Blech mit seinem *Aschenbrödel* in Prag vielen Beifall. × Die *Komische Oper* brachte die für Berlin unbekannten O p e r n *Der Corregidor* von Hugo Wolf und *Die Bohême* von Leoncavallo zur Aufführung. Die erste bietet dem Freund Wolfscher Lyrik vielen Genuss; die andere gehört zu jenen Werken, die man nicht scharf genug ablehnen kann wegen ihrer Trivialität. Noch minderer Art ist die Novität des Opernhauses *Der lange Kerl* von Woikowsky-Biedau. × Der 150. Geburtstag M o z a r t s wurde mit einer Unzahl von Mozartartikeln und -konzerten gefeiert, die eine bedenkliche Ähnlichkeit mit den Veranstaltungen zur Schillerfeier hatten; das heisst, der gute Wille, Mozart zu würdigen, scheint schon sein Ende gefunden zu haben. × Vom 9. bis zum 11. April tagt in Berlin der 3. m u s i k - p ä d a g o g i s c h e Kongress. × In Russland starb ein Führer der neueren russischen Musik, A r e n s k i j. Wegen seines gediegenen Schaffens, weniger durch grosse Gedanken, hat er seit Jahren auch in Deutschland Eingang gefunden.

× ×

Literatur An einen kleineren Kreis wende ich mich, um die Briefe des P e t e r C o r n e l i u s (*Literarische Werke,* I. und II. Band /Leipzig, Breitkopf & Härtel/) zu empfehlen. Wer jene gehaltvollen, zarten Romantiker und die oft noch zarteren und feineren Modernen, wie Jacobsen, liebt, den wird es hingezogen haben zu den wenigen Stillen, zu Mörike, Stifter, dem wird auch der Dichter wie Komponist Cornelius lieb sein. Es sind ja nicht viele, die wie dünne Fäden die Romantik mit der Modernen verbinden, darum aber werden wir mit ihnen um so leichter Freunde und haben das Verlangen, ihnen näher zu kommen. Aber nur, wer dafür Sinn hat und Zeit, zu hören, was Freund Cornelius von sich plaudert, wer mit ihm sprechen mag von Mütterchen, von Braut, von Schwester und Freunden, wer hineinsehen mag in die Alltäglichkeiten eines Junggesellenlebens, das er bis fünf Jahre vor seinem Tode geführt hat, der kann ihn geniessen; der wird auch Freude haben an den vielen rein lyrischen Stellen, aus denen keine problematische, aber eine echte Dichterseele spricht, wie aus Cornelius' lyrischen Gesängen. Dem wird es auch nicht zu viel sein, über das hinwegzulesen, was gut hätte fehlen dürfen, die vielen Wiederholungen, die Ärgereien über Verleger, Aufführungen u. s. w., die die beiden Bände so dick machen (1400 Seiten). Interessant ist es, wie ein solcher Mann seine Zeitgenossen angesehen hat; man erfährt vieles über Wagner, freilich nicht durch die Glasenappsche Brille gesehen, vielleicht Wahres, aber wenig Schmeichelhaftes über seine Person. Den Freunden Cornelius' also empfehle ich dies Buch, und nur ihnen — oder sollte es möglich sein, dadurch zum Freunde zu werden? × Nicht ganz den gleichen Genuss verschafften mir die Memoiren H e c t o r B e r l i o z' /ebenda/. Interessant geschriebene Feuilletons, hübsche Anekdoten aus seinem vielbewegten Leben, nicht vieles, aber, was einem die Persönlichkeit Berlioz' nahe bringen könnte. Die Urteile über meist zeitgenössische Komponisten waren für mich das Lesenswerteste. × Zum 150. Geburtstage Mozarts erschien die bewährte, gediegene Biographie von J a h n in neuer Auflage im selben Verlage. Über weitere Mozartwerke das nächste Mal. ERNST AARMANN

DIVERSA

Bücher

Sozialdemokratische Gemeindepolitik Wer auf einem Spezialgebiet erkennen will, welche Fülle von Sachkunde und Fleiss heute in unserer Bewegung am Werke ist, der möge die Schriftensammlung *Sozialdemokratische Gemeindepolitik* (herausgegeben unter der Leitung von Paul Hirsch) /Berlin, Buchhandlung *Vorwärts*/ vornehmen, nicht zum Blättern, sondern zum gründlichen Studium. Es ist eine notwendige Folge der weiteren und immer rascheren Ausbreitung und Machterweiterung der Partei, dass ihre Betätigung auf kommunalpolitischem Gebiete immer reger, ihr Einfluss hier immer grösser wird. Und es ist ein Zeichen für den tiefen Ernst und den werktätigen Idealismus, der sie beherrscht, dass darin gleichzeitig das Bestreben nach voller Beherrschung des ausserordentlich schwierigen Stoffes, der heute bereits eine ganze verwaltungswissenschaftliche Disziplin abgibt, sich aufs kräftigste durchsetzt. Wie die sozialistische Kommunalpolitik mit ihrem festen Untergrund der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Proletariermassen und ihrem klaren Ziel der sozialistischen Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft hoch über der landläufigen bürgerlichen Gemeindepolitik steht mit ihrem steten

Schwanken zwischen den Interessen des Kapitalismus, bureaukratischer Routine und gelegentlichen philanthropischen und sozialen Anwandlungen, so zeichnet sich auch unsere Literatur auf diesem Gebiet vor der der anderen Parteien durch klare und entschiedene Grundsätze aus, vor der wissenschaftlichen und verwaltungstechnischen durch ihren sozialen Charakter und ihren Zusammenhang mit den treibenden Kräften des wirklichen Volkslebens. Die Gemeindepolitik, bei der es sich um die nächstliegenden und zugleich wichtigsten Interessen handelt, ist ein Prüfstein für die Echtheit der sozialen Gesinnung, weshalb denn so manche *radikal-oppositionellen* bürgerlichen Politiker hier so überaus kläglich versagen. So ist es kein Zufall, dass die Sozialdemokratie, obgleich die ganze wissenschaftliche Behandlung dieses, wie jedes sozialen Gebietes bürgerlichen Ursprungs ist, hier die Führung übernommen hat. Lindemanns grosses Unternehmen ist auch ausserhalb der Partei als *standard work* anerkannt, und der *Kommunalen Praxis*, wie der kommunalpolitischen Rundschau in den *Sozialistischen Monatsheften* hat man anderwärts nichts Gleichwertiges an die Seite zu stellen.

Die vorliegende Sammlung, von der bisher 5 Hefte erschienen sind, reiht sich diesen Bestrebungen und Leistungen würdig an. Im 1. Heft behandeln Hirsch und Lindemann das kommunale Wahlrecht, das ja für die Zusammensetzung der Gemeindevertretung und damit den ganzen Charakter der Gemeindepolitik von entscheidender Bedeutung ist. Eine etwas eingehendere Beleuchtung dieses Zusammenhangs wäre von aufklärender Wirkung gewesen und hätte gleichzeitig das ganze Unternehmen programmatisch gekennzeichnet. Im übrigen wird eine kurze Übersicht der entscheidenden Tendenzen: der Entwickelung der Bürgergemeinde zur Einwohnergemeinde und des plutokratischen Charakters des Gemeindewahlrechts, geboten, danach eine geschichtlich-juristische Darstellung der überall verwickelten, mitunter kaum zu übersehenden Rechtsverhältnisse — nur Elsass-Lothringen zeichnet sich durch grössere Einfachheit und relative Volkstümlichkeit hier aus — gegeben. Leider fehlen die kleinsten Staaten von Hessen abwärts. Deren Wahlrecht wäre nicht nur für die beteiligten Genossen, sondern auch vom allgemeinen Gesichtspunkte aus von Interesse. Der trockene Stoff ist übersichtlich und verständlich behandelt. Das 2. Heft bringt eine Abhandlung Lindemanns über kommunale Arbeiterpolitik. Die Darstellung ist wohlgeordnet und von dem einheitlichen Gedanken des massgebenden Arbeiterinteresses beherrscht, mitunter freilich die Auffassung nicht ganz unanfechtbar. So erscheint mir die völlig wegwerfende Behandlung der Lieferanteninteressen in der Submissionsfrage weder vom Standpunkt des Gemeinde-, noch von dem des Arbeiterinteresses aus gerechtfertigt, ebenso die Geringschätzung der paritätischen Arbeitsnachweise, die in der Gewerkschaftswelt ständig an Anhang gewinnen. Bei der Behandlung der Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit und ihre Wirkungen, wie der Verhältnisse der Gemeindearbeiter wäre mehr Material im Interesse der Agitation, wie der Aufklärung der Praktiker zu wünschen. Es mag sein, dass gerade die Fülle des von ihm beherrschten Stoffes Lindemann die Auswahl erschwert und ihn zu einer übergrossen Beschränkung genötigt hat, die den vielen, die über keine anderen Quellen verfügen, zu wenig bietet. Eine in jedem Betracht treffliche Leistung ist das 3. Heft *Kommunale Schulpolitik* von Max Quarck. Man muss die Unsumme des vorhandenen rechtlichen und tatsächlichen Materials, das in Frage stand, bedenken, um die Übersichtlichkeit und relative Vollständigkeit, die hier erreicht ist, zu würdigen. Und diesen Stoff hat Quarck mit grossem Geschick unter Beachtung der wichtigsten pädagogischen Gesichtspunkte mit wahrhaft warmem Herzen für die Kleinen und klarem Blick für die sozialen Zusammenhänge gemeistert. Gerne hätte ich hier neben den neueren Parteischriften etwas mehr Bezugnahme auf die alte und in der Fülle des Selbsterlebten, wie in der Kraft des Ausdrucks noch unerreichte Literatur der Diesterweg und Ed. Sack gefunden. Auf kaum einem anderen Gebiete der Sozialpolitik ist das wesentlich Zutreffende schon seit so langer Zeit und so vortrefflich gesagt, wie auf diesem, und dabei ist der Grossteil der dazumal vorgebrachten Klagen und Anklagen noch immer aktuell. Auch die Behandlung der Wohnungsfrage von Paul Hirsch im 4. Heft ist durchaus zu loben. Das reiche Material des umfassenden Gebietes ist in grosser Fülle zusammengetragen, die verschiedenen Missstände nach Ursprung und Tragweite, ebenso die

mannigfachen Reformbestrebungen und die Forderungen der Partei sind in umfassendem Masse dargestellt und meist zutreffend beleuchtet. Nebenbei: woher kommt die auf Seite 35 gegebene Sterblichkeitszahl von 163,5 ‰ in einzimmerigen Wohnungen, die durch die ganze Literatur läuft und nach der täglichen Erfahrung, wie nach dem Durchschnittsergebnis der selben Statistik unbedingt falsch ist? Im übrigen ist die Schrift, deren Gegenstand wohl der allerdringlichste Notstand ist, zu eindringendem Studium sehr zu empfehlen. Das Gebiet der Steuern und Gebühren, die Lindemann im 5. Heft bespricht, ist sehr umfassend und mit den verschiedensten sozialpolitischen Fragen eng zusammenhängend. Der Verfasser behandelt es in übersichtlicher und zumeist zutreffender Weise; namentlich die grundsätzliche Darlegung des besonderen Wesens der Gemeindesteuern ist klar und lehrreich. Von den direkten Steuern, wie vom Oktroi hätte man auch hier gern mehr gehört.

So führt die Sammlung sich in anerkennenswerter Weise ein. Auch dort, wo man abweichender Meinung ist, wird man die Auffassung der Verfasser als wohlüberlegt und ihre Behandlung als gediegen anerkennen müssen. Weitere Hefte sollen behandeln: Armen- und Waisenpflege, öffentliche Gesundheitspflege, städtische Selbstverwaltung und Bildungswesen. Hoffentlich werden auch die wichtigsten technischen Gebiete Berücksichtigung finden. Möchte die dankenswerte Sammlung von jedem ernst strebenden Genossen nach Gebühr gewürdigt werden! Die Früchte werden nicht ausbleiben.

× ×

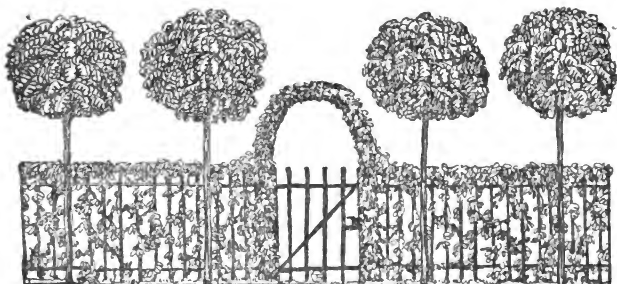
Gradnauer: *Das Elend des Strafvollzugs* Vor etwa zwei Jahren veröffentlichten die Berliner *Zeit am Montag* und der *Vorwärts* eine Anzahl Aktenstücke, die eine Reihe grauenhafter Fälle aus der preussischen Strafrechtspraxis beleuchteten. Wie üblich, war die Antwort der Verwaltung eine Beleidigungsklage, die jedoch auf Grund einer Ehrenerklärung der angeklagten Redakteure für die klagenden Ärzte und Verwaltungsbeamten mit der Zurücknahme des Strafantrags und demzufolge mit der Einstellung des Verfahrens endete. Da den genannten Organen die Absicht, irgend jemand persönlich zu beleidigen, ferngelegen hatte, konnten sie diesen Abschluss wohl gelten lassen. War doch alles Wesentliche, was sie behauptet, und um dessentwillen sie sich der Strafjustiz ausgesetzt hatten, bewiesen. Die Fälle Grosse, Sklärow etc. werden für die Erkenntnis unserer kriminalistischen Zustände unverloren bleiben.

An diese Verhandlungen und Feststellungen knüpft die im Verlag der *Vorwärts*buchhandlung erschienene Schrift Georg Gradnauers an, und sie berührt dabei über das enge Gebiet des Strafvollzugs hinaus den ganzen Zusammenhang des Verbrechens und die Mittel zu seiner Bekämpfung. Sie kennzeichnet an der Hand der Tatsachen den »Chauvinismus der Zeit«: das Bewusstsein, wie wir's so herrlich weit gebracht in der Humanität gegen den Sträfling, als eine Lüge, die beruht auf der Verkennung der sozialen Zusammenhänge der Kriminalität und des Klassencharakters unseres Strafrechts und gestützt wird durch das scholastische Erbstück vom *freien Willen*. Gradnauer weist einfach und ohne Übertreibung auf die wirklichen Ursachen hin und kennzeichnet den Rechtsbruch als das Ergebnis sozialer Missstände und ungenügender Widerstandskraft gegen sie. Sehr lehrreich und übersichtlich ist der kurze Abriss der Geschichte des Strafvollzugs. An seinem Ende finden wir den fast völligen Stillstand, der, allen Vertröstungen zum Trotz, die Zustände im Deutschen Reich auf diesem Gebiete kennzeichnet. Die Abschnitte über den *Strafvollzug der Rache*, die Erfolglosigkeit des Strafvollzugs, die Disziplinarstrafen, Krankheit und Krankenfürsorge und namentlich, an der Hand des Materials vom Plötzenseeprozess, über Geisteskranke und geistig Minderwertige im Strafvollzug bieten eine Menge Tatsachen und zahlreiche gute Beobachtungen und kritische Bemerkungen. Etwas mehr Kritik sollte freilich auch der amtlichen Kriminalstatistik entgegengebracht werden. Wenn dort von 1882 bis 1901 ein Wachstum der Rückfälligkeit von 259 auf 100000 strafmündige Personen bis auf 528, also über das Doppelte (relativ!), der 6mal oder noch öfter Vorbestraften gar von 23 auf 95, also über das Vierfache *festgestellt* wird, so müsste jeder Sachkundige einer derart ungeheuerlichen Vermehrung des Gewohnheitsverbrechertums auf dem Papier, für die in der wirklichen sozialen Entwickelung durchaus kein genügender Anhalt gegeben ist, skeptisch gegenüberstehen. Und sie erklärt sich auch ungezwungen, wenn man

berücksichtigt, dass diese Statistik eben erst 1882 eingeführt worden ist, mithin die aktenmässigen Unterlagen dafür anfangs unzulänglich und weitere statistische Materialien nicht vorhanden waren, wodurch eine ganz unvollständige Feststellung der Vorstrafen in dieser Anfangszeit verständlich wird. Es ist meines Erachtens ganz ausgeschlossen, dass im Jahre 1882 nur 26 % aller Verurteilten vorbestraft gewesen seien: man war eben damals grossenteils auf die Angaben der Delinquenten selbst angewiesen, die natürlich nicht nach Vollständigkeit geizten. Muss sonach ein gut Stück von der zahlenmässigen Zunahme der Rückfälligkeit abgerechnet werden, so bleibt doch noch genug übrig, um die Behauptung von der Erfolglosigkeit des heutigen Strafvollzugs als erwiesen gelten zu lassen. Besonders grell wird durch diese Erfolglosigkeit der Strafmittel die Grausamkeit beleuchtet, die sich namentlich in der Anwendung von Disziplinarmitteln, vornehmlich Kostschmälerung, einsamer Einsperrung und selbst noch Prügelstrafe, kundgibt. Geheimrat Baer, der Chefarzt von Plötzensee, hat selbst festgestellt, dass die Strafe des verschärften Arrests, das heisst die Entziehung aller warmen Nahrung mit Unterbrechung der *guten Tage* und gleichzeitiger Entziehung des Bettlagers bei einer längeren Dauer niemals ohne ernsten Eingriff in den Gesundheitszustand des Gefangenen bleibt; bleibend und nicht reparierbar, wenn er sich häufig wiederholt. »Der Mensch, welcher auf längere Zeit auf Brotnahrung allein angewiesen ist, ist tatsächlich dem langsamen Verhungern ausgesetzt. Die Hungerstrafen von längerer Dauer sind hart und grausam, weil sie, ohne das Leben unmittelbar zu bedrohen, doch die Körperkräfte erschöpfen und eine Gemütsstimmung erzeugen, die zu Verzweiflung, Wahnsinn und Selbstmord führt.« Wie diese Quälerei, die in noch raffinierterer Form im Dunkelarrest wiederkehrt, die geistige Gesundheit ruiniert und das Leben verkürzt, wird in einer Reihe von Zitaten aus der Fachliteratur dargelegt und durch die zu Eingang erwähnten Fälle von Plötzensee erhärtet. Man denke an den Augenkranken, der wegen mangelhafter Leistungen in 1½ Jahren über 200 Tage im Dunkelarrest verbracht hat, bis sein Leiden konstatiert wurde! Ganz entsetzlich wird diese mittelalterlich grausame Strafanwendung, wenn sie an *Simulanten* geübt wird, die sich, wie der arme Sklärow, hinterher als Geisteskranke erweisen und natürlich durch die erlittenen Qualen vollends erschöpft werden oder gar zu Tode kommen. Kurz, man muss alle diese Greuel kennen lernen, um die Krokodilstränen der Oertel und Konsorten über die übertriebene Milde des Strafvollzugs recht zu würdigen und die Verstocktheit der Bureaukratie zu beklagen, die sich von ihrem *wohlerworbenen* Rechte der Menschenpeinigung kein Pünktchen abziehen lassen will.

An Stelle dieser vielfach grausamen und meist nutzlosen Strafmittel schlägt Gradnauer eine Reihe anderer vor, die, im wesentlichen bereits vorher von sozialistischer oder kriminalreformerischer Seite empfohlen, sich durch grössere Menschlichkeit auszeichnen, zugleich aber auch durch besseres Verständnis für die psychologischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge besseren Erfolg verheissen. Nicht Niederdrückung, sondern Festigung und Heilung des Geschwächten, Anpassung an die Bedingungen des Lebens in der Freiheit, für das der Gefangene heute durch die ganze Einrichtung der Strafanstalt geradezu untauglich gemacht wird, sind seine Ziele, denen er mit einer Reihe wohldurchdachter Vorschläge zustrebt. Ich kann ihm nicht überall beistimmen. So ist die unbestimmte Strafzumessung in gewissen Fällen — allerdings auch unter der Voraussetzung eines ganz anderen Beamtenmaterials und ganz anderer sozialer Auffassungen und Ziele, als heute massgebend sind — wohl zu empfehlen. Und die Verpflichtung des Täters zum Schadenersatz als Haupt- oder alleinige Strafe würde in manchen Fällen — man denke an Brandstiftung! — lebenslängliche Schuldknechtschaft bedeuten, lässt sich also nur als allgemeines Prinzip anerkennen; ebenso die Zahlung des allgemein üblichen Lohnes an Gefangene, der in der Praxis der Gefängnisarbeit auch mannigfache Schwierigkeiten im Wege stehen. Diese Ausstellungen vermindern nicht den Wert der Schrift, die ja wohl nicht abschliessend und erschöpfend sein will, und deren Verdienst es geworden ist, zu vielfältigen Betrachtungen anzuregen. Die Frage der Strafrechtspflege wird noch lange eine im schlimmsten Sinne des Wortes brennende bleiben. So treffliche Agitationsschriften, wie die vorliegende, werden zur Aufklärung und in letzter Linie zur Abhilfe ihr Teil beitragen. SIMON KATZENSTEIN

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLÄNDER · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. · DRUCK VON *GUTENBERG* DRUCKEREI UND VERLAG A.G. · SÄMTLICH IN BERLIN



5. HEFT / MAI 1906

RICHARD CALWER · DAS FAZIT DER MAROKKO-AFFÄRE

BEI einem Blick auf die zahlreichen Besprechungen der Ergebnisse der Marokkokonferenz fällt auf, dass sehr viele Beurteiler Anlass und Zweck der ganzen Aktion völlig aus dem Auge verloren haben. Es mag ja sein, dass das Ergebnis an sich nach dem teilweise aufregenden, sogar den europäischen Frieden bedrohenden Verlaufe des Marokkohandels geringfügig erscheint, aber danach darf das Ergebnis eben nicht bewertet werden. Was man hinterher von der Konferenz alles erwartet haben will, dafür sei nur eine Stimme angeführt, die mit dem Ausgang der Konferenz nicht zufrieden ist, weil das Endziel des Marokkohandels, »der deutschen Industrie und dem deutschen Handel günstige Bedingungen im Scherifenlande zu suchen,« nicht erreicht sei. Um ein solches Endziel hat es sich überhaupt nicht gehandelt. Der Anlass der ganzen Aktion war eine gemeinsame Verletzung bestehender Rechte des Deutschen Reiches durch Frankreich und England. Deutschland hatte mit Marokko ein Handelsverhältnis, auf Grund dessen ihm die unbeschränkte Meistbegünstigung zugesichert ist. Dieses Rechtsverhältnis ignorierten Frankreich und England, indem in dem Abkommen vom April 1904, das zwischen England und Frankreich abgeschlossen wurde, die Handelsfreiheit in Marokko nur auf 30 Jahre gewährleistet wird. Über die Handelsfreiheit in Marokko haben nach unserem Verhältnis zu Marokko nicht England und Frankreich zu bestimmen, sondern die Souveräne von Marokko. In der Begrenzung des Zustandes der Handelsfreiheit auf 30 Jahre liegt eine Nichtanerkennung oder doch Nichtachtung des zwischen Marokko und dem Deutschen Reiche abgeschlossenen Meistbegünstigungsverhältnisses. Angesichts dieser Verletzung unseres Rechts und unserer wirtschaftlichen Interessen durch Frankreich und England fragte es sich, ob Deutschland sich die Zurücksetzung gefallen lassen, oder ob es gegen das Abkommen vom April 1904 Einspruch erheben sollte.

Fast allgemein ging seinerzeit die Meinung dahin, dass Deutschland diese

Zurücksetzung nicht ruhig hinnehmen sollte. Die Wortführer sämtlicher Parteien erkannten an, dass hier ein Vorgehen seitens Englands und Frankreichs vorläge, das nicht in der Ordnung war. Wenn aber diese Nichtachtung Deutschlands ziemlich allgemein als solche empfunden wurde, so gab es nur zweierlei: entweder Deutschland liess diese Nichtachtung seiner Rechte ruhig auf sich sitzen, oder aber es machte England und Frankreich einen Strich durch ihre Rechnung. Die erstere Eventualität kann man Deutschland zumuten, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, dass Deutschland überhaupt nicht als Grossmacht aufzutreten habe, sondern ruhig akzeptieren solle, was andere Grossmächte über seine Rechte und Beziehungen beschliessen. Eine Partei, die in grundsätzlicher Opposition zur Regierung eines Landes steht, wird auch die auswärtige Politik der Regierung möglichst auf Schritt und Tritt zu bekämpfen haben. Aber es gibt eine Grenze, wo diese Bekämpfung aufhört und zwar keine Unterstützung, wohl aber eine Duldung eintritt. Wenn zwischen England und Frankreich einerseits und Deutschland andererseits ein Konflikt eintritt, so treten drei Regierungen einander gegenüber, die alle mehr oder weniger die politische Vertretung des kapitalistischen Regimes repräsentieren. Alle drei sind nicht vom Vertrauen der Arbeiterbevölkerung getragen. Indem ich nun die eigene Regierung bekämpfe, wenn sie ihre Rechte und Interessen den Regierungen des Auslandes gegenüber verficht, unterstütze ich zweifellos die Interessen der ausländischen Regierungen, die ich doch mindestens ebenso zu bekämpfen habe, wie die eigene Regierung. Aber ich begehe unter Umständen noch einen viel grösseren Fehler. Die Entwickelung des privatkapitalistischen Regimes äussert sich zurzeit in einem starken Drang nach Expansion. Von dem Grad dieser Expansion hängt zu einem Teile auch wieder der wirtschaftliche Fortschritt ab, der die Voraussetzung für die Sozialisierung unserer Wirtschaftsordnung ist. Falle ich nun der Regierung des eigenen Landes bei der Betätigung des Expansionsdranges mit Erfolg in die Arme, indem ich dadurch gleichzeitig die Betätigung des nämlichen Dranges seitens anderer Länder begünstige, so erreiche ich mit dieser Politik, dass die wirtschaftliche Entfaltung in den Konkurrenzländern grössere und raschere Fortschritte macht, als bei uns, dass dort die Vorbedingungen einer Sozialisierung rascher heranreifen, als im eigenen Lande. Als deutscher Sozialist will ich aber, dass möglichst Deutschland an der Spitze des wirtschaftlichen Fortschritts marschieren soll. Das bedingt auch, dass Deutschland seine politische Macht entfaltet. Ich brauche mich für die Art dieser Entfaltung keineswegs zu engagieren, meine Haltung kann sogar sehr zurückhaltend und passiv sein, aber ich darf jedenfalls nicht durch meine Bekämpfung der eigenen auswärtigen Politik riskieren, dass das kapitalistische Ausland einen Vorsprung nach dem anderen vor Deutschland gewinnt. Von diesen Erwägungen ausgehend, muss man zu dem Schluss gelangen, dass Deutschland gegen das englisch-französische Abkommen vorzugehen nicht nur vollauf berechtigt, sondern auch vom Standpunkt seiner kapitalistischen Interessen aus verpflichtet war. Auch der Sozialist muss in dem vorliegenden Falle konzedieren, dass Deutschland die Nichtachtung und Zurücksetzung seitens Englands und Frankreichs nicht schweigend hinnehmen konnte.

Gibt man aber die Notwendigkeit eines Einschreitens im vorliegenden Falle zu, dann kann man nur noch über die Art des Vorgehens verschiedener An-

sicht sein. Man konnte der Marokkoaffäre gegenüber sehr wohl der Meinung sein, dass das Spiel nicht derart sein durfte, dass das Volk eine Gefahr liefe, die weit über den Wert des Objekts hinausging. Freilich hatte die deutsche Regierung, nachdem sie erst den Stein ins Rollen gebracht hatte, es nicht mehr allein in der Hand, wie die Dinge verlaufen würden. Das hing nunmehr auch von Frankreich und England ab. Wenn Grossmächte aneinandergeraten, und sei es nur einer Lappalie wegen, so muss man, bevor man den ersten Schritt unternimmt, alle möglichen Konsequenzen in seine Rechnung einbeziehen. Man nehme den Fall an, dass Deutschlands Einspruch gegen die englisch-französischen Abmachungen unberücksichtigt geblieben wäre, und dass zu der ersten Nichtachtung eine weitere gekommen wäre — hätte Deutschland dann klein beigeben sollen? Wer diese Frage mit *Ja* beantwortet, der hätte klüger gehandelt, wenn er Deutschland gleich von vornherein von jedem Einspruch gegen die erste Zurücksetzung abgeraten hätte. Sobald man einmal zugibt: Deutschland ist verpflichtet, Einspruch zu erheben, muss man auch die Tatsache mit in Kauf nehmen, dass Deutschland die Art des Verlaufes eines solchen Konfliktes, wenn er erst einmal im Gange ist, nicht mehr allein zu bestimmen vermag. Nun soll gar nicht geleugnet werden, dass Deutschland nicht immer im Sinne des Friedens operiert hat, und, soweit es in dieser Hinsicht Fehler gemacht hat, konnten die Angriffe gegen seine Politik nicht scharf genug erfolgen. Zu diesen Fehlern gehört in erster Linie der Besuch des deutschen Kaisers in Tanger. Wenn man im Kartenspiel mit einem kleinen Trumpf den gewünschten Stich machen kann, so ist es ein unverzeihlicher Fehler, wenn man einen höheren oder gar den höchsten Trumpf ausspielt. In der Politik ist ein solches Spiel aber noch fehlerhafter, weil es einen äusserst aggressiven Eindruck macht und eine bestehende Spannung unnötig verschärft. Aber abgesehen von einer Reihe solch ungeschickter Massnahmen, über deren Berechtigung der Aussenstehende nur auf Grund des der Öffentlichkeit zugänglichen Materials urteilen kann, war doch im grossen und ganzen einmal das Ziel, das die deutsche Regierung verfolgte, und dann auch der Weg, den die deutsche Regierung zur Erreichung des Zieles einschlug, durchaus von dem Wunsche getragen, den Frieden zu erhalten, jede sachliche Brüskierung des Gegners zu vermeiden. Man hat zwar oft den Tadel hören müssen, die deutsche Diplomatie spiele mit verdeckten Karten. Die Vertretung des Volkes wisse nicht, was die Diplomatie wolle. Dieser Tadel trifft zu, aber er wird immer und überall zutreffen, wo es sich um Aktionen der auswärtigen Politik handelt. Wenn zwei oder mehrere Partner sich um irgend eine Sache streiten, werden sie über ihre wahren Absichten immer so wenig wie möglich verlauten lassen. Sobald einer die Absichten des anderen wirklich genau kennen würde, hätte er dem Offenherzigen gegenüber ein wesentlich leichteres Spiel. Auch in ganz demokratischen Staatswesen kann die Regierung dem Parlament in Fragen der auswärtigen Politik nicht klaren Wein einschenken. Die Regierung hat das Vertrauen der Mehrheit, und sie hat internationale Händel so auszutragen, dass sie das Vertrauen der Parlamentsmehrheit erhält. Macht sie in einem bestimmten Falle Fehler, so haben die Männer der Regierung einfach abzutreten. Aber eine Unmöglichkeit ist es, dass die Regierung vor aller Welt ihren Operationsplan ausplaudert und

dadurch dem Gegner den diplomatischen Kampf erleichtert. Dass die Regierung über ihre Ziele und über ihre Taktik geschwiegen hat, ist ihr also nicht zum Vorwurf zu machen.

Nun sagt man freilich hinterher, die Regierung habe nichts erreicht, die ganze Geschichte sei ausgelaufen, wie das Hornberger Schiessen. Die Regierung habe ganz andere Ziele verfolgt, aber die Trauben wären ihr zu sauer gewesen. Das ist alles sehr leicht zu sagen, da man ja die besagten Ziele nicht kennt und wohl noch nicht so bald kennen lernen wird. Es mag sein, dass man in deutschen Regierungskreisen an die Möglichkeit der Erreichung weitergehender Ziele glaubte. Für uns, die wir die Sache lediglich als Politiker zu betrachten haben, scheiden persönliche Intentionen und derartiges vollständig aus, wir richten uns lediglich nach dem sachlich gebotenen Ziel, das sich aus dem Anlass der ganzen Affäre ergab.

Der Anlass war die Zurücksetzung und Nichtachtung Deutschlands durch Frankreich und England in einer bestimmten Frage (Meistbegünstigung Deutschlands). Der sachliche Zweck des Handels ist erreicht, wenn diese Zurücksetzung und Nichtachtung wieder gut gemacht ist. Und dass durch die Konferenz dieser Zweck ereicht ist, das kann wohl kaum bestritten werden. Es hat nie in der Absicht Deutschlands liegen können, die tatsächliche Vorherrschaft der französischen Interessen in Marokko abstreiten zu wollen. Nur sollte es allerdings nicht zugelassen werden, dass Frankreich mit allerhöchster Erlaubnis Englands Deutschland in Marokko die offene Tür vor der Nase zuschlug oder sich wenigstens von England der Erlaubnis versicherte, bei Gelegenheit die Tür zuzuschlagen. Durch die Konferenz ist erreicht worden, dass unter voller Anerkennung der französischen Interessen in Marokko Frankreich genötigt ist, die Souveränität Marokkos anzuerkennen und die Handelsfreiheit für alle anderen Länder zuzulassen. Dass Frankreichs Einfluss nach wie vor in Marokko prävalieren wird, ist sicher; aber ihn auszuschalten, lag eben gar nicht in der Macht Deutschlands.

Wenn so der sachliche Zweck des deutschen Vorgehens in der Marokkoaffäre erreicht ist, bleibt nur noch übrig, die Taktik Deutschlands kritisch zu beleuchten. Hat Deutschland durch die Anregung einer internationalen Konferenz einen richtigen Weg eingeschlagen? Wäre es nicht klüger und vorteilhafter gewesen, sich mit Frankreich allein auseinanderzusetzen und zu verständigen? Das französisch-englische Abkommen verletzte nicht nur die Rechte Deutschlands, sondern auch solche anderer Länder. Hätte Deutschland die Verständigung mit Frankreich allein gesucht, so hätte es den gleichfalls in ihren Rechten und Interessen verletzten anderen Ländern gegenüber genau so gehandelt, wie England und Frankreich zusammen gegenüber Deutschland. Gerade der Vorschlag einer internationalen Konferenz, zu der alle irgendwie beteiligten Länder eingeladen waren, war durchaus anerkennenswert. Namentlich d i e, die auf dem Standpunkt stehen, dass Differenzen zwischen zwei Staaten möglichst auf dem Wege der Verhandlung oder durch schiedsrichterliche Entscheidung ausgetragen werden sollen, können nicht umhin, anzuerkennen, dass das Mittel einer internationalen Konferenz durchaus richtig gewählt war. Es konnte in dieser Anregung um so weniger eine Spitze gegen Frankreich erblickt werden, als eine solche Konferenz durch die Geschichte der völkerrechtlichen Beziehungen Marokkos geboten war. Die Kon-

ferenz in Algeciras war die einzig kompetente Instanz, die eine Änderung dieser auf der Madrider Konferenz festgesetzten Beziehungen vorzunehmen berechtigt war.

Vergleicht man nun Entstehung, Zweck und Verlauf der Konferenz mit ihrem Ausgang und ihren Ergebnissen, so braucht man keineswegs der Regierung wegen ihres Tuns und Verhaltens Beifall zu spenden; denn um besondere Leistungen handelt es sich in der Tat nicht. Die Aufbauschung der ganzen Angelegenheit infolge einer häufigen Zuspitzung der Gegensätze und infolge der Ausnutzung dieser Spannungen durch die chauvinistische Presse in England, Frankreich und Deutschland hat mit der Affäre selbst nichts zu tun; die Zwischenfälle und Treibereien verlangten allerdings ein ziemliches Mass von Ruhe und Besonnenheit, um sich nicht in seinem Ziele und in dessen nüchterner Verfolgung beirren zu lassen. Nichts ist daher verkehrter, als die Bedeutung des Marokkohandels zu übertreiben und daraufhin die Politik der Regierung als besonders glücklich und erfolgreich erscheinen zu lassen.

Aber auf der anderen Seite ist es ebenso verkehrt, bei der Erledigung der Affäre die deutsche Regierung und ihre Diplomaten als besonders ungeschickte Akteure hinstellen zu wollen. Dass es Deutschland nicht gelingen konnte, England und Frankreich in ihrem Einvernehmen zu trennen, dass es die *Extratour* Italiens nicht zu verhindern vermochte u. s. w., das lag nicht an der grösseren oder geringeren Geschicklichkeit der Diplomaten, sondern einfach an der Gruppierung der tatsächlichen Interessen. Und wenn sich im Verlaufe der Konferenz eine ziemliche Isolierung Deutschlands herausgestellt hat, so ist damit nur eine Tatsache evident geworden, die schon vor der Marokkoaffäre vorhanden, wenn auch noch nicht in voller Klarheit erkannt war. Für diese Tatsache selbst müssen die Gründe anderswo gesucht werden, nicht in der Marokkoaffäre und in dem Verhalten Deutschlands während ihres Verlaufs. Auch für die künftige Gestaltung unserer Beziehungen zu Frankreich hat die Konferenz endlich nichts verdorben. Deutschland hat bei dem ganzen Handel zwar darauf gedrungen, dass seine bestehenden Rechte und Interessen nicht ignoriert werden, aber es hat keine Erweiterung seiner Rechte auf Kosten der eigenartigen Stellung Frankreichs in Marokko durchzusetzen sich versteift. Es hat Frankreich gegenüber alles in allem eine durchaus loyale Haltung eingenommen, und es ist darum auch zu erwarten, dass man in Frankreich, wo tatsächlich eine zum Kriege treibende Partei in der Person Delcassés die auswärtige Politik dirigiert hatte, diese Haltung anerkennt. Wenn nun Frankreich durch die Beschlüsse der Konferenz in der Verwirklichung seiner Marokkopläne stark gehemmt ist, so hat es sich dieses Resultat doch ganz allein zuzuschreiben: warum hat es in kurzsichtiger Politik seinen Einfluss auf die ägyptischen Fragen aufgegeben und sich in einen Konflikt mit Deutschland treiben lassen? Deutschland erkennt Frankreichs prävalierende Interessen in Marokko durchaus an; das hat der Verlauf der Konferenz in Algeciras bestätigt. Aber nicht von England hängt es ab, wie weit Frankreichs Einfluss in Marokko reichen wird, sondern nun nach der Konferenz in der Hauptsache von Deutschland. Das ist schliesslich auch ein politischer Erfolg, der einen Keim gegenseitigen Verkehrs und allmählicher Annäherung in sich trägt. Wenn in dieser Richtung die Ergebnisse der

Konferenz wirksam würden, so wäre das Spiel der Diplomaten in Algeciras doch nicht so ganz wertlos gewesen.

Von allen Nachwirkungen und Nebenerscheinungen abgesehen, ist aber der rein sachliche Erfolg der ganzen Marokkoaktion nicht zu verkennen. Es handelt sich allerdings um einen politischen Erfolg des rein kapitalistischen Regimes, das von den Sozialdemokraten bekämpft wird. Aber diese Bekämpfung richtet sich nicht gegen Fortschritte dieses Systems, soweit sie die Voraussetzung für die günstige Entwickelung des Sozialismus und der Sozialdemokratie bilden. Und wenn man fragt, ob das Ergebnis der Marokkoaffäre die politische und wirtschaftliche Entwickelung des kapitalistischen Systems in dem gekennzeichneten Sinne fördert, so kann man zwar als Sozialdemokrat dem ganzen Handel ziemlich passiv gegenüberstehen oder auch manche Nebenerscheinung scharf kritisieren, aber ein ausreichender Grund, die Aktion selber zu verurteilen, liegt nicht vor.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

MAX SCHIPPEL · MEISTBEGÜNSTIGUNG UND REZIPROZITÄT IN DER HANDELSVERTRAGSPOLITIK



DER Tarifexperte des Washingtoner Handelsamtes, Herr N. J. Stone, erhebt in der *Political Science Quarterly*, der bekannten politisch-ökonomischen Vierteljahrsschrift der *Columbia-Universität*, verschiedene Einwendungen gegen meine historische Darstellung der amerikanischen Handelsdiplomatie. Zu gleicher Zeit entwickelt er in der *North American Review* die *amerikanische* Auffassung der vielumstrittenen beiden Klauseln der alten europäisch-amerikanischen Verträge nochmals eingehender — durchaus ruhig und sachkundig, aber, meines Erachtens, ohne den Kern der Sache wirklich entscheidend zu treffen.

Es seien deshalb folgende Gegenausführungen gestattet, zugleich zur Orientierung unserer Parteigenossen über einige, in Parteikreisen wohl allzu wenig erörterte Fragen.

I



BESTAND überhaupt zur Zeit der grundlegenden Vertragsabschlüsse zwischen den alten europäischen Mächten und dem jungen neuweltlichen Freistaate, also vor rund hundert Jahren, eine besondere *amerikanische* Meistbegünstigungspolitik? Kann man deshalb, wie Herr Stone, von einer »amerikanischen Auslegung des Meistbegünstigungsprinzips« sprechen, die »mit dem Dasein der Vereinigten Staaten als Nation zeitlich zusammenfällt«?

Der Beweis dafür soll in der etwa seit dem Ende des XVIII. bis zur Mitte des XIX. Jahrhunderts regelmässig wiederkehrenden Vertragsformel liegen, die uns allen als Artikel IX des preussisch-amerikanischen Abkommens vom 1. Mai 1828 bekannt ist:

»If either party shall, hereafter, grant to any other nation any particular favor in navigation or commerce, it shall immediately become common to the

other party, freely, where it is freely granted to such other nation, or on yielding the same compensation, when the grant is conditional.«
»Si l'une des parties contractantes accorde, par la suite, à d'autres nations quelque faveur particulière, en fait de commerce ou de navigation, cette faveur deviendra aussitôt commune à l'autre partie, qui en jouira gratuitement, si la concession est gratuite, ou en accordant la même compensation, si la concession est conditionelle.«

Oder, wie es in der etwas abgeblassten und verschwommenen amtlichen deutschen Übersetzung heisst:

»Wenn von einem der kontrahierenden Teile in der Folge anderen Nationen irgend eine besondere Begünstigung in betreff des Handels oder der Schiffahrt zugestanden werden sollte, so soll diese Begünstigung sofort auch dem anderen Teile mit zu gute kommen, welcher dieselbe, wenn sie ohne Gegenleistung zugestanden ist, ebenfalls ohne eine solche, wenn sie aber an die Bedingung einer Vergeltung geknüpft ist, gegen Bewilligung der selben Vergeltung geniessen wird.«

Also keine automatische Übertragung von zweiseitigen Vertragszugeständnissen — beispielsweise zwischen der Union und Frankreich — an dritte, wenn auch meistbegünstigte Staaten — wie Preussen-Deutschland —, sondern Übertragung nur im Falle gleicher oder ähnlicher Zugeständnisse des jeweils anschlussheischenden dritten Staates! Oder anders ausgedrückt: glatte, vorbehaltslose Verallgemeinerung nur der unentgeltlich eingeräumten vertragsmässigen Vergünstigungen, Versagung der übrigen, auf Gegenleistungen beruhenden Vorteile, bis der dritte Staat sich gleichfalls zu den selben oder doch zu äquivalenten Gegenleistungen versteht. Wohlgemerkt: immer unter der grundsätzlichen Anerkennung, lediglich in anderer tatsächlicher Auffassung und Handhabung des Meistbegünstigungsrechtes! Das ist, wie man meint, die *spezifisch amerikanische* Handelsvertragstaktik.

Im Ernste? Aber warum stossen wir auf ganz die selbe, vermeintlich beweiskräftige Formel in so vielen älteren britischen, hanseatischen, skandinavischen, preussischen und sonstigen europäischen Verträgen, und zwar fast immer neben einer nochmals selbständig für sich formulierten Zollmeistbegünstigung, also neben der heute von Amerika wegbewiesenen europäisch-unumschränkten Zollmeistbegünstigung? Sollte man geradezu darauf versessen gewesen sein, zwei sich inhaltlich gegenseitig aufhebende Bestimmungen aneinanderzureihen? Und umgekehrt, in den amerikanischen Verträgen: wenn unter den künftigen »*Begünstigungen* [*favors*] in betreff des Handels oder der Schiffahrt« die Zölle und Zollermässigungen wirklich bereits eingeschlossen und mitverstanden sein sollen, warum in aller Welt vereinbart man, ganz überflüssigerweise, regelmässig noch eine Separatklausel, eben über die Zollmeistbegünstigung, für den Augenblick und für später? Denn die amerikanische, nochmals speziell den Zöllen gewidmete Formel beschäftigt sich keineswegs, wie man unbegreiflicherweise selbst in Deutschland oft behaupten hört, nur mit Vergangenheit und Gegenwart, sondern ausdrücklich mit der Zukunft:

»No higher or other duties shall be imposed on the importation into the United States, of any article, the produce or manufacture of Prussia . . . than are, or shall be, payable on the like article, being the produce or manufacture of any other foreign country.«
»Il ne sera imposé d'autres ni de plus forts droits sur l'importation dans les Etats-Unis, des articles provenant du sol ou de l'industrie du royaume de

Prusse . . . que ceux qui sont, ou seront imposés sur les mêmes articles provenant du sol ou de l'industrie de tout autre pays étranger.«[1])

Nun mag, wenn man nur den einen preussisch-amerikanischen Vertrag im Auge behält, die eigentümliche Voranstellung der Zölle noch einigermassen den landläufig gewordenen Irrtum entschuldigen, die später folgende *Favors*klausel bringe eine nachträgliche Einschränkung. Aber gerade im ältesten und für lange Zeit vorbildlichen Unionsvertrag, in dem mit Frankreich vom Jahre 1778, ist, wie noch recht häufig in späteren Verträgen, die Reihenfolge genau die entgegengesetzte, so dass die beabsichtigte Sonderstellung, und zwar die viel günstigere und vorbehaltslosere Sonderstellung der Zölle (duties, droits sur l'importation) ganz unverkennbar hervortritt. Im französisch-amerikanischen Vertrag sichert zunächst Artikel II zu: keiner Nation dürften »in respect of commerce and navigation« partikulare Begünstigungen (favors) zugebilligt werden, an denen nicht der Vertragschliessende teilzunehmen berechtigt wäre; und hier, bei den zuerst geregelten *favors*, wird allerdings das Recht der Teilnahme als ein bedingtes begrenzt: unentgeltlich (freely), wie die Konzession ohne Entgelt erfolgte — gegen die selbe Gegenleistung (on allowing the same compensation), wenn die Konzession bedingungsweise, nicht ohne Gegenzusicherungen eintrat (if the concession was conditional). Zweifellos ist hier, für die *Erleichterungen von Handel und Schiffahrt*, von der bedingungslosen Verallgemeinerung der einzelnen Staaten gemachten Zugeständnisse abgesehen. Ohne Zweifel. Doch wird man hinzufügen müssen: sind unter diesen *favors* die Zölle mit einbegriffen, oder sind, wie man uns heute versichert, unter diesen *favors* gar in erster Linie Zollbegünstigungen, vertragsmässige Zollherabsetzungen zu verstehen, so ist mit diesem Artikel II die Zollfrage vollständig bis auf den letzten Rest erledigt, jedes weitere Wort verböte sich, weil es in eine ganz klare, erschöpfend formulierte Rechtslage nur Unklarheit und Verwirrung hineintragen würde. Aber . . . diesem bedingten Artikel II für die erwähnten *favors* folgt sofort auf dem Fusse ein besonderer Artikel III, eben für die Zölle, und zwar für die Zölle in Gegenwart und Zukunft: die französischen Untertanen sollen nirgends in den Häfen andere oder höhere Zölle (duties) zahlen, als die meistbegünstigten Nationen zu zahlen verpflichtet sind oder verpflichtet sein werden (than those which the nations most favored are or shall be obliged to pay); jegliche einschränkende Bedingung fällt dabei, im Gegensatz zum unmittelbar vorangegangenen Artikel, fort. Wenn man die Dutzende und Hunderte von Schriftstücken in der amerikanischen Sammlung der *Treaties and Conventions* durchgeht, und nicht minder, wenn man die gleiche Nachprüfung für die zahlreichen älteren englischen Verträge vornimmt oder die entsprechenden hanseatischen und preussischen Verträge analysiert, so taucht überall, wie eine international-allgemein feststehende Norm, für *Begünstigungen* (*favors, privileges, immunities*) und *Zölle* (*duties*) diese unterscheidende Wiederholung auf, die vollkommen sinnlos sein würde, wenn

[1]) Die — an sich natürlich ganz unverbindliche — amtliche Übersetzung im *Preussischen Handelsachiv* ist abermals etwas zaghafter ausgefallen, als das frisch zugreifende Original: »Auf den Eingang der Erzeugnisse des Bodens oder des Kunstfleisses des Königreichs Preussen in die Vereinigten Staaten . . . sollen weder andere, noch höhere Abgaben gelegt werden, als diejenigen, welche auf die selben Artikel, wenn die Erzeugnisse des Bodens oder des Kunstfleisses irgend eines anderen fremden Landes, gelegt sind oder gelegt werden möchten.«

sie *duties* und *favors*, Zölle und Verkehrserleichterungen, nicht trennen und als eigenartige Kategorieen nicht eigenartig unterscheidend regeln wollte.

Schon der tradionelle logische Aufbau und die übliche Wortfassung der alten Verträge — nicht nur Amerikas, sondern auch der europäischen Staaten — verbietet demnach klipp und klar das Zusammenwerfen der beiden strittigen Klauseln. Die Zollklausel ist eine inhaltlich-selbständige Bestimmung für sich; sonst hätte es ihrer neben der *Favors*klausel niemals bedurft, während sie — durchgängig, nicht ausnahmsweise — noch besonders formuliert wird. Diese Sonderformel für die Zölle ist aber stets eine bedingungslose: die Ware des Vertragsstaates zahlt jederzeit und ohne weiteres — heute und später, ohne Feilschen und Äquivalente — den niedrigsten Zollsatz, der überhaupt, im ganzen Umkreis der konkurrierenden Einfuhrstaaten rechtsgültig zulässig scheint:

›No higher or other duties shall be imposed . . . than are or shall be payable . . . by any other foreign country.‹

›Es brauchen niemals höhere oder andersartige Zölle gezahlt zu werden . . ., als irgendein drittes Land zahlt oder zahlen wird.‹

II



AS können das also für *Begünstigungen* sein, die neben den Zöllen, fast immer separat geregelt werden und für die allerdings eine andere Art der Übertragung und Verallgemeinerung (die *Reziprozität* oder *Gegenseitigkeit* im engeren Sinne, nicht die glatte bedingungslose Meistbegünstigung) vorgesehen ist?

Wer die Geschichte der älteren englischen, preussischen, hanseatischen Handelspolitik kennt, wird keinen Augenblick in Zweifel sein, dass hier die Union, an der Wende des XVIII. und XIX. Jahrhunderts, gar keine *spezifisch amerikanischen* Wege einschlägt, sondern in genau den selben Bahnen wandelt, wie gleichzeitig die vorherrschende europäische Politik. In der Tat kannten die Verträge der europäischen Staaten — für den intereuropäischen Verkehr oder für die Beziehungen zu südamerikanischen, nordafrikanischen und noch anderen Ländern — die Reziprozitätsklausel recht gut. Diese Kenntnis ist uns nur deshalb mehr und mehr verloren gegangen, weil seit dem Siege des englischen Freihandels und den entsprechenden kontinentalen Reformen, ferner seit der Herausbildung umfassenderer einheitlicherer Nationalstaaten aus der losen Anhäufung von Kleinstaaten und Kantonen, also etwa seit der Mitte des XIX. Jahrhunderts, fast alle intereuropäischen Handelsverträge eine vollkommene Umgestaltung erfuhren, bei der die einst so wichtige Reziprozitätsklausel meist als überflüssig oder unzweckmässig ausschied, während sie in den unversehrt erhaltenen amerikanischen Verträgen — mit Preussen vom Jahre 1828, mit England vom Jahre 1815! — heute manchen durch ihre Fremdartigkeit überraschen und verblüffen mag. Die Reziprozitätsklausel führt uns, nach ihrer Entstehung und internationalen Ausbreitung, in die Zeit der grossen liberalen Verkehrsfortschritte vor hundert Jahren zurück: die Häfen und Küsten öffnen sich für die fremdstaatlichen Schiffe, die grossen Ströme werden mehr und mehr zu internationalen Wasserstrassen, der Ausländer erhält in wachsendem Masse das Recht, im Lande zu weilen und zu reisen, Gewerbe zu treiben, Grundbesitz zu erwerben,

zu klagen, zu erben, konsularen Schutz in Anspruch zu nehmen, sein geistiges Eigentum zu sichern. Für diese internationale Wirtschaftsumwälzung, für den unaufhaltsamen Siegeszug des ökonomischen Liberalismus wirkte lange Zeit als starker Mauerbrecher die sogenannte *Gegenseitigkeit*, die in der Literatur, in den Parlamenten, in den Regierungskörperschaften vielerörterte *Reziprozität* — auch diese Bezeichnung selber war damals aller Welt geläufig. Ist das aber der Fall, dann ist es mehr als naheliegend, dann ist es einfach selbstverständlich, dass man die amerikanische Reziprozitätsklausel an dem Massstab der gleichzeitig international-vorherrschenden Gegenseitigkeitspolitik misst.

Was ist das Wesen dieser damaligen, durchaus nicht *spezifisch amerikanischen* handelspolitischen Reziprozität? Statt durch lange geschichtliche Darlegungen, versuchen wir, es durch ein paar fiktive Beispiele zu verdeutlichen. Der Staat A und der Staat B bevorzugten, wie wir annehmen wollen, bisher bei der Einfuhr jeder seine eigenen Schiffe, sie differenzierten jede fremde Schiffahrt. Durch vertragsmässige Abmachung sichern sich A und B nunmehr die Gleichstellung mit der nationalen Flagge zu; sie tun das *gegenseitig*: im Staate A sind künftig die B-Schiffe, umgekehrt im Staate B die A-Schiffe von jeder Zurücksetzung gegen die nationale Flagge befreit. Ein dritter Staat C, der ganz der traditionellen Schiffsdifferenzierungspolitik weiter huldigt, verkehrte mit A stets auf durchaus freundschaftlichem Fusse, vielleicht hat er sogar von altersher etwas Ähnliches, wie eine Meistbegünstigungszusicherung, in der Tasche. Bei Anwendung der glatten bedingungslosen Meistbegünstigung auf die Seefahrtsverhältnisse würden für Cs, des dritten Staates, Schiffe ohne weiteres die Differenzierungen in A hinwegfallen, denn sie sind durch den neuen Vertrag (zwischen A und B) für B in Wegfall gekommen, und *weniger begünstigt*, als B, dürfte C keinesfalls sein — wohlgemerkt, bei Geltung der glatten bedingungslosen Meistbegünstigung für diese Verkehrsbeziehungen. Auf diesem Felde herrscht jedoch, wie wir weiter annehmen, die früher überwiegende Reziprozitätspraxis. Danach k a n n C wohl von seinen Schiffen in den A-Häfen sehr leicht die eingetretene oder drohende Differenzierung fernhalten und den Vorsprung des Konkurrenten B rasch wieder beseitigen — w e n n e s g e n a u d a s s e l b e, w i e B, *gegenleistet*, wenn es nämlich die A-Schiffe ebensogut, wie seine eigenen Schiffe, wie die Schiffe der eigenen Nation C, zu stellen verspricht. Bei diesen in Fluss geratenden Verhandlungen zwischen A und C befürwortet aber C gleich noch andere erstrebenswerte Verkehrserleichterungen; es bietet nicht nur die Gleichstellung der A-Schiffe in der eigentlichen Seefahrt, im Auslandshandel, sondern zugleich die Zulassung der K ü s t e n schiffahrt an, die bisher, auch in dem vorangegangenen Vertrage zwischen A und B, den nationalen Fahrzeugen weiter ausschliesslich vorbehalten war. Doch stellt dabei C, wie damals üblich, eine Bedingung: dass die Freigabe der Küstenfahrt *gegenseitig* ist, dass also A seine Küsten für die C-Schiffe freigibt. Dieses Übereinkommen gelingt in der Tat. Der zweite neue Verkehrsfortschritt, die Cabotageregelung, beschränkt sich jedoch zunächst auf A und C. Ist B, weil nach wie vor von der Küstenfahrt in A ausgeschlossen, nun zuletzt doch der Benachteiligte? Würde das, was wir heute als glatte bedingungslose Meistbegünstigung kennen, auf die Schiffahrtsrechte übertragen, so müsste B, um in A nicht schlechter und rechtloser, als C, dazustehen, ohne weiteres die Cabotage ausüben dürfen, sowie der Vertrag zwischen A und C in Kraft tritt.

Hier bildet jedoch, nach unserer Voraussetzung, nur die Reziprozität die Richtschnur: B kann die Küstenfahrt in A betreiben, wenn er die gleiche Bedingung, wie C, erfüllt, das heisst, wenn er seine (Bs) eigene Küstenfahrt den A-Schiffen eröffnet u. s. w. u. s. w. Und wenn man für diese internationale Rechtsgestaltung eine einfache Formel zu finden suchte, so lautete sie — das ist schliesslich des rätselhaften Pudels ganz einfacher Kern — genau so oder doch ganz ähnlich, wie die umstrittene, wie man meint: *amerikanische*, Reziprozitätsklausel:

Wenn von einem der kontrahierenden Teile in der Folge anderen Nationen irgend eine besondere *Begünstigung* in betreff des Handels oder der Schiffahrt zugestanden werden sollte, so soll diese Begünstigung sofort auch dem anderen Teile zu gute kommen . . . wenn sie an die Bedingung einer Vergeltung [eines Gegenrechtes] geknüpft ist, gegen Bewilligung der selben Vergeltung [des selben Gegenrechtes].

Das ist, wie gesagt, ein ganzes internationales handelspolitisches System, das ein paar Jahrzehnte hindurch in Europa, in Zentral- und Südamerika, in noch anderen Weltverkehrszonen vorherrscht, das dann nach der umfassenden Liberalisierung des internationalen Verkehrs allerdings seine historische Rolle im wesentlichen ausgespielt hatte, das darum in den jüngeren Handelsverträgen Europas allmählich zurücktritt und sich auch, wie in England, fast ganz verliert, das aber, bei uns selber und sogar heute noch, für bestimmte Wirtschaftsbeziehungen nicht ganz erloschen ist, zum Beispiel für den Patent- und Musterschutz, für das Aktienrecht, für die Küstenfahrt.[2]) Das scheint so sonnenklar, dass man wahrlich nicht, wie einige neuere Schriften, nach dem Mond und den Sternen hinaufzugreifen brauchte, um endlich ein wenig Licht in die dunkle *amerikanische* Reziprozitätsklausel zu bringen. Sie ist durchaus gleichen Fleisches und Blutes, wie unsere eigenen älteren handelspolitischen Abmachungen.

Freilich, auf Zölle und Tarifverträge ist sie in keiner Weise zugeschnitten; für die Anwendung nach dieser Seite wäre sie, nach ihrem ursprünglichen und

[2]) Näheres in meinem Buch *Amerika und die Handelsvertragspolitik* (Berlin 1906), Kap. III. Eine konkrete Ausführung darf ich zur Erläuterung hier wiederholen: »Wir Deutsche haben diese Waffe gleichfalls fleissig gehandhabt. Ja, wir verwenden sie heute noch: im Markenschutz, in der Zulassung zur Küstenschiffahrt und noch auf manchen anderen, nicht unwichtigen Gebieten des Wirtschaftsrechtes. Beispielsweise, auf die Zusicherung hin, dass in der österreichisch-ungarischen Monarchie bezüglich des Schutzes der Warenbezeichnungen und Verpackungen, sowie überhaupt der Fabrik- und Handelsmarken die Angehörigen des Deutschen Reiches wie dortige Angehörige gestellt sein sollen, gewährten wir bei uns den Österreichern und Ungarn den selben gesetzlichen Markenschutz, wie den eigenen Reichsangehörigen. Das ist zweifellos gegen früher eine kommerzielle Besserstellung, eine *Begünstigung*. Aber wir übertrugen und übertragen diese Begünstigung des einen Landes keineswegs ohne *Gegenleistung* auf andere Staaten, sondern wir tun dies erst nach Bewilligung der selben *Vergeltung*, das heisst nur für den Fall, dass der dritte Staat unsere Angehörigen gleichfalls mit seinen Inländern auf eine und die selbe Stufe rückt. So sind, Zug um Zug, in Deutschland eine ganze Reihe von Ländern der Vergünstigung Österreich-Ungarns, das heisst des vollen reichsgesetzlichen Markenschutzes, teilhaftig geworden, während sich andererseits für den deutschen Fabrikanten und Händler weitere Auslandsgebiete des Rechtsschutzes geöffnet haben. Die Küstenschiffahrt haben wir verschiedenen Ländern (Belgien, Brasilien, Dänemark, Grossbritannien, Italien, Schweden und Norwegen) freigegeben, und zwar deshalb, weil diese Staaten die deutsche Flagge in ihrem Küstenverkehr zulassen. Wir sind wohl auch stets bereit gewesen, dieses Recht und Vorrecht anderen Teilen mit zu gute kommen zu lassen, aber nicht ohne eine *Gegenleistung*, sondern gegen Bewilligung der selben *Vergeltung* — mit anderen Worten: wenn der Staat, der die deutsche Begünstigung wünscht, in seinem Herrschaftsbereich den deutschen Schiffen die Küstenfrachtfahrt gleichfalls erlaubt. Ist es doch nicht allzu lange her, dass in deutschen Bundesstaaten den Bundesbrüdern aus der nächsten Nachbarschaft Niederlassungsfreiheit, Freizügigkeit und bestimmte Gewerberechte nur nach vorheriger Einräumung von Reziprozität seitens des Nachbarstaates zustanden: unter der *Bedingung des Gegenrechtes*, wie man es zu nennen beliebte.« (pag. 83-84).

meistverbreiteten Wortlaute (the same compensation, genau die gleiche Gegenleistung) auch einfach sinnlos.[3])

Bei einem geschichtlichen Rückblick auf die realen handelspolitischen Vorgänge an der Jahrhundertwende und in den ersten Jahrzehnten des XIX. Jahrhunderts gelangt man somit zu ganz dem gleichen Ergebnis, wie bei der Nachprüfung des festen urkundlichen Niederschlages, der Vertragstexte selber: Die Reziprozitätstaktik fasste ganz andere Beziehungen ins Auge, als internationale Zollvreinbarungen, die vollständig ausserhalb des Gesichtskreises jener Zeiten blieben. Die Zollbehandlung regelte man daher durch eine separate, bedingungslose Klausel: Zolldifferenzierungen wurden einfach ausgeschlossen, die vertragsstaatliche Ware brauchte im Zweifelsfalle jederzeit nur den niedrigsten Zollsatz zu zahlen.

III

INDES, falls wirklich die Reziprozitätsklausel — in unserem Falle Artikel IX des preussisch-amerikanischen Vertrages — auf die Zölle, auch in der Zeit der mitteleuropäischen Tarifverträge, anwendbar bliebe, wäre selbst dann die Rechtsstellung der Vereinigten Staaten eine so günstige, wie Herr Stone dies darstellt?

Zunächst, wenn ein ernster Konflikt heraufzöge, unbestritten günstig doch höchstens auf ein Jahr. Der alte Vertrag von 1828 kann jeden Tag mit einjähriger Ablaufsfrist gekündigt werden; nach einer, sogar in der Washingtoner Regierung weitverbreiteten Anschauung ist das Leben des preussischen Vertrages sogar bereits längst erloschen.

Herr Stone fühlt auch heraus, dass der Hinweis auf den Artikel IX unter Umständen recht bedenklich für — die Vereinigten Staaten ist. Denn danach hätte Amerika Anspruch zum Beispiel auf die mit Österreich-Ungarn vereinbarten deutschen Vertragszölle nur dann, wenn es »die selbe Vergeltung« bewilligte, wenn es also für deutsche Textilwaren, Konfektionserzeugnisse, Spiel- und Galanteriewaren, Maschinen und Apparate, Instrumente, Chemikalien, Möbel, Glaswaren und was sonst noch die selben (!) Zollermässigungen auf die selbe Zeit festlegte, wie dies Österreich-Ungarn uns gegenüber getan hat. Im Ernste? Vielleicht fügt man dann in Washington noch die von uns ausbedungenen Gegenleistungen Russlands, der Schweiz, Italiens, Belgiens, der Balkanländer hinzu, um das Mass der *gleichen Vergeltung* für die deutschen Vertragszölle wirklich voll zu machen? Wenn nicht, dann täte man besser, mit der Berufung auf die Reziprozitätsklausel recht vorsichtig zu sein.

Nun hat man in Washington einen bequemen Ausweg aus dieser selbstverschuldeten Verlegenheit zu finden gemeint. Staatssekretär Hay beschritt ihn bereits 1899[4]), und Herr Stone in der *North American Review* schliesst sich seiner Beweisführung an: Amerika sei zwar unter Umständen zu »der selben Vergeltung«, zu der gleichen Gegenleistung für die deutschen Vertragszölle verpflichtet, anderenfalls verzichte es selber freiwillig auf unsere Vertragszölle. Sowie jedoch Deutschland seine Vertragszölle *freely* (*umsonst*) auf irgend welchen Staat ausserhalb des Kreises der eigentlichen Tarifvertragsteilnehmer weiter übertrage, falle die gleiche *Begünstigung*, nach dem Wortlaut

[3]) Vergl. ibid., pag. 89 und 119-120.
[4]) Vergl. ibid., pag. 127.

der Reziprozitätsklausel, den Vereinigten Staaten gleichfalls *freely* zu. Da wir nun, solange der Frankfurter Frieden zu Recht besteht, auf Frankreich stets unsere niedrigsten, also alle unsere vertragsmässigen Zölle ohne weiteres, ohne Feilschen um Gegenleistungen, anwenden müssen, so braucht die Union gleichfalls niemals etwas gegenzuleisten. Im Ernste? Die derart argumentieren, übersehen in der Eile, dass das Verhältnis *Leistung-Gegenleistung* durchaus nicht aufgehoben ist, falls die Erledigung nicht Zug um Zug erfolgt. Eine Ware nicht sofort bar bezahlen müssen, ist noch lange nicht eine Ware geschenkt erhalten. Frankreich brauchte uns allerdings im Moment unserer Vertragsabschlüsse von 1891-1894 nichts Besonderes zuzugestehen und musste dennoch unseren Vertragstarif eingeräumt erhalten. Aber Frankreich musste dafür in den achtziger Jahren seinen etwa 1200 Zollermässigungen umschliessenden Konventionaltarif auch auf die deutschen Zufuhren anwenden — das war sicherlich eine *Leistung*; wenn man will: eine Leistung im voraus. Als dann Frankreich in den neunziger Jahren sich wohl oder übel zu verschiedenen Abstrichen an seinem Minimaltarif verstand, mussten diese Zollermässigungen wiederum auf Deutschland ausgedehnt werden — das war sicherlich abermals eine *Leistung*; wenn man will: eine spätere Leistung. Und Frankreich wird mit nicht geringem Erstaunen hören, dass die Einräumung seiner Minimalzölle, an Stelle des sonst geltenden Maximaltarifs, handelspolitisch kein Wertobjekt darstellen soll, nachdem Herr Kasson als amerikanischer Unterhändler 1899 für die Sicherung des französischen Minimaltarifs 126 Positionen des Dingleygesetzes preiszugeben bereit war! Und der französische Minimaltarif gegen Deutschland und die wichtigsten deutschen Vertragszölle gegen Frankreich treten noch dazu fast bis auf den Tag gleichzeitig in Kraft, nur nicht auf Grund besonderer Verhandlungen — wovon aber auch in der Reziprozitätsklausel nicht das geringste geschrieben steht. Im handelspolitischen Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich vollziehen sich also Leistung und Gegenleistung zwar nicht immer Zug um Zug. Doch sowie Deutschland irgendwelche Zölle ermässigt, wird die deutsche Leistung an Frankreich fällig; und dafür schlägt die Stunde für Frankreichs Gegenleistungen, sowie Frankreich durch Handelsverträge oder durch autonome Gesetzgebung eine zweite niedrigere Zollreihe gegenüber den Maximalzöllen schafft. Die »selbe Vergeltung«, wenigstens rechtlich-formell zu bewilligen, würde hier für die Union heissen: gleichfalls die glatte, bedingungslose Zollmeistbegünstigung mit Deutschland zu vereinbaren oder durch Vertragsdeklaration sicher zu stellen. Wenn das im Falle Deutschland-Frankreich so gut wie gar keine *Leistung* sein soll, warum sträubt man sich in Washington noch immer?


ALSO auch nach den neuesten und durchaus sachlichen und sachkundigen Darlegungen des Washingtoner Tarifexperten bin ich nur in meiner Auffassung der Rechtslage bestärkt worden.

Womit natürlich keineswegs gesagt sein will, dass die Regelung so wichtiger Handelsbeziehungen, wie die zwischen Deutschland und Amerika, etwa bloss auf eine Rechts- und Interpretationsfrage hinausgespielt werden soll. Dies brauche ich zum Schlusse wohl kaum noch zu betonen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

LEONIDA BISSOLATI · DIE KRISE IN DER ITALIENISCHEN SOZIALDEMOKRATIE



M die Krise zu verstehen, die zurzeit in der sozialdemokratischen Partei Italiens ausgebrochen ist, bedarf es eines Rückblickes auf die letzten Jahre der Parteigeschichte. Den Lesern der *Sozialistischen Monatshefte* sind deren einzelne Phasen in ihrer Bedeutung durch eine Reihe von Artikeln, namentlich von Claudis Treves und von mir, dargestellt worden; ich verweise auf sie und begnüge mich hier mit einer kurzen chronologischen Übersicht.

Die ersten Schritte der italienischen Sozialdemokratie standen unter dem Zeichen der absoluten Intransigenz. Wohl fehlte schon auf den ersten Kongressen keineswegs die transigente Strömung, sie blieb aber unweigerlich in der Minderheit. Die Partei hatte das Bedürfnis, ihren Klassencharakter zu betonen, ihre Wesenheit auf das schärfste gegen die bürgerlichen Parteien, am allerschärfsten aber gegen die demokratischen Parteien abzugrenzen, mit denen sie Gefahr lief, zusammengeworfen zu werden Aber dieser *Seelenzustand* der Partei begann einer Modifikation von Grund auf unterzogen zu werden, als die Periode der Reaktion /1898 bis 1900/ hereinbrach, in der die Notwendigkeit des Zusammengehens mit den demokratischen Parteien zwecks gemeinsamer Verteidigung der Freiheit mit unwiderstehlicher Gewalt sich aufdrang Als die machtvolle parlamentarische Obstruktion, die von den Sozialisten in Gemeinschaft mit der äussersten Linken und mit Unterstützung eines Teils der konstitutionellen Linken ins Werk gesetzt wurde, die Freiheit gerettet hatte, stand die Partei vor dem Problem, das Eroberte zu behaupten, will sagen, vor der reaktionären Attacke das Ministerium Zanardelli-Giolitti zu stützen, welches den Sieg der Sozialisten und der liberalen Parteien personifizierte. So stimmte denn zum erstenmal die sozialistische Parlamentsfraktion für ein Ministerium Die Wirklichkeit und die Logik der Tatsachen machten dies Votum zur Notwendigkeit, sonst wäre die Frucht der Kämpfe dreier Jahre verloren gegangen Aber es war gerade dies Votum, das für die erste geistige Krise innerhalb der Partei entscheidend wurde. Ein Teil der Partei, der doch während der Kampfperiode Schulter an Schulter mit den anderen Parteien gefochten hatte, wurde mit einem Male so intransigent, dass er eine Abstimmung als Degeneration und als Verrat bezeichnete, die doch nur die notwendige Konsequenz des Obstruktionskampfes war. Jedoch war die instinktive Erkenntnis der Notwendigkeit, die Freiheit zu verteidigen, so stark, dass der Parteitag von Imola /1902/ schliesslich mit grosser Mehrheit die Haltung der Fraktion billigte.

Dennoch hatte um dieser Frage halber ein Dualismus begonnen. Die Partei sah sich offenbar zwischen zwei Tendenzen geteilt, die als die *reformistische* und die *revolutionäre* bezeichnet wurden. Doch trat bis zum Parteitag von Imola und noch ein gutes Stück darüber hinaus der Unterschied zwischen den beiden Tendenzen weder auf praktischem, noch auf theoretischem Gebiete mit Deutlichkeit zu Tage. Der Bannerträger des *revolutionären* Teiles, Enrico Ferri, hatte — und zwar nicht sowohl wegen der Parteidisziplin, als aus bewusster Neigung — für das liberale Ministerium gestimmt; desgleichen andere Abgeordnete, die

auf dem Parteitag in Imola als *Revolutionäre* auftraten. Noch schwieriger war auf theoretischem Gebiete der Gegensatz zwischen *Reformismus* und *Revolutionarismus* zu fassen. Einziger Unterscheidungspunkt schien die Frage der Zulässigkeit eines regierungsfreundlichen Votums zu sein: allein dieses Unterscheidungsmerkmal wurde in dem Augenblicke unklar und ungenügend, als die *Revolutionäre* zugestanden, dass das Proletariat nur durch eine Folge von Reformen, unter Ausschluss von Gewaltstreichen, zu seiner Befreiung gelangen könnte, und als sie weiter zugestanden, dass die sozialistische Fraktion für die Regierung in einer Anzahl von *Fällen* stimmen könnte, wenn gleichzeitig der Regierung eine im Sinne der Partei liegende Direktive gegeben würde. Es sei übrigens betont, dass alle *Reformisten* und *Revolutionäre* sich in Opposition zu den Ministerien befanden, die auf das erste Kabinett Zanardelli folgten; von den *Revolutionären* wurde sie freilich mit grösserem Wortlärm geführt. Wenn nun auch weder praktisch, noch theoretisch der Unterschied tief war, so wurde doch viel Eifer und viel Bitterkeit in den Streit der beiden Richtungen getragen. Es kam so weit, dass sich auf dem Parteitag von Bologna /1904/ die von Ferri geführte *revolutionäre* Richtung nicht scheute, sich, um die *reformistische* Richtung zu überwältigen, mit einer anderen Gruppe zu verbinden, die sich eben unter dem Zeichen halb anarchistischer Tendenzen konstituiert hatte. Es war die Gruppe, die sich später als die *syndikalistische* entwickelte. Auf dem Parteitag von Bologna begnügte sie sich, um sich mit der Richtung Ferri verbünden zu können, mit einer Resolution, in der der *Revolutionarismus* in einem Verbot für die Parlamentsfraktion, je zu gunsten eines Ministeriums zu stimmen, zum Ausdruck kam.

Wie männiglich bekannt, befand sich Ferri im strikten Gegensatz zum Beschluss von Bologna, als er neuerdings im Einverständnis mit den *Reformisten* die Fraktion bewog, für das neue Kabinett Sonnino zu stimmen, als der Ansturm seiner Gegner es schon beim ersten Auftreten, und ehe es sein Programm zu entwickeln vermocht hatte, zu vernichten drohte. So verwischte Ferri ersichtlich die einzige Trennungslinie zwischen ihm und den *Reformisten,* indem er ein Votum für das Ministerium zuliess, ja vorschlug. Es ist vergebene Mühe, wenn Ferri den Nachweis versuchte und noch versucht, dass er der Bologneser Resolution treu geblieben sei: seine ehemaligen Bundesgenossen haben leichtes Spiel, festzustellen, dass es zurzeit zwischen ihm und den *Reformisten* keine Differenz mehr gibt. Die Spaltung vollzog sich nun mit der grössten Heftigkeit. Die Fraktion erklärte sich einstimmig für Unterstützung des Ministeriums. Der Parteivorstand, der aus neun Mitgliedern bestehen soll, aber sich zufällig jetzt nur aus vier *revolutionären Syndikalisten* zusammensetzt, erklärte, dass die Fraktion gegen den Parteibeschluss rebelliert hätte, und bezeichnete deren Haltung und die des von Ferri geleiteten *Avanti* als Verrat. Die *revolutionär-syndikalistische* Gruppe hielt eine Zusammenkunft in Mailand ab, beschloss eine äussert heftige Resolution gegen Fraktion und Zentralorgan, erliess einen Appell an die Partei und forderte die unverzügliche Einberufung eines Parteitages. Die Partei antwortete damit, dass die Mehrheit ihrer Sektionen zu gunsten der Fraktion Stellung nahm. Und der Parteitag wird erst im September stattfinden.

Nachdem wir so in gedrängter Kürze die Vorgeschichte der gegenwärtigen Krise erzählt haben, müssen wir jetzt zum besseren Verständnis der auswärtigen

Genossen kurz Gestalt und Charakter der *Richtungen* darlegen, die die sozialdemokratische Partei Italiens in ihrem Schosse birgt, und von deren Kämpfen und Kombinationen die Lösung eben dieser Krise abhängt. Wir wollen die zurzeit offizielle Nomenklatur beibehalten. Danach zerfällt die Partei in drei Teile oder Flügel: *Syndikalisten, Reformisten, Integralisten.* Zu den ersteren gehören Arturo Labriola, Walter Mocchi und Enrico Leone; zu den zweiten Turati, Prampolini und der Schreiber dieses; zu den letzten Cabrini, Morgari, Rigola und jetzt auch Ferri. Betrachten wir nunmehr die Unterscheidungsmerkmale dieser Gruppen.

Die jetzigen *Syndikalisten* unterschieden sich früher in nichts von den *Revolutionären* vom Typus Ferri. Jedoch in letzter Zeit nahmen sie eine ausgeprägtere Physiognomie an. Während Ferri der Idee, der durch eine Reihe von Reformen sich realisierenden proletarischen Revolution treu blieb, spitzt sich die *revolutionäre* Doktrin der *Syndikalisten* zu der Behauptung zu, dass »jede Reformtätigkeit unter einer bürgerlichen Regierung, selbst wenn sie durch den Druck seitens des Proletariats hervorgerufen werde, und sogar, wenn sie bis zur Parteilichkeit den Arbeitern günstig sei, immer unvollkommen sei und in keiner Weise den innersten Mechanismus der kapitalistischen Produktion berühre«. Während also Ferri sich stets als Anhänger der schrittweisen Evolution bekannte, kamen jene dahin, den Gebrauch der friedlichen Mittel herabzusetzen und vornehmlich auf die Anwendung von Gewalt hinzuweisen. Wie wir oben erwähnt haben, verzichtete Ferri — der vielleicht der *Reformistischste* der italienischen Sozialisten ist, und den nur äussere Umstände in einen *Revolutionär* verkleidet hatten — auf dem Parteitag von Bologna weder auf die Idee der friedlichen Reform, noch akzeptierte er die Gewalttheorie. Das Einverständnis zwischen Ferri und den anarchistelnden *Revolutionären* beschränkte sich auf die negative Idee der Nichtunterstützung einer Regierung. Die *Revolutionäre* bequemten sich zu der ihrer wahren Tendenz wenig entsprechenden Resolution nur, um die grossen praktischen Vorteile des Sieges zu geniessen. In der Tat erlangten sie als Folge ihres gemeinsam mit Ferri erfochtenen Sieges ihren Eintritt in den Parteivorstand, derart, dass sie die Mehrheit in diesem bildeten, sowie einen überwiegenden Einfluss auf die Redaktion des *Avanti*. Im Bewusstsein dieser ihrer starken Stellung erklärten sie der ganzen Methode der sozialistischen Partei den Krieg und nannten sich *revolutionäre Syndikalisten.*

Der deutsche Leser muss nun bei diesem *Syndikalismus* nicht an das ihm bekannte Gewerkschaftswesen denken. Dieses könnte man natürlich nicht, wie es jene Gruppe tut, gegen den Sozialismus ausspielen. Hängt nicht vielmehr gerade nach der sozialistischen Theorie die gesellschaftliche Umgestaltung, die das Ziel bildet, dem die sozialistische Partei zustrebt, von der Kraftanstrengung ab, die das Proletariat zum Zweck seiner eigenen Befreiung macht? Somit kann die Gewerkschaftsbewegung, soweit sie die selbständige Bewegung der arbeitenden Klasse zur Vertretung ihrer eigenen Klasseninteressen darstellt, als die Voraussetzung des Sozialismus und der sozialistischen Partei bezeichnet werden. Ganz anders aber steht es um den italienischen *revolutionären Syndikalismus.* Die Gewerkschaften fehlen, ihre Stelle wird von Cliquen von Intellektuellen eingenommen; statt der realen Arbeiterinteressen herrschen da gemäss den Theorieen der *Syndikalisten* anarchistische Vorstellungen, in selt-

samer Weise kombiniert mit Prinzipien des bürgerlichen Freidenkertums. In der Ideenwelt der intellektuellen *Leiter* des *revolutionären Syndikalismus* — zumeist Advokaten und Lehrer — erscheint der Klassenkampf auf die radikalste und ausschliesslichste Formel gebracht. Auf der einen Seite die Bourgeoisie, auf der anderen das Proletariat: jene hat ihre Regierung, hat ihr Parlament; dieses muss seine Organe, seine Institutionen ausserhalb und im Gegensatz zu den Organen und Institutionen der Bourgeoisie bilden. Zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen bürgerlichen und proletarischen Einrichtungen gibt es keinen Berührungspunkt. Daher ist der *revolutionäre Syndikalismus* seinem Wesen nach antiparlamentarisch. Wohl predigen nicht alle *revolutionären Syndikalisten* die Wahlenthaltung — die Logischsten unter ihnen haben schon diese Konsequenz gezogen —, aber auch die, welche die Beteiligung am parlamentarischen Leben zulassen, wollen sich des Parlaments nur als einer Tribüne mit starkem Resonanzboden bedienen, um von ihr aus die Klassengegensätze blosszulegen und mit mehr Nachdruck, als anderswo möglich, Aufrufe zur *direkten Aktion* zu erlassen. So reduziert sich schliesslich die ganze Methode der *revolutionären Syndikalisten* auf die *direkte Aktion*, also auf den Generalstreik. Jedwede sozialistische Betätigung, wo auch immer sie stattfindet, kann nur darauf hinauslaufen, den Generalstreik vorzubereiten. Diese Leute können sich den Triumph des Sozialismus nur als eine fortgesetzte Folge von Generalstreiks vorstellen. Durch diese Generalstreiks werden immer einträglichere Vorteile für das Proletariat errungen werden, bis dann endlich der entscheidende, der katastrophale Generalstreik kommen mag, der das Antlitz der Welt umgestalten wird.

Diesem Gedankengange genau entgegengesetzt ist der der *Reformisten*. Bemerkt sei, dass die italienischen *Reformisten* wahre und echte Revolutionäre waren, als es sich darum handelte, die Freiheit und die demokratischen Staatsformen gegen die Anschläge der Reaktion zu verteidigen. Um dem Proletariat das freie Organisationsrecht zu erkämpfen, um es mit den Waffen zu versehen, mittels deren es sich den ihm zustehenden Einfluss im öffentlichen Leben erstreiten kann, haben die *Reformisten* alle, auch die gewaltsamsten und gefährlichsten Mittel angewandt. Als aber die Freiheit erobert und das Regime der Demokratie gesichert war, sahen die *Reformisten* ein, dass die alten revolutionären Methoden zu verlassen und alle Kräfte auf die Beförderung des schrittweisen Reifens des Proletariats und seines — nunmehr möglich gewordenen — Eindringens in die bürgerlichen Staats- und Gesellschaftseinrichtungen zu verwenden wären. Mit dem Eintreten der Demokratie vermag das Proletariat, sich eine Vertretung in den bürgerlichen Parlamenten und auch in den bürgerlichen Regierungen zu schaffen. Mancher Programmpunkt beginnt nunmehr, aktuelle Bedeutung anzunehmen. Die Arbeiterbewegung gewinnt aus den legislativen Errungenschaften neue Kraft; sie schreitet zu neuen Eroberungen fort in dem Masse, wie sie Hand in Hand mit unablässiger Selbsterziehung in sich die Fähigkeiten zur Leitung der kollektivistischen Gesellschaft entfaltet. Rund herum um das in Bewegung begriffene Proletariat geraten auch die anderen mehr dem Proletariat, als der Bourgeoisie verwandten Klassen in Bewegung. Das Proletariat vermehrt, von diesen Klassen unterstützt, seine Kräfte; es dringt immer tiefer in die bürgerliche Gesellschaft ein und erobert immer grösseren Einfluss im politischen und sozialen Leben.

Naturgemäss entspringt dieser Auffassung eine taktische Methode, die der der *revolutionären Syndikalisten* genau entgegengesetzt ist. Während diese immer nur auf das äussere Pressionsmittel des Streiks hinweisen, bedient sich der *reformistische Sozialismus* ebensowohl der direkten Massenaktion, wie der parlamentarischen Aktion. Während der *Syndikalismus* bei jeder Gelegenheit den Staat bekämpft, benutzt der *reformistische* Sozialismus den Staat, indem er ihm Waffen zur Verteidigung des proletarischen Lebens und zum Schutz der proletarischen Organisation abfordert. Die *revolutionären Syndikalisten* wollten nur ins Parlament treten, um die Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze zu proklamieren, während die *reformistischen* Sozialisten eintreten, um durch kluges Lavieren zwischen den verschiedenen bürgerlichen Fraktionen die grösstmögliche Summe an Vorteilen für das Proletariat zu erhalten. Endlich geben die *revolutionären Syndikalisten* im Einklang mit den anarchistischen Ursprüngen ihrer Doktrin nicht zu, dass das Regime der Bourgeoisie irgendwie durch Reformen modifiziert werden könne, und erwarten alles von dem *grossen Kladderadatsch*; für die *Reformisten* dagegen bedeuten die von der bewussten Kraft des Proletariats eroberten und behaupteten Reformen den Keim einer neuen Gesellschaftsformation. Man sieht, dass zwischen Auffassung und Methode der beiden Gruppen ein Gegensatz besteht, der vielleicht grösser ist, als der zwischen einander entgegengesetzten bürgerlichen Parteien.

Kann es nun zwischen den *revolutionären Syndikalisten* und den *reformistischen* Sozialisten einen Mittelweg, eine Art *Juste milieu*-Partei geben? Logischerweise nein. In der Praxis aber wurde der Versuch gemacht. Er ist misslungen: die Tatsachen beweisen das. Die hervorragendsten Männer dieser Partei, die sich als die dritte gab (die sogenannten *Integralisten*), haben immer genau wie die *Reformisten* gehandelt. Angiolo Cabrini, Rigola, Morgari waren stets bemüht, in den Arbeiterorganisationen und im Parlament an Gesetzentwürfen und Reformen aller Art zu gunsten der Arbeiterklasse mitzuarbeiten. Ferner befanden sich die *Integralisten* stets im vollen Einverständnis mit den *Reformisten*, wenn sie ihre parlamentarische Arbeit nicht auf negative Erklärungen beschränkten, sondern positiv handelten, indem sie die demokratischen Fraktionen des Bürgertums je nach Bedarf vorwärts drängten, anstachelten oder auch wohl unterstützten.

Welchen Daseinsgrund hat nun diese Mittelpartei, welchen Tendenzen entspricht sie? In der *Rivista Popolare* hat Genosse Ivanoe Bonomi dies höchst präzis und zutreffend analysiert. Er sagt da: »Der Daseinsgrund dieses *integralistischen* Zentrums zwischen der Linken und der Rechten des italienischen Sozialismus ist nicht in einer Abweichung der Auffassung und der Methode, sondern in einem psychologischen Erfordernis zu suchen. Die Scharen unserer Arbeiterorganisation sind noch nicht überall von den geistigen Gewohnheiten der demagogischen Phrase geheilt. Für sie ist die Regierung der Feind, und daher heisst für die Regierung stimmen das Volk verraten, die Autorität — wie sie auch immer sein mag — unterstützen den Idealen der Revolution Abbruch tun. Für so gerichtete Massen bedeutet die positive Auffassung des Sozialismus, welche durch kluge Taktik Reformen erringt und die Reformen als Waffen zur Erringung weiterer Erfolge benutzt, eine derart neue Erscheinung, dass sie sie nicht zu verstehen vermögen. So oft daher die Bedürfnisse der Taktik eine vorübergehende Allianz mit benachbarten Parteien

und ein Zusammengehen mit der Regierung erforderten, stellte diese *Neuheit* sich dar als ein *Ausnahmefall,* der nach ausserordentlichen Kriterien zu beurteilen wäre. Die ganze heutige Haltung des Zentrums, die ganze geniale Gewalt Enrico Ferris . . ., dieses Drehen und Wenden, der Massenhass gegen die Neuerungen, alles dies entspringt einer psychologischen Sachlage, über die sich die Männer des Zentrums wohl selbst noch keine Rechenschaft geben können. Wenn aber die gegenwärtige Krise überwunden sein wird, dann werden auch sie erkennen, dass der sogenannte *Integralismus* in seinem innersten Kerne nichts ist, als ein nun einmal notwendiges und daher nützliches Mittel, um in den Massen den *reformistischen* Sozialismus oder, um es genauer auszudrücken, die in allen demokratischen Ländern Europas überwiegende Methode des Sozialismus heimisch zu machen.«

Die gegenwärtige Krise ist somit durch die Tatsache charakterisiert, dass die Parlamentsfraktion im vollen Einverständnis zwischen *Reformisten* und *Integralisten* mit dem Parteitagsbeschluss von Bologna brach. Als Folge hiervon ergibt sich eine neue Gruppierung: auf der einen Seite die *revolutionären Syndikalisten,* auf der anderen die *Reformisten* und die *Integralisten.* An der Hand der Abstimmungsziffern des letzten Parteitages[1]) lässt sich leicht voraussagen, dass die *Syndikalisten* auf dem nächsten Parteitag unterliegen werden. In Bologna hatten die *Reformisten* 12 255 Stimmen, während die *revolutionären Syndikalisten* 7410 hatten. Vom *integralistischen* Zentrum stimmten 2589 mit den *Reformisten,* während 8894 sich mit den *Syndikalisten* verbanden und ihnen somit den Sieg verschafften. Wenn auf dem nächsten Parteitag die *integralistische* Phalanx mit den *Reformisten* stimmen wird, wird sie einen leichten Sieg über die *Syndikalisten* davontragen. Man kann sogar schon jetzt sagen, dass die Allianz oder, besser noch, die Fusion zwischen *Reformisten* und *Integralisten* eine vollendete Tatsache ist. Wie gesagt, ist der einzige — scheinbare — Unterscheidungspunkt verschwunden. Beide fanden sich, auf Ferris eigenen Vorschlag, zusammen zu einem Vertrauensvotum für ein bürgerliches Kabinett, nicht zu einem Votum, bei dem es sich um eine bestimmte Frage oder um einen einzelnen Gesetzesvorschlag handelte, sondern zu einem Votum, welches — nach der Erklärung der Abgeordneten — »dem gegenwärtigen Ministerium mindestens die Möglichkeit des Versuchs, seiner Existenz und seines Programms verschaffen sollte«. Kurzum: es handelt sich gerade um jenes allgemeine Vertrauensvotum, welches die *Integralisten* zu Bologna als prinzipienwidrig bezeichnet hatten.

Sicher werden sich die Folgen der Krise nicht auf das Überwiegen der einen oder der anderen Richtung auf dem Parteitag beschränken. Wenn nicht kleinliche *opportunistische* Erwägungen die Aufrichtigkeit umnebeln werden, so dürfte der Zusammenstoss zwischen den *revolutionären Syndikalisten* und der übrigen Partei eine offene und ehrliche Spaltung der Partei selbst zur Folge haben. Während, wie wir sahen, es nichts Natürlicheres gibt, als die Allianz und die Fusion zwischen *Reformisten* und *Integralisten,* die jetzt weder durch ihre Anschauungsweise, noch durch ihre Methode getrennt sind, hat sich ein wahrer Abgrund aufgetan zwischen *Reformisten* und *Integralisten* auf der einen und den *revolutionären Syndikalisten* auf der anderen Seite. Es sind

[1]) Vergl. Claudio Treves: *Der Parteitag in Bologna* in den *Sozialistischen Monatsheften,* 1904, I. Bd., pag. 367.

Anschauungen, die sich gegenseitig ausschliessen, Methoden, die einander aufheben. Die beiden Parteien — es sind jetzt in Wahrheit zwei Parteien — müssen jede ihre eigene Strasse wandeln. Da anzunehmen ist, dass jede der beiden Parteien ihr Teil vom Guten und vom Wahren in sich trägt, so ist es besser, dass jede durch eigene und selbständige Aktion dieses Gute und Wahre ans Licht zu fördern sucht, statt dass sie sich fruchtlos abnutzt und die Kräfte der anderen Partei im Gatter einer Einheit paralysiert, die jetzt offenbar nur eine bureaukratische, künstliche Einheit sein kann.

Es scheint, als ob die *revolutionären Syndikalisten* nicht nur die Mehrheit der Parteiorganisationen, sondern auch den Geist der proletarischen Massen gegen sich haben. In diesen Tagen fand in Bologna ein Kongress der Landarbeiter statt. Die *revolutionären Syndikalisten* lieferten auf diesem Felde eine Schlacht. Sie verlangten, dass das Landproletariat sich jede Stellungnahme zu dem vom neuen Landwirtschaftsminister vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend die innere Kolonisation, enthielte; dass es aus Hass gegen den bürgerlichen Staat jede Vertretung im Obersten Arbeitsrat ablehnte; dass schliesslich der Initiativantrag der sozialistischen Fraktion, betreffend die Verhütung und Entschädigung der Arbeiterunfälle, zurückgewiesen und als illusorisch bezeichnet werden sollte. Nun, in allen diesen Punkten wurden die *Syndikalisten* gründlich aufs Haupt geschlagen. Das italienische Proletariat scheint jetzt der *revolutionären* Phraseologie müde und entschlossen zu sein, an die Verwirklichung der Revolution durch tägliche positive Arbeit zu gehen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

WILHELM KOLB · BLOCKTAKTIK, BLOCKPOLITIK UND SOZIALDEMOKRATIE



ANCHE der Vorgänge, die sich in Baden bei den letzten Landtagswahlen, wie auch später in der zweiten Kammer abgespielt haben, sind in den grossen politischen Tageszeitungen Gegenstand der Erörterung gewesen. Die sozialdemokratische Presse freilich hat dazu noch keine Stellung genommen; aus welchen Gründen, entzieht sich meiner Kenntnis. Man wird indessen zugeben müssen, dass das Stichwahlabkommen zwischen den liberalen Parteien und der Sozialdemokratie und ferner die Wahl des Chefs der sozialdemokratischen Fraktion zum zweiten Vizepräsidenten der badischen Kammer Erscheinungen sind, die vom Gesichtspunkt der allgemeinen politischen Entwickelung aus einige Beachtung verdienen. Es liegt nicht ausserhalb des Bereichs der Möglichkeit, dass Baden — bekanntlich von je das *Musterländle* — auch jetzt wieder vorbildlich für die Gestaltung der Dinge in den anderen Bundesstaaten und schliesslich selbst im Reiche wird. Unter gewissen Voraussetzungen wird es in der Tat auch im übrigen Deutschland zu ähnlichen Konstellationen kommen, wie wir sie diesmal in Baden gehabt haben, und man wird dann zusehen müssen, ob man einen ähnlichen Weg einschlagen kann.

Die politische Situation Deutschlands wird gekennzeichnet durch den starken, keineswegs schon in den Beharrungszustand getretenen Einfluss des Zentrums auf die Politik des Reiches und verschiedener Bundesstaaten, der preussischen

Junker auf den grössten und massgebenden Bundesstaat. Der Liberalismus ist als Faktor von Bedeutung im Reiche ausgeschaltet, ebenso in den drei grössten Einzelstaaten Preussen, Bayern, Sachsen. Aber auch in Baden, wo er noch am längsten sich zu halten verstand, ist es zum mindesten mit seiner Vorherrschaft vorbei. Die letzten Landtagswahlen hätten auch hier sein Schicksal besiegelt, wenn nicht, gezwungen durch die äusserste Not, die Nationalliberalen sich dazu verstanden hätten, der Sozialdemokratie gegenüber eine völlig veränderte Haltung einzunehmen.

Nachdem das direkte Wahlrecht in Baden Gesetz geworden, war die Gefahr einer klerikal-konservativen Mehrheit im Landtag jedem mit den Verhältnissen des Landes vertrauten Politiker in greifbare Nähe gerückt. Das Zentrum hat die Fehler der nationalliberalen Politik Jahrzehnte hindurch geschickt auszunutzen gewusst und sich eine Position geschaffen, gegen die der in Baden einst allmächtige Nationalliberalismus mit eigenen Kräften nicht mehr aufkommen kann. Sobald der letzte Landtag geschlossen war, knüpften daher die Nationalliberalen Verhandlungen mit den linksstehenden Parteigruppen an, die schliesslich zu einem wahltaktischen Abkommen auf der Grundlage eines geschlossenen Vorgehens gegen das Zentrum führten. Anfangs waren die Nationalliberalen geneigt, auch die Konservativen in diesen Bund aufzunehmen; ihnen war es weniger um den prinzipiellen Kampf gegen die Reaktion, als vielmehr um die Zahl ihrer Mandate zu tun. Allein aus den Reihen der Jungliberalen heraus wurde gegen diese Taktik energisch Protest erhoben. Man nahm daher von diesem Versuch Abstand. Ihre Kampfesfront richteten die Nationalliberalen fast ausschliesslich gegen das Zentrum. Gegenüber der Sozialdemokratie beobachteten sie eine Zurückhaltung, wie noch nirgends sonst. Nicht nur, dass man die Sozialdemokratie als das *weitaus kleinere Uebel* bezeichnete, man entdeckte an ihr Eigenschaften, die man gerade liberalerseits ihr bisher stets abgesprochen hatte. In den Fragen der Kultur und des Fortschritts steht uns die Sozialdemokratie näher, als das Zentrum: solche und ähnliche Äusserungen konnte man jetzt in jeder liberalen Wählerversammlung hören. Die Sozialdemokratie wurde in aller Form als eine gleichberechtigte Partei anerkannt.

Der 19. Oktober zeigte, dass die Nationalliberalen alle Ursache gehabt hatten, ihre Stellung gegenüber der Sozialdemokratie in dieser Art zu ändern. Das Zentrum eroberte auf den ersten Hieb 28 von den 73 Mandaten, der liberale Block deren nur 15. Die Sozialdemokratie war mit 6 Mandaten aus dem ersten Wahlgang hervorgegangen, die Konservativen hatten mit Unterstützung des Zentrums nur 1 Mandat erobert. Von den 25 im ersten Wahlgang nicht erledigten Mandaten waren dem Zentrum mindestens 4 bis 5 ganz sicher, wenn es zwischen dem liberalen Block und der Sozialdemokratie zu keiner Verständigung kam; ferner konnte das Zentrum den Konservativen noch zu 3 bis 4 Mandaten verhelfen, so dass dann eine klerikal-konservative Mehrheit tatsächlich zu stande gekommen wäre. Bei einer derartigen Sachlage bedurfte es keiner langen Diskussion, um den Weg einer wahltaktischen Verständigung zwischen dem Block und der Sozialdemokratie zu finden. Die Bedingungen, unter denen das Stichwahlabkommen abgeschlossen wurde, erstreckten sich lediglich auf die Verteilung der Mandate. Darüber hinaus konnte man in diesem Stadium nichts mehr vereinbaren. Der Erfolg des Kompromisses war ein geradezu

überraschender. Das Zentrum konnte nicht ein einziges Mandat mehr hinzugewinnen. Es muste sich damit begnügen, den Konservativen noch 3 zu verschaffen. Der Block eroberte in der Stichwahl 14, die Sozialdemokratie 6 Mandate. Block und Sozialdemokratie verfügen also über 29+12=41, das Zentrum und die Konservativen über 28+4=32 Mandate. Die Sozialdemokratie bildet zwischen dem Zentrum und den Konservativen auf der einen und dem liberalen Block auf der anderen Seite das *Zünglein an der Wage.*

Diese Stellung der sozialdemokratischen Fraktion trat zunächst bei der Wahl des Präsidiums in die Erscheinung. Die liberalen Parteien bildeten zusammen eine Fraktion, die stärkste, und erhoben daher den Anspruch, den Präsidenten aus ihrer Mitte zu stellen. Dem Zentrum war gleichfalls viel an dem Präsidentenposten gelegen, und da es die Konservativen auf seiner Seite hatte, so wären seine Kandidaten gewählt worden, wenn nicht die Sozialdemokraten sich für den Kandidaten des Blocks entschieden hätten. Um die sozialdemokratischen Stimmen bei der Präsidentenwahl zu erhalten, akzeptierten die Nationalliberalen die Wahl eines sozialdemokratischen Kandidaten für den Posten des zweiten Vizepräsidenten, lediglich unter der Bedingung, dass er sich *taktvoll* mit seinen Pflichten abzufinden habe. Dass ein Sozialdemokrat, so gut wie der Politiker einer jeden anderen Partei, die Pflichten, die ein solches Amt mit sich bringt, taktvoll erfüllt, ist ganz selbstverständlich. Das Zentrum stimmte gegen den sozialdemokratischen Vizepräsidenten: es forderte ausdrücklich die Anerkennung der *Repräsentationspflichten* gegenüber dem Hofe. Bei der Abstimmung wurde, wie bekannt, Genosse Geck gewählt.

So weit also hat die Taktik bei den Stichwahlen im Parlament eine Fortsetzung erfahren. Dabei ist es aber bis jetzt geblieben. Für die künftige Politik des Landes hat die Bildung des Blocks und das Stichwahlabkommen mit der Sozialdemokratie zunächst noch keine besondere praktische Bedeutung, denn die Politik der Nationalliberalen ist im grossen und ganzen immer noch die alte. Es wird unter diesen Umständen der Sozialdemokratie ihre ausschlaggebende Stellung verhältnismässig leicht gemacht, es ist, um mit dem Genossen Bernstein zu reden, für sie zunächst noch gleichgültig, ob sie in ihrer politischen Arithmetik vor die Null ein Plus- oder ein Minuszeichen setzt. Allein dieser Zustand kann sich auch ändern. Der taktische Zusammenschluss der liberalen Parteien hat immerhin insofern auch jetzt schon politische Bedeutung, als die Nationalliberalen auf ihre linksliberalen Bundesgenossen Rücksichten nehmen müssen, deren sie früher völlig enthoben waren. Eine Sprengung des Blocks müssen sie unter allen Umständen zu vermeiden versuchen, denn sie wäre gleichbedeutend mit der Ausschaltung des Liberalismus überhaupt als Faktor in der badischen Politik. Es kommt ferner in Betracht, dass der Liberalismus auch als Block von sich aus nicht mehr die Kraft besitzt, massgebenden Einfluss auf die Politik des Landes zu gewinnen, er bedarf hierzu der Unterstützung der Sozialdemokratie. Das bedeutet für die Sozialdemokratie wiederum auch eine gewisse Veränderung ihrer Haltung, die eine intransigente nicht mehr sein kann. Die Intransigenz ist ja für eine Oppositionspartei unter manchen Bedingungen eine Notwendigkeit. Aber nur bis zu einer bestimmten Grenze. An einem gegebenen Punkte ihrer eigenen und der allgemeinen politischen Entwickelung angelangt, kann auch eine Oppositionspartei strengster Observanz der Mitverantwortlichkeit für den Gang des Staatslebens sich nicht mehr ent-

ziehen, sofern sie nicht dadurch, dass sie die volle Verantwortung auf andere Parteien abwälzt, diesen auch den unbeschränkten Einfluss garantieren will. Verharrt die Opposition in einer durch ihre Stärke und die Situation nicht mehr begründeten Intransigenz, so tritt eine an sich nicht notwendige Zuspitzung der Gegensätze ein, die eine fruchtbare Arbeit im Sinne einer fortschrittlichen Politik unmöglich macht oder stark behindert.

Die Stellung der badischen Sozialdemokratie ist, wie mir scheint, auch für die deutsche Sozialdemokratie überhaupt von Bedeutung. In Baden wird die Probe aufs Exempel zu machen sein, es wird sich hier zeigen, ob in Deutschland überhaupt die Möglichkeit eines zeitweiligen erfolgversprechenden Zusammenarbeitens zwischen einem bürgerlichen Block und der Sozialdemokratie für bestimmte Ziele, zu bestimmten Zwecken gegeben ist. In Baden steht der Liberalismus jetzt am Scheideweg. Hier hat er in der Tat noch etwas zu verlieren. Vorerst sind die Nationalliberalen noch eifrigst bemüht, allen wichtigen politischen Fragen, deren befriedigende Lösung nur durch ein Zusammenwirken von Liberalismus und Sozialdemokratie zu erhoffen ist, aus dem Weg zu gehen. Aber diese Art *Opportunitäts*politik kann der Liberalismus nicht mehr lange fortsetzen, wenn er sich nicht den Todesstoss geben will. Was nützen zum Beispiel alle Deklamationen von den Übergriffen des Klerikalismus auf dem Gebiete der Schule, von dem Missbrauch der kirchlichen Privilegien zu politischen Zwecken, wenn man nicht den Mut hat, aus den Tatsachen die Konsequenzen zu ziehen! Die Nationalliberalen müssen für die Schul- und Kirchenpolitik, für die Gemeindewahlreform und anderes mehr Normen schaffen, die sowohl die Existenz des Blocks garantieren, wie eine positive parlamentarische Mitarbeit der Sozialdemokratie ermöglichen. Gewiss ist bis dahin noch ein weiter Weg. Vor allem fehlt es bei den Nationalliberalen vorerst noch an den politischen Individualitäten, die dazu fähig und willens wären; an die Spitze dieser Partei müssten andere Männer gestellt werden, die ihre erste Aufgabe darin erblickten, aus dem wahltaktischen einen auf programmatischer Grundlage ruhenden liberalen Block zu formen. Der Prozess in dieser Richtung hat auch bereits eingesetzt. Und die Sozialdemokratie hat wahrlich keine Ursache, ihm irgend welche Störung zu bereiten, sie kann vielmehr durch eine kluge, nicht nur auf den agitatorischen Augenblickserfolg gerichtete Taktik sehr viel zu dessen Beschleunigung beitragen. Auch sie muss aus der Erkenntnis, dass der parlamentarische Kampf die Methode des politischen Kampfes geworden ist, die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen ziehen, sonst kommt sie auf ein totes Geleise und steht nicht nur selber still, sondern bereitet auch noch der politischen Entwickelung Hindernisse.

In Baden ist die Zeit der *Ordnungs*kartelle bei den grossen politischen Wahlen vorbei. Die Nationalliberalen haben sich selber der Waffen entledigt, die für die erfolgreiche Durchführung eines etwa dahinzielenden Versuchs erforderlich wären. Sie haben sogar schon für die kommenden Reichstagswahlen die Wiederholung der bei den Landtagswahlen befolgten Praxis prophezeit und für notwendig erklärt. Ob sich die Sozialdemokratie dazu bereit finden wird, steht noch dahin. Sie hat jedenfalls auch ein Interesse daran, dass die alte tote *Ordnungs*taktik für die badische Politik nicht mehr lebendig wird. Einzelne Episoden, wie die Szene, die der Minister Schenkel in den Märztagen in der badischen Kammer hervorrief, können und dürfen sie nicht irre machen. So

weit sind wir leider auch in Baden noch nicht, dass die Regierung die Sozialdemokratie als gleichberechtigte Partei anerkennt. Diese Anerkennung müssen wir uns eben noch erkämpfen. Aber am allerletzten wäre das bei einer klerikal-konservativen Regierung möglich. Die jetzige badische Regierung ist gewiss nicht liberal: wie sollte sie es auch sein, wo wir in Baden noch gar keine liberale Partei haben! Nichtsdestoweniger hat die Sozialdemokratie Ursache, zunächst den Konservativen und Klerikalen die Wege zu den Ministersesseln zu erschweren; denn auch unter den Regierungen des Klassenstaates gibt es grössere und kleinere Übel.

Noch liegt der Schwerpunkt der deutschen Politik in Preussen, und er würde auch dann nicht nach Baden verlegt werden, wenn dort die Dinge sich so gestalteten, wie ich, wie jeder Sozialdemokrat es von Herzen wünscht. Zunächst heisst es also gegen die preussische Reaktion ankämpfen. *Ohne* oder gar *gegen* die Sozialdemokratie ist die Bezwingung dieses Gegners nicht möglich. Darüber muss der Liberalismus sich ebenso klar sein, wie die Sozialdemokratie es begreifen muss, dass sie, wie die Dinge für absehbare Zeit liegen, *allein* dieser Aufgabe auch nicht gewachsen ist. Ich glaube, wir badischen Sozialdemokraten können den bedeutungsvollen Kampf, den unsere preussischen Genossen auszufechten haben, nicht besser und nicht wirksamer unterstützen, als indem wir die Entwickelung, die bei uns eingesetzt hat, so weit wie möglich fördern. Auch Baden hat als Einzelstaat das denkbar grösste Interesse an der Änderung der Dinge in Preussen, denn der politische Dualismus zwischen dem Norden und dem Süden des Reiches schädigt gleichermassen unsere ganze politische, wie auch unsere kulturelle und soziale Entwickelung. Dieser politische Dualismus ist es auch, der die deutsche Sozialdemokratie zu der von Jaurès auf dem Amsterdamer Kongress mit Recht so beklagten politischen Ohnmacht verurteilt, und der die in ihr vorhandene politische Intelligenz und Tatkraft zu einem nicht unerheblichen Teile lahm legt. Es wäre um die politische Zukunft des deutschen Volkes trostlos bestellt, wenn für eine positive praktische Arbeit der Sozialdemokratie dauernd keine andere Möglichkeit gegeben wäre, als die, mit der wir bis jetzt zu rechnen gewohnt waren. So sehr die augenblickliche Situation den Pessimismus nach dieser Richtung als gerechtfertigt erscheinen lässt: ich für meinen Teil möchte noch nicht alle Hoffnung schwinden lassen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDUARD BERNSTEIN · DIE BEFESTIGUNG DER KLASSENWAHL UND DIE SOZIALDEMOKRATISCHE TAKTIK



MIT Eilzugsgeschwindigkeit, wie Albert Traeger es nannte, hat der preussische Landtag eine Regierungsvorlage auf Abänderung des bestehenden preussischen Wahlgesetzes erledigt, die in der zweiten Hälfte des Monats März das Licht der Welt erblickte. Am 23. März kam sie im Abgeordnetenhause zur ersten Lesung, am 3. April ward sie von dieser Parodie einer Volksvertretung in dritter

Lesung genehmigt. Drei Lesungen mit dazwischenliegender Kommissionsberatung haben gerade 12 Tage in Anspruch genommen.

Äusserlich ist dies Gesetzeswerk schon dadurch charakterisiert, dass selbst seine Urheber und Geburtshelfer nicht gewagt haben, es als ein Reformgesetz auszugeben, sondern zu seiner politischen Legitimierung nichts Besseres anzuführen wussten, als die Erklärung, es handle sich bei ihm um ein *Notgesetz.* Ein Kind der Not ist es in der Tat, aber was für eines! Nicht der Not an Zeit für ein wirkliches Reformwerk. Zeit für ein solches hätte die preussische Kammer schon, wenn sie wollte, denn ihr Mandat läuft noch über zwei Jahre. Aber sie will keine Reform des bestehenden Wahlsystems, und die von der Regierung beantragte und mit ganz unwesentlichen Abänderungen Gesetz gewordene Vorlage hatte nur den Zweck, die *Not* zu beseitigen, welche mit der Aufrechterhaltung all der Ungerechtigkeiten dieses Systems in einer Reihe von Wahlkreisen für diejenigen teils schon eingetreten ist und teils einzutreten droht, die von diesen Ungerechtigkeiten Vorteil ziehen und kraft ihrer zu Unrecht im preussischen Landtag *Volksvertretung* spielen. Dies der Zweck der Zerschlagung einiger der ins Riesenhafte angewachsenen Wahlkreise, dies der Zweck der Einführung der Frist- und Gruppenwahl und der Erweiterung der Vollmachten der Wahlkommissare. Man tut niemand unrecht, sondern ist in diesem Falle der Zustimmung der Schöpfer des Gesetzes, Minister von Bethmann-Hollweg voran, sicher, wenn man das Gesetz oder vielmehr den Gesetzeszwilling — denn es sind eigentlich zwei Gesetze, in die das Machwerk zerfällt — als Gesetze für die Fortentwickelung und Befestigung aller auf Fälschung des Volkswillens hinauslaufenden Bestimmungen des preussischen Dreiklassenwahlsystems bezeichnet. Als das hat in der Tat der preussische Minister des Innern in der Sitzung vom 23. März den Regierungsentwurf selbst charakterisiert. Seine Rede hat durch den kulturphilosophischen Anstrich, den er ihrem zweiten Teile gab, einen Augenblick selbst Leute geblendet, die sich für gewöhnlich nicht leicht durch Redensarten täuschen lassen. Mehr als schillernde Redensarten waren aber die Ausführungen des Herrn von Bethmann nicht, von irgend welchen konkreten Gedanken über die Grundzüge einer zukünftigen Wahlreform für Preussen findet man nichts darin. Der Minister gibt die »Unebenheiten«, wie er es euphemistisch nannte, des bestehenden Wahlsystems zu, will aber an ihnen nicht rütteln, weil — das Reichstagswahlrecht auch sein Bedenkliches habe. Dies, aus einer Fülle von Allgemeinheiten oft recht zweifelhafter Natur herausgeschält, der Kern seiner Rede. Als Probe der Umkleidung, mit der er ihn umgab, kann die Stelle dienen, wo es heisst, dass es zwar die grösste und edelste Aufgabe sei, die Schwachen emporzuheben, dass aber parallel damit das Bestreben gehen müsse, die besten und idealsten Kräfte, welche die Menschheit zu produzieren vermag, zu Führern des Lebens zu machen. Es sei daher »hohe Zeit, dass die Kräfte, die nach aufwärts ziehen, wieder frei werden«. Das möchten diejenigen bedenken, die »so ungestüm nach einem neuen Wahlrecht rufen«. Wer in diesen Sätzen irgend einen fassbaren politischen Gedanken herausfinden kann, hat Anspruch auf einen Meisterpreis. Was sollen das für nach aufwärts ziehende Kräfte sein, die »wieder frei« werden müssen? Als der Minister von ihnen sprach, wurde er laut dem stenographischen Bericht durch ein »lebhaftes Bravo rechts«, man möchte fast sagen: bestraft. Die Junker

bezogen das *aufwärts Ziehen* offenbar auf sich, und dies mit einem Anstrich von Logik. Das preussische Dreiklassenwahlsystem ist mehr und mehr zum Bollwerk der Junkerherrschaft in Preussen geworden. Es befestigen heisst dem Junkertum zu neuen Streifzügen wider die Industrie und ihre Arbeiter die Schwingen freigeben. War es das wirklich, was Sie mit den Sätzen verkünden wollten, Herr von Bethmann? Wenn aber nicht, was konnten die Sätze für einen Sinn haben, in einer Rede, die der Befestigung des Dreiklassenwahlsystems galt?

Es ist nicht überall bekannt, verdient aber gerade deshalb, immer wieder betont zu werden, dass das preussische Dreiklassenwahlsystem heute noch plutokratischer ist, als zur Zeit seiner Schaffung. Es gab nämlich in Preussen — was prozentual zu berechnen die amtliche Wahlstatistik sich geschämt hat —

	1849		1903	
	absolut	%	absolut	%
Urwähler erster Klasse	153 808	4,73	238 845	3,36
„ zweiter „	409 945	12,59	856 914	12,07
„ dritter „	2 691 950	82,68	6 006 204	84,57
Gesamtwählerzahl	3 255 703	100,00	7 101 963	100,00

Die Wähler der ersten Klasse machten 1849 noch 4,73 %, 1903 aber nur 3,36 % aller Urwähler aus. Anders ausgedrückt, 1849 bildeten sie nahezu $^1/_{20}$, 1903 aber nur noch $^1/_{30}$ aller Wähler. Das heisst, die Wahlmacht des Wählers erster Klasse ist heute um über 25 % stärker, als 1849. Auch das Gewicht der Stimme des Wählers zweiter Klasse hat zugenommen, wenngleich nicht im selben Masse. Nur das Gewicht der Stimme des Wählers dritter Klasse ist geringer geworden. Ganz abgesehen also davon, dass andere Ursachen, wie zum Beispiel die politische Klassenentwickelung, die Wähler der dritten Klasse heute erheblich ungünstiger stellen, als dies 1849 der Fall war, ist auch die rein ziffernmässige Gruppierung der Wählerklassen heute eine ganz erheblich plutokratischere, als zur Zeit der Schaffung des Dreiklassenwahlsystems. Kein Wunder, da der Reichtum der ganz Reichen in höherem Masse zugenommen hat, als das Einkommen der mittleren und unteren Einkommensklassen.

Welcher Hohn lag daher nicht schon, rein sachlich betrachtet, in den Worten des Herrn von Bethmann-Hollweg — gleichviel, was er selbst sich darunter gedacht hat —, man müsse die Kräfte, die nach aufwärts ziehen, »wieder« frei machen! Wenn es sich nicht darum handelt, die schon oben Stehenden noch höher nach aufwärts zu ziehen, so gibt es keinen Faktor, der mehr darauf hinarbeitete, die Gesellschaft als Ganzes geistig und materiell auf eine höhere Stufe zu heben, als die moderne Arbeiterbewegung, das heisst die Sozialdemokratie. Und gerade sie wird durch das Dreiklassenwahlgesetz ihres legitimen Einflusses auf die Entwickelung der Dinge beraubt, die grösste kulturelle Kraft unserer Tage ist durch dieses System brutal eingekettet. Es ist eine kaum zu überbietende Verhöhnung der sozialdemokratischen Bestrebungen, die gesetzliche Befestigung des plutokratischsten aller bestehenden Wahlsysteme als Befreiung der Kräfte, die nach oben ziehen, zu feiern.

Der Hohn wurde dadurch noch gesteigert, dass die Vorlage in unmittelbarem Anschluss an eine grosse Demonstration der sozialistischen Arbeiterschaft Preussens gegen das Dreiklassenwahlsystem dem Landtag vorgelegt und von ihm sanktioniert wurde. Am 21. Januar und am 18. März hatten in allen

Städten und Industrieorten Preussens Protestversammlungen, zum Teil grossartigster Natur, gegen das preussische Wahlsystem stattgefunden, von dem noch kein Politiker zu sagen gewagt hat, dass es Fühlen und Wollen der Wähler in nur einigermassen proportionaler Weise in der Landesvertretung zum Ausdruck gelangen lässt, das vielmehr ein Gesetz zur Unterdrückung der Volksmeinung und zur Ausübung von Gesinnungszwang ist, und am 19. März erscheint im *Staatsanzeiger* der Wortlaut einer Regierungsvorlage zur Verewigung des Gesetzes. Eine solche Antwort auf eine grosse Reformagitation der breiten Volksmasse ist in der modernen Geschichte ohne Beispiel. Anderswo hat man wohl Reformforderungen demonstrierender Massen lange Zeit unerfüllt gelassen oder mit Scheinreformen beantwortet, dass man aber auf eine grosse Volksbewegung gegen ein verrottetes politisches Gesetz mit einer Vorlage zur Befestigung dieses Gesetzes antwortet, dafür gibt es, soviel mir bekannt ist, in der Geschichte keines Landes ein Beispiel. Ich gebrauche das Bild nicht gern, aber es ist hier unabweisbar: die Vorlage und ihre Erhebung zum Gesetz waren Faustschläge von Regierung und Landtag ins Gesicht der Sozialdemokratie, die an krasser Deutlichkeit kaum überboten werden können.

× × ×

Und wie hat die Sozialdemokratie, wie hat die politisch denkende Arbeiterschaft Preussens sie aufgenommen? Es ist das, ich will nicht sagen, ein sehr trauriges, aber jedenfalls ein zum Nachdenken sehr herausforderndes Kapitel.

Sowohl die Sozialdemokratie als Partei, wie die Arbeiterschaft als gesellschaftliche Klasse, hat die ihr gewordene Herausforderung unerwidert gelassen. Selbstverständlich hat die sozialdemokratische Parteipresse über das Regierungswerk und das Verhalten des Landtages zu ihm scharfe Artikel gebracht. Aber wenn auch da gar manches kräftige Wort gesagt wurde, so ist doch im ganzen selbst in dieser Hinsicht die Parteipresse in Preussen meines Erachtens hinter dem zurückgeblieben, was vom preussischen Parteitag am 31. Dezember 1904 als für solche Fälle geboten erklärt worden war, nämlich:

»jedesmal, wenn im preussischen Landtag Anträge zur Verhandlung gestellt werden, die irgend welche Abänderung des bestehenden Landtagswahlsystems fordern oder in sich schliessen, an hervorragender Stelle wiederholt Protestartikel zu veröffentlichen, die in schärfster Weise den reaktionären Widersinn und die empörenden Ungerechtigkeiten des Dreiklassenwahlsystems blosslegen und die arbeitenden Volksmassen zu erneutem energischen Protest gegen dieses Machwerk einer brutalen Reaktion und zum unablässigen Kampf für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aufrufen«.

Wie Schreiber dieses damals als Antragsteller sich die Sache gedacht hatte, hätte bei einem Anlass, wie der vorliegende, die Parteipresse täglich an erster Stelle scharfe Protestartikel und Aufrufe bringen müssen. Das ist indessen nicht geschehen. Durchgängig hat man es bei ein paar mehr oder weniger lebhaft gehaltenen Artikeln bewenden lassen, nirgends ist man in bemerkenswerter Weise aus der alltäglichen Routine herausgetreten. Das ist sicherlich nicht geschehen, ohne dass man in den verschiedenen Redaktionen und Parteikreisen ernsthaft mit sich selbst über die Sache zu Rate gegangen ist. Man wird sich gesagt haben, dass solche gesteigerte Protestaktion in der Presse wenig zu bedeuten habe, wenn ihr nicht eine entsprechende Aktion in Versammlungen oder sonst seitens der Masse zur Seite gehe oder unmittelbar

folge, auf eine solche aber nicht zu rechnen sei. So wenigstens wird das Verhalten der Presse begreiflich, und auch ich muss sagen, dass mir flammende Ergüsse in der Presse wenig Sinn zu haben scheinen, wenn man nicht weiss oder will, dass sie ein entsprechendes Feuer entzünden werden. Sie werden alsdann wirklich, wie ein auf dem Parteitag gefallenes Wort lautet, zu blossem *Gekreisch*. In diesem Empfinden hatte ich in Verbindung mit dem zitierten Zusatz einen zweiten beantragt, der für solche Anlässe Massendemonstrationen grössten Stils forderte. Er wurde vom Parteitag abgelehnt, und ich tröstete mich über diese Kastrierung meiner Resolution mit dem Gedanken, dass die Logik der Tatsachen gegebenenfalls Remedur bringen werde. Die Logik der Tatsachen hat das besorgt. Freilich nicht, indem sie der Ausführung des ersten Teils meiner Resolution die des zweiten folgen liess, sondern indem sie den ersten Teil dem zweiten in den Orkus nachschickte. Auf das *U* folgte nicht das *W*, wie's will die Ordnung im *ABC*, sondern das *W* zog nach sich das *U*, und alles verlief in beschaulicher Ruh'.

Damit hat der Teil meines Artikels *Das vergrabene Pfund und die Taktik der Sozialdemokratie* im vorigen Hefte dieser Zeitschrift, der mir eine Strafvorlesung von der Redaktion des *Vorwärts* eingetragen hat, eine sehr drastische Bestätigung von geradezu zwingender Beweiskraft erhalten. Ich hatte in jenem Artikel ausgeführt, dass die von verschiedenen ausländischen Sozialisten getadelte oder als unbegreiflich empfundene Passivität der deutschen Sozialdemokratie gewissen Massnahmen der Regierung gegenüber nicht auf spiessbürgerliche Engherzigkeiten der führenden Mitglieder der Partei zurückzuführen sei, sondern ihre entscheidende Erklärung in der Tatsache finde, dass der Deutsche eben nicht revolutionär sei, wie sich dies unter anderem 1849 in Preussen bei Oktroyierung des Dreiklassenwahlsystems gezeigt habe. Das hat der Redaktion des *Vorwärts* sehr missfallen, und sie gibt mir ihre Missbilligung dadurch zu fühlen, dass sie — in höflicher Form, wie ich gern anerkenne — diese meine Ausführungen für »allerlei ideologische Betrachtungen« erklärt. Womit sie für jeden rechtgläubigen Marxisten natürlich vernichtet sind.

Ich will mich mit der Redaktion des Zentralorgans der deutschen Sozialdemokratie in keine längere Auseinandersetzung über Wesen und Begriff der *Ideologie* verlieren. So viel sollte ihr immerhin klar sein, dass es so etwas wie eine Volkspsychologie gibt, die, wie materialistisch sie sich auch ableiten lassen mag, doch darum ein realer Faktor in der Geschichte bleibt. Wenn sich Peter und Paul unter ganz den selben äusseren Umständen völlig verschieden verhalten, so bleibt schliesslich nichts übrig, als den Grund dafür in der Verschiedenheit der geistigen Dispositionen von Peter und Paul zu suchen, ohne dass man deshalb an eine mystische Erklärung dieser Verschiedenheit zu glauben braucht. Übrigens hat der Meister selbst, nämlich Marx, des öftern sich im Sinne der Völkerpsychologie, das heisst eben der Feststellung von Verschiedenheiten in der geistigen Anlage, dem Temperament etc. der Völker vernehmen lassen. Aber es geht mit der Marxschen Geschichtstheorie, wie mit anderen Doktrinen: sobald ihre Lehrsätze und Begriffe sich zu Schlagworten verdichten, die in den alltäglichen Gebrauch übergehen, und namentlich, wenn sie politischen Zwecken dienstbar gemacht werden, hören sie auf, Wissenschaft zu sein, und es trifft auf sie das Wort Platens von den Klöstern zu, dass sie

»aussäen Dummheit und Verderb, die einst streuten Wissen und Geist aus«. Oder, um es höflicher auszudrücken, dass sie einen in die schönste Sackgasse führen können.

Der *Vorwärts* glaubt meinen Hinweis auf das wenig revolutionäre Verhalten der grossen arbeitenden Masse Deutschlands im Jahre 1848-1849 mit der Bemerkung abtun zu können, dass diese Masse, Arbeiter, Bauern, Kleinbürger, damals mit verschwindenden Ausnahmen »im geistigen Banne der Bourgeoisie gestanden« hätte. Aber, verehrtestes Zentralorgan, das ist ja zunächst eine — ideologische, und nicht eine materialistische Erklärung. Denn der Zusatz, dass »die heutige Klassenscheidung und das Klassenbewusstsein erst in ihren Anfängen vorhanden waren«, ist hier ganz nichtssagend, da es nicht darauf ankommt, ob die »heutige« Klassenscheidung damals schon bestand, sondern, ob überhaupt eine erhebliche Klassenscheidung zwischen der Bourgeoisie und den anderen Klassen vorhanden war, und das letztere war in der Tat der Fall. Sie war 1849-1849 in Deutschland mindestens so entwickelt, wie 1789-1794 in Frankreich, wo sich Kleinbürger und Arbeiter in den kritischen Tagen der Revolution so wenig von der Bourgeoisie ins Schlepptau nehmen liessen. Kleinbürger und Arbeiter waren eben — und sind zum Teil heute noch — drüben von einem anderen politischen Temperament, als hüben. Wie diese Unterschiede geschichtlich geworden sind, ist eine Sache für sich. Für die Erklärung und Bestimmung der heutigen Taktik der Parteien handelt es sich vor allem darum, sie selbst, die politische Psychologie der arbeitenden Volksklassen hüben und drüben, überhaupt erst zu erkennen.

Wer aber in dieser Hinsicht bei uns noch Zweifel hatte, dem müssen sie die letzten Wochen genommen haben. Hätte unser Volk ein politisch revolutionäres Temperament, so hätte es die Wahlraubsbefestigung unmöglich so ruhig, man könnte fast sagen: so stoisch, über sich ergehen lassen, wie es dies faktisch getan hat. Der eine oder andere wird vielleicht sagen, die Führer hätten eben keine Parole des Widerstands ausgegeben, und die Presse habe nicht genügend Lärm geschlagen. Aber damit wäre sehr wenig erklärt. Die Presse hat genügend Lärm geschlagen, um die Arbeiter darüber unterrichtet zu halten, was vorgeht. So geflissentlich schnell die Sache durch das preussische Parlament gejagt wurde, die arbeitende Bevölkerung der Hauptstadt und der übrigen grossen Zentren Preussens wusste rechtzeitig genug von ihr, um sich zu eindrucksvollen Protestbewegungen zu regen, sofern sie den Antrieb dazu in sich verspürt hätte. Daran aber hat es gefehlt, und das ist das Entscheidende. Revolutionen oder revolutionsähnliche Manifestationen der Volksmasse sind fast nie auf Parolen von Führern hin erfolgt, sehr oft dagegen im direkten Gegensatz zu solchen Parolen. Ihr Erfolg, ihre Wucht beruhte gerade auf ihrer Spontaneität. Der Mangel jeder spontanen Regung der Arbeiterschaft aber ist das Bezeichnende der Sache. Man denke: zweimal im kurzen Zeitraum von acht Wochen ist die Arbeiterschaft Preussens in grossen Protestversammlungen auf den Kampf gegen das Dreiklassenwahlsystem geradezu eingeschworen worden. Eine in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitete Presse hat in flammenden Artikeln gezeigt, wie das System die Arbeiter entrechtet, und wie die politische Entrechtung sich in ökonomische Niederhaltung umsetzt, feurige Protestreden sind vor einer Zuhörerschaft, die zusammen nach Hunderttausenden zählt, gehalten und begeistert aufgenommen wor-

den, und am Morgen nach der zweiten dieser angesagten Demonstrationen kommt eine Regierungsvorlage, die zu ihr passt, wie die Faust aufs Auge, und sie kann in drei Lesungen vom Abgeordnetenhaus erledigt werden, ohne dass die eben noch begeisterte Masse aus sich selbst heraus auch nur ein kleines Zeichen spontaner Aufwallung zu erkennen gibt.

Man wird vielleicht sagen: die Masse hatte eben gerade tags zuvor demonstriert, sollte sie nun gleich wieder demonstrieren? So schnell hinter einander mache sich das nicht. Indes, diesen Einwand niederschreiben heisst ihn widerlegen. Ein Volk, dessen Spannkraft durch eine in aller Form Rechtens veranstaltete Manifestation so vollständig erschöpft werden kann, dass erst wieder etliche Zeit vergehen muss, bis es zu einer neuen die Stimmung findet, sei die politische Provokation auch noch so gross, ein solches Volk mag alles Mögliche sein, aber revolutionär ist es nicht.

In den Tagen, wo die Wahlrechtsvorlage der Regierung in der Kammer verhandelt wurde, hielten die Barthschen Freisinnigen in Berlin und Vororten einige Wahlrechtsversammlungen ab. Sie waren, wie der *Vorwärts* höhnend konstatierte, nur mangelhaft besucht. Gewiss, es stellt das der Kraft des Freisinns, seiner politischen Leistungsfähigkeit als Partei in Berlin ein schlechtes Zeugnis aus, darin hat der *Vorwärts* recht. Aber nun weiter. Die Schlaffheit, die Imbezillität des liberalen Spiessbürgers ist nachgerade nichts Neues. Dass von den liberalen Bourgeois nur etliche Dutzend weisser Raben in die Versammlungen kamen, kann niemand verwundern. Schliesslich war es doch nur in bedingtem Umfang ihre Sache, die dort verhandelt wurde. Was aber verwundern muss, ist, dass auch die Arbeiterschaft in jenen Versammlungen nur spärlich vertreten war, obwohl sie durch öffentliche Anschläge bekannt gegeben und jedem zugänglich waren. Unter anderen Verhältnissen mag es begreiflich oder oft sogar ratsam sein, dass die Arbeiter gegnerische Parteien ihre Versammlungen allein abhalten lassen. Aber dass in solcher Situation Versammlungen, die zur Erörterung der Wahlrechtsfrage einberufen waren, nicht ganz von selbst zu wuchtigen Demonstrationen gegen den Klassenwahlunfug wurden, ist weit mehr, als für das liberale Bürgertum, für die sozialistische Arbeiterschaft Berlins beschämend. Möge der *Vorwärts* die Sache einmal unter diesem Gesichtspunkt betrachten und ein wenig nachdenken. Vielleicht wird er alsdann doch zur Erkenntnis kommen, dass in seiner Rechnung etwas nicht stimmt.

× × ×

Der *Vorwärts* will es nicht wahr haben, dass zwischen der offiziellen Sprache und dem faktischen Verhalten der deutschen Sozialdemokratie ein Widerspruch bestehe, und bestreitet auch, dass die Sprache der Partei von irgend welchem Einfluss auf das Verhalten der Gegner sei. Nicht darauf, was die Partei sage, sondern darauf, was sie tue, komme es an. Wenn sie in meinem Sinne suchen sollte, grösseren Einfluss auf die Gestaltung der Dinge zu gewinnen, würde sie nicht die S p r a c h e, sondern ihre T a k t i k und ihr Z i e l zu ändern haben. Da ich letzteres aber nicht wolle, sei auch meine ganze Weisheit *pour le roi de Prusse*.

Der Einwand ist mir nicht neu, er ist mir schon vor Jahren vom Orakel des *Vorwärts* entgegengehalten worden. Aber so wenig, wie damals, kann er mir heute imponieren. Dazu ist er viel zu simplistisch. Er unterstellt ein uto-

pistisch fixiertes, statt eines als Ergebnis einer Entwickelung begriffenen Ziels. Er unterstellt eine fossile, ein für allemal festgesetzte Taktik, während die Partei ihre Taktik im Laufe der Zeit wiederholt modifiziert hat und durch diese Modifikation, durch die Anpassung der Taktik an die veränderten Verhältnisse, zu ihrer heutigen Stärke gelangt ist. Er unterstellt eine Unveränderlichkeit der Sprache der Partei, die ebenfalls durch die Geschichte der Partei widerlegt wird, und er unterstellt schliesslich eine Unveränderlichkeit und Geschlossenheit der Gegner, die gleichfalls nur in der Phantasie existiert. Ausserdem lässt sich Sprache und Tun nicht in der Weise trennen, dass man sagen könnte, nicht auf die Sprache, sondern auf das Tun komme es an. Die Sprache ist in der Politik selbst ein Tun, sie erklärt je nachdem die praktischen Massnahmen und lässt sie und unsere Absichten ein anderes Mal in falschem Lichte erscheinen. Das wäre allerdings von geringer Bedeutung, wenn die uns gegenüberstehenden Parteien und Klassen eine geschlossene Einheit wären. Sie sind das aber so wenig, dass vielmehr die fortschreitende Entwickelung des Wirtschaftslebens bei ihnen immer wieder neue Gegensätze und damit neue Gruppierungen schafft. Um nur ein Beispiel zu wählen: Welche tiefgreifenden wirtschaftlichen und damit auch wirtschaftspolitischen Gegensätze hat nicht allein die Entwickelung der Syndikate und Kartelle in die bürgerlichen Klassen hineingetragen, Gegensätze, die sich schliesslich auch notwendig im parteipolitischen Leben geltend machen müssen! Der simplistische Ökonomismus folgerte aus dem Aufkommen des Kartellwesens eine zunehmende Zusammenschweissung der bürgerlichen Interessen; er sah eben nur die eine Seite der Entwickelung. Die Wirklichkeit hat zwar auch Zusammenschweissung, aber neben ihr oder zugleich mit ihr neue Zerklüftung von Interessen gebracht, so dass das Endresultat das Gegenteil jener Vereinfachung der Verhältnisse und Fragen ist, die sich ursprünglich anzuzeigen schien und in unsere Zukunftsberechnungen eingesetzt wurde.

Das konnte unsere Taktik nicht unbeeinflusst lassen und hat sie auch nicht unbeeinflusst gelassen. Wer sich die Mühe nimmt, das Verhalten der Parteivertreter in den Gesetzgebungs- und Verwaltungskörpern bei Steuer-, Handels- und sonstigen wirtschaftspolitischen Fragen zu studieren, wird das unschwer herausfinden. Er wird die sozialdemokratischen Abgeordneten ohne Unterschied der Abtönung immer wieder als Sachwalter bestimmter bürgerlich-wirtschaftlicher Interessen gegen andere bürgerlich-wirtschaftliche Interessen auftreten sehen, und zwar nicht etwa um opportunistischer Stimmenfängerei willen, sondern geleitet von der Einsicht in die Natur der wirtschaftlichen Entwickelung, die ganz unvermeidlich zeitweilige bedingte Interessengemeinschaften zwischen der Partei der Arbeiterklasse und den einen oder anderen Unternehmergruppen mit sich bringt. Selbst, wenn wir es nicht wollten, könnten wir nicht anders, als für die eine oder andere bürgerliche Gruppe agieren. Denn wo wir eine Kraft repräsentieren, heisst Stimmenthaltung jeweilig Unterstützung der einen oder der anderen gegnerischen Gruppe. Hier gibt es ein Gesetz der Konsequenzen, dem sich niemand entziehen kann. Die starre Klassenkampfdoktrin, die die Phrase von der *einen reaktionären Masse* absolut nimmt und die Taktik danach bestimmen will, führt mit Notwendigkeit zum Antiparlamentarismus und je nachdem Anarchismus. Wir finden denn auch in allen Ländern die sozialistischen Gruppen, die den Klassenkampf so

unhistorisch-antievolutionistisch auffassen, in immer stärkere Abhängigkeit von der anarchistischen Phraseologie geraten.

Es gilt hier, bestimmte Stellung zu nehmen, zwischen dem evolutionistischen und dem absolutistischen Prinzip die Entscheidung treffen. Denn das ist der Gegensatz, um den es sich wirklich handelt, nicht aber einer von Evolution und Revolution, der nur dann konstruiert werden kann, wenn man entweder unter *Evolution* Passivität oder unter *Revolution* willkürliche Gewaltpolitik versteht. Der *Vorwärts* ist vollständig im Irrtum, wenn er mit der *Kreuzzeitung*, die darin vorangegangen ist, annimmt, dass es sich mir um Abschwören jedes revolutionären Gedankens handelt. Die Revolution ist je nachdem Phase oder Resultat der Evolution, aber kein prinzipieller Gegensatz zu ihr. Ihr Gegensatz ist vielmehr das absolutistische, entwickelungswidrige Eingreifen im Interesse irgend welcher materiellen Interessen oder ideellen Liebhabereien. Der Sozialismus kann ebenso evolutionsfeindlich sein, wie irgend welcher orientalische Despotismus oder theokratische Absolutismus, sobald er, wie diese, Herrschaftsinteressen oder aprioristisch fixierte Gesellschaftseinrichtungen, unbekümmert um die durch den Entwickelungsstand der Gesellschaft und Gesellschaftsklassen bedingten Anforderungen, gewaltsam einzuführen sucht. Dieser Gefahr ist er aber ausgesetzt, oder er erweckt den Schein der Gefahr und nährt ihre Möglichkeit, wenn er es ablehnt, überkommene Leitsätze, Schlagworte, Programmbestimmungen gemäss den veränderten Bedingungen in Politik und Wirtschaft zu modifizieren. Wir sehen das heute an den Krisen und Konflikten der sozialistischen Bewegung in fast allen Ländern: hier die Tendenz, in Botmässigkeit unter das anarchistische Dogma zu gelangen, und dort das Bestreben, zwar die Praxis den veränderten Bedingungen anzupassen, aber in den programmatischen Kundgebungen die rechte Hand nicht wissen zu lassen, was die linke tut.

Wie man mit den überlieferten marxistischen Schlagworten grundverschiedene politische Massnahmen vertreten kann, je nachdem man sie absolutistisch oder evolutionistisch anwendet, dafür liefert die Stellung der russischen Sozialdemokraten zu den *Duma*wahlen geradezu ein Schulbeispiel. Bekanntlich gibt es in der sogenannten *Russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei* zwei Fraktionen: beide bezeichnen sich als *revolutionär*, beide leiten sich theoretisch von Marx-Engels ab, beide operieren fast nur mit marxistischen Schlagworten und Begriffen, und mit marxistischen Schlagworten und Begriffen operiert auch der russische *Jüdische Arbeiterbund*, der wieder eine andere Taktik vertritt, sowie die Fraktion der terroristischen *Sozialisten-Revolutionäre*. Nun kann man gewiss auf Grund ein und der selben Theorie zu abweichenden Folgerungen hinsichtlich der Zweckmässigkeit von taktischen Massnahmen kommen, wenn man die tatsächlichen Verhältnisse und die aus ihnen sich ergebenden Möglichkeiten verschieden beurteilt. Indessen gibt es doch auch da eine Grenze. Eine Theorie, wie die marxistische, also eine Gesellschaftstheorie, muss ihre Bestimmungskraft auch bei der Abschätzung gesellschaftspolitischer Möglichkeiten bewähren. Wenn also im Angesicht der heimtückischen Verklausulierungen, welche das *Duma*gesetz hinsichtlich der Arbeiterwahlen vorsieht, und die aus dem Wahlakt eine Art Lotterie machen, russische Sozialdemokraten sehr wohl darüber differieren konnten, ob es zweckmässig oder zweckwidrig sei, sich als Partei mit eigenen Kandidaten an diesen Wahlen

zu beteiligen, können weitgehende Meinungsverschiedenheiten darüber, welche Aufgaben die Arbeiterschaft Russlands in dessen gegenwärtiger Revolution zu erfüllen und welche Änderungen sie vor allem ins Auge zu fassen hat, unter russischen Sozialdemokraten, welche die wirtschaftliche Struktur ihres Landes kennen, nur dann möglich sein, wenn die einen oder die andern das *ABC* der Theorie, die die Gesellschaft als einen sich in Übereinstimmung mit ihrer Produktionshöhe entwickelnden Organismus auffasst, entweder nicht begriffen oder zum alten Eisen geworfen haben. Nur, wer die marxistischen Begriffe, wie *Klassenkampf, Organisation des Proletariats als Klasse, proletarische Revolution* etc., statt unter dem Gesichtspunkt des sozialen Entwickelungsgedankens, dogmatisch-absolutistisch auffasst, kann darüber unklar sein, dass die gegenwärtige russische Revolution unmöglich schon die Herrschaft des Proletariats und die proletarisch-sozialistische Umwälzung der Gesellschaft bringen kann, kann übersehen, dass sie für Russland im wesentlichen das zu erfüllen hat, was die Revolution von 1789 für Frankreich und, in Verbindung mit der Revolution von 1848, für das übrige West- und Mitteleuropa mehr oder weniger verwirklicht hat: die Herstellung eines modernen Verfassungslebens auf demokratischer Grundlage. So war die politische Stellung der russischen Sozialdemokratie in den parlamentarischen Kämpfen der Revolution von selbst vorgezeichnet: wo sie als selbständige Partei auftreten konnte, als treibende Kraft neben dem radikalsten Flügel der bürgerlichen Demokratie, wo ihr zur selbständigen Aktion die Möglichkeit fehlte, als Stütze dieser bürgerlichen Demokratie. Das war so selbstverständlich, dass mir kein namhafter europäischer Sozialdemokrat bekannt ist, der die Mission der russischen Sozialisten anders aufgefasst hätte.

Unter diesen Umständen ist kein Wort zu scharf, die Art und Weise zu kennzeichnen, wie im *Vorwärts* der Sieg der Demokraten bei den *Duma*wahlen behandelt wurde. Ich schreibe ausdrücklich: im *Vorwärts*, weil ich nicht annehmen kann, dass die Redaktion selbst das Zeug von unverdauten marxistischen Phrasen zusammengeschrieben hat, das in den Tagen des russischen Wahlkampfes und nachher an erster Stelle des ersten Organs der deutschen Sozialdemokratie über dies bedeutungsvolle Ereignis zum besten gegeben wurde, sondern den Verfasser lieber in irgend einem Bernau suchen zu dürfen glaube. Während so eingewurzelte Verfechter des Marxismus in Russland, wie Axelrod, Plechanow etc. eine zeitweilige Kooperation mit der demokratischen Partei oder Unterstützung dieser unter bestimmten Bedingungen als etwas ganz Natürliches behandelten, bekam der treffliche Mitarbeiter des *Vorwärts* es fertig, zu schreiben, dass Unterstützung der Demokraten im Wahlkampf für die *Duma* weiter nichts hiesse, als für die Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer holen, und zur Folge haben werde, dass die Arbeiter ins Schlepptau der Bourgeoisie geraten. Ist es erst nötig, die ganze Lächerlichkeit dieser Deduktion aufzudecken? Braucht man erst daran zu erinnern, dass Marx 1848 sich mit radikalen bürgerlichen Demokraten verbündete, dass Lassalle noch 1863, als er schon mit der Fortschrittspartei in hellem Kampf lag, in seiner Solinger Rede die Parole ausgab, bei der kommenden Wahl trotz alledem für die Fortschrittskandidaten zu stimmen? Dass Liebknecht noch später mit der bürgerlich demokratischen Volkspartei eine Koalition einging? Und die russischen Demokraten sind durchgängig Männer, die mit dem grössten Mut der

Gefahr trotzen, nach Belieben der politischen Polizei ins Gefängnis wandern zu müssen. Die bürgerliche Demokratie ist in Russland bei dessen gegenwärtiger Klassenstruktur ein absolut unentbehrlicher Faktor. In diesem Sinne hat unter anderen die Wiener *Arbeiterzeitung* — gewiss eine unverdächtige Stimme — in ihrer Nummer vom 13. April den Wahlsieg der russischen Demokraten gewürdigt und ihr Bedauern darüber ausgesprochen, dass infolge des — im *Vorwärts* so glorifizierten — Wahlboykottbeschlusses den Demokraten in der *Duma* ein Antreiber zur Linken fehlen wird. Ganz richtig sagt sie, der russische demokratische Konstitutionalismus sei »geistig genährt von sozialistischen Ideen, verdankt ihnen den Zauber der Anziehung und, soweit sie vorhanden, die Kraft seines politischen Handelns«. In der Tat sind viele der *Kadetten*, wie der Spitzname der Partei lautet, durch die Schule des Sozialismus gegangen. Schon das zeigt, wie wenig im vorliegenden Fall mit dem Schlagwort *Bourgeoisie* gesagt ist. Die Partei der demokratischen Konstitutionalisten Russlands ist so wenig Klassenpartei der Bourgeoisie, wie es die *Montagnards* im Konvent von 1793 und die demokratische Partei in der Berliner Nationalversammlung von 1848 war, wo entschiedene Sozialisten neben demokratischen Kleinbürgern und Bauern sassen.

Nicht mehr lächerlich, sondern schon mit einem sehr viel schärferen Ausdruck zu bezeichnen ist es, wenn im *Vorwärts* vom 17. April die Weigerung der Führer der *Kadetten*, ihren Feldzugsplan für die *Duma* durch einen Interviewer der *Petersburger Zeitung* der zarischen Regierung in den Details bekannt zu geben, als beginnender *Verrat am Proletariat* bezeichnet wird. Hat denn die Redaktion unseres grössten Parteiorgans gar keinen Begriff von dem Ernst der Situation in Russland und den Schwierigkeiten des Kampfes in der *Duma*, dass sie die Reproduktion so infamer Kindereien zulässt? Weiss sie wirklich nicht, dass die *Duma* noch kein Parlament ist mit geregelter Geschäftsordnung und gesicherten Vollmachten, wie die französische Deputiertenkammer und das englische Unterhaus, sondern dass das alles erst zu erkämpfen sein wird? Hat sie keine Ahnung davon, dass ein grosser Teil der *Duma*abgeordneten aus den ländlichen Kreisen noch unbeschriebene Blätter sind, von denen sich erst zeigen muss, wes Geistes Kinder sie sind, und was man von ihnen erwarten, was man ihnen zumuten kann? Dass also mindestens erst abgewartet werden muss, ob die *Duma* sofort in absoluten Konflikt mit der Regierung geraten wird, oder ob die Demokraten vorerst in der *Duma* gegen den aus Reaktionären, Mittelparteilern und Farblosen gebildeten andern Teil werden anzukämpfen haben? All das ist noch unbestimmt, und da sollen die demokratischen Führer sich hinstellen und ihren Gegnern von vornherein anzeigen: seht, das ist unser Feldzugsplan! Als ob die Geschichte nicht überreich an Beispielen wäre, wo solche Vorheranzeigen sich sehr bitter bezahlt gemacht haben!

Mit dem Zusammentritt der *Duma* beginnt sozusagen die zweite Phase der russischen Revolution, und dass sie nicht minder ernst sein wird, als die erste, untersteht keinem Zweifel. Schon rüstet sich im Moment, wo dies geschrieben wird, die zarische Regierung zum Kampf mit der *Duma*, der ein Kampf wider die P e r s o n e n in der *Duma* sein wird. Es ist schwerlich zu viel gesagt, dass über dem Haupte jedes von ihnen, der zur Opposition zählt, buchstäblich das Schwert des Damokles hängt. Und doch, ohne dass man es uns vorher gesagt

hat, glaube ich, es als sicher vorauserkennen zu können, dass die *Duma* sehr bald dazu übergehen wird, statt sich von der Regierung ihr Programm zudiktieren zu lassen, den Kampf um ihr Recht als Volksvertretung in den Vordergrund zu stellen. Sie wird es tun, weil sie es tun m u s s. Es liegt in der ganzen Situation, der erste kleine Geschäftsordnungskonflikt kann den Anlass dazu bieten. Dann wird es ein bitterer, hartnäckiger, ernster Kampf werden

Und wir diesseits des Njemen? Das Frühjahr 1906 hat mit Gewerkschaftskämpfen von seltener Schärfe und Ausdehnung begonnen. Die Arbeiterschaft ist in weiten Kreisen in ziemlicher Erregung. In Breslau hat die aufgeregte Schutzmannschaft in einem Anfall von Berserkerwut wie rasend in eine, zum grössten Teil ganz harmlose, Volksmenge eingehauen. Unter diesem Zeichen steht der 1. Mai. Er ist in Preussen zu erneuten Demonstrationen gegen das Klasesnwahlsystem bestimmt. Für dieses Mal kommen sie leider verspätet — Senf am Ende der Mahlzeit. Hoffen wir, dass sie darum nicht minder eindrucksvoll ausfallen!

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

JAMES RAMSAY MACDONALD · DIE NEUE ARBEITERPARTEI IM ENGLISCHEN PARLAMENT

BEREITS in der ersten Session des neugewählten Unterhauses ist der britischen Arbeiterpartei der Erfolg, mit dem sie bei den Wahlen ihr Dasein begann, treu geblieben. Die Fraktion besteht aus 30 Mitgliedern in einem Haus, das deren 670 zählt. Die liberale Regierung verfügt über eine Majorität, die gross genug ist, um ihr eine absolute Unabhängigkeit vor jeder nur möglichen gegen sie etwa auftretenden Konstellation zu sichern. Ungerechtem Zwang ist die Regierung daher gewachsen, und welchen Einfluss die Arbeiterpartei auf das Unterhaus immer haben mag, er wird einzig und allein der Geschicklichkeit ihrer parlamentarischen Taktik und der Macht, auf die sie sich im Lande stützt, zu danken sein.

Das Parlament trat am 13. Februar zusammen, und von der ersten Sitzung an erhob sich die Arbeiterpartei zu einem massgebenden Faktor in allen Fragen der Arbeit und der Menschlichkeit. Dank ihren Erfolgen bei den Wahlen konnte die Partei die Frage der Arbeitsbedingungen in den Docks und den Militärwerkstätten aufwerfen. In Zukunft haben die Vorsteher dieser grossen Arbeitsressorts das Gewerkschaftsprinzip anzuerkennen; Deputationen der Arbeiter müssen durch Amtsvertreter, die von den Arbeitern bestimmt werden, empfangen, die gewerkschaftlichen Forderungen müssen beachtet werden; bei allen drohenden Schwierigkeiten, auch wegen der kontraktlichen Bedingungen bei Lieferungen durch private Unternehmer, wird eine Kommission, die zum Teil aus Gewerkschaftern, zum Teil aus Regierungsvertretern besteht, über die strittigen Punkte zu entscheiden haben. Die Partei hat ferner eine Resolution eingebracht, welche die Regierung auffordert, an alte arme Personen Pensionen zu bezahlen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen, und die Partei hat der Regierung zu verstehen gegeben, dass sie bei der nächsten Session auf praktische Anerkennung dieser Resolution dringen wird. Weiter wurden in Sachen der Qualifikation der Fabrikinspektoren Schritte getan. Seit

einigen Jahren herrschte im Ministerium die Tendenz vor, die Prüfung, welcher die Inspektorkandidaten unterworfen sind, in einer Weise auszugestalten, die es jedem Nichtakademiker unmöglich machte, Inspektor zu werden. Diese Inspektoren wurden dann von einem Stab von Inspektionsassistenten, die aus den arbeitenden Klassen hervorgingen, unterstützt; aber bei dem Geist der Exklusivität, der in unserem Zivildienst so sehr vorherrscht, wurde es für diese Assistenten immer schwieriger, bis es ihnen zuletzt einfach unmöglich gemacht wurde, zu dem Rang eines eigentlichen Inspektors empor zu steigen. Das Resultat war vom Gesichtspunkt der Wirksamkeit aus nicht befriedigend, aber auch hiervon abgesehen, empfindet die Arbeiterpartei es natürlich als eine Ungerechtigkeit, wenn ein wichtiger Zweig des Zivildienstes, der von Natur den fähigen Elementen der industriellen und gewerblichen Erfahrung gehört, für den bürgerlichen Mittelstand reserviert wird. Gleich zu Beginn der Session wurde diese Frage vom Schreiber dieses Artikels aufgerollt, und zwar mit dem Erfolg, dass der Staatssekretär des Innern nunmehr die Sachlage nachgeprüft hat und die Fabrikinspektion den Männern der Arbeit und der praktischen Erfahrung öffnen will.

Ihren grössten Triumph in direkten Arbeiterfragen hat aber die Partei im Zusammenhang mit dem Gesetz über Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis errungen. Die deutschen Leser, die unsere Arbeiterbewegung verfolgt haben, wissen, dass bis vor einem oder zwei Jahren, als das berühmte *Taff Vale*-Urteil gefällt wurde, die allgemeine Annahme dahin ging, dass das Vermögen einer Gewerkschaft nicht zur Entschädigung eines Unternehmers herangezogen werden kann, dessen Interessen bei vorkommenden Differenzen durch das Vorgehen der Gewerkschaftsangestellten geschädigt wurden, gleichviel, ob dieses Vorgehen gesetzlich oder ungesetzlich war. In der *Taff Vale*-Angelegenheit entschied das Oberhaus anders, und seitdem verlangten die Gewerkschaften einmütig eine Änderung der Gesetze, um ihre Gelder vor den Ansprüchen der Unternehmer zu schützen. Die Kontroverse drehte sich um den Punkt, ob die Gewerkschaften die Verantwortung für die Handlungen der Angestellten, welche vom Zentralvorstand gesandt und instruiert werden, übernehmen, oder ob sie gerechterweise eine völlige Immunität gegenüber diesen Handlungen verlangen sollten. Im Jahre 1902 beauftragten das parlamentarische Komitee des Gewerkschaftkongresses, die Leitung des allgemeinen Gewerkschaftsverbandes und der Vorstand des *Arbeitervertretungsbundes* (welcher jetzt den Namen *Arbeiterpartei* angenommen hat) je zwei ihrer Mitglieder, eine Kommission zur Erwägung der Lage und zur Ausarbeitung eines Gesetzes zu bilden. Dieses Gesetz wurde 1903, 1904, 1905 eingebracht und begegnete jedesmal einer immer wachsenden Unterstützung im Unterhause. Das Gesetz war auf der einfachen und ehrlichen Grundlinie errichtet, die Gewerkschaft als ein Ganzes nicht für die Handlungen ihrer einzelnen Angestellten haftbar zu machen. Auf den ersten Blick mag das als eine unvernünftige Forderung erscheinen. Ziehen wir aber in Betracht, dass die Agenturgesetzgebung, wenn sie auf die Gewerkschaften überhaupt angewendet werden soll, nur zu einer langen Reihe von Prozessen führen kann; dass sie in ihren Folgerungen eine Ungerechtigkeit für die koalierte Arbeit bedeuten müsste; dass sie der Gewerkschaft eine korporative Persönlichkeit unterstellt, welche die Gewerkschaft faktisch nicht besitzt; und dass sie, obwohl sie auf dem Papier

ebenso gut die Unternehmerverbände, wie die der Arbeiter, betrifft, doch tatsächlich nur zur Bestrafung der letzteren dienen wird — ziehen wir alles dies in Betracht, so wird klar, dass die Forderungen der Gewerkschaften nicht so unvernünftig sind, wie es auf den ersten Blick scheinen konnte. Andererseits geben diejenigen, die die Anwendung der Agenturgesetzgebung auf die Gewerkschaften herbeisehnen, zu, dass diese Gesetze auf die Gewerkschaften eine besondere und begrenzte Anwendung finden müssten. Treibt man diese Leute aber zur Vorbringung von Einzelheiten, so findet man, dass ihre Vorschläge nur auf die Schaffung einer schwerfälligen Maschinerie hinauslaufen, die leicht zu umgehen sein wird, und die also eine Prämie auf die Unehrlichkeit der Gewerkschaften setzt und den Unternehmern nur eine illusorische Sicherheit gewährt.

Es ist bekannt, dass gewisse Führer der liberalen Partei — besonders Asquith, ein Jurist, früher Minister des Innern und jetzt Justizminister, und Fowler, einer der grössten Feinde des modernen Fortschritts, früher Präsident der monopolistischen Telephongesellschaft, ein Mann, der die kommunale Bewegung offen und heimlich bekämpfte — sich den gewerkschaftlichen Forderungen entgegenstellten und die Prinzipien des *Taff Vale*-Entscheids begünstigten. Die vorige Regierung hatte nun eine Kommission eingesetzt, um Erhebungen zu einem Gesetz über den Gegenstand zu machen; aber obwohl diese Kommission eine Vertretung der Unternehmer in sich aufgenommen hatte, verweigerte sie die Aufnahme einer Arbeitervertretung. Das Resultat war, dass keine Arbeiterorganisation des Landes vor der Kommission etwas aussagen wollte, und dass ihr Bericht, der soeben erschien, von jedem Arbeiterführer mit Geringschätzung aufgenommen wird. Wir hörten aber von verschiedenen Seiten, dass die Regierung mit der Absicht umging, auf Grund dieses Berichtes ein Gesetz zu schaffen, und wir liessen sie wissen, dass in diesem Falle die Regierung auf unsere kräftigste Opposition zählen könnte. Die Vorlage wurde dann eingebracht, und die Gerüchte bestätigten sich. Der Regierungsvertreter, welcher den Entwurf zu begründen hatte, gewahrte sehr schnell, dass er das ganze Haus gegen sich hatte, und dass die Mehrheit der liberalen Partei durch ihre Wähler so fest auf unsere Vorlage verpflichtet war, dass sie uns sogar gegen die Regierung unterstützen musste. Es ist im Unterhaus, ausser unter ganz besonderen Umständen, nicht Sitte, die erste Lesung einer Vorlage zurückzuweisen. Wir enthielten uns deshalb der Abstimmung und liessen die erste Lesung ohne Opposition vor sich gehen, wenngleich Shackleton, der in unserem Namen sprach, keinen Zweifel darüber liess, dass wir in einem späteren Stadium der Verhandlung schon opponieren würden. Das war an einem Mittwoch, und dann kam der Triumph der Partei. Sie war wieder glücklich bei den Wahlen gewesen, und am nächsten Freitag — der Freitag ist für die Initiativanträge reserviert — brachte sie ihr eigenes Arbeitsstreitgesetz ein. Wäre die Regierung uns entgegengetreten, so hätte sie eine Niederlage erlitten. Aber anstatt uns entgegenzutreten, teilte der Ministerpräsident dem Hause mit, dass er schon für unsere Vorlage gestimmt hätte, und dass er keinen Grund sähe, warum er nicht wieder für sie stimmen sollte, dass zwischen der Regierungsvorlage und der unsrigen kein Unterschied in den Prinzipien, sondern nur in der Methode sei, und dass die Regierung es dem Hause anheimstelle, selbst zu entscheiden, ob es die Verantwortlichkeit der Angestellten in der Art, wie die Regierungsvorlage sie statuierte, oder die offene Ablehnung

solcher Verantwortlichkeit, wie unsere Vorlage sie enthielt, annehmen wolle. Unsere Vorlage kam mit einer überwältigenden Majorität von mehr als 350 Stimmen in die zweite Lesung. Dies ist der augenblickliche Stand der Angelegenheit. Nach den Ferien muss die Regierung zur zweiten Lesung ihrer Vorlage schreiten, aber das ganze Haus räumt ein, dass die Arbeiterpartei einen gewaltigen Vorsprung errungen hat.

Ausser diesen direkten Arbeiterfragen waren wir in der Lage, eine andere Angelegenheit von höchster Wichtigkeit für die arbeitenden Klassen zu fördern. Seit einer Reihe von Jahren hat sich die Aufmerksamkeit der sozialistischen Parteien Grossbritaniens der Frage der physischen Entartung zugewendet, und unter den praktischen Vorschlägen, die gemacht wurden, war besonders der einer Ernährung der Schulkinder auf öffentliche Kosten zu beachten. Als die Agitation für diesen Gedanken einsetzte, schien sie den Widerspruch des Mittelstands*individualismus* im ganzen Lande heraufzubeschwören, aber zur rechten Zeit wurde sie vom Gewerkschaftkongress und vom Parteitag der Arbeiterpartei gebilligt, und schon im vergangenen Jahre wurde eine den Gegenstand betreffende Vorlage von einem unserer Mitglieder, deren wir damals 4 im Unterhaus hatten, eingebracht. Sie hatte nicht einmal die Aussicht, in die zweite Lesung zu kommen. Als wir sie aber vor etwa zwei Monaten wieder einbrachten, wurde die Vorlage nach einer trefflichen Diskussion ohne Abstimmung, und nachdem ein Antrag auf Ablehnung keine Unterstützung gefunden hatte, einer besonderen Kommission überwiesen. Nun wussten wir, dass nach der Arbeitsmethode unseres Parlaments die Überweisung einer Vorlage an eine besondere Kommission nicht viel mehr als ein Begräbnis bedeutet; aber ehe wir diesem Vorschlag, der von der Regierung ausging, zustimmten, hatten wir aus dem Ministerium die Zusicherung erhalten, dass der Entwurf, sobald er aus der Kommission an das Haus zurückgelangt, wie eine Regierungsvorlage behandelt werden würde. Die zur Bearbeitung des Entwurfs gewählte Kommission ist ausgezeichnet zusammengesetzt und macht gute Fortschritte. Endlich sei noch das Schulgesetz erwähnt, das dem Parlament kürzlich vorgelegt wurde. Es hat uns Gelegenheit gegeben, vor dem Lande unsere Stellung zur religiösen Erziehung darzulegen, und in einem späteren Stadium der Beratung werden wir unser Mögliches tun, um eine unzweideutige Entscheidung zu gunsten der weltlichen Erziehung herbeizuführen. Sicher werden wir dabei unterliegen, aber unsere Haltung wird das Publikum zwingen, mehr über den Gegenstand nachzudenken, als es bisher geschah, und die beträchtliche Unterstützung, die wir innerhalb des Hauses zu finden sicher sind, wird unsern Einfluss weiter ausdehnen.

In internationalen Angelegenheiten waren wir auch im stande, uns ein bisschen zu betätigen. Die Kongodebatte haben wir veranlasst, und der Kampf mit dem Minister des Innern, ehe er die Handhabung des Fremdenrechtes korrigierte, welche politische Flüchtlinge des Asylrechts in unserem Lande beraubte, wurde hauptsächlich von den Bänken der Arbeiterpartei ausgeführt. Die grauenhafte Erschiessung von zwölf Eingeborenen in Natal unter Kriegsgesetz wurde gleichfalls infolge eines vom Schreiber dieses gestellten Antrages vor das Haus gebracht.

Diese Parlamentsarbeit zweier Monate hat unzweifelhaft die grosse Masse der Gewerkschafter überzeugt, dass die politische Aktion ihre Hauptwaffe in der

Zukunft sein muss. Die Blätter aller Richtungen erkennen den Erfolg unserer Partei an. In den Osterferien ist es üblich, dass die Zeitungen erörtern, was die Mitglieder des Parlaments besonders Hervorragendes geleistet haben. Es war nicht uninteressant, zu bemerken, dass die angesehenen, grossen Blätter fast einstimmig sich dahin aussprachen, dass der eine oder der andere aus unserer Partei am besten abgeschnitten hätte. Wir haben natürlich viel Schwierigkeiten vor uns, und vielleicht ist unser guter Anfang nicht ein zuverlässiger Beweis dafür, wie wir enden werden. Aber jedem Tag muss das Gute genügen, was an ihm getan ist, und niemand kann bestreiten, dass durch die Arbeit unserer Partei im Unterhaus die politische Arbeiterbewegung zu einer Macht im Lande geworden ist.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

OLAV KRINGEN · DIE AUFLÖSUNG DER SKANDINAVISCHEN UNION UND DIE STAATSFORM NORWEGENS



S ist ganz natürlich, dass die Demokraten in ganz Europa als unmittelbare Folge der Unionsauflösung die Errichtung einer Republik in Norwegen erwarteten. Und doch gingen wir hin und beschlossen mit gewaltiger Mehrheit die Schaffung eines Königtums! Es ist ebenso selbstverständlich, dass die Enttäuschung bei den schwedischen Demokraten besonders gross ist. Sie sehen sich um den Preis der Hilfe betrogen, die sie uns bei der Unionsauflösung geleistet haben. Aber gewiss ist die Enttäuschung auch in den uns ferner stehenden Ländern sehr gross, denn was wir getan haben, hat vielleicht die Reaktion überall gestärkt. Das Beispiel wirkt. Hätten wir die Republik vorgezogen, so wäre das ein ausnehmend scharfer Sporn für die starken republikanischen Kräfte in Schweden bei ihrem Kampf gegen die Reste des alten Absolutismus gewesen. So, wie die Unionsauflösung jetzt vor sich gegangen ist, nachdem sie mit der Wahl eines Königs abgeschlossen wurde, wird sicherlich Norwegen wenig wahre Freünde mehr in Schweden haben. Stolz auf unser Vaterland sind wir schliesslich alle, und dieser Stolz der Schweden wurde durch die Unionsauflösung verwundet, denn sie hatten sich uns gegenüber doch stets als Herren gefühlt. Auch die, die früher in Schweden aufrichtig unsere Freunde waren, bekamen nicht einmal die Stütze, die ihnen eine norwegische Republik geboten hätte. Durch die Errichtung des Königtums in Norwegen ist also eine Mauer zwischen uns entstanden, und es wird sehr viel Geduld und Arbeit von beiden Seiten erforderlich sein, ehe die Mauer wieder abgetragen ist. Wir haben so viele Privilegien weggeräumt, uns so viele freiheitliche Institutionen geschaffen und so viel Kultur angeeignet, dass unser kleines Land in vielem ein Land des Fortschrittes gewesen ist. Und jetzt, wo die wichtige Frage *Monarchie oder Republik?* uns vorgelegt worden ist, haben wir doch das reaktionäre Prinzip gewählt! An dieser Entscheidung sind die Demokraten ganz Europas in hohem Masse interessiert, und mit Recht fordern sie von uns Sozialdemokraten Rechenschaft über unsere Handlungsweise.

Die Frage, ob man innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die monarchische

oder die republikanische Staatsform vorzuziehen hat, ist an und für sich keine sozialistische Prinzipienfrage. Trotzdem werden gewiss alle sozialistischen Parteien, wenn sich ihnen die Gelegenheit dazu bietet, sich für die Republik entscheiden und mit voller Kraft für sie kämpfen. Wir hatten die Gelegenheit dazu im letzten Sommer und nahmen sie in vollem Masse wahr. Ich brauche mich nur selber als Beispiel zu nehmen. Zweifellos war es die Absicht der Regierung, dass über die künftige Staatsform Norwegens der *Storthing* beschliessen sollte, ohne Volksabstimmung. Hier setzten wir ein: Ich fuhr kreuz und quer durch das Land und hielt Vorträge, und überall wurden danach Resolutionen angenommen, in denen die Volksabstimmung über die zukünftige Regierungsform gefordert wurde. Nicht unser *Storthing*, das ganze Volk sollte die Antwort auf diese Frage *Republik oder Monarchie?* geben. Das setzten wir auch durch. Die kurze Zeit, die wir nun bis zur Volksabstimmung noch für unsere Agitation bekamen, nutzten wir im Kampfe für die Republik aufs äusserste aus. Die Frage wurde vom Volke beantwortet — und wir unterlagen. Die Hauptgründe, die das norwegische Volk veranlasst haben, sich für das Königtum zu entscheiden, habe ich bereits in dieser Zeitschrift angeführt.[1]) Dass diese Gründe für Sozialdemokraten bestimmend sein könnten, habe ich nie behauptet. Wir bekämpften sie ja und suchten sie in unserer Agitation zu entkräften. Aber unsere Gründe fanden kein Gehör. Die Royalisten hatten den richtigen volkspsychologischen Augenblick gewählt. Das Volk war von der Zeit politischer Hochspannung, die es durchlebt hatte, vollständig müde und abgespannt. Es trachtete vor allem darnach, das Gewonnene festzuhalten, und hatte nicht mehr die Kraft, neue politische Fragen zu lösen. Darum fiel unsere Volksabstimmung so aus, wie die napoléonischen Plebiszite. Aber unsere Stellung als Nation unter den Nationen Europas ist von der Frankreichs grundverschieden, und unser Königtum hat einen anderen Charakter, als das französische Kaisertum. In Frankreich war unter dem Kaisertum die republikanische Agitation für alle Radikalen selbstverständlich; bei uns würde eine solche Agitation nur stärker revolutionierendem Wirken im Wege stehen. Die norwegische Sozialdemokratie schreitet daher nicht zum Kampf gegen das einmal errichtete norwegische Königtum. Ich konstatiere hier nur eine Tatsache und spreche keinen Wunsch aus.

Unsere Agitation hatte also bewirkt, dass unsere künftige Regierungsform durch das Volk, und nicht vom *Storthing*, bestimmt wurde. Daher darf man der späteren formellen Abstimmung im *Storthing* über die Wahl des Königs keinerlei Gewicht beilegen. Das Volk hatte sich ja für das Königtum entschieden unter der Voraussetzung, dass Prinz Karl von Dänemark König werden sollte. Vom rein demokratischen Standpunkte aus kann man sogar sagen, dass die Abgeordneten nicht einmal das Recht hatten, anders zu stimmen, als sie taten. Die Abgeordneten sind ja die Vertreter der verschiedenen Wahlkreise, und ausnahmslos alle Wahlkreise hatten sich für den Prinzen Karl entschieden. Ihre Repräsentanten hatten also in dieser Frage nicht freie Hand; sie mussten so stimmen, wie die Mehrheit in ihren Wahlkreisen beschlossen hatte. Durch die Abstimmung im *Storthing* und ihre Motivierung trat auch klar zu Tage, dass wir unsere republikanische Agitation damit als abgeschlossen betrachteten.

[1]) Vergl. meinen Artikel *Monarchie oder Republik?* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 64 ff.

Diese Abstimmung im *Storthing* hat aber im Auslande einiges Aufsehen erregt, und besonders unsere vier Genossen im *Storthing* sind, weil sie mit *Ja* stimmten, sehr scharf angegriffen worden. So schreibt der schwedische Genosse Wilhelm Janssen unter anderm folgendes:

»Das wird noch weiter bestätigt durch das Eingeständnis Castbergs gegenüber dem Vertreter des Stockholmer *Social-Demokraten* einige Tage nach der bewussten Abstimmung im *Storthing*, dass er nämlich eine Dummheit gemacht habe, über die aber nicht hinweg zu kommen war, weil sonst die Fraktion der vier Parteigenossen im *Storthing* gespalten gewesen wäre. Eriksen war nämlich der Tonangebende, dem die anderen folgten.«[2])

Castberg hat mir mitgeteilt, dass er niemals von einem Vertreter des schwedischen *Social-Demokraten* interviewt worden ist, und dass er auch niemals das gesagt hat, was Janssen ihm in den Mund legt. Übrigens hätte Eriksen gewünscht, bei der Abstimmung *Nein* zu sagen, aber die übrigen drei wollten mit *Ja* stimmen, und daraufhin schloss sich auch Eriksen ihnen an. Castberg begründete für sich und die übrigen Republikaner ihre Abstimmung dadurch, dass er erklärte, die Frage sei für sie durch die Volksabstimmung erledigt, und sie würden sich nach dieser richten. Der erwähnte Artikel Janssens ist, abgesehen von dem historischen und statistischen Teil — was hat der übrigens mit dieser Abstimmung zu tun? —, auch in allen seinen anderen Ausführungen so entstellend, wie in dem oben erwähnten Beispiel. Auf die den Artikel einleitende Anmerkung der Redaktion der *Neuen Zeit*, die auch auf einem Missverstehen beruht, brauche ich nicht einzugehen; sie findet ihre Antwort in dem Gang der russischen Revolution.

Für uns Sozialdemokraten gilt es, das Volkspsychologische, das den Ereignissen zu Grunde liegt, zu verstehen. Wir können nicht gegen eine harte Steinmauer mit den Köpfen anrennen und sie uns blutig schlagen, bloss weil wir glauben, dass die Mauer von Stroh sei. Wir müssen uns zu jeder Arbeit das beste Werkzeug suchen. Wenn man überhaupt von einem Ereignis wie der skandinavischen Unionsauflösung sprechen will, ist es für einen intelligenten Sozialdemokraten die erste Pflicht, dass er zunächst zu verstehen sucht, was überhaupt geschehen ist, und warum es geschehen ist. Da sehen wir uns vor die Tatsache gestellt, dass das norwegische Volk beinahe hundert Jahre lang in einer Union gelebt hat, unter der es jeden neuen Tag als eine neue Schmach empfand. In dieser Zeit hat es immer und immer wieder darüber nachgedacht, wie es aus der Union herauskommen könnte. Alles, was von der Union herkam, hat die Norweger geschmerzt, wie Nadelstiche. Am tiefsten wirkten natürlich die schwedischen Versuche, Norwegen zu einem Schweden untergeordneten Staate zu machen. Einen unmittelbaren Versuch nach dieser Richtung hin unternahm die Boströmsche Regierung kurz vor der Unionsauflösung. Die Empörung hierüber verdichtete sich zur Tat des 7. Juni, da das norwegische *Storthing* die Union mit Schweden für aufgelöst erklärte. Das war ein durchaus revolutionärer Akt. Aber auf jede glücklich durchgeführte Revolution folgt eine Art von Reaktion. Das bewirkt schon das Streben, das Erreichte festzuhalten. Diess Streben, das eine gewisse Selbstbescheidung in sich schliesst, wog am schwersten für die Monarchie; nicht etwa der Chauvinismus oder starke nationa-

[2]) Vergl. Wilhelm Janssen: *Das Ende der skandinavischen Unionstragödie* in der *Neuen Zeit* 1905-1906, I. Bd., pag. 733.

listische Elemente — die eifrigsten Nationalisten hatten wir vielmehr auf unserer Seite im Kampfe für die Republik.

Jetzt haben wir jedenfalls in Norwegen das Königtum: wie stellt sich nun die norwegische Sozialdemokratie dazu? Ich hatte persönlich meine volle Kraft in dem Kampfe für die norwegische Republik eingesetzt, und meine Haltung wird in diesem Punkte jeder *revolutionären* Kritik stand halten. Aber trotzdem hatte ich bei meiner Arbeit nicht einen Augenblick das Gefühl, dass ich der Sozialdemokratie einen Dienst geleistet hätte. Ja, ich war im Gegenteil darauf vorbereitet, mich bei der internationalen Sozialdemokratie dafür entschuldigen zu müssen, dass ich so meine ganze Kraft in den Dienst einer bürgerlichen Sache gestellt hatte. Das konstitutionelle norwegische Königtum gehört zu den neuesten Staatsformen Europas, ist viel neuer, als alle Republiken der Welt. Es gewährt uns volle Freiheit für die weitestgehende sozialistische Agitation, die radikalsten Reformen. Ist es da nicht richtiger, dass die norwegische Sozialdemokratie, anstatt eine unfruchtbare bürgerlich-republikanische Agitation zu betreiben, weiter an der Sozialisierung der Gesellschaft arbeitet? So werden wir eine neue Staatsform schaffen, die — das können wir versichern — keine bürgerliche Republik werden wird. ..

Wenn wir jetzt zu den sogenannten *radikalen* Sozialdemokraten in Deutschland gingen und sie fragten, was wir tun sollen, so würden wir wohl, das kann ich mir denken, als Antwort bekommen: Agitiert, agitiert gegen das neue Königtum! Republik, Republik vor allem! Ohne Einsicht, ohne Ziel, ohne Hoffnung! Gingen wir aber zu den sogenannten *revisionistischen* Sozialisten, so würden sie uns antworten: Versucht, zu begreifen, was geschehen ist, und nützet alle Umstände aus, um die grosse Idee des Sozialismus vorwärts zu bringen! Fördert sie innerhalb der Staatsform, die ohne eure Verantwortung ins Leben getreten ist! Räumt alles fort, was euch im Wege steht, und arbeitet weiter auf den Sozialismus hin, aber vergeudet nicht eure Kraft in der unfruchtbaren Arbeit für eine bürgerliche Republik!

Aber das Schlimme ist: Hier kann uns keiner raten; wir müssen uns schon selber helfen. Vielleicht ist es auch das beste. Es ist doch wunderbar schön, dass der Sozialismus etwas Menschliches ist und kein Stück Nürnberger Spielzeug, das Janssen und Kautsky auseinandernehmen können, um sich dann wegen der Einfachheit der Zusammensetzung zuzulächeln.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ERNST DEINHARDT · EIN NACHWORT ZUR BEAMTENFRAGE IN DEN GEWERKSCHAFTEN



FORTGESETZT wird das Interesse der organisierten Arbeiter durch die Gewerkschaftsbeamtenfrage in Anspruch genommen. Zunächst wurde der Streit zwischen Partei und Gewerkschaft nach dem Cölner Gewerkschaftskongress und auch in den letzten Wochen wieder seitens einiger Parteiblätter zu besonderen Angriffen auf die Gewerkschafts-*beamtenhierarchie* benutzt, was die Aufmerksamkeit der Arbeiterpublizistik immer wieder auf die Beamtenfrage in den Gewerkschaften lenkte. Das geschah mehr noch durch einige unliebsame, für die prekäre Lage der Gewerkschaftsbeamten

aber bezeichnende Vorkommnisse innerhalb der Gewerkschaften. Und nicht zuletzt gab mein Artikel in dieser Zeitschrift[1]) der Gewerkschaftspresse Veranlassung zu einer Erörterung über die Stellung der Beamten innerhalb der Gewerkschaften.

Von allen Auslassungen erwähnen wir nur die des Genossen J. Döring im *Hafenarbeiter.*[2]) Döring, der Vorsitzende des Hafenarbeiterverbandes, unterschreibt meinen Artikel in fast allen seinen Einzelheiten; stellenweise hätte ich noch einen viel zu grossen Optimismus bekundet. Gerade im Hafenarbeiterverband sei die »Abneigung gegen das *Beamtentum*« oft in verhängnisvoller Weise zum Vorschein gekommen:

›Auf allen Verbandstagen hat diese Frage eine Rolle gespielt; noch jedes einzelne Mal haben die Beamten um die Erringung einer Position, einer Stellung kämpfen müssen, die der Natur ihrer Beschäftigung und Betätigung entsprechend und ihrer selbst als Person würdig war. Gewiss, auch in unserer Organisation bricht sich allmählich die Erkenntnis Bahn, dass die Beamten, wenn sie auch im Dienste der Organisation stehen, damit aber nicht Bediente der einzelnen Mitglieder sind. Früher war die Auffassung anders: das geht schon aus der Stellung hervor, in die der erste im Hauptbureau angestellte Beamte hineingepresst wurde. Es wurde ihm tatsächlich die Stellung eines Hausknechts zugewiesen; die Möglichkeit zum selbständigen Handeln und Arbeiten, zur Entfaltung einer seinen Fähigkeiten entsprechenden Betätigung war durch den Anstellungsmodus von vornherein ausgeschlossen. Es war ja ein Beamter, und dem mussten die Zügel straff gehalten werden . . .‹

Von ähnlichen Erfahrungen im ersten Jahrzehnt ihrer Beamtenlaufbahn könnten alle älteren Gewerkschaftsführer berichten.

× × ×

In der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinspresse ist mein Artikel in der Hauptsache referierend, teilweise auch zustimmend wiedergegeben worden. In dem *Gewerkverein* wird behauptet, ein Teil der Gewerkschaften habe eine ungewöhnlich grosse Zahl von Beamten; im Verhältnis zur Mitgliederzahl sei sie bei den Gewerkvereinen durchweg kleiner. »Es hängt dies auch damit zusammen, dass in den Gewerkvereinen durchweg die Beiträge noch niedriger sind, als in den Gewerkschaften.« Der Artikel schliesst: wenn es möglich sein werde, die Ansprüche nach »mehr Beamten« in den Gewerkvereinen in den Grenzen einer gesunden Entwickelung zu halten und die Beiträge zu erhöhen, werde es auch den Gewerkvereinen möglich sein, die Zahl der Beamten den Anforderungen der neuen Zeit entsprechend zu erhöhen. »Vorwärts muss es gehen!« Davon ist nur richtig, dass die Beiträge der Gewerkvereine niedriger sind, als die der Gewerkschaften. Die Zahl der Beamten dürfte verhältnismässig ebenso gross sein, teilweise sogar noch grösser; hat doch beispielsweise der für 116 000 Hirsch-Dunckersche Gewerkvereinler eingesetzte *Zentralrat* ebenso viele Beamte, wie die *Generalkommission* der freien Gewerkschaften, die 1½ Millionen Mitglieder zählen. Sicher ist, dass jetzt schon einige Gewerkvereine durch ihren Beamtenstab weit über ihre Leistungsfähigkeit finanziell belastet sind.

Von den Äusserungen der christlichen Gewerkschaftsblätter interessiert uns vor allem die der *Westdeutschen Arbeiterzeitung*, des für die christlichen Ge-

[1]) *Das Beamtenelement in den deutschen Gewerkschaften* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, II. Bd., pag. 1015 ff.

[2]) Auf die schätzenswerten Ausführungen des *Korrespondenten für Deutschlands Buchdrucker* über die Stellung der Gewerkschaftsredakteure in der Bewegung näher einzugehen, ist hier nicht der Raum. Es kommt mir hier in erster Linie darauf an, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung der Beamten innerhalb der Gewerkschaften zu erörtern. Auf die vom *Korrespondenten* angeschnittene Frage soll ein andermal zurückgekommen werden.

werkschaften in vieler Hinsicht tonangebenden Organs. Nach einer mehr resumierenden Wiedergabe des Artikels wird gegen meine Feststellung Einspruch erhoben, die christlichen Gewerkschaften hätten »in den ersten Jahren ihres Bestehens gern auf die bezahlten Agitatoren, auf die die Arbeitergroschen verprassenden Beamten der freien Gewerkschaften hingewiesen, um durch diesen den Unternehmern abgeguckten demagogischen Kniff sich bei den Arbeitermassen besser einzuschmeicheln«. Dazu bemerkt das Blatt des Herrn Giesberts: »Zunächst ist die Behauptung, die christlichen Gewerkschaften hätten mit den oben gekennzeichneten Kniffen Agitation betrieben, in dieser Allgemeinheit falsch und unwahr. Mit solchen Mitteln haben sich die christlichen Gewerkschaften ihr Dasein nicht erkämpft. Wohl hörten wir jene Aussprüche da und dort von unberufener Seite, wohl fanden wir sie im Waffenarsenal dieses oder jenes Provinzblättchens, das auch in sozialen Fragen absolut eine Meinung haben wollte, als billigen Schlager gegen die Sozialdemokratie. Die christlichen Gewerkschaften aber haben nicht zum kleinsten Teil dazu beigetragen, dass mit derartigen Anschauungen über das Beamtenelement in der Öffentlichkeit aufgeräumt wurde. Im übrigen wäre es interessant, zu erfahren, wo die sozialdemokratischen Gewerkschafter selbst ihre seinerzeitige *schlechte Meinung* von den Beamten herholten. Hatten sie diese den Unternehmern abgeguckt oder den *kleinen Organisationen* der christlichen Gewerkschaften?«

Die *Westdeutsche Arbeiterzeitung* scheint mit den Agitationsmethoden der christlichen Gewerkschaftler in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit wenig vertraut zu sein, oder aber sie will diese unangenehmen Dinge in Vergessenheit bringen. Tatsächlich haben die christlichen Gewerkschaften in den ersten Jahren ihres Wirkens aus dem Umstand, dass sie keine Beamten hatten, während die freien Gewerkschaften nach ihrer Schilderung ein Heer von Beamten durchfüttern mussten, weidlich Kapital für sich zu schlagen sich bemüht. In den christlichen Gewerkvereinen der Bergarbeiter, Textilarbeiter, Bauarbeiter, Kellner u. s. w. verstanden es die Brust, Systenich, Driesen und Gesinnungsgenossen vortrefflich, gegen die *sich von den Arbeitergroschen mästenden Agitatoren* der *sozialdemokratischen* Gewerkschaften vom Leder zu ziehen; darin wurden sie allerdings von der Zentrumspresse, und nicht nur von »diesem und jenem Provinzblättchen«, reichlich unterstützt. Diese Art Agitation wurde erst aufgegeben, als die christlichen Gewerkschaften selbst zur Anstellung von Beamten schreiten mussten; von diesem Zeitpunkt an hat man allerdings in der Gewerkschaftspresse selbst gegen die Verhetzung der Massen durch jene Schlagworte entschieden Stellung genommen, und auch die *Westdeutsche Arbeiterzeitung* hat in anerkennenswerter Weise Verständnis über die schwierige Stellung der Gewerkschaftsbeamten zu verbreiten versucht. Was die Gewerkschaftsführer vom Schlage August Brusts nicht hinderte, gelegentlich in der althergebrachten Weise gegen die Gewerkschaftsbeamten zu hetzen.

Ich will nur an zwei Tatsachen erinnern, die für diese Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften zur Beamtenfrage in hohem Masse bezeichnend sind. Auf der Generalversammlung des christlichen Bergarbeiterverbandes, die im Jahre 1898 in Gelsenkirchen tagte, bekämpfte Vikar Brauns die geplante Anstellung Brusts mit den Worten, Brust müsste bei der Grubenarbeit bleiben, da er sonst die Achtung der Kameraden verlöre. Ein Jahr später liess sich Brust allerdings nichtsdestoweniger anstellen; gegen den Einwand, dass die Ausserung Brauns' ein Ausspruch von *unberufener Seite* sei, möchten wir aber doch geltend machen, dass dieser Dr. Brauns heute noch unter den christlichen Gewerkschaftern grosses Ansehen geniesst, dass er heute noch dazu ausersehen

ist, die christlichen Gewerkschaftsbeamten auf der Agitationsschule in München-Gladbach mit den Heilswahrheiten christlicher Gewerkschaftsagitationsmethoden vertraut zu machen. Und auf dem Frankfurter christlichen Gewerkschaftskongress verurteilten einige Redner entschieden das auch in ihren Reihen übliche Ausschlachten der *Arbeitergroschen* als eine niedrige Kampfesweise, die den christlichen Gewerkschaften keine Ehre einbrächte. Es kann als ein Zeichen einer erfreulichen Entwickelung bezeichnet werden, dass der christlichen Presse diese Tatsachen jetzt unangenehm sind, und dass sie sie deshalb am liebsten vergessen machen will.

Interessant ist, dass die christlichen Gewerkschaften — wie die *Westdeutsche Arbeiterzeitung* bei dieser Gelegenheit mitteilt — zurzeit etwa 130 Beamte zählen. Das würde, gemessen an der Mitgliederzahl, eine annähernd doppelt so hohe Beamtenziffer sein, wie sie die freien Gewerkschaften aufweisen. In der Tat sind denn auch die christlichen Gewerkschaften durch den verhältnismässig grossen Beamtenapparat ausserordentlich stark belastet. Das äussert sich dann in recht bedenklichen Handlungen, wie beispielsweise dem Streikbruch in Cöln. Denn wie ein im Herbst von der Zahlstelle Cöln des christlichen Holzarbeiterverbandes herausgegebenes Flugblatt feststellt, hat »die Freistellung des Lokalbeamten [für rund 500 Mitglieder] die Lokalkasse derart belastet, dass bei dem bisherigen Beitrag in normalen Zeiten die Ausgaben gerade von den Einnahmen gedeckt werden können«. So dass, wie ich hinzufügen muss, zu Streikzwecken keine Mittel flüssig waren, und die christlichen Holzarbeiter den Streik systematisch brechen mussten. Man kann des Guten auch zu viel tun; das scheint bei den christlichen Gewerkschaften der Fall zu sein, die bei ihrer Beamtenanstellung nach dem Grundsatz *Die Masse muss es bringen* zu handeln scheinen.

× × ×

Zwei Vorkommnisse aus der letzten Zeit mögen hier kurz gewürdigt werden, weil sie bezeichnend sind für die ungünstige Lage, unter der jetzt noch der grösste Teil der Gewerkschaftsbeamten zu leiden hat. Der Vorsitzende des Handschuhmacherverbandes hat seine Stellung gekündigt, um in die Redaktion einer Parteizeitung einzutreten. Das kann die gewerkschaftliche Bewegung wieder als Verlust verbuchen; für den genannten, allgemein geschätzten Gewerkschaftsführer ist aber dieser Übertritt in eine Parteistellung der Abschluss eines widerwärtigen Kapitels. Anfang Herbst des letzten Jahres war er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender seiner Organisation genötigt, in Halberstadt in einen aussichtslosen Lohnkampf einzugreifen. Das brachte die durch die Beendigung des Streiks betroffenen Mitglieder des Handschuhmacherverbandes in Harnisch, sie stellten gegen ihren Vorsitzenden, der doch nichts anderes als seine Pflicht getan hatte, in aller Form die Vertrauensfrage. Die unerhörtesten Angriffe wurden gegen den verdienten Beamten laut, und wenn die übrigen Verbandsmitgliedschaften ihn auch in Schutz nahmen, so musste ihm doch durch diese Hetze die Freude an seiner Organisationstätigkeit vergällt werden.

Er ist nicht der erste, der auf diese Weise von der Gewerkschaft zur Partei hinüberwechselt, und er wird nicht der letzte sein; schon sein Vorgänger, der das Amt des Vorsitzenden des Handschuhmacherverbandes seit 1891 bekleidet hatte, schied 1902 unter ähnlichen Gründen aus. Eine Reihe von Mitgliedschaften erblickten in dem Verbandsvorsitzenden nur den bezahlten

Diener des Verbandes, erklärte er im Fachorgan; sie hielten ihm das Gehalt (von 1800 Mark) als *Pfründe* vor, die ihn hindere,, zu empfinden, wie einem Arbeitslosen oder Gemassregelten zu Mute sei, sie verlangten, er solle die Arbeit des zweiten Beamten mit übernehmen, um so zu sparen. In der Parteistellung sind ihm solche Vorwürfe jedenfalls erspart geblieben; der Parteibeamte wird nun einmal besser behandelt und gewürdigt, er wird auch besser entlohnt, als der Gewerkschaftsbeamte.

Und noch ein zweiter Fall, der die Beamtenmisere in den Gewerkschaften grell beleuchtet. Die Ortsverwaltung Berlin des deutschen Holzarbeiterverbandes — die zu neun Zehntel aus nichtangestellten Verbandsmitgliedern besteht — beschloss einstimmig, der Generalversammlung der Mitgliedschaft folgende Gehaltsregelung vorzuschlagen: dem Bevollmächtigten, dem Obmann der Schlichtungskommission und den Kassierern ist ein Grundgehalt von 2000 Mark zu zahlen, steigend jährlich um 90 Mark bis zum Höchstbetrage von 2500 Mark, den Hilfsarbeitern ein Grundgehalt von 1800 Mark, steigend in Jahresraten von 120 respektive 90 Mark bis zum Höchstbetrage von 2400 Mark. Eine gewiss bescheidene Gehaltsregulierung, bedenkt man, dass zurzeit seitens der Parteiorganisationen, auch in Berlin, Verwaltungsbeamte, ähnlich denen der Gewerkschaften, mit einem Grundgehalt von 2400 Mark angestellt werden. Nichtsdestoweniger fand der Vorschlag der Verwaltung in der Generalversammlung der Berliner Mitgliedschaft des Holzarbeiterverbandes entschiedenen Widerspruch: Die Beamten fühlten sich nicht als Berufskollegen, sondern als Angehörige einer Beamtenkaste; es wäre angesichts der in den Gewerkschaften und in der Partei hervortretenden Tendenz, eine Beamtenhierarchie grosszuziehen, Vorsicht am Platze; der Verband würde seine sozialen Verpflichtungen im vollsten Masse erfüllen, wenn er den Angestellten ein Existenzminimum gewähre durch gleichmässige Festsetzung eines Gehalts von 2000 Mark für alle ohne weitere Steigerung. So und ähnlich wurde gegen die Vorlage der Ortsverwaltung operiert. Die Beamten, die auf eine, teilweise mehr als zehnjährige, aufopfernde Tätigkeit im Dienste der Organisation zurückblicken können, die die Organisation in vielen und schweren Kämpfen erfolgreich geführt hatten, wurden von der Versammlung nicht angehört.[3]). Die Gehaltsvorlage wurde endlich den Mitgliedern zur Urabstimmung unterbreitet, und nach den bedauerlichen Vorgängen in der Generalversammlung, die oben nur kurz angedeutet sind, muss leider mit ihrer Ablehnung gerechnet werden.

Es ist beschämend für die deutsche Arbeiterbewegung, dass die *Cölnische Volks-*

[3]) Zum bessern Verständnis der Angelegenheit sei noch gesagt, dass für die 23 000 Mitglieder zählende Zahlstelle Berlin des deutschen Holzarbeiterverbandes 9 Beamte angestellt sind. Diese müssen unter anderm den umfangreichen paritätischen Arbeitsnachweis mit versehen, durch den im letzten Jahr 11 319, und den Verbandsnachweis, durch den 4137 Stellen besetzt wurden; sie müssen die Lohnbewegung und den Kleinkrieg leiten — 1905 waren in 345 Werkstätten 229 Bewegungen zu erledigen, ungerechnet die vielen Konflikte, in die die Ortsbeamten eingreifen mussten —, sie müssen die Agitation betreiben — 1905 fanden neben den zahlreichen Verwaltungs- und Vertrauensmännersitzungen allein 4939 Werkstattsitzungen statt —, ihnen liegen die umfangreichen inneren Verwaltungsgeschäfte ob, beispielsweise die Verwaltungsarbeiten der Krankenunterstützung und die Arbeitslosenkontrolle, die Erledigung der Kassengeschäfte, die Verwaltung einer Bibliothek von 3050 Bänden und einer Entleiheziffer von 12 238 Bänden im letzten Jahre. Die ersten Beamten, die vor rund 10 Jahren angestellt wurden, erhielten — 28 Mark Wochenlohn. Erst langsam hat sich die Entlohnung etwas gebessert. Jetzt erhalten die ältesten Beamten 2000 Mark, die jüngsten 1800 Mark im Jahr. Im September 1905 verdienten in Berlin die Tischler auf Innenausbau (Akkord) 36,26, auf Sitzmöbel (Akkord) 35,34 Mark, die Bautischler (Akkord) 35,10, die Modelltischler 36,30 bis 36,63 Mark im Durchschnitt pro Woche.

zeitung, und zwar mit Recht, feststellen kann, dass in den christlichen Gewerkschaften, die früher doch so sehr auf die *bezahlten Agitatoren* losgelassen wurden, bisher niemals ähnliche Ausschreitungen der Mitglieder gegen die Beamten der Gewerkschaft vorgekommen sind. Und es ist beschämend, dass einzelne Parteiorgane auf diese Entwickelung der Dinge in den freien Gewerkschaften nicht ganz ohne Einfluss gewesen sind. Diese Übertreibung der Allüren des Unternehmertums, um mit dem *Vorwärts* zu reden, deren sich die Berliner Holzarbeiter gegen ihre Angestellten schuldig machten, ist zu einem guten Teil nichts anderes, als der Niederschlag der Hetze gegen die Gewerkschaftsführer, die seitens einiger Parteiorgane nach Cöln beliebt wurde. Die Arbeiter haben in ihrem Parteiorgan etwas von der *Beamtenhierarchie* in den Gewerkschaften gelesen, von dem reaktionären Geist, der durch die Gewerkschaftsbeamten in die Arbeiterschaft hineingetragen werde; auch von den *gehobenen Existenzen* und von dem *gesunden Sinn der Massen* ist in diesem Zusammenhange die Rede gewesen. Das hat sich bei der Masse der organisierten Arbeiter festgesetzt, sie haben sich in eine förmliche Erbitterung gegen ihre Führer hineinreden lassen und hineingeredet, und all der Groll gegen die Beamten, der sich so bei ihnen angesammelt hat, macht sich denn bei solchen Gelegenheiten Luft, wo es gilt, über das Wohl und Wehe der Angestellten zu entscheiden. Da wird ihnen einfach der Brotkorb höher gehängt.

Dem Parteiangestellten kann das so leicht nicht passieren, obwohl er ein um die Hälfte höheres oder doppelt so hohes Gehalt bezieht, wie der Gewerkschaftsangestellte; auf die Regelung seiner Gehaltsverhältnisse hat die Masse ja zumeist gar keinen Einfluss. Deshalb auch mit das häufige Hinüberwechseln von Gewerkschaftsbeamten in Parteistellungen. Es ist nur eigentümlich, dass diese so verfemten Gewerkschaftsbeamten, die kleinlich, rückständig, von Krämergeist beseelt sind, damit, dass sie ihr Gewerkschaftsamt aus- und ihr Parteiamt angezogen haben, nun auf einmal allen Verstand ihres Amtes und das so lange entbehrte Ansehen bei der Masse wieder erlangen, dass ihnen, denen in ihrer früheren Stellung aus allen möglichen Gründen, nicht zuletzt im Interesse ihres proletarischen Empfindens, geringe Lohnerhöhungen verweigert wurden, jetzt, als wenn es selbstverständlich wäre, eine bedeutend günstigere Entlohnung wird . . .

× × ×

Auf der letzten Konferenz der Gewerkschaftsvorstände ist, wie ich bereits berichtet habe,[4]) fast einhellig die Meinung zum Ausdruck gekommen, die Gewerkschaftspresse müsse unberechtigte Angriffe der Parteipresse rasch und entschieden zurückweisen, sie müsse auch gegenüber dieser Presse von dem Rechte freier Kritik künftig ebenfalls mehr Gebrauch machen. Die *Bremer Bürgerzeitung* hat darauf geschrieben:

›Wer diese aufgebauschten Mitteilungen im *Korrespondenzblatt* [über die Behandlung der Frage *Partei und Gewerkschaft* auf der Gewerkschaftsvorstandskonferenz] liest und von den Dingen, wie sie wirklich liegen, keine Ahnung hat, muss zu dem Glauben kommen, dass zwischen Partei und Gewerkschaften ein ständiger Kampf und Streit herrsche. Die Kritik in der Parteipresse hat sich nie gegen die Gewerkschaften allgemein, sondern nur gegen besonders klug sein wollende Strategen, die durch ihre Seitensprünge die ganze Arbeiterbewegung diskreditierten, gewendet. Zum

[4]) Vergl. die Rubrik *Gewerkschaftsbewegung* der Rundschau in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 334-335.

Glück sind Anschauungen in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht immer die ihrer Beamten, das hat manche Generalversammlung nach dem Cölner Gewerkschaftskongress bewiesen.«

Ach ja, das bewies die Generalversammlung der Berliner Holzarbeiter, das bewiesen auch die Vorgänge im Handschuhmacherverband, dass die Anschauungen der Arbeiter nicht immer die der Beamten sind; sie bewiesen auch, dass die von der *Bremer Bürgerzeitung* so schön umschriebene Hetze gegen die Gewerkschaftsbeamten nur gar zu sehr ihre Früchte trägt. Wenn nur die Parteiorgane, die so wirksam den Gegensatz zwischen Gewerkschaftsbeamten und Gewerkschaftsmitgliedern betonen, sich bei dieser niedlichen Stimmungsmache gegen die Gewerkschaftsangestellten nicht ins eigene Fleisch schneiden!

Bei der Protestbewegung, die vor drei Jahren im Holzarbeiterverband in Szene ging, wurden die Aussprüche zweier verdienter Kollegen, die sich in Parteistellungen befanden, gegen die Beamten des Verbandes weidlich ausgenutzt. Und zum diesjährigen Verbandstag, der ja unter dem Eindruck der letztjährigen Agitation gegen die Beamten steht, sind neben den zahlreichen gegen die Gewerkschaftsbeamten gerichteten Anträgen auch eine Reihe solcher gestellt, die sich gegen das Arbeiterbeamtentum überhaupt richten. Da ist unter anderem auch beantragt, dass Beamte, welche eine Tätigkeit ausserhalb der Organisation ausüben, zum Verbandstag nicht gewählt werden dürfen. Nächstens erleben wir womöglich noch eine Hetze gegen die Parteibeamten, gegen »besonders klug sein wollende Strategen [der Partei], die durch ihre Seitensprünge die ganze Arbeiterbewegung diskreditieren«. Die grosse Ausdehnung der Parteibewegung, die Ausdehnung der Parteipresse, wie der Parteiorganisationen, macht von Woche zu Woche mehr Parteibeamte notwendig, und die Zeit ist nicht fern, wo die Zahl der Parteibeamten der der Gewerkschaftsbeamten gleichkommt. Es trägt nicht zur Erleichterung der Aufgaben der Parteibeamten bei, wenn man durch Erzeugung von Misstrauen gegen die Gewerkschaftsbeamten einen Widerwillen der Masse gegen das Arbeiterbeamtentum überhaupt aufs neue nährt. Die Parteipresse sollte deshalb von einer Kampfesweise absehen, die ihr selbst und der Entwickelung der Arbeiterbewegung nur schädlich sein kann, und die vor allen Dingen unsere Sache selber herabwürdigt.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EMMA IHRER · FORM ODER INHALT? · ZUR ARBEITERINNENORGANISATION


SEIT einiger Zeit wird von bürgerlichen Sozialpolitikern und Frauenrechtlerinnen die Frage erörtert, welche Organisationsform die für Arbeiterinnen geeignetste sei. Wären diese Debatten rein theoretische geblieben, nur zu dem Zweck, um in bürgerlichen Kreisen Klarheit über die Sachlage zu schaffen, so läge für uns kein Grund vor, diese für die Arbeiterschaft von ihr selbst längst gelöste Frage erneut zu besprechen. Doch es lassen sich auch an sich überflüssige Vorschläge nicht immer ignorieren, zumal wenn sie geeignet sind, in irgend einer Weise verwirrend zu wirken.

In neuester Zeit ist man an die *Generalkommission*, an mehrere Gewerkschaften

und an einzelne Personen, welche seit Jahren in den freien Gewerkschaften tätig sind, mit dem Verlangen herangetreten, sich an Beratungen zur Vorbereitung von regelmässig alle zwei Jahre wiederkehrenden Arbeiterinnentagen zu beteiligen. Diese Arbeiterinnentage sollten, so hiess es in dem betreffenden Zirkular, politisch neutral gehalten sein und einzelne für die Frauen besonders aktuelle sozialpolitische Fragen behandeln, zum Beispiel die Verkürzung des Maximalarbeitstages von 11 auf 10 Stunden, die Vereinheitlichung der deutschen Arbeiterversicherung mit besonderer Berücksichtigung der Mutterschaftsversicherung und anderes mehr. In der Hauptsache sollte beraten werden, wie die Arbeiterinnen zum Zusammenschluss in einen allgemeinen Frauengewerkschaftsverband zu bewegen seien. Die Vorschläge gingen von einer Gruppe bürgerlicher Frauen aus, die sich *Zentralstelle für Arbeiterinnenorganisation* nennt. Von diesen Befürworterinnen der Arbeiterinnensonderorganisationen hatten einige sich früher bemüht, die Arbeiten der gewerkschaftlichen Organisationen kennen zu lernen, und hierbei seitens der freien Gewerkschaften bereitwillig Entgegenkommen gefunden; sie hatten auch oft Gelegenheit genommen, sich über diese Gewerkschaften und die Art ihrer Kampfesarbeit anerkennend auszusprechen. Dann aber entdeckten sie, dass die Arbeiterinnen innerhalb der für Männer und Frauen gemeinsamen Organisationen nicht genügend geschult würden, dass sie nur selten zum Worte kämen und auch auf Tagungen nicht ihrer Zahl entsprechend vertreten wären. Und diese Momente, so behaupten sie, seien der Anstoss zu dem Vorschlag der gesonderten Schulung weiblicher Arbeiter. Besonders legen sie darauf Wert, dass eine Beeinflussung der Arbeiterin in der Wahl der Organisation nicht stattfinden dürfe, die *freie Wahl,* wohin sie sich wenden wolle, müsse jeder Arbeiterin gesichert sein.

Bereits im vorigen Jahr war man mit ähnlichen Vorschlägen hervorgetreten, und es hatten auch bereits mehrere Arbeiterinnen in Wort und Schrift deren Undurchführbarkeit und Wertlosigkeit dargetan. Ihre klaren und bündigen Ausführungen scheinen die Damen jedoch nicht davon überzeugt zu haben. dass es ein Ding der Unmöglichkeit sei, die Arbeiterinnen aller Richtungen zu gemeinsamer Arbeit unter einen Hut zu bringen. Die Mitglieder oder Anhängerinnen der freien Gewerkschaften, der Kampforganisationen, will man mit denen der Hirsch-Dunckerschen und christlichen zusammen, gesondert von ihren männlichen Kollegen, seitwärts von ihrer Organisation, lehren und schulen, welcher Waffen und Mittel man im Kampfe bedarf, und wie man sie gebrauchen muss! Diese Vorschläge verraten eine unglaubliche Naivetät, wenn sie nicht ganz anderes in sich bergen. Allgemein ist man im bürgerlichen Lager noch immer der Ansicht, dass die Arbeiterschaft der weisen Führung bürgerlicher Elemente nicht entraten könne, dass mindestens die Arbeiterinnen noch geleitet und gelenkt werden müssen, jedenfalls, um sie vor allzu grosser Selbständigkeit zu bewahren und ihr Handeln in bestimmte Bahnen zu lenken. In Bahnen, die abseits führen müssen von der Marschroute und der grossen Heerstrasse, welche die Arbeiterschaft ziehen muss, will sie frei und unabhängig werden.

Um eine völlige Klarstellung unseres Standpunktes in dieser Beziehung zu erreichen, geben wir zunächst einen kleinen Ausschnitt aus der Geschichte der Gewerkschaften, der geeignet sein dürfte, denen, die über Form und Art der

Organisierung der Arbeiterinnen im unklaren sind, zu zeigen, dass für die freien Gewerkschaften längst kein Zweifel mehr darüber besteht, was auf diesem Gebiet nicht nur richtig, sondern auch notwendig ist.

Mehr als 1½ Jahrzehnte ist es her, dass Vertreter und Vertreterinnen der Arbeiter aller Branchen in Berlin zusammentraten und zum erstenmal gemeinsam über die Form berieten, die für den Zusammenschluss aller Arbeiter und Arbeiterinnen geeignet wäre. Wenn auch im allgemeinen die äussere Form den Kern einer Sache wenig berührt, so ist es ein anderes bei der Organisation der Arbeiter; hier konnte es nicht gleichgültig sein und bleiben, ob die Form ein Ganzes oder nur einen Teil des Ganzen umfasst. Man war unter dem Druck des Sozialistengesetzes, von dem die Gewerkschaften bekanntlich schwer betroffen wurden — durch gänzliche Auflösung der Organisationen oder doch durch äusserste Einengung und Behinderung ihrer Bewegungsfreiheit in der Agitation — allmählich dazu übergegangen, nur lokale Vereinigungen zu bilden, welche nach dem preussischen Vereinsgesetz oder doch dessen Auslegung als politische Vereine betrachtet werden. In diesen Vereinen konnten Arbeiterinnen keine Aufnahme finden, weil Frauen durch § 8 des genannten Gesetzes der Anschluss an politische Vereine untersagt ist. Schon damals wurde auf jener Gewerkschaftskonferenz von einem der bedeutendsten Gewerkschafter der Vorschlag gemacht, Industrieverbände zu gründen. Sie sind zweifellos die weitestgehende Form der Arbeitervereinigungen, die sich ja auch mehr und mehr notwendig macht aus äusseren und inneren Gründen, und der sich einzelne Verbände, zum Beispiel die der Holzarbeiter und der Metallarbeiter, mehr und mehr nähern. Damals aber bedeutete bereits der Ausbau und die weitere Gründung von Zentralverbänden für ganz Deutschland, hauptsächlich gegenüber den vielen kleinen Lokalvereinen, einen gewaltigen Fortschritt. Gemeinsames Arbeiten und Kämpfen ermöglichte aber erst die Einsetzung der *Generalkommission* im Jahre 1890, der gleich von der Gründung an eine Frau angehörte.

Die rege Teilnahme der Arbeiterinnen — es waren auf der ersten Konferenz fast alle Berufe durch weibliche Delegierte vertreten — gab den Anstoss zu energischem agitatorischen Vorgehen; die Vorstände der bestehenden Vereinigungen wurden durch Zirkulare aufgefordert, ihre Statuten dahin abzuändern, dass der Aufnahme der Arbeiterinnen in die Organisationen nichts im Wege stände. Nur wenige waren es, die auf ihren Generalversammlungen erst die Zweckmässigkeit der Neuerung diskutierten und den alten Einwand erhoben, man solle lieber die Möglichkeit der politischen Betätigung innerhalb der Gewerkschaften offen lassen, was durch Aufnahme weiblicher Mitglieder unmöglich gemacht werde. Es ist das der selbe Einwand, den man gegen die weitere Zentralisierung der Gewerkschaften seitens der Lokalisten erhob und hie und da noch erhebt. Der grösste Teil der Gewerkschaften kam aber jener Aufforderung ohne weiteres nach, da man einsah, dass das immer weitere Vordringen der Arbeiterinnen in alle Berufe auch die gemeinsame Organisation bedinge. Und der erste Kongress der Gewerkschaften Deutschlands zu Halberstadt /1892/ nahm die folgende Resolution an:

›In Erwägung, dass bei der grossen, täglich wachsenden Bedeutung der Frauenarbeit auf allen Arbeitsgebieten sich die energische Inangriffnahme der Organisierung der selben als ein Gebot der Selbsterhaltung erweist, beschliesst der heutige Kongress, die Vorstände der bestehenden Organisationen aufzufordern, dahin zu

wirken, dass die Statuten der selben derart umgestaltet werden, dass auch den im Berufe beschäftigten Arbeiterinnen der Beitritt zu den selben möglich ist. Die Agitation für Ausbreitung der Organisation hat sich bei allen Berufen, in welchen Frauen tätig sind, auch auf deren Heranziehung zu erstrecken, da nach § 152 der Gewerbeordnung hierin keinerlei Hindernisse bestehen.«

Es dürfte wohl kaum einen Gewerkschafter geben, der darüber heute anders dächte, als damals. Die Momente, welche für gemeinsame Organisation sprechen, haben sich im letzten Jahrzehnt eher noch verstärkt.

Bevor wir uns nun der kritischen Widerlegung jener Argumente zuwenden, welche die Frauenrechtlerinnen für die Sonderschulung der Arbeiterinnen ins Feld führen, wollen wir nicht unterlassen, die in der *Sozialen Praxis* wiedergegebenen Ansichten einer Zentrumsanhängerin hier anzuführen. Diese wendet sich gegen Sonderorganisationen der weiblichen Arbeiter, aber nur um der momentanen Zweckmässigkeit willen, nicht aus allgemeinen Erwägungen. Sie sagt:

»Wenn wir grosse, leistungsfähige, gut fundierte Frauengewerkschaften hätten, hege ich die Zuversicht, dass die wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern so gut wie beseitigt sein würden. Die bekannte grössere Geschmeidigkeit der Frau, ihre überragende List wird den rechten Augenblick und das rechte Mittel finden, um, ohne Gewaltsmassregeln, von den Unternehmern zu erlangen, was diese den aufbegehrenden Männern verweigern. Und wirklich starke, leistungsfähige, weibliche Organisationen werden durch ihre geschulten, selbstbewussten Mitglieder einen solchen Einfluss auf die gesamte Frauenwelt der Arbeiterklasse erlangen, dass sie durch diese auch die Männer in der Hand haben werden. Dann wird die geeinte starke Frauenwelt, mit den Männern im Rücken, Reformen unschwer erlangen, nach denen die Männer, allein vergeblich, trachteten. Odysseus kommt noch heute weiter, als Ajax. Alles dies ist nicht nur möglich, sondern höchst wahrscheinlich, wenn — wenn die Arbeiterinnen anders wären, als sie sind. Mit abgehetzten, erschöpften, in geisttötendem Einerlei stumpf gewordenen Frauen, und das sind unsere Arbeiterinnen, lässt sich eine solche verlockend geplante Organisation nicht ereichen.«

Dieses Bekenntnis einer Jesuitenschülerin ist zugleich das treffendste Argument gegen die Sonderorganisierung oder -schulung der Arbeiterinnen. Fast möchte man es als einen Glücksumstand für die Arbeiterinnen ansehen, dass man im Zentrumslager so fest von der Stumpfheit der weiblichen Arbeiterschaft überzeugt ist; im anderen Falle also würde man sich der Mühe unterziehen, sie zum Widerstand gegen die um ihre Menschenrechte kämpfenden Arbeiter zu drillen. Man würde die niedrigen Instinkte zu entwickeln versuchen, um mit deren Hilfe *Reformen* zu erreichen, die den weiteren Kampf der Arbeiterschaft erschweren oder unmöglich machen sollen.

Nach den Aussagen der Zentrumsanhängerin sind also Arbeiterinnen, welche sich das Zentrum als Hort und Stütze wählen, zu stumpf und völlig unselbständig, als dass man mit ihnen allein irgend welche grossen Probleme lösen könnte. Jedoch, das trifft eben nur auf die rückständigen Elemente zu, die gewöhnt sind, sich führen und leiten zu lassen, auch wenn es zum eigenen Schaden wäre. Die intelligenten und denkfähigen wenden sich anderen Organisationen zu, die die Arbeiter dahin aufklären, dass sie nur durch gemeinsame Selbsthilfe Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage erwarten können. Und dass auch bei den Arbeiterinnen die Zahl der intelligenteren überwiegt, das zeigen die Zahlen der in den verschiedenen Vereinigungen organisierten weiblichen Mitglieder. Bei den freien Gewerkschaften ist ihre Zahl auf 58000 gestiegen, während sich den christlichen 7624 und den Hirsch-Dunckerschen bisher nur 1160 anschlossen. Mit der Befürwortung, dass man in einem Frauengewerkschaftsbund allen Ar-

beiterinnen freie Wahl lasse, welcher Richtung sie sich zuwenden wollten, ist auch zugegeben, dass man diese drei Richtungen von seiten der Frauenrechtlerinnen als gleichwertige ansieht. Es dürfte jedoch nicht allzuschwer sein, die grossen Unterschiede herauszufinden, die ja auch die trennenden Momente eben der drei bilden. Bei der christlichen Richtung bedarf es vielleicht keiner tiefgründigen Deduktion, um darzutun, was ihr als Hauptaufgabe vorschwebt. Nicht die wirtschaftliche Hebung der Arbeitenden und ihre geistige Aufklärung ist es, sondern das Streben, sie der einen oder anderen Religion zu erhalten, sie dem Kapital versöhnend zu stimmen und möglichst jeden Kampf mit diesem zu vermeiden. Das wird ja so klar von jener Zentrumsanhängerin ausgesprochen: die wirtschaftlichen Kämpfe würden vermieden werden, könnte man die List der Frau gegen den Mann ausspielen: dann hätte man die Arbeiter in der Hand, um sie zu formen als Mittel zur Erhaltung des Klassenstaates, zur Bekämpfung des *Umsturzes*. Wir dürfen annehmen, dass diese deutliche Sprache die Urteilsfähigen belehrt, wohin die Arbeiterinnen kämen, wollten sie sich der christlichen Richtung anschliessen. Und was die Hirsch-Dunckersche betrifft: wer will uns glauben machen, dass die Gewerkvereine, die, ihrem Statut entsprechend, jedes neu eintretende Mitglied auf sein politisches Glaubensbekenntnis hin prüfen und davon die Aufnahme abhängig machen, den selben Wert haben für die Arbeiterinnen, wie die Kampforganisationen der freien Gewerkschaften? Jene erstreben die Harmonie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, diese erklären ein harmonisches Verhältnis für unmöglich, solange die Unternehmer ihren Nebenmenschen nur als Mittel zum Zweck, zur Erlangung eigenen Reichtums ausnutzen; darum bekämpfen sie die heutige Produktionsform. Man kann tolerant sein, aber nicht gegensätzliche Richtungen und Elemente zu gleichem Tun vereinen und fördern wollen. Wäre es zum Beispiel nicht sehr merkwürdig, wenn Bekenner aller Religionen eine gemeinsame Zentralstelle für religiöse Propaganda errichten wollten? Die *freie Wahl*, der wir gewiss im weitesten Sinne das Wort reden, dürfte bei der Gründung eines Frauengewerkschaftsbundes eine Gefahr für diesen selbst werden. Der Bund soll der eingehenderen Aufklärung der Arbeiterinnen dienen; in welchen Bahnen soll diese sich bewegen, wenn die Führerinnen des Bundes selbst jede eine andere individuelle Überzeugung haben?

Die von den Sonderbundspropagandistinnen angeführte Tatsache, dass auf Kongressen und sonstigen grossen Veranstaltungen immer nur verhältnismässig wenige weibliche Delegierte erscheinen und die Arbeiterinnen allgemein seltener das Wort ergreifen, scheint mir ihre ganz natürliche Ursache in der geringen Zahl der organisierten Arbeiterinnen zu haben. Denn in den freien Gewerkschaften, bei denen wir deren weitaus grössten Teil finden, verschwinden diese 58 000 eben doch unter 1½ Millionen Organisierter. Dass eine kleine, weniger vorgeschrittene Minderheit sich stets schüchterner hervorwagt, ist eine bekannte Tatsache, die hier keiner Erklärung bedarf. Die Frauen treten allgemein im öffentlichen Leben noch nicht besonders hervor, warum sollte gerade die Arbeiterin hier eine besondere Fortgeschrittenheit aufweisen?

Wir vermögen auch nicht einzusehen, dass die Verkürzung des Arbeitstages eine die Arbeiterinnen speziell berührende Frage ist, die man gesondert von den männlichen Kollegen beraten müsse. Wir sind der Überzeugung, dass der gemeinsame Kampf um den Achtstundentag die beste Propagierung der verkürzten

Arbeitszeit ist. Es handelt sich nicht allein um das Wohl der Arbeiterin, sondern um das Wohl des Ganzen, der Gesamtarbeiterschaft, der Familien, und man übersieht, dass die Verkürzung der Arbeitszeit des einen Teils notwendig die Verkürzung der Arbeitszeit des anderen Teils im Gefolge haben muss. Mit diesem Sonderstreben für die Arbeiterinnen könnten wir höchstens erreichen, was jetzt schon vielfach zutrifft, dass nämlich die Arbeitszeit für Arbeiterinnen mit dem Elfstundentag eine viel längere ist, als die der meisten männlichen Arbeiter, welche sich durch starke Organisation einen 9- bis 9½stündigen Arbeitstag errungen haben. Der gesetzliche Elfstundentag für weibliche Arbeiter ist ein sehr starkes Hindernis, für Arbeiterinnen eine weitere Verkürzung zu erreichen. Gerade dieser Widerspruch ist ein Beweis mehr für die Wichtigkeit gemeinsamer Beratung innerhalb der gemeinsamen Organisation.

Wenn man gar als notwendigen Beratungsgegenstand für einen Arbeiterinnenbund die Herbeiführung der Vereinheitlichung der Versicherungsgesetze anführt, so haben wir dazu nur zu sagen, dass für die Arbeiterklasse nicht die Vereinheitlichung die Hauptsache ist, sondern die Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung, ein gewisses Aufsichtsrecht bei der Anwendung und Ausführung der Gesetze. Gewisse Kreise scheinen aber gerade gelegentlich jener geplanten Vereinheitlichung den Versuch machen zu wollen, diese Mitbeteiligung der Arbeiter an der Verwaltung zu beseitigen. Von welchem unheilvollen Einfluss auf die weitere Gestaltung könnte hier die grosse Zahl der falsch belehrten Arbeiterinnen sein, die, in Verkennung der tatsächlichen Sachlage, ihre Stimme für jene Konzentrierung in die Wagschale legten und damit die teilweise Selbstverwaltung der Arbeiterschaft preisgäben!

Und nun zuletzt: Was kann eine Sonderorganisation, wie die der Heimarbeiterinnen oder der im *Kaufmännischen Verband für Handelsangestellte* Vereinigten, allein schaffen? Wir hatten bisher nur den Eindruck, dass ein Verband, wie der letztgenannte, wahrhaftig nicht geeignet sei, selbständige Persönlichkeiten zu erziehen; sind in ihm doch die Prinzipale die Wortführer! Das Elend im Handelsgewerbe wird durch diesen Verband nicht aus der Welt geschafft. Was dort erreicht wurde, sind kleine Reformen, welche aber häufig genug nicht zur Durchführung gelangen. Im übrigen erwächst nur den Prinzipalen der Nutzen, besser geschultes Personal zu Schundlöhnen zu erhalten. Anders wird es erst werden, wenn Gehilfen und Gehilfinnen gemeinsam für Besserstellung eintreten, wie es im Handlungsgehilfenverband jetzt schon geschieht. Und ähnlich verhält es sich mit den Heimarbeiterinnen, die getrennt von den Fabrikarbeitern des selben Berufs organisiert werden. Eine enge Verbindung zwischen beiden Kategorieen ist nötig, im Interesse beider, um annähernd gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen erstreben und erreichen zu können. Jede Absonderung von einander erschwert ihre Verständigung oder macht sie ganz unmöglich.

Jede Sonderorganisation birgt die Gefahr in sich, dass man eine Organisation gegen die andere ausspielen kann, wenn zwischen beiden nicht engste Fühlung besteht oder aus einem Missverständnis heraus eine Verstimmung irgend welcher Art vorhanden ist. Weder ausschliessliche Arbeiterinnenvereinigungen, noch konfessionelle oder nationale Gewerkschaften oder *Harmonievereine* mit bürgerlichen Führerinnen an der Spitze können den Arbeiterinnen die nötige Schulung garantieren. Die gemeinsame Arbeit von Mann und Frau, gemeinsame Leiden

durch Unterdrückung und Rechtsschmälerung bedingen auch die gemeinsame Beratung und Schulung für den Klassenkampf. Wie aber können Verteidigerinnen des Klassenstaates Klassenstaatbekämpferinnen erziehen? Der dringende Wunsch nach Gründung von Sonderorganisationen lässt fast den Verdacht zu, dass im Hintergrunde noch ein anderes Streben vorhanden ist, nämlich das, einen bestimmenden Einfluss auf die Arbeiterinnen zu gewinnen, der bei gemeinsamer Organisation mit den Männern unmöglich ist. Den Untergrund aller dieser und ähnlicher Bestrebungen bildet gewöhnlich die offene oder versteckte Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie und gegen das Verlangen der organisierten Arbeiter, die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung zu erreichen. Dass dieses Streben aber nur auf die freien Gewerkschaften zutrifft, ist nicht ihre Schuld. Dass es bei ihnen ganz zutrifft, ist ihr Verdienst und zugleich auch der Grund für alle gegnerischen Quertreibereien.

Was den Arbeiterinnen an Schulung für dieses Streben fehlt, das werden sie lernen innerhalb, und nicht ausserhalb der Gewerkschaften. Die Lehrkurse, die von den Gewerkschaften eingerichtet und im September dieses Jahres eröffnet werden sollen, stehen Arbeitern, wie Arbeiterinnen offen und dürften die geeignetste Stätte sein, um Klassenkämpfer zu erziehen. Gemeinsame Arbeit bedingt gemeinsame Organisation, die frei ist von jeder Bevormundung, und ferner gemeinsame und einheitliche Schulung für den wirtschaftlichen und den politischen Kampf; das nur ist es, was wir für die Arbeiterinnen zu erstreben haben. Die Interessen aller, auch der rückständigen und willensschwächeren Arbeiterinnen sind am besten gewahrt in den freien Gewerkschaften.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RICHARD WAGNER · GLOSSEN ZUM POSTETAT

IN der diesjährigen Beratung des Postetats beschäftigte man sich fast ausschliesslich mit der Personalfrage. Der Staatssekretär des Reichspostamts, Herr Kraetke, wurde dabei von den Vertretern aller Parteien gar sanft angefasst, obwohl er im neuen Etat eine Aufbesserung der in den unteren Stufen ganz ungenügenden Unterbeamtengehälter nicht vorgesehen hatte und sich gegen verschiedene Eingriffe in die staatsbürgerlichen Rechte seiner Beamten verteidigen musste. Aber die Majorität stand seinem Einwande, dass er zur selben Zeit, wo die Steuerkommission sich abmühe, einige Hundert neuer Millionen zur Deckung der Flottenverstärkung aufzubringen, nicht die Überschüsse der Postverwaltung zu gunsten des Personals um viele Millionen schmälern könne, ziemlich wehrlos gegenüber, während der Hinweis auf den Generalstreik der Post- und Telegraphenbeamten in Russland zu genügen schien, um sie von der Notwendigkeit zu überzeugen, den deutschen Postbeamten gesetzlich und verfassungsmässig garantierte Rechte vorzuenthalten. So lau auch die Debatte war, so glücklich sich auch der Staatssekretär aus der Diskussion herauszog, er hat doch den Eindruck nicht verwischen können, dass innerhalb der Reichspostverwaltung in mancher Beziehung merkwürdige Zustände existieren, und dass der moderne Geist, der angeblich das Reichsverkehrsinstitut durchwehen soll, eigentlich recht altertümlich aussieht. Wer allerdings, wie zum Beispiel die Zentrumsabgeordneten, es für ganz in der Ordnung hält, dass die Dienststundenzahl der schlechter

bezahlten Unterbeamten bedeutend länger ist, als die der besser bezahlten Beamten, kann das Unbegreifliche begreiflich finden.

Ich erinnere mich, dass ich im Jahre 1889 als Posteleve bei dem Postamt in Giessen im Packkammerdienst, mit dem alle 4 Tage ein 12stündiger, überaus anstrengender Nachtdienst verbunden war, wöchentlich 70 Stunden Dienst zu leisten hatte, das waren also mit Ausschluss des Sonntags fast 12 Stunden täglich. Wieviel Dienststunden damals die Unterbeamten der Packkammer hatten, ist mir nicht mehr gegenwärtig; doch weiss ich noch, dass ihre Dienststundenzahl erheblich länger war, als die der Beamten. Inzwischen haben sich die Verhältnisse für die Beamten wesentlich gebessert. Als ich im Jahre 1895 als Beauftragter der Oberpostdirektion Darmstadt die für das Postamt in Giessen erforderliche Beamtenzahl festzustellen hatte, legte ich der Berechnung eine wöchentliche Leistung von 54 Dienststunden zu Grunde. Der Neunstundentag ist denn auch bisher als Normalleistung für die Beamten im Betriebsdienste angesehen worden, während man die Beamten im Bureaudienste der Oberpostdirektionen nur 42, höchstens 48 Stunden wöchentlich arbeiten lässt. Da die Beamten im Betriebsdienste — wie ich mich in einer 14jährigen Postdienstzeit, in der ich in allen Zweigen des Postdienstes beschäftigt war, persönlich überzeugen konnte — unvergleichlich mehr angestrengt sind, als die Beamten im Bureaudienste der Oberpostdirektionen, sollte man eigentlich das umgekehrte Verhältnis bei der Ausmessung der Dienststundenzahl erwarten. Aber die Beamten im Betriebsdienste der Postämter sind vornehmlich Assistenten, die im Bureaudienste der Oberpostdirektionen dagegen vornehmlich Oberpraktikanten. Auch hier ist der Grundsatz massgebend gewesen, dass der Beamte mit höherem Rang und besserer Bezahlung weniger angestrengt werden dürfte, als der mit niedrigerem Rang und schlechterer Bezahlung. Eine wunderliche Logik; aber, wie es scheint, für die preussisch-deutsche Beamtenhierarchie unanfechtbar.

Während für die Assistenten wenigstens der Neunstundentag anerkannt worden ist, müssen die Unterbeamten noch immer ihre 60 bis 69 Stunden wöchentlich arbeiten. Dabei gibt die Statistik — der jeder Postbeamte, weil er weiss, wie solche Statistiken gemacht werden, nur sehr bedingt Glauben schenkt — selbst zu, dass auch das Mass von 69 Stunden noch überschritten wird. Man dürfte die Verhältnisse noch günstig ansehen, wenn man annimmt, dass die Postunterbeamten im grossen ganzen den Elfstundentag haben, also täglich 2 Stunden, wöchentlich 12 Stunden, jährlich 600 Stunden mehr Dienst tun müssen, als die meistbeschäftigten Beamten. Nun ist aber der Unterbeamtendienst, der in den gehobenen Stellen gewisse Zweige des Beamtendienstes übernommen hat, in der Hauptsache durchaus nicht leichter, als der Beamtendienst, meistenteils aber noch viel anstrengender. In der Packkammer zum Beispiel ist der Unterbeamte der verantwortliche, ja sozusagen der kommandierende Teil. Der Beamte ist hier eigentlich nur der Schreiber des Unterbeamten. Jeder an ein fremdes Postamt neu versetzte Beamte muss sich, wenn er in der Packkammer beschäftigt wird, von dem Unterbeamten *anlernen* lassen.

Überhaupt sind in vielen Zweigen des technischen Postdienstes die Unterbeamten die Lehrmeister der Beamten. Ein Beamter, der zu einem Bahnpostamt versetzt wird, kann beispielsweise bei den Fahrten im Bahnpostwagen, wenn ihm keine anderen Beamten zur Seite stehen, der Hilfe eines gut ein-

gefahrenen Bahnpostschaffners gar nicht entraten. Dieser ist ihm als lebendiges Geographielexikon ganz unentbehrlich. Ebenso würde in den Briefpostexpeditionen alles drunter und drüber gehen, wenn dort nicht alte, erfahrene Unterbeamte die Mahner bei der Zeiteinhaltung machten und beim Einpacken der Sendungen in die Säcke die Arbeit der jüngeren Beamten stillschweigend einer Kontrolle unterzögen. Die Unterbeamten werden eben selten, die Beamten häufig versetzt, und jede Versetzung macht ein oft recht mühsames Einlernen in neue Verhältnisse erforderlich. Auch bei der Paketannahme ist der Unterbeamte die Hauptperson. Der Beamte würde schliesslich durch eine mechanische Schreibmaschine zu ersetzen sein. Noch auffallender ist das Verhältnis im Bahnpostdienst Der Bahnpostbeamte sortiert nämlich nur die Briefe: der Bahnpostschaffner hat in den sogenannten *Schaffnerbahnposten* den ganzen Dienst allein zu versehen. Er ist hier gleichzeitig Beamter und Unterbeamter. Ich bin in den Jahren 1893 und 1894 auf den Strecken des Bahnpostamtes 28 in Constanz als Bahnpostbeamter gefahren und konnte die Erfahrung machen, dass jeder dort beschäftigte Unterbeamte den Dienst der Beamten tadellos hätte versehen können, dass es dagegen den Beamten doch gar sauer geworden wäre, wenn sie einmal den Unterbeamtendienst hätten verrichten sollen. So ist es auch bei der sogenannten *Geldausgabe*. Der Beamte, der am Schalter die Beträge auf Postanweisungen auszahlt, tut genau das selbe, wie der Geldbriefträger. Der Beamte sitzt aber ruhig hinterm Schalter, während der Unterbeamte die ganze Stadt durchlaufen muss. Der Landbriefträger nun gar ist, wie ihn die Postverwaltung selbst nennt, eine wandelnde Postanstalt, er bestellt Sendungen jeder Art und nimmt Sendungen jeder Art in Empfang, er verkauft Wertzeichen jeder Art, selbst Invalidenmarken, und zahlt sogar die Invaliden- und Unfallrenten an die Landbewohner aus. Dabei hat er täglich einen Marsch von 26 bis 28 Kilometern zurückzulegen.

Nach alledem lassen sich dafür, dass man den Unterbeamten jährlich 600 Stunden mehr Dienst tun lässt, als den Beamten, Gründe nicht geltend machen, Ein Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit lässt sich hierbei ebenfalls nicht konstatieren, da geistige und körperliche Arbeit im technischen Postdienste so in einander fliessen, dass keine Beamtenarbeit ohne körperliche, keine Unterbeamtenarbeit ohne geistige Anstrengung ist. Von mechanischem Arbeiten kann überhaupt im technischen Postdienste nicht die Rede sein, da er ein ausserordentlich scharfes Aufpassen, eine peinliche Zeiteinhaltung u. s. w. erfordert und dadurch auf Beamte und Unterbeamte gleich nervenzerrüttend wirkt. Der Bureaudienst dagegen, der mit der geringsten Stundenzahl bedacht ist, entbehrt nicht einer gewissen Gemütlichkeit und fliesst sanft und ruhig dahin.

Ist schon die verschiedene Zumessung der Dienststundenzahl eine Ungerechtigkeit, so ist die komplizierte Rang- und Gehaltsverschiedenheit noch unbegreiflicher. Die Tätigkeit des der Assistentenklasse angehörigen Postverwalters ist genau die selbe, wie die des Postmeisters, der im Range der Obersekretäre steht. Und die Tätigkeit des Postdirektors eines kleineren Postamtes erster Klasse ist in keinem Punkte schwieriger, als die eines Postmeisters. Bei grösseren Postämtern hat der Postdirektor vor dem Postmeister sogar noch das voraus, dass dieser nebenbei die Hauptkasse führen muss, während jenem hierzu ein Postinspektor gestellt wird. Allerdings müsste der Vorsteher eines

grossen Postamtes einen weiteren praktischen Blick besitzen, als der eines kleinen; aber diesen praktischen Blick verleiht nur die Praxis und kein Examen. Es ist auffallend, wieviel vorzügliche Praktiker unter den Postverwaltern und Postmeistern, wie wenige dagegen unter den Postdirektoren zu finden sind. Ich habe unter den vielen Postdirektoren, die ich dienstlich kennen lernte, nur einen tüchtigen Praktiker, ein wirklich organisatiorisches Talent gefunden; dieser aber war aus der Thurn- und Taxisschen Verwaltung übernommen, hatte nur die Volksschule besucht und sich seine schriftliche Fertigkeit vor Eintritt in den Postdienst als Lohnschreiber bei einem Steuereinnehmer erworben.

Während die Reichspostverwaltung, wenn sie nur praktische Erwägungen gelten liesse, eigentlich zur Aufhebung der die Beamtenschaft spaltenden Schranken kommen müsste, hat sie im Gegenteil diese Schranken vertieft und die Praktikanten schon durch äussere Titelgebung vollständig von den Assistenten und Sekretären geschieden. Die Praktikanten werden bei der Post gewissermassen als geborene Gesetzgeber, ihr Maturitätsexamen als eine Art göttliche Begnadigung betrachtet, was zur Folge hat, dass aus den massgebenden Stellen immer mehr der praktische Geist verschwindet und einem ungelenken Bureaukratismus Platz macht, während die Kollegialität der Postbeamtenschaft durch den Assessorismus der meist reserveleutnantlichen Praktikanten, Oberpraktikanten u. s. w. vollständig zerrissen wird. Doch nicht genug damit, auch die Assistentenschaft ist auseinandergerissen worden. Wenn nun einmal den Rang- und Titelvorurteilen Konzessionen gemacht werden mussten, so hätte man doch einfacherweise die Assistenten nach Abdienung einiger Jahre in die Rang- und Gehaltsklasse der Sekretäre aufrücken lassen sollen. Die Sekretäre werden nämlich im grossen ganzen genau so beschäftigt, wie die Assistenten. Ich bin in Stellen beschäftigt gewesen, in denen Sekretäre, Assistenten, Gehilfen und Praktikanten genau den selben Dienst versahen. In Hanau wurde noch im Jahre 1903 in einer Obersekretärstelle ein Assistent beschäftigt, während ein alter Sekretär unter der Aufsicht dieses Assistenten arbeitete. Die Stelle eines Oberpraktikanten, die ich dort inne hatte, wurde, wenn ich erkrankt oder in Urlaub war, von einem Assistenten verwaltet. Wenn man jetzt die Beförderung der Assistenten zu Sekretären von dem Bestehen eines Examens abhängig macht, so verlangt man also von ihnen, dass sie die Befähigung zu einem Dienste nachweisen, den sie schon Jahre lang versehen haben. Das Sekretärexamen ist ein bureaukratisches Monstrum, das nur dann einen Sinn hat, wenn es die Postverwaltung dazu benutzt, die gut Angeschriebenen von den minder Beliebten zu sondern, es ist eine maskierte Zuchtrute für das Assistententum; denn, da in diesem Examen nicht Dinge geprüft werden, die ein Sekretär wissen muss, sondern kniffige Doktorfragen, die in Wirklichkeit kaum vorkommen, aber eine aufreibende Einpaukerei erfordern, hat es die Postverwaltung ganz in der Hand, die Prüflinge nach ihrem Gutdünken bestehen oder durchfallen zu lassen. Es ist ein höchst überflüssiges Sieb, das den Assistenten aus der versprochenen Wohltat zu einem gewiss von ihnen nicht gewollten Disziplinierungsmittel für die nach Meinung der Verwaltung nicht ganz gesinnungstüchtigen Elemente geworden ist.

In der Debatte über die Postpersonalverhältnisse wurde ganz besonders der Postboten und Landbriefträger gedacht. Der Staatssekretär gab es selbst zu, dass ein Unterbeamter im Westen 8 bis 9, im Osten 14 bis 15 Jahre Postbote und

Landbriefträger sein muss, bis er als Postschaffner mit einem bei bescheidenen Verhältnissen halbwegs ausreichenden Einkommen angestellt wird. Der Anwärter für den Unterbeamtendienst ist durchschnittlich 23 Jahre alt, er wird also im Westen 32, im Osten 38 Jahre alt, bis er zum Postschaffner avanciert. Der Postbote erhält ein nach dem Dienstalter und den Teuerungsverhältnissen von 1,80 bis 2,70 Mark steigendes Tagegeld. Er hat also 8 bis 9 oder gar 14 bis 15 Jahre — auch der Landbriefträger erhält nicht mehr, als der Postbote — für einen Wochenlohn von durchschnittlich 17 bis 18 Mark zu dienen, was bei wöchentlich 66 Dienststunden einen Stundenlohn von 27 Pfennig darstellt, einen Hungerlohn, den das Unternehmertum kaum noch den Heimarbeitern zu zahlen wagt. Dass der Postbote, dessen Dienst übrigens von dem der angestellten Briefträger und Schaffner gar nicht verschieden ist, mit 27 Pfennig Stundenlohn keine Familie ernähren kann, liegt auf der Hand. Im Oberpostdirektionsbezirk Cassel hat man denn auch — wenigstens war es in den Jahren 1900 und 1901 der Fall — die neu angenommenen Postboten auf das Zölibat verpflichtet und sie einen Revers unterschreiben lassen, in dem sie sich damit einverstanden erklärten, dass sie aus dem Dienste entlassen würden, wenn sie sich einfallen lassen sollten, während ihrer Postbotenzeit zu heiraten. Ich war als Oberpostdirektionssekretär damals selbst mit der Annahme der Postboten betraut, spreche also aus eigener Erfahrung.

Der Staatssekretär des Reichspostamts hat in der Debatte über den Postetat jedem Wunsch der Abgeordneten auf Gehaltserhöhung oder Tarifverbilligung die Rechnung der dann aus dem Überschuss fortfallenden Millionen entgegengestellt und Ersatz verlangt, wenn der Reichstag darauf bestehe, dass er solchen Wünschen entgegenkomme. Der Abgeordnete Kaempf bemerkte treffend, dass die 62 Millionen Überschuss eigentlich nichts weiter seien, als eine dem Verkehr auferlegte Steuer. Wenn man die jämmerliche Entlohnung der Postboten sieht, die im Vergleich mit den sonst üblichen Stundenlöhnen 8 bis 9 oder gar 14 bis 15 Jahre fast nur die Hälfte von dem ihrer Leistung zukommenden Lohne erhalten, könnte man sogar sagen, dass die Überschüsse der Postverwaltung zu einem grossen Teil durch eine den schlechtest bezahlten Unterbeamten auferlegte Kopfsteuer aufgebracht werden.

Die Postboten sind aber noch immer nicht die untersten Postproletarier, unter ihnen stehen noch die Postillone und die Posthilfsboten. Herr Kraetke hat sich zwar im Reichstage eingehend über die *gute* Bezahlung (2,50 Mark pro Tag) der Postillone ausgelassen, aber er meinte damit nur die Postillone der reichseigenen Posthalterei in Berlin. Reichseigene Posthaltereien sind indessen überaus selten. Im allgemeinen sind die Posthaltereien an Privatunternehmer vergeben, die Postverwaltung schreibt diesen nur die Zahlung eines Tagegeldes von 2 Mark an die Postillone vor und bekümmert sich nicht im geringsten darum, wie lange der Posthalter die Postillone für diese 2 Mark arbeiten lässt. Dass ein Postillon von morgens 5 bis nachts 10 Uhr Tag für Tag auf dem Bocke sitzt, ist nach meiner persönlichen Erfahrung etwas ganz Alltägliches. Die in der Reichstagsdebatte gefallene Bemerkung, dass Postillone wöchentlich 80 Dienststunden hätten, erscheint mir deshalb durchaus glaubhaft.

Nicht an Überlastung mit Dienst, wohl aber an Mangel an Lohn leiden die Posthilfsboten, die sich fast noch schlechter stehen, als die Postillone. Diese Posthilfsboten gelten als nicht voll beschäftigt, weil sie 5 bis 7 Stunden täglich

Dienst haben. Sie erhalten je nach der Dienststundenzahl ein Tagegeld, das sich durchschnittlich etwa auf 1 Mark belaufen wird. Da aber die Dienstleistung meist nicht hintereinander ausgeführt wird, sondern sich auf Vor- und Nachmittag erstreckt, hat der Posthilfsbote kaum zu einer Nebenbeschäftigung Gelegenheit und muss sich oft mitsamt seiner Familie mit 30 Mark monatlich durchhungern. Die Postverwaltung hat zwar die Posthilfsboten auf den Aussterbeetat gesetzt; aber in abgelegenen Gegenden auf dem platten Lande stösst man immer noch auf diesen untersten Postproletarier, der weder pensionsberechtigt ist, noch es jemals zur Anstellung bringt.

Dass die Oberpostpraktikanten mit 2100 Mark Gehalt und 433 Mark Wohnungsgeldzuschuss kaum sich selbst unterhalten, geschweige denn eine Familie ernähren könnten, leuchtete dem Staatssekretär ein, er hat auch hier eine Aufbesserung in Aussicht gestellt; aber wie der Postbote mit 27 Pfennig Stundenlohn leben und eine Familie ernähren soll, darüber hat Herr Kraetke keine Auskunft gegeben. Oder ist auch er der Ansicht, dass die Postboten zum Zölibat verpflichtet werden müssten?

Übrigens wüsste ich dem Reichspostamt ein Mittel, das es ihm ermöglichte, die Unterbeamtengehälter und Tagegelder aufzubessern, ohne die Überschüsse zu schmälern. Dieses Mittel besteht in der Beseitigung des Bureaukratismus, der in einer Masse überflüssiger Aufsichtsbeamten und nutzloser Bureauaristokraten viele Millionen verschlingt. Auch die Aufhebung der ebenfalls ungeheuer kostspieligen Zwischenregierungen, der Oberpostdirektionen, könnte in Frage kommen. Grosse Ersparnisse würden schliesslich durch eine radikale Vereinfachung des viel zu komplizierten und schwerfälligen technischen Betriebes erzielt, in dem in der Hauptsache noch immer nach einer aus dem Anfang der siebziger Jahre stammenden, gänzlich veralteten Instruktion gearbeitet wird. Hierüber vielleicht einiges in einem anderen Artikel.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HERMANN WENDEL · DIE GENERATION UM CONRADI

HERMANN Conradi: wenn man diesen Namen aufleuchten lässt, taucht bildhaft und greifbar in ihrer Seelen blutiger Zerrissenheit eine ganze Generation herauf.

Eine Generation von Fliegern und Unterliegern, ein Geschlecht von Ahasvercharakteren, unstet vagierenden, von Siegfriedsnaturen, früh gefällten, jäh zerschellten, von titanischen Dämonikern, die in trotzigem Ansturm die letzten Pforten des letzten Rätsels sprengen wollten, von problematisierenden Ironikern, die ebensowenig den Sinn *ihres*, wie den *des* Lebens an und für sich haschen konnten, ein Geschlecht schliesslich, das den *Übergangs*stempel und damit von vornherein das *Untergangs*stigma sichtbar an der Stirn trug. Die Wesenheit dieser Jünglinge ist vom nationalen, vom Rassengesichtswinkel blosszulegen versucht worden, aber eine restlose Deutung kam dabei nicht zu stande. Aus dem einfachen Grund, weil unterflächlich ganz andere Momente, als nationale, schwangen und den Rhythmus für Sein und Sterben dieser Generation angaben: Klassenmomente in erster

Linie. Dieses durch und durch problematische Geschlecht umfasst und stellt die Spätlinge der deutschen Bourgeoisie dar, die Nachfahren der Achtundvierziger, deren Dichten und Trachten nach einer schwarz-rot-goldenen Reichseinheit seinen zureichendsten Ausdruck auf den Märzbarrikaden gefunden hatte, deren Enkel aber, mit der ganzen ererbten Ideologie ballenweise belastet, gerade noch Blut und Glut genug im Leibe hatten, um eine Revolution in der Literatur anzustreben. Allerdings schoss ihr Radikalismus seine Pfeile weiter, nach einer grossen kulturellen Revolution — sie erwarteten wohl alles erst von einer *absoluten Umstülpung aller Verhältnisse*, doch die sollte nicht als ein Ausfluss oder eher ein Ausbruch der am Horizont gewitternden sozialen Fragen daherkommen, sondern ihre Lösung nur gerade so mit umspannen. Denn unheilbare Ideologen waren all diese Stürmer und Dränger, die in sehr einseitiger Weise die gesamte Umwelt auf ihr eigenes gigantisch gerecktes und doch so winziges Ich bezogen, im besten Fall ihr Ich mit dem Welt-Ich zu identifizieren suchten und darum ein rechtes Verhältnis zur Wirklichkeit nicht gewinnen konnten. Weil ihr ausgesprochener und bisher noch nicht dagewesener Wirklichkeitssinn ihnen nur erlaubte, das Auge auf Einzelheiten und immer wieder auf das Detail einzustellen, kamen sie fast ausnahmslos über das Negative nicht hinaus, blieb die Analyse ihr eigentliches Feld, und die Synthese ihnen unerreichbar fern.

Als die meisten dieser gärenden Köpfe zum Bewusstsein erwachten, war die Reichseinheit schon seit einem guten Dutzend Jahre in Erfüllung gegangen, aber damit nicht der blondgelockte und blauäugige Kyffhäusertraum vom germanischen Imperium verwirklicht, das Frieden nach aussen und Eintracht nach innen mit ehernen Klammern zusammenhalten sollte. Das Geschlecht, das selber die Muskete nach Frankreich hineingeschleppt hatte, konstatierte das weniger, als das nachfolgende, in dessen Knabenträume die Siegesdepeschen von Metz und Sedan und Paris fanfarengleich geschmettert hatten, und dem nun der Bart ums Kinn sprosste, als die Gründerkrachs schreckhafte Detonationen im Entwickelungsprozess des Kapitalismus markierten. Und staunend musste dieses junge Geschlecht sehen, wie es mit der Eintracht und Einheit nicht weit her war, wie die durch die fünf Milliarden losgebundenen kapitalistischen Energieen die Klassenscheidung und Klassenfeindschaft innerhalb der Nation stets gegensätzlicher zu Tage treten liessen, wie die ganze Zeitlage nur äusserlich glänzend und krafttaumelnd war, innerlich aber mit schweren Kontrasten und sich aus ihnen ergebenden Konflikten schwanger ging. Vor allem drängte sich ihnen die Tatsache auf, dass das Bürgertum, der kleine Mittelstand, aus dem sie fast alle herausgewachsen waren, zwischen zwei Reibflächen geraten und unrettbar verloren war. Aber in die Gehirnwindungen dieser ebenso ideologisch, wie idealistisch veranlagten Jünglinge bohrte sich das *maskierte Zersetzungselend* des Kleinbürgertums nach Gemässheit seiner geistigen oberflächlichen Erscheinungsformen; die politische und kulturelle Verlotterung ihrer Klasse wurden sie wohl gewahr, ohne sie doch einzig und ausschliesslich auf die Stellung des Bürgertums eben als Klasse zurückzuführen, ohne überhaupt einen Begriff von dem Wort *Klasse* zu haben als einer völkischen Schicht, der im wirtschaftlichen Produktionsprozess eine besondere Aufgabe zugefallen ist. Weil ihnen eben der Einblick in die wirtschaftlichen Grundformen fehlte, konnten sie auch den soziologischen und kulturellen Sinn der Arbeiterbewegung

nicht in ihrem vollen Umfange erfassen. Momente rein äusserlicher Natur mögen da mitgesprochen haben, etwa, dass die Form, in der die durch Sozialistengesetz und Polizeischikanen scheinbar niedergehaltene Sozialdemokratie in die Erscheinung trat, dem Machthunger und auch dem ästhetischen Empfinden dieses Geschlechts nicht Genüge leisten konnte, aber andererseits ist es sicher, dass ihre ideologische Voreingenommenheit sie niemals zu einem klaren Erkennen der ökonomischen Gesamtlage zuliess, dass sich ihnen deshalb nie die wahre Bedeutung des Proletariats erschloss, mochten sie dem Herzen nach sich noch so sehr mit den sozialistischen Bestrebungen im Einklang fühlen. Dass dies der Fall war, bewiesen die Romane und Gedichte, in denen sich die sozialen Probleme nur so häuften. Doch samt und sonders waren sie nicht von innen, sondern von aussen aufgefasst, vom Mitleidsstandpunkt aus gelöst oder beweint.

Von ihrer bürgerlichen Klasse hätten diese Menschen sich gern losgesagt, aber gerade die Untergangssymptome, die sie selbst nur in mehr vergeistigter Gestalt aufwiesen, schmiedeten sie unlöslich an die Bourgeoisie fest. Und weil sie auf der anderen Seite die Morgenluft witterten, die ihnen in reinen Schwaden aus der aufsteigenden Arbeiterklasse entgegenblies, und doch nicht loskonnten, prägte sich an ihnen am schroffsten die Lage der mittleren Bourgeoisie aus, das Hangen und Bangen zwischen zwei Klassen, das *Nicht-wohin-Wissen*, der Übergangscharakter, der Untergangscharakter! So fahren sie denn in die Welt hinaus, als echte ideologische Deutsche, als echte Nachfahren der Achtundvierziger mit grossem titanischen Wollen, dem die Kraft nicht zureicht, Wind und Ideale in den Segeln, und strecken in wilden Sehnsüchten die Arme aus nach fern schimmernden Sonnenküsten, die sie nie erreichen können. Und versinken früh mit einem wehen, irren Gelächter . . . Die nachfolgende Generation hat auch bereits den Willen verloren, die Sehnsüchte vergessen und verabscheut selbst das Suchen, das Tasten, das Kämpfen, das diesem gezeichneten Zeittypus eignet.

Dieser Zeittypus ist allerdings nicht erschöpft, wenn man eine Handvoll Namen aus der Literaturgeschichte jener Tage herausgreift. Er ist nicht begrenzt durch die Schar, die sich enger an Conradi anschloss, nicht durch die jungen Literaten, die unter seiner und Wilhelm Arents Führung im Spätjahr 1884 die *Modernen Dichtercharaktere* herausgaben, nicht durch alle, die mit wildem Kriegsgeheul der Moderne präludierten. Der Geist, der den besonders und merkbar hervortretenden Köpfen Leuchtkraft spendete, glomm auch in all denen, die dunkel im Dunkel geblieben, einsam verdorben und gestorben sind oder, was schlimmer, aller Problematik entsagten und heute als behagliche, würdevolle Herren unter uns wandeln. Aber alle Elemente, die den jeweils charakteristischen Zug des einzelnen ausmachten, vereinigte Hermann Conradi; die verstreut schwingenden Klänge hatten sich bei ihm zum einheitlichsten, machtvollsten und darum auch künstlerisch wertvollsten Rhythmus gebunden; Conradi ist der berufene Repräsentant der ganzen Generation.

Sein äusserer Lebensgang schmiegte sich eng seiner inneren Struktur an. Philister werden urteilen und verurteilen, dass er nie über den verbummelten Studenten hinausgekommen ist. Zu Jessnitz in Anhalt erblickte er am 12. Juni 1862 das Licht einer Welt und einer Zeit, an deren Enträtselung er zu Grunde gehen sollte, verbrachte die üblichen Jahre in der Gymnasialfron in

Dessau und Magdeburg und studierte dann mit faustischem Erfasserdrang in Leipzig, München und Würzburg in vielerlei Wissenschaften herum: Philosophie, Nationalökonomie, Germanistik und Staatswissenschaften. Doch er produzierte fast mehr, als er konsumierte. Als Dreiundzwanzigjähriger gab er mit Johannes Bohne ein *Faschingsbrevier* heraus, leitete dann neben Karl Henckell die *Modernen Dichtercharaktere* mit einem Vorwort ein, in dem die Sturmglöcken einer neuen Zeit läuteten. In diesem Sammelwerk traten neben den bedeutend älteren Wildenbruch und Bleibtreu lauter junge Brauseköpfe und Schwarmgeister zum erstenmal vor die Öffentlichkeit, kaum Zwanzigjährige, eine buntlappige Gesellschaft, verschieden an Talent, Charakter und Temperament, aber einig in der quälenden Unzufriedenheit mit der Gegenwart und in der Sehnsucht nach einer vollsaftigen grossen Zukunft, einig in dem Wunsch, der glänzenden äusseren Form des neuen Reichs einen gleichwertigen kulturellen Inhalt einzufügen, in dem naiven Glauben an eine germanische Zukunft und vor allem einig in dem Suchen und Tasten und Schwanken auf dem Weg nach dieser Zukunft. Charakteristisch ist, dass nur zwei dieser literarischen Revolutionäre, Arno Holz und Karl Henkell, sich annähernd in die Gefühlswelt des Sozialismus einlebten, und nur ein einziger, Georg Gradnauer, der mit messianischen Hymnen vertreten war, auf positiv sozialistischen Boden trat, der Literatur abschwor und sich als Wirklichkeitskämpfer dem sozialdemokratischen Heerbann einreihte.

Dass diese ganze Generation damals mit Haut und Haar auf dem Standpunkt der bürgerlich-ideologischen Geschichtswissenschaftler stand, die Geschichte und Menschheitsentwickelung von dem Wirken einzelner begnadeter Köpfe abhängig machen, zeigte sich vollauf, als Wilhelm I. und Friedrich III. ihren Posten an der Spitze des Reichs einem Jüngeren überliessen, einem, wie diese Stürmer glaubten, aus ihrer Generation. Da schrieb in dem unklaren Gefühl, dass nun die germanische Weltwende eintrete, Conrad Alberti seine Broschüre *Was erwartet die deutsche Kunst von Kaiser Wilhelm II.?* und Conradi die ungleich wertvollere *Wilhelm II. und die junge Generation*, eine zeitpsychologische, kritisch-analytische Studie ersten Ranges, in der er mit bemerkenswerter Selbsterkenntnis und Selbsteinschätzung es aussprach: »Der Ideologe ist das natürliche Opfer des Konflikts zwischen der Bourgeoisie und dem vierten Stande«, ohne allerdings über diese Selbsterkenntnis hinauszukommen. Kritisch-analytische Spiegelungen seiner Zeit und durchaus programmatischen Charakters waren auch die anderen Veröffentlichungen Conradis, die Skizzensammlung *Brutalitäten*, die Romane *Phrasen* und *Adam Mensch* und die Gedichte, die er unter dem kokett klingenden Titel *Lieder eines Sünders* herausgab. Er erläuterte aber gleich in der Einführung: »Lieder eines Sünders bedeuten Lieder eines Kämpfers, der sich nicht ganz von der grenzenlosen Gemeinheit des Lebens knechten lassen wollte . . .«

Conradis Lebenswerk ist Torso, Fragment geblieben und musste Fragment bleiben. Nach einer Leitidee wollte er sein Schaffen ausbreiten, in einem gewaltigen Romanzyklus alle Probleme, die im Zeitstrom durcheinanderquirlten, ordnen und auflösen. Die *Phrasen* sollten gewissermassen ein Präludium, ein Anschlagen der Saiten darstellen, und folgen sollte eine prosaepische Trilogie *Ein moderner Erlöser, Die Heimatlosen, Mein letztes Ideal* mit einem Inselgürtel kleinerer Schriften *Staub, Faules Holz, Zermalmt, Die*

letzte Sintflut, von denen aber nur der *Adam Mensch* erschienen ist. Dieses Buch hetzte dem körperlich schwer leidenden Dichter den sächsischen Staatsanwalt auf den Hals; wegen Gotteslästerung und Vergehens gegen die Sittlichkeit wurde er unter Anklage gestellt, aber ehe die Juristen ihr literarisches und kulturelles Unverständnis vor seinen Augen bekunden konnten, zog ein früher Tod den Schattenschleier über die oft wirren und grotesken Bilder seines überreizten, überheizten Gehirns. In Würzburg starb er, noch nicht achtundzwanzigjährig, am 8. März 1890, getreu der Rolle, die ihm das Schicksal zu spielen aufgegeben hatte, als Führer einer Übergangs- und Untergangsgeneration. Seine Freunde und Mitkämpfer schichteten reichlichen Lorbeer auf sein Grab und betrauerten sein Scheiden, das ein blühendes Schaffen mitten in der Tat abgeschnitten hätte. Doch müssig darf uns diese Klage erscheinen. Conradi hätte der Welt wenig mehr zu geben gehabt, als er getan. Als Fragmentariker, als ein Nievollender dahinzugehen, war ihm bittere Bestimmung.

Und gerade er war der letzte, der sich dessen nicht voll bewusst gewesen wäre. Die Bewusstseinsfülle, einer verbrauchten Schicht anzugehören, verstärkte und vertiefte seinen Pessimismus und Skeptizismus, ermöglichte es ihm aber auch, die geistige Wesenheit seiner Generation erschöpfend darzustellen. Berühmt sind jene Verse, in denen sich eine klare und ergebene Zukunftsschau ausspricht:

»Ich weiss — ich weiss: nur wie ein Meteor,
Der flammend kam, jach sich in Nacht verlor,
Werd' ich durch unsre Dichtung streifen!
Die Laute rauscht. Es jauchzt wie Sturmgesang.
Wie Südwind kost — es gellt wie Trommelklang
Mein Lied und wird in alle Herzen greifen . . .

Dann bebt's jäh aus in schriller Dissonanz . . .
Die Blüten sind verdorrt, versprüht der Glanz —
Es streicht der Abendwind durch die Zypressen . . .
Nur wen'ge weinen . . . Sie verstummen bald.
Was ich geträumt: s i e geben ihm Gestalt —
Ich aber werde bald vergessen . . .«

Keiner von den anderen hat mit so sicheren Linien sein Bild und seine Bedeutung hingeworfen, wie er in diesen zwölf Zeilen. Aber noch zahlreiche Gedichte enthalten die *Lieder eines Sünders,* die eine eben so scharfe und fast visionär verklärte Selbstabrechnung in sich bergen. So jenes verzweifelnde, prometheisch sich bäumende, in dem er von »der Zeit tiefinnerstem Geheimnis« gestehen muss:

»Ich kann es f ü h l e n — und doch nicht b e g r e i f e n,
Sein Wesen spür' ich durch die Seele zittern,
Doch find' ich nicht die Lösung, die es tilgt . . .
Es schürt in mir — sein Atem sät Verderben,
Die Brandung schreit — und Stürme, sie erschüttern,
Entwurzeln mich — doch ob die Brust auch brüllt,
Nach Wahrheit, wie der Leu nach Freiheit brüllt,
Den sie gefangen hinter Eisengittern:
D i e S e h n s u c h t m e i n e r S e e l e w i r d d o c h n i e g e s t i l l t . . .
Der Zeit Geschwüre kann ich nicht verwinden —
Es lasten auf mir ihre harten Sünden —
Ich bin der Sohn der Zeit — doch ach, ihr Götter! —
Ich bin ihr S o h n — doch nicht ihr R e t t e r! . .«

Auch formal ist dieses Gedicht bezeichnend für Conradi. In seine Lyrik drängt sich überall das philosophisch-reflektorische Element; er ist alles andere, als ein naiv und ursprünglich schaffender Dichter, wenn es ihm auch hier und da gelang, einen rein lyrischen Akkord anzustreichen und leis verzittern zu lassen. Im grossen und ganzen aber ist er lauter Pathetiker, der eine wild kyklopische Bilderwelt vor uns erstehen lässt und ähnlich, wie der nicht minder reflektierende Schiller, Wortmassen auf Wortmassen türmt, bis uns am Ende der Atem ausgeht. Man hat die um Conradi gern als Neutöner angesprochen, aber abgesehen von einer ungefügeren Behandlung des Rhythmus ist bei Conradi wenig formales Neuland wahrzunehmen. Auch seine Romane, die im einzelnen eine prachtvolle Bildlichkeit aufweisen, in denen oft die Wortfolgen wie reife, schmelzige Früchte schwellen, sind kunstwertlich nicht, wohl aber als Memoiren, soziologisch, kulturell aufzufassen. Alles, was Conradi schrieb, ist im letzten Grunde Selbstbekenntnis, wenn wir auch die Gestalt eines Heinrich Spalding in den *Phrasen* und eines Adam Mensch in dem gleichbenamsten Roman nicht ohne weiteres mit ihm identifizieren dürfen. Aber weil seine künstlerische Wesenheit als Psychometer wirkte, der auf die geheimsten Schwankungen reagieren konnte, liegt im Allerinnersten, Allerunheiligsten des Adam Mensch-Charakters doch schliesslich der Wesenskern Conradis eingesprengt.

Spätere Historiker, die sich nicht nur an dem Blinkern und Flimmern auf der Spiegelfläche erfreuen, sondern durch alles Wellengekräusel auf den Grund der achtziger Literaturbewegung schauen wollen, müssen auf den *Adam Mensch* zurückgehen. Sie können gar nicht an ihm vorbei: er ragt wie ein Markstein auf der Entwickelungslinie. Dieser Dr. Adam Mensch ist der typische Jüngstdeutsche, eine komplizierte Natur, impulsiv und reflektierend, naiv und raffiniert bis zur satanischen Erkenntnis. Von ihm aus können wir auf die ganze Generation schliessen und all das Vibrieren und Irrlichterieren, das Ringen und Vorbeigreifen ihrer Einzelglieder verstehen lernen. Wenn Conradi einen direkten Zusammenhang zwischen den *Phrasen* und dem *Adam Mensch* nicht geplant hatte, so sind doch beide Werke ein und der selben Tendenz entwachsen und organisch untrennbar verbunden. Den Pennäler und Studenten Heinrich Spalding in den *Phrasen* kann man ohne Gewissensbisse als Dr. Adam Mensch in einem früheren Werde- und Reifestadium ansprechen. Denn auch der Spalding ist typisch für die Generation.

In diesen Gebilden fluktuiert eine eigenartig zitternde Unterströmung, die später vom psychischen Naturalismus weitergeleitet wird. Jedes Gefühl wird in seine Spektralfarben zerlegt, jedem Gefühlchen bis zu den feinsten Wurzeläderchen nachgegraben. So bleibt uns von der seelischen Beschaffenheit dieses Geschlechts nichts verborgen; es steht vor uns in seiner ganzen Seelenblösse. Wir sehen die Jünglinge auf dem Gymnasium schon in deutschem Mystizismus sich mit allen Rätseln herumschlagen. Mit lächelnden Lippen und geschlossenen Augen springen sie dann in das eigentliche Leben, wie in den Duft eines Rosengartens, das Hirn voll purpurner Träume von all dem Grossen und Schönen und Herrlichen, das sich nun vor ihnen erschliessen soll. Aber bald gehen ihnen die Augen auf und über: sie sind in eine Welt geraten, in der sich alle Räder für das Kapital drehen, in der der einzige Götze Geschäft heisst. Diese Erkenntnis schlägt ihnen nicht die erste, aber die unheilbarste

Wunde. Trost suchen sie in der Philosophie und den Weibern; sie umklammern beides mit gleicher Inbrunst; sie zergliedern das Geheimnis des Seins noch in der parfümgeschwängerten Kambüse eines Fünfmarkmädchens. Schopenhauer und Hartmann liegen noch in der Luft, werden gierig von ihnen aufgegriffen, und in den Spelunken, vor denen einladend eine rote Laterne baumelt, speien sie die letzte Ehrfurcht vor der Heiligkeit des Lebens ins Schnapsglas. Sie werden selbstbewusste und würdevolle *Nein*sager. Aber auch Nietzsche zuckt schon Blitze in ihre Köpfe hinein. Nietzsche, den man als *Ideologen des Grosskapitalismus* sicher nicht erschöpft. Denn er spiegelt schon teilweise in seinem Drang nach der Entfaltung dionysischer Lebenskräfte ein ökonomisches Gesetz, das für alles Schönheitssuchen und alle Vollmenschensehnsucht in der Kunst von heute eine Erklärung gibt: dass nämlich die Produktivität gesellschaftlicher Arbeitskraft sich so gesteigert hat, dass sie bei rationeller Verteilung die individuelle Entwickelung, also die *Züchtung des Übermenschen,* ermöglicht. Das schneidend Negative und vage Fabulieren nicht minder kommt bei Nietzsche, wie bei den anderen durch die Gebundenheit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung hinein, die einen Ausgleich nicht gestattet, die Früchte jener höchsten Ergiebigkeit nicht reifen lassen kann. Zum Sozialismus gelangt aber die junge Generation nicht, weil sie nicht erfassen kann, dass ihr ringender Individualismus im letzten Grund nur ein immanenter Bestandteil des durch die Zeitseele schwingenden Sozialismus darstellt, dass Individualismus nur auf das Einzel-Ich zurückgestrahlter Sozialismus ist. »Ich bin Individualist — also Egoist ärgster Sorte«, faselt ein Conradischer Held einmal, »und darum vielleicht — Sozialist — der Überzukunft.« Wohl erkennen sie mit schneidender Schärfe den senilen Marasmus der Bourgeoisie, bestätigen dem Proletariat das »dämonische Recht zur Revolution«, aber Sozialisten nicht der Überzukunft, sondern der Gegenwart zu werden, sich dem als Klasse ringenden Proletariat anzuschliessen, davor haben sie einen gewaltigen Horror — als Ideologen. Der Sozialismus dünkt ihnen ein Rudimentärstes, weil das heranmarschierende Proletariat mit Kulturstoffen nicht erblich belastet ist, wie sie selbst. Sie fürchten, wie jeder Weissbierphilister, von seinem Sieg eine Kasernierung der Menschheit. Aber sie wittern das Neue, sie hören von fern das pfingstliche Brausen. Lange glauben sie in ihm die Anzeichen einer germanischen Zukunft zu verspüren — auch in den Eingangsworten zu den *Modernen Dichtercharakteren* wird schroff das nationale Element betont —, die natürlich antikapitalistisch sein soll. Und weil sie alles durch die Rassenbrille ansehen, erscheint ihnen der Kapitalismus als ein vorwiegend semitischer Faktor, und daraus resultiert ein fanatischer Antisemitismus. Doch vergebens klaftern sie ihre Schwingen zum Flug nach dieser germanischen Zukunft, sie flattern sich an den Wänden der Wirklichkeit die Flügel wund, und da dringt wohl einmal die Erkenntnis auch bei ihnen durch, wie der Zukunft Land eigentlich aussehen wird. Der Adam Mensch prophezeit einmal, aber nicht mit freudigem Zukunftsglauben, sondern düster in ein Unabwendbares starrend:

»Wir sind auf neuen Wegen zu neuen Zielen. Und doch! Wird etwas bleiben, wenn das ... also das *Volk* losbricht? Die herrschende Generation der Zukunft entwächst dem vierten Stande. Das werden alles sehr bornierte Leute sein, aber sie werden dafür oder darum sehr gesund, sie werden sehr nüchtern sein. Überreizung, unnatürliche Überheizung werden ihnen im

ganzen fremd sein. Blut von unserm Blut —? Geist von unserm Geist —? Dieses Blut ist faul und schwer und dick, und dieser Geist ist morsch und krank und brüchig. Verzichten wir! Leben wir uns aus! ... Wir haben scheinbar gehandelt und doch immer nur gelitten. Wir waren Genies im Denken, Fühlen, Entwerfen, Träumen, Dulden. Nun werden die Talente der Tat kommen, weil sie kommen müssen. Eigentlich bedauern wir sie. Denn wir verstehen sie auch, sie, die für uns kein Verständnis mehr besitzen werden. Vielleicht beneiden wir sie doch ein wenig. Denn sie atmen in einer reineren Luft, und ein gesünderes Blut rollt durch ihren Leib.«

So, weil sich alle ihre Ideale als Illusionen entpuppen, und weil sie selbst zu zerfasert sind, um den Weg der ehernen Tat zu gehen, lassen sie sich willenlos treiben und zermahlen. Alles Sein erscheint ihnen als das »fratzenhafte Marionettenspiel der Ewigkeit«, alle Menschheitsentwickelung als »der grosse weltgeschichtliche Narrentanz«, als das einzig gültige Ideal empfinden sie: keine Ideale mehr zu haben, und so taumeln sie, nicht in Johann Christian Günthers brausendem Lebens- und Sterbedrang, sondern als pure Nihilisten, als *Nichtser*, durch Weiberkneipen und Bordelle der Selbstvernichtung entgegen.

In einer einzigen Szene der *Phrasen* spiegelt sich erschreckend scharf das Innenleben jener Generation. Heinrich Spalding ist mit einigen Freunden durchzechter Nächte in ein Leipziger Bordell eingebrochen. Die anderen amüsieren sich mit den Damen des Hauses. Spalding aber sitzt allein in einem schwülen Zimmer — vor einem Christusbilde:

»Und so war Heinrich allein mit dem Gekreuzigten. Er betrachtete ihn lange mit brennendem Auge. Und es ward ihm zu Sinn, als müsste er in die Kniee brechen und die Arme zu dem toten Gotte emporstrecken und den toten Gott um eine wahrhaftige Welterlösung anflehen, die alle umfasste — auch diese armen Kinder der Sünde, auch diese armen, verlorenen Kreaturen. Aber da kam der Geist der frivolen Unnatur der Zeit, der auch in das Mark seiner Seele schon tief die Giftzähne eingeschlagen, über ihn, und er nahm sein Glas, klirrte es gegen die Bronze und rief *Prost!*«

So mischt sich christliche Mystik bei ihnen mit frivolem Spott, so können sie alle ihr Schicksal nur überwinden und überwachsen, indem sie es ironisieren ... Sie sind aus Impotenz Ironiker. Als Tragik der Tragik aber empfinden sie es, dass keine Tragik restlos kommt, dass ein Bodensatz unvertilgbarer Komik bei allem bleibt.

Und nicht einmal die Erfüllung ihrer letzten Sehnsucht wird ihnen gewährt, ein Tod, der sie lachend antrifft, mit Weinlaub im Haar. Sie zerklirren, wie sprödes Glas, klanglos. So ist Conradi selbst zerklirrt, so viele seiner Generation. Sie verschwanden im Irrenhaus, wie Held und Panizza, oder verdarben am Wege, wie Sommersfeld, oder griffen zur Giftflasche, zum Revolver, wie der siebzehnjährige Ludwig Notnagel, ein ausnehmend feiner Schädel — sie waren eben durchweg *morituri* von Kindesbeinen an ... Und von all ihrem Schaffen ist nichts geblieben, als ein paar verwehte, leise Töne und eine grosse, klingende Sehnsucht. Sie waren in Wahrheit keine Neutöner, sie haben ein neues Banner nicht entrollt, aber als Opfer einer sterbenden Klasse haben sie eine Glut noch einmal auflodern lassen, wenn sie auch rasch in sich zusammensank. Und weil der Schrei nach einem Frei- und Neuland heiss aus ihren Seelen brach, haben auch sie eine Anwartschaft auf das Bürgerrecht der Zukunftsmenschheit, diese Schar letzter Ideologen, diese Generation prädestinierter Untergangsmenschen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Geldmarkt Der April begann mit einigen sensationellen Ereignissen, die nicht nur die Berliner Börse und den deutschen Geldmarkt betrafen.

Die Diskontermässigung der Bank von England (seit 5. April 3½ %, vorher seit dem 28. September 4 %) schien allerdings eine Zeit ruhigerer Verhältnisse auf dem Leihkapitalsmarkt anzukündigen. Aber der Beschluss war in London mit einer sehr knappen Mehrheit gefasst worden, weil man eine um so stärkere Inanspruchnahme des willigeren englischen Angebotes durch das Ausland mit seiner noch immer überaus lebhaften Nachfrage voraussah. Vor allem New York befand sich beim Quartalswechsel abermals in einer ausserordentlichen Geldknappheit, so dass in den ersten Aprilwochen für tägliches Geld Zinssätze von 15 bis 30 % bezahlt wurden — was allerdings an die 120 % beim letzten Jahreswechsel bei weitem nicht heranreicht. Aber zu einem starken Abfluss von Gold aus Europa nach Amerika führte die heftige New Yorker Anspannung dennoch, und die Katastrophe von San Francisco wird dieser Strömung neue Kraft verleihen.

Die deutsche Reichsbank hatte sogar noch niemals am ersten Quartalswechsel eines Jahres eine so hohe Überschreitung des steuerfreien Notenkontingentes erfahren: diese Überschreitung betrug diesmal nach dem Ausweis vom 31. März 236,18 Mill. M. gegen nur 21,02 Mill. M. im Vorjahre und 166,13 Mill. M. vor zwei Jahren — trotz des dauernd hohen Diskontes. Als drückende Last und störendes Element erwiesen sich dabei immer mehr auch die Reichsschatzscheine, deren Vermehrung in den Bankbeständen unaufhörlich mit den Interessen der Geschäftswelt sich kreuzt und ganz anderen bewegenden Kräften folgt, als der sonstige, mehr aus den rein wirtschaftlichen Strömungen sich ergebende Bankverkehr. Die Schlussfolgerung der Regierung war gleichfalls überraschend: am 5. April begab das Deutsche Reich an das grosse Preussenkonsortium der Banken eine 3½prozentige Anleihe von 260 Mill. M., nutzte also alle eröffneten Anleihekredite, zuzüglich des neuen Kredites für Südwestafrika, sofort aus, nachdem der Reichsschatzsekretär noch am 29. März ausdrücklich darauf hingewiesen hatte, dass sich über die Realisierung der neubewilligten Kredite nichts vermuten lasse. Preussen begab gleichzeitig 300 Mill. M. Zu dem Motiv, die Ausgabe von Reichsschatzscheinen nicht uferlos wachsen zu lassen — im Etatsgesetzentwurf hatte man 275 Mill. M. als Höchstgrenze vorgeschlagen, in das Notgesetz wurden 350 Mill. M. aufgenommen! — war offenbar noch eine andere Absicht hinzugetreten: nämlich die, der Grossfinanz die Übernahme bedeutender russischer Anleihebeträge endgültig zu verleiden, nachdem aus der politischen Verstimmung zwischen Petersburg und Berlin schon vorher kein Hehl gemacht worden war.

× ×

Anleihen Dass unter solchen Umständen, in erster Linie bei der andauernden Möglichkeit, Geld bequem höherverzinslich anzulegen, gerade keine lebhafte Sehnsucht nach den neuen deutsch-preussischen Anleihen zum Ausdruck gelangte, ist selbstverständlich. Der Subskriptionskurs war auf 101,20 % für die bewegungs*freien* Stücke festgesetzt, auf 101,10 % für Stücke, die sich einer zeitweisen Sperre fügten oder ins Reichsschuldbuch eintragen liessen. Man musste sich mit dem überaus bescheidenen Ergebnis einer 1½fachen Überzeichnung begnügen, während vor einem Jahre die 300 Mill. M. 3½prozentiger Reichsanleihe rund 15fach gezeichnet wurden, die 290 Mill. M. 3prozentiger Anleihe von 1903 sogar 47-fach. Die Schuldbucheintragungen und Sperrstücke machen zusammen nicht mehr als 200 Mill. M. aus; an der Börse behauptete sich die neue Anleihe noch nicht einmal ein paar Tage auf dem Niveau des Auflagekurses! Nicht nur die allgemeine Geldmarktskonjunktur, sondern auch seltsame Missgriffe der Regierung wirkten bei diesen unerbaulichen Erscheinungen mit. So wusste die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds nichts Besseres zu tun, als akkurat einen Tag vor der Subskription 8¾ Mill. M. ihres 3½prozentigen deutschen Staatsanleihenbestandes auf den Markt zu werfen.

Andrerseits entwickelte sich der Fortgang der russischen Anleiheoperation wesentlich anders, als die grosse Öffentlichkeit annahm. Dass sich Deutschland diesmal fernhalten würde, war seit den Reichstagsdebatten über die auswärtige Politik als feststehend anzusehen, auch ohne die schliesslich notgedrungen unterbliebene zweite Reichskanzlerrede. Trotzdem ist der neue Russenpump (2¼ Milliarde fr.) um 250 Mill. fr. höher, als zunächst in Aussicht genommen war; für den Ausfall der deutschen Beihilfe entschädigt die stärkere Heranziehung einmal der russischen Banken und dann des geduldigen französischen Alliierten. Wirtschaftlich und politisch am markantesten wird vielleicht eine andere Nebenerscheinung sein: London übernimmt 330 Mill. fr., und der englische Effektenmarkt, der so lange den russischen Staatsfonds den Rücken kehrte, nimmt neuerdings zusehends eine freundlichere Haltung gegen das offizielle Zarenreich an. Die, was Deutschenhetze anlangt, unübertreffliche *Times*, scheint ihren Lucien Wolff-Feldzug gegen die Russenwerte vollkommen vergessen zu haben; sie fügt der Bekanntgabe der Anleihebedingungen, wandlungsfähig, wie immer, hinzu: das Fernbleiben Berlins, das über Russlands Marokkohaltung aufgebracht sei, werde wahrscheinlich auf die Subskription in London stimulierend wirken! Leider scheint diese einzigartige Situation von den deutschen Inhabern russischer Staatswerte nicht zu einer umfassenderen Abstossung dieses zweifelhaften Besitzes benutzt werden zu sollen. Eine offizielle Kundgebung einer solchen Parole seitens der leitenden grossfinanziellen und politischen Kreise in Deutschland würde im Augenblick allerdings wie eine finanzielle Kriegserklärung wirken. Dazu verspüren weder unsere Grossunternehmer einen Hang, die sich die Bahn für die unausbleiblichen grossen russischen Lieferungen der nächsten Jahre offen halten wollen, noch die politisch verantwortlichen Personen, die den englischen deutschfeindlichen Koalitionsbestrebungen in die Hände zu arbeiten fürchten. Es übernehmen also nunmehr von der Anleihe — aufgelegt zu 88 % am 26. April — Frankreich einschliesslich Brüssel und Genf 1200 Mill. fr., die russischen Banken 500, London 330, Wien 165, Amsterdam 55 Mill. fr. Die Anleihe kann in den ersten 10 Jahren nicht konvertiert werden. Nach Ablauf dieser Frist erfolgt die Tilgung durch Auslosung. Es werden die auf die einzelnen Länder verteilten Quoten nicht vor Ablauf einer noch zu bestimmenden Frist an anderen Plätzen gehandelt werden. Eine Beteiligung der Vereinigten Staaten und Italiens findet, entgegen der ursprünglichen Absicht, nicht statt; beide Länder berufen sich — wie Deutschland, jedoch zweifelloser — auf die starke Anspannung für ihre eigenen Zwecke.

× ×

Günstiger Geschäftsgang In der Produktion ist ein stärkerer Rückschlag, den man nach den abnormen Exporten vor dem 1. März, dem handelspolitischen Kometentage, und nach der dadurch künstlich überhitzten Erzeugung hie und da befürchtete, nicht eingetreten. Vielfach hatte man zuvor Inlandsaufträge zurückgestellt, die nunmehr um so reichlicher erledigt werden; auch die allgemeine Erleichterung nach der Beendigung des Marokkostreites und der international vorherrschende Wirtschaftsaufschwung lässt die Reibungen und Störungen, die mit jedem zollpolitischen Umschwung verbunden sind, tatsächlich so ruhig überwinden, wie das unter vernünftigen Menschen eigentlich stets als das Wahrscheinlichere angenommen worden ist. Der Ruhrkohlenmarkt blieb flott belebt; der nordfranzösische Streik wurde von den deutschen Händlern natürlich nach Möglichkeit ausgenutzt. Die Ausfuhr von Gas-, Gasflammkohlen und Koks nach Frankreich zeigt das unverkennbar. Ähnlich in Oberschlesien, wo sich die Händler- und Konsumentenkreise vor Eintritt der Preiserhöhungen noch reichlich eindeckten und der Absatz nach Russisch Polen und Österreich-Ungarn lebhaft blieb. Der Kohlenabsatz des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats betrug im März 5 942 361 t in 26⅞ Arbeitstagen gegen 5 090 489 t im März 1905, also 847 872 t oder 16,54 % mehr. Die Beteiligung betrug im März 6 851 937 t oder 86,58 % gegen 6 605 733 t oder 77,06 % im Vorjahre. Ähnlich günstig lauten die Berichte aus unseren beiden Eisenproduktionsgebieten. Der Versand des Stahlwerksverbandes in Produkten A betrug im März 1906: 527 857 t (Rohstahlgewicht), übertrifft also den Februarversand (437 559 t) um 90 298 t oder 20,64 % und den Märzversand des Vorjahres (470 924 t) um 56 933 t oder 12,09 %. Der Versand im März, der höchste seither erreichte Monatsversand, übersteigt die

Beteiligungsziffer für diesen Monat um 20,64 %. In der Beiratssitzung vom 19. April wurde beschlossen, die Beteiligungsziffern für Stabeisen, Bleche und Röhren um je 4½ %, für Walzdraht um 5½ % zu erhöhen.

Da aus dem Auslande, in erster Linie aus den Vereinigten Staaten und zuletzt mehr und mehr auch aus England, die Nachrichten im allgemeinen kaum anders lauten, so ist der überwiegende Optimismus der Geschäftswelt wohl erklärlich.

× ×

Kurze Chronik Der Stahlformgussverband erhöhte die Preise um 5 %. × Die Kapitalserhöhung der *Bergisch-Märkischen Bank* um 15 Mill. M. wurde von der Generalversammlung genehmigt. × Eine von der *Deutschen Bank* und Speyer Brothers-London übernommene chilenische Anleihe von 74 Mill. M. wurde sofort nach der Eröffnung der Subskription überzeichnet. × Das Kohlensyndikat setzte die Umlage für Kohle für das II. Vierteljahr von 6½ auf 6 % herab.

× ×

Literatur Dr. Gottlieb Schnapper-Arndt, dessen *Vorträge und Aufsätze* jetzt von Dr. Zeitlin gesammelt herausgegeben werden /Tübingen, Laupp/ hat während seines Lebens hauptsächlich durch zwei wissenschaftliche Arbeiten die allgemeinste Aufmerksamkeit auf sich gelenkt: durch seine mustergültige, in ihrer Weise fast einzigartige Erstlingsschrift über die fünf Dorfgemeinden auf dem hohen Taunus, dann durch seine unumwundene Kritik der Agrarwucherenquete des *Vereins für Sozialpolitik* — wobei er dieser, heute noch lesenswerten Aneinanderreihung von etwas buntscheckigen Gutachten und Berichten allerdings Ziele steckte, wie sie der damaligen Vereinsleitung kaum hatten vorschweben können. In engeren Kreisen war Dr. Schnapper jedoch weiter bekannt als intimer Beobachter und feinsinniger Darsteller sozialökonomischer und wirtschaftsgeschichtlicher Tatsachen und Entwickelungen. Man wird es daher allseits mit Freuden begrüssen, dass die zerstreut veröffentlichten Arbeiten (*Zur Theorie und Methode,* darunter die erwähnte Streitschrift von 1888, *Zur deutschen Wirtschafts- und Kulturgeschichte, Sozialpolitische Reisefeuilletons*) jetzt leichter zugänglich gemacht werden. Wer den Fleiss und die Kunst Schnappers kennen lernen will, lese zum Beispiel *Nährikele, ein sozialstatistisches Kleingemälde aus dem schwäbischen Volksleben.* Wie wir aus dem Vorwort erfahren, wird das eigentliche Lebenswerk Dr. Schnappers, eine Geschichte der Lebenshaltung, der Preise, des Geldverkehrs vom Ausgang des Mittelalters bis zum Beginn des XIX. Jahrhunderts, in nicht ferner Zeit zur Veröffentlichung gelangen, der man mit nicht geringer Spannung entgegensehen darf.

MAX SCHIPPEL

Politik

Russland: Dumawahlen Die freiheitliche Bewegung in Russland entwickelt sich auf eine ganz unerwartete Weise. Sie schien bereits sich ganz zu erschöpfen, zu ermüden, zu Boden geschlagen zu werden, und auf einmal erhebt sie sich wieder und schreitet eine gute Strecke weiter auf ihrer Bahn. Als eine solche Strecke sind die *Duma*wahlen zu betrachten, die einen beispiellosen Triumph der fortschrittlichen Parteien, darunter hauptsächlich den sogenannten *Kadetten* (konstitutionelle Demokraten) brachten. Während auf der Oberfläche des russischen Lebens zeitweilig eine Ebbe sich bemerkbar machte und die selbstherrschaftliche Reaktion ihre unverschämten Orgien feierte, ging in den Tiefen des Volkslebens eine molekulare Arbeit vor sich, eine Durchtränkung mit neuen Ideen und Stimmungen, eine Umbildung der Kräfte, die einen neuen Angriff ermöglichten. Was hat nicht alles die Regierung getan, um die Wahlen zu terrorisieren, zu fälschen, um sich eine botmässige untertänige *Duma* zu sichern! Keine Versammlungs-, keine Redefreiheit, die ganze Wahlperiode ausgefüllt durch eine wahre Schreckensherrschaft, ganz Russland in einem inneren Kriegszustande unter dem ausserordentlichen und verstärkten Schutz. Der eine Teil der Bevölkerung machte seine Studien in den Gefängnissen und Kasematten, der andere bekam seinen Anschauungsunterricht durch Kosakenpeitschen und Strafexpeditionen. Und nun haben wir die erste Frucht dieses doppelten intensiven Unterrichts. Es ist nicht zu verwundern, dass unter den gegebenen Verhältnissen die ganze Wahlagitation trostlos, hoffnungslos vor sich gehen musste. Die rechtsstehenden Parteien fühlten sich von der ganzen Regierungspolitik unterstützt, die sozialistische Linke verzichtete überhaupt auf die Beteiligung an den Wahlen unter

einem solchen Wahlrecht und in einer so geschaffenen Atmosphäre und sprach sich, trotz aller Warnungen und Beschwörungen, unter anderm durch den Begründer der *Russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei*, Plechanow, für den Boykott aus. Nur die *Kadetten* haben den Mut nicht verloren und arbeiteten mit einem Eifer, mit einer Ausdauer und mit einem Geschick, als hätten sie eine lange parlamentarische Erfahrung hinter sich. Diese Energie war zwar durch die Überzeugung unterstützt, dass sie doch nicht erfolglos agitieren; dass ihre Agitation aber von einem solchen Erfolg gekrönt werden würde, wie es tatsächlich der Fall ist, das haben sie selber nicht erwartet.

Die Ergebnisse der schon abgeschlossenen Wahlen in den 27 Gouvernements des europäischen Russland lassen sich am besten durch die folgende Tabelle veranschaulichen:

Gouvernement	Anzahl der Mandate	Gewählt sind: Linksparteien	Konstit. Demokraten	*Lettische demokr. Partei*	Progressisten	*Partei d. demokr. Reform*	*Verband des 17. Oktober*	*Handels- und Industriepartei*	Rechte und Gemässigte	Parteilose	Unbekannter Richtung	Darunter Bauern
Jaroslaw	4	—	3	—	—	—	—	—	—	1	—	1
Archangelsk	2	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Samara	12	7	5	—	—	—	—	—	—	—	—	7
Moskau	6	1	—	—	—	—	2	1	2	—	—	2
Stawropol	3	1	—	—	2	—	—	—	—	—	—	3
Ufa	10	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	2
Tula	5	1	—	—	2	—	2	—	—	—	—	3
Twer	8	1	6	—	—	1	—	—	—	—	—	3
Kowno	6	1	—	3	2	—	—	—	—	—	—	3
Pskow	4	—	—	—	—	—	1	—	—	—	3	3
Wologda	5	—	—	—	3	—	1	—	1	—	—	4
Nowgorod	6	—	1	—	5	—	—	—	—	—	—	4
Petersburg	3	—	2	—	1	—	—	—	—	—	—	1
Grodno	7	1	4	—	2	—	—	—	—	—	—	4
Witebsk	6	—	3	—	—	—	—	—	3	—	—	1
Wladimir	6	—	4	—	1	—	—	—	1	—	—	1
Simbirsk	6	2	4	—	—	—	—	—	—	—	—	2
Kostroma	6	1	5	—	—	—	—	—	—	—	—	2
Charkow	10	2	5	—	1	1	1	—	—	—	—	3
Kursk	10	2	7	—	1	—	—	—	—	—	—	6
Taurien	6	3	3	—	—	—	—	—	—	—	—	2
Podolien	13	—	—	—	—	—	—	—	—	13	—	13
Olonezk	3	—	1	—	—	—	1	—	—	1	—	1
Orel	8	1	2	—	—	—	4	—	—	1	—	6
Kaluga	5	—	2	—	1	—	1	—	—	1	—	2
Tambow	12	—	—	—	—	—	1	—	—	—	11	10
Mohilew	7	1	2	—	—	—	—	—	—	4	—	4
in summa	179	26	70	3	21	2	14	1	7	21	14	94

Wie man sieht, sind unter den 179 gewählten Abgeordneten 21 parteilos, 14 von unbekannter Richtung, 122 fortschrittlich und nur 22 rechtsstehend, konservativ. Bisher haben wir allerdings nur etwa den dritten Teil der zu wählenden Mitglieder der *Duma*. Aber wenn man bedenkt, dass der grösste Teil der Gouvernements, in denen die Wahlen schon abgeschlossen sind, die grossrussischen Zentren bildet, die man von jeher als die Stütze der polizeibureaukratischen Regierung betrachtete, so wird man sich denken können, was erst von den *verrufenen* Gegenden, wie von dem rebellischen Gouvernement Saratow, dem nicht minder rebellischen bäuerlichen Gouvernement Wjatka, dann von Polen, Kaukasus, Sibirien, zu erwarten ist. Es wird angenommen, dass die *Duma* eine starke oppositionelle Mehrheit aufweisen wird. Sie wird sich in erster Linie zusammensetzen aus der *Kadetten*partei, verschiedenen fortschrittlichen Gruppen, von denen manche noch mehr nach links gravitieren (darunter sind auch *Sozialdemokraten* und *Sozialisten-Revolutionäre*), der *Lettischen demokratischen Partei*, den Progressisten ohne genauere Bezeichnung, der *Partei der demokratischen Reformen* — die etwas weiter in der Agrarfrage geht, als die *Kadetten*, aber für das Zweikammersystem eintritt, allerdings die erste Kammer im Gegensatz zu dem jetzt rekonstruierten Reichsrat als eine gewählte Vertretung der Städte, der *Semstwo* u. s. w. gedacht — dann wird sich diesem Block eine zahlreiche Bauerngruppe anschliessen, die aus dem bekannten revolutionären *Bauernbunde* hervorgegangen ist, und die es leichter haben wird, auch die anderen Bauerngruppen zu sich herüberzuziehen, als es den adligen *Herrschaften* aus dem Zentrum und der Rechten möglich sein würde.

Wie wird sich der weitere Verlauf der Dinge gestalten? Was wird die jetzige Regierung, die während der ganzen Wahlperiode Gesetze über Gesetze fabrizierte, die das ganze Manifest vom 17. Oktober annullierte und fast die ganze dekretierte Kompetenz der Duma *ausschaltete*, die auch jetzt nach allen von ihr begangenen unsäglichen Schandtaten nicht gewillt ist, zurückzutreten, was wird sie einer solchen Zusammensetzung der *Duma* gegenüber tun? Die Reaktionäre vom Schlage eines Gringmut, des Herausgebers der berüchtigten *Moskowskija Wjedomosti*, der in ganz Moskau eine einzige Stimme erhielt, stellen die *Duma* als eine durch eine Bande von Volksverführern gefälschte Vertretung hin und empfehlen, sie durch Kosaken auseinanderzutreiben.

Für die Gespanntheit der geschaffenen Situation und die bevorstehenden Konflikte sind auch solche Gerüchte bezeichnend, wie das, dass die Regierung sich nicht scheuen wird, das ganze Parlament durch eine bestellte Bombe in die Luft sprengen zu lassen und diese *rettende Tat* dann auf die Revolutionäre abzuwälzen. Bis dahin wird sie allerdings alles Mögliche tun, um mit der *Duma* auf *legalem* Wege fertig zu werden. Wie die letzten Nachrichten besagen, gedenkt die Regierung, die Agrarfrage als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Sie hofft dadurch, von vornherein einen Keil in die fortschrittliche Mehrheit zu treiben und die Bauerndeputierten auf ihre Seite zu bekommen. Die *Kadetten* sind auf einen harten Kampf gefasst. Sie haben tapfer gekämpft, sie haben gegen die Sozialisten sich im allgemeinen sehr nobel benommen, sie werden auch die Wahl einiger Arbeiter aus eigener Kraft durchsetzen, sie haben freilich in den Augen einiger ihre konsequente oppositionelle Haltung durch einige Schritte — wie zum Beispiel die Aufnahme des ehemaligen Ministers Kutler, der mit verantwortlich ist für alle Schandtaten des Kabinetts Witte-Durnowo und plötzlich sein echt konstitutionelles Herz entdeckt hat — etwas geschädigt, aber sie sind auf jeden Fall entschlossen, auch in der *Duma* den Kampf zu führen, wie es einer siegreichen Partei gebührt. In ihren Organen erklären sie, der verbrecherischen Regierung die Pistole auf die Brust setzen und die *Duma* zu einem wirklichen Parlament, zu einer ausschlaggebenden gesetzgeberischen Körperschaft formen zu wollen. Ob sie dazu im stande sein werden, wird nicht nur von ihrer eigenen Entschlossenheit, sondern auch in hohem Masse davon abhängen, wie die Stimmung im Lande, wie die Taktik und die Haltung des Volkes und des Proletariats sich ausserhalb der *Duma* gestalten wird. Mit der weiteren Organisierung ihrer Wähler sind die *Kadetten* schon jetzt eifrig beschäftigt; mit der Organisierung und der Feststellung der Taktik der proletarischen Massen wird sich jetzt der Einigungskongress der russischen Sozialdemokraten zu befassen haben. Der Zusammentritt der *Duma* wird die nächste Etappe des Kampfes bilden.

× ×

Massenkatastrophen Die Grubenkatastrophe in Frankreich, der Ausbruch des Vesuvs und das Erdbeben in San Francisco mit seinen schrecklichen Folgen haben die allgemeine Teilnahme der Öffentlichkeit während der letzten Wochen so sehr in Anspruch genommen, dass das Interesse an den schwebenden politischen Fragen in den Hintergrund getreten ist. Alle politischen, religiösen und nationalen Gegensätze verstummten angesichts der grossen Menschenverluste mit ihrer Trauer und ihrem Elend im Gefolge. In den Steinkohlengruben von Courrières fanden über 1200 Bergarbeiter einen plötzlichen Tod. Nur wenige der Eingefahrenen wurden gerettet. Deutsche Rettungsmannschaften eilten zu Hilfe, und ihrem Eingreifen ist es mit zu danken, dass noch ein Häuflein Überlebender nach Wochen gerettet werden konnte. Noch hatte man sich über diese Katastrophe nicht beruhigt, da trafen Schreckensnachrichten aus Italien ein. Unter starkem Erdbeben entfaltete der Vesuv eine verheerende Tätigkeit. Er überschüttete seine Umgebung mit glühenden Lavaströmen, Aschen- und Lapilliregen. Verschiedene Dörfer und Stadtteile, Hunderte von Menschen fielen der Katastrophe zum Opfer. Noch hatte der Vesuv seine Eruptionen nicht eingestellt, da traf die Nachricht von dem Untergang der Stadt San Francisco ein, die durch Erdbeben und Feuersbrunst vernichtet wurde. Tausende von Menschen fanden ihren Tod; Hunderttausende verloren ihre Habe. Von Katastrophe zu Katastrophe steigerte sich das Mitgefühl mit den Opfern dieser Elementarereignisse und bekundete sich auch in freudiger Unterstützungsbereitschaft. Einen Misston in die Harmonie des allgemeinen Mitgefühls brachte das offizielle Deutschland, indem es durch sein Verhalten dem Vesuvunglück gegenüber verriet, dass bei der Art der Bekundung rein menschlicher Teilnahme Gründe politischer Zweckmässigkeit mitsprechen. Man wird in Zukunft die offiziellen Teilnahmekundungen Deutschlands wesentlich anders bewerten, als bisher. Vielleicht, um jenen üblen Eindruck zu verwischen, gedachte der Präsident des Reichstag in der ersten Sitzung nach der Osterpause, am 24. April, der Katastrophen, und die Abgeordneten erhoben sich zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen.

× ×

Kurze Chronik Mit knapper Mehrheit wurde im Reichstag in zweiter Lesung der Etatstitel angenommen, durch den ein

Reichskolonialamt mit einem eigenen Staatssekretär geschaffen wird. × Die ungarische Krise ist durch eine Einigung von Krone und Oppositionsparteien beendet worden. Ein Übergangsministerium mit Wekerle an der Spitze soll verfassungsmässige Verhältnisse schaffen und die Wahlreform durchführen. × Während der Debatte über die Marokkoaffäre im Reichstag am 5. April wurde der Reichskanzler von einem schweren Ohnmachtsanfall getroffen. In verschiedenen Blättern wird die Frage der Entlastung des Reichskanzlers diskutiert. RICHARD CALWER

Sozialpolitik

Weberproblem Als wir jüngst in dieser Zeitschrift unter der kundigen Führung Max Baginskis (siehe seinen Artikel *Gerhart Hauptmann unter den schlesischen Webern* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, I. Bd., pag. 150 ff.) die weltverlorenen, verschneiten Weberdörfer des schlesischen Gebirges aufsuchten, da entdeckten wir noch die gleichen abgehärmten, fast zu Skeletten vertrockneten Elendsgestalten, die vor nun denn mehr als sechzig Jahren die berühmte schlesische *Weberschlacht* schlugen. Das Elend dieser Weber scheint sich in einem Zustand der Versteinerung zu befinden, an dem Jahrzehnte weltumwälzender technischer Fortschritte nichts zu rühren vermochten. Erst vor wenigen Monaten erneute der rüstige sozialpolitische Wanderer Dr. Robert Wilbrandt, der durch die Hütten der Hausweber Schlesiens, Sachsens, Thüringens etc. zog, die bekannten ergreifenden Notstandsbilder aus dem Leben dieser Weber in seinem wuchtigen Werke *Die Weber in der Gegenwart* /Jena, Gustav Fischer/. Die Geschichte der Weber von den Tagen ihrer feudalistischen Ausbeutung an bis zu den Zeiten der modernen kapitalistischen Webfabrik ist von Dr. Wilbrandt mit greifbarer Lebendigkeit und mit einem tiefen, tatenheischenden Mitgefühl mit der Lage dieser Stiefkinder unserer Zeit geschildert worden. Noch heute vegetiert in Schlesien ein technisches Produktionsverfahren in der Weberei fort, das schon seit 100 Jahren veraltet ist, und dieses vor lauter Altersschwäche und Altersgebrechen dahinhinkende Verfahren stellt in seinen Dienst noch die Hälfte aller schlesischen Weber.

Sehr eingehend untersucht Dr. Wilbrandt die wichtige Frage, ob die rückständige Hausweberei durch die Zuführung elektrischer Kraft in sozialfortschrittliche Bahnen gelenkt werden könne; und er beantwortet sie dahin, dass nur unter der Herrschaft eines Maximalarbeitstages und eines Lohntarifs die lohndrückende und arbeitszeitverlängernde Wirkung aller Hausindustrie gemildert werden könne. Die Schweiz und Baden entbehrten eines durchgreifenden Lohntarifs und eines Maximalarbeitstages, und infolgedessen verlängerte dort die elektrische Kraft die Arbeitszeit der Hausweber und drückte ihren Lohn herab. Dr. Wilbrandt kommt daher zu der folgenden sozialpolitischen Feststellung: »Die elektrische Kraft heilt ein spezielles Übel, den Mangel an mechanischem Antrieb, aber das allgemeine Übel der Hausindustrie, die Widerstandsunfähigkeit der isolierten Heimarbeiter, lässt sie unberührt. Sie ist ohne Tarif auf die Dauer für den auf um so tieferen Lohn gedrückten Hausweber keine Hilfe, für den Fabrikweber aber eine Gefahr: die elektrische Kraft erst macht den vorher ohnmächtigen Nachzügler zum technisch gleichwertigen und desto gefährlicheren lohndrückenden Konkurrenten.« Mit einem gar zu grossen Aufwand von Worten hat man vielfach in der Sozialpolitik den Übergang von der hausindustriellen Weberei zur modernen Textilfabrik als einen Erlösungsweg für die Weber gefeiert. Man vergass, dass dieser Weg ein wahrer Passionsweg für Hunderttausende von Webern war, der mit den Leichen der Weber ganzer Distrikte bedeckt ist. Und über den sich heute vollziehenden Übergang der Hausweber in die Textilfabrik schreibt Dr. Wilbrandt die sehr ernst gestimmten Worte nieder: »Ich habe den Übergang der Hausweber in die Webfabrik, wie er sich in solchen Gegenden heute vollzieht, im Voigtland, im Erzgebirge und in der Oberlausitz beobachtet. Er bedeutet in besonders elenden Gegenden, wie Schlesien und Oberlausitz, eine Verbesserung der Lage; im westlichen Sachsen, wo der Handweberstuhl zu Arbeiten dient, bei denen er dem Kapitalisten Vorteile bietet. ist der Übergang in die Webfabrik für die Weber ein zweifelhafter Tausch — in beiden Fällen ist er ein Übergang in neues Elend.«

Und nun einen Schritt vorwärts zu dem vervollkommneten Textilgrossbetrieb! Neues soziales Elend fast überall! In den Webfabriken Mitteldeutschlands ist ein Lohn von 10 bis 15 M. für beide Geschlechter ein häufiger Wochenverdienst.

In den Webfabriken wimmelt es von verheirateten Frauen, die Familie befindet sich in vollster Auflösung, die Kinder sind in der *Ziehe* bei Verwandten oder fremden Leuten. Selbst die schöne Poesie des blühenden englischen Textilzentrums, des *glücklichen Lancashire,* wird zerstört durch die grausame, erschütternde Prosa der immensen Kindersterblichkeit dieses vielgepriesenen Fabrikdistrikts, die bei weitem die der sozialen Hölle, des Londoner Ostendes, überragt.

Das soziale Weberproblem drängt gebieterisch zu einer Lösung durch die sozialpolitische Gesetzgebung. Und in diesem wichtigen Punkt versagt erfreulicherweise nicht die Arbeit Dr. Wilbrandts. Er schliesst seine vortreffliche Schrift mit einigen tiefgreifenden sozialen Reformvorschlägen. Er legt der Gesamtheit die soziale Pflicht auf, die noch übrigen Handweber als Gnadenbrot mit Arbeit zu versehen. Er empfiehlt vor allem die Übertragung von Arbeiten für den Staatsbedarf an Hausweber. Sachverständige haben nach den Herstellungskosten der Textilwaren einen Submissionspreis und eine Lohnklausel festzustellen, durch die Überarbeit und Hunger von den beschäftigten Webern ferngehalten wird. »Nach diesem Submissionspreis samt einer Lohnklausel wären die Aufträge ausschliesslich an zuverlässige, gemeinnützige Unternehmungen zu erteilen: vor allem an Weberinnungen, Genossenschaften und analoge Unternehmungen, jedoch nicht ohne die Bedingung, dass eine Liste der Personen angelegt wird, welche jetzt Handweber sind, und dass diese nur dann Arbeit erhalten, wenn sie ihre Kinder nicht wieder Handweber werden lassen. Die Kinder müssen mit Hilfe öffentlicher und privater Mittel aus dem Weberelend herausgezogen und für andere Berufe vorgebildet werden.« Die in der Textilindustrie vorherrschende Frauenarbeit drückt die Löhne für beide Geschlechter auf ein Mindestmass herab. Dr. Wilbrandt spricht sich nun für die Begünstigung von Fabrikanlagen, die Männerarbeit brauchen, in den Weberdistrikten aus. Gegenüber der Konkurrenz der Geschlechter müsste das Mittel ergriffen werden, das Wilbrandt als das Ideal alles Eingriffs in die Arbeiterverhältnisse bezeichnet: der Zwang zum Abschluss rechtsverbindlicher Tarifverträge. »Wenn in festen Tarifen ohne Unterschied des Geschlechts für alle leichteren Arbeiten geringere, für alle schwereren Arbeiten entsprechend höhere Mindestlohnsätze (nach Zeit oder Stück) festgesetzt werden, welche nach unten hin eine feste Grenze bilden, dann hört alle Unterbietung der Arbeiter durch die Arbeiterinnen auf.« Es tritt eine Teilung zwischen der schweren Männerarbeit und der leichten Frauenarbeit ein. Die Organe der Gesamtheit müssten ferner nach dem Vorschlage Dr. Wilbrandts durch Kauf und Hergabe billigen Bodens und durch Vorstreckung von Kapitalien die Fabriken mit Männerarbeit begünstigen. Aber eine derartige Begünstigung setzt, das betont Dr. Wilbrandt mit Recht, eine durchaus veränderte Denkweise der Staatsmänner voraus, sie erfordert neue Gesamtorganisationen und neue Organisatoren, sie erheischt »die Weiterentwickelung über den Kapitalismus«. Unter der Herrschaft des Kapitalismus entscheidet die höchstmögliche Rente für den Besitzenden über Ort und Art der Arbeit, über Hungern und Arbeiten der Besitzlosen. Und in dieser richtigen Erfassung des Wesens des Kapitalismus schliesst Dr. Wilbrandt mit folgenden, echt sozialistischen Grundgedanken seine wuchtige Arbeit über das Weberproblem: »Das Schicksal der Weber wächst mit ruhiger Notwendigkeit aus dem Kapitalismus hervor. Unter anderem Namen muss es sich immer erneuern . . . Dieses Verhältnis zwischen Proletariat und Kapital klar vor Augen zu stellen, ist der historische Beruf der Weber.«

× ×

Säuglingsfürsorge Das *Jahrbuch der Fürsorge,* das von der *Zentrale für private Fürsorge* in Frankfurt a. M. herausgegeben wird, bucht die schweren Versündigungen der kleinen Gemeinden gegenüber mittellosen Säuglingen. Die zitternde Angst dieser Gemeinden vor der eintretenden Hilfsbedürftigkeit der Säuglinge veranlasst sie zu einer förmlichen Ausweisungspolitik gegenüber diesen unglücklichen Geschöpfen. Während sich die Mediziner und Sozialpädagogen im Interesse der Säuglingssterblichkeit für eine Ausdehnung der Pflege der Kinder auf dem Lande ereifern, treiben die Bürgermeister und Vorsteher der kleinen Gemeinden die Kinder vom Lande fort. Drei sehr charakteristische Fälle erzählt das *Jahrbuch der Fürsorge.* Ein Bürgermeister bedrohte eine Mutter, die ganz regelmässig ihr Pflegegeld zahlte, mit Ausweisung ihres Kindes, um sie so, ohne irgend einen rechtlichen Grund, zu zwingen, ihm 2000 M. Kaution zu stellen. Ein anderer ver-

weigerte den Pflegeeltern die polizeiliche Erlaubnis zum Halten eines Pflegekindes, bis sie sich schriftlich verpflichteten, nötigenfalls die öffentliche Unterstützung für das Kind aus ihrer Tasche zu bestreiten. Als das Kind nach längerer Zeit bedürftig ward, verweigerte er tatsächlich die Unterstützung, bis er dazu gezwungen wurde. Wie gefährlich aber der heutige Zustand des Armenwesens ist, geht noch mehr aus den Akten eines dritten Falles hervor. Einem Säugling von 6 Monaten, den die Pflegeeltern nicht ohne Entgelt behalten konnten, und dessen Mutter arm war, wurde von der Ortsbehörde die Armenunterstützung verweigert und das Kind seinem Schicksal überlassen. Der Vormund beschwerte sich darüber beim Kreisausschuss. Dieser wollte zunächst gar nicht eingreifen, weil der Bedürftige keinen Antrag auf Armenhilfe gestellt habe — sage und schreibe: weil das halbjährige Kind keinen Antrag gestellt habe!! Die kleinen Gemeinden erweisen sich als völlig unfähig zur Durchführung der Aufgaben einer weitsichtigen und durchgreifenden Armenpflege. Die Herausgeber des *Jahrbuches der Fürsorge* bewegen sich mit dem Vorschlage, dass von Reichs wegen den Staaten eine sachgemässe Ausführung des Unterstützungswohnsitzgesetzes zur Pflicht gemacht werden sollte, durchaus in richtigen, sozialpolitischen Bahnen.

× ×

Heimarbeit In seinen *Untersuchungen über die Hausindustrie in Deutschland* (*Schriften der Gesellschaft für soziale Reform* /Jena, Gustav Fischer/) hat Dr. R. Meerwarth den Einfluss der deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung auf die soziale Entwickelung in den hausindustriellen Betrieben gewürdigt. Die direkte Einwirkung der für die Hausindustrie erlassenen Schutzbestimmungen auf die Lage der Arbeiter dieser Industrie schätzt Dr. Meerwarth im allgemeinen sehr gering ein. Die Verordnung des Jahres 1897 für Konfektionswerkstätten führte einige soziale Verbesserungen in der Herrenkonfektion herbei, die weniger erhebliche Verordnung des Jahres 1902 milderte bestimmte bei der Lohnzahlung hervortretende Missstände. Die Arbeiterschutzgesetzgebung verbreitete in vielen Fällen das soziale Elend der Hausindustrie, so in der Weberei, Spielwarenindustrie, Konfektion, Zigarrenindustrie. Die Fabrikanten gaben die Arbeit aus der Fabrik vielfach in das Haus. Bei der Einführung des Zehnstundentages für Frauen müssten Abwehrbestimmungen vorgesehen werden, die ein Abströmen der Arbeit aus der Fabrik in das Haus verhinderten. Es müsste namentlich den Fabrikanten verboten werden, Arbeit an die Werkstättenarbeiter mit nach Haus zu geben. Meerwarth fordert die obligatorische Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle Hausindustriellen und die Beseitigung des Werkstättenelends durch eine einschneidende staatliche Wohnungsgesetzgebung. In den *Bildern aus der deutschen Heimarbeit* (*Sozialer Fortschritt* /Leipzig, Dietrich/) werden die Hauptzweige der deutschen Hausindustrie mit ihren grauenhaften sozialen Notständen markig geschildert. In ihrem Aufsatze über die Blusen-, Schürzen- und Unterrockkonfektion regt Gertrud Dyhrenfurt die öffentlichrechtliche Schöpfung einer Zwangsorganisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an, deren Aufgabe es sein müsste, durch die Festsetzung von Mindestlöhnen dem heutigen Arbeitswucher einen Riegel vorzuschieben. Wilhelm Schröder hat sehr lebendig geschriebene Skizzen über die Kleineisenindustrie und über die Zigarrenhausarbeit geliefert. Die Lazarusgestalt des Sonneberger Spielwarenarbeiters, die uns schon aus der trefflichen Arbeit von E. Sax über die Hausindustrie Thüringens bekannt geworden ist, geht noch im Sonneberger Bezirke umher. Noch heisst es für den elend dahinvegetierenden Sonneberger Heimarbeiter: Kartoffeln in alle Ewigkeit! In der Kunstblumenindustrie kann der Heimarbeiter bei äusserstem Fleiss und längster Arbeitszeit nach der Darstellung Emma Ihrers nicht einmal ein hungerfreies Dasein führen. In der Putzfedernindustrie der nächsten Umgegend Berlins verdient die Arbeiterin bei siebenstündiger Arbeit pro Woche 3 bis 6 M. Von diesem Hungerlohn gehen noch Auslagen für Draht, Papier, Spiritus oder Gas ab. Von bleibendem sozialpolitischen Wert ist der mit umfangreichem Tatsachenmaterial ausgestattete Katalog der Heimarbeitausstellung 1906, der unter dem Titel *Heimarbeit und Hausindustrie in Deutschland* /Berlin, Putkammer & Mühlbrecht/ vom *Bureau für Sozialpolitik* herausgegeben ist. In dieser Ausstellung materialisierte sich das grauenhafteste soziale Elend Deutschlands überhaupt. Wir sehen sonst keine Gespenster mehr im Himmel und auf Erden umherspuken, hier auf der Heimarbeitausstellung konnten wir aber das Hungergespenst mit

Händen packen. Die schlimmsten Zustände in der Heimarbeit der Grossstädte schlugen sich nicht einmal in dieser Ausstellung nieder. »Das Elend der verschämten Armut«, so heisst es in dem Vorwort des Katalogs, »verkriecht sich auch vor den suchenden Augen des Selbsthilfe lehrenden Gewerkschaftsagitators.« Die Heimarbeitausstellung hat die sozialpolitisch betrübende Tatsache enthüllt, dass häufig gerade die Fabrikindustrie ein Anschwellen der Heimarbeit nach sich zog.

Anfang März brachte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Gesetzentwurf zum Schutz der Heimarbeiter im deutschen Reichstage ein, der die Begriffe *Heimarbeiter, Hausarbeiter* und *Hausgewerbetreibende* fest umgrenzt und tief einschneidende Bestimmungen bringt über die Beschaffenheit der Arbeitsräume, über die Anzeigepflicht für Räume, über die Aufnahme der Heimarbeiter etc. in Listen, über das Verbot der Herstellung bestimmter Heimarbeiten, über die Ruhezeit, über die Regelung der Kinderarbeit und jugendlicher Arbeiter etc., über das Verbot des Mitgebens von Arbeit, über die Regiearbeiten des Reiches, der Einzelstaaten und Gemeinden, über Arbeitsordnungen, über die Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter, über die Desinfektion der Räume und der Arbeitsprodukte der Hausgewerbetreibenden bei dem Auftreten ansteckender Krankheiten, über die Ausdehnung der Gewerbeaufsicht, über die Festsetzung von Minimallöhnen, über die Ausdehnung der gewerbegerichtlichen Tätigkeit auf Heimarbeiter, Hausarbeiter etc.

× ×

Krankenversicherung Der Geschäftsbericht 1905 der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend hat dadurch ein so hervorragendes Interesse für alle Sozialpolitiker und Sozialhygieniker, dass sie einmal in diesem Bericht klar die umfangreiche sozialhygienische Wirksamkeit einer grossen, von sozialem Standpunkt geleiteten Krankenkasse vor Augen haben. Die Ortskrankenkasse Leipzig wies 1905 bereits einen Mitgliederstand von 154807 Personen auf. Der Geschäftsbericht dieser Kasse für das Jahr 1905 enthält treffliche kurze Berichte über den 7. internationalen Arbeiterversicherungskongress in Wien, über den internationalen Tuberkulosekongress zu Paris, über die Versammlung der *Internationalen Vereinigung gegen die Tuberkulose* in Berlin, über die Jahresversammlung der *Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* in Berlin, über die bedeutsamsten Jahresversammlungen der deutschen Ortskrankenkassen.

× ×

Kurze Chronik Am 23. Februar nahm die französische Kammer das Gesetz über die Alters- und Invalidenversicherung an. × Auf der 1. deutschen Wohnungskonferenz, am 17. März, in Frankfurt a. M., legten der Verein *Reichswohnungsgesetz,* das *Bureau für Sozialpolitik,* der *Bund deutscher Bodenreformer,* der *Zentralverband deutscher Ortskrankenkassen,* der *Verband deutscher Mietervereine,* der *Verband der Baugenossenschaften Deutschlands* etc., etc. die Grundlinien für eine Wohnungsreform Deutschlands fest. × Am 18. März war ein Jahrhundert seit der Begründung des ersten Gewerbegerichts, des *Conseil des prud'hommes* für das Seidengewerbe Lyons, verflossen.

× ×

Literatur Für die Vertretung der Interessen der technisch-industriellen Beamten in den zu schaffenden Arbeitskammern legt sich Karl Sohlich in seiner Schrift *Technische Angestellte in Arbeitskammern! (Schriften des Bundes der technisch-industriellen Beamten* /Berlin, Selbstverlag/) ein. × In 3. Auflage erschien das praktisch sehr brauchbare Schriftchen Ernst Funkes *Was muss jeder Versicherte von der Arbeiterversicherung wissen?* /Berlin, Vahlen/.

Die *Monatsschrift für soziale Medizin* und das *Archiv für soziale Medizin* sind zu der monatlich erscheinenden Zeitschrift *Soziale Medizin und Hygiene* verschmolzen worden. Der umfassende Überblick über die theoretische und praktische Arbeit auf dem sozial-hygienischen Gebiete verleiht dieser Zeitschrift ein besonderes Interesse für den Sozialpolitiker. × Das Gebiet der privaten und öffentlichen Gesundheitspflege kultiviert trefflich die mit grossem Geschick redigierte Zeitschrift für Volksgesundheitspflege *Werde gesund!* des Dr. med. Georg Liebe. × Die Zeitschrift *Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht* brachte in Nr. 5 einen Artikel über den kollektiven Arbeitsvertrag in den Berichten des Berliner Unternehmertums, der den Fortschritt, den die Idee des kollektiven Arbeitsvertrags in Unternehmerkreisen macht, gebührend hervorhebt. PAUL KAMPFFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Wohngemeinde und Betriebsgemeinde Der § 53 des preussischen Kommunalabgabengesetzes sucht die steuerlichen Beziehungen zwischen Betriebs- und Wohngemeinden zu regeln. Danach kann die Wohngemeinde, das heisst diejenige Gemeinde, in der eine grössere Anzahl von Arbeitern ihren Wohnsitz hat, von der Betriebsgemeinde, das heisst derjenigen Gemeinde, in der diese Arbeiter ihre regelmässige Beschäftigung finden, unter gewissen Bedingungen einen Zuschuss verlangen. Die Mehrausgaben der Wohngemeinde müssen durch den Betrieb von Berg- und Hütten- oder Salzwerken, Fabriken oder Eisenbahnen in der Betriebsgemeinde veranlasst und für Zwecke des öffentlichen Volksschulwesens und der öffentlichen Armenpflege erwachsen sein. Sie müssen ferner im Verhältnis zu den ohne diese Betriebe für die erwähnten Zwecke notwendigen Gemeindeausgaben einen erheblichen Umfang erreichen und geeignet sein, eine Überbürdung der Steuerpflichtigen herbeizuführen. Der von der Ortsgemeinde geforderte Zuschuss muss ein angemessener sein. Bei seiner Bemessung sind neben der Höhe der Mehrausgaben auch die nachweisbar der Gemeinde erwachsenden Vorteile zu berücksichtigen. Das Ziel dieses § 53 ging dahin, den grösseren Industriestädten einen Teil der Belastung der kleineren in ihrer Umgebung belegenen Landgemeinden mit grösserer Arbeiterbevölkerung zuzuwälzen. Er gehört also zu dem Rüstzeug, mit dem die preussische, agrarisch beherrschte Gesetzgebung den grösseren Städten das Leben sauer macht, ihnen die Lasten aufbürdet, für die nach den sonst gültigen Grundsätzen der Verwaltung die ländlichen Gemeinden oder der Staat aufkommen sollen. Nun muss zugegeben werden, dass in dem Paragraphen ein gewisser berechtigter Kern steckt. Die Städte beuten die Arbeitskraft der aus den Wohngemeinden ihnen täglich zuströmenden Arbeitermassen aus; sie haben nur die Vorteile dieses Zuzuges, während die Wohngemeinden in gesteigerten Armen- und Schullasten vor allem, dann aber auch in wachsenden Ausgaben für Strassenherstellung u. s. w. in erster Linie die Lasten zu tragen haben. Dass sie auch nicht unbedeutende Vorteile aus ihrer Lage zu den grossstädtischen Zentren haben, ist unbestreitbar. So findet zum Beispiel der landwirtschaftliche Besitz, der ja gerade durch den § 53 entlastet werden soll, in den gestiegenen Bodenpreisen reichlichen Ersatz für die Mehrbelastung. Die Einrichtungen der Grossstadt, die Krankenhäuser, höhere Schulen, Anschluss an Wasserleitung, Kanalisation etc. kommen der Bevölkerung der Vororte ebenso zu gute, wie den Einwohnern der Stadt. Dazu kommt ferner die günstige Kaufs- und Verkaufsgelegenheit, die der Markt der Grossstadt bietet. Das Verhältnis ist also durchaus kein einseitig die Städte begünstigendes. Trotzdem kann zugegeben werden, dass in manchen Fällen eine Überbürdung der Wohngemeinden durch Volksschul- und Armenlasten stattfindet, und eben die gleiche Überbürdung tritt ein, wenn kleinere Städte oder Landgemeinden durch den Einzug der Industrie schnell an Einwohnerzahl zunehmen. Die Besteuerung der industriellen Betriebe reicht in der Regel nicht aus, um das Anwachsen der Steuerlast zu verhindern; höchstens wird eine Verlangsamung des Tempos erreicht. Der § 53 des Kommunalabgabengesetzes macht keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Arten von Wohngemeinden. Die räumliche Entfernung zwischen der Betriebs- und Wohngemeinde wird von ihm vollständig vernachlässigt. Er setzt also die Städte der Schätzung auch durch solche Wohngemeinden aus, die nur durch die tägliche Wanderung der Arbeitermassen mit der Betriebsgemeinde in Verbindung stehen, während sie im übrigen ein durchaus selbständiges Leben führen. Diese schematisch gleiche Behandlung der Wohngemeinden ist aber in den wirtschaftlichen Verhältnissen durchaus nicht begründet. Eine Vorortgemeinde, die mit tausend Fäden an ihr Zentrum gebunden ist, steht in einer ganz anders gearteten Beziehung zu ihm, als die Wohngemeinde, die vielleicht stundenweit entfernt liegt. In ihrem Falle ist auch ein solcher Anspruch auf Zuschuss viel gerechtfertigter, als in dem anderen, und wird als ein gewisser Druck zur Eingemeindung wirksam sein können. Bei den entfernter liegenden Wohngemeinden hätte aber nicht die Grossstadt, sondern der Staat als der Zuschussleister einzutreten.

Im Jahre 1903 veranstaltete der Stuttgarter Gemeinderat eine Umfrage bei den preussischen Grossstädten über die Wirkungen dieses § 53, veranlasst durch den Versuch der württembergischen Kammer, einen ähnlichen Paragraphen in das damals zur Beratung stehende Kommunalabgabengesetz einzufügen. Nach den erhaltenen Antworten von 25 Grossstädten

mit einer Bevölkerung von zirka 4 Mill. Seelen waren im Laufe von zehn Jahren 16 Ansprüche von Wohngemeinden auf Grund des § 53 erhoben worden. Davon ist keiner ohne Prozess und wurden nur zwei zu gunsten der Wohngemeinde entschieden. Der Paragraph hat sich nach keiner Richtung hin bewährt. Stets hat es langwieriger, durch alle Instanzen getriebener Prozesse bedurft, um zu einem trotzdem unbefriedigenden Resultate zu kommen. Wird doch mit der einmaligen prozessualen Entscheidung der Streit nur jeweils für ein Jahr erledigt, da mit jedem neuen Jahre sich die Tatbestände ändern und neue Untersuchungen angestellt werden müssen. Für den unzureichenden Charakter des § 53 ist bezeichnend, dass der Vorsitzende des Oberverwaltungsgerichtes in einer Streitsache der Stadt Stettin mit zwei Landgemeinden den Parteien dringend riet, sie möchten sich vergleichen, und ausdrücklich erklärte, die Streitigkeiten aus § 53 eigneten sich ganz besonders zum Vergleich. »Da der oberste Verwaltungsgerichtshof eigentlich doch eben Recht zu sprechen hätte, und der Rat zum Vergleiche gegenüber juristischen Personen komplizierten Willensapparates regelmässig auf sehr steinigen Boden fallen dürfte, so ist es sonst nicht gerade Gewohnheit des preussischen Oberverwaltungsgerichtes, derartige Ratschläge zu erteilen.«

Insbesondere zwischen Berlin und seinen Vororten hat der § 53 zu zahlreichen Prozessen geführt. Rixdorf, Weissensee, Adlershof, Boxhagen-Rummelsburg etc. haben vom Berliner Magistrat Zuschüsse zu ihren Gemeindeausgaben verlangt, die ebenso regelmässig von diesem zurückgewiesen wurden. Der Streit zwischen Rixdorf und Berlin ist nach achtjähriger Dauer, soweit es sich um die Forderung eines Schulkostenbeitrages für das Jahr 1897-1898 handelt, Ende März erledigt worden. Das Oberverwaltungsgericht sprach Rixdorf einen Schulkostenbeitrag von 40000 M. zu, während Rixdorf 80000 M. gefordert hatte. In den noch schwebenden Prozessen fordert Rixdorf insgesamt mehr als 700000 M. Auch der Prozess mit Weissensee ist zu ungunsten Berlins ausgefallen, und es lässt sich erwarten, dass in Zukunft immer neue, wachsende Ansprüche geltend gemacht werden. Die Berliner Verwaltung muss nunmehr die ablehnende Haltung. die sie in früheren Jahrzehnten der Eingemeindung der Vororte gegenüber eingenommen hat, teuer bezahlen.

Den Agrariern genügt die jetzige Fassung des § 53 nicht. In der Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses, welche die Schulgesetznovelle berät, wurde von ihnen der Versuch gemacht, diesen Paragraphen weiter auszugestalten. Die Anträge wurden aber zurückgezogen, und statt dessen ein Initiativantrag eingebracht, der sehr einschneidende Änderungen an dem § 53 vorschlägt. Zu den Betrieben, durch die eine Zuschussforderungen begründende Mehrausgabe der Wohngemeinden veranlasst wird, sind die Steinbrüche und Ziegeleien hinzugefügt. Ferner sollen die Worte *für Zwecke des öffentlichen Volksschulwesens und der öffentlichen Armenpflege* gestrichen werden, so dass also schliesslich jede Gemeindeausgabe zur Begründung eines Zuschusses herangezogen werden kann. Schliesslich wurde der Nachweis der Überbürdung der Steuerpflichtigen gestrichen und durch *unbillige Mehrbelastung* der Steuerpflichtigen ersetzt. Es liegt auf der Hand, dass eine unbillige Mehrbelastung noch lange keine Überbürdung zu sein braucht. Die Wohngemeinden kommen also nach dem Initiativantrage viel früher in die Lage, einen Zuschuss von der Betriebsgemeinde zu fordern, als bisher. Auch was die Höhe des zu fordernden Zuschusses angeht, begünstigt der Initiativantrag die Wohngemeinden. Die Zuschüsse sollen nämlich nicht mehr, als die gesamten in der Betriebsgemeinde von den betreffenden Betrieben zu erhebenden direkten Gemeindesteuern, betragen. Wird also das Maximum der Wohngemeinde zugesprochen, so hätte die Betriebsgemeinde alle ihr durch die Betriebe erwachsenden Unkosten zu decken, ohne auch nur den geringsten steuerlichen Ertrag von ihnen zu haben. Denkt man sich diese Forderungen durchgeführt, so muss sie in der Praxis zu absoluten Sinnlosigkeiten führen. Über Streitigkeiten entschied bisher in letzter Instanz das Oberverwaltungsgericht. Der Initiativantrag will an seine Stelle den Provinzialrat setzen. Wie der Begründer des Antrags, Freiherr von Zedlitz, anführte, deshalb, weil das Verwaltungsgericht die Dinge allzu formalistisch verhandele und, wie namentlich aus Hannover geklagt werde, die Beweisführung zu sehr erschwere. Da in den Provinzialräten die agrarischen Interessen vollständig vorherrschen, müssen sich die grösseren Städte, falls der Antrag Gesetz wird, darauf gefasst machen, dass sie in viel zahlreicheren Fäl-

len, als bisher, zu noch höheren Zuschüssen an die ländlichen Wohngemeinden und Gutsbezirke verurteilt werden.

× ×

Öffentlichkeit der Gemeinderatssitzungen Nach sächsischem Gemeinderecht sind die Sitzungen des Gemeinderates nicht öffentlich. Doch kann durch Beschluss des Gemeinderates mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde die Öffentlichkeit eingeführt werden. Ein solcher Beschluss des Ortes Königswalde bei Annaberg wurde von dem Amtshauptmann Vitzthum von Eckstädt und dem Bezirksausschuss mit der folgenden Begründung abgelehnt: »Das Publikum, welches derartige öffentliche Sitzungen besucht, besitzt oft nicht die Fähigkeit, dem Gange der Verhandlung zu folgen und sich über ihn ein unparteiisches Urteil zu bilden. Es würde daher nur die Folge haben, dass über den Gang der Verhandlungen falsche und missverstandene Ansichten in die Öffentlichkeit kämen, und die Mitglieder des Gemeinderates aus Angst, in der Öffentlichkeit angegriffen zu werden, sich nicht getrauen würden, ihre Ansicht im Gemeinderat frei und offen auszusprechen. Die Aufklärung der öffentlichen Meinung geschieht vollkommen ausreichend dadurch, dass, wie bisher, dem *Annaberger Wochenblatt* ein vom Gemeindevorstand abgefasster Sitzungsbericht zugeschickt wird.« Die vorgetragenen Ansichten sind von einem so vorsintflutlichen Charakter, dass für den Herrn Amtshauptmann und seinen Bezirksausschuss der einzige angemessene Platz im *Germanischen Museum* ist!

× ×

Elektrizitätsmonopol Wir haben bereits in einer früheren Rundschau kurz auf die Bestrebungen einer die *Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke* in Essen besitzenden Gruppe von Grossindustriellen und Banken hingewiesen, sich in dem westlichen rheinischen Industriegebiete das Monopol für die Lieferung von Elektrizität zu verschaffen. Nach anfänglichen Erfolgen scheint jetzt ein gewisser Stillstand in der Entwickelung des Monopols eingetreten zu sein. Die Versuche, das städtische Elektrizitätswerk in Dortmund zu erwerben, sind trotz der verlockenden Anerbietungen von der Stadtverwaltung abgelehnt worden. Um ein Gegengewicht gegen die Monopolbestrebungen zu bilden, wurde ferner das Projekt ausgearbeitet, für den M.-Gladbach-Rheydter Industriebezirk ein grosses gemeinsames Elektrizitätswerk zu errichten, aus dem die sechs Kreise M.-Gladbach Stadt und Land, Neuss, Grevenbroich, Erkelenz und Heinsberg versorgt werden sollten. Wegen der hohen Kabelkosten wurde aber das Projekt von den Rheydter Stadtverordneten abgelehnt. Das Rheydter Elektrizitätswerk soll dagegen erheblich erweitert werden und den südlichen Teil des genannten Industriebezirkes versorgen, während M.-Gladbach den nördlichen Teil übernimmt. Im Crefelder Bezirk hat die Stadt Crefeld mit der Zeche *Rheinpreussen* einen Vertrag wegen Lieferung grosser Mengen elektrischen Stromes abgeschlossen. Die Stadt verteilt den Strom zu billigerem Preise an die Landgemeinden des Kreises Crefeld, die nicht gewillt scheinen, dem von der Kreisverwaltung mit dem *Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke* abgeschlossenen Vertrage beizutreten. Im Kreise Hagen wird ebenfalls ein grosses kommunales Elektrizitätswerk gebaut; die Städte Hagen, Lüdenscheid, Iserlohn, Altena u. s. w. haben sich daran beteiligt, das Aktienkapital ist auf 4½ bis 5 Mill. M. festgesetzt. Auch Düsseldorf, das sich gleichfalls von den Monopolisten bedroht sah, brachte die Elektrizitätswerke in den zwei Vororten Rath und Gerresheim, allerdings unter grossen pekuniären Opfern, an sich. Zurzeit sind die gesamten Städte und Gemeinden in lebhafter Abwehr gegenüber den Monopolbestrebungen begriffen. Auch die Stellung der Kreisbehörden, von denen einige anfänglich den Monopolisten wohlwollend gegenüber standen, ist eine andere geworden. Sie sind jetzt, wohl auf Winke von Berlin aus, lebhaft bemüht, ihre Kreise vor diesen selben Monopolisten zu schützen.

× ×

Kurze Chronik Die Mainzer Stadtverwaltung hat die Bildung eines Grundstücksfonds beschlossen. × Nach Beschluss des Stadtverordnetenkollegiums in Hanau soll das städtische Arbeitsamt in Zukunft den Arbeitsuchenden mitteilen, wann irgendwo ein Streik ausgebrochen ist oder Arbeiter ausgesperrt worden sind, falls dies dem Arbeitsamt durch eine Arbeiterorganisation mitgeteilt worden ist. × In Zukunft werden den städtischen Arbeitern in Frankfurt a. M. Mietszuschüsse gewährt, und zwar erhalten Arbeiter mit 1 bis 2 Kindern 60 M., Arbeiter mit 3 bis 4 Kindern 120 M., Arbeiter mit mehr Kindern 180 M. Ferner sollen Invaliden-

renten zur Hälfte, Unfallrenten überhaupt nicht auf die städtische Alterspension angerechnet werden, sonstige, aus Mitteln des Reiches, staatlicher oder kommunaler Verbände zustehende Bezüge nur insoweit, als sie mit der Pension das letzte Diensteinkommen übersteigen. Der Mindestbetrag der Pension wird auf 360 M. festgesetzt. × Die *Freie Vereinigung der Zentrumspartei* beider städtischer Kollegien Münchens hat an die Abgeordnetenkammer eine Petition gerichtet, worin sie die Einführung der Verhältniswahlen bei den Gemeindewahlen der unmittelbaren Städte verlangt. × Der Stuttgarter Gemeinderat hat auf Antrag des Ortsschulrates beschlossen, eine Einrichtung ins Leben zu rufen, die sich mit Abgabe eines warmen Frühstückes an bedürftige Schüler sämtlicher Schulklassen der hiesigen Volksschulen, der Mädchenmittelschule, sowie der Bürgerschule befasst, und die auch den Schülern wohlhabenderer Eltern gegen Bezahlung zugänglich sein soll. Zur Bestreitung des Aufwandes soll eine Summe von 18000 M. in den Etat eingestellt werden.

HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Meister † Am 5. April kam aus Hannover die betrübende Nachricht, dass Heinrich Meister an diesem Tage früh 6 Uhr infolge eines Schlaganfalls gestorben sei. Durch den Tod Meisters ist die Partei schwer betroffen worden. Der Verstorbene ist noch nicht 64 Jahr alt geworden, und von dieser seiner Lebenszeit hat er über 40 Jahre der Partei gedient. Er gehörte zu der alten Garde und hat für das Proletariat stets mit unermüdlicher Ausdauer und zäher Kraft treu gekämpft.

Meister wurde am 2. Oktober 1842 in Hildesheim geboren. Er besuchte bis zu seinem 14. Lebensjahre die Volksschule und lernte vom Jahre 1856 bis 1858 die Zigarrenmacherei. Im Jahre 1865 schloss er sich dann zugleich der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung an. Er wurde Mitglied des Tabakarbeitervereins, dessen stellvertretender Vorsitzender (unter Fritzsche) er von 1867 bis 1878 war; als nach dem Erlöschen des Ausnahmegesetzes diese Gewerkschaft sich von neuem auftat, wurde er ihr erster Vorsitzender. Ebenso tätig war er auf politischem Gebiete. Am 16. November 1867 gründete er in Hannover eine Mitgliedschaft des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins*, zusammen mit 16 Genossen, von denen er nun als letzter dahingegangen ist. Im Jahre 1884 erhielt er das Mandat für den Reichstag, das er seit 22 Jahren inne hatte. Seit vielen Jahren war er Mitglied der Kontrollkommission, zu deren Vorsitzenden er regelmässig gewählt wurde. Arm, wie Heinz — so wurde Meister von seinen engeren Freunden genannt — gelebt, ist er gestorben. Erst in reiferen Jahren konnte der Verstorbene daran denken, sich ein eigenes Heim zu gründen. Sein Verdienst als Zigarrenarbeiter war zu gering, als dass er davon eine Familie so hätte ernähren können, wie es seinen Ansichten entsprach. Noch als Erwählter des Volkes musste er in den Ferien oder aber, wenn der Reichstag geschlossen, in der Fabrik arbeiten. Nach 27jähriger Dauer löste er auf Drängen der Genossen sein Arbeitsverhältnis und machte sich selbständig. Von nun an gestaltete sich sein Einkommen erträglicher. Erst jetzt führte er die Gattin heim, die heute mit dem 5jährigen Sohn trauernd am Grabe steht.

Seine Beisetzung am 8. April gestaltete sich zu einer glänzenden Kundgebung des Hannoverschen Proletariats. Die Zahl der Teilnehmer am Begräbnis wird auf 30000 geschätzt, ungezählt die Tausende, welche auf dem ganzen Wege entlang Spalier bildeten. Mehr als 200 Kränze und 30 Fahnen waren in dem Zuge verteilt. Die Reichstagsfraktion hatte zahlreiche Vertreter entsandt, und Parteivorstand und die Kontrollkommission waren fast vollzählig erschienen. An der Bahre sprachen die Abgeordneten Frohme und Singer, die in bewegten Worten die Charaktereigenschaften des Verstorbenen, seine Verdienste um die Partei darlegten. Hannover hat noch nie ein solches Massenaufgebot von Menschen bei einer Beerdigung gesehen. Und nicht auf Kommando sind die vielen Tausende dem Sarge gefolgt, sondern, weil sie dem Manne, der zu ihnen gehörte, der für sie gekämpft, mit dem sie gelebt und gestritten, die letzte Ehre erweisen wollten.

× ×

Entwickelung des Parteilebens Der Bericht des Zentralkomitees für das Königreich Sachsen für das Jahr 1905 ist erschienen. Das abgelaufene Jahr wird als ein bewegtes und arbeitsreiches Kampfesjahr bezeichnet, das grosse Opfer erforderte, aber auch viele Erfolge brachte. Im Vordertreffen des Kampfes stand die Wahlrechtsbewegung. Die grossen Protestkundgebungen vom

18. und 19. November und vom 3., 16. und 17. Dezember sind an dieser Stelle schon gewürdigt worden. Das Zentralkomitee beantragte, um den Beschlüssen des Parteitages von Jena nachzukommen, entsprechende Abänderungen des sächsischen Organisationsstatuts. Das neue Statut zeichnet sich durch eine zentralistische Tendenz aus. Die meisten sächsischen Wahlkreise hatten schon längst ihren Zentralwahlverein. An der Spitze dieser Kreisvereine stehen jetzt die 4 Agitationskomitees der Bezirke Dresden, Leipzig, Chemnitz und Zwickau, und über diesen Komitees steht das aus 3 Personen bestehende Zentralwahlkomitee. Gleichzeitig mit diesen Änderungen wurde die Einführung einheitlicher Mitgliedsbücher in allen sächsischen Organisationen beschlossen. Die Parteipresse hat sich günstig entwickelt; ihre Abonnentenzahl ist von 134000 auf 142000 gestiegen. Für die Agitation wurde ein einheitliches Flugblatt für das ganze Land in einer Auflage von 920000 Exemplaren hergestellt. Die Auflage des Agitationskalenders stieg auf 200000 Stück. Der Kassenbericht des Komitees verzeichnet eine Einnahme von 16451 M., eine Ausgabe von 13286 M. Über die Landeskonferenz, die um die Osterzeit in Zwickau stattfand, wird in der nächsten Rundschau berichtet werden.

Die vereinigten Vorstände der drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs haben ihren Bericht über das Jahr 1905 in einem kleinen Heftchen erstattet. Es gibt zunächst einen Überblick über den Wahlrechtskampf unserer Genossen. Sodann wird mitgeteilt, dass die hannoversche Parteiorganisation aus dem Verbande der Provinzialorganisation für Schleswig-Holstein ausgeschieden ist und sich eine eigene Landesorganisation geschaffen hat. Die Unterstützung, welche die Hamburger Genossen der schleswig-holsteinischen Bewegung lange Jahre in finanzieller und moralischer Hinsicht gewährt haben, kann diese nunmehr entbehren. Die Leserzahl des *Hamburger Echos* ist im Berichtsjahre von 40500 auf 45000 gestiegen — zurzeit beträgt sie 50000 —, die Mitgliederzahl der Vereine von 18186 auf 21756. Für die russischen Revolutionäre ist aus Vereinsbeständen und Sammlungen die Summe von rund 40000 M. dem Parteivorstand übergeben worden. Die drei Vereine hatten zusammen eine Einnahme von etwas über 116000 M., eine Ausgabe von zirka 90000 M. Sie werden nunmehr zu einer Landesorganisation zusammengeschlossen. Die Parteigeschäfte der Wahlkreise werden von den einzelnen Vereinen selbst geregelt; den Vorstand bilden die Vorstände der drei Vereine; zur Führung der Geschäfte werden besoldete Beamte angestellt.

Eine glänzende Entwickelung nimmt die Parteiorganisation in Magdeburg. Seit dem 1. November vorigen Jahres, dem Tage der Eröffnung des Parteisekretariats, lief vor kurzem die 1000. Beitrittserklärung ein. Nach dem *roten Sonntag* sind rund 750 neue Mitglieder aufgenommen worden. Deren Gesamtzahl ist somit von 1800 im Oktober auf 2845 gestiegen.

Der sozialdemokratische Wahlverein Hannover zählte am 1. April 6500 Mitglieder, der von Lübeck 2007 Mitglieder.

× ×

Gemeindewahlen In einigen kleinen Orten der Provinz Brandenburg, so in Kurtschlag und Michendorf, hatten die Ortsvorsteher alles Mögliche getan, um bei den Gemeindewahlen einen Sieg der *Roten* zu vereiteln. Sie hatten den Wahltermin mitten in die Woche verlegt, der eine hatte die Wahl sogar auf zwei Tage verteilt; die vielen in Berlin tätigen Arbeiter sollten dadurch verhindert werden, an der Wahl teilzunehmen. Diese aber hatten das Fahrgeld (in dem einen Falle bis zu 2,60 M.) nicht gescheut, und so wurden im zweitgenannten Ort 3, im erstgenannten 1 Sozialdemokrat mit grosser Mehrheit in den Gemeinderat gewählt. In Weisswasser (Oberlausitz) wurde ebenfalls ein Genosse gewählt. Einen glänzenden Sieg erfochten die Langenbielauer Genossen, die bei den Ergänzungswahlen 3 weitere Kandidaten durchbrachten; vor wenigen Wochen waren schon 2 gewählt worden. In Elbing wurden alle 3 aufgestellten Genossen mit grosser Majorität gewählt. In Bremerhaven sind unsere Kandidaten mit viel grösserer Stimmenzahl gewählt worden, als vor 2 Jahren. In den Orten Greppin, Bockwitz (Provinz Sachsen), Benshausen (Thüringen) wurde je 1 Sozialdemokrat, in Annaberg (Provinz Sachsen) wurden deren 2 gewählt.

× ×

Frankreich: *Fall Briand* In das neue Kabinett Sarrien ist auch Genosse Aristide Briand eingetreten; doch hat seine Ministerschaft keine neue

Millerand-Affäre gezeitigt, das heisst, die Debatten über den *Ministerialismus*, die von dem Pariser internationalen Kongress /1900/ in nicht gerade gutem Gedenken bei uns sind, sind diesmal unterblieben. Es herrschte in der kaum geeinigten Partei offenbar ein Ruhebedürfnis, so dass man die Schwierigkeit, die aus der Differenz zwischen der tatsächlichen politischen Notwendigkeit und den diversen Kongressresolutionen entstanden war, nicht zu lösen, sondern zu umgehen suchte. Man fand daher den Ausweg, dass man die Ministerschaft Briands in der Praxis stützte, indem die Mitglieder der sozialistischen Parlamentsfraktion in ihrer Mehrheit für das Kabinett stimmten, dass man aber, um dies mit gutem Gewissen tun zu können, Briand für ausserhalb der Partei stehend erklärte. Dies geschah dadurch, dass der *Nationalrat* der Partei noch vor der definitiven Konstituierung des neuen Kabinetts eine Resolution annahm, die ohne den Namen Briands zu nennen, die folgende Erinnerung aussprach: »Angesichts der Behauptungen der Presse, dass ein Sozialist berufen worden sei, am kommenden Ministerium teilzunehmen, erinnert der *Nationalrat* daran, dass der Sozialist, der an einer bürgerlichen Regierung teilnimmt oder über die Teilnahme daran verhandelt, sich selbst ausserhalb der Partei stellt.« Durch diese Resolution ist das Verhältnis Briands zu den Sozialisten *de facto* wenig berührt worden. Der geeinigten Partei hatte sich Briand ohnehin nicht offiziell angeschlossen, und bei den kommenden Wahlen am 6. Mai wird Briand in seinem bisherigen Wahlkreise wieder als Sozialist kandidieren.

Die ganze Frage wird noch in dieser Zeitschrift bei der Besprechung der Wahlen durch die berufene Feder eines französischen Genossen erörtert werden.

× ×

Italien In der italienischen Partei ist von neuem eine tiefgehende Krise ausgebrochen, die niemand, der ihre Geschichte seit dem Parteitag von Bologna /1904/ verfolgt hat, überraschen konnte. Ebenso wenig kann es überraschen, dass diesmal Ferri, der in Bologna zu gunsten der *revolutionären* Tendenz entschieden hatte, diesmal auf seiten der *Reformisten* steht und von den *Revolutionären* (mittlerweile *Syndikalisten*) aufs heftigste angegriffen wird. Der Anlass der neuen Krise wurde dadurch gegeben, dass die Parlamentsfraktion auf Antrag Ferris für das Ministerium Sonnino zu stimmen beschloss: offenbar ein Widerspruch gegen die Resolution von Bologna, aber durch die politische Praxis bedingt. Die Fraktion hat auch zu ihrer Rechtfertigung eine von Turati verfasste Erklärung veröffentlicht und darin die konkreten Motive jenes Beschlusses dargelegt. Die *revolutionären Syndikalisten* versuchten nun, die Parteigenossen gegen die Fraktion mobil zu machen, sie verlangten, dass Ferri der Leitung des *Avanti* enthoben und ein ausserordentlicher Parteitag berufen würde. Sie sind aber mit ihrem Verlangen zunächst nicht durchgedrungen. Der Parteitag wird im September stattfinden, und dort wird wahrscheinlich die neue Krise ihre Erledigung finden. Über die Einzelheiten dieses auch für den internationalen Sozialismus äusserst wichtigen Konflikts vergl. den in diesem Heft enthaltenen Artikel des Genossen Leonida Bissolati *Die Krise in der italienischen Sozialdemorkatie*, pag. 368 ff.

× ×

Vereinigte Staaten von Amerika Aus dem Bericht der *S. P.* über das Jahr 1905 entnehmen wir das folgende: Die durchschnittliche Mitgliederzahl belief sich im verflossenen Jahre auf 22 881, verteilt auf 38 Staats- und Territorialorganisationen; hierzu kommen 446 Einzelmitglieder: insgesamt also 23 327 gegen 20 763 im Jahre 1904 und 15 975 im Jahre 1903. Die Gesamteinnahmen während des verflossenen Jahres beliefen sich auf 17 527, die Gesamtausgaben auf 17 474 Doll. Einen interessanten Einblick in die Tätigkeit der amerikanischen Partei gewähren die Ausgaben, welche für die sogenannten *Organisatoren* gemacht wurden. Es sind das Genossen, welche einen grossen Teil des Jahres unterwegs sind, um Versammlungen abzuhalten und Zweigvereine zu gründen; wir würden sie also *Agitatoren* nennen. Im Jahre 1905 waren im Auftrage des Zentralkomitees 18 unterwegs. Ihre Gesamttätigkeit erstreckte sich über 1252 Tage, an denen 1040 Versammlungen abgehalten und 80 Zweigvereine gegründet wurden. Zusammen legten sie während des Jahres 69 557 Meilen zurück und sprachen in 816 Orten. Die Totalausgaben für sie betrugen im Jahre 1905 7262 Doll. Die durchschnittlichen Kosten eines Nationalorganisators belaufen sich auf 23,25 M. pro Tag. Diese Summe umfasst 12 M. an Diäten, das übrige an Reisespesen;

davon bringen die Organisatoren gewöhnlich durch Kollekten u. s. w. zirka 14 M. selbst auf.

× ×

Persönliches Am 19. April ist Ignaz Auer 60 Jahre alt gegeworden. Es braucht an dieser Stelle nicht gesagt zu werden, was Auer für die Partei, für uns alle war und ist. Es gibt wohl niemand in der Partei, der nicht mit Bewunderung und Dankbarkeit, und unter denen, die ihn persönlich kennen, niemand, der nicht mit rein persönlicher Liebe und Verehrung an ihm hängt. Bereits vor einiger Zeit hat Max Schippel in dieser Zeitschrift (1904, II. Bd., pag. 596 ff.) seine grosse Persönlichkeit uns darzustellen versucht. Von Porträts, die seine Erscheinung zu fassen suchten, wenn sie sie auch nicht erschöpfen konnten, seien nur genannt die vorzügliche Photographie in der *Hütte* und das Gemälde Jens Birkholms, das in den *Sozialistischen Monatsheften* (1904, II. Bd., pag. 588) wiedergegeben ist. In den letzten Jahren ist Auer bekanntlich durch körperliches Leiden gezwungen gewesen, sich vom öffentlichen Leben etwas fern zu halten, so dass wir ihn überall, und vielfach gerade da, wo man seiner am meisten bedurfte, haben entbehren müssen. Wir wollen und können nur hoffen, dass seine Genesung bald eine völlige sein wird, so dass er der Sache wieder seine Vollkraft widmen kann.

In Rom hat vor kurzem Enrico Ferri sein 25jähriges Jubiläum als Universitätslehrer feiern können. Es wurde ihm ein Album überreicht, das die Namen von Hunderten von Professoren, Gelehrten und Parteigenossen aller Länder trägt. Der Rektor der Universität Rom hielt die Festrede, dann sprach ein Student dem verehrten Lehrer die Dankbarkeit seiner Schüler aus; in weiteren Reden wurden die Verdienste Ferris um die Kriminalanthropologie gewürdigt. Auch wir sprechen dem verehrten Genossen, dessen Temperament wir auf internationalen sozialistischen Kongressen haben bewundern können, unseren wärmsten Glückwunsch aus.

× ×

Kurze Chronik In Kopenhagen siegte bei den kürzlich vorgenommenen Gemeindewahlen wieder die demokratische Liste, die auch 4 sozialdemokratische Kandidaten enthielt. × Ein neuer sozialdemokratischer Bezirksrichter ist in Zürich in der Person des Genossen Heusser, eines Angestellten der *Grütlibuchhandlung*, mit 7494 gegen 4623 gewählt worden. Die Arbeiterschaft hat nun 3 Mitglieder unter den 25 des Züricher Bezirksgerichts gestellt. × Der ehemalige sozialdemokratische Parteiführer und Reichstagsabgeordnete Johann Most ist vor einigen Wochen in Cincinnati gestorben. Most wurde bei Beginn des Sozialistengesetzes aus Preussen ausgewiesen, ging zunächst nach England, wo er die *Freiheit* herausgab, die erst ein sozialdemokratisches Organ war, später aber immer mehr zu einem anarchistischen wurde, sowie ihr Herausgeber sich mehr und mehr zum Anarchismus entwickelte. Most ging dann nach den Vereinigten Staaten, liess hier sein Blatt weiter erscheinen und hat auch mehrfach Gefängnisstrafen erdulden müssen. Most wird von allen, die ihn gekannt haben, als ein durchaus ehrlicher Charakter, aber wenig klarer Kopf geschildert. Dieses Urteil scheint, nach seinen Schriften zu urteilen, zutreffend. HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Fluktuation Eine üble Erscheinung in der Gewerkschaftsbewegung ist die Mitgliederfluktuation. Die Gewerkschaften haben diesem Übelstand schon durch verbesserte Agitationsmethoden und eine verbesserte Verwaltung, durch den Ausbau der Unterstützungseinrichtungen und Vertiefung der Bewegung entgegenzuwirken sich bemüht, und es hat sich in den letzten Jahren auch schon eine bedeutende Verminderung der Fluktuation bemerkbar gemacht, immerhin ist diese noch sehr gross. So ist im Schuhmacherverband festgestellt worden, dass von 25256 Mitgliedern dieser Organisation 7741 weniger als 1 Jahr, 3814 1 bis 2, 4250 2 bis 3, 1867 3 bis 4, 1383 4 bis 5, 1339 5 bis 6, 1197 6 bis 7, 667 7 bis 8, 1176 8 bis 9, 557 9 bis 10 und nur 1355 mehr als 10, 62 gar nur mehr als 20 Jahre der Organisation angehören. Im Bäckerverband, wo gleiche Festellungen gemacht worden sind, gehörten von 11374 Mitgliedern 2842 bis 2, 1519 bis 3, 933 bis 4, 480 bis 5, 512 bis 6, 290 bis 7, 303 bis 8, 169 bis 9, 165 bis 10, 270 über 10 und davon nur 3 bis 21 Jahren der Organisation an. Auch die soeben veröffentlichte Abrechnung des Metallarbeiterverbandes kann über einen Rückgang der Mitgliederfluktuation im Jahre 1905 be-

richten. Danach sind von den im genannten Jahre neu beitretenden 140406 männlichen und den 8963 weiblichen Mitgliedern 41,09 respektive 33,84 % verblieben, während im Jahre 1904 von 106291 männlichen und 6106 weiblichen neu beitretenden Mitgliedern nur 34,99 respektive 26,76 % der Organisation verblieben waren. »Die Mehrzahl der Austritte aus der Gewerkschaft dürfte auf ungenügende Beitragszahlung und nicht erfolgte Abmeldung zurückzuführen sein, immerhin ein Beweis, dass auf diesem Gebiet noch manches zu bessern ist«, heisst es im vorjährigen Bericht des Verbandes. Nach unserer Meinung sollte auch die Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften intensiver und mit grösserer Systematik durchgeführt werden. Denn es ist im höchsten Grade unwirtschaftlich, wenn die Organisationen immer und immer wieder Arbeiterkreise organisieren müssen, die schon ein- oder mehreremale der Gewerkschaft als Mitglieder angehörten, ihr aber wieder mangels der nötigen gewerkschaftlichen Aufklärung verloren gingen.

× ×

Kongresse und Verbandstage In der Zeit vom 19. bis 20. März fand in Berlin der 1. Schutzkongress für alle in der Schiffahrt und im Schiffbau beschäftigten Arbeiter statt. Vertreten waren die Verbände der Seeleute, Hafenarbeiter, Schiffszimmerer, Maschinisten und Heizer, Holzarbeiter, Metallarbeiter, Schmiede, Kupferschmiede, Handels- und Transportarbeiter und Fabrikarbeiter. Die wichtigsten Verhandlungsgegenstände bildeten Referate von Paul Müller über die soziale und rechtliche Stellung der seemännischen Bevölkerung, von J. Döring und Kirschnik über die Arbeitsverhältnisse und die soziale Fürsorge für die Hafenarbeiter, Binnenschiffer, Flösser, Flussmaschinisten und Heizer und von Wissel über die Unfall- und Erkrankungsgefahr der Arbeiter auf den deutschen Werften und die Mittel zu ihrer Verhütung. Beschlossen wurde unter anderm die Errichtung einer ständigen Schutzkommission für alle in der Schiffahrt und im Schiffbau beschäftigten Arbeiter. Der Kongress hat leider nicht die Beachtung gefunden, die er nach seiner Bedeutung und im Interesse der Sache verdient hätte.

Der Hafenarbeiterverband hielt seinen 9. Verbandstag vom 26. Februar bis zum 2. März in Stettin ab. Eingehend wurde über die Verschmelzung der Organisation mit den Verbänden der Handels- und Transportarbeiter und Seeleute verhandelt. Im nächsten Winter soll unter den Mitgliedern der beteiligten Organisation über die Frage der Verschmelzung eine Urabstimmung vorgenommen werden. Das Verbandsorgan soll künftig wöchentlich erscheinen, der Verbandsbeitrag künftig für 44 Wochen im Jahre, statt bisher 39 Wochen, bezahlt werden.

Der 2. Verbandstag der Steinarbeiter, 2. bis 7. April in Nürnberg, beschloss, zu dem einen schon angestellten 5 weitere Gauvorsteher anzustellen. Der Zuschuss zur Streikunterstützung für Kinder wurde einheitlich auf 1 M. pro Woche und Kind festgesetzt, ohne Rücksicht auf die Beitragsklasse. Beschlossen wurde ferner die Errichtung einer Krankengeldzuschuss- und Sterbekasse und die Erhöhung des Beitrags um 5 Pf. in allen Beitragsklassen.

Am 25. März fand in Halberstadt die 4. Konferenz der Gewerkschaftskartelle in der Provinz Sachsen und Anhalt statt. Verhandelt wurde über den Bericht der Vorortzahlstelle, die Geschäftsführung der Kartelle und die Landesversicherungsanstalt Sachsen.

× ×

Metallarbeiterverband Die grösste deutsche Gewerkschaft, der Metallarbeiterverband, hat sich im Jahre 1905 ausserordentlich günstig entwickelt. Die vielen Kämpfe, die ihm vom Unternehmertum aufgezwungen worden sind, in der Absicht, ihn zu schwächen, haben seine Vorwärtsentwicklung nur beschleunigt. Durch die Aussperrungen wurden die der Organisierung beharrlich widerstrebenden indifferenten Elemente nur mit Gewalt in die Gewerkschaft hineingetrieben, so dass diese im letzten Jahre allein um 60728 Mitglieder (30,52 %) zugenommen hat und am Jahresschluss 259692 Mitglieder zählte. Günstig war auch die finanzielle Entwicklung des Verbandes; verzeichnet er doch allein im letzten Jahre eine Reineinnahme von 5107717,41 M., gegen 3309887,86 M. im Jahre 1904. Von den Ausgaben sind bemerkenswert 2084549,02 M. für Streikunterstützung (1904 nur 829394,39 M.), 247372,13 M. (192098,14) Mark für Reisegeld, 480187,58 M. (400803,75) M. für Arbeitslosenunterstützung, 81361 17 (58205,67) M. für Rechtsschutz, 103504,55 M. für Massregelungen, 70623,20 M. für Notfall- und 51421,62 M. für Umzugsunterstüt-

zung, ferner 177 049,88 M. für die *Metallarbeiterzeitung*, 127 201,17 M. für Agitation, 35 146,54 M. für persönliche und 88 337,25 M. für sachliche Verwaltungskosten. Trotz der vielen Kämpfe wurde noch ein Einnahmeüberschuss von 636 845,31 M. erzielt, so dass der Verband am Jahresschluss allein in seiner Hauptkasse über 2 177 198,44 M. Vermögen verfügte. Wie sehr sind aber die im Irrtum, die da glauben, die Gewerkschaftsbewegung habe keine Zukunft mehr oder sie versumpfe, wenn ein einziger Verband in einem Jahre um 60 728 Mitglieder zunimmt und insgesamt, einschliesslich der lokalen Aufwendungen, allein 2 828 270,02 M. für Streiks verausgabt und doch über 600 000 M. Kampfreserven erübrigen kann!

×

Presse Mehr noch werden die Pessimisten, die der Gewerkschaftsbewegung eine wenig erfreuliche Zukunft prophezeiten, durch die Tatsache widerlegt, dass der *Proletarier*, das Organ des Verbandes der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter, eine Auflage von 106 000 erreicht hat. Der Organisationsboden, den dieser Verband zu bearbeiten hat, ist überaus steinig und hart, sagt der *Proletarier* in einem Festartikel aus diesem Anlass mit Recht. »Wenn andere Organisationen bei einmaliger Aussaat reichliche Ernten verzeichneten, mussten wir wiederholt den Samen der Organisation ausstreuen, und nur langsam, unter Aufwendung grosser Mühe, reifte uns die Frucht.« Die Freude über dieses ungewöhnliche Organisationsergebnis unter einer bis dahin nur schwer zugänglichen Arbeiterschaft ist daher nur zu berechtigt. Der Verband der Fabrikarbeiter etc. wurde vor rund 16 Jahren gegründet. Anfangs machte er nur wenig Fortschritte, im letzten Jahre hat er seine Mitgliederzahl aber verdoppelt.

Eine Reihe anderer Gewerkschaftsorgane kann ebenfalls über grosse Fortschritte innerhalb ihrer Organisationen berichten. So hat der *Vereinsanzeiger*, das Organ des Malerverbandes, eine Auflage von 41 000, der *Töpfer* eine Auflage von 11 000 und der *Steinarbeiter* eine Auflage von rund 21 000 Exemplaren erreicht.

×

Kurze Chronik In Nürnberg wurde die Gründung einer Dienstbotenorganisation vollzogen, die für die Hebung der sozialen Lage der Dienstmädchen, für die Beseitigung des Zeugnisunwesens eintreten soll und die Errichtung eines Arbeitsnachweises ins Auge fassen wird. × Der Buchbinderverband hat die Anlegung eines Archivs beschlossen. × Der Maurerverband führte in der Zeit vom 25. März bis 1. April in allen Orten eine umfassende Hausagitation durch; es gelangte allenthalben eine grössere Agitationsschrift zur Verbreitung. × Nach dem *Zentralblatt* der christlichen Gewerkschaften gab es Mitte März an 125 Orten christliche Gewerkschaftskartelle, gegenüber 117 am Schluss des letzten Jahres.

×

Literatur Im Verlag von C. Heymann in Berlin ist ein neues Werk über die Gewerkschaftsbewegung erschienen, das eine Lücke in der Gewerkschaftsliteratur ausfüllt und dem Besten an die Seite zu stellen ist, was insbesondere von bürgerlicher Seite im letzten Jahrzehnt an Schriften über unsere Bewegung erschienen ist. Wir meinen W. Troeltsch und P. Hirschfeld *Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften. Untersuchungen und Materialien über ihre geographische Verbreitung 1896 bis 1903*. Bis jetzt fehlte es an einem erschöpfenden Nachweis über die geographische Verbreitung der Gewerkschaften. Einzelnen und besonders den grösseren Verbänden war eine solche Übersicht allerdings durch die nach Mitgliedschaften gegliederten Abrechnungen gegeben; die Verfasser haben nun dieses Material von 44 der grössten Organisationen aus den Jahren 1896 bis 1903 gesammelt und verarbeitet. Dabei haben sie sich bei dem Versuche der Erklärung von Einzelzahlen und Zahlenreihen in grossem Umfang auf Auskünfte aus leitenden gewerkschaftlichen Kreisen gestützt. Für das Jahr 1903 ist dann von den Verfassern noch das Material über die Mitgliederbewegung der Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkvereine verarbeitet worden. Das Resultat dieser Arbeiten liegt uns nun in dem oben genannten Buch vor, das allein 131 Seiten Tabellenwerk und 20 grössere Tabellen im Text enthält. Aber nicht nur die geographische Gliederung der Gewerkschaften ist von den Verfassern untersucht worden, bis ins einzelne erörtern sie auch die fördernden und hemmenden Momente der Gewerkschaftsbewegung, inwieweit das Unternehmertum, die Volkseigentümlichkei-

ten, die Besonderheiten der Industrie, die Krisen, die Organisationseinrichtungen, die Persönlichkeit, die gegnerischen Organisationen auf die Mitgliederbewegung der Gewerkschaften von Einfluss gewesen sind. Gerade diese Ausführungen machen das Buch besonders wertvoll, zeugen von dem guten Verständnis der Verfasser über unsere Bewegung. Bemerkt sei, dass nach den Untersuchungen der Verfasser die Schwerpunkte der Gewerkschaftsbewegung in Mitteldeutschland und in den Hansastädten liegt. Die Hirsch-Dunckersche Bewegung besitzt in Berlin, Schlesien, der Provinz Sachsen und der Rheinprovinz ihre stärksten Positionen, die christliche Bewegung hat weitaus die meisten Anhänger (77,8 %) in Rheinland-Westfalen. Aber trotz der Stärke der Hirsch-Dunckerschen und christlichen Organisationen in Westdeutschland befinden sich die freien Gewerkschaften dort noch im Übergewicht, wie denn die Gewerkschaftsbewegung dort mehr und mehr an Einfluss gewinnt. Im einzelnen diese Entwickelung der Mitgliederbewegung an der Hand des Troeltsch-Hirschfeldschen Buches klarzulegen, gestattet leider der Raum dieser Rundschau nicht. Wir können an dieser Stelle nur auf die grosse Bedeutung des Werkes hinweisen und allen Gewerkschaften dessen eingehende Lektüre dringend anraten. × Wer sich über die neuere Literatur über die Unternehmerbewegung informieren will, dem ist unter anderem die Lektüre von Ballenstedts *Arbeiterorganisation und Rechtsfähigkeit der Berufsvereine* /Berlin, Elsner/ zu empfehlen.

In überzeugender Weise wird in den vom Zimmererverband herausgegebenen *Statistischen Erhebungen über Arbeitszeit und Löhne der Zimmerer Deutschlands 1885 bis 1905* die Erfolgfähigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen zahlenmässig veranschaulicht. Die Organisation hat es vermocht, wie hier von Ort zu Ort nachgewiesen wird, die Arbeitszeit um ein Bedeutendes zu beschränken und vor allen Dingen zu regeln, die Lebenshaltung zu verbessern, so dass in den 20 Jahren von 1885 bis 1905 die Stundenlöhne in vielen Orten sich verdoppelt, teilweise sogar mehr als verdoppelt haben. Und da gibt es in der Partei noch Leute, die von der *Sisyphusarbeit* der Gewerkschaften reden! × Den Kritikern des Gewerkschaftswesens empfehlen wir weiter zu recht fleissiger Lektüre die vom Schmiedeverband herausgegebene Schrift *Die Lage der Kesselschmiede und deren Hilfsarbeiter in Deutschland*, ferner *Die Ergebnisse der Statistik aus dem Jahre 1904 im deutschen Kupferschmiedegewerbe*, im Verlage des Kupferschmiedeverbandes erschienen, *Die deutschen Strassenbahner und ihre Arbeitsverhältnisse* von Max Quarck /Berlin, Verlag der Buchhandlung *Courier*/ und *Statistische Erhebungen über die Erwerbsverhältnisse der Sattler Deutschlands im Jahre 1905* /Berlin, Blum/. Alle diese Schriften legen von dem erfolgreichen Wirken der Gewerkschaften auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes Zeugnis ab. × Von der grossen, aus Anlass der Heimarbeitausstellung erschienenen Literatur der Gewerkschaften über die Heimarbeiterfrage ist besonders die gut ausgestattete Schrift des Holzarbeiterverbandes *Bilder aus der Heimarbeit in der Holzindustrie* erwähnenswert. × Aus der reichen Fülle der gewerkschaftlichen Publikationen erwähnen wir noch: *Die Aussperrung in der Berliner Elektrizitätsindustrie 1906*, herausgegeben von der Ortsverwaltung Berlin des deutschen Metallarbeiterverbandes, ferner *Die Arbeiterunfälle an den Holzbearbeitungsmaschinen*, nach einer Statistik des Verbandes der an den Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter Berlins, *Der Furniturenwucher in der Schuhfabrikation*, herausgegeben vom Schuhmacherverband, *Ein Denkmal dem Christlichen Holzarbeiterverband*, aus Anlass des Schreinerstreiks in Cöln 1905 /Stuttgart, Verlag des Holzarbeiterverbandes/ und *Die Stellung des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten zur allgemeinen Gewerkschaftsbewegung*, herausgegeben vom Verband der Steinsetzer. ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Tarifverträge Das grösste Interesse unter den Verhandlungsgegenständen des kommenden Genossenschaftstages (vergl. weiter unten *Kurze Chronik*) beansprucht zweifellos der abzuschliessende neue Tarifvertrag. Man entsinnt sich, dass die vorhergehenden Verbandstage solche Tarife bereits mit dem Verbande der Bäcker und dem der Handlungsgehilfen vereinbart hatten, während mit den Handels- und Transportarbeitern noch keine Einigung erzielt werden konnte. Der vorliegende Tarif hat nun die Zustimmung der Vertreter der Gewerkschaft und des genossenschaftlichen *Zentralverbandes* er-

halten; seine Annahme, vielleicht mit einigen unwesentlichen Änderungen, dürfte daher gesichert sein.

Wir geben nachstehend die Hauptbestimmungen des Entwurfes wieder. Die Arbeitszeit beträgt für Lagerarbeiter, Markthelfer, Kontorboten und ungelernte Arbeiterinnen 9 Stunden, an Sonnabenden 8 Stunden, insgesamt also 53 Stunden wöchentlich, für Kutscher und Stallleute je nach den Lohnsätzen 9 respektive 9½, Sonnabends 8 respektive 8½, wöchentlich also 53 respektive 56 Stunden. Die Löhne beginnen für die erstgenannten Kategorieen mit Ausnahme der Arbeiterinnen mit wöchentlich 19 M. und steigen in 5 Jahren auf den Höchstgehalt von 24 M., für Kutscher und Stallleute sind sie bei 53stündiger Arbeitszeit auf 19 M., steigend bis zu 24 M., bei 56stündiger Arbeitszeit auf 20 M., steigend bis zu 25 M., festgesetzt. Ungelernte Arbeiterinnen erhalten 10 M., steigend auf 14 M. Zu diesen Löhnen treten Ortszuschläge von 2½ bis 25%. Überstunden werden männlichen Arbeitern mit 40 bis 60 Pf., weiblichen mit 25 bis 35 Pf., Nacht- und Sonntagarbeit mit 50% Aufschlag vergütet. Angestellte, die vor dem 1. Februar eingetreten sind, erhalten eine Woche Sommerferien unter Fortzahlung des Gehaltes. Bei Neueinstellungen ist der gewerkschaftliche Arbeitsnachweis der Branche zu benutzen. Die Schlichtung von Streitigkeiten ist einem paritätisch zu wählenden Schiedsgericht mit einem dem örtlichen Gewerkschaftskartell angehörenden unparteiischen Vorsitzenden zu überweisen.

Bei der Durchführung des Tarifes sollen die örtlichen allgemeinen und die Konkurrenzverhältnisse im besonderen in angemessener Weise berücksichtigt werden, um Härten zu vermeiden. Es steht jedoch zu hoffen, dass von dieser Bestimmung, die unter Umständen eine völlige Durchlöcherung und damit Wertlosmachung des Tarifes bedeuten könnte, nicht allzu häufig Gebrauch gemacht wird. Nach der vom Sekretariat des *Zentralverbandes* aufgenommenen Lohn- und Arbeitsstatistik, deren Resultate bis jetzt für die genannten Gruppen vorliegen, hat nämlich bereits zirka die Hälfte der hier in Frage kommenden Arbeiter die im Tarif vorgesehenen oder sogar noch bessere Arbeitsbedingungen; es wird also keineswegs etwas Unerreichbares gefordert. Selbstverständlich ist es auch, dass vorhandene bessere Bedingungen durch den Tarif nicht herabgedrückt werden dürfen.

Sowohl die aufgenommene Statistik, als auch der vorliegende Tarif legen Zeugnis ab von dem ernsten Wollen der deutschen Konsumvereine, auch in der Behandlung ihrer Angestellten zu mustergültigen Institutionen zu werden.

× ×

Seifenfabrik der G. E. G. *Die Konsumgenossenschaftliche Rundschau* teilt mit, dass, als sich der Errichtung der von der *G. E. G.* geplanten Seifenfabrik in Aken Schwierigkeiten in den Weg stellten, die Gesellschaft seinerzeit auch nach anderer Seite hin Schritte getan hat, um die Gründung nicht allzu sehr zu verzögern. Sie hat sich in Zerbst das Verkaufsrecht für ein sehr günstig an der Bahn gelegenes Grundstück gesichert und daraufhin am 22. August 1905 die Pläne bei der dortigen Polizeiverwaltung eingereicht. Leider haben die Zerbster nicht mehr Verständnis für den genossenschaftlichen Fortschritt gezeigt, als die Akener. Auch hier wurde von allen möglichen Seiten Einspruch erhoben, der aber diesmal wenigstens nicht nationalökonomisch-politisch, sondern rein hygienisch und ästhetisch begründet wurde. Da weder bei dem ersten, noch bei dem zweiten Termin am 19. und 29. März eine Einigung der Parteien zu stande kam, so wird sich nun das Kreisverwaltungsgericht mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben.

Wir hatten angenommen, dass nach der für die *G. E. G.* günstigen ministeriellen Entscheidung der Errichtung der Fabrik in Aken nun nichts mehr im Wege stehen würde. Offenbar hat sich aber doch noch ein Haken gefunden, so dass man weiterhin auf Zerbst reflektiert.

× ×

Hamburg: Produktion Die junge Hamburger Genossenschaft hat ihren Ruhmesblättern ein neues hinzugefügt: die Vollendung ihres grossen Wohngebäudes in Barmbeck, das — eigentlich ein Komplex von 19 Einzelhäusern — 256 Wohnungen, 6 Läden und ein Restaurant umfasst. Die *Produktion* ist damit in den Besitz des grössten einheitlich bebauten Wohngeländes in Hamburg gekommen. Der Platz, auf dem sich das Gebäude erhebt, ist 8112 qm gross und wird von vier aussergewöhnlich breiten, baumbepflanzten Strassen eingeschlossen. Rings um

das Grundstück ziehen sich Vorgärten; auch der 17 m breite Hof ist mit gärtnerischen Anlagen geschmückt und bietet in seinen Spielplätzen den Kindern einen idealen Aufenthaltsort. Die Wohnungen zerfallen in 7 vierzimmerige, 45 drei-, 202 zwei- und 2 einzimmerige, sämtlich mit Küche. Im Durchschnitt haben die Zimmer, die alle hell und luftig sind, eine Grösse von 15 bis 16 qm, die Küchen eine solche von 11 qm. Zu jeder Wohnung, mit Ausnahme der zur Benutzung der Vorgärten berechtigten Parterrewohnungen, gehört ein geräumiger, windgeschützter Balkon oder eine Loggia. Ausserdem hat jede Wohnung ein eigenes Klosett, eine Brausekabine, einen Keller und einen grösseren Bodenraum. Auch auf eine möglichst den Schönheitsbedürfnissen Rechnung tragende Ausstattung der Wohnungen ist Wert gelegt. Die Küchen sind 1½ m hoch mit weissen Kacheln belegt. Die Wände der Wohn- und Schlafzimmer sind im modernen Geschmack einfarbig gestrichen und schliessen oben mit einem der Bestimmung des Zimmers angepasstenMotivstreifen ab. Nach aussen hin wirkt das unten in Kunststein, oben in Rohbau, der durch verputzte Flächen unterbrochen wird, ausgeführte Gebäude in seiner Zweckmässigkeit bei aller Einfachheit künstlerisch schön und monumental.

Die Herstellungskosten der ganzen Anlage inklusive Platz belaufen sich auf rund 1 350 000 M. Verteuert wurde der Bau durch weitestes Entgegenkommen der Verwaltung an die Wünsche der dabei beschäftigten Arbeiter. Auch wurde natürlich nur erstklassiges Material verwendet. Trotzdem sind die Mieten, die einer 7 prozentigen Verzinsung des angewandten Kapitals entsprechen und damit reichliche jährliche Abschreibungen erlauben, keineswegs hohe. Sie betragen für die Vierzimmerwohnungen 400 bis 465 M., für drei Zimmer 332 bis 459 M., für zwei Zimmer 216 bis 376 M., für ein Zimmer 176 bis 183 M. und für einige mit Bad versehene Dreizimmerwohnungen 465 bis 521 M. Das sind für Grossstadtverhältnisse sehr bescheidene Preise, wie auch ein Vergleich mit den in der Nachbarschaft der Genossenschaft verlangten Mieten durchweg zu gunsten der letzteren ausfiel. Man darf also mit Recht sagen, dass die *Produktion* die schwierige Aufgabe der Schaffung von allen berechtigten Ansprüchen genügenden grossstädtischen Arbeiterwohnungen gelöst hat.

Der letzte Geschäftsbericht der Genossenschaft, der eine eingehende Beschreibung nebst Plan und Abbildung des neuen Gebäudes bringt, entnehmen wir noch folgende Mitteilungen. Die Mitgliederzahl der Genossenschaft stieg in dem am 31. Dezember abgelaufenen 7. Geschäftsjahre von 18 766 auf 20 556. Der in 34 Filialen erzielte Gesamtumsatz betrug 3 322 989 M., wobei eine Reinersparnis von 138 099 M. erübrigt wurde. Es wird davon eine 3½ prozentige Umsatzrückvergütung und eine 4 prozentige Dividende auf eingezahlte Geschäftsanteile ausgeschüttet, während 16 200 M. den verschiedenen Fonds zufliessen. In der eigenen Grossbäckerei des Vereins wurden für 423 462 M. Waren erzeugt, in der Schweineschlächterei für 411 978 M. Beide Betriebe schliessen mit einem Überschusse von 9120 respektive 1803 M. ab. Die Genossenschaft zählte am Jahresschlusse 216 Angestellte, darunter 18 in der Verwaltung, 158 in der Distribution und 40 in der Produktion beschäftigte Kräfte. Das im Jahre 1904 durch einen riesigen Brand vernichtete Lagergebäude konnte genau ein Jahr darauf in erweiterter und zweckmässigerer Gestalt von neuem dem Gebrauch übergeben werden. Sehr gut bewährt hat sich die Einrichtung des Notfonds: die angesammelten Fonds waren Ende 1905 auf 157 418 M. angewachsen, die Zahl ihrer Besitzer auf 6766. Davon machten 685 im Laufe des Jahres Abhebungen im Gesamtbetrage von 15 718 M.

Möge es der *Produktion* vergönnt sein, auch weiterhin von Erfolg zu Erfolg zu eilen!

× ×

Breslau Ein interessantes Vergleichsobjekt zu dieser jungen, mit Riesenschritten vorwärtsstrebenden Genossenschaft bildet der Breslauer Konsumverein. Dieser grösste deutsche Konsumverein hat kürzlich sein 40 jähriges Jubiläum gefeiert. 1866 von 64 Einwohnern mit einem Kapital von 79 Tlr. und 3 Sgr. gegründet, zählte der Verein Ende 1905 83 279 Mitglieder, deren Geschäftsguthaben 2 678 225 M. betrugen, bei einer Gesamtbevölkerung der Stadt von 465 000. Der Umsatz stellte sich auf 1 587 367 M., der Nettoüberschuss auf 1 931 345 M.; die Rückvergütung betrug 11%. Der Breslauer Verein beschäftigt zurzeit 689 Angestellte. Er besitzt eine ganz modern eingerichtete Bäckerei mit 23 Doppelbacköfen und eröffnete vor

einem Jahre eine Mineralwasserfabrik, aus der bis zum Jahreschlusse 741 095 Flaschen der verschiedenen Erfrischungsgetränke hervorgingen.
Das sind gewiss recht schöne Zahlen und Leistungen. Aber zieht man das Alter des Vereins und die Tatsache in Betracht, dass nahezu jede Breslauer Familie ihm angeschlossen ist, so muss man zugeben, dass eine vom Hamburger Geiste durchtränkte Leitung hier noch unvergleichlich viel mehr hätte schaffen können. So ist es zum Beispiel erstaunlich, dass der Verein noch nicht einmal über die Vermittelung von Lebensmitteln hinausgekommen ist. Und wieviel Eigenbetriebe würden bei einem solchen Umsatze rentabel sein! Es zeigt sich hier eben deutlich, wie sehr bei aller Notwendigkeit einer naturgemässen Entwickelung ein planvolles, weitsichtiges Vorgehen im Vorteile ist vor einem sich nur empirisch von den Tatsachen vorwärtstreiben lassenden Handeln.

× ×

Siedlungsgenossenschaft Die von Dr. Franz Oppenheimer seit Jahren propagierte Idee der ländlichen Siedlungsgenossenschaft soll nun wirklich die Probe eines praktischen Experiments unterworfen werden, nachdem der erste Versuch dazu an der Unmöglichkeit, die nötigen Mittel aufzubringen, gescheitert war. Dr. Oppenheimer hat eine G. m. b. H. mit einem Kapital von 230 000 M. gegründet, der Vertreter der verschiedensten Parteien und volkswirtschaftlichen Anschauungen angehören, und die bereits im letzten Sommer ein für die Zwecke der Siedlung geeignetes altfeudales Gut Wenigenlupnitz bei Eisenach an der nördlichen Abdachung des sagenberühmten Hörselberges erworben hat. Das Gut hat eine Grösse von 2510 preussischen Morgen, wovon 1600 Morgen Acker, 170 Morgen Wiese, der Rest Wald ist und bietet zurzeit drei Dörfern mit zusammen 1500 Einwohnern Arbeitsgelegenheit. Boden und Wald sollen von vorzüglicher Qualität sein, wenn auch die ganze Besitzung sich in einem Zustande ziemlicher Verwahrlosung befindet, die sofort die Investierung grösserer Kapitalien notwendig gemacht hat. Das für 660 000 M. erworbene Gut stand demnach bis zum 30. September (Abfassung des Geschäftsberichts) mit 800 000 M. zu Buch.
Von den sozialpolitischen Plänen Dr. Oppenheimers soll zunächst nur die Gewinnbeteiligung in Anwendung kommen, und zwar sollen in Anbetracht des heruntergekommenen Zustandes der Wirtschaft sofort 25% des Gewinns pro rata der Gehälter und Löhne verteilt werden, ehe an die Ausschüttung einer Kapitalsdividende gedacht wird. Allmählich sind dann die Ansprüche der Gesellschaft bis auf die im Statut vorgesehenen zu steigern, demzufolge zunächst das Kapital 4% Zinsen aus dem Reingewinn erhält, dessen Rest dann zu 25% dem Kapital, zu 75% den Arbeitern und Beamten als Gewinnanteil zufällt. Oppenheimer rechnet damit, dass diese hohe Gewinnbeteiligung ein ungeheurer Ansporn für bessere Leistungen und Vermeiden fahrlässiger Schäden und böswilliger Schädigungen durch die Arbeiter sein wird, so dass hier die Vorteile des Kleinbetriebes (Sparsamkeit, Sorgfalt, quantitativ und qualitativ bessere Leistungen) mit denen des Grossbetriebes (Kapitalintensität, intelligente Leitung, Maschinenanwendung) vereinigt sein werden. Nach zehn Jahren soll es sich dann zeigen, ob die bisher beschäftigten Arbeiter bereit sind, das Gut gemeinsam zu erwerben und als richtige Siedlungsgenossenschaft zu bewirtschaften. Inzwischen sollen schon immer erprobte Arbeiter an den Aussenschlägen kleine Pachtstellen erhalten, bei deren Bewirtschaftung sie von der Gutszentrale nach Möglichkeit unterstützt werden. Auch die Ansiedlung selbständiger, wirtschaftlicher (Handwerker, Gärtner und freie Berufe) soll gefördert, ein Gutskonsumverein, Kreditkasse, Versicherungsgenossenschaft u. s. w. gegründet werden. Es muss anerkannt werden, dass hier ein Weg eingeschlagen wird, der alle Gefahren, die mit der direkten Inaugurierung einer Siedlungsgenossenschaft verbunden wären, glücklich vermeidet und, indem auf ihm zunächst eine jahrelange Erziehung der in Frage kommenden Arbeiter vorbereitet wird, die möglichste Garantie für ein glückliches Ausschlagen des Experimentes bietet.

× ×

Umsatzsteuer In Sachsen geht wieder einmal die Umsatzsteuer um. Am 22. März behandelte die Kammer den ihr von nationalliberaler und konservativer Seite zugegangenen Antrag auf obligatorische Einführung einer Umsatzsteuer auf Grossbetriebe, die im Kleinhandel Lebensmittel oder Bekleidungsgegenstände u. s. w. verkaufen, durch die Gemeinden. Nicht weniger als 157 Mittelstandspe-

titionen lagen zu dem Antrage vor, der denn auch von der Kammer mit 42 gegen 30 Stimmen angenommen wurde. Immerhin liegt in dieser Abstimmung ein Fortschritt gegen frühere Zeiten, insofern, als die Zahl der Umsatzsteuergegner bedeutend gewachsen ist. Die Regierung liess durch Minister von Metzsch erklären, dass sie nach wie vor auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren müsse, und dass auch keine Divergenz der Meinungen über diese Frage in ihren Kreisen bestehe. Merkwürdiges Land, in dem, wie es scheint, es das Los der Regierung ist, den Fortschritt gegenüber der *Volksvertretung* zu verteidigen!

× ×

Kurze Chronik Auf der Tagesordnung des vom 18. bis 20. Juni in Stettin stattfindenden 3. ordentlichen Genossenschaftstages des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* stehen neben den üblichen geschäftlichen Angelegenheiten: Vereinbarung eines Lohn- und Arbeitstarifs mit dem Verbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen und Einsetzung eines Tarifamts des *Zentralverbandes* (Referent Schmidtchen-Magdeburg), der weitere Ausbau der Organisation des *Zentralverbandes* (Referent Barth-München), Beitritt der Verbandsvereine zum *Internationalen Genossenschaftsbund* (Referent Lorenz-Hamburg). × Der Steuerausschuss des oldenburgischen Landtages fordert eine Hinzuziehung der bis jetzt steuerfreien Konsumvereine zur Einkommensteuer, während die in Oldenburg vorherrschenden landwirtschaftlichen Genossenschaften nach wie vor unbehelligt bleiben sollen. × Wie die *Monatsblätter des Lagerhalterverbandes* mitteilen, erhielt der Konsumverein Gardelegen bei Kiel eine Aufforderung der dortigen Polizeiverwaltung, den Lagerhalter Daladas zu entlassen, da dieser der sozialdemokratischen Partei angehöre; widrigenfalls müsste der Austritt aller im Staatsdienst u. s. w. beschäftigten Personen veranlasst werden. Leider teilten die *Monatsblätter* nicht mit, was die Vereinsverwaltung auf diese Unverfrorenheit geantwortet hat. × Die von der Mailänder Konsumgenossenschaft (vergl. pag. 191) errichtete Volksherberge (*Albergo Popolare*) wurde im Jahre 1905 von 174472 Gästen besucht gegen 152766 im Vorjahre. Durchschnittlich wurden in den 500 Zimmern täglich 478 Gäste beherbergt. Das *Dormitorio* hatte täglich im Durchschnitt 337 Gäste, darunter 30 Frauen.

GERTRUD DAVID

KUNST

Bildende Kunst

Meunier Die von Keller & Reiner im Gebäude der alten Musikhochschule zu Berlin veranstaltete Gedächtnisausstellung zu Ehren des grossen belgischen Bildhauers war von zwiefacher Wirkung; die weiten Kreise derer, die den Ereignissen im Reiche des Geistes verspätet folgen, gaben unverhohlen ihrer Begeisterung Ausdruck, als gelte es, den Grössten, endlich zu verdientem Ansehen Gelangten zu feiern, während die sogenannten *Kenner* nach Hause gingen, teils in dem Gefühl, über die im Innern unruhig streitenden Zweifel Klarheit gebracht zu haben, teils, mal wieder einen *abgesägt* zu haben. Literaten verkündeten den allzulauten Ruhm des Künstlers, Literaten nahmen ihn schnöde; die rechte Würdigung liegt zwischen diesen Extremen. Einsichtsvolle Künstler geben Meunier nach wie vor das Seine. Denn er war nicht nur ein starker Mensch, er war auch ein Plastiker, der nicht gegen die Grenzen seiner Kunst verstiess, wie es ringsum im Reiche seiner Berufsgenossen gang und gäbe ist. Wenn aber auch wir heute nicht ohne Vorbehalt in ein Lob einstimmen, so müssen wir betonen, dass wir diesem Künstler gegenüber stets der Meinung waren, dass eine Gefühlseinseitigkeit ihn zugleich beenge und seine Qualitäten grösser erscheinen liess, als sie in Wirklichkeit waren. Dadurch erinnert er uns nicht wenig an den äusserlich so ganz anders gearteten Thoma. Beide gehen — wie jeder grosse Künstler — vom Gefühl aus, aber geben es in einer Vereinfachung, die nicht mehr künstlerisch und darum nicht selten jenes auch dünn wirken lässt. Es ist anfangs bei Meunier durchaus nicht der *Stoff*, der allein fesselt, es ist seine Linie, die ihn gross macht: ihn schüttelte das soziale Gewissen, und in grossen Zügen brachte er es zum Ausdruck; ein Tolstoj der Plastik. Sein Werk eine Predigt. So war er formal durch sein Weltempfinden zur Einseitigkeit verurteilt. Kein ganz grosser Künstler, vielmehr ein mittlerer, reckte er seine Begabung an einem grossen Gedanken zur Monumentalität empor; ein Wollen, das ihm aus der Stärke seines mitleidigen

Herzens gelang. Es war töricht, ihn als Plastiker neben Rodin zu stellen, doch aus seinem Empfinden heraus überragt er noch alles, was neben Rodin an Plastik geschaffen wird. Die Grenzen der Begabung Meuniers erkennen wir am deutlichsten an seinen Malereien, und wer je im Brüsseler Museum vor seinen früheren Arbeiten dieser Art gestanden ist, kann es im ersten Augenblick gar nicht fassen, dass es Arbeiten von der Hand eines sind, der seit mehr denn einem Jahrzehnt als der grösste Bildhauer ausgerufen wird. Seine neueren Malereien, in denen der Geist seiner Plastik waltet, stehen seinen Zeichnungen noch nach. Seine Linie ist hier so monoton, dass sie der Pose nicht fern ist. Dies erkennen wir am ehesten an den Gemälden, auf denen eine Gruppe in Aktion ist: da wird die Linie durchaus nicht aus der Funktion der Arbeit entwickelt, die Leute greifen leblos zu, ihre Hand ist an den Strang gelegt, wie einst die Klassizisten die Glieder der Modellpuppe nach antikem Vorbild bogen. So ist der Künstler arm an dem Leben entwickelten Forminhalten und wurde zum Akademiker seiner Linie, wie er notwendig ein schwacher Porträtist war. Und weil jenes eine Gefühl es ist, das ihn trägt, durch jene einzige Linie, wirken seine lebensgrossen Figuren eindrucksvoller, als die kleinen, in denen das Gefühl nicht stark genug nachwirkt, um die Form zu beleben.

X X

Courbet Was uns heute an diesem Vorkämpfer der modernen Malerei auffällt, ist seine Vorliebe für aussergewöhnliche Vorgänge in der Natur; sie ist auf seinen Bildern stets in Aktion. Das Meer schlägt hohe Wellen, ein Gewitterregen prasselt nieder, oder am Horizont steigen dräuende Wolken auf. Es muss diesem ein leidenschaftliches Temperament des Malers zu Grunde liegen. Denn wo diese Bewegung nicht das Treibende seines Schaffens ist, sehen wir einen Reichtum anderer Art, eine Lust an der Üppigkeit des Animalischen; handele es sich nun um ein reiches Stilleben, um die Lust, das wulstige Fell eines Bullen zu malen oder die strotzende Kraft einer schlafenden Frau. Den Wald zeigt uns der Maler stets in seinem dichtesten Innern, und nie ohne Wild. Aber sehr lebendig ist dieser dunkle Wald nicht immer, wenigstens nicht auf diesen Bildern, die wir bei Paul Cassirer sahen, und die ja nicht zu Courbets besten Arbeiten zählen. Es ist in diesen Bildern alles sehr gut *gemacht,* und nicht ohne eine gewisse dekorative Kühle bei allem romantischen Schwung. Denn, seltsam ist es zu sagen, dieser einstige Revolutionär der Kunst, der nichts als die Wahrheit wollte, er wirkt auf uns wie ein alter Romantiker, und seine kleine *Eselreiterin* könnte beinahe von Schwind sein. Von den hier ausgestellten Sachen gehörte der sonnbeschienene Kopf einer Frau im Strohhut entschieden zu den besten. Am zartesten im Ton und unserem Farbenempfinden zunächst war wohl eine kleine Landschaft mit grauen Weiden. Wie leidenschaftlich aber dieser Künstler der Natur nahte, erkannte man an den verschiedenen Winterbildern, denen in ihrer starren Kraft beinahe etwas Grausames eignete. Trotzdem bleibt es zu verwundern, dass dieses starke Temperament nicht tiefer in die Natur eindrang; in allen diesen exzeptionellen Landschaften ist ein Rest von Theaterpathos, auch in der Farbe, und einer zarteren Herbstlandschaft fehlt doch der feine Hauch; sie ist nur tonig gut, aber dieses Wort in einem äusserlichen, leblosen Sinne gefasst. Der Künstler scheint sein Bestes gegeben zu haben, wo er das animalische Leben der Kreatur darstellte, im schlafenden, vegetierenden Menschen und im Tier: da wirkt er dann lebendiger, als in der Landschaft allein, die zu beseelen ihm nicht gegeben war. Das grösste seiner Bilder, die *Ringkämpfer,* vereint seine Mängel und seine Vorzüge. Landschaft und Figuren gehen nicht recht zusammen; diese wirken übermodelliert und erinnern noch stark an eine Ateliermalerei nach spanischem Vorbild, jene gleicht einem in Gold und Grün gewirkten Gobelin mit wundervoll zartem Himmel. Die Abhängigkeit und das Eigene des Künstlers zeigt dieses Bild, und zugleich die starke Begabung.

X X

Schuster-Woldan Ein ganz verblasener Hauch des späten Venedig (ohne direkte Anlehnung) und ein Hauch aus dem französischen Rokoko (wieder ohne direkte Anlehnung) gingen im Gehirn dieses Malers — bei Schulte sahen wir seine Bilder — eine Ehe ein. Man denkt vor diesen Malereien an das Foyer eines eleganten Opernhauses, aber nicht an eines der Wirklichkeit, sondern wie es in einer blassen Erinnerung fortlebt, in der aus seinen Stucklünetten gezierte Schäferinnen herniederlächeln, deren unwirkliche Glie-

derranken ein Maler ersann, dem der Anblick der natürlichen Schönheit des Weibes das Blut nicht zu wärmen vermochte. O, über die Chocolade- und Nougatträume dieses Hofkonditors Schuster-Woldan! Schönheit nennt sich hier, was nur auf Torten als solche gilt, und die Menschen in ihrem leblosen Schnörkel sind jene, die ein Kind sich als allein von Chocolade ernährte Prinzessen denkt. Dass die Farbe als Träger solcher Stimmungen eine durchaus unwirkliche, nicht durch Relativwerte gerechtfertigte ist und ihr jede organisch-bildende Kraft fehlt in ihrer braungoldenen Schlaffheit, braucht nicht erwähnt zu werden. Doch es gab eine Zeit, da der Maler der Natur näher stand und sie studierte; ich meine: das Porträt eines Fräuleins J. H. und das Bild mit dem ein wenig gespreizten Titel *An den Pforten der Dämmerung*; es kann wenigstens als ein Versuch in diesem Sinne gelten. Und um nicht als prinzipieller Gegner Schuster-Woldans zu gelten: ich könnte mir denken, dass einer diese alte Schönheit, fasziniert vom leonardesken Giocondablick, aufleben liesse; doch müsste der Farbe eines solchen Malers jene aus der lebensschweren Erinnerung geborene Kraft der Suggestion eigen sein, die, wie mit der Flammenzunge des Cherubs, das Verstorbene zu neuem Leben zwingt und die Herzen öffnet, dass im Kleinsten das All sich ihnen offenbart.

× ×

Künstlerinnen Es hat sich ein *Verein der Künstlerinnen Berlin-München* gebildet. Seine erste Ausstellung veranstaltete er im Kunstsalon von Gurlitt. Neues gab's da nicht zu sehen. Aber warum will man auch immer Neues sehen? Und es scheint, als ob man an einen solchen Verein von Damen noch leichter mit ähnlichen Erwartungen heranträte, und dann eine Enttäuschung erlebt, die in der eigenen unberechtigten Forderung zu suchen ist. Was an Neuem und Eigenem geben uns denn heute die jungen Maler? Die an der Spitze dieses Vereins stehenden Malerinnen Hitz, Wolfthorn, Kollwitz, Lepsius gaben teils schon bekannte Bilder, teils Bilder ihrer bekannten Art; neue Künstlerinnen von ähnlicher Begabung fanden wir nicht. Ida Gerhardi ist in der Skizze flott, im Erfassen einer Bewegung, sonst wenig eigen. Die jungen Sezessionisten von heute ahmen ja auch nicht selten ein Vorbild in einer bedenklichen Weise nach; aber die Arbeiten des Gros dieser Damen sind doch um einen Grad talentloser, noch weniger *gekonnt*. Die Damen begnügen sich leichter. Zwar ist das Stilleben der von Brockenhusen gewiss ebenso gut — oder sollen wir sagen: ebenso wenig gut? —, wie die Landschaften ihres Bruders, der zu gleicher Zeit bei Cassirer ausstellte. Eva Stort wäre zu erwähnen, recht gut im Ton, doch einseitig und in der Zeichnung der Bäume weichlich. Von süddeutschen Künstlerinnen arbeitet Frau Alice Trübner geschickt in der Art ihres Mannes. Der Nachteil ist, dass, abgesehen von den vier an der Spitze genannten Künstlerinnen, die Arbeiten durchweg auf einem Niveau stehen, keiner kann mehr oder weniger, als der andere. Also Mittelmässigkeiten, die durch den modernen Anstrich auffallen; die Mache gilt mehr, als die Sache, genau wie bei den Männern, wie sollte es auch anders sein!

× ×

Alte Kunst Im nunmehr niedergerissenen Palais Redern hatte der *Kaiser Friedrich-Verein* eine Ausstellung alter Kunstwerke aus Berliner Privatbesitz veranstaltet. Man sah nicht ohne Befriedigung, wie viele gute Bilder, vor allem holländischen Ursprungs, es bei den Kunstfreunden Berlins gibt, unter denen Rembrandt und Frans Hals wieder in der ersten Reihe rangierten. Das weiteste Interesse aber nahm ein Bild für sich in Anspruch, das erst später hinzukam. James Simon, dessen Sammlung wohl neben der von Wesendonck und der Carstanjeschen in Berlin die wertvollste ist, hatte für die immense Summe von 350 000 M. ein Bild von Jan Vermeer van Delft in London erworben, von dem, wie einige behaupten, nur 32, nach anderer Angabe 37 Bilder nachweislich existieren. Dieser Maler ist die eigenartigste Künstlererscheinung, die sich denken lässt, und wer ein lebhaftes Gefühl für Kunst besitzt und in einer Galerie zum erstenmal vor ein Bild von seiner Hand tritt, wird auf alle Fälle durch dieses stärker angeregt werden, denn durch irgend eines; so gewiss es grössere Künstler gibt, als ihn. Dieses Exzeptionelle seines Wesens beruht darin, dass er, obgleich von ausgesprochen n a t i o n a l e r Eigenart, wirkt, als striche ein Vogel exotischen Gefieders durch die Strassen seiner Heimat. Das Wesen der holländischen Kunst ist die Pflege des *Malerischen*, doch bei Jan Vermeer, einem Schüler des früh verstorbenen und auch schon höchst eigenen Fabritius, der ein

Schüler Rembrandts war, steigert sich die Kunst des malerischen Vortrags bis an eine Grenze, erreicht derart die Herrschaft über alle Finessen, dass wir ihn einen *Japaner unter den Holländern* nennen möchten. Die Kunst der holländischen Maler ist das Beherrschen der Valeurs; bei Vermeer tritt die Fähigkeit hinzu, diese Valeurs noch durch die Intensität eines Lokalkolorits zu steigern. So arbeitet er mit den scharfen Gegensätzen zweier Farben, am liebsten Zitrongelb und Ultramarinblau, doch ineinanderschmelzend zu einem Ganzen, wie die Töne, die nicht sind und doch leben, indem eine Meisterhand sie einer Geige entlockt. So hervorragend nun dieses Bild von Vermeer war, für diesen Künstler zählt es nicht unter seine allerersten. Er benutzte hier das für ihn zu billige Mittel eines dunklen Hintergrundes, vor dem die Figuren, an denen auch manches übermalt scheint, eine allzu starke Plastizität annahmen, und auf dem das gleissende Gelb der Seidenjacke nicht annähernd so diskret steht, wie auf dem perlgrauen des köstlichen Bildes im *Kaiser Friedrich-Museum*. Aber immerhin, eine ganz einzigartige Kunstleistung.

× ×

Corinth So oft wir Bilder von Corinth sahen, hatten wir die Empfindung, einer starken Begabung gegenüber zu stehen; im gleichen Moment aber stellte sich auch schon ein Gefühl des Unbehagens ein, das diese Malerei verursacht: sie wirkt wie ein abgegessener Tisch, auf dem Speisereste und Geschirr unsauber durcheinanderliegen. Oder anders ausgedrückt: in dieser rohen Unzulänglichkeit ist beinahe etwas Akademisches. Eine beinahe plumpe Kraft ist der Zug Corinthschen Wesens — doch wäre dies kein Grund, ausgereifte Werke zu schaffen —, aber durch die mangelnde Fähigkeit, diesen Grundzug seines Wesens harmonisch zum Ausgleich zu bringen, wirkt er nahezu weichlich. Und doch glimmt in der rohen und ungeschlachten Farbe dieser Bilder nicht selten ein Zug von Feinheit, ein rosiger, beinahe zarter Schimmer, der entwickelt werden könnte, oder auch nicht, da er im Grunde gegen diese Brutalität kontrastiert und, entwickelt, aus seiner Weichheit, diese aufheben müsste. So ist dieser Maler im Grunde ein w e i c h l i c h e r F l e i s c h e r und darum zu dauernder Dissonanz verdammt, zu einer Art Pose des eigenen Wesens, dessen Elemente er, statt zu entwickeln, mit jedem Versuch weiter auflöst. Das Bild mit der Kerzenbeleuchtung, das wir diesmal bei Cassirer sahen, ist wohl das ausgeglichenste. Vielleicht, dass der Raum nicht einmal wirklich vom Kerzenlicht erhellt war, aber der Kronleuchter selbst war gut, und noch besser der Tisch mit seinen Geräten. Der eigenartige Entwurf zu einer Kreuzigung wirkte wie ein grotesker Witz, wie eine Jahrmarktszene; aber gerade darin lag etwas, das wir an Corinth schätzen, ein volkstümlicher Zug, der schon früher durchbrach bei anderer Gelegenheit.

× ×

Franck Unter den Berliner Sezessionisten ist dieser Maler entschieden eine der sympathischeren Erscheinungen. Zwar keine komplizierte Natur, die auf die äussersten Tonfeinheiten reagiert, eine weitreichende Skala zur Verfügung hätte und die empfangenen Valeurs individuell zu steigern vermöchte, ist er einfach und gerade, beinahe nüchtern, aber ehrlich. Und das Mass seines Könnens reicht immerhin aus, nicht in Monotonie zu verfallen. Er hat kein Rezept und macht niemandem nach. So sind seine Naturausschnitte, wenn auch wenig abwechselungsreich, immer frisch und kräftig, was dem Künstler schon dadurch erleichtert wird, dass er nur den gröberen Effekten nachgeht, Sonne und Schatten, und ohne Gefühlsgründe.

× ×

Georgi Georgi, ein Mitglied der Münchener Künstlervereinigung *Scholle*, füllte mit seiner Kollektion bei Schulte einen Saal. Anfangs ein liebenswerter Zeichner der *Jugend*, beruht sein, wie seiner Kollegen Fehler darin, den für die Illustration geringen Umfangs gefundenen Stil auf die Malerei zu übertragen, und zwar auf eine so extremen Formates, dass hierfür eine psychologische Lösung nur in den Gesetzen eines individuellen Kräfteprinzipes zu suchen ist: es scheint, dass diese Künstler, die im dekorativen Sinne reizvoll mit der lithographischen Kreide ihre Phantasieen, wie für jeden ersichtlich, spielend leicht hinwarfen, gar nicht anders können, als auf der Leinwand sich in diesen Dimensionen zu tummeln, weil ihnen jedes Vermögen nach toniger Verinnerlichung fehlt. Sollten sie das dringende Bedürfnis nach einer malerischen Betätigung solcher Art empfinden und meinen, sich in der Zeichnung kleinen Formates nicht haben voll geben zu

können, sie gewissermassen nur als Vorstudien betrachtend, so sind sie eben die geborenen Theatermaler, die sich dem Ausstellungsbild vollständig fernhalten sollten, sicher aber da, wo es sich um einen Vorwurf, wie jene *Mittagsrast*, handelt, der unter dem Pinsel eines solchen Künstler von einer geradezu erschreckenden Öde ist, während ihm die Parkszenen in den architektonischen Elementen — nur zu charakteristisch — schon eher gelingen. Betrachtet man die ersten Zeichnungen dieser Künstler, die mit romantischem Sinn der Silhouette alter Städtebilder beleben, und vergleicht dann ihre zarte Schraffierung mit dem Weissquaststrich der Ölbilder, man möchte an eine affektierte Mache glauben, und doch ist auch dieser Übergang ein durchaus konsequenter; nur gehören derartige Dinge weder in die Ausstellung, noch ins Zimmer, sie gehören aufs Theater.

✕ ✕

Französische Meister Neulich zeigte Cassirer uns in einer ausgewählten Kollektion Renoir, Sisley, Pissaro. Sie sind im Grunde die Lieblichsten unter den grossen Impressionisten. Das Rot und Blau in den Bildern des Renoir gleicht dem fröhlichen Vogelgezwitscher an einem hellen Sommermorgen und scheint wie geschaffen, eine Landschaft mit Gehölz und Wasser zu beleben, in der ein kleines, kussfrohes Mädchen, mit einem Mündchen, winzig wie eine Kirsche, auf den Geliebten wartet. Diese kleine Pariserin, im Verein mit der so sinnlich heiss erfassten Natur, gelingt ihm, wie keinem anderen, und selbst da noch, wo er, wie in einem anderen Bilde — es stellt ein Liebespaar dar — roh erscheint. Delikater, als diese beiden Bilder, ist eine Theaterszene, die in ihrem dunkleren, samtweichen Ton an seine früheste Epoche erinnert. Hier zeigt er uns zwei Mädchen von einer geradezu puppenhaften Kindlichkeit, und doch sind wir gerührt beim Anblick dieser Knospen, die schon den Duft der Entfaltung in sich schliessen und mit eigenem Frageblick darauf zu warten scheinen. Diese Fähigkeit, den Menschen zu schildern, gibt dem Künstler einen so liebenswürdigen Zug, weit über die malerischen Qualitäten hinaus, die, und in weit stärkerem Grade, das Wesen der Kunst eines Manet und Monet ausmachen. Es ist der Franzose, den wir in Renoir lieben, und zwar ein Franzosentum, das noch lebhafter bei Flaubert, als bei den jüngsten Dichtern, zu Hause ist, es ist jene provinziale Lieblichkeit, die im Grunde Paris vor anderen modernen Grossstädten voraus hat. In Sisleys Landschaften ist ein verwandter Zug. Er ist dünn in der Empfindung und spitz und zart daher in der Pinselführung und nicht kräftig, oft fröstelnd in der Farbe. Aber, wie er seine Motive am Rande der Stadt auswählt und zum Ausdruck bringt, das lässt ihn als einen vollendeten Künstler erscheinen. Pissaro ist um eine Note stärker. Er wählt einen Bahndamm mit Telegraphenstangen und ein wenig Schnee in den Ackerschollen, und allein die Linienüberschneidung in diesem Bilde erfüllt uns mit einer lebhaften Vorstellung. Oder auf einem anderen Bilde: vor der Stadt eine Anhöhe mit Aussichtsbank in dichtem Buschwerk und davor ein Kinderspielplatz; wie die einsamen Spaziergänger hier weilen, und der 14jährige Backfisch breitbeinig beim Ballspiel steht, gibt dem Ganzen einen so ausgesprochenen Charakter, dass nur ein Maler es schaffen konnte, der mit der Empfindung lebendig bei der Sache war. Drei Stücke aus der Londoner *Tower Bridge*-Serie liessen Monet gegen diese ältere französische Kunst und gegen seine eigenen früheren Sachen unpersönlich, weichlich, jedenfalls unfranzösisch erscheinen.

✕ ✕

Kurze Chronik In Paris starb Eugène Carrière, der Schöpfer der *Maternité*. ✕ Am 15., 16., 17. Juli findet in Dresden ein allgemeiner Kunstgewerbetag statt. ✕ Der Bildhauer Adolf Hildebrand wird an der Münchener Akademie eine freie Lehrtätigkeit ausüben. ✕ Der Münchener Bildhauer Hugo Kaufmann siedelte nach Berlin über. ✕ Am 27. und 28. September wird in Braunschweig der Tag für Denkmalspflege abgehalten. ✕ In Kiel wurde das neue *Thanlow-Museum* eröffnet.

✕ ✕

Literatur Das Märzheft von *Kunst und Künstler* brachte einige wertvolle Beiträge. Jan Veth, der holländische Maler und Schriftsteller, sprach mit feiner Kenntnis über *Rembrandts Anpassungsart*, indem er an der Hand der Gegenüberstellung von Rembrandts Porträten und einigen hervorragenden italienischen gewisse Einflüsse konstatierte. Selbstverständlich sind diese so minimal, dass nur ein sehr geübtes Auge sie herausfindet, und somit ein Beweis, welcher Art die Anregungen bei einem so individuellen

Künstler, wie Rembrandt, nur sein konnten — arbeiteten doch in früheren Zeiten die Maler einfach den Vorwurf eines Vorgängers um, wobei sie freilich nicht selten talentvoller verfuhren, als dieser, während es heute im gleichen Falle in der Regel umgekehrt geschieht; in unseren *individualistischen* Tagen! Emil Bauer registriert im gleichen Heft noch einmal den Stand der gegenwärtigen Malerei an der Hand der modernen optischen Forschungsresultate. ✕ Das Aprilheft der *Dekorativen Kunst* ist ein Riemerschmid-Sonderheft, in dem Dr. Paul Rée den Künstler uns als Architekten und angewandten Kunsthandwerker in seiner Vielseitigkeit vorführt. RUDOLF KLEIN

Dichtkunst

Diederich An dem Lyriker Franz Diederich ist die Andacht vor zarten Naturstimmungen ein Zug gewesen, der seiner Individualität vor allem entsprach. Er besass nicht gewöhnliche Mittel, Bilder der Waldschönheit zu malen und erfreuende Blicke in das kleine Leben eines friedlichen Alltags tun zu lassen. Der stille Dichter will den Umfang seines Schaffens in dem jüngsten Bande erweitern und es kund und klingend machen, wie im brennenden Daseinskampf: *Die Hämmer dröhnen* /Dresden, Kaden/. Doch er blieb, was er war, reich und erfüllt von anmutiger Empfindung. Leidenschaft bezwang er nicht. Aber was ihn vor so vielen auszeichnet, ist sein Wagemut, am Kleinen die Begabung zu prüfen. Kein erotisches Überschwellen, das an Stelle der seelischen Leere meist tritt, stört seine Rhythmen. Wo die Liebe bei Diederich antönt, ist sie die leise, die wehe. Da man sich in dem neuen Buch sehr leicht getrauen darf, Erstlinge, die besser unterdrückt wären, von Gereiftem zu trennen, soll das Gereifte nur gelten. Während der praktische Politiker eine Zukunft furchtsam erschaut, träumt der Dichter überall vom goldenen Einmal, sich mit Überlegung der religiösen Glücksbotschaften symbolisch bedienend. So ernst er das dürre Elend malt, die weinende Mutter im Kerker, die ihr Kind im Sonnenschein sieht, das Geduckte und Schmerzhafte der Bergarbeiter, das hallende Wüten in rastlosen Fabrikbetrieben, seine Art ist so Gigantisches nicht, jetzt noch nicht. Dass seine Kraft auch zu derartigen Aufgaben wachsen kann, ist nicht unwahrscheinlich dem Leser, der die steigende Wucht der *Märzgewalt* spürt.

✕ ✕

Erzählungen Das Bescheiden nach der Fähigkeit ist gewiss schon Zeichen eines Talentes, und nichts muss schlimmer verurteilt werden, als der Irrtum des suchenden Schriftstellers, der an riesige Stoffe kindische Hände legt. Andererseits jedoch gibt es Materien der künstlerischen Darstellung, bei denen jede Arbeit ein Vergeuden der Mühe ist. Solch im Grund zu winziges Thema erwählte sich L u d w i g H i r s c h f e l d in dem letzten Roman *Paukzeit* /Leipzig, Cavael/. Dieser junge Erzähler hat entschieden Mittel, nur weiss er noch gar nichts von Zucht und Zäumung der überwuchernden Nebengefühle. In seinen früheren Büchern rührt er an Ironisches und spielt sich gern auf zum überlegenen Klugheitsredner, der sich in schönes Gleichgewicht mit der Erdenverzwicktheit zu setzen lernte. Aber diese Geste stand ihm schlecht. Sie nimmt sich ebenso hässlich im neuen Romane aus, der allen Seelenregungen eines Menschen nachgehen will, der zu einem Säbelduell sich vorbereitet. Warum soll man das nicht erzählen? dachte sich Hirschfeld, und er erzählte so gewissenhaft, so mit überschwänglicher Gründlichkeit, dass sein Roman, der ein Kompendium ward, missriet. Das kam wohl, weil er noch keine Distanz von den Dingen seiner Geschichte hat. Er soll es erfahren: Wer mit zu vollem Herzen schreibt, wird schwülstig.

Der Trost ist, dass sich solch Ungelenker noch entwickeln kann zur Abgeklärtheit. Wie muss man sich aber verhalten, wenn einem das Werk eines Beginnenden schon als fertige, fast untadelhafte Kunstschöpfung entgegentritt? Bei S. Fischer erschien *Ingeborg*, ein Roman von B e r n h a r d K e l l e r m a n n. Jung ist an diesem Buch bloss die nicht ganz echte Bereitschaft, jederzeit von exotischen Reizen der Sinne, des Gedankens ein früh morbid gewordenes Herz kosen zu lassen. Die Kultur der Phantasie, d'Annunzios virtuose Gewöhnung, lässt sich zum geistigen Eigentum so sehr machen, dass man sie für den Kern des Wesens erachtet. Kellermann brachte diesem Hange viel Verwandtes entgegen, ihn für seinen Gebrauch ändernd. So singt er in sehr vollen und sehr bunten Worten um die Liebe zweier Menschen, die ein dritter trennt.

Was Schriftsteller seines Schlages nie sündhaft werden lässt, der ungeheure Fleiss im Formen harmonischer Sätze, das verschwistert Kellermann dem Balten Eduard von Keyserling, den ich hier (vergl. *Sozialistische Monatshefte,* 1905, II. Bd., pag. 1074) schon skizziert habe. Keyserling einigt Novellen, die in der *Neuen Rundschau* standen, zu einem Bande (*Schwüle Tage* /Berlin, S. Fischer/). Wenn man philologische Akribie aufwenden wollte, dann gelänge es mühelos, Sommerstimmungen, Gewitterängste, Beschreibungen weiblicher Vollendung in beiden zu entdecken, die sich merkwürdig ähneln.
Dass gerade diese Talente wenig nationale Eigentümlichkeit aufweisen, und man den Charakter des Deutschen bei Franzosen ungeändert wiederfindet, zeigt Henri de Régnier. *Seltsame Liebschaften* übersetzt F. von Oppeln-Bronikewski von ihm /Stuttgart, *Deutsche Verlagsanstalt*/. Das *Seltsame* deutet genügend an. Die stilistische Feinheit — der Übersetzer trifft sie nicht uneben — erfreut am meisten, wo sie in der Art des italischen Novellino erzählt.

×   ×

Dramen Englische Komödianten haben im XVII. Jahrhundert ein Stück vom reichen Jüngling gespielt, der ein armer und hungernder ward, nachdem er seines Vaters Gut verbuhlt und verprasst hatte. Ich bewunderte an diesem frischen Passionsdrama stets die Urwüchsigkeit und trotz aller Roheit mit der Bühne vertraute Geschicklichkeit des derben Theatermachers, der die rührsame Mär vom verlorenen Sohn dramatisierte. Denn der Stoff gibt Anlass, das Untergehen eines Menschen an seiner eigenen Erdenfremdheit darzustellen. Wenn ich den tölpischen Auftritt las, wo ein Kuppelwirt und das ihm ebenbürtige Weibsgesindel dem verlorenen Sohn die Hosen buchstäblich vom Leibe ziehen, dann dacht ich immer, aus der gemeinen Pantomime könnte eine erschütternde Tragödie gezimmert werden, die in den letzten Menschheitsjammer heraufführt. Darum ging ich mit viel gutem Willen an Karl Rösslers Trauerspiel *Der reiche Jüngling* /Leipzig, *Insel-Verlag*/. Ich wurde sehr enttäuscht. Rössler will in einer Tragödie es sich belehrend abrollen lassen, dass schon der Gedanke einem Besitzenden Tod bedeutet, mit seinen Schätzen das Erdenelend vernichten zu wollen. Er schafft darum keinen verlorenen Sohn aus Schlechtigkeit, sondern aus höchster Ethik. Nathanael ist Erbe eines fürstlichen Vermögens; darum gehasst. Als er von Jesu Mund erfährt, das Heil liegt im Hingeben des Vermögens, um geliebt zu werden, will er allein noch die Liebe. Darüber erhält er einen Dolchstoss, der ihn nur deswegen trifft, weil es der vierte Akt des sehr langen, unfruchtbar ausgesponnenen Stückes so als Schluss erfordert. Rösslers Idee, dem Mythos modernes Leben zu verleihen, in dem Augenblick einen Reichen sterben zu lassen, wo ihm die Nichtigkeit des Goldes, die niederschmetternde Wichtigkeit des Barmherzigseins die Ahnung erweckt, ist dunkel im Drama geblieben.
Mythen sind eben für den Tragiker der schwierigste Stoff, wenn es ihm nicht gelingt, seinen Menschen den Mythos als eigenes Erlebnis einzuimpfen. Das Sprunghafte des Mythos, das in der Motivierung naiv Brüchige, ist dann beleidigend und hässlich. Wie verstand Hebbel im *Gyges* das Wunder des Kleinods, das die Menschen unsichtbar macht, für eine herzzerreissende Tragik zu gebrauchen! Wie machte André Gide in dem dreiaktigen Trauerspiel *Der König Kandaules* /ebenda/ aus dem gleichen Mythos eine leere, dramatisch ohnmächtigeFeerie! Alle Charaktere, die in Hebbels Meisterwerk mächtig sind, hat er entnervt und verschleiert. Dabei ohnmächtige Feerie! Alle Charaktere, die in Hebbels Meisterwerk mächtig sind, hat er entnervt und verschleiert. Dabei ist der Dichter ein kluger Kopf, dessen von Franz Blei verdeutschter Essay über die Entwickelung des Theaters kühn und gewinnend spricht.

×   ×

Kurze Chronik Dass man dem wackern Schriftsteller und noch prächtigern Mann Michael Georg Conrad am 5. April schon zu seinem 60. Geburtstag hat gratulieren müssen, ist nicht betrübend, weil er wie ein Jüngling frisch in das Alter hineinschreitet. × Von Bernard Shaw sind jetzt in deutscher Übersetzung wieder zwei Stücke erschienen: *Der verlorene Vater* und *Caesar und Cleopatra* /Berlin, S. Fischer/. Über Shaw selbst braucht hier nichts gesagt zu werden, nachdem ein ausführlicher Essay über ihn in den *Sozialistischen Monatsheften* (1905, I. Bd., pag. 210 ff.) erschienen ist; über einzelnes wird später noch zu referieren

sein. Vermisst wird noch immer eine deutsche Ausgabe des merkwürdigen Dramas *Man and superman,* das Shaw im Untertitel *A comedy and a philosophy* nennt.

× ×

Literatur Schiller, der *Horen*redakteur, hat auf seiner peinlichen Suche nach unterhaltsamen Stoffen bereits auf Rétif de la Bretonne hingewiesen. Im Vergleich zu seinen grössten Zeitgenossen ist Rétif plumper und unkultivierter, aber auch wahrer. Und niemals gerät er auf beschönigende Abwege, wenn er das Laster malt. Er wollte das menschliche Herz entschleiern und deckte die Geheimwege auf, die von den Geschlechtsinnen führen zu dem geschmeidigen Ding, das eine Konvention *Seele* getauft hat. Er sagt *Seel*e und meint den Unterleib. Von der Welt redet er, und die ist der Treffpunkt der Halbwelt im *Palais Royal.* Er philosophiert, und seine Ideen vom Kosmischen sind nur anthropomorphe Erklärungen der Akte des Zeugens oder des Ringens nach deren Verwirklichung. Über Glückseligkeit der Menschheit grübelte Rétif, die bestmögliche Gestaltung des Rechtslebens zu ergründen bemüht, und die Einzelinstitute in den Lupanars fesseln seine Aufmerksamkeit vor allem. Eugen Dühren schrieb über Rétif ein Buch voller Ernst und Gelehrsamkeit, gestützt auf den grossen Umfang seiner medizinisch-psychiatrischen Sonderkenntnisse /Berlin, Harrwitz/. Er zeigt all die sexuellen Verirrungen des Sittenschilderers mit wohltuender Kühle, die wegen ihrer vollständigen Wissenschaftlichkeit sein Werk dem oberflächlichen Leser verschliesst. MAX HOCHDORF

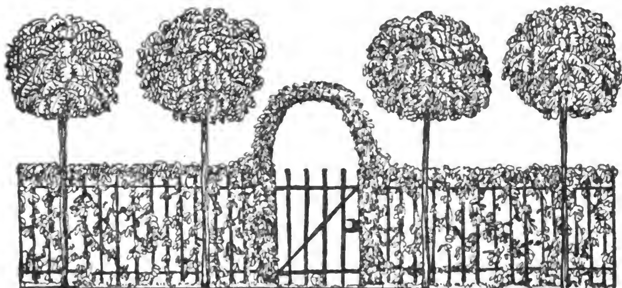
DIVERSA

Bücher

Adler: *Die berühmten Frauen der französischen Revolution* Nicht ohne tiefe Bewegung liest man das Schicksal der Heldinnen der grossen Revolution. Emma Adler hat die Frauen so lebenswahr gezeichnet, mit so viel Wärme ihren Anteil an den einzelnen Phasen der Revolution dargelegt, dass man manchmal ganz unter ihrem Banne steht. Sie gibt uns eine Biographie von zehn der hervorragendsten Frauen /Wien, Rosner/. Wir lernen ihre Kindheit kennen, das Milieu, dem sie entstammten, und die Begeisterung, mit der sie für ein freies Frankreich schwärmten. Aber nicht nur Kämpferinnen und Rednerinnen sehen wir vor uns, Emma Adler zeigt uns auch Heldinnen der aufopferungsfähigsten Menschenliebe. Madame Legros und Madame Bouquey standen nicht auf den Barrikaden, sie stürmten nicht die Tuilerien — und doch verdienen sie rückhaltlose Bewunderung. Madame Bouquey starb auf dem Schafott. Ihre Schuld in den Augen des Konvents war, dass sie flüchtigen, geächteten Girondisten ein Asyl gewährt hatte. Dieses Kapitel allein ist wert, dass das Buch gelesen wird. Die Literatur über Théroigne de Méricourt, diese interessante *Amazone der Revolution,* wird wertvoll bereichert. Im k. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien gibt es eine Art Selbstbiographie der Méricourt, die sie im Gefängnis von Kufstein zu ihrer Verteidigung niedergeschrieben hat. Die Veröffentlichung dieser Handschrift erfolgt zum erstenmal in dem vorliegenden Buch. Ein wirklicher Genuss ist das Kapitel über Madame Roland, diese bekannteste unter den grossen Frauen der Revolution. Wir sehen sie in ihrer Kindheit; als neunjährigem Mädchen ersetzte ihr Plutarch das Andachtbuch. Wir sehen sie dann als Frau des Ministers Roland den Sitzungen des Ministerrats beiwohnen; in ihrem Salon treffen sich die glänzendsten Geister der Gironde. Im Gefängnis wächst ihre Seelengrösse von Tag zu Tag, bewundernd lesen wir ihre Briefe, sehen wir die philosophische Ruhe, mit der sie dem Schafott entgegensah. Die Revolution ist keine sentimentale Einrichtung, und grosse Umwälzungen, auch wenn ihr Ziel, wie in diesem Falle, das edelste ist, können sich nie vollziehen ohne Opfer. So erscheint uns auch der Tod der Roland als ein Tribut, der der Revolution gebracht werden musste. So starb auch Olimpe de Gouges, die erste Kämpferin für politische Frauenrechte. Vieles, was diese ausserordentliche Frau vor mehr als hundert Jahren sprach, ist heute noch lebendiges Wort.

Wir haben einige der bedeutendsten Frauen aus Emma Adlers Buch genannt. Es ist kein Buch der französichen Revolution, macht gar nicht Anspruch darauf, es zu sein, aber es ist ein Buch der Heldinnen der Revolution. Alle Frauen, die wollen, dass die Anteilnahme des weiblichen Geschlechts an den grossen Ereignissen der Zeit, in der sie lebten, bekannt werde, müssen das Erscheinen des Buches — dem 9 Porträts beigegeben sind — begrüssen. ADELHEID POPP

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLANDER · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. · DRUCK VON *GUTENBERG* DRUCKEREI UND VERLAG A. G. · SÄMTLICH IN BERLIN



6. HEFT / JUNI 1906

WILLEM HUBERT VLIEGEN · PRINZIP UND PRAXIS IN DER NIEDERLÄNDISCHEN SOZIALDEMOKRATIE

I

DER jüngste Parteitag der Sozialdemokratie Hollands, der in den Ostertagen zu Utrecht abgehalten wurde, hat eine schwere Hand gehabt. Er hat eine Anzahl Genossen mit mehr als deutlichen Worten zur Ordnung gerufen und damit die Partei in eine Kampfesstellung gebracht, in welcher man sie so bald nicht erwartet hatte.

Dem aufmerksamen Beobachter musste es schon seit langem auffallen, und im letzten Jahre war es niemandem ein Geheimnis mehr, dass es der niederländischen Sozialdemokratie nicht gut ging. Ihre Werbekraft schien gemindert, ihre Propaganda durch eine grosse Unsicherheit in ihrer Taktik gelähmt, so dass sich ein starkes Gefühl der Unbefriedigtheit, der Unzufriedenheit mit sich selbst der Masse der sozialdemokratischen Arbeiter bemächtigte. Wie gewöhnlich, trat das auch in der sehr grossen Zahl von Streitigkeiten zu Tage, die oft einen Umfang und einen Charakter annahmen, dass sie in der bürgerlichen Presse für eine wahre sozialdemokratische Skandalchronik Stoff lieferten. Wohl bestanden die Skandale nur aus den vielen bösen Worten, welche gewechselt wurden; wenn aber die bürgerlichen Organe durch ihre Wiedergabe nach aussen den Eindruck erwecken können, dass die Partei des Proletariats eine Gruppe von Zänkern und von Leuten sei, die Böses reden wider ihren Nächsten, verliert die Partei naturgemäss viel von ihrer Anziehungskraft für die Massen, und damit ist ihr Wachstum gefährdet. Ist dann die Position der Partei noch so, dass sie von beiden Seiten von zwei nicht zu unterschätzenden Gegnern hart bedrängt wird, welche beide eine gewisse Anziehungskraft auf manche Arbeiterschichten ausüben, wie das in Holland bei den Anarchisten und den fortschrittlichen Demokraten der Fall ist, so wird ihre Lage dadurch auch nicht leichter. Und weil die einzige Macht, welche die grösstmögliche Sicherheit für die kräftige Vertretung der proletarischen Interessen bietet, nur eine starke sozialdemokratische Partei sein kann, ist es selbstverständlich, dass durch diese Lage die

Interessen des Proletariats geschädigt werden. Es ist also begreiflich, dass mancher niederländische Sozialdemokrat, der Land und Leute kennt, voller Sorge war.

Glücklicherweise bot uns die politische Lage des Landes einen Punkt, auf den alle Kräfte sich vereinigen konnten: das allgemeine Wahlrecht. Dieses Bindemittel hat viel Böses verhütet, und die jährliche Demonstration für das allgemeine Wahlrecht war denn auch zweifellos immer der Glanzpunkt der Bewegung; die Agitation für sie stellte die notwendige Verbindung der sozialdemokratischen Parteiarbeit mit den wirklichen politischen Verhältnissen her. Indessen ist die Wahlrechtsbewegung da, wo die Entrechtung nur einen Teil des Proletariats trifft, und wo die bessersituierten Arbeiter das Wahlrecht haben oder es bekommen können, wenn sie sich die Mühe nehmen, es zu fordern, etwas anderes, als die Wahlrechtsbewegung in einem Lande, wo das bestehende Wahlrecht das Proletariat völlig rechtlos macht. In Holland ist das Wahlrecht ungefähr an die gleichen Voraussetzungen geknüpft, wie in England, nur dass bei uns die Arbeiter noch über eine Anzahl Mittel mehr verfügen, es zu erlangen. In Holland ist jedermann Wähler, der eine direkte Staatssteuer zahlt; nur bei der Grundsteuer ist ein Minimalsatz für die Erlangung des Wahlrechts festgesetzt, 1 Gulden pro Jahr. Die Veranlagung zu einer anderen direkten Staatssteuer (Personal-, Einkommen- oder Gewerbesteuer) gibt, sobald die Steuer bezahlt ist, ohne weiteres das Wahlrecht. Ferner kann Wähler werden jeder, der eine Wohnungsmiete in einem bestimmten Betrage bezahlt, welche von 0,80 Gulden in den kleinsten bis zu 2,50 Gulden in den grössten Orten aufsteigt; jeder, der einen festen Lohn verdient, der mindestens 300 Gulden pro Jahr in den kleinsten, 550 Gulden in den grössten Gemeinden betragen muss; jeder, der ein bestimmtes Examen abgelegt hat (in der Liste der das Wahlrecht verschaffenden Examen steht zum Beispiel die Unteroffiziersprüfung im Heere und ziemlich alle Prüfungen für irgend einen öffentlichen Posten); jeder, der 50 Gulden auf der Sparkasse hat. Aber — alle diese nicht zu einer direkten Staatssteuer veranlagten Männer müssen sich für die Wahlliste anmelden. Da spielen nun der fürchterliche Indifferentismus und der Anarchismus ihre böse Rolle. Bei weitem nicht alle, welche Wähler sein könnten, sind es. Selbstverständlich aber ist, dass diejenigen, welche zu gleichgültig sind, Wähler zu werden, wenngleich sie es sein könnten, auch zu gleichgültig sind, um für die Erweiterung des Wahlrechts zu kämpfen. Was noch aus dem geltenden Wahlgesetz zu machen wäre, geht aus folgenden Ziffern hervor: Im Jahre 1904 gab es in Holland 670 251 Wähler. 1905 war das Wahljahr, die politischen Parteien bearbeiteten nun ihre Gesinnungsgenossen tüchtig, um sie zu bewegen, sich für das Wahlrecht anzumelden. Und dadurch stieg nun im Jahre 1905 die Wählerzahl auf 750 550 oder von 24,9 auf 27,5 % der männlichen Bevölkerung des Landes. Während in dem Jahre die Bevölkerung nur um 1,5 % anwuchs, stieg die Wählerzahl um 12 %. Nun fand aber dieser Ansturm neuer Wähler nur in den Wahlkreisen statt, welche von den Parteien als unsicher angesehen wurden. Die vielen Kreise, welche im sicheren Besitzstand irgend einer Partei sind, kamen für diese Agitation fast gar nicht in Betracht.

Die Wahlrechtsbewegung ist bei dieser Lage der Dinge für uns ebensogut eine politische Notwendigkeit, wie anderswo. Die proletarischen Grundsätze for-

dern, dass alle Proletarier als vollwertige Bürger gelten. Das Wahlrecht selbst ist das beste Heilmittel gegen die politische Gleichgültigkeit. Aber dies alles zugegeben, kämpft gegen einen derartigen Rechtszustand doch nicht eine Masse an, die sich durch ihn erniedrigt und rechtlos fühlt, die Rechtlosigkeit als ein bitteres Unrecht empfindet und um diesen Einsatz eine revolutionäre Aktion führt. Immerhin ist es der sozialdemokratischen Partei gelungen, in den Jahren 1897 bis 1901 die Wahlrechtsfrage akut zu machen. Dafür ist sie aber seitdem nicht mehr die einzige Vorkämpferin für das allgemeine Wahlrecht. Die fortschrittlich-demokratische Partei bildete sich aus einer Minderheit, welche aus der liberalen Partei ausgeschieden war, weil diese bei den Wahlen von 1901 die Wahlrechtserweiterung nicht für dringend erklären wollte. Vor den Wahlen des Jahres 1905 schlossen dann die fortschrittlichen Demokraten ein Bündnis mit den Liberalen ab; in dem gemeinschaftlichen Programm stand jetzt die Verfassungsrevision: man verpflichtete sich nicht, das allgemeine Wahlrecht in die Verfassung aufzunehmen, sondern nur auf einen Blankoartikel, der das allgemeine Wahlrecht zulässt, sobald sich dafür eine Mehrheit im Parlament findet. Wie dem aber sei, die sozialdemokratische Partei ist nicht die einzige Trägerin des allgemeinen Wahlrechtsgedankens. Immerhin hat der Kampf für ihn vielem Unheil vorgebeugt, und ausser diesem Kampf konnte die Partei nicht viel leisten.

Sieht man auf die Gegenstände, um die sich im letzten Jahrzehnt in Deutschland all die grossen politischen Kämpfe entspannen, in denen die deutsche Sozialdemokratie sich so wunderbar geschlagen hat, so ist fast stets die Reaktion der Angreifer, die Sozialdemokratie in der Verteidigung gewesen. Man denke an die Angriffe auf das Koalitionsrecht, das Umsichgreifen des Militarismus, die Justizskandale, die Steuerpolitik u. s. w. Es sind die besitzenden Klassen, welche immer reaktionärer werden, die Volksrechte schmälern und die Volkslasten erschweren. Unter diesen Umständen ist der direkte Einfluss der sozialdemokratischen Partei auf die Landesgesetzgebung gering. Ihre positiven Forderungen haben keine Aussicht auf Annahme, man stellt sie mehr deshalb auf und propagiert sie, um den Regierenden den Unwillen des Volkes vor Augen zu führen und die Massen weiter zu revolutionieren.

In Holland kam infolge des klerikalen Wahlsieges im Jahre 1901 das Ministerium Kuyper ans Ruder. Dieses Ministerium arbeitete nach deutschem Regierungsmuster, und die sozialdemokratische Bewegung antwortete natürlich auf diesen Druck mit Gegendruck. Das Ministerium Kuyper schränkte das Koalitionsrecht ein und rief dadurch die heftigen Apriltage des Jahres 1903 hervor. Der Generalstreik trieb damals das ängstliche Bürgertum scharenweise in die Arme der Regierung. Kuyper wurde nun übermütig, trieb eine unverschämt reaktionäre Schulpolitik, machte dem Militarismus einen guten Tag — in vier Jahren stieg der Militäretat um mehr als 20 % —, trieb den Nepotismus bei der Verschenkung der Posten weiter, als vernünftig war, tastete auf allerlei Weise die Freiheit der Beamten an und liess dabei die vier Jahre seiner Ministerschaft vorbeigehen, ohne auch nur die kleinste soziale Reform zu stande zu bringen. Dabei rief er durch seine Gegenüberstellung von *Christen* und *Heiden* einen wahren Entrüstungssturm hervor und trieb alle seine Gegner zu einem Haufen zusammen. Aber was geschah nun? In Deutschland hat solcher Politik gegenüber niemand Rückgrat, als die Sozialdemokratie. Die bürger-

liche Linke ist schwach, und ausserdem ist der Reichstag nicht die regierende Macht, während in Holland die Kammer unbeschränkte Gewalt über die Regierung ausübt. So bietet die deutsche bürgerliche Linke der Reaktion keinen bedeutenden Widerstand. In Holland erhob sich dagegen die liberale Partei mit einer fast unwiderstehlichen Kraft. Im Wahlkampf von 1905, wo es hiess *Gegen Kuyper!*, da war es nicht, wie in Deutschland, wo nur eine grosse sozialdemokratische Oppositionspartei der Reaktion entgegentritt, und daneben dann noch ein paar kleine Gruppen von oppositionellen Freisinnigen, welche fast nicht mitzählen, so dass die Sozialdemokratie die Hauptmacht der Opposition ist. Bei uns waren die Liberalen die grosse Oppositionspartei, welche Kuyper stürzen musste. Die Sozialdemokratie konnte es nicht, sie hätte ja doch keine Regierung bilden können. Wer also nichts weiter, als Kuyper los werden wollte, stimmte mit den Liberalen, und ihnen fiel also die ganze neutrale Mittelschicht zu. Daher fielen die Wahlen trotz unserer sehr energischen Agitation für die Sozialdemokratie ungünstig aus. Die Zahl unserer Abgeordneten sank um 1; wir verloren 2 Sitze und gewannen nur 1. Wohl stieg unsere Stimmenzahl von 39 000 auf 65 000, aber auch die Wählerzahl und vor allem die Wahlbeteiligung war 1905 viel grösser gewesen, als 1901. Die vereinigten Liberalen hingegen gewannen 11 Sitze, kamen von 34 Mandaten auf 45.

Kuyper war gestürzt. Aber, wie das fast immer nach sehr heftigem Kampfe der Fall ist, der einen befriedigenden Abschluss erreicht hat: es trat eine grosse politische Windstille ein. Die liberale Partei bildete eine Regierung aus geschickten, wenig kampflustigen Leuten, von denen nicht im mindesten zu erwarten ist, dass sie, sei es der Linken, sei es der Rechten, viel Agitationsstoff geben werde. Das ganze Land hat aufgeatmet, und die warme Sympathie, mit der die begrüsst wurden, die Kuyper gestürzt haben, macht sich noch heut allerwegen bemerkbar. Die Regierung hat zwar keine Mehrheit in der Kammer: nur 45 von den 100 Sitzen sind durch Liberale aller Art besetzt, und das ist eine bunte Gesellschaft. Aber selbst die Klerikalen machen sich keine Illusion darüber, dass, wenn man das Ministerium jetzt stürzen würde, der Gewinn bei den Neuwahlen nicht für sie sein würde. Und für uns wäre er auch nicht. Was das Bürgertum in einem Lande, wie Holland, zu allererst verlangt, ist bürgerliche Freiheit und Ruhe. Und der Sturz Kuypers hat ihm beides wiedergebracht.

II

BETRACHTEN wir jetzt die Lage der Sozialdemokratie! Die Regierung Kuypers hat uns zeitweise in eine Verteidigungsstellung gedrängt. Volksrechte und Freiheiten waren gefährdet — die Sozialdemokratie auf dem Posten, um das Bedrohte zu verteidigen. Aber solche Zeiten sind gewöhnlich für die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft ganz unfruchtbar, und wäre es nur wegen der Feindschaft, in welcher sie zur Parlamentsmehrheit und zur Regierung steht. In Ländern, wo Parlamentsmehrheit und Regierung zweierlei sind, mag das anders sein, in parlamentarischen Ländern, wo die Regierung gänzlich eins ist mit der Parlamentsmehrheit, ist es so. In solchen Zeiten ist die Taktikfrage sehr einfach. Man hat dann sehr wenig über seine eigene Taktik zu bestimmen; denn wenn es auch wahr ist, dass der Hieb die beste Deckung ist, so ist es doch gewöhnlich

der Starke, der die Fechterstellung und damit die Taktik bestimmt. Das gilt besonders für den politischen Kampf, und nach dem unglücklichen Generalstreikversuch von 1903 war für uns der parlamentarische Kampf der politische Kampf überhaupt. Positive Forderungen müssen nun, um die Massen zu interessieren, neben dem Nutzen, den ihre Erfüllung bringen würde, auch etwas Aussicht auf Verwirklichung haben. In der Lage, in der sich die niederländische Sozialdemokratie unter dem Ministerium Kuyper befand, konnte gar kein Gedanke daran sein, dass eine ihrer Forderungen bewilligt werden würde. In solcher Lage bleibt ihr nur übrig, negative Agitation zu treiben, und darüber ist man sich schnell einig. Die Partei hat den Kampf gegen die Kuypersche Reaktion mit grosser Energie geführt, und ihr Sturz ist zu einem grossen Teil ihr Werk. Dass sie sich nach diesem Sturz an der Regierung oder an einer Regierungsmehrheit beteiligen sollte, davon ist in keinem Augenblick die Rede gewesen. Doch hat man einmal einen gewissen Einfluss, dann trägt man auch das gleiche Mass von Verantwortlichkeit. Resolutionen, in denen man diese Verantwortlichkeit von sich weist, sind schnell gefasst. Aber man bestimmt das Mass seiner Verantwortlichkeit nie selbst. Schon zweimal hing das Leben des Ministeriums de Meester von den sozialdemokratischen Stimmen ab, und zweimal haben sie es ihm gerettet. Es kann nicht geleugnet werden, dass dies aus Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Lande geschah, und will doch nur sagen, dass man das gegenwärtige Ministerium in den gegenwärtigen Verhältnissen für das beste oder das einzig mögliche erachtet. So bringt die politische Lage des Landes gewisse Verpflichtungen mit sich, welche jeder anerkennt: denn gegen diese Abstimmungen der Fraktion hat sich in der ganzen Partei keine Stimme erhoben.

Soll die Partei aber diese Verpflichtungen übernehmen, ohne die Machtposition, welche sie durch die Erfüllung dieser Verpflichtungen im Parlament bekommt, zu gunsten der Arbeiter auszunutzen, darf die Partei den Umstand, dass ihr im politischen Klassenkampf ein schwacher Gegner gegenübersteht, unbeachtet und unausgenutzt lassen?

Was ist der Zweck des politischen Kampfes, den die Sozialdemokratie führt? Die Eroberung der Staatsmacht. Der Kampf um die Staatsmacht gleicht einem Krieg mit tausend Schlachten, gleicht der Belagerung einer Festung mit zahlreichen Forts und Mauern. Der Krieg beginnt mit der Eroberung der politischen Rechte selbst und kann nur fortgesetzt werden durch den Gebrauch dieser Rechte im Klassenkampf. Was ist aber der Klassenkampf für einen Proletarier? Ist er ein abstrakter Gedanke, eine Theorie, die er sich zusammengebraut hat, ist er ein Kampf, für den er sich heute fertig zu machen hat, weil er binnen einer Anzahl von Jahren ausgefochten werden soll? Nein, der Klassenkampf ist für den Proletarier der Kampf an allen Tagen für seine Interessen an jedem Tag, ist der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, der Kampf zur Ausrottung von Missständen durch soziale Reform. Er sieht nun die Kapitalistenklasse sich gegen die besseren Arbeitsbedingungen und gegen diese Reform auflehnen, sieht weiter, wie die besitzenden Klassen sich jeder Erweiterung seiner Rechte widersetzen, ihm womöglich noch die einschränken, die er schon hat. Sache der sozialdemokratischen Partei ist es dann, die Massen über die Ursachen dieser Erscheinung aufzuklären, ihnen an der Hand dieser Tatsachen die Gegensätze und ihren Ursprung in der kapitalistischen Produk-

tionsweise aufzudecken. Den Anknüpfungspunkt dazu muss aber immer und überall die eigene Politik bieten. Wo eine starke bürgerliche Demokratie wirkt, die bei Streiks nicht systematisch dem Arbeiter feindlich gegenübersteht, sondern ihm sogar oft hilft, ihm sein Recht nicht schmälert, sondern für die Erweiterung seiner Rechte eintritt, welche auch nach Sozialreform strebt, ist es unmöglich, schafft es nur Verwirrung, wenn die Sozialdemokratie diese Gegner mit den Reaktionären in einen Topf wirft. Gelingt es, den Arbeiter zu überreden, dass es nur eine reaktionäre Masse gibt, dann schafft man oft gerade dadurch die reaktionäre Masse, indem man halbe und ganze Gegner zu einer Einheit zusammenschweisst.

Die bürgerliche Demokratie als unsere Konkurrentin anzusehen, ist ein Unsinn. Infolge ihres unentschlossenen Charakters, ihres zweideutigen Ursprungs kann sie doch nie entschiedene Arbeiterpolitik treiben. Sie steht auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft und hat darum stets mit den Interessen des Kapitalismus zu rechnen. Gerade das, was sie tut, gibt uns Gelegenheit zu zeigen, was alles sie nicht kann. Die Gefahr einer Vermischung zweier Parteien kann nur da bestehen, wo kein prinzipieller Gegensatz vorhanden ist. Die absolute Selbständigkeit der Sozialdemokratie im politischen Kampf ist etwas so Selbstverständliches, dass ein Kampf für diese Selbständigkeit nichts ist als die reinste Donquichotterie. In der holländischen Partei hat nicht nur niemand je davon gesprochen, den Klassenkampfstandpunkt zu verlassen, sondern es ist selbst von einem zeitweisen Bündnis mit dem Liberalismus oder dergleichen nie die Rede gewesen. Die strengst mögliche Absonderung, die vollständigste Selbständigkeit der Partei gegenüber den bürgerlichen Parteien ist stets durchgeführt worden. Nur den Anarchisten gegenüber hat man in einem Falle, im Jahre 1903, gegen das Prinzip der Selbständigkeit gefehlt, gegenüber den bürgerlichen Parteien nie. Kein einziger Fall kann da genannt werden. Ich glaube nicht an die Möglichkeit, diese Haltung unter allen Umständen zu wahren. Ich habe in den verschiedensten Ländern Situationen gesehen, in denen sie dem Proletariat Schaden gebracht hätte. Nicht aus Hypertugendhaftigkeit sind wir in Holland so vorgegangen, sondern aus dem einfachen Grunde, dass die politischen Verhältnisse in Holland es nicht möglich machten, sich mit irgend einer bürgerlichen Partei anders zu berühren, als im Kampfe. Die Proletarier in einer selbständigen Partei zu organisieren, sie zu Sozialdemokraten zu erziehen, sie aus bürgerlichem und anarchistischem Bann zu befreien, das ist es, woran die niederländische Sozialdemokratie immer ohne Unterlass gearbeitet hat. Für die Teilnahme an der Regierung ist sie noch nicht reif.

III

ND doch haben wir hier in Holland in der Partei eine Anzahl von Genossen, welche seit vier, fünf Jahren gegen eine ganze Masse von *Gefahren* angekämpft haben, in die sie die sozialdemokratischen Grundsätze geraten sahen, welche immerwährend auf den Zinnen standen, um das *Prinzip* zu retten, welche überall Ketzer sahen und mit Brennholz umherliefen, um diese Teufelskinder zu verbrennen.

Angefangen hat es 1901 mit der Agrarfrage.[1]) Die niederländische Sozial-

[1]) Vergl. meinen Artikel *Das Agrarproblem in der niederländischen Sozialdemokratie* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, II. Bd., pag. 864 ff.

demokratie hatte sich 1897 ein Agrarprogramm gegeben, in dem zwei angreifbare Punkte waren. Der erste Angriff ging aber nicht von den sogenannten *Marxisten*, sondern vom Schreiber dieses Aufsatzes aus, der neun Monate vor dem Parteitag in Utrecht /1901/ die Notwendigkeit einer Reform des Agrarprogramms voraussagte. Die beiden Punkte waren: der Pachtkontrakt — der Pächter sollte nur Pacht bezahlen, wenn er einen Gewinn erzielt hatte — und die Forderung an die Gemeinde, Grund und Boden zur Nutzung durch die Arbeiter bereit zu stellen. Auf dem Utrechter Parteitag griff Genosse Dr. Gorter diese beiden Programmpunkte an, Troelstra widersetzte sich einer übereilten Abänderung des Programms, und der Parteitag beschloss die Einsetzung einer Kommission, welche die Agrarfrage studieren sollte. Das war alles sehr einfach. Aber Gorter fing damals an, sich als Prinzipienretter aufzuspielen. Er erklärte seine Ansichten für die der internationalen Sozialdemokratie und die Ansichten derer, welche ihm gegenüber standen, für un- und antisozialistisch. Er liess sich Briefe von Kautsky zuschicken und arbeitete damit, und bald hatte sich eine *Richtung* gebildet. Das Schauspiel wiederholte sich in der Schulfrage. Troelstra und mit ihm der Parteivorstand befürworteten die sogenannte *freie Schule*, Gorter und Genossen die obligatorische neutrale Staatsschule. Über beide Standpunkte lässt sich ja reden. Aber wiederum vindizierte sich die eine *Richtung* nicht nur die besseren Gründe, sondern auch den besseren Sozialismus für ihre Ansicht. Die Streikbewegung von 1903 brachte eine von Gorter und Genossen mit viel Eifer poussierte Annäherung der Partei an die Anarchisten, wobei Gorter so weit ging, dass er, nachdem Domela Nieuwenhuis sich geweigert hatte, mit Troelstra und mir zu reden, in öffentlichen Versammlungen diesem grimmigen Feind der Sozialdemokratie huldigte. Als Troelstra den Versuch machte, dem von vornherein verlorenen Aprilstreik vorzubeugen, fiel ihm die *marxistische Richtung* wütend in den Rücken.

Wenn man sich die Fragen selbst ansieht, um die gestritten wurde, ist es unbegreiflich, dass man sich in der Partei darüber in so grosse Hitze redete. Aber der Streit um diese und andere Dinge lief immer wieder in den Kampf um die *Richtung* aus, und eine wahre Verdammungswut ergriff unsere *marxistischen* Genossen. Es regnete Disqualifikationen. Der Genosse, der eine von jenen abweichende Ansicht über irgend eine Frage der Taktik äusserte, und war es auch nur ein Urteil über die tatsächlichen Verhältnisse in Frankreich oder Deutschland, konnte mit Sicherheit darauf rechnen, dass ihm vorgehalten wurde, er hätte den Standpunkt des Klassenkampfes und der internationalen Sozialdemokratie verlassen. Dass man ihn überhaupt noch duldete, war der Gipfel der Gutmütigkeit, und dafür sollte er denn auch gehörig dankbar sein. Vielfach kam es schon vor, dass die *Revisionisten* oder *Opportunisten* aus ihren Parteistellungen herausgedrängt wurden. Am schlimmsten spielte man Troelstra mit, den man als Hauptredakteur von *Het Volk* durch ein bei jeder Gelegenheit sich äusserndes Misstrauen in seine Zuverlässigkeit als Sozialdemokrat, in seine Prinzipientreue unmöglich machte. Auf dem Parteitag im Haag /1905/, wo Troelstra hätte wiedergewählt werden sollen, wurde er in einer mit parteigenössischem Anstand schwer zu vereinbarenden Weise in die Ecke gedrückt. Einstimmig hat später der Parteivorstand erklärt, dass Troelstra damals nicht fair behandelt worden ist. Weiter richteten sich die Pfeile vornehmlich gegen Schaper und mich. Ward unsereiner für irgend eine Kandidatur,

zum Beispiel zum Parteivorstand, vorgeschlagen, so wurde er immer um seiner *Richtung* willen bekämpft. Die *marxistischen* Genossen forderten die Leitung für sich.

Nun ist diesen Genossen aber ein Unglück passiert. Bei den Parteivorstandswahlen im Jahre 1905 bekamen sie die Mehrheit. Es war ein Jahr voller Schwierigkeiten. Nach den Parlamentsneuwahlen musste die Parteitaktik, die Propaganda mit der veränderten politischen Lage in Übereinstimmung gebracht werden. Da halfen keine Schablonen. Da mussten politischer Verstand und Strategie gezeigt werden. Es lag auf der Hand, dass, nachdem eine Regierung gebildet worden war, die mit unserer Partei rechnen musste, diese unmittelbar ihre Forderungen stellen und dafür agitieren musste. Den Parteivorstand aber beherrschte die Furcht, sich an kaltem Wasser zu verbrennen, und er weigerte sich, er war nicht auf der Höhe seiner Aufgabe. Die Partei war unzufrieden, und als Genosse Troelstra, des Wartens überdrüssig, nach den Wahlen einen Angriff auf die ganze *Richtung* machte, atmete die Partei wirklich auf. Denn es stand in Wahrheit schlecht um die Partei. Sie glich mehr einem Häuflein disputierender Theologen, als einer Arbeiterkampfpartei. Es ist Tatsache, dass die ganzen Streitigkeiten sich fast immer auf die sogenannten *Intellektuellen* oder *Akademiker* beschränkten. Die holländische Partei zählt unter ihren Mitgliedern verhältnismässig viele von dieser Art *Intellektuellen*. Und während einer Reihe von Jahren schien es, als ob die eigentlichen Arbeiter sich auf die Parteifragen überhaupt nicht einlassen wollten. Die Werbekraft der Partei unter den Arbeitern wurde schrecklich gering; ein theologischer Disputierklub übt eben keine Anziehungskraft auf die Masse aus. Die Partei war kein Stück wirklichen Lebens mehr. Sie glich immer mehr einer Vereinigung von Büchermenschen.

Es ist nicht leicht, diese Erscheinung zu erklären. Aber einen Grund will ich doch angeben, gerade weil ich hier für deutsche Leser schreibe: Die deutsche Partei übt auf die holländische einen grossen geistigen Einfluss aus. Jeder niederländische *Intellektuelle* und auch jeder *Halbintellektuelle* liest deutsch. Die sozialistische Literatur in Holland selbst ist noch gering, der Absatz ist zu klein, gerade weil die besser entwickelten Parteigenossen alle deutsch lesen. Kautsky und Mehring, Bernstein und David sind in der holländischen Partei vielleicht ebenso gut bekannt, wie in manchen Gegenden Deutschlands, und die deutsche sozialistische Literatur hat an Holland einen guten Kunden. Der Hauptfehler unserer *Nieuwe Tijd*-Gruppe ist nun, dass sie die deutschen Parteifragen nach Holland importiert, ohne zu überlegen, ob nicht in unserem Lande die ökonomischen und historischen Grundlagen ein ganz anderes Verhalten fordern. Wie der Klassenkampf in Deutschland geführt wird, entstammt er den deutschen Verhältnissen, und die Methode ist ohne Abänderungen für Holland wirklich nicht brauchbar, denn weder der ökonomische, noch der historische Untergrund ist dem deutschen gleich. Wenn uns in Fragen der Parteitaktik der Marxismus etwas lehrt, so ist es, dass die Taktik stets mit der politischen, ökonomischen und historischen Gestaltung des Landes in Übereinstimmung sein muss. »Wenn an einem Tage sich 24 mal die Verhältnisse ändern würden, würden wir 24 mal unsere Taktik ändern«, hörte ich Liebknecht in Zürich sagen. Dies wahre Wort bleibt auch richtig, wenn man es so variiert: wenn wir in 24 Länder gehen, und in jedem Lande die Verhältnisse anders liegen, dann ändern wir

bei jedem Grenzpfahl unsere Taktik. Darum ist das Vorschreiben einer universellen Taktik auf den internationalen Kongressen so töricht. Wie es solchen Beschlüssen ergeht, hat uns jetzt noch Italien gelehrt.

Die holländischen *marxistischen* Genossen hatten jedenfalls die Worte Liebknechts nicht begriffen. Sie wollten mit aller Gewalt *deutsche Sozialdemokratie* spielen. Und auch so ein bisschen *Dresdener Parteitag* dabei. Gorter träumte von Kautskys, Pannekoek von Mehrings Lorbeeren. Die *Revisionisten*töter liefen wie brüllende Löwen umher, und als man keine *Revisionisten* fand, ach, da machte man sie, indem man diesem und jenem den Namen *Revisionist* auf den Buckel schrieb. Ein *Revisionist* ist doch jemand, der den Parteistandpunkt, das Parteiprinzip revidieren will. Der Parteitag im Haag /1905/, der Parteitag also, auf dem die *Marxisten* alles taten, was sie wollten, beschloss einstimmig, eine Abänderung des Parteiprogramms in die Wege zu leiten mit Rücksicht auf die viel zu absolute Fassung des Konzentrationsparagraphen, und wenn dieser Beschluss zur Ausführung gebracht wird, so ist wohl anzunehmen, dass auch der Verelendungsparagraph mit über Bord geht. Also ist die ganze Partei *revisionistisch*! Dieses Suchen nach dem Bösewicht, der den *prinzipiellen* Parteistandpunkt bedroht und gefährdet, ist doch im allgemeinen herzlich dumm, aber man braucht den Kerl eben, um seinen eigenen unverfälschten *Revolutionarismus* zu zeigen. In der sozialdemokratischen Partei Hollands hat man diesen Unfug in den letzten Jahren eifrig betrieben und mit ihm oft die besten Parteigenossen tief verletzt und den Arbeitern das Parteileben verekelt. Denn merkwürdig: unter diesen Dogmatikern ist fast kein Arbeiter. Alle unsere Propagandisten aus dem Arbeiterstande stehen — ich kenne in der ganzen Partei nur eine einzige Ausnahme — auf unserer Seite. Der Arbeiter hat keinerlei Bedürfnis nach all diesen schmückenden Zusätzen, er ist eben glücklicherweise noch Sozialdemokrat *tout court*.

Im Laufe dieses Parteijahres war die Verstimmung unter den Arbeitern immer grösser geworden. Genosse Pannekoek war es, der sie am höchsten trieb, als er die Partei, die es bei den Stichwahlen in der Hand hatte, das Ministerium Kuyper zu stürzen — das Ministerium Kuyper, das die Arbeiterrechte gekürzt hatte und der Bewegung der Arbeiter gegen seine Zwangsgesetze mit blutigem Hohn begegnete, indem es in der Thronrede von 1903 diese Agitation als »frevelhafte Wühlereien« bezeichnete, das Ministerium Kuyper, das die 5000 Opfer des Generalstreiks auf seinem Gewissen hatte — als er trotz alledem die Partei zur Stimmenthaltung in einer ganzen Reihe von Kreisen auffordern wollte. Der Parteivorstand hatte es den sozialdemokratischen Wählern freigestellt, in der Stichwahl für jeden Anti-Kuyper-Kandidaten zu stimmen. Dagegen erhob Pannekoek in schroffer und beleidigender Form Protest und forderte, im Namen des Klassenkampfes und noch einiger anderer Prinzipien, ja selbst im Namen der Parteiehre, von uns, wir sollten das arbeiterfeindlichste Ministerium, das Holland seit Jahrzehnten gehabt hatte, leben lassen; denn darauf kam doch die Stimmenthaltung in den Kreisen, wo Liberale und Klerikale einander in der Stichwahl gegenüberstanden, hinaus. Als dann noch ein bekannter Dogmatiker, der in Amsterdam eine bedeutende Rolle spielte, das Parteivorstandsmitglied Wynkoop, uns in einen fürchterlichen Skandal verwickelte, indem er wegen einer rein persönlichen Angelegenheit, wegen eines Konfliktes über

Prozentabzüge bei einer Lebensversicherungsgesellschaft, den sozialdemokratischen Abgeordneten Hugenholtz überwachen liess, wie ein Streikposten den Streikbrecher, da lief das Fass über, und mit wahrer Wut forderten die Arbeiter das Ende des ewigen *gedonderjaag*, des ewigen Gezänkes, unter dem die Partei so schwer litt.

IV

SO kam der Parteitag dieses Jahres heran. Dass er Gericht abhalten würde, stand von vornherein fest; nur, wie das Urteil ausfallen würde, blieb fraglich. Troelstra schrieb für den Parteitag ein ganzes Buch *Über die Parteileitung*, worin er seine eigenen, mit vernichtendem Material belegten Erfahrungen vorlegte. Troelstra ist seiner ganzen Persönlichkeit nach eine echt revolutionäre Natur, zu gleicher Zeit aber ein kluger Kopf und tüchtiger Politiker. Und dieser Mann war seit einigen Jahren unaufhörlich der Zielpunkt für die dogmatischen Pfeile gewesen. Weil er, um den Frieden und die Einheit zu bewahren, oft eine Mittelstellung einnahm, beschuldigte man ihn eines Mangels an Festigkeit in der Leitung, verdrängte ihn aus dem Zentralorgan und verfolgte ihn immer und überall mit dumpfem Misstrauen. Neben ihm waren vornehmlich Schaper und ich die Ketzer, gegen die gedonnert wurde. Tatsachen hatte man nicht, nicht eine einzige. Das ganze Material gegen uns bestand aus einzelnen Äusserungen, aus denen man mit viel theologischer Auslegekunst Abweichungen vom Parteistandpunkt konstruiert hatte; vor einen Parteitag hat man übrigens mit diesem *Material* nie treten dürfen.

Da es nun feststand, dass der Parteitag die Sache bis auf den Grund aufklären wollte, und man entschlossen war, nicht eher auseinanderzugehen, als bis einmal deutlich gesagt war, was die Partei zu sagen hatte, und da der Parteivorstand den ganzen Streit als eine persönliche Angelegenheit Troelstras und der *Nieuwe Tijd* betrachtete, so beantragte Genosse Tak, den man zu keiner der beiden Gruppen zählen durfte, gleich beim Beginn der Tagung die Einsetzung einer Kommission, welche eine Resolution entwerfen und dem Parteitag vorlegen sollte, wenn notwendig eine Mehrheits- und eine Minderheitsresolution. Obgleich der Parteivorstand, der in Holland auch das Bureau des Parteitages bildet, den Antrag lebhaft bekämpfte, wurde er doch mit 154 gegen 93 Stimmen angenommen. Über die Wahlen zu der Kommission ward kein Wort gesprochen. Man wählte zu ihren Mitgliedern die Genossen van der Goes, Dr. Gorter und Frau Roland-Holst einerseits, Troelstra, Schaper und mich andererseits, schliesslich Tak, der sich bis dahin nie für und nie gegen die *Nieuwe Tijd*-Gruppe ausgesprochen hatte. Die Verhandlungen der Kommission waren nicht öffentlich, ich kann also darüber nichts mitteilen und muss mich auf die Verhandlungen im Plenum beschränken, welche aus Mangel an Zeit nur noch kurz sein konnten.

Die Mehrheit der Kommission bestand aus Troelstra, Schaper, mir und Tak. Der letztere hatte sich also gegen die *Nieuwe Tijd*-Gruppe entschieden und verurteilte auch seinerseits ihr Treiben. Ich selbst hatte im Namen dieser Mehrheit dem Parteitag die Resolution vorzulegen. Bei meinem Bericht ging ich von dem Standpunkt des Arbeiters aus, dem in dem ganzen Streit der *Richtungen* vieles allzu künstlich gemacht erscheint, so dass es ohne jeden Eindruck

über ihn hinweggeht. Tatsache aber war es, dass das ganze Parteileben Missmut lähmte. Das schöne, stärkende brüderliche Vertrauen, das uns in den ersten Jahren der Partei an einander geschmiedet hatte, war verschwunden, und an seine Stelle war Misstrauen und Hader getreten, selbst in ihrer Wirksamkeit nach aussen war die Partei bedeutend geschwächt. Angefangen hatte diese Entwickelung in dem Augenblicke, als zuerst der eine nicht mehr sagte: ich bin mit dir nicht einverstanden, ich sehe die Sache so an, sondern für sich das Monopol der Prinzipienfestigkeit in Anspruch nahm und seinen Gegner wegen seines Urteils in einer bestimmten Frage nicht mehr als Sozialdemokraten betrachten wollte. Wollen wir nun zusammenbleiben oder nicht? Das Zusammenbleiben ist nur möglich, wenn wir uns gegenseitig als gute Parteigenossen anerkennen mit gleichem Werte für die Partei und mit gleichem Rechte in ihr. Wiederholt ist es vorgekommen, dass man den Genossen das Recht absprach, diesen oder jenen Schritt zu tun, weil die *Nieuwe Tijd*-Gruppe mit ihnen nicht einverstanden war. So schafft man Genossen erster und zweiter Klasse. Genossen mit vollen und mit beschränkten Rechten. Das geht nicht an. Müssen auch die verschiedenen Richtungen bestehen: es gibt nur eine Sozialdemokratie, und in ihr muss Platz sein für alle, die ihr Programm unterschreiben.

Das ist das erste, was die Kommissionsmehrheit den Parteitag sagen lassen wollte. Deshalb lautet die erste Resolution, die sie ihm vorlegte:

I. ›In Erwägung, dass die Sozialdemokratie in Wesen und Endziel der bürgerlichen Gesellschaft gegenübersteht, aber den Klassenkampf führt mit Mitteln, welche ihr diese Gesellschaft selbst bietet, während sie nach politischen und sozialen Reformen zur grösseren Wehrhaftmachung der Arbeiter strebt;
in Erwägung, dass hieraus hervorgeht, dass die Partei aus verschiedenen Elementen besteht, wovon die einen mehr Gewicht legen auf die theoretische und prinzipielle Propaganda, während die anderen ihre Tätigkeit mehr der Aktion für direkte Reformen und der Umgestaltung der Wirklichkeit in der Richtung unseres Prinzips zuwenden;
in Erwägung, dass beide Elemente notwendig sind für die Befreiung des Proletariats, dass sie also in guter Kameradschaft zusammenarbeiten müssen,
erklärt sich der Parteitag gegen jedes Streben, diese notwendigen Äusserungen der sozialistischen Bewegung mit einander in Gegensatz zu bringen, die Bedeutung der einen Richtung auf Kosten der anderen zu übertreiben und die Einheit der Partei zu untergraben.‹

Es war in der Kommission ernsthaft erwogen worden, ob man sich damit begnügen sollte, das auszusprechen. Aber die Verketzerungen und die innere Situation der Partei erforderten noch ein Mehr. Es musste ein für allemal, auch für Leute, die nicht gut verstehen, verständlich gesagt werden, was die Partei nicht wollte, was sie verurteilte. Und darum beantragte die Kommission die zweite Resolution:

II. ›In Erwägung, dass seit einigen Jahren in der Partei die Erscheinung zu konstatieren ist, dass systematisch gewissen Parteigenossen der Stempel der *Prinzipienschwäche*, des *Opportunismus, Revisionismus* u. s. w. durch andere Parteigenossen aufgedrückt wird, die sich insbesondere berufen und verpflichtet fühlen, die Partei vor Verwässerung, vor Abweichung von dem durch das Prinzip vorgeschriebenen Wege zu beschützen;
in Erwägung, dass diese Erscheinung Widerstand hervorgerufen hat auf der anderen Seite, welche sich ebenso verletzender Qualifikationen bedient;
in Erwägung, dass infolgedessen die Einheit der Partei in Gefahr gerät,
bedauert der Parteitag den Missbrauch der Kritikfreiheit, welche Freiheit in unserer Partei über jeden Zweifel steht, und legt er allen Parteigenossen die Pflicht auf,

die Kritik innerhalb solcher Grenzen zu halten, dass die Genossen ihre gegenseitige Würde und die Einheit der Partei hochhalten.‹

Diese Resolution stellt — das sprach die Mehrheit wiederholt und unzweideutig aus — einen Ordnungsruf dar. Sie folgt logisch und notwendig auf die erste. Keine Richtung, keine Anschauung wird in ihr verurteilt, auch nicht ein Strohhalm wird der freien Kritik in den Weg gelegt. Nur schiebt die Partei der unaufhörlichen, unfruchtbaren und — das ist nicht ihr kleinster Fehler! — langweiligen Prinzipienretterei einen Riegel vor.

Die Kommission hat auch das noch nicht für ausreichend gehalten. Die politische Lage ist so, dass es unverantwortlich wäre, käme nicht die Partei ihrer Pflicht nach, die positiven Arbeiterforderungen jetzt energisch zu vertreten und eine ernste, tatkräftige Reformarbeit einzuleiten. Darum übernahm die Kommission einen Antrag der Abteilungen Amsterdam III und IX und stellte noch folgende Resolution:

III. ›Angesichts der Tatsache, dass in den Niederlanden seit 1889, also seit 17 Jahren, auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, soweit die Regelung der Arbeitszeit und der Nachtarbeit in Frage kommt, kein einziger Schritt vorwärts getan ist;

in Erwägung des Umstandes, dass das, was die Gewerkschaftsbewegung auf diesem Gebiet geleistet hat, nur einem verhältnismässig kleinen Teil der Arbeiter zu gute kommt, und von den übrigen nicht zu erwarten steht, dass sie bald zur Selbsthilfe reif sein werden; dass aber das Erlangte die Möglichkeit des Geforderten beweist, und dass durch Gesetz diese Möglichkeit zur Wirklichkeit für alle Arbeiter Hollands gemacht werden muss,

beschliesst der Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands, sofort die niederländischen Arbeiter zu einer allgemeinen Agitation aufzurufen, um einen Druck auf die Regierung auszuüben, damit diese vierjährige Periode nicht vorübergehe, ohne dass erlangt ist:

a. ein gesetzlich festgelegter Zehnstundentag für alle erwachsenen Männer, mit Bestimmung der Fristen, binnen welcher diese Arbeitszeit auf 9 und 8 Stunden verkürzt wird;

b. Abschaffung der Nachtarbeit in allen Betrieben, in denen sie nicht unumgänglich notwendig ist, und Einschränkung auf 8 Stunden da, wo sie erlaubt werden muss;

c. Ausdehnung des Verbots der Kinderarbeit auf alle Betriebe, und Heraufsetzung des Alters, das durch das Verbot umfasst wird, auf mindestens 14 Jahre, sowie gesetzlicher Schutz für die Minderjährigen bis zu 18 Jahren.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand und die Kammerfraktion, die nötigen Schritte zu tun, um die Agitation für diese Arbeiterforderungen so bald wie möglich einzuleiten.‹

Dass gerade diese Forderungen, und nicht auch andere, gestellt wurden, hängt von den politischen Verhältnissen Hollands ab. Auch erachtete die Kommission die Verkürzung des Arbeitstages für das Allernotwendigste, da der Arbeitstag in Holland im allgemeinen fürchterlich lang ist. Schliesslich kann sich die Regierung gegenüber dieser Forderung auch nicht hinter dem Vorwande des Geldmangels verstecken, so dass sie mit um so grösserer Aussicht gestellt werden kann. Die allgemeine Bedeutung dieser Resolution für die Partei liegt aber darin, dass sie damit erklärt, nicht nur ein sozialistischer Propagandaklub oder ein Wahlverein sein zu wollen, sondern auch eine Kampforganisation für die unmittelbaren Interessen des Proletariats. Die Partei hat ihren ernsten Willen kundgegeben, das Proletariat nicht um dieser Gegenwartsaufgaben willen in die Hände der bürgerlichen Demokraten fallen zu lassen. Die Resolution gibt den ernsten Willen der Partei kund, die holländische Regierung auf den Weg der Sozialreform zu drängen und der Arbeiterklasse Nutzen für die Gegenwart zu schaffen.

Eine vierte Resolution bezweckte, ein besseres Zusammenwirken zwischen den verschiedenen Organen der Partei, vornehmlich zwischen dem Parteivorstand, der Kammerfraktion und der Presse zu stande zu bringen. Bei der Agitation gegen das Gesetz über den Arbeitsvertrag war der Mangel der notwendigen Fühlung klar zu Tage getreten. Die Fraktion musste im Parlament den Standpunkt verleugnen, den die Partei in der Agitation im Lande eingenommen hatte, was einen traurigen Eindruck machen musste. Unverständlich ist es, wie Pannekoek die Resolution, welche der Parteitag in dieser Frage annahm, in der *Leipziger Volkszeitung* als einen *marxistischen* Sieg feiern kann. Ich selbst habe als Delegierter für diese Resolution, die sich mit der Haltung des Parteivorstandes einverstanden erklärte, gestimmt, nachdem ausdrücklich festgestellt worden war, dass ihre Absicht nicht ein Tadel gegen die Kammerfraktion sei. Der Parteivorstand war nur durch seine eigentümliche Lage dazu gekommen, sich mit dem Agitationskomitee, von dem er selbst einen Teil bildete, solidarisch zu erklären, und der Genosse Spiekman, der die Kammerfraktion von allen am heftigsten angriff, erklärte ganz offen, er stände in der Taktikfrage nicht bei Gorter und Genossen, sondern bei Troelstra. Welchen Ton die von der *Nieuwe Tijd*-Gruppe übrigens anschlagen, zeigt das Beispiel Pannekoeks, der die Parteigenossen, die nicht auf seinem Standpunkt stehen, einfach die *bürgerlich-parlamentarische Richtung* nennt! Die Arbeitsvertragsaffäre war nur eine Folge des Missstandes, dass die Organe der Partei zu wenig mit einander in Verbindung standen, und dass die Fraktion, die doch die Politik der Partei zu vertreten hat, auf die Feststellung dieser Politik fast gar keinen Einfluss hatte. Daher die Resolution:

IV. »In Erwägung, dass die politische Leitung der Partei von drei verschiedenen Organen, dem Parteivorstand, der Kammerfraktion und dem Parteiorgan, ausgeht;
dass zwischen diesen drei Organen nicht die Verbindung besteht, durch welche die notwendige Einheitlichkeit der Leitung bewirkt werden kann,
beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, zu erwägen, inwieweit eine Abänderung der Parteiorganisation wünschenswert ist, und, wenn nötig, dem nächsten Parteitag Anträge hierüber vorzulegen.«

Der fünfte Antrag der Kommission betraf die Monatsschrift *De Nieuwe Tijd*. Diese Zeitschrift ist das einzige speziell wissenschaftliche Organ der Partei, steht aber im Privateigentum einer Anzahl von Genossen und unter der Redaktion von vieren von ihnen, alle aus einer Richtung, welche sich selbst zu Redakteuren gewählt haben. Es sind die Genossen Gorter, van der Goes, Roland-Holst und Wiedijk. Die Kommission wünscht vorläufig nichts weiter, als eine Enquete auf Grund der nachstehenden Resolution:

V. »Von der Ansicht ausgehend, dass das Verhältnis der wissenschaftlichen Monatsschrift zu der Partei nähere Erwägung verdient,
beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, diese Frage bis zum nächsten Parteitag zu untersuchen und, wenn notwendig, diesem Anträge vorzulegen.«

Der Berichterstatter der Kommissionsmehrheit schloss sein Referat über deren Verhandlungen mit der Bemerkung, niemand habe es auf die Personen abgesehen. Es sei nur die Methode, die man aus der Welt geschafft wissen wollte. Aber die betreffenden Genossen müssten einmal die Stimme des Proletariats hören und erfahren, wie dieses seinen Interessen gedient haben will. Die Debatte beschränkte sich ganz auf einige Kommissionsmitglieder. Für die *Nieuwe Tijd*-Gruppe sprachen Gorter, van der Goes und Frau Roland-Holst, von der Gegenpartei nur noch Troelstra. Gorter setzte auch hier seine Me-

thode, den Prinzipienretter zu spielen und Misstrauen zu säen, fort, indem er ausführte, es wäre der Mehrheit darum zu tun, von vornherein den Widerstand der *Marxisten* gegen den Plan zu brechen, die Stellung der Partei zu den bürgerlichen Parteien zu verändern. Im übrigen suchten die Redner der *Nieuwe Tijd* die Resolution II mit aller Gewalt als eine Verurteilung des marxistischen Prinzips hinzustellen, und Frau Holst schilderte in schwarzen Farben die Folgen eines solchen Beschlusses. In ihren Anträgen beschränkte sich die Minderheit auf folgendes Amendement zur Resolution II:

II. »In Erwägung, dass in dem Streit, den Parteigenossen von beiden Richtungen dann und wann gegen einander führten, alle geleitet von der Überzeugung, dass mit ihrer Richtung dem Wohle der Partei am besten gedient sei, die Grenzen einer kameradschaftlichen Kritik bisweilen von beiden Seiten überschritten worden sind [folgen die letzten beiden Absätze der Mehrheitsresolution].«

Troelstra bekämpfte diesen Zusatzantrag, der auch mit 62 gegen 130 Stimmen bei 25 Stimmenthaltungen abgelehnt wurde. Dann wurden die Resolutionen I, III, IV und V einstimmig, Resolution II mit grosser Mehrheit angenommen. Auf Wunsch der Mehrheit wurde das Resultat der Abstimmung ohne Beifalls- oder Missfallsbezeugung angehört. Der Parteitag war sich der Wichtigkeit seiner Entscheidung wohl bewusst.

V

IN ihrer grossen Mehrheit hat die Parteipresse ihre Zustimmung zu den Kongressbeschlüssen erklärt. Aber die Genossen von der *Nieuwe Tijd*-Gruppe wissen sich nicht gut mit dem ihnen erteilten Ordnungsruf abzufinden. Alle Mitglieder des Parteivorstandes, welche ihrer Richtung angehörten, haben auf die Wiederwahl verzichtet. Der neue Parteivorstand besteht also ausschliesslich aus Mitgliedern der Mehrheit; van der Goes, Gorter und Frau Holst haben sogar die Erklärung abgegeben, dass sie von der praktischen Parteiarbeit, wenigstens von dem Auftreten gegen Parteigegner fernbleiten werden. Sie gründen dieses Verhtalten auf die falsche Auffassung der Resolution II, in der sie eine Verurteilung des Marxismus sehen wollen, während die Mehrheit ausdrücklich gegen diese Auslegung Widerspruch erhoben hat.

Wie dem aber auch sei, die Partei hat mit fester Hand unerträglichen Zuständen ein Ende gemacht. Diese mutige Tat wird ihr reiche Früchte tragen, denn sie kann jetzt wieder ihre volle Kraft einsetzen in dem grossen Emanzipationskampfe des Proletariats.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ROMAN STRELTZOW · DIE *DUMA* UND DIE SOZIALISTEN



AS Einsichtige vorausgesagt haben, ist jetzt für jedermann in die Erscheinung getreten: Die Taktik des Boykotts der *Duma*wahlen seitens der Sozialisten hat sich als eine verfehlte und für die Partei selber schädliche Politik erwiesen. Was man damit zu erzielen bestrebt war, hat man nicht erreicht, und es gehört der ganze — Optimismus und die politische Naivetät der Leninianer

dazu, um den Misserfolg ihrer Taktik auch jetzt noch in einen sieg- und hoffnungsreichen Erfolg umdeuten zu können. Sehen wir einmal etwas näher zu, wie es mit diesem *Erfolg* bestellt ist.

Um die Rusultate der Boykotttaktik gebührend würdigen zu können, muss man sich genau vergegenwärtigen, was man mit dem Boykott der *Duma* erreichen wollte, und was tatsächlich erreicht worden ist. Da muss man zwei Momente unterscheiden.

Als die Losung des Boykotts der *Duma*wahlen zuerst verkündet wurde, glaubt man, dadurch das Zustandekommen der *Duma* überhaupt unmöglich zu machen. Man fühlte sich stark genug, um die Hoffnung zu hegen, durch die Anwendung von Gewaltmitteln die Wahlversammlungen sprengen und überhaupt die ganze Prozedur des Wählens verhindern zu können. Es wurden auch dahingehende Versuche gemacht; in einigen Orten zum Beispiel zerriss man die Wählerlisten, in anderen wurden die Wählerversammlungen auseinandergesprengt. Aber sehr bald sah man, dass eine solche Taktik nur geeignet sei, die Sozialdemokratie in Misskredit zu bringen und sie bei der breiten Masse der Bevölkerung verhasst zu machen. Entsprechend dieser Erkenntnis wurde auch eine Aufforderung an die Parteimitglieder gerichtet, die darauf hinauslief, dass die gewalttätige Verhinderung der Wahlen als ein ungeeignetes Kampfmittel zu verwerfen sei. Mit dieser Verurteilung des sogenannten *aktiven Boykotts* wurde die Hoffnung, die *Duma* zu sprengen, aufgegeben, und das bedeutete den ersten Missersolg der abenteuerlichen Taktik der Leninianer.

Nach dem ersten kam der zweite. Als es mit der Hoffnung auf eine *aktive* Verhinderung der Wahlen vorbei war, da sagte man: Ja, sprengen können wir die *Duma* zwar nicht, aber sie diskreditieren — dazu sind wir doch noch stark genug. Man glaubte, die Arbeiter und auch die aufgeklärten Bauern würden sich von der Boykottlosung beeinflussen lassen und sich der Wahl enthalten; die *Duma*, die dann nur von einem Bruchteil der Bevölkerung, und dazu von dem am wenigsten aufgeklärten, gewählt werden würde, wäre so jeglicher Autorität beraubt. Man war fest davon überzeugt, dass die Majorität der *Duma*mitglieder eine unbedingt reaktionäre, absolutistische sein würde, und eine reaktionäre *Duma* hätte sicher keinen Einfluss auf die freiheitlich gesinnte Bevölkerung ausgeübt. Der Verlauf der Wahlen hat, wie bekannt, alle diese Hoffnungen und Berechnungen Lügen gestraft. Die Losung zur Abstinenz wurde fast nirgends, auch nicht von den Arbeitern, in genügendem Masse befolgt, und wenn, wie in Petersburg, die Arbeiter bei den Wahlen in der Arbeiterkurie demonstrativ den Schornstein oder den Fabrikhund Rosa wählten, so nahmen sie dann doch in ihrer Eigenschaft als Mieter mit vollem Ernste an den Wahlen teil.

Das Resultat der Wahlkampagne war ein ganz unerwartetes. Man rechnete, wie gesagt, mit einer reaktionären *Duma*. Es stellte sich aber heraus, dass das Volk in richtiger Erkenntnis seiner Interessen fast durchweg freiheitlich gesinnte Männer in die *Duma* entsandte. Der ganze Feldzug der Boykottisten war somit ein Schlag ins Wasser und führte nur zu einer Isolierung der Partei und dazu, dass die *Kadetten*, die eine energische und gross angelegte Agitation getrieben hatten, auch auf einen gewissen Teil der Arbeiterschaft Einfluss gewannen. Das ist das Fazit der Boykotttaktik, die auch vom *Vor-*

wärts als ein »glänzendes Resultat« bezeichnet worden war. In der Tat, eine wahrhaft *glänzende* Politik! Der soeben geschlossene Einigungsparteitag der russischen Sozialdemokratie konnte sich aber nicht entschliessen, diese *kluge* Taktik als klug und ihre *glänzenden* Resultate als glänzend anzuerkennen; er nahm vielmehr eine Resolution an, die diese *glänzende* Politik verwirft. Es wurde beschlossen, von nun ab an den in einigen Bezirken noch bevorstehenden Wahlen teilzunehmen und eigene Kandidaten aufzustellen. Diese Wendung der sozialdemokratischen Politik kann man nur begrüssen, und es steht zu erwarten, dass sie zu einem mächtigen Aufblühen der sozialdemokratischen Bewegung in Russland führen wird. Die Ansicht, die auch im *Vorwärts* vertreten worden ist: dass die Antiboykotttaktik für die Partei verhängnisvoll und »der erste Schritt auf einem Wege sein wird, der zur völligen Unterordnung des Proletariats unter die politische Hegenomie der Bourgeoisie führen müsste«, ist völlig unbegründet und kleinmütig. Gerade die Boykotttaktik hat dazu geführt, dass gewisse Schichten des Proletariats sich der Führung der konstitutionell-demokratischen Partei anvertrauen mussten. Durch den Boykott konnte und kann die *Duma* nicht gesprengt werden; von nun ab muss jede sozialistische Politik mit den Schicksalen dieser Institution — die wahrscheinlich stürmische Kämpfe bringen werden — auf das engste verknüpft sein.

Mit der Einberufung der *Duma* beginnt eine neue Ära in der Geschichte der freiheitlichen Bewegung Russlands. Mit der *Duma* und in der *Duma* ist ein Punkt geschaffen, um den die kämpfenden Parteien ihre Kräfte sammeln werden, und von dem aus die Aufklärung der Massen viel energischer und im grösseren Massstabe, als bisher, betrieben werden kann. Die Verhandlungen in der *Duma* werden dem Volke in klarer und unzweideutiger Weise zeigen, auf welcher Seite seine Freunde, und auf welcher seine Feinde stehen. Mit jeder Rede, mit jeder Abstimmung werden die Absichten und die Ziele der verschiedenen Parteien dem ganzen Reiche vor Augen geführt. Auf diese Weise wird eine weite und tiefgehende Aufklärungsarbeit der Partei ermöglicht. Schon die ersten Tage des ersten russischen Parlaments waren in dieser Hinsicht sehr lehrreich und von grossem Wert für eine richtige Beurteilung der jetzigen politischen Lage im Reiche.

Die wichtigsten Debatten im Parlament wurden, wie aus den Zeitungen bekannt ist, aus Anlass der Abfassung einer Antwortadresse auf die Thronrede geführt. An diesen Debatten beteiligten sich alle in der *Duma* vorhandenen politischen Richtungen, wobei auch die Sozialdemokratie ihre, wenn auch nicht offiziell von der Partei anerkannte, Fürsprecher hatte. Nach den Angaben eines sozialdemokratischen Abgeordneten soll diese sozialdemokratische Gruppe in der *Duma* aus 12 bis 14 Mann bestehen. Wer zu dieser Gruppe zählt, und welche Qualitäten diese *unoffiziellen* Sozialdemokraten besitzen, ist vorläufig unbekannt geblieben. Es scheint aber, dass die parlamentarischen Sozialdemokraten meistenteils, wenn nicht ausschliesslich, aus schlichten Arbeitern bestehen, und dass akademisch gebildete Männer unter ihnen nicht vorhanden sind. Zusammen mit der sogenannten *Arbeitsgruppe*, die aus etwa 60 bis 70, zumeist bäuerlichen, Deputierten besteht, bilden diese 12 bis 14 Sozialdemokraten in der *Duma* die sozialistische Linke, wobei aber ihre Politik bisher durchaus im Einklang mit dem übrigen Teil des Hauses stand. Irgend welche scharfen Gegensätze in der Taktik sind in dem bisherigen Verlauf der *Duma*-

verhandlungen unter den Abgeordneten überhaupt nicht aufgetreten, denn alle waren bestrebt, möglichst einheitlich zu handeln, und setzten alle ihre Kräfte daran, um eine möglichst imposante Manifestation der gesamten Volksvertretung herbeizuführen. Zwar waren die Reden der sozialistischen Linken sowohl inhaltlich, wie auch formell, viel entschiedener, als die der *Kadetten* und der anderen bürgerlichen Redner, doch war man von allen Seiten leicht zu einem Kompromiss geneigt, und die Abstimmungen, besonders bei der dritten Lesung der Antwortadresse, waren fast einheitlich. Das war meiner Meinung nach hier auch die einzig richtige Taktik, und es wäre traurig, hätte die extreme Linke anders gehandelt. In diesem Punkte sind wir nicht im stande, die Auffassung der neuen Parteizeitung *Newskaja Gaseta,* zu deren Mitarbeitern unter anderen Plechanow, Axelrod und Wjera Sassulitsch zählen, zu teilen, die glaubt, es wäre besser gewesen, hier eine eigene Politik zu treiben und einen selbständigen Entwurf einer Antwortadresse einzubringen. Wenn schon die viertägige Diskussion in der *Duma* den Unwillen einiger Schichten des Volkes hervorgerufen hat, und wenn schon diese Frist vielfach als Zeitvergeudung betrachtet wurde, wie gross wäre die Unlust des Volkes gewesen, wenn durch die Einbringung eines neuen Adressenentwurfs, der von vornherein — und dieser Meinung ist auch die *Newskaja Gaseta* — keine Aussicht auf Annahme gehabt hätte, weitere mehrtägige Auseinandersetzungen zwischen den Sozialisten und den bürgerlichen Parteien provoziert worden wären! Jetzt muss alles daran gesetzt werden, um ein möglich einheitliches und r a s c h e s Handeln zu ermöglichen. Die Hauptaufgabe der Volksvertreter ist jetzt, die Aufmerksamkeit des g e s a m t e n Volkes auf den allen gemeinsamen Feind zu lenken und eine möglichst scharfe Linie zwischen dem alten und dem neuen Russland zu ziehen. Alles Ablenken der Aufmerksamkeit des Volkes von dem Tun und Treiben der Regierung wäre jetzt unangebracht und schädlich. Und gerade das wäre die Folge einer mehr oder weniger heftigen Diskussion gewesen, die aus Anlass eines sozialistischen Entwurfes in der *Duma* stattgefunden hätte.

Wie verderblich eine solche Politik wäre, das erkennt man besonders scharf, wenn man die Manöver der rechtsstehenden Gruppe der *Duma* sich vor Augen hält, die darauf abzielten, die *Kadetten* von der extremen Linken zu trennen und somit die Revolutionäre zu isolieren. Sowohl in der Presse (*Nowoje Wremja, Slowo* etc.), wie in der *Duma* (von den *Oktobristen*) wurde versucht, die *Kadetten* zu bewegen, die Revolutionäre von sich abzustossen. Der Hauptredner der*Oktobristen,* der bekannte *Semstwo*mann M. Stachowitsch, setzte seine ganze, nicht geringe Beredsamkeit daran, zu beweisen, dass die *Duma* in die Antwortadresse eine Verurteilung der Revolution einschieben müsse. Es war ein kritischer Moment für die *Duma,* den aber die *Kadetten* glücklich überwunden haben. Mit der grössten Entschiedenheit verwarf der Führer der konstitutionell-demokratischen Partei, Roditschew, diesen Antrag, und das ganze Haus stimmte ihm zu. Damit ist der Versuch der Rechten, die Opposition zu spalten, gescheitert. Er beweist aber, wie heiss sie bestrebt ist, diese Spaltung herbeizuführen, und es ist deshalb jetzt die Pflicht der Sozialisten, alles zu vermeiden, was zu einem solchen Ergebnis führen könnte. Die *Arbeitsgruppe* als solche und die sozialdemokratischen Arbeiter handelten deshalb politisch klug, wenn sie, trotz der Meinungsverschiedenheiten, die sie

von den *Kadetten* in Sachen der Agrar- und auch der Arbeiterfrage trennen, sich doch nicht veranlasst sahen, längere Debatten darüber zu führen.

Als die *Duma* den Abschnitt der Adresse behandelte, wo die Rede von der Arbeiterfrage war, sagte der Arbeiter Michailitschenko wörtlich: »In Bezug auf die Adresse habe ich zu sagen, dass unsererseits, seitens der Arbeiter, hier nichts hinzuzufügen übrig bleibt. Hier ist alles gesagt: die Freiheit des Wortes, der Vereine, der Presse, der Streiks . . . Wir erachten es nicht für notwendig, die Arbeiterfrage besonders zu unterstreichen. Es genügt, dass sie gestreift ist. . . . Was wir brauchen, ist in unserem sozialdemokratischem Programm gesagt, und dieses kennt das ganze russische Volk.« Das war auch genug. Es wird noch die Zeit kommen, wo eine eingehende Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Parteien auch in der Arbeiterfrage sich notwendig machen wird; jetzt ist sie nicht da, und solche Debatten sind auch vorläufig überflüssig.

Etwas mehr Zeit, aber auch nicht sehr viel, nahm in der *Duma* die Agrarfrage in Anspruch. Die extreme Linke wollte in der Adresse das Prinzip verkündet sehen, dass der ganze Grund und Boden den *Arbeitenden* gehören müsse. Dies wurde aber verworfen und statt dessen die Fassung der Kommission angenommen, die auf eine Erweiterung des Bodenbesitzes der Bauern hinausläuft. Es ist wichtig, hier zu unterstreichen, dass sogar die *Oktobristen* dafür stimmten, und das berechtigt zu der Hoffnung, dass eine gründliche Agrarreform seitens der Volksvertretung auf keine allzu grossen Schwierigkeiten stossen wird.

Am ausgiebigsten wurden die rein politischen Fragen behandelt. Selbstverständlich war hier nicht von Republik und Monarchie die Rede, sondern von der Verantwortlichkeit der Minister, vom Ein- und Zweikammersystem, vom allgemeinen Wahlrecht und dergleichen mehr. Die Debatten über alle diese Fragen haben gezeigt, dass die grosse Majorität des Hauses für verhältnismässig weitgehende politische Reformen zu haben ist. Diese für die freiheitliche Bewegung günstige Stimmung nicht nur zu erhalten, sondern auch noch weiter zu verstärken, das ist die nächste Aufgabe aller demokratischen Richtungen und Parteien Russlands. Eine wichtige Rolle unter diesen letzteren spielt die sozialdemokratische Partei, unter deren Einfluss eine nicht unbedeutende Masse des Proletariats steht. Von der sozialdemokratischen Partei wird es auch nicht wenig abhängen, ob diese günstige Konjunktur für die Interessen des Proletariats ausgenutzt werden kann. Dies ist aber nur dann möglich, wenn die Sozialdemokratie sich völlig von der Abenteurerpolitik der Leninianer lossagt und eine Richtung einschlägt, die die oben erwähnte Parteizeitung *Newskaja Gaseta* in folgenden Sätzen richtig formulierte: »Etwas weniger von der *revolutionären* Phrase, und etwas mehr von der praktischen Sache der Propaganda, der Agitation und Organisation! Etwas weniger von der frühreifen, unorganisierten und vorbereiteten Aufständen, die nur eine momentane Wirkung ausüben, und etwas mehr von der ernsten kollektiven Vorbereitungsarbeit für die zukünftigen Aufstände der ganzen [Arbeiter-] Klasse, die in den neuen *Oktobertagen* notwendig und möglich werden.« Es ist nur zu wünschen, dass alle Sozialisten Russlands diese Methode endgültig zu der ihrigen machten!

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ROBERT SCHMIDT · EINE EINHEITLICHE ARBEITERVERSICHERUNG



N den Etatsberatungen des Reichstags bildet die Reform der Versicherungsgesetze seit Jahren ein ständiges Thema, und immer mehr konzentriert sich das Verlangen auf eine Verschmelzung aller Versicherungszweige. Die Regierung, die anfänglich der Frage durchaus ablehnend gegenüberstand, hat ihren Standpunkt revidiert und trifft bereits die Vorarbeiten für eine Neugestaltung der Versicherungsgesetze, so dass deren Verwirklichung näher gerückt ist. Nach welcher Richtung diese Reform gehen wird, ist bisher kaum angedeutet. Aus gelegentlichen Äusserungen massgebender Personen kann man nur entnehmen, dass einige grundlegende Bestimmungen der Gesetze, die vom Standpunkt der Versicherten beseitigt werden müssten, auf eine zähe Verteidigung zu rechnen haben. Es erscheint namentlich recht fraglich, ob alle die Konzessionen, die bisher in der Form der Verwaltung und in der Zersplitterung des Kassenwesens den einzelnen kapitalistischen Interessengruppen zu teil wurden, nunmehr verschwinden werden.

Die einheitliche Gestaltung des Versicherungswesens kann nicht zu einem losen Zusammenfassen der bisherigen Versicherungsträger führen, sondern muss in ein vollständiges Aufgehen zu einem Gesamtorganismus auslaufen. Alle Reformvorschläge, besonders die des ehemaligen Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Dr. Bödiker und des Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Berlin Dr. Freund, scheitern an diesem Problem, zu dessen Konsequenzen gelangt keiner der Befürworter; es bleibt der eine mehr, der andere weniger an den alten Formen kleben, die einer strikten Durchführung zu einem einfachen, einheitlichen Aufbau widerstreben. Eine Reform der Versicherungsgesetze, die die Berufsgenossenschaften, die Zerfahrenheit in der Vielgestaltigkeit der Krankenkassen beibehalten will, ist Flickwerk. Wer heute noch nicht erkannt hat, dass die Einteilung der Versicherungsträger in Landesversicherungsämtern, in Berufsgenossenschaften, in Sektionen der Berufsgenossenschaften, in Abgrenzung der Berufsgenossenschaften nach Landesteilen, in staatliche und kommunale Ausführungsbehörden, in Orts-, Gemeinde-, Bau-, Betriebs-, Innungs-, Knappschafts- und freie Hilfskassen mit ihren örtlichen und beruflichen Gliederungen einen entsetzlichen Wirrwarr bedeutet, der möge die Hände von dem grossen Reformwerk lassen. Eine weitere grundlegende Anforderung ist die Ausdehnung der Versicherung auf einen für alle Versicherungszweige gleichen Personenkreis. Um nur einige Beispiele anzuführen: Es muss die Krankenversicherung auf die Dienstboten und ländlichen Arbeiter, und die gesamte Versicherung auf die Heimarbeiter ausgedehnt werden. Die Abgrenzung der Unfallversicherung auf Fabrikbetriebe lässt sich gar nicht aufrechterhalten; denn es ist nicht ersichtlich, warum der Arbeiter, der in einem Handwerksbetrieb körperlichen Schaden erleidet, leer ausgehen soll, während für den gleichen Unfall der Fabrikarbeiter entschädigt wird. Mit welchem Recht wird einem Dienstboten, der beim Fensterreinigen sich eine schwere Verletzung zuzieht, die Entschädigung verweigert, die der Fensterputzer erhält? Wer in der Lage ist,

sich Dienstboten zu halten, gehört gewiss nicht zu denjenigen, die bei Aufbringung der Mittel für die Versicherung besonders geschont werden müssen.

Das Prinzip, das der Organisation der Landesversicherungsanstalt zu Grunde liegt, hat wegen der Einfachheit der Organisation ausserordentliche Vorzüge. Die Landesversicherungsanstalt ist auf breiter Grundlage aufgebaut, sie umfasst einen grossen Kreis von Versicherten, sie schliesst die Berufsgliederung aus und hat in der Verwaltung ein einheitliches Gefüge. Auf dieser Grundlage muss weiter gebaut werden. Mit dem neuen Versicherungszweig der Witwen- und Waisenversorgung muss die Unfall- und Krankenversicherung angegliedert werden. Wie diese Organisation weiter ausgestaltet sein müsste, darüber sollen hier einige Anregungen folgen.

Die Krankenfürsorge wird einer örtlichen Verwaltung nicht entbehren können, da zur Bewältigung dieser Aufgaben eine rege Beziehung zu den Versicherten notwendig ist. Für den Bezirk der Landesversicherungsanstalt wäre vom Vorstand die Höhe der Krankenunterstützung und für die Beitragsleistung die Klasseneinteilung zu bestimmen. Das Kassenvermögen verwaltet das Landesversicherungsamt. Die örtlichen Kassenverwaltungen müssen eine gewisse Bewegungsfreiheit und Selbständigkeit haben. Es muss ihnen gestattet sein, durch Zuschläge zu den Beiträgen die Krankenunterstützung am Ort zu erhöhen und zu erweitern. Die Beschlussfassung darüber könnte der Generalversammlung der Ortskasse in der bisherigen Art der Zusammensetzung überlassen bleiben, desgleichen die Vertretung in der Verwaltung nach den Beitragsleistungen, so dass, wie bisher, zu einem Drittel Arbeitgeber, zu zwei Dritteln Arbeitnehmer daran teilnehmen. Der Grundbeitrag und die Mindestleistung bei der Krankenfürsorge würde mithin von der Verwaltung der Ortskasse der Landesversicherung festgesetzt und nach den örtlichen Verhältnissen verschieden gesteigert werden. Die Beteiligung der Gemeindebehörden als Aufsichts- oder Beschwerdeinstanz wäre auszuschalten. Für die Innehaltung der statutarischen Vorschriften könnte die Landesversicherungsanstalt Aufsichts- und Beschwerdeinstanz, die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung entscheidende und das Reichsversicherungsamt Revisionsinstanz werden.

Für die Beitragsleistung wäre wohl die beste Lösung ein Zuschlag zur Einkommensteuer. Da aber dieser Vorschlag, der seinerzeit von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag gemacht wurde, wenig Aussicht auf Annahme hat, so erscheint die gegenwärtige Einteilung der Beitragsbelastung in einem einheitlichen Beitrag für alle Versicherungszweige wohl als die beste Lösung. Diese Beitragsleistung könnte die Klassenteilung der Invalidenversicherungsicherung beibehalten und einen Aufschlag für Kranken- und Unfallversicherung hinzufügen. Nimmt man also an, dass für die Krankenversicherung ein Wochenbeitrag von 60 Pfennig, dazu für Invalidität 36 Pfennig zu zahlen ist, so würde, wie bisher, der Arbeitgeber 38, der Arbeitnehmer 58 Pfennig zu zahlen haben, dazu käme für die Unfallversicherung eine Beitragsleistung des Arbeitgebers von etwa 20 Pfennig hinzu, so dass der Gesamtbeitrag 1,16 Mark beträgt, von dem der Arbeitgeber 56 und der Arbeitnehmer 58 Pfennig aufbringen müsste. Der Grundbeitrag von 20 Pfennig dürfte nach der heutigen Leistung der Unfallversicherung genügen, denn nach den Rechnungsergebnissen für das Jahr 1904 sind in den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften 6 848 496 Arbeiter versichert, und die Berufsgenossen-

schaften haben 110036773,61 Mark an Beiträgen eingefordert; das ergibt pro Woche und pro Arbeiter einen Beitrag von rund 31 Pfennig. Da aber die Landwirtschaft geringere Aufwendungen nötig hat und ein Teil der Last durch Sonderbeiträge nach Aufstellung eines Gefahrentarifes aufgebracht werden soll, so wäre der Grundbeitrag von 20 Pfennig pro Woche selbst unter Berücksichtigung der gesteigerten Ansprüche reichlich bemessen. Bei der Ausdehnung der Versicherung käme ausserdem eine grosse Zahl von Arbeitern hinzu, bei denen die Unfallgefahr geringer ist, als in Fabrikbetrieben, es würden mithin die Lasten auf breiter Grundlage verteilt. Die Aufstellung erbringt sogleich den Nachweis, dass in Betrieben, die nicht besondere Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeiter bieten, die Beitragsleistung der Unternehmer gegen die der Arbeiter zurückbleibt. Ein Resultat, das nicht nur für eine künftige Gestaltung nach dieser Berechnung eintreten würde, sondern schon gegenwärtig aus den Rechnungsergebnissen zu entnehmen ist. Die grossen Mittel, mit denen unsere Versicherungseinrichtungen prahlen, sind überwiegend aus Mitteln der Arbeiter zusammengetragen. Der Zuschuss des Reichs zu den Invaliden- und Altersrenten wird eine Änderung nicht erfahren, und die Kosten der Witwen- und Waisenversorgung könnten vollständig vom Reich aufgebracht werden. Für Betriebe, die eine besonders hohe Unfallgefahr aufweisen, wäre ein Zuschlag nach einer Einteilung in Gefahrenklassen, wie sie bei den Berufsgenossenschaften üblich sind, zu fordern. Das gleiche müsste von Betrieben, die in ihrer Fabrikation besonders hohe Erkrankungsgefahren für die Arbeiter aufweisen, für die Krankenversicherung verlangt werden. Der einheitliche Beitrag würde dadurch nicht berührt werden, denn die Zuschläge würden von den Unternehmern besonders nach der Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter erhoben werden.

Für die Beitragseinziehung eignet sich die Ortskasse ausserordentlich, und gleichzeitig könnte das Markenkleben fortfallen. Die Krankenkasse wird am ehesten die Hinterziehung von Beiträgen verhindern können, da sie die Verhältnisse am Ort überschauen kann. Schon jetzt ist bei den Krankenkassen die Zahl der hinterzogenen Beiträge verhältnismässig gering; wenn aber weiter die im Krankenversicherungsgesetz enthaltene Bestimmung, dass der Arbeitgeber für den Schaden aufzukommen hat, wenn er bei der Krankenkasse die Anmeldung des Arbeiters unterlässt, allgemeine Anwendung finden würde, dann dürfte die Zahl der hinterzogenen Beiträge sehr zusammenschmelzen. Die Ortskasse hat natürlich nur die Gelder zurückzubehalten, die zur Erledigung ihrer Verpflichtungen erforderlich sind. Besondere Schwierigkeiten werden der Beitragseinziehung auf dem platten Lande entgegenstehen, weil hier der kleine Kreis der Versicherten es nicht gestattet, in jedem Dorfe eine Ortskasse zu errichten. Solche Ortschaften müssen an die nächste grössere Kasse angeschlossen werden, vielleicht kann man die Beitragserhebung nach Art der Posthilfsstellen zuverlässigen Personen im Nebenamt übertragen. Für die Heimarbeiter wäre von den Unternehmern die volle Beitragsleistung zu fordern, was bei einer so gestalteten Einrichtung auch leicht durchzuführen wäre. Mit dem Aufhören des Markenklebens erübrigt sich auch die Quittungskarte. Die Zahl der geleisteten Beiträge kann am Schluss des Jahres dem Arbeiter in ein Quittungsbuch, das er nie aus den Händen gibt, eingetragen werden; verlässt der Arbeiter den Ort, so hat er sich den Rest der Beiträge quittieren zu

lassen, und an dem nächsten Ort, wo er Arbeit nimmt, wird dann aus seinem Quittungsbuch die bisher geleistete Beitragszahl in die Bücher der Ortskasse übertragen. Diese Buchung wird nötig sein, um beim Verlust des Buches durch Nachfrage bei der letzten Ortskasse die Beitragsleistung zu ermitteln. An- und Abmeldung des Arbeiters liegt dem Unternehmer ob. Bei der Unfallrente würde die Dauer der Beitragsleistung keine Rolle spielen, da es heute schon für die Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaft gleichgültig ist, ob der durch Unfall zu Schaden gekommene Arbeiter eine Stunde oder jahrelang im Betriebe beschäftigt war. Will man aber weiter die Dauer und Höhe der Krankenunterstützung und Invalidenrente nach der Zahl der geleisteten Beiträge bemessen, so wird das Quittungsbuch die nötige Auskunft geben. Mehr zu empfehlen wäre die einheitliche Leistung im Anschluss an den Klassenbeitrag; denn bei dem Umfang der Kasseneinrichtung spielt die Karrenzzeit bei Gewährung der Krankenunterstützung nicht mehr die Rolle, wie gegenwärtig bei der vielgestaltigen Krankenkassengruppierung.

Für die Invaliden- und Altersrente werden die Bestimmungen über die Berechnung der Wartezeit und der Verlust der Anwartschaft längst als ein grosser Übelstand empfunden; nach dieser Richtung müssen weitgehende Erleichterungen geschaffen werden. In vielen Fällen kommen heute invalide Arbeiter nicht in den Genuss der Rente, weil sie in den letzten Jahren, bevor sie invalid wurden, nicht die nötige Zahl von Marken klebten. Die Zahl der Marken, die sie früher geklebt haben, kann noch so gross sein, sie haben das Anrecht auf jede Rente verloren, wenn sie nicht bis zu ihrer Invalidität mindestens in einem Zeitraum von 2 Jahren in versicherungspflichtiger Beschäftigung 20 Marken oder als Selbstversicherer 40 geklebt haben. Die nnterlassene Beitragsleistung ist aber in der Regel darauf zurückzuführen, dass die Arbeitsfähigkeit des langsam der Invalidität verfallenen Arbeiters nachgelassen hat, das dauernde Arbeitsverhältnis infolgedessen aufhörte, und bei gelegentlichen kurzen Beschäftigungen keine Marken geklebt wurden. Die Abweisung der Versicherten in solchen Fällen wird heute von allen einsichtigen Sozialpolitikern als eine Härte empfunden. Man möge lieber die Rückzahlung der Beiträge einstellen, aber an die Erfüllung der Anwartschaft keine anderen Ansprüche stellen, als die, dass der Versicherte die soziale Stellung eines Lohnarbeiters bis zu seiner Invalidität behalten hat.

Das schwerfällige Vorbereitungsverfahren für den Rentenanspruch bedarf sehr der Vereinfachung; sowohl die Gemeindebehörde bei den Invalidenrenten, wie die Polizeibehörde bei den Unfallrenten sollten ausgeschaltet werden, da beide vollständig ungeeignet und vielfach auch unfähig zur Erfüllung der Aufgaben sind. Das Schwergewicht der Rentenfestsetzungen sowohl bei Unfällen, wie bei Invalidität und Alter, ebenso für die Witwen und Waisen sollte der Landesversicherungsanstalt überwiesen werden. Dazu gehört eine Ausdehnung der Befugnisse des Vorstandes, der über alle Rentenansprüche zu entscheiden hätte, und an dessen Zusammensetzung Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmässig zu beteiligen sind. Der Vorbescheid, der bei Unfallrentenansprüchen erteilt wird, kann beseitigt werden, da er für die Verletzten von keinem Wert ist, in der Regel nur das Verfahren erschwert. Gestaltet sich die Erledigung der Geschäfte zu umfangreich, so wird durch besondere Rentenfestsetzungskommissionen eine Erleichterung möglich sein. Die Vorbereitung, das heisst

die Entgegennahme der Anträge oder die Antragstellung selbst, die Ausführung von Recherchen, ist Sache der Ortskasse, die für diese Funktionen besondere Beamte anzustellen hat. Von dieser Stelle könnte auch die Auszahlung der Renten erfolgen, so dass die Post aus dem ganzen Abrechnungverfahren ausscheidet. Der Arbeiter würde sich bei Geltendmachung seiner Ansprüche schnell zurechtfinden und aller Ballast, der dem gegenwärtigen Verfahren anhaftet, beseitigt werden. Die Beamten, die sich nur mit dieser Materie beschäftigen, bekämen eine besondere Vertrautheit mit ihrem Amt, und es bliebe auch eine Fühlung mit den Versicherten bestehen für die Landesversicherungsanstalt, die heute vollständig fehlt. Der Ausschuss in der Landesversicherungsanstalt ist ein überflüsiges dekoratives Beiwerk, das fallen kann mit den erweiterten Befugnissen des Vorstandes. Die Wahl der Mitglieder des Vorstandes wäre auf der Grundlage der Proportionalwahl für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gesondert vorzunehmen, mit einer Ausdehnung des passiven und aktiven Wahlrechtes auf die Frauen. Noch besser ist der Vorschlag, den Kleeis in der *Arbeiterversorgung* machte, die Teilung überhaupt zu beseitigen und allgemeine Wahlen einzuführen.

Die Anfechtung der Entscheidungen bei dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung und als letzter Instanz dem Reichsversicherungsamt kann wohl in der bisherigen Weise beibehalten werden; dagegen wäre die Abhängigkeit des Schiedsgerichts von der Landesversicherungsanstalt aufzuheben, und die Kosten des Verfahrens müssten vom Reich oder den Einzelstaaten übernommen werden. Neben dem Reichsversicherungsamt noch die Landesversicherungsämter weiter bestehen zu lassen, erscheint unnötig. Das Landesversicherungsamt ist gegenwärtig nur für die Berufsgenossenschaften zuständig, die ihren Bezirk auf das Gebiet eines Bundesstaates beschränken. Die Zahl dieser Berufsgenossenschaften ist sehr klein, es kommen im wesentlichen nur die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Betracht. Da für alle übrigen Berufsgenossenschaften und auch in Invalidenstreitsachen das Reichsversicherungsamt zuständig ist, so ist garnicht einzusehen, welches Anrecht die Landesversicherungsämter auf ihr Weiterbestehen haben sollten; für diese partikularistischen Sonderheiten besteht kein begründeter Anspruch. Die Rechtsprechung bekäme einen einheitlichen Instanzenzug, desgleichen wäre, wie schon angedeutet, das Verwaltungsstreitverfahren, die Anrufung der ordentlichen Gerichte in allen Streitsachen, die die Arbeiterversicherung betreffen, auszuschalten, an deren Stelle wären Schiedsgerichte und Reichsversicherungsamt mit der Rechtsprechung in Arbeiterversicherungssachen zu betrauen.

Auf die übrigen Rechtsfragen einzugehen, würde zu weit führen, die Betrachtungen sollten nur auf die einheitliche Organisation und Verwaltung der Versicherungseinrichtungen gerichtet sein. Das Reformwerk wird nicht so schwierig sein, wie Graf Posadowsky im Reichstag vor kurzem meinte, wenn sich die Regierung nur entschliesst, den ganzen bureaukratischen Verwaltungskram unter Ausschaltung aller Sonderinteressen kapitalistischer Gruppen aufzuheben. Eine Versicherungsgesetzgebung, die, wie es heute geschieht, in ihrem inneren Aufbau mehr von dem Gesichtspunkte einer Almosenverteilung, als einer freien Kasseneinrichtung ausgeht, hat eine für die Arbeiterschaft durchaus unsympathische Tendenz. Die Reform muss der Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung den nötigen Einfluss gewähren, dann wird den Trägern der

Versicherungseinrichtungen auch das Vertrauen nicht mangeln, dessen sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben so dringend bedürfen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

OTTO HUE · IST EIN DEUTSCHES *COURRIÈRES* MÖGLICH?

BEVOR ich diese Frage zu beantworten versuche, möchte ich ein paar Worte sagen über einige Begleiterscheinungen der Riesenkatastrophe im nordfranzösischen Kohlendistrikt. Der deutschen Rettungskolonne ist mit Recht viel Anerkennung zu teil geworden. Aber wenn man diese Rettungsaktion verherrlicht als etwas im Bergbaubetrieb Ungewöhnliches, so muss zur Steuer der Wahrheit dagegen Verwahrung eingelegt werden. Was die mit vorzüglichen Rettungsapparaten ausgestatteten Mannschaften aus Gelsenkirchen-Herne in Courrières leisteten, das haben Hunderte von Bergarbeitern in Deutschland und im Auslande auch schon getan, wenn es galt, gefährdete Arbeitsbrüder zu retten; und zwar haben diese unbekannten Helden die Todesfahrt zur Rettung ihrer Kameraden unternommen ohne schützende Rettungsapparate. Jedes Kind im Bergwerksrevier weiss, dass auf die Kunde von einem grossen Grubenunglück sofort die Bergleute von den benachbarten Gruben herbeieilen, um sich unverzagt in die todesdrohende Tiefe zu begeben. Viele dieser Retter sind bei ihrem hochherzigen Werke selbst zu Grunde gegangen. Für den Bergmann vom alten Schlage versteht es sich von selbst, dass er sein Leben einsetzen muss, wenn Aussicht ist, bedrohte Arbeitsbrüder zu retten. Natürlich meldet von diesen stillen Heldentaten keine lärmende Presse, die Namen der Tapferen bleiben unbekannt. Dennoch sind schon in unseren Gruben von Arbeitern und Beamten Rettungsversuche unternommen und glücklich durchgeführt worden, die sich würdig der Tätigkeit des deutschen Rettungskorps in Courrières zur Seite stellen lassen. Wurde doch auch aus Courrières berichtet, zu Hunderten seien von den benachbarten Gruben Bergleute herbeigelaufen, nur mit Gewalt habe man sie von der Einfahrt in die Todesschächte zurückhalten können.

Das ist uralte Bergmannsart. Sie erklärt auch die Ausdehnung mancher Einzelausstände in den Bergwerksbezirken zu Massenstreiks. Beim vorjährigen Generalstreik der Ruhrbergleute registrierten die Werksblätter entrüstet die Tatsache, dass eingestandenermassen auch solche Belegschaften und Bergleute mitstreikten, die über namhafte Missstände nicht zu klagen hätten. Damit sollte der Beweis von der *Frivolität* des Streiks erbracht sein. Wenn aber das aufopfernde Solidaritätsgefühl in Stunden der Not bei der Bergarbeiterschaft nicht vorhanden wäre, wo sollten die todesmutigen Retter bei Grubenkatastrophen hergenommen werden? So etwas lässt sich nicht durch Barzahlung erreichen, und das ist auch gut so.

Die eigentliche Bedeutung der deutschen Rettungsaktion in Courrières liegt nicht auf fachmännischem, sondern auf politischem Gebiete. Zwei Kulturvölker, die in chauvinistische Rasereien versetzt zu werden drohten, sind durch die gemeinsamen Samariterdienste in Courrières so nahe gebracht worden, wie kaum je zuvor. »Was die Diplomaten verdarben, das haben die deutschen

Bergleute wieder gut gemacht«, rief ein französisches Blatt aus. Das allerdings ist das bleibende historische Verdienst der deutschen Rettungskolonne, und dafür ist ihnen die Kulturwelt Dank schuldig. Schade, dass auch dieser schöne Apfel einen Wurm birgt. Vor mir liegen Reklamezirkulare der verschiedensten Rettungsapparatefabriken. Keine will ich nennen, auch keine Person, schon um für keine Reklame zu machen. Nur möchte ich die beschämende Tatsache konstatieren, dass selbst angesichts eines Riesenunglücks, das einen ganzen Landesteil seiner kräftigsten Bevölkerung beraubte, die unersättliche Gier nach erhöhtem Profit aufflackerte. Die eine Fabrik wollte angeblich den Preis für Rettungsapparate (Sauerstoffapparate für Arbeiten in irrespirabler Luft) herabsetzen. Weil die Konkurrenzfabrik dies »befürchtete«, schlägt sie eine »Vertriebsvereinigung« vor, die den Preis der Apparate »sofort um 50 Mark erhöhen« könne. Denn — so heisst es wörtlich in dem kapitalistischen Dokument — »es wäre doch schade darum, wenn wir nicht alle Vorteile des Grubenunglücks in Courrières ausnutzen wollten«! Den entsetzlichen Tod von 1200 Menschen, das Jammern der Witwen und Waisen, münzt der Kapitalismus in höhere Profite um. Ein grauenhaftes Satyrspiel! Man würde es in das Phantasiegebiet verweisen müssen, wenn der Beweis nicht schwarz auf weiss vor uns läge.

Sind Katastrophen à la Courrières auch in Deutschland möglich? Um hierauf zu antworten, müssen wir uns die Zustände auf den Unglücksschächten vergegenwärtigen. Damit auch die Verfechter des modernen Bergbausystems mir keine *Entstellung* oder *Hetze* vorwerfen können, werde ich meine Darstellung stützen auf die Originalberichte der *Rheinisch-Westfälischen Zeitung*, des Organs des Kohlensyndikats, der *Cölnischen Volkszeitung* und der *Frankfurter Zeitung*.

Am 10. März dieses Jahres ereignete sich die Katastrophe, an einem Montag. Im Schacht III bei Mericourt bestand ein Flözbrand. Ob er, wie die Arbeiter sagen, schon monatelang existierte, oder nur einige Tage, wie die Grubenvertreter behaupten, ist zunächst nebensächlich. Entscheidend ist, dass der Flözbrand der Ausgangspunkt der Katastrophe gewesen ist; von ihm aus wurden die Grubenbaue vom Feuer ergriffen, und die nebenhergehenden oder späteren Explosionen von Gasen oder Kohlenstaubmassen gaben erst dem Unglück seine furchtbare Ausdehnung. Flözbrände sind auch in Deutschland gar nicht selten. Wer das bestreitet, der lese, was ein Fachmann in der *Rheinisch-Westfälischen Zeitung* vom 14. März schreibt. Da wird bestätigt, dass sich »noch nicht gelöschte Feuerherde [in Brand geratene Kohlenaderteile] in allen Kohlenrevieren der Welt befinden . . . Es gibt zahlreiche Kohlengruben, in welchen es in solchen durch die Eindämmung lokalisierten Feuerherden seit vielen Jahren brennt, ohne dass die in der Grube arbeitenden Knappen auch nur im geringsten gefährdet sind.« Die letzte Ursache der Courrièreskatastrophe war ein Flözbrand. Flözbrände sind in deutschen Gruben häufig. Demnach wäre schon theoretisch ein Unglück à la Courrières auch in Deutschland möglich.

Damit der Flözbrand den Betrieb und die Arbeiter nicht gefährdet, wird vor der Feuerstelle eine absperrende Brandmauer errichtet. Ist sie stark und dicht genug, dann besteht keine besondere Gefahr für die Arbeiter. Aber — und hier wird auch in Courrières gesündigt worden sein — da meistens die

fetten, wertvollsten Kohlenflöze in Brand geraten, ist es schon wiederholt vorgekommen, da man die Kohle nicht stecken lassen wollte, dass man die Brandmauer zu früh fortriss und damit die Unterlage für ein Unglück schuf. Die Geschichte unseres Bergbaues ist reich an solchen Brandunglücken. Im 3. Heft 1905 der *Zeitschrift für Bergbau-, Salinen- und Hüttenkunde* sind mehrere Grubenkatastrophen beschrieben. Am 2. März 1904 fand auf der oberschlesischen Steinkohlengrube *Schlesien* eine tödliche Explosion statt, an einer Stelle, von der es in der amtlichen Zeitschrift heisst, sie sei »längere Zeit wegen Grubenbrandes abgedämmt gewesen«. Man versuchte, »das Feld möglichst schnell abzubauen«, dabei geschah das Unglück, mehrere Menschen wurden getötet. Die selbe Zeitschrift berichtet von zwei Explosionen auf der Zeche *Werne* bei Hamm am 16. und 28. April 1904. Die zweite Explosion entstand dadurch, dass eine an der alten Explosionsstelle zwecks Abdämmung eines Flözbrandes aufgeführte Mauer durch die hinter ihr sich entwickelnden Gase »umgeworfen« worden sein soll — mindestens also war sie zu schwach! —, die durch reichlich lagernden trockenen Kohlenstaub begünstigte Flamme brauste durch die Strecken und schlug hoch zum Wetterschacht hinaus. Wäre in diesem Augenblick der betreffende Betriebsteil mit Arbeitern belegt gewesen, so wären alle verbrannt. Hierdurch ist auch die praktische Möglichkeit von Katastrophen à la Courrières in Deutschland erwiesen. Ob es gerade 1200 Tote geben würde, ist nicht entscheidend.

Wäre die Brandstelle im Schacht III bei Mericourt sorgfältig abgemauert gewesen, respektive wäre sie nicht zu früh geöffnet worden, dann hätte nach dem Urteil hervorragender Fachleute die Katastrophe nicht geschehen können. Indes, auch wenn die Brandstelle in frivolster Weise blossgelegt wurde, immer noch hätte sie allein das riesige Unglück nicht nach sich ziehen können. Höchstens wäre es zu einer lokalen Katastrophe gekommen, — wenn die Bewetterung der Schächte eine gute gewesen, und wenn der nachweislich sich stark ablagernde Kohlenstaub sorgfältig genässt worden wäre. War das der Fall? Das ist vollkommen ausgeschlossen. Erstens wurden — was auch die *Rheinisch-Westfälische Zeitung* bestätigt, — die Schächte II, III und IV nur von einer zentralen Ventilationsanlage bewettert, statt dass jeder Schacht gesondert ventiliert wurde und ausserdem im Notfalle die einzelnen Betriebspunkte auch noch gesondert ventiliert, von den tödlichen Schwaden durch Wettertüren etc. hätten abgesperrt werden können. Der Wetterstrom wurde in den (mittleren) Schacht III geleitet und von hier durch die Schächte IV (*Sallumines*) und II (*Billy-Montigny*) getrieben. Dieses Bewetterungsgebiet umfasst mehr als 60 Kilometer. Und hierfür nur eine zentrale Ventilationsanlage! Da nun das Unglück wollte, dass sich gerade im Felde des Schachtes III der Feuerherd befand, so wurden durch den Wetterstrom die Brandgase und giftigen Schwaden durch drei unterirdische Schachtanlagen getrieben. Die schrecklichen Folgen sind weltbekannt. Zwar wird von Interessenten behauptet, das *System Courrières* entspreche am besten dem französischen Grubenbetrieb. Ich habe aber schon vor Jahren, als ich im nordfranzösischen Kohlenrevier weilte, von Kameraden das Gegenteil gehört. Sie klagten über oft sehr schlechte Luft in der Grube. Das findet Bestätigung durch den riesenhaften Umfang der Courrièreskatastrophe. Und ferner: wäre sonst die Bewetterung gut gewesen, dann konnten sich in den verschiedensten Betriebsabteilungen nicht so bedeutende

Quantitäten Schlagwetter ansammeln, die gewaltig explodierten und ein fürchterliches Chaos anrichteten. Was immer wieder von den erfahrensten Bergleuten erklärt wird, es bleibt wahr: die Hauptsache ist reichliche frische Luftzufuhr nach allen Betriebspunkten! Ist sie vorhanden, dann sind mindestens grosse unterirdische Brand- und Explosionskatastrophen völlig ausgeschlossen. Ist in dieser Hinsicht bei uns vorgesorgt? Die Geschichte der letzten Grubenunglücke verneint diese Frage. Wer die Bergleute fragen will, kann von ihnen erfahren, dass es in unseren Gruben oft grauenhaft schlechte Bewetterung gibt. Allerdings, das zentrale Bewetterungssystem à la Courrières ist bei uns in der Regel nicht gebräuchlich. Man hat die Ventilierung der einzelnen Grubenabteilungen so eingerichtet, dass man jede separat bewettern kann. Tatsache ist aber, dass sehr häufig die Ventilation so schlecht ist, dass keine Lampe brennt, die Leute ohnmächtig werden. Darum auch die häufigen Schlagwetterexplosionen. Doch die Sachlage ist noch viel ernster. Die *Rheinisch-Westfälische Zeitung* vom 15. März 1906 teilt mit, »nicht überall in Preussen existiere das separate Bewetterungssystem«. Also gibt es auch bei uns Gruben, die nach französischer Methode ventilieren! Nach langer Erörterung kommt das Kohlensyndikatsorgan zu dem Schluss, eine Katastrophe wie in Courrières sei bei uns zwar »unwahrscheinlicher«, aber wenn »noch nicht erkennbare Zufallsmomente« mitwirkten, »nicht ausgeschlossen«. »Noch nicht erkennbare Zufallsmomente« sollen auch in Courrières die Katastrophe bewirkt haben, gerade jene Gruben sind oft als Mustergruben von Fachleuten gepriesen worden — und nun? Da selbst das Kohlensyndikatsorgan die Möglichkeit eines deutschen *Courrières* nicht ausschliessen kann, haben wir erst recht keine Veranlassung, sie zu verneinen.

Doch noch mehr. Es ist abermals die *Rheinisch-Westfälische Zeitung*, die am 17. März 1906 den Unternehmern von Courrières folgende furchtbare Anklage ins Gesicht schleudert: Es fehlte völlig an Berieselung des trockenen Kohlenstaubes; mit offenen Lampen wurde in den schlagwetterreichen Gruben gearbeitet! Um die Ungeheuerlichkeit dieses Zustandes zu ermessen, muss man wissen, dass schon 1845 Faraday und Lyell die Explosivkraft des trockenen Kohlenstaubes demonstrierten. Schon 1875 hat der englische Bergingenieur Galloway praktisch festgestellt, eine kleine Menge Gas genüge, um eine Kohlenstaubexplosion zu bewirken. In Deutschland haben seitdem die grossen Grubenunglücke von *Kleophas, Karolinenglück, Blumenthal, Borussia* u. s. w. die Gefährlichkeit des Kohlenstaubes erwiesen. In Courrières hat sich das Unternehmertum darüber hinweggesetzt, die Riesenkatastrophe hat das kapitalistische Verbrechen enthüllt.

Darf man annehmen, in Deutschland bestände überall die Berieselung des trockenen Kohlenstaubes? Vorgeschrieben ist sie freilich meistens nach der furchtbaren Lehre von *Karolinenglück* /1898/ (120 Opfer). Bezeichnenderweise ist aber bei fast allen späteren Grubenexplosionen die Mitwirkung trockenen Kohlenstaubes festgestellt worden! Erinnert sei nur an das Brandunglück auf *Borussia* am 10. Juli 1905. Nach einwandfreien Aussagen der betreffenden Arbeiter hat in dem Unglücksschacht die vorgeschriebene Berieselung gefehlt. Die hölzerne Schachtverkleidung war trocken, mit einer durchaus gefährlichen offenen Lampe wurde die verhängnisvolle Unglücksstelle beleuchtet. Das ausgebrochene Feuer fand an den trockenen Schacht-

hölzern und dem trockenen Kohlenstaub die beste Nahrung. 39 Menschen sind dabei zu Grunde gegangen. Wenn auch bei uns Sicherheitsmassregeln *vorgeschrieben* sind — wie sie ausgeführt werden, das ist die entscheidende Frage.

Die Tragödie von Courrières erreichte ihren erschütterndsten Höhepunkt, als 20 Tage nach der Katastrophe 13 längst totgeglaubte Bergleute dem Schacht entstiegen. Einige Tage später kam noch ein Totgeglaubter lebend zu Tage. Die Wut der Bevölkerung gegen die Grubenausbeuter brach elementar los. Wo die Vierzehn lebten, da konnten noch Hunderte gelebt haben. Positiv erklärt der Berichterstatter der *Frankfurter Zeitung,* die Ingenieure hätten zu früh (schon am 11. März) die Rettungsarbeiten eingestellt, die zur Einfahrt drängenden kundigen Arbeiter seien gewaltsam zurückgehalten worden. Aus dieser Schilderung und der anderer bürgerlicher Blätter gewinnt man den Eindruck, dass die Werksinteressenten in erster Linie auf die Erhaltung der Gruben bedacht gewesen sein müssen und nicht alles versucht haben, um die Menschen zu retten. Darüber muss die gerichtliche Untersuchung Aufklärung bringen. Positiv wird aber auch in bürgerlichen Berichten behauptet: wären die Herne-Gelsenkirchener Rettungsmannschaften gleich nach der Katastrophe mit ihren Sauerstoffapparaten zur Stelle gewesen, sie hätten viele Hunderte von Menschen retten können. Die Rettungskolonne konnte erst am dritten Tage im Unglücksrevier sein. Auf den Courrièresschächten befand sich nicht ein einziger Rettungsapparat!

Es handelt sich hier um Sauerstoffbehälter, die den dafür geschulten Mannschaften auf den Rücken oder vor die Brust geschnallt werden. Aus dem Behälter führt ein Atmungsrohr zum Munde des Trägers, dessen Ausatmung in einen Sack abgeführt wird, in dem Kalipatronen die ausgeatmete Kohlensäure absorbieren. Gegen die äusseren Belästigungen durch Brandgase und Qualm wird der Mann durch Rauchhelm und Schutzbrille geschützt. Es existieren mehrere Systeme solcher Rettungsapparate. Mit solchen ausgerüstet, haben die deutschen Rettungsmänner 24 Stunden ununterbrochen in der giftigen Atmosphäre gearbeitet; leider war es zu spät. Da sich in der Tiefe die auferstandenen Vierzehn wochenlang am Leben erhalten konnten, kann nicht stichhaltig bestritten werden, dass, wenn man am 10. März gleich mit Rettungsapparaten vorgegangen wäre, noch Hunderte dem Tode hätten entrissen werden können. Schon vor etwa zehn Jahren hat der Kameraldirektor von Walcher die Verwendung von Sauerstoff für Rettungszwecke durch Konstruktion von Pneumatophoren praktisch gezeigt. Grosse Verdienste um die Ausbildung dieser humanitären Einrichtungen hat sich die Zeche *Shamrock* erworben; sie ist mustergültig vorgegangen. Aber sie hat leider wenig Nachahmung gefunden. Die finanziell glänzend fundierte Gesellschaft von Courrières gab keinen Pfennig aus für Rettungsapparate. Ein Apparat mit zugehöriger Munition (Kalipatronen) kostet nur etwa 500 Mark. Millionen Francs haben die Ausbeuter von Courrières jährlich eingeheimst, für den Schutz ihrer Arbeiter warfen sie nicht einmal einige Tausend Francs aus.

Ist in Deutschland für den Fall von Brandkatastrophen in den Gruben für Rettungsapparate gesorgt? Gleich nach Courrières behauptete die deutsche Werkspresse, so etwas könne bei uns nicht vorkommen, weil unser Rettungswesen »ganz vorzüglich« ausgebildet sei. Diese Behauptung ist einfach unwahr, wofür nunmehr Beweise vorliegen.

Der Vorstand des deutschen Bergarbeiterverbandes hat im April dieses Jahres eine Umfrage veranstaltet nach auf Gruben vorhandenen Rettungsapparaten. Das Resultat hat selbst Kenner unserer Grubenverhältnisse überrascht: Verhältnismässig am meisten sind die oberschlesischen Steinkohlengruben mit Pneumatophoren versehen, was hier auch sehr notwendig ist, weil auf den oberschlesischen Kohlengruben Flözbrände sehr häufig sind. Die fiskalischen oberschlesischen Schächte sind relativ vorzüglich mit Rettungsapparaten ausgerüstet. Aber selbst die feuergefährlichen oberschlesischen Gruben haben nur etwa zum dritten Teil Rettungsapparate, wie die Belegschaftsvertrauensleute berichten. Aus Niederschlesien liegt gar keine Meldung vor. Im Königreich Sachsen sind ebenfalls nicht alle Schächte mit Rettungsapparaten ausgerüstet. Aus dem mitteldeutschen, lothringischen und Aachener Grubengebiet wissen die befragten Belegschaften nichts von Rettungsapparaten. Auf den südbayerischen Zechen konnten nur in Pensberg Rettungsapparate ermittelt werden, sogar auf der fiskalischen Grube *Peissenberg* fehlen solche Einrichtungen. Im Saargebiet brach am 17. April dieses Jahres auf der Grube *Dudweiler* (fiskalisch) ein Brand aus, zehn Arbeiter wurden ohnmächtig und konnten nur mit grosser Mühe gerettet werden. Die näheren Umstände sind bisher nicht bekannt geworden, aber es ist charakteristisch, dass angeblich auch die mit Rettungsapparaten ausgerüsteten Mannschaften bewusstlos zu Tage geschafft werden mussten. Ob die Apparate modern waren, oder ob die Schulung der Rettungsmannschaften — worauf es auch ankommt — genügend war, entzieht sich noch der öffentlichen Kenntnis. Im Ruhrgebiet stellte die Umfrage des Bergarbeiterverbandes nicht einmal auf 25% der Schächte das Vorhandensein von Rettungsapparaten fest! In Bezirken mit 9 bis 29 Schächten war den Belegschaften auf keinem einzigen Schacht etwas von Rettungsapparaten bekannt. Sogar auf den fiskalischen Schächten bei Gladbeck wissen die Arbeiter nichts von Rettungsapparaten. Diese Enquete wirft die einlullenden Lobhudeleien der Werkspresse glatt über den Haufen und fordert gebieterisch schleunigste Vorkehrungen zur Verhütung von Schreckenszenen à la Courrières.

Es genügt durchaus nicht, dass nur auf einigen Schächten in einem Revier Rettungsapparate vorhanden sind. Sie müssen überall bereit stehen, überall müssen Mannschaften in der Handhabung der Apparate geübt sein. Das hat *Borussia* bewiesen. Als dort am 10. Juli 1905 der mörderische Brand ausbrach, fehlte es an Rettungsapparaten, sie mussten erst von einer anderen Zeche geliehen werden, womit viele kostbare Zeit verloren ging. Naturgemäss sind die fremden Rettungsleute auch nicht so vertraut mit dem Gruheninnern, wie die kundigen Belegschaftsmitglieder. Erst am 1. und 2. Mai 1906 wurden die letzten 25 Leichen auf *Borussia* geborgen. Sie waren halbentblösst, die Unglücklichen haben augenscheinlich mit ihren Oberkleidern die Wettertüren verdichtet gegen die Brandgase, um nicht zu ersticken. Demnach können die Leute nach der Katastrophe wer weiss wie lange noch gelebt haben, wartend auf den Retter! Gerade wie in Courrières. Man kann nicht nachweisen, aber annehmen, dass mit Hilfe sofort vorhandener Rettungsapparate kundige Mannschaften die Unglücklichen früh genug aufgefunden hätten. Ist diese durch die Vorgänge in Courrières gestützte Annahme nicht eine unabweisbare Begründung der Arbeiterforderung *Mehr Bergarbeiterschutz!*? Was dort geschehen, kann sich

jeden Tag wieder ereignen. Deshalb ist es nunmehr absolut notwendig, dass von Gesetzes wegen die Grubenbesitzer gezwungen werden, alle Vorkehrungen gegen Wiederholungen solcher Entsetzlichkeiten zu treffen.

Schon anlässlich der Brandunglücke auf *Zollern* und *Borussia* im Jahre 1898 schrieb der Berginspektorbericht, es sei »ein dringendes Bedürfnis, Rettungsapparate bereit zu halten«. Als das letzte *Borussia*unglück — 7 Jahre später! — geschah, waren immer noch keine Rettungsapparate bereit gestellt. Man hat sich zu entschuldigen versucht, indem man sagte — auch der preussische Bergwerksminister Herr Delbrück machte sich im Landtag dieses Argument zu eigen —, es sei sehr schwierig, geeignete Rettungsmannschaften auszubilden. Das ist nur eine leere Ausrede. Die *Rheinisch-Westfälische Zeitung* vom 31. März berichtet aus Courrières, die deutsche Rettungskolonne habe französische Kameraden in der Handhabung der Apparate unterwiesen. Die so Angelernten sind nicht nur in Begleitung der Deutschen miteingefahren, sondern haben auch die Rettungsarbeiten mit den zurückgelassenen Apparaten selbständig fortgesetzt, nachdem die Deutschen heimgekehrt waren. Also was dort in einigen Stunden oder Tagen möglich gewesen ist, das soll in Deutschland im Laufe von Jahren nicht zu erreichen gewesen sein?! Höre man endlich auf mit den Beschönigungsversuchen, es handelt sich um Hunderte und Tausende von Menschenleben.

Nicht enthalten konnten sich die kapitalistischen Wortführer in der Werkspresse und im preussischen Landtage, die prinzipielle Forderung der Arbeiter *Anstellung von Arbeiterkontrolleuren!* überlegen zu verhöhnen: in Courrières seien gesetzlich berechtigte Arbeiterinspektoren in Funktion gewesen, ohne die Katastrophe verhindern zu können. Ist es denn wirklich so schwer, ehrlich gegen die Arbeiter zu sein?

Das französische Gesetz vom 8. Juli 1890 gibt den Arbeiterinspektoren nur die Befugnis, die Gruben zu untersuchen, aber sie haben keinerlei Exekutive. Sie haben lediglich den Untersuchungsbefund zu Protokoll zu geben, sie haben kein Mittel, um die vorgefundenen Missstände, und seien es die allerschlimmsten, abstellen zu lassen, können keinerlei Anordnungen treffen, sondern müssen warten, bis es dem Unternehmer gefällt, Remedur zu schaffen. Dass die Arbeiterinspektoren kein Recht haben, Massregeln zur Abstellung vorgefundener Missstände zu treffen, ist in dem zu dem erwähnten Gesetz ergangenen Ministerialerlass vom 19. August 1890 noch besonders ausdrücklich den Inspektoren eingeschärft worden. Warum sagen das die Verteidiger des Grubenkapitals nicht? Warum sagen sie nicht, dass der Arbeiterinspektor von dem Unglücksschacht III, Simon Pierre, im Protokoll vom 3. März 1906 auf den skandalösen Zustand der Grube aufmerksam gemacht hat — 7 Tage vor der Katastrophe!? Diese Warnung liessen die Grubenleiter und die staatlichen Bergingenieure unberücksichtigt. Und deswegen soll die Unbrauchbarkeit der Arbeiterinspektoren bewiesen sein? Bewiesen ist damit, dass die internationalen Bergarbeiterkongresse vollkommen recht haben, wenn sie für die Arbeiterinspektoren gewisse Exekutivbefugnisse verlangen. Die verlangten Befugnisse versagen den Arbeiterinspektoren auch das englische und das belgische Gesetz. Gleichfalls nur das *Recht*, seinen Befund zu Protokoll zu geben, ist den *Sicherheitsmännern* auf der sächsisch-fiskalischen Grube *Zaukeroda* gegeben. Noch wertloser ist die *Bekanntmachung* der Bergwerksdirektion Saarbrücken vom 15. Dezember

1902, betreffend Befahrung der fiskalischen Gruben durch Mitglieder der Arbeiterausschüsse. In dem Prozess Hilger-Krämer wurde zeugeneidlich festgestellt: Als ein Arbeiterausschussmitglied von ihm vorgefundene Missstände zu Protokoll geben wollte, erklärte der Werksbeamte: »Wir brauchen keine Kritiker. Das kommt nicht ins Protokoll!« Hierdurch veranlasst, hat später der Arbeiter, wie er unter Eid bezeugte, in das Protokoll geschrieben: »Alles in Ordnung!«, auch wenn das Gegenteil richtig war. Welchen Wert haben solche Einrichtungen für die Grubensicherheit? Sie können nur noch mehr Unheil stiften. Darum ist es eine durch und durch unehrliche Kampfesweise, von der Courrièreskatastrophe auf den Wert von Arbeiterinspektoren zu schliessen, wie es im preussischen Landtag geschah. Die Courrièreskatastrophe beweist gerade, wie notwendig es ist, das Institut der Arbeiterkontrolleure überall einzuführen und ihnen wirkliche Befugnisse zur Unglücksverhütung zu verleihen. Viel notwendiger brauchen die Grubenproletarier die von ihnen längst geforderte Reform der Grubeninspektion, als manches andere. Durch rührselige Leitartikel und nachträgliche Geldsammlungen werden die Opfer des modernen Bergwerksbetriebes nicht zum Leben erweckt.

Die Katastrophe von Courrières ist von berufenen Autoritäten als aus aller fachmännischen Berechnung herausfallend beurteilt worden. Ich mache darauf aufmerksam, dass von Arbeiterseite vor Eintritt der schweren Grubenunglücke hingewiesen worden ist auf die lebensgefährlichen Zustände in jenen Schächten. Überlegen haben das die massgebenden Kreise ignoriert. Nachdem das Kind in den Brunnen gefallen, musste der vorher missachteten Arbeiteransicht recht gegeben werden. Wenn ich alles das bedenke, was ich in dieser Hinsicht erlebt habe, und wenn ich in Betracht ziehe, wie wenig die wirklichen Grubenverhältnisse mit den schönfärbenden Stimmungsbildern der Werksinteressenten übereinstimmen, dann muss ich zu dem Schluss kommen, dass auch in deutschen Gruben sogenannte *unberechenbare Zufallsmomente* ein *Courrières* herbeiführen können. Darum darf ich nicht ablassen von der Forderung *Mehr gründlichen Bergarbeiterschutz!*

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HANS FEHLINGER · BERUFLICHE UND SOZIALE GLIEDERUNG IN ÖSTERREICH



ZU den wichtigsten Aufgaben der Sozialstatistik gehört unstreitig die Erforschung der wirtschaftlichen Struktur eines Staates, sowie der Wandlungen, welchen sie unterworfen ist, denn sie ermöglicht es uns, die Tendenzen der Entwickelung zu erkennen; aber erst in verhältnismässig jüngster Zeit ist ihr die gebührende Aufmerksamkeit zugewendet worden. Die Ergebnisse der berufs- und sozialstatistischen Erhebungen, die in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts in den meisten Kulturstaaten stattfanden, haben sowohl der Wissenschaft, wie der praktischen Sozialpolitik wertvolles Material geliefert. Es verlohnt sich daher, auch auf die Resultate der österreichischen Berufszählung von 1900[1]) kurz einzugehen;

[1]) Vergl. *Österreichische Statistik*, LXVI. Band: *Berufsstatistik [nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 31. Dezember 1900* /Wien 1904/.

sie lassen die berufliche und soziale Organisation der Bevölkerung nach dem Stande vom 31. Dezember 1900 erkennen, und es ist zum erstenmal die Möglichkeit geboten, die Entwickelung während eines Jahrzehnts zu verfolgen.[2]) Man darf sich nicht wundern, dass in einem Staat wie Österreich, dessen ökonomische Struktur von äusseren Einflüssen relativ wenig abhängt, die im Laufe von zehn Jahren eingetretenen Veränderungen nur geringfügig erscheinen. Gehen wir ihnen aber nach, so enthüllen sich uns dennoch wissenswerte Tatsachen.

Die Methoden der Zählung und der Verarbeitung des gewonnenen Materials sind in Österreich im grossen ganzen von jenen, nach welchen bei der Berufszählung im Deutschen Reiche vorgegangen wird, wenig abweichend, so dass nähere Auseinandersetzungen über sie unterbleiben können. Unter der *Berufsgliederung* wird die Verteilung einer Bevölkerungsgruppe auf die einzelnen Berufsbetätigungen verstanden. Diese Bevölkerungsgruppe kann entweder nur die berufstätigen Personen oder die gesamte Bevölkerung umfassen, also die Berufstätigen allein oder diese und die indirekt Berufszugehörigen, das sind die Familienangehörigen und die Hausdienerschaft. Die Zahl der Personen in jeder dieser beiden Bevölkerungsklassen, sowie deren Verhältnis zu einander in den Jahren 1900 und 1890 veranschaulicht die folgende Tabelle.

Bevölkerungsklasse	Zahl im Jahre 1900		Zahl im Jahre 1890	
	absolut	%	absolut	%
Berufstätige	14 108 596	54,0	13 569 287	56,8
Angehörige und Dienende	12 042 112	46,0	10 326 126	43,2
Gesamtbevölkerung	26 150 708	100,0	23 895 413	100,0

Die Gesamtbevölkerung hat im Lauf der zehn Jahre um 9,44 % zugenommen, die Berufstätigen jedoch nur um 3,97 %, also erheblich weniger rasch. Verfolgt man die Veränderungen, so ist zu finden, dass die Berufstätigen in der Industrie, dem Handel und Verkehr, dem öffentlichen Dienst und den freien Berufen zu-, in der Land- und Forstwirtschaft jedoch abnahmen, und zwar vornehmlich in den Alpen- und Sudetenländern; Galizien, Krain und Dalmatien weisen hingegen eine Zunahme der landwirtschaftlich Berufstätigen auf. Die Eigenheiten der einzelnen kulturell verschiedenen Gebiete Österreichs kommen noch deutlicher zum Ausdruck in der absoluten Vermehrung der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung (einschliesslich der Angehörigen und Dienstboten) in den Karpathen- und Karstländern und deren Rückgang in den Alpen- und Sudetenländern. In diesem Zusammenhange ist es angebracht, auf die natürliche Vermehrung der ackerbautreibenden Bevölkerung der Karpathenregion zu verweisen, die rascher ist, als bei den übrigen Berufsklassen und in den anderen Teilen Österreichs. Die geringe Entwickelung der Industrie in Galizien und der Bukowina bietet ferner der heranwachsenden Jugend wenig Gelegenheit, der Landwirtschaft den Rücken zu kehren.

An der Abnahme der landwirtschaftlich Berufstätigen ist das weibliche Geschlecht in viel stärkerem Masse beteiligt, als das männliche; es ergibt sich

[2]) Mit den Volkszählungen von 1869 und 1880 waren gleichfalls Berufserhebungen verbunden; doch sind deren Resultate dürftig, und die Bearbeitung, wie die Darstellung erfolgte nach anderen Gesichtspunkten, so dass Vergleiche nicht angestellt werden können.

nämlich beim männlichen Geschlecht eine absolute Abnahme um 81,927 Personen (1,97 %), beim weiblichen Geschlecht jedoch um 181 722 Personen oder um 4,22 %: Prozentsätze, denen bei der verschiedenen Beteiligung der beiden Geschlechter am Berufsleben eine Gesamtabnahme der Berufstätigen um 2,8 % im Verhältnis zur ortsanwesenden Bevölkerung entspricht.

Die Vermehrung der industriellen Bevölkerung war eine mässige, die Vermehrung der im Handel und Verkehr, sowie im öffentlichen Dienst und den freien Berufen tätigen Bevölkerung eine bedeutende. In der letztgenannten Klasse hat die Zahl der Berufstätigen rascher zugenommen, als die Gesamtheit der Berufszugehörigen. Die Intensität ist allerdings auch territorial verschieden. Eine Erscheinung des modernen Wirtschaftslebens wird durch die österreichischen Berufszählungen bestätigt: D e r K r e i s d e r d e m H a n d e l u n d V e r k e h r z u g e w a n d t e n P e r s o n e n w ä c h s t r a s c h e r, a l s d i e d e r i n d u s t r i e l l e n P r o d u k t i o n g e w i d m e t e n K r ä f t e. Dies wird in der folgenden Tabelle dargestellt.

Berufsklasse	Berufstätige		Zu- oder Abnahme %
	1890	1900	
Land- und Forstwirtschaft	8 469 223	8 205 574	− 3.11
Industrie	2 880 897	3 138 800	+ 8,95
Handel und Verkehr	845 073	1 036 483	+ 22,65
Öffentlicher Dienst und freie Berufe	1 374 004	1 727 739	+ 25,47

Die produktive Bevölkerung in den beiden Klassen *Land- und Forstwirtschaft* und *Industrie* zusammen ging etwas zurück, während in den beiden anderen (nichtproduktiven) Klassen eine Vermehrung der Berufstätigen um 545 055 stattfand. Eine ähnliche Erscheinung, besonders die rasche Zunahme der im Handel und Verkehr tätigen Bevölkerung, findet sich in allen modernen Kulturstaaten. Erwähnenswert ist aber, dass in den Ländern angelsächsischer Kultur die nichtproduktiven Schichten der Klasse *Öffentlicher Dienst etc.* weniger stark vertreten sind und viel langsamer zunehmen, als in den mitteleuropäischen Staaten.

Die nichtberufstätige Bevölkerung zählte im Jahre 1900 11 563 356 Familienangehörige, gegen 9 896 849 im Jahre 1890, was einer Zunahme um 17,16 % entspricht; die Zahl der Dienenden stieg in der selben Zeit von 456 277 auf 478 756 (4,93 %). Die indirekt Berufszugehörigen vermehrten sich von 1890 bis 1900 in der Land- und Fortwirtschaft um 2,68 %, in der Industrie um 13,78 %, im Handel und Verkehr um 23,15 %, im öffentlichen Dienst und in den freien Berufen um 24,61 %.

In Österreich ist die Proportion der Berufstätigen höher, als im Deutschen Reich, wo diese, zusammen mit den beruflosen Selbständigen, im Jahre 1882 42,99 %, 1895 aber 44,26 % der Bevölkerung repräsentierten. Zu beachten ist ferner, dass in Österreich die Zahl der Berufstätigen im Verhältnis zur Einwohnerzahl zurückging, im Deutschen Reiche stieg. Dies weist auf eine allmähliche Ausgleichung der Wirtschaftsverhältnisse in den beiden Staaten hin. Gegenwärtig ist Österreich in Bezug auf industrielle und kommerzielle Entwickelung noch hinter dem Deutschen Reiche zurück, wogegen der Landwirtschaft eine höhere Bedeutung zukommt. Nach den Resultaten der letzten Zählung entfielen von je 100 E r w e r b s tätigen auf die Landwirtschaft 56,3

(36,19 im Jahre 1895 im Deutschen Reich), auf Industrie und Gewerbe 21,5 (36,14 im Deutschen Reich), auf Handel und Verkehr 7,1 (10,21), auf den öffentlichen Dienst, die freien Berufe und die Berufslosen 11,8 (15,57), auf häusliche und persönliche Dienstleistung 3,3 (1,89).

Hinsichtlich der sozialen Belastung, welche in dem Verhältnis der Berufstätigen zu den Dienenden und Angehörigen zum Ausdruck gelangt, resultiert, dass in Österreich die Quote der Angehörigen seit 1890 allgemein zunahm, am meisten in Industrie und Gewerbe. Bei den Dienenden kam nur in der Landwirtschaft eine Zunahme, sonst eine geringe Abnahme vor. Auf je 1000 Berufstätige entfielen:

Berufsklasse	1890 Angehörige	Dienende	1900 Angehörige	Dienende
Land- und Forstwirtschaft	572	4	664	7
Industrie	1090	49	1185	46
Handel und Verkehr	1346	150	1407	106
Öffentlicher Dienst etc.	544	110	542	98
überhaupt	727	34	820	34

Werden die zwei Kategorieen der Nichtberufstätigen zusammengefasst, so zeigt sich überall, mit Ausnahme der Klasse *Öffentlicher Dienst und freie Berufe*, eine Steigerung der Belastungsziffer, und zwar entfielen im Jahre 1900 auf 1000 Berufstätige in der Landwirtschaft 671 Angehörige und Dienende (576 im Jahre 1890), in der Industrie 1231 (1139), im Handel und Verkehr 1513 (1496), im öffentlichen Dienst und in den freien Berufen 640 (654). In allen vier Klassen zusammen stieg die Belastungsziffer von 761 auf 854. Die geringe Zahl der Angehörigen in der Landwirtschaft rührt daher, dass sehr viele Familienmitglieder als *Mithelfende* erwerbstätig sind und damit — wenigstens teilweise — für den eigenen Unterhalt aufkommen. In der Klasse *Öffentlicher Dienst etc.* hat die selbe Erscheinung in der Einbeziehung des aktiven Militärs, der katholischen Geistlichkeit u. s. w. ihre Begründung. Bei Beurteilung der vorstehenden Zahlen muss auch beachtet werden, dass die Quote der Angehörigen zu einem guten Teil von der Geburtenfrequenz abhängt, die bei den einzelnen Bevölkerungsschichten verschieden ist; durch eine geringe Kinderzahl zeichnen sich besonders die Angehörigen der freien Berufe aus.

Die Berufsstatistik verfolgt nicht bloss den Zweck, die Gliederung der Bevölkerung nach Berufen aufzudecken, sondern sie hat ausserdem noch die wichtige Aufgabe, die soziale Schichtung zu bestimmen. Diese bezieht sich, wie die Berufsgliederung, unmittelbar auf die Berufstätigen und wird erst mittelbar auch auf die Angehörigen ausgedehnt. Im Jahre 1900 wurden Selbständige, Angestellte, Arbeiter, Taglöhner und mittätige Familienangehörige unterschieden, während bei der vorigen Zählung die Arbeiter und mittätigen Familienangehörigen nicht getrennt worden waren. Die zuletzt genannte Klasse umfasst jene Familienangehörigen der Unternehmer nicht, welche regelmässig als Vollarbeiter in Verwendung stehen, was schon daraus hervorgeht, dass bei der Betriebszählung[3]) in den Kleinbetrieben (einschliesslich der mit Heimarbeiterkarten gezählten Betriebe) der Industrie und des Handels allein 314 790 Familienangehörige der Unternehmer beschäftigt waren, wogegen in diesen beiden Berufsklassen in dem Bericht über die Berufszählung 147 893 mit-

[3]) *Österreichische Statistik*, LXXV. Band, 1. Heft: *Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung vom 3. Juni 1902* (Wien 1906).

helfende Personen angegeben sind. Fassen wir der Einfachheit halber die Arbeiter und Taglöhner in eine Gruppe zusammen, so erhalten wir von der Verteilung der Berufstätigen auf die sozialen Klassen das folgende Bild.

Soziale Klasse	1900	1890	Zu- oder Abnahme %	Prozent aller Berufstätigen 1900	Prozent aller Berufstätigen 1890
Selbständige	4 310 676	3 842 640	+ 12,18	30,6	28,3
Angestelle	444 751	353 721	+ 25,74	3,2	2,6
Arbeiter	5 268 693	9 372 926	− 0,21	37,3	69,1
Mithelf. Familienangeh.	4 084 476			28,9	
zusammen	14 108 596	13 596 287	+ 3,79	100,0	100,0

Einer relativ bedeutenden Zunahme der Selbständigen und der Angestellten steht eine Abnahme der Zahl der Arbeiter (und der mithelfenden Familienangehörigen) gegenüber. Das grösste Kontingent der Zunahme der Selbständigen stellen solche Berufsgruppen, in welchen mit dieser Bezeichnung ganz andere soziale Elemente erfasst werden, als in den übrigen Berufen, wie Rentner, von Unterstützungen lebende Personen, Anstaltsinsassen u. s. w. Ohne Berücksichtigung dieser nahm die Zahl der Selbständigen nur um 6,37 % zu. Auffallend ist die Vermehrung der Angestellten; speziell im öffentlichen Dienst und den freien Berufen betrug sie 27,7 %, worin nicht nur die fortschreitende Ausgestaltung des Unterrichtswesens, des Sanitätsdienstes etc. zum Ausdruck kommt, sondern auch das enorme Anwachsen der Bureaukratie. Die Arbeiterklasse ist seit 1890 in der Landwirtschaft zurückgegangen, in allen übrigen Berufskategorieen nahm sie zu, am meisten im Handel und Verkehr. Die nachstehende Tabelle veranschaulicht die Verteilung der Berufstätigen nach sozialen Klassen im Jahre 1900.

Soziale Klasse	Landwirtsch. Anzahl	Landwirtsch. %	Industrie Anzahl	Industrie %	Handel und Verkehr Anzahl	Handel und Verkehr %	Öffentlicher Dienst etc. Anzahl	Öffentlicher Dienst etc. %
Selbständige	2 164 582	26,4	593 429	18,9	368 580	35,6	1 184 085	68,6
Angestellte	20 738	0,3	75 153	2,4	111 855	10,8	237 005	13,7
Arbeiter	2 085 532	25,4	2 368 725	75,5	509 648	49,1	304 788	17,6
Mithelf. Familienangeh.	3 934 722	47,9	101 493	3,2	46 400	4,5	1 864	0,1

Um die im Laufe des Jahrzehnts 1890 bis 1900 eingetretenen Veränderungen beurteilen zu können, ist im folgenden die soziale Gliederung im Jahre 1890 dargestellt.

Soziale Klasse	Landwirtsch. Anzahl	Landwirtsch. %	Industrie Anzahl	Industrie %	Handel und Verkehr Anzahl	Handel und Verkehr %	Öffentlicher Dienst etc. Anzahl	Öffentlicher Dienst etc. %
Selbständige	2 006 764	23,7	597 847	20,8	314 577	37,2	923 453	67,2
Angestellte	22 432	0,3	39 316	1,4	106 343	12,6	185 630	13,5
Arb. u. mith. Fam.-ang.	6 440 027	76,0	2 243 734	77,8	424 153	50,2	265 012	19,3

Für die Industrie ist die Abnahme der berufstätigen Selbständigen um 0,7 % bei einer gleichzeitigen Vermehrung der Angehörigen dieser sozialen Schicht um 4,0 % charakteristisch; dies weist darauf hin, dass die Abnahme der selbständigen Existenzen durch den Konzentrationsprozess in einigen zur Grossindustrie gehörigen Produktionszweigen verursacht wurde, während gleich-

zeitig die Zahl der Kleinbetriebe stieg. Die soziale Schichtung in Österreich unterscheidet sich von jener im Deutschen Reich, wie sie 1895 festgestellt wurde, besonders durch die geringere Proportion der Selbständigen und Angestellten in der Land- und Forstwirtschaft und in der Industrie, wie durch deren etwas höhere Proportion im Handel und Verkehr.[4]) Doch haben in Deutschland von 1882 bis 1895 die Selbständigen weniger rasch zugenommen, als in Österreich von 1890 bis 1900 (um 5 %, gegen 12 %); die Angestellten aber um mehr als 100 %, die Arbeiter um 20 %. Hieraus leuchtet die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Entwickelung hervor.

Besondere Schwierigkeiten für die Berufszählung bietet die Erfassung des Nebenerwerbs. Hier soll nur bemerkt werden, dass die Zahl aller Personen mit Nebenerwerb im Jahre 1900 764 781 betrug, oder um 177 003 (30,1 %) mehr, als vor zehn Jahren. Die Nebenberufe sind bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung am meisten von Bedeutung; von der Gesamtzahl der Nebenberufsfälle entfielen auf diese 402 639 (84,2 % mehr, als 1890). In der Industrie sank die Zahl der Personen mit Nebenberuf um 19,4 %.

Die Frauenarbeit hat in Österreich seit 1890 nicht zugenommen; das ist eine Tatsache, die Beachtung verdient. Es waren Frauen beschäftigt:

Berufsklasse	1890 absolute Anzahl	% der Berufstätigen	1900 absolute Anzahl	% der Berufstätigen
Land- und Forstwirtschaft	4 304 581	50,8	4 122 859	50,2
Industrie	725 037	25,2	717 898	22,9
Handel und Verkehr	248 718	29,4	296 798	28,6
Öffentllicher Dienst etc.	542 350	39,5	712 948	41,3
zusammen	5 820 686	43,0	5 850 503	41,5

Hieraus erhellt eine relative Abnahme des Umfanges der Frauenarbeit von 43 % aller Berufstätigen im Jahre 1890 auf 41½ % 1900. Die weibliche Erwerbsarbeit ist besonders in der Landwirtschaft und im öffentlichen Dienst etc. stark ausgebildet; sie ist in Österreich allgemein von grösserem Umfange, als in Deutschland, Grossbritannien oder den Vereinigten Staaten. Die Zahl der Frauen unter den Selbständigen stieg seit 1890 in jeder Berufsklasse, ebenso jene der Angestellten mit Ausnahme der Landwirtschaft. Die Proportion der Arbeiterinnen und der mithelfenden weiblichen Familienmitglieder ging in allen Berufsklassen ausser der Landwirtschaft zurück, und zwar von 52,2 % aller Personen dieser sozialen Schicht auf 50,3 %. Es entfielen 1900 von allen erwerbstätigen weiblichen Personen: auf die Schicht der Selbständigen 1 171 713 oder 18,6 %, der Angestellten 67,905 oder 1,1 %, der Arbeiterinnen 1 590 658 oder 25,2 %, der Mithelfenden 3 020 227 oder 47,9 % und endlich auf die Schicht der Dienstboten 456 208 oder 7,2 %. Die Frauenarbeit ist in der österreichischen Landwirtschaft viel mehr ausgebreitet, als in der des Deutschen Reichs (50,2 %, gegen 33,2 % der landwirtschaftlich Berufstätigen); in der Klasse *Industrie* ist der Gegensatz kein so grosser mehr (22,9 %, gegen 18,4 %), ebenso im Handel und Verkehr (28,6 %, gegen 24,8 %). Während aber in Österreich die Frauenarbeit seit 1890 an Bedeutung verlor — abgesehen von der Klasse *Öffentlicher Dienst etc.* — nahm sie in Deutschland von 1882 bis 1895 zu.

[4]) Im Deutschen Reich waren im Jahre 1895 von den Berufstätigen in der Landwirtschaft 30,98 % Selbständige, 1,16 % Angestellte, 67,86 % Arbeiter; in der Industrie 24,90 % Selbständige, 3,18 % Angestellte, 71,92 % Arbeiter; im Handel und Verkehr 36,07 % Selbständige, 11,20 % Angestellte und 52,73 % Arbeiter.

Hinsichtlich der Altersgliederung der berufstätigen Bevölkerung in Österreich zeigt sich die wichtige Erscheinung, dass im Jahre 1900 die Altersstufe *11 bis 20 Jahre* in den Berufsklassen *Industrie* und *Handel* eine relative Abnahme erfahren hat, was wohl darauf zurückzuführen ist, dass die Zahl der in Berufsvorbereitung befindlichen Personen — die der vierten Berufsklasse eingeordnet wurden — bedeutend stieg. Ein weiteres wichtiges Moment ist darin gelegen, dass unter den Berufszugehörigen der Land- und Forstwirtschaft die jüngsten und höchsten Altersstufen (bis 20 Jahre und über 50 Jahre), also der Hauptsache nach die noch nicht und die nicht mehr vollproduktiven Jahrgänge, stärker, die vollproduktiven Jahrgänge (21 bis 50 Jahre) aber schwächer besetzt sind, als 1890. In der Industrie zeigt die Altersstufe *21 bis 30 Jahre* eine stärkere Besetzung, als gelegentlich der vorhergegangenen Zählung, im Handel und Verkehr ist das selbe der Fall hinsichtlich der Altersstufen zwischen 21 und 41 Jahren.

Soweit das vorliegende Material zu Schlussfolgerungen berechtigt, weist es entschieden auf eine Entwickelung Österreichs zum Industriestaat hin, obwohl dieser Prozess langsam vor sich geht; aber der kulturelle Gegensatz, der zwischen dem Westen des Reiches einerseits und dem Osten wie dem Süden andererseits besteht, erfährt keine Abschwächung.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDMUND FISCHER · LAIENBEMERKUNGEN ZUR REFORM DES STRAFRECHTS

JURISTEN sind leicht geneigt, verächtlich die Nase zu rümpfen, wenn ein Laie sich erlaubt, sich über juristische Fragen zu äussern. Indes, das Strafrecht ist in meinen Augen gar keine *juristische* Angelegenheit, und daher wage ich es auch auf die Gefahr hin, als Unberufener zurückgewiesen zu werden, mich in diese Dinge zu mischen. Die Reform des Strafrechts steht auf der Tagesordnung nicht des juristischen, sondern des öffentlichen Lebens. Der hervorragendste und kühnste Streiter für eine durchgreifende und wahrhaft fortschrittliche Reform in Deutschland, der Berliner Rechtslehrer von Liszt, hat trotz seiner grossen und anerkannten Autorität nur ein kleines Häuflein Juristen auf seiner Seite, und die Reformgedanken dieses grossen Rechtsgelehrten werden scheitern an dem Widerstande der Juristen, wenn ihm nicht von anderer Seite Hilfe kommt. Denn darüber muss man sich klar sein: Was Liszt erstrebt, ist in letzter Linie doch nichts anderes, als die Lehren der Lombrososchen Schule, geläutert, den neueren Forschungen entsprechend, in der Rechtsprechung zur Anwendung zu bringen. Und das bedeutet, gewollt oder nicht gewollt, die Beseitigung des ganzen juristischen Formelwesens im Strafrecht. Erzogen im juristischen Denken, verirrt im Walde der Paragraphen, sehen die Juristen aber nur sich und diese Paragraphen. Die Regierung und die höheren Verwaltungsbeamten setzen sich aus Juristen zusammen. Juristen beherrschen die Parlamente und die Parteien. In diesen Tatsachen sind die Hindernisse für eine gesunde Reform des Strafrechts zu suchen.

Die von den modernen Strafrechtsgelehrten, Ferri, Liszt und anderen, erstrebte

Reform lässt sich am kürzesten dahin präzisieren, dass nicht mehr, wie jetzt, das Verbrechen, sondern dass der Verbrecher gerichtet werden soll. Dass also der Justiz die Binde, die sie ja doch nur zum Scheine vor den Augen trägt, abgenommen, dass nicht mehr *ohne Ansehen der Person*, mechanisch nach Paragraphen, sondern je nach der biologischen Beschaffenheit des Verbrechers und den sozialen Umständen, aus denen heraus das Verbrechen entstand, Recht gesprochen werde. Zu Richtern würde man dann keine Juristen mehr nehmen, sondern Anthropologen und Soziologen, die weniger nach einem geschriebenen Rechte, als nach dem Ergebnis ihrer wissenschaftlichen Untersuchungen entscheiden, wie etwa der Arzt über einen Kranken. Diese Auffassung von der Rechtsprechung steht der des Volkes sehr nahe. Wenn das Volk die Juristen gemeinhin hasst, so in erster Linie deshalb, weil das Paragraphenrecht seinem Rechtsempfinden zuwider ist. Das Volk urteilt stets nach Ansehen der Person, es verurteilt nicht das Verbrechen an sich, sondern, je nach den Umständen der Tat und der Person des Täters, den Verbrecher. Wir sehen, dass Schwurgerichte überführte Verbrecher, auch wenn sie nicht der Gesellschaftsklasse der Geschworenen angehören, freisprechen und anderen jede Milde versagen. Ehe ein Lombroso die Resultate seiner Forschungen bekannt gab, kannte das Volk schon das *Diebsgesicht*, sah es dem Verbrecher *an der Stirne geschrieben*, wessen er fähig sei, kannte es den *bösen Blick*, und ehe Soziologen auf den Zusammenhang von Verbrechen und sozialen Verhältnissen hinwiesen, sprach das Volk die Kindesmörderin frei, war es der Meinung *Not kennt kein Gebot*. Das Volk hat nie an die Binde der Justitia geglaubt, und sein Rechtsempfinden, das die Jahrhunderte des Paragraphenrechts nicht zu ändern vermochte, verlangt auch gar nicht, dass die Justiz blind sei.

Die Rechtsanschauung des Volkes entspricht also bereits annähernd einer Reform des Strafrechts, wie sie Ferri in Italien, Liszt in Deutschland propagieren. Und soweit dies nicht der Fall ist, gilt eben das, was Liszt hierzu schreibt: »Die Gesetzgebung hat mit den im Volke lebenden Rechtsanschauungen, den *überlieferten Werturteilen*, als einen mächtigen und wertvollen Faktor zu rechnen. Sie muss sich hüten, plötzlich mit ihnen zu brechen; sie darf aber auch nicht vergessen, dass sie die Rechtsanschauung des Volkes vorsichtig zu leiten und allmählich zu erziehen im stande und berufen ist.«[1])

Eine durchgreifende Reform des Strafrechts wird nur möglich sein unter dem Drucke einer Volksbewegung. Nichts geschieht aber nach dieser Richtung hin. Die derzeitige Stellung der Sozialdemokratie ist einer Reform des Strafrechts im Sinne eines Ferri, eines Liszt auch entgegen. Denn mit einer solchen Reform lässt sich die Forderung im Punkt 8 unseres Programms *Rechtsprechung durch vom Volke gewählte Richter* nicht vereinbaren. Immer noch hält man auch in unseren Reihen an der Auffassung fest, dass die Verbrechen nur Produkte der sozialen Verhältnisse seien, dass sie mit besseren sozialen Zuständen im allgemeinen verschwinden werden. Diese Auffassung halte ich für eine durchaus irrige. Ferri drückt sich noch sehr vorsichtig aus, wenn er sagt: »Selbst die verbreitetste Ansicht, dass das Verbrechen nur das Produkt der Gesellschaft ist, erscheint mir einseitig und unbefriedigend.«[2]) Er ist der Meinung, »dass der wirtschaftliche Faktor nicht ohne die biologischen Bedin-

[1]) Vergl. Franz von Liszt: *Lehrbuch des deutschen Strafrechts* /Berlin 1905/, pag. 79.
[2]) Vergl. Enrico Ferri: *Das Verbrechen als soziale Erscheinung* /Leipzig 1896/, pag. 66.

gungen Verbrechen herbeiführen würde, ja, dass er nicht einmal eine erste und absolute Ursache vom Verbrechen ist . . . Bei der Wechselwirkung von Ursachen und Wirkungen ist der Schluss unvermeidlich, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse nur einer der mehrfachen Faktoren sind, die mit mehr oder weniger Energie zusammen das Verbrechen determinieren.« Die gleiche Anschauung vertritt auch Liszt.

Man kann ja für jedes Verbrechen und Vergehen schliesslich neben anderen auch eine soziale Ursache finden. Tausende von Rechtsverletzungen entspringen auch direkt oder indirekt schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen. Aber ebenso richtig ist es, dass Tausende von Rechtsbrüchen mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen gar nicht oder nur sehr gewagt in geringem Masse direkt oder indirekt in Verbindung zu bringen sind. Für den Mord aus Eifersucht kann der Soziologe so wenig eine Erklärung geben, wie etwa für den Meineid, den ein hochgebildeter Mann aus *edlen Motiven* leistet, und mit dem er vielleicht ein Menschenleben vernichtet, also indirekt einen Mord begeht. Die Verbrechen und die Rechtsverletzungen überhaupt lassen sich allgemein weder aus den sozialen Verhältnissen, noch aus der biologischen Beschaffenheit des Täters, noch aus dem freien Willen des Rechtsverletzers allein erklären. Sicher entspringen viele Rechtsbrüche lediglich den sozialen Verhältnissen. Für andere — und darunter gehören wohl die meisten schweren Verbrechen — kann uns nur die Kriminalbiologie eine Aufklärung geben. Bei einer dritten Gattung haben die sozialen Verhältnisse und die biologische Beschaffenheit des Verbrechens zusammengewirkt, hat eine Ursache die andere hervorgerufen oder ergänzt. Aber man muss auch zugeben, dass für viele Verbrechen weder soziale Ursachen, noch krankhafte Beanlagungen in Betracht kommen können.

So wenig, wie die Trunksucht, die Prostitution und die Krankheiten allgemein nur den sozialen Verhältnissen entspringen, lassen sich die Verbrechen in erster Linie durch die Soziologie erklären. Und solange es Menschen geben wird aus Fleisch und Blut, beherrscht von Leidenschaften, behaftet mit guten und schlechten Eigenschaften, Liebe und Hass, Eifersucht und Neid, Ehrgeiz und Egoismus, und solange es Krankheiten geben wird, die im Körper und Geiste anormale Zustände hervorrufen, die sich dazu noch vererben, so lange wird es *Verbrecher* geben, vor denen man sich schützen muss. Ist ein Hennig etwa das Produkt der wirtschaftlichen oder sozialen Verhältnisse? Er hat brave Eltern und Geschwister, eine gute Erziehung genossen, war nicht in Not. Nur der Anthropologe vermag eine Erklärung für diese Art von Verbrecher zu geben. Gewiss: durch bessere wirtschaftliche und soziale Verhältnisse können eine grosse Anzahl von Verbrechen verhindert werden — aber die Menschen werden auch zahlreicher, das Zusammenleben wird ein engeres, komplizierteres, und daher ist in absehbarer Zeit jedenfalls nicht zu erwarten, dass die Verbrechen und Rechtsbrüche verschwinden. Wir haben uns damit abzufinden, dass ein Strafrecht und ein Strafvollzug dauernd bestehen werden. Damit fällt uns die Aufgabe zu, unsere ganze Kraft darauf zu verwenden, diese Einrichtungen so zu gestalten, dass sie zweckentsprechend sind, dass sie der Humanität, aber auch der Wissenschaft entsprechen.

Wie Ferri, verlangt Liszt, dass die Strafe als Zweckstrafe »sich in Art und Mass nach der Eigenart des Verbrechers richte, den sie durch Zufügung eines Übels von der künftigen Begehung weiterer Verbrechen abhalten

will«. In dieser Forderung liege der Ausgangspunkt für die Entwickelung des Programms einer Gesetzgebung der Zukunft. Zu einer derartigen Individualisierung der Verbrecher bedarf es aber, statt der Juristen und Laien, Biologen und Soziologen. Daher deduziert Liszt: »Die zielbewustte Bekämpfung des Verbrechens setzt . . . eine berufsmässige Ausbildung aller an der Strafrechtspflege beteiligten Personen insbesondere nach der Richtung voraus, dass diese mit dem gesamten Leben und Treiben der Verbrecherwelt in allen seinen Beziehungen vollständig vertraut gemacht werden.« Trotzdem müsse das Strafrecht eine systematische Wissenschaft bleiben, denn nur die Ordnung der Kenntnisse im System verbürge eine sichere Herrschaft über alle Einzelheiten, »ohne welche die Rechtsanwendung stets Dilettantismus bleibt, jedem Zufall, jeder Willkür preisgegeben«.

Die individuelle Behandlung der Rechtsverletzer in dieser Weise schliesst meines Erachtens aber ein so weitläufig detailliertes, paragraphiertes Strafgesetzbuch, wie das heutige, aus. Und mit Recht meint Ferri: »Soll . . . das Untersuchungsverfahren eine wissenschaftlich psychologische Erforschung des Angeklagten bedeuten, wobei das Verbrechen als blosse Bedingung der Strafbarkeit, der Verbrecher, die erste Rolle spielt, dann muss sich das Strafgesetzbuch offenbar darauf beschränken, einige allgemeine Regeln über die Formen gesellschaftlicher Abwehr und Sanktion und über die wesentlichen Merkmale jedes Verbrechens und Vergehens zu geben, während der Richter mit grösserer, durch die positiven, wissenschaftlichen Ergebnisse des Verfahrens kontrollierter Freiheit und in weiser Menschlichkeit über den Menschen, den er vor sich hat, wird urteilen müssen.«

Darin liegt nun der Schwerpunkt dieser Reform: der Justiz muss die Binde von den Augen genommen, es muss nach Ansehen der Person geurteilt werden; es sollen zwar allgemein gehaltene Rechtsgrundsätze bestehen, aber im übrigen soll den Richtern die grösste Freiheit in ihren Entscheidungen, die sie nach dem Ergebnis ihrer wissenschaftlichen Untersuchung fällen, gegeben werden. Solche Richter, die sich aus Anthropologen und Soziologen zusammensetzen, können nur Berufsrichter sein, eine Wahl der Richter durch das Volk scheidet aus. Ebenso die Schwurgerichte, von denen Ferri mit Recht sagt: »Die Jury ist eine regressive Erscheinung, denn sie repräsentiert die mittelalterliche, instinktive Stufe der Rechtsprechung.« Ich weiss auch nicht, welche Vorteile heute noch die Schwurgerichte bieten sollen. Ganz gleich, wie ihre Zusammensetzung auch beschaffen sei: eine gerechtere Beurteilung erhalten durch sie die Angeklagten nicht. Von politischen Prozessen rede ich hier nicht. Wir verlangen die Abschaffung der politischen Prozesse überhaupt. Aber, solange man noch politische Vergehen kennt und aburteilt, so lange sollen für diese ganz selbstverständlich Schwurgerichte bestehen bleiben respektive verlangt werden. Zur Beurteilung aller übrigen Rechtsbrüche halte ich aber die Laiengerichte für nicht mehr zeitgemäss.

Die Bedenken gegen die Willkür der Richter sind meines Erachtens nicht stichhaltig. Diese Willkür bestand auch bisher. Wenn der Richter die Wahl hat zwischen 5 Mark Geldstrafe und 2 Jahren Gefängnis oder zwischen 1 Tag und 10 Jahren Gefängnis u. s. w., so ist das gewiss ein sehr grosser Spielraum, dass man sagen kann: der Richter entscheidet ganz nach freiem Ermessen. Aber er entscheidet heute als Jurist — und darin liegt das Übel. Der Jurist kennt als

Richter kein anderes Ziel, als das, dem Buchstaben des Gesetzbuches Genugtuung zu verschaffen. Dass ja der Buchstabe richtig angewandt werde, darauf verwendet er seine ganze Arbeitskraft. Und macht er einmal die Augen auf, sieht er sich das Objekt an, das gegen einen Paragraphen verstossen hat, dann kommt in der Regel, gewiss auch aus ehrlicher Überzeugung, ein schlimmes Klassenurteil heraus, weil ihm das Wesen des Verbrechers ein völlig unbekanntes Ding ist und er aus den rauhen Äusserlichkeiten des Armen auf einen rohen Menschen schliesst, der durch eine harte Strafe gebessert werden müsse, aus den gebildeten Manieren des Reichen aber auf einen Unglücklichen, der Mitleid und Nachsicht verdiene. Der Rechtsanwalt hinwiederum muss seine ganze Kraft aufwenden, um das Buchstabenrecht so zu drehen, dass sein Klient eine Lücke findet zum Durchschlüpfen.

Wären die Richter keine Juristen, sondern Biologen und Soziologen, dann wäre ihr ganzes Interesse nur auf Körper und Seele des Angeklagten und dessen Lebensverhältnisse gerichtet. Wir sehen, wie der junge, reiche Arzt beim Kinde der fremden Bettlerin die Kanüle anlegt und mit seinem Munde das Krankheitsgift aussaugt, um das Kind zu retten, sein eigenes Leben opfernd. Wie ferner der ernsthafte Soziologe unwillkürlich an die Seite der Armen rückt, um ihnen zu helfen. Das ist etwas ganz Natürliches. Jeder Berufsmensch muss, wenn ihn sein Beruf mit Befriedigung erfüllen soll, in seiner Arbeit leben, ein Interesse, eine Liebe für den Gegenstand seiner Arbeit finden. Wie der Künstler, so der Gelehrte, so der Richter. Wie die Juristen nur für ihre Paragraphen leben, so wird, wenn für den Richter nicht mehr der Paragraph das Objekt seines Handelns ist, sondern der vor ihm stehende Mensch, dieser das Interesse des Richters allein erwecken, wie für den Arzt der Kranke, und man darf sicher erwarten, dass die Rechtsverletzer dann eine mildere und gerechtere Beurteilung und Verurteilung erfahren werden, als heute. Zudem wird heute jedes Gerichtsurteil der öffentlichen Meinung unterbreitet, die eine viel wirkungsvollere Schranke gegen richterliche Willkür bietet, als der Paragraphenwald des Strafgesetzbuches.

Anders, als durch die weitestgehende Individualisierung der Verbrecher lässt sich eine wirklich gerechte und humane Rechtsprechung nicht einführen. Man kann zum Beispiel den Diebstahl nicht unter allen Umständen freilassen. Die Straflosigkeit kann aber auch nicht nur dann eintreten, wenn er aus wirklicher Not geschah. Denn wenn wohlhabende Frauen unzählige Diebereien in ganz zweckloser Weise vollführen, hat das mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen gar nichts zu tun. Wenn aber feststeht, dass mehr als 90 % dieser Diebereien von Frauen während der Zeit ihrer Menstruation begangen werden, so steht der physiologische Einfluss auf den Geisteszustand der Frauen ausser Zweifel, und ob man diesen Zustand nun *Kleptomanie* oder anders nennen will: hier muss der Psychiater urteilen, nicht der Jurist, und zwar nach wissenschaftlicher Untersuchung, von Fall zu Fall. Bekanntlich plädierte der berühmte Leipziger Nervenarzt Möbius vor einigen Jahren dafür, dass die Frauen wegen Vergehen und Verbrechen milder beurteilt werden müssen, als die Männer, dass für sie im Gesetze eine geringere Verantwortlichkeit festgelegt werde. Die gesamte schreibende Frauenwelt fiel damals über Möbius her — und doch muss es so kommen, wenn die arme Kindesmörderin einmal gerechte Richter finden soll.

Teilweise brechen sich die hier angeführten Auffassungen auch bereits in der heutigen Rechtsprechung Bahn. Bei Lustmördern und anderen schweren Verbrechern werden fast stets Psychiater zu Rate gezogen. Aber damit ist wenig getan. Die Reform muss das ganze juristische Gebäude niederreissen und allgemein den Verbrecher, nicht das Verbrechen, zum Gegenstand der Untersuchung machen. Solange das nicht geschieht, sind alle anderen Vorschläge ziemlich wertlos. Aufhebung der niederen Gefängnisstrafen, Schadenersatz an den Verletzten wird vorgeschlagen. Was soll man damit anfangen? Wenn ein Arbeiter 100 Mark Schadenersatz leisten soll, wäre das für ihn furchtbarer, als 14 Tage Gefängnis. Wie sollte er dann 500 oder 1000 Mark zahlen? Solche Vorschläge sind — solange nicht individualisiert werden kann — so unrealisierbar, wie etwa das Wirtshausverbot, das Liszt als Strafmittel vorschlägt.

Die ganze Reform muss von Grund auf angestrebt, der Gedanke muss unter die Massen geworfen, in den Parlamenten und der Presse muss diese Reform vertreten werden. Und man kann hier getrost am Althergebrachten anknüpfen: Man besetze zunächst einmal die Gerichtshöfe, statt mit Juristen, mit Anthropologen und Soziologen, was ja auch Liszt verlangt. Solange diese Reform nicht durchgeführt ist, wird auch im Strafvollzuge nicht viel anderes geschehen, als dass die Gefangenen mit mehr Humanität behandelt werden: einer Individualisierung der Verurteilten muss die Individualisierung der Angeklagten vorausgehen. Und dazu ist erforderlich, dass die Kriminalbiologie und die Kriminalsoziologie das heutige Kriminalrecht ablösen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

FRANZ LINDHEIMER · PERSÖNLICHKEIT UND SOZIALISMUS



»VOLK und Knecht und Überwinder, sie gestehen zu jeder Zeit: höchstes Glück der Erdenkinder sei nur die Persönlichkeit.« Wollten wir unter *Persönlichkeit* nichts als die geistige Besonderheit verstehen, durch welche die Individuen sich von einander abheben und unterscheiden, so könnten wir mit dieser Definition nicht das Beglückende und Erstrebenswerte erklären, welches die Persönlichkeit nach Goethe für die Erdenkinder ist. Erst wenn wir zugleich die geistige Höhe und Kraft der Individuen, die innere Freiheit der Personen in den Begriff einschliessen, verstehen wir Goethes Ausspruch. Nur so auch begreifen wir die Persönlichkeit als einen wirkenden kulturellen Faktor. Im übrigen kann es ruhig dahingestellt bleiben, was unsere Sprache mit den Worten *Persönlichkeit* und *Individualität* sagen will. Nehmen wir einmal an, direkt sei damit die geistige Besonderheit, Eigenart, Differenziertheit der Individuen gemeint, auch dann kann man — und darauf kommt es schliesslich an — die Frage der Persönlichkeit nicht erörtern, ohne in die Frage nach der geistigen Höhe der Individuen und nach ihrer Entwickelung in dieser Richtung einzutreten. Denn die Differenziertheit ist mit der Qualifiziertheit der Geister untrennbar verbunden. Sie ist ein formales Prinzip, welches die Qualifiziertheit und die Entwickelung zu ihr als ein solches des Inhaltes fordert, und umgekehrt würde geistige Höhe und Freiheit sich in der Form eines verschiedenartigen Zuschnittes der Individuen äussern wollen. Mit

anderen Worten: Individuen, deren Geist unentwickelt ist und nicht weitergebildet wird, können keine geistige Besonderheit bewahren und äussern, und solche, welchen Besonderheit verwehrt ist, können auf keiner geistigen Höhe stehen. Der Grad der Besonderheit der Individuen entspricht jederzeit dem Grade ihrer geistigen Entwickelung.

Dass Persönlichkeit allen Menschen eine Notwendigkeit ist, auch »Volk und Knecht«, um mit Goethe zu sprechen, wird, im Gegensatz zu einer ungenierteren Vorzeit, heute von den »Überwindern« schon zugegeben. Natürlich ist es nur eine sehr theoretische Zugabe, und in der Praxis stehen die modernen innerpolitischen Überwinder von Lohnsklaven, die unter der Devise *Gleiches Recht für alle!* jede Rechtsungleichheit zu üben gelernt haben, durchaus auf historischem Boden. Wie alle früheren Überwinder, haben sie die Überzeugung, sie selber seien Persönlichkeiten, und das genügt ihnen. Obwohl sie sehr gerne von der Erhaltung der Persönlichkeit reden, widersetzen sie sich der Annäherung des Ideals und lassen durch philosophierende Sachwalter das Verhältnis von Persönlichkeit, Sozialismus und Kapitalismus in sein genaues Gegenteil umstülpen. Insbesondere von der geistigen Differenziertheit der Individuen wird von dieser Seite dreist gesagt, sie müsse durch den Sozialismus, weil er alles *gleichmacht* und *nivelliert,* verloren gehen und könne nur durch die in dem System des Privateigentums begründeten Vermögens- und Machtabstufungen erhalten werden. Es ist kaum eine Behauptung zu denken, die bei der grössten Sicherheit, auf ein gemeines Publikum zu wirken, so unwahr ist, wie diese.

Sicherlich ist in jeder Ordnung Gleichmacherei zu finden. Es fragt sich nur, was für eine. Die Gleichmacherei des Sozialismus, als eines ökonomischen Prinzips, beruht darin, allen Menschen gleichwertige wirtschaftliche Existenzmöglichkeiten zu geben. Daraus folgt noch nicht einmal die Gleichheit der wirtschaftlichen Existenzen, und man sollte annehmen, dass niemand sich selbst als Individuum so herabsetzen kann, die Gleichheit der Geister daraus zu folgern. In Wahrheit folgt das Gegenteil daraus, denn die Menschen können sich nach eigener, individueller Besonderheit erst dann von einander unterscheiden und abheben, wenn die Existenz aller von gleichwertigen materiellen Bedingungen getragen wird. Gerade so, wie die Bäume nur auf ebenem Boden sich genau ihrer Höhe entsprechend überragen. Auf dem welligen Gelände der heutigen Wirtschaftsordnung, wo die Individuen in den Tiefen und auf den Höhen des Privatbesitzes wurzeln, ist dagegen alles, was nach persönlicher Besonderheit aussieht und als solche wirksam ist, eine grobe Täuschung, verursacht durch die Besonderheit der materiellen Bedingungen, durch die besondere Höhenlage des Bodens, auf den der einzelne durch ungeordnete Vorgänge wirtschaftlicher Art gestellt ist. Wohl kann eine Eiche, die in der Tiefe wurzelt, das auf der Höhe spriessende zwerghafte Stämmchen doch noch überragen; aber um wieviel mehr würde sie das bei gleicher Wurzelbasis tun! Und immer wird sie unter der gleich starken und gleich schönen Eiche zurückbleiben, die auf der Höhe wächst. Der Wert einer ebenen materiellen Grundlage für das reine Hervortreten der Individualitäten ist etwas so Selbstverständliches und Anschauliches, dass diejenigen, die es unternehmen, im Namen der Individualität daran vorbeizureden, damit nur bekunden, wie sehr sie, trotz all der schönen Worte, in ihrem Herzen die menschliche Persönlichkeit miss-

achten. Erst wenn die materielle Grundlage aller Existenzen eine ebene sein wird, wird man berechtigterweise von einem Ringen der Individualitäten, von dem Siege der Tüchtigsten im Kampf ums Dasein und von einer Auslese durch natürliche Zuchtwahl reden können. Und die Tüchtigsten werden — infolge der Gemeinsamkeit des Arbeitsnutzens — alsdann die sozial Nützlichsten sein. Dass unter dem Privateigentum der Wettbewerb der Individuen und die Auslese verfälscht sind, hat schon Darwin selbst ausgesprochen.

Wollte man nun einwenden, mit der Entfaltung solch eines reinen Individualismus beschwöre der Sozialismus einen allzu heftigen Wettkampf der Individuen herauf, weshalb man sich vor ihm hüten müsse, so wäre ein derartiges Wort im Munde unserer Gegner zwar ein erfreuliches Zeichen beginnenden Verständnisses und erwachender Ehrlichkeit, aber es wäre doch nicht zutreffend. Denn der Sozialismus, welcher die volle Entfaltung und gerechte Geltung der individuellen Kräfte bewirkt, tut es nicht, ohne zugleich dem Kampf ums Dasein innerhalb der menschlichen Gesellschaft eine menschenwürdige, vergeistigte Form zu geben, die wir heute nicht kennen. Durch eine weitgehende Egalisierung der *Futterplätze* und die Gemeinschaft des Arbeitsnutzens beseitigt der Sozialismus die Konkurrenz menschlicher Individuen um den materiellen rein und direkt persönlichen Nutzen[1]), und indem er ihnen die geistige Entwickelung, um die sie bisher betrogen sind, ermöglicht, befähigt und spornt er sie zum besseren Wettbewerb, zu dem des Wissens, der Sittlichkeit und der Schönheit, für welchen sie sich heute mit Recht bedanken würden. Hier zeigt es sich von neuem, wie innig die Differenzierung und die Entwickelung der Geister mit einander verwebt sind.

Das Problem der geistigen Entwickelung ist kaum weniger anschaulich, als das der Differenzierung, aber es präsentiert sich mexhodischer, weil es ganz genau das Problem der Philosophie ist. Die Philosophie war und ist nichts anderes, als ein beständiges Tasten und Suchen der Menschen, sich geistig zu entwickeln, und das Ziel dieses Verlangens ist innere Freiheit, das heisst die Erhebung unserer psychischen Person über das äussere Geschick. Die innere Freiheit ist der adäquate Zusand der Persönlichkeit und in der Tat das erstrebenswerte höchste Glück der Erdenkinder. Aber dieses Streben zur Höhe, welches vielleicht so alt ist, wie das Denken überhaupt, ist in alter und neuer Zeit mit den Geboten der menschlichen Natur und mit den praktischen Notwendigkeiten des Lebens in Konflikt geraten und über diesen Konflikt niemals hinweggekommen. Als die Stoa entdeckte, »dass der Mensch nicht ein isoliertes Wesen ist«, dass es seiner Natur entspricht, »wenn er nicht nur seine eigenen, sondern auch die fremden Werte zu realisieren sucht« (Gomperz), war dieser Konflikt gegeben. Vorher, in einer heiter-naiven Zeit, als Griechenland-Athen ein kraftvolles politisches Leben hatte, und es allen, die für die damalige Menschlichkeit in

[1]) Diese Beseitigung des materiellen Konkurrenzkampfes innerhalb der menschlichen Art ist eigentlich nur eine Nachahmung der Natur, eine Würdigung und Krönung natürlicher, der zoologischen und ethnographischen Forschung wohlbekannter Lebensgesetze. Denn schon die Natur hat dem aristokratischen Gesetze des Kampfes und der Auslese das demokratische Gesetz der Gegenseitigkeit zur Seite gestellt und beide in der Schöpfung als Faktoren der Entwickelung geoffenbart. Darwin, der an dem imposanten Gebäude der wissenschaftlichen Entwickelungstheorie den *rechten* Flügel ausgebaut hat, hinterliess uns doch schon manchen Stein zum Ausbau des *linken*. Als der unvergleichliche Beobachter der Natur, der er war, wusste er das Gegengesetz des Kampfes ausserordentlich hoch zu schätzen und hat viele Seiten mit Beobachtung und Würdigung des sozialen Lebens innerhalb der Art angefüllt. Entschieden ist schon nach dem von ihm gesammelten Material der Kampf ums Dasein innerhalb der Arten durchbrochen.

Betracht kamen, gut ging, da konnten die Philosophen bei ihrem Suchen nach Erkenntnisglück sich selbst und jeden andern fröhlichen Herzens als einen psychisch unabhängigen, isolierten Komplex empfinden. Nun waren die Zeitverhältnisse anders geworden, Griechenland stand unter mazedonischer, später unter römischer Herrschaft. Man litt allgemein. Der hilflosen Lage aller entsprach ein instinktives Gefühl der Zusammengehörigkeit, und mit einem Male sah sich in der Stoa der Mensch genötigt, nicht für sich allein, sondern für die anderen mitzuphilosophieren. Die konkreten Bedingungen des Lebens, die immer die Zügel des abstrakten Denkens sind, hatten durch ihren Ernst das Denken zur Vertiefung hingeführt und damit die Unmöglichkeit der geistigen Entwickelung fühlbar gemacht. Aus der philosophischen Tradition wusste man, dass es eine innere Freiheit geben müsse, und man wollte von dem sokratischen Glückesideal nicht lassen, aber der Weise hatte jetzt viel mehr, als seinen eigenen Schmerz, zu überwinden, sein Auge und Ohr waren, schärfer sehend und feiner hörend, als einst, dem Leben zugewandt, er vernahm die Ansprüche der anderen und sah das Unrecht, das sie litten; kurz: die Forderung eines allgemeinen Sittengesetzes stand neben dem Ideal der inneren Freiheit. Damit war die edle Ruhe des Weisen und die geistige Entwickelung der Menschheit zerstört, denn das Sittengesetz muss bei einer ungerechten Ordnung der materiellen Dinge immer den Stempel des Mitleids und des Kummers an der Stirne tragen, und unter der Einwirkung dieser Gefühle entwickelt sich der menschliche Geist nicht zur Höhe.[2]) Die Philosophie hatte auch damals nicht jenen Mut der Verzweiflung, Leid und Qual des Schwachen, Gewalttat und Genuss des Starken zum Prinzip eines Sittengesetzes zu erheben. Verlegen stand sie dem Konflikte gegenüber, und das erklärt die Kompromisstimmung der stoischen Lehre, die noch spät, aber sehr deutlich in dem merkwürdigen Satze der römischen Stoa *Der Weise fühlt kein Mitleid, aber er hilft* zum Ausdruck kommt. In ihm stehen die grosse theoretische Vergangenheit und die grössere, wenn auch gar ferne praktische Zukunft einander gegenüber. Hier ist, trotz der Versicherung der Mitleidslosigkeit, das Ideal der inneren Freiheit nur noch eine schöne Leiche. Aber in dem zweiten Teile des Satzes keimt auch schon die tätige soziale Gerechtigkeit. Der Grundstein zu einem neuen Aufbau der Gesellschaft, in der die sittliche Forderung nicht schmerzt und das Ideal der inneren Freiheit wieder auflebt, ist gelegt. Den zeitlichen Untergang des Ideals hatte auch Aristoteles schon richtig erkannt, als er es zwar »lustvoll«, aber »schöner, als einem Menschen zukommt,« nannte.

Seitdem war die Philosophie nicht im stande, das lustvolle Ideal zu beleben. Sie ging entweder dem alten Konflikt aus dem Wege, oder sie scheiterte, so oft sie ihn aufnahm. Darum musste sie das Panier der geistigen Entwickelung

[2]) In einem sehr geistreichen Essay *Der Sozialismus und die Seele des Menschen* hat Oscar Wilde den Abscheu der Persönlichkeit vor dem Mitleid gut vertreten. »Der grösste Nutzen«, sagt er, »den die Einführung des Sozialismus brächte, liegt ohne Zweifel darin, dass der Sozialismus uns von der schmutzigen Notwendigkeit, für andere zu leben, befreite, die beim jetzigen Stand der Dinge so schwer auf fast allen Menschen lastet . . . Sie sehen sich von scheusslicher Armut, scheusslicher Hässlichkeit, scheusslichem Hungerleben umgeben. Es ist unvermeidlich, dass ihr Gefühl durch all das stark erregt wird.« Man sage nicht, so spräche nur einer, dessen innere Freiheit vom schönen Schein abhängig ist. Die Worte mögen noch so sehr wie die eines Ästheten klingen, das ihnen zu Grunde liegende Gefühl ist ethisch und ihre ganze Meinung ist es auch. Ein durchaus ethisch nuancierter Individualist hat mit anderen Worten das Fazit des Individualismus verkündet, und diese Worte bedeuten praktisch das gleiche. Leo Tolstoj sagte zu Hugo Ganz: »Das Individuum gelangt ja im Streben nach Selbstvervollkommnung unbedingt zum Solidarismus.«

und der inneren Freiheit an die Soziologie abgeben. Der Zusammenhang der materiellen und der geistigen Dinge, den die Stoa fühlte, musste begriffen, die materiellen Dinge selber mussten im Sozialismus verstanden und beim wahren Namen genannt werden. Die innere Kultur des einzelnen leidet und gedeiht mit und mittels der äusseren Kultur aller. Denn das Individuum kann, wie Lawrow sagt, in eine geistige Entwickelung gar nicht eintreten, solange sich in ihm nicht die Einsicht entwickelte, dass die Gerechtigkeit in ihren Endergebnissen mit dem persönlichen Vorteil identisch ist, und diese Einsicht wird von den Individuen nur in einer sozialistischen, auf Solidarität errichteten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kommen.

Allerdings gibt es Individuen, die durch die Kraft einer Illusion die Einheit von Egoismus und Gerechtigkeit schon heute geniessen, und die sich durch keine Macht der Welt diese notwendige Vorbedingung der Geistesentwickelung rauben lassen; aber, was sie so voreilig als die Einheit von Egoismus und Gerechtigkeit empfinden, ist immer eine Verleugnung der Gerechtigkeit oder des Egoismus. Der einzelne bedarf ja nur der freundlichen Himmelsgabe, sich der *Macht der Verhältnisse* gehörig unterordnen zu können, um alsbald zu *wissen*, dass alles, was er für sich und sein Haus tut, für das Volk, für die Menschheit, für Gott u. s. w. getan ist. In diesem schönen und friedlichen Bewusstsein handelte gewiss jener Herzog der Renaissance, der eines Tages, als die hungernden Bürger seiner Stadt Mailand ihn um Beendigung der kostspieligen Kriege anflehten, sich exemplarisch vor persönlicher Belästigung schützte und auf der Stelle zweihundert der Bittenden von seinen Söldnern totschlagen liess. In gleicher Weise, nur in grösserem Massstabe, sind in Petersburg am Blutsonntage Gerechtigkeit und Egoismus *identifiziert* worden, und ganz unhistorische Staatsbürger begehen an allen Orten und an jedem Tage von früh bis spät in milderer Form die gleiche Identifizierung, indem sie voller Gesetzlichkeit und Gemütsruhe ihre Nebenmenschen geistig und körperlich missbrauchen und vergewaltigen. Und andere, die geopfert und missbraucht werden, fühlen sich im Hinblick auf Gesetz und Gewohnheit in ihren persönlichen Ansprüchen befriedigt, haben ebenfalls das behagliche Bewusstsein der Einheit von Egoismus und Gerechtigkeit.

Diese Illusion politisch hassenswerter Individuen, welche der Menschheit von jeher teuer zu stehen kam, verpflichtet den philosophischen Betrachter zu nichts. Die Individuen, die ausserhalb des Sozialismus die Einheit von Gerechtigkeit und Egoismus geniessen, braucht man nur in das Licht der modernen Philosophie zu bringen, um zu sehen, dass sie für den menschlichen Geist und seine Entwickelung nichts bedeuten. In solcher Beleuchtung werden sie durchsichtig und verschwinden. Die Philosophie hat nämlich noch immer Beweiskraft. Sie macht aus zweimal zwei nicht fünf und gelangt nicht zu Resultaten, ohne die nötigen Voraussetzungen zu haben. Wenn der Philosoph den Sozialismus nicht hat, so gelangt er nicht zur Einheit von Egoismus und Gerechtigkeit und also nicht zur geistigen Entwickelung und inneren Freiheit. Aus diesem Grunde sind die krampfhaften Entwickelungs versuche, welche der moderne Geist unter Ignorierung des Sozialismus anstellte, so wichtig. Sie alle mussten scheitern, aber sie tragen viel zur Diagnose unserer geistigen Situation bei, auf welche sie ein erschreckendes, blitzartiges Licht werfen. Mit einer Übereinstimmung, die ironisch und grausam aussieht, die

aber nur logisch ist, resultieren diese modernen Entwickelungskämpfe darin, dass sie entweder den Egoismus oder die Gerechtigkeit klar und laut verneinen.

Es sei der Kürze halber nur an zwei der inbrünstigsten und berühmtesten Versuche der neuen Philosophie erinnert. Schopenhauer hat um Erkenntnis gerungen. Er gelangte zu einem mystischen Triumph der Nächstenliebe und der Gerechtigkeit, zu der Lehre vom gänzlichen Erlöschen des egoistischen Prinzipes. Nirwana. Wir müssen seinem verzweifelten Ringen tiefe Achtung zollen, aber unser Menschentum sträubt sich, die Frucht dieses Ringens anzunehmen. Wir wollen nicht Erlöschen und Apathie, sondern wir wollen Genuss und eigenes Leben, und wir glauben, dazu berechtigt und verpflichtet zu sein. Nietzsche wurde an das entgegengesetzte Ufer verschlagen. Sein erbitterter Kampf um Erkenntnis brachte ihn dahin, dass er Mitleid und Gerechtigkeit gegen andere als Sklaventugend hinstellte, die wir abtun müssen. Nur dem Starken, der das vermag, räumte er ein Recht auf Lebensgenuss ein. In der edlen Absicht, den Menschen die Individualität zu retten, lehrte er die Unmenschlichkeit. Es gibt andere Beispiele. Jeder Versuch moderner geistiger Fortentwickelung ist eines. Viele sind bekannt, einige berühmt, aber gewiss sind Tausende von Menschen in aller Stille verzweifelt, weil sie weder ihren Egoismus, noch ihre Gerechtigkeit verneinen und verleugnen konnten.

Die bedeutsame Ähnlichkeit der Resultate moderner Philosophie bringt die verborgene Ursache des geistigen Martyriums, die Feindschaft von Egoismus und Gerechtigkeit, an den Tag. Es ist, als erschiene auf den Gesichtern unglücklicher Kinder die sorgfältig übertünchte Qual einer Ehe. Wie töricht, die qualvolle Feindschaft von Egoismus und Gerechtigkeit zu leugnen! In einer Gesellschaft, wo jeder, um sich zu erhalten, den Kampf gegen alle führen muss, wo die Starken gar nichts Grosses schaffen könnten, wenn sie nicht die Schwachen ausbeuteten, ist sie das Selbstverständliche.

Der Mensch hat sich seit langem auf dem Felde seiner materiellen Existenz — dort also, wo jede Härte und jeder Fehler unmittelbar sein Fleisch treffen, sein Blut verbittern — derart eingerichtet, dass er ein Gerechter nur auf Kosten des persönlichen Vorteils und ein Egoist nur auf Kosten der Gerechtigkeit sein konnte. Das war wider sein Menschentum, und was er in dieser langen Periode des Irrtums und der Heuchelei zur Entwickelung seines Geistes versuchte, schlug fehl und war gleichfalls wider sein Menschentum. Jeder Versuch, wenn er sich tauglicher Mittel bediente, führte zur Leugnung der Gerechtigkeit oder des Egoismus. Und dennoch: ein Egoist sein und ein Gerechter, dieses, und nur dieses, braucht der Mensch. Er kann weder den Egoismus, noch die Gerechtigkeit und Nächstenliebe verleugnen, ohne sein Menschentum aufzugeben. Der Sozialismus hilft. Schon hat er den heute nur noch gewaltsam konservierten Irrtum des wirtschaftlichen Lebens erschüttert, um an seine Stelle die Solidarität der Arbeitsleistung und die Gemeinsamkeit des Arbeitsnutzens zu setzen. Dann wird der Gewinn und die Würde eines jeden Gewinn und Würde aller sein. Und dann, wenn der Mensch zu jeder Stunde und in jeder Lage seiner konkreten Existenz ein Gerechter und ein Egoist sein darf, wird er auch den Weg zur geistigen Höhe gewonnen haben.

Der Sozialismus bewirkt die Differenzierung und die Entwickelung der Geister

und damit den Aufstieg der Menschen dem Glücke der Persönlichkeit entgegen. Eines Tages werden die Menschen in zahlreicheren Figuren, als heute, sich anziehen und abstossen, sich verbinden und bekämpfen, sich lieben und hassen, und sie werden es fröhlicheren Mutes, ehrlicheren Sinnes, mit grösserer Sicherheit und Anmut und mit mehr Verstand tun, als heute.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUDOLF KLEIN · EIN JAHRHUNDERT DEUTSCHER MALEREI

UNTER der Leitung Hugo von Tschudis wurde in der *Nationalgalerie* zu Berlin eine Ausstellung veranstaltet, die uns die deutsche Kunst des letzten Jahrhunderts in ihrer Entwickelung — so weit man von einer solchen reden kann — vorführen sollte. Die Ausstellung ist vielfach angegriffen worden, doch sehr zu Unrecht. Denn allein wenn wir bedenken, welch einen Genuss uns die nie wieder zu ermöglichende Zusammenwirkung dieser für eine so kurze Zeit aus ganz Europa herbeigeschafften erlesenen Kunstwerke bereitete, so können wir gar nicht genug den Veranstaltern danken für die unendliche Mühe, die sie nicht scheuten, das Werk zu stande zu bringen. Abgesehen von einigen missvergnügten Historikern und den üblichen Journalisten, die alles besser wissen, aus dem einfachen Grunde, weil ihr Beruf dies verlangt, ging der Widerspruch vornehmlich von den Malern älterer Richtung aus. Doch die Frage ist damit nicht gestellt und beantwortet, wie weit diese Maler berechtigt waren, eine bestimmte Gruppe von Künstlern zu vermissen — die um die Mitte des letzten Jahrhunderts den lärmendsten Erfolg und die klingende Münze einzogen und somit doch alle Ursache hätten, auf ihren fragwürdigen Lorbeern auszuruhn — es handelt sich hier um den Typus des Akademikers selbst, um seine Tätigkeit, deren Psychologie zu schreiben eine Preisaufgabe für Moralisten wäre: so sehr litt nicht nur die Kunst unter ihrer Herrschaft, auch das ganze Menschenmaterial, das durch ihre Hände ging, nahm geistigen Schaden daran. Dass der Akademiker schlechte Bilder malt, wäre nicht das Schlimmste, und daraus wäre ihm kein Vorwurf zu machen: als Typus genommen aber ist er der schlimmste Schädling am idealen Kunstleben unseres Volkes, und sein kunstfeindliches Denken lässt sich schon deutlich nachweisen bei den Schülern der sogenannten *Meisterateliers*, die sich in diesen parasitär breit machen, auf die Akademie schimpfend, bis sie selbst eine Professur inne haben und die gleiche Wirkung üben. Man wirkt unmoralisch, wenn man die ideellen Werte fälscht; darin aber besteht heute die Tätigkeit des Akademikers und so ist es eine Tatsache, dass heute niemand weniger von der Kunst versteht, als die Maler jener Richtung. Aber die Gefahr liegt viel tiefer, sie hat mit den schlechten Bildern dieser Leute nichts zu tun; sie liegt da, dass es heute tatsächlich keinen Beruf gibt, dessen *gebildete* Vertreter derartig verlernt haben, organisch zu denken: wer aber verlernt hat, organisch zu denken, der denkt, ohne es zu wollen, negativ, das heisst hier unmoralisch.

So wäre denn niemand weniger fähig, als ein Maler dieser Richtung, eine solche Ausstellung zu arrangieren. Es konnte dies nur einem Historiker vom Schlage

Tschudis gelingen; doch nicht etwa seiner Gelehrsamkeit wegen, vielmehr weil er nicht nur gelehrt, sondern ein Mensch ist, der einen Blick für die Werte des Lebens hat, für das Wesen der Entwickelung. So ergab sich aus dieser seiner Art das Programm der Ausstellung ganz von selbst. Es galt, um die Gelenke ihres Organismus herauszuarbeiten, jene Künstler besonders zu betonen, in deren Werk sich der lebendige Geist ihrer Zeit verkörpert; dabei mussten naturgemäss solche Künstler mehr oder weniger übergangen werden, in deren Werk sich dieser nicht findet, weil es in irgend einer Weise sich von der Anlehnung ernährte, statt aus dem Volksmark seiner Tage gewachsen zu sein. Nun haben diese Künstler ja allerdings auch das Recht, zu sagen: wir vertreten ebensosehr den Geist unserer Tage, und zwar, wie unser Erfolg beweist, einen sehr mächtigen; dem aber wäre zu erwidern, dass wir heute schon genug Distanz gewonnen haben, zu konstatieren, dass dieser Geist nicht jener war, der am wachsenden Baum des Volkswerdens die Knoten der Entwickelung markiert: ein Geist, der, leider allzu häufig verdunkelt, im letzten Jahrhundert in Deutschland still im Verborgenen schaffen musste, während im hellen Licht des Tages im Wirken der Marktschreier die Phrase geräuschvoll verrann, ohne eine Spur in der Seele des Volkes zurückzulassen, aus deren langsamer Verdichtung Werte keimen konnten. Es würde zu weit führen, hier auch nur annähernd darauf hinzuweisen, wie die Akademie und ihre Vertreter die Entwurzelung zwischen Kunst und Volk bedingte und beschleunigte, so dass am Ende des Jahrhunderts die wenige selbständige Kunst wie isoliert dasteht, als eine Sache des einzelnen, ohne Zusammenhang mit der Volksseele, ohne Protektion der Führenden. Es war daher nur natürlich, dass die Ausstellungsleitung einen Teil ihrer Aufgabe darin sah, in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts nach den im Lauf der Zeit verschütteten Quellen zu forschen, aus denen damals eine gesunde Kunst gewissermassen als täglicher Hausbedarf in die breiten Kreise eines empfänglichen Bürgertums sich ergoss: als eine Basis für jene wenigen Werke der monumentalen Kunst, die immer nur vereinzelt entstehen können, und die später, ohne die natürliche Voraussetzung jener gesunden, naturalistischen Bürgerkunst, die Akademieen epigonenhaft zu züchten als ihre Aufgabe betrachteten. Der Zeitraum der Ausstellung wurde daher festgesetzt auf die Spanne von 1775 bis 1875. Diese auf den ersten Blick für den Beobachter ein wenig befremdenden Ziffern einer Jahrhundertausstellung sind jedoch beinahe selbstverständlich. Im letzten Viertel des XVIII. Jahrhunderts ruhen die Wurzeln der neuen Kunst, und im letzten Viertel des XIX. liegt diese nahezu schon in der Agonie: die Kunst des XX. kündigt sich an. Die grössten Vertreter der vorigen sind schon abgetreten.

So begegnen wir an der Pforte des neuen Jahrhunderts denn auch in Daniel Chodowiecki einen Mann, der beider Zeiten Züge in seinem Antlitz vereint: ist er im grössten Teil seiner Gemälde in vollständiger Abhängigkeit von Watteau, so sehen wir in seinen Handzeichnungen die Keime des neuen Denkens, die einem Grösseren, Gottfried Schadow, den eignen Weg weisen sollten, während die Mehrzahl seiner Zeitgenossen als vortreffliche Porträtisten noch das koloristische Erbe des Barock verarbeiteten; doch, wie uns das Werk von Anton Graff zeigt, nicht ohne mit offenem Blick ins Leben zu schauen. Die geistigen, durch die neuentdeckte archäologische Wissenschaft in das Kunstleben fliessenden Strömungen, wie sie sich unter dem Einfluss Winckelmanns in der Person von

Asmus Carstens verkörpern, bedeuteten hiergegen, wie wir alle wissen, einen starken Rückschlag, in dem die Künstler unter ihrem Schwarm für die Antike die im Porträt noch so glänzend dokumentierte Malkunst auf Jahrzehnte verlernen sollten. Da aber auch unter dieser Anbetung des kalten und leeren Formalismus der geistige Gehalt so gut wie gänzlich in die Brüche ging, versuchte eine Gruppe von Künstlern, auf dem Umweg über das italienisáe Quattrocento sich der Natur aufs neue zu nähern. Nicht ohne den Einfluss der romantischen Literatur und ihres Schwarms fürs Mittelalter, gerieten diese Künstler auf jenen Weg, der ihnen, ihrer religiösen Neigungen wegen, den Spottnamen *Nazarener* eintrug. Die Tradition war damals in Deutschland so vollends vernichtet, dass begabte Künstler wie diese, ohne eine direkte Anlehnung nicht auskommen zu können glaubten, und so erkannten sie aber mit Recht in den primitiven Künstlern die grössere Innigkeit, während sie in der nachraffaelischen Kunst den leeren Fomalismus witterten, dem sie gerade entfliehen wollten. Für uns heute sind ihre Werke daher dort am lebendigsten, wo sich ihre Abhängigkeit am wenigsten fühlbar macht; das heisst im Porträt, und es soll nicht verschwiegen werden, dass diese Künstler, die bedeutende Menschen waren, auf diesem Gebiet, trotz gewisser Trockenheiten der Ausdrucksmittel, Hervorragenderes leisteten, als es lange Zeit nach ihnen und in unseren Tagen der Fall ist. In direktem Zusammenhange mit der Schule der Nazarener standen verschiedene Abzweigungen der romantischen Kunst, die in den verschiedensten Gegenden Deutschlands ihre Siedelungspunkte hatten, und deren Kraft und Wollen im Werke der beiden grössten jener Zeit, im Werke Schwinds und Rethels gipfeln. Es ist so bekannt, dass wir uns hier, bei dem knapp bemessenen Raum, nicht bei ihm aufhalten dürfen, um uns mit jenen zu befassen, die in der Ausstellung als die Neuentdeckten gelten.

Ich sagte schon, dass der Geist des neuen Werdens in Deutschland teilweise im Verborgenen zu wirken gezwungen war, während der leere Lärm des Akademizismus seine Scheinraketen verpuffte. Liegt uns nun auch nichts ferner, als die teilweise hervorragende Kunst der Nazarener — Rethel, den grössten, danken wir ihnen — mit diesem Akademizismus auf eine Stufe zu stellen, so gab es in ihren Tagen doch eine Gruppe von (seltsamerweise meist früh verstorbenen) Künstlern, die noch direktere Fühlung zum Leben suchte, als die Nazarener im Gegensatz zu den Klassizisten. Wenn deren Kunst nun auch — damit wir sie heute wiederentdeckten — von der der Nazarener überflügelt wurde, so können wir nicht in die Behauptung mit einstimmen, sie sei von ihr erdrückt worden. Jene frühen Naturalisten, sie schufen in Hamburg, Berlin, München, Wien, hatten Gelegenheit, ihr Letztes und Bestes zu geben, und gaben es auch: wenn ihre Kunst aber den Ruhm der Nazarener nicht überdauerte, so lag dies hier, bei allen ihren Vorzügen, in dieser Kunst selbst begründet, der es trotz aller formalen Natürlichkeit, die sie vor den Nazarenern voraus hatten, an deren geistiger Kraft fehlte. Wenn wir nun aber heute diese Kunst wiederentdecken, so freuen wir uns an ihrem reinen und schönen Können und beneiden eine Zeit, in der der Durchschnitt, vor allem auf dem Gebiet des Porträts, so Vorzügliches leistete. Wie vorteilhaft sticht nicht die Porträtkunst der Oldach, Krüger, Waldmüller von der der akademischen Phraseure der folgenden Jahrzehnte ab, ja selbst von dem meisten, das heute auf diesem Gebiet geleistet wird, und eine wie reichhaltige Persönlichkeit ist nicht der Landschafter Fried-

rich, wenn wir auch durchaus nicht geneigt sind, ihn den Heutigen als Vorbild hinzustellen! Aber man bedenke, dass es möglich war, einen Achenbach und Gustav Richter zu umjubeln, nachdem ein Waldmüller und Friedrich geschaffen hatten.

Die Phase der Achenbach und Richter ist denn auch die trostloseste in Deutschland; wir wollen sie die Maler um 1850 nennen und können leider nicht verhehlen, dass einem Teil der Produktion des Grössten dieser Zeit — der sonst im Grunde abseits stand —, dass einem Teil von Menzels Werk die gleichen, uns heute peinlichen Züge anhaften. Ein Blick auf den deutschen Kunstsüden zeigt es uns mit unerträglicher Deutlichkeit in den Werken der Pilotyschule, deren Geist selbst so starke Talente, wie Lenbach, ruinierte. Diese Phase der deutschen Kunst ist denn auch von der Ausstellungsleitung mit erklärlicher Kürze behandelt worden. Ihre Werke haben lange Zeit genug im Vordergrunde gestanden, und sollten ihre Schöpfer wirklich, unserer Meinung entgegen, dennoch jene einst verherrlichten Grossen sein, so brauchen ihre Freunde nicht um sie zu bangen.

Und es nahte im Münchener Realismus, an dessen Spitze Leibl stand, die Zeit der Auferstehung reineren Kunstdenkens. Zwar liessen sich auch noch gegen diese Kunst, von unserem heutigen Standpunkt aus, Einwendungen machen, doch sei es unterblieben, um nicht im Rahmen eines so knappen Überblickes irrige Wirkungen zu wecken. Wie Piloty und seine Schule von Venedig, ging Leibl von Rembrandt aus, nur mit dem Unterschied, dass er sich an dessen Kunstprinzip hielt, weniger an den äusseren Schein, wie jene es noch Venedig gegenüber hielten. Sein Zweck war, die Dinge auf dem Wege des malerischen Vortrags wiederzugeben, wobei jene ihm vollständig gleichgültig, dieser ihm alles war. Und wir müssen zugeben, dass er es bis zu einer seltenen Meisterschaft brachte, dass Werke aus seiner Hand hervorgingen (*Die beiden Dachauerinnen,* das Porträt *Pallenberg*), die dieser Art in der Kunst des letzten Jahrhunderts in Deutschland bis dahin unbekannt waren. Eine Reihe von Schülern, deren begabtester Trübner war, folgte dem Meister auf diesem Wege und wenn wir heute auf dessen Produktion zurückschauen, so wissen wir nicht, ob wir mehr darüber staunen sollen, dass dieser Künstler zu Beginn der siebziger Jahre, er zählte damals 23, eine solch stattliche Reihe exquisiter Werke schuf, oder dass diese Werke sang- und klanglos, ohne weiter beachtet zu werden, von der Ausstellungsbildfläche verschwanden. Und auch muss noch erwähnt werden, dass Trübner, vielleicht eine nicht so starke Begabung wie Leibl, diesen dennoch im Begriff des Malerischen überholte; Leibl selbst aber diesen Weg verliess, um der Fahne Holbeins zu folgen. Eine weitere Auseinandersetzung dieses Umstandes würde uns auch an den Punkt bringen, der uns zur Behauptung veranlasste, es sei in der Malerei Leibls doch noch nicht alles in Ordnung; doch dies muss hier unterbleiben.

Die nächste Etappe der deutschen Malerei lässt sich unter den Namen Max Liebermanns zusammenfassen. Es ist dies der einzige dieser Generation, der dem Wesen der modernen Farbenanschauung, wie sie dem Impressionismus zugrunde liegt, in seinem Werke zum Ausdruck verhalf; die verschiedenen Entwickelungsphasen lassen sich in seiner reichhaltigen Produktion deutlich verfolgen, und die in der Jahrhundertausstellung zur Vorführung gelangten Werke liessen uns gerade bis an die Grenze der völligen Entfaltung dieses neuen Denkens, die bei Liebermann natürlich nach 1875 fällt.

Es folgten als Abschluss dieser künstlerischen Veranstaltung die Gruppen jener grossen Stilisten, die versucht hatten, aus der neuen, in ihrer Zeit wurzelnden Empfindung, ihre Zeit repräsentierenden Empfindung, ihre Kunst im Gewande jenes monumentalen Faltenwurfes zu gestalten, den frühere Schulen in lähmender Anlehnung suchten: Feuerbach, Marées, Thoma, Böcklin, sind diese modernen Hellenen. Wie sehr zwei von ihnen in unseren Tagen von der Parteien Hass umwütet sind, kann hier nicht wieder in den Bereich der Betrachtung gezogen werden. Es sei nun betont, dass gerade in der Empfindung die beiden Angegriffenen die Moderneren und Einheitlicheren scheinen, während Feuerbach und Marées, bei herrlichen Eigenschaften teils diese, teils jene Seite ihrer Kunst zum Nachteil einer anderen spezialisierten. Die ganze Gunst der Ausstellungsleitung galt diesmal Feuerbach, als ein letzter Versuch, diesem noch immer nicht genügend Gewürdigten zu verdientem Ansehen zu verhelfen. Das ganze Lebenswerk nahezu, über 75 Nummern hatte man zusammengebracht; aber einsam wird es nach wie vor um den Namen Feuerbach bleiben: in seinem Wesen liegt's begründet. Wenn auch nicht in dem Grade wie Marées, er ist dennoch eine problematische Natur, der freilich herrliche Malereien gelangen, von seltener Vollkommenheit, zu denen ein einziges Modell ihn zu begeistern vermochte. Seine Kunst sank und stieg mit diesem Weibe. Der Thoma- und Böcklinsaal war nicht so liebevoll arrangiert, doch können trotzdem die zur Schau gestellten Werke den aufmerksamen Beobachter nur aufs neue überzeugt haben, wie reiche Naturen die deutsche Kunst in diesen beiden besass, und dass Böcklin, von diesem Standpunkt aus, in der Tat die reichste war, während Marées einigen zur Abstraktion und zur Spekulation neigenden Geistern Stunden seltenen Genusses bereitete, wie das knappe Aperçu, das, dem Blitz gleich, eine Welt voll Wunder erleuchtet, aber eben nur, dem Blitz gleich, für einen flüchtigen Augenblick, statt diese Welt selbst zu sein und vor uns auszubreiten.

So wären wir auf dieser im Schnellzugstempo, das kein Verweilen zuliess, sehr beschleunigten Wanderung ans Ziel dieser umfangreichen, lehrreichen und genussvollen Veranstaltung gelangt und scheiden voll Dank von ihren Leitern, die es unternahmen, der Nation, die ein Anrecht auf diese Kunst hat, diesen seltenen Überblick zu ermöglichen, und mit dem Bewusstsein, dass die deutsche Kunst in jenem Jahrhundert zwar eine stattliche Reihe starker Künstler hervorbrachte, dass es ihr aber an jener einheitlichen Entwickelung fehlte, die in ihrer Organik selbst ein Kunstwerk ist: ein Mangel, den nicht zum wenigsten die unorganische, negative, unmoralische Denkweise der Akademiker verschuldete, von der wir in dieser Betrachtung ausgingen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Vereinigte Staaten von Amerika

Die enge internationale Verflechtung aller wichtigeren nationalen Wirtschaftsgebiete bekundete sich wieder einmal in der Rolle, die, hauptsächlich in der Übergangszeit vom Monat April zum Mai, den Vereinigten Staaten zufiel. Zweifellos wurde auch die Unionsentwickelung schon länger von der Vollflut der Hochkonjunktur getragen, vielleicht in noch stärkerem Masse, als irgend ein

europäisches Land. In den amerikanischen *Clearing*häusern erreichten die Bankverrechnungen im I. Vierteljahr 1906 eine niemals zuvor beobachtete Höhe. Die insgesamt verrechnete Summe belief sich in den 94 für die statistische Zusammenstellung in Betracht gezogenen Hauptplätzen der Vereinigten Staaten auf 41,5 Milliarden Doll., sie war um 17,8 % und 63 % grösser, als in dem entsprechenden Abschnitt von 1905 und 1904. In New York allein erreichten die verrechneten Summen die Höhe von 27,9 Milliarden Doll. und überstiegen die vorjährige um 18 %; für die übrigen 93 Städte verblieb also eine Gesamtverrechnung von 13,6 Milliarden Doll. bei einer Steigerung um 16,6 % gegenüber Januar bis März 1905. Alle geographischen Hauptgruppen, die Neuengland- und Mittelstaaten, der Westen, der Süden, nahmen an diesem Aufschwung teil. Die Emissionstätigkeit war zuletzt abnorm überhitzt. Nicht weniger als 1476,8 Mill. Doll. Neuemissionen wurden in den ersten 3 Monaten des laufenden Jahres beschlossen; davon sollten 1153 Mill. Doll. alsbald durchgeführt werden. »Selbst wenn man«, urteilte die *Vossische Zeitung* hierüber, »von der letztgenannten Ziffer die 247 Mill. Doll. abzieht, die zur Refundierung alter Bonds und Aktien bestimmt sind, verbleibt noch die ungeheure Höhe von 906 Mill. Doll. oder 3850½ Mill. M. neuen Titres. Das heisst, allein in den 3 ersten Monaten des Jahres sind in den Vereinigten Staaten mehr Emissionen beschlossen worden, als im ganzen vorigen Jahre in Deutschland herausgekommen sind. In 1905 betrug nämlich der Kurswert der im Deutschen Reich neugeschaffenen Effekten 3085 Mill. M., in 1904 aber nur 1806 Mill. M.« In der Roheisenerzeugung stand schon der vorjährige Monat März (mit 1,97 Mill. t) hoch über allen früheren amerikanischen Monatsleistungen. Im jetzigen März war das Wetter weniger vorteilhaft für den Hochofenbetrieb, aber dennoch überstieg die Roheisenerzeugung die vom März 1905 noch um reichlich 10 %. Es wurden nach dem *Iron Age* in diesem Monat in den steinkohlenfeuernden Hochöfen der Vereinigten Staaten 2 165 632 t Roheisen gewonnen, und selbst die bisherige Höchstausbeute vom Januar 1906 wurde noch um 100 000 t überstiegen. Die für den Markt arbeitenden Öfen erbliesen durchschnittlich pro Woche 172 368 t gegenüber 169 318 t im Februar, und in den Hochöfen der Stahlwerke war die Zunahme der Erzeugung noch bedeutender. Letztere produzierten 1 400 395 t und rund 30 000 t mehr, als in ihrem bisher besten Monat, dem Oktober 1905; auf die Öfen des Stahltrusts allein entfiel eine Ausbeute von 1 001 226 t gegen 947 476 t im Oktober 1905. Dabei waren verschiedene Hochöfen durch Schneefälle und die Wirkung ihrer seit Monaten sehr starken Inanspruchnahme verhindert, die Produktionsrate des Februar aufrechtzuerhalten. Nimmt man an, dass an Holzkohlenroheisen eben so viel, wie im März 1905, hergestellt wurde, so berechnet sich die gesamte Roheisenerzeugung für März 1906 mit rund 2 200 000 t. Ähnliche Ziffern liessen sich noch für andere Produktionsgebiete wiederholen.

Einen jähen Stimmungsumschlag brachte die Katastrophe von San Francisco, weniger direkt durch die Unterbrechungen von Produktion und Warenabsatz, als durch die Rückwirkungen auf die Börse und den Geldmarkt. Die Beängstigung, die jeden Augenblick zu einer allgemeinen Panik ausarten konnte, und der Kampf um das Bargeld und Leihkapital ging hier von den Versicherungsgesellschaften aus. Die Schadenersatzleistungen infolge der Feuersbrünste und des Erdbebens — letzterwähnte Ursache ist wohl bei den meisten Versicherungen ausgeschlossen — werden auf etwa 1 Milliarde M. geschätzt. Trotz aller verwickelten und unter Umständen recht langwierigen Voruntersuchungen und Vorverhandlungen wird sich ein riesiger Zahlungsbedarf rasch auf einen kurzen Zeitraum zusammendrängen, denn die Versicherungsgelder sind nur ein Bruchteil des allgemeinen Bedarfes. Um sich zu decken, warfen die Versicherungsgesellschaften grosse Massen von Effekten aus ihrem Anlagebestand auf den Markt. Dieses kursdrückende, plötzliche Angebot erfuhr noch von anderer Seite eine Steigerung: die Besitzer von Versicherungsaktien, durch die Gerüchte über die Verlegenheiten der Gesellschaften erschreckt, stiessen nach Möglichkeit ihren Aktienbesitz ab, um später nicht unter noch niedrigeren Kursen leiden oder verkaufen zu müssen. Das ganze künstliche Gebäude der masslosen amerikanischen Börsenspekulation hätte so ins Wanken kommen können, wenn London und die kontinentalen Börsen und Banken nicht durch umfassende Übernahmen von Effekten und durch starke Goldabga-

ben Öl auf die erregten Wogen gegossen hätten. Nach vielen Mühen und Anstrengungen scheint nunmehr eine ernstere Gefahr nicht mehr zu befürchten.

× ×

Geldmarkt Aber dafür hat unser Unternehmertum die Hoffnung auf eine beginnende Leichterflüssigkeit des Leihkapitals vorläufig wieder einsargen müssen. Am 3. Mai machte die Bank von England sogar ihre Zinsfussherabsetzung vom 5. April rückgängig: der Diskont ist statt auf 3½ % wieder auf 4 % festgesetzt; ohne die starke Unterstützung, welche die Pariser Bankwelt der Londoner City zu teil werden liess, wäre wahrscheinlich die bereits vorausgesagte Weitererhöhung des englischen Banksatzes zur Wirklichkeit geworden. Solange diese Verhältnisse fortbestehen, wird die deutsche Reichsbank kaum von ihrem 5prozentigen Satz abgehen.

× ×

Anleihen Je leichter es dem Leihkapital bleibt, sein Geld höherverzinslich anzulegen, desto schwieriger wird es unseren öffentlichen Körperschaften, ihren Anleihebedarf in gewohnter Weise zu befriedigen. So wird eben bekannt, dass Wiesbaden sowohl, wie Mannheim auf die Aufnahme einer 3½prozentigen Anleihe zunächst zu verzichten gedenken, weil die Angebote der Banken allzu ungünstig sind.
Wenn dagegen die russische Anleihe Ende April äusserlich glänzend gelang, so wirken dabei politische Motive und nicht zum wenigsten auch täuschende Börsengaukeleien mit; aber die Zinshöhe ist gerade in diesem Falle eine wahrhaft wucherische (Emissionskurs 88 für eine 5prozentige Anleihe).

× ×

Produktionsvermehrung und Preisaufbesserung Das Produktionsbild gestaltet sich trotzdem zunehmend günstiger. Das sicherste Anzeichen dafür ist wohl, dass zur fortgesetzten Produktionsvermehrung mehr und mehr die allseitige Preisaufbesserung tritt. So hat sich, um ein paar charakteristische Beispiele herauszugreifen, der Stahlwerksverband am 11. Mai über eine weitere Heraufsetzung der Trägerpreise um 5 M. pro t schlüssig gemacht, nachdem bereits 14 Tage vorher eine Steigerung um 5 M. stattgefunden hatte. Weiter lesen wir in der *Vossischen Zeitung* vom 12. Mai: »Die in der Eisenindustrie neuerdings auf der ganzen Linie eingetretenen Preiserhöhungen beruhen auf einem sich gerade zurzeit sehr fühlbar machenden Mangel an Rohmaterialien. In den letzten Tagen wurden unter anderem Preiserhöhungen für Schweisseisen, Bandeisen, Formeisen und Formbleche gemeldet, nachdem in den letzten Monaten die Preise für Halbzeug zweimal erhöht worden sind, und die rheinisch-westfälischen Werke die Preise für Stabeisen, das zurzeit 120 bis 122 M. per t notiert, Schritt für Schritt gesteigert haben. Die neuen Preisbemessungen der grossen Verbände werden in nächster Zeit auch auf den Berliner Eisenmarkt zurückwirken.« In der Sitzung des Roheisensyndikats vom 12. Mai wurde nach der *Cölnischen Zeitung* beschlossen, die Preise für Qualitäts-, Puddel- und Stahleisen, sowie für Walzgusseisen und Bessemereisen um je 3 M. pro t für das letzte Viertel des laufenden Jahres zu erhöhen. In dieser Sitzung ist auch die Verlängerung des Roheisensyndikats auf die Dauer von zwei Jahren festgelegt worden. Kupfer, Zinn und andere Rohmaterialien, die Häute, fast alle gangbaren Holzsorten finden wir auf aussergewöhnlicher Preishöhe.
Das gilt natürlich nicht nur für Deutschland, sondern international. So kommt die auf englischen Daten fussende letzte Sauerbecksche Preisstatistik vom April zu dem Ergebnis, dass für *materials* der letztperiodische Höhepunkt (Februar 1900) zwar nicht vollständig, aber beinahe erreicht sei. Kupfer, Zinn, Baumwolle, Jute stehen sogar höher, wie damals.
Die agrarischen Preise verlieren in Deutschland allmählich ihre vorübergehende Ausnahmegestalt — das heisst: die *Not*fleischpreise beginnen zu sinken, die durch eine abnorme Voreinfuhr gedrückten Getreidepreise folgen einer entgegengesetzten Tendenz. Wir denken in der nächsten Rundschau auf diese bereits eingetretenen und weiter sich ankündigenden Preiserscheinungen zurückzukommen.

× ×

Kurze Chronik Der englische Kohlenausfuhrzoll wird nach Mitteilung der Londoner Regierung am 1. November in Fortfall kommen. × Da die *Ostdeutsche Spritfabrik* die Beitrittsbedingungen ablehnte, so scheint die Erneuerung des Spiritusringes gefährdet. × Dem Reichstag ging eine Denkschrift zu über das Ergebnis der zur Prüfung der Frage

nach der Einführung eines 3 M.-Stücks angestellten Ermittelungen.

× ×

Literatur Der Kampf der russischen Volksvertretung gegen den alten Absolutismus wird wesentlich mit abhängen von dem Schicksal der russischen Finanzen, vor allem von dem Schicksal der russischen Renten an den europäischen Börsen. Das Gelingen der letzten Riesenanleihe schenkte dem Zarismus abermals eine Galgenfrist, während deren er in grösserer Ruhe und Stärke die Dinge nochmals an sich herankommen lassen kann. Mit dem Wegfall solcher Krücken ist er der hilfloseste Greis, der im eigenen Interesse am besten tut, sich dem Willen der *Duma* unweigerlich zu beugen. Andererseits: ist der grosse finanzielle Zusammbruch trotz aller krampfhaften Anstrengungen der zarenfreundlichen, russenwertbelasteten Hochfinanz Mittel- und Westeuropas unvermeidlich, so ist eine rechtzeitige Warnung zugleich ein Verdienst um unsere eigenen ökonomischen Interessen. Die Nation, die in der jetzigen, vielleicht überraschend kurzen Übergangszeit ihren Besitz an russischen Staatswerten nach Möglichkeit abstösst, wird von den schlimmsten Zukunftssorgen befreit aufatmen können. Sehr zu rechter Zeit erscheinen deshalb gesammelt die Artikel Georg Bernhards und seiner Wochenschrift *Plutus, Russlands Bankerott* /Berlin, *Plutus-Verlag*/ (I. *Zur Warnung.* II. *Beiträge zur Zeitgeschichte.* III. *Polemisches*). *Plutus* kann mit Recht darauf hinweisen, dass er lange vor den beiden Martinschen Schriften den Ereignissen in Russland die Prognose gestellt habe, die sich immer mehr als richtig erwies. Die lehrreichen, flott und lebendig geschriebenen Beiträge zur finanziellen Zeitgeschichte bieten unseren Parteiredaktionen und Parteigenossen zugleich eine vortreffliche politische Waffe im literarischen Kampfe gegen den Zarismus. × Von weiteren Publikationen seien zunächst nur registriert: Dr. Riesser *Zur Entwickelungsgeschichte der deutschen Grossbanken mit besonderer Rücksicht auf die Konzentrationsbestrebungen* /Jena, Gustav Fischer/, Dr. Friedrich Raffel *Englische Freihändler vor Adam Smith* /Tübingen, Laupp/, Max Nitzsche *Die handelspolitische Reaktion in Deutschland* /Stuttgart, Cotta/. Auf diese Schriften soll in den *Sozialistischen Monatsheften* ausführlicher zurückgekommen werden. × Es ging ferner ein Silvio Gesell *Die Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag durch die Geld- und Bodenreform* /Leipzig, Hermann/.

Der *Jahresbericht der Handelskammer zu Berlin für 1905* ist nunmehr rasch in stattlichem Umfange dem vorbereitenden *Überblick über das Wirtschaftsjahr 1905* gefolgt. Sowohl die eminente kommerzielle und industrielle Bedeutung des Berichtsbezirkes, wie die inhaltliche Ausgestaltung der Berichte — über die allgemeine wirtschaftliche Lage, über die einzelnen Geschäftszweige, über die organisatorische, beratende und begutachtende Tätigkeit der Handelskammer selber — erhebt diese Jahresrevue weit über den Durchschnitt der üblichen Kammerberichte. MAX SCHIPPEL

Politik

Reichsfinanzreform Die sogenannte *Reichsfinanzreform* ist von der Majorität des Reichstages glücklich durchgeführt worden: 200 Mill. M. werden dem Reiche jährlich mehr zufliessen, und zwar aus der Brau-, der Zigarettensteuer, aus dem Frachturkunden- und Personenfahrkartenstempel, aus dem Automobilstempel, aus der Tantièmen- und der Erbschaftssteuer. Der Vorsitzende der Kommission, die die Reichsfinanzreform für das Plenum vorbereitete, der nationalliberale Abgeordnete Büsing, hat die Durchführung dieser Reform als die Lösung der grössten Aufgabe bezeichnet, die dem Reichstag seit dem Bestehen des Reiches je gestellt worden sei. Bei der Einigung über die neuen Steuern hätten die Abgeordneten der Mehrheitsparteien schwere Opfer ihrer persönlichen Überzeugung bringen müssen. Die angenommenen Steuern seien keineswegs einwandsfrei, aber bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstags hätte sich für andere Steuern keine Majorität finden lassen; die neuen Steuern seien also geboren aus der Notlage des Reiches und fänden darin ihre Rechtfertigung. Wie der Vorsitzende der Steuerkommission äusserten sich auch Vertreter des Bundesrats, so vor allem der preussische Finanzminister, der die Berechtigung sehr erheblicher Bedenken gegen die eine oder die andere der neuen Steuern zugab, aber mit Rücksicht auf die *salus publica* sich über alle Bedenken hinwegsetzte. Aus allen diesen und anderen ähnlichen Reden klang's hindurch: Die Hauptsache ist, dass wir Einnahmen in Höhe von 200 Mill. M. erschlossen;

wie wir zu dem Gelde kommen, diese Frage bleibe unerörtert. Regierung und Reichstagsmajorität fühlen selbst das Unzulängliche ihrer finanzpolitischen Leistung, aber sie trösten sich mit dem Gedanken, dass es bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages nicht anders ging. Und darin mögen die beiden Faktoren recht haben. Wenn zur Mehrung der *salus publica* Gesetze gemacht werden müssen, die von den Gesetzgebern selbst als unzulänglich empfunden werden — welch ein Vorwurf liegt in dieser Tatsache gegen diejenigen, die diese Zusammensetzung des Reichstages verschuldet haben! Wie ein Appell an die Wähler des Reichstages von 1908 klangen die Schlussverhandlungen über die Reichsfinanzreform aus: Befreit das Reich aus der Notlage, die durch die heutige unglückselige Zusammensetzung des Reichstags entstanden ist, und als deren Frucht das Parlament auch die neuen Steuern darbringen muss! Und man darf annehmen, dass durch diese Reform der Reichstagsmajorität wenigstens eines gelungen ist: den Wählermassen durch die neuen Steuern das Unerträgliche der heutigen Zusammensetzung des Reichstags zum Bewusstsein zu bringen. Die Verteuerung des Reisens und auch die direkt sinnlose Verteuerung des Ortsportos — entgegen übernommenen Verpflichtungen —, zu der die Mehrheitsparteien die Postverwaltung von selbst aufgefordert haben, dürfte in agitatorischer Beziehung gegen die heutige Reichstagsmajorität sich als in ausserordentlich hohem Grade wirksam erweisen. Zwar, darin hatte Bismarck recht, dass — wenigstens beim indifferenten Publikum — eine indirekte Steuer weniger lästig empfunden wird, als eine direkte. In unserer schnelllebigen Zeit vergisst man leicht. Diese Verkehrsverteuerungen bewirken aber Änderungen gerade in liebgewordenen Gewohnheiten, zum Teil einen Verzicht auf Dinge, die man schwer entbehren kann, so dass man sich immer wieder ärgert und auch seinem Ärger Luft machen wird. Man wird es nur zu gerne glauben, wenn man den Wählern sagt: Dieses Steuerbukett habt ihr glücklich; was aber wird erst im Interesse des Staatswohls noch kommen, wenn der Reichstag in der durch seine heutige Zusammensetzung bedingten Notlage abermals neue Steuern ausbrütet?! Wenn man erst das Fahren auf der Eisenbahn besteuert, warum schliesslich nicht auch den Verkehr auf Märkten, über Brücken, den Besuch schöner Aussichtspunkte und alter Ruinen, warum schliesslich nicht auch den Verkehr auf Strassen, warum nicht das einfache Spazierengehen? Als im Jahre 1894 der Versuch einer Reichsfinanzreform gemacht wurde, geriet Graf Posadowsky in helle Verzweiflung, als er die bürgerlichen Parteien und ihre Vertreter bei ihrer Arbeit gegen seine wohlgemeinten Pläne sah. »Den Sozialdemokraten«, meinte er, »muss dabei das Herz im Leibe lachen, denn sie brauchen den Baum gar nicht mehr zu schütteln, die Früchte fallen ihnen durch den Ansturm der Parteien von selbst in den Schoss.« In weit höherem Grade, als damals der Ansturm gegen die Posadowsky-Miquelsche Reform, nützt der Sozialdemokratie agitatorisch die positive Steuerarbeit der gegenwärtigen Reichstagsmajorität: sie hat einen Unzufriedenheitsbazillus geschaffen, dessen erfolgreiche Ausbreitung sich bei den nächsten Wahlen zum grossen Leidwesen seiner Schöpfer herausstellen wird.

X X

Frankreich: Kammerwahlen Die Kammerwahlen in Frankreich haben sowohl im ersten Wahlgang, als auch in der Stichwahl mit einem überraschenden Siege der Blockparteien geendet. Während in der vorigen Kammer 77 Reaktionäre, 44 Nationalisten, 122 Progressisten, 66 Republikaner, 118 Radikale, 116 Radikalsozialisten und 57 Sozialisten sassen, werden in der neuen Kammer 78 Reaktionäre, 24 Nationalisten, 77 Progressisten, 77 Republikaner, 110 Radikale, 143 Radikalsozialisten, 75 Sozialisten und 1 Antisozialist sitzen. Mit diesem Siege der linksrepublikanischen Parteien und der Niederlage der Opposition haben die französischen Wähler die bisherige antiklerikale Politik in vollem Umfange gebilligt. Alle Versuche, die öffentliche Meinung vor den Wahlen durch die Skandale bei den Inventaraufnahmen, durch die Machinationen im Streikrevier gegen die Regierung zu beeinflussen, sind kläglich gescheitert. Freilich, der augenblickliche Sieg der Blockparteien garantiert noch keineswegs die Fortführung der bisherigen Politik. Es haben sich in letzter Zeit wiederholt Anzeichen bemerkbar gemacht, die ein weniger festes Zusammenhalten der linksrepublikanischen Parteien nicht unwahrscheinlich machen. Nur die unglaublich ungeschickte Art der klerikalen Gegner und vornehmlich der Nationalisten hat die Blockparteien schliesslich immer wie-

der gegen die gemeinsame Gefahr zusammengeführt. Jedenfalls ist es bei dem Charakter der einzelnen linksrepublikanischen Parteien durchaus verfrüht, angesichts des Wahlresultats den weiteren Gang der Politik Frankreichs voraussagen zu wollen.

× ×

Kurze Chronik Am 27. April starb der preussische Eisenbahnminister von Budde. Sein Nachfolger wurde der Präsident der Eisenbahndirektion Cöln Breitenbach. × In Österreich stürzte über die Wahlreform das Ministerium Gautsch. Ministerpräsident wurde Prinz Konrad zu Hohenlohe-Schillingsfürst. × Graf Witte trat als russischer Ministerpräsident zurück; an seine Stelle kam Goremykin. × Am 10. Mai fand die feierliche Eröffnung der *Duma* statt. × Die Diätenvorlage ist vom Reichstage am 16. Mai in dritter Lesung und vom Bundesrate am 17. Mai mit den an der Regierungsvorlage durch den Reichstag vorgenommenen Änderungen angenommen worden. × Am 14. Mai ist Karl Schurz gestorben. RICHARD CALWER

Sozialpolitik

Verein für Sozialpolitik Die wuchtigen Agitationsschriften Lassalles stellen sich als wirklich bahnbrechende Taten in der Geschichte der deutschen Nationalökonomie dar. Der erbitterte Streit zwischen den sogenannten *Kathedersozialisten* und den Aposteln der reinen Lehre von Sankt Manchester ist in letzter Linie auf die tiefgehende Revolution zurückzuführen, die der grosse Agitator in den jungen aufstrebenden deutschen Nationalökonomen der sechziger und siebziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts hervorrief. Die kleinen Streitschriften der Manchesterschule und des Kathedersozialismus, die der Tag schuf, hat der Tag wieder verschlungen, und von ihnen überdauerte eigentlich nur das Schmollersche *Offene Sendschreiben an Herrn Professor Dr. Heinrich von Treitschke über einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft* die kurze Kampfesperiode zwischen den *Gönnern* und den Todfeinden des Sozialismus.

Als eine Folgeerscheinung der von Lassalle provozierten gewaltigen Erschütterung in der sozialpolitischen Welt darf wohl mit Recht die Gründung des *Vereins für Sozialpolitik,* dessen Konstituierung am 13. Oktober 1873 in Eisenach erfolgte, betrachtet werden. Gerade die gärende Unzufriedenheit in der Arbeiterbevölkerung rief nach der Rede Schmollers vom 6. Oktober 1872 die Zweifel an der manchesterlichen Doktrin wach. Wer anders aber, als Lassalle, hatte die Arbeitermassen aus ihrer verfluchten Bedürfnislosigkeit aufgepeitscht!

Der *Verein für Sozialpolitik* hat jetzt in Dr. Else Conrad (*Der Verein für Sozialpolitik und seine Wirksamkeit auf dem Gebiet der gewerblichen Arbeiterfrage* /Jena, Gustav Fischer/) eine befähigte Geschichtsschreiberin gefunden, die das Werden und die gesamte Tätigkeit dieses Vereins im engsten Zusammenhang mit den gewaltigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Ereignissen der sechziger und siebziger Jahre des XIX. Jahrhunderts schildert. Wir werden Zuschauer der tollen Tänze der Gründerzeiten um das goldene Kalb, jener wilden, die altväterliche Moral derb verspottenden Jahre, in denen sich die bourgeoisen Wienerinnen auf ihren Badereisen stolz als *Gründersgattinen* in die Kurlisten eintrugen. So lebenswahr die Geschichte der Gründerjahre aus der Feder des Fräulein Dr. Conrad floss, so verzeichnet fiel ihre Darstellung über die Entwickelung der Sozialdemokratie aus. Welches Zerrbild entwirft Dr. Else Conrad zum Beispiel von Marx, dem Demokraten und dem Bewunderer der englischen Kooperativbewegung: »Das allgemeine, gleiche Wahlrecht«, schreibt sie, »wünschte er [Marx] nicht, ebenso wenig Produktivassoziationen, denn eine *Verelendung* war für die Gegenwart nur nach seinem Sinn; um so rascher musste die Selbstvernichtung der bürgerlichen Gesellschaft eintreten.« Man glaubt den Pastor Stoecker reden zu hören, wenn man folgende Jeremiade der Dr. Else Conrad über die moraluntergrabenden Tendenzen der Sozialdemokratie der siebziger Jahre vernimmt: »Systematisch wurde der Glaube an die sittlichen Grundlagen der bestehenden Verhältnisse unterminiert, das Vaterland geschmäht, der Klassenhass geschürt.«

In den leidenschaftlichen, bis zur Rotglut erhitzten Klassenkämpfen der siebziger und achtziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts bricht der *Verein für Sozialpolitik* als Bannerträger bestimmter, ausgeprägter sozialpolitischer Ideen in sich zusammen. Er geht unter die Buchhändler und betreibt die Herausgabe wissenschaftlicher sozialpolitischer Werke. Er wird zu einem blossen wissenschaftlichen Diskussionsklub. Er entkleidet sich, wie Dr. Else Conrad her-

vorhebt, »seiner ausgeprägten Parteistellung und seines agitatorischen Charakters«, und er nimmt sich damit zugleich »die Möglichkeit, in Zukunft mit dem Gewicht seines Ausschusses für bestimmte sozialpolitische Ansichten und Bestrebungen einzutreten«. Und die Selbstpensionierung des *Vereins für Sozialpolitik* war eine kluge, sehr reiflich überlegte Tat; denn unweigerlich wäre dieser Verein an seinen eigenen Gegensätzen zu Grunde gegangen, wenn er sich zum Agitator eines bestimmten sozialpolitischen Programms gemacht hätte. Es war eben keine einheitliche Aktion unter den Vertretern der verschiedenen sozialen Klassen im Vereine möglich. Der Klassenkampf wurde der eigentliche Totengräber der agitatorischen Wirksamkeit des *Vereins für Sozialpolitik*. Das Verdienst des Vereins ist die Publikation gründlicher wissenschaftlicher Werke über die deutsche Hausindustrie, die bäuerlichen Zustände Deutschlands, die Wohnungsfrage etc. etc. Aber die Herausgabe derartiger Werke kann eigentlich auch ein wissenschaftlich gebildeter Buchhändler mit einem Stab sachkundiger Gelehrten besorgen. Der *Verein für Sozialpolitik* hat sich vor dem Klassenkampf aus der bewegten Volksversammlung in das stille Gelehrtenstübchen geflüchtet.

X X

Selbstverwaltung im Versicherungswesen Dr. Mugdan und seine treue Gefolgschaft unter den deutschen Ärzten schwärzten nach Möglichkeit das von den heutigen Krankenkassen betätigte Prinzip der Selbstverwaltung an. Das Allzumenschliche in den heutigen Kassenverwaltungen wurde faustdick in Wort und Schrift unterstrichen, damit der letzte Spiessbürger im Deutschen Reiche einen Eid auf die vollendete Unfähigkeit der Sozialdemokratie zur Selbstverwaltung getrost ablegen konnte. Der Liberalismus schlug sein eigenstes Lebenselement, das Prinzip der Selbstverwaltung, tot und öffnete damit eine Gasse dem üppig um sich greifenden Staatsbureaukratismus. Endlich durchschneidet einmal blitzartig ein Arzt den trüben Dunstkreis des ärztlichen Standesinteresses mit einem tief überzeugten Bekenntnis zu dem Grundsatz der Selbstverwaltung. Dr. A. Grotjahn hat in der *Zeitschrift für soziale Medizin* einen Aufsatz *Die objektiv notwendigen und subjektiv befriedigenden Leistungen in ihren Beziehungen zur Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung* veröffentlicht. Dr. Grotjahn beklagt die Überhäufung des heutigen Kassenarztes mit geradezu lächerlichen Bagatellsachen. Auf Grund seiner Erfahrung als vielbeschäftigter Berliner Gewerkschaftsarzt trägt er die Tatsache vor, dass etwa drei Viertel aller Sprechstundenbesucher auch ohne jede ärztliche Hilfe gesund werden und sicher den Arzt nicht aufsuchen würden, wenn sie nur die Hälfte der verschriebenen Arznei bezahlen müssten. Das grossstädtische Kassenpublikum passiert nach seiner Meinung das Sprechzimmer des Kassenarztes mit der nämlichen Leichtigkeit, wie etwa eine öffentliche Bedürfnisanstalt. Gerade aber weil das subjektive Moment bei der Krankenversicherung eine so durchschlagende Rolle spielt, deshalb erhebt Dr. Grotjahn kraftvoll seine Stimme für die Selbstverwaltung der Krankenkassen. Im Hinblick auf die Erfahrungen der angelsächsischen Länder meint er fein psychologisch, dass alle Übelstände von der Bevölkerung ertragen würden, wenn die Behörden, aus deren Funktionen sich diese Mängel nebenher entwickelt hätten, aus der Bevölkerung selbst hervorgegangen wären. Seine Ideen über die unerlässliche Notwendigkeit des Prinzips der Selbstverwaltung in den Krankenkassen legt Dr. Grotjahn in folgendem Leitsatz nieder: »Die trotz aller Fürsorge im Versicherungswesen niemals ganz zu erreichende subjektive Befriedigung der einzelnen Individuen muss dadurch kompensiert werden, dass das Prinzip der Selbstverwaltung bis zu der verwaltungstechnisch möglichen Grenze im Versicherungswesen, insbesondere im Bereiche der Krankenversicherung zur Anwendung gebracht wird.«

X X

Heilanstaltswesen Die deutsche Arbeiterversicherung hat die Entwickelung der öffentlichen Heilanstalten treibhausmässig gefördert. Nach dem an Material so reichen Aufsatz des Professors Dr. A. Guttstadt *Die Betriebskosten der öffentlichen Heilanstalten und die Verpflegungssätze für Kranke* in der *Zeitschrift für soziale Medizin* wurden in Preussen im Jahre 1904 in 2229 allgemeinen Heilanstalten mit 125000 Betten 934000 Kranke behandelt, während die Zahl der verpflegten Kranken nur 206000 in 1021 allgemeinen Heilanstalten im Jahre 1876 betrug. Die deutschen Kommunen zahlen durchweg sehr erhebliche Zuschüsse zu den einzelnen Verpflegungssätzen der Patienten hinzu. Aus der Tabelle, die Professor Guttstadt über die Selbstkosten für einen

Verpflegungstag der Patienten und die Verpflegungskostensätze der kommunalen Anstalten herbeibringt, wird die grosse Differenz zwischen den Selbstkosten und den Verpflegungssätzen der Krankenhäuser ersichtlich. In Berlin zum Beispiel betrugen die Selbstkosten der Stadt für den Kranken 4,22 M., dagegen wird von den zahlungsfähigen Kranken nur ein Verpflegungssatz von 2 bis 3 M. täglich entrichtet. Um die Krankenhauspflege gleichsam ganz unabhängig vom Geldbeutel zu gestalten, fordert Professor Dr. Guttstadt die Begründung eines Reichsfonds zur Unterstützung der Krankenfürsorge für die wenig bemittelte Bevölkerung. Diesen Reichsfonds will er durch eine Steuer auf die Hinterlassenschaften speisen.

× ×

Prostitution Die Frage einer grundstürzenden Reform der Reglementierung der Prostitution ist für Deutschland nach den vielen heftigen Angriffen sachkundiger Hygieniker und Verwaltungsmänner auf dieses Reglementierungssystem brennend geworden. Auf der Jahresversammlung der *Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* am 11. März dieses Jahres erklärte Dr. Blaschko, die Anregung, die der Abgeordnete Münsterberg im Februar dieses Jahres im preussischen Landtag gegeben habe, nach dem Vorbilde Frankreichs eine ausserparlamentarische Sachverständigenkomission über diese Frage einzuberufen, sei mit Dank und Freude zu begrüssen. »Die Erklärung des Ministers, dass er diesem Gedanken sympathisch gegenüberstehe«, so führte Blaschko weiter aus, »und die von autoritativer Seite uns gewordene Mitteilung, dass man sich behördlicherseits schon seit längerer Zeit mit dem Plane trage, eine solche Konferenz zu berufen, beweisen, dass die Anregung in kurzer Zeit realisiert werden wird.« Die *Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* sprach in einer von Münsterberg vorgeschlagenen Resolution ihre Befriedigung über die bevorstehende Einberufung einer Sachverständigenkommission aus. »In dieser Kommission«, so heisst es in der auf Antrag der Frau Cauer und des Fräulein Dr. Stöcker amendierten Resolution weiter, »sollen auch Mitglieder unserer Gesellschaft, Frauen und Männer, zur Beratung zugezogen werden.« Die Gesellschaft gab gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, dass auch in den anderen Bundesstaaten in ähnlicher Weise vorgegangen werde.

× ×

Wohnungsfrage Einen wertvollen sozialkulturellen Gesichtspunkt trägt Stadtrat Dr. K. Flesch in die Wohnungsfrage durch folgende sozialpolitische Betrachtung hinein: Das Wohnen stellt sich als ein Lebensverhältnis dar, das fast wie das Arbeitsverhältnis von entscheidendster Bedeutung für das Wohl der gegenwärtigen und das Gedeihen der künftigen Generation ist. Das Wohnen ist aber nicht in dem blossen Hausen in nackten, leeren Räumlichkeiten beschlossen. Zum Wohnen gehört als unentbehrliche Voraussetzung eines *geordneten Wohnens* ein gewisser Mobiliarbesitz. Ein besonderer Schutz, den die amerikanischen Gesetze über die von der Zwangsvollstreckung befreiten Dinge dem Haushalter mit Familie gewähren, muss in Deutschland ebenfalls zielklar ausgebaut werden. Die städtische Wohnung des Proletariers ist nicht isoliert, sie hängt auf das engste mit dem Haus und den Grundstücken der Nachbarschaft zusammen. Und wahrlich eine Fülle von Störungen kann die Nachbarschaft dem Wohnzweck zufügen! Nach dem Aufsatz des Stadtrats Dr. Flesch *Das Wohnen und das Recht* im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* macht wenigstens der preussische Wohnungsgesetzentwurf den Versuch, mit Mitteln des öffentlichen Rechts zum Schutz des Mieters in ähnlicher Weise einzugreifen, wie die Arbeiterschutzgesetze, die dem Arbeitnehmer Garantieen in hygienischer und sittlicher Beziehung schaffen. Dieser Versuch ist allerdings nach unserer Ansicht schwächlich genug ausgefallen. Aus der Fleschschen Betrachtung der innigen Verkettung der *Arbeitskraftmiete* und der *Wohnungsmiete* ergibt sich eine ganz eigenartige, in Tiefe gehende sozialkulturelle Wertung der Wohnungsfrage.

× ×

Arbeitersekretariate Trefflich durchgearbeitet ist, wie seit Jahren, der 5. Bericht des Arbeitersekretariats Lübeck. Die lehrreichen Ausführungen Wissels und Schneiders über die Unfallversicherung nehmen den grössten Teil des Berichts in Anspruch. Der 8. Jahresbericht des Münchener Arbeitersekretariats erweitert diesmal den Rahmen seines Geschäftsberichts und berücksichtigt mehr, als bisher, das bürgerliche Recht, das Strafrecht, die Straf- und Zivilprozessordnung und die staat-

lichen und kommunalen Verwaltungsfragen. Die vorgetragenen Bechtsfälle aus dem Gebiete der Arbeiterversicherung sind direkt unter dem Gesichtspunkte der Rechtsbelehrung der Arbeiterschaft ausgewählt worden.

Aus dem 11. Geschäftsbericht des Arbeitersekretariats Nürnberg ist abermals eine sehr erfreuliche Steigerung der Frequenz festzustellen. Rund 20 000 Personen fanden sich Rechtshilfe suchend im Jahre 1905 im Arbeitersekretariat Nürnberg ein. In Nürnberg wurde zuerst eine Arbeitersekretärin angestellt. Der Abschnitt des Geschäftsberichts über die Arbeiterversicherung trägt ein reiches Material über die Handhabung der Versicherungsgesetzgebung durch die Berufsgenossenschaften und Krankenkassen herbei.

× ×

Kurze Chronik Am 27. Mai trat in Frankfurt a. M. die 1. deutsche Berufsvormünderkonferenz zusammen. × Auf der am 12. Mai in Nürnberg eröffneten bayerischen Landesausstellung führten die Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate Nürnberg und München die Besucher der Ausstellung in die sozialpolitischen und kulturellen Leistungen der deutschen Arbeitersekretariate und Gewerkschaftskartelle ein. Zu diesem Zwecke stellten sie ihre Jahresberichte aus und verteilten instruktive Schriftchen über die Geschichte und den sozialpolitischen Wirkungskreis der Gewerkschaftsvereinigungen und Arbeitersekretariate.

× ×

Literatur In seinem trefflichen Schriftchen *Der Arbeiterschutz mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene* /Berlin, Buchhandlung *Vorwärts*/ trägt der Arzt Dr. M. Epstein-München eine ganze Reihe eigener Untersuchungen über die gesundheitlichen Verhältnisse der Münchener Metallarbeiterwerkstätten vor. Die hygienische Forderung nach 20 cbm Luftraum pro Person und einer dreimaligen Erneuerung dieser Luft pro Stunde muss für die Werkstätten als geradezu zwingend betrachtet werden. »Die Untersuchung«, so schreibt er, »welche ich in München in 16 Werkstätten mit 19 Arbeitsräumen bei den Gürtlern und Metallgiessern gemacht habe, hat ergeben, dass von 19 Räumen nur 9 das Mindestmass der obigen Forderung erreicht und überschritten haben, während die übrigen weit unter diesem Minimum zurückgeblieben sind . . . . . Für Werkstätten, in denen giftige Stoffe verarbeitet oder Gase erzeugt werden, fordert die Hygiene einen Mindestluftraum von 35 cbm, dieser ist in keiner der untersuchten Werkstätten erreicht worden.« Epstein tritt, wie der Verfasser dieser Zeilen, für den Vorschlag ein, die zentralisierten Krankenkassen in den Dienst der Gewerbehygiene zu stellen. Auch er will den Krankenkassen das Recht verleihen, Betrieben, die sich durch grössere Erkrankungszahlen unvorteilhaft auszeichnen, Auflagen zu machen.

Das vom österreichischen Handelsministerium herausgegebene *Amtsblatt für die Handels- und Gewerbeverwaltung* bringt zum Abdruck: 1. Gesetze und Verordnungen, 2. Durchführungserlasse und Weisungen des Handelsministeriums und anderer Zentralstellen, 3. Judikate des k. k. Reichsgerichts etc., 4. Verfügungen in Angelegenheiten der Industrieförderung, 5. Aufsätze über rechtliche, administrative und volkswirtschaftliche Fragen, 6. verschiedene Mitteilungen, 7. eine Bücher- und Zeitschriftenschau und 8. Personalnachrichten.

PAUL KAMPFFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Arbeitslosenversicherung Von dem Eingreifen der öffentlichen Körperschaften in die Arbeitslosenversicherung ist es in Deutschland ganz still geworden. Nach Ausführungen Professor Jastrows, die er gelegentlich der Besprechung der Charlottenburger Arbeitslosenzählung in der Stadtverordnetenversammlung dieser Stadt machte, darf daraus aber nicht der Schluss gezogen werden, dass sich die Regierungsbehörden, insbesondere die des Reiches, nicht mit der Sache beschäftigten. Nach Jastrow soll sogar eine umfassende Publikation von seiten des Reichsamtes des Innern bevorstehen. Wie dem auch sein mag, das kann nicht bestritten werden, dass Deutschland in dieser Sache zweifellos hinter den anderen Kulturnationen zurückgeblieben ist. Nicht in der Theorie: wir haben eine ungeheure Literatur über die Arbeitslosenfrage, die die jeder anderen Nation sicherlich an Umfang, vielleicht auch an Qualität übertrifft. Aber die Leistungen in der Praxis stehen in Deutschland stets im umgekehrten Verhältnis zu den Bergen von Theorie, die ein unermüdliches Sozialreformertum mit

grossem Eifer aufhäuft. Wir haben bereits öfter Gelegenheit gehabt, in unserer Rundschau über die Fortschritte der kommunalen Arbeitslosenversicherung im Auslande, die meist dem Genter System angehörten, zu berichten. Wir können heute auf einige Gesetzentwürfe hinweisen, die eine staatliche Unterstützung der Arbeitslosenkassen anstreben, werden sie aber nur so weit behandeln, als sie die Kommunen zu der Ausführung des Gesetzes heranziehen.

Im September vorigen Jahres hat eine Kommission, die vom königlichen Handelsdepartement in Norwegen eingesetzt war, einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Zahlung von Staats- und Kommunalbeiträgen zu den norwegischen Arbeitslosenkassen regelt. Nach § 1 dieses Entwurfes sollen alle norwegischen Arbeitslosenkassen, welche die Bedingungen des Gesetzes erfüllen, von den Staatskassen ein Drittel desjenigen Geldbetrages zurückerstattet erhalten, womit sie ihre im Lande ansässigen Versicherten unterstützt haben. Zwei Drittel des vom Staate auszubezahlenden Betrages werden vom Departement jährlich einmal an die Gemeindebezirke und Stadtgemeinden verteilt, in welchen diejenigen, die Arbeitslosenunterstützung erhalten haben, zuletzt ein Jahr lang ihren Wohnsitz gehabt haben. Falls dieser nicht festgestellt werden kann, oder die Unterstützten überhaupt nicht ein Jahr lang in irgend einer norwegischen Gemeinde gewohnt haben, trägt der Staat die ganze Ausgabe. Die Frage, ob irgend eine Kommune, beziehungsweise welche, zur Unterstützung verpflichtet ist, unterliegt der Entscheidung des Departements. Die Arbeitslosenkassen sollen monatlich an die Kommunalverwaltung derjenigen Kommunen, in welchen Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt ist, Berichte nach einem vom Departement festgesetzten Schema einsenden. Die Kommunalverwaltung kann eine Kontrollstelle ernennen, bestehend aus einer oder mehreren Personen, mit der Aufgabe, die erhaltenen Berichte einer näheren Prüfung zu unterwerfen. Die Kommunalverwaltung oder die von ihr ernannte Kontrollstelle hat das Recht, darüber zu wachen, dass die Rückerstattung nur für solche Beträge geleistet wird, die von den Arbeitslosenkassen in Übereinstimmung mit dem Gesetze ausgezahlt wurden. Sie haben sich auch mit den Büchern und Rechenschaftsberichten der Arbeitslosenkassen bekannt zu machen, und können, wenn notwendig, von den Kassenverwaltungen Aufschlüsse einfordern. Für die Geschäftsführung der Kontrollstelle wird von der Kommunalverwaltung eine Geschäftsordnung aufgestellt, die der Zustimmung des Departements unterliegt. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der Kommunalverwaltung oder der Kontrollstelle und einer Arbeitslosenkasse über die Rechtmässigkeit der gezahlten Unterstützung entscheidet das Departement. Soweit aus der offenbar nicht ganz einwandfreien Übersetzung des norwegischen Gesetzentwurfes hervorgeht, scheint die Kommune zu einem Drittel, der Staat zu zwei Dritteln an der Zahlung der an die Arbeitslosenkassen abzuführenden Beiträge beteiligt zu sein. Die Gemeinden werden also durch das Gesetz zur Zahlung von Arbeitslosenbeiträgen herangezogen; ausserdem hat es ihnen die Kontrolle übertragen und weitgehende Vollmachten gegeben, um diese Kontrolle ausüben zu können.

In Dänemark wurde im Jahre 1903 eine parlamentarische Kommission zur Untersuchung der Frage der Alters- und Invaliditätsversicherung einberufen. Im folgenden Jahre wurde ihr ein von Rasmussen eingebrachter Gesetzentwurf zur Beratung überwiesen, nach dem an anerkannte Arbeitslosenkassen Beiträge gezahlt werden sollten. Zugleich erhielt die Kommission den Auftrag, sich gutachtlich über die Frage der Arbeitslosenversicherung zu äussern, und geeignete Vorschläge zu machen. Im März 1906 hat diese einen ausführlichen Gesetzentwurf ausgearbeitet. Unter einer Arbeitslosenkasse versteht das Gesetz eine Vereinigung von Lohnarbeitern, die in einem oder mehreren bestimmten Berufen beschäftigt sind, und sich zusammengeschlossen haben, um sich gegen Zahlung eines bestimmten Beitrages im Falle von Arbeitslosigkeit gegenseitig zu unterstützen. Erfüllt die Kasse die in dem Gesetz enthaltenen Vorschriften, und wird sie auf Vorschlag des Arbeitslosen-inspektors vom Minister des Innern genehmigt, so hat sie damit Anspruch auf Unterstützung aus öffentlichen Mitteln. Die anerkannten Arbeitslosenkassen erhalten jährlich aus der Staatskasse einen Zuschuss in Höhe eines Drittels des gesamten Prämienbetrages der Kasse, der jedoch über 250000 Kr. nicht hinausgehen soll. Der Zuschuss wird unter die Kassen nach dem Verhältnis der Prämienbeträge verteilt. Die jährliche

Prämie muss derart festgesetzt sein, dass sie in Verbindung mit dem Zuschuss aus öffentlichen Mitteln ausreicht, um den Mitgliedern vorkommenden Falles die satzungsgemässe Unterstützung zu gewähren, und zwar in solcher Höhe, dass sie wirklich von Bedeutung ist. Ausser dem Staatsbeitrage kann auch ein Kommunalbeitrag gezahlt werden. Nach § 9 kann die Gemeinde, in der ein Mitglied aufenthalts- oder versorgungsberechtigt ist, ohne Zustimmung einer höheren Instanz einen Zuschuss zur Bestreitung der Leistungen für das laufende Rechnungsjahr leisten, der jedoch nicht mehr als ein Sechstel der Prämien betragen darf. Gemeinden, in denen anerkannte Arbeitslosenkassen ihren Hauptsitz oder Zweigstellen haben, sind berechtigt, gleichfalls ohne Einwilligung der höheren Instanz den anerkannten Arbeitslosenkassen einen Zuschuss zu leisten; doch darf er ein Sechstel der Prämien der in der Gemeinde aufenthaltsberechtigten Kassenmitglieder nicht übersteigen. Also auch hier ist das Verhältnis zwischen den Leistungen des Staats und der Gemeinde wie 2 zu 1. Der dänische Gesetzentwurf weicht aber von dem norwegischen vor allem darin ab, dass die Zuschüsse nicht nach den gezahlten Unterstützungen, sondern nach den in die Kasse eingezahlten Prämiensummen berechnet werden. Das ist in günstigen Jahren ein Vorteil, in schlechten Jahren ein Nachteil für die Arbeitslosenkassen und die Vereine, welche solche Arbeitslosenkassen unterhalten. Die Kontrolle über die Tätigkeit der Arbeitslosenkassen ist nach dem dänischen Entwurf einem besonderen Arbeitsloseninspektor übertragen.

× ×

Städtische Arbeiter Wir haben schon des öfteren Gelegenheit gehabt, auf die sehr zweideutige Haltung hinzuweisen, welche die städtischen Verwaltungen gegenüber dem Koalitionsrechte ihrer Arbeiter einnehmen. Ein besonders krasser Fall von Nichtachtung des Koalitionsrechtes hat sich vor kurzem in Leipzig abgespielt. Hier traten am 8. April die im Transportarbeiterverbande organisierten Arbeiter der *Leipziger Düngerexport A. G.* in den Streik. Sie verlangten eine Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, Bezahlung der Stallwachen etc. Die Löhne bei dieser Gesellschaft sind miserabel. Der Anfangslohn für Kutscher beträgt 2,75 M., der Maximallohn 3,25 M. Die Arbeitszeit für die Kutscher ist 91 bis 93 Stunden wöchentlich ohne die Überstunden. Dazu müssen die Stallwachen noch unentgeltlich von den Kutschern geleistet werden. Ebenso viel lassen die sanitären Einrichtungen zu wünschen übrig. Es fehlt an Waschvorrichtungen, an Raum zum Trocknen der Kleider u. s. w. Die Gesellschaft ist von der Stadt Leipzig privilegiert. Die Tarife für die Grubenentleerung werden von den städtischen Kollegien festgesetzt und sind in den letzten Jahren, zum letzten Male im Jahre 1902, mehrfach erhöht worden, um der Gesellschaft die Zahlung von Dividende an ihre Aktionäre zu ermöglichen. Da die Gesellschaft die Forderungen ihrer Arbeiter nicht bewilligte, kam es zum Streik. Schon am ersten Tage kommandierte der Stadtrat 12 Schleusenräumer zur Arbeit bei der Gesellschaft. Diese lehnten jedoch die Zumutung ab, für die Gesellschaft Streikbrecherdienste zu tun, nachdem sie erfahren hatten, dass diese Arbeit nicht zu ihrer vertragsmässig ausbedungenen Tätigkeit gehörte. Da sie bei dem Verhör vor dem Ressortchef bei ihrer Weigerung blieben, wurden sie entlassen. Von 12 Strassenkehrern, die nunmehr den Auftrag erhielten, weigerten sich 8 und wurden ebenfalls entlassen, während 4 die neue Beschäftigung antraten. Am Tage darauf erhielten weitere 12 Schleusenräumer den Befehl, bei der Gesellschaft zu arbeiten. Der gleichen Weigerung folgte in gleicher Weise die Entlassung. Am nächsten Tage wurde der Streik durch Vergleichsverhandlungen vor dem Gewerbegericht beendigt. Die streikenden Arbeiter nahmen tags darauf ihre Tätigkeit wieder auf, die gemassregelten städtischen Arbeiter blieben aber ausgesperrt. Der Stadtrat rechtfertigte sein Vorgehen damit, dass die Stadt aus gesundheitspolizeilichen Gründen für die rechtzeitige Räumung der Düngergruben zu sorgen habe. Nicht die *Düngerexport A. G.*, sondern in erster Linie der Rat, sei für die gesundheitsmässige Fäkalienabfuhr verantwortlich. Er habe nur der Gesellschaft die Ausführung dieser kommunalen Aufgabe vertraglich übertragen. Diese Behauptung kann nicht bestritten werden. Daraus folgt aber durchaus noch nicht, dass sich der Rat in einer Zwangslage befunden habe und deshalb gezwungen gewesen wäre, seine städtischen Arbeiter in Bewegung zu setzen, um mit ihnen die der Stadtverwaltung zustehende Aufgabe der Fäkalienabfuhr bei dem Versagen des Unter-

nehmers auszuführen. Er hatte in erster Linie die private Gesellschaft zur Erfüllung ihrer vertragsmässigen Pflichten anzuhalten. War sie dazu aus irgend einem Grunde nicht im stande, so hatte die Stadt das Recht, auf Kosten der Gesellschaft die notwendigen Grubenräumungen ausführen zu lassen. Dazu wären auch die Ausständigen bei angemessener besserer Bezahlung sicherlich sofort bereit gewesen. Der Rat aber zog es vor, seine im Dienst der Stadt beschäftigten, für städtische Zwecke vertraglich angenommenen Arbeiter zu Dienstleistungen bei der privaten Gesellschaft zu kommandieren. Er stellte sie so vor die Alternative, zu Streikbrechern zu werden oder die Arbeit zu verweigern.

Der Rat weigert sich nunmehr, die von ihm entlassenen Arbeiter wieder einzustellen, angeblich im Interesse der Disziplin. Insbesondere wird dabei den Arbeitern vorgeworfen, dass sie sich nicht direkt oder durch Vermittelung des zuständigen Arbeiterausschusses an die Vorgesetzten gewendet, sondern statt dessen durch einen Vertreter ihrer Organisation verhandelt hätten. Die Verweigerung der Wiedereinstellung wird ausserdem damit zu rechtfertigen gesucht, dass sich die städtischen Gemeindearbeiter in einer Resolution mit den Ausgesperrten solidarisch erklärten. In dem Antwortschreiben des Rates auf das Gesuch der ausgesperrten Arbeiter heisst es wörtlich: »Wenn wir nun mit Rücksicht darauf, dass ein solcher Fall erstmalig vorgekommen ist, dass Sie die Folgen Ihres Verhaltens nicht übersehen konnten, und dass Sie für die Zukunft aus dem Vorgange eine Lehre für ihr Verhalten ziehen würden, eine mildere Strafe in Erwägung ziehen wollten, so ist uns dies durch das Verhalten Ihrer Mitarbeiter in der öffentlichen Versammlung der städtischen Gemeindearbeiter vom 12. April 1906 unmöglich gemacht worden, insofern als die Versammlung erklärt hat, gegebenenfalls genau so handeln zu wollen, wie Sie. Obwohl nun der in dieser Versammlung gewählten Kommission städtischer Arbeiter durch Herrn Stadtbaurat Franze am 14. des Monats eingehende Aufklärung darüber gegeben worden ist, dass dieser Versammlungsbeschluss zu Ihrer Wiedereinsetzung in die bisherigen Stellen nicht führen könne, und dass die städtischen Arbeiter sich bis zum 17. des Monats nochmals genau überlegen sollten, ob sie diesen für Ihre Wiedereinstellung ausschlaggebenden Beschluss aufrechterhalten wollten, ist man in der am 18. des Monats abgehaltenen anderweiten Versammlung der städtischen Arbeiter bei diesem Beschluss stehen geblieben. Hiernach haben wir auf eine mildere Beurteilung Ihres Verhaltens nicht weiter zukommen können und lehnen die Genehmigung Ihres Gesuches um Wiedereinstellung ab.« Es werden also nach diesem Ratsschreiben an den ausgesperrten Arbeitern nicht nur ihre eigenen Sünden — über die hätte man weggesehen, wenn sie demütig zu Kreuze gekrochen wären —, sondern in erster Linie die Sünden der städtischen Arbeiter überhaupt, ihre Solidaritätserklärung, gestraft. Das ist Geist vom Geiste der *Kühnemänner* und ihrer Aussperrungstaktik, wie überhaupt das ganze Schriftstück des Rates von einem patriarchalischen Herrenstandpunkte aus verfasst ist, den man nachgerade von den Stadtverwaltungen überwunden glauben sollte. Dass sich die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung auf den Standpunkt des Rates stellte, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

× ×

Kurze Chronik Dem Landesausschuss für Elsass-Lothringen ging ein Grundsteuerentwurf zu, wonach in Zukunft für die Veranlagung der nicht überbauten Grundstücke in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern nicht mehr, wie bisher, der katastrierte Reinertrag, sondern der fiktive Ertrag einer 3½prozentigen Verzinsung des gemeinen Wertes zu Grunde gelegt werden soll. 30% der veranlagten Grundsteuer sollen den Gemeinden überlassen werden, aus der Erwägung, dass der im Laufe der Zeit eingetretene Wertzuwachs vorzugsweise der Fürsorge und opferwilligen Tätigkeit der Gemeinden zu verdanken sei. × Die Hanauer Stadtverordnetenversammlung hat die Grundsätze des Magistrates über die Abgabe von Säuglingsmilch angenommen, die weitergehenden sozialdemokratischen Anträge dagegen abgelehnt. Die Kindermilch wird unentgeltlich auf Anweisung der Milchkommission auf Antrag der Kinder- und Waisenpflegerin, nach Feststellung der Bedürftigkeit der Eltern des Kindes, zu ermässigtem Preise an alle Arbeitnehmer und diesen gleichzustellende Familien abgegeben, die sich unter Darlegung ihres geringen Einkommens bei der Milchkommission darum bewer-

ben. × Die Metzer Stadtverwaltung hat infolge der starken Zunahme des Konsums an Pferdefleisch beschlossen, das Pferdefleisch dem Oktroi zu unterwerfen. In Zukunft sind an Oktroi 2 M. per 100 kg Lebendgewicht zu zahlen. Die Schlachtgebühren wurden von 50 Pf. auf 2,50 M. erhöht. × Die Wiesbadener Gaswerksverwaltung hatte beantragt, mit der Einrichtung der Gasautomaten Minderbemittelten ausser den Leitungen die ganze zur Beleuchtung und zum Kochen mit Gas erforderliche Einrichtung städtischerseits leihweise zu liefern. Der Antrag wurde aus Rücksicht auf die in Betracht kommenden Handwerker und Geschäftsleute von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt.

× ×

Literatur Unter dem Titel *Municipalisation by provinces* hat die *Fabian Society* eine kleine Broschüre veröffentlicht, in der sie in höchst interessanter Weise untersucht, wie am besten die lokale Verwaltungsmaschinerie den wechselnden sozialen und ökonomischen Bedingungen angepasst werden kann. Mit dem Wachsen munizipaler Unternehmungen ist diese Anpassung ganz besonders notwendig geworden. Jedem, der sich mit den Fragen grossstädtischer Verwaltung beschäftigt hat, drängt sich der Konflikt zwischen dem Verwaltungsgebiet und den Forderungen auf, welche die möglichst vollendete technische und wirtschaftliche Ausgestaltung einer Unternehmung hinsichtlich des Versorgungsgebietes stellt. Die Versorgung mit Wasser, Gas, Elektrizität für Licht- und Kraftzwecke, der Betrieb der Verkehrsmittel u. s. w. arbeiten um so wirtschaftlicher in dem Masse, wie das von ihnen versorgte Gebiet wächst. Sobald aber die Städte ihre Tätigkeit über die Grenzen ihres Gebietes erstrecken wollen, sehen sie sich auf Schritt und Tritt durch die Rechte der Gemeinden beschränkt, in deren Gebiet sie eindringen. Der einzige Ausweg aus dem Konflikt zwischen dem Verwaltungsgebiet und dem wirtschaftlich notwendigen Gebiete bestand bisher in dem Abschluss von Verträgen zwischen den lokalen Verwaltungskörpern oder der Einrichtung von Gemeindeverbänden. Die ungeheuren Schwierigkeiten und Weitläufigkeiten, mit denen beides verknüpft ist, haben sehr häufig die rationelle und schnelle Entwickelung der städtischen Unternehmungen aufgehalten, wenn nicht unmöglich gemacht. Je dichter ein Gebiet bevölkert ist, je näher die Gemeinden einander liegen, desto notwendiger wird es, den Konflikt zwischen Verwaltungs- und Wirtschaftsgebiet zu überwinden. Die Broschüre schlägt nun vor, die Verwaltungsgebiete der grösseren Städte bedeutend zu vergrössern und nach dem Vorbilde Londons einen grossen zentralen Verwaltungskörper für die Unternehmungen und Verwaltungszweige zu schaffen, die zentralisiert und zentral verwaltet werden müssen, für die Verwaltung lokal begrenzter Aufgaben dagegen, wie zum Beispiel Bibliotheken, Strassenreinigung, das lokale Kanalnetz u. s. w., untergeordnete selbständige Verwaltungskörper einzurichten, denen gegenüber der zentrale Körper zugleich Kontrollinstanz ist. Ausserdem sollen für Unternehmungen provinzialer Ausdehnung, wie sie die Broschüre nennt, insbesondere für den Ausbau und die Verwaltung eines Strassenbahn- und Kleinbahnnetzes und die Lieferung elektrischer Energie, besondere Verwaltungsgebiete abgegrenzt und besondere Verwaltungskörper eingesetzt werden, wobei vor allem darauf zu achten wäre, die Gebiete möglichst elastisch und die Verwaltungsmaschinerie möglichst beweglich zu machen. Die provinziellen Verwaltungskörper sollen von den verschiedenen lokalen Behörden innerhalb des ihrer Verwaltung unterstehenden Gebietes ernannt werden. Die Broschüre hält die indirekte Wahl dieser Zweckkörperschaften für besser, als die direkte Wahl. Die direkte Wahl würde eine Vermehrung der Wahlkämpfe bedeuten, für die die Öffentlichkeit bereits jetzt wenig Interesse beweise. Wofern nur die Wähler der vergrösserten Städte, der Grafschaftsräte und der anderen öffentlichen Verwaltungskörperschaften, die für die Wahl der Mitglieder der Zweckkörperschaften verantwortlich sind, das genügende Interesse an der städtischen Verwaltung hätten, um taugliche Personen zu wählen, würde die indirekte Wahl sicher befriedigende Resultate ergeben. So richtig der Gedanke ist, dass für die Entwickelung des Kollektivismus, die Ausdehnung der munizipalen Tätigkeit in die heute noch der privaten Unternehmung überlassenen Gebiete die grösste Beweglichkeit und Ausdehnungsfähigkeit der lokalen Verwaltungsorganisation notwendig ist, so scheinen uns doch in den Vorschlägen der Broschüre sehr wichtige Momente vernachlässigt zu sein.

Es wird zum Beispiel unmöglich sein, für die mit sehr beschränkten Aufgaben ausgestatteten untergeordneten Verwaltungskörper die geeigneten Personen zu finden. Bei den grossen Zweckkörperschaften liegt auf der anderen Seite die grosse Gefahr nahe, dass sich ein Bureaukratismus herausbildet, dessen Wesen in direktem Gegensatz zu der angestrebten Ausdehnungsfähigkeit der Verwaltungsorganisation steht. HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Parteitage und Konferenzen In Zwickau tagte Ostern die sächsische Landeskonferenz. An den Bericht des Zentralkomitees (vergl. pag. 433) knüpfte sich eine ausgedehnte Debatte, die sich besonders um die Parteipresse im Erzgebirge, die Agitation, das Organisationsstatut und die Organisierung der Jugend drehte. Hierauf folgte ein Referat Geyers über die Wahlrechtsbewegung. In der Diskussion beschäftigte man sich in der Hauptsache mit der verflossenen Wahlrechtsdemonstration und dem Mittel des politischen Massenstreiks zur Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts. Die Meinung ging dahin, dass die Wahlrechtsbewegung mit aller Energie weitergeführt werden müsse; Beschlüsse wurden indessen nicht gefasst. Hieran schloss sich der Bericht Goldsteins über seine Tätigkeit im sächsischen Landtag. Dieser bekanntlich einzige sozialdemokratische Abgeordnete im sächsischen Landtag hat durch sein Eingreifen die Wahlrechtsfrage sehr gefördert. Die Konferenz sprach ihm in einer Resolution für seine Tätigkeit ihr Vertrauen aus und kennzeichnete den Dreiklassenlandtag als nackte, einseitige Interessenvertretung. Darauf referirte Schulze-Cossebaude über die Taktik bei den Gemeindewahlen. Nach der Resolution des Referenten haben die Parteigenossen bei den Gemeindewahlen überall selbständig vorzugehen und die Aufstellung der Kandidaten nur unter Mitwirkung der Wahlkreisorganisation vorzunehmen. Als Sitz des Zentralagitationskomitees wurde wieder Dresden bestimmt. Dort findet auch die nächste Landeskonferenz statt.

Zum Bezirk der oberen Rheinprovinz gehören 20 Reichstagswahlkreise. Von diesen waren auf der 9. Jahreskonferenz, die zu Ostern in Trier tagte, 16 durch 44 Delegierte vertreten; die Tagung fand in dem eigenen Heim statt, das sich die Trierer Genossen unter Aufwendung grossen Opfermutes erbaut haben. Einen Begriff von dem Kampfe, welchen die Genossen in jener rückständigen Stadt zu führen haben, gibt der Umstand, dass die Trierer Machthaber noch immer die Schankerlaubnis für das *Volkshaus* verweigern. Wer in diesem Hause etwas verzehren will, ist gezwungen, Mitglied des Vereins zu werden, was denn auch die Delegierten und Gäste vorher getan hatten. Den Hauptverhandlungsgegenstand bildete die preussische Wahlrechtsbewegung, zu dem eine Resolution Hofrichters angenommen wurde.

× ×

Polnische Sozialdemokratie in Deutschland In Kattowitz tagte in den Osterfeiertagen der 9. Parteitag der *P. P. S.* Mit den Mitgliedern des Vorstandes, den Kontrolleuren u. s. w. waren im ganzen 56 Teilnehmer versammelt. Ausländische Delegierte und selbst Journalisten wurden auf Anordnung des Regierungspräsidenten nicht zugelassen. Im Vordergrunde der Verhandlungen stand auch in diesem Jahre die Frage der Vereinigung mit der deutschen Sozialdemokratie. Diesmal kam sie zu stande durch Annahme folgender Beschlüsse: Die polnischen Sozialdemokraten Deutschlands stellen eine selbständige Organisation dar, welche den Zweck hat, die Agitation unter der polnischen Bevölkerung Deutschlands zu betreiben. Die polnische Partei ist ein Bestandteil der allgemeinen deutschen Partei, sie anerkennt deren Parteiinstanzen, also den deutschen Parteitag als die höchste Instanz. In Presssachen sind die Polen autonom: die in polnischer Sprache erscheinenden Schriften unterliegen der Aufsicht des Vorstandes und des Parteitags der polnischen Organisation. Die *Gazeta Robotnicza* ist das offizielle Organ aller polnischen Genossen des Deutschen Reiches. Zur Kontrolle wird eine Presskommission gewählt, in die der deutsche Vorstand ein Mitglied entsendet. Die Kandidaten für den Westen werden in Konferenzen der Genossen aus dem Wahlkreise ernannt; bei Streitigkeiten hat sich der polnische Vorstand mit dem deutschen ins Einvernehmen zu setzen, um eine Einigung zu erzielen.

Für die vorgelegten Einigungsvorschläge stimmten 49, dagegen 5 der Delegierten. Dem neuzuwählenden Vorstande wurden eine Reihe von Anträgen zur Berücksichtigung überwiesen. Beschlossen wurde die Herausgabe einer Maifestschrift, wie eines Kalenders für 1907. Die *Gazeta Robotnicza* erscheint vom 1. Juni ab 3mal

wöchentlich; sie soll möglichst bald zu einer Tageszeitung werden.

✕ ✕

Österreich Der 14. Landesparteitag der niederösterreichischen Sozialdemokratie wurde Ostern in Wien abgehalten. Der Bericht gibt ein anschauliches Bild über die Entwickelung der Partei im vergangenen Jahr. In 45 Gemeinden beteiligte sie sich an den Wahlen; in 26 erzielte sie einen vollen oder partiellen Erfolg, in den 19 anderen brachte sie es auf ansehnliche Minoritäten. In Wien und der Provinz bestehen 40 politische Vereine und 629 gewerkschaftliche Organisationen mit einem Mitgliederstand von 90 373. Die *Volkstribüne* hatte am Schlusse des vorigen Jahres eine Auflage von 62 000 Exemplaren. Auch die *Arbeiterinnenzeitung* konnte auf einen grossen Aufschwung ihres Abonnentenstandes zurückblicken. Auf dem Landesparteitag bildete die Wahlrechtsbewegung den wesentlichsten Beratungsgegenstand.
Die Wiener Gemeindewahlen haben mit einem glänzenden Sieg der Sozialdemokratie geendet. Die Stadtteile Favoriten, Ottakring und Florisdorf wurden mit gewaltigen Majoritäten behauptet, und Margareten, Weidling, Rudolfsheim und Brigittenau sind neu erobert. Die einzelnen Kandidaten der Sozialdemokratie vereinigten enorme Stimmenzahlen auf sich; so wurde Domes mit 7407 Stimmen, Neumann mit 10 751, Skaret mit 6510 Stimmen, Schumeier gar mit 13 760 Stimmen gewählt. Die Christlichsozialen hatten gehofft, die 3 Genossen, die bisher im Wiener Rathause gesessen, bei dieser Wahl wieder verdrängen zu können. Das ist ihnen nicht gelungen, im Gegenteil, sie werden in Zukunft in ihrem Karpfenteiche mit 7 sozialdemokratischen Hechten zu rechnen haben. Das Resultat zeigt gleichwohl die Ungeheuerlichkeit des herrschenden Wahlsystems auf: Der sozialdemokratischen Partei gehört fast ein Drittel sämtlicher Wiener Wähler an, und doch kann sie nur eine Vertretung von 7 Gemeinderäten unter 145 für sich erobern.

✕ ✕

Österreich: Wahlrechtsbewegung Angesichts der Schwierigkeiten, die sich der Wahlreform in Österreich neuerdings in den Weg gestellt haben, ist die Gesamtexekutive unserer Bruderpartei dort zu einem wichtigen und unter Umständen folgenschweren Beschluss gekommen. Es wurde einstimmig einer Resolution zugestimmt, in welcher es heisst: In der österreichischen Arbeiterschaft steige die Entrüstung über die Wahlintrigen der Feudalen von Tag zu Tag, es müsse den Machthabern deutlich gezeigt werden, dass Österreichs Proletariat gesonnen sei, sich keinerlei Tröstungen oder Enttäuschungen mehr gefallen zu lassen. Die Arbeiterschaft sei gewillt, lieber in einem entscheidenden Ringen für die Wahlreform zu kämpfen, als sie langsam — unter welchem Vorwand auch immer — zu Tode verschleppen zu lassen. Der Gesamtexekutive wurde die Vollmacht gegeben: bei dem ersten Zeichen, dass die Wahlreform ernstlich bedroht sei, oder dass man sie verschleppen wolle, unverzüglich die Vertrauensmänner der politischen und der gewerkschaftlichen Organisationen zu einer Konferenz zusammenzuberufen, auf deren Tagesordnung die Anordnung und Durchführung des Massenstreiks zu stehen habe.

✕ ✕

Dänemark: Parteitag Zu Ostern fand in Kopenhagen im alten Versammlungsgebäude der Arbeiterschaft in der Römersgade der 11. Parteitag der dänischen Sozialdemokratie statt. Erschienen waren 225 Delegierte und 46 Mitglieder des Hauptvorstandes des sozialdemokratischen Verbandes: im ganzen waren 148 Abteilungen des Verbandes vertreten, die zusammen 29 651 Mitglieder zählen. Der Parteivorsitzende P. Knudsen berichtete über die Tätigkeit der Partei in den seit dem vorigen Parteitag verflossenen 3 Jahren. Er wies auf die Erfolge der letzten *Folkething*wahl hin, bei der 55 479 Stimmen für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben wurden und die Zahl der Abgeordneten von 14 auf 16 stieg. Er schilderte sodann ausführlich die Tätigkeit der Fraktion, erwähnte schliesslich die Erfolge bei den letzten Gemeindewahlen, die der Partei in 50 Gemeinden 155 Vertreter brachten, wogegen bei den vorigen Wahlen in nur 25 Gemeinden nur 56 Vertreter der Sozialdemokratie gewählt wurden. In der Debatte über den Bericht wurde von einigen Delegierten Kritik an der Fraktion geübt, weil sie für den Wiederaufbau des Schlosses *Kristiansborg*, das bekanntlich dem *Folkething* und *Landsthing*, sowie dem höchsten Gericht ein Heim bieten, aber auch Repräsentationsräume für den König enthalten soll, gestimmt hatte; der Fraktion eine Missbilligung ihrer Haltung auszusprechen, wurde jedoch mit 200 gegen 25 Stimmen abgelehnt. Der

ganze Tätigkeitsbericht wurde dann mit 250 gegen 4 Stimmen gutgeheissen. Sodann wurde über den wichtigsten Punkt der Tagesordnung *Die Stellung der Partei zu den bevorstehenden Folkethingwahlen* beraten. Einige Redner wandten sich gegen jedes Wahlbündnis mit den Radikalen. Es wurde jedoch mit 214 gegen 49 Stimmen eine von den Genossen Borgbjerg und Harald Jensen vorgeschlagene Resolution angenommen, durch die den Parteigenossen in solchen Wahlkreisen, wo es nicht zweckmässig erscheint, eigene Kandidaten aufzustellen, empfohlen wird, den radikalsten Kandidaten gegenüber dem mehr konservativen zu unterstützen; unbedingte Voraussetzung ist jedoch, dass diese Kandidaten versprechen, für das allgemeine, gleiche Wahlrecht auf Grund der durch die Verfassung gegebenen Mittel wirken zu wollen. Ferner werden in der Resolution 62 Wahlkreise (von im ganzen 114) angeführt, in denen eigene Kandidaten der Sozialdemokratie aufgestellt werden sollen.

× ×

Norwegen: Parteitag Der 19. Parteitag der norwegischen Sozialdemokratie, der vom 13. bis 16. April in Kristiania tagte, ist der erste, auf dem die Worte *Revolutionarismus* und *Revisionismus* ausgesprochen wurden. Die Reden, die auf dem Parteitag gehalten wurden, waren in ihrer Tonart *revolutionär*; es wurde unter anderm auch Kritik geübt an der Haltung des norwegischen Vertreters auf dem Amsterdamer internationalen Kongress, Kringen, der dort gegen die Dresdener Resolution gestimmt hatte. Kringen, der bereits einige Monate vor dem Parteitag die Chefredaktion des Zentralorgans niedergelegt hatte, antwortete auf die Angriffe nicht; die Hauptursache seiner Demission hatten unerquickliche Verhältnisse in der Redaktion abgegeben. Im übrigen war der Parteitag keineswegs so revolutionär, wie die Reden vermuten liessen. Im Gegenteil. Die Abänderungen, die an dem Parteiprogramm vorgenommen wurden, waren zum Teil etwas zu schwächlich. So wurde zum Beispiel ein Antrag verworfen, der die völlige Trennung der Schule von der Kirche und den Zwang für alle, die Volksschule zu besuchen, verlangt. Sehr scharf kritisiert wurden die Genossen, welche gegen das Karlstädter Übereinkommen und für den neuen König gestimmt hatten. Gleichwohl wurden die selben Personen ohne Widerspruch wieder zur Leitung der Partei berufen. Die Politik der Partei wird also im grossen und ganzen auch in Zukunft von der selben *revisionistischen* Farbe bleiben, wie bisher, und wie sie auch die schwedische und dänische Bruderpartei aufweist.

Das abgeänderte Parteiprogramm kann im allgemeinen ein gutes genannt werden. Die Zahl der Anhänger der Partei steigt beständig. Am Schluss des Jahres 1905 gehörten der Partei 370 Ortsvereine mit ungefähr 16 500 Mitgliedern an. Seit dem vorigen Parteitag sind 11 verschiedene Agitationsbroschüren herausgegeben in einer Auflage von 500 bis 3000 Exemplaren. Das ist für das kleine norwegische Volk eine sehr stattliche Zahl. Die Parteileitung ist gleichartig zusammengesetzt. Der neue Redakteur des Zentralorgans, Jeppesen, ist ein sehr gewandter Politiker, so dass also insgesamt für die zukünftige Entwickelung der Partei sich im wesentlichen nur Günstiges voraussagen lässt.

× ×

Holland: Parteitag Die holländische Sozialdemokratie hielt ihren diesjährigen Parteitag in Utrecht ab, und zwar, wie stets, in den Ostertagen. Aus dem Bericht des Parteisekretariats entnehmen wir, dass die Mitgliederzahl im Laufe des Jahres von 6100 auf 6816 gestiegen ist, die Zahl der Ortsgruppen von 137 auf 152. Die Stimmenzahl, die die Partei auf sich vereinigte, ist bei den letzten Wahlen von 39 000 auf 65 000 gewachsen, während die Zahl der Abgeordneten von 8 auf 7 zurückgegangen ist. Die Parteipresse besteht aus dem Zentralorgan *Het Volk*, 11 wöchentlich und 2 monatlich erscheinenden Blättern.

Auf dem Parteitag waren 170 Delegierte anwesend. Den wichtigsten und alles überragenden Verhandlungsgegenstand bildeten die Differenzen innerhalb der Partei selber. Die Ursache, die diese Differenzen hervorgerufen, sowie die wichtige Entscheidung, die dieser Parteitag fällte, finden die Leser dieser Zeitschrift in dem Artikel Vliegens *Prinzip und Praxis in der niederländischen Sozialdemokratie*, pag. 451 ff., ausführlich dargelegt. Es erübrigt sich hier eine Wiederholung. Der Parteitag hat sich in seiner weit überwiegenden Mehrheit gegen die *Prinzipienretterei* der sich *marxistisch* nennenden *Nieuwe Tijd*-Gruppe ausgesprochen. Durch die Annahme dieses Tadelsvotums und vor allem der wei-

teren prinzipiellen Erklärungen hat die Partei sich auf den Standpunkt der sogenannten *Revision* gestellt, die in täglicher, nie rastender Arbeit für das Proletariat Vorteil um Vorteil von den herrschenden Klassen zu erringen trachtet, ohne die sozialistischen Ziele aus den Augen zu verlieren.

× ×

Belgien: Parteitag Der 21. Parteitag der belgischen Arbeiterpartei tagte am 15. und 16. April in der *Maison du Peuple* zu Brüssel. Genosse de Brouckère eröffnete ihn mit dem Hinweis auf die Bedeutung des nahenden Wahlkampfes. Vertreten waren 262 Gruppen durch 461 Delegierte. In der Diskussion zu den Kammerwahlen werden von einigen Delegierten gegen Anseele Vorwürfe erhoben wegen des vlämischen Wahlkartells. Dieses Kartell ist kürzlich abgeschlossen worden zwischen den Liberalen, christlichen Demokraten und Sozialisten in den vlämischen Gebieten Belgiens. Von Anseele und anderen wurde geltend gemacht, dass dieses Kartell allen Parteien ihre volle Selbständigkeit sichere; der Zusammenschluss der Parteien sei veranlasst durch des allen gemeinsamen Bestreben, die klerikale Regierung zu stürzen. Vandervelde referierte sodann über die Wahlen. Alle Parteien der Opposition seien sich heute über das Prinzip des allgemeinen Wahlrechts einig, und es sei kein Zweifel: die erste Reform, welche nach dem Sturz der klerikalen Regierung in Angriff genommen werde, sei die Einführung des allgemeinen Wahlrechts mit proportioneller Vertretung. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution wurde angenommen. Über den obligatorischen Schulunterricht referierte Dewinne. Er unterbreitete eine Resolution, in der der obligatorische Schulunterricht bis zum 14., der gewerbliche Fortbildungsunterricht bis zum 18. Lebensjahre, ferner die Errichtung von Schulkantinen und das gesetzliche Verbot jeder Kinderarbeit unter 14 Jahren gefordert wird. Auch diese Resolution gelangte nach einer ausgiebigen Debatte zur Annahme. Hierauf wurde über die Errichtung einer Versicherung durch die Partei verhandelt. Der Referent, Senator Hendricks, wies darauf hin, dass die Zahl der Versicherungsgesellschaften immer mehr zunähme, dass diese Gesellschaften ungeheure Profite einheimsten, die zum grossen Teil aus den Taschen der Arbeiter kämen. Er schlug vor, dass die Partei selbst eine Versicherungsgesellschaft etablieren sollte, wodurch dem Versicherten und auch der Partei grössere Vorteile zugeführt werden könnten. Nach langer Diskussion beschloss der Parteitag die Einsetzung einer Kommission, die zunächst noch weitere Berechnungen und Ermittelungen anstellen soll. In seiner letzten Sitzung behandelte der Parteitag die Alkoholfrage. Vor 2 Jahren wurde der Beschluss gefasst, dass die sozialistischen Genossenschaften den Verkauf von Alkohol einzustellen haben; diejenigen, die diesen Beschlüssen nicht nachkommen, sollten aus der Partei ausgeschlossen werden. Obwohl diesem Beschlusse durchaus nicht alle *Volkshäuser* — denn um solche handelt es sich vor allem — nachgekommen sind, hat man bis jetzt von der obigen Bestimmung noch keinen Gebrauch gemacht. In der Diskussion wurde hervorgehoben, dass diejenigen *Volkshäuser* und Genossenschaften, welche sich dem Beschlusse gefügt haben, gegenüber den anderen schwer geschädigt seien, ohne dass dem Alkohol Abbruch getan sei. Nach langer Diskussion werden auch diesmal die Konsequenzen des obigen Beschlusses nicht gezogen, die Frage wurde bis zum nächsten Parteitag vertagt. Auf den Generalversammlungen der Genossenschaften sollen Mitglieder des Parteivorstandes sich bemühen, jene zu veranlassen, den Wünschen der Partei nachzukommen.

× ×

England: *I. L. P.* Der Jahreskongress der *I. L. P.* tagte Ostern in Stockton. Es war, wie einige Redner mit Recht andeuteten, eine Siegesfeier, welche die Partei hier begehen konnte. Keir Hardie sagte: Niemals habe eine Partei von 30 Mitgliedern solchen Einfluss in irgend einem Lande gehabt. Das komme nicht von den 30 Stimmen, über die die Partei im Parlament verfüge, der Einfluss der Partei liege ausserhalb des Hauses. Snowden meinte, dass Presse und Regierung jetzt die Sache der Arbeiter *entdeckt* habe, sei nicht zum wenigsten das Verdienst der *I. L. P.* Auch was die Fortschritte der Organisation anlangt, hat die *I. L. P.* alle Ursache, zufrieden zu sein. Es sind im Laufe des letzten Jahres 134 neue Lokalgruppen gebildet worden. Die Abrechnung bilanziert mit 67680 M.; zu den Wahlkosten wurden 96920 M. aufgebracht. Es wurden zunächst einige Statutenänderungen vorgenommen. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wurde auf

13 Mitglieder erhöht, von denen 6 auf den Jahreskongressen, die anderen 7 von den einzelnen Distrikten gewählt werden sollen. Zum Vorsitzenden der Partei wurde MacDonald gewählt. Am zweiten Tage kam die Verschmelzungsfrage zur Verhandlung. Von Johnsen wurde eine Resolution begründet, in der es heisst, dass der Parteitag die Zeit für gekommen erachte, entsprechend dem Amsterdamer Beschluss von 1904 eine Einigung mit den übrigen sozialistischen Parteien Englands herbeizuführen. Burgess-Glasgow brachte hierzu ein Amendement ein, des Inhalts, dass der Parteitag der Einigung sympathisch gegenüber stehe, dass es aber wesentlich für das Wohl des Sozialismus und der Arbeitersache sei, wenn die *I. L. P.* ihre gegenwärtige Organisation und auch ihr Programm aufrechterhalte. Hieran schloss sich eine Diskussion, bei der es zu heftigen Auseinandersetzungen kam. Keir Hardie führte an, er sei mit der Absicht zum Parteitag gekommen, für die Einheit aller sozialistischen Organisationen einzutreten, aber nach den Erklärungen des Kongresses der *S. D. F.* (siehe weiter unten) könne er dies nicht mehr. Die *S. D. F.* habe ihren Wiederanschluss an die neutrale Arbeiterpartei abgelehnt; das sei aber eine unerlässliche Bedingung für die sozialistische Einheit. Hierauf wurde das Amendement als selbständige Resolution erklärt und mit 108 gegen 58 Stimmen angenommen. Von sonstigen Beschlüssen sei noch eine Resolution erwähnt, durch welche die Fraktion beauftragt wird, einen Gesetzentwurf einzubringen, der den Frauen das Wahlrecht unter den gleichen Bedingungen verleiht, wie den Männern.

× ×

England: ***S.D.F.*** Die *S. D. F.* hielt während der Ostertage in Bradford ihren 26. Jahreskongress ab; sie war von 91 Delegierten besucht, darunter einigen Frauen. Hartley bedauerte in seiner Eröffnungsrede die Zersplitterung der sozialistischen Kräfte, die dem fortgesetzten Diskutieren der die Sozialisten trennenden Punkte zu danken sei; das ernste Bestreben aller Genossen sollte doch das sein, die Kräfte zusammenzufassen. Im übrigen trat er für die Schaffung einer grossen Presse ein. Die wichtigsten Anträge waren die, betreffend den Anschluss an die Arbeiterpartei und die Verschmelzung mit der sozialistischen *I. L. P.* Von der Arbeiterpartei (damals *L. R. C.*) hatte sich die *S. D. F.* seinerzeit bekanntlich getrennt, weil diese ein sozialistisches Programm nicht annehmen wollte. Der Antrag auf Anschluss wurde auch diesmal mit 55 gegen 29 Stimmen abgelehnt, dagegen ein Antrag Hyndman angenommen, in welchem der neuen Arbeiterpartei die Sympathie der *S. D. F.* ausgesprochen wird, und in welchem es ferner heisst, dass die *S. D. F.* bereit sei, sich ihr anzuschliessen, sobald ihre Organisationen und Abgeordneten sich öffentlich für den Sozialismus erklären und ein in diesem Sinne gehaltenes Programm annehmen. Auch der Antrag auf Verschmelzung mit der *I. L. P* wurde abgelehnt, und zwar mit 48 gegen 43 Stimmen. Es wurde aber von den meisten Rednern betont, dass die Verschmelzung beider Flügel nur noch eine Frage der Zeit sein könne, da prinzipielle Unterschiede nicht mehr bestünden. Sodann wurde noch die Arbeitslosenfrage und die Stellung der Partei im Falle eines Krieges behandelt. Hyndman betonte, dass die sozialistische Partei die einzige Friedenspartei sei. Wenn die Mehrzahl der Bevölkerung von den Ideen des Sozialismus durchdrungen sei, würden die Kriege unmöglich werden. Im übrigen erklärte er sich aber für eine militärische Erziehung der Jugend. Ein Teil der Verhandlungen wurde hinter verschlossenen Türen geführt.

× ×

Persönliches Unsere deutsche Partei ist jetzt in das Lebensalter gelangt, wo sich die sechzigjährigen Kämpfer mehren. Am 28. April konnte sie wieder einen begrüssen: W i l h e l m B o c k, den *König von Gotha.* Bock gehörte seit dem Jahre 1866 der modernen Arbeiterbewegung an. Als Lassalleaner, dann *Eisenacher* trat er lebhaft für die Einigung ein, und er war es, der den Einigungskongress in Gotha 1875 eröffnete. Im Jahre 1884 wurde er von Gotha in den Reichstag gewählt. 1887 unterlag er, 1890 wählte ihn Magdeburg an Stelle des doppeltgewählten Genossen von Vollmar. Seit dem Jahre 1890 hat Gotha wieder ihn ständig in den Reichstag entsandt. Seit langer Zeit ist er auch Mitglied des gothaischen Landtags, und entsprechend der Stärke der sozialdemokratischen Fraktion wurde er vor einigen Jahren dessen Vizepräsident. Auch als Mitglied des gothaischen Landesausschusses und des gothaischen Verwalwaltungsgerichtshofes hat er sich mit Geschick und in strenger Sachlichkeit betätigt. Der Scherzname *König von Gotha,* dem ihm seine Freunde vor Jahren bei-

gelegt haben, spielt auf seine grosse Popularität und erfolgreiche Wirksamkeit in Gotha an. Möge er noch lange sein Szepter über Gotha schwingen!

×

Presse Der Hannoversche *Volkswille* wird seit dem 1. April in eigener Druckerei und in eigenem Heim hergestellt. In diesem Hause finden auch das Partei- und das Arbeitersekretariat, sowie die Bureaus einiger Gewerkschaften Unterkunft. Die *Bremer Bürgerzeitung* ist vom 1. April ab ein Abendblatt geworden. Einen erfreulichen Aufschwung hat das Nürnberger Parteigeschäft zu verzeichnen. Der Abonnentenstand der *Tagespost* ist seit Beginn dieses Jahres um nahezu 2000 gestiegen. Der Reingewinn des Geschäftes betrug 17836, wovon je 6000 zur Bildung eines Hausbau- und eines Reservefonds zurückgelegt wurden. Sobald sich die Möglichkeit bietet, soll ein eigenes Haus errichtet werden.

Sämtliche sozialistischen Zeitungen der romanischen Schweiz haben sich zu einem Wochenblatt verschmolzen, das unter dem Namen *Le Peuple Roman* als offizielles Parteiblatt erscheinen wird. Der Redaktionsstab der *Humanité*, des Organs des Genossen Jaurès, ist durch den Eintritt einer ganzen Anzahl neuer Mitarbeiter wesentlich erweitert worden. Zu den alten, wie Rouanet, Pressensé, Thomas, Jean Longuet u. s. w., treten hinzu Allemane, Bracke, Dubreuilh, Lafargue, Sembat, Vaillant und andere, also Vertreter aller Nuancen des französischen Sozialismus. Durch die Mitarbeit aller dieser Genossen soll die äusserlich vollzogene Einigung der Partei an innerer Festigkeit gewinnen, und die *Humanité* sich nach und nach zum Zentralorgan der geeinten Partei entwickeln.

×

Kurze Chronik Die Kontrollkommission der Sozialdemokratie Deutschlands wählte an Stelle des verstorbenen Genossen Meister den Genossen Kaden zum Vorsitzenden. × Der diesjährige Parteitag wird vom 23. bis zum 29. September in Mannheim stattfinden. × Im Wahlkreise Darmstadt-Gross Gerau wurde in der Ersatzwahl für Cramer Genosse Berthold mit 16656 Stimmen gewählt, während der Nationalliberale Stein es auf 15921 Stimmen brachte. × In Biel (Schweiz) errangen unsere Genossen einen schönen Sieg mit ihrer Liste zur Gemeindewahl; 8 Sozialdemokraten wurden gewählt.

HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Internationale Organisation Das internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen hat soeben seinen 2. Bericht, und zwar über die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1904 /Berlin, Verlag der *Generalkommission*/ veröffentlicht. Er umfasst Einzelberichte aus 16 Ländern (England, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Österreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien, Schweiz, 3 australische Staaten), die teilweise allerdings unvollständig sind. Aus einem vom internationalen Sekretär, Carl Legien, veröffentlichten Briefwechsel geht übrigens hervor, dass der Anschluss der australischen Gewerkschaften an das internationale Sekretariat bald bevorsteht, und dass auch eine Annäherung der *American Federation of Labor* herbeigeführt worden ist. Belgien und Frankreich haben leider nicht berichtet. Aus den Berichten geht hervor, dass von 1903 auf 1904 nur in England und Serbien ein Rückgang in der Mitgliederzahl der Gewerkschaften eingetreten ist, und zwar um 33190 respektive 568 Mitglieder; in allen übrigen Staaten waren Fortschritte zu verzeichnen, und zwar in Deutschland ein Mehr von 189794, in Österreich um 28059, in Ungarn um 12131, in Dänemark um 3462, in Schweden um 25000 und in Norwegen um 231 Mitglieder. Über die Mitgliederzahl in den einzelnen Ländern gibt folgende Übersicht das Nähere:

Land	Zahl der Gewerkschaftsmitglieder	Der Landeszentrale gehören an: Zentralverbände		Lokalvereine	
		Zahl	Mitgl.	Zahl	Mitgl.
England	1889590	100	469590	—	—
Niederlande	37221	14	5521	26	1150
Dänemark	89788	47	66930	14	573
Schweden	104999	30	81680	1	56
Norwegen	16227	10	8598	11	445
Deutschland	1466625	63	1052108	—	—
Österreich	205651	45	189121	446	16530
Ungarn	53169	17	47657	27	5512
Serbien	2932	21	2932	—	—
Bulgarien	1672	—	—	38	1672
Schweiz	41862	22	26784	—	—
Italien	260102	20	175102	?	85000
Spanien	56900	9	23933	184	32967
in summa	4226738	398	2149956	747	143905

Die australischen Gewerkschaften haben Angaben über ihre Mitgliederziffer nicht gemacht, ebenfalls fehlen die Berichte aus Belgien und Frankreich. Stellt man für Belgien rund 95000 Mitglieder (siehe weiter unten den Abschnitt *Belgien*) und

für Frankreich (nach der allerdings unzuverlässigen amtlichen Statistik) 715 576 organisierte Arbeiter in Rechnung, so würden in den 15 dem internationalen Sekretariat zurzeit angeschlossenen Ländern 5 Millionen organisierte Arbeiter in Betracht kommen.

Über die Einnahmen, Ausgaben und Kassenbestände der berichtenden Landesgewerkschaftsgruppen gibt folgende kleine Übersicht Auskunft:

Land	Zahl der Mitglieder	Jahreseinnahme	Jahresausgabe	Kassenbestand	Ausgabe für						
					Streiks	Fachorgan	Reiseunterstützung	Arbeitslosenunterstützung	Krankenunterstützung	Invalidenunterstützung	Verwaltung
		M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
England	469 590	20 757 408	22 159 377	48 451 530	752 698	2 080	858 758	7 274 293	2 907 306	873 976	2 825 257
Niederland	6 682	25 545	37 322	2 430	14 129	4 271	1 918	315	176	—	1 706
Dänemark	83 643	1 702 116	782 496	1 884 042	312 084	36 369	—	430 173	98 703	14 391	243 405
Schweden	81 736	1 884 509	1 187 347	697 162	752 369	20 756	81 849	17 200	5 380	—	133 445
Norwegen	16 227	376 979	296 916	333 737	97 016	11 656	758	54 414	26 301	1 181	42 902
Deutschland	1 052 108	20 190 724	17 738 753	16 109 903	5 869 519	1 097 257	646 821	1 599 424	1 416 935	213 626	2 092 218
Österreich	189 121	2 884 025	2 553 537	3 754 026	265 019	358 731	81 422	556 775	443 772	117 390	995 446
Ungarn	53 169	413 797	600 543	56 699	—	50 164	31 736	105 355	79 417	40 010	164 994
Serbien	2 932	19 272	7 704	15 408	872	—	420	416	412	792	1 788
Bulgarien	1 672	13 264	13 760	10 088	4 768	1 684	—	3 456	—	—	4 592
Schweiz	41 862	460 608	325 464	622 736	35 204	36 668	9 244	18 300	79 244	36 328	33 188
in summa	1 998 742	48 728 247	45 703 219	71 937 761	8 103 678	1 619 636	1 712 926	10 060 121	5 057 646	1 297 694	6 538 941

Bemerkenswert sind die enormen Ausgaben der englischen Gewerkschaften für Reise- und Arbeitslosenunterstützung, die sich 1903 auf 4,67 Mill. M., 1904 aber auf 8,13 Mill. M. beliefen. Aber auch die deutschen Gewerkschaften können sich mit ihren Aufwendungen für Unterstützungszwecke sehen lassen, sie zeigen sich ganz besonders leistungsfähig auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes und der Aufklärung, wie ihre enormen Aufwendungen für Streiks und für die Fachpresse erweisen.

Die meisten Berichte enthalten auch eine Übersicht über die Arbeitergesetzgebung des betreffenden Landes. Dadurch wird der Bericht des internationalen Sekretärs, dem auch das Protokoll der 4. internationalen Konferenz der Sekretäre beigefügt ist, zu einem guten Informationsbuch der internationalen Arbeiterbewegung.

× ×

Kongresse und Verbandstage Im Monat April hat eine ganze Anzahl von Kongressen und Verbandstagen stattgefunden. Während der Osterfeiertage fand in Berlin ein allgemeiner Handelshilfsarbeiterkongress statt. Die Wünsche und Forderungen der Handelshilfsarbeiter wurden nach dreitägigen Beratungen in einer Resolution zusammengefasst, in welcher die reichsgesetzliche Festlegung des 9-stündigen Maximalarbeitstages für über 18 Jahre alte Arbeiter und Arbeiterinnen, der gesetzliche 8 Uhr-Ladenund 6 Uhr-Postschalterschluss, vollständige Sonntagsruhe für alle kaufmännischen Betriebe, Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handelsgewerbe und Errichtung von Handelsinspektoraten gefordert wird. Von einer Debatte über die Frage der Zweckmässigkeit einer Einheitsorganisation für sämtliche Handelshilfsarbeitervereine wurde Abstand genommen, dagegen wurden die anwesenden Vereine aufgefordert, diese Frage zu diskutieren. Wenn notwendig, soll dann seitens des Vorstandes des Handels- und Transportarbeiterverbandes eine besondere Konferenz zur Erledigung dieser Frage einberufen werden.

Die Gastwirtsgehilfen, die am 25. bis 28. April in Cöln tagten, beschlossen Anstellung eines Gauleiters für Rheinland-Westfalen, Erhöhung der Verbandsbeiträge von 30 auf 40 Pf. und verschiedene Modifikationen der Bestimmungen über das Unterstützungswesen;

so wurde die bisherige dreitägige Karenzzeit fallen gelassen. An den grösseren Organisationsorten sollen Branchensektionen für die weiblichen Angestellten gebildet werden, auch sollen den weiblichen Mitgliedern trotz des um 10 Pf. niedrigeren Beitrages die selben Unterstützungen gewährt werden, wie den anderen Mitgliedern.

Die Glaser, die ihren Verbandtag am 14. bis 16. April in Mannheim abhielten, beschlossen einige geringe Verbesserungen der Unterstützungseinrichtungen und erhöhten den Verbandsbeitrag von 30 auf 45 Pf. Auf dem Hauptbureau wurde ein zweiter Beamter angestellt. Der Anschluss an den Holzarbeiterverband wurde abgelehnt.

Dagegen beschloss aber der Verbandstag der Vergolder, am 16. bis 19. April in Leipzig, mit 19 gegen 4 Stimmen die Verschmelzung seiner Organisation mit dem Holzarbeiterverband am 1. Oktober vorzunehmen. Und der zu gleicher Zeit in Leipzig tagende Verband der Stukkateure beauftragte seinen Vorstand und Ausschuss, mit dem Vorstand des Maurerverbandes zwecks Verschmelzung mit dieser Organisation in Verbindung zu treten und über ein eventuelles Ergebnis dieser Verhandlungen eine Urabstimmung der Mitglieder herbeizuführen. Es wurde eine Reiseunterstützung eingeführt und der Beitrag auf 50 Pf. erhöht. Die Gehälter der Beamten sollen nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses geregelt werden.

Sehr wichtige Beschlüsse fassten die Textilarbeiter, die am 14. bis 17. April in Mühlhausen (Thüringen) tagten. Zunächst beschlossen sie, das Fachorgan mit dem Vorstand in Berlin zu vereinigen, ferner wurden fakultative Staffelbeiträge zu 20, 30, 40 und 50 Pf. eingeführt, und die Streikunterstützung für die einzelnen Klassen in der Höhe von 7, 9, 11 und 13 M., daneben an Unterstützung für Kinder der Streikenden in Höhe von 75 Pf. respektive 1 M., die Krankenunterstützung je nach der Höhe des Betrages und der Dauer der Mitgliedschaft in Höhe von 2 bis 5,60 M. normiert. Neu eingeführt wurde eine Sterbefallunterstützung. Es wurden vier neue Gaubeamte, ein weiterer Vorstandsbeamter und ein zweiter Redakteur angestellt.

Auch die Maschinisten und Heizer, die an den Ostertagen in Mannheim tagten, beschlossen die Anstellung eines Vorsitzenden und dreier Gauvorsteher. Die bestehende Arbeitslosenunterstützung wurde in eine Erwerbslosenunterstützung umgewandelt, und der Beitrag auf 30 Pf. für die Haupt- und 10 Pf. für die Lokalkasse erhöht.

Die Wäschearbeiter beschlossen auf ihrem zur gleichen Zeit in Berlin abgehaltenen Verbandstag Erhöhung der Beiträge von 25 auf 40 Pf. für männliche, von 15 auf 20 Pf. für weibliche Mitglieder, der Krankenunterstützung von 5 auf 7 M. für männliche, von 3,50 auf 4,50 M. für weibliche Mitglieder, sowie Anstellung eines Vorstandsbeamten sowie für Bielefeld eines Gaubeamten.

Die Kürschner, die am 16. bis 18. April in Weissenfels tagten, beschlossen ebenfalls die Besoldung ihres Vorsitzenden. Sie erhöhten den Beitrag von 30 auf 50 Pf. für männliche und von 15 auf 25 Pf. für weibliche Mitglieder und beschlossen die Einführung einer Kranken- und Sterbefallunterstützung.

Von der an den gleichen Tagen in Dresden abgehaltenen Tagung der Sattler ist bemerkenswert eine Erhöhung des Verbandsbeitrages von 40 auf 45 Pf., die Anstellung eines zweiten Vorstandsbeamten und die Votierung einer Resolution auf Anbahnung der Gründung eines Lederarbeiterverbandes, der die Organisationen der Handschuhmacher, Lederarbeiter, Sattler, Schuhmacher und Portefeuiller umfassen soll.

In den Ostertagen fand auch in Berlin die Generalversammlung des der *Generalkommission* nicht angeschlossenen Verbandes des technischen Bühnenpersonals statt. Beschlossen wurde unter anderm, Erhöhung des Beitrages von 80 Pf. monatlich auf 25 respektive 15 Pf. wöchentlich und Herausgabe eines monatlich erscheinenden Fachorgans. Einstimmig sprach sich die Generalversammlung für Anschluss an die *Generalkommission* aus.

Schliesslich ist noch die 3. internationale Konferenz der Kürschner zu erwähnen, die in der zweiten Aprilwoche in Leipzig tagte. Sie beschloss Errichtung eines internationalen Sekretariats, das in Hamburg seinen Sitz hat.

X X

Presse Über ein Ereignis, das in der Geschichte der Arbeiterbewegung ohne Beispiel dasteht, kann diesmal berichtet werden: Die Auflage der *Metallarbeiter-zeitung* hat 300 000 überschritten. Die Nr. 17, die bereits in einer Auflage von

307 500 Exemplaren herauskam, erschien aus diesem Anlass in festlichem Gewande. Und in der Tat, sie und mit ihr die gesamten deutschen Gewerkschaften können sich dieses Erfolges von Herzen freuen. Im Zeitraum von 1¼ Jahren hat der Metallarbeiterverband sich um 100 000 Mitglieder, in den letzten 5 Monaten hat er sich um 50 000 Mitglieder vermehrt. Und das in einer Zeit der schwersten Kämpfe mit den Scharfmachern, unter beständiger erbitterster Bekämpfung durch die lokalistischen, Hirsch-Dunckerschen und christlichen Organisationen! Es ist, als seien alle diese Kämpfe nichts weiter als eine Quelle neuer Kräfte für den Metallarbeiterverband. Auch jetzt wieder hat diese grösste der bestehenden Gewerkschaften infolge einer von ihr inszenierten Formerbewegung, in Sachsen, Braunschweig, Hannover und Breslau eine gewaltige Gesamtaussperrung abzuwehren. Auch diese Aussperrung, über die wir erst in unser nächsten Rundschau berichten können, wird, möge sie ausgehen, wie sie wolle, nur eine neue Stärkung des Metallarbeiterverbandes zur Folge haben. Und die Steigerung der Mitgliederziffer hält an; bereits die Nr. 19 der *Metallarbeiterzeitung* erschien in einer Auflage von 310 500 Exemplaren. Auch in den anderen Gewerkschaften geht's vorwärts. Die Auflage des *Grundsteins,* des Maurerblattes, beträgt zurzeit 185 000 Exemplare, die der *Deutschen Bäckerzeitung* 15 200, das sind rund 3000 Exemplare mehr, als am Beginn des Jahres, die *Allgemeine Steinsetzerzeitung,* Ende 1902 gegründet mit einer Auflage von 2700, hat eine Auflage von 10 000, und die *Allgemeine Deutsche Gärtnerzeitung* eine Auflage von 6000 Exemplaren erreicht.

X X

Lokalisten Die lokalistischen Gewerkschaften, die sich bisher als die allein wahren sozialdemokratischen Gewerkschaften ausgaben und auf Grund dieser ihrer Gesinnung von gewissen Parteigenossen vor den freien Gewerkschaften ausgezeichnet wurden, haben sich auf ihrem letzten Kongress, in der Osterwoche in Berlin, in aller Form ausserhalb des sozialdemokratischen Programms gestellt. Diese Entschliessung war seit langem zu erwarten. Denn seit Jahren schon fraternisieren sie mit den Anarchisten, und im letzten Herbst, als die Diskussion über den Generalstreik ihren Höhepunkt erreicht hatte, sprachen sie sich in einer Versammlung in Berlin offen für den anarchistischen Generalstreik aus. Auch die sogenannte *Programmdebatte* auf dem letzten Kongress liess unzweideutig erkennen, dass es sich bei den Lokalisten um eine Mauserung zum Anarchismus handelte, als sie aus dem Rahmen des Parteiprogramms heraustraten. Die Lokalisten wollen durch diese Frontschwenkung es auch jenen Elementen, die ihnen aus gewissen politischen Gründen bisher fernstanden, das heisst den Anarchisten, ermöglichen, in ihren Organisationen mitzuarbeiten. Man kann gespannt sein, ob sie auch weiter, wie bisher, von *radikalen* Parteiführern protegiert werden werden.

X X

Schweiz Während der Ostertage fand in Basel der allgemeine Gewerkschaftskongress statt. Seine Hauptaufgabe war Stellungnahme zur *direkten Aktion.* Nur ein Baseler Anarchist und der Sekretär des Malerverbandes traten für sie ein, alle anderen Redner aber, darunter auch Greulich, bekämpften sie. Es kam eine Resolution zur Annahme, die den Gewerkschaften empfiehlt, an der bisherigen Taktik festzuhalten, »im Bewusstsein, dass dies der einzige richtige Weg ist, welcher zunächst zum Achtstundentag und schliesslich zur wirklichen Volksfreiheit führt. Heute die *direkte Aktion* ernsthaft zu propagieren hiesse nichts anderes, als, was durch jahrzehntelange mühselige und opfervolle Arbeit aufgebaut wurde, in einem einzigen Augenblick mutwillig aufs Spiel setzen. Unsere Arbeiterorganisationen müssen ihre ganze Tätigkeit darauf richten, die Arbeiter durch eine planmässige und unermüdliche Agitation zu sammeln und zu einigen. Unter den bestehenden Verhältnissen würde durch die *direkte Aktion* nicht der Arbeiterorganisation, wohl aber deren Gegnern ein Dienst erwiesen. Wer es aber mit der Arbeitersache ernst meint, kann dies nicht wollen. Der Gewerkschaftskongress lehnt es daher ab, sich mit der *direkten Aktion* näher zu befassen, und geht damit zur Tagesordnung über.« Weiter wurde eine Reorganisation des *Gewerkschaftsbundes* vorgenommen.

X X

Belgien Die *Leipziger Volkszeitung* veröffentlicht eine aus den Jahresberichten einiger Organisationen und Verbände gewonnene

Übersicht der belgischen Gewerkschaftsbewegung, aus der hervorgeht, dass die sozialdemokratischen Gewerkschaften Anfang des Jahres 1906 rund 95 900 Mitglieder zählten, gegen rund 72 000 am Ende des Jahres 1902. Und zwar zählten die Organisation der Transportarbeiter 2000 (600), Bergleute 47 000 (35 000), Textilarbeiter 14 700 (8500), Metallarbeiter 7200 (7000), Glasarbeiter 6000 (6000), Arbeiter im Bekleidungsgewerbe 2500 (2000), Steinarbeiter 6000 (4000), Holzarbeiter 2000 (2000), Zigarrenarbeiter 1500 (1400), Buchdrucker 2000 (2000), Diamantarbeiter 3000 (2000), Bauarbeiter 2000 (1500) Mitglieder. In den letzten Jahren wurden mit Hilfe der Gewerkschaften längere und grossartige Streikbewegungen geführt, über deren Ergebnisse ein zusammenfassendes Bild aber erst möglich ist, wenn eine vor kurzem von der *Commission syndicale* vorgenommene Enquete, die sich auch auf die Lohnverhältnisse, die Arbeitszeit, die Beiträge und Ausgaben der Gewerkschaften erstreckt, abgeschlossen vorliegt.

Die *gelben* Gewerkschaften haben in den letzten Jahren in Belgien wenig Fortschritte gemacht. Die Gesamtzahl ihrer Mitglieder beträgt höchstens 17 000.

× ×

Kurze Chronik Der Dachdeckerverband führte im Monat April eine umfassende Hausagitation durch. × Der Portefeuillerverband beabsichtigt, nach dem Beispiel anderer Gewerkschaften, die Herausgabe einer Geschichte der Arbeiterbewegung in der Portefeuilleindustrie Deutschlands und fordert daher im Verbandsorgan auf, alles diese Geschichte etwa betreffende Material zur Verfügung zu stellen. × Der Malerverband hat in Anbetracht der schweren Kämpfe, die er zu führen hat, für die Monate April bis Juni einen Extrabeitrag von im ganzen 3 M. pro Mitglied ausgeschrieben. ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine Unsere *G. E. G.* ist jetzt in das Stadium des gesunden, gleichmässig-ruhigen Wachstums eingetreten. Der Geschäftsbericht für 1905 weist eine Erhöhung der Zahl der angeschlossenen Vereine von 348 auf 386 und der überhaupt kaufenden von 1366 auf 1395 auf. Der Umsatz ist von 33 929 406 M. in 1904 auf 38 780 199 M. gestiegen. Davon entfielen nur 2 540 176 auf Schuh- und Manufakturwaren; der ganze übrige Betrag wurde in Kolonialwaren und sonstigen Haushaltungsartikeln umgesetzt. Aus der eigenen Kaffeerösterei der Gesellschaft gingen diesmal 811 920 kg gegen 782 756 kg im Vorjahre hervor. Eine grössere Steigerung wurde durch die Errichtung eigener Brennereien seitens einer Anzahl grösserer Vereine hintangehalten. Ein nicht unerheblicher Teil der von der Gesellschaft vermittelten Waren stammte, wie gewöhnlich, aus anderen genossenschaftlichen Quellen. So wurden von deutschen Produktiv- und landwirtschaftlichen Genossenschaften für 802 840 M., von dem schweizerischen Konsumvereinsverband für 36 160 M. und von der englischen *C. W. S.* für 13 900 M. Produkte bezogen. Die Zahl der Angestellten belief sich am Schlusse des Geschäftsjahres auf 226, 15 mehr, als Ende 1904, die an sie gezahlte Gehaltssumme auf 345 600 M.

Neue Einrichtungen wurden im Berichtsjahre nicht in Angriff genommen. Der Bau der Seifenfabrik hat sich aus den sattsam bekannten Gründen bislang verzögert; für die Generalversammlung sind weitere Mitteilungen über das Projekt in Aussicht gestellt. Ebenso wird die Versammlung über die Errichtung eines Lagerhauses in Düsseldorf zu entscheiden haben.

Trotz einer Reihe ungünstiger Umstände ist das geschäftliche Ergebnis ein etwas besseres, als im Vorjahre. Zwar ist der erzielte Warenbruttogewinn prozentual gesunken (von 2,7 auf 2,4 %), in noch stärkerem Verhältnis aber die Unkosten, so dass der Reinüberschuss diesmal 238 605 M. = 0,61 % des Umsatzes gegen 200 344 M. = 0,59 % des Umsatzes im Vorjahre beträgt. Nach Vorschlag der Verwaltung würde sich die Verteilung dieses Überschusses folgendermassen gestalten: 5 % Kapitaldividende auf die Stammeinlagen = 29 812 M., 2 ‰ Umsatzrückvergütung an die angeschlossenen und 1 ‰ an die nichtangeschlossenen Vereine = 69 804 M., 133 820 Zuweisungen an die verschiedenen Fonds, wodurch diese auf den Betrag von 380 228 M., das ist die Hälfte des gegenwärtigen Anteilkapitals, anschwellen würden, und 5170 M. zur Disposition der Generalversammlung. Die Verwaltung beantragt ausserdem die Erhöhung des Stammkapitals auf 1 Mill. M., eine Massnahme, die angesichts des wachsenden Umfanges der Geschäfte auf selbstverständliche Zustimmung rechnen darf. Ausser den genannten weist die am 22.

Juni in Stettin stattfindende Generalversammlung keine besonders interessierenden Punkte auf.

× ×

Zentralverband deutscher Konsumvereine Die ausserordentliche Entwickelung der modernen Konsumgenossenschaftsbewegung weist ihrer Zentralorganisation eine drängende Fülle von Aufgaben und Arbeiten zu. Der soeben veröffentlichte Vorstandsbericht des Verbandes beweist, dass sich die leitenden Persönlichkeiten dessen wohl bewusst sind. Sie haben mit Unterstützung des Verbandssekretariats im verflossenen Jahre wiederum eine Reihe wichtiger Materien durchgearbeitet, über die die Leser dieser Rundschau grösstenteils unterrichtet sind. Die bedeutendste Leistung des vergangenen Jahres war die Errichtung der Unterstützungskasse für die Angestellten und Arbeiter der Verbandsvereine. Ihr schliesst sich als ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Schaffung mustergültiger Arbeitsbedingungen die Ausarbeitung eines Lohn- und Arbeitstarifs mit dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter an, der dem kommenden Genossenschaftstag zur Beschlussfassung vorliegen wird. Um die Durchführung dieses Tarifs zu gewährleisten, beantragt der Vorstand und Ausschuss ferner die Schaffung eines Tarifamtes, das aus je einem Vertreter aller im Tarifverhältnis stehenden Gewerkschaften und der gleichen Zahl Genossenschafter bestehen soll. Die Kompetenz des Tarifamtes erstreckt sich auf die Durchführung und eventuelle Abänderung der geschlossenen Verträge, auf die Nachprüfung der Ortszuschläge, die zum Teil Härten für die Arbeiter enthalten, auf die Schlichtung von Streitigkeiten und auf die Bildung von Berufungsinstanzen für schiedsgerichtlich geregelte örtliche Differenzen.

Endlich hat der Vorstand noch die vorbereitenden Schritte für einen intensiveren Ausbau der genossenschaftlichen Institutionen, das heisst für die Schaffung von Revisionsverbandssekretariaten erledigt. Bereits der vorige Genossenschaftstag hat diese Frage anlässlich des selbständigen Vorgehens der württembergischen Vereine in dieser Richtung gestreift und sich dabei für die Errichtung nach einem einheitlichen Plane und unter Anschluss an die Zentralstelle ausgesprochen. Ein erster Vorschlag des Vorstandes, der diese Abhängigkeit zu stark betonte, wurde, da er nicht die allseitige Billigung des Ausschusses finden konnte, wieder fallen gelassen, und darauf gemeinschaftlich die jetzige Vorlage ausgearbeitet, die mehr eine Abgrenzung und Teilung der Funktionen der beiden Organisationen vorsieht. Demnach wird den *Verbandsbeamten*, wie sie heissen sollen, die Verbandsrevision, die Unterstützung des Verbandsvorstandes bei der Korrespondenz, den Verwaltungsarbeiten und der Aufstellung der Statistik und die Agitation obliegen, während dem *Zentralverband* die Ausbildung des Pressewesens, Herausgabe von Flugblättern u. s. w. überlassen bleibt. In Bezug auf letzteres ist eine, aus technischen Gründen übrigens erst vom 1. Januar 1908 ab mögliche, Umwandlung des *Frauengenossenschaftsblattes* in ein *Genossenschaftliches Volksblatt* vergrösserten Formates in Aussicht genommen, das 4 Seiten allgemeinen Text enthalten wird, während von den letzten 4 auswechselbaren Seiten 3 den Revisionsverbänden und 1 den einzelnen Vereinen zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Mittel für den Verbandsbeamten sollen in erster Linie von dem betreffenden Verbande selbst, sodann aber durch einen Zuschuss seitens des *Zentralverbandes* aufgebracht werden.

Die Abrechnung des *Zentralverbandes* ergibt im Berichtsjahr eine Gesamteinnahme von 27 315 M., der Ausgaben in Höhe von 25 567 M. gegenüberstehen. Die Verlagsanstalt des Verbandes hat sehr gut abgeschnitten. Sie schliesst mit einem Nettoüberschuss von 14 288 M. ab. Der Ausgang an Drucksachen (Fachblätter. Buchhandel, Broschüren, Geschäftsbücher, Rollenmarken) erreicht die Höhe von 244 411 M.

× ×

Belgien Der belgische Konsumvereinsverband hielt am 24. und 25. März in der Brüsseler *Maison du Peuple* seine diesjährige Tagung ab. Der Verband umfasst zurzeit 93 Konsum- und Produktivgenossenschaften. Die mit ihm verbundene Einkaufszentrale stand jedoch mit 171 Vereinen in Geschäftsbeziehungen und hatte im Jahre 1905 einen Umsatz von 2 217 842 fr., gegen 1 608 475 im Vorjahre, ein hübscher Fortschritt. Von diesem Umsatz entfielen 776 967 fr. auf produktivgenossenschaftliche Erzeugnisse. Die Zentrale wirtschaftet mit einem Anteilkapital von 75 300 fr. und erzielte im letzten Jahre einen Überschuss von 23 961 fr., wovon 1 % Rückvergütung

bezahlt und 14516 fr. den Fonds überwiesen wurden. Eine Erweiterung des Geschäftsbetriebs der Gesellschaft durch den Ankauf einer Shwalfabrik wurde vom Genossenschaftskongress beschlossen, während die Frage der Errichtung einer besonderen Agentur für den Ankauf und die Verwertung landwirtschaftlicher Produkte zunächst einer Kommission überwiesen wurde. Des weiteren beschloss der Kongress die Einsetzung einer Studienkommission behufs Einrichtung einer Angestelltenunfallversicherung, die Veranstaltung regionaler Zusammenkünfte zwecks genossenschaftlicher Aussprache, die Organisation eines Auskunftsbureaus und die Beschickung der Ausstellung in Mailand. Von Interesse ist es, dass auf Grund des letzten Kongressbeschlusses, betreffend das Verbot des Verkaufs alkoholischer Getränke, 18 Konsumvereine aus dem Verband ausgeschlossen wurden.

×

Schweiz: Gewerkschaften und Genossenschaften Nachdem der letzte schweizerische Genossenschaftstag sich in sehr vorurteilsfreier Weise mit dieser Frage befasst hatte, hat nunmehr auch der Gewerkschaftskongress in Basel am 14. April dazu Stellung genommen. Er nahm auf Antrag des Arbeitersekretärs Kaufmann folgende Resolution einstimmig an: »Das *Bundeskomitee* wird beauftragt, der Propaganda für das Genossenschaftswesen die verdiente Beachtung zu schenken und mit den Organen des *Verbandes schweizerischer Konsumvereine* in Verbindung zu treten, zum Zwecke der Unterstützung dieser Bestrebungen, mit ihnen überhaupt diejenige Annäherung zu suchen, die im Interesse beider wirtschaftlicher Organisationen geboten ist.«

×

Kurze Chronik Der Landtag von Lippe-Detmold nahm eine Regierungsvorlage an, durch die sämtliche Konsumvereine der Gewerbesteuer unterstellt werden; der Konsumverein Stadthagen hat ausserdem Betriebs- und Vermögenssteuer zu zahlen. × Der am 27. März abgehaltenen ersten Schlussprüfung der landwirtschaftlichen Genossenschaftsschule in Darmstadt unterzogen sich sämtliche 40 Teilnehmer mit bestem Erfolge, so dass die Fortführung der Winterkurse, sowie die Abhaltung von 3 wöchentlichen Sommerkursen für bereits praktisch tätige Genossenschafter und von 14tägigen Kursen für Wanderlehrer in Aussicht genommen ist. × Zwei neue Rekonvaleszentenheime wurden in Schottland und England eröffnet; das eine in Galashiels, das andere mit einem Aufwand von 160000 M. und mit Aufnahmemöglichkeit für 50 Personen in Blackpool. × Die Glasgower Bäckereigenossenschaft, die 8 Konsumvereine mit insgesamt 54000 Mitgliedern mit Brot versorgt, hatte im letzten Halbjahre einen Umsatz von 4980000 M. und stellte in 150 Backöfen wöchentlich 650000 kg Brot her. × Die englische *C. W. S.* hat für die Hinterbliebenen der Opfer von Courrières 10000 M. gespendet. × Der Präsident des letzten internationalen Gewerkschaftskongresses in Budapest, der hervorragendste auf dem Boden der *Rochdaler Pioniere* stehende ungarische Genossenschafter, Graf Károlyi, ist gestorben.

GERTRUD DAVID

Frauenbewegung

Anthony † Susan B. Anthony, die greise Vorkämpferin der Frauensache, ist am 13. März in Rochester gestorben. Am 15. Februar 1820 wurde sie in Adams (Massachusetts) in einer Quäkerfamilie geboren. Mit 17 Jahren wurde sie Lehrerin in einer Distriktsschule. Sie übte diesen Beruf bis zum Jahre 1852 aus, gab ihn dann aber trotz ihrer Neigung dafür auf, um sich, zusammen mit ihrer treuen Mitkämpferin Elisabeth Cady-Stanton, ganz der Frauensache zu widmen. Bei ihren ersten Versuchen verhöhnt, verspottet, niedergeschrieen, ging sie unbeirrt ihren dornenvollen Weg. 75 bis 100 Reden im Jahr, Reisen im Schlitten, im offenen Wagen, in Postkutschen, mangelhafte Nachtruhe oder gar keine, das war für Jahre und Jahre das Los Susan Anthonys. Erst in späten Jahren kam der Erfolg zu ihr, und ein Höhepunkt ihres Lebens mochte wohl der Augenblick sein, in dem die Vierundachtzigjährige bei Gelegenheit des internationalen Frauenkongresses in Berlin /1904/ die Gründung des *Weltbundes für Frauenstimmrecht* vollzog (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1904, II. Bd., pag. 673). Sie starb in den Sielen, denn den Keim zu der Lungenentzündung, die sie hinwegraffen sollte, hatte sie sich bei einer Stimmrechtsversammlung in Baltimore geholt. Ihr Vermögen hat sie dem Fonds zur Unterstützung für die Stimmrechtsbewegung hinterlassen. »Ich habe«, lauteten ihre Worte, »mein ganzes Leben und Sein dieser Sache geweiht, und so will ich denn, dass es die letzte Hand-

lung meines Lebens sei, alles, was ich besitze, dafür hinzugeben.« Ihre Biographin, Ida Husted-Harper, rühmt mit Recht von ihr, dass »jedes Mädchen, das heute [in den Vereinigten Staaten] einer höheren Bildung teilhaftig werden kann, jede Frau, welche das Glück hat, sich auf welchem Gebiete immer ehrlich selbst ihr Brot zu verdienen, jede Gattin, die das Gesetz als Herrin ihrer Person und ihres Vermögens anerkennt, jede Mutter, die Vormünderin ihrer eigenen Kinder sein darf, diese schwer erkämpften Rechte Susan B. Anthony vor allen anderen zu danken hat«. Auch auf den alten Kontinent herüber reichten die Wirkungen ihrer Persönlichkeit, da von ihr der kräftigste Ansporn zum Kampf um das Frauenstimmrecht ausging. An ihrer Bahre trauert mit ihrem Heimatlande das Frauentum der ganzen Welt.

× ×

Mutterschutz Die Bewegung zum Schutze der Mutterschaft kommt in erfreulicher Weise aus dem Stadium der Kindheit und der Kinderkrankheiten heraus. Statt die Reform der sexuellen Ethik als Sache für sich zu betreiben, greift allmählich die Einsicht Platz, dass praktische, in sozialreformerischen Massnahmen, wie Mutterschaftsversicherung, Stellungnahme zum Neomalthusianismus, zum Ausdruck kommende Ethik zweckentsprechender ist, als die Progagierung ethischer Theorieen. In Italien, wo Paolina Schiff schon vor Jahren die Notwendigkeit des Mutterschutzes dartat, ist die Sache schon ein gutes Stück gediehen. Dort gelangt demnächst und mit guten Aussichten ein Gesetzentwurf zur Beratung, der die Gründung von Mutterschaftskassen zum Gegenstand hat. Umso eigentümlicher berührt, angesichts solch vorgeschrittener Massnahmen und Gesinnung im Ausland eine Dresdener Notiz, die besagt, dass das neue Statut der Dienstbotenkrankenkasse Schwangerschaft und Entbindungen von den Leistungen der Kasse direkt ausschliesst.

× ×

Rechtsschutz Auf einer Frauenrechtsschutzkonferenz, die Ende März in Wien stattfand, wurden an erster Stelle und neben den Erfahrungen der einzelnen Rechtsschutzstellen die Fragen der Notwendigkeit einer Reform der Ehegesetzgebung, der zivilrechtlichen Gleichstellung der Frauen etc. behandelt. Eine unabhängige und stark fortschrittliche Gesinnung bekundete sich auch bei der Besprechung der für die Unehelichen und ihre Mütter zu fordernden Rechte, wie bei den Vorschlägen zur Besserung des Armenrechtes respektive der Behandlung der Armenklientel.

Der *Bund deutscher Frauenvereine* hat in einer Eingabe an das Berliner Polizeipräsidium um Anstellung einer Polizeiassistentin gebeten, wie eine solche bereits seit 3 Jahren und mit bestem Erfolg in Stuttgart zu Schutz und Fürsorge der weiblichen Inhaftierten tätig ist. Für das immer wachsende Arbeitsgebiet musste dort bereits eine zweite Beamtin angestellt werden.

Zwei Eingaben des Vereins *Frauenwohl* an den preussischen Minister des Innern und den Staatssekretär des Reichsamtes des Innern sprechen den Wunsch aus, dass man sachverständige Frauen zu amtlichen Konferenzen und Arbeiten, zum Beispiel bei Verfolgung des Prostitutionsproblems, der Zustände innerhalb der Heimarbeit etc., heranziehen möge.

Begrüssenswert ist auch eine in jüngster Zeit sich bemerkbar machende Bewegung zu gunsten des sozialen Rechtsschutzes. Nach amerikanischem Muster sollen nun auch bei uns Konsumentenligen gegründet werden, die ihre Kaufkraft nur den Geschäften und Unternehmungen zuwenden, bei denen der Arbeiter durch Tarifverträge in seinem Lohnanspruch geschützt ist. In Bern hat sich bereits eine solche Käuferliga gebildet, die über die Firmen, deren gute Arbeitsbedingungen nachgewiesen sind, weisse Listen führt.

× ×

Wahlrecht Das ablehnende Verhalten der schwedischen und österreichischen Sozialdemokratie, einschliesslich der Frauen, zur Frauenstimmrechtsfrage, hat im Lager der bürgerlichen Frauen einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, der aber nur beweist, dass die bürgerlichen Frauen kleiner sind, als ihre Sache, während die Sozialdemokratinnen so weit über ihrer Sache stehen, dass sie, wenn die Lage es erheischt, für eine Zeit auf den Kampf um ein selbstverständliches Recht verzichten, diesen Kampf um des Grösseren willen, das auf dem Spiel steht, zeitweilig zurückstellen.

Die protestantischen Frauen Frankreichs sollen das kirchliche Wahlrecht erhalten. Auch in den Vorstand des Berliner Protestantenvereins sind kürzlich Frauen aufgenommen worden. Der deutsche Reichs-

tag hat bei einer Besprechung des Vereins- und Versammlungsrechts den Frauen eine platonische Liebeserklärung gemacht; die Regierung blieb stumm.

× ×

Gewerkschaftliche Organisation Insgesamt waren nach dem 2. internationalen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1904 organisiert: in Deutschland 48604 Frauen, in Österreich 14415, in England 10340, in Schweden 6023, in Ungarn 2099, in Norwegen 221, in Serbien 55, in Bulgarien 27. Angaben aus anderen Ländern fehlen.

In Nürnberg wurde unter Leitung der Genossin Grünberg ein Dienstmädchenverein gegründet; es traten ihm sofort 100 Mitglieder bei, und heute zählt er deren bereits 300.

× ×

Bildung und Erziehung Eine auf gründlichster Sachkenntnis beruhende Schrift des Stadtschulrats Otto Lyon *Die Fortbildungsschule für Mädchen* /Leipzig, Teubner/ fordert energisch und mit guten Gründen sowohl den obligatorischen Fortbildungsunterricht auch für die Mädchen, wie die Eingliederung des Koch- und Haushaltsunterrichts in den Lehrplan der Volksschulen. Lyon ist die Mädchenfortbildungsschule, als Berufsschule gedacht, ein pädagogisches, soziales und wirtschaftliches Ideal, dessen Verwirklichung durch Landesgesetz aber, wie er meint, heute noch nicht möglich ist. Er schlägt daher ortsstatutarische Regelung vor. Die jüngst in Preussen erfolgte Ablehnung des Eintritts von Frauen in die Schulverwaltung tut wieder einmal dar, dass man dort in der Tat noch nicht einmal für die selbstverständlichsten Forderungen einfacher Gerechtigkeit reif und zu haben ist. In Nürnberg dagegen ist vor kurzem die Einführung des obligatorischen Fortbildungsunterrichtes für Mädchen beschlossen worden.

Der badische Oberschulrat teilt in seinem Jahresbericht mit, dass im Jahre 1905 800 Mädchen in Knabenschulen mitunterrichtet wurden, und zwar 694 in Realschulen, 19 in Oberrealschulen, 39 in Realgymnasien und 52 in humanistischen Gymnasien. Die damit gemachten Erfahrungen sind durchweg gute.

× ×

Kurze Chronik Am 29. März ist Natalie von Milde, eine Vertreterin der Bestrebungen des Vereins *Frauenbildung - Frauenstudium*, in Weimar gestorben. × In London wurde eine Liga proletarischer Frauen gegründet, die zusammen mit der Arbeiterpartei an allen sozialen und politischen Angelegenheiten tätig teilnehmen will. × In Österreich wurde in Fräulein Alice Ritter die erste Beamtin der Gewerbeinspektion angestellt. × Vom *Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands* wurde Genossin Krauss zur Sekretärin ernannt. × Der *Jüdische Frauenbund* hat die Errichtung eines Heims für gefährdete oder gefallene Frauen beschlossen. × Auch in Holland werden Beamtinnen im Falle der Verheiratung entlassen. × Die Pariser *Sorbonne* hat Frau Curie, die geniale Mitentdeckerin des Radiums, auf den Lehrstuhl für Chemie berufen, den ihr so tragisch verunglückter Gatte inne hatte.

× ×

Literatur Das Buch Dr. Helene Stöckers *Die Liebe und die Frauen* /Minden, Bruns/ ist eine Zusammenfassung all der Aufsätze, mit denen die Verfasserin im letzten Jahrzehnt für eine Reform der sexuellen Ethik und eine Umwertung vieler das Frauenleben bestimmenden Werte eingetreten ist. Die Abhandlungen haben den Vorzug der Aktualität, sind aber auch von den Schwächen der aktiven Subjektivität nicht ganz freizusprechen. Man merkt ihnen an, dass sie Kampfprodukte einer kampfesfrohen Natur sind, und sie behaupten manchmal mehr, als sie beweisen. Dagegen verficht die Verfasserin mit gutem Grund den Standpunkt, dass Intellektualität im Verein mit Erotik beim Weibe nicht minder möglich und nicht minder berechtigt ist, als beim Manne, und dass die Mütterlichkeit durch diese Vereinigung nicht geschädigt, sondern bereichert werde. × *Marriage and race death* von Morrison J. Swift /New York, *The Morrison J. Swift Press*/ hält weniger oder vielmehr gibt etwas ganz anderes, als sein Titel vermuten lässt. Ein ganz kurzes Schlusskapitel ist dem 270 Seiten starken Buch angefügt, in dem davon die Rede ist, dass das arbeitende Weib die alte sexuelle Moral nicht mehr anerkennen und sich weder äusserlich noch innerlich durch sie gebunden fühlen dürfe, dass sie so sehr in den Vordergrund des Schicksals der Rasse gerückt sein werde, dass sie dem Manne in Dingen des Sexuallebens jedes Zugeständnis geradezu aufzwingen könne. Im übrigen aber ist das Buch ein ganz gewiss lesenswerter, wenn schon mit star-

ken Übertreibungen durchsetzter, flammender Protest gegen Cäsarismus, Kapitalismus und Glauben in allen ihren Äusserungen und Ausstrahlungen. Dieser *Revolutionär von ganzem Herzen* predigt zur siegreichen Durchführung seines Vernichtungskrieges gegen diese Drei den Generalweltstreik, die Steuerverweigerung, ja selbst die planmässige Begehung von kleinen Delikten, die zur Überschwemmung und Sprengung der Gefängnisse führen soll. Recht interessant, aber wenig praktikabel. ✕ Auch in katholischen Kreisen kann man sich nicht länger der Einsicht verschliessen, dass die Verhältnisse heute dem Weibe eine ganz andere Stellung in und zu der sozialen Gemeinschaft aufdrängen. Diese Erkenntnis und die daraus sich ergebenden Folgerungen sind das Bezeichnendste an den *Ratschlägen zur Berufsfrage der Frauen* /Cöln, Bachem/, die Clara Molsberger den katholischen Eltern, Vormündern und Erziehern gibt. Zwar finden sich eigentliche Ratschläge nur für den hausmütterlichen und verwandte Berufe. Die Hauptsache aber ist die Anerkennung, dass auch für das Weib in der Mehrzahl der Fälle berufliche Ausbildung und Berufsarbeit keine Sache der Wahl, sondern ein Muss ist, während noch vor zehn Jahren katholische Sozialpolitiker von einer Berufsarbeit der Frauen nichts wissen wollten. HENRIETTE FÜRTH

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften

Natur und Gesellschaft In der wissenschaftlichen Welt lodert der hitzige Grenzstreit über die völlige oder partielle Zugehörigkeit der Soziologie zu den Natur- oder zu den Geisteswissenschaften noch mit ungeschwächter Kraft fort, und ein Friedensschluss zwischen den feindlichen Heerlagern dürfte noch in weiter Ferne liegen. Doch sind immerhin erfreuliche Anzeichen eines vertieften Nachdenkens über die Eigenart der soziologischen Probleme in beiden Lagern wohl zu entdecken. Der extreme Darwinist Schallmayer sieht in der Geschichte der Gesellschaft doch schon mehr, als ein blosses Stück Naturgeschichte. Über dem Tierreich schichtet sich das Menschenreich mit seinen sozialen Zwangsgeboten und seinen selbst gesetzten Zwecken. Schallmayer räumt rückhaltlos die gewaltige Kraft der den Daseinskampf umgestaltenden und die Auslese beeinflussenden menschlichen Intelligenz ein. Mit der Zunahme des menschlichen Intellekts tritt nach Schallmayer eine Rückbildung der menschlichen Sozialinstinkte ein. Die menschliche Einsicht führt zu einer äusseren Regelung des sozialen Lebens durch äusseren Zwang und bindende Sitte.

Dem Ringen nach Klarheit über das Verhältnis der Soziologie zur Naturwissenschaft verdankt das Buch des Privatdozenten Dr. L. von Wiese *Zur Grundlegung der Gesellschaftslehre* /Jena, Gustav Fischer/ seine Entstehung. Gerade um zu beweisen, wie unzureichend eine blosse naturwissenschaftliche Behandlung der Soziologie für die Darstellung und Erklärung der grundlegenden soziologischen Erscheinungen ist, hat L. von Wiese sein kritisches Messer an das System Herbert Spencers gesetzt. Kein starres Abweisen der Biologie findet sich in den soziologischen Darlegungen Wieses; im Gegenteil, unser Autor gesteht offen ein, dass sich ohne Zuhilfenahme biologischer Gesichtspunkte weder der Einzelwille, noch die Geschichte restlos erklären lasse. Je reicher und eigenartiger sich die menschliche Willenswelt aber entfaltet, um so ungeeigneter erweisen sich nach Wiese die naturwissenschaftlichen Spencerschen Erklärungsversuche der soziologischen Zusammenhänge. Die Spencerschen Grundlegungen reichen nur gerade zur Durchforschung der unzivilisierten Zustände aus. Spencer schaltet den wollenden Menschen in seiner Soziologie aus. Sein Mensch ist hohl und inhaltsleer. Nicht die umgebenden äusseren Verhältnisse allein formen den Menschen und die Gesellschaft, sondern der Mensch und die Gesellschaft gestalten die äusseren Verhältnisse. Die inneren Beziehungen werden nicht nur fortwährend den äusseren angepasst, sondern die äusseren werden den inneren angepasst. Die Formel der Integration und Differenzierung, mit der Spencer die soziologischen Entwickelungsphänomene erfassen will, ist nichtssagend. Von allen Vorgängen könne man nach Wiese sagen, dass, wenn sie sich nicht differenzieren, sie sich integrieren müssen. Über das Wie der Integration und Differenzierung schweige sich die Spencersche Formel aus; aber gerade dem Wie gelte unser wissenschaftliches Forschen und Grübeln. Die von Spencer konstruierten Typen der gesellschaftlichen Entwickelung, den

militärischen und industriellen Typus, unterzieht von Wiese einer scharfen Kritik. Keine unüberbrückbare Kluft gähnt zwischen beiden Typen. Die sogenannte *friedliche industrielle Entwickelung* erzeuge eine schroffe Klassenbildung, eine tiefgehende nationale Absonderung, eine einschneidende sittliche Entfremdung der Individuen, kurz, soziale Erscheinungen, die ebenfalls vom militärischen System hervorgerufen werden. Das ökonomische System stelle gegenüber dem kriegerischen den vergeistigten Typus dar.

X X

Nationalbiologie Ist man sich der ungeheuren Umwälzungen, die der zwecksetzende Wille in den sozialen und politischen Institutionen hervorrief, völlig bewusst, so lehnt man sich begreiflicherweise sehr energisch gegen die Anwendung darwinistischer Formeln zur Erklärung soziologischer Erscheinungen auf. Man wundert sich daher mit Recht, den Dr. Schallmayer, der doch bereits ein hellsehendes Auge für die Eigenart der gesellschaftlichen Einrichtungen hatte, noch mitten im Lager der Darwinisten zu treffen. Dr. W. Schallmayer gründet auf dem darwinistischen Prinzip der Auslese ein ganzes System nationalbiologischer Politik.

Gerade die Lehre Darwins eröffnet uns nach Schallmayer einen wirklichen Einblick in die Ursachen der aufsteigenden Entwickelung der Menschheit. Die Auslese ist eine unerlässliche Bedingung jeglichen Fortschritts. Die physiologischen Erbwerte menschlicher Gesellschaften, insbesondere ihre sanitäre Tüchtigkeit und ihre psychische Begabung, können nur unter entsprechender Auslese auf der erreichten Durchschnittshöhe erhalten oder noch gesteigert werden. Findet nun unter unseren gegenwärtigen sozialen und kulturellen Verhältnissen, diese Frage stürmt auf Schallmayer ein, tatsächlich eine Vervollkommnung der erblichen Beschaffenheit unseres Volkskörpers statt? Schallmayer verneint diese Frage auf das entschiedenste. In seiner Kritik des privatkapitalistischen Systems nähert er sich sehr dem Sozialismus. Eine Verurteilung des Kapitalismus aus dem Munde eines begeisterten Darwinisten zu hören, hat für uns Sozialdemokraten immer ein grosses Interesse. Der heutige Privatkapitalismus versagt vom nationalbiologischen Standpunkt in zwei grundlegenden Punkten: er spornt nicht jeden zu möglichst wertvollen sozialen Leistungen an, und er entfacht bei den erblich Tüchtigsten nicht den grössten Vermehrungsantrieb und die grösste Vermehrungsmöglichkeit. Der Kapitalismus schafft keine äusseren gleichen Wettbewerbsbedingungen, damit alle erblich Tüchtigen ihren Weg nach oben finden und sich in grossem Umfange fortpflanzen können. Unser heutiges Wirtschaftssystem arbeitet nicht im Sinne der natürlichen Auslese. Schallmayer verspricht sich sehr viel von der Beeinflussung der öffentlichen Meinung nach der Richtung hin, dass der Besitz einer grossen Familie ein wichtiger Faktor für das Ansehen jedes rassetüchtigen ehrgeizigen Mannes und jeder rassetüchtigen ehrgeizigen Frau wird. Die öffentliche Hygiene will Schallmayer zu einer praktischen Nationalbiologie erweitern, die nicht nur die Vervollkommnung der Volksgesundheit, sondern auch die Fortpflanzungshygiene, die Vermehrung und Steigerung der erblichen Qualitäten eines Volkes umspannt. Nach einer Richtung hin hat der Gedanke der Keimpflege schon allgemeine Anerkennung gefunden: in der Verhinderung der Fortpflanzung syphilitischer und erblich belasteter Individuen.

Das Vererbungsproblem liegt nun noch sehr im Dunkeln. Die grundlegende Frage der Vererbung erworbener Eigenschaften ist noch ungelöst, doch scheint die Anhängerschaft Weismanns, der diese Vererbung bestreitet, ständig zu wachsen. Aus dem Keimplasma geht das Individuum hervor, und dieses Plasma gibt es nach Weismann nur weiter, es erzeugt kein neues. Von grundlegender Bedeutung für die Steigerung der Erbqualitäten eines Volkes wäre die Beeinflussung des Keimplasmas; aber über diese Beeinflussung wissen wir bisher so gut wie nichts.

In seinen *Beiträgen zu einer National*biologie /Jena, Costenoble/ beurteilt Dr. Schallmayer die politischen und sozialen Institutionen nach ihrem Werte für den Sozialdienst und für den Rassedienst. Einrichtungen, denen eine hohe Bedeutung für die sozialen Interessen der gegenwärtigen Generation innewohnt, können sich als wenig erspriesslich für die dauernden Interessen der Rasse erweisen.

X X

Marxismus Bei allen Einbrüchen des deutschen *Revisionismus* in die Marxschen Theorieen vernachlässigte diese Ideenströmung

in der proletarischen Bewegung keineswegs die Pflege der Grundgedanken des Sozialismus. Der Verfasser dieser Zeilen hat in seinem Schriftchen *Mehr Macht!* mit Nachdruck die eminente Bedeutung der Propaganda der sozialistischen Prinzipien für die Emanzipation der Arbeiterklasse hervorgehoben. Im *Revisionismus* arbeitete sich sehr stark die Tendenz heraus, die Entwickelung des Kapitalismus zum Sozialismus als das Werk mächtiger, bewusst handelnder ökonomischer und politischer Organisationen erscheinen zu lassen. Menschlicher Wille und menschliches Bewusstsein wurden als schöpferische Potenzen von den *Revisionisten* durchweg ganz anders gewertet, als von den Marxisten.

Die hier unterstrichenen charakteristischen Momente der *revisionistischen* Bewegung kamen jedoch in scharfer prinzipieller Ausprägung und in logischer Aufeinanderfolge in den *revisionistischen* Schriften bisher nicht völlig zum Ausdruck. Erst Rudolf Goldscheid stellte diese Momente in seiner geistvollen Arbeit *Verelendungs- oder Meliorationstheorie?* /Berlin, *Verlag der Sozialistischen Monatshefte*/ in das helle Tageslicht.

Zwei in der kapitalistischen Entwickelung arbeitende Tendenzen kann der Sozialpolitiker erfassen: die Tendenz zur Konzentration der Betriebe, des Kapitals und zur proletarischen Verelendung und die Tendenz zur Akkumulation der Arbeitermassen und zur Qualifikation ihrer Willenskraft. Ergibt sich nun nicht aus dem Widerstreit beider Tendenzen ein eigenartig neuer, durch die Marxsche Entwickelungsformel nicht mehr zu erfassender Zustand? Je wuchtiger sich die psychologischen Gegentendenzen des Kapitalismus durchsetzen, je kräftiger und erfolgreicher werden die rein ökonomischen Tendenzen des Kapitalismus in den Hintergrund gedrängt. Hiermit wird aber der Zusammenbruch des Kapitalismus aus sich selbst hinausgeschoben. In Deutschland sind bereits die psychologischen Gegentendenzen so in die Breite und Tiefe gewachsen, dass man bei dem Werden des Sozialismus vor allem auf den granitnen, schöpferischen Willen des zu grossen Machtorganisationen zusammengeschweissten Proletariats zu rechnen hat. Bei diesem Stand der Dinge muss man einen tüchtigen Schritt nach vorwärts tun und sich zu dem Ersatz der Verelendungstheorie durch die Meliorationstheorie entschliessen.

Aus dem heissen Ringen der psychischen Tendenz mit der ökonomischen, auf die Verelendung der Massen hinzielenden Tendenz erwächst ein verbesserter, gehobener Zustand der Arbeiterschaft. Jede Melioration hat die Tendenz, einem Niveau zuzudrängen, das höher ist, als jedes vorherige Niveau. Marx eröffnete uns wohl einen tiefen Einblick in die treibenden ökonomischen und psychologischen Kräfte, aber er »verbreitete keine Klarheit über den kontinuierlichen Wechsel in dem Verhältnis der beiden Kräfte zu einander«, er berücksichtigte nicht, dass die gestiegene Macht des Proletariats fortgesetzt den rein ökonomischen Prozess von seiner naturgemässen Richtung abdrängt.

Nicht eine Reihe mühelos erkämpfter Meliorationen führt das Proletariat von selbst in das Reich des Sozialismus hinüber. Wir dürfen nicht ohne weiteres, da in der Verbesserung der Lebenslage des Proletariats ein die psychologischen Gegenkräfte herabdrückendes Moment liegt, das Mass dieser kontinuierlichen Verbesserung »als identisch mit dem Tempo der Bewegung zum Sozialismus« erachten. Die intensivste Propaganda des sozialistischen Gedankens hat an die Seite der konservierenden und aufbauenden Tätigkeit des Proletariats zu treten. Diese Propaganda ist die notwendige Voraussetzung für die Begründung sozialistischer Organisationen. Eine Flut von Begeisterung geht durch die Stellen der Goldscheidschen Schrift, die von der Propaganda der sozialistischen Grundgedanken und von der Erweckung eines intensiveren Gefühls der Menschenwürde reden. Der Tag der Ethik, so verkündet er, ist für den Sozialismus gekommen. Der Sozialismus eines Marx und Engels knüpfte an den ökonomischen Liberalismus und an die starke dieser Richtung innewohnende Unterschätzung der Macht der Ideen an. Diese Anknüpfung wurde für den Marxismus verhängnisvoll und beschwor die Krisis in diesem sozialistischen Ideensysteme herauf. Die Befreiung des Sozialismus aus den Banden der Gedankenwelt des ökonomischen Liberalismus strebt Goldscheid mit leidenschaftlicher Energie an, und er legt selbst den Grundstein zu dem Ausbau des Sozialismus als eines ökonomisch-idealistischen Systems. Im revolutionären Idealismus liegt, wie Rudolf Goldscheid in dieser Schrift ausführt, die ganze Zukunft des Sozialismus.

X X

Neuausgaben David Ricardos kleinere Schriften, I. *Schriften über Getreidezölle* (*Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister* /Jena, Gustav Fischer/) hat Profesor Dr. E. Leser ins Deutsche übertragen und eingeleitet. In seinem *Versuch über den Einfluss eines niedrigen Getreidepreises auf den Kapitalgewinn* stellt Ricardo den für die Frage der Getreidezölle so bedeutungsvollen Satz auf, dass ein hoher Getreidezoll einen niedrigen Kapitalgewinn bewirke. Die in dem Ricardoschen Versuche entwickelten Ideen stehen im unmittelbarsten Zusammenhange mit der Ricardoschen Grundrententheorie. Wird nämlich nach Ricardo Getreide billiger eingeführt, als es auf dem etwas besseren Boden zu produzieren ist, so findet ein Rückgang der Rente statt, und eine andere, bessere Bodenqualität wird bloss noch wegen des Kapitalgewinnes bebaut. »Mit jeder Stufe unseres Fortschrittes wächst der Kapitalgewinn und winkt die Rente und wird mehr Boden aufgegeben. Ausserdem spart das Land den ganzen Unterschied zwischen dem Preis, zu dem Getreide angebaut, und demjenigen, zu dem es eingeführt werden kann, auf die ganze Getreidemenge berechnet, die wir vom Ausland beziehen.« In dem Essay *Zollschutz zu gunsten der Landwirtschaft* verbreitet sich Ricardo unter anderem über den Einfluss einer Lohnsteigerung auf den Getreidepreis, über die Wirkung reicher Ernten auf den Getreidepreis, über die Einwirkung eines niedrigen Getreidewertes auf die Höhe des Kapitalgewinnes etc. Diese deutsche Ausgabe der Ricardoschen Schriften ist für jeden Sozialwissenschafter sehr beachtenswert.

× ×

Kurze Chronik Mitte Februar wurde im Reichstag eine von allen Parteien unterzeichnete Resolution Hitze und Genossen eingebracht, in der die verbündeten Regierungen um Einstellung eines angemessenen Betrags für die Förderung des *Internationalen Instituts für Sozialbibliographie* ersucht wurden. Aus der Denkschrift, die dieses Institut zum Zweck der Unterstützung seiner Bestrebungen den Regierungen unterbreitete, verdient die Tatsache besondere Beachtung, dass die deutsche sozialwissenschaftliche literarische Produktion nach den Ermittelungen des Instituts über 50 % der literarischen Produktion überhaupt beträgt.

× ×

Literatur Das *Wörterbuch der Volkswirtschaft* /Jena, Gustav Fischer/ erscheint jetzt in 2., völlig umgearbeiteter Auflage. Das Werk pflegt die nationalökonomische Theorie. Es ist zum Beispiel die Theorie des Anarchismus ausführlich von Carl Grünberg in der ersten Lieferung behandelt worden. Die geistige und moralische Persönlichkeit Bakunins scheint uns von Grünberg sehr verzeichnet zu sein. Unter der Rubrik *Abolitionisten* ist merkwürdigerweise die grosse internationale Bewegung zur Beseitigung der Reglementation der Prostitution nicht berücksichtigt. Herausgegeben wird das zweibändige Wörterbuch von Professor Dr. Ludwig Elster.

Die *Kritischen Blätter für die gesamten Sozialwissenschaften* bringen in ihrem Februarheft grössere literaturkritische Abhandlungen zur Geschichte und Kritik der neuesten Handelspolitik (Dr. W. Biermann), zur neueren kolonialen Literatur (Professor G. K. Anton), zum humanistischen und realistischen Bildungsprinzip, zur Arbitrage. Die Schrift Gustave Hervés *Leur patrie* wird von Dr. Robert Michels als der Niederschlag der sozialistischen Revisionsbewegung nach links, des in der Bildung begriffenen *revolutionären Revisionismus* hingestellt.

PAUL KAMPFFMEYER

KUNST

Dichtkunst

Ibsen † Nicht unerwartet, in ihrer verwundenden Wahrheit nun dennoch erschütternd, kommt uns die Nachricht vom Tode Henrik Ibsens. Er starb am 23. Mai, 78 Jahre alt, in der Hauptstadt seines Heimatlandes, an Entkräftung des Körpers. Mit den schmächtigen Gedenkzeilen versuchen zu wollen, das Bild dieses Hohen zu skizzieren, wäre frevelhaft. Nur die Augenblicksempfindung darf hier sprechen, die mehr ahnend, als mit kühlem Urteil das Mass der Bereicherung kundtun soll, die uns Henrik Ibsen mitteilte. Und diese Empfindung sagt: Der gigantische Intellekt eines mitleidslosen Künstlers hat uns emporgescheucht aus sentimentalen Vorurteilen über die so verworren bewerteten Güter der Liebe, des Glaubens, der sozialen Moral, der Freiheit und des Rechtes, auf der irdischen Welt als voll Lebender sich zu gebärden. Meist als Marotte hatte man die verwerfenden Grübeleien der Denker

über alle die Vorurteile angesehen. Erst als Ibsen, der konsequnteste und unerbittlichste der Zerstörer, das Theorem im Menschen zum Beweis erstehen liess, begann man langsam, ihm zu glauben. Nicht jeder, wenige nur. Endlich siegten sie, und Ibsens Auge blieb das Auge einer Welt. Von den dichtenden Königen unserer Erde heute war er der natürlichste, man kann sagen: der rationellste. Werden die Namen der anderen genannt, man weiss sofort, wie eng deren Reiche laufen, wie weltenweit Henrik Ibsen zu gebieten sich die Macht erraffte.

× ×

Kielland † Der ätzende, verneinende Geist, der mit dem eben verstorbenen Alexander L. Kielland schied, ist in seinen Anfängen von einer formfrohen Zartheit gewesen. Der norwegische Dichter hat erst den dunklen und spitzen Ton des Spottes und des ethischen Verzagens gefunden, nachdem er in der leichten Satire das literarische Heil jugendlich gesucht hatte. Die Stufen seiner Entwickelung sind: gefälliges Beobachten des Lebens, dann vergrämtes Eindringen in das, was hinter diesem Leben verhüllt ist; als Resultat des scharfen Forschens eine herbe, entschlossene Trostlosigkeit. Wie sehr Kielland vom Poeten des Äusserlichen sich vertiefte zum Dolmetscher des so schwer zugänglichen Inneren, wenn man will: auch vom Phantasten zum heftigen Realisten, davon ist noch sein letztes Werk, das Napoléonbuch (*Ringsum Napoléon* /Leipzig, Merseburger/) Zeuge. Es erzählt sehr wenig *Balladen des äusseren Lebens*; es kennt allein das Zerfasern des Gemütes Zug um Zug. Mit diesem Toten ging der Erzähler, der unserer armseligen Gegenwart, die streckenlang kein volles Temperament hinstellt, noch ein befeuernd Vorbild werden könnte.

× ×

Erzählungen Die schreibenden Künstler suchen, weil sie der eigenen Schwäche deutlich oder ahnend nur sich bewusst werden, nach Wegweisern. Das zeigt sich so recht an zwei eben auftretenden Erzählern, Gustav Leutelt und Charlotte Knoeckel. Grosse Zeit- und Menschengemälde möchten sie in den *Königshäusern*, in den *Kindern der Gasse* /beides Berlin, S. Fischer/ schaffen. Die Ergebnisse ihrer völkischen Studien, die anschaulichen Szenen aus dem Sein ihrer Gestalten, die jedesmal Bauern- und Bergeskinder sind, haben sie gegenwärtig. Doch ist jeglicher von ihnen rührend ungeschickt im Erzählen, das über ein pragmatisches Schildern hinausgeht. Darum bleibt es dem Leser so furchtbar gleichgültig, was die Wesen der fleissigen, aber ganz trockenen Beschreibung an Schicksalen durchpilgern. Des Romanes schönster Schmuck kann die innige Verflechtung der Naturspiele mit den Seelenspielen sein. Von den besten Zeitgenossen gehören eine Ricarda Huch und der immer noch nicht genug bekannte Hermann Stehr in die Gruppe solcher preisenswerten Erzähler. Die Knoeckel und Leutelt wollen ihnen nach. Dass sich derartige Glücksgaben nicht erpressen lassen, hierfür ist ihr Beispiel lehrreich. Die bloss naturalistisch gesehene und skizzierte Situation kann uns gar nichts mehr sagen. Denn nicht die endgültige Wahrheit ist Inhalt der Dichtung, sondern der Schein. Der Schein aber muss so gleissen, dass er im Moment dem verblendeten Auge die einzige Wahrheit bedeutet.

× ×

Eeden Von der Sehnsucht nach so holdem Trug könnte es vielleicht kommen, dass man einen fremdsprachlichen Fabulierer, den Holländer Frederik van Eeden, jetzt bei uns liebgewinnt, da sein Buch *Der kleine Johannes* schon 21 Jahre alt wurde. Dieser umfangreiche Roman von 755 Seiten, den Else Otten verdeutschte /Berlin, Schuster & Loeffler/, wird von den Niederländern als eines ihrer hervorragendsten Werke aus der modernen Literatur gerühmt; van Eeden ist das Haupt einer begabten, vorwärtsstürmenden Dichterschar, deren Pläne und Forderungen er in einem eigenen Organ bestimmte. Selbst ist er Nervenarzt, und seine Vertrautheit mit den Irrwegen des Herzens bekennt er nicht nur durch sehr ergötzliches Verhöhnen der falschen Irrenheiler und ihrer Methodik, sondern auch durch kluges, nur einem Fachmann so gut gelingendes Analysieren des Apostelwahns. Er lässt zwar seinen Träumerhelden, den kleinen Johannes, denken, dass der Heilandsschwärmer Markus ein kerngesundes Geisteskind sei, doch quillt durch den Stil des Erzählers ein feiner, skeptischer Humor, der vor jeder überlauten Tendenz zurückschrickt. Dem kleinen Johannes soll das Wunder vom Werden und Vergehen sich eröffnen. Der Erzähler versinnbildlicht mit körperlichen Spukgestalten das Wirbeln des Kna-

benhirnes. Das ist meistenteils recht langweilig, insofern, als zu viel Herumalbern mit Gnomen, Geisterchen und dem winzigen Gesindel der Unterwelt ohne formelle Kunststücklein leicht abspannt. Hat man dies Hindernis jedoch überwunden, dann geht es schön fort. Der kleine Johannes, ein Dichter von Gottes Gnaden, nicht, wie andere, von Kritikers oder Buches Gnaden, kann sich gar nicht zurechtfinden auf der Erde, da man betet und nicht fühlt, da man Verse macht und kalt bleibt, da man von Neigung spricht und rechnet mit praktischer Nüchternheit. Er verliebt sich in einen Dienstboten, der ein tanzendes Zigeunerkind gewesen war, wo er eine veritable Grafentochter hätte heiraten können. Er hält bis ans Sterben zu einem Schwärmer, der mit Gottes Stellvertretern wie mit Schuhputzern umgeht und deshalb im Tollhaus verkommt. Er bezieht schliesslich eine enge, vom Lärm der Not, der Dürftigkeit und des Hungers durchhallte Kammer, obwohl über seinem Bette ein blauer, bestickter Seidenhimmel hätte schimmern können. Dieser kleine Johannes ist ein Glückspilz und ein Tropf zugleich.

Van Eeden will die Wirklichkeit und erzählt ein Märchen. Wenigstens ist das ganze Gewand der Geschichte so märchenhaft ersponnen. Oft ist die Sprache bilderreich, erinnernd an romantische Ausdrucksform. Die Quintessenz der Weltanschauung ist ein milder Willen nach dem Glücke aller Welt, eine beherzigenswerte Scheu vor jedem, was nicht im schnurgeraden Geleise der Wahrhaftigkeit, der Treue und der Reinheit aus menschlichen Seelen entfliesst. Und weil keine imaginären Motive in dem Roman eine Rolle spielen, sondern die eingeborenen, unverdorbenen Instinkte, so dürfte sich mancher aus dem Märchen grössere Erquickung holen, als aus jenen Büchern, die mit ihrer ungeschminkten Wiedergabe des Natürlichen prunken.

× ×

Schnitzlers *Ruf des Lebens* Dem Rufe des Lebens dann zu folgen, wenn der Tod nach Opfern ausgeht, ist ein heldenhaft Wagnis. Entweder tun dies Wagnis die vom Blut Gehetzten. Man meint, dass Frauen derartiger Verzücktheit fähiger sind, als Männer. Oder es sprengen dem Rufe nach Ruhmlüsterne, entsetzlich Kühne, die mit e i n e m Schwertstreich die ganze Welt sich erobern können. Diese beiden flammenden Regungen aufzischen, blitzschnell verzüngeln zu lassen: ich wüsste nicht, was eines Dramatikers mehr wert sein sollte. Dass Schnitzler den prächtigsten Stoff, den er je erfand, in seinem *Ruf des Lebens* /Berlin, S. Fischer/ verdorben hat, wie noch nie einen, ist sehr beklagenswert. Das konnte als künstlerisches Ende des Dichters aber nur die Menge jener Kritiker ausposaunen, die ihr Urteil auf eine Stimmung begründen, nicht auf ein sorgsames, liebevolles Prüfen.

× ×

Kurze Chronik Unter dem Titel *Entrechtet* /Leipzig, Spohr/ sammelt P a u l H a m a c h e r apologetische Aufsätze für das Urningtum und einige herzlich schlecht gereimte Lyrik, die in das Innere des homosexuellen Mannes will schauen lassen. Dass beides, die Prosa und die Poesie, gleich wertlos sind, liegt nicht am Stofflichen. × Über die Anfänge des nicht ganz unbegabten lyrischen Dilettantismus kann noch nicht hinaus F r i d o L i n d e m a n n in seinem Bande *Wir wandern* /Leipzig, Seele/. × W a l t e r T u r s z i n s k y ist ein Skizzenschreiber, der Leute mit Berliner Dialekt und Grossstadtmanieren gescheit reden und handeln lässt. Nur ist er kein Dichter, kein Erfinder. Wo er objektiv schildern kann, versagt er nicht. So ist die kleine Geschichte *Der alte Löwinsohn*, die dem ganzen Bändchen ihren Titel gab /Berlin, Freund/ besser gelungen, als zum Beispiel die schablonenmässig erfasste *Hochzeitsnacht* und das am Ende gänzlich missratene *Regimentsfest*. × Die Pariser Nationalbibliothek veranstaltet gegenwärtig eine sehr interessante und lehrreiche A u s s t e l l u n g von 300 000 literarischen Porträts, die eine anschauliche Illustration zur französischen Geistesgeschichte bieten. × 300 Jahre sind am 6. Juni seit P i e r r e C o r n e i l l e s Geburtstag verflossen. × Der niederdeutsche Dichter F r i t z S t a v e n h a g e n ist, kaum 30jährig, in Hamburg gestorben. Er besass ein sehr kräftiges, zu vielen Hoffnungen berechtigendes Dramatikertemperament. Die Jugendjahre der Not hatten ihn krank gemacht, und so musste er fortgehen, jetzt gerade, da er die ersten Früchte seiner Arbeit zu ernten begann. MAX HOCHDORF

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLÄNDER · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. · DRUCK VON *GUTENBERG* DRUCKEREI UND VERLAG A. G. · SÄMTLICH IN BERLIN

